1924

Inhaltsverzeichnis

17.01.1924: Rede bei der Reichsgründungsfeier der DVP in Hamburg 4

17.01.1924: Rede vor der ausländischen Presse in Berlin 14

03.02.1924: Rede in einer Mitgliederversammlung der Pommerschen DVP in Stettin 20

14.02.1924: Rede anläßlich einer Film-Uraufführung in Berlin 27

17.02.1924: Rede in einer Wahlkampfveranstaltung der DVP in Elberfeld 29

20.02.1924: Reichstagsrede 35

22.02.1924:

a) Reichstagsrede vom 22. Februar 1924 38

b) Rede bei einer Jubiläumsfeier des Reichsvereins der DVP in Dresden 46

28.02.1924: Reichstagsrede 50

02.03.1924: Rede auf der Reichsangestelltentagung der DVP in Berlin 79

06.03.1924: Reichstagsrede 80

07.03.1924: Rede auf dem Landesparteitag der DVP in Braunschweig 108

10.03.1924: Reichstagsrede 109

12.03.1924: Rede im Haushaltsausschuß des Reichstags 113

20.03.1924: Rede in Wien 116

23.03.1924: Rede auf einer DVP-Versammlung in Darmstadt 120

30.03.1924: Rede auf dem Parteitag der DVP in Hannover 128

01.04.1924: Rede auf einem Bismarck-Abend in Chemnitz 158

06.04.1924: Wahlrede in Kiel 160

27.04.1924: Wahlrede in Breslau 165

28.04.1924: Wahlrede in Hannover 166

29.04.1924: Wahlrede in Magdeburg 168

30.04.1924: Wahlrede in Bremerhaven 175

02.05.1924: Wahlrede in Stuttgart 179

06.06.1924: Reichstagsrede 181

15.06.1924: Rede auf einer Tagung der Südwestdeutschen Arbeitsgemeinschaft der DVP in Karlsruhe 219

16.06.1924: Rede bei einem Treffen mit Parteiführern in Berlin 224

30.06.1924: Rede vor der ausländischen Presse 232

03.07.1924: Rede in der Besprechung mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder in Berlin 243

06.07.1924: Rede in der Sitzung des Zentralvorstandes der DVP in Frankfurt 271

10.07.1924: Rede in der Mitgliederversammlung des Eisen- und Stahlwarenindustriebundes in Elberfeld 323

12.08.1924: Redebeiträge in einer Besprechung Macdonalds mit den deutschen Delegierten Marx, Stresemann und Luther in London 326

13.08.1924: Redebeitrag in einer Besprechung zwischen deutschen, französischen und belgischen Delegierten in London 331

21.08.1924: Redebeitrag im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags 336

23.08.1924:

a) Reichstagsrede 339

b) Redebeitrag im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags 368

28.08.1924: Reichstagsrede 369

12.09.1924: Rede in einer Pressekonferenz in Berlin 390

23.09.1924:

a) Redebeitrag im Ministerrat 401

b) Rede vor Vertretern der deutschen Handelskammern im Ausland in Berlin.....407

27.09.1924: Rede auf dem Parteitag des Berliner Wahlkreisverbandes der DVP ...410

11.10.1924: Rede auf der Kulturtagung der DVP in Berlin 426

19.10.1924: Rede auf dem Parteitag der hessisch-nassauischen DVP in Frankfurt.....433

13.11.1924:

a) Rede in der Sitzung des Zentralvorstandes der DVP in Dortmund.....438

b) Rede anläßlich einer Kundgebung der DVP für die besetzten Gebiete in Dortmund 456

14.11.1924: Rede auf dem Parteitag der DVP in Dortmund 458

16.11.1924: Rede auf einer Wahlkundgebung der DVP in Essen 492

25.11.1924: Rede anläßlich „75 Jahre Wolffbüro“ in Berlin 495

29.11.1924: Rede auf einer Wahlkundgebung der DVP in Berlin 500

06.12.1924: Rede auf einer Wahlkundgebung der DVP in Berlin 506

30.12.1924: Rede vor der ausländischen Presse 516

Rede bei der Reichsgründungsfeier der DVP in Hamburg vom 17. Januar 1924[1]

Nach HAMBURGISCHER CORRESPONDENT, Nr. 29 (Morgenausgabe) vom 18. Januar 1924, S. 1–2. – Druck mit kleineren Kürzungen (und in Passagen abweichend) auch in HANNOVERSCHER KURIER, Nr. 31 vom 19. Januar 1924. – Teildruck (und in Passagen abweichend) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 30 (Morgenausgabe) vom 18. Januar 1924.

Der Ruhrkampf war nicht umsonst. Verurteilt den Separatismus in der Pfalz und dessen Unterstützung durch Frankreich. Die Aufgabe der Sachverständigen-Ausschüsse. Zum Erhalt des Reiches müssen Opfer getragen werden. Innere Konflikte müssen ruhen, bis das Reich nach außen konsolidiert ist. Die Verfassung ist einzuhalten, solange es nichts Besseres gibt.

Ihr Vorsitzender[2] hat vorhin auf die Reichsgründungsfeier, die **vor einem Jahre** in demselben Raum hier abgehalten wurde[3], hingewiesen, bei der ich die Ehre hatte, vor Ihnen zu erscheinen. Wir standen damals im Anbeginn des Kampfes um die Ruhr[4]. Es war ein Kampf der Seele gegen die Gewalt. Die Aussichten des Kampfes waren gering, aber der Gedanke der Abwehr gegen die ungewisse Gewalt ließ die Herzen entflammen, als wir damals die ersten Nachrichten erhielten. Deshalb habe ich damals an dieser Stelle ausgesprochen[5], daß Deutschland ein neuer Kampf durchbraust, der hoffentlich mit Deutschlands Sieg enden werde. **Heute ist dieser Kampf verloren.** Unerhört ist die Vernichtung wirtschaftlicher Werte, aber noch unerhörter als diese materiellen Verluste sind die Leiden der dortigen Bevölkerung.

---

[1] In der Vorlage erläutern die einleitenden Passagen des Berichts, daß es sich um eine Reichsgründungsfeier (in Erinnerung an die Kaiserproklamation Wilhelms I. in Versailles am 18. Januar 1871, deren Datum – in Abweichung zum verfassungsrechtlichen Termin 1. Januar 1871 – in der Öffentlichkeit als Reichsgründung begangen wurde) des Landesverbandes Hamburg der DVP handelte, auf der Stresemann diese Rede hielt, und zwar im „große[n] Saal von Sagebiel“, also offenbar im Festsaal von „Sagebiels Fährhaus“ in Blankenese (vgl. auch die Tageseintragung in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 281: „Rede zur Reichsgründungsfeier bei Sagebiel“). – In VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 30 (Morgenausgabe) vom 18. Januar 1924, wird der abgedruckte Auszug u.a. damit eingeleitet, daß Stresemann „eine mehr als einstündige Rede“ gehalten habe.

[2] In der Vorlage wird in der einleitenden Passage des Berichts lediglich der zweite Vorsitzende Bleckwedel als einer der Redner vor Stresemann erwähnt. Näheres über ihn war nicht zu ermitteln.

[3] Dazu konnte nichts weiter ermittelt werden.

[4] Am 11. Januar 1923 waren französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschiert.

[5] Die betreffende Rede Stresemanns konnte nicht ermittelt werden. Vgl. jedoch der Sache nach die Reichstagsrede Stresemanns vom 13. Januar 1923 (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 357, S. 9422–9424).

Nach Zehntausenden zählen noch heute die Ausgewiesenen, die nicht wissen, ob sie die Heimat wiedersehen werden. Die Menschen dort an Rhein und Ruhr haben ihre Ueberzeugung nicht geopfert und haben die Heimat verloren. Andere, ihre Zahl zählt nach Tausenden, schmachten bis heute noch in französischen Gefängnissen[6]. Der Kampf hat tatsächlich viel Unheil über unendlich viele gebracht, **der Gedanke des Kampfes war deshalb aber kein falscher, denn er hat der Welt die große Aufopferung, der unser Volk fähig ist, gezeigt.** Die Welt hat auf diesen Kampf an der Ruhr ihr Auge gerichtet und erfahren, daß das deutsche Volk stark ist, wenn es einig ist. Wie wichtig dieser Kampf war, das sehen wir gerade in der Gegenwart, in der wir leben. In dem großen Kampfe um die Erhaltung des Reiches war der Ruhrkampf mehr als eine Epoche, mehr als eine heute verlorene Schlacht. Die Bedeutung wird sich erst später zeigen, wenn die Entscheidung gefallen ist über das, was dieser Kampf nach sich ziehen wird, weil die Entscheidung **um das Land und das Volk am Rhein** geht.

Wenn wir heute eine Reichsgründungsfeier begehen, wollen wir sie nicht anders beginnen als mit einem **Dank an diejenigen unserer Volksgenossen,** die während der Zeit vom 11. Januar des Vorjahres so unendlich viel gelitten, unendlich viel Leiden ertragen haben und doch dem Reiche die Treue hielten. Dem Reiche die Treue zu halten in den Zeiten der deutschen Weltgeltung, das war leicht, dazu gehörte keine große Charakterstärke, aber die Treue zu halten in der größten Not unseres Vaterlandes beim Währungsverfall[7], dazu gehört vielmehr Vaterlandsliebe. Diesen Volksgenossen wollen wir stets unseren Dank erweisen, denn sie haben der Welt draußen gezeigt, daß der Begriff Deutschland unverrückbar feststeht in den Herzen dieser Brüder, denen selbst Not und Elend die Liebe zum Vaterlande nicht aus dem Herzen herausreißen konnte. (Bravo!) Ich meine, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gehören zueinander, so wie Bismarck[8] sie im dritten Bande seiner Denkschrift für seine Enkel niedergelegt hat. Wir dürfen **nicht nur von der Vergangen-**

---

[6] Stresemann bezieht sich auf die geschätzten 120 000 bis 150 000 Menschen, die als Reaktion auf ihren passiven Widerstand im Zuge der Auseinandersetzung im Ruhrgebiet und im besetzten Rheinland von den Besatzungsbehörden in das unbesetzte Gebiet ausgewiesen worden waren, sowie auf die von französischen und belgischen Kriegsgerichten zu Haftstrafen Verurteilten.

[7] Zur Entwicklung der Hyperinflation im Sommer und Herbst 1923 vgl. die Tabellen in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1218–1223.

[8] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890. – Mit dem nachfolgend genannten „dritten Band seiner Denkschrift“ bezieht sich Stresemann wohl auf das erstmals von Horst Kohl veröffentlichte Werk Otto Fürst von Bismarck: Gedanken und Erinnerungen. Bd. 3. Erinnerung und Gedanke. Berlin 1919 [in Bd. 15 der maßgeblichen historisch-kritischen „Friedrichsruher Ausgabe“ ist dies Band 2 von „Erinnerung und Gedanke“]. Inwiefern sich Stresemann auf eine konkrete Stelle bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

heit träumen, sondern müssen Hand anlegen für den Wiederaufbau. Gerade hier in Hamburg sehen wir es täglich; wenn wir uns das Bild der Hamburger Schiffahrt vor Augen führen. Wie groß und herrlich war sie in alter Zeit. Wie strebte sie mit Recht an die erste Stelle der Weltschiffahrt zu kommen. Nach dem verlorenen Kriege war sie zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt. Jetzt strebt sie aber wieder empor, aber sie muß nach neuen Formen suchen. Denn **in neuen Formen regt sich die alte Zeit.** Mögen die größten Schiffe der Welt jetzt auch andere Namen tragen, sie sind doch von deutschen Technikern erbaut und nach deutschem Geist erschaffen. Wenn uns der Wille und der Glaube an die Zukunft verläßt, erst dann werden wir klein werden. Gewiß ist es schwer, den Glauben an die Größe unseres Vaterlandes zu bewahren, denn unendlich schwer ist die Zeit. Das Reich ist bedroht von außen, bedroht von innen. Es ist von außen bedroht, obwohl im Rahmen des Versailler Vertrages[9] nur eine Veränderung des Reiches erfolgen kann, wenn deutsche Volksgemeinschaften dieses Verlangen selbst stellen. Das deutsche Volk wünscht aber, daß die wirtschaftliche Einheit unangetastet bleibt. Mit Worten zwar wird dieses Ziel von den Alliierten anerkannt, aber **den Worten entsprechen nicht die Taten.** Was vorgeht in diesen Tagen, **was vorging in den letzten Wochen in der Pfalz[10], das ist eine Kulturschande, der sich Europa als Erdteil zu schämen hat.** (Lebhafter Beifall.) Wir haben nichts zu tun mit dem Lumpengesindel, das sich „autonome

[9] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[10] In der Pfalz waren – wie in weiteren linksrheinischen Gebieten – seit dem Herbst 1923 separatistische Bewegungen vorübergehend erfolgreich mit dem Versuch, öffentliche Gebäude zu besetzen, die Verwaltung der betreffenden Gebiete an sich zu reißen und die jeweilige Region für unabhängig zu erklären. Während im übrigen besetzten Gebiet die darüber ausbrechenden Auseinandersetzungen zum Jahresende 1923 weitgehend beendet waren und die separatistischen Bestrebungen sich nur noch vereinzelt auf lokaler Ebene hielten, kam es in der Pfalz im Januar 1924 noch zu blutigen Kämpfen zwischen Vertretern der am 5. November 1923 als unabhängig proklamierten „Autonomen Republik der Pfalz“ und Personen aus dem übrigen Teil der Bevölkerung, wobei letztere massiv von Reichs- und bayerischen Stellen sowie von rechten Verbänden unterstützt wurden. – Die Reichsregierung monierte gegenüber Frankreich von Anfang an die Verwicklung französischer Stellen in die pfälzische Separatistenbewegung. Vgl. dazu das Weißbuch NOTENWECHSEL ZWISCHEN DER DEUTSCHEN UND DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG. Zum neuerlichen Protest der Reichsregierung vom 11. Januar 1924 gegen die fortgesetzte Unterstützung des Separatismus durch französische Stellen vgl. auch AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 220–221. – Die britische Regierung hatte nach Auseinandersetzungen in der Interalliierten Rheinlandkommission über die Rechtmäßigkeit von Verordnungen der „Autonomen Regierung“ (und damit implizit der Anerkennung dieser Regierung) am 9. Januar 1924 ihren Münchener Generalkonsul Clive mit einer Untersuchung der Vorgänge vor Ort beauftragt (vgl. die telegraphische Weisung Curzons an den britischen Botschafter in Paris, Phipps, vom 9. Januar 1924: DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,26, S. 486–487). Clive bereiste in den folgenden Tagen die Pfalz und führte Gespräche mit verschiedensten Vertretern der Bevölkerung; zwischenzeitlich distanzierte sich die englische Regierung bereits von der französischen Politik der Unterstützung des Separatismus (vgl. etwa den Bericht über die Oberhausrede des Außenministers Curzon in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21318 [Morgenausgabe] vom 16. Januar 1924, S. 4).

Regierung der deutschen Pfalz“ zu nennen unterfangen hat. Zwar gibt es in jedem Volk Lumpen-Existenzen, die jeder sich kaufen kann, der sich zu dieser Charakterlosigkeit herabläßt. Mit Geld kann ich mir auch in der Reichshauptstadt Separatisten kaufen. Das kann jeder. Aber was in der Pfalz geschehen ist, trägt einen ganz anderen Charakter. Erst nachdem die Verwaltungen ausgewiesen waren, trat die autonome Regierung der deutschen Pfalz hervor, und dann sprach man von einer vollendeten Tatsache, der sich auch die deutsche Regierung nicht hat verschließen können. Es gab eine Zeit, in der Tirard[11] in Koblenz erklärte, er wolle der Separatistenentwicklung Einhalt gebieten, wenn wir uns den französischen Wünschen gefügig erwiesen, indem er die Separatistenbewegung unsichtbar machen wollte. Hierin liegt die offene Anerkennung der französischen Unterstützung der Separatisten. Mit diesem Gesindel hat aber die deutschen Bevölkerung in der Pfalz nie etwas zu tun gehabt. Mit vollem Recht bewahrt sie sich die Auffassung, daß sie sich nicht vom deutschen Reiche trennen will, auch nicht auf Grund des Vertrages von Versailles. **Werden Aenderungen von außen an diesem Vertrage vorgenommen, dann nimmt man damit dem Vertrage seine Grundlage überhaupt und kann deutsche Leistungen nicht einfordern,** die nach dem Vertrage zu erfüllen sind. Wie heute noch ein Führer der Unionisten[12] in England davon sprechen kann, daß Deutschland seit Friedensschluß auch noch nicht ein Pfund für Kriegsentschädigungen an England ausgegeben hätte, ist unverständlich. Wir können darauf nichts anderes erwidern, als daß er **über unsere bisherigen Leistungen** an Frankreich und die Alliierten **nicht orientiert** ist. Wir haben unsere Archive geöffnet[13], als das einzige Volk der Erde, das keinen Schleier auszubreiten braucht über die Politik, die es vor dem Kriege geführt hat. Wir sind auch bereit, die Archive unserer Finanzverwaltung zu öffnen, um zu zeigen, wie sich gegenwärtig die Bilanz des Deutschen Reiches darstellt. Wir hoffen, daß die interal-

[11] Paul Tirard (1879–1945), französischer Hochkommissar im besetzten Rheinland und Präsident der Interalliierten Rheinlandkommission 1919–1930. – Die nachfolgend angeführte Erklärung Tirards konnte nicht ermittelt werden. Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf die Forderung Tirards nach direkten Verhandlungen mit Vertretern der besetzten Gebiete, die er im Spätherbst 1923 erfolgreich gegenüber der Reichsregierung durchsetzte (vgl. dazu die vielfältigen Quellen in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, sowie Marx I/II, I).

[12] Welcher Vertreter der Unionisten (eigentlich der ehemals liberalen englischen Politiker, die sich über die Irlandfrage von der Liberalen Partei abgespalten und inzwischen mit der Konservativen Partei vereinigt hatten; zeitgenössisch wurde der Begriff gelegentlich allerdings auch für die britische Konservative Partei verwendet) gemeint ist und bei welcher Gelegenheit er nachfolgendes gesagt haben soll, ließ sich nicht ermitteln.

[13] Stresemann bezieht sich auf die seit 1922 im Auftrag des Auswärtigen Amtes im Erscheinen begriffene vielbändige Edition „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes […]“.

liierten Kommissionen[14], die über die deutschen Leistungen ihr Urteil fällen sollen, freimütig die deutsche Lage prüfen und ebenso freimütig ihr Urteil abgeben werden[15]. **Wirklicher Friede oder gemeinsamer Niedergang,** so stehen die Dinge jetzt zwischen Deutschland und Frankreich und auch für die übrigen Völker Europas. Der **Währungsverfall** der Kulturstaaten, der seinen Weg von Ost nach West nimmt, läßt sich nicht aufhalten, selbst wenn die Politik ihn durch technische Mittel niederschlagen will. Ein Volk nach dem anderen wird von ihm in den Abgrund gezogen werden, wenn es nicht versteht, sich mit den anderen zu verständigen. So fasse ich die Situation auf, vor die die interalliierte Sachverständigenkommission gestellt ist. **Europa wird untergehen, wenn die Germanen untergehen.**

Der Minister wandte sich dann den **inneren Fragen** zu[16]: Eine größere Reihe von Gefahren und Sorgen hat wohl kaum ein verantwortlicher Staatsmann durchgemacht als ich während meiner Kanzlerschaft[17]. Was ist alles in diesen wenigen Wochen vor sich gegangen. Wir sehen den Kampf der Stämme untereinander. Wir sehen das Aufbäumen eines Standes gegen Maßnahmen des Reiches; ich meine den Beamtenstand. Was hat er auf sich zu nehmen! Neben Gehalts- und Lohnabbau Erhöhung der Arbeitszeit[18]! Ich habe volles Verständnis für das Verhalten der Bevölkerung, wenn sie sich dagegen auflehnt, aber dieser Weg mußte beschritten werden. Jeder muß sich einschränken, **vor allen Dingen muß das Reich bestehen bleiben,** selbst

---

[14] Stresemann meint die internationalen Sachverständigen-Ausschüsse, deren Einsetzung die Reparationskommission am 29. November 1923 beschlossen hatte und die die „Prüfung [der] Kapitalflucht“ bzw. eine „Lösung [des] gesamten Reparationsproblems versuchen“ sollten (so Stresemann in einem telegraphischen Erlaß an die Botschaft in Washington vom 3. Dezember 1923: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 83–84; vgl. auch SCHULTHESS 64 [1923], S. 417). Am 14. Januar 1924 fand die erste Sitzung des 1. Ausschusses statt, auf der dessen Vorsitzender Dawes in einer Eröffnungsansprache das Arbeitsprogramm entwickelte (vgl. ebd. 65 [1924], S. 397–398; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 60–61).

[15] In HANNOVERSCHER KURIER, Nr. 31 vom 19. Januar 1924, folgt hier die in der Vorlage nicht enthaltene Passage: „Die Welt muß Ruhe im Verkehr der Völker untereinander haben. Deutschland braucht sie mehr als jedes andere Volk der Erde. Laßt uns unsere Souveränität, die uns gehört, unsere Grenzen, die uns verfassungsmäßig zustehen, und die wirtschaftliche Freiheit zur Entfaltung deutscher Produktionsmöglichkeiten, dann wird Deutschland auch wieder ertragsfähig werden für die Lasten, die es zu erfüllen hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Lasten, die die Industrie ohne staatliche Unterstützung auf sich genommen hat, nicht lange getragen werden können. Am 15. April läuft der Vertrag mit der Micum ab. Ob die Industrie bis dahin noch die Verpflichtungen erfüllen kann, ist zweifelhaft. Die ganze Frage läßt sich nur im Rahmen der endgültigen Lösung der Reparationsfrage entscheiden, aber eine endgültige Lösung erscheint mir unmöglich, solange das internationale Kapital keine Leistungen herausgibt für uns und den Aufbau Europas, weil man ernstlich eine Verständigung mit Deutschland noch nicht suche.“

[16] So (als überleitender Satz) in der Vorlage.

[17] Stresemann leitete als Reichskanzler die Reichsregierung vom 13. August bis zum 23. November 1923; bis zum 30. November 1923 blieb er mit seinem Kabinett geschäftsführend im Amt.

[18] Einzelheiten zur Kürzung der Beamtengehälter und -pensionen ergeben sich aus der Personal-Abbau-Verordnung vom 27. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 999–1010) sowie aus der Verordnung zur Änderung des Besoldungsgesetzes vom 12. Dezember 1923 (ebd., S. 1181–1184).

wenn der einzelne nicht bestehen bleibt. Auch in den Jahren 1806 bis 1813 mußten den Arbeitern und Beamten ihre Einnahmen gekürzt werden[19]. Alle damaligen Hilfsversuche im Auslande scheiterten wie heute. Die Lasten, die Preußen auf sich nahm, sind ungeheuerlich groß gewesen, aber es war recht so, denn wenn es Schlesien abgetreten hätte, um die Kriegskontributionen zu mindern, dann hätte das Preußen von damals sich nicht wieder entwickeln können. Wenn wir wieder von Zeiten der Freiheit sprechen wollen, dann müssen wir in erster Linie für die Erhaltung des Staates sorgen und ihm die Mittel dazu geben. **Alles das, was jetzt vor sich geht, ist klein gegenüber dem, was für die Zukunft auf dem Spiele steht.** Heute ist der Reichskanzler Marx[20] zu einer Zusammenkunft gefahren, die eine Verständigung zwischen **Reich und Bayern** herbeiführen soll[21]. Ich hoffe mit allen, daß sie zustande kommt, bemerke aber, daß eine Verfassung nicht für Bayern allein gemacht ist, sondern für das ganze deutsche Volk. Eine Aenderung ist nur auf dem Verfassungswege möglich. Eine solche Auseinandersetzung sollten wir aber erst dann führen, wenn wir den Bestand des Reiches nach außen gesichert haben. Bis dahin sollten wir den Kampf untereinander ruhen lassen und eine **gemeinschaftliche Front nach außen** bilden. Wir haben keine Armee mehr hinter uns und wenn auch noch die wirtschaftlichen Kräfte erlahmen, dann ist unser Volk am Ende. Die **nationale Einheitsfront nach außen** muß vor allen Dingen geschaffen werden, wenn wir Erfolge nach außen hin erzielen wollen. Die können wir aber nicht erzielen, wenn wir uns innerlich zerfleischen. Die Nationen draußen, die uns sonst zur Seite stehen würden, werden sich von uns abwenden, wenn wir die Einheitsfront im Innern unseres Vaterlandes nicht wahren. **Die Frage der Volksgemeinschaft** muß in erster Linie von dem guten

---

[19] Stresemann bezieht sich auf die Zeit zwischen der Niederlage Preußens gegen Napoleon, die im Frieden von Tilsit von 1807 zu hohen Kriegskontributionen und nachfolgenden entsprechenden Einsparungen führte, und den „Befreiungskriegen“.

[20] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926).

[21] Gemeint ist der Konflikt zwischen dem Reich und Bayern seit dem Herbst 1923 über den beiderseitigen Ausnahmezustand, der in die Frage um die Unterstellung der bayerischen Reichswehrteile unter die Münchener oder Berliner Kommandohoheit überging und schließlich im Hitlerputsch kulminierte. Am 4. Januar 1924 übergab der bayerische Gesandte in Berlin dem Reichskanzler eine Denkschrift der bayerischen Staatsregierung, in der eine grundlegende Verfassungsänderung im Sinne einer weitgehenden Föderalisierung des Reiches gefordert wurde (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 244–245, Anm. 1–2; Teildruck der Denkschrift in URSACHEN UND FOLGEN VII, S. 88–96; Paraphrase in SCHULTHESS 65 [1924], S. 1–3). Am 17. Januar 1924 beriet das Reichskabinett (ohne Stresemann) über die Denkschrift (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 244–248), und am gleichen Tag brach Reichskanzler Marx nach Homburg vor der Höhe auf, wo am Folgetag ein Meinungsaustausch mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Knilling stattfinden sollte.

Willen getragen sein, dem Reiche, dem Staat und auch dem Volke zu helfen. Dieser Gedanke mag heute eine Illusion sein und von Leuten verlacht werden, was aber einmal Wirklichkeit werden wird, denn noch niemals ist ein großer guter Gedanke Tat geworden, ohne daß Narren darüber gelacht haben. Eine Volksgemeinschaft kann nur zustande kommen, wenn eine Verständigung von links nach rechts gesucht wird und das ganze deutsche Volk sich über seine Parteigegensätze hebt. Bedauerlich für uns ist, daß unser deutsches Volk von der Parteiarbeit sich beeinflussen läßt und der Staatsgedanken demgegenüber so tief in den Hintergrund getreten ist. Mit Recht kann man daher dem deutschen Volk den Vorwurf des Mangels an politischem Denken nicht ersparen. Es fehlt ihm eben die politische Erziehung, auf die andere Völker seit langer langer Zeit zurückblicken können. Wir sind ganz neu in den Parlamentarismus hineingetreten und haben infolgedessen auch die Kinderkrankheiten durchmachen müssen. Bismarck selbst hat in einer Rede an die deutsche studentische Jugend auf dem Marktplatz in Jena[22] über eine Entwicklung gesprochen, die er kommen sah, und die eingetreten ist, weil das Fundament fehlte, um an der deutschen Verfassung mitzuarbeiten. Schon längst hätte die jetzige Form unter Führung eines Monarchen Tat werden und dem Reichstage ein größerer Einfluß eingeräumt werden müssen. Der traurige Ausgang des Krieges hat eine Verfassung[23] nach sich gezogen, für die keine Grundlagen gegeben waren. Wir sprechen daher heute noch die jetzige Verfassung als ein Revolutionsprodukt an. Es muß eine Klarstellung zwischen Regierung und Parteien erfolgen, denn die Gegenwart leidet es nicht, daß die Partei als verantwortungsloser Faktor gegenüber der Regierung dasteht. Man denke an England, wo sich neben Konservativen und Liberalen jetzt ein drittes Parteisystem, die Arbeiterpartei, an erste Stelle gestellt hat[24]. Manche rechtstehende Opposition sollte sich die englische Tradition zum Muster nehmen[25]. Wir müssen uns klar

[22] Stresemann bezieht sich offenbar auf die Rede Bismarcks in Jena vom 31. Juli 1892 (Druck in [Otto von] Bismarck. Die gesammelten Werke. Bd. 13. Reden. 1885 bis 1897. Bearb. v. Wilhelm Schüßler. Berlin 1930, S. 471–476).

[23] Die Weimarer Reichsverfassung („Verfassung des Deutschen Reiches“) vom 11. August 1919 ist u.a. veröffentlicht in REICHS-GESETZBLATT 1919, S. 1383–1418.

[24] In Großbritannien stand die konservative Regierung unter Baldwin vor dem Rücktritt und die Labour Party unter Ramsay MacDonald unmittelbar vor der ersten Regierungsübernahme (vgl. zum Stand vom 17. Januar 1924 etwa die Meldung in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21319 [Abendausgabe] vom 17. Januar 1924, S. 1).

[25] In HANNOVERSCHER KURIER, Nr. 31 vom 19. Januar 1924, folgt hier die in der Vorlage fehlende Passage: „Wir müssen uns klar darüber sein, daß uns unendlich viel Schwierigkeiten gegenüberstehen und wir auf Koalitionen angewiesen sind. Eine Partei allein hat kein Recht, zu entscheiden. Opfer müssen für den Staat alle bringen, doch war die schlimmste Illusion für uns Deutsche, daß wir nach dem verlorenen Krieg weniger arbeiten und mehr genießen wollten. Viel deutsches Kapital ist hiermit vergeudet worden.“

darüber sein, daß die Schuld am 9. November[26] nicht nur diejenigen trugen, die sich auf die Stühle setzten, sondern auch diejenigen, die sie die Stühle verließen, Sie hätten bleiben müssen. Unser Volk war bis dahin niemals zum Regieren erzogen. Die Umwälzungen, die nach meiner Kanzlerzeit zur Tat wurden, durch die **die Errungenschaften der Revolution preisgegeben** werden sollten[27], haben natürlicherweise starke Erregung in den verschiedensten Volksschichten gezeitigt, aber doch das eine gezeigt, daß die Durchführung dieser größten Schwenkung sich ohne besondere Störung vollzogen hat und wir zu einer Stabilisierung gekommen sind, von der ich glaube und glauben kann, daß sie halten wird. Niemand von uns wird und kann wünschen, daß die augenblicklichen Verhältnisse für die Beamten und Angestellten von längerer Dauer sein werden. Es sind dies aber Opfer, die gebracht werden müssen. Ich hoffe, daß die deutsche Goldnotenbank[28] bald zur Tat werden wird. Viele haben geglaubt, daß es überhaupt nicht möglich sein würde, auf dem Wege der Verfassung noch weiterzukommen und daher die Einzeldiktatur gewünscht[29], die dem einzelnen die Macht geben sollte, das, was auseinanderstrebt, zusammenzuhalten. Ich stehe aber auf dem Standpunkt, daß man **zur Verfassung stehen** muß, solange bis man etwas Besseres hat. Die Wahlkreise müssen verkleinert werden, damit der Abgeordnete im persönlich engsten Konnex mit seinem Wahlkreis bleiben kann. Die Proportionalwahlen sind die gegebenen[30].

Zum Schluß betonte der Außenminister[31], daß man in Frankreich sich nicht wundern dürfe, wenn das deutsche Volk schließlich zur Empörung getrieben werde,

---

[26] Gemeint sind der 9. November 1918 und die „Novemberrevolution“ in Deutschland.

[27] Stresemann bezieht sich vermutlich darauf, daß am 21. Dezember 1923 durch eine Verordnung der Reichsregierung zahlreiche Abweichungen von der im November 1918 zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften vereinbarten Achtstunden-Arbeitstag-Regelung ermöglicht worden waren (vgl. REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 1249–1251).

[28] Reichswährungskommissar (und seit Dezember 1923 Reichsbankpräsident) Schacht führte bereits seit einiger Zeit in England Verhandlungen über die Gründung einer zentralen Goldnotenbank für Deutschland unter internationaler Beteiligung (vgl. die Kabinettssitzung vom 8. Januar 1924: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 206–208 mit Anm. 5). – Laut einem Artikel der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21317 (Morgenausgabe) vom 15. Januar 1924, S. 5, wurde bereits am 14. Januar in Berlin gemeldet, daß die neue Goldnotenbank wohl im März konstitutiert werde.

[29] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die entsprechenden Pläne im November 1923, darunter den Anfang November 1923 umlaufenden Plänen einer Diktatur oder eines außerkonstitutionellen „Direktoriums“ unter Beteiligung Seeckts; vgl. dazu dessen Schreiben an Kahr vom 2. November und an Botschafter Wiedfeldt in Washington vom 4. November 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1211–1215, 1215–1216).

[30] In Regierungskreisen wurde eine Änderung des Wahlrechts für den Reichstag und damit des Reichswahlgesetzes erwogen, was jedoch erst in der Ministerbesprechung vom 26. Januar 1924 zum ersten Mal zur Sprache kam (vgl. ebd., Marx I/II, I, S. 275).

[31] So in der Vorlage mit kurzer folgender Paraphrase, ehe wieder zur wörtlichen Rede zurückgekehrt wird.

wenn es die Art und Weise sieht, wie mit seinem Deutschland umgegangen wird. Die wachsende Stimmung der Empörung ist zu verstehen. Wer sich in vaterländischen Verbänden zusammentut, der soll aber in erster Linie nicht vergessen, was er dem Vaterlande und dem Staate schuldig ist und stets bemüht sein, für seinen Teil am Wohle der Allgemeinheit mitzuarbeiten, insbesondere soll er verhindern, daß in der Gegenwart über die Regierung geschimpft wird, und lieber dafür sorgen, daß unsere deutsche Jugend im vaterländischen Sinne erzogen wird. **Wir müssen erst sehen, daß wir aus dem eisernen Ring herauskommen, der uns heute die Seele zusammenpreßt.** Bei aller Ohnmacht und aller Unmöglichkeit, heute unser Schicksal zu ändern, dürfen wir nicht die Gegenwart und Zukunft vergessen und müssen überzeugt sein, daß das, was seitens der verantwortlichen Stellen geschieht, im vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit geschieht. Noch eins sei bemerkt. Es ist nicht richtig, daß der deutsche Geschäftsträger in Paris[32] der französischen Regierung sein Bedauern ausgesprochen hat über den Verlust des Luftkreuzers „Dixmuiden“[33], selbstverständlich hat er jedoch das Beileid Deutschlands übermittelt, daß bei der Katastrophe Menschenleben zum Opfer gefallen sind.

Zum Schluß ging Dr. Stresemann auf **die Schuldlüge[34]** ein[35]. An verantwortlicher Stelle ist man immer bemüht gewesen ist, Beweise zu erbringen, daß die Schuldlegende nicht aufrechterzuhalten ist. Die Rede endet in einem Appell[36]: Jeder muß im Kampfe für sich, seine Familie und sein Vaterland sein Bestes hergeben, denn nur so können wir den Wiederaufbau herbeiführen und unserem Vaterlande die **Treue nach innen und außen** bewahren zur Ehre des deutschen Namens. Viel Wege führen nach Rom, auch die Wege zur deutschen Zukunft der deutschen Einheit und

---

[32] Leopold von Hoesch (1881–1936), deutscher Botschaftsrat in Paris 1921 – 1. Februar 1924 (seit Januar 1923 als Geschäftsträger); Botschafter in Paris 2. Februar 1924 –1932.

[33] Hoesch hatte nach entsprechender Ermächtigung durch das Auswärtige Amt am Jahresende 1923 in Paris Beileid bekundet zum Absturz des verunglückten französischen Luftschiffes „Dixmuiden“. Reichswehrminister Geßler (schriftlich) und Seeckt als Chef der Heeresleitung (mündlich) hatten dies gegenüber dem Auswärtigen Amt gerügt, weil eine solche Beileidsbekundung die Reichswehr befremde und verletze; die DNVP hatte eine Interpellation im Reichstag vorgelegt. Das Auswärtige Amt verteidigte gegenüber Geßler und Seeckt die Beileidsbekundung, Stresemann persönlich in einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten (vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schubert vom 7. Januar 1924: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 215–216 mit den zugehörigen Anm.; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 288–289; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 23 [Abendausgabe] vom 14. Januar 1924).

[34] Gemeint ist der Kriegsschuldartikel 231 des Versailler Vertrags, der in der deutschen Terminologie häufig als „Schuldlüge“ oder „Kriegsschuldlüge“ wiedergegeben wurde.

[35] So in der Druckvorlage in überleitender Paraphrase.

[36] So in der Druckvorlage als überleitende Paraphrase.

Brüderlichkeit. Des Dichters Worte „Deutschland hoch in Ehren“[37] werden dann wieder zur vollen Geltung kommen. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

[37] Gemeint ist der Text des Liedes „O Deutschland hoch in Ehren“, den Ludwig Bauer 1859 verfaßte.

Rede vor der ausländischen Presse in Berlin vom 19. Januar 1924[1]

Nach VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 34 vom 20. Januar 1924[2]. – Druck (unter Auslassung einer Passage) auch in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 283–285. – Teildruck in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21322 vom 20. Januar 1924, S. 8.

Die Hoffnung ruht auf der Arbeit der Sachverständigen-Ausschüsse. Poincarés Behauptung, der Separatismus in der Pfalz werde von der Bevölkerung getragen und Frankreich habe damit nichts zu tun, ist nicht haltbar und ebensowenig seine Aussage, Frankreich werde nur mit dem Ruhrgebiet als Pfand zu Reparationen gelangen.

Die ganze Welt blickt auf die Arbeit der von der Reparationskommission eingesetzten **Sachverständigenkomitees[3],** die berufen sind, eine Lösung der seit Kriegsende schwer auf Europa lastenden Reparationsfrage zu finden. Für Deutschland ist es von entscheidender Bedeutung, ob den Komitees diese Lösung gelingt. Es versteht sich von selbst, daß die deutsche Regierung auch ihrerseits alles tun wird, um den Komitees ihre Tätigkeit zu erleichtern. Sie wird es besonders begrüßen, wenn die Mitglieder persönlich nach Berlin kommen, um sich an Ort und Stelle ein Urteil über die Lage Deutschlands und über die Ursache seiner Not zu bilden. Wir hoffen, daß es dann ohne Verzögerung gelingen wird, die Vorschläge der Komitees in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Erfüllung dieser Aufgabe, die den Regierungen obliegt, könnte wirksam gefördert werden durch ein Ergebnis des Meinungsaustauschs mit Paris und Brüssel. Ueber sein bisheriges Ergebnis läßt sich im Augenblick wenig sa-

---

[1] In der Vorlage wird einleitend ausgeführt, daß Stresemann die Rede am Abend des 19. Januar 1924 in Berlin „in der Presseabteilung der Reichsregierung auf Einladung des Pressechefs“ hielt, wo ein „Empfang der ausländischen Presse statt[fand]. Die in Berlin tätigen Vertreter der ausländischen Presse waren der Einladung fast vollständig gefolgt, außerdem waren der Reichskanzler mit den Mitgliedern des Reichskabinetts und eine große Anzahl von hohen Beamten des Reichs erschienen.“

[2] In der Vorlage sind die ersten acht Zeilen (unter vollständiger Beibehaltung des Inhalts) in indirekter Rede wiedergegeben. Sie werden daher hier nach STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 283, zur Veröffentlichung gebracht, wo sie in direkter Rede formuliert sind.

[3] Am 29. November 1923 hatte die Reparationskommission die Einsetzung von zwei internationalen Sachverständigen-Ausschüssen beschlossen, die die „Prüfung [der] Kapitalflucht“ bzw. eine „Lösung [des] gesamten Reparationsproblems versuchen“ sollten (so Stresemann in einem telegraphischen Erlaß an die Botschaft in Washington vom 3. Dezember 1923: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 83–84; vgl. auch SCHULTHESS 64 [1923], S. 417). Am 14. Januar 1924 fand die erste Sitzung des 1. Ausschusses statt, auf der dessen Vorsitzender Dawes in einer Eröffnungsansprache das Arbeitsprogramm entwickelte (vgl. ebd. 65 [1924], S. 397–398; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 60–61).

gen, da er sich noch im ersten Stadium befindet und wir übereingekommen sind, den Wortlaut der zuletzt ausgetauschten Memoranden[4] nicht zu veröffentlichen. Ich verrate aber wohl kein Geheimnis, wenn ich sage, daß die französische und die belgische Antwort auf die von uns angeschnittenen technischen Fragen uns manche Enttäuschung bereitet haben. Gleichwohl halten wir an der Hoffnung fest, daß die Fortsetzung der im Gange befindlichen Diskussion doch noch zu einem Ergebnis führen kann. Manche von Ihnen werden diese Hoffnung angesichts der letzten Rede des französischen Ministerpräsidenten[5] vielleicht **skeptisch** beurteilen. Warum richtet der französische Ministerpräsident gegen Deutschland Vorwürfe, von denen er sich selbst sagen muß, daß sie unschwer zu entkräften sind?

Es ist mir unverständlich, wie es als Vorwurf vorgehalten werden kann, daß wir bestrebt seien, unseren Einfluß in den besetzten Gebieten wieder zu erringen. Selbstverständlich verfolgen wir dieses Ziel, dessen Legitimität niemals strittig sein kann. Dies zu verweigern oder gar als eine Art von Heimtücke hinzustellen, ist unvereinbar mit der wiederholten Zusicherung des französischen Ministerpräsidenten, er denke nicht daran, deutsches Gebiet zu annektieren oder unter französischen Einfluß zu bringen. Es ist unvereinbar auch mit der gleichfalls wiederholten Zusicherung der französischen **Neutralität gegenüber inneren deutschen Fragen.** Wenn der französische Ministerpräsident versichert, daß Frankreich nichts getan habe, um die deutsche Reichseinheit zu zertrümmern, und daß Frankreich insbesondere der pfälzischen Bevölkerung völlige Freiheit lasse, **so sprechen demgegenüber die Tatsachen leider eine andere Sprache.** Die Politik des Generals **de Metz[6]** hat die treudeutsche Bevölkerung der Pfalz der Herrschaft einer **separatistischen Räuberban-**

---

[4] Gemeint sind vermutlich das deutsche Memorandum über Verhandlungen zur Einführung eines Modus vivendi in den besetzten Gebieten, das von den Geschäftsträgern in Paris und Brüssel am 24. Dezember 1923 übergeben worden war, und die französische bzw. belgische Antwort, die den Geschäftsträgern am 11. Januar 1924 ausgehändigt wurde. Einzelheiten dazu in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 155–161 (mit den dortigen Anm.); zusammenfassend zur französischen und belgischen Antwort auch SCHULTHESS 65 (1924), S. 397. – Zur französischen Antwort vgl. auch den telegraphischen Bericht des Geschäftsträgers in Paris, Hoesch, vom 12. Januar 1924 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 230–232; zur Haltung des Auswärtigen Amtes die Aufzeichnung Schuberts vom 17. Januar 1924: ebd., S. 255, Anm. 1.

[5] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929. – Gemeint ist Poincarés Rede vom 18. Januar 1924 in einer außenpolitischen Debatte der französischen Abgeordnetenkammer, in der er die Fortdauer der Ruhrbesetzung verteidigte, Vorwürfe gegen Deutschland erhob, seinen Einfluß in den besetzten Gebieten geltend zu machen, und Verwicklungen Frankreichs in die pfälzische Separatistenbewegung bestritt (vgl. die ausführliche Paraphrase der Rede in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21321 [Morgenausgabe] vom 19. Januar 1924, S. 4; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 32 [Morgenausgabe] vom 19. Januar 1924).

[6] Adalbert François Alexandre de Metz (1867–1946), französischer General; Vertreter der Interalliierten Rheinlandkommission in der Pfalz 1920–1924.

de ausgeliefert[7], deren Treiben eine europäische Kulturschande bedeutet. Das Ergebnis der interalliierten Enquete[8], auf die sich der französische Ministerpräsident in seiner gestrigen Kammerrede bezogen hat, dürfte auch ihm nunmehr vorliegen. Ich kann es mir daher ersparen, hier auf das erdrückende Beweismaterial einzugehen, das in allen Punkten zugunsten der deutschen Sache spricht. Nur auf einen Punkt möchte ich Ihre Aufmerksamkeit ganz besonders lenken – um so mehr, als der französische Ministerpräsident in seiner gestrigen Rede auch die Behauptung aufgestellt hat, daß die Bauern in der Pfalz die Bestrebungen der Separatisten unterstützten.

Der Pfälzische Bauernbund[9] und die Freie Bauernschaft[10] haben in ihren freimüti-

---

[7] In der Pfalz waren – wie in weiteren linksrheinischen Gebieten – seit dem Herbst 1923 separatistische Bewegungen vorübergehend erfolgreich mit dem Versuch, öffentliche Gebäude zu besetzen, die Verwaltung der betreffenden Gebiete an sich zu reißen und die jeweilige Region für unabhängig zu erklären. Während im übrigen besetzten Gebiet die darüber ausbrechenden Auseinandersetzungen zum Jahresende 1923 weitgehend beendet waren und die separatistischen Bestrebungen sich nur noch vereinzelt auf lokaler Ebene hielten, kam es in der Pfalz im Januar 1924 noch zu blutigen Kämpfen zwischen Vertretern der am 5. November 1923 als unabhängig proklamierten „Autonomen Republik der Pfalz“ und Personen aus dem übrigen Teil der Bevölkerung, wobei letztere massiv von Reichs- und bayerischen Stellen sowie von rechten Verbänden unterstützt wurden. – Die Reichsregierung monierte gegenüber Frankreich von Anfang an die Verwicklung französischer Stellen und insbesondere die Verstrickung des Generals Metz in die pfälzische Separatistenbewegung. Vgl. dazu das Weißbuch NOTENWECHSEL ZWISCHEN DER DEUTSCHEN UND DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG.

[8] Nach heftigen Diskussionen zum Jahreswechsel 1923/24 in der Interalliierten Rheinlandkommission über die Frage der Gültigkeit von Verordnungen der „Autonomen Regierung der Pfalz“ (und damit deren impliziter Anerkennung), bei denen das englische Kommissionsmitglied Kilmarnock schließlich von seinen französischen und belgischen Kollegen überstimmt wurde (vgl. u.a. den Bericht Kilmarnocks vom 2. Januar 1924 in DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,26, S. 477), und der französischen Ablehnung, durch einen britischen Vertreter die Lage in der Pfalz im gemeinsamen Auftrag untersuchen zu lassen (Bericht Kilmarnocks vom 5. Januar 1924: ebd., S. 483–484), beauftragte die britische Regierung auf eigene Faust ihren Münchener Generalkonsul Clive mit einer solchen Untersuchung (vgl. die telegraphische Weisung Curzons an den britischen Botschafter in Paris, Phipps, vom 9. Januar 1924: ebd., S. 486–487). Es handelte sich also nicht um eine „interalliierte Enquete“, wie Stresemann bekundet. – Clive bereiste in den folgenden Tagen die Pfalz und berichtete am 19. Januar 1924 an Kilmarnock, daß der überwältigende Teil der pfälzischen Bevölkerung die „autonome Regierung“ ablehne, letztere aber nachweislich von französischen Stellen unterstützt werde (seine ausführlichen Berichte in BRITISH DOCUMENTS ON FOREIGN AFFAIRS II F, 35, S. 50–58; eine telegraphische Kurzfassung, die am 21. Januar 1924 auch im Unterhaus verlesen wurde, in DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,26, S. 503–504). – Die wesentlichen Ergebnisse seiner Untersuchung waren bereits am 19. Januar 1924 in der Presse zu lesen (vgl. etwa die Berichte in der Wiener REICHSPOST, Nr. 19 vom 19. Januar 1924, S. 2; in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21321 [Morgenausgabe] vom 19. Januar 1924, S. 5; in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 33 [Abendausgabe] vom 19. Januar 1924). – Zu Clives Eindrücken seiner Reise vgl. auch den Bericht des Vertreters der Reichsregierung in München, Haniel, über ein Gespräch mit dem Generalkonsul nach dessen Rückkehr nach München vom 4. Februar 1924 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSW ÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 350–353.

[9] Der „Pfälzer Bauernbund“ war die Nachfolgeorganisation des „Bundes der Landwirte“. Über ein Zusammentreffen seiner Vertreter mit Clive konnte nichts ermittelt werden.

[10] Die Freie Bauernschaft war die größte Bauernvereinigung in der bayerischen Pfalz während der Weimarer Republik. Sie operierte, beispielsweise mit Lieferstreiks, teilweise in scharfem Gegensatz zu staatlichen Stellen. Ihr zeitweiliger Vorsitzender der Reichsvereinigung, Franz Josef Heinz(-Orbis), amtierte als selbsternannter Präsident der „Autonomen Republik der Pfalz“, bis er am 9. Februar 1924 einem Attentat zum Opfer fiel. Heinz' Präsidentschaft hatte zu starken Spannungen in der Freien Bauernschaft geführt, und unter seinem Nachfolger als Präsident des Pfälzischen Ver-

gen Aussprachen gegenüber dem englischen Generalkonsul Clive[11] sich unzweideutig dahin ausgesprochen, daß sie den Separatismus ablehnen. In der letzten Generalversammlung der Freien Bauernschaft wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß weder Vorstandsmitglieder noch irgendwelche anderen Mitglieder sich an der separatistischen Bewegung beteiligen dürfen. Noch gestern hat der Präsident[12] der drei pfälzischen Kreis-Bauernkammern sich in schärfster Form gegen den Separatismus ausgesprochen und zum Ausdruck gebracht, daß es gegenüber der einmütigen Haltung der Bauernschaft bedeutungslos sei, wenn einige Landbürgermeistereien zu sogenannten „Loyalitätserklärungen“ **gepreßt** worden seien. Von einer Unterstützung der separatistischen Bestrebungen durch die pfälzische Bauernschaft kann also keine Rede sein.

Reich und Bayern blicken in dankbarer Bewunderung auf die pfälzische Bevölkerung, die dort auf einsamem Vorposten unter den schwierigsten Verhältnissen treu zum Reiche hält. Mit Genugtuung hat man in der deutschen Oeffentlichkeit davon Kenntnis genommen, daß eine Reihe prominenter Pressevertreter aus den verschiedensten Ländern Studienreisen in die Pfalz unternommen haben. Die wertvollen Augenzeugenberichte unparteiischer Beurteiler des Auslandes haben bereits dazu geführt, die Aufmerksamkeit der Welt auf die unhaltbaren Zustände in jenen Gebieten zu lenken und Verständnis für die furchtbaren Leiden der gequälten Bevölkerung zu erwecken. Soweit ausländische Journalisten Gelegenheit genommen haben, mit ihren in der Pfalz tätigen Berufskollegen persönlich in Fühlung zu treten, werden sie einen Eindruck davon bekommen haben, wie schwer gerade die Presse unter dem furchtbaren Gewissenszwang und den täglichen Bedrohungen seitens der Separatisten zu leiden hatte.

Ich darf zum Schluß noch mit ein paar Worten auf einige Einzelpunkte eingehen, die der französische Herr Ministerpräsident in seiner Rede berührt hat. Er behauptet, daß Deutschland an eine Reihe alliierter Staaten zwar **Sachlieferungen** bewirkt habe, daß es dies aber nur getan habe, um für sich die dortigen Absatzmärkte zu erobern. Diese Behauptung ist unvereinbar mit der Tatsache, daß nach dem in den

---

bandes, Rudolf Hamm, distanzierte sich der Verband vom Separatismus. Vgl. zu Einzelheiten die erinnerungsartige Veröffentlichung Hamms: Freie Bauernschaft. Heinz-Orbis und Separatismus. Nach Aufzeichnungen zusammengestellt. Deileisterhof 1930; dort auch zur Aussprache mit Clive: S. 74–75. – Ein entsprechender Beschluß, wie Stresemann ihn nachfolgend anspricht, konnte jedoch nicht ermittelt werden.

[11] Sir Robert Henry Clive (1877–1948), britischer Generalkonsul in München 1923 – September 1924.

[12] Vermutlich Julius Steitz, Präsident der Kreisbauernkammer. – Die nachfolgend angesprochene Erklärung konnte nicht ermittelt werden.

bekannten Wiesbadener Abmachungen[13] vorgesehenen Verfahren die Initiative beim Abschluß von Sachlieferungsverträgen ausschließlich bei den Alliierten liegt, die den Gegenstand des Vertrages zu bestimmen haben. Deutschland hat auf die Auswahl der Lieferungen keinerlei Einfluß. Frankreich hätte genau so gut wie andere Alliierte von dem Wiesbadener Verfahren Gebrauch machen können. Es hätte im Jahre 1923[14] Sachlieferungen im Werte von rund neunhundertfünfzig Millionen Goldmark bekommen können. Tatsächlich hat Frankreich von diesen Lieferungen nur einen ganz geringen Bruchteil beansprucht, und zwar allein deshalb, weil die französische Industrie die in einem weiteren Ausmaße deutscher Lieferungen liegende Konkurrenz der deutschen Industrie fürchtete.

Ein weiterer Vorwurf des französischen Ministerpräsidenten bezieht sich auf das Abkommen der deutschen **Eisenbahnverwaltung** mit der französisch-belgischen Regie[15] in den besetzten Gebieten. Die deutsche Eisenbahnverwaltung hat sich unter Zurückstellung schwerster Bedenken im Interesse des Wiederauflebens der Wirtschaft an Rhein und Ruhr bereitgefunden, mit der Regie einen modus vivendi zu vereinbaren. Sie hat dabei zugesagt, das für eine Steigerung auf den Strecken des alt- und neubesetzten Gebietes als notwendig anerkannte rollende Material der Regie nach und nach in dem Ausmaße zu stellen, in dem der Verkehr wieder auflebt. Tatsächlich hat die Reichsbahnverwaltung seit Aufgabe des passiven Widerstandes[16] 37 000 offene Güterwagen mehr gestellt als von der Regie zurückgekommen sind. Was die von dem französischen Ministerpräsidenten erwähnten 800 Lokomotiven betrifft, so hat die Regie selbst von uns bisher nicht 800, sondern nur 300 Lokomotiven gefordert. Nach den erwähnten Abmachungen war selbst diese Forderung nicht berechtigt, da die Regie mit den in ihrer Hand befindlichen 3723 deutschen Lokomotiven bereits über mehr Lokomotiven verfügt, als bei dem jetzigen Stand der Ver-

---

[13] Gemeint ist offenbar das in Wiesbaden am 6. Oktober 1921 von Rathenau als Wiederaufbauminister und seinem französischen Kollegen Loucheur unterzeichnete „Wiesbadener Abkommen“ über Sachlieferungen an Frankreich, das – zusammen mit weiteren Verträgen über Sachlieferungen – allerdings erst am 29. Juni 1922 in Kraft trat (Text des Abkommens und der ergänzenden Verträge in REICHSGESETZBLATT 1922 II, S. 625–661).

[14] Gemeint ist hier offenbar „1922“ (so auch in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 285).

[15] Anfang März 1923 hatten die Besatzungsmächte durch Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission unter dem Namen „Régie des chemins de fer des territoires occupés“ (oft abgekürzt Régie oder Regiebahn) einen eigenen Eisenbahnbetrieb und eine eigene Eisenbahnverwaltung in den besetzten Gebieten eingerichtet. – Zum Abkommen zwischen Reichsbahn und Régiebahn vom 1. Dezember 1923 vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 48, Anm. 9.

[16] Zur Aufgabe des passiven Widerstands, wozu die grundsätzliche Entscheidung am 24. September 1923 fiel und die mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

kehrsverhältnisse erforderlich sind.

Die Rede des französischen Ministerpräsidenten stellt es als den Angelpunkt der französischen Politik gegen Deutschland hin, daß Deutschland ohne Festhaltung des Pfandes an Rhein und Ruhr zu keinerlei Reparationsleistung zu bewegen sei, und daß andere von Deutschland zu stellende Pfänder nicht zur Auslösung, sondern nur zur Verstärkung jenes Pfandes dienen dürften. Das Gegenteil ist der Fall! Solange die deutsche Wirtschaftseinheit nicht wiederhergestellt ist, ist auch eine deutsche Reparationsfähigkeit nicht gegeben. Ich komme damit auf den Grundgedanken der deutschen Politik zurück, der kein anderer sein kann, als in den uns vom Versailler Vertrag[17] belassenen Grenzen die deutsche Souveränität ungeschmälert zu erhalten. Würde dieser Grundgedanke verlassen, so wäre die Folge nicht nur die weitere Zerstörung Deutschlands, sondern zwangsläufig auch eine schwere Zerrüttung des französischen Wirtschaftslebens, deren erste alarmierende Anzeichen in den letzten Wochen ernste Besorgnisse in der französischen öffentlichen Meinung ausgelöst haben[18].

[17] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[18] Die französische Währung war seit dem Spätherbst 1923 unter Druck geraten und sank zusehends im Wechselkurs, wodurch auch die Regierung Poincaré unter Druck geriet (vgl. etwa den Bericht des Geschäftsträgers in Paris, Hoesch, an das Auswärtige Amt vom 29. Dezember 1923 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 194–198; daneben im Winter die ganz regelmäßig in der Wiener NEUE FREIE PRESSE erscheinenden Artikel mit der Überschrift „Neuer Tiefstand des Francs“ o.ä.). Auch in der Debatte der französischen Abgeordnetenkammer in den Tagen vor der Rede Stresemanns wurden die französische Finanzlage und die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung kontrovers diskutiert (vgl. etwa die ausführlichen Korrespondentenberichte in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21320 [Morgenausgabe] vom 18. Januar 1924, S. 3–4; zu neuen Steuergesetzesvorlagen der Regierung: WIENER ZEITUNG, Nr. 15 vom 18. Januar 1924, S. 6).

Rede in einer Mitgliederversammlung der pommerschen DVP in Stettin vom 3. Februar 1924[1]

Nach STETTINER ABENDPOST, Nr. 30 vom 5. Februar 1924. – Teildrucke (in Passagen abweichend) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 59 (Abendausgabe) vom 4. Februar 1924; REICHSPOST, Nr. 34 vom 4. Februar 1924, S. 1.

Der sterbende Wilson. Deutschland kann nur die Außenpolitik eines waffenlosen Volkes führen. Kriegsschuldfrage und falscher Vorwurf, Deutschland habe keine Reparationen geleistet. Die Hoffnung auf die Arbeit der Sachverständigen. Referiert die Erfolge seiner Kanzlerschaft: die Behebung der Gefahren in Sachsen und Bayern und die Schaffung der neuen Währung. Die Kreditnot der deutschen Wirtschaft.

Die Nachrichten von dem Krankenbett des früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika[2] rufen in uns die Erinnerung zurück an die Zeit entscheidender außenpolitischer Entwickelung. Sie ist mit dem Namen Wilson verbunden. Sie erinnern uns an sein Versprechen[3], daß ein Frieden geschlossen werden sollte, bei dem es weder Sieger noch Besiegte gäbe. Er sprach von einem Frieden der Gerechtigkeit, der die Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker in den Vordergrund stellte. Der Glaube an Wilson einer großen Zahl des deutschen Volkes ist unser außenpolitisches Schicksal geworden. Die Illusion, die sich an seinen Namen und an seine Persönlichkeit knüpft, der Glaube an einen gerechten Frieden, hat damals dazu beigetragen, daß Deutschland die Waffen niederlegte, als es noch waffenstark seinen

---

[1] Bei der Vorlage handelt es sich erklärtermaßen um eine gekürzte Wiedergabe. Es ist dabei – über die durch Anmerkungen erläuterten Stellen hinaus – nicht immer eindeutig entscheidbar, wo es sich um die unmittelbare Wiedergabe der Worte Stresemanns und wo um paraphrasierende Wiedergabe handelt. – Die Vorlage leitet ihren Artikel über die Rede Stresemanns folgendermaßen ein: „Reichsaußenminister Dr. Stresemann sprach Sonntag vormittag in der Stettiner Börse im Rahmen einer Mitgliederversammlung der Deutschen Volkspartei über die deutsche Politik und die Haltung seiner Partei. Schon lange vor Beginn der Versammlung waren der große Saal und die Nebenräume dicht überfüllt und viele mußten wieder umkehren, ohne Einlaß zu finden. Regierungspräsident Dr. Höhnen eröffnete die Versammlung nach kurzen Begrüßungsworten und gab dann dem Außenminister das Wort. Wir können aus der Rede nur einige wichtige Stellen herausgreifen. Er führte etwa aus:“

[2] Woodrow Wilson (1856–1924), Präsident der USA 1913–1921; tatsächlich verstarb Wilson am gleichen Tag, dem 3. Februar 1924, nach längerer Krankheit.

[3] Stresemann dürfte sich hier in erster Linie auf Wilsons „14 Punkte“ beziehen, die er am 8. Januar 1918 in einer Rede vor beiden Häusern des Kongresses als künftiges Friedensprogramm entwickelte. – Text u.a. in The Papers of Woodrow Wilson. Ed. by Arthur S. Link […]. Vol. 45. November 11, 1917 – January 15, 1918. Princeton, N.J. 1984, S. 534–539; in deutscher Übersetzung u.a. in URSACHEN UND FOLGEN II, S. 374–376.

Feinden gegenüberstand.

Wenn Wilson unser außenpolitisches Schicksal geworden ist durch eine falsche Illusionspolitik des deutschen Volkes, so ist es Aufgabe des deutschen Volkes, dieses Geschick zu wenden, soweit es in unserer Hand liegt. Wir können aber nur die Außenpolitik eines waffenlosen Volkes treiben.

Es gibt keine törichteren Menschen als diejenigen, die dem Volke vorreden, wir könnten jetzt mit Waffengewalt unser Schicksal wenden. Es kommt jetzt alles darauf an, daß wir einig sind. Jene mögen sich ein Beispiel nehmen an der Außenpolitik von Stein[4] und Hardenberg[5], die heute von allen als die richtige angesprochen wird. So sehr ich mich auch dagegen wende, wenn man die Macht der Waffen in den Vordergrund stellt, weil es dem deutschen Volkes etwas vortäuscht, was es nicht hat, so wenig halte ich es auch für richtig, wenn man sich pazifistisch einstellen wollte. Ich habe deshalb auch als erster Kanzler es damals im Reichstage ausgesprochen[6], daß wir uns vor allem dagegen wenden müssen, daß Deutschland die Schuld am Kriege zugeschoben wird. Wir haben die Verpflichtung gerade auch von seiten derjenigen, die an verantwortlicher Stelle stehen, dagegen uns zu wenden, daß man uns die moralische Schuld am Weltkriege gibt. In der Gegenwart macht sich doch in erfreulicher Weise eine gewisse Entspannung der früher ganz allein gegen Deutschland eingestellten Weltmeinung geltend. Wenn man auch die deutschen Leistungen bisher nur auf 25 Milliarden Goldmark eingeschätzt hat[7], so ist es doch das Ende der Lüge, die noch beim letzten englischen Wahlkampf ausgesprochen wurde[8], daß Deutschland überhaupt noch nichts für Reparationen geleistet hat.[9] Dr. Stresemann kam dann auf den Zusammentritt der Sachverständigenausschüsse in Berlin[10] zu sprechen. Der

---

[4] Karl Freiherr vom und zum Stein (1757–1831), preußischer Politiker und Reformer; Finanz- und Wirtschaftsminister 1804–1807, Staatsminister 1807–1808.

[5] Karl August Fürst von Hardenberg (1750–1822), preußischer Außenminister 1804–1806; leitender Minister 1807 und Staatskanzler 1810–1822.

[6] Auf welche Reichstagsrede während seiner Kanzlerzeit Stresemann sich hier bezieht, ist nicht ersichtlich; möglicherweise meint er seine Rede in Hagen vom 25. Oktober 1924 (vgl. dieses Edition).

[7] Stresemann bezieht sich bei dieser Zahl vermutlich auf eine 1923 als Veröffentlichung in der Reihe der „Publications of the Institute of Economics“ (der Brookings Institution in Washington) erschienene Studie von Harold G. Moulton u. Constantine E. McGuire: Germany’s Capacity to Pay: A Study of the Reparation Problem, die diese Ziffer benannte.

[8] Die letzten allgemeinen Unterhauswahlen in Großbritannien hatten am 6. Dezember 1923 stattgefunden. Die von Stresemann angeführte Wahlkampfäußerung konnte nicht ermittelt werden.

[9] Die nächsten beiden Sätze – wohl als Paraphrase der Worte Stresemanns – so in der Vorlage.

[10] Am 14. bzw. 21. Januar 1924 hatten die von der Reparationskommission zur Lösung der Reparationsfrage eingesetzten beiden Sachverständigen-Ausschüsse ihre Arbeit aufgenommen. Seitdem tagten sie zunächst in Paris, wo sie u.a. den von der Reichsregierung entsandten Reichsbankpräsi-

Redner sieht in dem Zusammentritt den Ausdruck der Sorge und Unruhe der Welt über die Entwicklung, die die Dinge seit dem Frieden von Versailles[11] genommen haben. Nichts ist stärker als die Macht der Tatsachen. Auch die angelsächsischen Mächte wollten sich dieser Wucht der Tatsachen nicht entziehen. Eine der stärksten Tatsachen, die heute die Welt sieht, ist der Währungssturz in Frankreich[12].

Man hatte uns vorgeworfen, daß wir absichtlich den deutschen Währungssturz[13] herbeigeführt hätten, um uns der Verpflichtungen nach innen und außen zu entziehen. Aber wie groß wäre dann die Schuld der französischen Regierung, deren Währung nach einem siegreichen Krieg jetzt auf ein Fünftel zurückgegangen ist. Die französischen Rentner sehen nun, daß sie nur ein Fünftel ihres früheren Einkommens besitzen. Deshalb ist es Aufgabe der Sachverständigen, die Frage zu lösen, die Währungen der Länder so zu regeln, daß die wieder im festen Verhältnis zueinander stehen. Unzweifelhaft werden sich im Zusammenhang mit dieser Frage alle anderen Fragen ergeben, die darauf beruhen, daß Deutschland keine Leistungen übernehmen kann, wenn seine Einheit zerstört ist durch Herausreißen von Rhein und Ruhr aus der deutschen Wirtschaft. So sehen Sie auch, daß die Einleitungsrede des Jahres 1924 durch den französischen Präsidenten Millerand[14] wesentlich milder war als die Rede zur Einleitung des Jahres 1923[15]. Plötzlich war die Rede von einer Verständigung und Versöhnung. Im Vordergrund der Arbeit des Komitees steht die Frage der Errichtung einer Goldnotenbank[16]. Ich habe mir gestern sagen lassen, daß die bisherigen Verhandlungen des Komitees in Berlin zur Vereinheitlichung der Währung ein reales Ergebnis haben werden. Die Frage läßt sich aber nur regeln, wenn die

---

denten Schacht anhörten (vgl. dazu u.a. seine Erinnerungen: SCHACHT S. 103–106), und weilten vom 29. Januar bis 13. Februar 1924 in Berlin.

[11] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[12] Die französische Währung war seit dem Spätherbst 1923 unter Druck geraten und sank zusehends im Wechselkurs; vgl. dazu auch die im Winter ganz regelmäßig in der Wiener NEUE FREIE PRESSE erscheinenden Artikel mit der Überschrift „Neuer Tiefstand des Francs“ o.ä.

[13] Eine tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Inflation und ausgewählter Preise in den Monaten August – November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1218–1223.

[14] Alexandre Millerand (1859–1943), französischer Staatspräsident 1920 – 11. Juni 1924; Ministerpräsident 1920. – Zu seiner Rede beim Neujahrsempfang des diplomatischen Korps am 1. Januar 1924 vgl. die Berichte in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 2 (Morgenausgabe) vom 2. Januar 1924; in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21304 (Morgenausgabe) vom 2. Januar 1924, S. 3–4.

[15] Zur Rede Millerands beim Neujahrsempfang des diplomatischen Korps am 1. Januar 1923 vgl. SCHULTHESS 64 (1923), S. 289.

[16] Der Erste Sachverständigen-Ausschuß hatte bereits am 22. Januar 1924 per Pressekommuniqué bekanntgegeben, die Errichtung einer deutschen Goldnotenbank unter Mitwirkung fremden Kapitals zum Teil seines Gesamtplans zu machen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 276 mit Anm. 6; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 289).

Wirtschaft entscheidet und nicht die Politik. Deshalb sei es auch hier noch einmal betont, daß die Lösung der Reparationsfrage überhaupt nur möglich ist, wenn die deutschen Gebiete, die uns gehören, wieder ganz der deutschen Verwaltung unterstellt werden. Dr. Stresemann betonte in diesem Zusammenhang, daß es verkehrt wäre, von deutscher Seite jetzt Vorschläge zu machen[17]. Wir müssen die Vorschläge abwarten, die uns die Sachverständigen nach gründlicher Arbeit machen werden, dann wir[d] es Zeit sein, sich hierzu zu äußern. Der Redner geht dann auf die politischen Fragen im Innern ein[18]. Wir stehen in einer Uebergangszeit. Trotzdem viele heute mit der Zeit darüber hadern, daß sie durch die unruhigsten Verhältnisse um die beste Zeit ihres Lebens gekommen sind, wird doch eine spätere Zeit darauf mit Bewunderung sehen, daß das deutsche Volk trotz dieser Schwierigkeiten so verhältnismäßig ruhig blieb. Wir haben den 9. November[19] verloren, weil unser Führer nicht da war. Es wäre nicht dahin gekommen, wenn zu jener Zeit alle an ihrer Stelle gestanden hätten. Ich sehe jetzt ein starkes Erwachen des Nationalgefühls gegenüber den übergroßen Demütigungen, die uns angesonnen waren. Wir hätten ein pazifistisches Deutschland, wenn wir eine pazifistische Welt hätten. [20]Redner ging dann auf die Fehler ein, die seit 1918 gemacht wurden. Ein Volk, das den Krieg verloren habe, müsse sich darüber klar sein, daß es doppelt arbeiten müsse, um für die nächste Generation wieder erträgliche Verhältnisse zu schaffen. Wir haben es aber umgekehrt gemacht und haben die Arbeitszeit herabgesetzt[21]. [22]Dr. Stresemann verteidigt auch die Politik während seiner Kanzlerschaft gegenüber Sachsen[23]. Heute bringe

---

[17] So als paraphrasierende Überleitung in der Vorlage.

[18] So als paraphrasierende Überleitung in der Vorlage.

[19] Gemeint ist der 9. November 1918 mit der Abdankung Wilhelms II. und der Ausrufung der Republik. – Mit dem nachfolgend genannten „Führer“ ist offenbar Wilhelm II. gemeint, der direkt aus dem deutschen Hauptquartier in Spa ins niederländische Exil ging.

[20] Die nächsten beiden Sätze als paraphrasierende Überleitung so in der Vorlage.

[21] Stresemann bezieht sich auf das „Stinnes-Legien-Abkommen“ vom 15. November 1918 (Text u.a. in URSACHEN UND FOLGEN III, S. 14–15), in dem sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf die Einführung des Acht-Stunden-Tages verständigten.

[22] Die nächsten beiden Sätze als paraphrasierende Überleitung so in der Vorlage.

[23] Gegen Sachsen war am 29. Oktober 1923 als Vorbeugung gegen einen kommunistischen Umsturzversuch durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten nach Art. 48 der Reichsverfassung die Reichsexekution derart verhängt worden, daß Stresemann ermächtigt wurde, die von der SPD und der KPD gebildete Landesregierung abzusetzen und das Land durch „andere Personen“ verwalten zu lassen (REICHSGESETZBLATT 1923,I S. 995). Stresemann ernannte daraufhin Heinze zum Zivilkommissar, und zeitgleich besetzten Reichswehrtruppen die Ministerien und den Landtag in Dresden. Ministerpräsident Zeigner beugte sich am 30. Oktober 1923 diesem Druck und trat mit seiner Regierung zurück; am folgenden Tag wählte der Landtag eine neue Regierung (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 207, 208).

der „Vorwärts“[24] einen Auszug aus einer Rede des Russen Sinofew[25] in Moskau, worin dieser zugibt, daß Rußland die Zeit des Zusammenbruchs der deutschen Währung und der Kommunistenherrschaft in Sachsen zum Einmarsch in Deutschland benutzen wollte.

Man rechnete mit einem völlig Chaos in Deutschland. Der Einmarsch der Reichswehr in Sachsen wäre nicht ohne größeres Blutvergießen abgegangen, hätten nicht die damaligen sozialistischen Reichsminister[26] dem Einmarsch zugestimmt. [27]Von sozialistischer Seite habe man damals auch einen Einmarsch in Bayern verlangt[28]. Demgegenüber habe er den Standpunkt vertreten, daß man sich die Dinge in Bayern selbst auswirken lassen müsse, da sonst der völlige Zusammenbruch des Reiches unvermeidlich gewesen wäre. Dr. Stresemann geht auf die Angriffe von deutschnationaler Seite ein. Es sei sehr leicht, ein Schlagwort wie das der nationalen Diktatur zu finden. Aber selbst der Diktatur[29] Kahr[30] in Bayern mußte erklären, daß das bayerische Volk nicht glauben dürfe, man könne die Folgen, die der verlorene Krieg und unsere schlechte Wirtschaft herbeigeführt haben, in kurzer Zeit beseitigen. Man solle nichts beseitigen, wenn man nicht weiß, was Besseres an die Stelle kommt. Wie viel Mandate eine Partei im Reichstag hat, darüber wird die Weltgeschichte hinweggehen. Pflicht eines jeden Staatsmannes ist es, für die Einheit des Vaterlandes zu wirken. [31]Dr. Stresemann geht auch ausführlich auf die Währungsfrage ein und erklärt, daß es eine reine technische Frage ist, ob man eine Rentenmark oder andere Währungen gewählt habe[32]. Die Hauptsache sei die Bilanzierung des Staats. Wenn es

---

[24] Im VORWÄRTS, Nr. 57 (2. Beilage) vom 3. Februar 1924, findet sich unter der Überschrift „Sinowjews Enthüllungen“ die teilweise paraphrasierende Wiedergabe einer Rede Zinov'evs „auf der letzten Parteikonferenz“ der Russischen Kommunistischen Partei, also vermutlich seiner am 18. Januar 1924 (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 299; dort allerdings [wohl fälschlich] unter der Überschrift „Parteitag“) gehaltenen Rede. Auszüge der Rede auch in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 505–507.

[25] Grigorij Evseevič Zinov'ev (1883–1936), Vorsitzender des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale 1919–1926.

[26] In der von Stresemann geleiteten Großen Koalition war die SPD bis zum Austritt ihrer Minister am 3. November 1923 durch Wilhelm Sollmann, Gustav Radbruch und Robert Schmidt vertreten.

[27] Die nachfolgende Passage im Wechsel von Paraphrase und wörtlicher Rede (?) so in der Vorlage.

[28] Gemeint ist der Konflikt zwischen dem Reich und Bayern seit dem Herbst 1923 über den beiderseitigen Ausnahmezustand, der in die Frage um die Unterstellung der bayerischen Reichswehrteile unter die Münchener oder Berliner Kommandohoheit überging und schließlich im Hitlerputsch kulminierte.

[29] So in der Vorlage. Gemeint sein muß „der Diktator“ oder „die Diktatur“.

[30] Gustav Ritter von Kahr (1862–1934), Generalstaatskommissar für den Freistaat Bayern September 1923 – Februar 1924.

[31] Die folgenden vier Sätze – wohl als Mischung aus Paraphrase und wörtlichem Zitat – so in der Vorlage.

[32] Zur Überwindung der Hyperinflation hatte die Reichsregierung mit der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 963–966)

nicht gelingt, Einnahmen und Ausgaben miteinander in Einklang zu bringen, nütze keine Währungsart etwas. Deshalb habe man auch mit der Ausgabe der Rentenbankscheine solange gezögert, da, solange die Unterstützungen an das Ruhrgebiet zu zahlen waren, keine Stabilisierung zu erreichen war. Der passive Widerstand mußte aufgegeben werden[33]. Er führte uns in den Abgrund. Wir zahlten Unterstützungen an Leute, die früher nie gearbeitet hatten. Der anfängliche Idealismus hatte vielfach dem Gegenteil Platz gemacht. Wir können nur wieder hoch kommen, wenn wir das eigene Ich gegenüber dem Staatsganzen zurückstellen. Die Wiedergeburt und der Wiederaufstieg eines Volkes kann nicht durch diplomatische oder wirtschaftliche Verträge gewährleistet werden, sondern es muß ein Volk da sein, das Leistungen übernimmt und nicht von einem kranken Staat noch Leistungen verlangt. Die Deutsche Volkspartei hat sich bei ihrem Eintritt in die Regierung nur von ihrer Pflicht zur Verantwortung leiten lassen. Es gibt nur verantwortliche Opposition. Darauf ging der Vortragende auf den Beamtenabbau[34] ein, den er für die Betroffenen als sehr hart bezeichnete, zu dem man aber aus der Not heraus greifen mußte, um dem Volke eine feste Währung zu geben[35]. Wir brauchen ausländische Kredite für Landwirtschaft, Industrie und Handel. Es ist aber unverantwortlich, wenn behauptet wird, unsere Wirtschaft soll jetzt internationalisiert werden. Es ist selbstverständlich, daß die Staaten, die die Kredite geben, auch in der Verwaltung der Goldnotenbank vertreten sein wollen, aber eine Kontrolle der deutschen Wirtschaft sei damit nicht verbunden. Die Kredite sind notwendig, um unsere Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Ich fürchte, daß wir in ganz kurzer Zeit nicht mehr in der Lage sind, die Besatzungskosten[36] zu zahlen. Aber völlig falsch ist es, wenn von deutschnationaler Seite uns zum Vorwurf gemacht wird, daß wir überhaupt noch Besatzungskosten zahlen. Jene Kreise wissen genau so wie wir, daß die Einstellung der Zahlungen für die Bevölkerungen jener Gebiete neue Drangsalierungen bedeuten würde. Man würde die Bürger-

---

die Voraussetzung dafür geschaffen, neue Goldnotenzeichen auszugeben. Tatsächlich wurde mit der Ausgabe der neuen Rentenmark als Übergangswährung jedoch erst am 15. November 1923 begonnen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1070–1072).

[33] Zur Aufgabe des passiven Widerstands, wozu die grundsätzliche Entscheidung am 24. September 1923 fiel und die mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

[34] Die Personal-Abbau-Verordnung vom 27. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 999–1010) sah u.a. den Abbau von bis zu 25 Prozent aller Reichsbeamten und die Kündigung aller Angestellten vor und verpflichtete die Länder zu analogen Regelungen.

[35] So – wohl als Paraphrase der Worte Stresemanns – in der Vorlage.

[36] Zum Stand der Beratungen im Kabinett über die Fortdauer der Zahlung von Besatzungskosten vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 280–283.

meister einsperren, Privatvermögen beschlagnahmen und alles aus den Gebieten herausholen, war nur herauszuholen ist. Gerade von nationalen Kreisen jener Gebiete kommen immer wieder Hilferufe an die Regierung, die Bevölkerung doch nicht im Stich zu lassen. Das ist auch die Pflicht jeder deutschen Regierung. Wir sind eines Blutes. Es muß eine Volksgemeinschaft geben, zu der alle gehören, gleichgültig, ob man sich als Republikaner oder als Monarchist bezeichnet, sonst gibt es für uns keine Rettung. Wir müssen aus den Trümmern zu retten suchen, was möglich ist, um das Haus wieder aufzubauen. „Im Vertrauen auf die Zukunft ertrage ich die Gegenwart“[37] muß der Leitsatz jedes Deutschen sein. Wenn es auch unpopulär macht, so soll man doch tun, was uns das Vaterland erhält, wir werden dann unserer Zeit gerecht geworden sein[38].

[37] Ob Stresemann hier ein Zitat verwendet, konnte nicht ermittelt werden.

[38] Die Vorlage schließt den Bericht mit den Worten: „Lang anhaltender Beifall folgte der Rede. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsch, daß der tiefe Eindruck, den die Ausführungen Dr. Stresemanns auf die Hörer gemacht habe, von diesen in weite Kreise getragen werden möge, um so für unser Vaterland zu wirken.“

Rede anläßlich einer Film-Uraufführung in Berlin vom 14. Februar 1924[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 542.

Die in den vergangenen Jahrzehnten von der Zivilisation in den Hintergrund gedrängte Kultur und insbesondere der Film sind Mittel zur Versöhnung der Völker.

Das Herauswachsen des Films aus den Reihen materieller Interessen ist gerade in einer Zeit interessant, bei der alle Strömungen fast ausschließlich auf das Materielle gerichtet sind. Das kommt daher, daß man leider immer noch nicht zwischen **Zivilisation** und **Kultur** unterscheidet. Man kann auf technischem Gebiet Hervorragendes leisten und auf dem Gebiet der Kultur ein Stümper sein. Eine der wichtigsten Aufgaben aller Nationen in der Gegenwart ist es, Zivilisation und Kultur zu einem idealen Ganzen zu vereinigen.

In den letzten Jahrzehnten hat man das Hauptgewicht auf die Zivilisation gelegt und dabei nicht beachtet, daß jede Nation in einem gewissen Grade ein Volk der Dichter und Denker werden und sein muß, wenn sie nicht trotz einer fortschreitenden technischen Entwicklung im Gesamtniveau herabsinken will. Diese Strömungen im Leben der Völker spiegeln sich auch stark in der Politik wider. Man richtet auch hier das Augenmerk fast ausschließlich auf das Materielle. Damit kommt man aber nicht weiter, denn die Brücken, die von Nation zu Nation geschlagen werden müssen, werden nicht aufgebaut durch Verhandlungen über Baumwolle, Eisenerz und Kohle, sondern in erster Linie durch den Austausch geistiger Werte.

Die Vertreter der auswärtigen Presse, die hier heute abend das Wort ergriffen haben, haben mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß der Film ein ausgezeichnetes Verständigungsmittel zwischen den Nationen sein kann, ein ausgezeichnetes Werkzeug in der Arbeit zur Versöhnung der Völker. Es ist interessant, daß die Aus-

[1] Nach STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 541, hielt Stresemann die Rede „aus Anlaß der Aufführung des Nibelungen-Films bei einem im Hotel Adlon stattfindenden Zusammensein“. – Ein ausführlicher Korrespondentenbericht der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21348 (Abendausgabe) vom 16. Februar 1924, S. 3–4, schildert, daß Fritz Langs Film „Die Nibelungen“ am 14. Januar 1924 im Ufa-Palast am Berliner Zoologischen Garten uraufgeführt wurde, woran ein „ausgewähltes Publikum“ teilnahm, darunter neben Stresemann auch Reichskanzler Marx. Der Premiere folgte ein Abendessen, zu dem Emil Georg von Stauß, Direktor der Deutschen Bank und Aufsichtsratsvorsitzender der Ufa, eingeladen hatte. Stresemann hielt seine Rede „in Erwiderung auf Ansprachen verschiedener ausländischer Pressevertreter“.

führungen von prominenten Vertretern fremder Nationen gerade im Anschluß an einen Film gemacht werden, der doch eigentlich in seiner ganzen Einstellung, in der Gesamtheit sowohl als auch im primitivsten Gefühl der einzelnen Helden absolut **deutsch** ist.

Rede in einer Wahlkampfveranstaltung der DVP in Elberfeld vom 17. Februar 1924[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 298–301.

Die Vorgänge in der Pfalz haben gezeigt, welche Illusionen Vertreter Frankreichs gehegt haben. Die Lösung für die besetzten Gebiete wird von der Lösung der Reparationsfrage abhängen, wo sich ein „Silberstreifen" am Horizont abzeichnet. Die geplante Goldnotenbank; die Anleihe; die Einheitlichkeit der deutschen Eisenbahnen; die Besatzungskosten.

Der heutige Tag soll im Reich als **Pfalz-Tag** begangen werden[2]. Das bedeutet, daß er die Erinnerung wachhalten soll an all das Unrecht, das im besetzten Gebiet gegen deutsche Frauen und Männer begangen worden ist, an all das Unrecht, in das gerade die Deutschen in der Pfalz gekommen sind. Die Pfalzfrage, die heute die Weltöffentlichkeit beschäftigt, ist ein besonderer Ausdruck der Frage der gesamten Deutschen im besetzten Gebiet. Was dort sich geltend gemacht hat als separatistische Bewegung, das war nicht erwachsen auf dem Boden irgendeines deutschen Volkswillens, irgendeines deutschen Volksempfindens. Die französische Presse beschäftigt sich in den letzten Tagen mit den Vorgängen in **Pirmasens[3].** Sie glaubt, die

---

[1] Nach einem Korrespondentenbericht der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21350 vom 18. Februar 1924, S. 2–3, hielt Stresemann die Rede „in einer von mehreren tausend Personen besuchten Versammlung […], die von der Deutschen Volkspartei als Auftakt zum bevorstehenden Wahlkampf für den Reichstag veranstaltet wurde". – Der Bericht macht auch deutlich, daß es sich bei der hier wiedergegebenen Druckfassung um einen Teildruck handelt (vgl. unten Anm. 17).

[2] Am gleichen Tag fand im Reichstag „eine große Kundgebung für die Pfalz und die Rheinlande statt", ebenso in anderen deutschen Städten (vgl. den Korrespondentenbericht aus Berlin ebd., S. 2). – Am Vortag war in Speyer zwischen einem „Spezialkomitee" der Interalliierten Rheinlandkommission und dem gewählten Kreisausschuß der Pfalz eine Vereinbarung erzielt worden, wonach ab dem 17. Februar der Kreisausschuß vorübergehend und „ohne Veränderung der staatsrechtlichen Verhältnisse" die Verwaltung und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung übernahm, wodurch die Tätigkeit der „autonomen Regierung der Pfalz" und damit die Versuche der Abtrennung der Pfalz vom Reich ein Ende fanden (die Proklamation des Kreisausschusses vom 17. Februar 1924 u.a. in DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE IV, S. 384-385; URSACHEN UND FOLGEN V, S. 323–324; vgl. auch den Bericht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 18. Februar über die Wirkung dieser Vereinbarung und das Ende des Separatismus am 17. Februar: wiederabgedruckt ebd., S. 324–325).

[3] Am 12. Februar 1924 war es in Pirmasens bei der gewaltsamen Erstürmung und Anzündung des von Separatisten gehaltenen Bezirksamtsgebäudes zu Lynchaktionen der Angreifer gekommen, denen zwölf, nach anderen Angaben 28 oder 40 Separatisten zum Opfer fielen (vgl. die Mitteilung des Reichspostministers in der Ministerbesprechung vom 13. Februar 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 358–359; die Berichte in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 75 [Abendausgabe] vom 13. Februar

Sicherheit Frankreichs mit diesen Vorgängen in Verbindung bringen zu müssen, und fragt, wie es möglich sei, daß einige Kilometer von der französischen Grenze entfernt so etwas geschehen konnte. Kein Volk hat so viel an äußerem Druck und innerem Elend erfahren wie das deutsche, ohne zum Aufruhr und zur Revolution zu schreiten. Wenn mit einem Male der Nebel zerreißt, den französische Berichterstattung über die Vorgänge in der Pfalz gebreitet hatte, und wenn man versucht hat, Monate hindurch die Empfindung aufrechtzuerhalten, daß nur die böse Politik von Berlin dem pfälzischen Volke es unmöglich machte, seiner Herzensregung folgend, sich vom Reich und von Bayern loszulösen und zu zeigen, wie die pfälzische Bevölkerung denkt, so muß das für diejenigen schmerzvoll sein, die diese Illusionspolitik träumten.

Wenn man darin ein Aufbäumen des deutschen Volkes sieht, so muß man auch fragen, wie es General de **Metz**[4] getrieben hat, daß so etwas sich ereignen konnte. Das ist die Lehre, die sich aus diesen Vorfällen ergibt. Einzelne in den Reihen unserer Gegner möchten durch eine Politik von Zuckerbrot oder Peitsche die besetzten Gebiete lahm machen in ihrer Reichsfreudigkeit, sie schließlich seelisch zermürben, um sie hinüber- oder wenigstens hinwegzuziehen vom Deutschen Reich.

Unzweifelhaft ist die Frage der **besetzten Gebiete** ganz unendlich schwierig. Wir sind vielfach mit unseren Kräften nicht in der Lage gewesen, dem besetzten Gebiet so zu helfen, wie wir hätten helfen wollen, vielleicht hätten helfen müssen. Aber wir stehen heute unter der allgemeinen deutschen Schicksalsfrage, ob es uns gelingt, dieses Deutschland vor dem wirtschaftlichen und sozialen Chaos zu bewahren und über die Stabilisierung hinaus zum Wiederaufbau zu bringen. Die gegenwärtigen Verhandlungen mit Frankreich[5] haben als Ausgangspunkt die Verhältnisse des besetzten Gebietes genommen. Man hat erklärt, daß diese Verhandlungen von vornherein zwecklos seien und nur einen Beweis dafür brächten, daß das Deutsche Reich und das Außenministerium sich von Illusionen leiten ließen. Ich glaube nicht, daß

1924; Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21345 [Abendausgabe] vom 13. Februar 1924, S. 1; vgl. auch PFALZ UNTER FRANZÖSISCHER BESATZUNG S. 197–199).

[4] Adalbert François Alexandre de Metz (1867–1946), französischer General; Vertreter der Interalliierten Rheinlandkommission in der Pfalz 1920–1924. – Die Reichsregierung monierte gegenüber Frankreich von Beginn der separatistischen Bewegung an die Verwicklung französischer Stellen und insbesondere die Unterstützung des Generals Metz für die Separatistenbewegung in der Pfalz. Vgl. dazu das Weißbuch NOTENWECHSEL ZWISCHEN DER DEUTSCHEN UND DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG.

[5] Zum Stand der Verhandlungen mit Frankreich über einen Modus vivendi in den besetzten Gebieten vgl. den telegraphischen Bericht des Botschafters in Paris, Hoesch, vom 12. Februar 1924 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 385–387; eine Aufzeichnung Stresemanns vom gleichen Tag über ein Gespräch mit dem französischer Botschafter Margerie ebd., S. 388–390; seine vertraulichen Mitteilungen bei einer Besprechung mit führenden Reichstagsabgeordneten der Regierungsparteien vom 14. Februar 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 362–363.

diese Kritik zutreffend ist. Wir können heute nur die Außenpolitik eines waffenlosen Volkes führen. Wer die Politik der Verhandlungen und Verständigung kritisiert, der muß auch sagen können, was er an die Stelle dieser Politik setzen würde.

Alle Fragen des besetzten Gebiets werden abhängig sein von einer Verständigung über die größere Frage, die Frage der **Reparationslösung** überhaupt. Wenn ich an die Verhandlungen denke, die von den Sachverständigenkomitees geführt worden sind und die in Berlin fortgesetzt wurden[6], wenn man mich da fragt, ob aus diesen Verhandlungen etwas zu erwarten sei, möchte ich mich dem anschließen, was ein deutscher Wirtschaftler[7], der seit Jahren diese Sisyphusarbeit mitgemacht hat und der die Ergebnislosigkeit dieser Bemühungen sah, geäußert hat: er sehe zum erstenmal einen **Silberstreifen** an dem sonst düsteren Horizont. Auch in denjenigen Ländern, die sich als Siegerstaaten betrachten, beginnt man daran zu zweifeln, ob der Weg, den man bisher eingeschlagen hat, der richtige sei.

Als bei uns die Mark fiel[8], haben wir jahrelang die Kritik in Paris gehört, daß dieser Verfall ein beabsichtigtes Manöver der deutschen Regierung sei. Ich habe demgegenüber in Stettin die Frage aufgeworfen[9]: Wenn ein Volk wie wir in Währungszerfall kommt, und wenn das die Schuld der Regierung ist, wie soll man dann erklären, daß ein Volk, das solche Leistungen empfangen hat wie das französische, heute ebenfalls in Währungszerfall gerät[10]?

---

[6] Am 14. bzw. 21. Januar 1924 hatten die von der Reparationskommission zur Lösung der Reparationsfrage eingesetzten beiden Sachverständigen-Ausschüsse ihre Arbeit aufgenommen. Seitdem tagten sie zunächst in Paris, wo sie u.a. den von der Reichsregierung entsandten Reichsbankpräsidenten Schacht anhörten (vgl. dazu u.a. seine Erinnerungen: SCHACHT, S. 103–106), und weilten vom 29. Januar bis 13. Februar 1924 in Berlin. – Zu Stresemanns Einschätzung der bisherigen Beratungen und voraussichtlichen Ergebnisse der Ausschüsse und deren größeren Zusammenhang mit der Außenpolitik vgl. seine umfangreiche Aufzeichnung vom 19. Februar 1924 in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 302–317.

[7] Nach der Erläuterung des Herausgebers von STRESEMANN, Vermächtnis (I, S. 301) soll es sich dabei um Carl Bergmann (1874–1935) handeln, der sich als ehemaliger Staatssekretär im Reichsfinanzministerium und Vorsitzender der Kriegslastenkommission (1919–1921) auch nach seiner Rückkehr zur Deutschen Bank wiederholt der Reichsregierung als Reparationssachverständiger zur Verfügung gestellt und in deren Auftrag entsprechende Verhandlungen geführt hatte. – Nachweisen ließ sich eine entsprechende Äußerung Bergmanns im Kabinett nicht; möglicherweise fiel sie in der Ministerbesprechung vom 29. Januar 1924, in der Bergmann Bericht erstattete über seine Eindrücke aus den Besprechungen mit dem Sachverständigen-Ausschuß (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 300).

[8] Eine tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Inflation und ausgewählter Preise in den Monaten August – November 1923 ebd., Stresemann II, S. 1218–1223.

[9] In seiner Rede vom 3. Februar 1924 (vgl. diese Edition).

[10] Die französische Währung war seit dem Spätherbst 1923 unter Druck geraten und sank zusehends im Wechselkurs, wodurch auch die Regierung Poincaré unter Druck geriet; zu gesetzgeberischen Maßnahmen zur Finanzreform in der ersten Februarhälfte vgl. die zusammenfasssenden Berichte über die betreffenden Kammerdebatten in SCHULTHESS 65 (1924), S. 210–211. – Zur Währungskri-

Wenn man unseren Angaben über geleistete **Sachlieferungen** nicht glaubt, sollte man jedenfalls derjenigen amerikanischen Kommission glauben, die ihrerseits die deutschen Leistungen auf 25 Milliarden Goldmark geschätzt hat[11]. Ich habe nicht gehört, daß diese Feststellungen von irgendeiner Seite angezweifelt worden sind. Vielleicht ist es für das praktische Begreifen unserer Leistungen kennzeichnend, daß die direkten Reparationsleistungen meist Sachlieferungen gewesen sind. Man geht achtlos an diesen Lieferungen, die zahlenmäßig nicht belegt werden, vorüber. Für 60 Millionen Sachleistungen hat allein Jugoslawien erhalten, dessen ganzer Etat hierauf balanciert wurde[12]. Frankreich hat nur einen kleinen Teil von dem bezogen, was es hätte beziehen sollen, weil es für seine Industrie die deutsche Konkurrenz fürchtete. Der Fall des französischen Franc wird sich weiter vollziehen, wenn eine Verlängerung der Micum-Verträge[13] nicht möglich ist, was schon feststeht, wenn man nicht zu einer Reparationslösung kommt. Frankreich hat also selbst das größte Interesse an einer solchen Lösung.

Eine **Anleihe** setzt voraus – ich glaube ganz nach der Auffassung aller Sachverständigen zu urteilen – die Schaffung der deutschen Verkehrseinheit, die Schaffung der deutschen Reichseinheit und die Wiederherstellung der Verhältnisse vor der Ruhrbesetzung. Ohne deutsche Reichsbahnen gibt es keine Anleihe. Eine deutsche Reichsbahn ohne die **Regiebahnen**[14] stellt keine Verkehrseinheit dar. Das Deutsche Reich, das nicht seine Souveränität im Rahmen seiner Grenzen ausübt, ist nicht der

---

se vgl. auch die im Winter ganz regelmäßig in der Wiener NEUE FREIE PRESSE erscheinenden Artikel mit der Überschrift „Neuer Tiefstand des Francs“ o.ä.

[11] Stresemann bezieht sich bei dieser Zahl vermutlich auf eine 1923 als Veröffentlichung in der Reihe der „Publications of the Institute of Economics“ (der Brookings Institution in Washington) erschienene Studie von Harold G. Moulton u. Constantine E. McGuire: Germany’s Capacity to Pay: A Study of the Reparation Problem, die diese Ziffer benannte.

[12] Zu den laufenden Verhandlungen mit Jugoslawien über die Sachlieferungen vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 291–292.

[13] Im November 1923 war nach langen Vorverhandlungen zwischen dem Bergbaulichen Verein und der „Mission interalliée de contrôle des usines et des mines“ (MICUM) ein Abkommen über die Wiederaufnahme der Kohlelieferungen durch die Industrie anstelle des Reiches (das spätere Entschädigungen bzw. Steuerverrechnungen gegenüber der Industrie versprach) zustande gekommen (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 222), dem weitere Verträge anderer Industriebereiche des besetzten Gebietes folgten. Das Abkommen über die Kohlelieferungen war am 15. Januar 1924 zu modifizierten Bedingungen verlängert worden (ebd., 65 [1924], S. 398) und sollte am 15. April 1924 ablaufen.

[14] Anfang März 1923 hatten die Besatzungsmächte durch Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission unter dem Namen „Régie des chemins de fer des territoires occupés“ (oft abgekürzt Régie oder Regiebahn) einen eigenen Eisenbahnbetrieb und eine eigene Eisenbahnverwaltung in den besetzten Gebieten eingerichtet. In den bisherigen Verhandlungen mit Frankreich lehnte Poincaré ab, Deutschland wieder die Eisenbahnhoheit in den besetzten Gebieten zu übertragen (vgl. etwa Stresemanns vertrauliche Mitteilungen bei einer Besprechung mit führenden Reichstagsabgeordneten der Regierungsparteien vom 14. Februar 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 362–363, insb. auch Anm. 4).

Volkskörper, der der Welt die Sicherheit gibt, daß er ihm gewährte Anleihen auch dauernd verzinst.

In der französischen Kammerdebatte sieht man die Unsicherheit darüber, ob die uns gegenüber verfolgte Politik die richtige war[15]. Wir stehen wahrscheinlich vor großen Entscheidungen. Die nahe Zukunft kann eine Verständigung bringen. Sie wird verbunden sein mit Einfluß des internationalen Kapitals auf diejenigen Institutionen, bei denen es sich beteiligt. Gewisse Organe, die sich so gern allein national nennen, werden davon sprechen, daß man Deutschland unter **internationale Kontrolle** gestellt hat. Wenn wir eine Goldnotenbank schaffen[16], für die wir das Kapital nicht allein aufbringen können, dann werden die ausländischen Gläubiger ihre Vertreter im Aufsichtsrat verlangen, wie die deutschen Industriellen ihre Vertreter verlangen würden. Man soll nicht glauben, diese rein realpolitischen Fragen mit allgemeinen Redensarten abtun zu können.

Eine andere Frage, in der es an harter Kritik nicht gefehlt hat, ist die Frage der Weiterbezahlung der **Besatzungskosten[17].** Man hat es so hingestellt, als ob die Weiterzahlung auf Drängen des Außenministeriums erfolgt sei und ich eine bessere Temperatur in Brüssel und Paris schaffen wollte. Wir haben die Vertreter der besetzten Gebiete kürzlich in Berlin gehabt, und alle haben verlangt, daß die Besatzungskosten bezahlt würden, weil die Nichtbezahlung gleichbedeutend sei mit der Plünderung der städtischen Kassen und der Wegnahme des Privateigentums[18]. Die Frage der deutschen Rheinlandpolitik ist eine Frage der Rücksichtnahme auf das besetzte Gebiet und nicht eine Frage der Außenpolitik. Wir werden auch hier nur so

---

[15] In der Debatte der französischen Abgeordnetenkammer zur Finanzreform vom 11. bis 19. Februar 1924 wurden auch kritische Stimmen zur Ruhrpolitik Poincarés laut; vgl. SCHULTHESS 65 (1924), S. 210–211.

[16] Der Erste Sachverständigen-Ausschuß hatte bereits am 22. Januar 1924 per Pressekommuniqué bekanntgegeben, die Errichtung einer deutschen Goldnotenbank unter Mitwirkung fremden Kapitals zum Teil seines Gesamtplans zu machen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 276 mit Anm. 6; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 289). Spätestens am 10. Februar 1924 wurde dies durch die Verbreitung des Kommuniqués durch WTB auch in Deutschland öffentlich bekannt (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 342, Anm. 1; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 70 vom 10. Februar 1924).

[17] Zum Stand der Frage der Fortdauer oder Einstellung der Zahlung der Besatzungskosten vgl. die Beratung in der Ministerbesprechung vom 15. Februar 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 367–368) sowie die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Friedeberg vom gleichen Tag (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 415–416).

[18] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf eine Besprechung des Rhein-Ruhr-Ausschusses des Kabinetts mit Vertretern des besetzten Gebiets vom 7. Februar 1924; nach Ausweis des Protokolls (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 329–335) drängten diejenigen Vertreter, die das Thema ansprachen, auf die Fortzahlung der Besatzungskosten. – Vgl. auch die Eingabe des Kölner Oberbürgermeisters Adenauer an den Reichskanzler vom 28. Januar 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 415–416, Anm. 2), in der die Worte „Plünderungen öffentlicher Kassen“ vorkommen.

weit gehen können, als es die finanzielle Lage erlaubt. Wir wollen dem besetzten Gebiet zeigen, daß wir das Letzte mit ihm teilen wollen. Die Frage muß gelöst werden im Gesamtrahmen der Reparationen[19].

Daß wir über die ganzen letzten Monate glücklich hinweggekommen sind, müssen wir dankbar dem Volke gegenüber anerkennen. Was wir dem Volke zugemutet haben, geht über das, was jemals eine Regierung und ein Staat einem Volke zugemutet hat. Wir müssen jetzt noch einen ganz schlimmen Weg gehen. Wie lange er dauert, weiß ich nicht. Eins sehe ich als hoffnungsvoll an, daß das Ausland, das tat, als ob Deutschland ein falsches Bild gegeben habe, nun einsieht, daß wir aus eigener Kraft im Innern Ordnung geschaffen haben. Das war ein großes Plus, das wir dem Sachverständigenkomitee aufzuweisen hatten.

[19] Der oben (Anm. 1) erwähnte Bericht der Wiener NEUE FREIE PRESSE legt nahe, daß die Druckvorlage – vermutlich an dieser Stelle – gegenüber der tatsächlich gehaltenen Rede gekürzt ist; der Bericht führt paraphrasierend die fortgelassene Passage aus: „Dr. Stresemann ging dann auf die innerpolitische Lage über und verteidigte die Politik der großen Koalition. Er wendete sich gegen die Putschisten von links wie von rechts. Bei seinen Angriffen auf die Hitler-Bewegung kam es verschiedentlich zu Tumulten, die von Deutschvölkischen verursacht wurden. Stresemann bezeichnete Hitler als einen Menschen, dem es am Verständnis für die politischen Realitäten fehle. Außenpolitik könne nur getrieben werden, wenn die Einheit des Reiches nach außenhin vorhanden sei. Die Hitler-Leute gehen aber auf eine Zerstörung der Reichseinheit aus. Wären sie seinerzeit nach Berlin marschiert, dann wäre Deutschland nicht nur in einen Bürgerkrieg gestürzt worden, sondern hätte auch den Einmarsch fremder Truppen von drei verschiedenen Seiten erlebt.“

Reichstagsrede vom 20. Februar 1924[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12390. – Teildrucke in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21353 (Morgenausgabe) vom 21. Februar 1924, S. 5; REICHSPOST, Nr. 51 vom 21. Februar 1924, S. 1; WIENER ZEITUNG, Nr. 43 vom 21. Februar 1924, S. 5–6.

Dankt Österreich für Hilfe in schwerer Zeit und hofft auf die Intensivierung der Beziehungen.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Die Verträge, die Ihnen hier zur Beschlußfassung vorgelegt sind, sind im Sommer vorigen Jahres abgeschlossen worden[2]. Ich möchte die Gelegenheit dieses Entwurfs eines Gesetzes, das einmal einen Vertrag über Rechtsschutz und Rechtshilfe und zweitens einen Beglaubigungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Österreich vorsieht, nicht vorübergehen lassen, ohne einige einleitende Bemerkungen daran zu schließen.

Die Verträge sind an sich juristisch-technischer Natur und haben somit keinen unmittelbaren politischen Charakter. Trotzdem sind sie ein Zeichen der freundnachbarlichen Beziehungen, die zwischen beiden Ländern bestehen. Eine Regelung dieser Beziehungen in bezug auf die Frage der **Rechtshilfe** ist von verschiedenen Seiten seit vielen Jahren verlangt worden. Sie ist verlangt worden von Kreisen der Rechtswissenschaft im Interesse der Rechtsangleichung. Sie ist verlangt worden aus den Kreisen der Wirtschaft wegen der besseren wirtschaftlichen Beziehungen, die eine geordnete Basis der Rechtshilfe und des Rechtsschutzes herbeiführen würde. Das, was sonst an Regeln des internationalen Rechtsverkehrs besteht, hat sich für die Bedürfnisse des praktischen Lebens, die speziell zwischen dem Deutschen Reiche und der österreichischen Republik bestehen, nicht als ausreichend erwiesen. Wir haben deshalb in diesen Verträgen weitgehende Vergünstigungen und Erleichterun-

[1] Stresemann sprach zum Tagesordnungspunkt „Erste, zweite und dritte Beratung des Vertrages mit der Republik Österreich über Rechtsschutz und Rechtshilfe“.

[2] Die beiden im Folgenden von Stresemann erläuterten und am 21. Juni 1923 in Wien unterzeichneten Verträge (samt der weiter unten angesprochenen Denkschrift) waren dem Reichstag am 26. Januar 1924 vom Reichsaußenminister und vom Reichsjustizminister zur Beschlußfassung vorgelegt worden (gedruckt in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 380, Anl. Nr. 6439 [mit eigener Seitenzählung]).

gen über den Rechtsschutz und die Rechtshilfe geschaffen. Insbesondere hat die Rechtshilfe auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung, die gegenseitige Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen, eine neue weitgehende Regelung erfahren, namentlich auch insofern, als künftig über die Frage der Vollstreckung nur in einem einfach gehaltenen Verfahren entschieden werden soll.

Im gleichen Sinne sieht der **Beglaubigungsvertrag** vor, daß Urkunden, die von den beiderseitigen Gerichten und Verwaltungsbehörden ausgestellt worden sind, weitgehende Anerkennung finden. Wegen der Einzelheiten des Vertrages darf ich auf den Text der Verträge und auf die Denkschrift hinweisen, die ihnen beigefügt ist.

Meine Damen und Herren! Diese Verträge geben mir aber auch eine sehr erwünschte Gelegenheit, von dieser Stelle aus dem stammverwandten **österreichischen Volke** aufrichtigen **Dank** zu sagen für die warmherzige Teilnahme und die tatkräftige Unterstützung, die wir in schwerer deutscher Not speziell von Österreich haben erfahren können[3].

(Bravo!)

Das österreichische Volk hat unter weiser Führung in außergewöhnlicher Spannkraft sich aus seinem Zusammenbruch erhoben[4], und wir alle hoffen, daß es ihm gelingt, besseren Zeiten entgegenzugehen. Daß es aber in dem eigenen Bestreben um seine Wiederaufrichtung uns nicht vergessen hat und das vergilt, was wir versucht haben, ihm zu geben, als es selber in schweren Zeiten um seine Existenz zu ringen hatte, dafür sind wir ihm besonders dankbar.

(Bravo!)

Wir hoffen, daß diese Beziehungen beider Völker, die hier auch ihren Ausdruck finden in diesen speziellen Verträgen und die, wie ich hoffe, demnächst auch in beginnenden Verhandlungen wegen eines deutsch-österreichischen Handelsvertrages einen neuen Ausdruck finden sollen[5], Etappen sind auf dem Wege zu einer immer festeren Verbindung zwischen uns, die wir alle miteinander erstreben[6].

---

[3] Im Rahmen der internationalen Hilfe für Deutschland im Herbst 1923 waren insbesondere auch von österreichischer Seite vielfache Geld- und Hilfsleistungen nach Deutschland gegangen.

[4] Stresemann bezieht sich hier auf den drohenden Staatsbankrott Österreichs vom Sommer und Herbst 1922, vor dem es durch eine Völkerbundsanleihe gerettet wurde. Ausführliche Dokumentation dazu in: AUSSENPOLITISCHE DOKUMENTE DER REPUBLIK ÖSTERREICH IV.

[5] Zum Stand der Frage deutsch-österreichischer Handelsvertragsverhandlungen vgl. die Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amtes vom 18. Februar 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 397, Anm. 1.

[6] Das vorgelegte Gesetz und damit die Verträge wurden vom Reichstag nach einem kurzen zustimmenden Redebeitrag des Abgeordneten Jacob Rießer (DVP) noch in der gleichen Sitzung in dritter

(Beifall.)

Lesung unverändert angenommen (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12390–12391). Das Gesetz wurde am 6. März 1924 vom Reichspräsidenten unterzeichnet (REICHSGESETZBLATT 1924 II, S. 55–62); die Verträge traten durch die Ratifikation am 14. April 1924 in Kraft (ebd., S. 91).

Reichstagsrede vom 22. Februar 1924

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12432–12434. – Mit kleineren Abweichungen auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 92 (Morgenausgabe) vom 23. Februar 1924. – Teildrucke in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 317–319; URSACHEN UND FOLGEN V S. 326–329; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21355 (Morgenausgabe) vom 23. Februar 1924, S. 5–6; REICHSPOST, Nr. 53 vom 23. Februar 1924, S. 1; WIENER ZEITUNG, Nr. 45 vom 23. Februar 1924, S. 5.

Erläutert die Schritte des Auswärtigen Amtes gegenüber Frankreich wegen dessen Verwicklung in den pfälzischen Separatismus. Die französische Politik wird sich gegen Frankreich selbst wenden.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Der Standpunkt der Reichsregierung in Fragen der Interpellation[1] ist gestern durch den Herrn Minister für die besetzten Gebiete[2] zum Ausdruck gekommen. Ich hätte infolgedessen als Minister des Auswärtigen keine Veranlassung, speziell zu dieser Frage der Interpellation Stellung zu nehmen. Auch die Anregungen und Fragen, die der

[1] Der Reichstag debattierte in den Sitzungen vom 20., 21. und 22. Februar 1924 zwei Interpellationen „über die Separatistenbewegung in der Pfalz“, deren eine vom Ludwigshafener Abgeordneten Hermann Hofmann initiiert (er hatte ursprünglich sogar eine Sondersitzung des Reichstags zur Kundgebung gegen den Separatismus gewünscht, was vom Kabinett am 17. Januar 1924 jedoch abgelehnt wurde: vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 248–249; tatsächlich fand eine solche Kundgebung am 17. Februar 1924 statt: vgl. in dieser Edition die Rede Stresemanns in Elberfeld am 17. Februar 1924 mit der dortigen Anm. 2) und von Zentrum, DVP und der DNVP-Fraktion getragen war, die andere von Mitgliedern der DDP-Fraktion; die Debatte wurde verbunden mit der Diskussion über einen Antrag aus der DNVP-Fraktion zur „Aburteilung der des Hochverrats im besetzten Gebiet beschuldigten Personen“ (Protokolle der Debatte in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12391–12403, 12405–12430 u. 12432–12443). – In der ersten Interpellation vom 19. Januar 1924 wurde die französische Unterstützung für Separatisten in der Pfalz verurteilt und die Regierung u.a. befragt, was sie zu tun gedenke, „um wieder geordnete Verhältnisse und Schutz der Menschenrechte in der Pfalz herbeizuführen“; die zweite Interpellation vom 7. Februar 1924 verallgemeinerte die Anfrage hin auf die gesamten besetzten Gebiete (Text der ersten Interpellation ebd., Bd. 380, S. 7712 [Drucks. Nr. 6427], der zweiten Interpellation ebd., S. 7719 [Drucksache Nr. 6440]). Der Antrag der DNVP-Fraktion vom 30. Januar 1924 verlangte, Separatismus als Hochverrat zu behandeln und die Todesstrafe zu verhängen, ggf. auch nach einem Prozeß in Abwesenheit, und forderte das Reichsgericht auf, sofort entsprechende Verfahren einzuleiten (Text ebd., S. 7716 [Drucksache Nr. 6435]).

[2] Anton Höfle (1882 – 20. April 1925), Postminister 30. August 1923 – 15. Januar 1925; zusätzlich mit der Leitung des Ministeriums für die besetzten Gebiete beauftragt 30. November 1923 – 15. Januar 1925; Mitglied des Reichstags 1920–1925 (für das Zentrum). – Höfle hatte in seinem Debattenbeitrag am Vortag (ebd., Bd. 361, S. 12405–12410) auf die veränderten Bedingungen im Hinblick auf den Separatismus hingewiesen, jedoch die fortgesetzte französische Willkürpolitik in der Pfalz und im übrigen besetzten Gebiet verurteilt und auf die Bemühungen der Reichsregierung um einen Modus vivendi verwiesen.

Herr Abgeordnete Dr. Helfferich[3] gestern vorgebracht hat, werden wohl besser im Rahmen der allgemeinen außenpolitischen Debatte erörtert werden als im speziellen Zusammenhang mit der Pfalzinterpellation. Herr Dr. Helfferich hat hingewiesen auf die Frage des Saargebiets und seiner politischen Stellung, der Änderung derjenigen Bindungen, die dem Saargebiet auferlegt worden sind[4]. Meine Herren, diese Frage hängt aufs engste zusammen mit dem Gesamtkomplex der Fragen der deutsch-französischen Beziehungen, und ich nehme an, daß diese Beziehungen der Hauptgegenstand unserer außenpolitischen Aussprache sein werden.

Der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich hat ferner gestern auf Erörterungen angespielt, die im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages stattgefunden haben[5]. Er hat dort Bedenken gegen Ausführungen zum Ausdruck gebracht, die ich in einer Rede in Elberfeld[6] gemacht habe und aus denen er glaubte entnehmen zu sollen, daß ich zu weitgehend der Beteiligung ausländischen Kapitals an der Goldnotenbank[7] und an anderen Institutionen entgegengekommen wäre. Ich habe die Auffassungen und Interpretationen, die er aus einem telegraphischen Bericht benutzte, richtiggestellt. Auch das Gesamtgebiet dieser rein wirtschaftlichen Fragen wird wohl am besten in der großen Aussprache mit erörtert werden.

An einer Stelle der Debatte ist davon gesprochen worden, daß man diesen Dingen

---

[3] Karl Helfferich (1872–1924), Mitglied des Reichstags 1920 – April 1924 (für die DNVP). – In seiner Rede vom Vortag (ebd., S. 12417–12424) hatte er die angeblich tausendjährige Gewaltpolitik Frankreichs gegenüber Deutschland geschildert, die in Friedensvertrag, Besatzung und schließlich Unterstützung des Separatismus ihre Fortsetzung gefunden habe. In einer Passage war er darauf eingegangen, daß Frankreich bei den Friedensverhandlungen die Regelung für das Saargebiet mit unwahren Angaben gegenüber den anderen Siegermächten erreicht habe.

[4] Durch den Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 wurde das Saargebiet für 15 Jahre bis zu einer Volksabstimmung über die weitere Zugehörigkeit dem Völkerbund unterstellt; Frankreich erhielt für diese Zeit das Eigentum an den Kohlengruben (Text der einschlägigen Bestimmungen des Versailler Vertrags: VERTRAG VON VERSAILLES S. 28–40).

[5] Helfferich hatte in seiner Rede (vgl. oben Anm. 3) davon gesprochen, Stresemann habe „dankenswerterweise, aber allerdings nur im geschlossenen Raume, erklärt, daß seine Worte [bei der Rede in Elberfeld] in der Presse nicht richtig wiedergegeben seien“, und ihn aufgefordert, jetzt im Reichstag Stellung zu nehmen. Angesichts von Stresemanns Erwiderung war mit dem „geschlossenen Raume“ offenbar eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags gemeint. Sie hat nach einem Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 84 (Morgenausgabe) vom 19. Februar 1924, am 18. Februar stattgefunden. Einzelheiten zu dem im Folgenden Angesprochenen waren nicht zu ermitteln. (Im Zeitungsartikel werden nur die Materien genannt, die Stresemann erläuterte; zu den Äußerungen Stresemanns über die Frage des deutschen Völkerbundsbeitritts und deren Bedeutung für die Beziehungen zur Sowjetunion: vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 548–549.)

[6] Gemeint ist die Rede Stresemann vom 17. Februar 1924 (vgl. diese Edition).

[7] Der seit dem 14. Januar 1924 tagende 1. Sachverständigen-Ausschuß zur Regelung der Reparationsfrage hatte bereits am 21. Januar 1924 beschlossen, die Errichtung einer deutschen Goldnotenbank unter Mitwirkung fremden Kapitals zum Teil seines Gesamtplans zu machen (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 289). Spätestens am 10. Februar 1924 wurde dies durch ein von WTB verbreitetes Kommuniqué des Ausschusses auch öffentlich bekannt (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 342, Anm. 1).

in der Pfalz nicht mit Inaktivität gegenüberstehen dürfe. Ganz gewiß nicht. Aber ich glaube, die **Tätigkeit des Auswärtigen Amtes in der Pfalzfrage** wird man gewiß nicht als inaktiv bezeichnen können.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)

Wir werden demnächst in einem Weißbuch alle diejenigen Protokolle herausgeben, die sich auf unsere Schritte in der Frage beziehen[8], die uns hier alle angeht. Ich darf darauf hinweisen, daß diejenige Landesregierung, die ja am engsten, wenn man hier eine Differenzierung überhaupt gelten lassen will, mit dem Geschick der Pfalz verbunden ist, daß die bayerische Regierung wiederholt Gelegenheit genommen hat, ihren Dank für das auszusprechen[9], was wir tun konnten innerhalb der Machtsphäre, in der wir uns bewegen.

(Sehr richtig!)

Es ist auch völlig unrichtig, wenn gestern gesagt wurde, daß wir die letzte **französische Antwort auf unsere Pfalznote** ruhig eingesteckt und hingenommen hätten[10]. Nein, gerade diese Note und ihr Schicksal gibt mir Veranlassung, heute speziell noch einmal das Wort zu nehmen, und zwar vor allen Dingen auch, um dem hohen Hause von einer Tatsache Mitteilung zu machen, die mir heute von dem deutschen Botschafter in Paris[11] mitgeteilt wurde und die sich mit dem Gegenstand der heutigen Debatte beschäftigt.

Lassen Sie mich zunächst eine Darstellung derjenigen Verhandlungen geben, die sich mit der Pfalz beschäftigt haben. Wir haben im November vorigen Jahres eine ausführliche Note über das Verhältnis der französischen Besatzungstruppen gegenüber der einheimischen Bevölkerung und gegenüber den Separatisten abgesandt[12].

---

[8] Gemeint ist offenbar das Weißbuch NOTENWECHSEL ZWISCHEN DER DEUTSCHEN UND DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG, das zwar keine Protokolle, aber den Notenwechsel zwischen der deutschen und der französischen Regierung zwischen dem 15. September 1923 und dem 21 Februar 1924 dokumentiert. Sein genaues Veröffentlichungsdatum konnte nicht ermittelt werden.

[9] Entsprechende Äußerungen der bayerischen Regierung konnten nicht ermittelt werden. Vgl. jedoch den Haniels an das Auswärtige Amt vom 18. Februar 1924 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 425–426, Anm. 12.

[10] Eine entsprechende Äußerung konnte in der Debatte des Vortags (vgl. oben Anm. 1) nicht ermittelt werden. Zwei Tage zuvor jedoch hatte der DDP-Abgeordnete Korell die Bitte geäußert, daß das Auswärtige Amt auf die letzte französische Antwort noch einmal mit einer Erklärung reagiere (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12401). Möglicherweise bezieht sich Stresemann hierauf.

[11] Leopold von Hoesch (1881–1936), seit 1921 deutscher Botschaftsrat (seit Januar 1923 als Geschäftsträger) in Paris, war am 2. Februar 1924 zum Botschafter ernannt worden; er hatte dieses Amt bis 1932 inne.

[12] Die Note vom 10. November 1923 samt Anlagen in NOTENWECHSEL ZWISCHEN DER DEUTSCHEN UND DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG S. 20–45.

Frankreich hat darauf im Dezember geantwortet[13]. Diese französische Antwort machte den Versuch, einen kleinen Bruchteil der deutschen Beschwerden zu widerlegen. Ein Eingehen auf den gesamten Inhalt unserer Note lehnte sie prinzipiell ab mit dem Bemerken, daß die französische Regierung den Vertretern der alliierten Mächte in Koblenz[14] unrecht täte, wenn sie die Beschwerde Punkt für Punkt beantworten wolle.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Es ist mir nicht bekannt, daß die alliierten Mächte in Koblenz den Wunsch ausgesprochen hätten, daß die französische Regierung sich einer derartigen Beschränkung in der Prüfung der von uns vorgebrachten Beschwerde auferlegen sollte. Am Schluß dieser Note war zum Ausdruck gebracht, die deutsche Regierung habe in offenbar schlechtem Glauben Anklagen gegen Behörden der französischen Republik über vorgekommene Ereignisse gerichtet, sie habe dadurch alle Beschwerden, die sie in Zukunft vorbringen werde, verdächtig gemacht.

(Hört! Hört!)

Es wird also von vornherein, ohne daß man überhaupt unser Material prüft, die Prüfung abgelehnt. Es wird uns unterstellt, daß wir in offenbar schlechtem Glauben diese Dinge vorbringen, die man nicht prüft. Daraus wird die Folgerung gezogen, daß wir uns verdächtig gemacht hätten für alle Beschwerden, die wir etwa in Zukunft vorbringen würden.

(Rufe: Unerhört!)

Meine Herren! Ich habe darauf hingewiesen, daß die französische Regierung einen kleinen Teil der vorgebrachten Beschwerden geprüft und beantwortet hat. Wir haben diese Dinge, obwohl es sich nur um einzelne Fälle handelte, sofort zum Gegenstande neuer amtlicher Ermittlungen gemacht. Ehe wir aber das Ergebnis dieser neuen Ermittlungen der französischen Regierung überreichen konnten, waren wir gezwungen, eine weitere Beschwerde an die französische Regierung zu richten, da die besonderen Verhältnisse der Pfalz, die hier gestern widergeklungen sind, das notwendig machen.

Das war die Note vom 2. Februar[15].

Die Note war allgemein politischer Natur, indem sie, ohne auf Einzelfälle einzuge-

[13] Am 12. Dezember 1924 (ebd., S. 51–77).

[14] Koblenz war der Sitz der Interalliierten Rheinlandkommission.

[15] Ebd., S. 88–91.

hen, das gesamte Verhalten Frankreichs gegenüber den Separatisten zum Gegenstand ihrer Beschwerde machte. Die französische Regierung glaubte, sie dadurch abfertigen zu können[16], daß sie sagte, es seien nicht bewiesene Verleumdungen, und daß das Pariser Kabinett sich auf keine Erörterungen über innerdeutsche Fragen einlasse.

(Hört! Hört!)

Diese Behandlung unserer Beschwerden und die in dieser Antwort der französischen Regierung zum Ausdruck gekommene Anschauung, daß man von unserer Seite Beweise nicht vorzubringen wisse, hat uns erneut veranlaßt, das schon vorher gesammelte Material zur Beantwortung der beanstandeten Einzeltatsachen der französischen Regierung zur Verfügung zu stellen, zumal die Beweise überreich vorhanden waren. Wir haben das in erschöpfender Weise getan und haben diese Darstellung am 20. Februar durch den Herrn Botschafter in Paris überreicht[17].

Nun meldet heute der deutsche Botschafter in Paris, daß ihm diese Note zurückgesandt worden sei[18].

(Große Entrüstung und Bewegung.)

Frankreich lehnt es ab, diese Note, in der wir die Beweise für das Vorgehen in der Pfalz bringen, entgegenzunehmen.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Es lehnt es ab mit der Begründung, daß es sich in Streitigkeiten zwischen Deutschen nicht hineinzumischen gedenke,

(Rufe: Unglaublich! Unerhört!)

da die französische Regierung an diesen Streitigkeiten nicht beteiligt wäre.

Meine Damen und Herren! Ich habe den Tatbestand leidenschaftslos aktenmäßig dargestellt. Gestatten Sie mir aber einige Worte an dieses Schicksal der deutschen Beschwerden über die Pfalz zu knüpfen. Unter denen, die die Verhältnisse in der Pfalz kennen, bedarf es, glaube ich, keiner Diskussion über die Begründung dieser **Zurückweisung der deutschen Beschwerden.**

---

[16] In ihrer Antwort vom 7. Februar 1924 (ebd., S. 92–93).

[17] Ebd., S: 94–123.

[18] Der betreffende Bericht Hoeschs konnte nicht ermittelt werden; vgl. jedoch den Text der französischen Antwort, die vom Direktor im französischen Außenminister, Peretti, Hoesch am 21. Februar 1924 übergeben wurde und wonach Poincaré ausrichten ließ, es handele sich bei den deutschen Beschwerden „um Streitigkeiten der Deutschen unter sich, in die wir uns nicht einmischen wollen“, ebd., S. 124–125.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, daß die französische Regierung in bezug auf die öffentliche Meinung der Welt doch auch einigermaßen verkennt, daß die Nebel sich zerstreut haben, die die französische Berichterstattung über die Vorgänge in der Pfalz gebreitet hat.

(Sehr richtig!)

Man hat es mit großem Aufwand von Propaganda so hinzustellen versucht, als stände man in der Pfalz speziell vor einer Volksbewegung, die herausgeboren sei aus dem Wunsche des pfälzischen Volkes, staatsrechtlich zu anderen Verhältnissen zu kommen. Man hat in früheren Zeiten in der französischen Öffentlichkeit mit einer gespielten Objektivität davon gesprochen, daß man wohl verstände, daß die Separatisten im Rheinland schließlich nicht die rheinische Bevölkerung hinter sich hätten, das sei aber in der Pfalz ganz anders. Heute wird diese Darstellung kaum noch von der französischen Öffentlichkeit aufrechtzuerhalten sein. Die Zahl der Menschen, die inzwischen in der Pfalz gewesen sind und die, von leidenschaftlichem Gerechtigkeitssinn erfüllt, Protest erhoben haben, auch in der ausländischen Presse – ich erinnere an die Berichte englischer Berichterstatter[19] und anderer –: die ganze Haltung der neutralen Presse zeigt doch, daß man Verständnis für eine Situation hat, in der ein Volk geknebelt wird und in der man versucht, ein Volk gegen sein eigenes Wohl zu einer ganz bestimmten Stellung zu zwingen, die es in Gegensatz zu seiner Heimat, zu seinem Reich, zu seiner Heimats- und Staatstreue bringen soll.

(Sehr richtig!)

Man sagt, das seien Streitigkeiten zwischen Deutschen, an denen die französische Regierung sich nicht beteiligte. Ach, wenn sie sich doch nicht daran beteiligen wollte!

(Sehr gut!)

Dann würde dieser ganze Spuk in 24 Stunden zu Ende sein, dann würde es keine Separatisten in der Pfalz mehr geben, dann würden sie entweder die Pfalz verlassen, oder sie würden dazu gezwungen werden, weil ehrliche Deutsche mit ihnen nicht mehr zusammen leben wollen. So liegen doch die Dinge in Wirklichkeit.

---

[19] Verschiedentlich hatten englische Zeitungen in Artikeln die mangelnde Unterstützung der Separatisten durch die Bevölkerung geschildert und die Verwicklung französischer Stellen in den pfälzischen Separatismus angeprangert (vgl. etwa die paraphrasierende Wiedergabe solcher Artikel in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21313 [Abendausgabe] vom 11. Januar 1924, S. 2; WIENER ZEITUNG, Nr. 10 vom 12. Januar 1924, S. 4.

Wenn heute Protest dagegen erhoben wird, daß es zu Bluttaten gekommen sei[20], wenn man von dem Grauen spricht, daß unzweifelhaft über den Dingen liegt, die sich abgespielt haben, von einem Grauen, das uns etwa an Zeiten deutscher Geschichte erinnert, von denen Hermann Löns[21] in seinem Werwolf spricht, so soll man sich doch bewußt sein, daß es, wenn man die Geduld eines Volkes bis aufs Äußerste spannt, Taten gibt, die juristisch zwar zu verurteilen sind, die aber vor Gott und dem Göttlichen in uns, dem Gewissen des Menschen, durchaus zu verteidigen sind.

(Bravo! rechts und im Zentrum.)

Deshalb soll man die Dinge so nehmen, wie sie sind. Ich fürchte, daß diese neue Tatsache der Zurückweisung einer begründeten deutschen Note über die Vorgänge der Pfalz nur dazu beitragen wird, an Stelle einer Verständigung, die jedermann wünscht, aufs neue die Verzweiflung eines Volkes zu setzen, das sich derartig – ich muß sagen – betrogen fühlen muß, wenn es davon hört, daß man sich nicht in Streitigkeiten zwischen Deutsche[n] einmischen wolle, während ihre ganze Beschwerde darin besteht, daß man ihm nicht gestattet, diese Streitigkeiten ohne Eingreifen Frankreichs auszutragen.

Die Stellung, die die französische Regierung und die der französische Herr Ministerpräsident[22] hier einnehmen, ist auch aus anderem Grunde bedauerlich. Ich glaube, daß sie kaum überall in Frankreich verstanden werden wird. Gegenwärtig stehen wir in einer Situation, in der die Welt nach der **Lösung der großen Wirtschafts- und Finanzfragen** sucht[23], die bisher eine Sisyphusarbeit war und bei der man jetzt die Empfindung hatte, als ob man ihr doch einigermaßen näherzukommen gedächte.

---

[20] Stresemann spricht hier wohl in erster Linie die Vorgänge in Pirmasens an, wo es am 12. Februar 1924 bei der gewaltsamen Erstürmung und Anzündung des von Separatisten gehaltenen Bezirksamtsgebäudes zu Lynchaktionen der Angreifer gekommen war, denen zwölf, nach anderen Angaben 28 oder 40 Separatisten zum Opfer fielen (vgl. die Mitteilung des Reichspostministers in der Ministerbesprechung vom 13. Februar 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 358–359; den Bericht in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21345 [Abendausgabe] vom 13. Februar 1924, S. 1; vgl. auch PFALZ UNTER FRANZÖSISCHER BESATZUNG S. 197–199).

[21] Hermann Löns (1866–1914), deutscher Schriftsteller. – Sein 1910 erschienener Roman „Der Wehrwolf [!]. Eine Bauernchronik“ beschreibt die Versuche niedersächsischer Bauern, sich im Dreißigjährigen Krieg gegen marodierende Soldaten zu wehren.

[22] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[23] Stresemann bezieht sich hier in erster Linie auf die Arbeit der beiden von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigen-Ausschüsse, die am 14. Januar 1924 ihre Arbeit aufgenommen hatten. Seitdem tagten sie zunächst in Paris, wo sie u.a. den von der Reichsregierung entsandten Reichsbankpräsidenten Schacht anhörten (vgl. dazu u.a. seine Erinnerungen: SCHACHT, S. 103–106), und weilten vom 29. Januar bis 13. Februar 1924 in Berlin. – Zu Stresemanns Einschätzung der bisherigen Beratungen und voraussichtlichen Ergebnisse der Ausschüsse und deren größeren Zusammenhang mit der Außenpolitik vgl. seine umfangreiche Aufzeichnung vom 19. Februar 1924 in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 302–317.

Jeder von uns in Deutschland wünscht und ersehnt eine Verständigung und eine Lösung dieser Frage. Aber darüber sei man sich klar: eine solche Lösung läßt sich nicht nur unter dem materiellen Gesichtspunkt finden. Vielleicht ist es überhaupt ein Zeichen unserer Zeit, daß sie das Materielle im Leben der Völker überschätzt. Bei der Lösung der deutsch-französischen Frage wird es sich nicht nur um das Verhältnis von Kohle und Erz, nicht nur um das Verhältnis von Goldnotenbank und Kooperation der Wirtschaft handeln, sondern jede Verständigung muß von dem Verhältnis der Völker zueinander ausgehen. Das ist doch schließlich die Basis, auf der sie nur möglich ist. Wenn man aber dem deutschen Volke zumutet, wenn auch wir als Regierung ihm zumuten müssen – wie es jede Regierung tun müßte –, schwerste Lasten zu übernehmen, weil jede Verständigung von den schwersten Lasten begleitet sein wird, so kann diese Zumutung nur an ein Volk gestellt werden, das mindestens weiß, daß es mit diesen Lasten sich die vertragsmäßige Freiheit erwirbt, auf die es ein Recht hat.

(Sehr gut!)

Das gilt für das Rheinland, das gilt für die Pfalz, das gilt für die besetzten Gebiete, das gilt für unsere ganze Stellung als Reich und Volk innerhalb anderer Völker. Oft hat man die Empfindung, als wenn man glaubt, uns gegenüber in einer Weise auch diplomatisch verfahren zu können, wie man es gegenüber einem anderen Volke nie tun würde.

Gestern hat ein Mitglied dieses Hauses im Zusammenhang mit der Pfalzfrage davon gesprochen, daß dieser Kampf in der Pfalz schließlich mehr wäre, als er schiene, mehr als Kampf um irgendeinen Ausschnitt eines Vertrages, daß es ein Kampf um Menschenrechte sei[24]. Und dieser Kampf um Menschenrechte wird bleiben, auch wenn man deutsche Noten zurückweist. Das, was sich bei der Verweigerung der Menschenrechte ergibt, wird nicht auf diejenigen fallen, die sich schließlich in ihrer Verzweiflung hinreißen lassen, sondern auf diejenigen, die die intellektuellen Urheber dieser Unterdrückung der Menschenrechte sind.

(Lebhafter Beifall rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

[24] Stresemann bezieht sich wohl in erster Linie auf die Rede des pfälzischen DVP-Abgeordneten Zapf, der monierte, daß in der Pfalz „unsere politischen Rechte, Versammlungsrecht, Versammlungsfreiheit, Presserecht, Briefgeheimnis […] schon längst geschwunden [sind]. Aber auch das Eigentumsrecht gibt es in der Pfalz nicht mehr“, der gegenüber Frankreich die „große Idee der Menschenrechte“ anmahnte und appellierte: „Gebt uns unsere Menschenrechte wieder!“ (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12416). – Auch Helfferich hatte in seiner Rede (vgl. oben Anm. 3) für das deutsche Volk „einen heiligen Anspruch gegen die insgesamte Vergewaltigung aller Menschenrechte“ eingefordert.

Rede bei einer Jubiläumsfeier des Reichsvereins der DVP in Dresden[1] vom 22. Februar 1924

Nach STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 319–321.

Die DVP ist in der Tradition der Nationalliberalen die Partei der Reichseinheit. Sie vertritt den Liberalismus und damit die Idee der Differenzierung der Menschen, mußte aber aus Verantwortung Kompromisse eingehen.

Als Bennigsen[2] die Partei schuf[3], war ihr Grundgedanke: Einheit des Reiches nach außen und Freiheit nach innen. Es war eine Periode heißesten Kampfes, die der Einheit des Reiches voranging, und irre ich mich nicht, so stehen wir jetzt wieder mitten drin in den Kämpfen um die **Einheit des Reiches.**

Erst das Reich und dann das Land, erst das Reich und dann die Fürsten, das war der große Gedanke der Nationalliberalen Partei, für den sie gekämpft hat. Wie hat schon der Freiherr vom Stein[4] gestritten um diesen Reichsgedanken. Wie hat ihn der Großherzog von Sachsen-Weimar[5] vertreten, bis dann eines kam, das mir immer als das Schönste in der Geschichte erschienen ist, der wunderbare Zusammenklang von Realpolitik und Idealismus: Bennigsen und Bismarck[6]. Wenn Bismarck den Gedanken des Reiches durchführte gegenüber den Partikularisten, wenn er in diesem Kampfe siegte, dann nur deswegen, weil ihm ein Bennigsen den Weg zur geistigen Einheit Deutschlands bereitet hat. Der Reichsgedanke war vor allem der große Ge-

---

[1] Nach den Erläuterungen des Herausgebers in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 319, flog Stresemann nach seiner Rede im Reichstag am gleichen Tag (vgl. diese Edition) nachmittags mit dem Flugzeug nach Dresden. – Ergänzend zu den dortigen Angaben schreibt die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 93 (Abendausgabe) vom 23. Februar 1924, in einem Bericht, die Rede sei anläßlich „der fünfzigjährigen Gründungsfeier des Dresdener Nationalliberalen Vereins“ gehalten worden. – Aus den paraphrasierenden Berichten in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21355 (Morgenausgabe), S. 5, (und Abendausgabe), S. 3, vom 23. Februar 1924, erschließt sich, daß die Vorlage lediglich einen Auszug aus einer längeren Rede bietet (vgl. unten Anm. 14).

[2] Rudolf von Bennigsen (1824–1902), Mitglied im Reichstag des Norddeutschen Bundes bzw. des Deutschen Reichstags 1867–1883 u. 1887–1898 (für die Nationalliberale Partei).

[3] Bennigsen war 1867 einer der Mitbegründer der Nationalliberalen Partei. Die DVP verstand sich als deren Nachfolgeorganisation.

[4] Karl Freiherr vom und zum Stein (1757–1831), preußischer Politiker und Reformer; Finanz- und Wirtschaftsminister 1804–1807; Staatsminister 1807–1808.

[5] Gemeint ist offenbar Karl August, Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach (1757–1828), der während seiner Regierungszeit nicht nur die „Weimarer Klassik“ förderte, sondern nach 1815 auch eine vergleichsweise liberale Politik verfolgte.

[6] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

sichtspunkt der Nationalliberalen Partei. Ist die Reichseinheit heute bedroht? Wir kämpfen um die Einheit des Reiches am Rhein, an der Ruhr, in der Pfalz und, wenn es nach dem Willen einzelner Parteien geht, auch in Hannover[7] und anderwärts. Auch die hannoversche Frage ist eine Reichsfrage. Los von Preußen heißt auch, die Bande des Reiches lockern. Ich hoffe, glaube und erwarte es, daß der Gedanke der Reichseinheit fest in uns verankert ist, weil das deutsche Volk in den vorangegangenen Prüfungen sich zu diesem Reich bekannt hat. Sich zu dem Deutschland der Gegenwart zu bekennen, das keine Orden und Auszeichnungen hat[8], sondern nur Not und Steuern kennt, das ist wirklich Liebe, und daß das Volk es getan hat, das ist das Große. Da möchte ich hoffen, wenn es sich darum handelt, an Rhein und Ruhr und in der Pfalz und anderwärts zu bekunden, ob es sich für dieses Deutschland lohnt zu leben und zu sterben, daß die Antwort dieselbe sein wird. Ist es nicht etwas Großes, wie diese Menschen in der Pfalz einem ohnmächtigen Deutschland die Treue bewahren, das ihnen nicht helfen kann[9]? Gerade wer auf Bismarck sich beruft, sollte zuallererst die Konsequenz aus dieser Realpolitik ziehen.

Große Worte machen, wenn die Macht nicht dahintersteht, ist törichte Politik. Zu dem Begriff der Reichseinheit gehört der Gedanke der Freiheit, aber auch der Gedanke der Zusammengehörigkeit des ganzen Volkes. Mancher glaubt, **Liberalismus** sei ein Begriff der Vergangenheit. 0 wie töricht. Der Kampf des Tages wird vergehen, der Kampf um die Weltanschauung wird bleiben. Hüten wir uns davor, das Materielle als das Entscheidende anzusehen. Die großen Entscheidungen liegen auf ideellem Gebiete. Liberalismus ist etwas ganz anderes als Demokratie. Demokratie ist Begriff

---

[7] Die Deutsch-Hannoversche Landespartei betrieb in der preußischen Provinz Hannover eine Volksabstimmung mit dem Ziel, die Provinz aus Preußen auszugliedern und ein eigenes Land innerhalb des Deutschen Reiches bilden zu lassen (vgl. das Schreiben des Reichsministers des Innern an Staatssekretär Bracht vom 28. Januar 1924: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 288–290). Das Reichskabinett hatte inzwischen in seiner Sitzung vom 5. Februar die Vorabstimmung für eine Volksabstimmung auf den 18. Mai 1924 angesetzt (vgl. ebd., S. 318–319).

[8] Die Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 verfügte in Art. 109, Abs. 4: „Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden.“ Abs. 5 verbot auch die Annahme ausländischer Orden. – Zu Stresemanns Ablehnung dieser Verfassungsbestimmungen vgl. seine Äußerung in der Ministerbesprechung vom 8. Februar 1924 (ebd., S. 340).

[9] Der Separatismus in der Pfalz hatte am 16. Februar 1924 sein formales Ende gefunden; an diesem Tag war in Speyer zwischen einem „Spezialkomitee“ der Interalliierten Rheinlandkommission und dem gewählten Kreisausschuß der Pfalz eine Vereinbarung erzielt worden, wonach ab dem 17. Februar der Kreisausschuß vorübergehend und „ohne Veränderung der staatsrechtlichen Verhältnisse“ die Verwaltung und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung übernahm, wodurch die Tätigkeit der „autonomen Regierung der Pfalz“ und damit die Versuche der Abtrennung der Pfalz vom Reich ein Ende fanden (die Proklamation des Kreisausschusses vom 17. Februar 1924 u.a. in DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE IV, S. 384-385; URSACHEN UND FOLGEN V, S. 323–324; vgl. auch den Bericht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 18. Februar über die Wirkung dieser Vereinbarung und das Ende des Separatismus am 17. Februar: wiederabgedruckt ebd., S. 324–325).

der großen Zahl, Liberalismus ist Begriff der Persönlichkeit. Es war Torheit, daß wir glaubten, in den Zeiten nach der Revolution eine Gleichmacherei durchführen zu müssen. Kein Mensch ist dem andern gleich, so wenig wie ein Blatt im Walde dem anderen gleicht. Das bedeutet aber nicht, daß nicht die gleiche Achtung die einzelnen Menschen umfasse.

Wir müssen zurück von der Gleichheit zur Differenzierung. Es ist ein Unterschied zwischen Qualitätsarbeit und Handarbeit. Der Staat beruht auf der Familie und nicht darauf, daß der Lehrling dem Meister gleichgeachtet wird. „Wer fertig ist, dem ist nichts recht zu machen, ein Werdender wird immer dankbar sein![10]“ Manchmal schien es nach 1918, als wenn wir nur Menschen hätten, die fertig waren. Daß wir das verachten und von uns stoßen, was einst groß war, weil es nicht mehr groß ist, dies sei ferne von uns. Wir haben in der alten Zeit die Dinge, die uns nicht gefielen, kritisiert, als man keinen Dank dafür erntete. Die beiden Interpellationen, die sich gegen das persönliche Regiment des Kaisers[11] wendeten, sind nicht von der Sozialdemokratie, sondern von den Nationalliberalen eingebracht worden. In der allgemeinen Wehrpflicht hat ein Stück Erziehung gelegen. Das ist das Seltsame, daß das, was von Heer und Flotte geleistet worden ist, nur im Auslande uneingeschränkt zur Anerkennung kommt und die Krittler und Nörgler im eigenen Lande sitzen.

Was man uns oft zum Vorwurf macht, ist, daß man sagt: Ihr seid eine **Kompromißpartei.** Sehen wir einmal zurück auf die Zeiten der Vergangenheit: ist es da anders gewesen? Die Staatskunst in einem zersplitterten Volke kann überhaupt nichts anderes sein als Kompromißpolitik, als die Zusammenfassung aller Kräfte, die jeweils in der Lage sind, die Dinge vorwärts zu treiben.

Vielfach hören wir: Wie konntet ihr mit den Menschen zusammengehen, die uns vollkommen unsympathisch sind, die Anschauungen vertreten, die wir nicht teilen[12]. Aber das Nationale beginnt erst da, wo man Opfer zu bringen imstande ist, Opfer des einzelnen, der Partei und des Gefühls. Wenn man uns sagt: Ihr werdet sehen, daß

---

[10] Es handelt sich um ein Zitat aus Johann Wolfgang von Goethes 1808 veröffentlichtem „Faust. Der Tragödie erster Teil“. Text in: Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 3. 11. Aufl. München 1981, S. 10–420, das Zitat: S. 14.

[11] Wilhelm II. (1859–1941), Deutscher Kaiser und König von Preußen 1888–1918. – Gemeint sind vermutlich die von Bassermann 1906 eingebrachte Interpellation zur internationalen Lage (dazu seine Rede vom 14. November 1906: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, 1905/1906, Bd. 5, S. 3619–3622) und die von ihm und anderen eingebrachte Interpellation vom November 1908 im Zusammenhang mit der „Daily-Telegraph-Affäre“ (die betr. Debatte vom 10. und 11. November 1908 ebd., Bd. 233, S. 5373–5405, 5407–5437).

[12] Gemeint ist die (auch innerhalb der DVP geübte) Kritik an der Zusammenarbeit mit der SPD im Rahmen der von Stresemann als Reichskanzler geführten Großen Koalition 1923.

die Menschen nicht bei euch bleiben, so meine ich, wir wollen abwarten, was die Wahlen uns bringen.

Im **Schützengraben der Verantwortlichkeit** hat man mehr Verluste als in der Etappe der Opposition. Diese Verantwortlichkeit habe ich vermißt, als man von Bayern aus dem Kabinett, das meinen Namen trug, in den Rücken fiel[13]. Ich nenne das Zerstörung des Reiches mit Bewußtsein. Wer andererseits wünscht, daß wir nur nach dem Programm der Deutschen Volkspartei[14] regieren, der verschaffe uns so viel Mandate, daß das möglich ist. Aber es ist auch nicht richtig, die Minderheit so zu behandeln, als wenn sie nicht vorhanden wäre. Das war die Tragik dieser Zeiten, daß einem Kabinett die Aufgabe gegeben war, die Errungenschaften der Revolution abzubauen, weil die Wirtschaft und das Volksleben sie nicht mehr ertrug, und zwar abzubauen in Gemeinschaft mit einer starken Partei, die diese Errungenschaften nach außen zu vertreten hatte.[15]

---

[13] Stresemann bezieht sich auf die Konflikte des Reiches mit Bayern im Herbst 1923, die zunächst um den beiderseitigen Ausnahmezustand und dessen Vereinbarkeit geführt wurden, in die Frage um die Unterstellung der bayerischen Reichswehrteile unter die Münchener oder Berliner Kommandohoheit übergingen und schließlich im Hitlerputsch kulminierten.

[14] Gemeint ist das Grundsatzprogramm der DVP, das am 19. Oktober 1919 in Leipzig beschlossen wurde; Text des Programms u.a. in TREUE S. 127–135.

[15] Nach den oben in Anm. 1 erwähnten Zeitungsartikeln der Wiener NEUE FREIE PRESSE, in denen die Rede Stresemanns im wesentlichen paraphrasiert wiedergegeben wird, führte er u.a. noch aus: „Nach einem Angriff auf die Gleichmacherei, die in den letzten Jahren geherrscht hat, betonte er, daß Deutschland ein Recht auf Kolonien habe. […] Scharf wandte er sich gegen die Vertrustungsbestrebungen in der Industrie, die er mit aller Macht bekämpfen werde. Warnend wies er auch auf das Beispiel des Unterganges des römischen Reiches infolge Latifundienbildung hin. Man müsse industrielle Latifundien verhindern. Stresemann verteidigte dann seine sächsische Politik als Reichskanzler und wandte sich scharf gegen die bayerischen Aufrührer vom 8. und 9. November 1923, die ihm in den Rücken gefallen seien. Wir wissen jetzt, daß das Ausland damals bereit war, von drei Seiten in Deutschland einzumarschieren, wenn die bayerische Revolution gesiegt hätte. […] Zum Schluß erklärte Stresemann, die Welt sei Deutschland noch eine Wiedergutmachung für die Kriegsschuldlüge und für die gebrochenen Versprechungen schuldig.“

Reichstagsrede vom 28. Februar 1924

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12523–12531. – Teildrucke (mit Abweichungen) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 102 (Morgenausgabe) vom 29. Februar 1924; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 328–333; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 47–48, 61–67, 474; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21361 (Morgenausgabe) vom 29. Februar 1924, S. 4; REICHSPOST, Nr. 59 vom 29. Februar 1924, S. 2; WIENER ZEITUNG, Nr. 50 vom 29. Februar 1924, S. 4–5.

Der Etat des Auswärtigen Amtes. Hoffnung auf die Arbeit der Sachverständigen-Ausschüsse. Die internationale Beteiligung an Krediten wird Deutschland vor politischen Repressalien schützen. Frankreich hat die Chance zu direkten Verhandlungen nach der Aufgabe des passiven Widerstandes verpaßt. Grundlage von Reparationen kann nur eine erhöhte deutsche Produktivität sein. Frankreich kann sich am ehesten Sicherheit verschaffen, indem es Deutschland Raum zur Entwicklung gibt. Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag; das deutsch-britische Abkommen über die Senkung der Exportabgabe. Deutsch-polnische Probleme. Deutschland und der Völkerbund. Dank an ausländische Hilfe.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Ich hoffe, es widerspricht nicht der Ordnung des Hauses, wenn ich bei der Beratung des Etats[1] auch über den Etat selbst spreche. Wir haben bei dem vorliegenden Notetat die Ermächtigung nachgesucht, die Botschafterstelle in Konstantinopel sowie die Stellen der Generalkonsulate in Smyrna und Dublin zu besetzen. Der Lausanner Vertrag[2] gibt uns die Möglichkeit einer **Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen**

[1] Der Reichstag debattierte vom 26. bis 29. Februar 1924 in erster Lesung den von der Regierung vorgelegten Notetat für das Jahr 1924. Die Debatte war verknüpft mit Anträgen zur Änderung von Verordnungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes und zur Aufhebung des Ausnahmezustandes. Die Protokolle der Debatten in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12466–12489, 12491–12521, 12523-12553, 12556–12580; Zusammenfassung der wichtigsten Reden auch in SCHULTHESS 65 (1924), S. 14–18. – Den Entwurf für den Haushalt hatte der Reichsfinanzminister dem Reichstag am 21. Februar 1924 übersandt (Druck in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 380, Drucksache Nr. 6498 [mit eigener Seitenzählung]; vgl. dazu auch AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 365). – Zur letzten Vorbereitung der Debatte von Regierungsseite, insbesondere im Hinblick auf die Notverordnungen und den Ausnahmezustand, vgl. die Ministerbesprechungen vom 26. und 27. Februar und die Besprechung mit führenden Reichstagsabgeordneten der Regierungsparteien ebd., S. 406–412.

[2] Der Vertrag zwischen den Alliierten des Ersten Weltkriegs und der Türkei war am 24. Juli 1923 in Lausanne unterzeichnet worden. Er trat allerdings (mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden) erst am 6. August 1924 in Kraft (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 332). – Text des Vertrags u.a. in COLLIARD 526–534.

zur Türkei[3]**.** Es war deshalb notwendig, die Wiederaufnahme dieser diplomatischen Vertretungen mit wenigstens einer konsularischen Behörde vorzubereiten. Wir haben vorläufig aus Sparsamkeitsrücksichten für die gesamte asiatische Türkei nur eine konsularische Vertretung in Aussicht genommen. Sollte die deutsche Wirtschaft weiterer Stützpunkte bedürfen, so würden die weiteren Stellen zunächst nur kommissarisch besetzt werden können.

Die Errichtung eines Generalkonsulats in **Irland**[4] entspricht dem Vorgehen fast sämtlicher größeren Staaten und ist notwendig, nachdem sich auch dort eine erfreuliche Entwicklung für den deutschen Handel gezeigt hat. Die Entsendung des Hilfspersonals für diese Posten wird durch den Abbau an anderen Stellen ohne Personalvermehrung ermöglicht.

Wir schlagen weiter vor, daß die deutsche Gesandtschaft in **Havanna** dort belassen wird, und wir haben uns hierfür der Zustimmung des Reichsfinanzministeriums versichert. Die deutschen Interessen in Cuba sind derart bedeutend, daß wir im Kabinett der Meinung sind, daß gegenüber den Nachteilen, die eine Aufhebung der dortigen Gesandtschaft mit sich brächte, die Ersparnisse, die dadurch erzielt werden, nicht in Betracht kommen können[5].

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch dafür Dank sagen, daß innerhalb der Parteien ein weitgehendes Verständnis sich dafür gezeigt hat, daß der notwendige Abbau, den wir im Innern unserer Behörde vorgenommen haben[6], in bezug auf die Auslandsvertretungen nicht schematisch nach Prozentzahlen vorgenommen werden kann.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren! Wir stehen in der deutschen Außenpolitik unter dem

---

[3] In einem Erlaß an den deutschen Gesandten in Bukarest, Freytag, vom 10. Januar 1924 hatte Stresemann diesen zu Verhandlungen mit der Türkei über den Abschluß eines Freundschaftsvertrages beauftragt und seine Vorstellungen über den Terminplan für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Einrichtung von Konsulaten entwickelt (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 220–223).

[4] Irland (ohne Nordirland) war durch eine englisch-irische Vereinbarung von 1921, die 1922 in Kraft trat, zu einem faktisch unabhängigen, wenn auch in einigen Bereichen weiterhin mit Großbritannien und dem Empire verbundenen Staat geworden.

[5] Weder entsprechende Kabinettsberatungen noch Korrespondenz mit dem Finanzministerium konnten ermittelt werden.

[6] Die Personal-Abbau-Verordnung vom 27. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 999–1010) sah u.a. den Abbau von bis zu 25 Prozent aller Reichsbeamten und die Kündigung aller Angestellten vor.

Eindruck der **Arbeiten der Sachverständigenausschüsse**[7]**.** Als die Mitglieder dieser Ausschüsse nach der Reichshauptstadt kamen, hat der Herr Reichskanzler[8] sie der loyalen Mitarbeit der deutschen Reichsregierung versichert, und als der Vorsitzende des ersten Ausschusses General Dawes[9] sich verabschiedete, hat er seinerseits dem Herrn Reichskanzler versichert, daß diese Mitarbeit in loyaler Weise gewährt worden sei. Wir werden über die Verhandlungen, die mit der Kommission geführt worden sind, ein Weißbuch[10] erscheinen lassen, sobald der Bericht der Sachverständigen selbst vorliegt. In der Debatte im Auswärtigen Ausschuß[11] und, irre ich nicht, auch hier[12] ist davon gesprochen worden, daß der ganze Vorgang einer Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands doch an sich eine so tief betrübende Situation für uns schüfe, daß man wohl davon hätte absehen können, etwa das Erscheinen dieser Sachverständigenausschüsse bei uns in der Presse mit Jubel zu begrüßen. Ich bin der Meinung, daß ebensowenig irgendein Jubel angemessen war, wie ich es für sehr bedauerlich halte, daß man in anderen Teilen der Presse geradezu mit Beschimpfungen gegen die Mitglieder der Sachverständigenausschüsse vorgegangen ist.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

---

[7] Stresemann bezieht sich hier auf die Arbeit der beiden von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigen-Ausschüsse zur Regelung der Reparationsfrage, die am 14. bzw. 21. Januar 1924 ihre Arbeit aufgenommen hatten. Seitdem tagten sie zunächst in Paris, wo sie u.a. den von der Reichsregierung entsandten Reichsbankpräsidenten Schacht anhörten (vgl. dazu u.a. seine Erinnerungen: SCHACHT, S. 103–106), und weilten vom 29. Januar bis 13. Februar 1924 in Berlin.

[8] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926). – Zu seinem Empfang des 1. Sachverständigen-Ausschusses am 30. Januar 1924 (nicht 26. Januar, wie fälschlich in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 289) vgl. die Wiedergabe seiner Ansprache in DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 40,1 (1924), S. 6; die Berichte in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 52 (Morgenausgabe) vom 31. Januar 1924; in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21333 (Morgenausgabe) vom 31. Januar 1924, S. 4; ein knappes Erinnerungsfragment auch in MARX I, S. 320.

[9] Charles Gates Dawes (1865–1951), US-amerikanischer Bankier und Politiker; Vorsitzender des 1. Sachverständigenausschusses 1924; Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1925–1929; Botschafter in London 1929–1932. – Zum Abschiedsbesuch Dawes' bei Marx vgl. u.a. die Berichte in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 75 (Abendausgabe) vom 13. Februar 1924; in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21346 (Morgenausgabe) vom 14. Februar 1924, S. 5; in der Wiener REICHSPOST, Nr. 44 vom 14. Februar 1924, S. 1; sowie das knappe Erinnerungsfragment in MARX I, S. 320–321.

[10] Sein Erscheinen konnte nicht ermittelt werden.

[11] Eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags fand nach einem Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 84 (Morgenausgabe) vom 19. Februar 1924, am 18. Februar statt. Nach dem summarischen Zeitungsbericht ging es dabei auch um die Arbeit der Sachverständigen-Ausschüsse.

[12] In den Protokollen der Reichstagssitzungen seit der Wiederaufnahme der Sitzungstätigkeit am 20. Februar 1924 wurde eine entsprechende Äußerung nicht ermittelt.

Der Charakter dieser Ausschüsse ist doch damit gekennzeichnet, daß wir in ihnen ein Gremium unabhängiger Persönlichkeiten haben, die sich frei ihr Urteil bilden können.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir haben wiederholt seitens der deutschen Regierung zum Ausdruck gebracht, wieviel uns daran liegt, daß einmal diese Fragen von einem unparteiischen wirtschaftlichen Gremium aufmerksam betrachtet würden.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir hoffen, daß gerade eine solche Betrachtung unseren eigenen Anschauungen gerecht werden könne. Die Persönlichkeiten, die diesen Ausschüssen angehören[13], sind nicht nur unabhängige Persönlichkeiten, sondern sie haben meines Erachtens auch noch in anderer Beziehung etwas vor denen voraus, die bisher an diesen Fragen mitgearbeitet haben. Sie sind nicht zermürbt und nicht ermüdet durch die ergebnislose Sisyphusarbeit, die alle die anderen offiziellen Sachverständigen und Mitarbeiter bisher in der Reparationsfrage geleistet haben.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Sie sind unbeeinflußt durch die Mißerfolge an die Frage der Lösung der Reparationsfrage herangegangen. Ich bin der Meinung, daß das, was wir bisher von dieser Arbeit gesehen haben, uns durchaus dazu berechtigt, anzunehmen, daß man sich bemüht, objektiv und unparteiisch die Dinge zu prüfen, um zu einem Ergebnis zu kommen, das dieser Prüfung entspricht. Von dem Erfolg dieser Arbeiten der Sachverständigen wird es mit abhängen, ob in absehbarer Zeit eine Lösung der Reparationsfrage möglich ist. Die baldigste Lösung wäre für uns die erwünschteste. Deutschlands wirtschaftliche Lage erfordert eine solche baldige Lösung. Ich glaube, die Sachverständigen werden sich davon überzeugt haben, wie irrig es war, in der Weltmeinung die Idee aufrecht zu erhalten oder zu vertreten, daß Deutschland irgendwie auf einen betrügerischen Bankrott hingearbeitet hätte. Als ich zum erstenmal als Außenminister hier im Hause sprach[14], habe ich an die Spitze meiner Ausführungen den Satz gestellt, daß meiner Meinung nach die beste Außenpolitik die Ordnung der inneren Verhältnisse sei. Ich möchte auch hier betonen, was der Herr Reichskanzler ausge-

[13] Eine Liste der Mitglieder findet sich in DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 40,1 (1924), S. 5–6.

[14] Stresemann bezieht sich hier offenbar auf seine Regierungserklärung vom 14. August 1923 (vgl. diese Edition), in der er als Reichskanzler (und Außenminister) leicht abgewandelt den nachfolgenden Teilsatz sprach.

führt hat[15], daß nichts auf das Ausland mehr gewirkt hat als die, man kann wohl sagen, heroischen Anstrengungen, die Deutschland gemacht hat, um seinen Etat ins Gleichgewicht zu bringen.

(Sehr richtig!)

Wir haben alle Kräfte anspannen müssen, um diese Ordnung herbeizuführen. Wir wissen, daß die Staatsgehälter, die wir zahlen, unter dem Niveau des notwendigen Lebensstandards liegen[16]. Wir wissen, daß alle Angaben[17] aufs äußerste beschränkt und alle möglichen Steuerquellen in Angriff genommen sind. Als man sich davon überzeugte, daß Deutschland bereit war, in einer Zeit, in der die Steuerquellen des besetzten Gebietes nicht fließen, unter dieser – ich möchte das Wort auch hier wiederholen – Brutalität gegenüber den eigenen Volksgenossen, namentlich gegenüber dem eignen Beamtenkörper des Reiches, diese Finanzaktion durchzuführen, da hat man auch mit denjenigen Phrasen aufgehört, die früher von dem schlechten Willen Deutschlands und von dem Hinarbeiten auf den betrügerischen Bankerott gegen uns angewendet worden sind.

(Sehr richtig!)

Es ist ein großer außenpolitischer Erfolg der inneren Reform, den diejenigen nicht gering anschlagen sollten, die, wie der Herr Abgeordnete Hergt[18], mit vollem Recht darauf hinweisen, daß schließlich auch alle inneren Fragen unter dem einen Gesichtspunkt stehen, ob es uns gelingt, in der Außenpolitik zur Freiheit zu kommen.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

In dem Sinne ist die innere Politik des Kabinetts auch gleichzeitig wesentlicher Bestandteil der Außenpolitik mit gewesen.

(Erneute Zustimmung.)

---

[15] Vgl. die Rede Marx' zur Debatteneröffnung am 26. Februar 1924 in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12466–12469.

[16] Einzelheiten zur Kürzung der Beamtengehälter und -pensionen ergeben sich aus der oben (Anm. 6) nachgewiesenen Personal-Abbau-Verordnung vom 27. Oktober 1923 sowie aus der Verordnung zur Änderung des Besoldungsgesetzes vom 12. Dezember 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 1181–1184). – Vgl. auch Marx' Besprechung mit führenden Vertretern der Beamtenorganisationen vom 19. Februar 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 381–383).

[17] So in der Vorlage; gemeint ist wohl „Ausgaben".

[18] Oskar Hergt (1869–1967), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DNVP; auch deren Parteivorsitzender 1918 – Oktober 1924 u. Fraktionsvorsitzender 1920 – Oktober 1924); Reichsjustizminister und Vizekanzler 31. Januar 1927 – 29. Juni 1928. – Offenbar bezieht sich Stresemann im Folgenden auf die Reichstagsrede Hergts vom Vortag (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12511–12520), auch wenn eine entsprechende Wendung Hergts dort nur entfernt mit der Wiedergabe durch Stresemann übereinstimmt.

Es lasten schwer auf uns gerade bei diesem Versuch, den Etat in Ordnung zu bringen, die **Besatzungskosten[19],** die wir bisher weiter bezahlt haben, um der Bevölkerung der besetzten Gebiete Drangsale zu ersparen. Alle Parteien im besetzten Gebiet von rechts bis links waren sich darin einig, daß die Reichsregierung verpflichtet sei, sie vor der Exekution durch die Besatzungsarmeen zu schützen und bis zur letzten ihrer Kräfte dafür zu sorgen, daß diese Besatzungskosten gezahlt würden[20].

(Sehr wahr!)

Ich muß aber auch hier betonen, daß unsere Leistungsfähigkeit zeitlich eng begrenzt ist. Für absehbare Zeit können wir – das scheint ja jetzt auch Allgemeinauffassung zu sein – aus eigener Kraft an Reparationszahlungen nicht denken, müssen vielmehr alle Kräfte zusammennehmen, um überhaupt unsere Währung zu halten, da das deutsche Volk ein zweites Abgleiten nicht ertragen könnte.

Das ist die Situation, die die Sachverständigenausschüsse hier vorgefunden haben. Wir kennen nicht die Entschließungen, zu denen sie etwa gekommen sind[21]. Wir kennen auch nicht ihre Verhandlungen, die sie unter sich geführt haben. Aber nach den Berichten, die namentlich in der ausländischen Presse vorliegen, zeichnen sich einige Haupttendenzen und einige Hauptfragen, die innerhalb dieser Grenzen erörtert wurden, schon heute ab. Man scheint sich davon überzeugt zu haben, daß ein mehrjähriges Moratorium für Deutschland notwendig sei. Man scheint aber ebenso der Auffassung zu sein, daß während dieser Zeit eine internationale Anleihe insbesondere Frankreich einen Ersatz für die Ausfälle geben soll, die durch die Nichtzahlung Deutschlands entstehen.

Eine **internationale Anleihe,** für die man **Garantien im deutschen Reichsbesitz** sucht, wird anscheinend diskutiert im Zusammenhang mit zwei Fragen, die gleichzeitig als die wirtschaftliche Voraussetzung für einen Anleihekredit gelten können: die

---

[19] Zum Stand der Frage der Fortdauer oder Einstellung der Zahlung der Besatzungskosten vgl. die Beratung in der Ministerbesprechung vom 15. Februar 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 367–368) sowie die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Friedeberg vom gleichen Tag (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 415–416).

[20] Vgl. etwa die Besprechung des Rhein-Ruhr-Ausschusses des Kabinetts mit Vertretern des besetzten Gebiets vom 7. Februar 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 329–335), wonach diejenigen Vertreter, die das Thema ansprachen, auf die Fortzahlung der Besatzungskosten drängten. – Vgl. auch die Eingabe des Kölner Oberbürgermeisters Adenauer an den Reichskanzler vom 28. Januar 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 415–416, Anm. 2).

[21] Zum Kenntnisstand Stresemanns vgl. etwa seine Aufzeichnung vom 19. Februar 1924 über die Arbeit der Sachverständigen-Ausschüsse und deren allgemeinere Bedeutung (STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 302–317). – Zur Erörterung in der Presse vgl. beispielsweise die Artikel in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21348 (Morgenausgabe) vom 16. Februar 1924, S. 4; Nr. 21353 (Morgenausgabe) vom 21. Februar, S. 6.

Verfügung Deutschlands über die Wirtschafts- und Steuerkraft des Reiches, sowie die Wiederherstellung der deutschen Verkehrseinheit.

Der „Temps“ hat kürzlich[22], als diese Dinge in der Presse erörtert wurden, gegen den Gedanken der Wiederherstellung der Reichseisenbahneinheit[23] die Einwendung gemacht, daß eine solche Wiederherstellung der Entwicklung in Deutschland widerspräche, die durch die neuen, mit Bahnen auf dem Gebiete des Reichsverkehrswesens geschlossenen Abmachungen[24] gekennzeichnet seien.

(Lachen.)

Ich brauche wohl nicht darauf hinzuweisen, daß diese Einwendungen des „Temps“ vollkommen unzutreffend sind.

(Zustimmung.)

Die im Gange befindlichen organisatorischen Maßnahmen auf dem Gebiete der Reichseisenbahn bezwecken im Gegenteil eine wirtschaftliche Höchstleistung im festen Rahmen des Gesamtunternehmens durch eine größere Selbständigkeit der einzelnen Bezirke. Mit einer Abtrennung der bayerischen Bahnen von der Reichseisenbahn haben diese Maßnahmen nicht das geringste zu tun.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir haben bei der Abtrennung der Rhein- und Ruhrbahn mit Deutlichkeit gesehen, zu welchen katastrophalen wirtschaftlichen und finanziellen Folgen eine Zersplitterung des deutschen Eisenbahnwesens führen muß.

(Lebhafte Rufe: Sehr richtig!)

Die deutsche Regierung hofft, daß die gegenwärtig von der deutschen Reichsbahn abgetrennten Teile baldigst mit ihr vereinigt werden, und wenn der „Temps“ in den Abmachungen mit Bayern einen neuen Modus der Auflösung der Reichseinheit auf

---

[22] Stresemann bezieht sich auf einen Leitartikel in LE TEMPS, Nr. 22839 vom 19. Februar 1924, S. 1.

[23] Anfang März 1923 hatten die Besatzungsmächte durch Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission unter dem Namen „Régie des chemins de fer des territoires occupés“ (oft abgekürzt Régie oder Regiebahn) einen eigenen Eisenbahnbetrieb und eine eigene Eisenbahnverwaltung in den besetzten Gebieten eingerichtet. In den bisherigen Verhandlungen mit Frankreich lehnte Poincaré ab, Deutschland wieder die Eisenbahnhoheit in den besetzten Gebieten zu übertragen (vgl. etwa Stresemanns vertrauliche Mitteilungen bei einer Besprechung mit führenden Reichstagsabgeordneten der Regierungsparteien vom 14. Februar 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 362–363, insb. auch Anm. 4).

[24] Durch Verordnung vom 12. Februar 1924 (Text in REICHSGESETZBLATT 1924 I, S. 57–59) hatte die Reichsregierung in Vollzug von Art. 92 der Weimarer Reichsverfassung ein selbständiges Unternehmen „Deutsche Reichsbahn“ geschaffen zum Betrieb der im Besitz des Reiches befindlichen Bahnen. Zu dem nachfolgenden Abkommen mit Bayern über eine gewisse fortdauernde Selbständigkeit der bayerischen Bahnen vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 420, Anm. 11.

diesem Gebiete sieht und deshalb sagt, man könne doch Frankreich nicht zumuten, seinerseits die Rhein- und Ruhrbahn herauszugeben, während sich Bayern auf dem Gebiete verselbständige, so können wir Frankreich nur auffordern, mit uns dieselben Verträge über die Rhein- und Ruhrbahn zu schließen, die mit Bayern geschlossen worden sind.

(Wiederholte lebhafte Zustimmung.)

Ich glaube, Frankreich würde sich bald davon überzeugen, wie irrig diese Auffassung ist, mit der man gegen eine Maßnahme Einwendungen erhebt, die, glaube ich, aus rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten so klar vor den Augen aller derjenigen steht, die wirtschaftlich denken, daß es jeder Diskussion enthoben sein sollte. Ich sage: die Wiederverfügung Deutschlands über die vollen wirtschaftlichen und Steuerkräfte des Reiches, die Wiederherstellung der deutschen Verkehrseinheit dürfte von allen Kennern des Wirtschaftslebens als Voraussetzung für das Gelingen einer internationalen Anleihe angesehen werden.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn es Frankreich um eine wirtschaftliche Lösung der Reparationsfrage zu tun ist, so würden ihm hier Möglichkeiten geboten sein, die es kaum zurückweisen könnte.

Die Frage einer etwaigen internationalen Anleihe wirft aber gleichzeitig die Frage der **internationalen Mitwirkung bei der Verwaltung einer solchen Anleihe** auf. Herr Dr. Helfferich[25] hat an einer Rede Kritik geübt, die ich in Elberfeld[26] gehalten habe, weil er daraus glaubte ersehen zu sollen, daß ich von vornherein einer internationalen Mitwirkung oder einer internationalen Kontrolle zugestimmt hätte. Meine Herren, für mich steht die Frage der Erreichung einer internationalen Anleihe, die uns ein Moratorium gewährt und die unter diesen Voraussetzungen gegeben wird, daß die Verkehrseinheit wieder hergestellt wird, daß wir die freie Verfügung über die Wirtschaftskräfte unseres Reiches wieder bekommen, im engsten Zusammenhange mit der Freiheit Deutschlands selbst, die heute über die Grenzen des Versailler Vertrages[27] eingeengt und außerordentlich beschränkt ist.

---

[25] Karl Helfferich (1872–1924), Mitglied des Reichstags 1920 – April 1924 (für die DNVP). – Die nachfolgend angeführte Kritik an der vermeintlich voreiligen Zustimmung Stresemanns zu der internationalen Beteiligung an der vom Sachverständigen-Ausschuß erwogenen Goldnotenbank hatte Helfferich in seiner Reichstagsrede vom 21. Februar 1924 geäußert (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12417–12424).

[26] Am 17. Februar 1924 (vgl. diese Edition).

[27] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Gegenüber diesem Gesichtspunkt glaube ich allerdings den Gesichtspunkt vertreten zu sollen – ich stelle dem Herrn Abgeordneten Helfferich gern den ausführlichen Bericht der „Kölnischen Zeitung“[28] über meine Rede in Elberfeld zu Verfügung –, daß eine Verquickung auch ausländischer Interessen im Aufsichtsrat von Unternehmungen, für die ausländisches Kapital hergegeben ist, weniger bedeutsam ist als die Frage, ob durch eine derartige Mitwirkung ausländischen Kapitals uns diese wirtschaftliche Selbständigkeit wiedergegeben werden kann und wir dasjenige Moratorium bekommen, das wir notwendig haben, um unsere eigene Produktivität zu entwickeln.

Es wird selbstverständlich dabei darauf ankommen, daß eine solche Vertretung uns nicht majorisiert, daß sie den deutschen Charakter der Verwaltung unangetastet läßt. Tut sie das aber, dann kann die Tatsache der ausländischen Vertretung nicht Grund für die Ablehnung einer internationalen Anleihe sein, und ich glaube: gerade der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich ist doch über unsere wirtschaftliche Lage so gut orientiert, daß er weiß, wie sehr wir darunter leiden, ja vielleicht zugrunde gehen können, daß wir keine Kredite haben, die für Industrie und Landwirtschaft so notwendig sind wie kaum zuvor.

(Sehr richtig! rechts.)

Auch insbesondere für die Landwirtschaft! Was jetzt an Minderbestellungen an künstlichem Dünger gegenüber dem vorigen Jahre allein vorliegt, kann uns nur mit dem größten Schrecken in bezug auf die Zukunft unserer ganzen Verhältnisse erfüllen. Dasselbe ist der Fall in bezug auf unsere Industrie, die ihren Export vermehren muß, wenn wir das Volk sollen ernähren können. Und wenn wir sehen, daß wir infolge der starken Verluste an Vermögenssubstanz auf Kredite angewiesen sind, wenn es sich darum handelt, eine Bank zu schaffen – auch mit ausländischem Kapital –, die auf Grund ausländischer Goldkapitalien in der Lage ist, solche Kredite zu geben, dann ist das gerade das, was gegenwärtig unsere Wirtschaft auf das allerdring[end]ste braucht.

(Zustimmung.)

Hier liegen die Dinge doch so, daß man, glaube ich, sobald die Voraussetzungen gegeben sind, von denen ich sprach: daß keine Majorisierung stattfindet, daß der

[28] Der entsprechende Bericht konnte nicht ermittelt werden.

deutsche Charakter der Verwaltung erhalten bleibt, dann die Dinge auch leidenschaftslos vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ansehen sollte. Es ist in der ganzen Wirtschaft so, daß derjenige, der einen bedeutenden Teil seines Kapitals hingibt, auch eine gewisse Mitwirkung oder Kontrolle für dieses von ihm gegebene Kapital in demjenigen Unternehmen ausübt, für das er es hingibt. Das ist im Inlande so, das werden Sie dem Auslande, das den Dingen ferner steht, nicht verwehren können. Deshalb, sage ich, werden wir nicht daran vorbeigehen können, nach dieser Richtung hin auch dem ausländischen Kapital eine Mitwirkung in den Aufsichtsinstanzen, wie sie bei solchen Unternehmungen geschaffen werden, zu geben. Und ich darf dabei eines noch betonen: wir wollen uns doch darüber klar sein, daß wir bei der schwierigen finanziellen Lage Deutschlands ja mehr als einmal doch die Frage einer gewissen finanziellen Aufsicht auch bisher schon haben diskutieren müssen. Ich glaube, Herr Abgeordneter Dr. Helfferich wird mir vollkommen zugeben, wenn ich mich auf den Standpunkt stelle, daß eine finanzielle Mitwirkung dann erträglich ist, wenn sie von Geschäftsleuten ausgeübt wird, daß sie viel weniger erträglich ist, wenn sie von Staaten von politischen Gesichtspunkten ausgeübt wird. Denn von politischen Gesichtspunkten aus kann ich mir denken, daß eine Politik getrieben würde, um Deutschland auf die Dauer niederzuhalten oder nur bis zu einem gewissen Grade hochkommen zu lassen. Wirtschaftliche Gesichtspunkte, die auf eine Verzinsung hingegebenen Kapitals hinarbeiten, werden gerade in einer gesunden Weiterentwicklung des Landes, dem man den Kredit gegeben hat, die beste Garantie für die Verzinsung sehen. Infolgedessen kann, wenn diese wirtschaftlichen Gesichtspunkte maßgebend sind, ein gemeinsames Zusammenwirken mit Kreditgebern anderer Nationen auch zu einer gemeinsamen Abwehr gegen eine etwaige Differenzierung Deutschlands im internationalen Wirtschaftsverkehr führen, und, ich glaube, das sind Gesichtspunkte, die man auch beachten sollte, wenn es sich um diese Dinge handelt.

Meine Herren, ich habe vorhin ausgeführt, daß für uns die baldigste Verständigung in der Reparationsfrage das Wünschenswerteste wäre. Wir stehen in Bälde vor dem kritischen Termin des 15. April,

(Zuruf von äußersten Linken)

– nein, ich meinte nicht den 6. April[29], ich meinte den 15.

[29] Stresemann (wie offenbar der vorherige Zwischenrufer) bezieht sich damit vermutlich auf den zu diesem Zeitpunkt noch erwogenen Termin für Reichstagswahlen am 6. April 1924 (vgl. die Bespre-

(große Heiterkeit)

– also vor dem Tage, an dem nicht der Deutsche Reichstag neugewählt wird, sondern die **Micum-Verträge**[30] ablaufen. Eine Fortführung der Leistungen, die die deutschen großindustriellen Werke auf Grund dieser Verträge an Frankreich gehen müssen, ist vollkommen ausgeschlossen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist völlig unmöglich, daß irgendeine dieser Unternehmungen weiterbestehen kann, wenn sie in dem Prozentsatz ihrer eigenen Erzeugnisse abgeben soll an ein anderes Land, ohne dafür eine Gegenleistung zu erhalten. Es ist allgemein bekannt, daß die Bemühungen der deutschen Großindustrie, Kredite für die Durchführung der Micum-Verträge zu bekommen, ergebnislos nach der Richtung gewesen sind, daß sie absolut nicht in dem Maße Kredite bekommnen hat, wie sie sie brauchte. Ob überhaupt diese Verträge auch nur bis zum 15. April durchgeführt werden können, ist zweifelhaft, und daß das Deutsche Reich nicht seinerseits in die Finanzierung dieser Verträge eintreten kann, das wird auch von der Gegenseite anerkannt, das hat der französische Herr Ministerpräsident[31] wiederholt selbst gegenüber unserem Botschafter[32] ausgesprochen. Darüber brauche ich also hier nicht zu diskutieren.

Aber wohl entsteht die Frage, auf die auch der Herr Abgeordnete Müller[33] hingewiesen hat: was soll geschehen, wenn eine Verständigung nicht erfolgt? Wenn eine

---

chung des Reichskanzlers mit führenden Abgeordneten der Regierungspartei vom 22. Februar 1924: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 399–400).

[30] Im November 1923 war nach langen Vorverhandlungen zwischen dem Bergbaulichen Verein und der „Mission interalliée de contrôle des usines et des mines“ (MICUM) ein Abkommen über die Wiederaufnahme der Kohlelieferungen durch die Industrie anstelle des Reiches (das spätere Entschädigungen bzw. Steuerverrechnungen gegenüber der Industrie versprach) zustande gekommen (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 222), dem weitere Verträge anderer Industriebereiche des besetzten Gebietes folgten. Das Abkommen über die Kohlelieferungen war am 15. Januar 1924 zu modifizierten Bedingungen verlängert worden (ebd., 65 [1924], S. 398) und sollte am 15. April 1924 ablaufen.

[31] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[32] Leopold von Hoesch (1881–1936), Botschaftsrat in Paris 1921–1923 (seit Januar 1923 als Geschäftsträger), Botschafter in Paris 2. Februar 1924 –1932. – Eine entsprechende Äußerung Poincarés über die mangelnde Leistungsfähigkeit der Reichsregierung findet sich z.B. im telegraphischen Bericht Hoeschs vom 12. Februar 1924 über ein Gespräch mit Poincaré vom Vortag (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 385–387).

[33] Hermann Müller[-Franken] (1876–1931), Reichskanzler 1920 und 28. Juni 1928 – 1930; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1931 (für die SPD; deren Parteivorsitzender 1919, 1920–1928, 1930–1931; Fraktionsvorsitzender 1920–1928, 1930–1931). – Müller hatte in seiner Rede vom 26. Februar 1924 die Regierung gefragt: „was hat sie getan, um einen Ersatz dieser Micum-Verträge vorzubereiten?“ für den Fall, daß die Regelung der Reparationsfrage bis zum 15. April nicht erfolgt sein würde (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12469–12480; Zitat S. 12471).

Verständigung nicht erfolgt, so bedeutet das für uns im besetzten Gebiet alle die Mißstände, die wir vor Abschluß dieser Verträge in allen ihren furchtbaren sozialen und politischen Auswirkungen gesehen haben, bedeutet Erwerbslosigkeit, Hunger und Chaos, so daß man nicht abzusehen vermag, was aus diesen Dingen werden soll. Aber es bringt auch für Frankreich das Aufhören aller der Einnahmen aus den Micum-Verträgen einen Einnahmeausfall, dessen Wirkung auf die französische Währung abzusehen ist. Die Verhältnisse drängen zu einer Regelung der Reparationsfrage, sie drängen zur Einigung. Aber eine Einigung kann nicht auf der Grundlage der Schaffung einer deutschen Reparationsprovinz erfolgen. Grundlage einer Einigung muß sein eine internationale Regelung der gesamten Reparationsfrage, und weil die Notwendigkeit einer solchen Regelung weit stärker als früher in einzelnen Ländern eingesehen wird, weil sie heute eigentlich die gemeinschaftliche Anschauung aller Wirtschaftsführer ist, deshalb sprach einer unserer bedeutendsten wirtschaftlichen Sachverständigen, der bisher jahrelang nur Mißerfolge seiner Bemühungen erlebt hat, im Kabinett[34] von dem Silberstreifen an dem sonst düsteren Horizonte der auswärtigen Politik. Deutschnationale Kritik will darin nur einen Nebelstreifen sehen, und ich habe neulich einen vielleicht etwas kurz zusammengefaßten seltsamen Versammlungsbericht gelesen. Es stand darin: „Graf Westarp[35] sagt: Der Außenminister spricht von einem Silberstreifen. Ich hin überzeugt, es ist nur ein Nebelstreifen. In Klammern: Stürmischer Beifall.“ Meine Herren, alles verstehe ich, aber nicht den stürmischen Beifall.

(Große Heiterkeit im Zentrum und links.)

Ich kann mich gewiß vollkommen irren. Sie können warnen vor unberechtigtem Optimismus und vor Illusionen. Sie können darauf verweisen, daß alle Arbeit bisher Sisyphusarbeit gewesen ist. Gewiß, aber selbst wenn ich nur 5 Prozent Hoffnung

---

[34] Nach der Erläuterung des Herausgebers von STRESEMANN, Vermächtnis (I, S. 301) soll es sich bei demjenigen, der den Begriff des „Silberstreifens“ geprägt hat, um Carl Bergmann (1874–1935) handeln, der sich als ehemaliger Staatssekretär im Reichsfinanzministerium und Vorsitzender der Kriegslastenkommission (1919–1921) auch nach seiner Rückkehr zur Deutschen Bank wiederholt der Reichsregierung als Reparationssachverständiger zur Verfügung gestellt und in deren Auftrag entsprechende Verhandlungen geführt hatte. – Nachweisen ließ sich eine entsprechende Äußerung Bergmanns im Kabinett nicht; möglicherweise fiel sie in der Ministerbesprechung vom 29. Januar 1924, in der Bergmann Bericht erstattete über seine Eindrücke aus den Besprechungen mit dem Sachverständigen-Ausschuß (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 300).

[35] Kuno Graf von Westarp (1864–1945), Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DNVP 1920–1930 [deren Parteivorsitzender 1926–1928; Fraktionsvorsitzender 1925–1929], für die Konservative Volkspartei 1930–1932). – Der betreffende Versammlungsbericht und das Zitat Westarps konnten nicht ermittelt werden. Den nachfolgend angesprochenen Begriff „Nebelstreif“ (als Zitat aus Goethes Erlkönig) hatte jedoch auch der DNVP-Abgeordnete Hergt in seiner Rede vom Vortag verwendet (vgl. oben mit Anm. 18; das Zitat S. 12512).

hätte, daß aus diesen Verhandlungen etwas herauskäme, hätte ich trotzdem die Pflicht und Schuldigkeit zu erfüllen, diese Verhandlungen zu führen.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und bei den Vereinigten Sozialdemokraten.)

An diejenigen, die davon sprechen, daß die Dinge ja doch aussichtslos wären, muß ich doch die Frage stellen, was sie uns denn an Positivem sagen

(stürmische Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und bei den Vereinigten Sozialdemokraten)

anstatt dessen, daß wir versuchen, zu einer Verständigung zu kommen. Meine Herren, es wird auf ganz lange Zeit gar nichts anderes übrigbleiben als der mühevolle Dornenweg der immer von neuem gesuchten Verständigung.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Diesen Weg habe ich auch als Außenminister gehen müssen, und ich möchte hier einmal auch gegenüber manchem ausländischen Kritiker doch auf das eine hinweisen, daß es von unserer Seite aus auch seit August vorigen Jahres nicht an Versuchen gefehlt hat, mit Frankreich zur Verständigung zu kommen. Diese Versuche haben eingesetzt vor Aufgabe des passiven Widerstandes und sind fortgesetzt worden nach seiner Aufgabe[36]; und wenn sie bisher noch zu keiner wirklichen direkten Aussprache offizieller Art geführt haben, so lag das an der Gedankenkonstruktion des Herrn französischen Ministerpräsidenten, wie ich es nennen möchte, der plötzlich nach Aufgabe des passiven Widerstandes feststellte, daß der passive Widerstand noch nicht aufgehört habe und für ihn deshalb noch nicht die Voraussetzungen gegeben seien, um zu verhandeln.

(Zustimmung in der Mitte. – Zuruf des Abgeordneten Dr. Helfferich.)

– Ich habe den Zwischenruf nicht verstanden, Herr Kollege Dr. Helfferich.

Der Präsident der französischen Republik, Herr **Millerand[37],** hat kürzlich in der Pariser Handelskammer vor wenig Tagen davon gesprochen, daß für Frankreich die

[36] Zur Aufgabe des passiven Widerstands, wozu die grundsätzliche Entscheidung am 24. September 1923 fiel und die mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

[37] Alexandre Millerand (1859–1943), französischer Staatspräsident 1920 – 11. Juni 1924; Ministerpräsident 1920. – Zu seiner nachfolgend angesprochenen Rede vom 26. Februar 1924 in der Handelskammer vgl. den Bericht in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21359 (Morgenausgabe) vom 27. Februar 1924, S. 6. Im Leiterartikel von LE TEMPS, Nr. 22847 vom 27. Februar 1924, S. 1, der ebenfalls auf die Rede eingeht, fehlt die Passage, in der Millerand sein Herbeisehnen der Stunde der Festsetzung der Zahlungs- und Räumungstermine bekundet.

Ruhrbesetzung nur Mittel zum Zweck gewesen sei und daß es die Stunde ersehne, in der die Räumung des Gebiets zugleich mit den Daten für die Bezahlung festgesetzt würde. Meine Herren, ich akzeptiere gern diese Feststellung des Herrn Präsidenten der französischen Republik, daß die Ruhrbesetzung nur Mittel zum Zweck gewesen sei, daß also andere Äußerungen, die dahin gingen, daß man bis zum letzten Zug im Ruhrgebiet bleibe, damit wohl als Anschauung der Vergangenheit festzustellen ist.

(Sehr gut!)

Der Zeitpunkt aber, sich zu verständigen über das Ende des Ruhrunternehmens, wäre, glaube ich, damals gewesen, wo Deutschland den gewiß doch für uns alle äußerst schweren Entschluß faßte, den passiven Widerstand aufzugeben. Wenn wir damals den passiven Widerstand bedingungslos aufgaben, und wenn es Frankreich darauf ankam, daß es den Zeitpunkt ersehnte, wo der Ruhrkonflikt beglichen war, dann würde es damals die beste Voraussetzung dafür geschaffen haben, wenn es durch freie Initiative in bezug auf die Freigabe der Gefangenen und Ausgewiesenen[38] auch jene psychologischen Stimmungen aus der Welt geschafft hätte, die für eine Verständigung der Völker weit mehr bedeuten als Verschiedenheiten der Auffassungen über materielle Leistungen.

(Lebhafter Beifall.)

Das hier einmal zum Ausdruck zu bringen, halte ich auch für notwendig. Ersehnt man die Stunde, wo das Ruhrgebiet nicht mehr besetzt ist, dann soll man auch die Voraussetzungen dafür schaffen, daß all diejenige Stimmung, die in diesem Jahre dagewesen ist, auch einmal ein Ende finden kann.

(Sehr richtig!)

Und dazu gehört, daß die Leute ihre Heimat wiedersehen, die ihre Heimat durch den Ruhrkampf verloren haben,

(lebhafter Beifall)

und die Menschen, die als Deutsche sich verfehlt haben, vor deutschen Gerichten ihr Urteil erfahren, so wie es jeder einzelne verlangen kann.

(Erneuter allseitiger, lebhafter Beifall.)

[38] Stresemann bezieht sich auf die geschätzten 120 000 bis 150 000 Menschen, die als Reaktion auf ihren passiven Widerstand im Zuge der Auseinandersetzung im Ruhrgebiet und im besetzten Rheinland von den Besatzungsbehörden in das unbesetzte Gebiet ausgewiesen worden waren, sowie auf die von französischen und belgischen Kriegsgerichten zu Haftstrafen Verurteilten.

Meine Herren, ich habe vorhin darauf hingewiesen, daß es nicht an uns lag, wenn wir bisher zu direkten Verhandlungen über die Reparationsfrage nicht gekommen sind, daß das unser Wunsch war vor Aufgabe des passiven Widerstandes, daß man dann die Dinge lange hingezogen hat. Als wir jetzt ein Memorandum an Frankreich richteten[39], das sich zunächst auf die Herstellung eines modus vivendi in der Rhein- und Ruhrfrage bezog, da hat die französische Presse plötzlich gesagt, man könne sich doch über fruchtbarere Themata unterhalten. Sie hat darauf hingewiesen, solch ein Austausch von Memoranden sei nur eine Hemmung auf dem Wege der Verständigung. Wichtiger als die Rhein- und Ruhrfrage sei die Frage der gesamten Reparationslösung. – Meine Herren, wir sind zur Diskussion über diese Frage genau so bereit, wie frühere Kabinette dazu bereit gewesen sind. Daß wir gegenwärtig die Arbeiten der Sachverständigenkommission nicht unterbrechen können durch Angebot direkter Verhandlungen, ist selbstverständlich; denn damit würden wir ja ein Mißtrauensvotum gegen die Sachverständigenausschüsse aussprechen.

(Sehr richtig!)

Damit würden wir erklären: die Dinge sind so klar vor aller Augen, daß wir eurer Arbeit nicht bedürfen. Deshalb ist ein nicht sofortiges Beginnen solcher Verhandlungen von uns nicht etwa ein schlechter Wille, an solchen Dingen nicht teilzunehmen.

Meine Herren, wir können gewiß aus diesen Äußerungen der Presse, dem „Temps“, dem Artikel des Herrn Sauerwein[40] im „Matin“ und anderen Äußerungen wichtiger maßgebender französischer Persönlichkeiten feststellen, daß sich in weiten Kreisen Frankreichs die Einstellung mindestens in bezug auf die wirtschaftliche Frage geändert hat, daß Frankreich empfindet, daß es unbeschadet aller politischen Differenzen wirtschaftlich in einer Schicksalsgemeinschaft mit Deutschland steht. Man hat darauf bei einigen Persönlichkeiten und in einigen Kreisen die Folgerung gezogen, daß man uns eine **alleinige deutsch-französische Verständigung** vorgeschlagen hat. Meine Herren, wir können keinen Sonderfrieden mit Frankreich schließen; denn wir sind als Schuldner den verschiedenen Gläubigerstaaten verpflichtet.

---

[39] Gemeint ist wohl ein auf den 6. Februar datiertes und von Hoesch am 11. Februar 1924 übergebenes Memorandum; vgl. dessen telegraphischen Bericht vom 12. Februar 1924 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 385–387, insb. Anm. 7.

[40] Jules Sauerwein (1880–1967), Journalist. Direktor des Auslandsdienstes des „Matin“ 1903–1931. – Der betreffende Artikel im Pariser „Matin“ konnte nicht ermittelt werden. Möglicherweise bezieht sich jedoch Stresemann in seiner Aufzeichnung vom 19. Februar 1924 (STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 302–317, dort S. 307) paraphrasierend auf den angesprochenen Artikel.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)

Wohl aber können wir es von deutscher Seite aus begrüßen, wenn seitens der Alliierten Mittel und Wege gesucht werden, um Frankreich[s] besonderen finanziellen Bedürfnissen bei der Regelung der Reparationsfrage gerecht zu werden. Das sind aber Fragen, über die man uns bisher niemals befragt hat, da wir in allen Dingen bisher nur Objekt für die Gesetzgebung gewesen sind.

(Sehr richtig!)

Weil wir Objekt der Gesetzgebung, der Entschlüsse anderer Mächte gewesen sind, um so mehr bedürfen wir der Arbeit unparteiischer Sachverständiger. Sie kann die Grundlage für neue Entscheidungen der alliierten Mächte abgeben, und maßgebend für die weitere Entwicklung der europäischen Verhältnisse wird dabei insbesondere auch Frankreichs Entscheidung sein. Es wird dabei entschieden werden, ob Frankreich Reparationen oder nur politische Macht und wirtschaftliche Ausbeutung will. Ich möchte hoffen, daß die Entscheidung der französischen Regierung, des französischen Volkes nach der ersteren Seite fallen möge. Ich glaube, jeder vernünftige Mensch in Deutschland und jede Partei wird bereit sein, auf einer vernünftigen Basis mit Frankreich sich zu verständigen. Es muß aber in der Erörterung der wirtschaftlichen und politischen Fragen die Voraussetzung dafür geschaffen werden. Es dient nicht der Verständigung, wenn der Ministerpräsident Poincaré in der französischen Kammer davon spricht[41], daß Deutschland seit vier Jahren an Reparationen nichts geleistet hätte und daß sich daraus der Zustand der französischen Finanzen ergebe.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Lüge!)

Warum tritt man nicht den uns so oft angebotenen **internationalen Gedankenaustausch über die tatsächlich** bisher **vorgenommenen deutschen Leistungen** an? Wir haben unsere Leistungen aufgezählt; sie haben nach unseren Berechnungen 42 Milliarden Goldmark betragen. Man mag das anzweifeln, mag es zu hoch hinstellen; wir haben andere Schätzungen gehabt von Keynes[42], vom Institute of

[41] Stresemann bezieht sich auf die Äußerung Poincarés in der französischen Abgeordnetenkammer vom 23. Februar 1924 (vgl. die Berichte in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 94 vom 24. Februar 1924; in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21355 [Abendausgabe] vom 23. Februar 1924, S. 2; kurz auch in SCHULTHESS 65 [1924], S. 211).

[42] John Maynard Keynes (1883–1946), britischer Wirtschaftswissenschaftler. – Keynes war, nachdem er als Mitglied der britischen Delegation bei den Pariser Friedensverhandlungen kurz vor deren Ende unter Protest sein Mandat niedergelegt hatte, inzwischen zum heftigen Kritiker der Reparationsbestimmungen und der alliierten Reparationspolitik geworden, zuletzt mit der Schrift A Revision of

Economics[43], sie sind geringer. Aber auch dieses letztere beziffert die deutschen Leistungen auf 25 Milliarden Goldmark. Frankreich weiß zur Genüge, wie stark die **deutschen Sachleistungen** seine eigene internationale ökonomische Stellung beeinflußt haben, und Frankreich hätte nach den Abkommen, die es mit uns hat[44], noch weit mehr von uns beziehen können, wenn es nicht die Rücksicht auf seine eigene Volkswirtschaft höher gestellt hätte als die Ausnutzung seiner vertragsmäßigen Ansprüche gegen Deutschland.

(Sehr wahr!)

Ich darf darauf hinweisen, daß Länder wie Jugoslawien, ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich sage, ihren Etat im wesentlichen auf die deutschen Sachleistungen basiert haben[45],

(hört! hört!)

die wir unsererseits bis zum letzten geleistet haben, solange wir es konnten[46]. In Frankreich muß man wissen, daß künftig deutsche Reparationsleistungen abhängig sind von der Erhöhung der deutschen Produktivität und der Erhöhung des deutschen Lebensniveaus.

---

the Treaty: Being a Sequel to the Economic Consequences of the Peace. London 1922 (in dt. Übers.: Revision des Friedensvertrages […]. Berlin 1922). – Am 27. Oktober 1923 hatte er in der britischen Zeitschrift „The Nation“ einen Aufsatz unter dem Titel „How Much has Germany Paid?“ veröffentlicht, in dem er differierende Rechnungen darüber anstellte, was Deutschland tatsächlich gezahlt habe (nämlich mehr als 1 Milliarde Pfund) und was ihm davon abweichend von der Reparationskommission angerechnet worden sei (Wiederabdruck: The Collected Writings of John Maynard Keynes. Vol. 18. Activities 1922–1932. The End of Reparations. Ed. by Elizabeth Johnson. London/Basingstoke 1978, S. 224–230).

[43] Dieses Ergebnis des „Institute of Economics“ hatte Stresemann bereits in seiner Rede vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag vom 24. August 1923 (vgl. diese Edition) angeführt. Vermutlich handelt es sich bei der angesprochenen Veröffentlichung um die 1923 in der Reihe der „Publications of the Institute of Economics“ (der Brookings Institution in Washington) erschienene Studie von Harold G. Moulton u. Constantine E. McGuire: Germany’s Capacity to Pay: A Study of the Reparation Problem. Sie erschien auch in deutscher Übersetzung unter dem Titel: Deutschlands Zahlungsfähigkeit. Eine Untersuchung der Reparationsfrage. Berlin 1924. – Zur Argumentation vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 145 (Abendausgabe) vom 25. März 1924.

[44] Gemeint ist offenbar in erster Linie das in Wiesbaden am 6. Oktober 1921 von Rathenau als Wiederaufbauminister und seinem französischen Kollegen Loucheur unterzeichnete „Wiesbadener Abkommen“ über Sachlieferungen an Frankreich, das – zusammen mit weiteren Verträgen über Sachlieferungen – allerdings erst am 29. Juni 1922 in Kraft trat (Text des Abkommens und der ergänzenden Verträge in REICHSGESETZBLATT 1922 II, S. 625–661).

[45] Zu den laufenden Verhandlungen mit Jugoslawien über die Sachlieferungen vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 291–292, insb. Anm. 5.

[46] Nachdem Deutschland die Reparationsleistungen an Frankreich und Belgien unmittelbar nach deren Einmarsch ins Ruhrgebiet eingestellt hatte (vgl. die Runderlasse Rosenbergs vom 10. und 15. Januar 1923 ebd., A 7, S. 43–44 u. 54–55), teilte Rosenberg am 8. August 1923 auch den übrigen Reparationsgläubigerstaaten mit, die Reichsregierungen müsse vorübergehend auch ihnen gegenüber die Sachlieferungen einstellen, um den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern (ebd., A 8, S. 246–249).

Als die Sachverständigen hier tagten, ist hier eine seltsame Mitteilung durch die Presse gegangen, die davon sprach, Deutschland könne, wenn es dieselben Steuern erhöbe wie die Alliierten, 4 Milliarden Goldmark jährlich aufbringen, die für Reparationszwecke verfügbar seien. Nein, so hat niemand von den Sachverständigen gesprochen, so kann auch kein wirklicher Sachverständiger sprechen. Aber was gesagt wurde und was das ganze Elend unserer Verhältnisse kennzeichnet, ist, daß man allerdings gesagt hat: wenn Deutschland dasselbe Lebensniveau hätte wie England, wenn wir dasselbe Durchschnittseinkommen hätten wie England, dann würden wir auf der Basis derselben Steuern eine Mehreinnahme von Milliarden Goldmark pro Jahr haben[47].

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Daß wir relativ dasselbe erheben wie die Alliierten, bezweifelt für die Gegenwart niemand.

(Hört! Hört!)

Wenn man hofft – das ist mir auch ausdrücklich versichert worden –, in der Zukunft einen Überschuß des deutschen Budgets zu erzielen, dann hat man ausgedrückt, daß er nur möglich sei auf der Grundlage der Erhöhung der deutschen wirtschaftlichen Produktivität und auch auf der Erhöhung des Lebensniveaus in Deutschland, das jetzt unter dem Erträglichen liegt.

(Hört! Hört! und Sehr richtig!)

Ich möchte hier auch als Außenminister das eine betonen: wenn sich jetzt das Ausland mit dem deutschen Reichsetat beschäftigt, mit diesem ersten Goldetat, so muß es sich darüber klar sein, daß das ein Notstandsetat ist und nicht ein Etat, der den Kulturbedürfnissen des deutschen Volkes entspricht.

(Allseitige Zustimmung.)

Wenn man von künftigen Überschüssen des deutschen Etats spricht, so können es nicht Überschüsse über die Basis sein, die wir jetzt haben; denn diese Basis ertragen wir als Notstands-, Übergangsmaßnahme, wir ertragen sie aber nicht als dauernd für das deutsche Volk.

(Erneute allgemeine Zustimmung.)

---

[47] Vgl. zu dieser Passage die Aufzeichnung Stresemanns vom 19. Februar 1924 in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 302–317, insb. S. 302–303.

Wenn wir uns fragen, wo denn die Schwierigkeiten liegen, die einer Verständigung in der Reparationsfrage immer wieder entgegenstehen, so liegen sie zum Teil wohl darin, daß in Frankreich eine ganz starke Beunruhigung, ich möchte sagen, eine Nervosität gegenüber Deutschland herrscht. Man stellt die **Fragen der Sicherheiten** in den Vordergrund. Man bringt sie hinein in die wirtschaftlichen Erörterungen, als wenn Deutschland daran denke, Frankreich zu überfallen. Ich darf demgegenüber fragen: warum sind denn seit mehr als Jahresfrist alle Anregungen[48], ob von deutscher oder anderer Seite, wegen der Schaffung des Rheinlandtraktates und wegen weitgehender Sicherheiten Frankreichs bisher ohne Antwort von französischer Seite geblieben?

(Sehr richtig!)

Handelte es sich nur um Sicherheiten für Frankreich, dann müßte ihm die internationale Hilfe von allen am Rhein interessierten Staaten doch die größte Sicherheit sein, die es überhaupt gäbe, namentlich wenn England als an der Mündung des Rheins interessiert, wenn die Vereinigten Staaten als Protektor in ein solches Abkommen hineingezogen würden. Obwohl solche Ausführungen wiederholt diskutiert worden sind, haben sie bisher niemals von dort eine Zustimmung erfahren. Glaubt man immer noch, etwa darauf hoffen zu können, mit einem nicht einigen Deutschland besser zum Abschluß zu kommen? Daß man mit den Separatisten keine Politik zur Zerreißung Deutschlands machen kann, das sollte man allmählich doch auch in Paris begriffen haben[49].

(Sehr gut!)

Man weist darauf hin, daß man die **deutsche nationalistische Bewegung** fürch-

[48] Gemeint ist u.a. die Initiative von Reichskanzler Cuno, der am 13. Dezember 1922 einen Pakt der „am Rhein interessierten Staaten“ vorgeschlagen hatte, der die „Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietszustandes“ garantieren sollte (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 6, S. 559–560), und die modifizierte Wiederaufnahme dieser Idee durch Stresemann in seiner Rede in Stuttgart vom 2. September 1923 (vgl. diese Edition).

[49] Durch die Vereinbarung vom 16. Februar 1924 zwischen dem gewählten Kreisausschuß der Pfalz und einem „Spezialkomitee“ der Interalliierten Rheinlandkommission hatten die von französischer Seite unterstützte Tätigkeit der „autonomen Regierung der Pfalz“ und damit die Versuche der Abtrennung der Pfalz vom Reich ein Ende gefunden (die Proklamation des Kreisausschusses vom 17. Februar 1924 u.a. in DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE IV, S. 384-385; URSACHEN UND FOLGEN V, S. 324–325; vgl. auch den Bericht der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 18. Februar über die Wirkung dieser Vereinbarung und das Ende des Separatismus am 17. Februar: wiederabgedruckt ebd., S. 324–325).

te. Der Prozeß in München[50] weckt die Erinnerung daran, daß Frankreich seinerzeit bei uns Vorstellungen wegen der Gefahr erhoben hat, die in dieser Bewegung läge und die Frankreich nicht uninteressiert lassen könne. Ich habe vor wenigen Tagen im „Temps“ gelesen[51], daß ein Zusammenwirken von England und Frankreich schon deshalb nötig sei, um Deutschland zur Demokratie zu bringen. Meine Herren! Möge man sich doch im Ausland über das eine klar sein, daß man eine Staatsform oder irgendeine Staatsanschauung bei einem Volke gar nicht schärfer diskreditieren kann, als daß man sie hinstellt als im Interesse des Auslandes gelegen.

(Sehr richtig!)

Es ist auch sehr seltsam, welche Begriffsbestimmung das Selbstbestimmungsrecht der Völker in dem Vertrage zwischen Frankreich und der Tschechoslowakischen Republik erfahren hat[52]. Nein, wenn man in Frankreich eine nationalradikale Entwicklung in Deutschland jetzt fürchtet, wenn man sie in ihren Erfolgen als unwiderstehlich hinstellt und sich fragt, woher das kommt, dann möge man sich doch in Frankreich erinnern, daß bisher alle Politiker in Deutschland, die eine Verständigung mit Frankreich erstrebten, an der französischen Politik gescheitert sind.

(Lebhafte Zustimmung.)

Das ist letzten Endes der Urgrund der Entwicklung zum Radikalismus, die natürlich daraus entstehen mußte und die ihren tiefsten Grund im Elend des deutschen Volkes hat, im physischen Elend und in dem seelischen Elend eines Volkes, das derartige nationale Demütigungen fortgesetzt erdulden muß, wie es in Deutschland jetzt der Fall ist.

(Lebhafte allseitige Zustimmung.)

Deshalb, glaube ich, würde eine Politik der Verständigung, die von Frankreich ausginge, am besten den Wünschen des Herrn französischen Ministerpräsidenten nach der Richtung entsprechen, ihm den Alpdruck der deutschen nationalistischen Bewe-

---

[50] Am 26. Februar 1924 war vor dem Münchner Volksgericht der Hochverratsprozeß gegen Hitler und die übrigen Beteiligten des Putschversuchs vom 9. November 1923 eröffnet worden; kritische Edition der Prozeßprotokolle: HITLER-PROZESS.

[51] Stresemann bezieht sich offenbar auf einen Leitartikel in LE TEMPS, Nr. 22834 vom 14. Februar 1924, S. 1, in dem das nachfolgend von Stresemann Erwähnte mit der Behauptung untermauert wird, Deutschland wende sich derzeit von der Demokratie ab, wofür der militärische Ausnahmezustand und die Ergebnisse von Landtagswahlen in Thüringen als Belege angeführt werden.

[52] Am 25. Januar 1924 hatten Frankreich und die Tschechoslowakei einen Bündnis- und Freundschaftsvertrag unterzeichnet (Text u.a. in COLLIARD S. 534–535). – In bezug auf Deutschland verpflichtete man sich gegenseitig explizit zu einer einmütigen Haltung gegen eine eventuelle Restauration der Hohenzollern in Deutschland.

gung zu nehmen.

Der „Temps“ sieht allerdings die Dinge anders an und sagt[53], nicht im Volke läge eine so starke Empfindung, sondern sie würde von der Regierung geweckt, und er rät dem deutschen Außenminister zur Mäßigung angesichts der Rede[54], die ich hier über die **Zurückweisung der Pfalznote[55]** gehalten habe. Der „Temps“ sagt, es heiße doch übertreiben, wenn der deutsche Außenminister davon spricht, daß das deutsche Volk durch die Zurückweisung der Note zur Verzweiflung getrieben worden sei. Diesen Satz habe ich niemals hier ausgesprochen, wohl aber muß ich darauf hinweisen, daß die Politik des Generals de Metz[56] allerdings geeignet ist, ein Volk zur Verzweiflung zu bringen.

(Lebhafte Zustimmung auf allen Seiten des Hauses.)

Im Zusammenhang mit einer Rede, die ich vor einigen Tagen hielt[57] und in der ich einen geschichtlichen Rückblick auf ein halbes Jahrhundert deutscher Geschichte zu geben hatte, davon sprach, daß wir stets mit Stolz an unsere alte Armee und an unsere alte Flotte denken würden, und in der ich mich dagegen wandte, daß man das deutsche Volk als unfähig hinstellt, koloniale Arbeit zu leisten, sagte die französische Presse, das hieße **Vorbereitung der Revanche.** Da muß ich doch sagen, daß der Versailler Vertrag[58] uns vieles verbietet, daß er uns aber das Hochhalten der Erinnerung an eine große Zeit der Vergangenheit niemals verbieten kann.

(Bravo! rechts und in der Mitte.)

Es ist eine so völlig falsche psychologische Einstellung des Auslands, wenn es glaubt, dadurch moralische Eroberungen in Deutschland zu machen, daß es das alte

---

[53] Stresemann bezieht sich auf einen Leitartikel in LE TEMPS, Nr. 22844 vom 24. Februar 1924, S. 1.

[54] Gemeint ist die Reichstagsrede Stresemanns vom 22. Februar 1924 (vgl. diese Edition).

[55] Gemeint ist die deutsche Note vom 2. Februar 1924 (NOTENWECHSEL ZWISCHEN DER DEUTSCHEN UND DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG S. 88–91); der Text der französischen Antwort, die vom Direktor im französischen Außenminister, Peretti, dem deutschen Botschafter Hoesch am 21. Februar 1924 übergeben wurde und wonach Poincaré ausrichten ließ, es handele sich bei den deutschen Beschwerden „um Streitigkeiten der Deutschen unter sich, in die wir uns nicht einmischen wollen“, ebd., S. 124–125.

[56] Adalbert François Alexandre de Metz (1867–1946), französischer General; Vertreter der Interalliierten Rheinlandkommission in der Pfalz 1920–1924. – Die Reichsregierung monierte gegenüber Frankreich von Beginn der separatistischen Bewegung an die Verwicklung französischer Stellen und insbesondere die Unterstützung des Generals Metz für die Separatistenbewegung. Vgl. dazu das Weißbuch NOTENWECHSEL ZWISCHEN DER DEUTSCHEN UND DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG.

[57] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf seine Rede in Dresden vom 22. Februar 1924 (vgl. diese Edition), auch wenn in der veröffentlichten Fassung nicht alle nachfolgend angesprochenen Materien enthalten sind.

[58] Der Versailler Vertrag hatte in Art. 119 die Abtretung aller Kolonien durch Deutschland verfügt (VERTRAG VON VERSAILLES S. 75).

Deutschland in [den] Staub zieht. Uns wäre eine ruhige konstitutionelle Entwicklung am besten gewährleistet durch eine Außenpolitik der Alliierten, die Deutschland leben läßt, die ihm Entwicklungsmöglichkeiten gibt und die nicht alle unsere Anstrengungen auf diesem und auf wirtschaftlichem Gebiete durch ihre Zerstörung fortgesetzt zur Ergebnislosigkeit verdammt. Das wird, glaube ich, auch die beste Sicherheit sein, die sich Frankreich verschaffen kann, wichtiger als alle Verträge, die es sonst schließt.

(Sehr richtig!)

An der Sachverständigenkonferenz waren auch die **Vereinigten Staaten von Amerika** durch hervorragende Vertreter beteiligt. Ich glaube, wir können es nur mit Genugtuung begrüßen, wenn ein so großes Land und ein so großes Volk jetzt für die Regelung europäischer Fragen Interesse zeigt und nicht denen folgt, die einstmals glaubten die ganze amerikanische Politik in den einen Gedankengang: „No European troubles“ pressen zu können. Wir begrüßen ebenso mit Genugtuung die Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrags[59]. Der Entwurf dieses Vertrages wurde in der Zeit vom 11. bis 15. Oktober hier mit den Vertretern der Ressorts und der Länder eingehend durchberaten[60]. Er wird nicht allen unseren Wünschen gerecht, aber er ist aufgebaut auf den Grundsatz der Meistbegünstigung und er verfolgt damit ein Ziel, das für uns wie für die großen Völker der Erde überhaupt das Ziel der künftigen Gestaltung der neuen Politik sein wird und sein muß. Der Vertrag ist am 8. Dezember 1923 in Washington unterzeichnet worden und liegt dem Senat zur Ratifikation vor. Er wird zur gegebenen Zeit auch dem Deutschen Reichstag zur Ratifikation vorgelegt werden[61].

Man hat im Auswärtigen Ausschuß des Senats der Vereinigten Staaten Einspruch dagegen erhoben[62], daß die Meistbegünstigungsklausel dieses Vertrages eine weitgehende sei. Man hat sich vor allen Dingen dagegen gewandt, daß dadurch auch die Vorzugsbehandlung der Waren aufhört, die auf amerikanischen Schiffen eingeführt

---

[59] Text des in Washington unterzeichneten deutsch-amerikanischen Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrags vom 8. Dezember 1923 in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 402, Drucks. Nr. 1111 (mit eigener Seitenzählung).

[60] Dazu konnte nichts weiter ermittelt werden.

[61] Die Ratifikation erfolgte erst am 14. Oktober 1925 (vgl. REICHSGESETZBLATT 1925 II, S. 967).

[62] Vgl. den die Einwände im Senatsausschuß zusammenfassenden Bericht in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21381 (Morgenausgabe) vom 20. März 1924, S. 1. – Vgl. auch das Schreiben des amerikanischen Außenministers Hughes an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Lodge, vom 13. März 1924 (FOREIGN RELATIONS OF THE UNITED STATES 1924, II, S. 183–192), in dem die betreffenden Einwände zu widerlegen versucht werden.

sind, daß sie künftighin wegfällt. Wir hoffen, daß trotz dieser Widerstände der Vertrag Gesetzeskraft erhalten wird. Wir haben unsererseits nicht alles erreicht, was wir erreichen wollten. Aber bei näherem Studium wird man doch zu der Überzeugung kommen, daß es sich um einen Vertrag handelt, der die zukünftigen Beziehungen der beiden Länder auf eine gesunde und feste Grundlage stellen wird.

Wir haben inzwischen auch mit **England** ein **Abkommen**[63] getroffen, das die **Reparationsabgabe** von 26 Proz. auf 5 Proz. herabsetzt.

(Bravo!)

Dieses Abkommen ist bereits in Kraft getreten. Es schafft klare Verhältnisse für den deutschen Kaufmann, der nunmehr weiß, mit welchem Bestande er zu rechnen hat. Es wird um so erwünschter empfunden werden, als es auch bei der Leipziger Messe[64] auf das beginnende Saisongeschäft einwirken wird. Die fünfprozentige Abgabe ist von der deutschen Industrie zu tragen. Die deutsche Regierung ist verpflichtet, die Beträge rückzuvergüten, wenn die Finanzverhältnisse es gestatten. Die Regierung wird sich darum bemühen, eine Form zu finden, die den Interessen der deutschen Industrie gerecht wird. Sie wird aber auch Vorsorge dafür treffen, daß die Beträge nicht den britischen Importeur belasten werden. Alle Gutscheine aus alten neuen [!] Kontrakten aus der Zeit vom 17. November vorigen Jahres bis 26. Februar dieses Jahres werden von der deutschen Regierung in Schatzanweisungen wie bisher eingelöst werden. Die englische Regierung hat über den Vertrag hinaus gewiß [!] weitere Erleichterungen für den Verkehr mit kleineren [!] zugesagt, für die sie hofft Einfuhrfreiheit einführen zu können. Die Verhandlungen sind sehr schwierig gewesen, sie waren zeitweilig unterbrochen, aber sie haben sich in den freundschaftlichsten Formen abgewickelt und haben zu einem Ergebnis geführt, das für den Handelsverkehr zwischen den beiden Ländern außerordentlich fördernd und für beide Regierungen annehmbar ist und dabei der deutschen Finanznotlage Rechnung trägt. Die Verhandlungen werden von uns geführt in dem Gefühl der Notwendigkeit der Verständigung,

---

[63] Nach längeren Vorverhandlungen wurde das Abkommen am 23. Februar 1924 unterzeichnet; danach wurden als Reparationsabgabe die bisher bei der Einfuhr deutscher Waren in Großbritannien zu entrichtende 26-prozentige Abgabe auf 5 Prozent gesenkt (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 170). – Zu Einzelheiten der sich aus dem Londoner Ultimatum von 1921 ergebenden deutschen Verpflichtung einer Reparationsabgabe vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 142, Anm. 19. – Zu den Vorverhandlungen in London und Berlin: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 47–49, 176–178, 342–345, 427–429.

[64] Die Leipziger Frühjahrsmesse wurde am 2. März 1924 eröffnet (vgl. die Berichte in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 107 [Abendausgabe] vom 3. März 1924; in der Wiener REICHSPOST, Nr. 62 vom 3. März 1924, S. 4).

der gegenseitigen Rücksichtnahme auf die beiderseitigen Interessen. Ein solches Gefühl herbeizuführen, muß das Ziel unserer auswärtigen Politik sein, gerade in diesem Augenblick, wo wir vor der großen Aufgabe der Lösung des Rhein-, Ruhr- und Reparationsproblems stehen.

Ich würde mich freuen, sagen zu können, daß dasselbe Gefühl auch die Grundlage bilden würde bei den **Verhandlungen,** die wir jetzt **mit Polen** zu führen haben[65]. Aber leider bin ich in der Beziehung von einem gewissen Pessimismus befangen. In weiten Kreisen Polens herrscht noch immer eine feindliche Stimmung gegenüber Deutschland. Erst in letzter Zeit sind im polnischen Parlament Dringlichkeitsanträge eingebracht worden[66] zwecks Ausweisung größerer deutscher Bevölkerungsteile

(hört! hört! rechts)

und zwecks Abbruchs des Meinungsaustausches, in dem wir gegenwärtig mit der polnischen Regierung stehen.

Wir haben am 12. Februar die Verhandlungen in Genf begonnen zwecks Regelung des **Staatsangehörigkeitsproblems** für weite Kreise der deutschsprechenden Bevölkerung in Polen. Es ist bedauerlich, daß bisher über diese Frage noch keine Einigung erzielt werden konnte. Viele Bewohner Polens wissen nicht, ob sie deutsche oder polnische Staatsangehörigkeit besitzen, ob ihr Vermögen der Liquidation unterliegen wird oder nicht. Die polnische Verwaltungspraxis entspricht in dieser und ebenso auch in der Ansiedlerfrage, wie der internationale Gerichtshof in Haag im Herbst vorigen Jahres festgestellt hat[67], nicht den internationalen Verpflichtungen, die Polen eingegangen ist[68].

(Hört! Hört! rechts.)

---

[65] Zum Stand der am 12. Februar 1924 in Genf begonnenen Verhandlungen über Options- und Staatsangehörigkeitsfragen vgl. die Aufzeichnung des deutschen Bevollmächtigten für die deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf, Lewald, vom 23. Februar 1924 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 443–445. Zu den Themen geplanter weiterer Verhandlungen in Berlin und Warschau vgl. den telegraphischen Erlaß von Ministerialdirektor Wallroth an das Generalkonsulat in Genf vom 20. Februar 1924 (ebd., S. 437–438); zu deren Beginn am 27. Februar 1924 in Warschau das Privatdienstschreiben des Legationssekretärs Roth an Oberregierungsrat Zechlin vom 28. Februar 1924 (ebd., S. 466–467).

[66] Sie konnten nicht ermittelt werden.

[67] Ein Auszug aus dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag vom 10. September 1923 in Ursachen und Folgen VI, S. 693–694 (zusammenfassend auch in SCHULTHESS 65 [1924], S. 430–431). – Am 28. September 1923 konnte Legationsrat Poensgen telegraphisch aus Genf berichten, daß sich der Völkerbundsrat das Gutachten zu eigen gemacht habe (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 424–425).

[68] Gemeint ist in erster Linie der Minderheitenschutzvertrag, den Polen am 28. Juni 1919 mit den Siegermächten des Weltkriegs schließen mußte (Text u.a. in COLLIARD S. 391–195).

Nachdem der Völkerbundsrat auf Grund zahlreicher Angaben deutscher Minderheiten in Polen sich mit der Angelegenheit befaßt und auf seiner letzten Session in Paris im Dezember vorigen Jahres beschlossen hat[69], diese Frage auf dem Wege deutsch-polnischer Verhandlungen unter den Auspizien des Völkerbundsrates zu regeln, hat sich die deutsche Regierung gern bereit erklärt, diesen Weg zu beschreiten, um zur Lösung zu kommen. Gleichzeitig regt der Völkerbundsrat speziell Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen allein an über alle Fragen, die zwischen Deutschland und Polen nach dem Warschauer Programm vom Juli 1922[70] noch offen sind. Das betrifft namentlich die Frage des **Optionsrechtes.** Diese Verhandlungen haben sich nicht durch unsere Schuld etwas verzögert, haben aber nunmehr auch am 27. Februar in Warschau begonnen. Näheres über ihren Ausgang kann ich noch nicht sagen. Ich kann nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Verhandlungen endlich zu einer Regelung führen mögen. Die deutsche Regierung wird es jedenfalls als ihre Pflicht ansehen, die Rechte und Interessen der beteiligten Kreise auch weiterhin mit allem Nachdruck wahrzunehmen.

Ich habe hier von einer Initiative des Völkerbundsrats gesprochen. Im Zusammenhang mit den Ausführungen des englischen Ministerpräsidenten[71] ist die Frage des **Eintritts Deutschlands in den Völkerbund** in letzter Zeit lebhaft erörtert worden. Der Herr Abgeordnete Hermann Müller hat auch an die Regierung die Frage gerichtet[72], wie sie zu diesem Problem stände. Ich möchte darauf folgendes erwidern. Die Reichsregierung steht auf dem Boden der dem Völkerbund zugrunde liegenden Idee der internationalen Solidarität. Diese Interessen sind im gegenwärtigen Statut des

---

[69] Vgl. das Schreiben Zechlins an Wallroth vom 15. Dezember 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 156–157).

[70] Bei dem „Warschauer Programm“ handelt es sich um den Katalog der im Juli 1922 vereinbarten deutsch-polnischen Verhandlungsmaterien; vgl. das Privatdienstschreiben des Gesandtschaftsrats von Dirksen an Generalkonsul Stobbe vom 21. Juli 1922 ebd., A 6, S. 323–325.

[71] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929–1935. – MacDonald hatte zunächst Anfang Februar 1924 in verschiedenen Gesprächen vor Pressevertretern und dann in seiner Unterhausrede vom 12. Februar 1924, in der er das Regierungsprogramm entwickelte, den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund vorgeschlagen und seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, daß dann auch Rußland beitreten werde (vgl. die Paraphrasen von Presseäußerungen und Unterhausrede MacDonalds in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21338 [Abendausgabe] vom 6. Februar 1924, S. 2; Nr. 21340 vom 8. Februar 1924, S. 4; Nr. 21345 vom 13. Februar 1924, S. 3–4; knapper in SCHULTHESS 65 [1924], S. 165–166).

[72] Offenbar bezieht sich Stresemann auf die oben (mit Anm. 33) erwähnte Reichstagsrede Müllers vom 26. Februar 1924 (dort insb. S. 12471–12472), in der der SPD-Politiker zwar keine Frage an die Regierung gestellt, aber ihre mangelnde Aufklärungsarbeit im Hinblick auf den Völkerbund moniert hatte.

Völkerbunds[73] nur unvollkommen verwirklicht.

(Sehr richtig!)

Das bisherige Verhalten des Völkerbundes hat Deutschlands Interessen vielfach stark geschädigt.

(Zustimmung.)

Trotzdem lehnt die deutsche Regierung den Eintritt in den Völkerbund nicht grundsätzlich ab[74]. Die Frage erfordert im Augenblick auch keine endgültige Entscheidung. Der Reichsregierung ist nicht bekanntgeworden, daß diejenigen Mächte, die dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bisher ablehnend gegenüberstanden, ihre prinzipielle Haltung geändert hätten. Andererseits ist auch von keiner verantwortlichen Stelle irgendeine Aufforderung zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bisher ergangen. Sollte die Frage akut werden, so würde die Reichsregierung zu prüfen haben, ob die Behandlung Deutschlands als vollberechtigtes Mitglied, insbesondere seine Aufnahme in den Völkerbundsrat, gewährleistet ist und ob der Eintritt selbst nicht etwa mit besonderen oder demütigenden Bedingungen verbunden sein wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Außerdem wird die Regierung zu berücksichtigen haben, daß der Völkerbund eine ersprießliche Wirksamkeit nur entfalten kann, wenn das Ziel der Universalität, das auch der englische Herr Premierminister in den Vordergrund gestellt hat, wenigstens für Europa erreicht wird.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Deutschland muß darauf um so mehr Gewicht legen, als es ohne diese Universalität als Mitglied leicht in die Lage versetzt werden könnte, eine Politik unterstützen zu müssen, die die deutschen Interessen beeinträchtigen könnte[75].

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei und den Deutschen Demokra-

---

[73] Die Satzung des Völkerbunds war Teil der Pariser Vorortverträge, also auch des Versailler Vertrags in dessen Artikeln 1–26 (Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 2–20).

[74] Eine Befassung des Kabinetts mit dieser Frage vor dem Sommer 1924 war nicht zu ermitteln. – Zur Meinungsbildung im Auswärtigen Amt vgl. den Bericht des Gesandten Müller aus Bern vom 12. Februar 1924 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 395–402. – Der Gesandte Bülow, Leiter des Sonderreferats Völkerbund, befand sich derzeit auf einer Orientierungsreise in London und legte seine Eindrücke zur Frage des Völkerbundsbeitritts in einer Aufzeichnung vom 1. März 1924 nieder (ebd., S. 471–473).

[75] Offenbar spielt Stresemann hier darauf an, daß die Sowjetunion – wie Deutschland – bisher kein Mitglied des Völkerbunds war.

ten.)

Meine Herren! Ich möchte mich auf diese wenigen großen Fragen beschränken und möchte mir vorbehalten, auf andere bereits in der Diskussion geäußerte oder noch weiter vorzubringende Fragen in der Debatte selbst einzugehen. Es liegt mir aber daran, meine Ausführungen nicht zu schließen, ohne dem **Dank** Ausdruck zu geben **für die außerordentliche Hilfstätigkeit des Auslandes** gegenüber der deutschen Not.

(Bravo!)

Über politische Völkergegensätze hinweg hat der Gedanke der Menschlichkeit in diesen Hilfsaktionen besten Ausdruck gefunden. Ich denke besonders an die großen allgemeinen internationalen Hilfswerke, an die Hilfsaktion Seiner Heiligkeit des Papstes[76] für Katholiken der gesamten Welt, an die Hilfsaktion der Kommission des Internationalen Roten Kreuzes, der Liga der Rote-Kreuz-Gesellschaften, an die Hilfsaktion der ausländischen Gewerkschaften und an die internationale Studentenhilfe. Daneben stehen die Hilfsaktionen einzelner Länder, die sich gegenseitig in ihrer Leistung zu übertreffen suchen. Insbesondere bringen vielfach auch kleine Staaten in Europa wie in anderen Weltteilen bewundernswerte Opfer. Mittel- und Südamerika haben außerordentlich große Beträge aufgebracht. Auch Cuba hat einen im Verhältnis zu seiner Volkszahl außerordentlich hohen Beitrag geliefert. Auslandsdeutsche und Deutschstämmige wetteifern, um ihre Anhänglichkeit an die notleidende Heimat durch eine nicht zu überbietende Opferwilligkeit zu beweisen.

(Beifall.)

Auch Ausländer haben zahlreiche Organisationen geschaffen, so daß es unmöglich ist, sie hier auch nur einigermaßen erschöpfend aufzuführen. Ich möchte nur besonders hervorheben die Hilfsaktion einer Persönlichkeit wie der des Generals Allen[77], der Deutschland früher gekannt hat, der das alte Deutschland kannte und Deutschland nach seinem Niederbruch in Koblenz neu kennen gelernt hat, dem wir auch zu Dank verpflichtet sind für die Art und Weise, wie er seine Stellung als Chef der Be-

[76] Pius XI. (1857–1939), Papst 1922–1939.

[77] Henry Tureman Allen (1859–1930), amerikanischer General; Oberkommandierender der amerikanischen Besatzungstruppen im Rheinland 1919–1923 (bis zu deren Abziehung infolge der französisch-belgischen Ruhrbesetzung). – Ende 1923 war Allens „Rheinland-Tagebuch“ veröffentlicht worden (zunächst auf Englisch: ALLEN, Rhineland Journal; ders., Rheinland-Tagebuch), in dessen Einträgen er auch mit der französischen Besatzungspolitik der Schwächung und Aufspaltung Deutschlands abrechnete. Zur Aufnahme der Veröffentlichung vgl. etwa die Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21365 (Morgenausgabe) vom 4. März 1924, S. 2–3.

satzungsarmee in der Zeit aufgefaßt hat, als die amerikanische Besatzung in Koblenz war.

(Lebhaftes Bravo.)

Er hat drüben das Committee for relief of German children gegründet, und wunderbar auch für die Art und Weise, wie man vielfach in Amerika die große Öffentlichkeit für einen Gedanken hinzureißen versteht, ist das große Plakat, mit dem er seine Hilfstätigkeit begann; auf der linken Seite die Frage: was hast du als General mit einer solchen Hilfsaktion zu tun? – und auf der anderen Seite die Antwort: niemals sind Generale dazu da, um den Kampf gegen Kinder zu führen!

(Lebhaftes Bravo.)

Der General ist wegen seiner Hilfstätigkeit Gegenstand auch von Angriffen in Amerika gewesen, und um so dankbarer müssen wir ihm sein für die Art und Weise, wie er in großzügigster Weise gerade der deutschen Kinderhilfe sich annimmt.

(Beifall.)

Meine Herren! Ich möchte weiter hinweisen auf die Quäkeraktionen, das Central Relief Committee und andere. Ich kann sie nicht alle einzeln aufzählen. Ich darf aber auf eines hinweisen. Diese großen Organisationen haben auch Vertreter nach Deutschland gesandt, um an Ort und Stelle festzustellen, ob die Selbsthilfe des eigenen Volkes gegenüber dieser ausländischen Betätigung nicht etwa zurückstände. Ich freue mich, mitteilen zu können, daß die Vertreter dieser Organisationen, die ich gesprochen habe, gegenüber vielfachen gehässigen Angriffen, die gegen deutsche Hilfsaktionen gerichtet wurden, betont haben, daß diese Angriffe in ihren Augen nicht berechtigt seien.

Meine Herren! Alle diese Hilfstätigkeit draußen kann gewiß damit kritisiert werden, daß man sagt: diese Gefühle der Menschlichkeit werden niemals politische Leidenschaften überwinden. Aber vielleicht sind doch diese Kundgebungen der Hilfstätigkeit für Deutschland ein Zeichen dafür, daß man anfängt, Deutschland in der Welt auch mit anderen Augen anzusehen, als nur mit denen der Geringschätzigkeit und des Hasses. Wir können deshalb nur mit dem aufrichtigen Dank für all diese Hilfe für Deutschland die Hoffnung verbinden, daß die Erkenntnis der deutschen wirtschaftlichen und sozialen Not auch dazu beitragen möge, einmal Verständnis zu schaffen für die seelische Not des deutschen Volkes angesichts alles dessen, was es seelisch seit dem verlorenen Kriege und seit den Jahren nach diesem verlorenen Kriege zu

tragen gehabt hat. Wird das geschehen, wird man hier gewillt sein, einmal objektiv die Stellung Deutschlands in der Welt zu betrachten, ihm Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, dann werden wir wenigstens für künftige Zeiten für das Zusammenleben der Völker die Grundlage gegenseitiger Achtung und menschlichen Verständnisses wiedergewinnen.

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und den Deutschen Demokraten.)

Rede auf der Reichsangestelltentagung der DVP in Berlin vom 2. März 1924[1]

Nach VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 110 (Morgenausgabe) vom 5. März 1924.

Nur politischer Mut zur Verantwortung schützt vor der Schädigung des Vaterlands.

[2]Wir haben nicht mehr die frühere Machtfülle und müssen deshalb unsere Politik den tatsächlichen Verhältnissen anpassen. Diese Politik ist außerordentlich schwer, denn sie verlangt nicht nur den **Mut zur Verantwortung,** sondern setzt ihre Vertreter auch den schwersten Angriffen jener Richtungen aus, die das Wort national ständig im Mund führen, durch ihre ganze Tätigkeit aber dem Vaterlande ungeheuren Schaden zufügen.[3]

[1] In der Vorlage fehlen nähere Angaben über Datum, Ort und Anlaß der Rede. – Ein Bericht in NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 31 vom 3. März 1924, ermöglicht jedoch die Datierung und erläutert Ort und Anlaß: „Der Reichsangestelltenausschuß der Deutschen Volkspartei hielt am Sonntag in Berlin im Reichstage eine aus allen Teilen Deutschlands gut besuchte Reichstagung ab.“ – Offenbar handelt es sich bei der Vorlage um eine stark gekürzte Fassung, bei der lediglich hier wiedergegebenen Sätze in direkter Rede vorliegen.

[2] Die Vorlage setzt vor die direkte Rede eine Passage Stresemanns in indirekter Rede: „Wirtschaftliche und materielle Interessen stellten sich heute überall in einer Weise in den Mittelpunkt, die ihnen nicht zukomme. Es scheine, als habe man das Wort vergessen: Was hülfe es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nehme doch Schaden an seiner Seele.“

[3] Die Vorlage fährt fort: „Der Minister sprach dann unter gebannter Aufmerksamkeit über Fragen der Außenpolitik und schloß mit der Aufforderung, Mut zur Verantwortlichkeit zu bekunden, auf blöde Popularitätshascherei zu verzichten, und in ernster Arbeit den harten dornigen Weg zu gehen, der allein wieder zum Aufbau und zur Größe unseres Vaterlandes führen könne.“

Reichstagsrede vom 6. März 1924[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12633–12640. – Teildrucke (teilweise mit kleineren Abweichungen) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 114 (Morgenausgabe) vom 29. Februar 1924; STRESEMANN, Reden und Schriften II, S. 115–133 [2. Aufl. S. 302–311]; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 338–351 URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 69–73; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21368 (Morgenausgabe) vom 7. März 1924; QUELLEN ZUR AUSSENPOLITIK DER WEIMARER REPUBLIK S. 87–89.

Abrechnung mit der Rede Helfferichs und der Haltung der DNVP: Der Vorwurf der Tatenlosigkeit der Reichsregierung ist unberechtigt. Als Politik eines waffenlosen Volkes kann die deutsche Politik nur vorsichtiges Tasten sein. Die Einstellung der Welt gegenüber Deutschland hat sich bereits gewandelt. Aktivitäten der Regierung in der Kriegsschuldfrage. Deutschland muß über die Reparationsfrage konstruktiv verhandeln, um Rhein, Ruhr und Pfalz zu befreien. Pläne zur Neutralisierung des Rheinlands und Stellung zum Völkerbund. Verwahrt sich gegen persönliche Angriffe. In der Frage der Militärkontrolle muß Deutschland nicht mehr hinnehmen, als der Versailler Vertrag vorsieht. Weist Ludendorffs Vorwürfe gegen die katholische Kirche zurück.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich[2] hat einen so großen Teil seiner Ausführung der auswärtigen Politik und zum Teil auch mir gewidmet, daß er verstehen wird, wenn ich mich auch, ehe ich zu allgemeinen Ausführungen übergehe, zunächst mit seinen Darlegungen beschäftige. Er hat davon gesprochen, daß das deutsche Volk der Gefahr ins Auge sehen müsse, vor ein **neues Versailles** gestellt zu werden, und er hat zum Ausdruck gebracht, daß demgegenüber die beste Gewähr für einen Erfolg gegen solche Tendenzen die **Idee der Volksgemeinschaft** wäre. Darin kann ich ihm vollkommen zustimmen. Ich möchte aber doch bezweifeln, ob alle Angriffe, die hier

[1] Stresemann hielt die Rede im Rahmen der Debatte über den vorläufigen Reichshaushalt für 1924, die vom Reichstag verbunden wurde mit der Debatte über verschiedene Anträge der Opposition zur Aufhebung des Ausnahmezustands und der Aufhebung bzw. Änderung von aufgrund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen. Die Debatte war bereits am 26. bis 29. Februar (vgl. dazu die Rede Stresemanns vom 28. Februar 1924 in dieser Edition) begonnen und am 5. März 1924 wieder aufgenommen worden.

[2] Karl Helfferich (1872–1924), Mitglied des Reichstags 1920 – April 1924 (für die DNVP). – Helfferich hatte unmittelbar vor Stresemann gesprochen (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12620–12633).

gegen die Regierung gemacht worden sind, und ob die Diskreditierung, die dadurch die deutsche Regierung im Volke erfährt, die beste Basis für die Bildung einer Volksgemeinschaft ist.

(Zustimmung in der Mitte und links.)

Volksgemeinschaft setzt doch auch voraus, daß in einem solchen Kampfe Regierung und Volk miteinander gehen, das Volk aber nicht die Überzeugung hat, von einer feigen Regierung etwa geführt zu werden.

(Erneute Zustimmung.)

Sie haben, Herr Dr. Helfferich, davon gesprochen, daß die Reparationsfrage nicht allein diejenige Frage wäre, die die Welt bewegte. Ich glaube, es sind schon viele von uns bei einiger Überlegung dazu gekommen, daß es sich nicht nur um die Frage der Reparationen, sondern um die großen weltpolitischen Fragen handelt, um die hier gestritten wird. Ich glaube, wir alle wissen, daß es in **Frankreich** eine starke Partei gibt – und ich glaube, daß sie gegenwärtig die herrschende ist –, für die der **Weg nach dem Rhein** das Entscheidende und der Weg der Reparationen vielleicht erst das Sekundäre ist.

Aber wenn Sie wollen, daß wir in diesem Kampfe nicht unterliegen, dann glaube ich, müssen Sie die Frage der Reparationen auch nicht als das hinstellen, was man aus der ganzen Politik einfach ausschalten kann.

(Wiederholte Zustimmung.)

Schließlich handelt es sich in dieser großen Entscheidung darum, welchen Weg Frankreich geht, und wenn Sie den Weg gehen würden, die Reparationsfrage zu ignorieren, dann würden Sie allerdings die Partei, die nur Imperialismus treibt, zur ewig herrschenden machen.

(Sehr richtig!)

Und wenn Sie keine Kraft haben, diesem Imperialismus jetzt den Weg zu versperren – ich vermisse immer, daß gesagt wird, was denn an Stelle der Politik gesetzt werden soll, die die Reichsregierung führt –,

(lebhafte Zustimmung)

dann glaube ich, wenn Sie uns den Weg nicht zu weisen wissen, gegen diese Macht vorzugehen, sollten Sie der Kritik Zügel anlegen, wenn Sie dasjenige lächerlich machen, was wir an **Protesten** und vielfach gewiß vergeblichen Anstrengungen unse-

rerseits als Regierung versuchen.

(Erneute Zustimmung.)

Wir sind gegenüber Ihrer Kritik in einer seltsamen Lage. Sie fragen bei verschiedenen Gelegenheiten: Offenburg, Appenweier, Mannheimer Hafen[3]: was hat die Regierung getan? Wenn ich Ihnen antworten würde – was der Fall ist –, daß wir dagegen protestiert haben[4], dann höre ich von anderer Seite: Ja, was sind Proteste, mit Protesten kommen wir nicht weiter! Und doch ist es gegenwärtig neben anderem zunächst Formalem die einzige Waffe, die wir haben.

Nun lassen Sie mich zunächst auf eine Frage kommen, Herr Kollege Dr. Helfferich, die mich ebenso erregt hat, wie eine ganze Reihe Mitglieder dieses Hauses, über die Sie sich doch wohl, auch ohne daß es im Plenum vorgebracht wurde, Aufklärung hätten holen können: die Frage **Mannheim.** Herren aus Mannheim seien nach Berlin gekommen zum Auswärtigen Amt, hätten ihre Klagen vorgebracht wegen des Mannheimer Hafens, hätten die Antwort bekommen: Eine Eingabe an Frankreich paßte nicht in die Gesamtpolitik. Nie ist etwas Derartiges gesagt worden.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Helfferich.)

– Vielleicht gestatten Sie mir, Herr Dr. Helfferich, daß ich meinen Beamten traue. Ich habe schließlich als Minister – und das ist wohl diejenige Tradition, die Sie vertreten – in die Äußerungen meiner Beamten, die mir hier gemacht werden, solange keinen Zweifel zu setzen, als bis mir der Zweifel von irgendeiner Seite bewiesen wird.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Die Herren haben mit Herrn von Friedberg[5] gesprochen. Die Herren haben gesagt: Die Zollinie geht mitten durch den Mannheimer Hafen, und sie haben eine Verlegung der Zollinie gefordert. Darauf hat Ihnen Herr v. Friedberg gesagt: Wir sind für die **Aufhebung der Zollinie,** und deshalb paßt uns dies Schwächere, die Verlegung der Zollinie, nicht in unsere Politik.

---

[3] Im Nachgang zur Ruhrbesetzung und in Erweiterung des Kehler Brückenkopfes hatten französische Truppen am 4. Februar 1923 auch Offenburg, Appenweier und Bühl und am 3. März 1923 die Häfen von Karlsruhe und Mannheim besetzt (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Cuno, S. 221 mit Anm. 13–15; SCHULTHESS 64 [1923], S. 26 u. 44).

[4] Vgl. etwa AKTEN DER REICHSKANZLEI, Cuno, S. 221–222, Anm. 16; VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 358, S. 9947–9958.

[5] Heinrich von Friedberg (1881–1933), Vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt; Leiter des Referats Besetzte Gebiete 1920–1930. – Zu dem im Folgenden beschriebenen Vorgang konnte nichts ermittelt werden. Offenbar bezieht sich jedoch die Angelegenheit auf die von den Ruhrbesatzungsmächten um das besetzte Gebiet gezogene Zollgrenze.

(Hört! Hört!)

Das ist doch etwas ganz anderes, als es hier von dem Herrn Abgeordneten Dr. Helfferich dargestellt worden ist.

Aber Sie wollten das in das Gesamtbild hineinbringen, als wenn das ganze Auswärtige Amt am liebsten nicht irgendwie belästigt werden wollte mit irgendwelchen Dingen, die gegen Frankreich gehen. Ach, Herr Dr. Helfferich, Sie befinden sich doch über die ganze Stellung des Auswärtigen Amtes und des derzeitigen Leiters des Auswärtigen Amtes in einem Irrtum. Sie wollten die Idee hier aufrechterhalten von einem bei dem Regierungsantritt eingetretenen vollkommenen Kurswechsel, den Sie wohl so darstellen: vollkommene **Trennung von England** und **Hinneigung zu Frankreich.** Ich kann nur für das einstehen, was ich selbst gesagt habe. Ich darf Sie aber auch daran erinnern, Herr Dr. Helfferich, daß ich einst, als Sie im Auswärtigen Ausschuß mich dieserhalb interpellierten[6], Ihnen nicht nur eine Leporelloliste der Bemühungen geben konnte, die selbstverständlich – und jeder andere Außenminister auch von Ihrer Seite würde es getan haben – unternommen worden sind, um eine Verständigung mit Frankreich zu versuchen, sondern auch eine Liste all der Bemühungen vom ersten Tage meines Amtsantritts an, die dahin gingen, von englischer Seite her diejenige Hilfe zu erlangen, die es uns ermöglicht hätte, den passiven Widerstand nicht bedingungslos aufgeben zu müssen. Es ist damals von jener Stelle gegenüber diesen Bemühungen unserem Botschafter[7] gesagt worden: wir verstehen die Ungeduld des deutschen Reichskanzlers, auf seine Vorstellungen noch keine Antwort erhalten zu haben. Ich kann auf diese Einzelheiten hier in der Öffentlichkeit nicht eingehen. Ich habe es Herrn Dr. Helfferich gegenüber im Ausschuß getan, und ich kann mich nicht entsinnen, daß Sie damals auf meine Beweisführungen auch nur ein Wort erwidert haben.

(Sehr richtig!)

Ich habe wiederholt hier als Reichskanzler den Standpunkt vertreten: ich kann nicht mit einer Ententemacht allein irgendeinen Sonderfrieden schließen[8], es gibt keine französische oder englische Richtung, die meiner Meinung nach jetzt ein deutscher Außenminister einschlagen könnte, es gibt nur den Versuch, innerhalb dieses

---

[6] Welche Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags hier gemeint ist, konnte nicht ermittelt werden.

[7] Friedrich Sthamer (1876–1931), deutscher Botschafter in London 1920–1930.

[8] Die Aussage, die Entente lasse sich nicht spalten, findet sich beispielsweise in Stresemanns Regierungserklärung vor dem Reichstag vom 6. Oktober 1923 (vgl. diese Edition).

ganzen Bundes der Entente ein Verständnis dafür zu finden, daß die bisher gegen Deutschland geübte Politik nicht nur Deutschland zugrunde richtet, sondern Europa und die ganze Weltwirtschaft, vielleicht die ganze Weltpolitik. Ich bin viel zu viel Realpolitiker, als daß ich annehme, daß irgend jemand aus Liebe für uns oder aus Sympathie für Deutschland irgend etwas täte. Nein, dieser Anruf der Sachverständigen[9] ist etwas ganz anderes, das ist ein Appell an die **reale Vernunft der Wirtschaftler der Welt,** sich nicht selbst zugrunde zu richten dadurch, daß sie Deutschland zugrunde gehen lassen. Ich glaube, man sollte doch auch, wenn nun eine derartige Kommission nach Deutschland kommt und sich bemüht, diese Weltfrage zu lösen, wohl anders handeln, als der Herr Kollege Dr. Helfferich es vorgeschlagen hat. Sie haben vorgeschlagen, daß der Herr Reichskanzler[10], als er die Sachverständigenkommission empfing[11], hätte sagen sollen: wir lehnen die Militärkontrolle ab, wir lehnen die Luftkontrolle ab und wir lehnen all das andere ab. Herr Kollege Dr. Helfferich, Sie hätten diese Rede nicht gehalten.

(Sehr gut! in der Mitte.)

Dazu traue ich Ihnen viel zu viel staatsmännisches und politisches Verständnis zu. Wie können Sie denn in eine Wirtschaftskommission, die unabhängig von den Regierungen hierher berufen und dazu bestimmt ist, politische Dinge gar nicht anzurühren, politische Streitfragen hineintragen wollen? Hätten Sie es getan, so hätten Sie die Kommission innerhalb 24 Stunden gesprengt.

Ich bedauere es außerordentlich, daß die Situation, in der sich noch für lange Zeit jeder Außenminister und jedes Außenministerium befinden wird, daß sie nämlich nur die **Politik eines waffenlosen Volkes** machen kann, der Regierung zum Vorwurf gemacht wird, auch in bezug auf die Formen, die sie nach außen wählt. Das vorsich-

---

[9] Stresemann bezieht sich hier auf die Arbeit der beiden von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigen-Ausschüsse zur Regelung der Reparationsfrage, die am 14. bzw. 21. Januar 1924 ihre Arbeit aufgenommen hatten. Seitdem tagten sie zunächst in Paris, wo sie u.a. den von der Reichsregierung entsandten Reichsbankpräsidenten Schacht anhörten (vgl. dazu u.a. seine Erinnerungen: SCHACHT, S. 103–106), und weilten vom 29. Januar bis 13. Februar 1924 in Berlin, ehe sie wieder nach Paris zurückkehrten.

[10] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926).

[11] Zum Empfang des 1. Sachverständigen-Ausschusses am 30. Januar 1924 (nicht 26. Januar, wie fälschlich in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 289) vgl. die Wiedergabe der Ansprache von Marx in DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 40,1 (1924), S. 6; die Berichte in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 52 (Morgenausgabe) vom 31. Januar 1924; in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21333 (Morgenausgabe) vom 31. Januar 1924, S. 4; ein knappes Erinnerungsfragment auch in MARX I, S. 320.

tige Tasten ist angesichts der Situation, in der wir uns befinden, notwendig.

(Zuruf bei den Deutschnationalen: Zu vorsichtig!)

– Herr Hergt[12], ich freue mich, daß Sie mir das sagen. Der Herr Kollege Koch[13] hat jüngst nur so in einem Nebensatz, Herr Dr. Breitscheid[14] in einigen Hauptsätzen gesagt, daß ich als Außenminister zu unvorsichtig sei, daß mir das Herz durchginge, daß mich das Temperament zu weit führe. Ich glaube, immer die richtige Mittellinie gehalten zu haben. Aber das bekenne ich: es gibt nichts anderes als ein vorsichtiges Tasten, um weiter zu kommen, und ich möchte auch hier noch einmal sagen: wenn Sie über unsere Situation klagen, so verstehe ich das vollkommen; die Situation, in der wir uns befinden, ist eine furchtbare; aber vergessen Sie doch nicht: für uns, für die Generation, die heute lebt, sind natürlich fünf Jahre ein großer Teil des Lebens des einzelnen, und der einzelne wundert sich, wie wenig wir vorwärts gekommen sind. Wenn Sie aber einmal die Entwicklung geschichtlich messen, so werden Sie, glaube ich, sagen können, daß die **geistige Umstellung der Welt gegenüber dem Vertrage von Versailles[15]** in gewisser Beziehung schnellere Fortschritte gemacht hat, als man es vielleicht geschichtlich hätte erwarten sollen.

(Sehr richtig!)

Wollen Sie doch nicht den Weg verkennen, den die Entwicklung gegangen ist von der Zeit, wo man in Amerika auch die geringste Betätigung mit Europa ablehnte, bis zu der Anfrage an die deutsche Reichsregierung, ob es für uns erwünscht wäre, daß amerikanische Sachverständige sich an diesem Sachverständigenkollegium beteilig-

---

[12] Oskar Hergt (1869–1967), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DNVP; auch deren Parteivorsitzender 1918 – Oktober 1924 u. Fraktionsvorsitzender 1920 – Oktober 1924); Reichsjustizminister und Vizekanzler 31. Januar 1927 – 29. Juni 1928.

[13] Erich Koch(-Weser) (1875–1944), Reichsinnenminister 1919–1921; Reichsjustizminister 28. Juni 1928 – 13. April 1929; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1930 (für die DDP; deren Vorsitzender 1924–1930). – Stresemann bezieht sich im Folgenden auf die Reichstagsrede Kochs vom 28. Februar 1924 (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12531–12537), in der dieser kritisch andeutete, daß Stresemann in Reden außerhalb des Reichstags zu sehr innenpolitische Interessen verfolge (ebd., S. 12532).

[14] Rudolf Breitscheid (1874–1944), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (1920–1922 für die USPD, danach für die SPD). – Stresemann bezieht sich im Folgenden auf die Reichstagsrede Breitscheids vom Vortag (ebd., S. 12583–12594), in der dieser Stresemann ebenfalls dafür kritisiert hatte, außerhalb des Parlaments in seinen Reden einen zu scharfen Ton gegenüber Frankreich anzuschlagen (ebd., S. 12592).

[15] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

ten[16].

Sie selbst, Herr Kollege Dr. Helfferich, haben auf die **Rede des Senators Owen[17] aus Nebraska** hingewiesen. Ja, wenn diese Rede möglich war, wenn wir nicht nur bei diesem Senator, sondern auch in den Äußerungen von Nitti[18] und anderen jetzt allmählich eine andere Einstellung gegenüber den Leiden des deutschen Volkes sehen, wenn wir die Empfindung erkennen, daß man diesem deutschen Volke Unrecht getan hat – vielleicht spricht man das nicht direkt aus, aber zwischen den Zeilen kann man das lesen –, so hat dieser Entwicklungsprozeß die beste Förderung dadurch erfahren – und hier komme ich mit einem Satze auf die Innenpolitik –, daß man gerade gegenwärtig auch sieht, welche außerordentlichen Entbehrungen sich dieses Volk auferlegt, um zu der Ordnung zu kommen, die man von außen zerstört hat. Es ist aber weiter auch ein Ergebnis der **Aufklärungsarbeit,** die Sie, Herr Dr. Helfferich, immer als nicht vorhanden hinstellen und die Sie nicht werten wollen. Es würde töricht sein, wenn ich hier davon spräche, was das **Auswärtige Amt** in bezug auf die **Schuldfrage[19]** veranlaßt hat. Gerade in dieser Frage besteht, glaube ich, gar kein Unterschied zwischen der Auffassung der Regierung und der Formulierung der Vereinigten Vaterländischen Verbände[20]. Der „Vorwärts“ brachte heute[21] auch zum Aus-

---

[16] Tatsächlich mußte die amerikanische Regierung im Dezember 1923 eher von der deutschen Seite gedrängt werden, um der Teilnahme amerikanischer Sachverständiger zuzustimmen (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 101–102, 163–167).

[17] Robert Latham Owen (1856–1947), amerikanischer Senator 1907–1925. – Helfferich bezog sich in seiner Reichstagsrede (vgl. oben mit Anm. 2) auf die Rede Owens vor dem amerikanischen Kongreß vom 18. Dezember 1923, in der er u.a. unter Verweis auf die inzwischen bekanntgewordenen Fälschungen des russischen Orangebuchs zur Julikrise 1914 konstatierte, daß der Kriegsschuldvorwurf gegenüber Deutschland nicht aufrechtzuerhalten sei (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12629). – Vgl. dazu auch AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 354–355.

[18] Francesco Nitti (1868–1953), italienischer Ministerpräsident 1919–1920; ab Mai 1924 in der Emigration. – Eine der ersten Amtshandlungen Nittis als Ministerpräsident war die Unterzeichnung des Versailler Vertrags. In der Folgezeit distanzierte er sich jedoch in verschiedenen Buchveröffentlichungen von diesem Vertrag als einem rein französischen Unternehmen, das Deutschland demütigen, schwächen und zerstückeln sollte. Ebenso geißelte er die französische Besatzungspolitik und wurde damit einer der Kronzeugen für die deutsche Kampagne von der „Schwarzen Schmach“ (gegen die Verwendung schwarzafrikanischer Kolonialtruppen bei der Besatzung). – Seine gegen den Vertrag und die französische Besatzung gerichteten Veröffentlichungen fanden auch in deutschen Übersetzungen weite Verbreitung, so zuletzt (vor dieser Rede): Francesco Nitti: Europa am Abgrund. Volksausgabe. Frankfurt a.M. 1923.

[19] Gemeint ist die Haltung zum Kriegsschuldartikel 231 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 106), der in der deutschen Terminologie häufig als „Schuldlüge“ oder „Kriegsschuldlüge“ bezeichnet wurde.

[20] Helfferich hatte in seiner Rede (vgl. oben mit Anm. 2) die Regierung kritisiert, weil sie verschiedene Vorschläge zur Kriegsschuldfrage nicht aufgegriffen habe, und „auf die Anträge der Vereinigten Vaterländischen Verbände und auf den Arbeitsausschuß der Deutschen Vaterländischen Verbände“ verwiesen (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12628). – Ob damit konkrete (neuere) Vorschläge des 1923 gegründeten Zusammenschlusses verschiedener rechtsgerichteter Wehrverbände bzw. des 1921 gegründeten „Arbeitsausschusses“ gemeint waren, konnte nicht ermittelt werden.

druck, daß die drei Forderungen dieser Verbände kein Postulat der Vereinigten Vaterländischen Verbände sind, sondern daß sie der Empfindung jedes Deutschen entsprechen, der sich noch seine Objektivität und seine Liebe zum Vaterlande bewahrt hat.

Sie fragen immer: Was tut denn die Regierung in der Schuldfrage? Sie haben sich auf die Vereinigten Vaterländischen Verbände und andere Kundgebungen bezogen, die gerade in dieser Beziehung erfolgt sind, z.B. auch vom Arbeitsausschuß der deutschen Verbände, der sich speziell die Erörterung der Kriegsschuldfrage zur Aufgabe gemacht hat. Sie wissen vielleicht, daß dieser Ausschuß ein eigenes Organ besitzt. Er nennt es „Weg zur Freiheit". In diesem Organ hat er in seiner Nummer vom 1. November 1923[22] den Dank dafür ausgesprochen, daß ich der erste Reichskanzler[23] gewesen wäre, der sich öffentlich gegen die Schuldlüge gewendet hätte. Ich glaube, demgegenüber sollten manche Herren und Organisationen es doch jetzt nicht so hinstellen, als wenn sie das Privileg hätten, diese Frage allein zu behandeln.

(Lebhafte Zustimmung.)

Es handelt sich darum, hier eine sachliche Aufklärungsarbeit zu leisten. Ich habe es nicht nur als Reichskanzler, ich habe es als Außenminister von dieser Stelle getan, als ich bei der großen Kundgebung der Presse[24] davon sprach. Wir haben ein **Recht, die Erörterung der Schuldfrage zu fordern.** Wir haben es deshalb, weil wir unsere Akten veröffentlicht haben[25] im Bewußtsein des guten Gewissens des deut-

---

[21] In der Morgenausgabe des „Vorwärts" vom 6. März 1924 konnte der betreffende Artikel nicht ermittelt werden.

[22] In einer Übersicht in WEG ZUR FREIHEIT, Nr. 17 vom 1. November 1923, wurde mit aneinandergereihten Zitaten aufgeführt, welche Reichskanzler und Minister der Weimarer Republik sich öffentlich gegen „das erzwungene Schuldanerkenntnis von Versailles" geäußert hatten; in dieser Auflistung wurden zuletzt Stresemanns Äußerungen in seiner Stuttgarter Rede vom 2. September 1923 und seiner Hagener Rede vom 25. Oktober 1923 (vgl. zu beiden Reden diese Edition), allerdings ohne Kommentar hinsichtlich der Erstmaligkeit und ohne die Formulierung eines Danks, wiedergegeben. – Die entsprechende Schlußfolgerung, wonach Stresemann der erste Reichskanzler gewesen sei, wird nach dem ausführlichen Zitat aus der genannten Übersicht im „Weg zur Freiheit" gezogen in einem Artikel des DVP-Pressedienstes NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 32 vom 4. März 1924.

[23] Stresemann leitete als Reichskanzler die Reichsregierung vom 13. August bis zum 23. November 1923; bis zum 30. November 1923 blieb er mit seinem Kabinett geschäftsführend im Amt.

[24] Gemeint ist wohl die Rede vor dem Verein Berliner Presse vom 16. Dezember 1923 (vgl. diese Edition).

[25] Stresemann bezieht sich hier auf die seit 1922 im Auftrag des Auswärtigen Amtes im Erscheinen begriffene vielbändige Edition „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes […]". Zuletzt war im Dezember 1923 die zweite Reihe mit den Bänden 7 bis 12 veröffentlicht worden. – Zur Reaktion in England vgl. die Aufzeichnung des Reichstagsmitgliedes und Historikers Hoetzsch vom 29. Januar 1924 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 310–311.

schen Volkes und der deutschen Politik. Wir haben das Recht zu fordern, daß die anderen dasselbe tun. Wir haben in bezug auf Aufklärung von Fragen, die bestritten waren, mehr getan, als Sie vielleicht glauben. Auch hier aber werden Sie nicht lediglich durch eine Hypertrophie der Aktivität etwas erreichen, sondern Sie werden sicher am ehesten etwas erreichen, wenn wir selber auch vorwärts kommen in bezug auf die Aufklärung, die von einzelnen Völkern ausgeht, die selber dazu schon beigetragen haben. – Ich möchte nur das eine feststellen: Dem Wunsche, den Sie jahrelang vertreten haben, daß einmal ein verantwortlicher Minister des Deutschen Reiches diesen Dingen mit Protest begegnete, bin ich durchaus entgegengekommen, obwohl ich mir klar war, daß das selbstverständlich auch zu Aufregungen bei anderen Völkern Veranlassung geben würde. Es war auch richtig, daß das jetzt erst in einem psychologisch richtigen Moment geschah[26]. Diesen auszuwählen, ist doch schließlich das, was der Außenpolitik in erster Linie zukommt. Darin kann sie sich auch nicht den Weg weisen lassen von denen, die nicht immer in der Lage sind, den wirklichen Stand der Dinge so zu übersehen, wie ihn der Leiter der auswärtigen Politik übersehen kann.

Nun lassen Sie mich zurückgehen auf verschiedene Darlegungen, die der Abgeordnete Dr. Helfferich gemacht hat, die in mir den Eindruck erweckten, als wenn er speziell noch einmal losgehen wolle gegen das **Kabinett Stresemann,** um einmal zu zeigen, daß dieses Kabinett dem deutschen Volk nicht das gebracht hätte, was es hätte erwarten können. Sie sagen, **die Mark** sei bei diesem Kabinett in wenigen Monaten auf den millionsten Teil dessen gesunken, was sie vor dem [!] war[27]. Jawohl, Herr Dr. Helfferich! Ich glaube aber, Sie sind ein viel zu guter Kenner der Verhältnisse, Sie wissen viel zu gut, wie finanzpolitische, volkswirtschaftliche und weltpolitische Dinge zusammenhängen, als daß ich Ihnen zutrauen könnte, daß Sie etwa die einzelnen Linien eines Währungsverfalles als Maßstab für die Beurteilung einer einzelnen Regierung anlegen würden.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wenn man das tut, dann Herr Dr. Helfferich, ist der beste Reichskanzler in Deutsch-

[26] Vermutlich bezieht sich Stresemann hier auf seine Rede bei der Reichsgründungsfeier der DVP in Hamburg vom 17. Januar 1924 (vgl. diese Edition).

[27] Gemeint ist die Inflation des Jahres 1923. Eine tabellarische Übersicht über deren Entwicklung in den Monaten August – November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1218–1223.

land Herr Hermann Müller[28] gewesen. Er war der einzige, unter dessen Reichskanzlerschaft die Mark gestiegen und der Dollar zurückgegangen ist.

(Sehr richtig! und Heiterkeit.)

Das war aber nicht das Ergebnis einer überlegenen Finanzpolitik, sondern es war der Umstand, daß nach der Erschütterung des Kapp-Putsches[29] die Ordnung in Deutschland wieder Platz griff und damit die Mark sich von denjenigen Erschütterungen erholte, die damals eingetreten waren. Sie haben vorhin vielleicht die Darlegungen des Herrn Abgeordneten v. Raumer[30] gehört, der davon gesprochen hat, daß wir in den ersten zehn Tagen des Kabinetts Stresemann sehen mußten, daß wir eine Bilanz übernahmen, die überhaupt die Ausgaben nur noch mit 1 Prozent der Einnahmen deckte. Wenn Sie sich vor Augen führen, was es heißt, eine solche Bilanz zu übernehmen, und zwar in jener Zeit, wo wir die gesamte erwerbstätige Bevölkerung des besetzten Gebietes von uns aus unterhalten mußten, möchte ich fragen, ob es dann richtig ist, einen Vorwurf daraus zu machen, daß sich der Währungsverfall unter diesen Verhältnissen weiter fortsetzte.

(Sehr richtig!)

Sie haben gesagt, daß die ganze Frage der **Beseitigung des passiven Widerstandes**[31] falsch angefaßt worden wäre. Sie haben auch davon gesprochen, Herr Kollege Dr. Helfferich, daß Herren aus der Großindustrie, die zu mir gekommen wären, ohne jede Marschroute wieder weggegangen seien. Herr Kollege Dr. Helfferich, ich wäre Ihnen dankbar gewesen, wenn Sie hinzugefügt hätten, daß die Herren an dem Abend kamen, an dem mein Kabinett zum ersten Male demissioniert hatte[32], und daß ich infolgedessen den Herren habe sagen lassen: als Kanzler in Demission

---

[28] Hermann Müller[-Franken] (1876–1931), Reichskanzler 1920 und 28. Juni 1928 – 1930; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1931 (für die SPD; deren Parteivorsitzender 1919, 1920–1928, 1930–1931; Fraktionsvorsitzender 1920–1928, 1930–1931).

[29] Im März 1920 hatten kurzfristig Freikorpsverbände unter politischer Führung des preußischen Generallandschaftsdirektors Wolfgang Kapp und des Reichswehrgenerals Walther von Lüttwitz die Macht in Berlin durch einen Militärputsch an sich reißen können, ehe sie durch einen Generalstreik bezwungen wurden.

[30] Hans von Raumer (1870–1965), Reichsschatzminister 1920–1921; Reichswirtschaftsminister 13. August – 6. Oktober 1923; Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die DVP). – Raumer hatte die Reichstagsdebatte am gleichen Tag mit einer Rede eröffnet (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12611–12620).

[31] Zur Aufgabe des passiven Widerstands, die mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

[32] Vgl. dazu die Aufzeichnung Stresemanns über die betreffenden Ereignisse Anfang Oktober 1923 ebd., S. 160–162.

bin ich nicht in der Lage, die Herren zu empfangen und ihnen Richtlinien zu geben.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Darüber hinaus aber will ich doch das eine sagen: Herr Kollege, auch die Frage ganz bestimmter Richtlinien für die Dinge im besetzten Gebiet ist gar nicht so einfach zu lösen, daß Sie von einer Regierung erwarten können, daß sie hier für die ganz verschieden gestalteten Verhältnisse in den einzelnen Teilen eines Gebietes ihrerseits genau angibt, was nun die Wirtschaft tun soll. Wir waren damals gar nicht in der Lage, hier einzugreifen, weil ja gerade die Politik Frankreichs darauf hinausging, uns weiter finanziell verbluten zu lassen, weil man wollte, daß die Kosten des passiven Widerstandes sich monatelang noch hinauszögen. Denn, Herr Kollege Dr. Helfferich, die damalige **Aufgabe des passiven Widerstandes** ist **Herrn Poincaré**[33] gar **nicht angenehm** gewesen. Ich glaube, vom französischen Standpunkt aus wäre es den Herren lieber gewesen, wenn dieser ganze Kampf weiter gedauert und das Verbluten Deutschlands sich weiter vollzogen hätte, bis wir nachher noch ohnmächtiger gewesen wären, als wir waren. So haben doch die Dinge wirklich gelegen. Die Frage der Aufgabe des passiven Widerstandes war keine Frage von Mut oder Feigheit in bezug auf auswärtige Politik, sondern sie war lediglich eine realpolitische Erwägung darüber, womit dem deutschen Volke am meisten genutzt wäre.

(Lebhafte Zustimmung.)

Nun werfen Sie mir noch etwas weiteres vor. Ich darf noch auf das zurückkommen, was ich vorhin in einer Unterbrechung sagte. – Herr Dr. Helfferich, ich habe oft Gelegenheit, wenn ich dort oben sitze, zu sehen, und ich freue mich darüber, mit welcher Anteilnahme Sie den einzelnen Rednern folgen und deren Ausführungen auch mit Zwischenrufen begleiten. Ich war deshalb nicht darauf gefaßt, daß Sie sich so energisch dagegen wenden würden, daß ich einmal einen Satz dazwischenwarf[34]. Ich glaube, es würde das Parlament beleben, wenn nicht jeder am Freitag das beantwortet, was einer am Dienstag gesagt hat, sondern wenn er im gegebenen Moment die Situation beleuchtet. Sie haben da folgendes gesagt – ich muß das hier wiederholen –, ich hätte darauf hingewiesen, die **englische Regierung** wäre ja gar nicht in der Lage gewesen, uns zu unterstützen, weil bei dem Antritt des Kabinett

[33] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[34] Stresemann hatte während der vorausgegangenen Rede Helfferichs von der Regierungsbank aus einen Zwischenruf gemacht, wogegen sich dieser verwahrte und darauf bestand, daß „der Abgeordnete Helfferich das Wort“ habe (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12626–12627).

Stresemann klar gewesen wäre, daß dieses Kabinett auf die Beendigung des passiven Widerstandes hinarbeite. Gewiß, Herr Dr. Helfferich, ich habe darauf hingearbeitet, weil ich der Meinung war, daß der Zeitpunkt überschritten war, wo der **passive Widerstand** uns noch etwas einbrachte. Aber ich habe nicht darauf hingearbeitet, ihn ohne Bedingungen aufzugeben, und alle meine Bemühungen haben dahin gezielt. Als England uns nun nicht in der Sache half, als man im englischen Parlament den Außenminister[35] fragte[36]: wie sind denn die Dinge in Deutschland gegangen, was hast du denn als englische Außenpolitik getrieben? da hat der englische Außenminister – und das habe ich zwischengerufen – gesagt: wir konnten Deutschland ja nicht helfen, bessere Bedingungen bei der Aufgabe des passiven Widerstandes zu bekommen, weil es die Dauer dieses Widerstandes törichterweise so lange hingezogen hat, daß es sich bedingungslos ergeben mußte. Ist das die Auffassung des englischen Außenministers, dann können Sie mir doch nicht vorwerfen, daß ich in dieser Beziehung falsche Politik getrieben und nicht die englische Hilfe im passiven Widerstand auf mich genommen hätte.

(Abgeordneter Hergt: Der Widerstand war eben passiv!)

– Wenn Sie, Herr Kollege Hergt, mir zurufen, es liegt eben in der Passivität des Widerstandes, so ist das, wie Sie mir zugeben werden, eine Frage, die vorher erledigt werden mußte, und nicht in dem Augenblick, wo das Kabinett Stresemann die Dinge übernahm, wie sie damals lagen.

(Abgeordneter Hergt: Zu einer Zeit, wo das Kabinett Cuno[37] unter Einflüssen stand, die das leider verhindert haben!)

– Herr Kollege Hergt, das Kabinett Cuno, das ich als ein interpolitisches, als ein nicht parteiliches bezeichnen kann, hat unter den verschiedensten Einflüssen gestanden. Es wird auch Ihnen die Möglichkeit gegeben gewesen sein, Ihre Anschauungen geltend zu machen.

---

[35] George Nathaniel, Earl (seit 1921: Marquess) Curzon of Kedleston (1859–1925), britischer Außenminister 23. Oktober 1919 – 22. Januar 1924; Lord President of the Council 1916–1919 und 6. November 1924 – 20. März 1925.

[36] Eine entsprechende Parlamentsdebatte war nicht zu ermitteln. Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf die Rede Curzons vom 4. Oktober 1923 zur Außenpolitik und zum Fortgang der Reparationsfrage, die er auf der seit dem 1. Oktober 1923 in London tagenden Reichskonferenz von Vertretern Großbritanniens, der Dominions und der britischen Kolonien hielt; eine Paraphrase der Rede in SCHULTHESS 64 (1923), S. 283.

[37] Wilhelm Cuno (1876–1933), parteilos, amtierte vom 22. November 1922 bis 12. August 1923 als Reichskanzler. Vor und nach seiner Kanzlerschaft war er Generaldirektor bzw. Vorstandsvorsitzender der Hapag.

Ich darf weiter auf Ausführungen eingehen, die in bezug auf die **Besatzungskosten** gemacht worden sind. Die Regierung soll sich rühren, sagt Herr Dr. Helfferich. Wenn ich ihn recht verstanden habe, sagte er, wir wollen lebendige Minister, die für diesen Skandal zeugen sollen. Herr Dr. Helfferich, Sie tun uns tatsächlich unrecht, wenn Sie glauben, daß wir in dieser wie in anderen Fragen uns nicht gerührt hätten. Dieser Kampf wegen der Besatzungskosten ist von allen Ministerien, von allen Kabinetten geführt worden. Er ist auch von uns geführt worden. Er hat vielleicht bei uns nach der Richtung hin die schärfste Formulierung der Abwehr erfahren, als wir durch Noten, die wir den ausländischen Regierungen übersandten[38], zum Ausdruck brachten, daß wir es ablehnen müßten, auf unbestimmte Zeit hin die Besatzungskosten weiterzuzahlen, da wir finanziell dazu nicht mehr in der Lage wären. Wenn ich hier diese scharfen, ja sehr scharfen Angriffe höre, die doch eigentlich bei jemandem, der sie liest, den Eindruck erwecken müssen, als wenn die Regierung sich um nichts kümmere, als ob sie das deutsche Volk sterben und verderben lasse, ohne irgendeine Initiative und Aktivität aufzubringen, so muß ich doch auch hier wieder sagen: Herr Dr. Helfferich, wenn Sie bald, wie Sie andeuteten, an verantwortlicher Stelle stehen werden, dann werden Sie, glaube ich, auch sehr bald erkennen, wie beengt und wie bedingt die Möglichkeiten sind, nun sofort solche Dinge zu ändern. Wollen Sie bitte auch folgendes nicht vergessen: Für uns stand doch die Sache ganz anders als etwa bezüglich der Reparationsabgabe und anderer Dinge.

(Sehr richtig! links.)

Für uns stand doch die Sache so – und deshalb war die Frage nicht nur ein außenpolitisches, sondern auch ein innerpolitisches Problem –, daß man uns in der Zwickmühle hatte, daß in dem Augenblick, in dem wir ohne Verständigung mit den anderen diese Zahlung aufgaben, jedenfalls das Elend der Kommunen, das Elend des besetzten Gebietes diese Politik der deutschen Regierung begleitet hätte[39].

(Lebhafte Zustimmung links.)

Das war die Situation, vor der wir standen. Selbstverständlich streben wir dahin, daß eine Maximierung der Besatzungskosten zustande kommt, die uns übrigens nicht, wie Sie es zu glauben scheinen, amtlich notifiziert worden ist als ein Beschluß, der dauernd bestehen sollte, sondern die von der Reparationskommission, der Kriegslas-

[38] Vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 396, Anm. 11

[39] Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats Friedberg vom 15. Februar 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 415–416).

tenkommission für das Jahr 1922 in den Reparationsplan mit dieser Summe aufgenommen war, die aber mit Ende des Jahres 1922 beseitigt worden ist.

Ich sage, Sie müssen sich doch vor Augen führen, welche Möglichkeiten der Entwicklung überhaupt nur vorliegen. Da darf ich gleich auf den Einwand kommen, den Herr Dr. **Hoetsch[40] in der „Kreuz-Zeitung“[41]** gemacht hat, indem er sagte, er vermisse ein **Programm der Regierung.** Sie selbst, Herr Dr. Helfferich, haben sich ihm ja angeschlossen, indem Sie zum Ausdruck brachten: Der Außenminister sagt zwar, was geschehen wird, wenn die Micum-Verträge nicht verlängert werden[42], aber er sagt nicht, was dann von seiten der deutschen Regierung geschieht. Darf ich auf beides zugleich antworten? Glauben Sie, Herr Dr. Helfferich, wenn Sie Außenminister wären und jetzt mit Sachverständigenkommissionen zu tun hätten, wenn Sie mit diesen Sachverständigenkommissionen hier in Berlin und durch Ihre Beauftragte in Paris über Dinge verhandelt hätten, die der Entente und uns unterbreitet werden sollten, daß es dann der gegebene Moment wäre, um nun in diese Verhandlungen mit einem deutschen Programm hereinzuplatzen, das doch sicherlich in irgendeiner Weise zunächst einmal das Programm der Sachverständigen desavouieren würde? Denn daß wir das Programm der Sachverständigen abschreiben oder die Vorschläge der Sachverständigen im einzelnen treffen würden, werden Sie nicht sagen. Ich darf Sie darauf hinweisen, daß ein erster Minister, der in einer sehr viel besseren Situation ist als der unglückliche deutsche Außenminister, daß **MacDonald[43]** neulich im englischen Parlament gesagt hat[44], man könne von ihm doch nicht erwarten, daß er

---

[40] So in der Vorlage. Gemeint ist Otto Hoetzsch (1876–1946), Politiker und Historiker; Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die DNVP 1920–1929, für die Konservative Volkspartei 1929–1930).

[41] Stresemann bezieht sich bei seinem Verweis auf die „Kreuz-Zeitung“ offenbar auf Hoetzschs Leitartikel „Die äußere Politik der Woche“ in NEUE PREUSSISCHE ZEITUNG, Nr. 110 (Abendausgabe) vom 5. März 1924, der wiederum die Stresemann-Rede im Reichstag vom 28. Februar 1924 (vgl. diese Edition) kritisierte; dort heißt es u.a.: „Es war weder etwas neues, daß Deutschland die Besatzungskosten nicht bezahlen kann, noch daß der 15. April mit dem Ablauf der Micumverträge ein kritischer Termin ist. Aber kein Wort darüber, wie sich nun die Regierung Marx-Stresemann in der einen oder anderen Lösung den Entschluß, den Ausweg denkt! Schließlich soll die Rede des Außenministers doch ein Programm sein und nicht bloß ein Bericht!“

[42] Im November 1923 war nach langen Vorverhandlungen zwischen dem Bergbaulichen Verein und der „Mission interalliée de contrôle des usines et des mines“ (MICUM) ein Abkommen über die Wiederaufnahme der Kohlelieferungen durch die Industrie anstelle des Reiches (das spätere Entschädigungen bzw. Steuerverrechnungen gegenüber der Industrie versprach) zustande gekommen (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 222), dem weitere Verträge anderer Industriebereiche des besetzten Gebietes folgten. Das Abkommen über die Kohlelieferungen war am 15. Januar 1924 zu modifizierten Bedingungen verlängert worden (ebd., 65 [1924], S. 398) und sollte am 15. April 1924 ablaufen.

[43] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929–1935.

[44] Stresemann bezieht sich vermutlich auf einen Debattenbeitrag MacDonalds im Unterhaus vom 27. Februar 1924, der unter Hinweis auf die schwebenden Verhandlungen eine von den Konservativen geforderte außenpolitische Debatte ablehnte (vgl. die Berichte in der Wiener NEUE FREIE PRESSE,

die Verhandlungen der Sachverständigen jetzt störe; man solle erst einmal allgemein abwarten, was aus diesen Verhandlungen herauskäme.

(Hört! Hört! links.)

Deshalb war es meines Erachtens durchaus richtig, wenn der deutsche Außenminister eine Rede hielt[45], die, wie die französische Presse sagte, vielleicht dazu bestimmt war, auf die Sachverständigen zu wirken, daß er darauf hinwies, welche Situation sich aus einer Fortführung der jetzt gegen uns geführten Politik ergeben könnte, wenn er aber seinerseits vermied, etwa einem sich bildenden Programm der Sachverständigen ein Programm Deutschlands gegenüberzustellen.

(Zustimmung links und in der Mitte.)

Ich darf dann auf Fragen eingehen, die Herr Dr. Helfferich im Zusammenhang damit vorgebracht hat. Ich wundere mich, daß das geschieht, nachdem wir im Auswärtigen Ausschuß aufgrund der Interpellation des Herrn Kollegen Dauch[46] bereits über diese Dinge gesprochen haben[47]. Herr Dr. Helfferich hat Auskünfte über die **Goldbank,** über die Zukunft der deutschen Eisenbahnen[48] von der Regierung verlangt. Herr Dr. Helfferich, ich glaube, diesem hohen Hause wird noch vor seinem Ende eine Gesetzesvorlage zugehen, die sich auf die nunmehr gesicherte Errichtung der Goldnotenbank nach der Idee des Herrn Dr. Schacht[49] bezieht. Ich nehme an, daß Sie bei dieser Gelegenheit die Möglichkeit haben werden, sich mit dem Herrn Reichsbankpräsidenten über diese Dinge auseinanderzusetzen. Ich glaube weiter,

---

Nr. 21360 [Abendausgabe] vom 28. Februar 1924, S. 4; WIENER ZEITUNG, Nr. 49 vom 28. Februar 1924, S. 6; vgl. auch SCHULTHESS 65 [1924], S. 170–171).

[45] Stresemann bezieht sich hier (wie zuvor Helfferich in der vorangegangenen Rede: vgl. oben Anm. 2) auf seine Reichstagsrede vom 28. Februar 1924 (vgl. diese Edition).

[46] Walther Dauch (1874–1943), Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DVP).

[47] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags vom 18. Februar 1924 (vgl. den summarischen Bericht über die Materien der Sitzung in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 84 [Morgenausgabe] vom 19. Februar 1924).

[48] Aus den bisherigen Beratungen der Sachverständigen-Ausschüsse war bereits bekannt geworden, daß deren Vorschlag die Errichtung einer deutschen Goldnotenbank unter internationaler Beteiligung und die Verpfändung der Deutschen Reichsbahn als Sicherheit für eine internationale Anleihe (wie sie die Reichsregierung schon in ihrem Memorandum vom 7. Juni 1923 den Alliierten angeboten hatte: vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 273, Anm. 3) vorsehen würde. Zu letzterem vgl. den betreffenden Tagesordnungspunkt in der Kabinettssitzung vom 3. März 1924 (ebd., S. 419–420). – Die Pläne einer künftigen Goldnotenbank wurden bereits Mitte Januar 1924 in der Presse veröffentlicht; vgl. etwa die Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21317 (Morgenausgabe) vom 15. Januar 1924, S. 5; zum Bekanntwerden der Pläne für die Reichsbahn vgl. etwa ebd., Nr. 21366 (Morgenausgabe) vom 5. März 1924, S. 4.

[49] Hjalmar Schacht (1877–1970), Reichswährungskommissar 12. November 1923 – 19. Oktober 1924; Reichsbankpräsident 22. Dezember 1923 – 1930 u. 1933–1939; zugleich Reichswirtschaftsminister 1934–1937; Reichsminister ohne Portefeuille 1937–1943.

daß der Herr Reichsverkehrsminister[50] auch Veranlassung nehmen wird, über die Zukunft der deutschen Eisenbahnen hier zu sprechen.

Ich möchte aber dabei das eine sagen: Bei dem Bemühen des Herrn deutschen Reichsverkehrsministers, die **Eisenbahnen vor Internationalisierung** zu schützen[51], hat er die Mitarbeit und Unterstützung des gesamten Kabinetts. Wir denken gar nicht daran, hier eine Internationalisierung eintreten zu lassen, wie sie, glaube ich, Ihnen, Herr Abgeordneter Dr. Helfferich, vorschwebt. Aber auf eins muß ich doch hinweisen, dazu muß ich mich bekennen: Wenn die Rede ist in einem großen internationalen Sachverständigengremium davon, daß man etwa die Hälfte des Wertes der deutschen Bahnen – das wäre also eine Summe von etwa 12 1/2 Milliarden Goldmark – für eine internationale Anleihe auflegen könnte, für die Deutschland die Verzinsung garantieren soll, und wenn sich dafür die großen Zentralnotenbanken der einzelnen Staaten zur Verfügung stellen, Herr Dr. Helfferich, wenn Sie dann annehmen, gerade weil diese Dinge nicht von den Staaten, nicht als politische, sondern zunächst als geschäftliche Aktion gemacht werden, wenn Sie als früherer Direktor der Deutschen Bank[52] dann glauben, daß diese großen Institute sich für Milliarden verpflichten, ohne in der Verwaltung selber sich auch um diese Milliarden zu kümmern, –

(lebhafte Zustimmung in der Mitte und links)

dann würden Sie sich in einem fundamentalen Irrtum befinden.

(Abgeordneter Dr. Helfferich: Das ist der springende Punkt!)

Es ist etwas anderes, ob Sie in früheren Zeiten bei einer Wirtschaft, die in sich konsolidiert war, internationale Anleihen aufnahmen, oder ob Sie angesichts der Belastung, die vor uns steht, und der vollkommenen Zertrümmerung unserer Wirtschaft, vor der wir doch stehen, an die Welt in dieser Lage herantreten müssen!

(Erneute Zustimmung.)

Darf ich Sie an den Schluß Ihrer Rede erinnern, Herr Dr. Helfferich! Sie haben Ihre Rede mit den Worten geschlossen, Ihnen und Ihren Freunden ginge die Freiheit über alles, auch über Gut und Geld! Ich habe in ähnlicher Formulierung, nicht immer unter

---

[50] Rudolf Oeser (1858 – 3. Juni 1926), Reichsinnenminister 1922 – 12. August 1923; Reichsverkehrsminister 13. August 1923 – 11. Oktober 1924; Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn 1924–1926; Mitglied der DDP.

[51] Zum entsprechenden Versuch Oesers vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S.420 mit Anm. 14.

[52] Helfferich war 1908–1915 Vorstandsmitglied der Deutschen Bank gewesen.

Zustimmung Ihrer Freunde, Herr Dr. Helfferich, dasselbe ausgesprochen. Dann müssen Sie aber auch die Konsequenzen daraus ziehen. Glauben Sie denn, daß irgend jemand in der Regierung ein Vergnügen daran hat, überhaupt diese Verhandlungen zu führen um diese finanziellen Hilfen, die nicht uns zugute kommen, sondern die zunächst einmal an Frankreich gehen? Wir tun es doch nicht aus wirtschaftlichen oder finanziellen Ideen heraus, weil wir an Stelle von deutschen Gesellschaften solche mit fremdem Einfluß in Deutschland haben wollen, sondern wir tun es, um das **Lösegeld** zu schaffen, **damit Rhein, Ruhr und Pfalz frei werden.**

(Stürmisches Bravo in der Mitte und links.)

Ich habe wiederholt hier immer wieder zum Ausdruck gebracht: ich sehe die einzige Möglichkeit, zu dieser Freiheit zu kommen, darin, daß man sich der Reparationsfrage nicht lediglich negativ gegenüberstellt; denn in dieser Reparationsfrage haben Sie nicht nur Frankreich und alle die anderen Staaten der Entente sich gegenüber, Sie würden auch die neutralen Staaten sich gegenüber haben. Es ist doch nun einmal das Furchtbare: wir haben den größten Krieg der Weltgeschichte verloren und wir haben auch den Nachkrieg der Ruhr verloren. Das ist die Situation, vor der wir stehen, und jetzt sind natürlich ganz andere Anstrengungen finanzieller Natur nötig, als es vorher der Fall gewesen wäre. Ich will damit nicht sagen, daß der Ruhrkampf vergeblich geführt worden wäre; nein, er hat die Aufmerksamkeit der Welt darauf gelenkt, daß hier ein Volk für seine Freiheit kämpft,

(lebhafte Zustimmung)

er hat gezeigt, daß das deutsche Volk in Liebe steht zu diesem armen, ohnmächtigen Deutschland der Gegenwart.

(Erneute Zustimmung.)

Deshalb sind diese Kämpfe nicht vergeblich gewesen. Aber klar ist, daß, nachdem wir diesen Kampf abbrechen mußten, wir jetzt auch sehen mußten, die Freiheit für diejenigen zu schaffen, die – „treu, wie das Vaterland es ihnen befahl!“[53] – in den Kampf hineingegangen sind und die nun ein Recht haben, daß wir das Letzte auf uns nehmen, was in unserer Kraft steht, um ihnen die Freiheit zu geben.

(Stürmischer Beifall.)

[53] Vermutlich ist dies eine Anspielung auf den Text auf der Stele an den Thermopylen, der in der freien Übersetzung Friedrich Schillers lautet: „Wanderer, kommst du nach Sparta, verkündige dorten, du habest uns hier liegen gesehn, wie das Gesetz es befahl.“

Und, Herr Dr. Helfferich, ich möchte Ihnen das eine sagen: ich glaube, darin besteht abermals eine vollkommene Übereinstimmung zwischen allen Parteien des Hauses, daß es eine solche Freiheit nicht geben kann, ohne daß Opfer gebracht werden.

(Sehr richtig!)

Es wird jetzt vielfach geglaubt, man könne die ganze Situation in die Worte fassen: **Zerreißung des Versailler Vertrages!** Ich bin auch hier der festen Überzeugung, daß diese Worte nicht mehr gesprochen würden, wenn ein deutschnationaler Außenminister an dieser Stelle stünde.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum und links.)

Ich bin der festen Überzeugung, daß man das eine wissen würde: daß leider gegenwärtig unser Weg nur der sein kann, zunächst einmal andere Mächte zu zwingen, die Verpflichtungen anzuerkennen, die sie aus dem Versailler Vertrag uns gegenüber übernommen haben. Herr Dr. Helfferich, wenn wir heute das eine zu Wege bringen könnten, daß die rheinländische Bevölkerung unter dem Rheinlandabkommen[54] stände, wenn wir in der Pfalz den Zustand herstellen könnten, wie er dort bestanden hat, bevor die Vergewaltigung kam[55], wenn wir die Franzosen aus dem Ruhrgebiet heraus hätten, dann wären wir immer noch unter dem Versailler Vertrag; aber wir hätten für Millionen unserer Volksgenossen außerordentlich viel erreicht.

(Stürmische Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei, in der Mitte und links.)

Wir werden gar keinen anderen Weg gehen können, als uns zunächst einmal zu den **Pflichten des Versailler Vertrages** zu bekennen, in dem auch festgestellt ist, daß wir das Recht haben, eine Nachprüfung unserer Leistungsfähigkeit zu verlangen[56];

---

[54] Text des Rheinlandabkommens vom 28. Juni 1919, das die Einzelheiten der Besatzung regelte, u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES S. 462–473.

[55] Nachdem durch die Vereinbarung vom 16. Februar 1924 zwischen dem gewählten Kreisausschuß der Pfalz und einem „Spezialkomitee“ der Interalliierten Rheinlandkommission die von französischer Seite unterstützte Tätigkeit der „autonomen Regierung der Pfalz“ und damit die Versuche der Abtrennung der Pfalz vom Reich ein Ende gefunden hatten, war es dort wiederholt zu von deutscher Seite monierten Übergriffen der französischen Besatzungsmacht gekommen (vgl. etwa die Berichte in der Wiener REICHSPOST, Nr. 66 vom 7. März 1924, S. 1; in der WIENER ZEITUNG, Nr. 51 vom 1. März 1924, S. 4; Nr. 54 vom 3 März 1924, S. 3).

[56] Art. 234 des Versailler Vertrags sah vor, daß ab 1921 die Reparationskommission „von Zeit zu Zeit“ die Leistungsfähigkeit Deutschlands prüfen und dabei dessen Vertretern Gehör gewähren werde (VERTRAG VON VERSAILLES S. 107); nach Teil VIII, Anlange II, § 9, des Vertrages hatte die Kommission „alle Gründe und Beweise anzuhören, die von Deutschland hinsichtlich aller seine Zahlungsfähigkeit betreffenden Fragen vorgebracht werden“ (ebd., S. 113).

wir müßten aber die anderen zwingen, anzuerkennen, was sie diesem Vertrag schulden. Sie selbst, Herr Dr. Helfferich, begannen Ihre Rede damit, daß wir gegen ein neues Versailles kämpfen müssen. Sie wollten offenbar damit sagen: ein neues Versailles, das schlimmer ist als das alte. Sie haben recht, daß Gefahren in einer Entwicklung liegen, die uns von der Linie zurückbringt, die wir jetzt halten. Ich darf das eine zum Ausdruck bringen, daß sich die Reichsregierung in voller Übereinstimmung mit dem befindet, was gestern Herr Kollege Kaas[57], und dem, was heute Herr Dr. Helfferich ausgesprochen haben, gegenüber dem Gedanken einer **Neutralisierung des Rheinlandes[58].** Wenn diese Neutralisierung etwa im Sinne der Schaffung eines Pufferstaates zwischen Frankreich und Deutschland gedacht wäre, so kann ich mir nicht denken, daß der englische erste Minister derartige Gedanken, die vollkommen von der Treue gegenüber dem Vertrage abweichen, bei sich erwägen kann. Ich möchte vorläufig annehmen – und ich habe guten Grund dazu –, daß es sich um etwas anderes handelt, nämlich um die **militärische Neutralisierung des Rheinlandes,** eine Neutralisierung, die allerdings meiner Meinung nach durch das, was heute im Versailler Vertrag steht[59], in einer Weise ausgeführt ist, wie sich, glaube ich, dafür ein Beispiel in anderen Verträgen nicht findet. Daß darüber hinaus die deutsche Regierung bereit ist, völkerrechtlich bindende Abmachungen zu treffen unter den am Rhein beteiligten Staaten, das hat seinerzeit Herr v. Rosenberg[60] zum Ausdruck gebracht[61], das habe ich wiederholt zum Ausdruck gebracht[62], das besteht auch für uns heute noch. Aber wenn jemand glaubt, den umgekehrten Weg gehen zu können als den, den ich für richtig halte: nämlich durch Opfer zur Freiheit zu gelangen, wenn

---

[57] Ludwig Kaas (1881–1952), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender Dezember 1928 – 1933); deutscher Delegierter beim Völkerbund 1926–1928. – Die Reichstagsrede Kaas' vom 5. März 1924 in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12597–12609.

[58] Der Briefwechsel zwischen MacDonald und Poincaré vom 21. und 25. Februar 1924, in dem die Idee der Einrichtung international garantierter entmilitarisierter und neutralisierter Gebietsstreifen erörtert wurde (paraphrasiert in SCHULTHESS 65 [1924], S. 167–170) war am 2. März 1924 vom französischen Außenministerium im Wortlaut veröffentlicht worden (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 107 [Abendausgabe] vom 3. März 1924).

[59] Art. 42 bis 44 des Versailler Vertrags legte die vollständige deutsche Entmilitarisierung des linksrheinischen Gebiets und eines Streifens bis 50 Kilometer östlich des Rheins fest (VERTRAG VON VERSAILLES S. 27–28).

[60] Frederic von Rosenberg (1874–1937), Reichsaußenminister 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos; zuvor und danach im Auswärtigen Amt bzw. auf diplomatischen Posten.

[61] Nach dem von Reichskanzler Cuno in einem Erlaß nach Washington vom 13. Dezember 1922 im Hinblick auf das französische Sicherheitsbedürfnis entwickelten Vorschlag eines Rheinpakts (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 6, S. 559–560) griff auch Außenminister Rosenberg die Idee in Erlassen vom 20. und 25. März 1923 an die Botschaft in London auf (vgl. ebd., A 7, S. 361–363 u. 393–396).

[62] Vgl. etwa die Rede Stresemanns in Stuttgart vom 2. September 1923 (in dieser Edition).

man einen Vorschlag zu machen glaubt **„Aufgabe der Freiheit zwecks Minderung der Opfer“,** dann glaube ich, daß das ganze deutsche Volk diesen Weg zurückweist.

(Stürmischer Beifall.)

Ich bin im Zweifel, ob man die Stellung, die man dem Völkerbunde in diesem Sinne zugedacht hat, nicht falsch auffaßt. Ich kann mir nicht denken, daß beispielsweise englische Politiker daran denken, einen Rheinstaat unter dem **Protektorat des Völkerbundes** zu schaffen. Ich kann mir aber denken, daß man die Überwachung über die nicht militärische Benutzung der Aufmarschstraßen unter die Aufsicht des Völkerbundes stellen könnte. Es ist von dem Völkerbund viel gesprochen worden. Sie haben es auch neulich[63] getan, Herr Dr. Helfferich. Sie haben mich dabei an Ausführungen erinnert, die ich als Abgeordneter gemacht habe. Sie bringen mich dadurch gar nicht in Verlegenheit. Ich kann mich zu diesen Äußerungen durchaus als Minister bekennen. Daß der Völkerbund die Pflicht gehabt hätte, bei dem vertragswidrigen Einmarsch ins Ruhrgebiet seine Stimme zu erheben, das habe ich gesagt, und zu diesen Worten stehe ich jederzeit auch als deutscher Außenminister.

(Lebhafter Beifall.)

Wenn ich aber jetzt in manchen Zeitungen lesen muß, in denen ich doch stark die Verantwortlichkeit vermisse, daß man aus meinen Worten, daß wir den Eintritt in den Völkerbund nicht prinzipiell ablehnen, sofort folgert, es solle nun die Schuldlüge erneut anerkannt werden, so ist das eine unerhörte Fälschung, denn ich habe immer gesagt, daß wir demütigende Bedingungen für den Eintritt nicht annehmen.

(Allseitiger lebhafter Beifall. – Zuruf von den Deutschnationalen.)

Wie wollen Sie bei einer Weiterführung der Konsolidierung der Verhältnisse die **Autorität der Reichsregierung,** die doch auch Sie haben müssen, stabilisieren, wenn Sie in dieser unverantwortlichen Weise immer gegen die Träger der Verantwortung vorgehen? Ich kann für mich den Einspruch gegen eine solche Politik besonders in Anspruch nehmen, weil ich selber im Mittelpunkt von **persönlichen Angriffen** stehe, die das Maß des Erträglichen längst überschritten haben. Was soll man dazu sagen,

[63] Vielleicht bezieht sich Stresemann auf die vorangegangene Rede Helfferichs (vgl. oben Anm. 2); Helfferich hatte Stresemann aus dessen Rede in Stuttgart vom 21. Januar 1923 zitiert. wo er den Völkerbund zur Intervention gegen die Ruhrbesetzung aufgefordert und konstatiert hatte, daß widrigenfalls er künftig das Recht verwirken würde, noch einmal seine Stimme zu erheben (die betreffende Passage: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12628–23629). – Möglicherweise bezieht sich Stresemann jedoch auch auf die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 18. Februar 1924 (vgl. oben Anm. 47).

wenn ein Mann, wie der Professor **v. Freytagh-Loringhoven**[64] sagt, ich stände vielleicht unbewußt unter dem Eindruck, daß mein Schwiegervater[65] an einer tschechoslowakischen Waffenfabrik beteiligt sei?

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten, bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum und links.)

Das ist doch das Gemeinste, was man einem Außenminister vorwerfen kann, denn es besagt in Wirklichkeit nichts anderes, als daß irgendwelche Familienabhängigkeit für eine antideutsche Außenpolitik des Außenministers in Betracht käme.

(Wiederholte Unterbrechung von den Deutschnationalen. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe[66]**:** Meine Herren, ich bitte um Ruhe.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Ich höre, daß von seiten eines Mitgliedes dieses hohen Hauses betont wird, daß Äußerungen mit ihm in Verbindung gebracht würden, die der Wahrheit nicht entsprechen. Es würde mich freuen und ich würde dankbar sein, wenn auch der Öffentlichkeit bekannt würde, daß eine zweite Behauptung dieses Abgeordneten, die davon spricht, daß der deutsche Außenminister an dem Steigen der tschechischen Krone und des Franken interessiert sei,

(lebhafte Zurufe: Hört! Hört!)

weil er im Aufsichtsrat tschechischer Gesellschaften sei, ebensowenig der Wahrheit entspricht. Wenn diese Behauptung gefallen wäre, würde mir jedes parlamentarisch zulässige Wort zur Charakterisierung einer derartigen Kampfesweise fehlen.

(Zuruf von den Deutschnationalen: wer hat das gesagt?)

Nach einem Bericht des „Deutschen Bauernbund“[67] hat ein Mitglied dieses Hauses

---

[64] Axel Freiherr von Freytagh-Loringhoven (1878–1942), Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1945 (für die DNVP 1924–1933, als „Gast des Reichstags“ 1933–1942).

[65] Adolf Kleefeld, Industrieller. – Zu seiner angeblichen Aktienbeteiligung an den tschechischen Skoda-Werken vgl. auch STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 322–324. – Der Rede Freytagh-Loringhovens in Waldenburg, in der er nach einem Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 85 (Abendausgabe) vom 19. Februar 1924, die Haltung Stresemanns darauf zurückführte, daß „sein jüdischer Schwiegervater in der Tschechoslowakei eine Waffenfabrik besitze“, war bereits eine WTB-Meldung entgegengesetzt worden, daß dies „völlig unwahrhaftig und erfunden [sei], was allein aus der Tatsache hervorgeht, daß der Schwiegervater des Außenministers im Jahre 1903 verstorben, also seit mehr als 20 Jahren tot ist“ (vgl. ebd., Nr. 88 [Morgenausgabe] vom 21. Februar 1924).

[66] Paul Löbe (1875–1967), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD); dessen Präsident 1920–1924, 1925–1932.

[67] Der betreffende Bericht findet sich in DEUTSCHER BAUERNBUND, Nr. 8 vom 21. Februar 1924, S. 58. Dort heißt es u.a.: „In einer Versammlung der Bauernschaft des Kreises Ziegenhayn in Treysa (Hessen) ließ sich der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Lind also vernehmen: ‚Der Abg.

das gesagt.

(Rufe links: Lind[68]!).

– – Herr Kollege Hergt, ich habe bis zu dieser Minute keine Richtigstellung erhalten.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Ich habe Ihnen erklärt, daß sie kommt! – Lachen links.)

Ich bin auf diese Sache nur eingegangen, weil ein Zwischenruf von links erfolgt war von seiten eines Mitgliedes, es würden Dinge mit ihm in Verbindung gebracht, die der Wahrheit nicht entsprächen. Im übrigen erwähne ich diese Dinge nicht etwa, weil die Person, die damit getroffen werden soll, etwa darunter besonders litte, sondern es geschieht aus dem Grunde, weil ich glaube, daß jede Partei, die einmal damit zu rechnen hat, verantwortlich an der Regierung teilzunehmen, ein Interesse daran haben müßte, daß wir auch wieder etwas von Autorität der Regierung in die Öffentlichkeit und die öffentliche Meinung hineinbringen.

Damit kann ich die Ausführungen schließen, die sich auf die speziellen Darlegungen des Herrn Kollegen Dr. Helfferich beziehen. Ich darf Sie aber bitten, Ihre Aufmerksamkeit noch einer Frage zuzuwenden, bei der mir daran liegt, daß über den Stand der Dinge und die Stellung der deutschen Reichsregierung dazu kein Irrtum obwalte. Es hat sich die Öffentlichkeit mit der Frage der Fortführung der **Militärkontrolle[69]** beschäftigt. Eine Äußerung von „Havas“[70] spricht davon, daß die Botschafterkonferenz uns einen Vorschlag unterbreiten wollte, der darauf hinausgeht, gewis-

Scholz und die Volkspartei sind schuld an allen Steuern. Die Deutsche Volkspartei hat den Bauernstand glatt verraten. Die ganze Reparationsfrage ist eine Judenfrage hüben und drüben. Das Zentrum ist eine Hurenpartei, es hurt mit allen Parteien. Dr. Stresemann will national sein. Der Mann ist Aufsichtsratsmitglied in tschechoslowakischen und französischen Konzernen, hat an dem guten Stande der tschechischen Krone und des französischen Franken das gleiche Interesse wir an dem der deutschen Mark. Ein solcher Mann ist nicht national.‘“

[68] Heinrich Lind (1878–1941), Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DNVP 1920–1930, für die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei 1930–1932).

[69] Die Tätigkeit der Interalliierten Militärkontrollkommission (IMKK) zur Überwachung der deutschen Abrüstung war infolge der Ruhrbesetzung und der Weigerung von Reichswehrstellen, mit französischen oder belgischen Offizieren zu kooperieren, im Frühjahr 1923 faktisch zum Erliegen gekommen. Nach der Beendigung des passiven Widerstands drängte die französische Regierung auf die Wiederaufnahme der Tätigkeit der IMKK in Deutschland, was zunächst von der deutschen Regierung abgelehnt wurde (vgl. die resümierende Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Moraht vom 13. Dezember 1923 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 124–129; die Weisung Maltzans an den Geschäftsträger in Paris, Hoesch, vom 9. November 1923: ebd., A 8, S. 619–620; das Protokoll der Ministerbesprechung vom 8. Januar 1924 [mit den dortigen Anm.] in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 202–205). Tatsächlich wurden die Kontrollen im Januar 1924 jedoch wieder aufgenommen, wobei es zu Zwischenfällen kam (vgl. ebd., S. 205, Anm. 7; das Schreiben des Reichswehrministers Geßler an das Auswärtige Amt vom 14. Januar 1924: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 240–241).

[70] Die Meldung der Nachrichtenagentur „Agence Havas“ vom 5. März 1924 ist wiedergegeben in der WIENER ZEITUNG, Nr. 55 vom 6. März 1924, S. 1–2.

se Fragen zu regeln, alsdann aber die heutige Militärkontrolle durch eine auf Kosten der Alliierten erhaltene Garantiekommission zu ersetzen. Ich weiß nicht, ob diese Mitteilungen richtig sind. Soweit ich informiert bin, hat die Botschafterkonferenz ausdrücklich beschlossen, ihre Note[71] nicht zu veröffentlichen, bis sie im Besitze der deutschen Antwort wäre. Ich kann deshalb nicht wissen, ob ich wesentlich richtig berichte. Über den Stand der Dinge möchte ich aber folgendes sagen:

Die **deutsche Abrüstung,** wie sie der Teil 5 des Versailler Vertrages[72] vorschreibt, war im Frühjahr 1922 so gut wie beendet. Das ist nicht etwa nur eine These der deutschen Reichsregierung, sondern das hat beispielsweise die englische Regierung im Unterhaus, und zwar auch noch zu späterer Zeit, nämlich im Frühjahr 1923[73], wiederholt erklärt, und selbst General Nollet[74] hat, wie wir aus dem **Buch des amerikanischen Generals Allen[75]** wissen, im Schoße seiner Kommission dasselbe ganz offen zugestanden. Wenn uns gleichwohl die Botschafterkonferenz in der Note vom 14. April 1922[76] noch als im Rückstand befindlich bezeichnet hat mit einer Reihe wesentlich zum Abrüstungsakt gehörender Maßnahmen, so ist das anscheinend ein Ergebnis der französischen Politik, die Allen in seinem Buche wiederholt charakterisiert hat und die immer wieder von der Vorstellung begleitet ist, als stelle unser Rüstungsstand eine Gefahr für Frankreich dar. Nun sind ja angeblich zur Abrüstung gehörende Maßnahmen bis zum heutigen Tage in suspenso geblieben. Diese Tatsache ist es, an die die Gegenseite immer wieder anknüpft.

---

[71] Der Inhalt der Note der Botschafterkonferenz vom 5. März 1924 ist wiedergegeben in SCHULTHESS 65 (1924), S. 399–400; vgl. auch AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 503–504, Anm. 7. – Tatsächlich war der wesentliche Inhalt der Note schon am 5. März 1924 in Paris bekannt (vgl. den „Havas"-Agenturbericht der WIENER ZEITUNG, Nr. 55 vom 6. März 1924, S. 1–2).

[72] Die Abrüstungsbestimmungen für Deutschland befinden sich in den Art. 159–213 (VERTRAG VON VERSAILLES S. 82–100).

[73] Die betreffenden Erklärungen der britischen Regierung konnten nicht ermittelt werden.

[74] Charles Nollet (1865–1941), französischer General; Vorsitzender der Interallliierten Militärkontrollkommission 1919–1924; Kriegsminister 15. Juni 1924 – 10. April 1925.

[75] Henry Tureman Allen (1859–1930), amerikanischer General; Oberkommandierender der amerikanischen Besatzungstruppen im Rheinland 1919–1923 (bis zu deren Abziehung infolge der französisch-belgischen Ruhrbesetzung). – Ende 1923 war Allens „Rheinland-Tagebuch" veröffentlicht worden (zunächst auf Englisch: ALLEN, Rhineland Journal), in dessen Einträgen er auch mit der französischen Besatzungspolitik der Schwächung und Aufspaltung Deutschlands abrechnete. (Zur Aufnahme der Veröffentlichung vgl. etwa die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 76 [Morgenausgabe] vom 14. Februar 1924; die Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21365 [Morgenausgabe] vom 4. März 1924, S. 2–3.) – Stresemann bezieht sich nachfolgend offenbar auf Allens Tagebucheintragung vom 29. April 1922, in der er einen amerikanischen Vertreter in der Kontrollkommission wiedergibt: „die französische Abteilung der Kontrollkommission unter Vorsitz des Generals Nollet erkenne an, daß Deutschland entwaffnet ist, daß aber politische Gründe erfordern, die Auffindung versteckter Waffen, seien sie auch noch so gering oder unbedeutend, an die Öffentlichkeit zu bringen." (ALLEN, Rheinland-Tagebuch, S. 225.)

[76] Druck in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 6, S. 104–113.

Meine Herren, wir haben zwei Noten, vom 14. April und 29. September 1922[77], über diese Fragen erhalten. Hätten sich die alliierten Mächte mit dem begnügt, was damals erreicht war, so wäre tatsächlich der Zustand herausgekommen, den der Vertrag von Versailles vorsah. Aber es kam eins hinzu, was uns damals die Durchführung dieser sogenannten fünf Punkte[78] als unmöglich erscheinen ließ, nämlich die schon damals in der Note vom 14. April enthaltene Ankündigung, nach Durchführung jener Restforderungen würde die Kommission nicht etwa verschwinden, sondern sie würde durch ein Garantiekomitee ersetzt werden, das solange funktionieren solle, bis die Räumung der ersten rheinischen Besatzungszone[79] erfolgt sei. Darauf konnten wir uns nicht einlassen und darauf können wir uns auch gegenwärtig nicht einlassen.

(Bravo!)

Ich habe vorhin gegenüber der Kritik von rechts erklärt: Es gibt keine deutsche Regierung, die etwas anderes tun kann, als die Pflichten des Vertrages von Versailles auf sich zu nehmen. Das ist aber auch die Grenze, und darüber hinaus zu dulden, daß Dinge in das Verhältnis der Nationen hineingebracht werden, die gar keine Begründung im Versailler Vertrag finden, ist für die deutsche Regierung unmöglich.

(Sehr gut!)

Wenn die Militärkontrolle nach Auffassung der Alliierten erledigt ist, dann beginnt diejenige **Überwachung des Völkerbundes,** die dort festgesetzt ist[80]. Wir haben nichts zu tun mit irgendeiner neuen Garantiekommission. Wir können uns auch nicht damit einverstanden erklären, daß wir das deshalb annehmen könnten, weil es begrenzt wäre; denn die Begrenzung, die anknüpft an die Räumung gewisser Zonen der besetzten Gebiete, ist solange keine Begrenzung, als die alliierten Mächte nicht der These des französischen Ministerpräsidenten entgegentreten, daß überhaupt die

---

[77] Unterschiedliche Auszüge ebd., S. 505, Anm. 1 u. URSACHEN UND FOLGEN IV, S. 259–260.

[78] Bei den seit dem September 1922 von den Alliierten angemahnten fünf noch zu erledigenden Punkten handelte es sich 1. um die Reorganisation der Polizei, vor allem die Beseitigung der Kasernierung; 2. um die Umstellung von Kriegsmaterialfabriken; 3. um die Auslieferung der Reste nicht zugelassenen Materials; 4. um die Auslieferung von Dokumenten betr. den Bestand an Kriegsmaterial und die Produktion der Fabriken; 5. um den Erlaß von gesetzlichen Bestimmungen zum Verbot von Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial und zur Rekrutierung der Reichswehr gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrags (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 503–504, Anm. 7).

[79] Laut Art. 429 des Versailler Vertrag sollte die nördliche („Kölner“) Zone des Besatzungsgebiets im Falle deutscher Vertragserfüllung nach fünf Jahren geräumt werden (VERTRAG VON VERSAILLES S. 221), gerechnet vom Zeitpunkt der Ratifizierung also am 10. Januar 1925.

[80] Art. 213 des Versailler Vertrags verpflichtete Deutschland, jede vom Völkerbundsrat mit Mehrheit beschlossene Untersuchung zu dulden (ebd., S. 100).

Fristen für die Besatzung noch gar nicht zu laufen begonnen hätten.

(Sehr gut!)

Wir haben uns unsererseits bereit erklärt, über die bekannten fünf Punkte zu diskutieren und unsererseits auch das, was darin zum Ausdruck kommt, nach dem Vertrag zu erfüllen. Darüber hinaus eine weitere Kontrolle anzuerkennen, sind wir nicht in der Lage, und ich darf hier auch auf das verweisen, was ich wiederholt auch an anderer Stelle ausgeführt habe. Glaube man doch nicht, daß es lediglich eine Erfindung der deutschen Regierung ist, wenn sie darauf hingewiesen hat[81], daß sie die Kontrolle nicht habe vornehmen lassen, weil sie eine **Gefährdung der persönlichen Sicherheit** und des Lebens der **kontrollierenden Offiziere** nicht auf sich nehmen wolle. Ich habe nach der Vornahme der letzten Kontrollbesuche, obwohl sie, wie ich dankbar anerkenne, in einer Form sich vollzogen hat, die gewisse Schwierigkeiten beseitigte, beispielsweise auch von dem Herrn Staatspräsidenten von Württemberg[82] ein Schreiben erhalten, worin er darauf hinweist, daß es ihm bei der Stimmung der Bevölkerung nicht möglich erscheine, noch einmal die Gewähr für die Sicherheit der Kontrollierenden zu übernehmen.

(Hört! Hört!)

Aber nicht das ist das Entscheidende. Das Entscheidende ist, daß eine Abrüstung doch kein Vorgang ist, der sich in die Ewigkeit verlängern darf.

(Sehr gut!)

Eine Abrüstung wird vorgenommen und ist zu einem bestimmten Zeitpunkt beendet, und ist sie beendet, können auch diese Dinge nicht verewigt werden. Wir müssen deshalb darauf Wert legen, gegenüber den Maßnahmen, die uns hier anscheinend unter der Form eines zu ertragenden Garantiekomitees vorgetragen werden, unsere grundsätzliche Stellungnahme von vornherein klar zum Ausdruck zu bringen.

Meine Herren! Lassen Sie mich dann noch auf eine Frage eingehen, die gestern hier erörtert worden ist, namentlich in den Darlegungen, die Herr Kollege Kaas ge-

---

[81] So etwa in einem telegraphischen Erlaß Maltzans an die Botschaft Paris vom 9. November 1923 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 619–620).

[82] Johannes Hieber (1862–1951), württembergischer Staatspräsident 1920 – 5. April 1924; Mitglied des Reichstags 1921 – Mai 1924 (für die DDP). – Das nachfolgend erwähnte Schreiben Hiebers konnte nicht ermittelt werden. Vgl. jedoch zu Zwischenfällen bei einem Kontrollbesuch der Interalliierten Militärkontrollkommission in Stuttgart am 12. Januar 1924: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 205, Anm. 7; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 22 vom 13. Januar 1924.

macht hat[83]. Es handelt sich – ich möchte auch hier sagen – um die **außenpolitische Wirkung** von **Äußerungen,** die der Herr **General Ludendorff[84]** in dem **Prozeß in München[85]** gemacht hat, die die lebhaftesten Kommentare im Inland und Ausland hervorgerufen haben. Zwar müssen wir als Reichsregierung grundsätzlich ablehnen, Stellung zu allen Angriffen zu nehmen, die etwa von privater Seite gegen fremde Mächte gerichtet werden. Wenn ich jedoch von diesem Grundsatz hier abweiche, dann geschieht es wegen der überragenden Stellung, die General Ludendorff während des Weltkrieges eingenommen hat, die er auch in der öffentlichen Meinung der Welt heute noch einnimmt.

(Rufe links: Heute noch? Bei vernünftigen Leuten nicht mehr! – Lachen rechts.)

Der Herr General Ludendorff, dem unzweifelhaft in der öffentlichen Meinung der Welt eine große Bedeutung zukommt wegen der Stellung, die er im Weltkrieg gehabt hat – es ist ja töricht, das in irgendeiner Weise bestreiten zu wollen –, hat bei seiner Vernehmung im Münchener Prozeß gegen den Heiligen Stuhl den Vorwurf der grundsätzlichen Deutschfeindlichkeit erhoben. Die Reichsregierung kann eine derartige, sachlich vollkommen unberechtigte, in der Form verletzende Äußerung nur aufs tiefste bedauern und muß sie mit aller Entschiedenheit und mit aller Schärfe zurückweisen.

(Lebhafter Beifall im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Die Reichsregierung glaubt, wenn sie das tut, daß sie sich in Übereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes befindet.

(Lebhafter Beifall.)

Wir wissen das eine, daß der Heilige Stuhl in jahrelangen, unermüdlichen, von einem hohen Geist der Unparteilichkeit getragenen Bemühungen sich bestrebt hat, eine wahre Befriedung der Welt und eine Versöhnung der Völker herbeizuführen.

(Hört! Hört!)

---

[83] In seiner Reichstagsrede vom Vortag (vgl. oben Anm. 57).

[84] Erich Ludendorff (1865–1937), Erster Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung 1916–1918; Beteiligter am Hitler-Putsch 1923.

[85] Im seit dem 26. Februar 1924 vor dem Münchner Volksgericht geführten Hochverratsprozeß gegen Hitler und die übrigen Beteiligten des Putschversuchs vom 9. November 1923 hatte Ludendorff am 29. Februar 1924 in seiner Verteidigungsrede scharfe Angriffe gegen den Heiligen Stuhl und die katholische Kirche wegen ihrer angeblich antideutschen Politik, u.a. im Ersten Weltkrieg und im Zusammenhang mit dem Friedensschritt Papst Benedikts XV. im Jahr 1917, gerichtet (vgl. HITLER-PROZESS I,1, S. 254–285).

Das ist die Auffassung, die wir aus der Stellung des Heiligen Stuhles während des Krieges und nach dem Kriege bis in die Gegenwart hinein gewinnen konnten und gewinnen mußten.

Meine Herren! Die Reichsregierung ist von der mit diesen Tatsachen in Widerspruch stehenden Bekundung des Generals Ludendorff um so peinlicher berührt, als sie in einem Augenblick erfolgt ist, wo die Welt mit Befriedigung auf das karitative Wirken des Papstes[86] schaut, das insbesondere neben anderen notleidenden Völkern dem deutschen Volke in großem Maße zuteil geworden ist. Ich kann deshalb nur meinem tiefsten Bedauern darüber Ausdruck geben, daß es möglich war, in einer Situation wie der, in der das deutsche Volk heute steht, und in der wir doch wahrlich allen Anlaß haben, uns die Wenigen zu erhalten, die sich unparteilichen Geist auch uns gegenüber bewahrt haben,

(sehr wahr!)

derartige Angriffe zu erheben,

(Zustimmung in der Mitte)

und möchte bedauern, wenn man die Reichsregierung oder verantwortliche Stellen damit in Verbindung bringen wollte.

Meine Herren! Auf alle die anderen Fragen, die vielleicht noch zu erörtern sind, einzugehen, wird ja die weitere Debatte Gelegenheit geben, und es wird die Möglichkeit bestehen, auch in anderen Fragen, auf die Herr Dr. Helfferich eingegangen ist, sei es in amtlicher Form in der Öffentlichkeit oder auch sonst zu antworten. Ich kann das eine oder andere übersehen haben, möchte aber zum Schluß zusammenfassend sagen: Herr Dr. Helfferich, Sie haben vollkommen recht damit, daß nur eine **Volksgemeinschaft aller Deutschen** uns vor den schweren Erschütterungen bewahren kann, vor denen wir sicherlich noch weiter stehen. Diese Volksgemeinschaft wird sich dann am ehesten offenbaren, wenn wir nicht in einen Wahlkampf hineingehen[87], in dem sich die einzelnen zerfleischen, sondern in dem man mindestens die Auffassung in bezug auf Außenpolitik vertritt, daß gerade solche Zeiten dazu geeignet sein müßten, innere Widerstände zurückzustellen und eine einheitliche Front nach außen herbeizuführen.

---

[86] Pius XI. (1857–1939), Papst 1922–1939.

[87] Der Termin für die bevorstehende Reichstagswahl war noch nicht endgültig festgelegt (vgl. die Ministerbesprechung vom 6. März 1924 und die Besprechung mit führenden Reichstagsabgeordneten der Regierungsparteien vom gleichen Tag in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 433–436 u. 436–438).

(Lebhaftes Bravo bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)

Wenn Sie bei einer solchen Stellungnahme zur Volksgemeinschaft auch dem Gedanken Rechnung tragen, die Autorität der Regierung mit anzuerkennen und die Situation, in der sie steht und die für sie auch maßgebend ist bei dem, was sie unternimmt, mit zu betrachten, dann werden Sie auch dazu beitragen, den wahren Geist der Volksgemeinschaft zu schaffen, der uns allein die Möglichkeit gibt, in schwerer Arbeit des ganzen Volkes ein Stück politischen Erfolges zu erreichen.

(Stürmischer Beifall bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)

Rede auf dem Landesparteitag der DVP in Braunschweig vom 7. März 1924[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 353.

Nur auf der Basis der Volksgemeinschaft kann ein Deutschland der Zukunft geschaffen werden.

Für uns stehen im Vordergrund die Gedanken der Volksgemeinschaft, der Verantwortlichkeit und des Nationalen. Wir können nur die Grundlage für ein Deutschland der Zukunft schaffen, und das läßt sich nur durch treue, werktägige Arbeit schaffen, vereint mit allen Volksgenossen, die es ehrlich meinen mit ihrem Vaterlande. Ich kenne nur **ein** Volk, nur **eine** Ehre, nicht eine Pistolenehre für die einen und eine geringere Ehre für die anderen. Unser Volk kann nur den Weg in die Höhe gehen, wenn es den Weg gemeinschaftlich gehen will, und wer den Weg vaterländischer Pflichterfüllung gehen will, wird uns an seiner Seite finden[2].

[1] Nach den Erläuterungen des Herausgebers von STRESEMANN, Vermächtnis (I, S. 353) hielt Stresemann diese Rede auf dem Landesparteitag der DVP; angesichts der bevorstehenden Auflösung des Reichstags und der Neuwahlen kann sie als Wahlrede angesehen werden. – Aus einem Bericht der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21370 (Morgenausgabe) vom 9. März 1924, S. 7 (vgl. die folgende Anm.), geht hervor, daß es sich bei der Druckvorlage um eine gekürzte Fassung handeln muß.

[2] Der Zeitungsbericht (ebd.) lautet: „Reichsaußenminister Dr. Stresemann hielt auf dem Landesparteitag der deutschen Volkspartei in Braunschweig eine Rede, in der er ausführte, Deutschland werde in kurzer Zeit ein neues Reichskabinett haben, da das stürmische Begehren des Volkes es verlangt. Aber jede Politik werde Kompromißpolitik sein und bleiben müssen. Eine Verständigung mit Frankreich sei zwar sehr schwer, aber Deutschland werde untergehen, wenn die Verständigung nicht gelingt. Jeder Reichskanzler werde diese Verständigung suchen müssen, und es sei unmöglich, das zu tun, was vielfach als äußerste Konsequenz bezeichnet worden sei. Man müsse sich auf eine Geschäftskontrolle einstellen, allerdings auf der anderen Seite politische Kontrolle als unerträglich ablehnen.“

Reichstagsrede vom 10. März 1924[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12695–12696. – Druck auch in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 324–326. – Teildrucke (mit leichten Abweichungen) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 120 (Morgenausgabe) vom 11. März 1924; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21372 (Abendausgabe) vom 12. März 1924, S. 26.

Weist die Vorwürfe Freytagh-Loringhovens zurück, seine Familie sei an tschechoslowakischen Unternehmen beteiligt und er deswegen in seiner Außenpolitik durch persönliche finanzielle Interessen geleitet.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! In einer der letzten Sitzungen des Reichstages habe ich mich gegen Ausführungen gewandt[2], die Herr Professor **v. Freytag-Loringhoven[3]** in Breslau in einer **Versammlung in Waldenburg[4]** gemacht hat. Meine Kritik bezog sich auf die Behauptung des Herrn v. Freytag-Loringhoven, daß mein Schwiegervater[5] an einer tschechisch-slowakischen Waffenfabrik beteiligt sei und daß ich vielleicht unbewußt unter dem Einfluß dieser Tatsache stände.

Herr Professor v. Freytag-Loringhoven hat nun an mich einen Brief gerichtet[6], der auch in der Presse veröffentlicht worden ist, worin er der Erwartung Ausdruck gibt, daß ich an derselben Stelle, an der ich die Kritik gegen ihn geübt hätte, diese Kritik seiner Person zurücknehme. Ich komme dem Wunsche des genannten Herrn, auch an dieser Stelle auf seine Gegendarlegungen einzugehen, nach und möchte dazu folgendes erklären:

Herr v. Freytag-Loringhoven bezieht sich darauf, daß der **„Völkische Beobach-**

---

[1] Laut Reichstagsprotokoll (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12695) handelt es sich um eine „persönliche Bemerkung“ Stresemanns, die er vor dem Eintritt in die Tagesordnung abgab.

[2] In seiner Reichstagsrede vom 6. März 1924 (vgl. diese Edition).

[3] So hier und im Folgenden in der Vorlage. Gemeint ist Axel Freiherr von Freytagh-Loringhoven (1878–1942), Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1945 (für die DNVP 1924–1933, als „Gast des Reichstags“ 1933–1942).

[4] So in der Vorlage. Vermutlich bezieht sich das „in Breslau“ darauf, daß Freytagh-Loringhoven zu dieser Zeit Professor der Rechte in Breslau war, die Ausführungen jedoch in Waldenburg machte.

[5] Adolf Kleefeld, Industrieller. – Zu seiner angeblichen Aktienbeteiligung an den tschechischen Skoda-Werken vgl. auch STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 322–324.

[6] Er konnte nicht ermittelt werden.

ter“[7] im Herbst 1923 behauptet hat, daß mein Schwiegervater Hauptaktionär der tschechisch-slowakischen Skoda-Werke sei, an denen zugleich französisches Kapital beteiligt wäre. Er – Herr v. Freytag-Loringhoven – habe in öffentlichen Versammlungen wiederholt gegen mich polemisiert, weil ich der Vertreter einer wirtschaftlichen Auffassung politischer Fragen sei und glaubte, auch mit Frankreich zu einer Verständigung kommen zu können, und habe erklärt, das sei eine Auffassung, die sich aus der internationalen Verflechtung der Industrie erkläre. Typisch für diese Verflechtung sei der Fall meines Schwiegervaters, der als deutscher Reichsangehöriger einer der Hauptaktionäre der tschechisch-slowakischen Skoda-Werke sei, an denen zugleich französisches Kapital beteiligt wäre. Er, v. Freytag-Loringhoven, habe ausdrücklich hervorgehoben, daß darin keine gegen mich gerichtete Verdächtigung liege.

(Hört! Hört! und Heiterkeit bei der Deutschen Volkspartei, in der Mitte und links.)

Er wolle in dieser Richtung nicht mißverstanden werden und betone deshalb ausdrücklich, daß er jeden Gedanken daran abweise, als könnte ich mich in meiner Politik durch diese Tatsache beeinflussen lassen.

(Hört! Hört! und Heiterkeit bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)

Dem Einfluß der Denkweise seiner Umgebung könne sich jedoch niemand entziehen,

(erneute Heiterkeit)

und deshalb wäre es begreiflich, daß ich trotz des Ruhreinbruches immer noch an die Möglichkeit einer Verständigung mit Frankreich auf wirtschaftlicher Grundlage glaubte.

Gegenüber dieser Darlegung des Herrn v. Freytag-Loringhoven habe ich folgendes zu bemerken:

Ich habe den Angriff im „Völkischen Beobachter“ nicht gelesen, und es ist mir auch nicht bekannt, daß er vor der Agitation des Herrn v. Freytag-Loringhoven in der Presse Verbreitung gefunden hat. Zur Tatsache möchte ich aber bemerken, daß mein Schwiegervater, der angebliche Hauptaktionär der Skoda-Werke, seit über 20 Jahren tot ist,

(lebhafte Rufe: hört! hört!)

[7] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

daß er niemals an einer ausländischen Waffenfabrik beteiligt gewesen ist

(hört! hört!)

und daß auch im Besitz meiner Familie oder der Familie meiner Gattin nicht eine einzige Aktie der Skoda-Werke sich befindet.

(Hört! Hört!)

Die ganze Behauptung ist, wie sich daraus ergibt, vollkommen aus den Fingern gesogen.

Zu den Ausführungen des Herrn v. Freytag in Waldenburg bemerke ich noch, daß mir von einem Industriellen aus Schlesien[8] die Äußerung des Herrn v. Freytag-Loringhoven in der Versammlung in Waldenburg folgendermaßen wiedergegeben wird:

„Bismarck[9] habe seinerzeit russische Papiere besessen, diese aber verkauft, um sich in seiner Außenpolitik dadurch nicht gebunden zu fühlen. Der Schwiegervater von Stresemann besitze dagegen Anteile an tschechischen Waffenfabriken (Skoda-Werke), Schneider-Creuzot[10] habe ebenfalls Anteil an diesen Werken. Es liege also nahe, daß auch Stresemann, vielleicht unbewußt, sich durch diese Beziehungen in seinem Verhalten gegenüber Frankreich innerlich gebunden fühle.“

(Lebhafte Rufe: Pfui! bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)

Wenn Herr v. Freytag-Loringhoven erklärt, er habe nicht die Absicht gehabt, mich durch seine Darlegungen zu verdächtigen, so möchte ich die Gegenfrage stellen, warum er in mehreren öffentlichen Versammlungen fortgesetzt auf diese angebliche Verbindung von mir mit den Skoda-Werken eingegangen ist.

(Sehr richtig!)

Herr v. Freytag-Loringhoven bezieht sich zu seiner Verteidigung lediglich darauf, daß diese Notiz im „Völkischen Beobachter“ gestanden hätte. Ich hatte bisher angenommen, daß ein deutscher Universitätsprofessor Behauptungen, die er in der Öffentlichkeit aufstellt, anders begründet als mit solchen Zeitungsnotizen.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich glaube deshalb durchaus berechtigt gewesen zu sein, mich gegen diese Verdächtigungen hier im Reichstag zu wehren.

---

[8] Welcher Industrielle gemeint ist, konnte nicht ermittelt werden.

[9] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[10] Gemeint ist die französische Stahl- und Waffenfabrik Schneider in Le Creusot.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)

Ich habe um so mehr Veranlassung dazu, als diese Verdächtigungen bereits in deutsche Wochenzeitungen ins Ausland gegangen sind,

(hört, hört!)

und dort zur Aufhetzung der Deutschen im Ausland gegen die deutsche Reichspolitik und gegen die Mitglieder der Reichsregierung geführt haben.

(Pfuirufe bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn Herr v. Freytag-Loringhoven erklärt, es habe ihm ferngelegen, irgendwie daran zu denken, daß ich mich durch diese Beziehungen irgendwie beeinflussen ließe, so muß ich demgegenüber erklären, daß derjenige, der seine Ausführungen las, zu keiner anderen Auffassung kommen konnte, als daß damit eine solche Verdächtigung gemeint sei.

(Sehr wahr! in der Mitte.)

Ich bin deshalb nicht in der Lage, die von mir gemachte Kritik zurückzunehmen.

(Lebhaftes Bravo bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)[11]

[11] Laut NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 37 vom 13. März 1924, veröffentlichte der DNVP-Abgeordnete Lind, der offenbar ähnliche Vorwürfe gegen Stresemann in der Öffentlichkeit verbreitet hatte (vgl. in dieser Edition die Reichstagsrede Stresemanns vom 6. März 1924), in der „Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei“ eine Klarstellung, wonach er die entsprechenden umlaufenden Nachrichten über die Verwicklung Stresemanns bzw. seines Schwiegervaters mit ausländischen Unternehmungen lediglich als ein umlaufendes Gerücht referiert habe.

Rede im Haushaltsausschuß[1] des Reichstags vom 12. März 1924

Nach STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 387–389.

Rekapituliert die Entstehungsgeschichte des Plans für die Golddiskontbank. Die Sachverständigen-Ausschüsse konnten dabei nicht umgangen werden.

Die Frage der Golddiskontbank[2] ist von Herrn Dr. Schacht[3], nachdem er zum Reichsbankpräsidenten ernannt worden war, sofort in die Hand genommen worden, ehe noch das Sachverständigenkomitee[4] seine Arbeiten aufgenommen hatte[5]. In

[1] In der Druckvorlage wird die Rede im „Reichstags-Hauptausschuß" lokalisiert. Es handelt sich dabei um einen Anachronismus: In „Hauptausschuß" hatte sich im Ersten Weltkrieg (seit 1916) der Haushaltsausschuß des Reichstags umbenannt und bis zum Kriegsende die Aufgaben des nur noch gelegentlich zusammentretenden Reichstagsplenums übernommen; in der Zeit der Weimarer Republik gab es jedoch keinen „Hauptausschuß" des Reichstags, auch wenn weiterhin gelegentlich diese Bezeichnung für den Haushaltsausschuß benutzt wurde. – Tatsächlich tagte am 12. März 1924 der Haushaltsausschuß und schlug dem Reichstag vor, den Gesetzentwurf zur Golddiskontbank (s. die folgende Anm.) anzunehmen (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 7948 [Drucks. Nr. 6612]). – Zu den Beratungen des Haushaltsausschusses vgl. auch die Berichterstattung in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21374 (Morgenausgabe) vom 13. März 1924, S. 5, die sich wohl auf den Verlauf vor der Rede Stresemanns bezieht: „Der Gesetzentwurf über die Goldkreditbank sollte heute vormittag im Ausschuß des Reichstages beraten werden. Es war in Aussicht genommen, sofort in die Beratung einzutreten. Dies machte aber der deutschnationale Abgeordnete Dr. Helfferich unmöglich, indem er eine Geschäftsordnungsdebatte entfesselte, die mehr als zwei Stunden in Anspruch nahm. Der Vorstoß, den der Abgeordnete Helfferich gegen die Goldkreditbank unternahm, machte die Anwesenheit aller zuständigen Reichsminister erforderlich. Sie wurden herbeigeholt und betonten mit allem Nachdruck die Wichtigkeit der Vorlage und die Notwendigkeit ihrer eiligen Verabschiedung, worauf dann endlich, nachdem mehrere Stunden kostbarer Zeit verloren waren, in die fachliche Beratung eingetreten werden konnte. […]" – Zu Helfferichs sachlichen Einwänden vgl. auch AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 459, Anm. 3.

[2] Aus den Beratungen der Sachverständigen-Ausschüsse war früh bekannt geworden, daß deren Vorschlag die Errichtung einer deutschen Goldnotenbank unter internationaler Beteiligung umfassen würde. Einschlägige Pläne wurden bereits Mitte Januar 1924 in der Presse veröffentlicht (vgl. etwa NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21317 [Morgenausgabe] vom 15. Januar 1924, S. 5). – Nachdem Schacht dem Haushaltsausschuß des Reichstags am 8. März 1924 Bericht erstattet hatte über die geplante Goldnotenbank (vgl. ebd., Nr. 21370 [Morgenausgabe] vom 9. März 1924, S. 5–6; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 117 [Abendausgabe] vom 8. März 1924), lag dem Reichstag inzwischen ein Gesetzentwurf für die Errichtung der Golddiskontbank vor (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 380, Drucks. 6594 [mit eigener Seitenzählung]); er wurde am 11. März 1924 dem Haushaltsausschuß zur Beratung überwiesen (ebd., Bd. 361 S. 12732; vgl. auch AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 438–441 mit den dazugehörigen Anm.).

[3] Hjalmar Schacht (1877–1970), Reichswährungskommissar 12. November 1923 – 19. Oktober 1924; Reichsbankpräsident 22. Dezember 1923 – 1930 u. 1933–1939; zugleich Reichswirtschaftsminister 1934–1937; Reichsminister ohne Portefeuille 1937–1943.

[4] Gemeint ist der 1. Sachverständigen-Ausschuß, der nach der Einsetzung durch die Reparationskommission am 14. Januar 1924 seine Arbeit aufgenommen hatte. Seitdem tagte er zunächst in Paris, wo er u.a. den von der Reichsregierung entsandten Reichsbankpräsidenten Schacht anhörte (vgl. dazu u.a. seine Erinnerungen: SCHACHT, S. 103–106), weilte vom 29. Januar bis 13. Februar 1924 in Berlin und kehrte anschließend nach Paris zurück.

einer Unterredung, die ich mit dem Herrn **englischen Botschafter**[6] hatte, wurde es als wünschenswert erachtet, daß der Herr Reichsbankpräsident sofort nach seiner Ernennung mit der Bank von England Fühlung nehme, wie ja immer zwischen der Reichsbank und der Bank von England sehr gute Beziehungen bestanden haben. Bei dieser Gelegenheit ist dann auch das, was jetzt als „Golddiskontbank“ bezeichnet wird, im wesentlichen besprochen worden, und das Projekt war schon so weit, wie es jetzt vorliegt. Da kamen die Sachverständigenberatungen und die Berufung des Herrn Dr. Schacht nach Paris vor die Sachverständigen. Diese Aufforderung, vor den Sachverständigen Aufklärungen über seine Pläne zu geben, haben wir nicht als Plus aufgefaßt, sondern dadurch ist die Sache nur um Wochen verschoben worden.

Wir haben uns darüber unterhalten, ob es überhaupt notwendig wäre, uns mit den Experten darüber zu verständigen, oder ob wir die Sache nicht auch gegen ihren Willen machen sollten. Der Governor der Bank von England[7] hat es aber als wünschenswert bezeichnet, den Sachverständigen das Projekt mitzuteilen, da die Sachverständigen ein anderes Projekt hätten und da es notwendig wäre, eine Einigung zwischen den Sachverständigen und dem Reichsbankpräsidenten zu erzielen. Wir durften uns diesen Wünschen der Bank von England nicht entgegenstellen. Ich erinnere mich noch sehr gut der Unterredung mit Herrn Dr. Schacht[8] und seiner Erregung darüber, daß die ganze Sache hingezogen würde, und er befürchtete auch Bestrebungen, die Sache überhaupt zu sabotieren.

Bei diesen Verhandlungen ist nun auch die Frage erörtert worden, ob eine solche Goldnotenbank überhaupt notwendig sei, ob nicht die ganzen Fragen, um die es sich hier handelt, zu lösen seien durch das, was unter dem Namen der **„Reparationsbank“** von den Herren vorgeschlagen werde, was übrigens bisher eine feste Gestalt noch nicht angenommen hat. Jedenfalls gehen die Ansichten unter den Sachverständigen über die Aufgaben der Reparationsbank noch sehr auseinander, ja selbst über die Notwendigkeit einer solchen Reparationsbank besteht unter den Sachverständigen keine Übereinstimmung. Die Herren haben die Idee vertreten, daß eine

---

[5] Zu Schachts Verhandlungen vgl. dessen zusammenfassenden Bericht in den beiden Ministerbesprechungen vom 7. März 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 438–441, 444–445; vgl. dazu auch die Aufzeichnung Stresemann in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 386–387, sowie die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Simon in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 489–490.

[6] Edgar Vincent [ab 1926: Viscount] d’Abernon (1857–1941), britischer Botschafter in Berlin 1920–1926. – Zu der angeführten Unterredung konnte nichts ermittelt werden.

[7] Montagu Collet Norman (1981–1950), Gouverneur der Bank of England 1920–1944.

[8] Welche Unterredung Stresemann hier meint, konnte nicht ermittelt werden.

solche Golddiskontbank nicht notwendig sei. Herr Dr. Schacht hat demgegenüber erklärt, man wisse nicht, ob und wann die Beratungen der Sachverständigen zu Ende sein würden, ob und wie die Beschlüsse der Sachverständigen von der Reparationskommission dann die Zustimmung der Regierung finden würden. Sie werden sich entsinnen, daß damals – ich glaube, ich irre mich nicht, daß es damals war –, als die Sachverständigen Berlin verließen[9], wir von ihnen einen Beschluß extrahiert haben, daß die Bestrebungen zur Schaffung der Golddiskontbank ohne Rücksicht auf den etwaigen weiteren Verlauf der Beratungen der Sachverständigen fortgesetzt werden würden.

So sind die Dinge gegangen; wir hätten die Unterstützung der Bank von England nicht bekommen, wenn wir uns auf den Standpunkt gestellt hätten, das sei eine Frage, die die Sachverständigen nichts angehe. Das wäre auch ganz unmöglich gewesen, nachdem wir uns bereit erklärt hatten, mit den Sachverständigen das ganze Währungsproblem zu erörtern.

In dem Augenblick, wo uns der Bericht des Sachverständigenausschusses vorliegt, werden wir uns darüber entscheiden müssen, ob für uns ein wirtschaftlicher oder politischer Vorteil darin liegt, den Vorschlägen des Sachverständigenausschusses zuzustimmen, sie anzunehmen. Ich darf Ihnen auch sagen, daß mir von dem Botschafter einer Großmacht[10] gesagt worden ist, wenn wir den Report der Sachverständigen bekämen, möchten wir uns sofort mit ihren Vorschlägen einverstanden erklären, um **Frankreich** eventuell zu **isolieren.** Ich habe selbstverständlich erklärt, das sei ausgeschlossen, daß die deutsche Regierung einem Bericht, den sie noch nicht kenne, ihre Zustimmung geben könne; sie müsse vielmehr auch dem Sachverständigenkomitee gegenüber ihre volle Freiheit der Entschließung bewahren.

Ob wir in der Reparationsbank ein Instrument haben, das uns wünschenswert erscheinen läßt, die Golddiskontbank zu liquidieren oder sie in die Reparationsbank überzuführen, ist eine Frage, die zu entscheiden sein wird, wenn das Projekt vorliegt.

---

[9] Zum Abschiedsbesuch Dawes' und der übrigen Mitglieder der 1. Sachverständigen-Ausschusses bei Marx vgl. u.a. die Berichte in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 75 (Abendausgabe) vom 13. Februar 1924; Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21346 (Morgenausgabe) vom 14. Februar 1924, S. 5; Wiener REICHSPOST, Nr. 44 vom 14. Februar 1924, S. 1; sowie das knappe Erinnerungsfragment in MARX I, S. 320–321.

[10] Es konnte nicht ermittelt werden, wer hier gemeint ist.

Rede in Wien vom 20. März 1924[1]

Nach NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21382 (Morgenausgabe) vom 21. März 1924, S. 4. – Druck auch in WIENER ZEITUNG, Nr. 68 vom 21. März 1924, S. 2. – Teildrucke in REICHSPOST, Nr. 80 vom 21. März 1924, S. 4; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 370–371; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 139 (Abendausgabe) vom 21. März 1924.

Ein Besuch in Wien ist ein Besuch bei deutschen Brüdern, mit denen man die gemeinsame Krise geteilt hat und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft hegt. Ein Volk darf nicht vom Materialismus dominiert werden.

Gestatten Sie mir, meine Herren, zugleich im Namen des Reichskanzlers[2] für die Worte der Begrüßung zu danken, die an uns gerichtet worden sind, und auf deutschem Boden Ihnen die Grüße aus der Heimat zu überbringen. Wir sind gern nach Wien gekommen. Es ist das erstemal seit dem unglücklichen Ausgange des Krieges, daß ein deutscher Reichskanzler und ein deutscher Minister des Aeußern einen offiziellen Besuch im Auslande machen, wie man wohl früher zu sagen pflegte, einen Besuch bei einer fremden Nation. Wir haben den Besuch in dem Gedanken gemacht, **nicht bei einer fremden Nation zu sein.** Wir sind seit dem Augenblicke, wo wir auf Wiener Boden erschienen sind, stets in dem Gedanken gewesen, **daß wir bei unseren deutschen Brüdern sind** (lebhafte Zustimmung) und daß uns hier Gefühle entgegenschlagen, die uns sagen, daß der **geistige Zusammenhang nicht zerstört werden kann und je stärker die Not, desto größer sind die Bande der Zusammengehörigkeit.** Wir haben schwere Stunden erlebt, sowohl die Brüder in Oesterreich als die im Deutschen Reiche. Wir haben schwere Wege gehen müssen, um

[1] Stresemann weilte zusammen mit Reichskanzler Marx und einer deutschen Delegation vom 19. bis 21. März 1924 in Wien. Die Rede (von der die Vorlage offenbar nur einen Teil überliefert) hielt er bei einem Empfang, den der deutsche Gesandte Pfeiffer gab, nach dessen Begrüßung der Gäste (darunter auch des Reichskanzlers Marx) er das Wort ergriff (vgl. die Berichterstattung in der Vorlage sowie WIENER ZEITUNG, Nr. 68 vom 21. März 1924, S. 2; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 139 [Abendausgabe] vom 21. März 1924 [nach deren Angaben auch der Komponist Richard Strauß zu den Gästen zählte]).

[2] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926). – Sein Erinnerungsfragment über den Wien-Besuch und die dort geführten Gespräche: MARX I, S. 336.

aus dem Elend herauszukommen. Wir haben das beste gegeben, das ein Volk in einem unheilvollen Krieg geben kann. Wir haben das Blut von Millionen gegeben für die Freiheit unseres Landes. Aber die Jahre nach dem Krieg haben uns noch schwerere Opfer auferlegt. Sowohl Sie in Oesterreich als auch wir im Deutschen Reiche sind **niedergesunken unter der Last des Krieges.** Das schwerste Problem, das uns auferlegt wurde, war der **Währungsverfall**[3] und der **Niederbruch des geistigen Deutschtums** und die **Proletarisierung des geistigen Mittelstandes.** Wehe dem Lande, das keine geistigen Führer mehr hat und das nicht mehr imstande ist, geistige Führer heranzubilden. **Wehe dem Lande, das den großen Gedanken der Geistigkeit verfallen läßt.** (Lebhafte Zustimmung.) Nirgends sind wir uns mehr bewußt geworden, was geistiges Leben bedeutet, als hier auf Wiener Boden. Wir sind Söhne **eines** Volkes; wir sind aber auch ein Volk des **Materialismus** geworden in höherem Maße, als es notwendig gewesen wäre. Wir haben von dem, was wir einst waren, von dem Volke der Denker und Dichter, viel verlernt. **Wir haben zu viel von Baumwolle, Petroleum** und **Kohle gesprochen** und haben dabei vergessen, von **Haydn**[4]**, Mozart**[5]**, Beethoven**[6] und **Kant**[7] zu sprechen, die die geistigen Führer des deutschen Volkes waren, weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus.

International wird nur der wirken, der **national** denkt. Wer aber so in seiner Nation aufgeht und deren Größe in sich aufnimmt wie wir, wird auch **für den Geist eines fremden Landes vorbildlich** wirken. So haben auch bei uns die Größen unseres Geistes den Begriff des Deutschtums weitergetragen. Wenn wir Reichsdeutsche so gern nach Wien kommen, so geschieht dies deshalb, weil eine **so große Sehnsucht der deutschen Seele uns hieher treibt,** wo uns auf Schritt und Tritt die wundervollen Bauten des unvergleichlichen Wiens und die Pflege der Kunst grüßen. **Es gibt ein gutes Gemisch: Norddeutschland plus Wien, dividiert durch zwei.**

Wir haben schwere Erschütterungen ausgehalten, Sie in Deutschösterreich und wir im Deutschen Reich. Wir haben heute die **Empfindung, daß wir einer besseren**

---

[3] Österreich war im Oktober 1922 durch eine Völkerbundanleihe vor dem drohenden Staatsbankrott gerettet worden. Ausführliche Dokumentation dazu in: AUSSENPOLITISCHE DOKUMENTE DER REPUBLIK ÖSTERREICH IV. – Zur Entwicklung der deutschen Hyperinflation im Herbst 1923 vgl. etwa die Tabelle in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1218–1219.

[4] Joseph Haydn (1732–1809), österreichischer Komponist.

[5] Wolfgang Amadeus Mozart (1756–1791), österreichischer Komponist.

[6] Ludwig van Beethoven (1770–1827), deutscher Komponist.

[7] Immanuel Kant (1724–1804), deutscher Philosoph.

Zukunft entgegengehen. Wenn Bundeskanzler Doktor **Seipel**[8] heute davon gesprochen hat, daß heute der letzte Tag des Winters und morgen Frühlingsanfang ist, so hoffen auch wir, **daß es doch einmal einen Frühlingsanfang für Deutschland geben** möge. Wir haben es gewiß verdient. Wir haben keine **Ursache, unser Haupt gesenkt zu tragen, als ob wir eine Schuld auf uns geladen hätten.** Wir haben dasselbe Recht auf Achtung wie jedes andere Volk. Wehe dem Deutschen, der glaubt, daß er sein eigenes Volk und die Vergangenheit und seine Geschichte nicht so achten muß, wie er es vor seinem Gewissen und vor den kommenden Generationen zu verantworten hat. Wir wollen hoffen, daß das Werk der **Sanierung,** das wir hier vor unseren Augen gesehen haben, das Werk der schweren Gesundung eines Volkes auch uns gelingen möge, die wir wissen, daß es nicht ohne Opfer vor sich gehen wird.

An Sie, die Mitglieder der reichsdeutschen Kolonie in Wien, richte ich die Bitte, Verständnis zu haben für die Politik, die wir im Reiche führen müssen. Wir müssen **schrittweise vorgehen,** um einmal die Grundlagen zu schaffen für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft und für den Wiederaufbau eines geistigen Deutschland. Haben Sie Verständnis für diese Arbeit und glauben Sie uns, daß in unseren Reihen jeder einzelne, unbeschadet seiner Partei, nur das eine Verlangen hat: **Deutschland wieder groß zu sehen.** Deutschland wieder gesund zu machen und ihm jene Zukunft zu geben, auf die es ein Anrecht nach der Geschichte hat. Unsere erste Aufgabe ist es, **unsere Deutschen frei zu machen an der Ruhr, am Rhein und in der Pfalz,** damit wenigstens jene Rechte, die uns der Vertrag[9] einräumt, zur Geltung komme. (Lebhafte Zustimmung und Heil-Rufe.) Niemals hat der Feind uns mehr geschadet, als wir uns selbst durch Uneinigkeit geschadet haben. Wenn wir nicht lernen, den **Parteigeist zu überwinden** und in dem deutschen Bruder zuerst den Deutschen zu suchen und nicht zu fragen, ob er dieselbe Parteifarbe trägt wie wir, so haben wir kein Recht auf eine gute Zukunft. Die Zukunft eines Volkes baut sich nicht nur auf wirtschaftliche Dinge, sondern auch auf die **Seelengemeinschaft** auf[10].

---

[8] Ignaz Seipel (1876–1932), österreichischer Bundeskanzler 31. Mai 1922 – 20. November 1924, 20. Oktober 1926 – 4. Mai 1929. – Zum Wortlaut seines Trinkspruch während eines vorangegangenen Abendessens für die Gäste vgl. die Wiener REICHSPOST, Nr. 80 vom 21. März 1924, S. 4; die WIENER ZEITUNG, Nr. 68 vom 21. März 1924, S. 1.

[9] Gemeint ist der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919; Text im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[10] In der Vorlage (NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21382 [Morgenausgabe] vom 21. März 1924, S. 4) folgt als Paraphrase: „Dr. Stresemann schloß mit der Hoffnung, daß der heutige Besuch des deutschen Reichskanzlers und des deutschen Ministers für Aeußeres in Wien dazu beitragen werde, die See-

lengemeinschaft zwischen Oesterreich und Deutschland noch inniger zu gestalten. Den Worten des Ministers folgten stürmische Heilrufe. Die Musikkapelle intonierte das Lied ‚Deutschland, Deutschland über alles', das von allen Anwesenden mit Begeisterung mitgesungen wurde. […]"

Rede auf einer DVP-Versammlung in Darmstadt am 23. März 1924[1]

DARMSTÄDTER TAGBLATT, Nr. 84 vom 24. März 1924, S. 1.

Außenpolitisch muß Deutschland das Bild nationaler Einheit bieten, weil ein waffenloses Volk nur durch die Volksgemeinschaft stark wird. Die Forderung nach Zerreißung des Versailler Vertrags ist unverantwortlich. Wehrt sich gegen den Vorwurf, die Regierung unternehme nichts in der Kriegsschuldfrage. Das Engagement der USA in der Reparationsfrage zeigt die gewandelte Einstellung gegenüber Deutschland. Die Bedeutung der Goldnotenbank. Verteidigt die Innenpolitik der DVP und insbesondere die Große Koalition mit ihren Erfolgen im Kampf gegen Kommunismus, Inflation und Separatismus.

Das kommende Jahr bringt nicht nur für das deutsche Volk, es bringt fast für die ganze zivilisierte Welt wichtige Entscheidungen, die die Weltpolitik sehr stark beeinflussen werden. In England haben die Wahlen stattgefunden mit dem Resultat, daß zum erstenmal eine Regierung der Arbeiterpartei ans Ruder kam[2]. In Frankreich und Italien stehen die Wahlen noch aus, ebenso wie bei uns[3]. Wir sollten, wenn wir jetzt in den Wahlkampf eintreten und demnächst zur Wahlurne schreiten, nie vergessen, daß **die diesmaligen Wahlen von weltpolitischer Bedeutung** sind. (Sehr wahr!) Wenn das alles auch im Vordergrund des Interesses steht, so ist für uns doch von gleich starkem Werte **die deutsche Innenpolitik.** Auch sie hat einschneidendste Bedeutung gehabt und steht auch bei den kommenden Wahlen vor entscheidenden Beschlüssen.

---

[1] Die Vorlage leitet ihren Artikel ein: „Auf Veranlassung der Deutschen Volkspartei fand gestern vormittag in der Turnhalle am Woogsplatz eine große öffentliche Versammlung statt, die weitaus überfüllt war.“ Nach der Paraphrase von Begrüßungsworten des hessischen DVP-Vorsitzenden Dingeldey fährt sie fort: „Reichsaußenminister Dr. Stresemann, mit lebhaftem Händeklatschen begrüßt, führte etwa aus:“ – Eine Zusammenfassung der Rede auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 143 (Abendausgabe) vom 24. März 1924.

[2] Infolge der Unterhauswahlen vom 6. Dezember 1923 (Wahlergebnisse in SCHULTHESS 64 [1923], S. 288) war am 23. Januar 1924 die Labour Party mit einer Minderheitsregierung unter dem Premierminister Ramsay MacDonald an die Macht gekommen.

[3] Der Termin für die Wahl zur französischen Abgeordnetenkammer war für den 11. Mai 1924 angesetzt (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 138 [Morgenausgabe] vom 21. März 1924), der Termin für die Kammerwahlen in Italien für den 6. April 1924. – Am 14. März 1924 hatte Reichspräsident Ebert durch Verordnung die Neuwahl des Reichstags für den 4. Mai 1924 anberaumt (REICHSGESETZBLATT 1924 I, S. 257).

So lange wir in Deutschland nicht die Zwei-Parteien-Konstellation haben, wird es bei uns nichts anderes geben können, als eine Politik der Kompromisse. Gewiß gibt es für jede Partei durchaus gewichtige Grundsätze, um die schwer und ernst gekämpft werden muß und darf. In dem Augenblick aber, wo wir **außenpolitisch** vor so schwer wiegenden Entscheidungen stehen, müssen all diese Dinge zurückgestellt werden. **Müssen wir** nach außen hin nicht etwa **das Bild** innerer Zerrissenheit geben, sondern das Bild **geschlossener nationaler Einheit.** (Lebh. Bravo!) Die einzigen Siege, die das deutsche Volk errungen hat, waren die Siege der Volkseinheit in den großen Abstimmungen. Ich habe nie unterlassen, besonders dem Auslande gegenüber immer wieder darauf hinzuweisen, daß das von unendlich großer Bedeutung ist. Daß es viel leichter ist, sich in Zeiten der Ruhe und des Wohllebens zum Vaterland zu bekennen, als in Zeiten der Verarmung, der Zerstückelung, da Lockungen mächtiger Feinde am Werke sind, uns auseinanderzureißen. Hier hat sich in den Abstimmungen der feste Wille zur nationalen Einheit gezeigt.

Das sollte uns immer Vorbild sein. Die große Idee muß die sein, die Parteien **zusammenzuführen,** nicht sie gegeneinander aufzuhetzen, sich gegenseitig bekämpfen. (Sehr richtig!). Ich selbst habe nun in vier Ministerien der Reichsregierung mitgearbeitet[4]. Gewiß, wir alle haben oft unter dem Eindruck gestanden, daß wir **Sisyphusarbeit** leisten, daß wir immer wieder vergeblich eine **Lösung des Reparationsproblems** und der übrigen wichtigen Probleme suchen. Aber was hätte es uns gefrommt, einfach zu sagen, wir werfen nunmehr alles hin, es ist zwecklos. Das wäre natürlich einfacher gewesen; aber war es nicht unsere Pflicht, immer wieder zu versuchen, einen Ausweg zu finden, der unsere Existenz sicherte, uns zum mindesten ein Weiterleben ermöglichte. (Sehr richtig!) Gewiß wäre es leichter gewesen, eine Entscheidung durch die Waffen anzurufen. Aber wäre es nicht Wahnsinn, das heute zu tun, da wir **waffenlos** einer Welt voll Waffen gegenüberstehen. Ich konnte nun einmal keine andere Politik führen als die eines entwaffneten, restlos waffenlosen Volkes. Man hat uns das zum Vorwurf gemacht; waffenlos sei nicht wehrlos. Aber das habe ich nie behauptet. Unsere einzige Waffe, **unsere einzige Wehr** ist eben **die große nationale Volksgemeinschaft.** (Lebh. Bravo!) Immer wieder das betonen: wir sind ein **einiges** Volk von 60 Millionen; wir fordern unser Recht,

[4] Stresemann meint mit den vier Ministerien offenbar „vier Reichsregierungen“ und zählt wohl für seine eigene Reichskanzlerzeit (13. August bis 30. November 1923) – entgegen der allgemeinen Zählung – drei Kabinette (wobei er vermutlich die Zeit nach dem Ausscheiden der sozialdemokratischen Minister am 3. November 1923 als eigenes Kabinett zählt) und zusätzlich seit dem 30. November 1923 seine Außenministertätigkeit im Kabinett Marx I.

unsere Existenz. Nur das können wir in die Wagschale werfen. Darum soll man aber keine Dolchstoßpolitik treiben, die uns nur völlig in den Abgrund treiben kann. Gewiß ist es leicht, zu fordern: **zerreiß den Versailler Vertrag[5]!** Aber was wäre damit gewonnen? Ist es nicht richtiger, jedes Mittel zu versuchen, unseren Brüdern im besetzten Gebiet das Dasein erträglich zu machen, anstatt sie restlos der brutalen Gewalt auszuliefern. (Sehr wahr!) Gewiß kann man fordern, Frankreich gegenüber die Stellung der letzten Konsequenz einzunehmen. Das wäre die ultima ratio regis der Kriege, die Entscheidung mit den Waffen. Wer wird das mit gutem Gewissen raten und verantworten können?

Wir protestieren und demonstrieren sehr oft, bei allen möglichen Anlässen. Ich meine, wir sollten viel mehr und viel öfter **demonstrieren für die Zurücknahme der Ausweisungen, für die Freilassung der Gefangenen[6].** (Sehr wahr!)

Mit starkem Befremden habe ich gestern die **Rede des bayerischen Ministerpräsidenten** Dr. v. Knilling[7] gelesen, der in einer Volksversammlung der **Reichsregierung den Vorwurf machte, daß sie in der Kriegsschuldfrage[8] nichts tue** u.dgl.m. Es ist, meine ich, wenig erfreulich, daß der Ministerpräsident eines Bundesstaates in öffentlicher Volksversammlung derart gegen die Reichsregierung Stellung nimmt. Das gibt kein Bild von geschlossener nationaler Einheit. Herr v. Knilling hätte Gelegenheit gehabt, sich jederzeit im Reichsrat darüber zu unterrichten, daß er auch sachlich und tatsächlich im Irrtum war. Die **Reichsregierung kann nicht über alle Einzelheiten ihrer Tätigkeit öffentlich Rechenschaft geben. Aber im Reichsrat hätte Herr von Knilling erfahren können, daß doch sehr viel in diesen Fragen geschehen ist und geschieht.** Gerade in der **Kriegsschuldfrage** aber sollte das **ganze** Volk geschlossen und einig dastehen. (Sehr richtig!)

Es ist kein Zweifel, daß die **geistige Einstellung der Völker** Deutschland gegen-

---

[5] Vom 28. Juni 1919; vollständiger Text im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[6] Stresemann bezieht sich auf die geschätzten 120 000 bis 150 000 Menschen, die als Reaktion auf ihren passiven Widerstand im Zuge der Auseinandersetzung im Ruhrgebiet und im besetzten Rheinland von den Besatzungsbehörden in das unbesetzte Gebiet ausgewiesen worden waren, sowie auf die von französischen und belgischen Kriegsgerichten zu Haftstrafen Verurteilten. Nach deutschen Schätzungen handelte es sich bei Letzteren aktuell noch um „1500 Gefangene in französischen Gefängnissen und in Gefängnissen des besetzten Gebiets“ (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 484).

[7] Eugen Ritter von Knilling (1865–1927), bayerischer Ministerpräsident 8. November 1922 – 1. Juli 1924. – Zur Rede Knillings anläßlich einer vom „Stahlhelm“ veranstalteten „Kundgebung gegen die Kriegsschuldlüge“ vgl. den Bericht der Wiener REICHSPOST, Nr. 82 vom 23. März 1924, S. 3.

[8] Gemeint ist die Haltung zum Kriegsschuldartikel 231 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 106).

über eine andere ist, als sie es vor Jahren – in der ersten Zeit nach dem Kriege – war. Es hat nach dem Kriege eine Zeit gegeben, in der man in Amerika überhaupt nicht von Deutschland sprechen durfte und wollte. Heute hat man drüben seine Ansicht über Deutschland und die Kriegsschuld geändert; heute kommen **amerikanische Sachverständige** nach Deutschland zur Prüfung der Reparationsprobleme[9] und dergleichen mehr. Das kommt doch nicht von selbst. Das ist doch eine Folge der Einstellung des deutschen Volkes, der deutschen Politik. Man hat drüben eingesehen, daß wir geschlossen, **unter Umständen mit brutalen Mitteln, gegen die eigenen Volksgenossen um unsere Existenz ringen;** daß wir uns trotz allem und allem behaupten. Diese geistige Umstellung der Völker uns gegenüber ist doch nicht von selbst gekommen. Das kann nicht von heute auf morgen kommen. Dazu sind Jahre ernsten Arbeitens erforderlich. **Das deutsche Volk sollte doch endlich mehr Verständnis** für **unsere Außenpolitik** haben. (Lebh. Bravo!) Sollte einsehen, daß das Außenministerium nicht schläft, sondern zielbewußt das Notwendige und Erreichbare zu erreichen sucht. Auch in England und auch in Frankreich war diese geistige Umstellung dem deutschen Volke gegenüber zu bemerken.

Die **Beschlüsse der Sachverständigen-Kommission**[10] werden manches bringen, was uns unannehmbar, unmöglich erscheint. Diese Kommission hat in erster Linie wirtschaftliche Bedeutung. Man kann zwar sagen, daß die Wirtschaft nicht die Hauptsache in unserer Politik ist, aber sie ist für uns, die wir unter dem Kulturniveau leben, von ungeheuerer Wichtigkeit. Von den Beschlüssen bzw. Vorschlägen der Sachverständigen-Kommission ist der der bedeutsamste, daß die **Besatzungskosten in Zukunft von den Besatzungsstaaten selbst zu tragen sind,** d.h., daß jeder Staat soviel Soldaten im besetzten Gebiet unterhalten kann, wie er von unseren Reparationsgeldern erhalten kann.

Redner kommt dann auf die Gründung der **Goldnotenbank**[11] zu sprechen[12], die schon vielfach bekämpft wurde, weil sie eine gewisse Finanzkontrolle durch das Ausland bedeutet. Wenn wir aber dadurch erreichen können, daß die deutschen Bahnen

---

[9] Die in der folgenden Anm. genannten beiden Sachverständigen-Ausschüsse tagten unter dem Vorsitz der beiden US-Amerikaner Charles G. Dawes und Reginald McKenna.

[10] Gemeint sind die beiden Sachverständigen-Ausschüsse, die nach der Einsetzung durch die Reparationskommission am 14. Januar 1924 ihre Arbeit aufgenommen hatten. Seitdem tagten sie zunächst in Paris, weilten vom 29. Januar bis 13. Februar 1924 in Berlin und kehrten anschließend nach Paris zurück.

[11] Aus den bisherigen Beratungen der Sachverständigen-Ausschüsse war bereits bekannt geworden, daß deren Vorschlag die Errichtung einer deutschen Goldnotenbank unter internationaler Beteiligung umfassen würde.

[12] Dieser paraphrasierende Halbsatz so in der Vorlage.

wieder deutsch werden, daß das Ruhrgebiet geräumt werde, daß alle Ausgewiesenen zurückkehren können und alle Gefangenen aus den Gefängnissen entlassen werden, was ist da höher zu bewerten? Man hat mir, besonders Herr **Helfferich**[13] hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich mich ganz auf eine Verständigung mit Frankreich eingestellt habe. Ich muß das **auf das entschiedendste zurückweisen.** Ich habe niemals ein Verständnis mit einem Staat allein gesucht. Hätten wir sonst erreicht, daß **England** uns eine Anleihe gewährt[14], daß es **seine Reparationsabgabe von 25**[15] **auf 5 Prozent herabsetzt**[16]**?** Wir suchen besonders in unserer wirtschaftlichen Entwicklung Verständigung, richtiger gesagt Besserung der Beziehungen zu allen ehemals feindlichen Völkern. Es ist darum unverantwortlich, daß man von gewisser Seite besonders im Auslande in Form von Interviews Stimmung gegen unsere Außenpolitik macht. Es ist nicht richtig, daß wir eine Rede Mussolinis[17] nicht genügend beachtet haben. – [18]Redner kommt dann kurz auf die **deutsche Innenpolitik** und besonders auf die der deutschen Volkspartei zu sprechen, und tritt den gegen ihn erhobenen **Vorwürfen** wegen **seiner Bildung der großen Koalition**[19]**,** seinem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie entgegen. Er erinnert an die Situation, die seinerzeit herrschte. Die erste Aufgabe war damals die, **gegen den Kommunismus** zu kämpfen. Sollten wir uns diesem Kampfe nicht anschließen, sollten wir eine geschlossene Front der Linken gegen uns errichten? **Wie kann man uns da Marxismus vorwerfen?** War es etwa marxistisch, daß wir die **Reichswehr in Sachsen**

---

[13] Karl Helfferich (1872–1924), Mitglied des Reichstags 1920 – April 1924 (für die DNVP). – Die nachfolgend angesprochenen Vorwürfe hatte Helfferich insbesondere in seiner Reichstagsrede vom 6. März 1924 erhoben (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12620–12633).

[14] Zur britischen Anleihe vgl. die Erläuterungen von Reichsbankpräsident Schacht in der Kabinettssitzung vom 7. März 1924 über eine mündliche Abmachung mit der Bank of England (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 439).

[15] So in der Vorlage statt (richtig) „26“.

[16] Nach längeren Vorverhandlungen war am 23. Februar 1924 ein Abkommen mit Großbritannien unterzeichnet worden, wonach die bisher bei der Einfuhr deutscher Waren in Großbritannien zu entrichtende 26-prozentige Reparationsabgabe auf 5 Prozent gesenkt wurde (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 170). – Zu Einzelheiten der sich aus dem Londoner Ultimatum von 1921 ergebenden deutschen Verpflichtung einer Reparationsabgabe vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 142, Anm. 19. – Zu den Vorverhandlungen in London und Berlin: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 47–49, 176–178, 342–345, 427–429.

[17] Benito Mussolini (1883–1945), auf der Machtbasis seiner „Faschistischen Partei“ zunehmend diktatorisch regierender Ministerpräsident Italiens 1922–1945. – Helfferich hatte Stresemann in der Reichstagsrede vom 6. März 1924 (zum Druckort vgl. oben Anm. 13, dort S. 12627) vorgeworfen, eine Rede Mussolinis vom November 1923 nicht genutzt zu haben. Zur Erwiderung Stresemanns vgl. auch STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 351–353.

[18] Die folgenden zwei paraphrasierenden Sätze so in der Vorlage.

[19] Stresemann leitete als Reichskanzler vom 13. August bis zum Austritt der sozialdemokratischen Minister am 3. November 1923 ein Kabinett, das sich auf eine Große Koalition stützte.

einmarschieren ließen[20]? War es marxistisch, daß wir dem deutschen **Kronprinzen[21] die Rückkehr** in die Heimat ermöglichten mit Einverständnis der Sozialdemokratie? So könnte ich noch eine ganze Reihe von Dingen anführen, die mich davor bewahren sollten, mir vorzuwerfen, ich habe die Politik der Sozialdemokratie gemacht. (Sehr wahr!) – In der **Währungsfrage[22]** gab es für uns nur zwei Wege: Entweder so weiter leben wir bisher mit der endlosen Geldentwertung, oder Aenderung der Währung dadurch, daß wir uns wieder auf eigene Füße stelle dadurch, daß wir unsere Währung festigten. – Der **Abbau der Beamten** und der Beamtengehälter[23] war unerläßliche Notwendigkeit. Wer das bestreitet, ist Demagoge. Der Währungswechsel ist das Furchtbarste gewesen, was uns passieren konnte. Wenn Frankreich seine im Kriege zerstörten Provinzen stark betonte, so war das gewiß schmerzlich. **Richtig ist, daß wir keine zerstörten Provinzen hatten, daß die wenigen, die uns zerstört wurden, wieder aufgebaut sind. Der Währungszerfall aber hat uns unendlich Schwereres gebracht, es [!] hat das ganze Volk demoralisiert,** hat uns einen Stand vernichtet, der einstens Träger unseres Volkes war, den gesamten Mittelstand. Die beste **Bekämpfung des Separatismus[24] war die Schaffung einer**

---

[20] Gegen Sachsen war am 29. Oktober 1923 als Vorbeugung gegen einen kommunistischen Umsturzversuch durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten nach Art. 48 der Reichsverfassung die Reichsexekution derart verhängt worden, daß Stresemann ermächtigt wurde, die von der SPD und der KPD gebildete Landesregierung abzusetzen und das Land durch „andere Personen“ verwalten zu lassen (REICHSGESETZBLATT 1923,I, S. 995). Stresemann ernannte daraufhin Heinze zum Zivilkommissar, und zeitgleich besetzten Reichswehrtruppen die Ministerien und den Landtag in Dresden. Ministerpräsident Zeigner beugte sich am 30. Oktober 1923 diesem Druck und trat mit seiner Regierung zurück; am folgenden Tag wählte der Landtag eine neue Regierung (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 207, 208).

[21] Wilhelm von Preußen (1882–1951), ehem. Kronprinz des Deutschen Reiches. – Stresemann hatte dem seit 1918 im niederländischen Exil weilenden Kronprinzen die Rückkehr nach Deutschland ermöglicht, die am 15. November 1923 erfolgte, ihn aber gleichzeitig zur politischen Enthaltsamkeit verpflichtet (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 215–224; AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 521–523).

[22] Zur Beilegung der Hyperinflation wurde mit der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 963–966) die Voraussetzung für eine neue wertbeständige Währung geschaffen; am 15. November 1923 begann die Ausgabe der neuen Rentenmark (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1070–1072).

[23] Die Personal-Abbau-Verordnung vom 27. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 999–1010) sah u.a. den Abbau von bis zu 25 Prozent aller Reichsbeamten und die Kündigung aller Angestellten vor und verpflichtete die Länder zu analogen Regelungen. Parallel wurden durch verschiedene Verordnungen die Beamtengehälter gesenkt bzw. wurden im Lauf des Jahres 1923 nicht adäquat der Inflation angepaßt.

[24] Im gesamten linksrheinischen Gebiet waren seit dem Herbst 1923 separatistische Bewegungen vorübergehend erfolgreich mit dem Versuch, öffentliche Gebäude zu besetzen, die Verwaltung der betreffenden Gebiete an sich zu reißen und die jeweilige Region für unabhängig zu erklären. Während im übrigen besetzten Gebiet die darüber ausbrechenden Auseinandersetzungen zum Jahresende 1923 weitgehend beendet waren und die separatistischen Bestrebungen sich nur noch vereinzelt auf lokaler Ebene hielten, kam es in der Pfalz bis in den Februar 1924 noch zu blutigen Kämpfen zwischen Vertretern der am 5. November 1923 als unabhängig proklamierten „Autonomen Republik der Pfalz“ und Personen aus dem übrigen Teil der Bevölkerung, wobei letztere massiv von

festen Währung. Wenn man geschichtliche Vergleiche gelten lassen will, so erinnere ich an die Schaffung des französischen Nationalfeiertags[25]. Das ganze Volk zog hinaus, um der Vernichtung der Assignatenplatten[26] beizuwohnen, die die Währung in Frankreich wieder festigte. Bei uns hat man das nicht nur nicht gefeiert, bei uns hat man die Festigung unserer Währung mit heftigen Kämpfen gegen die Regierung begleitet. Es ist töricht, heute um den Vater der Währungsreform zu streiten[27]. Wir sind Herrn Helfferich dankbar für seine Mitarbeit, wenn die Regierung schließlich auch andere, eigene Wege ging.

Redner kommt dann auf den **Putsch in Bayern[28]** zu sprechen[29]. Die Regierung, die im Kampfe gegen den Kommunismus die Reichswehr in Sachsen einmarschieren ließ, hätte erwarten dürfen, daß ihr im Kampfe gegen die äußerste Linke **nicht die äußerste Rechte in die Flanke fiel.** (Sehr richtig!) Die Herren wollten nach Berlin marschieren. Niemand scheint sich darüber den Kopf zerbrochen zu haben, was man denn eigentlich da in der Wilhelmstraße wollte, welche Außenpolitik man führen wollte. Man wollte die **schwarz-weiß-rote Fahne über den Rhein tragen[30].** Wenn

---

Reichs- und bayerischen Stellen sowie von rechten Verbänden unterstützt wurden. Die Reichsregierung monierte gegenüber Frankreich von Anfang an die Verwicklung französischer Stellen und insbesondere die Verstrickung des Generals Metz in die pfälzische Separatistenbewegung (vgl. dazu das Weißbuch NOTENWECHSEL ZWISCHEN DER DEUTSCHEN UND DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG). Durch eine Vereinbarung vom 16. Februar 1924 zwischen dem gewählten Kreisausschuß der Pfalz und einem „Spezialkomitee“ der Interalliierten Rheinlandkommission hatten die von französischer Seite unterstützte Tätigkeit der „autonomen Regierung der Pfalz“ und damit die Versuche der Abtrennung der Pfalz vom Reich ein Ende gefunden hatten, auch wenn es noch wiederholt zu von deutscher Seite monierten Übergriffen der französischen Besatzungsmacht kam.

[25] Tatsächlich wurde der 14. Juli erst durch ein Gesetz des Jahres 1880 zum französischen Nationalfeiertag erklärt.

[26] Assignaten waren die ursprünglich als Anleihekupons auf die eingezogenen Kirchengüter 1789 ausgegebenen Scheine, die bald wie Geldscheine behandelt wurden, aber in der Folgezeit einer starken Inflation unterlagen und praktisch wertlos wurden; nach 1795 wurden sie schrittweise von der neuen Franc-Münzwährung abgelöst. Ein Zusammenhang zwischen der Rückkehr zu einer stabilen Währung und der Verkündung des Nationalfeiertags konnte nicht ermittelt werden.

[27] Im Spätwinter 1924 war ein Streit darüber entbrannt, wer zuerst die Idee einer Währungsreform in der dann vollzogenen Form gehabt habe; u.a. stritten sich Helfferich, Schacht und Luther um die geistige Vaterschaft.

[28] Am Abend des 8. November 1923 hatte Hitler im Münchener Bürgerbräukeller während einer Rede des Generalstaatskommissars Kahr mit bewaffneten Anhängern die Versammlung besetzt, die Reichsregierung für abgesetzt erklärt und zum Marsch nach Berlin und zur Errichtung einer Diktatur unter seiner Führung und derjenigen Ludendorffs als Reichswehrminister unter Einbindung Kahrs und Lossows aufgerufen (vgl. neben vielen anderen Quellen die Wiedergabe des amtlichen Berichts in SCHULTHESS 64 [1923], S. 212–213; sowie DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE IV, S. 366–367). Nach der Distanzierung Kahrs und der bayerischen Regierung vom Putsch scheiterte am folgenden Vormittag ein von Hitler und Ludendorff angeführter Marsch bewaffneter Teilnehmer zur Feldherrnhalle im Feuer der Polizei.

[29] Dieser paraphrasierende Satz so in der Vorlage.

[30] In seiner Rede vom 30. März 1924 (vgl. diese Edition) bezieht sich Stresemann mit dieser Wendung ausdrücklich auf Hitler; möglicherweise meint er die Aussagen Hitlers im Prozeß vor dem Münchner Volksgericht, der im Februar und März 1924 gegen ihn und andere Beteiligte am Putsch

man das will, muß man aber eine Armee hinter sich haben, sonst bleibt das **ein Verbrechen am Volk.** (Langanhaltendes Händeklatschen.) Man hat in Nürnberg einen „Rütlischwur von 60 000 Gewehren“ geleistet[31]. Was soll das? Es kann doch nur Herrn Nollet[32] neue Handhaben für die Ausdehnung der Militärkontrolle geben. Hat man ganz vergessen, daß es auch **nationale Pflicht** sein kann, schweigen zu können? (Stürmisches Bravo!)

Wir haben in unserer Politik nichts anderes gewollt, als dem deutschen Volke zu dienen. Das allein war uns stets Leitstern. Wenn man nun heute uns weissagt, wir werden Einbuße erleiden[33], so weiß ich nicht, ob das Wahrheit werden wird. Ich weiß aber, **daß die Verluste im Schützengraben der Verantwortung schwerer sind, als die in der Etappe der Opposition.** Wir stellen stets einzig und allein das **Vaterland über die Partei.** In diesem Streben kann uns auch nichts wanken machen, wenn die Partei Schaden erleidet, wenn das Instrument beschädigt wird. Wenn nur dem Vaterland gedient wurde. (Langanhaltendes Händeklatschen. Bravorufe.)[34]

---

vom 9. November 1923 geführt wurde. Hitler brachte dort wiederholt zum Ausdruck, daß der passive Widerstand gegen Frankreichs Ruhrbesetzung nicht ausgereicht habe und sein Putschversuch letztlich mit dem Ziel erfolgt sei, sich auch militärisch gegen Frankreich zu wenden (vgl. etwa HITLER-PROZESS I, S. 24–25, 198–199), und warf gleich am ersten Verhandlungstag, am 26. Februar 1924, der Reichsregierung vor, „jetzt in dem Augenblick, wo aus dem Ruhrgebiet Hunderttausende junger deutscher Kommunisten in das Reich hereinströmten, und zwar mit dem alten Zeichen, mit der schwarz-weiß-roten Kokarde, mit dem alten Fähnchen, wo alles gegen die Franzosen Front machte“, sich nicht „in den Dienst der nationalen Wiedererhebung“ gestellt zu haben (ebd., S. 25).

[31] Offenbar bezieht sich Stresemann auf den „Deutschen Tag“ der Vaterländischen Verbände am 2. September 1923, als sich in Nürnberg über 100 000 Teilnehmer einfanden (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 162). Zum bei dieser Gelegenheit proklamierten Aufruf vgl. HITLER, Sämtliche Aufzeichnungen S. 990–992.

[32] Charles Nollet (1865–1941), französischer General; Vorsitzender der Interallliierten Militärkontrollkommission 1919–1924; Kriegsminister 15. Juni 1924 – 10. April 1925.

[33] Stresemann bezieht sich wohl auf die für den 4. Mai 1924 anberaumte Reichstagswahl und das der DVP prognostizierte Wahlergebnis.

[34] Die Vorlage endet mit einer Paraphrase über den Dank Dingeldeys an Stresemann und das Schließen der Versammlung „mit einem begeistert aufgenommen Hoch auf das deutsche Volk, das deutsche Vaterland, unser geliebtes Deutschland“. – In den Tagesnotizen in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 371, hält er fest: „In Darmstadt. Großer Erfolg der Versammlung.“

Rede auf dem Parteitag der DVP in Hannover vom 30. März 1924[1]

Nach NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Sonderausgabe [vom 30. März 1924][2], S. 4–7. – Druck mit leichten Abweichungen (und ohne den abschließenden Teil aus der Aussprache) auch in STRESEMANN, Reden und Schriften II, S. 164–193 [2. Aufl. S. 329–345]. – Teildrucke in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 373–377; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21392 (Morgenausgabe) vom 31. März 1924, S. 2–3.

Die Regierungsarbeit der DVP seit 1920. Verteidigt deren Realpolitik. Der Ruhrkampf war nicht umsonst. Die Haltung zum Sachverständigen-Gutachten bleibt offen, aber für die Freiheit von Rhein und Ruhr muß Deutschland Lasten übernehmen. Die deutsche Außenpolitik hat die Wahrnehmung Deutschlands in der Welt geändert. Die Achtung vor dem Reich muß auch in den nationalen Verbänden gepflegt werden. Die Folgen der Inflation; die Arbeitszeitfrage. Die Notwendigkeit der neuen Wahrung. Verhältnis von Volksgemeinschaft und Großer Koalition. Die Erfolge der letzten Regierungen. Die DVP und die anderen Parteien. Kritisiert die Bildung der Nationalliberalen Vereinigung.

Verehrte Freunde! Wenn ich auf diesem Parteitag das politische Referat erstatte, so gestaltet es sich naturgemäß zu einem **Rückblick** und einem **Ausblick.** Hinter uns liegen vier Jahre parlamentarischer Arbeit, darunter Jahre verantwortlicher Mitwirkung an der Reichsregierung[3], vor uns die Reichstagswahlen[4] mit ihrem Kampfe

---

[1] Der 5. Parteitag der DVP fand vom 29. bis 30. März 1924 statt. In NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 41 vom 19. März 1924, war als „Tagesordnung“ des Fünften Parteitags der DVP u.a. für „Sonntag, den 30. März, vorm. 9 1/2 Uhr“ angekündigt: „4. Reichsminister Dr. Stresemann: Durch Opfer und Arbeit zur Freiheit“. – Nach eigener Aussage Stresemanns (in einem Schreiben an den Botschafter in Washington, Wiedfeldt, vom 26. Mai 1924: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 370, Anm. 1) wurde „der Wortlaut der Rede […] anläßlich der Wahlen in mehreren Millionen Exemplaren verbreitet“. Werbung und Kaufaufforderung für das betreffende „Flugblatts“ unter dem Titel „Durch Opfer und Arbeit zur Freiheit“ „zum Preise von 15 M. je 1000 Stück“ finden sich in NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 46 vom 1. April 1924, S. 2. – Die Vorlage leitet den Abdruck der Rede damit ein, daß Kahl als Vorsitzender des Parteitags „dem Reichsminister Dr. Stresemann das Wort [erteilte] zu seinem politischen Vortrag: Durch Opfer und Arbeit zur Freiheit! Der Redner führte aus.“

[2] Die Sonderausgabe unter dem Titel „Fünfter Parteitag der Deutschen Volkspartei in Hannover am 29. und 30. März 1924“, die neben der Rede Stresemanns auch die übrigen Programmpunkte und Diskussionsbeiträge (teilweise paraphiert) wiedergibt, ist nicht datiert, dürfte aber unmittelbar nach dem Abschluß des Parteitags erschienen sein.

[3] Die DVP war im Kabinett Fehrenbach 1920–1921, im Kabinett Cuno 1922–1923, in der Großen Koalition unter Stresemann als Reichskanzler (13. August – 6. Oktober 1923), anschließend in des-

um die Seele des Volkes. Lassen Sie uns prüfen, ob die Arbeit sich gelohnt hat, die wir leisteten, und lassen Sie uns vorwärtsschauen, um aus der **Vergangenheit Lehren** für die **Zukunft** zu gewinnen. Wir sind nach den Wahlen des Jahres 1920 eine große Partei geworden[5]. Wir standen nach dem Ergebnis dieser Wahlen sofort vor der Frage der Teilnahme an der Regierungsbildung. Es handelte sich darum, ob wir in der Opposition verbleiben oder von der Opposition zur verantwortlichen Mitwirkung weiterschreiten sollten[6]. Lassen Sie mich auch die Frage aufwerfen, ob unsere Opposition in der Nationalversammlung bis zum Jahre 1920 richtig gewesen ist. Ich bejahe diese Frage. Der Geist der Nationalversammlung war nicht unser Geist. Was uns in die Opposition getrieben hat, das war nicht einmal in erster Linie, wie das heute oft hingestellt wird, das Wirtschaftliche der Revolution. Was das Entscheidende an der Opposition gegen den Geist der Revolution war, das war das Fehlen eines nationalen Gefühls in dieser revolutionären Bewegung. Noch niemals hat in einem Volke eine Revolution sich durchgesetzt, wenn sie nicht von großen nationalen Grundgedanken getragen war. Deshalb halten wir fest an der alten Fahne, haben nichts aufgeben von den Segnungen des alten Deutschlands. Deshalb traten und treten wir ein für **die alte Reichsflagge**[7] (stürmischer Beifall), deshalb halten wir im Innern die Erinnerung fest an unsere alte glorreiche Armee, an unsere Flotte, an all die Pioniere deutscher Kolonialarbeit, die vielleicht mehr Kulturarbeit geleistet haben als andere Nationen, die uns heute **das Recht zur kolonialen Betätigung** streitig machen wol-

---

sen zweitem Kabinett (6. Oktober – 30. November 1923) und schließlich im ersten Kabinett Marx (30. November 1923 – 3. Juni 1924) mit Ministern vertreten.

[4] Am 13. März 1923 hatte Reichspräsident Ebert auf Antrag der Reichsregierung, die eine Aufhebung der durch das Ermächtigungsgesetz legitimierten Notverordnungen verhindern wollte, den Reichstag aufgelöst (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12828–12829; AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 459, Anm. 2; REICHSGESETZBLATT 1924 I, S. 173). Am 14. März 1924 hatte Reichspräsident Ebert durch Verordnung die Neuwahl des Reichstags für den 4. Mai 1924 anberaumt (ebd., S. 257).

[5] Die DVP hatte bei der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 13,9 Prozent der Stimmen und 65 der insgesamt 463 Mandate erhalten; gegenüber der Wahl zur Nationalversammlung 1919 bedeutete dies ein Gewinn von 9,5 Prozentpunkten.

[6] Heinze war am 13. Juni 1920 von Ebert mit der Regierungsbildung beauftragt worden, scheiterte jedoch an der grundsätzlichen Ablehnung der SPD, mit der DVP zu koalieren, und gab den Auftrag zurück (vgl. SCHULTHESS 61,I [1920], S. 156–157). – Zu den nachfolgenden Verhandlungen der DVP über einen Eintritt in das Kabinett Fehrenbach im Juni 1920 vgl. etwa AKTEN DER REICHSKANZLEI, Fehrenbach, S. 6–12.

[7] Gemeint ist die schwarz-weiß-rote Flagge des Kaiserreichs. – Laut Bericht der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21393 (Abendausgabe) vom 1. April 1924, S. 2–3, trug Stresemann während des Parteitags „ein schwarz-weiß-rotes Bändchen im Knopfloch seines Gehrockes“, womit er nach der Interpretation des Berichterstatters „Monarchismus in Gestalt eines Volkskaisertums“ vertrat.

len[8]. (Beifall.) Deshalb müssen wir führend bleiben im **Kampf gegen die Schuldlüge[9]** und im Kampfe gegen alles, was darauf abzielt, das deutsche Volk als moralisch minderwertig hinzustellen. Wir sind damals in dem Kampfe für diese Gedanken unterlegen, wir sind unterlegen im Kampfe um die erste Reichsverfassung[10] nach dem verlorenen Kriege. Wir haben an ihr mitgearbeitet und gerade unsere Freunde Kahl[11], Dr. Heintze[12] und andere haben nach Möglichkeit da wo es nötig tat, **bessernde** Hand angelegt. Wir unterlagen und mußten in die Opposition gehen. Wir rangen dann im Volke und mit dem Volke um die Neugestaltung der Dinge. Jetzt standen wir erneut vor der Frage, ob wir die Oppositionsstellung weiter beibehalten sollen oder ob wir zur **verantwortlichen Mitarbeit** übergehen könnten. Sie wissen, wir haben uns für den letzten Weg entschieden. Ich darf auch wohl eine parteigeschichtliche Erinnerung vorbringen. Für diese Mitarbeit unbeschadet der Mitwirkung der Sozialdemokratie in der Regierung hat sich damals auch die Deutschnationale Volkspartei entschieden. Herr Hergt[13] hat das in seiner Rede, die das **Ordnungsprogramm** der Deutschnationalen Volkspartei bedeuten sollte[14], ausgesprochen. Dann kam es zu der ersten Regierungsumbildung des Kabinetts[15]. Die Deutschnationale Volkspartei war zum Eintritt in die Regierung bereit. Wir haben alles getan, um das zu erreichen. Die Hereinnahme der Deutschnationalen ist nicht gescheitert an uns, sie ist gescheitert an den **anderen** Parteien. Wenn man fragt, ob diese Politik, wie wir sie 1920 bis 1924 getrieben haben, unter diesem Gesichtspunkt, dort die Verbündeten zu suchen, wo wir sie finden konnten, wo die größte produktive Arbeit geleistet werden kann, richtig ist, dann möchte ich bitten, doch hier einmal zu fragen, ob das nicht die größten Staatsmänner, die Deutschland besessen hat, ebenfalls

---

[8] Der Versailler Vertrag hatte in Art. 118 u. 119 die Abtretung aller Kolonien durch Deutschland verfügt (VERTRAG VON VERSAILLES S. 75).

[9] Gemeint ist die Haltung zum Kriegsschuldartikel 231 des Versailler Vertrags (ebd., S. 106), der in der deutschen Terminologie häufig als „Schuldlüge“ oder „Kriegsschuldlüge“ bezeichnet wurde.

[10] Die Weimarer Reichsverfassung („Verfassung des Deutschen Reiches“) vom 11. August 1919 ist u.a. veröffentlicht in REICHS-GESETZBLATT 1919, S. 1383–1418.

[11] Wilhelm Kahl (1849–1932), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für die DVP); seit 1919 Vorsitzender aller DVP-Parteitage.

[12] So in der Vorlage. Gemeint ist Karl Rudolf Heinze (1865–1928), Reichsjustizminister und Vizekanzler 1920–1921; Mitglied der Nationalversammlung (dort Fraktionsvorsitzender) bzw. des Reichstags 1919–1928 (für die DVP).

[13] Oskar Hergt (1869–1967), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DNVP; auch deren Parteivorsitzender 1918 – Oktober 1924 u. Fraktionsvorsitzender 1920 – Oktober 1924); Reichsjustizminister und Vizekanzler 31. Januar 1927 – 29. Juni 1928.

[14] Gemeint sind wohl die Grundsätze der DNVP vom 9. April 1920 (URSACHEN UND FOLGEN III, 207–212). – Mit der Rede Hergts ist vermutlich dessen Reichstagsrede vom 28. Juni 1920 gemeint (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 344, S. 29–39, insb. S. 33).

[15] Gemeint ist offenbar die Bildung des Kabinetts Fehrenbach im Juni 1920 (vgl. oben mit Anm. 6).

getan haben. Wer das „Prinzip“ über alles stellt, der müßte seinen Kranz nicht am Denkmal Bismarcks[16], sondern am Denkmal Eugen Richters[17] niederlegen. Es ist geradezu eine Auffassung politischen Philistertums, das Prinzip über alles hochzuhalten. Bedenken Sie die große Wirtschaftspolitik in dem neuen Deutschland. Bismarck war ein überzeugter Freihändler und wurde ein überzeugter Schutzzöllner, als die Wirtschaftsverhältnisse dies verlangten[18]. Bismarck hat das Reich gegründet auf nationalliberaler Grundlage. Er hat sich immer Verbündete genommen, wo er sie fand. Er wußte die Dinge zu nehmen, wie sie lagen, um den Verhältnissen Rechnung zu tragen. Es war damals eine Zeit verhältnismäßig ruhiger Entwicklung, wir leben in einer revolutionären Zeit. (Sehr richtig!) Deshalb müssen wir ablehnen, daß die Stellung, die wir eingenommen haben, grundsatzlos genannt wird, zumal der Gedanke der Volksgemeinschaft in seiner großen Bedeutung uns leitet. Er ist nicht entstanden spontan, sondern er war Grundgedanke in unserem Programm[19], von dem wir ausgehen, genau wie wir damals das Zusammengehen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer seinerzeit in Leipzig grundsätzlich festgelegt haben.

Wir haben gewiß, wenn wir geschichtlich denken, dafür dankbar zu sein, daß nach der großen Umwälzung im November 1918, als alles zu schwanken schien, als nichts mehr feststand, daß wir damals in der Nachkriegszeit nicht zum Bolschewismus, daß wir nicht zur parlamentlosen Zeit der Diktatur einer einzigen Volksmasse gekommen sind. Wir haben dankbar zu sein dafür, daß damals die Sozialdemokratie zu ihrer grundsätzlichen Einstellung für den Parlamentarismus kam. Aber daß dieser Parlamentarismus Schlacken an sich hatte, namentlich mit Bezug auf die Personalpolitik, und daß er um dieser Schlacken willen eine starke Reaktion hervorrufen mußte, das ist es, was dem Parlamentarismus mehr geschadet hat als alles andere, was ihm sonst an Fehlern anhaftet. Aber das alles ist nicht das Entscheidende, das Entscheidende ist heute die Frage, was auf den großen Gebieten in der Politik erreicht worden ist, im besonderen auf dem großen Gebiet der **deutschen Außenpolitik.**

Wir sind bisher in der Außenpolitik einen eng begrenzten Weg gegangen und er wird es vielleicht noch lange bleiben. Wir erleben den ganzen Jammer der Außenpo-

---

[16] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[17] Eugen Richter (1838–1906), Mitglied im Reichstag des Norddeutschen Bundes bzw. des Deutschen Reiches 1867–1906 (für die Fortschrittspartei bzw. die Freisinnige Volkspartei).

[18] Gemeint ist der Wandel von der Freihandelspolitik, bei der sich Bismarck nach 1871 auf die Nationalliberalen stützte, zur Schutzzollpolitik ab 1878/79 mit der Unterstützung der Konservativen.

[19] Gemeint ist das Grundsatzprogramm der DVP, das am 19. Oktober 1919 in Leipzig beschlossen wurde; Text des Programms u.a. in TREUE S. 127–135.

litik eines **waffenlosen Volkes.** Wir haben nichts zu tun mit einem Pazifismus, der sich einer solchen Waffenlosigkeit rühmt. Wir empfinden, im Gegensatz zu solchem Pazifismus, tief die Scham darüber, daß uns die Entwaffnung aufgezwungen wurde[20]. Wenn wir diese Gedanken vertreten, so müssen wir andererseits doch auch entschlossen den Tatsachen ins Auge sehen. Gerade weil wir uns bekennen zum **Bismarckschen Gedanken der Realpolitik,** müssen wir verlangen, daß auch die anderen, die sich zu Bismarck bekennen wollen, Realpolitik treiben und nicht in eine Politik der Illusion hineintreiben. Wir haben den **Ruhrkampf** aufgegeben[21] und zeigten dabei die Bereitschaft, im Rahmen dessen, was möglich ist, Leistungen zu übernehmen. Dazu haben sich auch wiederholt Führer der Deutschnationalen Volkspartei bekannt. Gegenüber dieser Anerkennung des Grundsatzes von allen Seiten – ich glaube, von seiten jedes **vernünftigen** Menschen – ist alles andere eine Frage des Maßes. Wir haben eine Politik abgelehnt, die Unerfüllbares leisten wollte. Diese Politik brach zudem zusammen, als die Antwort auf diesen Erfüllungswillen der Raub Oberschlesiens[22] war. Wir haben gegen den Ruhreinbruch **die Politik des moralischen Widerstandes** geleistet. Der Ruhrkampf ist zusammengebrochen, und es war die schwerste Belastung für unsere Partei, daß sie berufen wurde, führend an der Regierung zu sein, als es sich nur noch darum handeln konnte, diesen Ruhrkampf zu liquidieren. Es gibt heute noch viele Leute, die glauben, daß der Ruhrkampf ein Fehler gewesen ist, weil er vergeblich war. **Nein, der Ruhrkampf ist kein Fehler gewesen. Die Kämpfe der Bevölkerung haben der Welt gezeigt, daß das deutsche Volk für sein Deutschtum zu kämpfen und zu leiden vermag.** Wir haben oft in alten Zeiten an Tagen großer nationaler Erhebung, auf die Professor Kahl gestern hinwies[23], des Reiches gedacht, das im Sonnenglanz seiner Weltgeltung stand, waren stolz und freudig, Deutsche zu sein. Ein herrliches Gefühl, und doch, dieses Gefühl war viel weniger klares nationales Wollen, als in den Leiden und Entbehrungen zum Ausdruck kam, die die Volksgenossen in dem besetzten Gebiet für dieses arme und ohnmächtige Deutschland hingaben, das ihnen keine Hilfe und keinen Schutz

---

[20] Der Versailler Vertrag bestimmte in seinen Art. 159–213 die Details der Abrüstung für Deutschland (VERTRAG VON VERSAILLES S. 82–100).

[21] Zur Aufgabe des passiven Widerstands am 26. September 1923 vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

[22] Stresemann bezieht sich auf die „Erfüllungspolitik“ des Kabinetts Wirth 1920/21 und die Volksabstimmung in Oberschlesien im März 1921, die im Ergebnis zur Abtretung eines Teils von Oberschlesien an Polen führte.

[23] Stresemann bezieht sich auf die Rede Kahls zur Eröffnung des Parteitags am 29. März 1924 (NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Sonderausgabe [vom 30. März 1924], S. 1).

bieten konnte, sondern dem sie **nur um des Vaterlandes willen die Treue hielten.** (Starker Beifall.) Sie wissen, daß im englischen Parlament gesprochen wird von der Pfalzfrage, von dem moralischen Unrecht, von dem Ungesetzlichen des Ruhreinbruches[24]. Seien Sie überzeugt: ohne den großen passiven Widerstand hätten wir nicht die Augen der Welt auf dieses Unrecht gelenkt. Mag der Kampf verloren sein für diese Gegenwart: er ist ein Zeichen dafür gewesen, daß ein **großes Stammeszusammengehörigkeitsgefühl** in Deutschland herrscht. Ich darf auch hier etwas anderes aussprechen, so verantwortungsvoll auch dieser Satz sein mag: **Ich lehne es ab, ein Verdammungsurteil auszusprechen über die Männer, die über den passiven Widerstand hinausgegangen sind[25].** (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) So lange es eine Geschichte der Völker gibt, so lange hat man denjenigen gepriesen, der für sein Land sein Blut eingesetzt hat. Und wenn er es nicht tat auf **Befehl** oder Veranlassung seiner Regierung, wenn ihn das Blut dazu trieb und er sich einsetzte mit seiner Person, so sollte man meinen, daß die Achtung für ihn auch groß wäre bei anderen Ländern, die ihrerseits in ihrer Geschichte etwas Derartiges erlebt haben, etwas, was – weiß Gott, niemals in dem Leben eines einzelnen als eine Unehre gegolten hat. (Stürmischer Beifall.) Deshalb werden wir den Opfern dieser Kämpfe – und es sind viele Hunderte, die ihr Leben und Blut eingesetzt haben – ein **ehrendes** Andenken bewahren. (Erneuter Beifall.) Wir werden **kämpfen für die Freiheit aller der Gefangenen,** die irgendwo wegen ihrer Vaterlandsliebe verurteilt worden sind[26]. Wir werden kämpfen dafür, daß die Freiheit diesen Männern gehört, daß über diese Leben und über dieses Land niemand zu gebieten haben, das uns gehört auch nach dem Versailler Vertrag[27].

Der Ruhrkampf ist zu Ende gegangen, und die Idee unterlag im Kampfe gegen die Macht. Aber auch, wenn man von einem Sieg Frankreichs im Ruhrkampf spricht, so glaube ich nicht, daß es sich als glücklicher Sieger fühlt. **Frankreich** blutet unter den

---

[24] Stresemann bezieht sich wohl in erster Linie auf eine Unterhausdebatte vom 27. März 1924 (vgl. etwa den Bericht in der WIENER ZEITUNG, Nr. 73 vom 28. März 1924, S. 6).

[25] Während der Auseinandersetzungen infolge der Ruhrbesetzung war es neben dem passiven Widerstand auch zunehmend zu gewaltsamen Aktionen Deutscher gegen die Besatzer gekommen, insb. von links- und rechtsextremer Seite.

[26] Während der Zeit der Ruhrbesetzung hatten die französischen Militärgerichte zahlreiche (aktive und passive) Widerständler zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurteilt. Nach deutschen Schätzungen handelte es sich aktuell noch um „1500 Gefangene in französischen Gefängnissen und in Gefängnissen des besetzten Gebiets“ (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 484). – Nach einem Bericht der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21384 (Morgenausgabe) vom 23. März 1924, S. 8, verbüßten davon jedoch lediglich 36 ihre Haftstrafen in Frankreich.

[27] Vom 28. Juni 1919; vollständiger Text im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

Wunden seiner Kriegs- und Nachkriegspolitik. Der **Währungsverfall**[28] ist das Schlimmste, was einem Volke widerfahren kann, weil es der Vorläufer des schlimmsten Marxismus ist, weil eine Expropriation von ihm ausgeht. Dieser Währungsverfall geht seinen Weg vom Osten nach dem Westen, solange die heutige europäische Politik fortgeführt wird.

Heute sind dieselben Probleme, mit denen **wir** gerungen haben, Probleme, mit denen sich **Frankreich** abzufinden hat. Da steht vor allen Augen die Entwicklung, die vor sich gegangen ist, welche Zerrüttung die Weltwirtschaft erfahren hat durch die Behandlung, der Deutschland ausgesetzt war. Die schwerste Kritik an dem **Versailler Vertrag** sind die internationalen Konferenzen, die diesem Vertrag gefolgt sind. Wäre er durchführbar, wäre er ein Frieden für die Welt, gäbe er uns eine ruhige und glückliche Entwicklung: aber warum kommen denn die Staatsmänner alle Jahre oder mehrmals im Jahre zusammen, um sich mit der Weltlage und der Weltwirtschaft zu beschäftigen? Diese Konferenzen, auch die jetzige Zusammenberufung der Sachverständigen[29], ist [!] die Feststellung der Tatsache, daß dieser Frieden keine Epoche der ruhigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung geschaffen hat, sondern daß er den bestehenden Aufruhr der Welt zu einer Dauereinrichtung machen wird, wenn man nicht zu einer Verständigung kommt. Wir stehen heute vielleicht in Bälde vor dem **Bericht der internationalen Sachverständigen** über ihre Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit[30]. Das Zusammenwirken dieser Sachverständigen, ihre ehrliche Absicht, von der ich überzeugt bin, dieses Problem objektiv zu lösen, zeigt an sich das Bild einer gewissen Entspannung. Aber die Frage ist berechtigt, ob dieses Komitee sich auch ein richtiges Bild deutscher Leistungsfähigkeit verschafft hat. Ich bin nicht in der Lage, zu den Zeitungsmeldungen Stellung zu nehmen, die über die Beschlüsse der Sachverständigen sprechen. Aber ich möchte etwas Grundsätzlich zu diesen kommenden Beschlüssen bemerken. Zunächst das eine, das der

[28] Die französische Währung war seit dem Spätherbst 1923 unter Druck geraten und sank zusehends im Wechselkurs, wodurch auch die Regierung Poincaré unter Druck geriet (vgl. etwa die im Winter 1923/24 ganz regelmäßig in der Wiener NEUE FREIE PRESSE erscheinenden Artikel mit der Überschrift „Neuer Tiefstand des Francs“ o.ä.).

[29] Gemeint sind die beiden Sachverständigen-Ausschüsse, die nach der Einsetzung durch die Reparationskommission am 14. Januar 1924 ihre Arbeit aufgenommen hatten. Seitdem tagten sie zunächst in Paris, weilten vom 29. Januar bis 13. Februar 1924 in Berlin und kehrten anschließend nach Paris zurück.

[30] In aktuellen Zeitungsberichten wurde die Veröffentlichung des Gutachtens der Sachverständigen-Ausschüsse bzw. die Übergabe an die Reparationskommission binnen kurzem erwartet (vgl. etwa die Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21391 [Morgenausgabe] vom 30. März 1924, S. 7; die Wiener REICHSPOST, Nr. 83 vom 24. März 1924, S. 1; die WIENER ZEITUNG, Nr. 71 vom 26. März 1924, S. 3).

Reichskanzler[31] kürzlich auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie erörtert hat[32]: Die deutsche Reichsregierung steht den Entschließungen der Sachverständigen in voller Freiheit gegenüber. Sie wird ihrerseits, und das ist ihre Pflicht und Schuldigkeit, alles tun, um zu einer Verständigung zu kommen, sobald das deutsche Volk die Leistungen dieser Verständigung tragen kann. Aber sie wird auch bestimmte Grundsätze aufrecht erhalten müssen. Es wird wieder die Frage kommen, ob wir etwas unterschreiben, das wir glauben nicht leisten zu können, und die Entwickelung gerade der letzten vier Jahre hat gezeigt, daß nichts den Frieden der Welt und das Verständnis der Völker mehr erschüttert als eine Unterschrift, auf die sich einzelne als Rechtstitel berufen können, die aber nicht erfüllbar ist. Das gerade hat zu denjenigen moralischen Vorwürfen geführt, die weit mehr die Welt erschüttern, als wenn man die Grenze der Leistungsfähigkeit betont. (Stürmische Zustimmung.) Das Zweite ist die Aufrechterhaltung einer uneingeschränkten deutschen Verwaltung der deutschen Eisenbahnen und in einem wie immer zu schaffenden Reichsbankwesen[33] und die Forderung der Vermeidung einer Majorisierung durch Ausländer auch im Aufsichts- und Verwaltungsrat dieser Institutionen. Ich gehe nicht den Weg derjenigen, die sagen, daß sie auch die Mitwirkung des Auslandes in diesen Institutionen ablehnen. Wenn man in einer Lage wie das deutsche Volk ist, daß wir suchen müssen, fremdes Kapital zu erhalten, um damit Leistungen zu vollbringen in Form von Zinsen für spätere Jahre, und wenn diese Mittel uns gegeben werden, dann können wir, so schmerzlich das ist, hier nicht eine Prestigefrage der Art aufwerfen, daß wir überhaupt eine Mitwirkung der ausländischen Geldgeber bei uns aus-

---

[31] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926).

[32] Vgl. den ausführlichen Bericht über Marx' Rede auf einer vom Reichsverband der Deutschen Industrie und dem Deutschen Arbeitgeberverband gemeinsam veranstalteten Tagung am 27. März 1924 in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21389 (Morgenausgabe) vom 28. März 1924, S. 4. Danach habe auch Stresemann (wie die meisten Reichsminister) an der Tagung teilgenommen. Der ebenfalls ausführliche Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 149 (Abendausgabe) vom 27. März 1924, nimmt Stresemann jedoch ausdrücklich von den anwesenden Reichsministern aus.

[33] Aus den bisherigen Beratungen der Sachverständigen-Ausschüsse war bereits bekannt geworden, daß deren Vorschlag die Errichtung einer deutschen Goldnotenbank unter internationaler Beteiligung und die Verpfändung der Reichsbahn als Sicherheit für eine internationale Anleihe vorsehen würde. Die rechtliche Grundlage war inzwischen durch die Schaffung eines selbständigen Unternehmens „Deutsche Reichsbahn" per Verordnung vom 12. Februar 1924 (Text in REICHSGESETZBLATT 1924 I, S. 57–59) und ein in der letzten Sitzung des Reichstags am 13. März 1924 angenommenes Gesetz über die Errichtung einer Golddiskontbank sowie die in der gleichen Reichstagssitzung angenommene Änderung des Bankgesetzes (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12810–12824) geschaffen.

schließen. Das wäre eine Torheit und widerspricht auch denjenigen kaufmännischen Grundsätzen, die im eigenen Lande bestehen. Ich glaube, phantastische Vorstellungen über die deutsche Leistungsfähigkeit würden nicht vorhanden sein auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaft, wenn Führer der internationalen Wirtschaft durch tatsächliche Mitwirkung auch einen Einblick in unsere tatsächlichen Verhältnisse hätten. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben ja gesehen, daß auch Deutsche sich haben täuschen lassen über die **Scheinblüte der deutschen Wirtschaft.** Wir haben gesehen, daß Hunderttausende aufwachten eines Tages und dann erst sahen, daß sie **bettelarm** waren, während sie am Abend vorher noch glaubten, wohlhabende und reiche Leute zu sein. Man hat versucht, uns durch den Friedensvertrag auch wirtschaftlich zu diffamieren. Noch heute existieren für die Wirtschaft Bestimmungen, die uns unendlich lähmen und hemmen. (Sehr richtig!) Wenn fremdes Kapital beteiligt ist an der Notwendigkeit der Verzinsung deutscher Reparationsanleihen, wenn es mitinteressiert ist an der Verzinsung großer Bankinstitute, wenn es in der Verwaltung mitwirkt, dann wird es mit uns in dasselbe Interesse verflochten, diese Hemmungen zu beseitigen, um Reparationsleistungen zu ermöglichen. (Erneute Zustimmung.) Das sind Tatsachen volkswirtschaftlicher und weltwirtschaftlicher Entwickelung. Weiß Gott, niemand wird sich darüber freuen, daß wir dahin gekommen sind, diese Mitwirkung annehmen zu müssen, aber entscheidend ist die Frage, was wir durch eine Regelung, wenn sie möglich ist, unsererseits erreichen wollen und können. Ich darf als weitere grundsätzliche Stellungnahme zu allen verantwortlichen Stellen das eine sagen: **Jede Zustimmung zu deutschen Leistungen, zu der Wiederaufnahme deutscher Leistungen an die alliierten und assoziierten Nationen ist abhängig davon, daß uns zuerst die Wiederverfügung über unser Ruhrgebiet, über seine Wirtschaftsquellen, über seine Steuerkraft, über seine Verwaltung, über alles das, was uns gehört als deutsches Land, gegeben wird.** (Stürmischer Beifall.) Weiter gehört dazu die **Herstellung vertragsmäßiger Zustände im Rheinland,** in der Pfalz, weiter die endliche Regelung vor der Welt über den **Fortfall der Besatzung** nach Ablauf der vertragsmäßigen Frist[34]. (Erneuter Beifall.) Jeder Vertrag gibt auch für den Unterlegenen neben den Pflichten, denen er sich zu unterwerfen hat, Rechte. Es gibt keine Uebernahme von **Pflichten,** ohne daß wir auch die uns zuste-

[34] Laut Art. 429–430 des Versailler Vertrag sollte das in drei Zonen eingeteilte Besatzungsgebiet im Falle deutscher Vertragserfüllung (von Nord nach Süd) nach fünf, zehn bzw. fünfzehn Jahren geräumt werden (VERTRAG VON VERSAILLES S. 221–222), gerechnet vom Zeitpunkt der Ratifizierung, also vom 10. Januar 1920.

henden **Rechte** in Anspruch nehmen. (Stürmischer Beifall.) Wir haften für die **Pflichten** des Reiches, für die **Rechte** haftet uns die Gesamtheit der Alliierten, die den Vertrag mitzuunterzeichnen haben. Was **die Pfalz** durchmacht, geht über alles, was einem Volk zugemutet werden kann. Und das, was schlimmer ist als Bedrückung, ist die **Unterstützung von Gesindel aus eigenem Lager,** das sich dann anmaßt, über seine Volksgenossen regieren zu wollen. (Pfuirufe.) Dankbar möchte ich anerkennen, daß sich in alliierten Regierungen die Stimme für das Recht erhoben hat, dankbar sind wir auch der pfälzischen Bevölkerung für ihr Verhalten gegen die separatistische Gewalt[35]. Aber das sind Einzeldinge der deutschen Frage. Was aus Rhein, Ruhr und Pfalz wird, darum geht die Frage, darum der Kampf. Diese große Schicksalsfrage ist die deutsche Frage und da dürfen wir nicht kleinliche Dinge in den Vordergrund stellen, als ob es eine deutsche Schicksalsnot nicht gäbe. (Bravorufe, stürmischer Beifall.) Ich darf in diesem Zusammenhang eine andere Frage grundsätzlich erwähnen, weil sie doch auch zum Kampf geführt hat und da doch schließlich der ganze politische Kampf ein Kampf grundsätzlicherer Einstellung ist. Man hat uns in diesen Tagen vorgeworfen: Ihr wollt weitere Lasten auf euch nehmen, euch ist es nicht genug mit dem, was ihr zu tragen habt! Ich habe vorhin gesagt, kein Realpolitiker kann an den Konsequenzen des verlorenen Krieges vorbeigehen, und ich sage: Es kann kein Realpolitiker an den Konsequenzen des verlorenen Ruhrkampfes vorbeigehen. Wir stehen vor der grundsätzlichen Entscheidung, ob wir Entlastung von großen Bürden höher schätzen als die Freiheit des deutschen Landes oder ob

[35] In der Pfalz waren – wie in weiteren linksrheinischen Gebieten – seit dem Herbst 1923 separatistische Bewegungen vorübergehend erfolgreich mit dem Versuch, öffentliche Gebäude zu besetzen, die Verwaltung der betreffenden Gebiete an sich zu reißen und die jeweilige Region für unabhängig zu erklären. Während im übrigen besetzten Gebiet die darüber ausbrechenden Auseinandersetzungen zum Jahresende 1923 weitgehend beendet waren und die separatistischen Bestrebungen sich nur noch vereinzelt auf lokaler Ebene hielten, kam es in der Pfalz bis in den Februar 1924 noch zu blutigen Kämpfen zwischen Vertretern der am 5. November 1923 als unabhängig proklamierten „Autonomen Republik der Pfalz“ und Personen aus dem übrigen Teil der Bevölkerung, wobei letztere massiv von Reichs- und bayerischen Stellen sowie von rechten Verbänden unterstützt wurden. Die Reichsregierung monierte gegenüber Frankreich von Anfang an die Verwicklung französischer Stellen und insbesondere die Verstrickung des Generals Metz in die pfälzische Separatistenbewegung (vgl. dazu das Weißbuch NOTENWECHSEL ZWISCHEN DER DEUTSCHEN UND DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG). – Auch auf die Intervention Englands hin, das seinen Münchner Generalkonsul Clive im Januar 1924 zu einer Untersuchung der Vorgänge in die Pfalz geschickt hatte, die darin resultierte, daß er den mangelhaften Rückhalt der Separatisten, aber die Verstrickung französischer Stellen konstatierte, kam es im Februar 1924 zum Ende der separatistischen Bewegung und durch ein „Spezialkomitee“ der Interalliierten Rheinlandkommission zur vorläufigen Übertragung der Regierungsgewalt an den gewählten Kreisausschuß der Pfalz (die Proklamation des Kreisausschusses vom 17. Februar 1924 u.a. in DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE IV, S. 384-385; URSACHEN UND FOLGEN V, S. 323–324; im Kontext eines Berichtes über die Vorgänge: VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 82 vom 17. Februar 1924; vgl. auch den Bericht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 18. Februar über die Wirkung dieser Vereinbarung und das Ende des Separatismus am 17. Februar 1924: wiederabgedruckt in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 324–325).

wir die Freiheit des deutschen Landes höher schätzen als die Bürden, die wir zu übernehmen haben. Manchmal denke ich zurück an die Zeit nach dem unglücklichen Kriege von 1806 und nach dem Frieden von Tilsit[36]. Da hat es auch Männer gegeben, die dem preußischen König[37] geraten haben: Gib Schlesien oder gib einen Teil von Schlesien her und lasse dir dafür Goldmillionen von den Kriegslasten streichen. Es wäre ein Schandfleck in der Geschichte gewesen, wenn man diesen Rat befolgt hätte (Sehr richtig! Stürmische Zurufe) und es wäre ein Schandfleck in der heutigen Zeit, wenn wir die Lasten nicht auf uns nehmen wollten, um damit die Freiheit erringen zu können! (Beifall.) Glauben Sie, daß es **unsere** Einstellung sei, aus der Reichsbahn eine Aktiengesellschaft zu machen, glauben Sie, daß es **unserer** Auffassung entspricht, aus der Reichsbank eine international beeinflußte Währungsbank zu machen? Das, was wir tun, tun wir für das besetzte Gebiet. Es ist Pflicht, daß eine deutsche Regierung alle erträglichen Lasten übernimmt, um deutsche Freiheit zu erwirken. (Lebhaftes Händeklatschen und Bravorufen.) Wenn es sich um die Frage handelt, Entlastung und Unfreiheit oder Belastung und Freiheit kann für ein ehrliebendes Volk doch die Entscheidung nicht zweifelhaft sein. Daß es eine Grenze deutscher Leistungsfähigkeit gibt, habe ich mit aller Deutlichkeit ausgesprochen. Nun noch ein anderes. Leicht ist die Kritik und federleicht ist die Kritik an der deutschen Außenpolitik, aber es ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit des Kritikers, auch zu sagen, welche **positiven** Vorschläge sie ihrerseits [!] zu machen hat. (Anhaltendes Händeklatschen.) Welche Mittel stehen eigentlich Deutschland zur Verfügung, um politisch vorwärts zu kommen? Machtmittel stehen uns ja nicht mehr zur Verfügung und scheiden also aus. Wer heute dem deutschen Volke darüber etwas vortäuscht, der handelt, wenn er das nicht weiß, als ein Mensch, der nicht in die Politik sich hineinmischen sollte. Wenn er es aber weiß und es trotzdem tut, dann ist er **ein Demagoge allerschlimmster Art.** Es kommt nun die Frage, ob **ein vertragsloser Zustand** vorzuziehen wäre einem Zustand der Verträge, einem Zustand, der diese Verträge nach Möglichkeit durchzuführen sucht. Ich kann mir wohl denken, daß im ersten Augenblick ein Jubelruf durch das Volk ginge, wenn ein Staatsmann sagte, ich werfe euch diese Verträge vor die Füße, aber die Wirkung eines solchen Tuns müßte allein das ganze deutsche Volk bezahlen. Es wurde mir dauernd der Vorwurf ge-

[36] Der französisch-preußische Friedensvertrag von Tilsit vom 9. Juli 1807 am Ende des Vierten Koalitionskriegs hatte den Charakter eines Diktatfriedens und stufte Preußen zur Mittelmacht zurück. U.a. sah er hohe Kriegskontributionen und eine vorübergehende französische Besatzung in Preußen vor. Text des Vertrags in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 59, S. 255–263.

[37] Friedrich Wilhelm III. (1770–1840), König von Preußen 1797–1840.

macht, daß ich nicht genügend protestiert hätte gegen die Rechtswidrigkeit des Ruhreinbruches. Ja, wie kann ich denn gegen diese Rechtswidrigkeit protestieren, ohne daß ich mich auf den Boden des Vertrages stelle? Wenn ich mich auf den Grund eines vertragslosen Zustandes stellen würde, so wäre doch die Folge, daß Millionen Menschen im besetzten Gebiet diesen Schritt bezahlen müßten. Das einzige bleibt, die Welt davon zu überzeugen, daß sie selber mitleiden würde, wenn sie darauf hinarbeitet, daß Deutschland zugrunde gehe. Ich glaube nicht, daß uns große ideale Strömungen draußen entgegenkommen. Die Staatspolitik wird doch nun einmal bestimmt durch die realen Interessen. Es ist doch klar, daß ein Volk, wenn es ins Elend geschleudert wird, auch die mit hineinzieht, die ein Interesse daran gehabt haben, es als Kulturvolk zu erhalten. Wir haben nur wenige Mittel, nur eine geringe Bewegungsfreiheit. Eine Außenpolitik, wie wir sie führen müssen, ist natürlich nicht dazu angetan, große Begeisterung zu erwecken. Aber mit Begeisterung bauen Sie das deutsche Land nicht wieder auf. Es handelt sich darum, die reine nationale Idee in aller Herzen wieder aufzurichten, denn nur bei einer Einheit des nationalen Empfindens im gegebenen Moment ist es möglich, mit moralischen Waffen für unsere Zukunft zu kämpfen. Im **Arbeiten und Opfern** liegt mehr Nationalgefühl als in dem bloßen **Betonen** des Nationalen. Ich habe einmal in einer Kritik meiner Person gelesen, daß es so bedauerlich sei, daß dieser Mann, dem das Wort so zu Gebote stehe, daß der es nicht dazu benutzt, um die nationalen Leidenschaften jedes einzelnen Deutschen zu erregen. Aber glauben Sie mir: wenn man das wollte, und einem das Wort zu Gebote steht, dann ist es **furchtbar leicht, der populärste Mann** in ganz Deutschland zu sein (stürmischer Beifall), vor seinem **Gewissen** als Deutscher aber könnte man das **nicht verantworten.** (Erneuter Beifall und Händeklatschen.) Wie Hitler[38] zu sagen: „Mit schwarz-weiß-rot über den Rhein“ ist äußerst leicht, würde uns aber nur ins Elend führen.

[38] Adolf Hitler (1889–1945), Vorsitzender der NSDAP 1921–1945 (mit Unterbrechung der Verbotszeit 1924/25); Reichskanzler, ab 1934 mit dem Titel „Führer und Reichskanzler“, 1933–1945. – Das nachfolgende Zitat Hitlers mit genau diesem Wortlaut konnte nicht ermittelt werden. Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf die Aussagen Hitlers im Prozeß vor dem Münchner Volksgericht, der im Februar und März 1924 gegen ihn und andere Beteiligte am Putsch vom 9. November 1923 geführt wurde. Hitler brachte dort wiederholt zum Ausdruck, daß der passive Widerstand gegen Frankreichs Ruhrbesetzung nicht ausgereicht habe und sein Putschversuch letztlich mit dem Ziel erfolgt sei, sich auch militärisch gegen Frankreich zu wenden (vgl. etwa HITLER-PROZESS I, S. 24–25, 198–199), und warf gleich am ersten Verhandlungstag, am 26. Februar 1924, der Reichsregierung vor, „jetzt in dem Augenblick, wo aus dem Ruhrgebiet Hunderttausende junger deutscher Kommunisten in das Reich hereinströmten, und zwar mit dem alten Zeichen, mit der schwarz-weiß-roten Kokarde, mit dem alten Fähnchen, wo alles gegen die Franzosen Front machte“, sich nicht „in den Dienst der nationalen Wiedererhebung“ gestellt zu haben (ebd., S. 25).

Wir müssen uns fragen, ob die Kritik berechtigt ist, die da sagt: Diese ewigen Konferenzen, diese ganze Sisyphusarbeit eurer Außenpolitik – das alles hat ja gar keinen Sinn. Ich bin nicht der Meinung, daß – geschichtlich gesehen – diese Arbeit umsonst getan ist. Wir haben heute eine andere Einstellung in der Welt, als sie noch vor vier Jahren bestanden hat. Eine Rede, wie sie kürzlich im amerikanischen Senat gehalten worden ist[39], eine solche Rede wäre noch vor vielleicht zwei Jahren unmöglich gewesen[40]. Die Tatsache, daß es uns gelungen ist im Einvernehmen mit der Bank von England, die ihrerseits doch nicht inoffiziell handelt für die Unterstützung bei der Errichtung unserer Golddiskontbank, zur Gewährung eines Kredits von 300 Millionen Goldmark zu gewinnen[41] – das alles sind Teilergebnisse, sind gewiß nur Mosaiksteine in einem Aufbau. Aber glauben Sie: der ganze Aufbau Deutschlands wird aus solcher Einzelheit bestehen, nicht aus tönenden Phrasen! (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.) Und in dieser Arbeit unter den schwersten Verhältnissen doch **ein Stück vorwärts** gekommen zu sein, auch das sollte man einmal bei uns im Innern anerkennen, statt zu sagen, daß ja gar nichts geschehe.

Lassen Sie mich ein paar Worte sagen zu jener Einstellung, die weite Volkskreise heute haben und die sie ja auch weit fortgeführt haben von den politischen Parteien zu **vaterländischen Verbänden und Organisationen,** die insbesondere die **Jugend** hineingezogen hat in eine große Reihe von solchen Organisationen. Es ist eine ganz falsche Einstellung, wenn aus der Tatsache, daß manche von ihnen uns bekämpfen, geschlossen wird, daß nun auch wir sie bekämpfen sollten. Das lehne ich ab. Ich glaube, wir alle hier müssen ein tiefes Verständnis haben, daß alle diese Organisationen entstehen. Letzten Endes sind sie ja doch der Ausdruck eines Empfindens, das auch uns alle hier beherrscht. Es sind Verbände, denen glaube ich, wenn **wir** heute

---

[39] Gemeint ist vermutlich die Rede des amerikanischen Senators Owen vor dem amerikanischen Kongreß vom 18. Dezember 1923, in der er u.a. unter Verweis auf die inzwischen bekanntgewordenen Fälschungen des russischen Orangebuchs zur Julikrise 1914 konstatierte, daß der Kriegsschuldvorwurf gegenüber Deutschland nicht aufrechtzuerhalten sei, oder dessen abgelehnter Resolutionsentwurf im Senat vom 19. Februar 1924, mit der er die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zur Kriegsschuldfrage beantragte (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 354–355).

[40] In der Vorlage fehlt hier (gegenüber STRESEMANN, Reden und Schriften II, S. 177–178) eine Passage, die sich mit weiteren Einzelheiten der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu den USA und Großbritannien sowie mit der Kriegsschuldfrage befaßt.

[41] Vgl. dazu die Erläuterungen von Reichsbankpräsident Schacht in der Kabinettssitzung vom 7. März 1924 über eine mündliche Abmachung mit der Bank of England (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 439). Diesbezügliche Nachrichten, wenn auch noch nicht mit Bezug auf die Bank of England, sondern ein „internationales Konsortium“, hatten auch bereits früh ihren Weg in die Presse gefunden (vgl. z.B. die Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21370 [Morgenausgabe] vom 9. März 1924, S. 1 u. S. 5–6); spätestens am 19. März 1924 wurde in Presseberichten auch konkret die Bank of England genannt (vgl. WIENER ZEITUNG, Nr. 67 vom 20. März 1924, S. 4).

jung wären, auch wir angehören würden. Sie sind der Ausdruck eines Empfindens, das hier hinausdrängt über den Parteigeist zur Zusammenfassung aller Kräfte in einem vaterländischen Geiste. (Stürmischer Beifall.) Und wenn Sie [!] weiter in dem, was sie tun und treiben, in körperlicher Ertüchtigung einen Ersatz schaffen wollen für das, was uns verlorengegangen ist, durch das erzwungene Aufgeben der allgemeinen Wehrpflicht[42] – wer von uns wollte sich gegen einen solchen Geist wenden! Wenn gerade die Jugend sich hingezogen fühlt zu diesen Organisationen –, das müßte ja keine Jugend sein, die nicht den Hang zu Romantik in sich fühlte! Der Mensch, der nichts in sich hat von der Sehnsucht nach der blauen Blume der Romantik, der Mensch ist ein elender Philister. (Stürmischer Beifall.) Was wir fordern müssen, ist die Verantwortlichkeit der **Führer,** denen diese Bewegung in die Hand gegeben ist. Wir müssen fordern, daß man die Jugend, die in diesen Bewegungen steht, freihält von Illusionen und Verhetzung, daß man auch sie hinführt zum großen nationalen Gemeinschaftsgedanken. (Beifall.) Diejenigen, die verantwortlich sind für die Führung dieser Verbände, mögen insbesondere eins in Ruhe lassen, was einen großen Aktivposten ausmacht: Hände weg von der **deutschen Reichswehr.** Die deutsche Reichswehr gehört **keiner** Partei. Sie gehört dem **ganzen** deutschen Volke! Achtung vor denen, die sich ihr zur Verfügung gestellt haben! Achtung vor den Offizieren, die einst im Glanz des kaiserlichen Deutschlands gestanden und die mehr Nationalgefühl bewiesen, indem sie sich dem heutigen republikanischen Deutschland zur Verfügung stellten, als wenn sie einfach fortgegangen wären und anderen die Dinge überlassen hätten. (Stürmischer Beifall.) – Was ich vielfach vermisse, das ist die **Achtung vor dem Reich** in seiner heutigen Gestalt und seiner Führung. Es darf **keine Schimpffreiheit** bestehen gegenüber der Leitung des Reiches und seinen Repräsentanten, wie dies in München zutage getreten ist, ohne daß der Gerichtsvorsitzende[43] dies ausreichend zurückgewiesen hat. (Sehr richtig!) In Konrad Ferdinand Meyers[44] „Ulrich von Hutten“ steht auch darüber ein Wort, das sich manche Leute,

---

[42] Art. 173 des Versailler Vertrags verbot die Wehrpflicht in Deutschland (VERTRAG VON VERSAILLES S. 86).

[43] Georg Neithardt (1871–1941), Landgerichtsdirektor am Münchner Landgericht 1922–1933, anschließend Oberlandgerichtsdirektor; 1919–1924 abgeordnet an das Münchner Volksgericht. – Er führte den Vorsitz im Hochverratsprozeß vor dem Münchner Volksgericht gegen Hitler und die übrigen Beteiligten des Putschversuchs vom 9. November 1923 und ließ den Angeklagten breiten Raum bei ihren Attacken gegen Politiker der Weimarer Republik (vgl. die Protokolle: HITLER-PROZESS).

[44] Conrad Ferdinand Meyer (1825–1898), schweizerischer Dichter. – In seiner Verserzählung von 1872 „Huttens letzte Tage“ über Ulrich von Hutten, den Humanisten und bewaffneten Kämpfer für die Reformation, heißt das nachfolgende Zitat richtig: „Zum Henker eine Freiheit, die vergißt, Was

vielleicht auch in München, merken sollten:

„Nichtswürdig eine Freiheit, die vergißt,

Was sie des Reiches Ehre schuldig ist!“

Wir sollten uns daran gewöhnen, daß die Augen der Welt gerichtet sind auf dieses Deutschland, und daß dieses Deutschland nicht verlangen kann, sein gewichtiges Wort in die Wagschale zu werfen, wenn es sich solchen Beschimpfungen im eigenen Volke aussetzen muß. Wir müssen zu einer Entwicklung kommen, die das Nationale nicht zu einer Parteifrage macht, sondern zu einer Frage des ganzen Volkes. Das ist unsere Stellung zu den nationalen vaterländischen Verbänden. Das große vaterländische Empfinden muß Gemeingut des ganzen Volkes sein. Deshalb: Nicht Bekämpfung der Verbände, sondern hinein in die Verbände mit unserem Geist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Nun das große Gewicht der **Wirtschaftsfragen.** Der Zustand der Wirtschaft war seit dem Kriege ein überaus trostloser. Manche sind sich vielleicht noch gar nicht klar darüber geworden, was die Inflation[45] für ein Volk bedeutet. Nie hat der Marxismus stärkere Hilfstruppen gehabt als in dem Währungsverfall der Völker, nie grausamere Helfer! Ich habe einmal im Reichstage gesagt[46] und halte das auch hier aufrecht: Wenn man in Frankreich spricht von den zerstörten Provinzen – ich habe ein volles Verständnis dafür, daß ein Volk trauert um zerstörte Provinzen –, dann müssen wir dem entgegenhalten: Wir haben zwar **keine zerstörten Provinzen** – und Dank sei denen, die uns davor bewahrt haben –, aber wir haben die **Zerstörung der besten Schichten des Volkes,** die ihr Alles dahingegeben haben, um das Reich zu erhalten. (Sehr richtig!) Bleiben wir dabei, und ich glaube, es wird niemand nicht dabei bleiben wollen –, daß wir alles tun müssen, um diese Mittelschichten in Deutschland gewerblich, handwerkerlich [!] und geistig so weit zu stützen, als irgendwie möglich ist. Ein Volk, das nur noch Großkapitalismus auf der einen Seite und Abhängigkeit auf der anderen Seite hat, das geht zugrunde, politisch, kulturell und wirtschaftlich. (Sehr richtig!) Ich sehe mit tiefstem Bedenken **großen Wirtschaftsbildungen** entge-

sie der Reichesehre schuldig ist!“ (Conrad Ferdinand Meyer: Sämtliche Werke. Historisch-kritische Ausgabe. Besorgt v. Hans Zeller u. Alfred Zäch. Bd. 8. Huttens letzte Tage. Eine Dichtung. Bern 1970, S. 462).

[45] Zur Entwicklung der Inflation zur Hyperinflation des Jahres 1923 vgl. die tabellarische Übersicht über Inflations- und Preisentwicklung in den Monaten August – November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1218–1223.

[46] Das Nachfolgende findet sich sinngemäß in Stresemanns Reichstagsrede vom 17. April 1923 (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 359, S. 10572–10580, insb. S. 10574) und in seiner Rede vor dem Schutzkartell für die notleidende Kulturschicht Deutschlands vom 22. August 1923 (in dieser Edition).

gen; ich bedauere jede selbständige Existenz, die vernichtet wird. Ich sehe viel lieber ein großes Netz von selbständigen Kaufleuten, als daß ich sehe, daß selbst große Unternehmungen verschwinden in der Unpersönlichkeit des großen Wirtschaftskonzerns. (Stürmischer Beifall.) Im Welthandel sind wir an die zweite Stelle gekommen in der Zeit, da wir genügend Einzelpersönlichkeiten besaßen. (Zustimmung.) Das Totenfeld des Mittelstandes ist deshalb so groß geraten, weil in seinen Angehörigen lebendig war die Staatsgesinnung, die dem Staate gab als er in Not war und nicht fragte, ob das den Einzelnen in Not brächte. (Sehr richtig!) Was wir brauchen, ist einmal Abbau der Staatsbevormundung, zweitens die Mehrarbeit. Das Törichteste war **die Herabsetzung der Arbeitszeit nach einem verlorenen Kriege[47].** (Sehr gut.) Dazu braucht man gar kein Volkswirtschaftler zu sein, das ist eine Sache des gesunden Verstandes. Nur wenn der Deutsche mehr arbeitet, das Letzte hineinsteckt, wird er erwarten können, wieder emporzukommen. Aber ich warne vor einem Extrem nach der einen oder der anderen Seite. Die Arbeiterschaft hat ihr Uebergewicht nach der Revolution ausgenutzt nach einer Richtung, die unsere Volkswirtschaft stört. Man hätte sich rechtzeitig über ein vernünftiges Maß einigen können. Aber heute, wo ein Arbeiter froh ist, eine Stelle zu bekommen, möge man auch auf der anderen Seite diese Lage nicht ausnutzen. (Stürmische Zustimmung.) Wir sind auch darin **eine große Notgemeinschaft.** Jeder sei sich bewußt, daß er den andern braucht und suche sich da zu verständigen, wo die Verständigung möglich ist.

Ich komme dabei mit wenigen Worten auf die Frage, die andere Stände angehen [!], namentlich den **Beamtenstand.** Gerade vor dem Erscheinen des Berichts der Sachverständigen darf ich das eine sagen. Als wir im Kabinett über unsere Stellung gegenüber den Sachverständigen berieten[48], habe ich Wert darauf gelegt, zu sagen: Der heutige Etat des Deutschen Reiches ist ein Notetat, der eines Kulturvolkes nicht würdig ist. (Sehr wahr!) Wir müssen jetzt mit diesen Dingen auskommen, aber wir müssen ebenso alles daransetzen, um aus dieser Situation herauszukommen. Wie seltsam wirkt es und wie von allem entfernt, was mir als Sinn eines Wahlkampfes vorschwebt, wenn ich hier in einem Blatt eine Wahlanzeige lese, in der es heißt[49]: „Arbeiter, Angestellte, Beamte! Wollt Ihr abgebaut werden, wollt Ihr mit euren Fami-

[47] Das „Stinnes-Legien-Abkommen“ vom 15. November 1918 zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften (Text u.a. in URSACHEN UND FOLGEN III, S. 14–15) hatte die tägliche maximale Arbeitszeit auf acht Stunden beschränkt; offenbar bezieht sich Stresemann auf diese Abmachung.

[48] Auf welche konkrete Kabinettsberatung Stresemann sich bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

[49] Auf welches Flugblatt oder welche Zeitung Stresemann sich hier bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

lien am Hungertuche nagen: dann wählt alle die Deutsche Volkspartei!“ (Unruhe und Entrüstungsrufe.) Was liegt darin für eine Spekulation auf die niedrigsten Instinkte der Massen! Es liegt darin die vollkommene Verkennung dessen, was denn die Beweggründe dieser ganzen Dinge waren. Ich habe vorhin davon gesprochen, was die Inflation für ein Volk bedeutet. Das erschütternde Referat von Frau Matz[50], ebenso das Referat von Düringer[51] wären nicht möglich gewesen, wenn wir nicht in diese Inflation gekommen wären. Wenn **eine** Forderung berechtigt war, so ist es die Forderung der **wertbeständigen Währung** gewesen. Ich glaube, es dürfte niemand unter uns geben, der sich zurücksehnte in die Zeiten, die, so Gott will, hinter uns liegen. Wenn wir weitergegangen wären mit dem Tiefstand der Wirtschaft, wären wir nicht in der Lage gewesen, das deutsche Volk mit Lebensmitteln aus dem Ausland zu versorgen. Als wir die Entscheidung hatten, ob wir ein Ende machen wollten mit der Papiergeldwirtschaft, mußten wir uns klar sein, daß dies möglich war unter einem Gesichtspunkt, nämlich unter dem der Finanzierung des deutschen Reichsetats. Es besteht heute ein großer Streit, wer **der Vater der Rentenmark[52]** wäre. Es ist bisher ein ganzes Kollegium genannt. (Gelächter.) Mir kommt diese Diskussion und dieser Streit müßig vor, weil diese Frage eine solche zweiter Ordnung ist. Die Hauptfrage ist: Wer hat Ordnung hineingebracht, damit wir die Währung halten konnten? Ob die Rentenmark, ob die Roggenmark Helfferichs[53] oder die Goldmark von Schacht[54], das war ganz gleichgültig, wenn eines nicht da war, nämlich die **Balancierung des Etats.** (Sehr richtig!) Wir standen vor der Entscheidung, diesen Einschnitt zu machen oder die Inflation weiterzuführen. Wir haben die Balancierung des Budgets durchgesetzt mit harten Mitteln und scharfen Eingriffen in die Existenz des einzelnen. Aber legen Sie die Hand aufs Herz, was wollen Sie lieber, die Zustände, die im August

[50] Elsa Matz (1881–1959), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DVP). – Sie hatte am 29. März 1924 vor dem Parteitag einen Vortrag über den „Schutz des Kleinrentners“ gehalten (Zusammenfassung in NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Sonderausgabe [vom 30. März 1924], S. 4).

[51] Adalbert Düringer (1855 – 2. September 1924), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1924 (für die DNVP 1919–1922, für die DVP 1922–1924). – Er hatte am 29. März 1924 vor dem Parteitag einen Vortrag über den „Schutz des Sparers“ gehalten (Zusammenfassung ebd.).

[52] Mit der Ausgabe der neuen Rentenmark war am 15. November 1923 begonnen worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1070–1072).

[53] Karl Helfferich (1872–1924), Mitglied des Reichstags 1920 – April 1924 (für die DNVP). – Helfferich hatte bereits im August 1923 den Plan einer durch Sachgüter und insbesondere Roggen gedeckten neuen Währung („Roggenmark“) entwickelt (vgl. etwa die Aufzeichnung über eine Besprechung der Währungssanierung vom 18. August 1923 ebd., Stresemann I, S. 23–29).

[54] Hjalmar Schacht (1877–1970), Reichswährungskommissar 12. November 1923 – 19. Oktober 1924; Reichsbankpräsident 22. Dezember 1923 – 1930 u. 1933–1939; zugleich Reichswirtschaftsminister 1934–1937; Reichsminister ohne Portefeuille 1937–1943. – Zu Schachts frühen Plänen der Schaffung einer Währung auf Goldbasis vgl. sein Schreiben an den Reichskanzler vom 6. Oktober 1923 (ebd., Stresemann II, S. 500–502).

1923 herrschten oder die Zustände, die wir heute haben? Jeder ehrliche Mensch wird das letztere wollen. (Lebhafter Beifall.) Er muß sich sagen, über dieses Jahr muß man hinwegkommen, später wird es besser werden. Das müssen auch wir im Staat und Reich sagen. Deshalb habe ich, als die Balancierung des Budgets und die Stillegung der Notenpresse an mein Kabinett herantrat, nicht anders entscheiden können. Ich habe die Hoffnung gehabt, daß das deutsche Volk das verstehen und die harte Notwendigkeit einsehen wird, aus der Papierwirtschaft herauszukommen. Wir dürfen sie nicht als **dauernde** Not, sondern müssen sie als **Uebergang** betrachten. (Lebhafter Beifall.)

Ich komme nun zu den **Fragen der Innenpolitik.** Es ist manchmal die Frage aufgeworfen worden – seltsamerweise besteht darüber auch in unseren Kreisen ein Mißverständnis –, ob die **Idee der Volksgemeinschaft** identisch sei mit der **Idee der Großen Koalition.** Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Eine Volksgemeinschaft umfaßt das ganze Volk und würde auch diejenigen umfassen, die rechts von uns gestanden haben in diesen Zeiten. Unsere Idee, die wir immer betont haben, war in ihren Idealen das Zusammenwirken von rechts bis zu einer staatsbejahenden Sozialdemokratie. Ich weiß nicht, ob nicht in manchen Entwicklungsstufen der letzten Zeit es besser gewesen wäre, wenn diese Idee hätte verwirklicht werden können. Ihr standen aber die **Hemmungen auf beiden Seiten** gegenüber. **Die Sozialdemokratie** hat ihre Hemmungen, sich bewußt zum staatlichen Aufbau und zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien zu bekennen, zu bezahlen gehabt mit großer innerer Zersetzung und großem Verlust ihrer Anhänger. Ich möchte mich dabei nicht des Fehlers schuldig machen, die Phrase auszusprechen, daß die Sozialdemokratie überwunden sei. Auch das ist Tagespolitik und ist Einstellung in einen kleinen Ausschnitt, anstatt Hinblick auf große Entwicklungsmöglichkeiten. Aber wenn die **Werbekraft der Sozialdemokratie abgenommen** hat, wenn dem Volk klar geworden ist der große Gegensatz zwischen dem, was sie theoretisch vertritt und praktisch durchzusetzen vermochte, so haben wir sie nicht überwunden dadurch, daß wir sie in die Opposition stießen, sondern dadurch, daß wir sie zur verantwortlichen Mitarbeit heranzogen. (Stürmische Zustimmung.) Wenn weite Schichten oder das ganze Bürgertum gesagt hätten: Niemals gehen wir mit euch zusammen! hätte uns das zu einer proletarischen Einheitsfront geführt, die vollkommen staatszerstörend gewesen wäre, und diese wäre in dieser Situation das Ende des Staates und der Uebergang zum Bolschewismus gewesen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir allmählich vor-

wärtskommen, so wollen wir uns doch nicht den Blick trüben lassen über das, was wir überwunden haben. Wir waren manchmal der Reiter überm Bodensee[55], bloß daß manche Deutsche, wenn sie überm Bodensee sind, eine Politik machen, als wenn wir stets auf festem Boden gestanden hätten. (Zustimmung.) Man sagt heute oft: Wie konntet ihr nur mit der Sozialdemokratie in der Großen Koalition zusammengehen? Im August 1923 sind diese Bedenken viel geringer gewesen. (Sehr richtig!) Damals handelte es sich darum, daß der scheidende Reichskanzler Cuno[56] sein Scheiden damit begründete, daß angesichts der Verhältnisse eine Erweiterung der parlamentarischen Basis notwendig wäre und daß er damit gewissermaßen die Große Koalition als das Ziel seines Rücktritts bezeichnete. Wenn ich zurückdenke an diese Zeit: Welche Zeit der Verelendung, welche Zeit der Gärung, welche Zeit des Währungsverfalls, dann an das, was in diesen Monaten auf uns lastete. Ich gönne meinen Feinden nicht **nur** Gutes, ein solcher lammfrommer Christ bin ich nicht (Heiterkeit), ich gönne aber auch bösen Feinden nicht, daß sie **das** durchmachen, was ein Reichskanzler in jener Zeit durchmachen mußte. Wir hatten damals die große kommunistische Bewegung. In Sachsen und Thüringen hatten wir rein sozialistische Regierungen, vielfach abhängig vom Kommunismus. Außenpolitisch hatten wir die furchtbare Schwierigkeit der Liquidierung des Ruhrkampfes und dem Volke zu sagen, daß seine nationalen Hoffnungen wieder einmal zu Grabe getragen werden müßten. Wir hatten weiter die Aufgabe, dem Volke klarzumachen, daß mehr gearbeitet werden müßte und hatten weiter die furchtbare Frage, wie wir aus dem Währungsverfall herauskamen. Wenn Sie diese drei Monate nehmen und das, was nachgekommen ist und wozu in dieser Zeit der Grund gelegt wurde, so sehen Sie nach dieser Zeit **Ruhe** in **Sachsen** und **Thüringen[57],** an Stelle des Währungsverfalls **die**

---

[55] „Ritt“ oder „Reiter über den Bodensee“ ist eine Redewendung in Anlehnung an die Ballade „Der Reiter und der Bodensee“ Gustav Schwabs aus dem frühen 19. Jahrhundert. Der Reiter erkennt die Gefahr, über den zugefrorenen Bodensee zu reiten, erst nach der Überquerung und fällt tot um.

[56] Wilhelm Cuno (1876–1933), Reichskanzler 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos. – Vor und nach seiner Kanzlerschaft Generaldirektor bzw. Vorstandsvorsitzender der Hapag. – Zum Rücktrittsgesuch Cunos vom 12. August 1923 vgl. SCHULTHESS 64 (1923), S. 152.

[57] Gegen Sachsen war am 29. Oktober 1923 als Vorbeugung gegen einen kommunistischen Umsturzversuch durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten nach Art. 48 der Reichsverfassung die Reichsexekution derart verhängt worden, daß Stresemann ermächtigt wurde, die von der SPD und der KPD gebildete Landesregierung abzusetzen und das Land durch „andere Personen“ verwalten zu lassen (REICHSGESETZBLATT 1923,I S. 995). Stresemann ernannte daraufhin Heinze zum Zivilkommissar, und zeitgleich besetzten Reichswehrtruppen die Ministerien und den Landtag in Dresden. Ministerpräsident Zeigner beugte sich am 30. Oktober 1923 diesem Druck und trat mit seiner Regierung zurück; am folgenden Tag wählte der Landtag eine neue Regierung (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 207, 208). – Auch in Thüringen war am 16. Oktober 1923 eine Regierung aus SPD und KPD gebildet worden; am 6. November marschierte die Reichswehr in Thüringen ein und zwang am 12. November 1923 die kommunistischen Minister zur Abdankung (vgl. AKTEN DER

Rentenmark, erst verspottet und befehdet von manchen, die sich heute ihre Väter nennen. (Stürmische Zustimmung und Beifall.) Dann sehen Sie nach der Liquidierung des Ruhrkampfes auch den Weg einer Neugestaltung durch die **Berufung internationaler Sachverständiger,** an Stelle eines schematischen Achtstundentages[58] eine Produktivität, die vielfach **wieder Friedensproduktivität** geworden ist, an Stelle dessen, was mich am meisten geschmerzt hat, an Stelle der furchtbaren Zustände in Bayern, die beinahe zu einer Revolution am 9. November geführt hätten[59], zu einem Bürgerkrieg, der unser Ende gewesen wäre, an Stelle dessen doch mindestens eine **Entspannung zwischen dem Reich und dem bayerischen Staat[60],** auch wenn noch nicht Entspannung da ist in allen Köpfen von München. Ich möchte meinen, daß, wenn in einer solchen Spanne Zeit diese furchtbaren Belastungen auf ein Kabinett kommen und wenn es auf diese Belastungen zurückblicken kann, dann braucht sich die Partei, die das Kabinett gebildet hat, dieses Kabinetts nicht zu schämen, sondern kann es mit gutem Gewissen nach außen verteidigen. (Stürmischer Beifall und anhaltendes Händeklatschen, während dessen sich die ganze Versammlung von ihren Plätzen erhebt.) Ich sagte eben, **die Bewegung in Bayern** hätte mich damals am meisten geschmerzt. Jedermann wußte, was in Sachsen und Thüringen vor sich ging. Ich fürchte nicht den Kommunismus als Idee. Er ist eine fremde Schlingpflanze, die nicht in Deutschland gewachsen ist, aber ich fürchte, daß auch einmal Elend und Not diesen Volksverführern die Massen zuführt. Wenn eine Regierung sich dazu bekannte, diesen Kampf gegen den Kommunismus zu führen,

---

REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 994–1006 mit den dortigen Anm. sowie SCHULTHESS 64 [1923], S. 216). – Im Januar 1924 waren die beiden Konflikte beigelegt worden: In Sachsen kam Anfang Januar eine Große Koalition zustande (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 4); zwischen Thüringen und der Reichsregierung kam es am 14./15. Januar 1924 zu einer Vereinbarung (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 239–241).

[58] Am 21. Dezember 1923 waren durch eine Verordnung der Reichsregierung zahlreiche Abweichungen von der im November 1918 zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften vereinbarten Achtstunden-Arbeitstag-Regelung ermöglicht worden (vgl. REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 1249–1251).

[59] Am Abend des 8. November 1923 hatte Hitler im Münchener Bürgerbräukeller während einer Rede des Generalstaatskommissars Kahr mit bewaffneten Anhängern die Versammlung besetzt, die Reichsregierung für abgesetzt erklärt und zum Marsch nach Berlin und zur Errichtung einer Diktatur unter seiner Führung und derjenigen Ludendorffs als Reichswehrminister unter Einbindung Kahrs und Lossows aufgerufen (vgl. neben vielen anderen Quellen die Wiedergabe des amtlichen Berichts in SCHULTHESS 64 [1923], S. 212–213; sowie DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE IV, S. 366–367). Nach der Distanzierung Kahrs und der bayerischen Regierung vom Putsch scheiterte am folgenden Vormittag ein von Hitler und Ludendorff angeführter Marsch bewaffneter Teilnehmer zur Feldherrnhalle im Feuer der Polizei.

[60] Der Hauptstreitpunkt zwischen der bayerischen Regierung und der Reichsregierung, nämlich über die Unterstellung der bayerischen Teile der Reichwehr, war durch die „Homburger Vereinbarung“ zwischen Reichskanzler Marx und dem stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten Matz vom 14. Februar 1924 beigelegt worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 377–379).

und wir haben ihn geführt, dann hätte man erwarten sollen, daß diejenigen, die immer sprechen von der Durchsetzung der Autorität der Regierung, daß die ihr zur Seite treten, aber nicht von Bayern aus in die Flanke gefallen wären. (Lebhafte Zustimmung.) Diese ganze Bewegung, wie viel schien sie und wie wenig hat hinter ihr gestanden. Sie hatte die **Massen,** aber die **Köpfe** habe ich noch nicht entdeckt. Ich habe nur in meinem Innern das tiefe Gefühl einer seelischen Depression darüber, daß Namen mit dieser Bewegung in Verbindung gebracht sind, die ich weit lieber sähe an den Tafeln der Weltgeschichte, als in den Prozeßberichten eines deutschen Gerichts[61]. (Stürmische Zustimmung.) Diejenigen haben schlecht an uns gehandelt, die diese Persönlichkeiten herausgeholt haben aus der geschichtlichen Stellung, zu der sie berufen waren. Sie waren berufen, so weit sie irgendein Ziel hatten, sich bereitzuhalten für die große Zusammenfassung nationaler Einheit, für die Zurverfügungstellung ihrer Kräfte, wenn sie gebraucht wurden, aber nicht dazu, **Deutsche gegen Deutsche** zu führen. (Lebhafter Beifall.) Die Männer, die damals in so übermütiger Weise davon sprachen, daß sie mit der Reichsregierung jede Verhandlung ablehnten, wie stehen diese Staatsmänner da, nachdem man einmal sieht, was sie wirklich zu vollbringen in der Lage waren. Sie verlangten die Diktatur und spotteten über uns, sie konnten aber nicht mal ihre eigene Volksversammlung schützen, in der sie sprachen. Sie mußten zusehen, wie man ihre eigene Regierung absetzte und wegführte[62]. Alle diese Dinge sind **ein schwarzes Blatt in der deutschen Geschichte.** Sie sind eine geschichtliche Erziehung des Deutschen zum politischen Denken, damit er einmal sieht, daß Diktatoren nicht dadurch werden, daß sie die Diktatur satzungsgemäß erstreben, sondern nur dadurch, daß sie Fähigkeiten in sich haben, innerhalb der Verfassung etwas zu leisten. (Stürmische Zustimmung.) Der Schrei nach der Diktatur war der größte politische Dilettantismus, der sich jemals in unserer Entwicklung abgespielt hat. Er ging gegen das „marxistische Kabinett“, weil das deutsche Volk nur noch ein Schlagwort kannte: **Los vom Marxismus.** Es hat auch Freunde unter uns gegeben, die der Meinung waren, wir sollten etwas Derartiges in unserem Wahlaufruf sagen. Wir brauchen nicht Los vom Marxismus zu rufen, denn wir sind niemals darin gewesen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Un-

[61] Stresemann bezieht sich offensichtlich auf Erich Ludendorff (1865–1937), Erster Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung 1916–1918, der sich am Putsch Hitlers beteiligt hatte und dafür Angeklagter war in dem seit dem 26. Februar 1924 vor dem Münchner Volksgericht geführten Hochverratsprozeß.

[62] Offenbar bezieht sich Stresemann auf die Vorgänge in München am Abend des 8. November 1923 (vgl. oben mit Anm. 59).

ser ganzes Wirken ist ein Kampf gegen diese Dinge, und nur Oberflächlichkeit kann davon sprechen, daß ein Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie damals eine Verbeugung vor dem Marxismus gewesen wäre. Die Schaffung einer wertbeständigen Währung ist die stärkste antimarxistische Tat, die seit der Revolution in Deutschland vor sich gegangen ist. Das **Einsetzen** der **Reichswehr** zur inneren Ordnung ist doch schließlich mehr ein **Standpunkt des alten Preußen** als ein Standpunkt marxistischer Denkungsweise gewesen. Die Forderung an eine Staatsregierung, sich aufzulösen, wenn sie nicht die Kommunisten hinauswerfe aus ihren Reihen[63], diese Aufforderung an eine rein sozialistische Regierung und die Tat, die darauf folgte, ist das Verbeugung vor der Sozialdemokratie gewesen? Alle diese Dinge sind **töricht und oberflächlich.** Man spricht heute viel davon, als wäre das alles selbstverständlich gewesen, und als hätte das alles unblutig abgehen müssen. Wenn wir in Sachsen und Thüringen einmarschierten ohne Blutvergießen, dann vielleicht doch mit deshalb, weil die Sozialdemokratie für den Einmarsch mit gewonnen war und weil wir deshalb dem Kommunismus allein gegenüberstanden und nicht irgend einer proletarischen Einheitsfront, die sehr schwer hätte damals auf uns lasten können. Wenn wir weiter auf anderem Gebiete, wo wir einem deutschen Mann (dem Kronprinzen. Schriftleitung)[64] eine Heimatstatt gewährten, der vom Feinde verfolgt war[65], wenn das geschah mit Zustimmung der Sozialdemokratie, dann war dem, der heimkehrte, ein ganz anderer Empfang gesichert, als wenn er von einer Parteiregierung herbeigerufen worden wäre. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Alle diese Dinge haben wir in dieser Zeit mit der Sozialdemokratie bewirkt gegen scharfe Strömungen in ihrem eigenem Lager. Und dann gingen die Dinge nicht mehr. Man spottete, diese kurze Regierung habe zwei oder drei Krisen gehabt. Ich wundere mich, daß sie nicht überhaupt eine einzige Krise gewesen ist. Krise ist Ueberwindung eines Krankheitszustandes. Der Krankheitszustand der Sozialdemokratie gegenüber dem Staat mußte überwunden werden, um sie mitzureißen, das zu tun, was gegen ihr Gefühl, was aber Staatsnotwendigkeit war. Als wir um den Achtstundentag kämpften[66], hat man

[63] Stresemann bezieht sich auf die Vorgänge in Sachsen und Thüringen (vgl. oben mit Anm. 57).

[64] So in der Vorlage.

[65] Stresemann bezieht sich auf Wilhelm von Preußen (1882–1951), ehem. Kronprinz des Deutschen Reiches. – Stresemann hatte dem seit 1918 im niederländischen Exil weilenden Kronprinzen die Rückkehr nach Deutschland ermöglicht, die am 15. November 1923 erfolgte, ihn aber gleichzeitig zur politischen Enthaltsamkeit verpflichtet (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 215–224; AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 521–523).

[66] Stresemanns Kabinett hatte sich nach kontroverser Diskussion, bei der zwischen den Koalitionsparteien insb. der Acht-Stunden-Tag und Rentenkürzungen umstritten waren, am 6. Oktober 1923 auf

da vielleicht geglaubt, daß dieser in einer Nachmittagssitzung einfach durch Stimmzettel und Abstimmung geregelt werden konnte? Weiß man nicht, daß dies ein großes seelisches und politisches Ringen war und daß jeder dabei eine große Verantwortung auf sich nehmen mußte? Wir kämpften weiter um die Einstellung gegenüber Bayern[67]. Ich bin auch heute noch der Meinung, daß ich meine damalige Stellung gegen Bayern im Interesse des deutschen Friedens einnehmen mußte. Viel zu zahlreich sind die Gegensätze in Bayern selbst, als daß sie auf einen einheitlichen Nenner gebracht werden könnten. Wäre ich aber mit den Sozialdemokraten gegangen, die, als es gegen Bayern ging, nicht mehr Pazifisten waren (Sehr gut!), dann wäre ich verantwortlich gewesen für einen Zustand, den ich als nationaler Mann ablehne. (Bravo!) Ich konnte erwarten, daß Bayern mehr Objektivität für das hatte, was ich getan habe.

Meine Herren! **Nun ein Blick in die Zukunft.** Wohin gehen die Dinge bei uns? Sie gehen im Volke nach den **Extremen.** Die **Sozialdemokratie** wird große Verluste erleiden, aber diese Verluste sind auch für uns insoweit wenig erfreulich, als sie die Massen vielfach zum Kommunismus treiben. Sehen Sie die letzten Wahlen in Rheinland und Westfalen[68]. Das ist keine Enwickelung, über die sich jemand freuen kann. Sie haben auf der anderen Seite die Bewegung der **Deutschvölkischen Partei[69].** Keiner weiß, welche Gefühle in ihr stärker sind, der Kommunismus nach innen oder das nationale Gefühl nach außen, beides Gefühle, von denen wir keinen Gebrauch machen können. (Stürmische Zurufe. Sehr richtig!) Diese Bewegung scheint sehr die Massen aufzuwühlen, aber ich glaube nicht, daß diesem Aufwühlen eine praktische Arbeit folgen wird. Nun **unsere Stellung zur Sozialdemokratie.** Sie hat es zu einer inneren Klarheit nicht gebracht. Sie fürchtet sich, diese Klärung herbeizuführen. Sie

einen Entwurf für ein Ermächtigungsgesetz geeinigt, das die Regierung zu „Maßnahmen […] auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete“ ermächtigen sollte, die Arbeitszeit- und Sozialrentenfrage davon jedoch ausdrücklich ausnahm (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 499–500).

[67] Die Reichstagsfraktion der SPD hatte ihr Verbleiben in der Regierung in einem Forderungskatalog vom 31. Oktober 1923 u.a. davon abhängig gemacht, daß gegen den bayerischen Verfassungsbruch offen vorzugehen sei (Text des Beschlusses in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 501); in der Kabinettssitzung vom 1. November 1923 wehrte sich Stresemann gegen ein militärisches Vorgehen gegen Bayern (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 938).

[68] Welche Wahlen (Kommunalwahlen fanden zeitgleich erst mit der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 statt) und welche Wahlergebnisse gemeint sind, konnte nicht sicher ermittelt werden. Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf die Ende März / Anfang April abgehaltenen Wahlen für die Betriebsräte, bei denen die Kommunisten im Ruhrgebiet Stimmengewinne zu Lasten der SPD verbuchen konnten (vgl. THE TIMES, Nr. 43617 vom 3. April 1924, S. 13).

[69] 1922 hatte der extrem völkische Flügel der DNVP die Partei verlassen und die erklärt antisemitische Deutschvölkische Freiheitspartei gegründet, die Stresemann offenbar hier anspricht. Ihr Wahlaufruf für die Reichstagswahl am 4. Mai 1924 in REICHSTAGS-HANDBUCH II, 1924, S. 318–322.

sollte am 30. März ihren Parteitag abhalten. Die Parteiinstanzen haben darauf verzichtet. Sie haben darauf verzichten müssen, weil sie sich sagten, daß es [!] kein Erfolg für die Vereinigte Sozialdemokratie sei[70]. Sie besteht aus heterogenen Elementen und zeigt heute, wie falsch es war, sich mit den Unabhängigen zu vereinigen[71] und damit jede Stoßkraft von sich auszuschalten. Schon damals, als die Sozialdemokratie in der Großen Koalition war, war es fast unmöglich, mit ihr zu regieren, weil das Kabinett bei jeder Entscheidung davon abhängig war, ob der Parteivorstand in der Fraktionssitzung mit 65 gegen 60 Stimmen siegte, oder mit 60 gegen 65 Stimmen unterlag. Eine Partei, die sich nicht zusammenschweißen läßt, wird gefährlich, weil man sich nicht auf sie verlassen kann in Momenten, wo es sich darum handelt, ob sie der Regierung zur Seite steht. (Sehr richtig!) Dadurch, daß wir die Erscheinung erleben, daß Noske[72] keinen Platz hat, in einer sozialdemokratischen Partei der Zukunft, sieht man, daß die **Sozialdemokratische Partei ihrem linken Flügel unterlegen** ist, weil sie aus Populationsrücksichten [!] auf die Flügelpartei zu viel Rücksicht nahm. (Sehr richtig!) Wer aus Rücksicht auf andere, noch extremere Elemente nachgibt, wird erliegen. Wir haben gesehen, in dem Moment, als gerade durch die Aktion in Sachsen ein Moment der Ruhe geschaffen wurde, haben die sächsischen Sozialdemokraten ihren Vertretern im Kabinett die Mitwirkung versagt. Wir haben gesehen, wie sie mit einem Mißtrauensantrag nach außen das Kabinett zu stürzen suchte[n][73], mit dem sie zusammen Politik gemacht hatten. Damit hat sie

---

[70] In einem telegraphischen Korrespondentenbericht aus Berlin vom 25. März 1924 der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21387 (Morgenausgabe) vom 26. März 1924, S. 5, wird ein Artikel des „Vorwärts“ wiedergegeben, wonach „der sozialdemokratische Parteiausschuß in seiner heutigen Sitzung einstimmig den Beschluß gefaßt [hat], den Parteitag, der am 13. April stattfinden sollte, bis nach den Reichstagswahlen zu vertagen“.

[71] Am 24. September 1922 war auf einem Parteitag in Nürnberg der Zusammenschluß der SPD mit Teilen der inzwischen gespaltenen USPD vollzogen worden, was (vorübergehend) zur Bezeichnung „Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ führte (vgl. SCHULTHESS 63 [1922], S. 122–123).

[72] Gustav Noske (1868–1946), Reichswehrminister 1919–1920; Mitglied der Nationalversammlung 1919–1920 (für die SPD); Oberpräsident von Hannover 1920–1930. – Nach einem Bericht der Wiener REICHSPOST, Nr. 76 vom 17. März 1924, S. 1–2, hatte der „sozialdemokratische Parteivorstand auf Grund eines Einspruches des Bezirkstages Hannover-Nordwest die Entscheidung gefällt, daß für die kommende Legislaturperiode des Reichstages von einer Kandidatur Noskes abzusehen sei.“ Begründet worden sei dies damit, daß Noskes „Doppelstellung als Oberpräsident der Provinz Hannover und als Reichstagsabgeordneter […] eine Ueberbürdung bedeuten“ würde. Zuvor hatte nach einem Bericht der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21364 (Morgenausgabe) vom 3. März 1924, S. 4, der Berliner Bezirksparteitag der SPD am 2. März 1924 einen Protest verabschiedet gegen die Plazierung Noskes als Spitzenkandidat auf der Hannoveraner Parteiliste.

[73] Vermutlich bezieht sich Stresemann zum einen auf ein Ultimatum der SPD-Reichstagsfraktion vom 31. Oktober 1923, in dem Bedingungen für den Verbleib der SPD-Minister in der Regierung gestellt wurden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 937, Anm. 26), und zum anderen auf den Antrag der SPD-Fraktion vom 22. November 1923, in dem das beantragte Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Stresemann mit der unterschiedlichen Behandlung des Ausnahmezustands gegen-

zum Ausdruck gebracht, daß die radikalen Elemente für sie maßgebend sind. Solange nach dieser Richtung keine Klärung eingetreten ist, ist **eine fruchtbare Reichspolitik mit ihr nicht zu führen.** Das ist eine Auffassung, die wir im Januar dieses Jahres in einem **Antrag** der **Reichstagsfraktion**[74] zum Ausdruck gebracht haben, die um so weniger Gegenstand des Kampfes sein konnte, weil sie einstimmig von der Reichstagsfraktion gefaßt wurde, die Landtagsfraktion[75] ihr beitrat und der Parteivorstand sich auf denselben Standpunkt stellte. Was wir damals taten, bedeutete nicht eine Aenderung unserer prinzipiellen Einstellung, bedeutet aber eine **Konstatierung der Tatsachen der gegenwärtigen Situation. Die Deutschnationalen** rüsten sich, die Regierung zu übernehmen oder mindestens maßgebend zu beeinflussen. Wir können das nur begrüßen und unser Bedauern aussprechen, daß sie sich nicht längst durchgerungen haben. (Sehr gut! Beifall.) Wenn die Deutschnationalen an der Regierung teilnehmen, werden sie in wenig Wochen sehen, wie ganz anders die Dinge sich darstellen, wenn man **verantwortlich** handelt, als in den **Wahlversammlungen** opponiert. Eine deutschnationale Regierung wird den Beamtenabbau[76] **nicht** aufheben, den Steuerdruck **nicht** vermindern, in der Außenpolitik wird sie **genau so gebunden** sein durch die Konsequenzen des verlorenen Krieges wie wir. Wenn man nur an die Partei dächte, könnte man für uns nichts Besseres wünschen, als daß wir auch einmal auf Urlaub gingen in bezug auf die Verantwortlichkeit. Aber es gibt für uns in dieser Frage, in dieser Art keinen Parteistandpunkt. Wir werden uns weiter von den Grundsätzen leiten lassen, die uns geleitet haben in den letzten Jahren. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß jede Politik einer künftigen bürgerlichen Regierung in ihrem Mittelpunkt die Auffassung haben wird und muß, die sich decken wird mit unseren Auffassungen.

So lassen Sie mich damit meine Ausführungen schließen. Ich weiß genau wie Sie, daß wir vor einem sehr schweren Kampf stehen. Wir hoffen, daß es für das Staats-

---

über Sachsen und Thüringen auf der einen und Bayern auf der anderen Seite begründet wurde (Text des Antrags in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 380, S. 7625 [Drucks. 6349]).

[74] Stresemann bezieht sich vermutlich nicht auf einen Antrag, sondern auf eine Entschließung der DVP-Reichstagsfraktion vom 12. Januar 1924 (Text in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 285–286), die in der über die Frage künftiger Koalitionen gespaltenen Partei eine Art Kompromiß bildete; sie bezeichnete die vorherige Große Koalition als „ein Weg“ zum Ziel der Volksgemeinschaft; dieser Weg sei derzeit jedoch durch die SPD blockiert, so daß nun die „Bildung einer tragfähigen bürgerlichen Koalition“ angestrebt werde.

[75] Stresemann meint hier vermutlich die DVP-Fraktion des preußischen Landtags.

[76] Die Personal-Abbau-Verordnung vom 27. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 999–1010) sah u.a. den Abbau von bis zu 25 Prozent aller Reichsbeamten und die Kündigung aller Angestellten vor und verpflichtete die Länder zu analogen Regelungen.

wohl gut war, was wir in dieser Zeit getan haben. Wir leben in einer gärenden Zeit, einer Zeit der Revolution, wie sie die Welt noch nicht erlebt hat. In Zeiten der Not schaut immer das Volk nach einem Heiland aus. Immer glaubt das Volk, daß etwas Wunderbares es erretten soll. Trotzdem würde man durch diese Zeit nur vorwärts kommen durch einfache, sachliche Arbeit. Wir glauben, daß in dieser ganzen Zeit und dieser Gegenwart nichts so wichtig ist als Bausteine heranzuschaffen, damit der Grund gelegt wird für eine bessere Zukunft. Wir können den Bau nicht anfangen bei dem Knopf des Turmes, es hat keinen Sinn, sich über die Form der Kuppel zu streiten, solange die Grundmauern nicht stehen. Damit später den Turm die Kuppel krönen kann, ist vorher nötig, die Arbeit des Maurers, der die Steine herbeischafft und behaut. Wir werden immer Vertreter von Idealen bleiben. Wir arbeiten in der Gegenwart, um aus ihr in eine bessere Zukunft hineinzukommen. Wir haben alle Berechtigung, an diese Zukunft zu glauben, wenn wir mit denjenigen Grundgedanken, die uns tragen, weite Kreise mit fortreißen können, wenn dieser Gedanke nationaler Volksgemeinschaft sich durchsetzt. Mich tröstet, daß trotz vieler trostlosen extremen Erscheinungen schließlich doch einmal das Gold einer vaterländischen nationalen Grundauffassung sich durchsetzen wird. Wir verzweifeln nicht an der Zukunft.

Nicht klagen will ich, nicht verdammen,
und [!] tröstlich ist's noch allerwärts,
Doch seh' ich manches Auge flammen,
Und klopfen hör' ich manches Herz[77]!
[…][78]

Einer der Redner hat hier den Satz ausgesprochen, er bedauere, daß Dr. Maretzky[79] gesprochen habe. Ich bedauere das nicht! (Bravo!) Ich habe mit voller Entschiedenheit mich für eine Aussprache eingesetzt, und bin nach ihrem Ergebnis

[77] Stresemann zitiert hier (in leichter Abwandlung und offenbar in der Vorlage mit einem Druckfehler versehen, weil es in der zweiten zitierten Zeile „untröstlich" heißen müßte) die letzten Verse von Ludwig Uhlands Gedicht „Am 18. Oktober 1816" aus dem Kontext der württembergischen Verfassungsdiskussion nach dem Wiener Kongreß (Druck des Gedichts u.a. in Ludwig Uhland. Werke. Bd. 1. Sämtliche Gedichte. München 1980, S. 69–70).

[78] Stresemanns Rede und dem nachfolgenden Dank des Parteitagsvorsitzenden Kahl schloß sich eine kurze Aussprache an, in der verschiedene Redner überwiegend Zustimmung und im Einzelfall zurückhaltende Kritik an seinen Positionen vertraten (NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Sonderausgabe [vom 30. März 1924], S. 7). – „Dann erhält Reichsminister Dr. Stresemann das Schlußwort. Er führt aus:"

[79] Oskar Maretzky (1881–1945), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1924 (für die DVP 1919 – Mai 1924, [als einziger Abgeordneter] für die Nationalliberale Vereinigung und als Gast der Fraktion der DNVP Mai – Dezember 1924). – Maretzky hatte sich in der Aussprache über Stresemanns Rede für eine klare Stellung gegen die Sozialdemokratie erklärt (ebd., S. 7).

erst recht der Meinung, daß wir recht getan haben, sie nicht zu verhindern. Ich möchte doch auch einmal festhalten, was diese Aussprache an Positivem gebracht hat. Wir haben in der Presse gelesen, daß in unserer Partei große Erschütterungen vor sich gehen, es hat den Eindruck machen können, als ob wir überhaupt in der großen Grundlinie unserer Politik uns nicht mehr zusammenfinden könnten. Nun hat Dr. Maretzky an die Spitze seiner Ausführungen das eine gesetzt, daß er sich restlos bekennt zu der Außenpolitik der Partei und der Parteiführer. Er hat weiter – wenigstens durch Unterlassung jeder Kritik – zum Ausdruck gebracht, daß auch die anderen großen Grundlinien von ihm anerkannt werden. Und da, wo der Weg sich trennte, war es in einer anderen Frage, in der, glaube ich, die Unklarheit nur auf seiten des Kritikers besteht. Auch Dr. Maretzky hat niemals in der Zeit, in welcher er in der Fraktion mit mir zusammen gearbeitet hat, den Standpunkt vertreten, daß man nicht mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten könne. Er hat ausdrücklich dem Gedanken der Großen Koalition zugestimmt. Was er hier aussprach, war das eine, das er sagt: er vermisse die Kampfeinstellung gegen die Sozialdemokratie. (Dr. Maretzky: Dann, wenn es möglich ist!) Also halten Sie es nicht einmal für möglich, jetzt die Kampfstellung einzunehmen! Dann sind wir ja noch weiter einig. Vorhin mußte ich mir aber sagen: Wenn ein Mann sich von großen politischen Linien leiten läßt, dann muß er sich doch das eine sagen, daß man in einem Moment, wo in Hannover jetzt vor der Wahl die Sozialdemokratie für Preußen eintritt[80], daß man nicht wenige Wochen vor der Wahl den Kampf proklamiert. (Stürmische Zustimmung.) – Ich wehre mich ganz entschieden dagegen, daß wir etwa zurückkommen zu falschen Verhältnissen der Kaiserzeit, in der etwa für gewisse Parteien überhaupt kein Platz mehr ist. (Sehr richtig!) Für den Beamten verlange ich Gewissensfreiheit, aber auch, daß er überhaupt fähig ist, sein Amt zu verwalten. Die **Ueberwindung der Sozialdemokratie** erzielen Sie niemals, wenn Sie unter dem Gesichtspunkt „rechts gegen links“ sie hineintreiben in die Oppositionsstellung, sondern, indem Sie vor dem ganzen Volke klarstellen, daß die Sozialdemokratie nicht in der Lage ist, ihre Theorie in die Praxis umzusetzen. (Sehr richtig!) Dann ist doch die Frage, welcher Weg der bessere ist, nur eine Frage der Ueberlegung, der **Taktik,** nicht des **Grundsatzes.** Man kann nicht sagen, wie im alten Deutschland: die Sozialdemokratie überlassen Sie mir, mit der werde ich fertig

[80] Die Deutsch-Hannoversche Landespartei betrieb in der preußischen Provinz Hannover eine Volksabstimmung mit dem Ziel, die Provinz aus Preußen auszugliedern und ein eigenes Land innerhalb des Deutschen Reiches bilden zu lassen; die Vorabstimmung für eine Volksabstimmung war inzwischen auf den 18. Mai 1924 angesetzt (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 318–319). Alle größeren Parteien sprachen sich gegen den Antrag aus.

werden! Damit kommt man nicht weiter. Eine solche Kampfansage soll man lieber zurückstellen, bis man nach außen hin wieder unabhängig und frei ist. Dann das eine, worauf Herr Dr. Klingspor[81] mit gutem Recht hingewiesen hat. Wir können ja vielleicht eine Kommission einsetzen zum Studium der Frage, ob **wir eine Rechts- oder eine Mittelpartei** sind. (Heiterkeit.) Wenn in dem alten Kaiserreich gerungen wurde, um die großen Fragen der Wehrmacht, der Kolonien, dann standen wir zusammen mit der Rechten. Und wenn gerungen wurde um die großen Fragen der Gewissensfreiheit, dann standen wir unter Bennigsen[82] entschieden zusammen mit der Linken. Wenn ein Mensch immer bloß an derselben Stelle steht, dann wird er überhaupt nicht vorwärts kommen. (Stürmischer Beifall.) Wenn wir ein Schiff führen und am Ruder sitzen, dann müssen wir sehen, wie wir ans Ziel kommen. Da kann man auch nicht immer geradeaus fahren, sonst würde man an Klippen scheitern, ehe man ans Ziel kommt. Wir sind und bleiben eine nationale Partei. Die Hauptsache ist, daß viele Leute um uns stehen, die mit für die nationale Freiheit gerungen haben. (Bravo!) Noch ein letztes Wort über die Frage, wie **die Kämpfe innerhalb der Partei** zu Ende gegangen sind. Ich bin gebeten worden, darüber ein Wort zu sagen. Nach meiner Auffassung haben wir uns zusammengefunden unter den beiden Gesichtspunkten: **Freiheit und Disziplin!** Freiheit des einzelnen, zu wirken für seine Ansichten, um sie zum Siege zu bringen **innerhalb** der Partei. Ich wäre der Letzte, der dagegen aufträte. Ich habe seinerzeit selbst die Berechtigung der Kritik scharf verfochten. Ich bin aber niemals den Weg einer Sonderorganisation gegangen, und habe meinerseits die Unterstützung der jungliberalen Bewegung abgelehnt, weil ich der Meinung war, die Jugend solle sich innerhalb der Partei durchsetzen, aber nicht selbständig organisieren[83]. Dasselbe gilt noch heute. Hier im Zentralvorstand, im Reichsausschuß lassen sie die Geister aufeinanderplatzen. Wer ein ganzer Kerl ist, wird sich durchsetzen, aber wenn er sieht, daß die große Partei einen anderen Weg geht, wenn er von der Freiheit der Kritik Gebrauch gemacht hat, dann muß er die Disziplin besitzen und sich unterordnen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Am tiefsten hat mich gekränkt die Wahl des Namens. Es gibt niemanden unter uns, der nicht national und

[81] Hermann Klingspor (1885–1969), Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1928 (für die DVP). – Sein Beitrag in der Aussprache über Stresemanns Rede in einer Paraphrase (in der das von Stresemann Angesprochene nicht erwähnt ist) in NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Sonderausgabe [vom 30. März 1924], S. 7.

[82] Rudolf von Bennigsen (1824–1902), Mitglied im Reichstag des Norddeutschen Bundes bzw. des Deutschen Reichstags 1867–1883 u. 1887–1898 (für die Nationalliberale Partei).

[83] Worauf Stresemann sich hier bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

liberal ist. Wir alle sind national und liberal und brauchen keine Nationalliberale Vereinigung[84]. (Erneuter stürmischer Beifall.) Die Dinge sind zur Entscheidung gebracht. Diejenigen unserer Freunde, die mit uns getagt haben, haben mit uns zugestimmt, den Beschluß des Zentralvorstandes entgegengenommen, der erklärt, daß es **keine Sonderorganisationen** geben kann, die nicht in den Satzungen verbrieft ist oder die nicht die Zustimmung des Parteivorstandes gefunden hat. Sie wollten ihrerseits für die Durchführung dieses Beschlusses eintreten bei ihren Freunden in Berlin. Klar ist, daß, wenn eine Einigung nicht zustandekommt, daß dann eben die Entscheidung für den einzelnen erfolgen muß, wo er zu stehen hat. Ich würde mich freuen, wenn es gelingt, diese Bewegung wieder einmünden zu lassen in die Partei, damit namentlich diejenigen zu ihr zurückkehren, die vielleicht geglaubt haben, der Partei zu nützen, wenn sie sich auch auf falschem Wege befunden haben. Wer aber etwa glaubt, die Partei schwächen zu können, wird auch die Konsequenzen ziehen, die sich aus dieser Einstellung ergeben. (Stürmischer Beifall.) Ich habe vorhin gesagt, daß die Sozialdemokratie davon abgesehen hat, einen Parteitag einzuberufen. Auch bei uns kamen solche Anregungen. Wie falsch wäre es gewesen, wenn wir dem gefolgt wären. (Lebhafte Zustimmung.) Ich hätte nichts dagegen gehabt, wenn große prinzipielle Fragen, und große prinzipielle Fragen sind auch die des Zusammenwirkens in Preußen[85], wenn auch die einmal vor der breiten Oeffentlichkeit erörtert werden, weil sie dadurch nur gewinnen können. Die Ruhe, die in Preußen in den letzten Jahren vorhanden war, die Ruhe, mit der auch die Aktionen in Sachsen und Thüringen durchgeführt werden konnten, danken Sie mit der Mitwirkung unserer Freunde in Preußen. Draußen spricht man davon, als wenn die Volkspartei im Wahlkampf Verluste erleiden würde. Wer mit uns hier getagt hat, weiß, welch' eine Lebenskraft in unserer Partei besteht. (Stürmische Zustimmung.) Sie ist geradezu eine Notwendigkeit für das Staatsganze, und für den ganzen Kampf innerhalb der Politik für diejenige große Diagonale, ohne die keine staatsmännische Politik geführt werden kann. Wenn Sie angegriffen werden von den verschiedensten Seiten, antworten Sie nicht wehleidig auf diese Angriffe, bekennen Sie sich zu dem, was Ihre Partei geleistet hat! (Stürmischer Beifall.) Treten Sie so in den Wahlkampf ein und zweifeln Sie nicht daran, daß

[84] Am 12. März 1924 hatten DVP-Mitglieder vornehmlich vom schwerindustriellen Flügel eine „Nationalliberale Vereinigung" gegründet, die sich u.a. zum Ziel setzte, die DVP zu einer „straff nationalen, antisozialistischen Politik" auszurichten. Am Vortag des Parteitags, am 28. März 1924, hatte der Zentralvorstand der DVP einen Unvereinbarkeitsbeschluß verabschiedet (vgl. NATIONALLIBERALISMUS I, S. 489–191 u. insb. Anm. 3 u. 4).

[85] In Preußen regierte seit dem Herbst 1921 eine Große Koalition unter Einschluß der DVP.

die guten Ideen, die wir vertreten, einmal auch in unserem deutschen Volk zum Siege kommen werden. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen. Die ganze Versammlung erhebt sich von ihren Plätzen.)[86]

[86] Der Parteitag verabschiedete abschließend einen Wahlaufruf, der u.a. als Ziel der DVP „ein Wiedererstehen deutscher Macht und Größe unter einem deutschen Volkskaiserthum“ formulierte; Text des Wahlaufrufs u.a. in NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 46 vom 1. April 1924; REICHSTAGS-HANDBUCH II, 1924, S. 314–316. – In dem in Anm. 7 genannten Bericht der Wiener NEUE FREIE PRESSE über den Parteitag wird die Rede Stresemanns im Hinblick auf die Kämpfe der Parteiflügel (deren rechter um Stinnes eine Koalition mit der DNVP anstrebe, während der andere um Stresemann für die Große Koalition eintrete) u.a. mit den Worten kommentiert: „Es ist Stresemann als Parteiführer gestern gelungen, einen Erfolg zu erzielen und die Einheit der deutschen Volkspartei zu erhalten. Seine Rede zeigt jedoch, daß er zumindest äußerlich den weiter rechtsstehenden Freunden nicht unwesentliche Zugeständnisse machte, die taktisch erklärlich sein mögen, aber politisch nicht unbedenklich sind.“ – Die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 155 (Abendausgabe) vom 31. März 1924, kommentierte: „Nach dem allgemeinen Eindruck auf dem Partei hat Dr. Stresemann auf der ganzen Linie gesiegt.“

Rede auf einem Bismarck-Abend in Chemnitz vom 1. April 1924[1]

Nach VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 160 (Morgenausgabe) vom 3. April 1924. – Teildruck auch in NEUE FREIE PRESSE (Abendausgabe), Nr. 21394 vom 2. April 1924, S. 2.

Bismarck hätte ähnliche Konsequenzen aus der aktuellen innen- und außenpolitischen Lage gezogen.

Ueber die Doktrinäre hat niemand so sehr gespottet wie Bismarck[2], der davon sprach, daß es Zeiten gebe, in denen man liberal, und Zeiten, in denen man diktatorisch regieren müsse. Bismarcks Mahnruf in Jena[3], der das deutsche Volk aufforderte, das Parlament nicht zu weit ausschalten zu lassen, zeigt ebenso wie sein Verlangen nach Indemnität nach dem großen Siege ueber Oesterreich[4], wie fern es ihm lag, das Parlament zu beseitigen, wie sehr er verstand, es zu gebrauchen. Bismarck wäre der erste gewesen, der die Konsequenzen aus unserer heutigen außenpolitischen Lage gezogen hätte. Wenn uns die Waffen fehlen, muß eine große nationale Einheit des deutschen Volkes uns dasjenige an **moralischer** Kraft geben, was wir brauchen, um die Stimme eines Sechzigmillionenvolkes gegen alle Vergewaltigungen erschallen zu lassen. Dazu gehört aber eine Politik, die auf Einigung des Volkes hinstrebt und **nicht auf seine Zerreißung.**[5]

---

[1] Stresemann hielt die Rede laut der Vorlage auf „einem von der deutschen Volkspartei veranstalteten Bismarck-Abend“ (wohl in Erinnerung an Bismarcks Geburtstag). In seinen Tagesnotizen ist vermerkt: „Bismarckrede vor 3000 Personen“ (STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 380). – Bei der Vorlage handelt es sich offenbar nur um einen kleinen Ausschnitt der Rede. – Die Vorlage leitet paraphrasierend ein: „Er [Stresemann] zeichnete ein Bild des Realpolitikers und genialen Kompromißpolitikers Bismarck, dessen Größe darin bestanden habe, die außen- und innenpolitischen Dinge vom Standpunkte der Realpolitik zu meistern. Diejenigen, die in Bismarck nur den Mann von ‚Blut und Eisen’ sähen und ihn gewissermaßen als Gewaltpolitiker hinstellten, verkennten sein Wesen.“

[2] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[3] Die vorangegangene und die folgende Anlehnung an Bismarck bezieht sich auf dessen Ansprache auf dem Markt von Jena vom 31. Juli 1892 ([Otto von] Bismarck. Die gesammelten Werke. Bd. 13: Reden 1885–1897. Bearb. v. Wilhelm Schüßler. 3. Aufl. Berlin 1930, S. 471–473 [die Zitate: S. 473 (wo jedoch nur davon die Rede ist, gegebenenfalls diktatorisch regieren zu müssen; „liberal“ wird nicht erwähnt) u. S. 474]).

[4] Bismarck hatte sich und seiner Regierung im September 1866 nach dem Sieg im vorangegangenen Krieg vom preußischen Abgeordnetenhaus Indemnität gewähren lassen für die zurückliegenden Jahre, in denen infolge des Verfassungskonflikts mit der Kammer ohne gültig zustande gekommenen Haushalt regiert worden war.

[5] Die Vorlage schließt den Bericht paraphrasierend: „Wenn die Deutsche Volkspartei auf dem Standpunkt stand, daß mit der Sozialdemokratie in ihrer heutigen Zusammensetzung fruchtbare Reichspolitik nicht getrieben werden könne, so sei das ein Ausdruck der tatsächlich politischen Lage und

habe nichts mit einer Politik zu tun, die das deutsche Volk in nationale und internationale Hälften zerreißen wolle.“

Wahlrede in Kiel vom 6. April 1924[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 381, 382–384. – Leicht gekürzt auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 167 (Abendausgabe) vom 7. April 1924. – Auszugsweise Wiedergabe (mit Abweichungen) in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21399 (Abendausgabe) vom 7. April 1924, S. 2.

Kurz vor der Veröffentlichung des Sachverständigen-Gutachtens dürfen die Aussichten nicht durch neue französische Gewaltmaßnahmen gestört werden. Wendet sich gegen Vorwürfe Poincarés gegenüber inneren Entwicklungen Deutschlands; die Frage der Reichsverfassung ist eine innere Angelegenheit; die Stabilität Deutschlands wird aber durch Demütigungen von außen gestört.

Der Bericht der Sachverständigenkommission soll in der nächsten Woche erscheinen[2], kommt also noch vor dem Ablauf der **Micum-Verträge**[3] an die Öffentlichkeit. In diesen Tagen sollen die Verhandlungen zwischen der Micum und den deutschen Industriellen stattfinden[4]. Es ist vor aller Welt klar, daß das Deutsche Reich nicht in der Lage ist, eine Finanzierung für die Fortführung der Micum-Verträge zu übernehmen. Das gleiche gilt für die deutschen Industriellen. Gegenüber den franzö-

---

[1] Stresemann hielt die Rede im Wahlkampf für die auf den 4. Mai 1924 angesetzten Reichstagswahlen. Näheres über die Umstände der Rede und über (zu vermutende) Kürzungen der Vorlage gegenüber der tatsächlich gehaltenen Rede konnte nicht ermittelt werden. – Ein paraphrasiender (Agentur-)Bericht in der Wiener REICHSPOST, Nr. 97 vom 7. April 1924, S. 3, spricht lediglich von „einer von der Deutschen Volkspartei einberufenen Versammlung“.

[2] Gemeint sind die Berichte der beiden Sachverständigen-Ausschüsse zur Regelung der Reparationsfrage, die nach der Einsetzung durch die Reparationskommission am 14. Januar 1924 ihre Arbeit aufgenommen hatten und seitdem zunächst in Paris, dann in Berlin und anschließend wieder in Paris berieten. – Nach einer „Havas“-Agenturmeldung aus Paris vom 6. April 1924 (wiedergegeben in der Wiener REICHSPOST, Nr. 97 vom 7. April 1924, S. 3) wurde die Übergabe der Berichte an die Reparationskommission für den 9. April erwartet. Andere Zeitungsmeldungen (z.B. die Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21397 vom 5. April 1924 [Abendausgabe], S. 2) erwarteten die Übergabe bereits für den 6. April 1924.

[3] Im November 1923 war zwischen dem Bergbaulichen Verein und der „Mission interalliée de contrôle des usines et des mines“ (MICUM) ein Abkommen über die Wiederaufnahme der Kohlelieferungen durch die Industrie anstelle des Reiches (das spätere Entschädigungen bzw. Steuerverrechnungen gegenüber der Industrie versprach) zustande gekommen (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 222), dem weitere Verträge anderer Industriebereiche des besetzten Gebietes folgten. Das Abkommen über die Kohlelieferungen war am 15. Januar 1924 zu modifizierten Bedingungen verlängert worden (ebd., 65 [1924], S. 398) und sollte am 15. April 1924 ablaufen.

[4] Zum Stand der Sache vgl. die Beratung in der Ministerbesprechung vom 2. April 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 519–520 u. insb. Anm. 11). – Zur Haltung Poincarés in dieser Frage vgl. den telegraphischen Bericht Hoeschs aus Paris vom 5. April 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 648–651).

sischen Mitteilungen, wonach die deutschen Industriellen sich bereit erklärt hätten, die Micum-Verträge zu verlängern[5], kann ich versichern, daß die maßgebenden Vertreter der Ruhr-Industrie dies für ganz unmöglich erklärt haben[6]. Große englische Banken haben jeden Kredit an deutsche Unternehmungen abgelehnt, solange die Micum-Verträge bestünden, da sie diese Verträge als Erdrosselungsverträge ansähen, die die Rentabilität, ja auf die Dauer auch jede Existenz der deutschen Unternehmungen vernichten. Unter diesen Umständen hätte es nahegelegen, den Versuch zu machen, an der Hand der Sachverständigengutachten das Prinzip der Sachleistungen während des Moratoriums[7], falls es von den Mächten anerkannt werden sollte, auch zur Grundlage der Belieferung Frankreichs zu machen und eine provisorische Lösung der Finanzierungsfrage ebenso zu versuchen wie für die deutschen Sachleistungen während des Moratoriums, deren Finanzierung von außen sichergestellt werden muß. Gewiß kann dem entgegengehalten werden, daß das Sachverständigengutachten so lange keine Kraft besäße, als es nicht von den Mächten angenommen wäre. Aber schließlich könnte auch über diese Frage ein provisorisches Abkommen getroffen werden, wenn man den Willen hat, zu einer Gesamtverständigung zu kommen[8].

Pressemeldungen englischer Blätter aus Paris sagen[9], daß man von einer Wiederaufnahme des **passiven Widerstandes** an der Ruhr in Frankreich rede. Wir müssen uns ganz entschieden dagegen verwahren, daß die Unmöglichkeit von Leistungen seitens des Deutschen Reiches, die der französische Ministerpräsident[10] früher selbst anerkannt hat, jetzt zum Ausgangspunkt einer neuen Konstruktion des passiven Widerstandes gemacht wird. Unter dem Vorwande, daß der passive Wider-

---

[5] LE TEMPS, Nr. 22883 vom 3. April 1924, S. 1, berichtete, die deutschen Industriellen hätten die Verlängerung der Micum-Verträge für unverzichtbar erklärt; möglicherweise bezieht sich Stresemann auf diese und ähnliche Meldungen.

[6] Vgl. die Besprechung mit Arbeitgebervertretern des Ruhrbergbaus vom 27. März 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 497–500).

[7] Aus den Beratungen der Sachverständigen (vgl. oben mit Anm. 2) war bereits bekannt geworden, daß ihre Vorschläge ein mehrjähriges Moratorium für die deutschen Zahlungen (allerdings möglicherweise nicht für Sachlieferungen) beinhalten würden (vgl. etwa die Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21394 [Abendausgabe] vom 2. April 1924, S. 1).

[8] In der Vorlage folgt hier ein Exkurs über die weitere Entwicklung der Frage der Micum-Verträge, ehe der Abdruck der Rede wieder aufgenommen wird.

[9] Entsprechende Meldungen genau dieses Inhalts konnten nicht ermittelt werden. Stresemann bezieht sich jedoch möglicherweise auf einen Artikel im „Manchester Guardian“, der in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 162 (Morgenausgabe) vom 4. April 1924, zusammengefaßt wiedergegeben wird, worin vom „Geist des Widerstandes“ die Rede ist, den Frankreich Deutschland unterstelle.

[10] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

stand noch fortdauere, ist im vergangenen Herbst jede verständige Aussprache über das Reparationsproblem zwischen Frankreich und Deutschland von französischer Seite vereitelt worden[11]. Soll jetzt, wo das Gutachten der Sachverständigen die große Diskussion über die Endlösung der Reparationsfrage in die Wege leitet, dasselbe Spiel wieder beginnen? Eine Reparationslösung ist nur möglich, wenn an der Ruhr Friede und Arbeit herrscht. Beginnt aber eine neue Ära von Zwangsmaßnahmen, so ist nicht nur die Atmosphäre für eine Verständigung, sondern auch die wirtschaftliche Grundlage dafür gefährdet. Deutschland hat durch Wunsch direkter Verhandlungen von Staat zu Staat über diese Frage zu erkennen gegeben, wie sehr ihm daran liegt, die Grundlage einer Verständigung nicht zu zerstören. Die Verantwortung für ein Scheitern dieser Bestrebungen würde bei denjenigen liegen, die eine solche Verständigung unmöglich machten.

Der „Temps“[12] hat kürzlich die Politik des **französischen Ministerpräsidenten** gepriesen, der gesagt habe: Beginnen müssen wir damit, gute Franzosen zu sein, um gute Europäer zu werden, der als einzigen Wunsch Frankreichs hingestellt habe den Respekt vor den bestehenden Verträgen. Herr Poincaré hat für seine Politik gute Reden gehalten, aber man darf wohl fragen, durch welche internationalen Abmachungen die Micum-Verträge Bestandteile bestehender internationaler Verträge geworden sind und welche alliierten Nationen bei diesen Verträgen mitgesprochen haben. Man darf weiter fragen, ob Herr Poincaré glaubt, daß Europa, auf das er in seinen Erklärungen besonders hinweist, Vorteile davon haben wird, wenn in diesem reichen europäischen Wirtschaftsgebiet Kampf und Erbitterung statt Ruhe und Friede herrschen.

Der französische Ministerpräsident hat sich über die Reden deutscher Minister beschwert[13] und sie als ein Zeichen der in Deutschland herrschenden Stimmung gekennzeichnet. Dabei ist Herr Poincaré anscheinend von irrigen oder tendenziösen Berichten ausgegangen. So ist es eine freie Erfindung, wenn behauptet wird, daß der

---

[11] Vgl. beispielsweise den telegraphischen Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Paris, Hoesch, vom 17. Oktober 1923 über ein Gespräch mit Poincaré vom gleichen Tag, in dem der französische Ministerpräsident Verhandlungen zwischen den Regierungen mit dieser Begründung abgelehnt hatte (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 499–502).

[12] LE TEMPS, Nr. 22881 vom 1. April 1924, S. 1 (in einem Leitartikel mit Bezug auf die Vortagsrede Poincarés in der Abgeordnetenkammer).

[13] Vgl. den telegraphischen Bericht des Botschafters in Paris, Hoesch, über eine Unterredung mit Poincaré vom 5. April 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 648–651), in deren Verlauf der französische Ministerpräsident entsprechende Beschwerden führte und u.a. die „Verherrlichung Ludendorffs“ durch deutsche Minister (womit offenbar in erster Linie Stresemann gemeint war) monierte.

deutsche Außenminister auf das Urteil des Münchner Volksgerichts eingewirkt[14], **Ludendorff[15]** verherrlicht und seine Freisprechung gefordert habe. Die Achtung und Wertschätzung des Feldherrn Ludendorff wird keine Kritik einer auswärtigen Macht einem deutschen Minister verwehren können. Der Politiker Ludendorff muß sich die Kritik gefallen lassen, die jeder ertragen muß, der im öffentlichen Leben steht, und an dem politischen Ludendorff habe ich in meiner Rede in Hannover[16] herbe Kritik geübt. Von einer Beeinflussung des Münchner Gerichts durch die Reichsregierung zu sprechen, zeugt von einem vollkommenen Mißverstehen der deutschen Verhältnisse.

Man will weiter in Frankreich die Aufmerksamkeit der Welt auf angebliche **deutsche Rüstungen** lenken, indem man den Begriff „Vaterländische Verbände" für gleichbedeutend erklärt mit bewaffneten Organisationen. Auch gegen diese Irreführung muß ich mich verwahren. Die vaterländischen Organisationen, namentlich auch solche der Jugend, sind bekanntlich in Deutschland zahlreich; ebenso ist es bekannt, daß sie nichts mit Putschabsichten nach innen oder mit geheimer Bewaffnung nach außen zu tun haben. Gegen die wenigen Führer derartiger Organisationen, die mit solchen Gedanken spielen, habe ich mich mit Entschiedenheit gewandt und ihre Verantwortungslosigkeit gegeißelt.

Man gibt sich schließlich im Auslande – und nicht nur in Frankreich – großer Sorge darüber hin, ob die **deutsche Reichsverfassung[17]** gegen Erschütterungen im Innern gesichert sei. Die Verfassung des Deutschen Reiches ist eine deutsche Angelegenheit; soweit das Ausland an ihr interessiert ist, mag ihm aber das eine gesagt sein, daß auch diejenigen Parteien, die programmatisch nicht auf die republikanische Verfassung eingestellt sind, genügend Verantwortlichkeitsgefühl besitzen, um das Deutsche Reich in seinem heutigen schweren Leid nicht der Belastungsprobe dieser Kämpfe auszusetzen. Der Wiederaufbau Deutschlands, so hat die Deutsche Volkspartei vor zwei Jahren in einer Erklärung ihres Reichsausschusses zum Ausdruck

---

[14] Am 1. April 1924 war in München vom Volksgericht das Urteil im Hochverratsprozeß gegen Hitler und die übrigen Beteiligten des Putschversuchs vom 9. November 1923 verkündet worden (Text in HITLER-PROZESS I, S. 341–365), wonach Hitler zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt wurde; Ludendorff wurde von der Anklage des Hochverrats freigesprochen.

[15] Erich Ludendorff (1865–1937), Erster Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung 1916–1918; Teilnehmer am Putschversuch Hitlers vom 8./9. November 1923.

[16] Gemeint ist die Rede auf dem Parteitag der DVP in Hannover vom 30. März 1924 (vgl. diese Edition).

[17] Die Weimarer Reichsverfassung („Verfassung des Deutschen Reiches") vom 11. August 1919 ist u.a. veröffentlicht in REICHS-GESETZBLATT 1919, S. 1383–1418.

gebracht[18], kann nur auf der Grundlage der heutigen Staatsform erfolgen, weil jeder Versuch ihrer Änderung Erschütterungen im Gefolge haben würde, die diesen Aufbau selbst zerstörten. Die Deutsche Volkspartei steht auf dem Boden der Verfassung, d.h., sie will Änderungen der Verfassung nur auf verfassungsmäßigem Wege erstreben. Wenn aber das Wirken der verfassungstreuen Parteien in Deutschland nicht immer wieder aufs neue erschüttert werden soll, dann ist es vor allem nötig, daß man einer vernünftigen Reparationslösung zustrebt, Deutschland die Grundlagen wirtschaftlicher Entwicklung und politischer Selbständigkeit gewährleistet und es vor fortgesetzten nationalen Demütigungen und Beleidigungen, wie sie kürzlich erst von seiten des französischen Kriegsministers[19] erfolgt sind, bewahrt und damit die Ursachen beseitigt, die am meisten zur Entwicklung der Extreme in Deutschland mitgewirkt haben, die weit weniger das Produkt deutscher Auffassung als das Produkt der gegen Deutschland seit dem Friedensschluß getriebenen Politik sind.

Daß Deutschland den guten Willen besitzt, bei erträglichen Leistungen zum endgültigen Frieden zu kommen, hat auch der Führer der Deutschnationalen, Exzellenz **Hergt[20],** auf dem deutschnationalen Parteitag in Hamburg[21] betont, als er erklärte: Es gibt niemand in unserer Partei, der nicht in Würdigung des übermächtigen Druckes, unter dem wir stehen, wüßte, daß es schwere Opfer zu bringen gilt, es gibt auch niemand, der nicht für eine wirkliche erträgliche Endlösung alles darbringen wollte, was sich irgend aus der freien Arbeit eines arbeitsfreudigen Volkes erübrigen ließe.

---

[18] Vgl. die Entschließung des Reichsausschusses der DVP vom 9. Juli 1922 (Druck u.a. in NATIONALLIBERALISMUS I, S. 445–446).

[19] André Maginot (1877–1932), französischer Kriegsminister 1922 – 13.Juni 1924, 2. November 1929 – 1930, 1931–1932; Kolonialminister 1917, 11. November 1928 – 22. Oktober 1929. – Stresemann bezieht sich möglicherweise auf die herabsetzende Bezeichnung „Boches“ für Deutsche, die Maginot am 2. April 1924 im Rahmen der turbulenten Debatte in der französischen Abgeordnetenkammer verwandte (vgl. die Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21395 [Morgenausgabe] vom 3. April 1924, S. 5).

[20] Oskar Hergt (1869–1967), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DNVP; auch deren Parteivorsitzender 1918 – Oktober 1924 u. Fraktionsvorsitzender 1920 – Oktober 1924); Reichsjustizminister und Vizekanzler 31. Januar 1927 – 29. Juni 1928.

[21] Der Parteitag der DNVP fand am 1. April 1924 in Hamburg statt; Hergt hielt die Hauptrede (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 27). – In Artikeln der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21394 (Morgenausgabe) vom 2. April 1924, S. 6, und in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 157 (Abendausgabe) vom 1. April 1924, die Teile der Rede Hergts paraphrasiert wiedergeben, fehlt die von Stresemann im Folgenden angesprochene Passage. Sie ist jedoch unter der Überschrift „Das Erfüllungsprogramm des Herrn Hergt“ zitiert in NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 49 vom 4. April 1924.

Wahlrede in Breslau vom 27. April 1924[1]

Nach NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21129 (Morgenausgabe) vom 28. April 1924, S. 2–3.

Deutsche Interessen verlangen das Eingehen auf die Sachverständigen-Gutachten.

Wenn auch das deutsche Volk durch seinen neuen Reichstag[2] die letzte Entscheidung hat, ist doch schon heute klar, daß es, wie auch der Reichsverband der deutschen Industrie betont hat[3], im deutschen Interesse liegt, den hier endlich beschrittenen Weg[4] der **Lösung auf Grundlage wirtschaftlicher Vernunft** und Einsicht weiter zu gehen. Es gilt, die Freiheit des besetzten Gebietes durch die Uebernahme der uns auferlegten Lasten zu sichern[5].

---

[1] In Stresemanns Tagesnotizen (STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 396) findet sich dazu der Eintrag „Große Versammlung in Breslau / Sehr gute Stimmung". – In der Vorlage heißt es einleitend in Paraphrasierung des sicher gekürzten Redetextes: „Außenminister Dr. Stresemann sprach gestern in einer Wählerversammlung in Breslau und legte die Gründe dar, welche die Reichsregierung veranlaßt haben, dem Sachverständigengutachten als praktischer Grundlage der Lösung der Reparationsfrage zuzustimmen." – Es läßt sich nicht ganz ausschließen, daß auch der hier wiedergegebene Teil mehr eine Paraphrase als wörtliche Rede wiedergibt und auf eine Agenturmeldung zurückgeht. – Ein ausführlicherer, allerdings lediglich in indirekter Rede gehaltener Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 201 (Abendausgabe) vom 28. April 1924.

[2] Die Reichstagswahlen waren auf den 4. Mai 1924 angesetzt.

[3] Der Text der Resolution des Reichsverbandes der deutschen Industrie vom 24. April 1924 u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 196 (Morgenausgabe) vom 25. April 1924.

[4] Gemeint sind hier die Gutachten der beiden Sachverständigen-Ausschüsse, die am 14. Januar 1924 von der Reparationskommission eingesetzt worden waren; die Gutachten waren der Reparationskommission am 9. April 1924 übergeben worden, nachdem sie bereits am Tag zuvor Oberregierungsrat Meyer (der für die Deutsche Kriegslastenkommission in Paris weilte) und damit der Reichsregierung vertraulich zugänglich gemacht worden waren (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK, A 10, S. 10, Anm. 4). Am 11. April 1924 wurden die Gutachten Meyer von der Reparationskommission amtlich übergeben (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 386). – Gedruckt liegen sie u.a. vor in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN. Auch (dreisprachig) als Weißbuch: BERICHTE DER VON DER REPARATIONSKOMMISSION EINGESETZTEN BEIDEN SACHVERSTÄNDIGENKOMITEES (Wiederabdruck in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 382, Drucks. 5 [mit eigener Seitenzählung]). Paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 402–406.

[5] In Fortführung der Berichterstattung paraphrasiert die Vorlage den weiteren Redeverlauf: „Bei Besprechung der künftigen Politik der deutschen Volkspartei weist Stresemann darauf hin, daß mit dem Austritt des rechten Flügels allein 15 Generaldirektoren der Schwerindustrie aus der Partei ausgeschieden seien. Die Volkspartei könne jetzt ungehindert ihren Standpunkt gegen Kartell und Trust zugunsten des selbständigen Handels und Gewerbes vertreten." – Zum „Austritt des rechten Flügels" vgl. den Beschluß des Parteivorstandes zum Ausschluß der Mitglieder der „Nationalliberalen Vereinigung" vom 7. April 1924 (STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 384).

Wahlrede in Hannover vom 28. April 1924[1]

Nach NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21421 (Morgenausgabe) vom 30. April 1924, S. 4.

Deutsche Realpolitik muß auf die Wiederherstellung der Souveränität und ordnungsgemäßer Zustände in den besetzten Gebieten gerichtet sein.

Wer heute in Deutschland verantwortliche Politik treibt, muß sich vor allem sagen, daß nur der die schwarz-weiß-rote Fahne über den Rhein tragen könne[2], der weiß, daß hinter diesen Farben eine Armee steht. Man sollte sich davor hüten, sich Kräfte vorzutäuschen, die man nicht besitzt. Auch diejenigen, die jetzt unter einem Otto v. Bismarck[3] in den Wahlkampf ziehen, sollten etwas mitnehmen von Bismarcks[4] Realpolitik. Die Hauptaufgabe der deutschen Außenpolitik ist die **Wiederherstellung der deutschen Souveränität innerhalb der Reichsgrenzen** und vertragsmäßiger Zu-

[1] Die Datierung der Rede ergibt sich aus STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 396 („Spreche in Hannover vor 6000–7000 Menschen"). – In der Vorlage, sicher einer gekürzten Wiedergabe der Rede, heißt es einleitend in Paraphrasierung des Redetextes: „Reichsminister des Aeußern Dr. Stresemann sprach am Montag in einer Wahlversammlung der deutschen Volkspartei. Der Minister wies darauf hin, daß Deutschland wahrscheinlich schon im nächsten Monat vor der größten außenpolitischen Entscheidung stehe werde, die es jemals seit dem Versailler Vertrag gegeben habe. In diesem Zusammenhange sei die bevorstehende Reichstagswahl in der Tat eine Schicksalsfrage für das ganze deutsche Volk. Weiter sagte Dr. Stresemann:" – Es läßt sich nicht ausschließen, daß auch der anschließende Teil mehr eine Paraphrase als wörtliche Rede wiedergibt und auf eine Agenturmeldung zurückgeht. – Ein ausführlicherer, allerdings lediglich in indirekter Rede gehaltener Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 203 (Abendausgabe) vom 29. April 1924; danach war die Versammlung „für hiesige Begriffe außerordentlich gut besucht".

[2] Diese Formulierung, die sich auch in anderen Reden Stresemanns (vgl. etwa die Rede auf einer DVP-Versammlung am 23. März 1924 oder die Rede auf dem Parteitag in Hannover vom 30. März 1924, beide in dieser Edition) findet, konnte in ihrem Bezug nicht eindeutig ermittelt werden. Am 30. März 1924 bezog sich Stresemann ausdrücklich auf Hitler. Das konkrete Zitat konnte allerdings für Hitler mit diesem Wortlaut nicht ermittelt werden. Möglicherweise bezieht sich Stresemann auch auf die Forderungen völkischer Kreise vom Januar 1923, militärisch gegen die französische Ruhrbesetzung vorzugehen, oder auf die Aussagen Hitlers im Prozeß vor dem Münchner Volksgericht, der im Februar und März 1924 gegen ihn und andere Beteiligte am Putsch vom 9. November 1923 geführt wurde. Hitler brachte dort wiederholt zum Ausdruck, daß der passive Widerstand gegen Frankreichs Ruhrbesetzung nicht ausgereicht habe und sein Putschversuch letztlich mit dem Ziel erfolgt sei, sich auch militärisch gegen Frankreich zu wenden (vgl. etwa HITLER-PROZESS I, S. 24–25, 198–199), und warf gleich am ersten Verhandlungstag, am 26. Februar 1924, der Reichsregierung vor, „jetzt in dem Augenblick, wo aus dem Ruhrgebiet Hunderttausende junger deutscher Kommunisten in das Reich hereinströmten, und zwar mit dem alten Zeichen, mit der schwarz-weiß-roten Kokarde, mit dem alten Fähnchen, wo alles gegen die Franzosen Front machte", sich nicht „in den Dienst der nationalen Wiedererhebung" gestellt zu haben (ebd., S. 25).

[3] Gemeint ist Otto Fürst von Bismarck (1897–1975), der bei der Reichstagswahl im Mai 1924 für die DNVP kandidierte; Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1928 (für die DNVP).

[4] Hier meint Stresemann Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

stände in den nach dem Versailler Vertrag[5] besetzten Gebiete[n][6]. Bei einem Rückblick über die internationalen Vorgänge seit Abschluß des Versailler Vertrages ist festzustellen, daß die fortgesetzten **internationalen Konferenzen** der **Ausdruck des bösen Gewissens der Welt** über diesen Vertrag seien[7].

[5] Vom 28. Juni 1919; vollständiger Text im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[6] Es ist unklar, ob Stresemann hier „nach“ im Sinne von „gemäß“ oder im zeitlichen Sinne meint, also sich auf die 1921 besetzten „Sanktionsstädte“ und die 1923 neu besetzten Gebiete (u.a. Ruhrgebiet und Regionen in Baden).

[7] So im Konjunktiv in der Vorlage. – Die Vorlage fährt in Paraphrasierung fort: „Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen besprach Dr. Stresemann den Bericht der Sachverständigen. Obwohl dieser Bericht, namentlich in bezug auf die Reichsbank und die Reichsbahn, unzweifelhaft eine starke Einschränkung der wirtschaftlichen Souveränität Deutschlands enthält, sei er als ein wirtschaftlicher Fortschritt zu verzeichnen, da er nicht aus politischer Leidenschaft, sondern aus volkswirtschaftlichen Ueberlegungen hervorgegangen sei. Eine Dummheit wäre es, wenn man die internationale Hilfe, die man bekomme könne, ablehnen wolle. Dr. Stresemann verteidigte schließlich das Zusammengehen der deutschen Volkspartei mit der Sozialdemokratie und sprach sich für die große Koalition aus.“

Wahlrede in Magdeburg vom 29. April 1924[1]

Nach VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 205 (Abendausgabe) vom 30. April 1924. – Gekürzt (und mit kleineren Abweichungen) auch in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 396–398; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21422 (Morgenausgabe) vom 1. Mai 1924, S. 6–7.

Das Sachverständigen-Gutachten mit seiner Forderung nach deutscher wirtschaftlicher Souveränität über das ganze Reich ist ein Fortschritt. Jetzt müssen auch politische Forderungen damit verknüpft werden, um Poincarés imperialistische Politik zu beenden.

Denn erst, wenn die außenpolitischen Dinge erledigt sind, werden wir sagen können, welche Innenpolitik wir treiben. Der Minister befaßte sich sofort mit dem Sachverständigengutachten[2] und verteidigte die Regierung dabei gegen den Vorwurf des Großadmirals von Tirpitz[3], daß sie so schnell auf das Gutachten geantwortet habe[4]. Dieser Tadel sei[5] unberechtigt aus dem Grunde, daß dieses Gutachten uns nicht et-

---

[1] Die Eintragung in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 396 („Große Versammlung in Magdeburg / Notwendigkeit Parallelversammlung") läßt die Deutung offen, daß Stresemann die Rede zweimal hintereinander hielt. – Die Vorlage, sicher eine gekürzte Wiedergabe, leitet den Bericht mit folgenden Worten ein: „Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat gestern in Magdeburg gesprochen. Es war eine Wahlrede; aber darüber hinaus auch eine außenpolitische Programmrede. Unter Hinweis darauf, daß bei diesen Wahlen nicht über Einzelfragen einzelner entschieden werde, ging der Minister sofort auf das Gebiet der Außenpolitik ein."

[2] Am 9. April 1924 hatten die beiden Sachverständigen-Ausschüsse, die am 14. Januar 1924 von der Reparationskommission eingesetzt worden waren, ihre Gutachten der Reparationskommission übergeben, nachdem sie am Tag zuvor Oberregierungsrat Meyer (der für die Deutsche Kriegslastenkommission in Paris weilte) und damit der Reichsregierung vertraulich zugänglich gemacht worden waren (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 10, Anm. 4). Am 11. April 1924 wurden die Gutachten Meyer von der Reparationskommission amtlich übergeben (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 386). – Gedruckt liegen sie u.a. vor in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN. Auch (dreisprachig) als Weißbuch: BERICHTE DER VON DER REPARATIONSKOMMISSION EINGESETZTEN BEIDEN SACHVERSTÄNDIGENKOMITEES (Wiederabdruck in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 382, Drucks. 5 [mit eigener Seitenzählung]). Paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 402–406. – Eine weitere öffentliche Äußerung Stresemanns vom 29. April 1924 zum Sachverständigen-Gutachten findet sich in einem unter seinem Namen veröffentlichen ausführlichen Artikel in NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Sonderausgabe vom 29. April 1924.

[3] Alfred von Tirpitz (1849–1930), Großadmiral; Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1928 (für die DNVP). – Möglicherweise bezieht sich Stresemann hier auf eine Rede Tirpitz', der am Vortag in einer Versammlung der DNVP in München gesagt hatte: „So ist es z.B. nicht Haltung, wenn man einem Sachverständigenurteil gegenübersteht und womöglich gleich eine Wahlparole daraus macht." (vgl. den Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 202 [Morgenausgabe] vom 29. April 1924.)

[4] Dieser Satz – offenbar als Paraphrase – so in der Vorlage.

[5] So in der Vorlage, wohl in Anknüpfung an die vorherige indirekte und in Überleitung zur direkten Rede.

wa in den letzten Wochen überreicht, von uns gelesen und dann ein Beschluß von uns gefaßt wurde, sondern daß über dieses Gutachten auch von uns seit Wochen Beratungen gepflogen worden sind, daß Vertreter des Reichsverkehrsministeriums und des Finanzministeriums in Paris waren und daß wegen der Währungsbank mit Dr. Schacht[6] verhandelt wurde. Das Gutachten war für uns nicht eine neue Materie, sondern eine Materie, **mit der sich das Kabinett schon seit langem beschäftigte.**

Wenn ich über die Einzelheiten sprechen will, fuhr Dr. Stresemann fort[7], so muß ich einmal grundsätzlich zu der Frage Stellung nehmen: Wie kann heute von Deutschland überhaupt Außenpolitik getrieben werden? Ich unterscheide hierbei verschiedene Auffassungen. Die erste ist gekennzeichnet durch die völkischen Bestrebungen, deren einer Führer[8] gesagt hat: „Wir wollen heute mit schwarz-weiß-roten Fahnen über den Rhein ziehen." Ich habe für diese Bewegung ein volles Verständnis. Wie stark man heute selbst im Auslande empfindet, daß die ganze Strömung in Deutschland einen berechtigten Kern hat, das hat kürzlich der britische Premierminister[9] zum Ausdruck gebracht, als er in einer Rede in York die sogenannte nationalistische Bewegung in Deutschland als die Schuld der Politik bezeichnete, die man

---

[6] Hjalmar Schacht (1877–1970), Reichswährungskommissar 12. November 1923 – 19. Oktober 1924; Reichsbankpräsident 22. Dezember 1923 – 1930 u. 1933–1939; zugleich Reichswirtschaftsminister 1934–1937; Reichsminister ohne Portefeuille 1937–1943. – Zu Schachts Verhandlungen mit den Sachverständigen-Ausschüssen vgl. dessen zusammenfassenden Bericht in den beiden Ministerbesprechungen vom 7. März 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 438–441, 444–445; vgl. dazu auch die Aufzeichnung Stresemanns in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 386–387, sowie die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Simon in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 489–490.

[7] So als Einschub in der Vorlage.

[8] Diese Formulierung, die sich auch in anderen Reden Stresemanns (vgl. etwa die Rede auf einer DVP-Versammlung am 23. März 1924 oder die Rede auf dem Parteitag in Hannover vom 30. März 1924, beide in dieser Edition) findet, konnte in ihrem Bezug nicht eindeutig ermittelt werden. Am 30. März 1924 bezog sich Stresemann ausdrücklich auf Hitler. Das konkrete Zitat konnte allerdings für Hitler mit diesem Wortlaut nicht ermittelt werden. Möglicherweise bezieht sich Stresemann auch auf die Forderungen völkischer Kreise vom Januar 1923, militärisch gegen die französische Ruhrbesetzung vorzugehen, oder auf die Aussagen Hitlers im Prozeß vor dem Münchner Volksgericht, der im Februar und März 1924 gegen ihn und andere Beteiligte am Putsch vom 9. November 1923 geführt wurde. Hitler brachte dort wiederholt zum Ausdruck, daß der passive Widerstand gegen Frankreichs Ruhrbesetzung nicht ausgereicht habe und sein Putschversuch letztlich mit dem Ziel erfolgt sei, sich auch militärisch gegen Frankreich zu wenden (vgl. etwa HITLER-PROZESS I, S. 24–25, 198–199), und warf gleich am ersten Verhandlungstag, am 26. Februar 1924, der Reichsregierung vor, „jetzt in dem Augenblick, wo aus dem Ruhrgebiet Hunderttausende junger deutscher Kommunisten in das Reich hereinströmten, und zwar mit dem alten Zeichen, mit der schwarz-weiß-roten Kokarde, mit dem alten Fähnchen, wo alles gegen die Franzosen Front machte", sich nicht „in den Dienst der nationalen Wiedererhebung" gestellt zu haben (ebd., S. 25).

[9] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929 – 1935. – Zur nachfolgend angeführten Rede MacDonalds auf einer Tagung der Labourpartei in York am 19. April 1924 vgl. die Berichte in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21412 (Morgenausgabe) vom 20. April 1924, S. 9–10; in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 189 vom 20. April 1924.

mit Deutschland seit 1918 getrieben hat. Das ist ein Wort von sehr großer Bedeutung, dessen wir uns im Außenministerium noch erinnern werden, wenn wir auf diejenigen Noten zu antworten haben werden, die uns jetzt die Duldung der sogenannten nationalistischen Organisationen vorwerfen[10]. Es ist aber doch meine Ueberzeugung, **daß der, der an verantwortlicher Stelle steht in der deutschen Außenpolitik, nicht das Recht hat, solchen Gefühlen nachzugehen.** Ich kann als Außenminister nicht sagen: Wir wollen mit schwarz-weiß-roten Fahnen über den Rhein ziehen. Es wäre eine **verderbliche Illusionspolitik,** sich darüber zu täuschen, daß man nur dann Menschen über den Rhein ziehen lassen kann, wenn sie die Macht haben, den Sieg zu erringen.

Stresemann ging dann näher auf den deutschnationalen Rat ein, den Versailler Vertrag[11] zu zerreißen[12]. Ich kann doch keinen andern eine Vertragsverletzung vorwerfen, wenn ich mich selbst davon loszulösen versuche. Deshalb sehe ich in meiner Situation nur die eine Möglichkeit, uns von dem loszusagen, was in dem Vertrag unerfüllbar ist – und das ist unendlich viel – und indem ich dadurch von den Rechtsverletzungen unserer Gegner loszukommen suche, indem ich das einzige Mittel für uns wirken lasse, das in der Welt Eindruck macht. Und das ist das Interesse der Völker daran, daß Deutschland wirtschaftlich nicht zu Grunde geht. Ich glaube nicht an die Wirkung von Menschheitsideen; ich glaube nicht, daß man sich nur uns zuliebe um die Dinge gekümmert hat. Aber die Dinge sind den Weg gegangen, daß der sogenannte Friedensvertrag derartige Wirrnisse über die ganze Weltwirtschaft gebracht hat, daß es im eigenen Interesse auch der anderen beteiligten Länder liegt, dieses Chaos nicht länger zu dulden.

Dr. Stresemann[13] wandte sich dann gegen einzelne falsche Darstellungen über die **Sachverständigenberichte.** Das Gutachten sagt: Deutschland kann in den ersten drei Jahren nicht herangezogen werden zu Leistungen. – Es darf in den Jahren

---

[10] Die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 200 vom 27. April 1924, berichtete von der Übergabe identischer Noten durch die Vertreter Frankreichs, Großbritanniens und Belgiens „wegen der Tätigkeit von Geheimorganisationen im besetzten Gebiet.“ Veröffentlichte Noten dieses Inhalts konnten jedoch nicht ermittelt werden. – Am 24. April 1924 hatte Botschafter Sthamer aus London berichtet, daß in England die Furcht vor den in Deutschland konstatierten „Erscheinungen auf nationalistischem Gebiete“ stark im Wachsen sei (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 94–95). Vgl. auch den Erlaß MacDonalds an D’Abernon vom 23. April 1924, in der er seine Sorge über das Anwachsen des „nationalist spirit“ ausdrückte (BRITISH DOCUMENTS ON FOREIGN AFFAIRS II F, 35, S. 178).

[11] Vom 28. Juni 1919; vollständiger Text im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[12] Dieser Satz – offenbar als Paraphrase der Zeitung – so in der Vorlage.

[13] Dieser Satz – offenbar als Paraphrase der Zeitung – so in der Vorlage.

des Moratoriums nichts aus dem Budget zahlen, weil jede Zahlung mit einer Gefahr für die deutsche Währung verbunden wäre, und weil sie einsehen, daß das deutsche Budget nichts hergeben kann für die feindlichen Lasten. Damit bricht eine Schuldlüge zusammen, die ebenso groß ist wie die von der Schuld am Kriege überhaupt[14]. Denn Poincaré[15] hat seine Ruhrbesetzung, seine Politik der ganzen Welt gegenüber zu rechtfertigen versucht, indem er sagte, Deutschland könne zahlen und wolle nicht. Ihm erwidern die Sachverständigen: Die Deutschen können nicht und dürfen nicht. Wenn Deutschland unter diesen Umständen zahlt, so würde es seine Währung vernichten. – Damit ist der stärkste moralische Vorwurf, der bisher gegen die deutsche Politik erhoben worden ist, hinfällig. Die Sachverständigen sagen, Deutschland kann nur Reparationen zahlen, wenn es in den Besitz der uneingeschränkten wirtschaftlichen, finanziellen und ökonomischen Souveränität über das ganze Reichsgebiet gelangt, das heißt, die Ausschließung anderer Interessen. Deutschland muß über das ganze Gebiet wieder Herr sein. Man kann nicht von Deutschland Leistungen verlangen, wenn man ihm nicht freie Hand läßt. Die Sachverständigen haben erklärt: wir werden uns mit Politik nicht beschäftigen, wir sind nur Wirtschaftler. In Wirklichkeit greifen sie in den Kern der europäischen Frage ein. In einem dritten Absatz mit der Ueberschrift „Militärische Fragen“ sagen die Sachverständigen, die deutsche Wirtschaft und ihre Produktivität darf nicht eingeschränkt werden durch irgendeine andere Kontrolle, als diejenige wirtschaftliche Kontrolle, die wir hier vorschlagen.

Es sind wegen der Zahlung der Besatzungskosten Vorwürfe gegen uns gerichtet worden. Die Herren, die das tun, dürften niemals wagen, sich im besetzten Gebiet zu zeigen. Denn die Besatzungskosten haben wir nicht gezahlt nach Paris, Brüssel oder London, sondern in Form dessen, was wir den Städten und Gemeinden wiedergegeben haben für diejenigen Leistungen, die die Besatzung von ihnen verlangte. Die wichtigste Frage ist gegenwärtig: Wie werden wir die Besatzung los? Die Besatzungskosten betragen für Frankreich ungefähr 300 Millionen. Muß es nach dem Vorschlag der Sachverständigen diese **aus eigener Tasche bezahlen,** dann wird das französische Parlament sich sehr eifrig mit der Frage beschäftigen, ob man die 300 Millionen für die Besatzung aus der Tasche der französischen Steuerzahler nehmen soll. Deshalb ist diese finanzielle Bestimmung von großem politischen [!] Wert.

---

[14] Gemeint ist der Kriegsschuldartikel 231 des Versailler Vertrags, der in der deutschen Terminologie häufig als „Schuldlüge“ oder „Kriegsschuldlüge“ bezeichnet wurde.

[15] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

Wir haben den Satz geprägt: Durch Arbeit und Opfer zur Freiheit[16]! Gewiß kann jemand sagen: Unsinn! Durch Macht zur Freiheit! – Gebt mir die Macht! Aber wenn ich die Macht nicht habe, muß ich das nehmen, was ich brauche, um zur Freiheit zu kommen. Um die Rückkehr der Ausgewiesenen[17], die Wiederherstellung der ganzen Reichsbahnhoheit im besetzten Gebiet[18] wird es **harte Kämpfe** geben. Meine Meinung ist, daß, wenn wir das Gutachten annehmen, wir dafür zu sorgen haben, daß diese politischen Voraussetzungen erfüllt werden, daß darüber hinaus sichergestellt wird die Rückkehr sämtlicher Gefangenen, die Frankreich aus dem Ruhrkampf, aus dem Polenaufstand, aus Oberschlesiens Besetzung[19] noch bei sich hat. Daher stehe ich auf dem Standpunkt, auch die Leistungen, soweit ich sie für erträglich halte, auf uns zu nehmen wegen der Freiheit im besetzten Gebiet.

Wir waren uns im Kabinett darüber klar[20], daß es töricht wäre, wenn jetzt, wo die Anfrage an uns kam, ob wir sachlich mitarbeiten wollten, wir ein „Unannehmbar“ sagten. **Wir hätten da die ganze Welt gegen uns,** und Poincaré hätte freie Hand bekommen gegen uns. Daß wir ja gesagt haben, wurde in Paris als am allerwenigsten

---

[16] Unter dieses Motto (bzw.: „Durch Opfer und Arbeit zur Freiheit“) hatte Stresemann seine Rede auf dem Parteitag der DVP am 30. März 1924 gestellt (vgl. diese Edition), deren Publikation auch unter diesem Titel erfolgte (vgl. die betreffende Werbung und Kaufaufforderung in NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 46 vom 1. April 1924, S. 2).

[17] Stresemann bezieht sich auf diejenigen von den geschätzten ursprünglich 120 000 bis 150 000 Menschen, die als Reaktion auf ihren passiven Widerstand im Zuge der Auseinandersetzung im Ruhrgebiet und im besetzten Rheinland von den Besatzungsbehörden in das unbesetzte Gebiet ausgewiesen worden waren und denen noch nicht die Rückkehr erlaubt worden war.

[18] Anfang März 1923 hatten die Besatzungsmächte durch Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission unter dem Namen „Régie des chemins de fer des territoires occupés“ (oft abgekürzt Régie oder Regiebahn) einen eigenen Eisenbahnbetrieb und eine eigene Eisenbahnverwaltung in den besetzten Gebieten eingerichtet. In den bisherigen Verhandlungen mit Frankreich lehnte Poincaré ab, Deutschland wieder die Eisenbahnhoheit in den besetzten Gebieten zu übertragen (vgl. etwa Stresemanns vertrauliche Mitteilungen bei einer Besprechung mit führenden Reichstagsabgeordneten der Regierungsparteien vom 14. Februar 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 362–363, insb. auch Anm. 4).

[19] Während der Zeit der Ruhrbesetzung hatten die französischen Militärgerichte zahlreiche (aktive und passive) Widerständler zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurteilt. Nach deutschen Schätzungen handelte es sich aktuell noch um „1500 Gefangene in französischen Gefängnissen und in Gefängnissen des besetzten Gebiets“ (ebd., S. 484). – Nach einem Bericht der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21384 (Morgenausgabe) vom 23. März 1924, S. 8, verbüßten davon jedoch lediglich 36 ihre Haftstrafen in Frankreich. – Inwiefern auch noch aus der Zeit der polnischen Aufstände in Oberschlesien (1919–1921) und aus der Phase der Teilung Oberschlesiens und der Abtretung eines Teils an Polen (1922), als französische Verbände im Auftrag des Völkerbunds dort stationiert waren, Deutsche in französischer Haft waren, konnte nicht ermittelt werden.

[20] Das Kabinett hatte bereits bei seinen ersten beiden Befassungen mit den Sachverständigen-Gutachten am 9. und 11. April 1924 beschlossen, die Gutachten nicht zurückzuweisen, sondern zur Grundlage weiterer Verhandlungen zu machen (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 546–548 u. 552–554). Am 14. April 1924 wurde die deutsche Kriegslastenkommission in Paris mit der Übergabe einer entsprechenden Note an die Reparationskommission beauftragt, was am 16. April 1924 vollzogen wurde (vgl. ebd., 568, Anm. 6). In einem telegraphischen Erlaß nach London und Rom hatte Stresemann am 15. April 1924 aufgelistet, welche Erwartungen Deutschland für das Ergebnis solcher Verhandlungen habe (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK, A 10, S. 62–65).

erwünscht angesehen. Es wird gesagt, wir seien oft getäuscht worden. Allerdings, aber durch die Teilnahme der Vereinigten Staaten ist diesmal mehr Aussicht für eine Durchführung vorhanden. Ich bin sehr skeptisch darüber, ob England in der Lage ist, gegen Frankreich viel durchzusetzen. Dagegen sind die Vereinigten Staaten dazu besser in der Lage, da sie die Geldgeber aller Staaten sind[21]. Es ist ganz falsch, wenn jemand sagt, die Politik der Reichsregierung sei aus Angst vor dem zusammengesetzt, was werden würde, wenn wir nein sagten. Nein, sie ist getragen von der Verantwortung, daß man in dieser Zeit, wenn man eine andere Macht nicht hat, zunächst einmal für eines zu sorgen hat, daß wir wenigstens einige Jahre ruhiger, friedlicher Entwicklung vor uns haben, daß wir wissen, wo unsere Grenzen sind, daß Herr Poincaré nicht Land besetzen kann, wie es ihm paßt, und daß wir einen Konnex herstellen mit den zwölf Millionen Deutschen im besetzten übrigen Deutschland. In diesen ganzen Kämpfen seit 1918 sehe ich weit weniger Fragen finanzieller und wirtschaftlicher Art, sondern ich bin so eingestellt, daß ich nicht glaube, daß die wirtschaftlichen Fragen den Vorrang vor den politischen haben, sondern die politischen den Vorrang vor den wirtschaftlichen. Die Entscheidung, vor der wir stehen, ist, ob die Politik Ludwigs XIV.[22] im 20. Jahrhundert sich durchsetzen soll, ob Frankreich am Rhein bleiben und weiter hinaus das ganze Wirtschaftsgebiet, die größte Waffenschmiede der Welt, für seine imperialistischen Zwecke sein Eigen nennen soll, oder ob dieser französische Imperialismus gebrochen und die Reichseinheit wiederhergestellt werden soll. Weil ich die Politik heute vor die finanziellen Fragen stelle, sage ich: Es wäre eine erbärmliche Regierung, die auch nicht das Letzte täte, um Rhein und Ruhr wieder zu gewinnen. Unser Weg ist der allein richtige gewesen von jener Einstellung aus, die uns durch die Entwicklung auch die Möglichkeit gibt, in anderer Weise auch wieder ein politisch aktionsfähiges Land zu werden. Es ist doch nicht so, wie dieser oder jener meint, daß wir jetzt nur neue Lasten auf uns nehmen. Anstatt

[21] In STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 397–398 folgt hier: „Es ist ganz falsch, wenn jemand sagt, die Politik der Reichsregierung sei aus Angst vor dem zusammengesetzt, was werden würde, wenn wir nein sagten. Nein, sie ist getragen von der Verantwortung, daß man in dieser Zeit, wenn man eine andere Macht nicht hat, zunächst einmal für eines zu sorgen hat, daß wir wenigstens einige Jahre ruhiger, friedlicher Entwicklung vor uns haben, daß wir wissen, wo unsere Grenzen sind, daß Herr Poincaré nicht Land besetzen kann, wie es ihm paßt, und daß wir einen Konnex herstellen mit den zwölf Millionen Deutschen im besetzten übrigen Deutschland. In diesen ganzen Kämpfen seit 1918 sehe ich weit weniger Fragen finanzieller und wirtschaftlicher Art, sondern ich bin so eingestellt, daß ich glaube, nicht die wirtschaftlichen Fragen haben den Vorrang vor den politischen, sondern die politischen den Vorrang vor den wirtschaftlichen."

[22] Ludwig XIV. (1638–1715), König von Frankreich 1643–1715. – Stresemann bezieht sich hier auf Ludwigs expansionistische Außenpolitik und vermutlich insbesondere auf die Reunionspolitik und den daraus resultierenden Pfälzischen Erbfolgekrieg (1688–1697), als deren Ergebnis Frankreich sich bisherige Reichsgebiete einverleibte.

der bisherigen Lasten durch die Micumverträge[23], die Militärkontrollkommission, die Reparationszahlungen und die Besatzungskosten, die zusammen doch über 1 3/4 Milliarden ausmachen, wird ein Moratorium gewährt, durch das unser Budget entlastet wird und es möglich ist, durch die Kredite, die in die Währungsbank fließen, die deutsche Wirtschaft zu befruchten. Vor dieser ganz nüchternen Frage stehen wir, abgesehen von der großen politischen Frage, die ich in der Ferne sehe.

[24]Dr. Stresemann wandte sich dann gegen mehrere Einzelvorwürfe, die gegen die deutsche Außenpolitik erhoben werden und zog in längeren Ausführungen die Zeit der tiefsten Erniedrigung Deutschlands vor den Befreiungskriegen zum Vergleich heran. Er fuhr dann fort: Wenn wir heute fragen: Wer hat damals Preußen errettet, wer hat es erhalten? Das waren nicht diejenigen, die damals vorwärts stürmten und drängten. Erhalten hat es die Staatskunst derjenigen, die zunächst den Staat erhielten und die warteten, bis eine Zeit gekommen war, die wieder die Möglichkeit zum Aufstieg gab.

[23] Im November 1923 war zwischen dem Bergbaulichen Verein und der „Mission interalliée de contrôle des usines et des mines“ (MICUM) ein Abkommen über die Wiederaufnahme der Kohlelieferungen durch die Industrie anstelle des Reiches (das spätere Entschädigungen bzw. Steuerverrechnungen gegenüber der Industrie versprach) zustande gekommen (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 222), dem weitere Verträge anderer Industriebereiche des besetzten Gebietes folgten. Das Abkommen war zuletzt im Hinblick auf die Sachverständigen-Gutachten am 15. April 1924 für längstens zwei Monate verlängert worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 550–551 u. insb. Anm. 3).

[24] Der folgende Satz als paraphrasierende Überleitung so in der Vorlage.

Wahlrede in Bremerhaven vom 30. April 1924[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 398–400.

Die Regierung handelt verantwortungsvoll, wenn sie ihre Zustimmung zum Sachverständigen-Gutachten gibt, weil sie andernfalls das Spiel Poincarés spielen würde.

Wenn man sagt, daß Reichstagswahlen eine besondere Bedeutung für die Entwicklung des Reiches haben, so ist das für die jetzigen Reichstagswahlen[2] keine bloße Phrase. Man hat der Regierung Vorwürfe gemacht, daß sie ihrerseits vor den Neuwahlen mit einem **Aufruf** an die deutsche Bevölkerung[3] herausgekommen ist. Sie hat das getan, weil sie der Meinung war, daß die deutschen Wähler sich darüber klar werden müssen, daß wir nach Zusammentritt des neuen Reichstags vor Entscheidungen in außenpolitischen Dingen gestellt werden, von denen man wohl sagen kann, daß seit dem Versailler Diktat[4] noch niemals das deutsche Parlament vor eine ähnlich große, folgenschwere außenpolitische Entscheidung gestellt worden ist.

Welche **Außenpolitik** kann das deutsche Volk jetzt überhaupt betreiben? Welche Machtmittel stehen ihm zur Verfügung, und was kann es tun, um sein Schicksal zu wenden? Gegenwärtig ist ein großer Teil des gesamten deutschen Bodens von feindlichen Truppen besetzt. Damit sind die reichsten Provinzen Deutschlands unserer Verwaltungshoheit entzogen; wir haben dort nichts mehr zu sagen, es wird rücksichtslos ausgewiesen, wer den fremden Machthabern nicht paßt[5]. 1400 Menschen

---

[1] Aus der Eintragung in Stresemanns „Tagesnotizen“ (STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 398: „Geestemünde / Gute Versammlung“) geht hervor, daß die Rede im Bremerhavener Stadtteil Geestemünde gehalten wurde. – Vermutlich handelt es sich bei der Vorlage um eine gekürzte Fassung.

[2] Die Reichstagswahlen waren auf den 4. Mai 1924 angesetzt.

[3] Der Aufruf der Reichsregierung vom 26. April 1924 forderte zur Unterstützung derjenigen Partei auf, die die Sachverständigen-Gutachten annehmen wollten; Druck u.a. in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 73–74; SCHULTHESS 65 (1924), S. 30–31. – Zur Entstehung vgl. die Ministerbesprechung vom 27. April 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 590; ebd., Anm. 4, auch zur Kritik; vgl. dazu auch die nachträglichen Einwände von Ministern: ebd., S. 600).

[4] Mit „Versailler Diktat“ meint Stresemann den am 28. Juni 1919 unterzeichneten Versailler Vertrag. Text des Vertragswerks im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[5] Stresemann bezieht sich auf diejenigen von den geschätzten ursprünglich 120 000 bis 150 000 Menschen, die als Reaktion auf ihren passiven Widerstand im Zuge der Auseinandersetzung im Ruhrgebiet und im besetzten Rheinland von den Besatzungsbehörden in das unbesetzte Gebiet ausgewiesen worden waren und denen noch nicht die Rückkehr erlaubt worden war.

schmachten in französischen Gefängnissen[6], und es ist bewundernswert, daß die Bevölkerung das alles ausgehalten und die Freude zum Deutschen Reiche noch bewahrt hat. 12 Millionen Menschen werden im besetzten Gebiet nicht mehr von Berlin aus regiert, und dies Gebiet stellt heute die einzigen großen Kraftquellen der deutschen Wirtschaft dar, dient aber französischer Ausbeutungspolitik. Durch die Micum-Verträge[7] werden Sachleistungen im Werte von 1200 Millionen Goldmark von Frankreich erpreßt, dazu kommen noch 400 Millionen, die für Besatzungskosten aufgebracht werden müssen.

Die Initiative zum **Sachverständigengutachten**[8] ging von den Vereinigten Staaten aus. Die Rede von Hughes[9] im Dezember 1922 hatte die Zustimmung Cunos[10] gefunden. Damals setzte sofort die Gegenaktion Poincarés[11] ein, der erklärte, Frankreich habe nicht die Absicht, sich die Früchte seines Sieges durch internationale Bankiers wegnehmen zu lassen. Dann folgten die Konferenzen von Paris und Lon-

---

[6] Während der Zeit der Ruhrbesetzung hatten die französischen Militärgerichte zahlreiche (aktive und passive) Widerständler zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurteilt. Nach zuletzt genannten Schätzungen von Reichsverkehrsminister Oester handelte es sich aktuell noch um „1500 Gefangene in französischen Gefängnissen und in Gefängnissen des besetzten Gebiets“ (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 484). – Nach einem Bericht der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21384 (Morgenausgabe) vom 23. März 1924, S. 8, verbüßten davon jedoch lediglich 36 ihre Haftstrafen in Frankreich.

[7] Im November 1923 war zwischen dem Bergbaulichen Verein und der „Mission interalliée de contrôle des usines et des mines“ (MICUM) ein Abkommen über die Wiederaufnahme der Kohlelieferungen durch die Industrie anstelle des Reiches (das spätere Entschädigungen bzw. Steuerverrechnungen gegenüber der Industrie versprach) zustande gekommen (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 222), dem weitere Verträge anderer Industriebereiche des besetzten Gebietes folgten. Das Abkommen war zuletzt im Hinblick auf die Sachverständigen-Gutachten am 15. April 1924 für längstens zwei Monate verlängert worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 550–551 u. insb. Anm. 3).

[8] Am 9. April 1924 hatten die beiden Sachverständigen-Ausschüsse, die am 14. Januar 1924 von der Reparationskommission eingesetzt worden waren, ihre Gutachten der Reparationskommission übergeben; am 11. April 1924 wurden die Gutachten der Reichsregierung amtlich bekanntgemacht (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 386). – Gedruckt liegen sie u.a. vor in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN. Auch (dreisprachig) als Weißbuch: BERICHTE DER VON DER REPARATIONSKOMMISSION EINGESETZTEN BEIDEN SACHVERSTÄNDIGENKOMITEES (Wiederabdruck in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 382, Drucks. 5 [mit eigener Seitenzählung]). Paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 402–406.

[9] Charles Evans Hughes (1862–1948), amerikanischer Außenminister 1921–1925. – Hughes hatte am 29. Dezember 1922 in einer Rede in New Haven den Vorschlag gemacht, die weitere Behandlung der Reparationsfrage einem internationalen Sachverständigenausschuß zu übertragen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Cuno, S. 109, Anm. 8).

[10] Wilhelm Cuno (1876–1933), Reichskanzler 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos. Vor und nach seiner Kanzlerschaft Generaldirektor bzw. Vorstandsvorsitzender der Hapag. – Mit der „Zustimmung“ bezieht sich Stresemann vermutlich auf die Rede Cunos in Hamburg vom 31. Dezember 1922 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Cuno, S. 103–110).

[11] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929. – Tatsächlich hatte Poincaré den Vorschlag Hughes’ bereits im Vorfeld der in Anm. 9 genannten Rede nach einer amerikanischen Sondierung beim französischen Botschafter in Washington am 23. Dezember 1922 zurückgewiesen (vgl. DOCUMENTS DIPLOMATIQUES FRANÇAIS 1922, II, S. 616–618).

don[12], der Ruhreinbruch[13] und dann der Ruhrkampf. Er ging für uns verloren. Hier zeigte sich wieder, daß die Idee, wenn sie noch so sehr von nationaler Hingabe getragen wird, auf die Dauer nichts ausrichten kann gegen die Gewalt. Wir haben Milliarden deutschen Volksvermögens durch den Verlust des Ruhrkampfes verloren. Nach dem Abbruch des passiven Widerstands[14] setzten erneut Versuche der Vereinigten Staaten ein, auf der Basis der Berichte der Sachverständigen sozusagen einen zweiten Friedensvertrag zu schließen und über die Leistungsfähigkeit Deutschlands ins reine zu kommen. Das Ergebnis liegt jetzt vor.

Wenn man sich die Situation nach dem Sachverständigenbericht ansieht: dreijähriges Moratorium, die internationale Anleihe für Deutschland sowie die Einschränkung, daß nur aus den Überschüssen Leistungen gemacht werden, und das mit der jetzigen Situation vergleicht, daß man 1 3/4 Milliarden aus uns herauszieht, wobei wir im besetzten Gebiet nichts zu sagen haben, dann kann man nicht davon sprechen, daß die Regierung verantwortungslos handelt, wenn sie einen derartigen Vorschlag als eine Grundlage für Verhandlungen ansieht. Die deutsche Industrie hat das Vorgehen der Regierung gebilligt[15], und im Rheinland gibt es überhaupt keine Meinungsverschiedenheit über die Frage, wie man zu dem Gutachten steht. Im besetzten Gebiet würde man es nicht verstehen, wenn wir nicht alles täten, um der gequälten Bevölkerung Befreiung zu geben, da man dort am Rande der Kräfte ist. Ich bedauere es außerordentlich, daß man diese Dinge derart in den Wahlkampf gewor-

---

[12] Vermutlich verdreht Stresemann hier die Abfolge und bezieht sich auf die Londoner Besprechung der Ministerpräsidenten der Siegermächte vom 9. bis 11. Dezember 1922 (also vor der Rede Hughes'; vgl. SCHULTHESS 63 [1922], S. 199) und die Reparationskonferenz in Paris vom 2. bis 4. Januar 1923 (vgl. ebd. 64 [1923], S. 399–402).

[13] Am 11. Januar 1923 besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet mit der Begründung, dem Schutz der entsandten Ingenieure zu dienen, die nun selbst die Beschaffung der ausstehenden Reparationsleistungen an Holz und Kohle vor Ort in die Wege leiten sollten (vgl. die betr. Note der französischen Regierung vom 10. Januar 1923 in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 16–18); nach dem Einmarsch wurde der Belagerungszustand verkündet (ebd., S. 18–20), was zusammen mit dem passiven Widerstand von deutscher Seite zum nachfolgenden „Ruhrkampf" führte.

[14] Zur Aufgabe des passiven Widerstands, die mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

[15] Das Kabinett hatte bereits bei seinen ersten beiden Befassungen mit den Sachverständigen-Gutachten am 9. und 11. April 1924 beschlossen, die Gutachten nicht zurückzuweisen, sondern zur Grundlage weiterer Verhandlungen zu machen (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 546–548 u. 552–554). Am 14. April 1924 wurde die deutsche Kriegslastenkommission in Paris mit der Übergabe einer entsprechenden Note an die Reparationskommission beauftragt, was am 16. April 1924 vollzogen wurde (vgl. ebd., 568, Anm. 6). In einem telegraphischen Erlaß nach London und Rom hatte Stresemann am 15. April 1924 aufgelistet, welche Erwartungen Deutschland für das Ergebnis solcher Verhandlungen habe (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK, A 10, S. 62–65). – Der Text der zustimmenden Resolution des Reichsverbandes der deutschen Industrie vom 24. April 1924 u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 196 (Morgenausgabe) vom 25. April 1924.

fen hat; denn das bringt den Außenminister in eine außenpolitisch ungünstige Situation. Wenn man sieht, daß die größten Mächte der Welt sich auf den Boden dieses Gutachtens gestellt haben, wäre es die größte diplomatische Dummheit, wenn wir „Nein“ dazu gesagt hätten. Wir würden dann **das Spiel Poincarés** gespielt haben. Unsere Aufgabe wird es sein, so weit es geht, bei den Verhandlungen die Dinge für uns günstiger zu gestalten. Die Entscheidung, um die es sich handelt, ist keine Bankiersentscheidung mehr, weil die Mächte hinter ihr stehen. Nicht das ist von Bedeutung, ob 1,2 oder 1,4 Milliarden bezahlt werden müssen; es geht nicht um wirtschaftliche, sondern um politische Fragen. Ich sehe als die Hauptaufgabe der jetzigen Generation deutscher Männer und Frauen an, zu sorgen, daß das Reich zusammenhält. Ein erbärmliches Volk, das nicht Opfer bringen kann für die Freiheit seiner Bewohner.

Man darf diese Dinge nicht nur unter dem Gesichtspunkte der Gegenwart betrachten. Schließlich macht man Politik nicht für den Tag. Man muß einmal in die Ferne sehen. Wir brauchen die Einheit des ganzen Volkes von rechts his nach links. Deshalb sollte man sich davor hüten, irgendwo einen Trennungsstrich zu machen. Ich sehe es als meine Aufgabe als Parteimann und Minister an, alles zu tun, um das deutsche Volk für diese Entscheidungen einig zu machen und nicht in die Fragestellung: „Hie Bürgertum, hie Sozialdemokratie“ zu drängen. Alle Kräfte sammeln, die willens sind, am Aufbau des Vaterlandes mitzuarbeiten, das ist die Auffassung, die wir vertreten.

Wenn wir auch die Früchte unserer Arbeit nicht sehen werden, so denken wir doch daran, daß vielleicht eine künftige Generation das ernten wird, wofür wir uns jetzt einsetzen. Wir in der Regierung wissen, **daß wir dazu da sind, um abgenutzt zu werden,** und die Parteien sind nichts anderes als ein Instrument, um dem Vaterlande einen Dienst zu erweisen. Mag das Instrument entzweigehen, wenn nur das Vaterland den Vorteil gehabt hat. An der Mitarbeit wollen wir uns beteiligen mit heißem Herzen und unserem ganzen Können, aber auch mit Sachlichkeit und Schlichtheit. Im Vertrauen auf die Zukunft ertragen wir die Gegenwart. Mit der Gegenwart arbeiten wir im Vertrauen auf die Zukunft, auf eine Zukunft, in der es wieder heißen wird: „O Deutschland hoch in Ehren![16]“

[16] Gemeint ist der Text des Liedes „O Deutschland hoch in Ehren“, den Ludwig Bauer 1859 verfaßte.

Wahlrede in Stuttgart vom 2. Mai 1924[1]

Nach VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 210 (Morgenausgabe) vom 3. Mai 1924.

Das Sachverständigen-Gutachten weckt das Interesse Englands und Amerikas am Wiederaufstieg Deutschlands, wird die Besatzungstruppen verringern und verpflichtet Deutschland nur zu Zahlungen, wenn es dazu in der Lage ist.

Wenn uns auf Grundlage des Sachverständigengutachtens[2] große Mittel von England und Amerika zufließen, dann wäre es das Dümmste, was wir machen könnten, wenn wir sie nicht annehmen. Gerade diese wirtschaftliche Interessiertheit der beiden großen Staaten an unserm Wiederaufstieg ist der Kernpunkt des Sachverständigengutachtens. Ein fundamentaler Satz ist auch die Bestimmung, daß in den Summen, die Deutschland zu bezahlen hat, alle Verpflichtungen enthalten sind. Diese Verpflichtung wird dazu führen, daß Frankreich die **Besatzungstruppen vermindern** wird, denn das französische Parlament dürfte nicht auf der einen Seite für die Besatzung 300 Millionen Goldmark jährlich ausgeben, wenn es auf der andern Seite von Deutschland nur 520 Millionen erhält. In den Bestimmungen, die die Uebertragung deutscher Guthaben betreffen, sieht man zum erstenmal den Gedanken, daß ein Land nur dann zahlen kann, wenn seine Währung dadurch nicht ruiniert wird. Es gibt in diesem Punkt nur zweierlei, entweder haben wir eine riesenhafte Entwicklung der

---

[1] Die Vorlage, offenbar eine stark gekürzte und in Teilen paraphrasierende Berichterstattung unter der Überschrift „Stresemann gegen Illusions-Politik“, führt einleitend aus: „Sein Redefeldzug durch Deutschland führte Dr. Stresemann heute nach Stuttgart in eine von der Deutschen Volkspartei veranstaltete Wählerversammlung. Von einer nach Tausenden zählenden Zuhörerschaft stürmisch begrüßt, lenkte der Redner die Blicke zunächst auf die großen Entscheidungen, die vielleicht noch in diesem Monat von Deutschland verlangt werden und eine Schicksalsfrage für das deutsche Volk darstellen.“ – Stresemann selbst hat in seinen „Tagesnotizen“ in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 400, festgehalten: „Wunderbare Versammlung in Stuttgart. Gute Wahlaussichten“.

[2] Am 9. April 1924 hatten die beiden Sachverständigen-Ausschüsse, die am 14. Januar 1924 von der Reparationskommission eingesetzt worden waren, ihre Gutachten der Reparationskommission übergeben; am 11. April 1924 wurden die Gutachten der Reichsregierung amtlich bekanntgemacht (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 386). – Gedruckt liegen sie u.a. vor in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN. Auch (dreisprachig) als Weißbuch: BERICHTE DER VON DER REPARATIONSKOMMISSION EINGESETZTEN BEIDEN SACHVERSTÄNDIGENKOMITEES (Wiederabdruck in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 382, Drucks. 5 [mit eigener Seitenzählung]). Paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 402–406.

deutschen Wirtschaft, woran ich nicht glaube, oder diese Entwicklung haben wir nicht, dann werden auch die Gesamtzahlungen nach außen sich vermindern.[3]

[3] Die Vorlage fährt paraphrasierend fort: „Der Redner wiederholte dann die in seiner Magdeburger Rede [vom 29. April 1924: vgl. diese Edition] ausgesprochene Erklärung, daß erst nach Wiederherstellung der deutschen Staatshoheit und Uebereignung der Ruhr- und Rheinbahnen an Deutschland eine Bezahlung von deutscher Seite beginne. Die französische Presse habe diese Rede außerordentlich scharf kritisiert, aber er könne nur dem Leitartikler des ‚Temps' beipflichten, der seine Partei ergriffen habe, mit der Bemerkung, das, was Stresemann gesagt habe, steht im Sachverständigen-Gutachten. Zusammenfassend erklärte Stresemann, daß er die Hauptsache in dem Gutachten darin sehe, daß die Weltwirtschaft der großen Staaten England und Amerika sich gegen die französische Machtpolitik wende. Mit großer Schärfe wandte er sich dann gegen die Illusionspolitik der Deutschnationalen und der Deutschvölkischen. Parteien, die sich so gern auf Bismarck berufen, sollten auch etwas von der Realpolitik Bismarcks aufnehmen. Er empfinde es als infam, daß man den Außenminister verantwortlich mache für die Tatsache, daß er Außenminister eines waffenlosen Volkes sei."

Reichstagsrede vom 6. Juni 1924[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 166–177. – Teildrucke (teils mit Abweichungen) in STRESEMANN, Reden und Schriften II, S. 133–164 [2. Aufl. S. 312–328]; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 418–426; SCHULTHESS 65 (1924), S. 44–45; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 268 (Abendausgabe) vom 6. Juni 1924; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21459 (Morgenausgabe) vom 7. Juni 1924, S. 5–6.

Die Reichsregierung wird die Kriegsschuldfrage aufrollen, wenn die Vorkriegsquellen veröffentlicht sind. Die Behandlung des Sachverständigen-Gutachtens und damit die Erledigung der Micum-Verträge haben Vorrang vor anderen politischen Fragen. England war im Vorjahr und ist jetzt nicht bereit, zugunsten Deutschlands seine Entente mit Frankreich aufzugeben. Die Annahme des Sachverständigen-Gutachtens geschieht aus deutschem Eigeninteresse, im Hinblick auf das Engagement der USA und die zu erwartende internationale Anleihe. Die Schattenseiten des Gutachtens. Dessen anzustrebende Folgen für die Zustände im besetzten Gebiet.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen, die der Herr Reichskanzler[2] gestern über die Stellung der Regierung zur Kriegsschuldfrage[3] gemacht hat, sind von lebhaften Unterbrechungen der Rechten begleitet gewesen. Ich darf zurückkommen auf die Kritik, die der Herr Abgeordnete Graf Westarp[4] vorher an der Haltung[5] geübt hatte, in der irrigen Annahme, daß

---

[1] Stresemann hielt die Rede im Rahmen der Debatte vom 5. und 6. Juni 1924 über die Regierungserklärung von Reichskanzler Marx vom 4. Juni 1924 (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 103–105); die Debatte wurde auch über den Notetat 1924 geführt und über Mißtrauensanträge von DNVP und Nationalsozialisten sowie einen Antrag der Regierungsfraktionen, die Regierungserklärung zu billigen, die Sachverständigen-Gutachten zur Grundlage der Regierungsarbeit zu machen und anschließend zur Tagesordnung überzugehen (die einzelnen Anträge ebd., Bd. 382, Drucks. 169–171).

[2] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926). – Marx hatte sich (zusätzlich zu seiner Regierungserklärung: vgl. die vorangehende Anm.) auch am 5. Juni 1924 an der Debatte beteiligt (ebd., Bd. 381, S. 117–118).

[3] Gemeint ist die Diskussion über Art. 231 des Versailler Vertrags (Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 106), der Deutschland und seinen Verbündeten die Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs und damit die Verantwortung für die Verluste und Schäden zuwies.

[4] Kuno Graf von Westarp (1864–1945), Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DNVP 1920–1930 [deren Parteivorsitzender 1926–1928; Fraktionsvorsitzender 1925–1929], für die Konservative

sie nicht die Absicht hätte, auf diese Frage einzugehen. Er glaubte, ihr vorwerfen zu sollen, daß zwei Gesichtspunkte für sie bei dieser Haltung maßgebend seien: Einmal die Unterwürfigkeit gegenüber dem Auslande, zweitens die Rücksicht auf die Sozialdemokratie. Wenn der Herr Abgeordnete Graf Westarp die ausländische Presse verfolgt hätte, so würde er wahrscheinlich seine Behauptung nicht aufgestellt haben. Die ausländische Presse hat wiederholt zu den Erklärungen Stellung genommen, die der Herr Reichskanzler und ich bei früheren Gelegenheiten in der Kriegsschuldfrage abgegeben haben. Ich darf auch darauf hinweisen, daß der frühere französische Ministerpräsident Herr Poincaré[6] in offizieller Weise bei dem deutschen Botschafter in Paris[7] Vorstellungen erhoben hat wegen der Reden des Reichskanzlers und des Außenministers zur Kriegsschuldfrage[8].

(Hört! Hört! bei den Mittelparteien.)

Das darf uns nicht hindern, diese Äußerungen zu wiederholen. Von Unterwürfigkeit gegenüber dem Auslande dürfte daher unsere Meinung wohl nicht diktiert gewesen sein.

(Sehr wahr! bei den Mittelparteien.)

Wenn ich weiter darauf hinweise, daß seinerzeit das Organ des Arbeitsausschusses deutscher Verbände[9], die unter dem Vorsitz des Freiherrn von Lersner[10] stehen, zum Ausdruck brachte, daß das Wort „Lüge von der deutschen Kriegsschuld“ zum

---

Volkspartei 1930–1932). – Seine Debattenbeiträge vom 5. Juni 1924: ebd., S. 108–117, 156–157 u. 162.

[5] Hier ist „der Reichsregierung“ oder ähnlich zu ergänzen, um dem Satz einen Sinn zu geben.

[6] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929. – Poincaré hatte am 1. Juni mit seinem Kabinett demissioniert und führte bis zur Bildung einer Nachfolgeregierung lediglich die Geschäfte weiter.

[7] Leopold von Hoesch (1881–1936), deutscher Botschaftsrat (seit Januar 1923 als Geschäftsträger) bzw. Botschafter (ab Februar 1924) in Paris 1921–1932.

[8] Welche Reden (etwa im Reichstagswahlkampf) konkret gemeint sind, konnte ebensowenig ermittelt werden wie die Beschwerde Poincarés gegenüber Hoesch.

[9] Offenbar bezieht sich Stresemann hier auf eine Übersicht in WEG ZUR FREIHEIT, Nr. 17 vom 1. November 1923, die mit aneinandergereihten Zitaten aufführt, welche Reichskanzler und Minister der Weimarer Republik sich öffentlich gegen „das erzwungene Schuldanerkenntnis von Versailles“ geäußert hatten; in dieser Auflistung wurde zuletzt Stresemanns Äußerung in seiner Stuttgarter Rede vom 2. September 1923 (vgl. diese Edition), allerdings ohne Kommentar hinsichtlich der Erstmaligkeit und ohne das hier von Stresemann verwendete Zitat der „Lüge von der deutschen Kriegsschuld“, wiedergegeben. – Die entsprechende Schlußfolgerung, wonach Stresemann der erste Reichskanzler gewesen sei, wird nach dem ausführlichen Zitat aus der genannten Übersicht in einem Artikel des DVP-Pressedienstes NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 32 vom 4. März 1924, gezogen.

[10] Kurt Freiherr von Lersner (1883–1954), Mitglied des Reichstags 1920 – Mai 1924 (für die DVP); Vorsitzender des „Arbeitsausschusses deutscher Verbände“ 1921–1925.

erstenmal von einem Reichskanzler ausgesprochen worden sei, so geschah dieser Ausspruch damals, als dieser Kanzler an der Spitze der großen Koalition stand[11]. Rücksicht auf die Sozialdemokratie brauchte dabei, glaube ich, gar nicht in Betracht zu kommen, weil seinerzeit, als der Arbeitsausschuß seine Ausführungen über die Kriegsschuld machte, der „Vorwärts“[12] selber mitteilen konnte, daß er mit diesen Gedankengängen vollständig einverstanden sei. Denn was in Artikel 231 des Versailler Vertrages ausgesprochen ist, daß Deutschland den Angriff verschuldet habe, der den Weltkrieg im Gefolge hatte, das ist von allen deutschen Parteien bisher zurückgewiesen worden. Gegenüber dem, was an Kritik über die angebliche Untätigkeit der Regierung gesagt wird, muß ich die Frage aufwerfen: was soll die Regierung in dieser Frage tun? Sie ist durchaus bereit, die amtliche Aufrollung der Kriegsschuldfrage in die Hand zu nehmen nach dem Abschluß der deutschen Veröffentlichungen[13]. Es ist gestern der Zwischenruf[14] erfolgt: ja, brauchen Sie denn diese Veröffentlichungen? – sind Sie nicht selbst davon überzeugt? Es kommt nicht darauf an, ob **wir** von unserer Sache überzeugt sind,

(sehr wahr! bei den Mittelparteien)

sondern darauf, daß wir die Welt überzeugen. Irgendwelche Mittel für die Klärung der Kriegsschuldfrage in Deutschland auszugeben, das erübrigt sich, wie ich glaube; denn darüber besteht Gott sei Dank einmal eine Einheitsfront unter allen objektiven Leuten in Deutschland.

(Sehr wahr! bei den Mittelparteien.)

Ich glaube, es gibt in dieser Frage drei Gesichtspunkte. Einmal handelt es sich um die Zurückweisung der Behauptung, daß Deutschland der Angreifer und damit der Urheber des Weltkrieges gewesen sei, zweitens handelt es sich um die gestern von

---

[11] Gemeint ist Stresemann selbst, der als Reichskanzler die Reichsregierung vom 13. August bis zum 23. November 1923 (anfangs als Große Koalition) leitete; bis zum 30. November 1923 blieb er mit seinem Kabinett geschäftsführend im Amt.

[12] Bereits in seiner Reichstagsrede vom 6. März 1924 (vgl. diese Edition) hatte Stresemann sich auf einen Artikel im „Vorwärts“ vom gleichen Tag bezogen; der betreffende Artikel konnte jedoch in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 6. März 1924 nicht ermittelt werden.

[13] Stresemann bezieht sich hier auf die seit 1922 im Auftrag des Auswärtigen Amtes im Erscheinen begriffene vielbändige Edition „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes […]“. – Die dritte Reihe mit den Bänden 7 bis 13 stand unmittelbar vor der Veröffentlichung, so daß in der Presse bereits Vorabbesprechungen erscheinen konnten (vgl. etwa die Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21460 [Morgenausgabe] vom 8. Juni 1924, S. 7). – Der Abschluß der Reihe mit Bd. 40 erfolgte 1927.

[14] Der entsprechende Zwischenruf, der sich auf die Passage in der Rede Marx’ vom Vortag (vgl. oben mit Anm. 2) über die Aktenveröffentlichung beziehen muß, ist im Reichstagsprotokoll nicht vermerkt.

Ihnen belächelte Aufforderung zur Veröffentlichung des Materials der anderen Nationen, die wir dann amtlich stellen können, wenn wir selbst mit unseren gesamten Veröffentlichungen, von denen ich hoffe, daß sie demnächst auch in einer volkstümlichen Ausgabe[15] erscheinen können, vor die ganze Welt zu treten imstande sind.

(Sehr gut! bei den Mittelparteien.)

Wir werden dann weiter bei dieser amtlichen Aufrollung der Kriegsschuldfrage die Anregung geben auf Einrichtung eines unparteiischen Schiedsgerichts über die Frage der Entstehung des Weltkrieges.

(Zuruf von den Deutschnationalen.)

– Sie sagen, daß das keinen Erfolg hätte; doch ich weiß nicht, ob es Erfolg hat. Aber welche Mittel haben Sie denn, um einen Erfolg in dieser Frage herbeizuführen?

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)

Welche anderen Mittel gibt es denn als die, die ich selbst nenne, und dazu dasjenige, das ich als drittes nennen möchte, die Unterstützung aller Bestrebungen, die zur Aufklärung über die Kriegsschuldfrage geeignet sind?

(Zuruf von den Nationalsozialisten[16]: Jetzt erst!)

– Nein, nicht jetzt erst, das ist seit Jahren geschehen. Wenn Sie die Güte haben wollen, sich einmal im Auswärtigen Amt zu erkundigen, wenn Sie sich einmal an den Arbeitsausschuß deutscher Verbände wenden wollten, dann würden Sie wissen, daß das Auswärtige Amt längst alle die Publikationen unterstützt hat, die sich auf diese Frage beziehen.

Meine Herren! Ich sage, nach dieser Richtung ist das zu tun, was ich hier dargelegt habe. Ich wäre dankbar, wenn mir ein anderer Weg gezeigt werden könnte, der schnell zum Ziele führt. Ich kann ihn vorläufig nicht ersehen.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Dazu sind Sie ja Minister!)

– Ich habe Ihnen ja meinen Weg als Minister gezeigt. Ich bin aber bisher immer der Meinung gewesen und habe nicht den Hochmut besessen, anzunehmen, daß lediglich ein Minister über das Begriffsvermögen verfügt, um den allein richtigen Weg zu

[15] „Die auswärtige Politik des Deutschen Reiches 1871–1914“, eine gekürzte vierbändige Ausgabe der „Großen Politik“, erschien erst 1928.

[16] Gemeint sind Reichstagsmitglieder, die aus einer für die Reichstagswahl im Mai 1924 eingegangenen Listenverbindung zwischen der Deutschvölkischen Freiheitspartei und NSDAP-Kandidaten, die infolge des Verbots nach dem Hitler-Putsch nicht unter diesem Namen kandidieren durften, in den Reichstag einzogen. Bei der Wahl hatte diese Listenverbindung 32 Reichstagsmandate erhalten und firmierte als gemeinsame Fraktion unter dem Namen „Nationalsozialistische Freiheitspartei“.

finden. Ich würde deshalb auch Anregungen aus dem Hause gern entgegennehmen.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

In der gestrigen Kritik der Ausführungen des Herrn Reichskanzlers hat im Mittelpunkt der Gedanke gestanden, die Regierung habe überhaupt kein Programm ihrer Regierungspolitik herausgegeben, sie habe die inneren Probleme gar nicht berührt, sie sei darüber hinweggeglitten, vielleicht aus Furcht vor der parlamentarischen Situation, der sie gegenüberstände. Es wird vielfach von Ihnen nicht recht ins Auge gefaßt, vor wie schnelle Entscheidung wir gestellt sind. Es wird. von Ihnen nicht ins Auge gefaßt, daß wir selbst ein Interesse an der Beschleunigung dieser außenpolitischen Fragen haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es handelt sich bei der Frage des Sachverständigengutachtens[17] um eine Entscheidung, die vielleicht in vier bis sechs Wochen von uns zu erfolgen hat. Ich glaube, daß der Reichstag, wenn er wieder zusammenkommt, wahrscheinlich vor der Entscheidung über die Gesetzentwürfe stehen wird, die die Regierung Ihnen über die Frage des Sachverständigengutachtens unterbreitet.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Liegen Sie schon in Paris?)

– Nein, sie liegen nicht in Paris, sondern sie werden hier verhandelt. Wir drängen auf eine beschleunigte Erledigung, weil wir nicht noch einmal vor der Situation stehen möchten in bezug auf die Verlängerung der Micumverträge[18], nicht zu wissen, wie wir

---

[17] Am 9. April 1924 hatten die beiden Sachverständigen-Ausschüsse, die am 14. Januar 1924 von der Reparationskommission eingesetzt worden waren, ihre Gutachten der Reparationskommission übergeben; am 11. April 1924 wurden die Gutachten der Reichsregierung amtlich bekanntgemacht (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 386). Das Kabinett hatte bereits bei seinen ersten beiden Befassungen mit den Sachverständigen-Gutachten am 9. und 11. April 1924 beschlossen, die Gutachten nicht zurückzuweisen, sondern zur Grundlage weiterer Verhandlungen zu machen (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 546–548 u. 552–554). – Gedruckt liegen die Gutachten u.a. vor in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN. Auch (dreisprachig) als Weißbuch: BERICHTE DER VON DER REPARATIONSKOMMISSION EINGESETZTEN BEIDEN SACHVERSTÄNDIGENKOMITEES (Wiederabdruck in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 382, Drucks. 5 [mit eigener Seitenzählung]). Paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 402–406.

[18] Im November 1923 war zwischen dem Bergbaulichen Verein und der „Mission interalliée de contrôle des usines et des mines“ (MICUM) ein Abkommen über die Wiederaufnahme der Kohlelieferungen durch die Industrie anstelle des Reiches (das spätere Entschädigungen bzw. Steuerverrechnungen gegenüber der Industrie versprach) zustande gekommen (vgl. ebd., 64 [1923], S. 222), dem weitere Verträge anderer Industriebereiche des besetzten Gebietes folgten. Das Abkommen war zuletzt im Hinblick auf die Sachverständigen-Gutachten am 15. April 1924 für längstens zwei Monate verlängert worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 550–551 u. insb. Anm. 3). – Zum Stand der Verhandlungen im Hinblick auf eine weitere Verlängerung vgl. die Besprechung mit Vertretern der Ruhrindustrie vom 28. Mai 1924 (ebd., S. 667–669 mit Anm.); den Runderlaß des Staatssekretärs Maltzan vom 27. Mai 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 262–267).

Arbeitgeberschaft und Arbeiter im Ruhrgebiet noch einmal von all den Folgen befreien, die eine Nichtverlängerung zustande bringt.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten.)

Die Micumverträge laufen erneut am 15. Juni ab. Ich wünschte, daß die Herren, die uns diese Beschleunigung zum Vorwurf zu machen scheinen, die Güte hätten, sich einmal mit den Herren der rheinisch-westfälischen Großindustrie zusammenzusetzen,

(sehr richtig! im Zentrum)

die uns damals bei der ersten Verlängerung der Micumverträge[19] ganz klar zum Ausdruck gebracht haben, daß sie ihrerseits die letzte Verlängerung vorgenommen haben in der sicheren Erwartung, daß die deutsche Regierung das Sachverständigengutachten annehme,

(sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei und im Zentrum)

die keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß sie dieser oder einer anderen Regierung, die heute hier stände, auch die Verantwortung überlassen würden für das Chaos und die Anarchie, die im Rheinland einträte, wenn man etwa andere Wege beschritte, als wir sie heute vorschlagen.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei und im Zentrum.)

So haben sich damals diejenigen geäußert, die nicht nur die Verantwortung haben für ihre Unternehmungen, die schließlich mit uns die Verantwortung haben für das Schicksal all der Millionen, die von dieser Erledigung abhängig sind.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn ich mir vorstelle, daß wir jetzt in 10 Tagen erneut vor der Situation stehen, was aus diesen Verhältnissen werden soll, wenn ich Ihnen in die Erinnerung zurückrufe, daß die Reichsregierung selbstverständlich nicht in der Lage ist, aus ihren Mitteln irgend etwas für die Verlängerung dieser Verträge zu tun, dann werden Sie mir zustimmen, daß, wenn noch einmal eine Prolongierung erfolgt, wenn sie überhaupt noch möglich ist auf Grund der Inanspruchnahme von Krediten, es unser Interesse

[19] Gemeint ist die Verlängerung am 15. April 1924 (vgl. die vorangehende Anm.). Zur vorangehenden Besprechung mit der Sechserkommission des Bergbaulichen Vereins vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 550–551.

ist, daß diese Prolongierung sich auf einen so kurzen Zeitraum bezieht wie nur irgend möglich.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und im Zentrum.)

Wenn Sie deshalb eine Regierung vor sich hätten, die jetzt etwa in einem halben Jahre, im Herbst, vor der Entscheidung über diese Fragen stände, wäre es berechtigt, wenn sie sagten: was habt ihr gesagt über Finanzfragen, über Sozialpolitik, über Aufwertung usw.? Meine Herren, wenn Sie am 24. Juni[20] wieder zusammentreten und, wie ich hoffe, vielleicht bis 15. Juli dieses Gesetzgebungswerk beendigt ist, dann wäre es töricht, in dieser Zeit nicht alle Kräfte darauf zu konzentrieren, diese eine Frage zunächst zur Erledigung zu bringen, zumal meiner Meinung nach gar kein Programm in der inneren Politik von irgend jemand aufgestellt werden kann, wenn wir nicht wissen, wie zunächst diese außenpolitischen Zustände sich gestalten werden.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Nun haben wir ja sehr verschiedene Ansichten darüber, wohin diese Außenpolitik führt. Herr v. Graefe[21] hat gestern gesagt, diese Politik habe von Katastrophe zu Katastrophe geführt, und er hat denjenigen Vergleich gebraucht, der mir oft auch von anderer Seite entgegengehalten worden ist, nämlich den Vergleich zwischen der außenpolitischen Situation vom 11. August vorigen Jahres[22] und der außenpolitischen Situation der Gegenwart. Herr v. Graefe, der sich ja gestern hauptsächlich auf ausländische Stimmen bezogen hat, hat in den Mittelpunkt seiner Kritik den Satz gestellt: Damals hatten wir eine englische Regierung, die ausdrücklich erklärte, daß der Ruhreinbruch rechtswidrig sei, heute sehen wir uns einer Koalition der ganzen Welt

[20] Am Vortag war eine Vereinbarung des Ältestenausschusses mitgeteilt worden, wonach nach Abschluß der Debatte der Reichstag auf den 24. Juni 1924 vertagt werden solle (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 163).

[21] Albrecht von Graefe (1868–1933), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1928 (bis 1922 für die DNVP, 1922 – Mai 1924 für die Deutschvölkische Freiheitspartei als deren Mitbegründer und Vorsitzender, Mai 1924 – 1928 für die Nationalsozialistische Freiheitspartei bzw. die Völkische Arbeitsgemeinschaft). – Die Rede Graefes vom 5. Juni 1924 vgl. ebd., S. 132–141.

[22] Laut Protokoll bezog sich Graefe in seiner Rede (vgl. die vorangehende Anm.) auf eine „britische Note“ vom „18. August 1923“ (ebd., S. 137). Gemeint ist jedoch sicher die britische Note vom 11. August 1923, die an Frankreich und Belgien ging und mit der sich London von der Ruhrpolitik der beiden Länder distanzierte; Text in DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,21, S. 467–482; in ihrer ursprünglichen englischen Fassung und in deutscher Übersetzung auch in NOTENWECHSEL DER ALLIIERTEN S. 124–140 (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 379 [dort als Anl. Nr. 6204 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); eine Paraphrase in SCHULTHESS 64 (1923), S. 413–415.

gegenüber. Ich nehme doch Veranlassung, gerade dem neuen Hause gegenüber[23] auf diese Ausführungen einzugehen. Zunächst, Herr v. Graefe, ist mir nichts davon bekannt, daß die englische Regierung die Erklärung, die sie damals abgegeben hat, in der Zwischenzeit irgendwie zurückgezogen hätte.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Diese Erklärung besteht auch heute. Auf dieser Erklärung fußen wir heute, wenn wir die Frage der Räumung des Ruhrgebiets behandeln. Aber ich darf doch auf die Entwicklung eingehen, die sich damals vollzogen hat. Ich wäre aufrichtig dankbar, wenn Sie mir einmal in einem kleineren Kreise von Vertretern der Parteien Gelegenheit geben würden, über das, was sich in jenem Monat bis zur Aufgabe des passiven Widerstandes[24] tatsächlich abgespielt hat, Ihnen diejenigen Erklärungen zu geben, die ich natürlich hier im Plenum nicht abgeben kann. Glauben Sie denn, Herr v. Graefe, daß ich ein derartiger Dilettant bin, daß ich nicht versucht hätte, diese Erklärung der englischen Regierung zu benutzen, um eine andere Erledigung dieser Frage herbeizuführen, als die bedingungslose Aufgabe des passiven Widerstandes? Aber wir haben damals erlebt, und ich glaube, wir werden das immer erleben, daß England, so sehr es in gewissen Momenten sein Statement vor der ganzen Welt kundtut, nicht die Absicht hat, unserthalben oder wegen seiner theoretischen Einstellung so weit zu gehen, etwa die Entente oder sein Verhältnis zu Frankreich aufs Spiel zu setzen.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Wir haben die englische Regierung aufs dringendste um Unterstützung bei der Aufgabe des passiven Widerstandes ersucht. Ich habe nie geglaubt, daß eine Situation kommen könnte und würde, bei der wir gezwungen wären, den passiven Widerstand bedingungslos aufzugeben. Diese Bestrebungen sind vergeblich gewesen. Ich weiß auch nicht, ob eine andere Regierung dabei mehr Erfolg gehabt hätte. Wir haben die bösen Worte gehört, die im englischen Oberhaus Lord Curzon[25] ausgesprochen hat,

---

[23] Der Reichstag war nach der Reichstagswahl vom 4. Mai erstmals am 27. Mai 1924 zusammengetreten und befand sich in seiner 9. Sitzung.

[24] Zur Aufgabe des passiven Widerstands, die mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

[25] George Nathaniel, Earl (seit 1921: Marquess) Curzon of Kedleston (1859–1925), britischer Außenminister 23. Oktober 1919 – 22. Januar 1924, Lord President of the Council 1916–1919 und 6. November 1924 – 20. März 1925. – Eine Parlamentsrede Curzons dieses Inhalts konnte nicht ermittelt werden; gemeint ist vermutlich die Rede Curzons vom 4. Oktober 1923 zur Außenpolitik und zum Fortgang der Reparationsfrage, die er auf der seit dem 1. Oktober 1923 in London tagenden Reichskonferenz von Vertretern Großbritanniens, der Dominions und der britischen Kolonien hielt; eine Paraphrase der Rede in SCHULTHESS 64 (1923), S. 283..

daß wir schuld wären, wenn wir den passiven Widerstand bedingungslos hätten aufgeben müssen, weil wir den Widerstand törichterweise zu lange hingezogen hätten.

(Sehr richtig bei dem Sozialdemokraten.)

Das waren die Worte, die ich damals hier verlesen habe[26], die Worte the passive resistance was foolishly postponed. Ich halte sie nicht für richtig, ich halte sie auch im Gegensatz stehend zu den Erwartungen, die damals aus dieser Denkschrift naturgemäß für uns entstanden; aber sie waren eine Tatsache, an der wir nicht vorbeigehen konnten. Wenn mir damals vom verstorbenen Kollegen Helfferich[27] immer gesagt wurde: warum haben Sie nicht ganz stark auf diese Erklärung abgehoben und gehen nicht mit dieser englischen Erklärung gegen Frankreich vor? – so möchte ich Ihnen, da Sie zu mir ein verhältnismäßig geringes Vertrauen haben, das eine sagen: als ich damals die Reichskanzlerschaft und das Außenministerium übernahm[28], habe ich selbstverständlich mit dem zurücktretenden Außenminister Herrn v. Rosenberg[29] über diese Dinge mich eingehend unterhalten, habe ihm diese Erklärung Englands vorgelegt und mit ihm besprochen, da er bis dahin alle diese Dinge in der Hand hatte, wie sie parlamentarisch zu verwerten wäre. Er hat mir ausdrücklich gesagt, worin ich völlig mit ihm übereinstimme: nichts ist törichter und hat uns mehr geschadet als die Art, wie Deutschland bei verschiedenen außenpolitischen Gelegenheiten sich an die Seite Englands gedrängt hat, als wenn England der gegebene Sekundant Deutschlands wäre, und dadurch England seine Stellung gegenüber der Entente geradezu erschwert hat.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Infolgedessen war es ganz klar, daß wir alles versuchen mußten, die damalige Erklärung in praktische Hilfe umzumünzen. Daraus ergaben sich die Tatsachen, die bei unserer ganzen Finanzlage, die bei der Zerrüttung der damaligen Verhältnisse des passiven Widerstandes selbstverständlich waren. Daraus ergab sich aber eines nicht: es ergab sich daraus nicht, wie viele Leute heute ebenso törichterweise meinen, daß der Ruhrwiderstand an sich falsch gewesen wäre, daß er nicht seine große

[26] In seiner Reichstagsrede vom 8. Oktober 1923 (vgl. diese Edition).

[27] Karl Helfferich (1872 – 23. April 1924), Mitglied des Reichstags 1920 – April 1924 (für die DNVP).

[28] Die Ernennung Stresemanns zum Reichskanzler durch Reichspräsident Ebert erfolgte am 13. August 1923 (Faksimile der Ernennungsurkunde in STRESEMANN, Vermächtnis I, nach S. 88). Gleichzeitig übernahm er das Amt des Außenministers.

[29] Frederic von Rosenberg (1874–1937), Reichsaußenminister 22. November 1922 – 12. August 1923; parteiloser Diplomat.

Bedeutung für Deutschlands Außenpolitik gehabt hätte.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Er hat seine große Bedeutung für Deutschlands Innen- und Außenpolitik gehabt, trotz der Passivität, die Sie (nach rechts) so oft hier kritisierten. Er hat einmal gezeigt, wie eng das Rheinland und die Ruhr mit Deutschland verbunden sind.

(Lebhafte Zustimmung und Beifall.)

Er hat dadurch allen denjenigen französischen Tendenzmeldungen, die in der Welt bis dahin geglaubt wurden, den Boden entzogen. Wenn Sie heute ein Zusammentreten von Sachverständigen sehen und wenn man dort an die Spitze gestellt hat, daß Deutschland die Souveränität über sein ganzes Gebiet, die wirtschaftliche und finanzielle Einheit wiederhaben müsse, so danken Sie das den Menschen, die damals unendlich viel gelitten haben, auch wenn sie nicht vom passiven zum aktiven Widerstand übergegangen sind.

(Erneut lebhafte Zustimmung.)

Ich darf deshalb sagen – darin unterscheide ich mich ja grundsätzlich von dem Herrn Kollegen v. Graefe –, daß ich in dem Sachverständigengutachten, ja zunächst einmal in dem Zusammentreten der Sachverständigenkonferenz eine große Entspannung der weltpolitischen Lage sehe.

(Zuruf von den Kommunisten: Fragen Sie doch einmal die Arbeiter, Angestellten und Beamten!)

Ich sehe darin den Sieg des Gedankens, für den wir gekämpft haben, auch unter Regierungen, die von der Rechten unterstützt wurden. Denn es ist doch klar, daß bei der weltpolitischen Lage, in der wir uns befinden, bei der Machtlosigkeit, in der wir sind, von unserm Standpunkt aus alles begrüßt werden muß, was diese Fragen aus der Machtatmosphäre herausnimmt und was sie in die Atmosphäre der wirtschaftlichen Vernunft hineinstellt.

(Abgeordneter Laverrenz[30]: Das ist eine ewige Illusion!)

– Dann hat diese ewige Illusion auch Herr Professor Hoetzsch[31] gehabt, dann haben

[30] Wilhelm Laverrenz (1879–1855), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die DNVP).

[31] Otto Hoetzsch (1876–1946), Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die DNVP 1920–1929, für die Konservative Volkspartei 1929–1930). – Stresemann bezieht sich hier und im Folgenden vermutlich auf einen nicht näher datierbaren Artikel Hoetzschs in den „Basler Nachrichten“, der im Wortlaut nicht zu ermitteln war. – Vgl. auch die paraphrasierende Wiedergabe eines Artikels von Hoetzsch in

diese ewige Illusion sehr viele Leute gehabt, die Ihnen sehr nahestehen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn ich den Namen des Herrn Professors Hoetzsch genannt habe, so deshalb, weil ich gerade darauf hinweisen will, daß keiner so stark wie er die große weltpolitische Tatsache unterstrichen hat, daß heute die Vereinigten Staaten von Amerika mit in das Interesse für die Regelung der europäischen Dinge eingetreten sind.

(Sehr gut! in der Mitte.)

Darf ich Sie an die Zeit von Dezember 1922 erinnern, an die Rede, die Hughes[32] in New Haven gehalten hat. Mit vollem Recht hat der damalige Reichskanzler Cuno[33] in seiner Silvesterrede[34] in Hamburg die sofortige Zustimmung Deutschlands dazu erklärt. Wer hat sich denn gegen diese Anregung von Hughes gewandt? Herr Poincaré hat sich dagegen gewandt[35], und von Paris aus ist das Wort gefallen: Wir haben nicht die Absicht, uns die Früchte der Siege durch internationale Bankiers aus den Händen reißen zu lassen.

Das war die Situation. Auf der einen Seite Machtpolitik, die sagt: wir behalten, was wir haben. Auf der anderen Seite der Appell an die wirtschaftliche Vernunft. Was haben wir denn überhaupt, wenn wir ein waffenloses Volk sind? Welche Waffen hat denn ein Außenminister, Herr v. Graefe, wenn er diese Waffen nicht besitzt? Er kann einmal an das Interesse appellieren, das die Welt an der Erhaltung der deutschen Konsumkraft hat. Er hat die Waffe der Eingliederung seines Volkes in die großen weltwirtschaftlichen Verhältnisse, er kann geltend machen, daß der Untergang seines Volkes andere mit in diesen Untergang hineinzieht. Schließlich sind doch die Gedanken dieser Sachverständigenkonferenz keine anderen als die, daß die Welt nicht uninteressiert ist, ob Deutschland zu Grunde geht. Ich glaube nicht an die Än-

der „Kreuzzeitung“ (Neue Preußische Zeitung) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 242 (Morgenausgabe) vom 22. Mai 1924, in der er laut dieser Paraphrase für die grundsätzliche Annahme des Dawes-Plans warb.

[32] Charles Evans Hughes (1862–1948), amerikanischer Außenminister 1921–1925. – Hughes hatte am 29. Dezember 1922 in einer Rede in New Haven den Vorschlag gemacht, die weitere Behandlung der Reparationsfrage einem internationalen Sachverständigenausschuß zu übertragen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Cuno, S. 109, Anm. 8).

[33] Wilhelm Cuno (1876–1933), Reichskanzler 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos. – Vor und nach seiner Kanzlerschaft Generaldirektor bzw. Vorstandsvorsitzender der Hapag.

[34] Druck der Rede Cunos in Hamburg vom 31. Dezember 1922 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Cuno, S. 103–110.

[35] Hughes’ Vorschlag war bereits im Vorfeld der Rede, nach einer Sondierung Hughes gegenüber dem französischen Botschafter in Washington, von Poincaré am 23. Dezember 1922 zurückgewiesen worden (vgl. DOCUMENTS DIPLOMATIQUES FRANÇAIS 1922, II, S. 616–618).

derung der Atmosphäre, ich glaube nicht, daß Außenpolitik aus Liebe oder Interesse oder Sympathie gemacht wird. Nein, sie wird gemacht aus eigenverstandenem weltwirtschaftlichen Interesse, und dieses eigenverstandene weltwirtschaftliche Interesse, das zu dieser Sachverständigenkonferenz führte, nicht zu benutzen, nicht zu begrüßen, wäre ein totaler Fehler, wäre Dilettantismus ohnegleichen.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.)

Gewiß – auch das möchte ich Ihnen sagen, Herr v. Graefe –, es gibt auch ein anderes Mittel, das der Außenminister eines waffenlosen Staates hat. Das ist der einheitliche nationale Wille seines Volkes über alle Parteien hinweg,

(sehr richtig! bei den Nationalsozialisten)

der im gegebenen Moment Unerträgliches zurückweist.

(Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Herr v. Graefe, wenn Sie diesen Willen eines Volkes einstellen wollen, dürfen Sie aber nicht vorher anderen Parteien die politische Ehre absprechen.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.)

Dann müssen Sie trotzdem anerkennen, daß, auf welchem Wege auch immer der einzelne seinem Vaterlande nutzen will, er jedenfalls von dem Gedanken ausgeht, daß er genau so das Gute für sein Volk will, wie Sie das für sich in Anspruch nehmen.

(Bravo! in der Mitte.)

Nichts stört die Zusammenfassung eines Volkes zu einem solchen Einheitswillen in Ehrenfragen, um die wir kämpfen und die wir so durchsetzen müssen, wie wir schon einmal die Nichtauslieferung der sogenannten Kriegsverbrecher durchgesetzt haben[36], nichts stört diese Einheitsfront mehr als die Reden, die Sie (zu dem Abgeordneten v. Graefe) gestern hier gehalten haben, und der Geist, aus dem diese Reden geboren sind.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte.)

[36] Art. 227–230 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 104–105) bestimmte, daß Deutschland den Kaiser (der inzwischen in die Niederlande ins Exil gegangen war) und weitere der Kriegsverbrechen Verdächtige zur Anklage vor alliierten Militärgerichten ausliefern müsse. Nach Inkrafttreten des Vertrags verlangten die Alliierten die Auslieferung, die jedoch von deutscher Seite verweigert wurde; stattdessen wurden Prozesse vor dem Reichsgericht in Leipzig in Aussicht gestellt, womit sich die Alliierten schließlich begnügten (vgl. zusammenfassend AKTEN DER REICHSKANZLEI, Müller I, S. 115–117 u. insb. Anm. 1).

Meine Damen und Herren! Ich bin bei der Frage des Sachverständigengutachtens, zunächst des Zusammentritts der Sachverständigenkonferenz davon ausgegangen, daß die große Bedeutung dieses Zusammentritts der Sachverständigen darin lag, daß es nicht eine europäische Konferenz war. Nicht die Entente stand uns mehr gegenüber. Einst, kurz nach dem Kriege, war in den Vereinigten Staaten von allen Parteien das eine Schlagwort ausgegeben: No European troubles! – Nie wieder sich einmischen in europäische Dinge. Das war unser Verhängnis jahrelang aus dem Grunde, weil ja doch schließlich die Vereinigten Staaten, wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf, der gegebene ehrliche Makler in bezug auf die europäischen Verhältnisse waren. Sie sind zu reich, um an der Schwächung Deutschlands interessiert zu sein. Sie haben eine genügend weite Distanz, um die Dinge klar zu übersehen. Ich messe ihnen aber ebenso – und das erkläre ich noch einmal ausdrücklich –, ich messe all den Herren, die bei diesem Sachverständigengutachten mitgewirkt haben, die volle Objektivität zu, das ehrliche Bestreben, zu einem guten Ergebnis zu kommen.

(Abgeordneter v. Graefe [Mecklenburg]: Auch den Franzosen?)

– Herr v. Graefe, Sie kennen ja gar nicht die Einzelheiten der Verhandlungen, Sie wissen ja gar nicht, wie wenig bei diesen Verhandlungen etwa nach Nationen abgestimmt ist, Sie wissen ja gar nicht, in welchen Momenten auch Männer der französischen Nation für geringere Belastungen eingetreten sind als Leute aus anderen Nationen. Wir haben ja da einen Klub von business men gehabt, die von ihrem Standpunkt aus diese Dinge angesehen haben.

Infolgedessen sage ich Ihnen in vollem Einverständnis auch mit Ausführungen, die der Außenpolitiker der deutschnationalen Partei[37] in bezug auf diese Persönlichkeiten gemacht hat: keiner, der diese Verhandlungen im einzelnen kennt, ist der Meinung gewesen, daß man hier sich hätte leiten lassen von politischen Gesichtspunkten, sondern zuerkennt den Männern, die hier mitgewirkt haben, daß sie von ihrem wirtschaftlichen Standpunkt aus die Dinge versucht haben objektiv zu regeln.

(Abgeordneter v. Graefe [Mecklenburg]: Von ihrem!)

– Gewiß, von ihrem Gesichtspunkt aus. Sehen Sie, Herr v. Graefe, Sie sind innerhalb Deutschlands genau so intransigent wie nach außen und glauben, Sie können Außenpolitik treiben, wenn Sie alle anderen Leute als schlechte Kerle und Verbrecher

[37] Vermutlich meint Stresemann hier erneut Otto Hoetzsch (vgl. oben mit Anm. 31), der als außenpolitischer Fachmann der DNVP-Fraktion galt.

hinstellen.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Glauben Sie mir: dieses ganze Sachverständigengutachten wird schließlich in seinem Effekt abhängen von dem Geist, in dem es durchgeführt wird, von den Persönlichkeiten, die darüber mit zu entscheiden haben. Ich glaube nicht, daß es in diesem Geist liegt, wenn Sie sich mit diesem Lächeln darüber hinwegsetzen, daß Männer anderer Nationen auch objektiv denken können.

(Abgeordneter v. Graefe [Mecklenburg]: Siehe Versailles!)

– Nein, seit Versailles bis zu diesem Tag ist eine Entwicklung vor sich gegangen, die Sie belieben zu negieren. Damals hat sich kein Mensch auf den Standpunkt gestellt, daß nur aus dem Überschuß Deutschlands deutsche Leistungen ins Ausland kommen sollen. Damals hat man uns die Substanz, die Werkzeuge weggenommen.

(Zuruf des Abgeordneten v. Graefe [Mecklenburg].)

– Sie haben ja anscheinend das Gutachten gar nicht gelesen; dann brauche ich mit Ihnen ja gar nicht zu sprechen!

(Entrüstete Zurufe von den Nationalsozialisten.)

Meine Herren, es ist etwas ganz anderes, ob uns die Handelsflotte weggenommen wird[38], oder ob diejenige Verwaltung der Eisenbahnen einsetzt, die hier in diesem Gutachten genannt ist[39].

(Zuruf von den Nationalsozialisten.)

– Nein, ich bin in diesen Dingen gar kein Illusionist, sondern sehe sie rein wirtschaftlich an. Ich bin sehr gern bereit, mit Ihnen auch einmal über die Angelegenheiten der Eisenbahnen sachlich und wirtschaftlich zu sprechen. Sehen Sie sich doch einmal an, Herr v. Graefe, welche Summen des Ertrages der deutschen Eisenbahnen der Reichsverband der deutschen Industrie seinerzeit genannt hat[40], als es sich um das

[38] Deutschland hatte in Ausführung des Versailler Vertrags (Anl. III zu den Reparationsbestimmungen: VERTRAG VON VERSAILLES S. 118–120) einen Großteil seiner Handelsflotte auszuliefern.

[39] Das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924 (vgl. oben mit Anm. 17) sah vor, daß die Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, mit einer Obligation belastet und unter internationale Kontrolle gestellt werden sollte als Sicherheit für einen Teil der Anleihen, die zum Zweck der Reparationstilgung von Deutschland aufgenommen werden sollten.

[40] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf das Schreiben des Reichsverbandes der deutschen Industrie an Cuno vom 25. Mai 1923, in dem zwar nicht konkret die Ertragsfähigkeit der Reichsbahn, jedoch die „Haftbarmachung [von] staatlichen Pfandobjekte[n]“ mit 600 Millionen Goldmark angesetzt wurde (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Cuno, S. 508–513; Zitat S. 510).

Cunosche Angebot[41] handelte, vergleichen Sie damit die Ziffern der Sachverständigen und fragen Sie sich, ob das nicht sogar vom deutschen Standpunkte aus objektive Ziffern sind.

(Abgeordneter v. Graefe [Mecklenburg]: Na, ich danke!)

– Ich weiß nicht, Herr v. Graefe, wie Sie sich überhaupt einen Weg der Außenpolitik nach Ihren Empfindungen denken. Ich möchte Sie auf folgendes hinweisen. Der Reichslandbund[42] gehört doch wirklich nicht zu den Anhängern des Sachverständigengutachtens. Er lehnt es ab, weil er es nicht für annehmbar hält. Aber an die Spitze seiner Erklärung hat er zwei Sätze gestellt, die hoffentlich die genügende Beachtung gefunden haben, weil sie in brutaler Weise aussprechen, was ist:

> Der Reichslandbund erkennt an, daß Deutschland heute wehrlos ist und daß alle Macht bei der Entente liegt. Daraus folgert der Reichslandbund, daß Deutschland an die Sieger Kriegskontributionen zu zahlen hat bis zur Grenze des Möglichen. Von dieser Situation kann niemand abgehen.

Und nun bitte ich Sie, Herr v. Graefe, etwas ins Auge zu fassen, was bei Ihrer Kritik des Sachverständigengutachtens ganz verschwindet. Vergleichen Sie den gegenwärtigen Stand der deutschen Belastung mit demjenigen nach dem Sachverständigengutachten. Bei der auf Ihrer Seite üblichen Kritik könnte man nämlich denken, bisher ruhten überhaupt keine Lasten auf uns, und nun beabsichtigte eine verantwortungslose Regierung, die letzten Güter des Volkes dem Feinde hinzugeben. Wie liegen denn die Dinge jetzt? Ich will vom Wirtschaftlichen zuerst sprechen, obwohl das Politische vielleicht wichtiger ist. Was heute durch die Micumverträge[43] aus dem Ruhrgebiet herausgequetscht wird, ist von Sachverständigen auf die Summe von 1,2 bis 1,4 Milliarden Goldmark pro Jahr geschätzt worden.

(Abgeordneter von Graefe [Mecklenburg]: Das habe ich auch nie gebilligt! – Große Heiterkeit.)

– Das ist ja sehr liebenswürdig, Herr v. Graefe, daß Sie das nicht gebilligt haben. Ich

---

[41] Gemeint ist vermutlich das deutsche Memorandum vom 7. Juni 1923, das von den deutschen diplomatischen Vertretern bei den Siegermächten übergeben wurde und ein deutsches Reparationsangebot enthielt (Druck u.a. im Weißbuch NOTENWECHSEL DER ALLIIERTEN S. 29–30 [vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 379 (dort als Anl. Nr. 6204 mit der Seitenzählung des Weißbuchs)]).

[42] Der Reichslandbund war der wichtigste Interessenverband der deutschen Landwirtschaft. In der Sitzung vom 7. Mai 1924 hatte sein Vorstand die nachfolgend in ihrer Eingangspassage von Stresemann zitierte Erklärung verabschiedet (vgl. deren Text in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 221 [Abendausgabe] vom 9. Mai 1924).

[43] Vgl. oben mit Anm. 18.

glaube aber nicht, daß das zur Beruhigung im Ruhrgebiet beiträgt. Kein Mensch hat das als rechtmäßig angesehen. Aber wollen Sie diejenigen Leute schmähen, die unter der Wucht der Gewalt, die ihnen angetan wurde, diese Lasten auf sich genommen haben? Haben wir nicht heute schon Regiezechen[44]? Wollen Sie durch eine einfache große Geste, durch einen Brand von Moskau[45], die letzte Quelle deutscher Kraft, die uns da geblieben ist, auch noch der Vernichtung anheimgeben,

(lebhafter Beifall bei den Mittelparteien)

anstatt die Politik zu machen, die die Männer im Ruhrgebiet gemacht haben: zunächst sich in das Unvermeidliche fügen, aber in der Erwartung, daß die Regierung alles tut, um die Situation zu bessern? Zu diesen Lasten, die heute getragen werden müssen und die dazu geführt haben, daß jetzt die Bergwerke aus der Substanz leben müssen, daß sie nicht in der Lage sind, die geringsten Reparaturen anzubringen, kommen die 380 Millionen Besatzungskosten, die hoffentlich nicht auch hier im Hause etwa der Kritik unterliegen werden, die wir während des Wahlkampfes so oft draußen gehört haben. Man hat es so hingestellt, als seien auch diese Zahlungen nur Zeichen der Schwäche der Regierung, ihrer Unfähigkeit, sich gegen ungehörige Anforderungen zu wehren. Wir haben einmal die Herren aus dem besetzten Gebiet gesprochen, und ohne Unterschied der Partei haben sie uns gegenüber erklärt, daß sie von jeder Regierung verlangen würden, daß sie diese Besatzungskosten bezahlt, und zwar als selbstverständliches Äquivalent gegenüber denjenigen, die so unendlich Vieles in diesen Jahren im besetzten Gebiet haben durchmachen müssen, so daß sie zum mindesten verlangen können, daß nicht diese Kosten auf ihnen liegen bleiben. Denn wenn wir nicht zahlten, wäre die Geste sehr schön, aber die ganzen Schläge dafür hätten die Menschen auszuhalten, die da drüben bisher die Leidtragenden gewesen sind.

Zu diesen Kosten, die nicht irgendwie wegzunehmen sind, kommen die Reparationsabgaben.

(Zurufe bei den Nationalsozialisten.)

– Ach, meine Herren, zu all diesen Berufungen auf das besetzte Gebiet und dessen

[44] Mit dem Begriff meint Stresemann offenbar in Anlehnung zur von den Besatzungsmächten seit März 1923 im besetzten Gebiet betriebenen „Regiebahn“ („Régie des chemins de fer des territoires occupés“) Zechen unter der Kontrolle der Besatzungsmächte im Ruhrgebiet.

[45] Stresemann spielt auf den Brand Moskaus im September 1812 an, dessen genaue Ursache unbekannt ist, der jedoch nach gängiger Meinung von den abziehenden russischen Truppen selbst gelegt worden sein soll, um den Moskau besetzenden Truppen Napoleons nur eine verwüstete Stadt zu hinterlassen.

Stimmung möchte ich nur das eine sagen: Ich habe oft die Empfindung gehabt – ich komme auch viel durch Deutschland –, als wenn die großen Gesten, die großen Worte gegenüber dem, was wir für das besetzte Gebiet tun sollten, proportional sind der Entfernung des besetzten Gebietes.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, den Demokraten und den Sozialdemokraten. – Gegenkundgebungen bei den Nationalsozialisten.)

Da wo man in die Nähe der wirklichen Kampfzone kommt, haben die Leute ein ganz anderes Gefühl für die Außenpolitik, wie wir sie gegenwärtig zu führen haben.

(Erneute Zustimmung. – Zuruf bei den Kommunisten.)

– Zu Ihnen werde ich niemals gehen; ich halte Sie nicht für Leute, die die Dinge von unserem Standpunkt ansehen.

Dazu kommen die Kosten für die Kommissionen, dazu kommen die Reparationsabgaben, obwohl sie im Laufe der letzten Monate, während deren wir nach Herrn v. Graefe von Katastrophe zu Katastrophe eilen, von 26 auf 5 Prozent herabgesetzt worden sind[46]. Man kann sagen, daß auf diese Weise unsere heutigen Leistungen etwa auf 1,8 bis 2 Milliarden Goldmark anzusetzen sind.

Demgegenüber wollen Sie doch vielleicht die Güte haben, auch einmal festzustellen, daß das Sachverständigengutachten, bei dem Sie den ausländischen Sachverständigen jede Objektivität absprechen, in den Satz mündet, daß Deutschland überhaupt nicht zugemutet werden könne, gegenwärtig und im ersten Jahre der Geltung des Gutachtens auch nur einen Pfennig aus seinem Budget zu zahlen, auch nur einen Pfennig an das Ausland zu geben[47].

(Widerspruch bei den Nationalsozialisten.)

– Gewiß ist das richtig. Ich kann nur wiederholen, daß Sie das Sachverständigengutachten nicht gelesen haben, wenn Sie auch das bezweifeln. Es heißt ausdrücklich an

[46] Nach längeren Verhandlungen war am 23. Februar 1924 ein Abkommen mit Großbritannien unterzeichnet worden, wonach die als Reparationsabgabe bisher bei der Einfuhr deutscher Waren in Großbritannien zu entrichtende 26-prozentige Abgabe auf 5 Prozent gesenkt wurde (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 170). – Zu Einzelheiten der sich aus dem Londoner Ultimatum von 1921 ergebenden deutschen Verpflichtung einer Reparationsabgabe vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 142, Anm. 19. – Zu den Vorverhandlungen in London und Berlin: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 47–49, 176–178, 342–345, 427–429.

[47] Tatsächlich findet sich ein solcher Satz nicht in dem Sachverständigengutachten (vgl. oben mit Anm. 17), sondern es wird ein Moratorium für das erste Jahr der Laufzeit des neuen Reparationsplans vorgeschlagen, in dem die Reparationen lediglich aus einer äußeren Anleihe und aus Zinsen der auszugebenden Eisenbahnobligationen, nicht jedoch aus dem deutschen Haushalt fließen sollen.

den verschiedensten Stellen, daß der Stand der deutschen Währung die deutsche Regierung veranlassen müsse, nicht jetzt irgendwelche Leistungen an das Ausland zu machen.

(Zurufe bei den Nationalsozialisten.)

Wenn Sie von der moralischen Kriegsschuldlüge sprechen, so war eine der schlimmsten Kriegsschuldlügen, die auf uns gelastet hat, die von dem betrügerischen Bankrott Deutschlands, die Lüge, Deutschland könne, aber wolle nicht zahlen. Das war die Lüge, die davon sprach, daß wir allen unseren Verpflichtungen uns entziehen wollten. Diese Lüge hat doch vor allem Herrn Poincaré dazu gedient, die Besetzung des Ruhrgebiets der Welt plausibel zu machen. Er hat doch erklärt, er müsse das Ruhrgebiet besetzen, weil ein Volk, das zahlen könne, nicht zahlen wolle. Wenn nun hier zum Ausdruck gebracht wird, dieses Volk könne jetzt nicht zahlen und es habe recht, wenn es seine Währung schütze, dann bricht damit auch der moralische Grund für die Ruhrbesetzung überhaupt zusammen. Und die heutige und die früheren Regierungen sind gerechtfertigt in ihren Erklärungen, daß sie nicht in der Lage wären, Leistungen nach außen hin zu übernehmen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mittelparteien.)

Das zum Ausdruck zu bringen, habe ich alle Veranlassung. Denn die Frage der Aufrechterhaltung der Ruhrbesetzung ist schließlich die wichtigste Frage, um die es sich bei diesen Dingen handeln wird.

(Abgeordneter v. Graefe [Mecklenburg]: Glauben Sie daran, daß es nicht besetzt bleibt?!)

– Ich werde auch darauf zu sprechen kommen.

In diesem Sachverständigengutachten sind drei Perioden deutscher Leistungen unterschieden. Die erste Periode kann ich nennen die Zeit eines mittelbaren Moratoriums, die zweite die sogenannte Übergangszeit und die dritte die Zeit, von der aus die normalen Leistungen beginnen sollen.

Ich bin nun mit den Kritikern des Gutachtens vollkommen darin einig und habe gar kein Hehl daraus gemacht bei allen Unterhaltungen, die ich hierüber mit fremden Diplomaten gehabt habe, daß die Sachverständigen die deutschen Leistungen vom Jahre 1928 an in wesentlicher Weise überschätzt haben. Ich bedaure außerordentlich, daß die Ziffer von 1 750 Millionen, die zunächst bei den Sachverständigenbesprechungen genannt wurde, nicht an die Stelle der Ziffer gekommen ist, die heute

dort genannt ist[48]. Wenn es überhaupt möglich ist, sich unter diesen Umständen mit dem Sachverständigengutachten einverstanden zu erklären, so aus dem Grunde, weil hier – das halte ich für den Kern des Sachverständigengutachtens – in der Bestimmung über die Transferierung deutscher Leistungen nach dem Auslande gewissermaßen der Hebel einsetzt gegen die Folgen, die sich aus einer solchen Überschätzung der Leistungsfähigkeit Deutschlands ergeben müssen.

Meine Herren! Ich darf vielleicht hier einmal statt meiner, der ja der heftigsten Abneigung des Herrn v. Graefe und anderer begegnet, das sagen, was ein führender deutschnationaler Politiker über diese und andere Bestimmungen des Gutachtens gesagt hat. Zunächst erklärt er im Einverständnis mit dem, was ich über die politische Situation sagte, daß das Gutachten der Sachverständigen unter maßgebendem Einfluß der Amerikaner zustande gekommen ist. Die Bereitwilligkeit Amerikas, Europa mit Anleihen und Krediten unter die Arme zu greifen, sei ausgesprochen. Im Anschluß an die Rede Coolidges[49] sagt er: „Eine der ganz großen Drehungen in der Konstellation der Weltmächte, die nötig sind für die Revision des Versailler Friedens, beginnt sich damit zu vollziehen."

(Hört! hört! in der Mitte und links.)

Das ist das Urteil des Herrn Professors Hoetzsch[50] über den politischen Teil dieser Dinge. Es ist gestern gesagt worden[51], Herr Professor Hoetzsch beziehe sich nur auf die Tatsache des Eintritts der Vereinigten Staaten in die europäischen Dinge. Aber, Verzeihung, ausdrücklich ist hier gesagt[52] und mit Recht: „Unter maßgebendem Einfluß amerikanischer Sachverständiger ist das Gutachten zustandegekommen." Ich darf Ihnen eines sagen: die öffentliche Meinung in Amerika sieht heute in dem, was

---

[48] Das Sachverständigengutachten (vgl. oben mit Anm. 17) sah für die Jahre ab 1928 jährliche Leistungen von 2 500 Millionen Goldmark vor.

[49] Calvin Coolidge (1872–1933), Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1923–1929. – Gemeint ist vermutlich Coolidges Rede in New York vom 22. April 1924, in der sich der Präsident positiv über das Sachverständigengutachten äußerte und die Zuversicht formulierte, daß nun privates amerikanisches Kapital für eine deutsche Anleihe zur Verfügung gestellt werde (paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 [1924], S. 362–362).

[50] Vgl. oben mit Anm. 31.

[51] Soweit ersichtlich, wurde in der Reichstagsdebatte des Vortags über die Regierungserklärung von Reichskanzler Marx und das Sachverständigengutachten (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 107–163) der nachfolgend von Stresemann behauptete Zusammenhang nicht hergestellt; allerdings sprach der Abgeordnete Löbe in seiner Rede in engem zeitlichem Zusammenhang von der Beteiligung der USA und vom Urteil Hoetzschs über das Sachverständigengutachten (ebd., S. 122).

[52] Vermutlich bezieht sich Stresemann auch hier auf die bereits mehrfach angesprochene Äußerung Hoetzschs (vgl. oben mit Anm.31).

Sie den Dawes-Report nennen[53], die wirtschaftliche Bibel der Gegenwart, eine Auffassung, die sich dort leicht in Schlagworte faßt: wir haben den Krieg entschieden, wir haben jetzt auch den Frieden gemacht. Wer sich dem entgegenstellt – ich spreche jetzt nur negativ –, muß mit dem einen rechnen, daß er damit auch diese größte der Weltmächte vollkommen gegen sich aufbringt, während andererseits ein gewiß nicht linksstehender Politiker[54] in diesem Eingreifen der Vereinigten Staaten eine der ganz großen Drehungen der Weltgeschichte mit vollem Recht sieht.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Er nimmt das Gutachten aber doch nicht en bloc an!)

– Herr Kollege Hergt[55], ich komme ja dazu. Ich komme zu dem, was uns eint, und zu dem, was uns trennt, alles nacheinander. Es kommt eben darauf an, ob man eine der ganz großen Drehungen der Weltgeschichte mitmacht oder sich ihr entgegenwirft. Da werden sich die Wege teilen.

(Zuruf von den Deutschnationalen.)

– Es handelt sich doch auch darum, Herr Kollege Hergt, ob es möglich ist, mit dem Sachverständigengutachten auch die Ehrenfragen zu regeln, auch Fragen, die im Zusammenhang mit unserer politischen Freiheit stehen. Davon ist Ihre Stellung abhängig, davon ist die Stellung meiner Freunde abhängig, davon ist die Stellung der Regierung ebenfalls abhängig. Lassen Sie uns doch die Dinge zu Ende denken und zunächst das eine beantworten, ob das Sachverständigengutachten eine Arbeit ist, die uns zu Sklavenhaltern macht, oder eine Arbeit von Leuten, die objektiv denken können.

(Unruhe und Zurufe rechts.)

Meine Herren! In dem Aufsatz des Herrn Professors Hoetzsch wird folgendes über den Inhalt des Gutachtens gesagt:

> Endlich wird einmal anerkannt, daß ohne Stabilität der deutschen Währung an dauernde Reparationszahlungen nicht zu denken ist. Endlich wird einmal anerkannt, daß dauernde Reparationszahlungen größeren Stils nur möglich sind aus dem Überschuß der deutschen Ausfuhr. Anerkannt sei,

[53] So in der Vorlage. Gemeint ist vermutlich: „was sie [die öffentliche Meinung in Amerika] den Dawes-Report nennt“.

[54] Gemeint ist wiederum Hoetzsch (vgl. oben mit Anm. 31).

[55] Oskar Hergt (1869–1967), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DNVP; auch deren Parteivorsitzender 1918 – Oktober 1924 u. Fraktionsvorsitzender 1920 – Oktober 1924); Reichsjustizminister und Vizekanzler 31. Januar 1927 – 29. Juni 1928.

daß das Gutachten mit Nachdruck die Wiederherstellung der Einheit des Deutschen Reiches in seinen jetzigen Grenzen als Kardinalvoraussetzung fordert. Und ebenso bedeutet die Bereitwilligkeit, eine Anleihe unter all diesen Voraussetzungen zu beschaffen, einen Fortschritt, so wie das ganze große Kapital[56] über den Transfer, das die Überführung von Werten aus einer Volkswirtschaft in die andere durch die Devise hindurch verlangt, eine originelle, von volkswirtschaftlicher Einsicht getragene Regelung ist. Hier wird von höchsten Sachverständigen und erfahrenen Männern der Finanzwelt ein Versuch gemacht, den Ausgleich und die Sanierung gefährdeter Währung mit der Lösung des Reparationsproblems und dem wirtschaftlichen Aufbau zu verbinden.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Trotzdem lehnt er es ab!)

– Das ist es eben, was ich nicht verstehe.

Herr Kollege Hergt, ich polemisiere jetzt gar nicht gegen Sie, sondern gegen den Herrn Abgeordneten v. Graefe, der erklärt hat, daß er allen diesen Sachverständigen Objektivität nicht zutraue, der gelacht hat darüber, daß ich von dieser Objektivität sprach. Ich stelle demgegenüber dieses Urteil, das doch zweierlei zeigt: einmal, daß niemand daran zweifeln kann, daß hier in der Tat aus dem ausgetretenen Geleise des Versuchs der Reparationslösung neue Wege gesucht worden sind, wie sie bisher noch niemals uns gegeben waren, um gleichzeitig zwei Dinge zu vereinigen, einmal das Recht Frankreichs auf Reparationsleistungen, zweitens aber, die Pflicht Deutschlands zu begrenzen.

(Zuruf von den Nationalsozialisten.)

– Sie lehnen jede Kriegsentschädigung ab. Damit kann ich nichts anfangen.

(Erneuter Zuruf von den Nationalsozialisten: Auf Grund der gestrigen Erklärung[57], die sich auf die Schuldfrage und die Schuldlüge bezieht!)

– Verehrter Herr, darf ich Ihnen eins sagen: wir kämpfen in der Schuldfrage um unser moralisches Recht. Daß wir den Krieg, auch wenn wir nicht schuldig waren, verloren haben, an dieser Tatsache werden wir leider nicht vorbeikommen und werden auch

[56] So in der Vorlage; gemeint ist wohl: „Kapitel“.

[57] Der Zwischenruf bezieht sich auf die Erklärung von Reichskanzler Marx in der Debatte des Vortags, wonach es das Bestreben der Reichsregierung sei, den Kriegsschuldvorwurf (der in der politischen Debatte häufig auch mit dem Begriff „[Kriegs-]Schuldlüge“ bezeichnet wurde) durch weitere Aktenveröffentlichungen zu widerlegen (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 117).

die Konsequenzen daraus jederzeit ziehen müssen.

(Zustimmung in der Mitte und links. – Zuruf von den Nationalsozialisten.)

– In Hannover habe ich mich gegen die Schuldlüge gewandt[58]. Aber niemals bin ich so töricht gewesen, anzunehmen, daß die Erledigung dieser Frage zugleich die Kriegskostenfrage erledige.

(Erneute Unterbrechung bei den Nationalsozialisten. – Glocke des Präsidenten. – Zuruf von den Nationalsozialisten: Sie suchen nur das Gute aus dem Gutachten heraus! – Lachen.)

– Nein, ich komme jetzt zu dem Schlechten, und ich wäre ohne Ihre Zwischenrufe schon längst dabei. – Das eine ist in keiner Weise zu verkennen, daß hier mit einem System gebrochen wird, das unser Unglück, die Inflation und alle die Begleiterscheinungen der Inflation hervorgerufen hat: das war die rücksichtsloseste Auspowerung der deutschen Substanz. Das ist das gewesen, was bisher erfolgt ist, und wenn jetzt nach diesen Vorschlägen der Sachverständigen deutsche Sachleistungen an das Ausland, Übertragung von Gold und Devisen an das Ausland nur dann erfolgt, wenn es ohne Gefährdung der deutschen Währung geschehen kann aus dem Überschuß der deutschen Wirtschaft, dann ist das der Bruch mit dem bisher uns gegenüber vertretenen System.

(Lebhafte Zurufe bei den Nationalsozialisten: Unglaublich! Eine Frisierung des Sachverständigengutachtens! – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Wallraf[59]: Meine Herren (zu den Nationalsozialisten), ich bitte, den Herrn Minister ruhig sprechen zu lassen; denn auf Grund dieser Ausführungen des Herrn Ministers werden Sie doch Ihre Kritik in der nachfolgenden Diskussion anwenden.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Herr Abgeordneter v. Graefe erregt sich darüber, daß hier ein deutscher Minister die Vorteile des Sachverständigengutachtens erörtert. Herr v. Graefe, sind Sie denn der Meinung, daß Sie mit der veralteten Diplomatie hier weiterkommen und lediglich durch irgendeine Art von Vorbehalt und einseitiger Darstellung irgend etwas auf einem Gebiete erreichen, wo es sich nicht um Politik, sondern um nüchterne Wirtschaft handelt, und wo jeder einzel-

[58] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf seine Rede in Hannover vom 28. April 1924 (vgl. diese Edition).

[59] Max Wallraf (1859–1951), Mitglied des Reichstags 1924–1930 (für die DNVP); dessen Präsident Mai – Oktober 1924.

ne im Ausland diese Dinge nachprüfen kann?

(Zurufe rechts.)

Gestern hat der Abgeordnete Graf Westarp die Abhilfe verlangt aus der Kreditkrisis[60]. Er hat auf die Micumverträge hingewiesen. Mit vollem Recht! Die Kreditkrisis ist nach zwei Richtungen hin eine außerordentlich bedenkliche Krisis. Einmal sind durch die Verhältnisse der Unübersichtlichkeit, ob das Gutachten angenommen wird oder nicht, stagniert worden die Verhandlungen mit privaten ausländischen Kreditgebern. Zweitens kommt folgendes in Betracht: der Angelpunkt des Gutachtens, von dem überhaupt seine Durchführung abhängig ist, ist das Zustandekommen der internationalen Anleihe von 800 Millionen Goldmark, die für das erste Jahr den Hauptteil der deutschen Leistungen decken soll. Diese 800 Millionen Goldmark fließen der deutschen Währungsbank zu, die darauf Noten ausgeben kann, die das Dreifache dieser Summe ausmachen. Wenn Sie sich einmal die heutige Situation in der Landwirtschaft, in der Wirtschaft ansehen, wenn Sie nicht in dieses vollkommen ausgedörrte Flußbett jetzt fremde Gewässer hineinleiten, so werden wir alle mit verdorren mit dem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und links.)

Infolgedessen kann man diese Dinge wirklich nicht so darstellen, wie sie vielfach dargestellt werden: als Abhängigkeit vom internationalen Kapital. Ach, meine Herren, wenn Sie während des Krieges nur etwas mehr von diesem ausländischen Kapital abhängig gewesen wären,

(erneute lebhafte Zustimmung in der Mitte und links; Zurufe rechts)

dann wäre vielleicht auch manche andere Einstellung der Welt gegenüber dem Ausgang des Krieges gewesen.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Darf ich auf eines hinweisen! Meine Herren, die Privatkredite, um die wir heute kämpfen, sind naturgemäß von der Konsolidierung der deutschen Verhältnisse abhängig. Sie werden nicht erwarten können, daß die Bestrebungen für die Erlangung solcher Kredite leichter werden in einer Zeit, in der wir in Deutschland ohne feste Grenzen, ohne Souveränität dastehen und in der dasjenige Bild der deutschen Wirtschaft sich ergibt, das wir heute haben.

Ich darf Sie auf ein letztes hinweisen. In einem Telegramm des Oberpräsidenten

[60] Vgl. oben mit Anm. 4.

der Rheinprovinz Fuchs[61] ist hingewiesen worden – –

(Zuruf rechts: Bestellte Arbeit!)

– Ich habe es nicht bestellt. Ich glaube auch nicht, daß es irgendein anderer bestellt hat. Ich glaube, Sie verkennen wiederum vollkommen die Stimmung des besetzten Gebietes,

(lebhafte Zustimmung im Zentrum und links)

wenn Sie glauben, daß ein Mann wie der Oberpräsident Fuchs etwas Derartiges sagen darf, wenn er nicht sicher wäre, die Stimmung wiederzugeben, die hinter ihm steht.

Aber ich will auf eines hinweisen. Wir haben im Herbst 1923 eine außerordentlich ernste Situation im Rheinland erlebt, die eine schwere Belastung der Erhaltung der Reichseinheit darstellte. Wir haben Bestrebungen erlebt, sich zunächst wirtschaftlich zu verselbständigen gegenüber Deutschland. Dieser wirtschaftlichen Verselbständigung wären vielleicht andere Verselbständigungen gefolgt. Heute ist das zurückgetreten, heute ist das gedämpft, weil alles auf das Zustandekommen dieser Verständigung hofft.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und links.)

Eine Enttäuschung dieser Hoffnung aber könnte auch gleichzeitig die allerschwersten innerdeutschen Folgen haben.

(Sehr richtig! in der Mitte und links.)

Gegenüber dem, was hier in diesen Bestimmungen des Gutachtens unzweifelhaft ein Plus gegenüber der heutigen Lage ist, stehen diejenigen Bestimmungen, die die neu zu gründende Bank, die die neue Reichseisenbahn in eine Verwaltung bringen, bei der wir einmal um das Übergewicht des deutschen Einflusses zu ringen haben, bei der wir weiter dafür Sorge zu tragen haben, daß nicht einmal jene Bestimmungen Platz greifen, die in dem Annex 4 des Sachverständigengutachtens[62] zum Ausdruck

[61] Johannes Fuchs (1874–1956), Reichsminister für die besetzten Gebiete 13. August – 30. November 1923 (bis zur Errichtung des betr. Ministeriums vom 24. August mit dieser Aufgabe „betraut“); Oberpräsident der Rheinprovinz 1922–1933 (1923–1924 durch die Besatzungsbehörden ausgewiesen); Mitglied des Zentrums. – Auf welches Telegramm Stresemann sich bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

[62] Anlage 4 des Sachverständigengutachtens (zum Druckort vgl. oben Anm. 17) regelt die Errichtung einer Reichseisenbahn als Aktiengesellschaft unter internationaler Beteiligung, die mit einer Schuldverschreibung belastet werden und damit als Pfand für die Reparationszahlungen dienen sollte; Artikel 5 der Anlage sieht für den Fall, daß die Reichsbahn mit ihren Leistungen in Verzug gerät, die Möglichkeit vor, Teile der Schuldverschreibung zu amortisieren.

gekommen sind und dem Kommissar das Recht geben sollen, einzelne Teile der Reichsbahn oder die ganze Reichsbahn zu verkaufen, wenn sie nicht dasjenige erbringt, was in den einzelnen Jahren an Erträgnissen verlangt wird. Es wird dieser Fall in den ersten Jahren nicht praktisch zu werden brauchen, nicht praktisch werden können. Er wird zu einer Gefahr werden können in dem genannten Normaljahr[63] und darüber hinaus, dann nämlich, wenn bei uns selbst anormale Zustände der Wirtschaft sind und infolgedessen die Summe, die der Reichsverband einst nannte[64], zwischen 500 Millionen und 1 000 Millionen Mark nicht herausgewirtschaftet werden kann. Es ist deswegen gerade in den letzten Tagen bei den Verhandlungen der Regierung der größte Wert darauf gelegt worden, diese Bestimmung nicht in dieser Härte bestehen zu lassen, mindestens dafür zu sorgen, daß, wenn die deutsche Eisenbahn die erwähnten Beträge nicht herauswirtschaftet, das Deutsche Reich sie aber aus anderen Quellen deckt, ein derartiges Recht des Kommissars nicht in Frage kommen kann. Sie werden in dieser Beziehung selbstverständlich die Reichsregierung an der Seite aller derjenigen finden, die in dieser Beziehung etwas durchsetzen wollen, auch in bezug auf die Wahrung der Rechte der Länder bei dem Übergang der Reichseisenbahn in ihre neue Organisation, und ich begrüße durchaus die Anregung, daß die Führer der Parteien zusammen mit der Reichsregierung über die Gestaltung des Bankwesens und der Reichsbahn verhandeln wollen.

Wenn aber diese Dinge ausgeräumt werden können, bleibt zweierlei, bleibt tiefste Beeinträchtigung in bezug auf Bankwesen, in bezug auf Eisenbahn, ein Einfluß internationaler Gewalten, die naturgemäß hier nicht in der Weise deutsche Eisenbahnpolitik treiben, wie wir sie vom deutschen Standpunkt aus früher haben treiben können. Es ist das tiefschmerzlich in dem Sachverständigenbericht zu lesen: die einstige deutsche Eisenbahnpolitik und die, die uns jetzt aufgezwungen wird. Einst die deutschen Eisenbahnen als Faktor der Reichswirtschaft, um unserer Wirtschaft zu helfen, heute die Eisenbahn einfach als Träger einer Verzinsung, die herausgewirtschaftet werden muß. Aber ich frage mich das eine: wären wir nicht auch ohne Sachverständigengutachten aus unserer allgemeinen Finanznot heraus gezwungen worden, eine andere Eisenbahnpolitik zu treiben? Wir hätten uns den Luxus dieser früheren Eisenbahnpolitik nicht mehr leisten können.

(Zurufe rechts.)

[63] Gemeint ist das „Normaljahr“ 1928, ab dem (nach einer Übergangszeit) die Reparationen in Höhe von 2 500 Millionen Goldmark zu zahlen sein sollten.

[64] Vgl. oben mit Anm. 40.

– Von der habe ich ja gesprochen! Ich habe doch gesagt, daß ich das als das allerschwerste ansehe, die Aufgabe der Souveränität! – Immerhin halte ich es nicht für unmöglich, daß die deutschen Vertreter im Verwaltungsrat der deutschen Reichsbahn, soweit diese über die genannten Summen hinaus Erträgnisse erzielen kann, von diesem Augenblick an auch wieder eine Eisenbahnpolitik alten Stiles werden treiben können. Aber bei dem heutigen Stande glaube ich nicht, daß wir bald dazu gelangen werden. Hier liegen eben die großen Debetseiten des Sachverständigengutachtens.

Zum dritten liegen sie in den Summen, die von dem Normaljahr 1920[65] an genannt sind.

(Zuruf rechts: Also annehmen!)

– „Also annehmen“, sagen Sie. Nein! Aber deshalb ist jeder, der die Verantwortung mitträgt – und dazu gehört meiner Meinung nach auch jeder Abgeordnete –, verpflichtet, sich zu fragen, ob man deswegen alles aufs Spiel setzen kann, einmal das, was das Gutachten unzweifelhaft an Vorteilen gegenüber dem jetzigen Zustande bringt, und zweitens ist zu fragen, wie die weltpolitische Situation aussehen würde, wo wir die ganze Weltkonstellation gegen uns haben, wenn wir uns dazu entschließen, das Sachverständigengutachten abzulehnen.

Nun hat der Herr Abgeordnete Graf Westarp gestern gesagt, es sei notwendig, daß zunächst die politischen Fragen eine Regelung erfahren.

(Zuruf rechts.)

– Ich glaube, Herr Dr. Quaatz[66], bei jeder Frage handelt es sich darum, die Vorteile und Nachteile gegeneinander abzuwägen und dann die Entscheidung zu treffen! Mit dem einfachen Ja oder Nein kommt man allerdings sehr schnell aus, wenn man diese Einzelheiten nicht nachprüfen will. – Also der Herr Abgeordnete Graf Westarp hat gestern zum Ausdruck gebracht, daß zunächst die politischen Fragen eine Regelung erfahren müßten, ehe man das Sachverständigengutachten annähme. Ich glaube, Herr Graf Westarp wird mit mir zwei Arten von politischen Fragen unterscheiden: Einmal handelt es sich um die politische Frage der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit des Reiches. Ich bemerke dazu ausdrücklich, daß zwar an einzelnen Stellen des Sachverständigengutachtens der Ausdruck „finanzielle

[65] So in der Vorlage; gemeint ist offensichtlich „1928“ (vgl. oben mit Anm. 63).

[66] Reinhold Georg Quaatz (1876–1953), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DVP 1920 – Mai 1924, für die DNVP Mai 1924 – 1933).

und wirtschaftliche Einheit“, an einer anderen Stelle aber auch ausdrücklich der Ausdruck von der „Souveränität des Deutschen Reiches“ sich findet, und ich kann weiter als Auffassung der Regierung zum Ausdruck bringen, daß wir der Meinung sind, daß die Wiederherstellung der deutschen Verwaltungshoheit implicite in diese Wiederherstellung der deutschen wirtschaftlichen Souveränität eingeschlossen sein soll.

(Sehr wahr! bei den Mittelparteien und den Sozialdemokraten.)

Wir können nicht die Gewähr für eine vernünftige Steuerpolitik im besetzten Gebiet übernehmen, wenn nicht die Verwaltungshoheit in unseren Händen ist, und wir können nicht die Gewähr für eine ungestörte Produktion übernehmen, wenn nicht die Verwaltungshoheit in unseren Händen ist.

(Erneute Zustimmung.)

Diese Dinge gehören zum Gutachten, diese Dinge wären also auch gedeckt bei Annahme des Sachverständigengutachtens.

Wenn aber die Kritik des Herrn Grafen Westarp sich etwa darauf beziehen sollte: wie sollen sich die Dinge in der Praxis vollziehen? wird nicht Frankreich zwar unsere Leistungen nehmen, aber mit seinen eigenen Leistungen in Verzug bleiben? so darf ich sagen,

(Zurufe rechts)

– das ist eine Zweifelsfrage, die auch bei mir aufgekommen ist – daß wir von anderer Seite folgendem Vorschlage begegnet sind. Ich nehme einen Termin, den ich willkürlich setze: Annahme der vorgeschlagenen Gesetze von Deutschland am 1. Juli, Aufhebung der Bestimmungen Frankreichs in bezug auf die Zollinie[67] und aller Bestimmungen des Sachverständigengutachtens innerhalb 14 Tagen bis zum 14. Juli, Inkrafttreten des Ganzen einen Tag nach Zurückziehung sämtlicher französischen Verordnungen, die sich darauf beziehen. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir nicht vorleisten, daß wir keine Leistungen übernehmen, ehe wir wissen, daß diese Voraussetzungen auch für uns sichergestellt sind.

(Zurufe rechts.)

[67] Nach verschiedenen vorangegangenen Einzelverordnungen hatte die Interalliierte Rheinlandkommission am 12. Februar 1923 eine Verordnung erlassen, wonach ab sofort aus allen besetzten Gebieten die Ausfuhr bestimmter Artikel (insbesondere Kohle und Metalle) verboten und der Export anderer Artikel ins unbesetzte Gebiet von einer Genehmigung und der Zahlung einer Ausfuhrabgabe von 10 Prozent abhängig wurde (Text der Verordnung in AKTENSTÜCKE ÜBER DEN FRANZÖSISCH-BELGISCHEN EINMARSCH II S. 24–26 [Wiederabdruck in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 377, Drucks. 5651 [mit eigener Seitenzählung]). – Faktisch war damit um die (alt und neu) besetzten Gebiete eine Zollgrenze errichtet worden.

– Aber lieber Herr Kollege, das ist doch wirklich ganz selbstverständlich! – Ich darf auch das Eine sagen, selbst auf die Gefahr hin, damit die höchste Erregung des Herrn v. Graefe herauszufordern: ich bin der festen Überzeugung, wenn die französische Regierung das Gutachten annimmt, daß wir dann auch erwarten können, daß die französische Regierung ihrerseits die Konsequenzen aus dem Gutachten zieht.

(Zustimmung bei den Mittelparteien. Lachen rechts.)

Ich glaube, nach der Richtung hin wird schließlich die Mitwirkung aller an diesem Sachverständigengutachten beteiligten Nationen eine Garantie sein, wie sie in dieser Stärke bisher in der Welt wohl nicht gewesen ist.

(Zurufe rechts.)

– Ganz recht, Herr Graf Westarp; aber ich habe gerade darauf hingewiesen, daß der Eintritt der Vereinigten Staaten hier tatsächlich ein Novum ist, und ich glaube, Sie werden mir zugeben, ohne daß ich das im einzelnen ausführe, daß die Vereinigten Staaten mehr Mittel haben, ihrer Antipathie gegen eine Nichtausführung des Sachverständigengutachtens praktisch Ausdruck zu geben, als irgendeine andere Macht der Welt.

Dann kommt eine zweite Reihe von Fragen: das ist erstens die Frage der Gefangenen[68], zweitens die Frage der Ausgewiesenen[69], drittens die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebiets.

Meine Herren, die Fragen 1 und 2 – Gefangene und Ausgewiesene – sind in dem Sachverständigengutachten nicht behandelt, konnten in ihm nicht behandelt sein, da das Gutachten sich ja ausdrücklich auf wirtschaftliche Fragen beschränkte. Es ist die Aufgabe der Regierung, die Durchführung beider Forderungen zu sichern, und die Nachrichten, die die Regierung über diese Fragen hat, über die sie seit Wochen nun

---

[68] Während der Zeit der Ruhrbesetzung hatten die französischen Militärgerichte zahlreiche (aktive und passive) Widerständler zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurteilt. Zuletzt war in einem Bericht der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21439 (Morgenausgabe) vom 18. Mai 1924, S. 6, nach den Angaben des „Reichsverbandes der Ausgewiesenen und Bedrängten von Rhein und Ruhr“ noch von mehr als 1200 Gefangenen die Rede. In Beantwortung einer Anfrage hatte Unterstaatssekretär Ponsonby im britischen Unterhaus die Zahl der Gefangengesetzten im besetzten Gebiet (ohne diejenigen in der britischen und belgischen Zone) mit 971 beziffert; zusätzlich seien ca. 50 Personen in Gefängnisse in Frankreich oder Belgien verlegt worden (vgl. den Bericht der WIENER ZEITUNG, Nr. 101 vom 2. Mai 1924, S. 3).

[69] Stresemann bezieht sich auf die Menschen, die als Reaktion auf ihren passiven Widerstand im Zuge der Auseinandersetzung im Ruhrgebiet und im besetzten Rheinland zusammen mit ihren Familien von den Besatzungsbehörden in das unbesetzte Gebiet ausgewiesen worden waren; nach dem angeführten Bericht der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21439 (Morgenausgabe) vom 18. Mai 1924, S. 6, handelte es sich zuletzt noch um mehr als 130 000 Betroffene, denen bisher nicht die Rückkehr erlaubt worden sei.

mit den übrigen Regierungen in Verbindung steht, lassen erkennen, daß die Forderung der deutschen Regierung auf Freilassung der Gefangenen und Ausgewiesenen auf allseitiges Verständnis bei den anderen Nationen gestoßen ist[70]. Hier scheint mir die Sicherung deshalb durchaus möglich zu sein.

Was die militärische Räumung betrifft, so ist diese im Gutachten mittelbar erwähnt. Es ist an der Stelle, die im englischen Text die Überschrift trägt: „Military Aspects“[71], davon gesprochen, daß die Sachverständigen keine andere Kontrolle zulassen könnten als diejenige, die sie selbst in diesem Gutachten genannt hätten. Das bedeutet im Zusammenhang mit der Überschrift, daß sie eine militärische Kontrolle, ein militärisches Eingreifen in die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zu billigen vermögen.

Diese Erklärung der Sachverständigen ist aber lediglich darauf abgestellt, daß eine verbleibende militärische Besetzung in die Produktivität und Wirtschaft nicht eingreift. Sie ist in keiner Weise – und das konnten die Sachverständigen auch nicht tun – eine Erklärung, daß die militärische Besetzung selbst aufhören muß. Deshalb ist nach Meinung der Regierung darauf hinzuwirken, daß ein bestimmter Endtermin der völligen militärischen Räumung des Ruhrgebiets terminmäßig oder sachlich in Aussicht stehen muß. Wenn ich sage „sachlich“, so meine ich damit etwa eine Formulierung, die, ohne sich an bestimmte Termine zu binden, von der Durchführung bestimmter Gesetze, von der Durchführung bestimmter Leistungen diese militärische Räumung abhängig macht. Gibt die Annahme des Sachverständigengutachtens Frankreich die Garantie bestimmter Leistungen, so muß es auch auf alles verzichten, was die deutsche Produktivität schädigt. Zu dieser Schädigung der deutschen Produktivität gehört unzweifelhaft auch das Fortbestehen der militärischen Besetzung des Ruhrgebiets.

(Sehr richtig!)

Der Block der Linken, der ja wohl gegenwärtig in Frankreich zur Herrschaft kommen wird[72],

(na! na! rechts)

– ich habe gesagt: der ja wohl zur Herrschaft kommen wird; ich glaube, das ist doch

[70] Vgl. etwa zuletzt die Aufzeichnungen des Ministerialdirektors Schubert und Stresemanns über Gespräche mit dem englischen Botschafter D’Abernon am 30. Mai bzw. 1. Juni 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 273–274; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 414).

[71] Zum Drucknachweis vgl. oben mit Anm. 17.

[72] Die Kammerwahlen in Frankreich am 11. Mai 1924 hatten einen Sieg des „Blocks der Linken“ („Cartel des gauches“) erbracht (Einzelheiten zum Wahlergebnis in: SCHULTHESS 65 [1924], S. 322–323). Am 1. Juni 1924 war das Kabinett Poincaré zurückgetreten (ebd., S. 225).

wohl der richtige Ausdruck der gegenwärtigen Situation,

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten und bei den Deutschen Demokraten)

und wenn er nicht zur Herrschaft käme, wäre er im französischen Parlament so stark, daß gegen ihn Politik nicht gemacht werden könnte,

(sehr richtig! links)

also ist die Frage, ob er die Regierung übernimmt oder die Regierung beeinflußt, verhältnismäßig sekundärer Natur –, jedenfalls hat dieser Block der Linken dauernd zwei Gesichtspunkte betont: einmal den beschleunigten Wiederaufbau Nordfrankreichs und zweitens die Beendigung der bisherigen Methoden der Ruhrpolitik. Meine Herren, die Regierung ist sich völlig klar darüber, daß die Leistungen Deutschlands abhängig sind vom dem Wegfall jeder Beeinträchtigung deutscher Produktivität, und es ist kein Zweifel, daß eine Fortdauer dieser Besetzung eine Beeinträchtigung deutscher Produktivität sein soll.

(Sehr richtig! links.)

Deshalb ist ganz selbstverständlich von der Regierung bisher und wird von ihr weiter diese Frage der Aufhebung der militärischen Räumung des Ruhrgebiets miterörtert und auf die Erledigung dieser Frage hingewirkt werden.

In ein internationales Abkommen über die Annahme des Sachverständigengutachtens gehören diese Fragen aber nicht unmittelbar hinein.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

– Sie gehören in dieses Gutachten nicht unmittelbar hinein;

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

sie können nicht zu einer Präambel dieses Gutachtens gemacht werden. Ich komme nachher zu der Frage des unteilbaren Gutachtens, über das sich Herr Graf Westarp gestern sowohl in bezug auf die Rede von MacDonald[73] als auch in bezug auf den klaren Inhalt des Sachverständigengutachtens geirrt hat. Meine Herren, es gibt ande-

[73] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929 – 1935. – Westarp hatte sich am Vortrag in einem seiner Debattenbeiträge (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 113) auf eine Rede MacDonalds bezogen und dabei offenbar dessen Unterhausrede vom 15. April 1924 gemeint, in der MacDonald äußerte, das Sachverständigengutachten müsse „on the whole“ angenommen werden (vgl. die Zusammenfassungen der Rede in: SCHULTHESS 65 [1924], S. 176; in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21408 [Morgenausgabe] vom 16. April 1924, S. 4); Westarp hatte bestritten, daß dies „als unteilbares Ganzes“ zu übersetzen sei, sondern lediglich „im Großen und Ganzen“ bedeute.

re Gelegenheiten, bei denen diese Fragen gesichert werden können. Ich bin der Meinung, daß die Form, in der versucht werden muß, diese Dinge gleichzeitig mit einer etwaigen Annahme des Gutachtens zu regeln, auch mit den Fraktionsführern besprochen werden muß, ohne daß ich etwa hier in der Lage wäre, etwas anderes auszusprechen als die eine Tatsache, mit der Sie so rechnen müssen, wie ich damit zu rechnen habe, daß eine direkte Verbindung dieser Fragen mit der Annahme des Sachverständigengutachtens auf dem Wege einer Einbeziehung dieser Fragen in das Gutachten eine Unmöglichkeit ist.

(Zurufe rechts.)

Die Regierung hat bisher kaum einen Tag verstreichen lassen, ohne auf die Wichtigkeit der Regelung dieser Fragen gegenüber den Ententemächten hinzuweisen. Sie wird auch alles Weitere tun, um die Fragen zu regeln, ohne deren Erledigung sie sich auf die Dauer eine erfolgreiche Durchführung des Sachverständigengutachtens sowohl aus psychologischen wie aus materiellen Beweggründen nicht vorzustellen vermag.

Ich komme zu der Frage der Annahme oder Ablehnung im ganzen, die gestern Herr Graf v. Westarp vorgebracht hat. Er hat ausgeführt, es sei ein Übersetzungsfehler bezüglich einer Rede von MacDonald erfolgt; MacDonald hättte nicht von unteilbarem Ganzen gesprochen, sondern ungefähr gesagt: im großen und ganzen,

(Zuruf rechts)

– „on the whole“. Vielleicht interessiert es den Herrn Grafen v. Westarp, daß die „Times“ auf seine Rede bereits Bezug nimmt[74] und an Hand von Äußerungen MacDonalds nachweist, daß Graf v. Westarp den britischen Premierminister mit Bezug auf die Forderung der Annahme des Gutachtens als ganzes falsch zitiert habe; denn MacDonald habe am 15.4. im Unterhaus gesagt, es werde im Berichte des ersten Ausschusses deutlich erklärt, daß er ein unteilbares Ganzes ist und daß die britische Regierung bereit sei, ihrerseits den Plan in seiner Gesamtheit zu unterstützen. Die „Times“ weist weiter darauf hin, daß MacDonald das auch in seiner Rede in York am 20. April[75] gesagt habe.

(Zuruf rechts: ist das auch richtig übersetzt?)

---

[74] THE TIMES, Nr. 43671 vom 6. Juni 1924, S. 14.

[75] Stresemann bezieht sich vermutlich auf eine Rede MacDonalds vom 19. [!] April 1924 auf dem Parteitag der Labourpartei in York; vgl. die Berichte in THE TIMES, Nr. 43631 vom 21. April 1924, S. 4; in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21412 (Morgenausgabe) vom 20. April 1924, S. 9–10; in der Wiener REICHSPOST, Nr. 110 vom 20. April 1924, S. 1.

– Das nehme ich an, Herr Kollege.

(Heiterkeit rechts.)

Aber im allgemeinen dürfen Sie sich auf diese Übersetzungen verlassen,

(Rufe rechts: Na! Na!)

obwohl ich Ihnen als Außenminister das eine sagen und ans Herz legen möchte: wenn Sie uns nicht höhere Gehälter bewilligen auch für die Persönlichkeiten, die wir für derartige verantwortungsvolle Arbeit brauchen, und wenn eine derartige Überarbeit dauernd geleistet werden muß, wie sie im Auswärtigen Amt vielfach in solchen Fällen geleistet wird, so können Sie sich nicht wundern, daß bei großen Übersetzungen wie der des Sachverständigenberichts auch einmal Unklarheiten unterlaufen.

(Zuruf rechts.)

Im übrigen kommt es doch sicherlich, Herr Graf v. Westarp, gar nicht entscheidend darauf an, was MacDonald in jener Rede im Unterhaus gesagt hat, obwohl diese Rede in voller Übereinstimmung mit seinen fortgesetzten Ausführungen war, daß der Bericht ein unteilbares Ganzes ist. Ich bitte Sie aber, Seite 47 des Sachverständigengutachtens selbst anzusehen, wo ausdrücklich der Ausdruck „unteilbares Ganzes“ auch im englischen Text gebraucht ist. In all den Verhandlungen, die wir mit England über den Sachverständigenbericht gehabt haben, ist uns fortgesetzt bis in die letzte Zeit erklärt worden, daß etwas anderes als die Annahme des unteilbaren Berichts für die Lösung der Reparationsfrage nicht in Betracht käme[76].

Ich darf dabei auf eins hinweisen. Es wird immer gesagt: also wollt ihr überhaupt nicht verhandeln. Meine Herren, das ist eine durchaus falsche Auffassung des Ganges der Dinge. Verhandelt wird ja bei der Ausarbeitung der deutschen Gesetzentwürfe. Das, was an diesen Dingen zu bessern ist, muß in die deutschen Gesetzentwürfe hinein. Angenommen haben wir den Bericht als Schema, angenommen haben wir ihn auch in der Höhe der Leistungen, nicht angenommen ist er als internationales Gesetz, denn dazu gehört die Zustimmung des Deutschen Reichstags, und weiter muß in dem Aufbau der deutschen Gesetzgebung versucht werden, das Beste aus diesem Schema herauszuholen.

(Hört! Hört! in der Mitte.)

[76] So hatte etwa am 27. Mai 1924 der englische Botschafter D’Abernon Ministerialdirektor Schubert einen Passus eines Schreibens MacDonalds gezeigt, in dem er die Reichsregierung zur „immediate acceptance of the report without the alteration of a comma“ drängte (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 252–255; das Zitat: S. 253).

Aber Nichtannahme des unteilbaren Ganzen würde bedeuten, daß sich jede Nation aus diesem Kuchen die Rosinen herauspickt, die ihr gerade passen.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Wenn wir von diesem Gesichtspunkt der Annahme als Ganzes abgehen, dann gibt es keine französische Regierung, die ihrerseits nicht dasselbe täte. Unsern Vorbehalten würden viel mehr fremde gegenüberstehen, und ich fürchte, die anderen, die mehr Vorbehalte machen würden, würden am längeren Hebel uns gegenübersitzen.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Das ist die Lage, vor der wir stehen. Deshalb sind gerade die Bestrebungen derjenigen Nationen, von denen ich annehme, daß sie aus wirtschaftlichem Interesse für uns dafür mit eintreten, daß Deutschland wirtschaftlich wieder in die Höhe kommt, gerade darauf gerichtet, in dieser Beziehung das unteilbare Ganze auch durchzusetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Quaatz.)

– Herr Dr. Quaatz ruft mir zu: ein gutes Plädoyer für die Gegenseite.

(Stürmische Pfuirufe bei der Deutschen Volkspartei und links.)

Ach, Herr Quaatz, ich glaube, ich brauche den französischen Ministerpräsidenten nicht darüber zu belehren, welche Möglichkeiten für ihn bestehen. Im übrigen muß ich Ihnen sagen: diese Art, einem Außenminister vorzuwerfen, daß er fremde Interessen vertritt, ist das Infamste, was man überhaupt einem Manne an dieser Stelle vorwerfen kann.

(Erneute stürmische Pfuirufe und lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei, in der Mitte und links. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Wallraf: Ich habe den Ausdruck des Herrn Abgeordneten Dr. Quaatz nicht gehört. Die Bemerkung des Herrn Ministers, der Zuruf des Herrn Dr. Quaatz wäre das Infamste, halte ich parlamentarisch nicht für zulässig.

Ich bitte den Herrn Minister, fortzufahren.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Ich bin seit dem Jahre 1907 in diesem Hause. Ich habe mir niemals einen Ordnungsruf zugezogen. Ich darf aber bemerken, daß es schließlich Grenzen des Erträglichen für jemanden gibt, der an dieser Stelle steht.

(Große Unruhe. – Abgeordneter Berndt[77]: Auch Grenzen des Erträglichen für unser Volk!)

– Gewiß Herr Berndt, auch Grenzen des Erträglichen für unser Volk. Aber ich glaube nicht, daß ich die Grenzen dieses Erträglichen etwa überschritten hätte für das, was Sie in bezug auf diese Ausführungen etwa ertragen könnten. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich das Sachverständigengutachten für einen Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustand der Dinge halte.

(Sehr gut! in der Mitte. Hört! Hört! rechts.)

– Gewiß, sonst würde ich doch nicht dafür eintreten, wenn ich nicht dieser Meinung wäre. Ich halte es für einen Fortschritt gegenüber dem jetzigen Stand der Dinge und übernehme nicht die Verantwortung als Person für das, was weltpolitisch aus uns wird, wenn diese Dinge in der Form abgelehnt werden, wie Sie es verlangen.

Daß ich für diese Dinge eintrete, tue ich, weil ich es als im deutschen Interesse befindlich ansehe. Irren wir uns darin, so mögen Sie andere Ansichten vertreten. Aber Sie haben nicht das Recht zu sagen, daß ich ein Plädoyer der Gegenseite halte.

(Erneute Zustimmung in der Mitte und rechts. – Zuruf des Abgeordneten Berndt.)

– Ich weiß nicht, wen Sie im Augenblick im Sinne haben.

(Abgeordneter Berndt: Soviel Kenntnis müssen Sie haben.)

– Ich glaube, daß ich geschichtlich ebenso viel Kenntnis habe wie Sie. Ich bin gern bereit, mich in der Beziehung mit Ihnen zu messen. Im übrigen wird nicht diese Zeit darüber richten, wer das Richtig in dieser Situation für Deutschland tut.

Ich komme damit auf Ausführungen, die Graf Westarp darüber gemacht hat – Ausführungen, die ich übrigens vollkommen teile –, daß es in der Außenpolitik in erster Linie auf die Persönlichkeit ankommt, die sie führt. Graf Westarp hat zum Ausdruck gebracht, daß seine Freunde eine andere Persönlichkeit – ich nehme an, nicht nur an der Spitze des Reichs, sondern auch für die Führung der Außenpolitik – gewünscht hätten[78], und er hat sich dagegen gewandt, daß eine Einmischung des Aus-

[77] Emil Berndt (1874–1954), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DNVP).

[78] Die DNVP hatte in der langwierigen Phase, als es um die Neubildung der Regierung ging, wiederholt ihr neugewähltes Fraktionsmitglied Großadmiral Alfred von Tirpitz als künftigen Reichskanzler ins Gespräch gebracht. Westarp hatte in einem seiner Debattenbeiträge des Vortages das Bedauern seiner Partei zum Ausdruck gebracht, daß auf den Vorschlag Tirpitz nur aus Rücksicht auf das Ausland nicht eingegangen worden sei (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 115).

landes etwa in Personenfragen der Kabinettsbildung erfolgte. Herr Graf Westarp, eine derartige Einmischung ist nicht erfolgt. Ich würde es als deutscher Außenminister zurückgewiesen haben, wenn jemand diese Einmischung versucht hätte. Die Regierungen fremder Länder haben uns ihre Auffassung über die Lage, in die Deutschland bei Ablehnung des Gutachtens geriete, mit unmißverständlicher Deutlichkeit, zum Teil in offiziellen Regierungserklärungen, zum Ausdruck gebracht. Aber in die deutsche Regierungsbildung ist eine Einmischung nicht erfolgt. Ich wiederhole, sie würde auch von uns zurückgewiesen worden sein.

Graf Westarp ist gestern über Äußerungen englischer Kritik erregt gewesen, die etwa von Deutschland zitiert würden, Kritik, die sich gegen den Kandidaten der Deutschnationalen Volkspartei richtete. Einst hörte ich, man solle den Faden mit England unter keinen Umständen abreißen, und es wurde gerade nach dem 11. August[79] der Regierung zum Vorwurf gemacht, daß sie das getan hätte. Das stimmt mit dieser Zurückweisung der englischen Kritik wenig überein.

(Abgeordneter Graf v. Westarp: Ist ganz etwas anderes!)

Ich habe volles Verständnis dafür gehabt, daß gestern Herr v. Graefe z.B. auch ausländische Pressestimmen angezogen hat[80]. Jede Regierung, auch eine Regierung, Herr Graf Westarp, in der Sie führend wären, würde – das nehme ich als selbstverständlich an – sich darum bemühen, eine Politik durch Persönlichkeiten zu führen, die auch im Ausland das Vertrauen haben, das notwendig ist, um die deutschen Geschäfte vorwärts zu bringen. Ich stimme aber mit Ihnen vollkommen darin überein, daß die Entscheidung darüber bei den Deutschen liegt und jede offizielle Einmischung in solche Dinge unterbleiben muß.

Graf Westarp hat im übrigen gestern das Sachverständigengutachten und die Stellung seiner Freunde in objektiver Weise begründet, für die ich ihm dankbar bin; und wenn durch seine Rede eine Skepsis in bezug auf das Verhalten uns gegenüber klang, so habe ich vorhin diese Skepsis in einer Beziehung zurückgewiesen. Ich muß aber auch speziell dem Ausland gegenüber betonen und habe das wiederholt getan, daß diese Skepsis und diese Zweifel des deutschen Volkes ihre volle Berechtigung haben in der Politik, die bisher uns gegenüber getrieben worden ist. Das deutsche Volk ist so oft getäuscht worden in dem, was es erwarten konnte, auch in bezug auf internationale Abmachungen,

---

[79] Gemeint ist die britische Note vom 11. August 1923 (vgl. oben mit Anm. 22).

[80] Zur Rede Graefes vom Vortag vgl. oben mit Anm. 21.

(lebhafte Zustimmung)

daß dieser Zweifel auch durchaus ausgesprochen werden kann.

Meine Damen und Herren! Sie können aber daran nicht vorbeigehen, daß schließlich hier speziell auch dieses Recht des deutschen Volkes zum Zweifeln von den Männern ausgesprochen wurde, die heute an der Spitze der englischen Regierung stehen und wahrscheinlich an der Spitze der französischen Regierung stehen werden. Gerade ein Mann wie MacDonald hat die Worte seinerzeit ausgesprochen[81]: Die ganze Entwicklung der radikalen Verhältnisse in Deutschland, das, was man im Ausland Nationalismus nennt, hat seine tiefsten Wurzeln in der Politik, die Deutschland gegenüber getrieben worden ist. Und ähnliche Worte hat Herriot[82] ausgesprochen, der wahrscheinlich mit seinen Freunden eine entscheidende Rolle in der französischen Regierungsbildung spielen wird. Daraus entnehme ich, aus diesem Erkennen des Psychologischen, was im deutschen Volke vorgeht, nämlich des Aufbäumens gegen eine Politik der Demütigungen, daß die Männer, die das psychologisch erkennen, auch in ihrem eigenen Volke von den Methoden abweichen werden, die sie hier mit Recht geißeln und die man als die Methoden eines Poincaré bezeichnen muß.

Wenn ich das anerkenne, muß ich doch andererseits sagen, daß die Ausführungen, die gestern Herr v. Graefe gemacht hat, in außerordentlicher Weise verantwortungslos gewesen sind. Wie kann man, wenn der Reichskanzler davon spricht[83] – und selbstverständlich muß er davon sprechen und es haben Deutschnationale diese Worte ausgesprochen –, wenn er spricht von einer ehrlichen Verständigung, die notwendig wäre, wie kann man dann sagen: die Zunge solle ihm eher verdorren, als daß er das Wort einer ehrlichen Verständigung in den Mund nähme.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Solange die Franzosen im Lande sind, hat er recht!)

– Es handelt sich darum, daß die Franzosen aus dem Lande herauskommen, und ich glaube nicht, daß durch die Politik, die Sie (nach rechts) treiben, dies eher erreicht wird. Wenn wir hören, daß in anderen Ländern davon gesprochen wird, daß man zu

[81] Vgl. oben mit Anm. 75.

[82] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister), 19.–21. Juli 1926 u. 1932. – Auf welche Rede Herriots Stresemann sich bezieht, konnte nicht eindeutig ermittelt werden; in Frage käme beispielsweise die Kammerrede vom 3. April 1924 (Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 [1924], S. 220).

[83] In seiner Regierungserklärung vom 4. Juni 1924 (vgl. oben mit Anm. 1).

einem modus vivendi mit Deutschland kommen wolle, soll dann ein deutscher Reichskanzler etwas anderes für Jahre erstreben können als eine ehrliche Verständigung mit denen, mit denen wir bisher Krieg geführt haben? Jede andere Politik würde nur dem Volk Illusionen vorspiegeln, an denen es vielleicht zugrunde gehen könnte.

Meine Damen und Herren! Man hat kürzlich das Moltke-Denkmal in Halle eingeweiht[84]. Man hat dabei erinnert an den Spruch des alten Feldmarschalls[85], den Wahlspruch seines Lebens: Mehr sein als scheinen. Mich dünkt, daß wir manchmal auch in bezug auf äußere Entfaltungen von Prunk und Paraden das Gegenteil von dem machen, was in diesem Wahlspruch gelegen hat,

(lebhafte Zustimmung in der Mitte)

daß wir versuchen, mehr zu scheinen, als wir sind. Wir stehen vor der brutalen Tatsache, daß wir waffenlos sind, und sollten nicht irgendeine Macht vortäuschen, die wir gar nicht haben. Aber durch diesen Schein werden uns Fragen wie die Beendigung der Militärkontrolle[86] unendlich erschwert, weil auf diesem Schein die anderen bestehen, die uns diese Dinge unmöglich machen.

(Zustimmung.)

Wir werden leider auch in diese Fragen, in die Erledigung des Sachverständigengutachtens eintreten in einer Zeit größter politischer Zerrissenheit, wie sie aus den Debatten dieses Hauses herausklingt. Diese politische Zerrissenheit gerade angesichts der Entscheidung, vor der wir stehen und die doch wohl die bedeutendste ist

---

[84] Am 11. Mai 1924 war das am 21. Dezember 1922 durch einen (möglicherweise von Sympathisanten der Kommunisten durchgeführten) Anschlag gesprengte Moltke-Denkmal in Halle anläßlich eines deutschvölkischen „Deutschen Tages“ und unter Beteiligung zahlreicher „vaterländischer Verbände“ wieder eingeweiht worden. Bei einer Gegenkundgebung kam es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen der Schutzpolizei und kommunistischen Demonstranten. Vgl. etwa die Berichte in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21433 (Morgenausgabe) vom 12. Mai 1924, S. 2 u. 3–4; Nr. 21434 (Morgenausgabe) vom 13. Mai 1924, S. 4; in der Wiener REICHSPOST, Nr. 131 vom 12. Mai 1924, S. 1; Nr. 132 vom 13. Mai 1924, S. 2; in der WIENER ZEITUNG, Nr. 109 vom 12. Mai 1924, S. 5; in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 225 (Abendausgabe) vom 12. Mai 1924.

[85] Helmuth von Moltke (1800–1891), preußischer General (seit 1871 Generalfeldmarschall); Chef des Großen Generalstabs 1858–1888.

[86] Zur Frage der alliierten Militärkontrolle der deutschen Abrüstung, die 1923 praktisch zum Erliegen gekommen war und im Januar 1924 bei ihrer versuchten Wiederaufnahme zu Zusammenstößen geführte hatte, war zuletzt eine Note der Botschafterkonferenz vom 28. Mai 1924 eingegangen, in der die Reichsregierung aufgefordert wurde, die Wiederaufnahme der alliierten Kontrolle zu ermöglichen; gleichzeitig wurde in Aussicht gestellt, daß es sich dann mit der Prüfung von fünf aufgezählten Punkten um eine abschließende Inspektion handeln würde (Zusammenfassung der Note in SCHULTHESS 65 [1924], S. 410–411).

seit dem Frieden von Versailles[87], wird wenig verstanden, weder im Inland noch im Ausland. Gerade bei solchen Fragen spielen politische Leidenschaften viel weniger eine Rolle, als daß man sachlich und kühl Vorteile und Nachteile dessen erörtert, um was es sich handelt.

Die Regierung wird sich bei diesen Verhandlungen leiten lassen von der Wahrung der deutschen Lebensinteressen. Sie ist überzeugt, daß sie mit dem Weg, den sie gegangen ist, den einzigen Weg ging, der zur Konsolidierung der deutschen und der europäischen Verhältnisse führen wird, und sie kann nur das eine hoffen, daß die Behandlung dieser Fragen geführt werden möge von Sachlichkeit und Verantwortlichkeitsgefühl und nicht vom Fanatismus der Parteien.

(Lebhafter Beifall bei den Parteien der Mitte.)[88]

[87] Vom 28. Juni 1919; vollständiger Text im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[88] Zum Abschluß der Debatte über die Regierungserklärung lehnte der Reichstag am gleichen Tag den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Marx mehrheitlich ab; nach einem angenommenen Antrag, zur Tagesordnung überzugehen, was den nationalsozialistischen Mißtrauensantrag obsolet machte, endeten die Abstimmungen mit der mehrheitlichen Zustimmung des Reichstags (247 gegen 183 Stimmen) zu einem Antrag der Regierungskoalitionen, die Regierungserklärung zu billigen und die Sachverständigengutachten „als praktische Grundlage für eine schnelle Lösung der Reparationsfrage“ anzuerkennen (zum Druckort der einzelnen Anträge vgl. oben Anm. 1; zu den Abstimmungen: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 211–212).

Rede auf einer Tagung der südwestdeutschen Arbeitsgemeinschaft der DVP in Karlsruhe vom 15. Juni 1924[1]

Nach ZEIT, Nr. 140 vom 17. Juni 1924, S. 3. – Teildruck in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 431–432. Teildrucke (mit Abweichungen) in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21467 (Abendausgabe) vom 16. Juni 1924, S. 3; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 283 (Abendausgabe) vom 16. Juni 1924; NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 97 vom 17. Juni 1924.

Die Aktenpublikation der „Großen Politik" zeigt die deutsche friedensorientierte Haltung um die Jahrhundertwende; wenn die Edition abgeschlossen ist, müssen auch die anderen Mächte ihre Archive öffnen. Die Lage in Deutschland und die Perspektiven des Sachverständigen-Gutachtens.

Diese Publikationen behandeln die Jahre 1897 bis 1903[2], also gerade jene Zeit, in der die führenden europäischen Mächte daran gingen, die Welt in ganz großem Stil aufzuteilen. In Asien, in Afrika und im Stillen Ozean wurden weite Gebiete als Kolonien erworben und in Interessensphären zerlegt. In dieser im wahren Sinne des Wortes **imperialistischen Epoche** hat sich **Deutschland** im Vergleich zu den übrigen Großmächten **recht bescheiden im Hintergrunde** gehalten. Die Absicht, mit keiner Großmacht in Gegensatz oder gar in Feindschaft zu geraten, zieht sich wie ein roter Faden durch alle Handlungen der Diplomatie. Sie war auch der Grund für jene damals streng durchgeführte Politik der freien Hand, die jedes mehr oder weniger offene Bündnisangebot fremder Regierungen ablehnend beantwortete. Deutschland

[1] Die Vorlage, die unter der Überschrift „Unsere Außenpolitik" eine gekürzte Fassung der Rede (mit gelegentlich paraphrasierenden Überleitungen) bietet, erläutert eingangs des betreffenden Artikels: „In einer anläßlich der Tagung der südwestdeutschen Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei in Karlsruhe veranstalteten öffentlichen Versammlung sprach der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann über die politische Lage." – Laut Eintragung in den „Tagesnotizen" in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 431, fand die Rede im Konzerthaus statt.

[2] In der Vorlage wird diesem Satz vorausgeschickt: „Ausgehend von der Veröffentlichung einer neuen Serie der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes führte der Minister folgendes aus:" – Stresemann bezieht sich hier auf die seit 1922 im Auftrag des Auswärtigen Amtes im Erscheinen begriffene vielbändige Edition „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes […]". Die dritte Reihe mit den Bänden 13–18 zu den Jahren 1897 bis 1904 befand sich gerade in der Auslieferung und war bereits in Zeitungen besprochen bzw. in Auszügen wiedergegeben worden (vgl. etwa die Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21460 [Morgenausgabe] vom 8. Juni 1924, S. 7; Nr. 21463 [Morgenausgabe] vom 12. Juni 1924, S. 5; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 270 [Abendausgabe] vom 7. Juni; Nr. 272 [Morgenausgabe] vom 10. Juni; Nr. 275 [Abendausgabe] vom 11. Juni; Nr. 277 [Abendausgabe] vom 12. Juni; Nr. 281 [Abendausgabe] vom 14. Juni 1924).

scheute sich, mit Rußland bindende Abkommen zu treffen, um keine gegen England feindliche Richtung einschlagen zu müssen. Und als Chamberlain[3] den Beitritt Großbritanniens zum Dreibund anregte, wies man deutscherseits auf die Gefahren einer dadurch wahrscheinlich werdenden Gegnerschaft zu Rußland hin. Ob diese Politik vom deutschen Standpunkt aus richtig war, kann bezweifelt werden; jedenfalls war sie **bewußt auf die Erhaltung des Friedens** gerichtet, wie überhaupt Deutschland im Besitze der stärksten Armee der Welt seinen Einfluß **nur von dem Gesichtspunkt** aus in die Wage warf, **Europa und der Welt den Frieden** zu erhalten. Die Publikationen des Auswärtigen Amts werden Ende dieses Jahres abgeschlossen sein[4]. Dann ist es Zeit, auf Grund dieser Gesamtdarstellung der deutschen Politik in entscheidenden Jahrzehnten europäischer Entwicklung die **Forderung an die anderen Mächte zu richten, auch ihrerseits ihre Archive zu öffnen, um so die Grundlage für eine unparteiische Erörterung der Schuldfrage zu schaffen. Volk und Regierung müssen diesen Kampf gemeinschaftlich führen!**[5]

Wir ziehen die **Konsequenz aus dem verlorenen Kriege** und **zahlen** deshalb die **Kriegsentschädigung,** aber wir **lehnen es ab, als die moralisch Verantwortlichen irgend welche Wiedergutmachungen zu leisten.**[6]

---

[3] Joseph Chamberlain (1836–1914), u.a. britischer Kolonialminister 1895–1903. – Die nachfolgenden Worte Stresemanns beziehen sich auf die deutsch-britischen Verhandlungen 1898–1901 über eine Annäherung, die in Bd. 14 und 17 der in der vorangegangenen Anm. genannten Edition dokumentiert sind.

[4] Tatsächlich zog sich die Veröffentlichung der in Anm. 2 genannten Edition bis 1926 und damit bis zum Erscheinen des 39. und letzten Dokumentenbandes hin (1927 erschien noch ein Registerband).

[5] In der Vorlage folgt der paraphrasierende Teilsatz: „Gegenüber der heutigen Situation vertrat der Minister den Standpunkt:“

[6] In der Vorlage folgt als Paraphrase, aber wohl in enger Anlehnung an Stresemanns Wortwahl: „Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen bedauerte der Minister, daß in dieser Zeit der Verhandlungen über das Sachverständigengutachten die Behauptung aufgestellt worden sei, daß die gegenwärtige Regierung keine verfassungsmäßige Grundlage habe. Werde das gegenüber dieser Regierung behauptet, dann habe auch die Regierung Fehrenbach und die von den Deutschnationalen unterstützte Regierung Cuno keine verfassungsmäßige Grundlage gehabt, denn diese Regierungen hätten ebensowenig das Wort ‚Vertrauen‘ in ihren Billigungserklärungen gehabt, wie die heutige Regierung. Seit die neue Verfassung besteht, habe niemand daran gezweifelt, daß die Regierung erst dann das Vertrauen verliert, wenn eine Mehrheit ihr das Mißtrauen ausspricht. Dieser Mißtrauensantrag der Deutschnationalen sei von der Mehrheit des Reichstags abgelehnt worden. Der Außenminister wandte sich dann gegen die Anschauung des Auslandes, daß das Deutsche Reich in einer glücklichen Situation sei, weil es keine Kriegsschulden zu bezahlen habe. Man vergesse bei dieser Betrachtung, daß die Summe, die durch den Entwertungsprozeß dem Volksvermögen verloren gegangen sei, eine der wichtigsten Säulen der früheren Steuerpolitik gewesen sei. Den Verwüstungen in Frankreich ständen die Verwüstung gegenüber, die im deutschen Volke durch die Proletarisierung der weitesten Schichten der Sparer und Anleihebesitzer hervorgerufen worden seien. Ihnen zu helfen, sei gegenwärtig unmöglich. Sobald dagegen die Endsumme unserer Verpflichtungen sich übersehen lasse und aus dem deutschen Budget sich Ueberschüsse ergäben, würde auch diese Frage der Verpflichtungen des Reichs gegenüber diesen Gläubigern praktisch zur Erörterung stehen. In den Darlegungen über das Sachverständigengutachten wandte sich der Außenminister gegen die

Heute sehen wir, so fuhr der Minister fort[7], einen Zusammenbruch der Wirtschaft im besetzten Gebiet durch die Erpressung der Micum-Verträge[8], die ungeheure Belastung des Reiches durch die Besatzungskosten und die Reparationsabgabe[9]. Wir sehen zwölf Millionen Deutsche ohne politische Freiheit, ohne Rechtssicherheit, und ungeheurer materieller, politischer und seelischer Bedrückung ausgeliefert. Wir stehen heute trotz der durch unsere Zahlungsunfähigkeit veranlaßten Aussetzung der normalen Reparationsleistungen vor einer deutschen Jahresleistung von über einer Milliarde Goldmark. Gegenüber der Behauptung Poincarés[10], daß Deutschland zahlen könne, aber nicht zahle, steht die Behauptung des Sachverständigengutach-

namentlich von einer gewissen wirtschaftlichen Seite geübte Kritik, daß die Privatwirtschaft der Entente ausgeliefert, die Souveränität über die Eisenbahnen verloren und keine tatsächlichen Wirtschaftskredite gegeben würden. Diese Kritiker des Gutachtens vergäßen, die heutige Situation mit der Situation nach der Annahme des Gutachtens zu vergleichen."

[7] So als paraphrasierender Einschub in der Vorlage.

[8] Im November 1923 war zwischen dem Bergbaulichen Verein und der „Mission interalliée de contrôle des usines et des mines" (MICUM) ein Abkommen über die Wiederaufnahme der Kohlelieferungen durch die Industrie anstelle des Reiches (das spätere Entschädigungen bzw. Steuerverrechnungen gegenüber der Industrie versprach) zustande gekommen (vgl. ebd., 64 [1923], S. 222), dem weitere Verträge anderer Industriebereiche des besetzten Gebietes folgten. Das Abkommen war zuletzt im Hinblick auf die Sachverständigen-Gutachten am 15. April 1924 für längstens zwei Monate verlängert worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 550–551 u. insb. Anm. 3). In einer Besprechung von Reichsministern mit den Vertretern des Bergbaulichen Vereins am 13. Juni 1924 im Hinblick auf das Auslaufen der Verträge am 15. Juni (vgl. ebd., II, S. 698–700) war Einvernehmen darüber erzielt worden, daß die Verträge verlängert werden sollten, wofür im Gegenzug die Reichsregierung dem Kohlebergbau Kreditzusagen gab. Am Tag der hier wiedergegebenen Rede, also am 15. Juni 1924, wurden die Micum-Verträge mit Laufzeit bis zum 30. Juni verlängert (vgl. ebd., S. 700, Anm. 5).

[9] Zu Einzelheiten der sich aus dem Londoner Ultimatum von 1921 ergebenden deutschen Verpflichtung einer Reparationsabgabe vgl. ebd., I, S. 142, Anm. 19. – Mit Großbritannien war nach längeren Verhandlungen am 23. Februar 1924 ein Abkommen unterzeichnet worden, wonach die als Reparationsabgabe bisher bei der Einfuhr deutscher Waren in Großbritannien zu entrichtende 26-prozentige Abgabe auf 5 Prozent gesenkt wurde (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 170); das entsprechende Abkommen war wenige Tage vor der hier wiedergegebenen Rede „bis zur Inkraftsetzung des Sachverständigengutachtens verlängert worden" (WIENER ZEITUNG, Nr. 137 vom 16. Juni 1924, S. 2).

[10] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

tens[11], daß Deutschland gegenwärtig aus seinem Budget nicht zahlen dürfe, weil es dann seine Währung ruiniere.[12]

Die Lösung der Gefangenenfrage[13] und der Frage des Ausgewiesenen[14] ist, so betonte der Redner[15], **organisch mit dem Sachverständigengutachten verbunden.** Ist das Gutachten die Lösung der Reparationsfrage, dann ist es auch das Ende aller Methoden, die während des Ruhrkampfes als Kriegsmethoden angewandt wor-

[11] Gemeint sind die Gutachten der beiden Sachverständigen-Ausschüsse, die im Januar 1924 von der Reparationskommission eingesetzt worden waren und ihre Gutachten am 9. April 1924 der Reparationskommission übergeben hatten. Nach Bekanntgabe der Gutachten an Deutschland hatte die Reichsregierung sch durch Übergabe einer Note an die Kriegslastenkommission am 16. April bereiterklärt, sie als „eine praktische Grundlage für die schnelle Lösung des Reparationgsproblems" zu betrachten (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 567–568 mit Anm. 6). – Gedruckt liegen die Gutachten u.a. vor in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN. Auch (dreisprachig) als Weißbuch: BERICHTE DER VON DER REPARATIONSKOMMISSION EINGESETZTEN BEIDEN SACHVERSTÄNDIGENKOMITEES (Wiederabdruck in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 382, Drucks. 5 [mit eigener Seitenzählung]). Paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 402–406.

[12] In der Vorlage folgt als Paraphrase, aber vermutlich in enger Anlehnung an Stresemanns Wortwahl: „Damit falle jeder Vorwand für die Ruhrbesetzung zusammen. Wer die Haltung der jetzigen Regierung kritisiere, müsse notgedrungen auch die Juni-Note der Regierung Cuno kritisieren, auf deren wesentlichen Gesichtspunkten das Sachverständigengutachten aufgebaut sei. Selbstverständlich sei es Aufgabe der Regierung, bei den Verhandlungen, die gegenwärtig im Gange sind, das Beste herauszuholen. Das gelte vor allem für die Befugnisse des Eisenbahnkommissars. Für die Lage im besetzten Gebiet sei es von großer Bedeutung, daß die uns auferlegten Leistungen die Gesamtsumme der Verpflichtungen Deutschlands darstellen, die Besatzungskosten also von den Besetzungsmächten übernommen werden, worin automatisch ein Druck zur Verminderung der Besatzung liege. Die Normalleistungen des Gutachtens seien von den Sachverständigen überschätzt. Sich mit dieser Leistung abzufinden, sei nur möglich im Hinblick auf die Bestimmungen über die Transferierung deutscher Guthaben, die nur aus Ueberschüssen der deutschen Industrie stattfinden darf."

[13] Während der Zeit der Ruhrbesetzung hatten die französischen Militärgerichte zahlreiche (aktive und passive) Widerständler zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurteilt. Zuletzt war in einem Bericht der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21439 (Morgenausgabe) vom 18. Mai 1924, S. 6, nach den Angaben des „Reichsverbandes der Ausgewiesenen und Bedrängten von Rhein und Ruhr" noch von mehr als 1200 Gefangenen die Rede. In Beantwortung einer Anfrage hatte Unterstaatssekretär Ponsonby im britischen Unterhaus die Zahl der Gefangenengesetzten im besetzten Gebiet (ohne diejenigen in der britischen und belgischen Zone) mit 971 beziffert; zusätzlich seien ca. 50 Personen in Gefängnisse in Frankreich oder Belgien verlegt worden (vgl. den Bericht der WIENER ZEITUNG, Nr. 101 vom 2. Mai 1924, S. 3). – Über 42 dieser in Frankreich Gefangengehaltenen berichtete die Wiener REICHSPOST, Nr. 162 vom 13. Juni 1924, S. 4–5, daß sie als Ergebnis von deutsch-französischen Verhandlungen „noch im Laufe dieser Woche […] in Gefängnisse des besetzten Gebietes zurückgebracht werden" sollten, und am folgenden Tag (ebd., Nr. 163 vom 14. Juni 1924, S. 3), daß Belgien die „Strafen, die infolge des passiven Widerstandes verhängt worden sind, erlassen" habe.

[14] Stresemann bezieht sich auf die Menschen, die als Reaktion auf ihren passiven Widerstand im Zuge der Auseinandersetzung im Ruhrgebiet und im besetzten Rheinland von den Besatzungsbehörden zusammen mit ihren Familien in das unbesetzte Gebiet ausgewiesen worden waren; nach dem angeführten Bericht der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21439 (Morgenausgabe) vom 18. Mai 1924, S. 6, hatte es sich zuletzt noch um mehr als 130 000 Betroffene gehandelt. – Die WIENER ZEITUNG, Nr. 136 vom 14. Juni 1924, S. 3, gab allerdings in der Zwischenzeit einen Agenturbericht wieder, wonach sich „Anzeichen einer Entspannung der Verhältnisse im besetzten Gebiet bemerkbar machen" würden und in deren Folge die „Rückkehr einer Reihe ausgewiesener Kommunalbeamten zu verzeichnen" sei.

[15] So als paraphrasierender Einschub in der Vorlage.

den sind. Das gilt auch für die **militärische Räumung des Ruhrgebiets,** die zu einem **bestimmten Termin** in Aussicht genommen werden muß.

Wenn gegenüber dieser Forderung auf die so genannte **nationalistische Stimmung** in Deutschland hingewiesen wird, so darf nicht vergessen werden, daß die tiefsten Quellen dieser Bewegungen die Deutschland gegenüber betriebene Politik und vor allem die Methoden Poincarés gewesen sind. Den **nationalen Verbänden** selbst und den vielfach äußerlichen Demonstrationen gegenüber sei aber hingewiesen auf den Wahlspruch Moltkes[16]: Mehr sein als scheinen! Viele dieser Demonstrationen gehen von entgegengesetzten Gesichtspunkten aus. Wir sind in Wirklichkeit ein waffenloses Volk, und der Anschein von Stärke, den manche dieser Demonstrationen gibt, vermehrt nur die Last, die uns bedrückt, und erschwert die Lösung der außenpolitischen Fragen.

Der **französischen Regierung[17] stehen wir ohne Illusionen,** aber auch ohne Voreingenommenheit gegenüber. Unsere Aufgabe ist es, einen Weg zu finden, der das Nebeneinanderleben von Frankreich und Deutschland sicherstellt, die auf friedliches Zusammenleben angewiesen sind und vielfach wirtschaftlich und finanziell vor den gleichen Problemen stehen.[18]

---

[16] Helmuth von Moltke (1800–1891), preußischer General (seit 1871 Generalfeldmarschall); Chef des Großen Generalstabs 1858–1888.

[17] Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Poincaré am 1. Juni und einer kurzen Übergangsregierung unter Premierminister François-Marsal (9.–13. Juni) war am 14. Juni 1924 eine neue Regierung unter Ministerpräsident (und zugleich Außenminister) Herriot gebildet worden, die am 15. Juni die Geschäfte aufnahm.

[18] In der Vorlage folgt als Paraphrase, aber vermutlich in enger Anlehnung an Stresemanns Wortwahl: „Am Schluß seiner Ausführungen erklärte Reichsminister Dr. Stresemann, daß er eine andere Methode der Außenpolitik als diejenige des Versuchs einer Verständigung auf der Grundlage wirtschaftlichen Nebeneinanderlebens der Nationen nicht sähe. Der imperialistischen Politik Poincarés hätten wir eine gleiche Macht nicht gegenüberstellen können. Die Methode der wirtschaftlichen Lösung dieser Fragen habe deshalb gerade von uns angenommen werden müssen. Wir hätten nur zwei Machtmittel in der Hand: das eine sei die weltwirtschaftliche Verbundenheit der übrigen Mächte mit uns und ihr Eigeninteresse daran, uns wirtschaftlich nicht untergehen zu lassen. Das zweite sei ein einmütiger, verantwortungsvoller nationaler Wille. Dazu brauchten wir die Ueberwindung des Parteigeistes und die Befreiung der Außenpolitik von parteipolitischer Einstellung. Wir vergäßen über den Sorgen der Gegenwart oft die große Entwicklung in dem Verhältnis der Mächte zueinander, das unzweifelhaft heute eine andere politische Konstellation zeige als noch vor fünf Jahren. Unsere Aufgabe sei, das Reich zu erhalten, die besetzten Gebiete von allen vertragswidrigen Lasten zu befreien und so die Grundlage für einen künftigen Wiederaufstieg zu sichern.“

Rede bei einem Treffen mit Parteiführern in Berlin vom 16. Juni 1924[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 433–437.

Das Reichsbahngesetz benötigt vermutlich eine verfassungsändernde Mehrheit. Frankreichs langsame Meinungsänderung bezüglich der Micum-Verträge. Sie ist nötig, weil das Sachverständigen-Gutachten von allen Seiten als unteilbares Ganzes betrachtet werden muß. Die Freilassung der Gefangenen und die Rückkehr der Ausgewiesenen; die Räumung des Ruhrgebiets.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob das Kabinett sich schon klargeworden sei, ob die Vorlage über die **Reichsbahngesellschaft**[2] mit verfassungsmäßiger Mehrheit verabschiedet werden müsse. Im Kabinett ist diese Frage wiederholt erörtert worden[3], und das Reichsjustizministerium ist gebeten worden, ein Gutachten über diese Frage zu erstatten. Herr Staatssekretär Joël[4] hat erklärt, daß er das Gutachten nur dann abgeben könne, wenn ihm der Gesetzentwurf über die Reichsbahn vorliege; denn davon hänge es letzten Endes ab, ob der Gesetzentwurf eine Verfas-

---

[1] Die Vorlage führt aus, daß Stresemann die Rede in Berliner Beratungen „zur Vorbereitung der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses“ (der am folgenden Tag stattfinden sollte) mit „Parteiführer[n], mit Ausnahme der Deutschvölkischen und der Kommunisten“ hielt (STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 432). Auch wenn die Rede dort nicht ganz eindeutig auf den 16. Juni 1924 datiert ist, geht dieses Datum aus AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 688, hervor: Stresemann hatte nämlich am 11. Juni 1924 dem Kabinett erklärt, „daß er die Führer der Regierungsparteien sowie der Mehrheitssozialisten und der Deutschnationalen zu getrennten Besprechungen auf den 16. d.M. eingeladen habe. Er werde hierbei diejenige vertrauliche Aufklärung über die Verhandlungen des Organisationskomitees sowie über die weitere Behandlung des Gutachten geben, welche er im Hinblick auf deren vertraulichen Charakter bei der jetzigen Zusammensetzung des Auswärtigen Ausschusses nicht in der Lage sei, bei der Sitzung des Ausschusses am 17. d.M. mitzuteilen.“ – Ob es dann tatsächlich zu „getrennten Besprechungen“ kam, die hier abgedruckte Rede also einmal vor allen angesprochenen Parteiführern oder mehrmals vor den Führern jeweils einer (oder mehrerer) Parteien, gehalten wurde, konnte nicht ermittelt werden. – Die Datierung wird von einer kurzen Meldung in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 284 (Morgenausgabe) vom 17. Juni 1924, bestätigt.

[2] Das Sachverständigen-Gutachten (s.u. mit Anm. 7) sah u.a. vor, daß die Einnahmen der Reichsbahn als Pfand für die deutschen Reparationszahlungen haften sollten; zu diesem Zweck mußte die Reichsbahn in eine privatwirtschaftliche Gesellschaft umgewandelt werden.

[3] Zuletzt in der Ministerbesprechung vom 11. Juni 1924 (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 689–691).

[4] Curt Joël (1865–1945), Staatssekretär im Reichsjustizministerium 1920–1931 (u.a. 11. Mai 1924 – 15. Januar 1925 mit der Leitung des Ministeriums beauftragt); Reichsjustizminister 1931–1932. – Die nachfolgend von Stresemann angeführte Meinungsäußerung Joëls bezieht sich vermutlich auf die Ministerbesprechung vom 11. Juni 1924 (vgl. die vorangehende Anm.), auch wenn im Protokoll der Wortlaut sich etwas anders liest.

sungsänderung involviere oder nicht.

Die Beratungen über diesen Entwurf sind in erster Lesung beendet[5], sie werden einer zweiten Lesung unterzogen und dann der Reparationskommission zugehen. Erst dann wird, wenn die Reichsregierung ihrerseits die Zustimmung zu dem Gesetz gegeben hat, geprüft werden müssen, ob dieses Gesetz den Zustand der Verfassung unverändert läßt oder ob das, was die Reichsverfassung über den einheitlichen Betrieb der Reichsbahn usw. sagt[6], durch dieses Gesetz abgeändert wird. Ich bin der Meinung, daß eine Verfassungsänderung notwendig ist, wenn nicht das in dem Sachverständigengutachten[7] über die Eisenbahnen Gesagte eine wesentliche Änderung erfährt. Die Meinungen unter den Juristen sind aber geteilt. Ich glaube, daß die Reichsregierung von der verfassungsmäßigen Mehrheit nur abgehen kann, wenn ganz einwandfrei von den maßgebenden Juristen eine einheitliche Auffassung vorliegt, daß eine Verfassungsänderung **nicht** in Frage kommt.

Wir haben schon vor zwei Monaten nach Wegen gesucht, wie das Sachverständigengutachten mit den Micum-Verträgen[8] in der Weise in Zusammenhang gebracht werden könnte, daß gewisse Leistungen aus dem Sachverständigengutachten, durch die internationale Anleihe oder auf anderem Wege, durch die 200 Millionen, die wir zu leisten haben, zurückdatiert werden könnten in der Weise, daß Leistungen aus

---

[5] Gemeint ist offenbar die Lesung im sog. Organisationskomitee, das auf Initiative der Reparationskommission unter alliierter und deutscher Beteiligung das Reichsbahngesetz beriet. Zur Zusammensetzung des Komitees vgl. SCHULTHESS 65 (1924), S. 409.

[6] In der Weimarer Reichsverfassung („Verfassung des Deutschen Reiches“) vom 11. August 1919 (Text u.a. in REICHS-GESETZBLATT 1919, S. 1383–1418) beziehen sich die Art. 89–96 auf die Eisenbahnen im Reich. In Art. 89, Abs. 2, heißt es: „Aufgabe des Reichs ist es, die dem allgemeinen Verkehre dienenden Eisenbahnen in sein Eigentum zu übernehmen und als einheitliche Verkehrsanstalt zu verwalten.“

[7] Gemeint ist das Gutachten des ersten der beiden Sachverständigen-Ausschüsse, die im Januar 1924 von der Reparationskommission eingesetzt worden waren und ihre Gutachten am 9. April 1924 der Reparationskommission übergeben hatten. – Gedruckt liegen die Gutachten u.a. vor in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN. Auch (dreisprachig) als Weißbuch: BERICHTE DER VON DER REPARATIONSKOMMISSION EINGESETZTEN BEIDEN SACHVERSTÄNDIGENKOMITEES (Wiederabdruck in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 382, Drucks. 5 [mit eigener Seitenzählung]). Paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 402–406.

[8] Im November 1923 war zwischen dem Bergbaulichen Verein und der „Mission interalliée de contrôle des usines et des mines“ (MICUM) ein Abkommen über die Wiederaufnahme der Kohlelieferungen durch die Industrie anstelle des Reiches (das spätere Entschädigungen bzw. Steuerverrechnungen gegenüber der Industrie versprach) zustande gekommen (vgl. ebd., 64 [1923], S. 222), dem weitere Verträge anderer Industriebereiche des besetzten Gebietes folgten. Das Abkommen war zuletzt im Hinblick auf die Sachverständigen-Gutachten am 15. April 1924 für längstens zwei Monate verlängert worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 550–551 u. insb. Anm. 3). In einer Besprechung von Reichsministern mit den Vertretern des Bergbaulichen Vereins am 13. Juni 1924 im Hinblick auf das Auslaufen der Verträge am 15. Juni (vgl. ebd., S. 698–700) war Einvernehmen darüber erzielt worden, daß die Verträge verlängert werden sollten, wofür im Gegenzug die Reichsregierung dem Kohlebergbau Kreditzusagen gab. Am Vortag der hier wiedergegebenen Rede, also am 15. Juni 1924, wurden die Micum-Verträge mit Laufzeit bis zum 30. Juni verlängert (vgl. ebd., S. 700, Anm. 5).

den Micum-Verträgen, die nach dem 16. Juni geleistet werden, bis zum Inkrafttreten des Sachverständigengutachtens angerechnet werden. Früher war dafür kein Verständnis, aber jetzt hat sich bei den Micum-Verhandlungen gezeigt, daß sich die Verhältnisse seit Bildung der neuen französischen Regierung[9] uns gegenüber doch ganz wesentlich geändert haben.

Frantzen[10] hat unseren Leuten gegenüber, die ganz Unendliches haben ertragen müssen, immer wieder erklärt: Ich lasse mich auf nichts ein; wenn ihr nicht die Verlängerung der Micum-Verträge bis zum Inkrafttreten des Sachverständigengutachtens annehmt, lasse ich alle Sanktionen in Kraft treten. Wir haben uns daraufhin an den Ministerialdirektor Peretti de la Rocca[11] gewandt und uns darauf bezogen, daß Herriot[12] erklärt habe, er als Ministerpräsident wünsche, auch in die Neuregelung der Micum-Verträge einzutreten. Wir haben erklärt, daß wir eine Verlängerung der Micum-Verträge bis zum 30. Juni nur konzedierten, um eine Grundlage zu haben, mit der neuen französischen Regierung über die Verlängerung der Micum-Verträge zu verhandeln. Während noch bei diesen Verhandlungen Frantzen erklärte, er werde sich mit Paris besprechen – es sei kein Gedanke, daß er von seiner Forderung zurücktrete – er machte sogar die Geste, **das Schubfach aufzuziehen** und einen Brief herauszuholen, worin ihm eine solche Mitteilung der Regierung gemacht werde – hatte er in Wirklichkeit eine Weisung aus Paris bekommen, der deutschen Regierung entgegenzukommen und nicht darauf zu bestehen, daß die Micum-Verträge bis zum Inkrafttreten des Sachverständigengutachtens verlängert würden, sondern nur bis zum 30. Juni, damit die Bahn für neue Verhandlungen frei wird. Von diesem Gesichtspunkt aus –Frantzen hat das nicht zugegeben, aber wir haben auf Grund telefonischer Mitteilungen davon Herrn Generaldirektor Vögler[13] in Kenntnis setzen kön-

---

[9] Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Poincaré am 1. Juni und einer kurzen Übergangsregierung unter Premierminister François-Marsal (9.–13. Juni) war am 14. Juni 1924 eine neue Regierung unter Ministerpräsident (und zugleich Außenminister) Herriot gebildet worden, die am 15. Juni die Geschäfte aufnahm.

[10] Paul Herman Frantzen (1880–1935), Präsident der MICUM 1923–1924.

[11] Emmanuel, comte de Peretti de la Rocca (1880–1958), Direktor der Abteilung für Politische und Handelsangelegenheiten im französischen Außenministerium 1920–1924; Botschafter in Madrid 1924–1929. – Die nachfolgend beschriebenen Verhandlungen und diejenigen mit Frantzen sind aus deutscher Sicht zusammengefaßt in einem ausführlichen Runderlaß Ritters vom 16. Juni 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 340–343).

[12] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister), 19.–21. Juli 1926 u. 1932.

[13] Albert Vögler (1877–1945), Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG in Bochum 1915–1926; Vorsitzender des Vereins deutscher Eisenhüttenleute 1917–1936; Mitgründer des Montankonzerns Vereinigte Stahlwerke 1926; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919 – Mai 1924 (für die DVP) u. 1933–1945 (als Gast der NSDAP-Fraktion). –

nen – ist die Verlängerung bis zum 30. Juni erfolgt.

In der Zwischenzeit werden wir auf derselben Basis weiterverhandeln, daß wir versuchen, für den Fall des Inkrafttretens des Sachverständigengutachtens die dort in Aussicht genommenen Leistungen in Anspruch zu nehmen für das, was wir aus den Micum-Verträgen jetzt leisten; ein anderer Vorschlag will diese Leistungen auf 18 Millionen Goldmark pro Monat begrenzen, um uns die Möglichkeit zu geben, von den unerträglichen Lasten herunterzukommen. Ich glaube, aus dem Eingehen auf unsere Wünsche der Verlängerung bis zum 30. Juni kann man annehmen, daß man sich in Paris klargeworden ist, daß das System, aus einer besetzten Provinz unter Nichtachtung aller privatrechtlichen Verträge alles herauszupressen, zu verlassen ist, sonst würde man sich hinter Frantzen gestellt haben, während man ihn doch in schärfster Weise desavouiert hat.

Ich habe aus der Presse ersehen, daß **Herriot** bei Herrn **v. Hoesch**[14] gewesen ist und mit ihm eine Besprechung gehabt hat. Herr v. Hoesch wird in den nächsten Tagen in Berlin sein, und wir werden mit ihm selbst hierüber auch verhandeln können. Unsere Industrie ist am Ende der Kräfte; wenn ihr nicht aus irgendwelchen Quellen Mittel gegeben werden, weiter zu leisten, wird sie nicht in der Lage sein, etwas zu tun. Ich glaube, daß dieses System der Ablösung der Micum-Verträge für die sozialen Verhältnisse im besetzten Gebiet von größter Bedeutung sein wird; dies gilt namentlich für den Kohlenbergbau. Die größten wirtschaftlichen und sozialen Fragen hängen damit zusammen, daß wir von diesem System loskommen.

Zu dem Sachverständigengutachten selbst ist davon gesprochen worden, daß wir es als **unteilbares Ganzes** nur annehmen können, wenn dieselbe Auffassung auf der Gegenseite vorhanden ist; das habe ich auch stets als selbstverständlich angesehen. Es wäre eine unmögliche Situation, daß ein Teil der Mächte das Sachverständigengutachten als unteilbares Ganzes ansieht, der andere Teil nicht. In dem Augenblick, wo eine der Mächte erklären würde, sie sehe das Sachverständigengutachten nicht als unmittelbares Ganzes an, wäre eine neue Situation geschaffen. Es steht noch die Erklärung der neuen französischen Regierung aus; daß aber Macdo-

---

Vögler hielt als Mitglied der Sechserkommission des Bergbaulichen Vereins, die die Verhandlungen mit der MICUM führte, den Kontakt mit der Reichsregierung.

[14] Leopold von Hoesch (1881–1936), deutscher Botschaftsrat (seit Januar 1923 als Geschäftsträger) bzw. Botschafter (ab Februar 1924) in Paris 1921–1932. – Zum „Antrittsbesuch“ Herriots (des ersten Besuchs eines französischen Ministerpräsidenten seit dem Weltkrieg) beim deutschen Botschafter am 16. Juni 1924 vgl. Hoeschs telegraphischen Bericht vom 17. Juni 1924 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 344–347.

nald[15] für die englische Regierung das Sachverständigengutachten als unteilbares Ganzes betrachte, unterliegt doch keinem Zweifel. Denselben Standpunkt haben auch die anderen eingenommen. Für uns ist dieser Standpunkt ganz selbstverständlich.

Ich sehe in dem, was das Sachverständigenkomitee an Kontrolle über Deutschland verhängt, das äußerste Maß dessen, was wir zu diskutieren haben. Deshalb muß die ganze Politik der Sicherungen gegen Deutschland beendet sein, wenn das Gutachten angenommen wird. Das ist die Lösung der Reparationsfrage, so sind wir auch gefragt worden. Ist es aber die Lösung der Reparationsfrage, so ist es auch die Lösung aller der Kampfmethoden, die bisher angewandt worden sind, um Reparationsleistungen zu erzwingen.

Deshalb würde ich es für ganz falsch halten, wenn ich von mir aus diese Frage der Sicherungen nun negativ in die Debatte würfe. Über Sicherungen zu sprechen, wenn es diese Frage anschneiden will, ist Frankreich von seinem Standpunkt aus verpflichtet, wenn es glaubt, auf dieser Politik bestehen zu müssen. Ich denke mir, daß diese Frage vielleicht irgendwo auftaucht, ohne daß ich sie zu diskutieren beabsichtige, daß sie vielleicht auftaucht bei der Regelung der **Eisenbahnfrage.** Hier ist bisher die Frage der Regiebahnen[16] noch nicht erörtert worden. Wir stellen uns in der Reichsregierung auf den Standpunkt, daß wir uns auf das äußerste wehren gegen irgendeinen Versuch, die Einheit der Leitung der neuen Reichshahn, die ja uns unterstellt wird, irgendwie durch Sonderorganisationen innerhalb der Reichshahn zu gefährden.

Ob irgendwelche Versuche ansetzen unter der Vorgabe, daß Frankreich hier etwas aufgäbe, was es bisher gehabt hätte, daß Frankreich versucht, hier die Frage der Sécurités hineinzubringen, weiß ich nicht. Das ist aber eine Bedingung, die ich von französischer Seite gehört habe und die auch mit dem Rheinlandabkommen[17] übereinstimmen soll, daß in den Eisenhahnknotenpunkten, wo die französischen Truppentransporte und die Lebensmittelnachschübe durchkommen, das französi-

---

[15] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929–1935.

[16] Anfang März 1923 hatten die Besatzungsmächte durch Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission unter dem Namen „Régie des chemins de fer des territoires occupés“ (oft abgekürzt Régie oder Regiebahn) einen eigenen Eisenbahnbetrieb und eine eigene Eisenbahnverwaltung in den besetzten Gebieten eingerichtet. In den bisherigen Verhandlungen nach dem Abbruch des passiven Widerstandes hatte die französische Regierung es stets abgelehnt, Deutschland wieder die Eisenbahnhoheit in den besetzten Gebieten zu übertragen.

[17] Text des Rheinlandabkommens vom 28. Juni 1919, das die Einzelheiten der Besatzung regelte, in französischem und englischem Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES S. 462–473.

sche Militär die Transporte überwachen soll.

Ich bin im übrigen der Meinung, daß diese Frage geklärt werden muß und auch von uns geklärt werden kann, daß mit der Annahme des Sachverständigengutachtens die Frage der Sicherheiten erledigt sein muß, daß nicht in irgendeiner Form diesem als Lösung der Reparationsfrage vor der ganzen Welt gekennzeichneten Programm damit genommen würde, was in dem Sachverständigengutachten doch steht. Verschiedentlich ist dort zum Ausdruck gebracht, daß die Produktivität Deutschlands nicht gestört werden dürfe durch andere Kontrollen, als das Sachverständigengutachten vorsieht. Ich könnte mir vorstellen, daß unter den Sicherheitsmaßnahmen solche Maßnahmen kommen könnten, die eine Behinderung der Produktion darstellten.

Nun ist noch ein drittes Gebiet berührt, das mit dem Sachverständigengutachten in uno acto gelöst werden muß: das Gebiet der **Ehrenfragen,** worunter ich auch die militärische Räumung des Ruhrgebietes miteinbeziehe. Hinsichtlich der Lösung dieser Frage liegen die Dinge nicht einfach. Ich möchte vermeiden, etwas in Aussicht zu stellen, was sich voraussichtlich nicht wird erreichen lassen. Ich halte es für ausgeschlossen, innerhalb des Gutachtens oder durch eine Präambel zu bestimmen, daß an dem Tage des Inkrafttretens des Gutachtens diese Dinge automatisch geschehen. Ich bin sicher: in dem Augenblick, wo ich im Zusammenhang mit dem Sachverständigengutachten in einem Mantelvertrag – wir werden einen Mantelvertrag schließen müssen, um die Dinge in Kraft zu setzen – diese Sache von uns als Forderungen hineinbringe, wirft Frankreich die Frage der Sécurités auf, und man macht Vorbehalte, die eher durchsetzbar sind als unsere Vorbehalte, weil Frankreich an dem längeren Hebel sitzt. Es ist bei der jetzigen Situation damit zu rechnen, daß England alles tun wird, um Frankreich zur Annahme des Sachverständigengutachtens zu bewegen, und daß es Frankreich unterstützen wird, wo die Schwierigkeiten durch Deutschlands Vorbehalte hervorgerufen worden sind. In diesen Dingen sind wir noch nicht untätig gewesen, wohl jede Woche habe ich mit den auswärtigen Regierungen verhandelt. Wir müssen die Lösung auf anderer Basis suchen. Nach den Mitteilungen, die ich allerdings bisher offiziös erhalten habe, wird die französische Regierung Wert darauf legen, daß die Lösung der Gefangenenfrage[18] als große Ges-

[18] Während der Zeit der Ruhrbesetzung hatten die französischen Militärgerichte zahlreiche (aktive und passive) Widerständler zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurteilt. Zuletzt war in einem Bericht der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21439 (Morgenausgabe) vom 18. Mai 1924, S. 6, nach den Angaben des „Reichsverbandes der Ausgewiesenen und Bedrängten von Rhein und Ruhr“ noch von mehr als 1200 Gefangenen die Rede. In Beantwortung einer Anfrage hatte Unterstaatssekretär

te erscheint. Die französische Regierung will ein gemeinsames **Amnestiegesetz** einbringen, das sich auch auf die deutschen Gefangenen erstrecken soll.

Was die Kritik anbelangt, die an der neuen französischen Regierung geübt worden ist, so ist es ganz selbstverständlich, und das haben wir schon wiederholt erfahren, daß, je weiter eine Regierung nach links ist, sie desto schärfer sich in militärischen Fragen benimmt. Wir werden in dieser Beziehung mit Macdonald und Herriot vielleicht einen schwereren Stand haben als mit weiter rechts stehenden Regierungen. Der Kampf um die Präsidentenschaft Millerands[19] hat doch einen viel tieferen Grund gehabt, es war nicht etwa nur ein Akt des Übermutes des Parlaments gegen den Präsidenten, dessen Verfassungsmäßigkeit in Frankreich bestritten wird, der Kampf ist doch geführt worden gegen den Präsidenten, der der Vater des Ruhreinbruchs gewesen ist. Es war nicht Poincaré[20], der zunächst Widerstand geleistet hatte, und auch nicht Foch[21], der auch zunächst dagegen war, sondern nur Millerand, der alles daran gesetzt hat, die deutsche Industrie auf die Knie zu zwingen und sie der französischen Schwerindustrie auszuliefern. Er hatte gehofft, die deutsche Industrie in drei Tagen auf die Knie zu zwingen und daß dann alles so geschehen würde, wie die französische Schwerindustrie wünschte. Aus der Energie, mit der der Kopf Millerands von Herriot gefordert wurde, möchte ich schließen, daß es in diesen Fragen, die den Ruhrkampf betreffen, der neuen französischen Regierung Ernst ist, den Ruhrkampf zu liquidieren. Man kann sich irren. Wenn nun gesagt wird, alle hätten sich geirrt, die eine andere Haltung von der neuen Regierung erwartet hätten, so habe ich doch von einem Linkskabinett eine viel schärfere Betonung der militärischen Dinge wie der Abrüstung usw. erwartet, und ich darf darauf hinweisen, daß berichtet wird, die Ernen-

---

Ponsonby im britischen Unterhaus die Zahl der Gefangenengesetzten im besetzten Gebiet (ohne diejenigen in der britischen und belgischen Zone) mit 971 beziffert; zusätzlich seien ca. 50 Personen in Gefängnisse in Frankreich oder Belgien verlegt worden (vgl. den Bericht der WIENER ZEITUNG, Nr. 101 vom 2. Mai 1924, S. 3). – Über 42 dieser in Frankreich Gefangengehaltenen berichtete die WIENER REICHSPOST, Nr. 162 vom 13. Juni 1924, S. 4–5, daß sie als Ergebnis von deutsch-französischen Verhandlungen „noch im Laufe dieser Woche […] in Gefängnisse des besetzten Gebietes zurückgebracht werden“ sollten, und am folgenden Tag (ebd., Nr. 163 vom 14. Juni 1924, S. 3), daß Belgien die „Strafen, die infolge des passiven Widerstandes verhängt worden sind, erlassen“ habe. – Stresemanns „offiziöse“ Quelle konnte nicht ermittelt werden.

[19] Alexandre Millerand (1859–1943), französischer Staatspräsident 1920 – 11. Juni 1924; Ministerpräsident 1920. – Die seit der Wahl in Frankreich vom 11. Mai 1924 neue Kammermehrheit hatte Millerand zur Niederlegung seines Amtes gezwungen (zu seiner Rücktrittserklärung vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 228).

[20] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[21] Ferdinand Foch (1851–1929), französischer Marschall; Oberbefehlshaber der alliierten Truppen an der französischen Ostfront 1918; nach seinem Ausscheiden aus dem Militärdienst 1921 Berater verschiedener französischer Regierungen.

nung von General **Nollet**[22] zum Kriegsminister werde damit begründet, daß Nollet einer der energischsten Vertreter der einjährigen Dienstzeit und deshalb in das Kabinett berufen worden sei.

Die entscheidende Frage ist die Frage der **Räumung des Ruhrgebiets.** Hier steht uns nur der Weg der direkten Verhandlungen mit der französischen Regierung offen und der Weg des Einwirkens auf die französische Regierung durch andere alliierte Regierungen. Herriot hat allgemeine Floskeln gemacht, er hat gesagt: wenn das Sachverständigengutachten in Gang gesetzt sei, werde die militärische Besetzung aufgehoben werden[23]. Ich habe gesagt[24]: wir müssen eine Zusicherung haben, daß zu einem bestimmten Termin die Räumung des Ruhrgebiets erfolgt, entweder einem zeitlichen oder einem sachlichen, bestimmten Termin, nach den und den deutschen Leistungen. Jetzt fangen die Verhandlungen mit Frankreich erst an; mit Poincaré zu verhandeln, hatte keinen Zweck, wir wußten: das führt zu nichts; diese Ansicht wurde auch von England vertreten; als wir etwas unternehmen wollten, hat England gesagt, wir sollten uns einer abschlägigen Antwort von Poincaré nicht aussetzen, wir müßten warten, bis ein Nachfolger da ist. Ich habe damals geäußert, daß wir versuchen müssen, durchzusetzen, Sicherheiten zu bekommen, daß das Ruhrgebiet geräumt wird, daß wir keinen Zweifel lassen, von welcher entscheidenden Bedeutung das für unsere endgültige Haltung ist. Wir werden die Sicherheiten nicht in der Form bekommen, daß das ein Teil des internationalen Vertrages ist, der zugleich mit diesem Gutachten angenommen wird. Aber ich bin überzeugt, daß wir es durchsetzen können gleichzeitig mit der Annahme des Sachverständigengutachtens in Formen, die völkerrechtlich immer bindend gewesen sind. Über das, was wir von Herrn Herriot zu erwarten haben, wird die Erklärung abzuwarten sein, die er heute in seiner ersten großen politischen Kundgebung als Ministerpräsident abgibt[25] und in der auch von seiner Stellungnahme zum Sachverständigengutachten die Rede sein wird.

---

[22] Charles Nollet (1865–1941), als französischer General Vorsitzender der Interalliierten Militärkontrollkommission 1921–1924; Kriegsminister 15. Juni 1924 – 10. April 1925.

[23] Auf welche Aussage Herriots Stresemann sich hier bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

[24] Vgl. etwa Stresemanns Reichstagsrede vom 6. Juni 1924 (in dieser Edition).

[25] Tatsächlich gab Herriot seine Regierungserklärung, die Stresemann vermutlich meint, erst am 16. Juni 1924 ab.

Rede vor der ausländischen Presse vom 30. Juni 1924

Nach STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 441–448. – Auszugsweise (mit Abweichungen) auch in REICHSPOST, Nr. 182 vom 3. Juli 1924, S. 2.

Die deutsche Note zur Fortsetzung der Militärkontrolle geht davon aus, daß es sich um die Abschlußkontrolle handelt. Deutsche Bedingungen für die Gesetze, die sich aus dem Sachverständigen-Gutachten ergeben. Die angeblichen Gefahren von militaristischen Verbänden in Deutschland bestehen nicht; deren Entstehen ist aber Folge der alliierten Politik. Die Generalinspektion sollte bis zum 30. September beendet sein. Appelliert, daß die bevorstehende Londoner Konferenz auch das Ende der alliierten Gewaltpolitik bringt.

Ich habe Sie heute zusammengebeten, um Ihnen Kenntnis zu geben von der Note, die seitens der deutschen Reichsregierung heute an die alliierten Mächte bezüglich der Fortsetzung der Arbeiten der **Militärkontrollkommission** übergeben worden ist[1], weil ich Wert darauf lege, daß die Gedankengänge dieser Note auch bei Ihnen die Würdigung finden, von der wir hofften, daß Sie sie auch bei den Regierungen selbst finden werden. Ich darf Ihnen von dieser Note, die heute nachmittag auch in der deutschen Presse veröffentlicht werden wird[2], zunächst den Hauptinhalt bekanntgeben.

Wir haben auf zwei Kundgebungen der letzten Zeit in dieser Note geantwortet: einmal auf die offizielle Verlautbarung der alliierten Mächte in ihrer an uns gerichteten Note[3], zweitens auf den Brief des **englischen** und des **französischen Minister-**

---

[1] Deutscher Text in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 409–413 (als Anlage zu einem Erlaß Schuberts an Botschafter Hoesch, die Note am 30. Juni 1924 zu übergeben: ebd., S. 408–409); vgl. auch SCHULTHESS 65 (1924), S. 413–415. – Zur Entstehung der Note und zur Diskussion des Kabinetts vgl. zusammenfassend AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 386–387, Anm. 2; D'ABERNON III, S. 76–77.

[2] Offenbar ging eine ausführliche Wiedergabe des Inhalts der Note als Wolffsche Agenturmeldung bereits am 29. Juni 1924 an die Presse. Deren Abdruck findet sich beispielsweise in der WIENER ZEITUNG, Nr. 148 vom 30. Juni 1924, S. 6; in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 307 (Abendausgabe) vom 30. Juni 1924.

[3] Gemeint ist die Note der Botschafterkonferenz vom 28. Mai 1924 (Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 [1924], S. 410–411). Darin wurde die Reichsregierung aufgefordert, die Wiederaufnahme der alliierten Militärkontrolle der deutschen Abrüstung zu ermöglichen, die 1923 praktisch zum Erliegen gekommen war und im Januar 1924 bei ihrer versuchten Wiederaufnahme zu Zusammenstößen geführte hatte; gleichzeitig wurde in Aussicht gestellt, daß es sich dann mit der Prü-

präsidenten[4]**,** den diese an den Herrn Reichskanzler[5] gerichtet haben. Wir betrachten diese beiden Kundgebungen als ein Ganzes, weil gerade dieser Brief eine Auffassung, auf die wir besonderen Wert legen, unterstreicht, nämlich die Auffassung, daß es sich bei den noch ausstehenden Arbeiten der Militärkontrollkommission um einen Schlußakt handelt und daß nach der Vornahme dieses Schlußaktes die Arbeiten der Militärkontrollkommission für immer beendet sind und dasjenige Regime des Völkerbundes eintritt, das im Friedensvertrag von Versailles[6] für die Frage der Abrüstung in Aussicht genommen ist.

Wir haben deshalb in der Einleitung zum Ausdruck gebracht, daß wir volles Verständnis haben für die Auffassung der beiden Herren Ministerpräsidenten, daß die gegenwärtige internationale Lage nicht in einem Augenblick belastet werden soll, wo die Aussicht auf eine schnelle Durchführung des **Sachverständigengutachtens**[7] die Hoffnung aufkommen läßt, daß eine endgültige Regelung der Reparationsfrage ge-

---

fung der „fünf Punkte“ um eine abschließende Inspektion handeln würde. – Bei den seit dem September 1922 von den Alliierten angemahnten fünf noch zu erledigenden Punkten handelte es sich 1. um die Reorganisation der Polizei, vor allem die Beseitigung der Kasernierung; 2. um die Umstellung von Kriegsmaterialfabriken; 3. um die Auslieferung der Reste nicht zugelassenen Materials; 4. um die Auslieferung von Dokumenten betr. den Bestand an Kriegsmaterial und die Produktion der Fabriken; 5. um den Erlaß von gesetzlichen Bestimmungen zum Verbot von Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial und zur Rekrutierung der Reichswehr gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrags (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 503–504, Anm. 7).

[4] Gemeint sind Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929–1935, und Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister), 19.–21. Juli 1926 u. 1932. – Beide Regierungschefs waren am 21./22. Juni zu einer Konferenz in Chequers zusammengetroffen und hatten als ein Ergebnis eine gemeinsame „persönliche Note“ an Reichskanzler Marx verfaßt (englischer Text u.a. in einer telegraphischen Weisung MacDonalds an D’Abernon vom 22. Juni 1924 in DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,26, S. 1072–1074; Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 [1924], S. 412), in der sie zu einer entgegenkommenden Antwort Deutschlands auf die Note vom 28. Mai 1924 aufforderten. D’Abernon berichtete am 24. Juni 1924 nach London, daß er zusammen mit dem französischen Geschäftsträger die Note am gleichen Tag dem Reichskanzler vorgetragen und ihm eine Abschrift übergeben habe (DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,26, S. 1074–1075).

[5] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926).

[6] Vom 28. Juni 1919; vollständiger Text im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES. – Art. 213 (als die Abrüstungskontrollbestimmungen abschließender Artikel) sieht vor, daß „Deutschland jede Untersuchung zu dulden [habe], die der Rat des Völkerbundes mit Mehrheitsbeschluß für notwendig erachtet“ (ebd., S. 100).

[7] Gemeint ist das Gutachten des ersten der beiden Sachverständigen-Ausschüsse, die im Januar 1924 von der Reparationskommission eingesetzt worden waren und ihre Gutachten am 9. April 1924 der Reparationskommission übergeben hatten. – Gedruckt liegen die Gutachten u.a. vor in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN. Auch (dreisprachig) als Weißbuch: BERICHTE DER VON DER REPARATIONSKOMMISSION EINGESETZTEN BEIDEN SACHVERSTÄNDIGENKOMITEES (Wiederabdruck in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 382, Drucks. 5 [mit eigener Seitenzählung]). Paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 402–406.

funden werden kann. Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um hier über die deutsche Auffassung bezüglich der schnellen Durchführung des Sachverständigengutachtens ein Wort zu sagen. Wir wissen, daß es die Auffassung der alliierten Regierungen ist, daß das Sachverständigengutachten bis zum 1. August in Kraft gesetzt werden könne[8]. Wir unsererseits würden uns außerordentlich freuen, wenn diese Aussicht bestände. Die deutsche Reichsregierung wird darauf ihrerseits durchaus hinarbeiten, und sie hat die gesetzgeberischen Arbeiten, die ihr obliegen, so weit beschleunigt, daß an der Arbeit der deutschen Reichsregierung dieser Termin nicht zu scheitern braucht. Es sind aber über einzelne Fragen, namentlich über die Frage der **Industrieobligationen[9],** Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht, die die Heranziehung eines Schiedsrichters notwendig gemacht haben, und es hängt von den Verhandlungen ab, ob die Möglichkeit gegeben ist, die deutschen Reichsgesetze, die mit dem Sachverständigengutachten in Zusammenhang stehen, so schnell an den Reichstag bringen zu können, daß dieser Termin innegehalten wird. Denn wir können selbstverständlich die Gesetze erst an den Reichstag bringen, wenn wir uns klar darüber sind, daß die vereinbarte Fassung nicht nachträglich von alliierter Seite irgendeine Beeinträchtigung erfährt.

Ich möchte auch hier noch einmal betonen – und das wird auch in den heute stattfindenden Verhandlungen über die Verlängerung der **Micum-Verträge[10]** in unserer Stellungnahme zum Ausdruck kommen –, daß wir alles tun werden, was das Inkrafttreten des Sachverständigengutachtens beschleunigt, und daß wir uns am meisten freuen würden, wenn es möglich wäre, daß dieses Inkraftsetzen am 1. August erfolgen könnte. Ich bemerke aber, daß es sich selbstverständlich bei den Verhand-

---

[8] Warum Stresemann hier ausführlich darauf eingeht, daß die deutsche Seite nicht umgehend der „Auffassung der alliierten Regierungen“ entsprechen und die diesbezüglichen gesetzlichen Voraussetzungen schaffen könne, erhellt das Protokoll der Ministerbesprechung vom 30. Juni 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 757–762).

[9] Vgl. dazu den Bericht von Staatssekretär Trendelenburg in der Kabinettssitzung vom 11. Juni 1924 (ebd., S. 683–684).

[10] Im November 1923 war zwischen dem Bergbaulichen Verein und der „Mission interalliée de contrôle des usines et des mines“ (MICUM) ein Abkommen über die Wiederaufnahme der Kohlelieferungen durch die Industrie anstelle des Reiches (das spätere Entschädigungen bzw. Steuerverrechnungen gegenüber der Industrie versprach) zustande gekommen (vgl. SCHULTHESS, 64 [1923], S. 222), dem weitere Verträge anderer Industriebereiche des besetzten Gebietes folgten. Das Abkommen war mehrmals verlängert worden, zuletzt im Hinblick auf die Sachverständigen-Gutachten, am 16. Juni mit Laufzeit bis zum 30. Juni 1924. Am Tag der hier wiedergegebenen Rede wurde es (mit leichten Änderungen) erneut und bis zur Inkraftsetzung des Sachverständigen-Gutachtens verlängert. – Zur Beratung des Kabinetts mit der Sechserkommission des Bergbaulichen Vereins am 29. Juni 1924 und zu den Zugeständnissen, die von seiten der Reichsregierung die Verlängerung ermöglichten, vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 752–755. Zur Motivation für die Verlängerung vgl. auch den telegraphischen Erlaß Stresemanns an die Botschaft in Paris vom 29. Juni 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 413–414).

lungen, die über das Sachverständigengutachten geführt werden, nicht nur handeln wird und handeln kann um die finanziellen und wirtschaftlichen Fragen des Sachverständigengutachtens. Einmal wird in Betracht kommen gegenüber den Gesetzen, die uns obliegen, die unbedingte Feststellung der Art und Weise, wie seitens Frankreichs und Belgiens die Zurückziehung der Ordonnanzen erfolgt, die im Verlauf des **Ruhrkampfs** erlassen worden sind[11], damit auf dieser Basis die Sicherung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit Deutschlands festgestellt ist, die ja die Voraussetzung für die dem deutschen Reiche auferlegten Lasten bildet. Sodann werden weiter auch Fragen wie die der Überführung der **Regie**[12] in die deutsche Reichsbahn ebenfalls geregelt werden müssen. Weiterhin ist die deutsche Reichsregierung einmütig der Auffassung, die auch von dem Deutschen Reichstag in seiner ganz überwiegenden Mehrheit geteilt wird, daß in dem Augenblick, wo die Reparationsfrage durch das Sachverständigengutachten nach der Meinung der alliierten Mächte gelöst ist, selbstverständlich alles zurückgezogen werden muß, was frühere Maßnahmen betrifft, die der Lösung der Reparationsfrage dienen sollten. Das betrifft die **militärische Räumung** des Ruhrgebiets, das betrifft die Räumung aller militärischen Besetzungen deutscher Städte, die über den Vertrag von Versailles hinausgehen[13].

Wenn wir das Sachverständigengutachten annehmen, gehen wir wirtschaftlich und finanziell in manchen Fragen über den Friedensvertrag von Versailles hinaus. Es kann uns nicht zugemutet werden, zu dulden, daß irgendwie weiterhin Zustände bleiben, die politisch über den Friedensvertrag von Versailles hinausgehen. Es kommt deshalb darauf an, daß eine Sicherung dafür gefunden wird, daß diese Räumung, wenn auch terminiert auf einen bestimmten Zeitpunkt, der nicht mit dem Tage des Inkrafttretens des Gutachtens identisch zu sein braucht, gesichert ist. Sich vor-

---

[11] Infolge der Besetzung des Ruhrgebiets und des anschließend ausbrechenden passiven Widerstands im gesamten besetzten Gebiet hatte die Interalliierte Rheinlandkommission zahlreiche Ordonnanzen erlassen. Sie finden sich u.a. wiedergegeben in Das RHEINLANDABKOMMEN UND DIE ORDONNANZEN.

[12] Anfang März 1923 hatten die Besatzungsmächte durch Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission unter dem Namen „Régie des chemins de fer des territoires occupés“ (oft abgekürzt Régie oder Regiebahn) einen eigenen Eisenbahnbetrieb und eine eigene Eisenbahnverwaltung in den besetzten Gebieten eingerichtet. In den bisherigen Verhandlungen nach dem Abbruch des passiven Widerstandes hatte die französische Regierung es stets abgelehnt, Deutschland wieder die Eisenbahnhoheit in den besetzten Gebieten zu übertragen.

[13] Bereits vor der Ruhrbesetzung hatten die Alliierten im Zuge der ultimativen Reparationsforderungen im Frühjahr 1921 in Erweiterung des durch den Versailler Vertrag vorgesehenen Besatzungsgebietes die „Sanktionsstädte“ Düsseldorf und Duisburg incl. des Hafens Ruhrort besetzt; im Nachgang zur Ruhrbesetzung und in Erweiterung des Kehler Brückenkopfes hatten französische Truppen am 4. Februar 1923 Offenburg, Appenweier und Bühl und am 3. März 1923 die Häfen von Karlsruhe und Mannheim besetzt sowie ebenfalls im Februar die „Flaschenhälse“ zwischen den rechtsrheinischen Brückenköpfen des Besatzungsgebiets.

zustellen, daß irgendeine absolute Reichstagsmehrheit, von einer etwaigen Zweidrittelmehrheit ganz abgesehen, sich jemals in Deutschland finden wird, die ihr Plazet zum Sachverständigengutachten gibt, wenn dies nicht erfüllt ist, würde die Stellung der Reichsregierung vollkommen verkennen heißen. Über diese Frage werden Verhandlungen notwendig sein. Wir teilen den Wunsch, daß die Dinge nach Möglichkeit beschleunigt werden. Gerade die Rücksicht auf die gesamte internationale Lage ist für uns wesentlich bei der Entscheidung über die Frage der Militärkontrolle.

Wir beschäftigen uns dann in dem zweiten Teil der Note mit Ausführungen, die auf die allgemeine europäische Lage eingehen, und namentlich mit der Frage, ob von Deutschland neue bewaffnete Konflikte zu befürchten seien, von der zunehmenden Aktivität **deutscher Organisationen,** die mehr oder weniger offen militärische Vorbereitungen treffen. Das ist der Wortlaut des Briefs, und darauf geht die deutsche Reichsregierung ausführlich und in offener Weise ein; zunächst einmal auf diejenigen Organisationen, von denen der französische Ministerpräsident gesprochen haben soll[14], daß auch er sie für eine Gefahr halte, die Turn- und Sportorganisationen. Die Note weist darauf hin, daß wir seinerzeit in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht gehabt haben und daß wir die allgemeine Wehrpflicht nicht nur als eine Institution ansehen, die für militärische Dinge geeignet ist, sondern daß wir in ihr auch gesehen haben und weiter sehen eine Institution des deutschen Volkes, die der Erziehung der deutschen Jugend gewidmet war. Die Verwahrlosung der Jugend ist nach meiner Meinung – und ich glaube nicht, daß jemand in Deutschland dem widersprechen wird – darauf zurückzuführen, daß die militärische Zucht und Erziehung bei uns nicht mehr besteht. Wir haben die Pflicht, wenn die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland uns nicht möglich ist[15], auf anderem Wege dafür zu sorgen, daß wir eine körperlich gesunde Jugend behalten, und wir treten deshalb mit aller Entschiedenheit für alle diejenigen deutschen Organisationen ein, die sich diese körperliche Ertüchtigung der deutschen Jugend zur Aufgabe machen, zumal wir auf sportlichem Gebiet viel später in die Erscheinung getreten sind als Volk als andere Nationen. Was sich heute im Stadion und anderwärts zeigt, war in England und Amerika schon vor Jahrzehnten.

[14] Auf welche (vermeintliche) Äußerung Herriots sich Stresemann hier bezieht, konnte nicht ermittelt werden. In der Regierungserklärung vom 17. Juni 1924 hatte der neue französische Ministerpräsident sich lediglich gegen jene in Deutschland gewandt, die „den Geist der Revanche und den der monarchistischen Reaktion […] nähren“ (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 232).

[15] Art. 172–173 des Versailler Vertrags verfügten, daß die Wehrpflicht in Deutschland aufgehoben werde und die Unteroffiziere und Mannschaften sich zu einem zwölfjährigen Dienst verpflichten müßten (VERTRAG VON VERSAILLES S. 86).

Wir sind sehr spät nachgefolgt. Daß diese Dinge bei uns mit einer gewissen Begeisterung gepflegt werden, hat mit militärischen Dingen nichts zu tun.

Es gibt andere Organisationen, die man als **politische Verbände** bezeichnen kann, und auf diese Organisationen würde die Kritik, die in dem Schreiben der Ministerpräsidenten zum Ausdruck kommt[16], vielleicht eher zutreffen. Wir weisen in der Note darauf hin, daß es gerade die Aufgabe der Reichsregierung gewesen ist, und zwar, wie wir wissen, die erfolgreich durchgeführte Aufgabe der Reichsregierung, die Entwaffnung gewisser politischer Verbände, die mit Turn- und Sportvereinen nicht verwechselt werden dürfen, rücksichtslos durchzuführen. Von einer ernsthaften Bewaffnung dieser Organisationen kann niemand sprechen, der die Dinge kennt. Von einem Minister[17], der den Dingen am nächsten steht, ist mit Recht gesagt worden, daß die Bewaffnung in Fahnen und Abzeichen besteht. Wir sehen in ihnen weder eine ernsthafte Gefahr für die innere Ordnung, solange man insbesondere auch unsere Polizeiorganisation ungestört läßt, es wäre aber lächerlich, von ihnen zu sprechen als irgendeiner Gefährdung nach außen. Wenn man darauf hinweist, daß diese Organisationen starke Demonstrationen wiederholt veranstaltet haben, so ist das richtig, und wir geben es offen zu, daß in diesen Demonstrationen ein Geist tiefgehender Erbitterung geherrscht hat. Wir glauben aber verpflichtet zu sein, auch darauf hinzuweisen, daß diese Entwicklung der Organisationen, die im Auslande als deutsche Nationalistenorganisationen bezeichnet werden, ausgegangen ist von der gegen Deutschland betriebenen Politik in den Jahren nach dem Krieg. Wir weisen darauf hin, daß, wenn man Deutschland gegenüber von vornherein eine Politik der Verständigung getrieben hätte – und als eine solche Politik sehe ich die gegenwärtigen Bemühungen der alliierten Regierungen an –, wenn man ihm gleichberechtigte Mitarbeit zugestanden hätte, dann hätte sich niemals diese Erbitterung geltend machen können, daß sie auch niemals in einer demonstrativen Weise zum Ausdruck gekommen wäre. Ich folge da in der Note Ausführungen, die ich im November vorigen Jahres als Reichskanzler dem Herrn französischen Botschafter[18] gemacht habe, als er

[16] Gemeint ist die oben in Anm. 4 genannte Note MacDonalds und Herriots, in der sie „the continued and increasing activities of the nationalist and militarist asscociations“ in Deutschland beklagten, „which are more or less openly organising military force to precipitate further armed conflicts in Europe“.

[17] Gemeint ist mit großer Wahrscheinlichkeit Otto Geßler (1875–1955), Reichswehrminister 1920 – 19. Januar 1928; Mitglied des Reichstags 1920 – Dezember 1924 (für die DDP). – In welchem Zusammenhang er die nachstehende Äußerung getan hat, konnte nicht ermittelt werden.

[18] Pierre Jacquin de Margerie (1861–1942), französischer Botschafter in Berlin 1922–1931. – Im nachfolgenden bezieht sich Stresemann vermutlich auf ein Gespräch mit dem französischen Bot-

mir die Besorgnis des Herrn Ministerpräsidenten **Poincaré**[19] über die nationalistische Bewegung in Deutschland zum Ausdruck brachte und als ich Herrn de Margerie darauf sagte, daß es durchaus im Bereich der Möglichkeiten der alliierten Regierungen läge, diese Bewegung in Deutschland zurückzudämmen, indem sie ihre Politik gegenüber Deutschland änderten. Ich habe damals, wenn ich mich recht entsinne, dem Herrn französischen Botschafter gegenüber bemerkt, daß jede Rede des Herrn Poincaré am Sonntag hunderttausend nationalistische Stimmen ergäbe. Ich habe mich nur insofern getäuscht, als der Stimmenzuwachs viel größer gewesen ist. Wir gehen deshalb in diesen Ausführungen auf das ein, was über die Stimmung in Deutschland, über unsere Organisationen gesagt wird.

Wir gehen sodann ein auf die militärischen Fragen und stellen unsererseits fest, daß es keinen ernsthaften Militär in der ganzen Welt gibt, der die Meinung haben könnte, daß Deutschland, selbst wenn es wollte, irgendwie imstande wäre, in Europa bewaffnete Konflikte hervorzurufen. Gegenüber all den Ausführungen über deutsche Rüstungen habe ich in diese Note einmal zwei Tatsachen hineingeschrieben, die merkwürdigerweise bisher in der Öffentlichkeit niemals verwertet worden sind, deren Verwertung ich aber für notwendig hielt, um verschiedenen Märchen ein Ende zu machen. Das eine ist die Tatsache, daß Deutschland seit dem Frieden keine einzige neue **Kanone** überhaupt hergestellt hat, obwohl es dazu durchaus berechtigt wäre, und das zweite, daß die **Munition,** die wir besitzen, geringer ist als dasjenige Quantum, das uns nach dem Vertrage von Versailles zusteht[20]. Wir haben uns mit dieser Frage auch im Kabinett beschäftigen müssen, haben uns die Frage vorgelegt, ob ein solcher Zustand für Deutschland überhaupt erträglich sei. Wir haben ihn weiterbestehen lassen, weil wir der Meinung sind, daß wir nach der Besetzung des Ruhrgebiets nicht etwa neue Fabriken mit Herstellung von Munition betrauen sollten, und weil wir auf den Friedenszustand in Europa hofften auch gegenüber denjenigen Erscheinungen, die uns heute veranlassen können zu prüfen, ob wir allein im Hinblick auf die Defensive Deutschlands diesen Tatbestand weiterbestehen lassen wollten. Ich sehe der Antwort der Gegenseite entgegen, ob sie diese Tatsache bestreiten

---

schafter am 9. November 1923 (vgl. Stresemanns Aufzeichnung in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 617–619). Die Reichsregierung veröffentlichte den wesentlichen Inhalt des Gesprächs am 10. November 1923 (SCHULTHESS 64 [1923], S. 214–215).

[19] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[20] Bewaffnung und Munition der Reichswehr sind in Art. 164–172 geregelt (VERTRAG VON VERSAILLES S. 84–86).

kann, die wohl der bündigste Beweis gegen alle die Torheiten ist, die jetzt aus innerpolitischen Gründen in Frankreich vorgebracht werden über die gegenwärtige Rüstung in Deutschland. Wir stellen fest, daß wir gegenwärtig in Deutschland in einem Zustand der Waffenlosigkeit sind, für den es in der Geschichte kein Beispiel gibt, und wir müssen weiter feststellen, daß der **Gedanke der allgemeinen Abrüstung bei anderen Nationen,** für die die deutsche Abrüstung der erste Schritt sein sollte[21], **keine nennenswerten Fortschritte gemacht** hat.

Wir kommen in dem zweiten Teil der Note zu der speziellen Frage der Militärkontrolle, und wir halten unseren Rechtsstandpunkt aufrecht, den wir in der vorigen Note zum Ausdruck gebracht haben, daß an sich die Abrüstung beendet ist, daß an sich der **Völkerbund** jetzt in die Rechte treten müßte, die der Friedensvertrag von Versailles für ihn vorsieht[22]. Wir gehen auf diese Frage nicht des näheren ein, weil wir sie ausdrücklich in unserer letzten Note[23] zum Ausdruck gebracht haben. Wir kommen auf die beiden Gesichtspunkte, die uns veranlassen, aus dieser Rechtsauffassung gegenwärtig nicht die praktischen Folgerungen zu ziehen. Ich sage, es sind zwei Gesichtspunkte.

Der eine ist: Wir mußten bisher der Meinung sein, daß es die Auffassung der Alliierten wäre, die Militärkontrolle in Deutschland zu einer dauernden machen zu wollen. Demgegenüber hat die Note der Botschafterkonferenz vom 28. Mai und weiter das Schreiben der beiden Herren Ministerpräsidenten keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie die geforderte Generalinspektion als den Schlußakt der interalliierten Militärkontrolle ansähen. Es ist weiter in dem Schreiben der beiden Herren Ministerpräsidenten zum Ausdruck gebracht, daß die Zurückziehung der Kontrollkommission für einen möglichst nahen Zeitpunkt in Aussicht gestellt ist. Während also bisher die deutsche Auffassung, daß mit der Militärkontrolle Schluß gemacht werden müsse, von alliierter Seite bestritten wurde, stellt sich jetzt die alliierte Seite auf denselben Standpunkt: Jawohl, das ist der Schlußakt; aber dieser Schlußakt muß noch einmal vorgenommen werden.

Der zweite Gesichtspunkt, auf den wir hinweisen, ist die internationale Lage. Wir gaben der Meinung Ausdruck, daß sie gekennzeichnet ist durch das Bestreben, an

---

[21] Der Versailler Vertrag begründete die Abrüstungsvorschriften für Deutschland mit dem einleitenden Satz: „Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkungen aller Nationen zu ermöglichen […]“ (ebd., S. 82).

[22] Vgl. oben mit Anm. 6.

[23] Gemeint ist offensichtlich die deutsche Note an die Botschafterkonferenz vom 31. März 1924 (ausführliche Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 [1924], S. 400–402).

die Stelle einer Politik, die wir als Gewaltpolitik empfinden mußten, die Politik der Verständigung zu setzen, und daß die Lösung der Reparationsfrage auch die Beendigung aller Kampfmethoden umfaßt, die bisher zur Erzwingung dieser Lösung angewendet wurden. In dem Vertrauen darauf, daß diese Auffassung von den alliierten Regierungen geteilt wird – in bezug auf den Abschluß der Militärkontrolle haben wir ja den Gedanken schriftlich fixiert –, erklärt die Regierung, daß sie bereit ist, die **Generalinspektion zuzulassen.** Sie ist sich bewußt, ich zitiere wörtlich, daß sie dem deutschen Volke damit eine außerordentliche Belastung zumutet; sie setzt deshalb voraus, daß über die Modalitäten der Durchführung der Generalinspektion zwischen den alliierten Regierungen und der deutschen Regierung eine Verständigung gefunden wird. Die deutsche Regierung muß um so mehr darauf Wert legen, als, wie ich bereits bei früheren Verhandlungen zum Ausdruck bringen mußte, sonst auch eine unbedingte Garantie der Durchführung der Kontrolle in bezug auf die Sicherheit der an der Kontrolle Teilnehmenden von uns nicht geleistet werden kann, so daß wir in dem anderen Falle auch die Verantwortung für Zwischenfälle ablehnen müßten.

Es kommt in der Note ein letzter Gesichtspunkt zum Ausdruck. Wenn eine Militärkontrolle der Schlußakt sein soll einer Politik oder einer Durchführung von Vertragsbestimmungen, die sich nun durch Jahre hingezogen hat, dann ist es selbstverständlich, daß der Schlußpunkt unter eine solche Entwicklung nicht begleitet sein kann von einem Schlußwort, das etwa einen großen Teil dessen an Umfang umfaßt, was das ganze Buch bisher umfaßt hat. Wir geben deshalb der Erwartung Ausdruck, daß die Generalinspektion mit allen Mitteln beschleunigt wird, und bei der genauen Kenntnis aller einschlägigen Verhältnisse und angesichts der Tatsache, daß die eingearbeiteten Mitglieder der Kommission ja seit Jahren diese Materie kennen, glauben wir, daß die Kontrolle auch in kurzer Frist zu Ende zu bringen ist; und wir regen deshalb an, als **Schlußtermin** für die Generalinspektion den 30. September zu bestimmen. Über die Frage der Modalitäten der Durchführung wird ja nach der Antwort der alliierten Mächte auf diese Note zu sprechen sein.

Ich persönlich möchte nur noch das folgende bemerken. Wir hatten Grund, unter dem Eindruck zu stehen, daß die im Januar vorgenommene Kontrolle in fünf Städten[24] die letzte Kontrolle dieser Art sein würde. Wir haben deshalb außerordentliche Widerstände zu überwinden gehabt, um zu einer bejahenden Entscheidung in der

[24] Vgl. dazu das Schreiben von Reichswehrminister Geßler an das Auswärtige Amt vom 14. Januar 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 204–241).

Frage der Generalinspektion zu kommen. Ich nehme auch an, daß der Kampf über diese Frage in der öffentlichen Meinung in Deutschland außerordentlich heftig entbrennen wird. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat ihren Protest der Reichsregierung gegenüber bereits zum Ausdruck gebracht[25]. Ich möchte wünschen, daß wir innerhalb der nächsten Wochen zwei Schlußakte buchen könnten: einmal den Schlußakt der politischen Kampfmethoden, die zu den Sanktionsandrohungen und Ausführungen, zu der Besetzung deutscher Städte, zu der Beschlagnahme deutscher Werke, zu der Beschlagnahme deutscher Eisenbahnen, zu der Besetzung des Ruhrgebietes geführt haben. Ich bin mir vollkommen darüber klar, welche Verantwortung auf dem Außenminister ruht oder auf dem Reichskanzler, der etwa seinen Namen unter das Schlußprotokoll des Sachverständigengutachtens zu setzen hat. Wir sind entschlossen und haben das zum Ausdruck gebracht, alles zu tun, um im Interesse eines friedlichen Zusammenwirkens der Nationen, insbesondere auch eines friedlichen Modus vivendi, einer friedlichen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, die Lasten des Sachverständigengutachtens auf uns zu nehmen, von denen viele, auch rein sachlich eingestellte Kenner der Wirtschaft bezweifeln, ob sie nicht über das Maß dessen hinausgehen, was überhaupt von uns geleistet werden kann. Es erscheint uns aber die ganze Tragung der Lasten nur möglich, wenn sie begleitet ist von Ergebnissen des Zusammenlebens der Völker, die eine neue Ära in den Beziehungen der Völker einleiten.

In diesen nächsten drei bis vier Wochen bis zur **Londoner Konferenz**[26] wird unendlich viel davon abhängen, ob der Geist der Verständigung siegt oder ob man weiter versucht, durch eine gegenwärtig überwältigende Macht zu einer Politik der Fortsetzung der Gewalt zu kommen. Auch gegenüber noch so großen Widerständen in Deutschland, die sich gegen das Sachverständigengutachten richten, wird die deutsche Regierung versuchen, ihrerseits mit der ganzen Energie und mit allen Machtmitteln, die ihr zur Verfügung stehen, für die Grundlinien der Politik einzutreten, die sie bisher in dieser Frage vertreten hat. Sie muß aber auch erwarten, daß gerade in den großen Ehrenfragen der Nation, in diesen Imponderabilien der Volksseele, von de-

[25] Der betreffende Protest konnte nicht ermittelt werden; vgl. jedoch die Äußerung Stresemanns in der Ministerbesprechung vom 27. Juni 1924 über die Mitteilung der DNVP, zwei Fragen mit der Regierung besprechen zu wollen, darunter die „Frage der Militärkontrolle“ (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 749).

[26] Bei dem Treffen MacDonalds mit Herriot in Chequers am 21./22. Juni 1924 hatten sich die beiden Regierungschefs darauf verständigt, daß für Mitte Juli eine internationale Konferenz zur Inkraftsetzung des Sachverständigen-Plans nach London einberufen werden sollte (vgl. etwa den Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 295 [Abendausgabe] vom 23. Juni 1924).

nen Bismarck[27] einmal gesprochen hat, daß sie mit das Wichtigste in der Politik wären, und dazu gehören auch Dinge wie die Militärkontrolle, man sich von demselben Geist der Verständigung leiten läßt, der das Sinnbild der Außenpolitik der Regierung ist.

[27] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890. – Das Wort „Imponderabilien“ hat Bismarck öfter benutzt (etwa in seiner Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 in Verbindung mit dem „Volkswillen“: [Otto von] Bismarck. Die gesammelten Werke. Bd. 13. Reden. 1885–1897. Bearb. v. Wilhelm Schüßler. Berlin 1930, S. 326–348; Zitat S. 344). In der Verbindung mit „Volksseele“ konnte es nicht ermittelt werden.

Rede in der Besprechung mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder in Berlin vom 3. Juli 1924[1]

Nach AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 766–778, 821–829.

Wenn Deutschland die Zeit bis zum absehbaren Sturz der Regierung Herriot nicht nutzt, wird seine Lage katastrophal. Kalkül für die bevorstehende Londoner Konferenz im Hinblick auf die Räumung besetzter Gebiete. Strategie in der Kriegsschuldfrage. Desaströse Folgen eines deutschen Nein zum Sachverständigen-Gutachten. Dessen absehbare Revision nach 1927. Die Frage der Militärkontrolle.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann[2]:

Nun komme ich auf eine zweite Gruppe von Fragen. Das ist einmal die Frage der Räumung des Ruhrgebiets, zweitens die Frage der Räumung der nicht vertragsmäßig besetzten Gebiete[3]. Ich glaube, daß zunächst der französische Ministerpräsident[4] der Ansicht war, daß die Räumung des Ruhrgebiets im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Sachverständigengutachtens[5] innerhalb einer gewissen Zeit, die für den Abbau notwendig war, erfolgen sollte. Er hat dieser seiner Auffassung auch wie-

---

[1] Am 25. Juni 1924 hatte die Reichskanzlei die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder, daneben u.a. die Reichsminister und stimmführende Bevollmächtigte der Länder im Reichsrat, zu dieser Aussprache eingeladen. Die Vorlage stützt sich auf eine stenographische Mitschrift, bei der die Eingangspassage der Sitzung und die Worte am Beginn der Ausführungen Stresemanns fehlen. Eine Anwesenheitsliste liegt nicht vor (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 766, Anm. 1).

[2] In der Vorlage folgt eine editorische Ergänzung, daß der Anfang – u.a. der Rede Stresemanns – nicht mitstenographiert sei.

[3] Bereits vor der Ruhrbesetzung hatten die Alliierten im Zuge der ultimativen Reparationsforderungen im Frühjahr 1921 in Erweiterung des durch den Versailler Vertrag vorgesehenen Besatzungsgebietes die „Sanktionsstädte“ Düsseldorf und Duisburg incl. des Hafens Ruhrort besetzt; im Nachgang zur Ruhrbesetzung und in Erweiterung des Kehler Brückenkopfes hatten französische Truppen am 4. Februar 1923 Offenburg, Appenweier und Bühl und am 3. März 1923 die Häfen von Karlsruhe und Mannheim besetzt sowie ebenfalls im Februar die rechtsrheinischen „Flaschenhälse“ zwischen den Brückenköpfen der Besatzungszonen.

[4] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister) 19.–21. Juli 1926 u. 1932.

[5] Gemeint ist das Gutachten des ersten der beiden Sachverständigen-Ausschüsse, die im Januar 1924 von der Reparationskommission eingesetzt worden waren und ihre Gutachten am 9. April 1924 der Reparationskommission übergeben hatten. – Gedruckt liegen die Gutachten u.a. vor in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN. Auch (dreisprachig) als Weißbuch: BERICHTE DER VON DER REPARATIONSKOMMISSION EINGESETZTEN BEIDEN SACHVERSTÄNDIGENKOMITEES (Wiederabdruck in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 382, Drucks. 5 [mit eigener Seitenzählung]). Paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 402–406.

derholt Ausdruck gegeben[6]. Inzwischen haben sich nun bei ihm starke Einflüsse geltend gemacht, die sich gegen eine solche Haltung von ihm wenden. Man muß sich zunächst einmal – und dabei möchte ich mit einigen Sätzen auf die Lage in Frankreich zu sprechen kommen – vor Augen halten, daß die Stellung des Kabinetts Herriot durchaus nicht sehr fest ist. Herr Herriot hat in kurzer Zeit drei parlamentarische Niederlagen erlitten. Die Art und Weise, wie man versucht hat, einen parlamentarischen Sieg auszunutzen, um die Stellung eines Präsidenten zu erschüttern, ihn durch einen anderen Präsidenten zu ersetzen, hat zwar in der Frage der Niederlegung des Amtes durch Herrn Millerand[7] zum Erfolg geführt, hat aber dem neuen Machthaber sehr viel Sympathien in Frankreich gekostet und zur Wahl eines ihm nicht genehmen Kandidaten[8] geführt. Das war der erste échec. Der zweite war die Wahl des Senatsausschusses[9], der dritte die Wahl des Vorsitzenden des Heeresausschusses[10]. Es herrscht ja in Frankreich ein System, das wir bei uns nicht kennen oder nur bei der Präsidentenwahl[11], das ist das System der geheimen Wahl. Da zeigt sich immer, daß die Fraktionen brüchig sind, sobald geheim abgestimmt wird. Auch die Drohung der Pariser Presse, Herrn Maginot[12] eine Niederlage zu bereiten bei der öffentlichen Abstimmung, kann nicht darüber hintäuschen [!], daß dort eine verhält-

---

[6] Eine dieser Formulierung tatsächlich entsprechende Erklärung Herriots (wie sie Stresemann auch in einem Schreiben an den französischen Botschafter Margerie vom 19. Juni 1924 konstatiert: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 358–361; die betr. Passage S. 358) konnte nicht ermittelt werden; tatsächlich formulierte Herriot, beispielsweise in seiner Regierungserklärung vom 17. Juni 1924 (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 231–231) in der Frage der Räumung des Ruhrgebiets nur negativ, nämlich daß sie nicht vor der Inkraftsetzung des Sachverständigen-Gutachtens und der Schaffung der darin vorgesehenen Organisationen erfolgen könne.

[7] Alexandre Millerand (1859–1943), französischer Staatspräsident 1920 – 11. Juni 1924; Ministerpräsident 1920. – Die seit der Wahl in Frankreich vom 11. Mai 1924 neue Kammermehrheit hatte Millerand zur Niederlegung seines Amtes gezwungen (zu seiner Rücktrittserklärung vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 228).

[8] Gaston Doumergue (1863–1937), französischer Staatspräsident 13. Juni 1924 – 1931; Ministerpräsident 1913/14 u. 1934. – Er hatte sich bei der Wahl in der Nationalversammlung gegen Painlevé, den Kandidaten Herriots, durchgesetzt (vgl. ebd., S. 228–229).

[9] Stresemann (oder der Protokollant) verwechselt hier vermutlich mit der Wahl des Senatspräsidenten, bei der sich am 19. Juni 1924 der Kandidat der Rechten im Senat, de Selves, gegenüber Bienvenu Martin, dem Kandidaten des Linkskartells, durchsetzte (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 767, Anm. 3; den telegraphischen Bericht Hoeschs aus Paris über ein Gespräch mit Herriot vom 21. Juni 1924 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 368–370; auch die Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21461 [Morgenausgabe] vom 20. Juni 1924, S. 4; die Wiener REICHSPOST, Nr. 169 vom 20. Juni 1924, S. 3; SCHULTHESS 65 [1924], S. 233). – In seiner Rede vom 6. Juli 1924 (vgl. diese Edition) bezog sich Stresemann korrekt auf die Wahl des Senatspräsidenten.

[10] Am 2. Juli 1924 war Maginot, Kriegsminister in der Vorgängerregierung Poincaré, gegen den sozialistischen Kandidaten Paul-Boncour zum Vorsitzenden des Heeresausschusses der französischen Abgeordnetenkammer gewählt worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 767, Anm. 4).

[11] Es liegt nahe, daß Stresemann hier die Wahl des Reichstagspräsidenten (und nicht diejenige des Reichspräsidenten) meint.

[12] André Maginot (1877–1932), französischer Kriegsminister 1922 – 13. Juni 1924, 1929–1930, 1931–1932; Kolonialminister 1917, 11. November 1928 – 22. Oktober 1929.

nismäßig kleine Mehrheit für Herriot vorhanden ist. Bei der letzten Abstimmung haben von den sozialistischen Parteien 42 für Herriot gestimmt, die anderen 63 haben sich enthalten. Jedenfalls war es ein Riß im Block der Linken.

Nun ziehe ich daraus für unsere Außenpolitik die Folgerungen, gerade weil das Ministerium Herriot auf sehr schwachen Füßen steht, weil wir damit rechnen müssen, daß vielleicht in absehbarer Zeit dort andere Machthaber am Werke sind, haben wir alle Veranlassung, alles, was wir tun können, zu tun, um erstens, soweit wir Einfluß haben, dieses Kabinett zu stützen, und zweitens während der Dauer dieser Regierung mit Frankreich zu Rande zu kommen. Denn was kommen soll, wenn Herriot nicht mehr da ist, ist zum mindesten zweifelhaft, selbst wenn der Weg zunächst über die Mitte, über Briand[13], über Loucheur[14] gehen sollte.

Deshalb haben wir auch ein großes Interesse an der Beschleunigung der Inkraftsetzung des Sachverständigengutachtens, und die Behauptung des „Petit Parisien“[15], daß die Deutsche Regierung die Verhandlungen verschleppte, ist einfach gelogen. Wir haben gar kein Interesse, die Verhandlungen zu verschleppen, schon aus dem Grunde nicht, weil diese Tragödie der Micum-Verträge[16] nun nicht ins Unendliche weitergehen kann. Wir haben jetzt – die Herren Vertreter der Länder werden wissen, was das für die Finanzen des Reiches bedeutet – die Hälfte der Micum-Lasten auf das Reich genommen, weil wir nicht sehenden Auges die deutsche Großindustrie vollkommen zusammenbrechen sehen konnten. Wir haben aber auch die Industrie veranlaßt, zum 31. Juli die Micum-Verträge wieder zu kündigen. Wir konnten uns nicht darauf einlassen, daß diese Micum-Verträge, die allein bei der Kohlen-

---

[13] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[14] Louis Loucheur (1872–1931), französischer Wiederaufbauminister 1918–1920, Handels- und Industrieminister März – Juni 1924, 1930–1931, Arbeitsminister Mai 1928 – 1930.

[15] PETIT PARISIEN, 2. Juli 1924, S. 1. – Eine paraphrasierende deutsche Agenturmeldung vom 3. Juli 1924, die dem betreffenden Artikel widerspricht, findet sich in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 767, Anm. 5.

[16] Im November 1923 war zwischen dem Bergbaulichen Verein und der „Mission interalliée de contrôle des usines et des mines“ (MICUM) ein Abkommen über die Wiederaufnahme der Kohlelieferungen durch die Industrie anstelle des Reiches (das spätere Entschädigungen bzw. Steuerverrechnungen gegenüber der Industrie versprach) zustande gekommen (vgl. SCHULTHESS, 64 [1923], S. 222), dem weitere Verträge anderer Industriebereiche des besetzten Gebietes folgten. Das Abkommen war mehrmals verlängert worden, zuletzt im Hinblick auf das Sachverständigen-Gutachten mit leichten Änderungen am 30. Juni 1924. – Zur Beratung des Kabinetts mit der Sechserkommission des Bergbaulichen Vereins am 29. Juni 1924 und zu den Zugeständnissen, die von seiten der Reichsregierung die Verlängerung ermöglichten, vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 752–755; zur nachfolgenden Äußerung Stresemanns zur Aufkündigung des Vertrags am 3. Juli 1924 vgl. ebd., S. 755, Anm. 8.

industrie eine Last von über 50 Millionen Goldmark monatlich ausmachen, bis zum Inkrafttreten des Sachverständigengutachtens verlängert würden; denn dann hätte Frankreich kein Interesse mehr gehabt, die Dinge schnell in Kraft zu setzen. Die Sachen stehen so, daß, wenn wir nicht bis Anfang August fertig werden, die ganzen Dinge bis zum Herbst aufgeschoben werden, wo dann die englische Politik in die Ferien geht. Ich habe als Reichskanzler[17] seinerzeit erfahren, was es bedeutet, wenn englische Minister auf Ferien sind. Ich habe seinerzeit dem Reichstag gesagt[18], ich sei bereit, die Akten vorzulegen über den Abbruch des passiven Widerstandes[19], über die Hilferufe an England. Es vergingen Monate, ohne daß wir ein Wort hörten, weil Baldwin[20] in Urlaub war und sich nicht um die Politik kümmerte. Die Engländer sind ja nicht eigentlich diejenigen, die interessiert sind an dem Zustandekommen der Durchführung des Sachverständigengutachtens. Kommen wir[21] aber nicht zustande, dauern diese Dinge bis in den Oktober hinein, dann dauern mit den Micum-Verträgen alle die Erscheinungen fort, die gegenwärtig bestehen und die gewiß nicht leicht für uns sind. Darauf werden ja wahrscheinlich die Referate der anderen Herren näher eingehen.

Ich möchte auf die Frage der Räumung der nicht vertragsmäßig besetzten Gebiete zurückkommen, die anfängliche Bereitschaft Herriots, zunächst aus dem Ruhrgebiet hinauszugehen, der Kampf, der gegen ihn geführt wurde, die Einflüsse, die sich bei ihm geltend machen, über die uns auch unser Botschafter[22] eingehend berichtet hat. Herriot hat ihm in einer Unterredung gesagt – und er hat es Herrn von Hoesch wiederholt –: Ich kann mir nicht helfen, ich fürchte Deutschland, ich übernehme eine ungeheure Verantwortung, wenn ich aus dem Ruhrgebiet herausgehe. Und er hat dabei

---

[17] Stresemann leitete als Reichskanzler die Reichsregierung vom 13. August bis zum 23. November 1923; bis zum 30. November 1923 blieb er mit seinem Kabinett geschäftsführend im Amt.

[18] Stresemann bezieht sich vermutlich auf seine Reichstagsrede vom 22. November 1923 (s. diese Edition).

[19] Zur Aufgabe des passiven Widerstands, die mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

[20] Stanley Baldwin (1867–1947), britischer Premierminister 22. Mai 1923 – 22. Januar 1924, 4. November 1924 – 5. Juni 1929, 1935–1937; Schatzkanzler 1922–1923.

[21] So in der Vorlage. Gemeint ist wohl „kommt sie“ (die Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens) oder „Kommen wir aber nicht zusammen“ o.ä.

[22] Leopold von Hoesch (1881–1936), deutscher Botschaftsrat (seit Januar 1923 als Geschäftsträger) bzw. Botschafter (ab Februar 1924) in Paris 1921–1932. – Zu den Äußerungen Herriots gegenüber Hoesch vgl. zuletzt dessen telegraphischen Bericht vom 28. Juni 1924 über sein Gespräch mit dem französischen Ministerpräsidenten am Vortag in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 401–403.

– die Frage der Militärkontrolle[23] spielt dabei eine große Rolle – zum Ausdruck gebracht, in der inländischen Stimmung in Deutschland läge eine Gefahr für Frankreich, der entgegengetreten werden müßte. Seine letzte Äußerung über die Ruhrräumung ging dahin, daß er bat, diese heikle Frage in dem Augenblick, in dem mit ihm gesprochen wurde, nicht zu berühren. Andererseits haben wir aus authentischer Quelle erfahren[24], daß man in Belgien den Gedanken gefaßt hat, die Räumung der Ruhr in eine sachliche Verbindung mit der Begebung der Industrieobligationen[25] zu bringen.

Die Deutsche Reichsregierung muß das ganz entschieden ablehnen. Sie kann sich auf diesen Standpunkt nicht stellen. Die Begebung der Industrieobligationen in Deutschland kann nicht stattfinden. Wir haben kein Geld, um diese Industrieobligationen bei uns zu begeben. Die Begebung in anderen Ländern hängt ab von den dortigen Regierungen. Die Regierung eines Landes hat ja immer die Banken in der Hand. Ein glänzendes Geschäft ist das im übrigen nicht. Spekulative Tendenzen spielen dabei nicht mit. Eine Verzinsung von 5% und 1% Amortisation ist keine Sache, die das Publikum reizt. Also hat es Frankreich oder mindestens die Alliierten vollkommen in der Hand, wann sie die Obligationen begeben wollen. Sie haben es auch vollkommen in der Hand, wann das Ruhrgebiet geräumt wird.

Sie sehen, daß diese Frage sich versteift hat. Wir haben demgegenüber nach Auffassung der Reichsregierung den Standpunkt zu vertreten – und wir haben ihn mit aller Entschiedenheit gegenüber den Alliierten zum Ausdruck gebracht –, daß ohne eine Räumung des Ruhrgebiets, ohne eine Räumung der nicht vertragsmäßig besetzten Gebiete für uns eine Unterschrift unter das Sachverständigengutachten nicht in Betracht kommen kann. Dabei bin ich der Meinung, daß es für uns nicht darauf ankommen darf zu fordern: wenn am 15. August das Sachverständigengutachten in Kraft tritt, habt ihr am 15. September herauszugehen. Ich bin persönlich der Meinung, daß man bei der großen Schwierigkeit dieser Frage in gewisser Beziehung large sein kann in bezug auf den Termin, daß man aber unbedingt ablehnend sein

[23] Die Frage der Kontrolle der nach dem Versailler Vertrag Deutschland aufgetragenen Abrüstung durch die Interalliierte Militärkontrollkommission war zuletzt durch eine gemeinsame „persönliche Note“ MacDonalds und Herriots an Reichskanzler Marx (englischer Text u.a. in einer telegraphischen Weisung MacDonalds an D’Abernon vom 22. Juni 1924 in DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,26, S. 1072–1074; Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 [1924], S. 412) und durch die deutsche Antwortnote vom 30. Juni 1924 (deutscher Text in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 409–413 [als Anlage zu einem Erlaß Schuberts an Botschafter Hoesch, die Note am 30. Juni 1924 zu übergeben: ebd., S. 408–409]; vgl. auch SCHULTHESS 65 [1924], S. 413–415) wieder in Bewegung gekommen.

[24] Die entsprechende Quelle konnte nicht ermittelt werden.

[25] Vgl. dazu AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 758 mit Anm. 4.

muß in bezug auf eine Lösung, die nicht den Endtermin in absehbarer Zeit uns gegenüber sicherstellt, so daß wir wissen, an dem und dem Tage ist der letzte Franzose und Belgier aus dem besetzten Gebiete heraus. Es ist das die letzte Gelegenheit, bei der wir in Verhandlungen mit den Alliierten einen Druck ausüben können für die Befreiung dieser Gebiete.

Es kommt sehr leicht in der Geschichte, daß gewisse Dinge, weil sie einmal ein paar Jahre dauern, einfach hingenommen werden. So ist es vielfach heute in bezug auf Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort[26]. Kein Mensch denkt daran, daß das eigentlich eine Sanktion wegen Nichterfüllung des Londoner Ultimatums[27] war, eine Sanktion, die logischerweise hätte aufgehoben werden müssen bei Annahme des Londoner Ultimatums; denn sie war da logisch erledigt, aber sie steht jetzt ungefähr so da, als stände sie im Versailler Vertrag[28].

Wir werden trotz der Einflüsse auf Herriot meiner Meinung nach durchkommen mit der Räumung des Ruhrgebiets. Wir werden in London[29] die heftigsten Kämpfe haben um Düsseldorf; denn hier stellen sich nun diejenigen Mächte Herriot entgegen, die nicht zum Ausdruck kommen in einer parlamentarischen Mehrheit, die aber da sind, die ihren Einfluß haben. Das sind die militärischen Kreise in Frankreich und die Micum-Industriellen auf der anderen Seite. Wir sehen, daß die Micum-Industriellen sich bemühen, Vorschläge zu machen, damit ihre Organisation zur Überwachung der deutschen Industrie bleibt. Wir sehen seltsamerweise, daß Herr Frantzen[30] von der Micum und auch der Vertreter Belgiens[31] nach London kommen, während es nur selbstverständlich ist, daß die Micum aufgehört hat in dem Augenblick, wo das Sach-

---

[26] Vgl. oben mit Anm. 3.

[27] Mit dem Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 forderten die alliierten Mächte die Reichsregierung auf, den von ihnen im April 1921 aufgestellten Reparationsplan in der Gesamthöhe von 132 Milliarden Goldmark zu akzeptieren. (Druck in englischer und französischer Originalsprache sowie deutscher Übersetzung im Weißbuch AKTENSTÜCKE ZUR REPARATIONSFRAGE S. 7–24 [Wiederabdruck des Weißbuchs in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 372, Anlage Nr. 4140 (mit der Seitenzählung des Weißbuchs)]). Nach dem Rücktritt der Regierung Fehrenbach wurde das Ultimatum von der neugebildeten Regierung Wirth am 11. Mai 1921 angenommen.

[28] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[29] Bei dem Treffen MacDonalds mit Herriot in Chequers am 21./22. Juni 1924 hatten sich die beiden Regierungschefs darauf verständigt, daß für den 16. Juli eine internationale Konferenz zur Inkraftsetzung des Sachverständigen-Plans nach London einberufen werden sollte, zu der auch Deutschland eingeladen würde (vgl. etwa den Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 295 [Abendausgabe] vom 23. Juni 1924).

[30] Paul Herman Frantzen (1880–1935), Präsident der MICUM 1923–1924.

[31] Georges Hannecart (1887–1950), belgischer Industrieller; Chef der belgischen Delegation bei der MICUM 1923–1924.

verständigengutachten in Kraft tritt. Auf der anderen Seite kämpft Herr de Metz[32] um seine Stellung und bemüht sich, Schwierigkeiten zu machen. Herriot hat, so viel ich weiß, bei Verhandlungen in Chequers versucht, England dafür zu gewinnen, in Düsseldorf zu bleiben und das Ruhrgebiet aufzugeben[33]. England hat eine andere Auffassung vertreten, nämlich die Auffassung, die wir selbstverständlich vertreten müssen, ohne die wir meiner Meinung nach gar nicht dem Gutachten zustimmen können. Das ist die – ich möchte sie auf eine gewisse Formel bringen, weil diese Formel eigentlich die ganzen Dinge deckt –: wenn es in dem Gutachten heißt: „Die Lösung der Reparationsfrage“ , so ist es selbstverständlich, daß mit der Lösung der Reparationsfrage auch alle Sanktionen und Gewaltmaßnahmen, die stattgefunden haben, um die Lösung der Reparationsfrage im Wege des Zwanges herbeizuführen, aufhören. Nun ist die Lösung da durch internationale Vereinbarung, dadurch sind alle die Dinge an sich logisch erledigt. Infolgedessen muß alles geräumt werden, was im Laufe von fünf Jahren besetzt ist, um einen Zwang für die Lösung der Reparationsfrage herbeizuführen. Hier muß, glaube ich, die Unterstützung der Regierung seitens der Öffentlichkeit einsetzen. Dabei muß ich bemerken, daß diese Unterstützung nicht immer die Form der Beschimpfung der Reichsregierung zu haben braucht, wie ich das aus manchen Depeschen aus Düsseldorf sehe[34]. Während ich gebeten habe, man möchte mir Kundgebungen besorgen, damit ich sie gegenüber anderen Botschaftern benutzen kann, haben diese Depeschen eine Form, die zur Veröffentlichung ungeeignet ist. Ich habe die Parteien gebeten, sie sollten mir mehr Kundgebungen besorgen. Aber an diejenigen, die ich bekommen habe, habe ich wirklich nicht gedacht.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die Frage der Räumung des Ruhrgebiets im Sachverständigengutachten nur mittelbar steht. Nur an einer einzigen Stelle ist unter der Überschrift „aspects militaires“ etwas davon gesagt, daß die Industrie in Deutschland nicht durch andere Kontrollmaßnahmen behindert werden dürfe als durch diejenigen, die im Gutachten selbst bezeichnet wären[35]. Das kann man verschieden auslegen. Mit diesem Satz kann man nicht viel anfangen. Das

[32] Adalbert François Alexandre de Metz (1867–1946), französischer General; Vertreter der Interalliierten Rheinlandkommission in der Pfalz 1920–1924.

[33] Entsprechende Informationen über Differenzen zwischen MacDonald und Herriot bei ihrem Zusammentreffen in Chequers am 21./22. Juli 1924 berichtete Botschafter Sthamer dem Auswärtigen Amt am 26. Juni 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 394–397).

[34] Die betreffenden Nachrichten aus Düsseldorf konnten nicht ermittelt werden. Möglicherweise bezieht sich Stresemann jedoch auf die in Düsseldorf laufenden Verhandlungen zwischen deutschen Industriellen und der MICUM und Schreiben ersterer an die Reichsregierung bzw. an Stresemann.

[35] Stresemann bezieht sich auf Teil I, Abschnitt III, des Gutachtens, in dem „Militärische Gesichtspunkte“ behandelt sind (zum Drucknachweis vgl. oben Anm. 5).

könnte auch bedeuten, daß eine sogenannte unsichtbare Besatzung bleibt. Man versucht ja, namentlich in Belgien, die Micum beizubehalten. Man will dort Poincarésche[36] Politik und nicht Herriotsche Politik machen. Wenn wir erklärt haben: ohne dem sind die Dinge im Reichstag nicht durchzubringen und ohne dem macht die Reichsregierung sie nicht, so bedeutet das, daß wir diese Frage, sei es auf der Londoner Konferenz, sei es in sonstigen Verhandlungen, zum Gegenstand der Verhandlungen machen und Sicherheiten verlangen für die Durchführung der Räumung. Diese Sicherheiten werden nicht bestehen in einer Erörterung dieser Frage. Das werden die Mächte ablehnen. England, weil es sagt: das geht uns nichts an, wir haben uns nicht daran beteiligt; Frankreich, weil es sagt, das steht nicht im Sachverständigengutachten. Ich habe mit dem englischen Botschafter[37] über eine andere Form gesprochen, eine ebenfalls internationale Form, die uns aber diejenigen Sicherheiten gibt, die hierfür notwendig sind. Die Form kommt hier vielleicht weniger in Betracht. Aber ich möchte noch einmal zusammenfassen: diese Gelegenheit der Annahme des Sachverständigengutachtens – und ich gehe davon aus, daß wir es annehmen, die Reichsregierung ist dazu entschlossen – muß dazu benutzt werden, und der Sachverständigenplan ist nur tragbar, wenn wir dabei diese Räumung der deutschen Gebiete durchsetzen. Darauf sind alle Kräfte zu verwenden. Darum wird es der heftigste Kampf sein, der geführt wird.

Ich komme nun auf die Frage des modus procedendi. Ich muß bemerken, daß darüber auch ganz verschiedene Auffassungen zwischen der französischen Regierung und uns bestehen. Die französische Regierung hat die Absicht, so vorzugehen, daß der deutsche Reichstag erst die Gesetze, nämlich über Eisenbahnen, Banken[38] etc. annimmt und daß dann die Londoner Konferenz diesen allgemeinen Vertrag festsetzt. Herriot hat gesagt: wenn Sie mit den Gesetzen nicht fertig sind, hat die Londoner Konferenz gar keinen Zweck, ich weiß ja gar nicht, was Deutschland machen

[36] Gemeint ist die Politik von Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[37] Edgar Vincent [ab 1926: Viscount] D'Abernon (1857–1941), britischer Botschafter in Berlin 1920–1926. – Möglicherweise bezieht sich Stresemann hier auf ein Gespräch Schuberts mit D'Abernon vom 30. Juni 1924, bei dem über Möglichkeiten gesprochen wurde, die Räumung des Ruhrgebiets in anderer Form zu regeln als durch die Aufnahme in das Protokoll der bevorstehenden Konferenz (vgl. die Aufzeichnung Schubert vom 30. Juni 1924 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 415–416).

[38] Gemeint sind die deutschen Gesetze, welche die vom Sachverständigen-Gutachten geforderte Reorganisation der Reichseisenbahn und der Reichsbank zur Erfüllung der künftigen deutschen Reparationsverpflichtungen ermöglichen sollten.

wird[39].

Wir stehen demgegenüber auf einem anderen Standpunkt. Wir sind der Meinung, daß zwar die Reichsregierung, wenn die Organisationskomitees[40] mit ihren Arbeiten fertig sind und sie damit einverstanden sein kann, sich einverstanden erklärt und nach London mit der Durchführung beginnt, daß wir im übrigen in London die ganzen politischen Fragen, die Frage des Inkrafttretens und[41] des Vertrages beraten und daß wir mit denjenigen politischen Zugeständnissen in bezug auf die finanzielle und wirtschaftliche Einheit und deren unbedingt gesicherte Durchführung in bezug auf die Räumungsfrage nach Berlin zurückkehren, daß wir dann innerhalb einer gewissen Frist, die wir selber vorschlagen werden, dem Reichstag die Gesetze vorlegen, und daß wir in London erklären, daß wir mit allen Mitteln dafür eintreten werden, daß diese Gesetze angenommen werden.

Um die Frage, wie prozediert werden soll, geht der Kampf. Wenn wir die Gesetze vorher annehmen sollten, würden die Gesetze sicher einen Zusatz bekommen. Wir müßten einmal die Gesetze als solche zur Annahme vorlegen und zweitens ein zweites Gesetz vorbereiten, worin wir sagen: sie treten in Kraft auf Grund eines besonderen Reichsgesetzes, damit wir ihr Inkrafttreten davon abhängig machen, wie die ganzen Dinge liegen. Wir würden im übrigen, bevor wir nach London gehen, die Gesetze dem Reichstag und dem Reichsrat vorlegen, damit kein Mißverständnis über unsere Haltung besteht, das übrigens nur in einigen Pariser Zeitungsredaktionen bestehen kann. Denn, daß wir uns bemühen, diese Gutachten zur Annahme zu bringen, versteht sich nach der Haltung der Reichsregierung von selbst.

Nun will ich auf den letzten Punkt eingehen, der von seiten einiger Länder auch der Reichsregierung zur Vorstellung gebracht ist. Das ist die Frage, bei Gelegenheit dieser Verhandlungen die Kriegsschuldlüge aufzurollen[42]. Es ist zum Ausdruck gebracht, daß schließlich auch dieses Sachverständigengutachten doch nur eine Folge

---

[39] Vgl. den in Anm. 22 angeführten Bericht Hoeschs vom 28. Juni 1924.

[40] Gemeint sind die in Berlin bzw. Paris tagenden Organisationskomitees mit Beteiligung von Vertretern der Reparationskommission und der Reichsregierung, die sich mit der Formulierung der in Anm. 38 genannten Gesetze sowie mit dem Gesetz zu den Industrieobligationen befaßten. Zur Zusammensetzung der Komitees vgl. SCHULTHESS 65 (1924), S. 409.

[41] So in der Vorlage. Ohne das „und“ gibt der Satz mehr Sinn.

[42] Gemeint ist die Haltung zum Kriegsschuldartikel 231 des Versailler Vertrags, der in der deutschen Terminologie häufig als „Schuldlüge“ oder „Kriegsschuldlüge“ bezeichnet wurde. – Der Anstoß, die Verhandlungen über das Sachverständigen-Gutachten mit der Diskussion über die Kriegsschuldfrage zu verknüpfen, war von seiten des württembergischen Staatsministeriums an die Reichsregierung herangetragen worden (vgl. dazu und zur Antwort des Reichskanzlers sowie zur Meinungsbildung in der Reichskanzlei AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 772, Anm. 18).

derjenigen Bestimmungen des Versailler Vertrages sei, die von der Schuld Deutschlands am Weltkriege sprechen. Gestatten Sie mir, hier vom Standpunkt des Auswärtigen Amtes und vom Standpunkt meiner persönlichen Einstellung zu diesen Dingen darüber zu sprechen. Zunächst das eine: Ich sehe die Frage des Kampfes um die Kriegsschuldlüge an als einen Kampf, Deutschland freizumachen von der moralischen Diffamierung, der es durch diesen Artikel des Versailler Vertrages unterliegt. Ich sage aber ebenso offen, daß ich mich gar keinem Zweifel darüber hingebe, daß an den tatsächlichen realen Machtverhältnissen in Europa durch eine Änderung der Auffassung der Welt über die Schuld Deutschlands am Kriege gar nichts geändert wird. Ich glaube, jeder, der sich auf Bismarck[43], auf Bismarcksche Realpolitik bezieht, wird sich sagen, daß die unglückliche Lage eines waffenlosen Staates diejenige ist, die leider, solange sich das nicht ändert, unser ganzes Schicksal mitbestimmen wird. Daß jemals englische Staatsmänner, französische Staatsmänner oder die Entente selbst offiziell und aktenmäßig sagen werden: Deutschland ist nicht schuld am Weltkriege, das halte ich für vollkommen ausgeschlossen. So etwas hat es in der Weltgeschichte noch nicht gegeben. In dem Augenblick würden die Leute sich selbst an den Galgen bringen, und englische Realpolitik ist das niemals gewesen. Ich bitte, mir aus den Jahrhunderten einen Fall zu sagen, wo Staatsmänner etwas Derartiges getan haben.

Ich sehe den Kampf als etwas ganz anderes an, als das Ziel, einmal die ganze Einstellung gegen uns zu ändern, diese Art, uns gegenüber zu verhandeln und uns zu behandeln, was übrigens auch zum Teil von uns selbst abhängt, wie wir uns von der anderen Seite behandeln lassen. Das zweite ist, den Zustand zu beseitigen, daß jetzt der Deutsche in der Welt mit gesenktem Haupte herumgehen muß, dafür zu sorgen, daß man in der Welt sieht: das ist eine politische Methode gewesen, um einen unerhörten Vertrag durchzubringen, aber es ist nicht moralische Wahrheit gewesen. Das ist meiner Meinung nach das, was wir erreichen können und zu erreichen doch auch schon auf dem besten Wege sind.

Ich möchte gegenüber manchen spöttischen Bemerkungen über die Veröffentlichungen des Auswärtigen Amtes über die deutsche Politik[44] auf das Urteil hinweisen,

---

[43] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[44] Stresemann bezieht sich hier auf die seit 1922 im Auftrag des Auswärtigen Amtes im Erscheinen begriffene vielbändige Edition „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes […]“. Die dritte Reihe mit den Bänden 13–18 zu den Jahren 1897 bis 1904 war wenige Tage zuvor erschienen.

das Herr Professor Hoetzsch[45] in der Kreuzzeitung abgegeben hat. Er sagt da mit vollem Recht, daß diese Dokumente, die bald mehr als 20 Bände umfassen, ein derartiges Material sind, daß kein Gelehrter auf der ganzen Erde, der überhaupt über die Politik der letzten Jahrzehnte schreibt, an diesen Dokumenten vorbeigehen kann. Es handelt sich, wenn die Kriegsschuldlüge beseitigt werden soll, nicht darum, wie der eine und andere im engen Kreise denkt, sondern es kommt darauf an, was die Wissenschaft als Ergebnis feststellt und was später von der Wissenschaft an die Öffentlichkeit übergeht. Ich glaube, die anderen Mächte werden gezwungen sein, zum Teil ihre Archive zu öffnen, weil sie in die Defensive gedrängt werden durch diese Veröffentlichungen, weil sich danach die Behauptungen, daß Deutschland eine imperialistische Politik getrieben habe, nicht mehr halten lassen. Diese Dinge werden sich im Laufe der Jahre an jeder Universität unweigerlich durchsetzen.

Daneben steht aber die Frage, in der Öffentlichkeit für diese Dinge zu wirken, und ich glaube, daß nach der Richtung die Regierung kaum eine Gelegenheit vorbeigehen gelassen hat, um das zu tun.

Nun die Frage: ist im Sachverständigengutachten erneut eine Behauptung von deutscher Kriegsschuld enthalten? Das muß ich zurückweisen. Ich finde sie nicht im Sachverständigengutachten. Was dort gesagt ist, ist etwas ganz anderes als die moralische sogenannte Kriegsschuld Deutschlands. Es ist dort gleich im Anfang gesagt: Deutschland, das keine Verwüstungen erlitten hat, hat die moralische Verpflichtung, Leistungen zu machen an diejenigen Länder, die durch den Krieg verwüstet worden sind[46]. Das ist nach meiner Auffassung die Gegenüberstellung, gegen die ich mich auch wende, von Deutschland als eines Landes, das im Besitz seiner ganzen wirtschaftlichen Hilfsquellen ist, gegen Frankreich und Belgien, die kaputt sind. Es ist ausdrücklich in demselben Paragraphen gesagt, daß alle diese Vorschläge keine Strafmaßnahmen darstellen. Der Versailler Vertrag enthält Strafmaßnahmen, aber gerade dieser Satz im Gutachten steht in schärfster Gegnerschaft zu dem betreffenden Artikel des Versailler Vertrages. Wenn in irgendeiner Form bei den Verhandlungen in London von gegnerischer Seite auch nur mit einem Worte von einer deutschen Kriegsschuld gesprochen werden sollte, die Deutschland verpflichte, das Gutachten auszuführen – ich glaube, Sie können versichert sein, daß der Herr

[45] Otto Hoetzsch (1876–1946), Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die DNVP 1920–1929, für die Konservative Volkspartei 1929–1930). – Der angesprochene Artikel Hoetzschs in der „Kreuz-Zeitung“ (Neue Preußische Zeitung) konnte nicht ermittelt werden.

[46] So in Teil I, Abs. I, des Sachverständigen-Gutachtens (zum Drucknachweis vgl. oben Anm. 5).

Reichskanzler[47] oder wer nach London geht, in der allerschärfsten Weise dagegen Protest einlegen und Anlaß nehmen wird, diesen Protest schriftlich einzureichen. Dagegen sage ich Ihnen ebenso offen: jetzt in diesem Stadium des letzten Kampfes um die Entscheidung die Frage der Kriegsschuldlüge in die Verhandlungen um das Sachverständigengutachten hineinzuwerfen, halte ich nicht für einen Schritt, der irgendeinen Erfolg mit sich bringt, sei es ein Erfolg nach der Richtung, daß irgend jemand darauf eingeht; wohl aber kann ein Mißerfolg dadurch herbeigeführt werden, daß die Situation sich dadurch außerordentlich versteift und daß wir nicht nur Frankreich, sondern noch einmal alle vorhandenen Mächte gegen uns haben, die uns in diesem Augenblick, wo auch uns daran gelegen sein muß, daß das Sachverständigengutachten durchgeführt wird, vorwerfen würden, daß wir diese Gelegenheit zu dieser Frage benutzten.

Ich habe meinerseits – ich glaube, daß das Kabinett mir darin zustimmen wird – einen anderen Zeitpunkt in Aussicht genommen[48]. Ich bin der Meinung, daß wir in dem Augenblick, wo unsere Publikation abgeschlossen ist, was voraussichtlich in zwei bis drei Monaten der Fall sein wird[49], diese Publikation den Regierungen der Welt übersenden und den Abschluß dieser Publikation zum Anlaß nehmen, um die Öffnung der Archive zu verlangen, um unsererseits unter Protest gegen die Kriegsschuldlüge eine amtliche Behandlung dieser Frage zu fordern. Dann haben Sie einen Anlaß, der nicht mit den jetzigen politischen Entscheidungen zusammenhängt. Wir können dann in einer Zeit, die nicht belastet ist durch politische Notwendigkeiten und Bedrückungen und in der unser Wirtschaftsleben die Möglichkeit ruhiger Entwicklung hat, diese ganze Frage behandeln, wobei ich bemerke: ich hoffe, daß wir dann die politische Diffamierung loswerden, ich hoffe nicht, daß wir realpolitisch das geringste dadurch eintauschen. Wer mir irgendwie nachweisen kann, daß bei der Einstellung der Regierungen in Frankreich, England und anderwärts realpolitisch ein Erfolg daraus herzuleiten wäre, dem wäre ich dankbar. Ich habe die Empfindung, als wenn unser Volk in Gefahr ist, einer neuen Illusion zu unterliegen, nämlich der, daß, wenn

[47] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926).

[48] Vgl. (in dieser Edition) Stresemanns Rede in Karlsruhe vom 15. Juni 1924.

[49] Tatsächlich zog sich die Veröffentlichung der in Anm. 44 genannten Edition bis 1926 und damit bis zum Erscheinen des 39. und letzten Dokumentenbandes hin (1927 erschien noch ein Registerband).

wir mit dieser Frage durchkommen, der Versailler Frieden erledigt wäre, die ganze Reparationsfrage erledigt wäre. Das ist eine Auffassung, die leider keine realpolitische ist.

Darf ich noch zu der Frage der Annahme, der Beschleunigung der Durchführung eins sagen. Ich habe zum Ausdruck gebracht, daß wir das größte Interesse an einer beschleunigten Entscheidung über die Frage haben. Ich möchte das hier stark zum Ausdruck bringen. Ich glaube, der Herr Finanzminister[50], der Herr Wirtschaftsminister[51] und die Ministerpräsidenten der Länder werden mit mir darüber übereinstimmen, daß eine Fortführung der Wirtschaft bei der gegenwärtigen Lage bis in den Oktober hinein sehr schwer zu tragen sein wird. Man glaubt nicht, was ein Volk leisten kann. Aber wie wir bei steigender Arbeitslosigkeit, Verminderung des Exports und einer Hoffnungslosigkeit in unserer Industrie, die jede Initiative tötet – das ist, glaube ich, das mindeste, was man diesbezüglich sagen muß –, noch die Micumverträge weiter finanzieren wollen, ist mir unklar. Tun wir das aber nicht, helfen wir der Kohlenindustrie, die dort von den Franzosen und Belgiern ausgebeutet wird, nicht, bewahren wir sie nicht vor diesen Lasten, dann habe ich die allergrößte Sorge. Es gilt verstärkt für die Frage des Nein, falls sich das aus der Reichstagsverhandlung ergeben würde, daß wir die Situation erleben, die der Herr Reichskanzler in der ersten Zeit seiner Kanzlerschaft und die ich während der ganzen Zeit meiner Kanzlerschaft erlebt habe, diese furchtbaren Verhandlungen mit den Vertretern des besetzten Gebietes, die nach Berlin kamen, um Hilfe riefen, und denen die Reichsregierung sagen mußte: wir können Euch nicht helfen. Das hat damals zu Belastungen im Rheinlande geführt, von denen sich mancher keine Vorstellung macht. In der Zeit, als man damit umging, die Goldnotenbank in Köln[52] zu schaffen, habe ich die Empfindung gehabt: Es fängt mit der wirtschaftlichen Selbständigkeit an und endet mit der politischen Selbständigkeit. Wenn die Herren von der Industrie, die nun, glaube ich, schon über das Aktienkapital hinaus mit Schulden belastet sind, die schließlich für das Reich übernommen worden sind, vor die Frage gestellt würden, daß sie weiter Reparati-

[50] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP).

[51] Eduard Hamm (1879–1944), Reichswirtschaftsminister 30. November 1923 – 15. Januar 1925; Mitglied des Reichstags 1920 – Mai 1924 (für die DDP); 1. Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages 1925–1933.

[52] Über einige Wochen hinweg war im Oktober und November 1923 zwischen Reichsregierung und Vertretern des besetzten Gebiets die Errichtung einer eigenen („rheinischen“) Goldnotenbank in Köln kontrovers diskutiert worden; vgl. beispielsweise die Kabinettssitzung vom 9. November 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1000–1005).

onsprovinz bleiben sollen, wenn der Zustand der Rechtsunsicherheit im besetzten Gebiet bleiben soll, bei dem die Menschen nicht wissen, ob sie nicht morgen Haus, Hof, Geschäft und Vermögen verlieren, wenn irgend ein Denunziant sie denunziert, wenn anstelle der ersten Entspannung, der Rückkehr der Gefangenen und Ausgewiesenen[53] eine neue Poincarésche Politik kommen sollte, so habe ich die sehr bedenkliche Auffassung, die, glaube ich, durchaus begründet ist durch die Tatsachen, daß wir um die Einheit des Reiches spielen, um den Zusammenhang des deutschen Volkes, daß anstelle einer ruhigen Entwicklung, wie man sie jetzt dort erhofft, neue Kämpfe kämen, die das besetzte Gebiet nicht zu tragen vermöchte.

Ich sehe bei einem Nein voraus, daß wir die ganze Welt einheitlich gegen uns haben, und da tröstet mich auch nicht, daß diese oder jene Zeitschrift, dieser oder jener Gelehrte eines neutralen Landes anderer Meinung ist. Ich habe mich dagegen gewandt, daß wir den Sachverständigenbericht den Dawes-Bericht[54] nennen. Ich habe auch niemals gesagt: dieses Gutachten ist die wirtschaftliche Bibel. Das ist grober Unfug. Jedem von uns juckt es ja in den Fingern, eine Gegendenkschrift zu schreiben. Aber für die Amerikaner ist es, das habe ich gesagt[55], das Evangelium der Wirtschaft, ist es dieser Stolz, daß sie sagen: wir haben den Krieg entschieden, und wir haben nun den Frieden gemacht. Die Macht, die nein sagt, würde das Schwergewicht der Vereinigten Staaten gegen sich haben. Ich bin der Meinung, daß Frankreich nur ja sagt, weil es diese Einstellung fürchtet. Denn ich sehe in dem Gutachten

---

[53] Stresemann bezieht sich hier auf die während der Zeit der Ruhrbesetzung durch französische und belgische Militärgerichte wegen aktiven oder passiven Widerstandes zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafen Verurteilten sowie auf diejenigen Menschen, die als Reaktion auf ihren passiven Widerstand zusammen mit ihren Familien aus dem Ruhrgebiet und dem besetzten Rheinland von den Besatzungsbehörden ausgewiesen worden waren. Herriot hatte seinen Botschafter Margerie bereits am 20. Juni 1924 in Berlin mitteilen lassen, daß er eine sehr schnelle umfangreiche Amnestie für die Verurteilten und die Rückkehrbewilligung für die Ausgewiesenen beabsichtige (vgl. die Aufzeichnung Stresemanns vom 20. Juni 1924 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 365–366). – Nach Zeitungsberichten waren am 27. Juni 1924 die Anordnungen getroffen worden, alle aus dem Ruhrgebiet und dem Düsseldorfer Brückenkopf Ausgewiesenen zurückkehren zu lassen, sowie alle Strafaufhebungen für die wegen passiven Widerstandes Verurteilten angeordnet worden (so die Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21479 [Morgenausgabe] vom 28. Juni 1924, S. 1); am 28. Juni 1924 sei bereits „17.460, das heißt unter Zurechnung der Familienmitglieder etwa hunderttausend“ Ausgewiesenen die Rückkehr erlaubt worden (ebd., Nr. 21480 [Morgenausgabe] vom 29. Juni 1924, S. 7; ähnliche Angaben in der WIENER ZEITUNG, Nr. 148 vom 30. Juni 1924, S. 3; in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 306 vom 29. Juni 1924).

[54] Für das Gutachten des Ersten Sachverständigen-Ausschusses war zwischenzeitlich vielfach der Begriff „Dawes-Bericht“, „Dawes-Gutachten“ oder „Dawes-Plan“ geläufig geworden nach dem Namen des Ausschußvorsitzenden Charles Gates Dawes (1865–1951), US-amerikanischer Bankier und Politiker; Vorsitzender des 1. Sachverständigenausschusses 1924; Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1925–1929; Botschafter in London 1929–1932.

[55] Vgl. etwa Stresemanns Reichstagsrede vom 6. Juni 1924 (in dieser Edition), wo er davon spricht, daß die Amerikaner das Sachverständigen-Gutachten als „wirtschaftliche Bibel der Gegenwart“ auffassen würden.

noch einigermaßen eine Einstellung, wie sie einstmals die großen europäischen Mächte im Konflikt zwischen Rußland und Japan[56] gegen Japan genommen haben. Das ist die Einstellung der anglo-amerikanischen Welt gegen den französischen Imperialismus. Die sagt: du mußt hier heraus, wir dulden nicht, daß du die Wirtschaftskraft Deutschlands aussaugst, du hast dich mit uns wirtschaftlich zu verständigen. England allein ist gegenüber Frankreich schwach. Wenn dagegen die Vereinigten Staaten nur auf den Knopf drücken und an Frankreich die Aufforderung richten, seine rückständigen Zinsen für die Kriegsschuld[57] zu bezahlen, dann ist der Franken im Abgrund, dann ist die ganze französische Wirtschaft, sind alle französischen Rentner dem Nichts ausgesetzt, dem wir ausgesetzt gewesen sind beim Zusammenbruch unserer Währung[58]. Deshalb darf das französische Kabinett nicht gegenüber Amerika ein Nein aussprechen.

Wenn wir aber nein sagen, ist die Richtung Herriot glatt erledigt, dann kommen der General Castelnau[59] und diese Leute, und was dann aus unserem bedrückten Volke werden wird, ist eine Frage, die niemand von uns beantworten kann. Wir würden keine Erleichterungen haben, im Gegenteil, wir würden auch im unbesetzten Gebiet wirtschaftlich den traurigsten Zuständen entgegengehen, wir würden uns politisch vollkommen zerfleischen und außenpolitisch keine Bewegungsfreiheit haben.

Ich möchte andererseits betonen: wenn jemand sagt, diese Dinge seien auf die Dauer nicht durchzuführen, dann soll er doch das Eine nicht vergessen, was ich nie als Außenminister vor Annahme des Gutachtens sagen werde: daß uns immer der Rückgriff auf den Artikel 91[60] bleibt, wo gesagt ist, daß Deutschland das Recht hat, die Nachprüfung seiner Leistungsfähigkeit zu fordern, daß wir davon im Jahre 1927 Gebrauch machen können, daß wir in diesem Augenblick, da selbst die Sachver-

[56] Stresemann bezieht sich vermutlich auf die prorussische Haltung der meisten europäischen Großmächte im Umfeld der Friedensverhandlungen von Shimonoseki zur Beendigung des chinesisch-japanischen Krieges von 1894/95, als russische Interessen tangiert waren.

[57] Gemeint sind die französischen Schulden gegenüber den USA, die aus den amerikanischen Krediten für Frankreich während des Weltkriegs resultierten.

[58] Gemeint sind die Hyperinflation und der Zusammenbruch der Reichsmark im Herbst 1923. Eine tabellarische Übersicht über deren Entwicklung in den Monaten August – November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1218–1223.

[59] Édouard, vicomte de Curières de Castelnau (1851–1944), französischer General des Ersten Weltkriegs; Mitglied der französischen Abgeordnetenkammer; 1924 Gründer und bis zu seinem Tod Präsident der gegen die Laisierungspolitik des „Cartel des gauches“ (insbesondere in Elsaß und Lothringen) gerichteten „Fédération nationale catholique“.

[60] So in der Vorlage. Gemeint sein könnte Teil VIII, Anl. II, § 9 des Versailler Vertrags, wonach die Reparationskommission auf Antrag der deutschen Regierung die von Deutschland im Hinblick auf seine Zahlungsfähigkeit vorgebrachten Fragen zu prüfen hat (VERTRAG VON VERSAILLES S. 113), oder dessen Art. 234, wonach die Reparationskommission „von Zeit zu Zeit“ die deutsche Leistungsfähigkeit zu prüfen und Deutschland Gehör zu bieten hat (ebd., S. 107).

ständigen gesagt haben, ihre Lösung sei eine provisorische, auch die Möglichkeit haben, nachdem drei Jahre wirtschaftlicher Entwicklung vor den Augen der Welt liegen und nicht ein deutscher Finanzminister darüber berichtet, sondern internationale Sachverständige sagen werden: so sind die Einnahmen, so sind die Entwicklungen, – daß wir da auch die Möglichkeit haben, von den Milliarden herunterzukommen. Ich würde das heute nicht sagen, sonst würde man sofort rufen: Aha, sie haben das noch nicht unterschrieben, da denken sie schon wieder an das Nichterfüllen. Aber daß wir von diesem Recht Gebrauch machen, sobald die Dinge nicht so gehen, ist klar.

Und dann als letzte die Frage der Transferierung[61]. Ich will nicht über die wirtschaftliche Frage der Transferierung sprechen. Ich sehe in diesem ganzen Transfer eine Institution, die ihre große politische Bedeutung hat, die sie vielleicht nach der Richtung hat, der Welt klar zu machen, daß der ganze Weg, Deutschland zu einem Reparationsland zu machen, überhaupt nicht geht. McKenna[62], der an diesem Komitee mitgewirkt hat, hat seinerzeit in London gesagt: zweierlei kann man nicht, man kann nicht von Deutschland Reparationen in großem Ausmaße verlangen und gleichzeitig Deutschlands Wiederaufstieg zu der ersten weltwirtschaftlichen Macht verwirklichen. Entweder zahlt Deutschland Reparationen, dann wird es gleichzeitig die ganze Welt wirtschaftlich beherrschen, und daran haben wir Engländer kein Interesse, oder Deutschland wird nicht in dieser Weise alle anderen Länder wirtschaftlich unterjochen, dann kann es auch keine Reparationen zahlen. Wenn es 2 1/2 Milliarden Goldmark aus seinem Überschuß zahlen soll, involviert das eine wirtschaftliche Entwicklung, die viel größer sein müßte als die, die wir 1913 gehabt haben. Das ist unmöglich. Wenn aber dieser Überschuß nicht da ist, wenn dann Jahre hindurch der Transferagent sagen wird: ich habe die Steuern bekommen, ich kann sie euch aber nicht übertragen in die anderen Länder, das ertragen die anderen Länder nicht, dann ist der Augenblick gekommen, wo man sich aufs neue an den Tisch setzen wird, weil man sagen wird: es geht nicht, daß Deutschland diese Dinge nicht an die anderen Länder übertragen kann, ohne seine Währung zum Zusammenbruch zu bringen.

---

[61] Gemeint ist die in der Anl. 6 des Sachverständigen-Gutachtens vorgeschlagene Transferierung deutscher Reparationszahlungen zunächst an einen „Agenten für Reparationszahlungen“, der die Weiterleitung der Zahlungen nur tätigen soll, „ohne die Stabilität der deutschen Währung zu bedrohen“ (zum Druckort vgl. oben Anm. 5).

[62] Reginald McKenna (1863–1943), amerikanischer Politiker (mit verschiedenen Ministerposten bis 1916) und Bankier; Vorsitzender des 2. Sachverständigen-Ausschusses 1924. – Auf welche Äußerung McKennas Stresemann sich bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

Aus dem Grunde habe ich das Empfinden, daß die Engländer sowohl ebenso wie die Amerikaner mit einem Augenblinzeln nach der politischen Seite die Dinge gemacht haben, um vor der Welt zu beweisen, daß die ganzen Reparationen nicht so gehen, wie man bisher geglaubt hat, wo man einfach sagte: Deutschland muß soundsoviel zahlen.

Dann noch ein Wort wegen der Endsumme. Hier wird gesagt, es sei ein Fehler, daß die Endsumme fehle. Der Meinung sind wir innerhalb der Reichsregierung nicht. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat gestern einen Beschluß gefaßt[63], in dem der Satz steht: seit seinem letzten Beschluß – das dürfte im April gewesen sein – hätten sich die Verhältnisse in Deutschland doch schon insoweit geändert, daß die Zweifel, ob wir die Leistungen erreichen können, stärker wären als früher. So ungefähr heißt es da. Das ist eine Entscheidung nach wenigen Monaten. Wenn wir in jenen Januar- und Februartagen, als die Sachverständigen ihr Gutachten machten, sie auch damit betraut hätten, die Endsumme festzustellen, wäre ebenfalls eine Summe herausgekommen, die jetzt innerhalb eines unteilbaren Ganzen wäre und bei der wahrscheinlich heute auch schon das ganze Volk aufschreien würde, so daß die Zweifel an der Erfüllbarkeit sich sehr verstärkt hätten. Wir hatten noch bis 1924 die ganz falsche Vorstellung der Welt von ganz ungemessenen Leistungen Deutschlands. Immer wieder finden Sie im Ausland die Auffassung: England hat 80 Milliarden Kriegsschulden[64] zu verzinsen, das arme England; Frankreich hat eine geringere Kriegsschuld zu verzinsen, aber es hat die zerstörten Gebiete, das arme Frankreich; Deutschland hat dagegen sein ganzes wirtschaftliches Instrument intakt, es hat seine Industrie vergrößert, seht die gemeinen Kerle in Deutschland, die keine Reparationen zahlen wollen. Man übersieht natürlich, daß wir zwar das Instrument haben, aber kein Betriebskapital. Die internationale Verschuldung der deutschen Wirtschaft wird nicht gesehen. Es wird nicht gesehen, wie zerstört durch die Inflation die ganze wirtschaftliche Kraft Deutschlands ist. In dieser Zeit die Endsumme Deutschlands zu fordern, wäre ein Risiko gewesen, dem ich mich nicht unterworfen hätte. Lassen Sie einige Jahre vergehen, in denen Frankreich keine Reparationen bekommt, weil sie nicht zu zahlen sind aus dem Überschuß der deutschen Wirtschaft, und man wird über die endgültige Leistungsfähigkeit Deutschlands anders denken als bisher. Wir

[63] Dazu und zum vorangegangenen Beschluß des RdI vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 777–778, Anm. 24.

[64] Gemeint sind auch hier (vgl. oben mit Anm. 57) Schulden aus Krediten, die Großbritannien im Weltkrieg in den USA aufgenommen hatte.

werden wieder in die Höhe kommen können. Es wird langsam gehen, nicht in der Form, wie die andern es sich vorstellen. Mir schwebt vor, daß man in irgendeiner Form fordert, innerhalb einer bestimmten Zeit die Fixierung festzusetzen, daß man sie aber gegenwärtig nicht fordern soll, weil die Summe heute höher werden würde als sie früher gewesen ist. Wenn Sie sehen, wie man Simons' Angebot[65] von 50 Milliarden höhnisch zurückgewiesen hat, wie Lloyd George[66] sich darüber geäußert hat, wie man das Angebot Cunos[67] von 30 Milliarden als geeignete Grundlage bezeichnet hat, so bin ich überzeugt, daß wir hier hinunter- und nicht heraufkommen mit der Entwicklung der nächsten Jahre.

Das ist im wesentlichen die Stellung, die die Reichsregierung in dieser Frage politisch einnimmt, über die ich hier heute einleitend berichten wollte.

[…][68]

Minister des Auswärtigen Dr. Stresemann: Der Herr Bayerische Ministerpräsident[69] hat in seinen Ausführungen die Frage aufgeworfen, ob genügende Sicherheit dafür bestände, daß eine Revision der deutschen Zahlungshöhe stattfinden könne, namentlich für das Jahr 1928, das wir als Grenzpunkt ansehen, in dem es klar wird, ob die Leistungen innerdeutsch aufgebracht werden können. Ich darf darauf zurückkommen, daß ich in meinen Ausführungen gesagt habe: uns steht das Recht, die deutsche Zahlungsfähigkeit prüfen zu lassen, unbedingt für jedes Jahr, für jeden Zeitraum zu, nicht nur für das Jahr 1928. Der Vertrag von Versailles bleibt bestehen. Der Vertrag von Versailles hat ganz ausdrücklich an einer Stelle davon gesprochen, daß die Leistungsfähigkeit für uns die obere Grenze unserer Leistungen ist und hat uns das Recht gegeben, die Prüfung dieser Leistungsfähigkeit von den Alliierten zu

---

[65] Walter Simons (1861–1937), Reichsaußenminister 1920–1921 (parteilos); Präsident des Reichsgerichts und des Reichsstaatsgerichtshofs 1922 – April 1929. – Simons' Reparationsangebot vom 1. März 1923 und die Antwort Lloyd Georges vom 3. März 1923 gedruckt im Weißbuch SAMMLUNG VON AKTENSTÜCKEN ÜBER DIE VERHANDLUNGEN AUF DER KONFERENZ ZU LONDON (Wiederabdruck in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 366, Anl. 1640 [mit eigener Seitenzählung]).

[66] David Lloyd George (1863–1945), britischer Premierminister 1916–1922.

[67] Wilhelm Cuno (1876–1933), Reichskanzler 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos. Vor bzw. nach seiner Kanzlerschaft Generaldirektor bzw. Vorstandsvorsitzender der Hapag. – Das Reparationsangebot der Regierung Cuno vom 2. Mai 1923 in Höhe von 30 Milliarden Goldmark wurde tatsächlich von den Alliierten als nicht hinreichend abgelehnt (die betreffende deutsche Note und die Antworten der Alliierten in Auszügen in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 121–132).

[68] Nach längeren Ausführungen von Reichsfinanzminister Luther und nach der von einer Mittagspause unterbrochenen Aussprache von Vertretern der Länder mit dem Reichskanzler, den Ministern und Reichsbankpräsident Schacht (Protokoll in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 779–821) ergreift Stresemann erneut das Wort.

[69] Heinrich Held (1868–1938), bayerischer Ministerpräsident 2. Juli 1924 – 1933 (1930–1933 geschäftsführend). – Sein Beitrag in der Aussprache ebd., S. 792–797.

verlangen[70]. Ich halte es nur nicht für richtig, dieses unbedingt feststehende Recht jetzt in die Debatte zu werfen, weil man dann annehmen würde, daß wir von vornherein diesen Vorbehalt machen, ohne die Entwicklung Deutschlands selbst voraussehen zu können. Aber ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten, sich davon zu überzeugen, daß gar kein Zweifel daran bestehen kann, daß dieses Recht auf unserer Seite ist, und er wird überzeugt sein können, daß eine Deutsche Regierung, wenn sie sich vor der Unmöglichkeit sieht, diese Leistungen innerdeutsch aufzunehmen, dann auch davon Gebrauch machen kann und dann auch unterstützt sein wird, gerade auch von Vertretern fremder Mächte, die über diese Leistungsfähigkeit Beratungen gepflogen haben. Dann ist es unmöglich zu sagen: ihr habt eure Steuern nicht angespannt, eure Finanzverwaltung ist schlecht, wie es jetzt immer geschieht. Das ist unmöglich, nachdem ausländische Vertreter bei der Prüfung dieser Fragen beteiligt sind.

Dann ist weiter die Frage aufgeworfen worden, ob nicht jetzt der gegebene Augenblick und die gegebene Gelegenheit wäre, die Kriegsschuldfrage in die Debatte zu werfen. Ich darf auf diese Frage hier doch noch einmal eingehen. Der Bayerische Herr Ministerpräsident sagte, es sei doch in meinen Ausführungen die Kriegsschuldfrage vielleicht etwas zu stark lediglich vom außenpolitischen Gesichtspunkt aus betrachtet worden, ich hätte vielleicht nicht genügend die psychologische Wirkung in Deutschland beachtet. Es ist ja schließlich mit meinem Ressort vereinbar, daß ich zunächst diese außenpolitischen Gesichtspunkte geltend sein lassen muß. Aber ich habe mir auch gerade in bezug auf London die innerdeutschen Wirkungen überlegt und halte gerade den Rückschlag für unerwünscht, der sich aus folgender Zusammenstellung ergibt. Sie sind alle der Überzeugung, daß wir eines nicht erreichen werden, daß man auf Grund dieses Hineinwerfens der Kriegsschuldfrage in eine ganz andere Tagesordnung zu einer Entscheidung gelangt, die unser deutsches Volk befriedigt. Ist das aber der Fall, dann kommt für die deutsche öffentliche Meinung folgende Konstruktion: ihr habt die Frage aufgeworfen, ihr habt einen échec erlitten, und trotzdem habt ihr unterschrieben. Und dann wird sich die innerdeutsche Stimmung noch viel mehr gegen die Regierung wenden, die diesen Plan unterschreibt.

Unsere öffentliche Meinung stellt sich das zu leicht vor, wie diese Dinge ihre Wege gehen. Wenn innerhalb der Verhandlungen von London irgendwie – es gibt zwei Möglichkeiten, und ich gehe die einzelnen Möglichkeiten durch – durch irgendeine

[70] Vgl. oben mit Anm. 60.

Provokation von außen uns gegenüber von einer moralischen Verpflichtung Deutschlands gesprochen wird, sei es im Sinne des Friedensvertrages von Versailles, sei es im Sinne dieser unglücklichen Fassung, die sich hier einleitend ergibt[71], dann können Sie dessen überzeugt sein, daß die deutschen Vertreter diese Gelegenheit benutzen werden, um darauf sofort zu antworten und die ganze Frage von unserem deutschen Standpunkt aus gegenüber einer derartigen Provokation aufzurollen.

Dann die zweite Frage: sollen wir die Gelegenheit ergreifen und die Frage der Kriegsschuld in die Debatte hineinwerfen, wenn die Tagesordnung, die wahrscheinlich eine sehr nüchterne ist und etwa lautet: a) Art der Inkraftsetzung des Planes der Ordonnanzen[72], die zurückgenommen werden sollen, b) Feststellung der Instanzen, die entscheiden sollen über die Auslegung des Gutachtens – eine wichtige Frage, denn die Verschiedenheiten der Auffassung über die Auslegung sind sehr groß –, wenn diese Tagesordnung es nicht ergibt, sollen von uns aus entweder am Anfang der ganzen Verhandlungen diese Dinge hineingeworfen werden? Ich würde das nicht für den richtigen psychologischen Moment halten. Wir müssen bedenken, daß auf Herriot ein großer Druck von MacDonald[73] ausgeübt wird, daß Frankreich durch England und Amerika gezwungen wird, diese ganzen Dinge mitzumachen. Ich glaube, in dieser Situation, wo wir die Hilfe der anderen brauchen, um unsere Wünsche durchzusetzen, ist nicht der richtige psychologische Moment für die Aufrollung der Kriegsschuldfrage.

Ein Drittes – und ich möchte diese dritte Frage gern durchdenken –: es fragt sich, ob die Einladung an uns die Möglichkeit gibt, in der Antwort einmal eine grundsätzliche Klarstellung unserer Stellung zum Sachverständigengutachten zu geben und zu sagen, daß wir bereit sind, auf diese Vorschläge einzugehen, dabei aber zurückweisen, daß wir das täten aus den und den Gründen, vielmehr ankündigten, daß wir nach Abschluß der Publikation – das wäre in zwei bis drei Monaten[74] – keine Vertagung ad calendas graecas wünschen, sondern die Frage der Kriegsschuld wieder aufrollen würden. Dann haben wir unseren Standpunkt international niedergelegt.

---

[71] Gemeint ist: im Sachverständigen-Gutachten (vgl. oben mit Anm. 46).

[72] Infolge der Besetzung des Ruhrgebiets und des anschließend ausbrechenden passiven Widerstands im gesamten besetzten Gebiet hatte die Interalliierte Rheinlandkommission zahlreiche Ordonnanzen erlassen. Sie finden sich u.a. wiedergegeben in DAS RHEINLANDABKOMMEN UND DIE ORDONNANZEN.

[73] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenmininster) und 5. Juni 1929–1935.

[74] Gemeint ist die oben mit Anm. 44 genannte „Große Politik der europäischen Kabinette“; zu ihrem tatsächlichen Abschluß vgl. auch oben Anm. 49.

Wollen die Herren mit uns daraufhin debattieren, dann sind wir gern bereit. So sind die Dinge aktenkundig vor der Welt, ohne daß wir die Verhandlungen damit belasten. Es scheint mir gegenwärtig, als wenn das der beste Weg ist, um einmal die amtliche Aufrollung anzukündigen.

Ich möchte in diesem Zusammenhange vertraulich sagen, daß der französische Ministerpräsident Herriot mich dringend ersucht hat, vor Abschluß des Sachverständigengutachtens nicht über die Kriegsschuld zu sprechen[75], weil seine Stellung dadurch außerordentlich erschwert würde, eine Bitte, die eine gewisse Bedeutung hat aus dem Gesichtspunkt, daß wir mit diesem Herriot nun einmal die Verständigung herbeiführen wollen. In dieser Form bietet sich vielleicht ein Weg, um das zu erfüllen, was das deutsche Volk will.

Der Hessische Staatspräsident[76] hat die Frage der Sanktionen aufgerollt, und ich verstehe das brennende Interesse, das die Länder haben, die durch ihre Lage von den Sanktionen besonders betroffen werden, die nicht mehr wissen, ob sie die Staatssouveränität innerhalb ihrer eigenen Grenzen noch haben[77].

Nun haben wir Mitteilungen bekommen, die wir auch an die Presse gegeben haben, in denen das Programm der Konferenz bekanntgegeben wird[78]. Dabei ist bezüglich der Sanktionen folgendes gesagt: Es ist zunächst einmal gesagt, wie die Dinge vor sich gehen sollen: 1. Die Alliierten treten dem Sachverständigenplan bei. 2. Deutschland verabschiedet seine Gesetze. 3. Frankreich und Belgien ziehen ihre Ordonnanzen zurück. 4. Die alliierten Mächte verpflichten sich, keine Sanktionen mehr anzuwenden, ...[79] liegen. Hier wird der Reparationskommission und den Alliierten das Recht genommen, ihrerseits darüber zu entscheiden, ob ernstliche Verfehlungen Deutschlands vorliegen. Es wird unsere Aufgabe sein, für einen unparteiischen Schiedsgerichtshof zu sorgen, der seinerseits die Entscheidung zu treffen hat.

Der Herr Mecklenburgische Ministerpräsident[80] wird zugeben, daß die Dinge, die

---

[75] Ein entsprechendes Ersuchen Herriots konnte nicht ermittelt werden.

[76] Carl Ulrich (1853–1933), hessischer Ministerpräsident (ab 1919 mit dem Titel Staatspräsident) 1918–1928; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1930 (für die SPD). – Sein Beitrag in der Aussprache in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 806–808.

[77] Ulrich hatte in seinem Redebeitrag unter Verweis darauf, daß 40 Prozent seines Landes besetzt seien, auf den Vorteil hingewiesen, wenn künftig nicht mehr mit Sanktionen durch die Alliierten gerechnet werden müsse.

[78] Vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 445, Anm. 2. – Zum Stand des Konferenzprogramms vgl. auch SCHULTHESS 65 (1924), S. 412–413.

[79] So in der Vorlage.

[80] Joachim Freiherr von Brandenstein (1864–1941), Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin März 1924 – April 1926. – Sein Beitrag in der Aussprache in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II,

bisher bekanntgeworden sind, einen anderen Geist zeigen als die Methoden, die bisher angewendet worden sind. Man entkleidet sich selber der Rechte, die man bisher gehabt hat und stellt das eine fest: daß nicht wieder Vorleistungen gefordert werden, sondern daß beiderseits geleistet wird. Zwei bis drei Monate[81] nach unserer Verabschiedung sollen die Franzosen ihre Ordonnanzen zurückziehen. Ich lese weiter – und habe Grund, das für richtig anzunehmen –, daß man mit dem 1. September rechnet als dem Tage, an dem das ganze Sachverständigengutachten erledigt sein kann, und daß man damit rechnet, daß dann auch die Möglichkeit gegeben sei, jene 40 Millionen Pfund, die in England und Amerika angelegt werden, auch für die Durchführung des Sachverständigengutachtens zur Verfügung zu stellen.

Dann noch etwas anderes in diesem Zusammenhange: Sie haben gestern eine Rede des Herrn Morel[82], des Unterstaatssekretärs in England, gelesen, die ich als eine ganz starke moralische Unterstützung ansehe und die sich praktisch so auswirken wird. Er hat sich da entschieden dagegen ausgesprochen, daß der englische Markt weiter für Kriegsanleihen der kleinen Entente[83] zur Verfügung gestellt wird. Er hat darauf hingewiesen, daß ein Land wie Jugoslavien 1000 Millionen Mark für Kriegsrüstungen ausgebe und hat erklärt, daß es nicht geht, Deutschland abzurüsten und anderen Ländern Kriegsanleihen für Rüstungszwecke zu geben. Das ist ein Zeichen dafür, daß ein Gedanke durchkommt: ihr habt die Abrüstung bei Deutschland durchgeführt, ihr selbst aber seid es schuldig geblieben! Wenn jetzt von seiten eines Staates wie England – und das ist der stärkste Hemmungsfaktor für Rüstungen – der Geldmarkt für Rüstungsausgaben gesperrt wird, und wenn einmal den anderen gesagt wird: ihr seid die moralisch Schuldigen, die weiter rüsten, während ihr Deutschland abgerüstet habt, dann sehe ich aus den Dingen doch eine andere Atmosphäre als die, in der wir bisher gelebt haben, in der man versucht hat, immer nur Deutsch-

S. 818–821. Brandenstein äußerte als einziger der Ländervertreter für sein Land eine grundsätzlich ablehnende Stellungnahme gegenüber der Haltung der Reichsregierung zum Sachverständigen-Gutachten.

[81] So in der Vorlage; dort (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 824, Anm. 86) wird vom Bearbeiter vermutet, daß es wohl „zwei bis drei Wochen“ heißen müsse.

[82] Edmund Dene Morel (1873 – 12. November 1924), Mitglied des britischen Unterhauses 1922–1924. Morel galt als designierter Außenminister, ehe MacDonald das Außenministerium selbst übernahm. Unterstaatssekretär war er tatsächlich nicht. Stresemanns Irrtum (oder ein Irrtum des Protokollanten) kommt vielleicht daher, daß Morel am Vortag eine Frage an Unterstaatssekretär Ponsonby gestellt hatte, inwieweit die Regierung solche Anleihen wie die (nachfolgend von Stresemann angesprochene) an Jugoslawien verhindern wolle. – Zu Frage und Antwort vgl. THE TIMES, Nr. 43694 vom 3. Juli 1924, S. 9.

[83] „Kleine Entente“ bezeichnet das unter Förderung Frankreichs und zur Abwehr revisionistischer Bestrebungen insbesondere Ungarns 1920/21 entstandene Bündnissystem, das die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien umfaßte.

land zu verdächtigen, während man den anderen alles gestattet hat.

Ich habe eben ein Telegramm aus London bekommen[84], in dem die Auffassung des englischen Ministerpräsidenten über die Konferenz auch näher dargelegt wird, und ich ersehe daraus zu meiner Genugtuung, daß der Standpunkt, den die Reichsregierung im[85] Auswärtigen Amt in bezug auf die Londoner Konferenz eingenommen hat, sich mindestens bei England durchgesetzt hat. Ich habe in meinen ersten Darlegungen gesagt, daß wir zunächst Schwierigkeiten hatten, weil man verlangte, wir sollten erst die Gesetze verabschieden, dann erst soll die Londoner Konferenz kommen und unter Umständen so weit hinausgeschoben werden, bis wir fertig wären. Der englische Ministerpräsident hat ausdrücklich erklärt, es müsse ein Mißverständnis sein, wenn Herriot annehme, daß das die Meinung der Englischen Regierung sei. Er hat weiter erklärt, daß er sich entschieden gegen die Auffassung wende, die in Deutschland bestünde, als wenn ein Ultimatum beabsichtigt sei, daß er sich natürlich mit seinen Alliierten auch zusammensetzen müsse, um ihre Auffassung über das Gesamtgesetz protokollarisch festzustellen, daß man aber auch mit deutschen weitergehenden Vorschlägen rechne und sie in Aussicht gefaßt hätte, und er hat weiter zum Ausdruck gebracht – ich bemerke, daß MacDonald Schotte ist[86] und als solcher sehr zurückhaltend; umso höheren Wert lege ich seiner Äußerung bei –, er glaube aber auch, daß die Fassung, die die Alliierten ihrerseits fassen würden, wahrscheinlich von deutscher Seite nicht als unbefriedigend angesehen werden würde. Er hat weiterhin erklärt, daß die Deutsche Regierung sich loyal und erfolgreich um die Annahme des Sachverständigengutachtens bemüht, daß die Deutsche Regierung sich loyal bemüht habe, eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen. Dies ist die schärfste Zurückweisung dieser Angriffe des „Petit Parisien“[87], der davon gesprochen hat, daß wir die Dinge verzögert hätten, und ich glaube, daß diese Dinge – sie mögen im einzelnen wie Phrasen klingen – von entscheidender Bedeutung für die Ergebnisse einer solchen Konferenz sind, wenn der englische Premierminister sagt, Deutschland hat sich bemüht, eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen.

Aus einer solchen Äußerung leite ich ab, daß die Ruhr geräumt wird. Herriot kann

---

[84] Zum Telegramm Sthamers vom 2. Juli 1924 vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 825, Anm. 87. – Zu dem betreffenden Gespräch Sthamers mit MacDonald vgl. auch den telegraphischen Erlaß MacDonalds an Crewe, den Botschafter in Paris, vom 2. Juli 1924 in DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,26, S. 741–742.

[85] So in der Vorlage.

[86] MacDonald wurde 1866 in Lossiemouth im Norden Schottlands geboren.

[87] Vgl. oben mit Anm. 15.

nun nicht mehr antworten: ich muß in Düsseldorf bleiben; denn ich habe kein Vertrauen zu dem ehrlichen Willen Deutschlands. Deshalb lege ich diesen Äußerungen große Bedeutung bei.

Wenn im übrigen an anderer Stelle derselbe Premierminister gesagt hat[88], er fände, daß sich in Deutschland eine ungerechte Kritik über das Ministerium Herriot geltend mache, so muß ich erklären, daß ich ihm darin zum großen Teil zustimmen muß. Er erklärt in dieser Unterredung, schließlich könnte auch der französische Ministerpräsident nicht auf einmal die ganze Poincarésche Politik umändern. Man müsse in Deutschland Verständnis dafür haben, daß das nur schrittweise ginge, und nicht kritisieren, wie es in einzelnen Fällen geschehen sei.

Der Herr Mecklenburgische Ministerpräsident sagte, er sei von der heutigen Aussprache nicht befriedigt, es sei weniger erreicht, als er geglaubt hätte. In bezug auf diese Frage darf ich sagen, daß mehr erreicht worden ist, als ich angenommen habe. Daß die Rückkehr der Gefangenen und Ausgewiesenen vor Annahme des Sachverständigengutachtens stattfinden würde, habe ich nicht angenommen. Ich habe die Forderung gestellt[89] und habe gedacht, es ist gut auszusprechen, daß man diese große Geste fordert. Daß sie tatsächlich in diesem Maße durchgeführt werden würde, habe ich nicht geglaubt; aber ich muß sagen: es wäre falsch, wenn die deutsche Presse in einen Jubel darüber ausbräche. Wir haben in der deutschen Presse immer nur das Extreme. Ich finde es nicht richtig, wenn der „Vorwärts“[90] als Zentralorgan einer so großen Partei wie der Sozialdemokratie mit ganz großen Lettern „Volksentscheid über das Sachverständigengutachten“ ankündigt. Das muß draußen wirken, als wäre das ein großes Geschenk, das uns gebracht wird. Wenn aber andererseits die Freigabe der Ausgewiesenen und Gefangenen kommt und zwei Zeitungen sagen, das sei der reine Hohn und dem französischen Ministerpräsidenten mit Grobheiten kommen, dann ist das das andere Extrem, das ebensowenig wünschenswert ist, und der französische Ministerpräsident hat Gelegenheit genommen, sich äußerst bitter über die Art und Weise auszusprechen[91], wie [sich][92] die deutsche Presse geäußert hat. Er hat den Vergleich gewagt, Gott habe auch sieben Tage zur Erschaffung der Welt gebraucht; nun verlangen Sie nicht, daß ich in sieben Tagen die gan-

[88] Die betreffende Aussage MacDonalds konnte nicht ermittelt werden.

[89] Vgl. etwa (in dieser Edition) Stresemanns Rede in Karlsruhe vom 15. Juni 1924.

[90] Vgl. SCHULTHESS 65 (1924), S. 35 (über einen diesbezüglichen Beschluß des SPD-Parteivorstands am 9. Mai und die betreffende Meldung im „Vorwärts“ am 10. Mai 1924).

[91] Die entsprechende Äußerung Herriots konnte nicht ermittelt werden.

[92] Diese Textergänzung in der Vorlage.

zen europäischen Verhältnisse hier umkrempeln soll! Weil das geschehen ist, daß wir in bezug auf die Konkurrenz[93] doch damit rechnen können, als durchaus gleichberechtigt über diese ganzen Dinge zu verhandeln, daß wir weiter hier in Aussicht sehen, daß internationales Kapital an der deutschen Wirtschaft sich beteiligt, darin sehe ich doch auch mehr als nur eine Hilfe für die gegenwärtige Krise. Ich sehe darin ein dauerndes Interesse der kapitalistisch eingestellten Kreise der Vereinigten Staaten und Englands für die Zukunft. Bei alledem, was vorhin gesagt worden ist, z.B. über die wirtschaftliche Freiheit Deutschlands, werden wir diese Kreise zu unseren Verbündeten haben. Der einzelne mag es in der Weltordnung als nicht sehr wünschenswert ansehen, daß der Kapitalismus diesen Einfluß hat; aber daß wir ihn im Kriege gegen uns gehabt haben, haben wir mit dem Verlust des Krieges bezahlt. Wäre der amerikanische Kapitalismus nicht gegen uns gewesen, dann hätten wir den Krieg sicher nicht verloren. Die ganzen Schikanen auf kaufmännischem Gebiet, die bisher bestanden haben, daß englische Kolonien den deutschen Kaufmann überhaupt nicht zulassen, werden einer anderen Einstellung Platz machen, wenn die ausländischen Wirtschaftskreise daran interessiert sind, daß ihre Guthaben in Deutschland verzinst werden. Es ist bedauerlich, daß die Lage so ist, wie sie sich darstellt. Aber es ist doch ein Plusfaktor gegenüber den bisherigen Zuständen.

Der Herr Mecklenburgische Ministerpräsident hat die Frage gestellt, wie es mit der Räumung der ersten Zone[94] stände. Ich habe mir die Frage vorgelegt, ob ich diese Räumung der Kölner Zone irgendwie amtlich bei der englischen Regierung einmal zur Sprache bringen soll. Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß ich das nicht tue, und zwar aus folgenden Gründen. Ein Protest dagegen, daß die Fristen laufen, die im Vertrag von Versailles festgestellt sind, hat bisher nur der verflossene französische Ministerpräsident erhoben, das war Herr Poincaré. Dieser Protest ist von seinem Nachfolger nicht aufgenommen worden. Dieser Protest ist niemals in England erhoben worden. In dem Augenblick, wo ich offiziell anfragen würde, ob die Kölner Zone vertragsmäßig geräumt wird, würde ich selber Zweifel darin setzen, daß diese Räumung erfolgt. Da England niemals bezweifelt hat, daß diese Fristen laufen, muß ich voraussetzen, daß diese Räumung auch tatsächlich erfolgt. Ich würde sonst, glaube ich, einen Fehler begehen, indem ich entweder England beleidige, daß es

[93] So in der Vorlage. Gemeint ist wohl „Konferenz“.

[94] Gemeint ist die nördliche („Kölner“) Besatzungszone, die nach Art. 429 der Versailler Vertrags, sofern Deutschland „die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages […] getreulich erfüllt“ (VERTRAG VON VERSAILLES S. 221), fünf Jahre nach dessen Inkrafttreten, also am 10. Januar 1925, geräumt werden sollte.

den Vertrag nicht erfüllt habe, oder auf Zweifel hinweise, die bei uns wären. Ich habe gerade inoffiziell gestern versucht zu sondieren[95] und habe zunächst von der Berliner Seite die Antwort bekommen, daß in London gar kein Zweifel darüber wäre, daß zum vertragsmäßigen Termin auch geräumt wird.

Weiter hat der Herr Mecklenburgische Ministerpräsident die Wiederzulassung der Militärkontrolle außerordentlich kritisiert. Ich glaube: wer den Brief gelesen hat, den die beiden Ministerpräsidenten von England und Frankreich an den Reichskanzler gerichtet haben[96], konnte sich darüber keinem Zweifel hingeben, daß dadurch die Frage der Kontrolle in den Mittelpunkt der Entscheidung über das Sachverständigengutachten gestellt würde. Wir haben in unserer Antwortnote[97] zum Ausdruck gebracht, daß wir unter der Voraussetzung zustimmen, daß über die Modalitäten der Durchführung mit uns eine Verständigung gefunden wird. Es gibt drei verschiedene Arten von Kontrolle. Das erste ist eine schriftliche Auseinandersetzung über die noch nicht bereinigten fünf Punkte[98] von der früheren Abrüstung. Ich glaube nicht, daß sich das mit großen Schwierigkeiten vollziehen würde. Das zweite ist die Kontrolle der Fabriken, die, abgesehen von Schwierigkeiten mit den Arbeitern, gar keine Schwierigkeiten bringen wird, da wir de facto weniger Munition besitzen, als wir nach dem Vertrag von Versailles zu besitzen das Recht haben[99]. Drittens käme die Kontrolle der Kasernen, und wir hoffen zu erreichen, daß, wenn diese stattfindet, sie zu einer Zeit stattfindet, in der nach Annahme des Sachverständigengutachtens vielleicht auch eine politische Entspannung in Deutschland eingetreten ist und auch von den Militärs diese Kontrolle leichter zu ertragen wäre. Es ist von dieser Seite kürzlich betont worden[100], wenn die Räumung der Ruhr erfolge, so würde ihnen dadurch die

---

[95] Eine entsprechende Sondierung Stresemanns konnte nicht sicher ermittelt werden. Vermutlich bezieht er sich auf ein Gespräch mit D'Abernon am 2. Juli 1924; allerdings erwähnt D'Abernon diesen Punkt nicht in seinem telegraphischen Bericht nach London über das Gespräch (DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,26, S. 740–741).

[96] Vgl. oben mit Anm. 23.

[97] Vgl. ebd.

[98] Bei den seit dem September 1922 von den Alliierten angemahnten fünf noch zu erledigenden Punkten handelte es sich 1. um die Reorganisation der Polizei, vor allem die Beseitigung der Kasernierung; 2. um die Umstellung von Kriegsmaterialfabriken; 3. um die Auslieferung der Reste nicht zugelassenen Materials; 4. um die Auslieferung von Dokumenten betr. den Bestand an Kriegsmaterial und die Produktion der Fabriken; 5. um den Erlaß von gesetzlichen Bestimmungen zum Verbot von Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial und zur Rekrutierung der Reichswehr gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrags (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 503–504, Anm. 7).

[99] Bewaffnung und Munition der Reichswehr sind in Art. 164–172 geregelt (VERTRAG VON VERSAILLES S. 84–86).

[100] Die Grundlage dieser Darstellung Stresemanns konnte nicht ermittelt werden; im Protokoll der Ministerbesprechung über die Militärkontrollfrage vom 25. Juni 1924, an der auch Seeckt beteiligt war (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 738–742), findet sich keine derartige Aussage.

psychologische Ertragung der Militärkontrolle leichter gemacht werden, weil sie sich dann sagen: das hängt mit dem Gutachten zusammen, und das hat uns die Freiheit von Rhein und Ruhr gebracht.

Für uns war entscheidend, daß der bisher nur von uns festgestellte Punkt, daß dies der Schlußakt sei, ausdrücklich von der anderen Seite akzeptiert worden ist, und wir deshalb erwarten können, daß wir damit von dieser fünfjährigen Pein tatsächlich endgültig loskommen.

Dann noch eine letzte Bemerkung: Der Herr Mecklenburgische Ministerpräsident hat der großen Sorge Ausdruck gegeben, daß die Annahme des Sachverständigengutachtens gleichbedeutend sein würde mit der Vertrustung der deutschen Wirtschaft. Ich zweifle nicht daran, daß durch die Annahme des Sachverständigengutachtens der internationale Einfluß in der deutschen Volkswirtschaft größer sein wird, als es uns erwünscht ist. Aber ich bitte Herrn von Brandenstein, sich doch einmal eine Frage vorzulegen: bleibt uns denn überhaupt noch eine freie deutsche Wirtschaft, wenn wir das Gutachten nicht annehmen? Heute ist schon die ganze Ruhrindustrie, wie ich Ihnen sagte, bis auf die Höhe ihres Aktienkapitals gegenüber internationalen Kreditgebern verpflichtet. Wenn Sie hier nein sagen, sehe ich nur das eine: daß die letzten großen Unternehmungen sich einfach an das Ausland verkaufen. Dann kommt eine Vertrustung, die uns von dem nationalen Gut gar nichts mehr läßt. Wir müssen den schweren Weg gehen und einen gewissen internationalen Einfluß auf uns nehmen, damit wir zunächst einmal die Betriebsmittel zum volkswirtschaftlichen Leben bekommen, um später, wenn wir hochgekommen sind, diese Krücken wegzuwerfen – das mag ein bis zwei Jahrzehnte dauern –, um dann wieder eine deutsche Wirtschaft zu haben. Ich sehe die Gefahr der Vertrustung gerade in dem Augenblick, wo wir der Wirtschaft nicht die Hilfe bieten, die sie haben könnte.

Die letzten Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten hat der Herr Reichskanzler vielleicht in einer anderen Weise aufgefaßt[101] als sie gemeint waren. Ich glaube, er meinte etwas anderes, als er davon sprach, ob die Herren, die der Annahme des Sachverständigengutachtens zustimmten, im innersten Herzenskämmerlein nicht doch anders dächten, vielleicht das, was der Württembergische Herr Ministerpräsi-

[101] Marx hatte Brandenstein auf dessen nachfolgend von Stresemann wiedergegebene Frage geantwortet, er werde die Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens keinesfalls verzögern (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 821).

dent[102] andeutete, daß eine Zeit kommen könnte, in der die ganze Unruhe dieser Welt nicht durch Verträge, sondern durch kriegerische Auseinandersetzungen gelöst würde. Ich hoffe und wünsche, daß, wenn es dahin kommt – und ich glaube, daß letzten Endes immer diese großen Fragen durch das Schwert entschieden werden –, dieser Zeitpunkt möglichst lange hinausgeschoben werden möge. Ich kann mir daraus nur den Untergang unseres Volkes ersehen, solange wir das Schwert dazu eben nicht haben. Wenn man daran denkt, daß wieder einmal eine Zeit kommt, in der das deutsche Volk selber wieder stark genug ist, um eine bedeutendere Rolle zu spielen, dann müssen Sie erst dem deutschen Volk die Grundlage geben! Dann erst können Sie auf die Zukunft hoffen. Dann müssen Sie erst eine Grundlage geben, und um diese zu schaffen, handelt es sich in dieser Stunde!

[…][103]

[102] Wilhelm Bazille (1874–1934), württembergischer Staatspräsident Juni 1924 – Juni 1928; Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die DNVP). – Sein Beitrag in der Aussprache ebd., S. 789–792.

[103] Im Fortgang der Sitzung erfolgte eine weitere Aussprache der Ländervertreter mit den Vertretern der Reichsregierung (ebd., 829–855). Im Nachgang wurde eine Agenturmeldung über die Sitzung veröffentlicht, wonach „mit Ausnahme des Vertreters von Mecklenburg-Schwerin […] alle Chefs der Landesregierungen trotz schwerwiegender Bedenken gegen manche in dem Gutachten enthaltenen Forderungen erneut das Vorgehen der Reichsregierung, die baldige Durchführung des Sachverständigen-Gutachten zu erreichen, als richtig“ anerkennen würden (ebd., S. 855, A. 140).

Rede in der Sitzung des Zentralvorstandes der DVP in Frankfurt vom 6. Juli 1924[1]

Nach NATIONALLIBERALISMUS I, S. 492–513, 539–555.

Die DNVP hätte im Hinblick auf das Sachverständigen-Gutachten eine konstruktive Opposition einnehmen sollen. Trotz seiner Schattenseiten bringt das Gutachten Fortschritte, und seine Ablehnung würde in die Katastrophe führen. Die Zeit der Regierung Herriot muß genutzt werden, auch um die deutsche Kreditnot zu lindern und die Räumung der nicht vertragsmäßig besetzten Gebiete zu erreichen. Strategie in der Kriegsschuldfrage. Die Beamtenbesoldungserhöhung. Der mögliche Zeitplan für die Londoner Konferenz und deren Umsetzung. Die Bedingungen des deutschen Völkerbundsbeitritts. Die Militärkontrolle und die unsinnigen Aktionen völkischer Kreise. Koalitionsfrage im Reich und in Preußen.

[…][2]

Meine Damen und Herren! Nach der Tagesordnung[3] soll ich einen einleitenden Bericht geben für die politische Aussprache. Ich bitte, mir zu gestatten, daß ich mich an das Wort „einleitend“ auch halte, und nicht zu erwarten, daß ich etwa die Gesamtheit der politischen Fragen in dieses Referat einbeziehe. Ich möchte mich im wesentlichen darauf beschränken, diejenigen Fragen zu erörtern, die jetzt wohl im Mittelpunkte aller Entscheidungen stehen, das ist die Frage der Außenpolitik und die Frage der Londoner Konferenz[4].

Wenn man im allgemeinen die Einstellung in Deutschland betrachtet gegenüber

---

[1] Nach einer Agenturmeldung in der WIENER ZEITUNG, Nr. 154 vom 7. Juli 1924, S. 2, trat der „Zentralvorstand […] zu einer von mehreren hundert Vertretern besuchten Tagung zusammen“.

[2] Nach Beginn der Sitzung am Vormittag war Stresemann per Zuruf erneut zum ersten Vorsitzenden des Zentralvorstandes und damit zum Parteivorsitzenden gewählt worden; dem schlossen sich eine lange und heftige Debatte über weitere Wahlen in den Vorstand und schließlich der Vollzug der Wahlen an (vgl. NATIONALLIBERALISMUS I, S. 491–492). Nach einer Pause ergriff Stresemann das Wort.

[3] Sie sah im abschließenden Punkt 5 vor: „Aussprache über die politische Lage. Einleitender Bericht des Herrn Parteivorsitzenden“ (vgl. ebd., S. 491, Anm. 1).

[4] Bei dem Treffen MacDonalds mit Herriot in Chequers am 21./22. Juni 1924 hatten sich die beiden Regierungschefs darauf verständigt, daß für den 16. Juli eine internationale Konferenz zur Inkraftsetzung des Sachverständigen-Plans nach London einberufen werden sollte, zu der auch Deutschland eingeladen würde. Zwischenzeitlich war das geplante Programm der Reichsregierung bekannt geworden (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 445, Anm. 2).

dem Sachverständigengutachten[5], dann wird man, glaube ich, einen sehr großen Einschnitt finden. Dieser Einschnitt ist gekennzeichnet durch die Reichstagswahlen[6]. Während der Reichstagswahlen hat man es in weiten Kreisen so darzustellen versucht, als wenn eine Zustimmung zu dem Sachverständigengutachten etwa gleichbedeutend wäre mit einer neuen Versklavung des deutschen Volkes, daß diese Zustimmung nur möglich, nur zu erklären wäre aus einer Einstellung heraus, die durch bewußte weitgehende Erfüllung der Forderungen der Gegner eine bessere Atmosphäre in den Beziehungen der Völker zu erzielen versuche. Sehr viel hat dazu beigetragen ein Aufsatz des verstorbenen Dr. Helfferich[7], dem er unglücklicherweise die Überschrift „Das zweite Versailles" gegeben hat. Ich möchte hier eine private Äußerung eines deutschnationalen Freundes von Dr. Helfferich erwähnen; wie ich überhaupt bemerke, daß ich der Auffassung bin, daß unsere ganzen Verhandlungen vertraulich sind und daß ich Wert darauf lege – das bemerke ich besonders gegenüber der Presse –, daß meine Ausführungen nicht in die Presse kommen. In dem Augenblick, wo ich vor der Öffentlichkeit sprechen müßte, müßte ich, besonders vor dem Generalangriff von Poincaré[8] am 8. Juli, jeden Satz sorgfältig stilisieren. Ein Freund von Dr. Helfferich, von Glasenapp[9], Vizepräsident der Reichsbank, hat mir einmal gesagt, er hielte es geradezu für ein Verhängnis, daß Helfferich während der entscheidenden Zeit außerhalb Deutschlands gewesen sei[10]. Er hielte es für unmöglich, daß Helfferich diesen Aufsatz geschrieben hätte, wenn er über die Vorgänge, die zur Entstehung des Sachverständigengutachtens geführt haben, unterrichtet gewesen

---

[5] Gemeint ist das Gutachten des ersten der beiden Sachverständigen-Ausschüsse, die im Januar 1924 von der Reparationskommission eingesetzt worden waren und ihre Gutachten am 9. April 1924 der Reparationskommission übergeben hatten. – Gedruckt liegen die Gutachten u.a. vor in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN. Auch (dreisprachig) als Weißbuch: BERICHTE DER VON DER REPARATIONSKOMMISSION EINGESETZTEN BEIDEN SACHVERSTÄNDIGENKOMITEES (Wiederabdruck in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 382, Drucks. 5 [mit eigener Seitenzählung]). Paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 402–406.

[6] Gemeint sind die Reichtagswahlen vom 4. Mai 1924. Zu deren Ergebnissen vgl. u.a. NATIONALLIBERALISMUS I, S. 493, Anm. 15.

[7] Karl Helfferich (1872 – 23. April 1924), Mitglied des Reichstags 1920 – April 1924 (für die DNVP). – Der nachfolgend genannte Aufsatz findet sich laut ebd., S. 493, Anm. 17, in der „Kreuz-Zeitung" (Neue Preußische Zeitung) vom 18. April 1924.

[8] Gemeint ist die Politik von Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929. – Für den 8. Juli 1924 war eine Senatsdebatte mit Interpellationen zur Außenpolitik anberaumt, die jedoch am 7. Juli wegen des Besuchs des britischen Premierministers MacDonald in Paris verschoben wurde (vgl. die Meldungen in der Wiener REICHSPOST, Nr. 187 vom 8. Juli 1924, S. 1; WIENER ZEITUNG, Nr. 155 vom 8. Juli 1924, S. 2).

[9] Otto von Glasenapp (1853–1928), Vizepräsident der Reichsbank 1907 – Oktober 1924.

[10] Helfferich hatte die Wochen vor seinem Tod (bei einem Eisenbahnunglück im Tessin am 23. April 1924) in Italien verbracht (vgl. die Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21416 [Morgenausgabe] vom 25. April 1924, S. 4).

wäre.

Seitdem die Reichstagswahlen zu Ende sind, ist die Kritik viel milder gegenüber denjenigen, die damals den Mut gehabt haben, dem Volke gegenüber das Gutachten zu vertreten. Exzellenz Hergt[11] hat vor wenigen Tagen in der Presse, und ich bin über diese Worte sehr erfreut gewesen, von der Deutschen Volkspartei als von der lieben Bruderpartei gesprochen. Ich muß bemerken, daß ich von dieser brüderlichen Gesinnung während der Wahlen wenig gemerkt habe (Heiterkeit). Aber sachlich wichtiger ist, daß er erklärte: Sie können von mir nicht verlangen, daß ich sage, ob ich dem Sachverständigengutachten zustimme oder nicht, das hängt davon ab, was bei den Verhandlungen über das Gutachten erreicht wird. Meine Damen und Herren, wenn Exzellenz Hergt diese sachliche Einstellung auch vor den Wahlen gehabt hätte, dann wäre sehr viel an Verhetzung und Verbitterung im deutschen Volke nicht vorhanden gewesen (Sehr richtig!), und dann würden wir in ganz anderer objektiver Weise an die Dinge herangehen können.

Ich möchte hier einmal etwas Spezielles sagen: Bei Fragen von so großer Bedeutung, wie sie das Sachverständigengutachten in sich birgt, würde es meiner Meinung nach im nationalen Interesse liegen, daß, gleichgültig, wie man innenpolitisch dazu steht, direkt ein Abkommen bestehen müßte zwischen Regierung und Opposition, daß die Opposition der Deutschnationalen dem Außenminister zur Verfügung steht, um seine Politik zu erleichtern. Dabei könnte sich die Opposition ruhig ihre Entscheidung vorbehalten. Sie müßte eingesetzt werden, um das zu fordern, was der Verhandelnde nicht mehr erreichen kann (Sehr richtig!). Aber hier in diesen ganz großen weltpolitisch entscheidenden Fragen hat das deutsche Volk von innerpolitischen Rücksichten aus Stellung genommen bei den Wahlen und infolgedessen ist jetzt die große Schwierigkeit der Lage die, daß die Deutschnationalen nicht den Dreh finden, von ihrer Wahlagitation zu wirklich sachlicher Betrachtung der Lage zurückzukommen. Das ist letzten Endes schließlich die Frage, vor der wir in der parlamentarischen Entscheidung stehen werden und die jetzt die ganzen Dinge auch bei der Regierungsbildung[12] so unendlich kompliziert gemacht hat. Ich habe nicht die Absicht,

[11] Oskar Hergt (1869–1967), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DNVP; auch deren Parteivorsitzender 1918 – Oktober 1924 u. Fraktionsvorsitzender 1920 – Oktober 1924); Reichsjustizminister und Vizekanzler 31. Januar 1927 – 29. Juni 1928. – Die nachfolgend angeführte Äußerung Hergts gegenüber der Presse konnte nicht ermittelt werden.

[12] Zur schwierigen Regierungsbildung nach der Reichstagswahl, als ein Teil der DVP eine Regierung unter Einschluß der DNVP wünschte und dafür auch Stresemann als Außenminister zu opfern bereit war, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 407–413.

hier über die Regierungsbildung im einzelnen zu sprechen, vielleicht geschieht es in der Diskussion. Ich glaube, die Stellung der Reichstagsfraktion ist wirklich unangreifbar. Sie ist in ihren Bemühungen zur Schaffung eines Blocks der staatserhaltenden bürgerlichen Parteien so weit gegangen, daß gegen sie der Vorwurf erhoben wurde, daß an ihr die große bürgerliche Koalition gescheitert wäre. Die Koalition ist gescheitert, weil es bei der innenpolitischen Demagogie der Deutschnationalen Partei ihr unendlich schwer war, in so kurzer Zeit in eine Regierung einzutreten, die naturgemäß eine ganz andere Stellung zum Gutachten einnehmen mußte, als es die Deutschnationalen während der Wahlagitation getan hatten, und ich bin deswegen stets der Meinung gewesen, daß man zu einer Verständigung nach dieser Richtung erst kommen würde, wenn auch diese außenpolitische Frage bereinigt wäre. Ich hätte mir von dem Gesichtspunkte aus, daß diese ganzen Dinge nicht vom Standpunkte der Parteipolitik, sondern vom Standpunkte des Staatswohles erledigt würden, sehr wohl denken können, daß in einer interfraktionellen Sitzung, denn so sehe ich es wenigstens in meinen Träumen, nennen Sie es idealistisch, utopistisch –, ein Deutschnationaler folgende Rede gehalten hätte: Wir haben das Recht, in der Opposition zu bleiben. Augenblicklich sind wir aus inneren Parteigründen nicht in der Lage, Ihnen die Erklärung zu geben, wie Sie es verlangen müssen. Weiter sind wir außenpolitisch für Sie nicht ein Plus, sondern ein Minus. Bei der Einstellung, die die Welt gegenüber Deutschland hat, würden wir sie außenpolitisch belasten, wenn wir jetzt die Führung Deutschlands innerhalb der Regierung in diesem Augenblick übernähmen. Deshalb bitten wir Sie, führen Sie die Geschäfte fort, die Sie auch begonnen haben, in denen Sie drinstehen, in denen ein Personenwechsel auch bedeutet, daß alle staatlichen Beziehungen, die von diesem Mann angeknüpft sind, nicht vererbt werden können auf seinen Nachfolger. Wir werden Ihnen Opposition machen. Sie können sich dieser Opposition bedienen. Wir hoffen, daß es zu einer Verständigung kommt, und wenn dieser Teil der deutschen Politik erledigt ist, dann erwarten wir von Ihrer Politik, daß Sie eine neue Regierung bilden.

Meine Damen und Herren, das wäre staatserhaltende Politik, aber leider Gottes sind das in Deutschland nur Träume, und die Wirklichkeit ist das traurige Spiel, das wir in Deutschland haben. Aber, meine Damen und Herren, abgesehen von dieser innerpolitischen Betrachtung der Dinge, wie stehen denn nun einmal, unter größeren Gesichtspunkten gesehen, die Dinge bezüglich des Sachverständigengutachtens?

Es ist unzweifelhaft, das Sachverständigengutachten geht in Einzelheiten über

den Friedensvertrag[13] hinaus. Es beschränkt unsere Souveränität in einem ganz weitgehenden Maße; es legt uns Lasten auf, von denen man zweifeln kann, ob wir selbst bei einer günstigen Entwicklung unserer Wirtschaft sie jemals in Deutschland werden aufbringen können. Man kann die Frage aufwerfen, ob die Bestimmung, daß nur ans Ausland übertragen werden darf, was ohne Schädigung unserer Währung möglich ist, eine Gegenleistung, namentlich gegen die Leistung von [Zahl fehlt][14] Millionen im letzten Jahre, ist. Was uns ermöglicht, diese Dinge innerwirtschaftlich und innerpolitisch als tragbar anzusehen, das ist die eine Erwägung, daß in dem Vertrage von Versailles bestehen bleibt jene Bestimmung, die uns die Möglichkeit gibt, jederzeit die Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit zu fordern[15], und so wie ich die Dinge ansehe, werden wir das im Jahr 1927 tun. Und wir werden dann in den Jahren, die seitdem verflossen sind, sehen, wie weit sich die Anschauungen der Welt über die deutsche Leistungsfähigkeit weiter gewandelt haben. Ich habe als Außenminister nie davon gesprochen, daß wir von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werden. Ich würde das auch für ganz falsch halten, denn das würde nach außen so aussehen, daß, ehe wir noch überhaupt den Vertrag unterschreiben, wir in unserm Innern schon daran denken, daß er für uns gar nicht erfüllbar ist (Sehr richtig!). Aber wir haben im Auswärtigen Ausschuß und im Reichsrat[16] ohne Widerspruch festgestellt, daß dieser Artikel des Versailler Vertrages bestehenbleibt und uns die Möglichkeit gibt, die ganze Frage der deutschen Leistungsfähigkeit weit mehr aufzurollen, als es nach diesem Sachverständigengutachten erscheint. Das Sachverständigengutachten sagt ja selbst, es trage einen provisorischen Charakter, und es hat ihn. Ein maßgebender französischer Politiker der Mitte[17], der neulich gefragt wurde, ob er nach London ginge, hat wohl so unrecht nicht, wenn er sagte: „Nein, mich interessiert

[13] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[14] So in der Vorlage; vermutlich sind die „2 500“ [Millionen], die im Sachverständigen-Gutachten für das „Normaljahr“ ab 1928 festgelegt waren, gemeint.

[15] Art. 234 des Versailler Vertrags sah vor, daß ab 1921 die Reparationskommission „von Zeit zu Zeit“ die Leistungsfähigkeit Deutschlands prüfen und dabei dessen Vertretern Gehör gewähren werde (ebd., S. 107); nach Teil VIII, Anlange II, § 9, des Vertrages hatte die Kommission „alle Gründe und Beweise anzuhören, die von Deutschland hinsichtlich aller seine Zahlungsfähigkeit betreffenden Fragen vorgebracht werden“ (ebd., S. 113).

[16] Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags hatte am 17. Juni 1924 (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 285 [Abendausgabe] vom 17. Juni 1924), der Reichsrat am 3. Juli 1924 getagt. Protokolle der Sitzungen konnten nicht ermittelt werden. Vgl. jedoch die Reden Stresemanns bei einem Treffen mit Parteiführern am 16. Juni 1924 und in den Besprechungen mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder vom 3. Juli 1924 (beide in dieser Edition). Hier und im Folgenden bezieht sich Stresemann möglicherweise eher auf diese Besprechungen als auf die formalen Sitzungen von Ausschuß bzw. Reichsrat.

[17] Der betreffende französische Politiker konnte nicht ermittelt werden.

mehr die nächste Konferenz, die auf die Londoner Konferenz folgen wird.“ Diese fortwährenden internationalen Konferenzen sind ja eigentlich doch die stärkste Anklage gegen den Versailler Friedensvertrag (Sehr richtig!), weil sie zeigen, daß man in der Welt empfindet, daß auf dieser Basis die Dinge nicht weitergehen. In diesen Belastungen der Souveränität auf dem Gebiete der indirekten Steuern, der Reichseisenbahn und auf anderen Gebieten liegen die großen Schattenseiten des Vertrages[18], wobei ich in diesem Kreise, mit der Bitte, es nicht nach außen gelangen zu lassen, aber doch auch das eine sagen muß, was ich auch im Reichsrat ausgeführt habe über die völlig unpolitische Einstellung unserer Industrie. Man hat damals von mir gewünscht[19], daß ich die Herren Sachverständigen zusammenbringen sollte mit den Führern der deutschen Großindustrie. Ich habe das selbstverständlich gern vermittelt, jetzt ist folgende Situation gekommen: Sowohl die Italiener wie die Engländer hielten 7500[20] Millionen Goldmark für die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit. Die 2800[21] Millionen Goldmark haben die Amerikaner hineingesetzt und haben sie durchgebracht, indem sie sich bezogen auf ihre Unterhaltungen mit der deutschen Großindustrie, die ihnen nicht etwa gesagt hätte, daß wir das nicht tragen können, sondern die ihnen stark auseinandergesetzt hätte, daß das ganze wirtschaftliche Elend in Deutschland ja im wesentlichen nur von der deutschen Gesetzgebung, von den innerpolitischen Verhältnissen herkäme und daß wir in Deutschland längst in einer großen Aufwärtsentwicklung wären, wenn nicht die Politik im Innern Deutschlands derartig falsch wäre. Nun mag jemand zu all den Dingen, die seit 1918 vorgegangen sind, stehen, wie er will; er mag der Meinung sein, daß wir schon vor drei Jahren den Achtstundentag hätten abbauen müssen[22] oder gar nicht hätten beginnen dürfen, aber in dem Augenblick, bei diesen weltpolitischen Verhältnissen den Amerikanern mit dieser Deduktion zu kommen, das heißt doch gerade, sie auf die

---

[18] So in der Vorlage. Gemeint ist vermutlich „des Sachverständigen-Gutachtens“.

[19] Ein entsprechender Wunsch, der an Stresemann herangetragen worden wäre, konnte nicht ermittelt werden. Vermutlich ist ein Treffen der Industrievertreter mit dem 1. Sachverständigen-Ausschuß während dessen Aufenthalt in Berlin Anfang Februar 1924 gemeint (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 336).

[20] Der nachfolgende Passus ergibt mehr Sinn, wenn hier zu „750“ [Millionen] korrigiert würde.

[21] Vermutlich sind die „2 500“ Millionen gemeint, die im Sachverständigen-Gutachten für das „Normaljahr“ ab 1928 festgelegt waren.

[22] Das „Stinnes-Legien-Abkommen“ vom 15. November 1918 zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften (Text u.a. in URSACHEN UND FOLGEN III, S. 14–15) hatte die tägliche maximale Arbeitszeit auf acht Stunden beschränkt. Am 21. Dezember 1923 waren durch eine Verordnung der Reichsregierung zahlreiche Abweichungen von der im November 1918 zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften vereinbarten Achtstunden-Arbeitstag-Regelung ermöglicht worden (vgl. REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 1249–1251).

Höchstziffer hinaufzutreiben (Sehr richtig). Jetzt kommen doch die Leute damit und sagen, an sich ist Deutschland reich, glänzend, wohlhabend, nur diese Entwicklung hat es gehindert, und nur dadurch sind gegen die Stimme Amerikas England und Italien zurückgedrängt worden. Diese kleine Episode hat doch auch das eine gezeigt, daß der Deutsche anscheinend niemals aus den politischen Vorgängen etwas lernt, daß er alle Dinge stets nur unter dem Gesichtswinkel seiner Partei ansieht, aber niemals von dem Gesichtspunkt aus: Was muß ich jetzt tun, damit Deutschland der Welt gegenüber in eine bessere Situation hineinkommt.

Mit all diesen Schattenseiten, die hier bestehen, sehe ich aber doch in dem Sachverständigengutachten ein ganz großes weltpolitisches Ereignis und darf mich darauf beziehen, daß ein Mann, den ich wirklich nicht beeinflußt habe, der deutschnationale Außenpolitiker [Name fehlt][23], in einer Kundgebung über die Außenpolitik, mit Worten, die viel stärker gewesen sind, als ich sie hier jemals gebraucht habe, von diesem Sachverständigengutachten gesprochen hat als von einer der ganz großen Drehungen, die sich in der Weltgeschichte vollzogen haben. Mir scheint es – ich kann das ja nur sagen in der Erwartung, daß es nicht hinausdringt – doch einigermaßen, daß das Sachverständigengutachten Ähnlichkeit hat mit einer Einmischung, die einmal europäische Mächte in einem großen Konflikt zwischen zwei Staaten vorgenommen haben, indem sie dem Sieger bei Ausnutzung des Sieges in den Arm fielen[24]. Was sich jetzt vollzieht, in diesem Gutachten, das ist doch nichts anderes als die Einleitung der anglo-amerikanischen weltwirtschaftlichen Tendenzen gegenüber dem französischen Imperialismus. Das war schließlich, auf einen Nenner gebracht, auch der ganze Kampf, in dem wir bei dem Sachverständigengutachten stehen, der sich ausdrückt in den beiden Namen Poincaré oder Herriot[25]. Ich glaube nicht, daß es überhaupt einer französischen Regierung möglich gewesen wäre, diesem Gutachten zuzustimmen,

[23] So in der Vorlage. Gemeint ist vermutlich Otto Hoetzsch (1876–1946), Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die DNVP 1920–1929, für die Konservative Volkspartei 1929–1930), – Stresemann bezieht sich hier und im Folgenden vermutlich auf einen nicht näher datierbaren Artikel Hoetzschs in den „Basler Nachrichten“, der im Wortlaut nicht zu ermitteln war. – Vgl. auch die paraphrasierende Wiedergabe eines Artikels von Hoetzsch in der „Kreuzzeitung“ (Neue Preußische Zeitung) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 242 (Morgenausgabe) vom 22. Mai 1924, in der er laut dieser Paraphrase für die grundsätzliche Annahme des Dawes-Plans warb.

[24] Stresemann bezieht sich vermutlich auf die prorussische Haltung der meisten europäischen Großmächte im Umfeld der Friedensverhandlungen von Shimonoseki zur Beendigung des chinesisch-japanischen Krieges von 1894/95, als russische Interessen tangiert waren. Das entsprechende Beispiel hatte er auch in seiner Rede in der Besprechung mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder vom 3. Juli 1924 angeführt (vgl. diese Edition).

[25] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister), 19.–21. Juli 1926 u. 1932.

wenn nicht der ganz große Druck der Vereinigten Staaten von Amerika dahintergestanden hätte. England kann gegenüber Frankreich gar nichts durchsetzen, England ist gegenüber Frankreich so schwach, daß Sie gar nicht darauf zu vertrauen brauchen, daß es irgendwie in der Lage ist, den Franzosen entgegenzutreten. Die Vereinigten Staaten dagegen haben die wirtschaftlichen Machtmittel, um Frankreich an den Rand des Abgrundes zu bringen. Ein einziges Dekret, durch das sie die Zinszahlung für die französischen Schulden[26] verlangen oder die Rückzahlung, würde den Franken derartig in den Abgrund werfen, daß jede Regierung in Paris hinweggefegt wäre, die gegen diese amerikanische Erklärung stände.

Deshalb soll man doch bei diesen Dingen das eine beachten: Wer hat denn das Sachverständigengutachten gefordert? Schließlich war es doch immer Deutschland, das erklärt hat, es müsse diese Frage herausgehoben werden aus dem Gewirr der Politik, der politischen Macht, müsse hineingebracht werden in die Ära der wirtschaftlichen Vernunft, und als Hughes[27] in Newhaven die erste Anregung in dieser Richtung gab, hat ihm Cuno[28] sofort in seiner Silvesterrede zustimmend geantwortet. Wenn dann in Paris und London alle Versuche scheiterten, wenn es nicht gelang, ins reine zu kommen, so lag das tatsächlich an der Absicht Poincarés, durch Entfesselung des Ruhrkampfes ein derartiges Eingreifen von Sachverständigen unmöglich zu machen. Aus seinem Munde kamen doch damals die Sätze: Frankreich denkt nicht daran, sich seinen Sieg durch internationale Bankhäuser aus der Hand nehmen zu lassen. Nach dem verlorenen Ruhrkampf haben diese Bemühungen der Vereinigten Staaten wieder eingesetzt und zu dem Gutachten der Sachverständigen geführt. Das liegt heute vor uns. Ich habe niemals den dummen Satz gesprochen, das Gutachten sei eine wirtschaftliche Lüge, sondern habe erklärt, für die Amerikaner, für deren Auffassung, ist es eine wirtschaftliche Lüge[29]. Von den Amerikanern haben doch kaum 50 Menschen das Gutachten gelesen, aber 150 Millionen Menschen sind doch der

---

[26] Gemeint sind die französischen Schulden gegenüber den USA, die aus den amerikanischen Krediten für Frankreich während des Weltkriegs resultierten.

[27] Charles Evans Hughes (1862–1948), amerikanischer Außenminister 1921–1925. – Hughes hatte am 29. Dezember 1922 in einer Rede in New Haven den Vorschlag gemacht, die weitere Behandlung der Reparationsfrage einem internationalen Sachverständigenausschuß zu übertragen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Cuno, S. 109, Anm. 8).

[28] Wilhelm Cuno (1876–1933), Reichskanzler 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos. Vor und nach seiner Kanzlerschaft Generaldirektor bzw. Vorstandsvorsitzender der Hapag. – Zur zustimmenden Antwort auf die Rede Hughes vgl. seine Rede in Hamburg vom 31. Dezember 1922 (ebd., S. 103–110).

[29] So in der Vorlage. Vermutlich ist gemeint „eine wirtschaftliche Bibel“, wie er es in seiner Reichstagsrede vom 6. Juni 1924 gebraucht hatte (vgl. diese Edition).

Meinung, daß das Gutachten das Erzeugnis amerikanischen Geistes sei, und wenn das Gutachten das Erzeugnis amerikanischen Geistes ist, schließt der Amerikaner, daß es gut ist. Darin unterscheidet sich der Amerikaner von dem Deutschen, der es angreifen würde. Für die Amerikaner gibt es die beiden großen Sätze: Erstens, wir haben den Krieg entschieden, worin sie gar nicht so unrecht haben. Zweitens, wir haben auch den gerechten Frieden gemacht. Hughes hat es angeregt, Dawes[30] hat es gemacht – er hat allerdings am wenigsten mitgearbeitet –, und jetzt stehen sie wie eine geschlossene Mauer hinter diesem Gutachten. Wer sich dagegen wendet – ganz gleichgültig, was auch sonst herauskommen mag –, muß gewärtigen, daß er die Regierung, die gesamten Vereinigten Staaten gegen sich hat. Das ist meiner Meinung nach auch der Grund, weshalb Frankreich nicht wagt, das „Nein" auszusprechen. Wenn wir aber das Nein aussprechen, glaube ich, würde unsere Lage eine überhaupt nicht mehr zu beschreibende sein, und ich muß sagen, daß mich gegenüber manchem, was ich in den letzten Monaten erlebt habe, außerordentlich gefreut hat die Art und Weise, wie der bayrische Ministerpräsident[31] gegen die Demagogie eingetreten ist, die das Gutachten verwirft, ohne etwas anderes an seine Stelle setzen zu können. Er hat seine Rede mit zwei Sätzen geschlossen: „Ich verstehe es durchaus, daß angesichts der schweren Bedenken, die jeder Deutsche gegen das Gutachten haben muß, jemand erklärt, er könne es nicht annehmen. Ich erwarte aber, daß angesichts der wirtschaftlichen Situation, in der Deutschland sich befindet, und angesichts der außenpolitischen Situation derjenige, der diese Auffassung vertritt, auch dem deutschen Volke sagt, was dann werden soll, um Deutschland zu retten und es einer besseren Zukunft entgegenzuführen". Und am Schluß sagte er: „Wenn jemand nein sagt, ohne die Mittel und Wege zu nennen, wie es anders gemacht werden kann, dann bin ich nicht mehr in der Lage, ihn politisch ernst zu nehmen["] (Sehr richtig!).

Ich glaube, in diesen Sätzen zeigt sich die ganze Bedingtheit, die ganze Begrenztheit unserer politischen Freiheit, zeigt sich aber gleichzeitig auch, daß die deutsche Alternative sein muß: Wir sind nicht frei in unseren Entschließungen, in

[30] Charles Gates Dawes (1865–1951), US-amerikanischer Bankier und Politiker; Vorsitzender des 1. Sachverständigenausschusses 1924; Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1925–1929; Botschafter in London 1929–1932.

[31] Heinrich Held (1868–1938), bayerischer Ministerpräsident 2. Juli 1924 – 1933 (1930–1933 geschäftsführend). – Möglicherweise bezieht sich Stresemanns auf eine Rede Helds in der Reichsratssitzung vom 3. Juli 1924 (vgl. oben mit Anm. 16). Ähnlich in der Formulierung findet sich die Haltung Helds auch in dessen Beitrag in der Besprechung mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder vom 3. Juli 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 792–792).

dem Sinne, daß wir einfach nach Gefühlswallungen oder auch nach sachlichen Beschwerden entscheiden können. Ich habe mich oft gegen einen Satz gewandt, der so außerordentlich populär ist und der in jeder Volksversammlung rasenden Beifall findet und der vollkommen dumm ist für die Politik, nämlich der Satz[32]:

„Der eine fragt: Was kommt danach?
Der andre: Was ist Recht?
Und darin unterscheidet sich
Der Freie von dem Knecht."

Das ist für einen verantwortlichen Staatsminister der größte Unfug, den es gibt. Wenn Sie keine Leute mehr an verantwortlicher Stelle haben, würden Sie einer sehr bösen deutschen Zukunft entgegengehen (Sehr wahr!). Ich bin nicht der Meinung, daß das Gutachten richtig ist, ich habe sogar die Absicht, eine Gegenschrift auszuarbeiten, schon für die etwaige Reklamation im Jahre 1927. Ich wünsche, daß die Deutschnationalen einmal eine Gegendenkschrift schreiben und einmal darlegen, wie schief und falsch vieles gesehen ist, was wir nicht erfüllen können. Es ist nicht recht, aber trotzdem müssen wir es gegenwärtig annehmen, denn, was danach gefolgt wäre, meiner Ansicht nach, im Innern und außen, wäre nicht zu ertragen.

Und zwar einmal im Innern. Da komme ich auf das, was ich als das Essentielle der gegenwärtigen Situation ansehe. Das ist meiner Meinung nach das Verhältnis Deutschlands zu den besetzten Gebieten. Ich glaube mich in dieser Beziehung einigermaßen als sachverständig ansehen zu können, weil ich die Zeit der schwersten Belastung der besetzten Gebiete mitgemacht habe als Kanzler des Reiches[33], und ich erzähle Ihnen hier nichts, was Sie nicht kennen, die in den besetzten Gebieten leben, wenn ich Ihnen sage, es gibt eine Grenze der seelischen Belastung des besetzten Gebietes. Reißt einmal hier der Faden dessen, was die Menschen noch ertragen können, dann können die, die hundert Meilen weiter östlich sind, wohl die Stirn runzeln und sagen: Pfui, das ist unpatriotisch. Wir haben aber damit zu rechnen, daß eines Tages die Tatsache dastehen kann, daß diese Länder nicht mehr in der Form zu Deutschland gehören wie heute. Damals sind die Menschen zu mir gekommen, in der Zeit der Inflation, damals, als die Goldnotenbank in Köln errichtet

[32] Nachfolgendes ist offenbar die leichte Abwandlung eines Gedichts von Theodor Storm (vgl. Theodor Storm: Gesammelte Schriften. Bd. 1/2. Braunschweig 1872, S. 148).

[33] Stresemann leitete als Reichskanzler die Reichsregierung vom 13. August bis zum 23. November 1923; bis zum 30. November 1923 blieb er mit seinem Kabinett geschäftsführend im Amt.

werden sollte[34], und es konnte ihnen nichts geboten werden. Immer wieder die Klagen: Franzosennot, Not im Innern und das ohnmächtige Deutsche Reich in Berlin. Nirgends ein Silberstreifen, der den Leuten einmal zeigte, es kann einmal besser werden. Daß da die Leute zur Verzweiflung kommen und daß es Leute gibt, die diese Stimmung benutzen – täuschen Sie sich nicht darüber! Ich fürchte nicht das Gesindel der Separatisten – die werden, wenn sie sich wieder mausig machen, Gott sei Dank totgeschlagen werden –, aber ich fürchte die geistigen Separatisten, die sind viel gefährlicher als alle die anderen, die Leute, die herumgehen und sagen: Habt ihr etwas von Berlin? Seht doch, wer es gemacht hat! Ihr müßt euch mit den Franzosen stellen!

Wenn die Leute Jahre hindurch zu der Empfindung kommen, Berlin kann uns nicht helfen, wird diese Stimmung wieder hochkommen. Täuschen Sie sich nicht! Durch die Stabilisierung auf der einen Seite und durch die Aussichten auf Festigung der Verhältnisse auf der anderen Seite haben alle diese Leute in den Winkel kriechen müssen. Sie kommen wieder heraus, wenn wir ihnen nicht zeigen können, daß etwas zustande kommt, das eine Erleichterung bringt (Sehr richtig!). Wenn ich mir vorstelle, daß schließlich die Erhaltung der Reichseinheit, die Erhaltung der Reichssouveränität das Wichtigste ist, was es gegenwärtig gibt, so muß ich diesen Gedanken in den Vordergrund stellen, und ich muß mich, wenn es auch vielleicht manchen geben mag, der das leichtfertig genannt hat, doch zu dem tiefen Sinn dessen bekennen, was ich einmal während des Ruhrkampfes gesagt habe, dieser viel angefeindete Satz: Es kommt nicht in erster Linie darauf an, ob die Endsumme der deutschen Belastung eine Milliarde Goldmark mehr oder weniger beträgt, sondern es kommt darauf an, daß wir mit dieser Belastung politische Freiheiten in Deutschland durchsetzen[35]. Meine Damen und Herren, das ist doch das, um was es sich tatsächlich gegenwärtig dreht, dieses ganze Eingreifen der anglo-amerikanischen Kapitalisten-Mächte bedeutet doch das eine: daß ihnen die Art dieses französischen Imperialismus nicht paßt, daß sie aus diesem Grunde die Dinge wirtschaftlich aufziehen wollen

[34] Über einige Wochen hinweg war im Oktober und November 1923 zwischen Reichsregierung und Vertretern des besetzten Gebiets die Errichtung einer eigenen („rheinischen") Goldnotenbank in Köln kontrovers diskutiert worden; vgl. beispielsweise die Kabinettssitzung vom 9. November 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1000–1005). – Bei der Inflation bezieht sich Stresemann auf die Hyperinflation und den Zusammenbruch der Reichsmark im Herbst 1923. Eine tabellarische Übersicht über deren Entwicklung in den Monaten August – November 1923 ebd., S. 1218–1223.

[35] Nicht exakt in diesem Wortlaut, aber ähnlich äußerte sich Stresemann in seiner Rede vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag vom 24. August 1924 (vgl. diese Edition).

in einer Form, die immerhin die Möglichkeit gibt, in einer bestimmten Frist von diesen Dingen los zu kommen.

In diese Situation sind hineingefallen die Wahlen in Frankreich[36]. Ob Herr Poincaré gegenüber den Vereinigten Staaten Nein gesagt hätte, bezweifle ich. Er war ein viel zu guter Diplomat, er hätte Ja und Aber gesagt und hätte gewußt, dieses Ja und Aber gegenüber England in den Vordergrund zu stellen. Er war noch am Ruder, als wir die erste Antwort gegeben hatten auf das Ersuchen der Entente, ob wir das Gutachten als eine Grundlage für eine Zwischenlösung der Reparationsfrage ansehen[37]. Es hätte sehr nahegelegen – die öffentliche Meinung hat es auch erwartet –, daß wir antworten würden mit einer großen Kundgebung: schwere Lasten, kaum tragbar, nicht tragbar – nur tragbar, wenn so viele Vorbehalte gemacht werden.

Meine Damen und Herren, ich erkenne mich für schuldig, wenn ich, allerdings gemeinschaftlich mit Dr. Luther[38], der mir als Finanzminister vollkommen zugestimmt hat, im Kabinett durchgesetzt habe[39], gegen Widerspruch, daß wir das reine Ja als Antwort zu geben haben, und zwar aus folgender Erwägung heraus: Poincaré wartet ja nur auf deutsche Vorbehalte. Mache ich zehn Vorbehalte, dann macht er 25, und er sitzt mit der Hand am Hebel, er hat ganz andere Möglichkeiten, für seine Vorbehalte einzutreten als ich für meine, für die mir eine Macht nicht zur Verfügung steht. Infolgedessen war es für die damalige Situation unbedingt notwendig, das glatte Ja zu sagen. Wir mußten auf den Boden der Ansicht treten, daß das Gutachten ein unteilbares Ganzes war, denn dann treten die politischen Fragen auch sofort in Konnex mit den wirtschaftlichen Fragen. Alles andere, alles Anzweifeln von uns, hätte diesen Konnex erschüttern können, und dieser Konnex ist es ja allein, der die ganzen Dinge tragbar erscheinen läßt.

Nun sind inzwischen die französischen Wahlen gewesen, und trotz des Ausfalles der deutschen Wahlen sind sie verhältnismäßig stärker nach links gegangen, als man angenommen hatte, allerdings nicht in dem Maße, daß wir mit der jetzigen französischen Regierung rechnen könnten als mit einer festen Regierung. Das ist sie

---

[36] Am 11. Mai 1924 hatten in Frankreich Kammerwahlen stattgefunden; zu den Ergebnissen vgl. SCHULTHESS 65 (1924), S. 222–223.

[37] Text der Note der Reparationskommission vom 11. April und der deutschen Antwort vom 16. April 1924 vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 62, Anm. 2.

[38] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP).

[39] Stresemann bezieht sich hier wohl auf die Besprechung des Kabinetts mit den Ministerpräsidenten der Länder vom 14. April 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 555–565).

nicht, sie hat eine kleine Mehrheit, und sie hat ihre Macht überspannt, und sie hat durch Überspannung der Macht eine Niederlage nach der andern bereits erlitten. Sie hat Millerand[40] beseitigt, aber nicht ihren Kandidaten[41] an dessen Stelle setzen können; sie hat einen Vorsitzenden des Senats, der rechts eingestellt ist[42]; sie hat einen Vorsitzenden des Heeres-Ausschusses, der unter Poincaré Kriegsminister gewesen ist[43]; sie hat einen idealistischen Ministerpräsidenten, der aber die parlamentarische Praxis vielleicht unterschätzt, der da glaubt, mit seinen Ideen, namentlich seinen freigeistigen Ideen, sofort durchkommen zu können, und der Widerstände, an allen Ecken und Enden, bereits in starkem Maße innerpolitisch, hat (Abberufung des Botschafters beim Vatikan, Kirchengesetze in Elsaß-Lothringen[44] usw.).

Ich will gar nicht wissen, ob er den Sturm besteht, den Poincaré am 8. Juli gegen ihn in der Kammer[45] entfachen wird. Es wäre sehr wohl möglich zu sagen, theoretisch möglich, wie ich es in einzelnen Zeitungen gelesen habe: Du lieber Gott, es hat sich ja nichts geändert, Herriot wird ja doch nicht bleiben. Ich muß gestehen, bei manchen Zeitungen hatte ich die Empfindung, als ob sie beinahe wünschten, daß Herriot wieder geht. Sie waren so innerpolitisch eingestellt, daß sie überhaupt nicht wollten, daß in Frankreich ein anderer Kurs wäre. Ich ziehe aus der Schwäche von Herriot die eine Folgerung: Gerade weil ich nicht weiß, wie lange der Mann bleibt, müssen wir die ganzen Dinge beschleunigen, soweit sie zu beschleunigen sind, um

---

[40] Alexandre Millerand (1859–1943), französischer Staatspräsident 1920 – 11. Juni 1924; Ministerpräsident 1920. – Die seit der Wahl in Frankreich neue Kammermehrheit hatte Millerand zur Niederlegung seines Amtes gezwungen (zu seiner Rücktrittserklärung vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 228).

[41] Paul Painlevé (1863–1933), französischer Ministerpräsident 1917 und 17. April – 22. November 1925; Kriegsminister 17. April 1925 – 22. Oktober 1929 (mit kurzen Unterbrechungen Oktober–November 1925 und Juni–Juli 1926); Finanzminister 9. Oktober – 22. November 1925. – Er war als Kandidat Herriots bei der Präsidentenwahl in der Nationalversammlung am 13. Juni 1924 Gaston Doumergue unterlegen (vgl. ebd., S. 228–229).

[42] Am 19. Juni 1924 hatte sich bei der Wahl des Senatspräsidenten der Kandidat der Rechten im Senat, de Selves, gegenüber Bienvenu Martin, dem Kandidaten des Linkskartells, durchgesetzt (vgl. ebd., S. 233).

[43] André Maginot (1877–1932), französischer Kriegsminister 1922 – 13. Juni 1924, 1929–1930, 1931–1932; Kolonialminister 1917, 11. November 1928 – 22. Oktober 1929. – Maginot war am 2. Juli 1924 gegen den sozialistischen Kandidaten Paul-Boncour zum Vorsitzenden des Heeresausschusses der französischen Abgeordnetenkammer gewählt worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 767, Anm. 4).

[44] In seiner Regierungserklärung vom 17. Juni 1924 hatte Herriot die Abberufung des französischen Botschafters beim Heiligen Stuhl und den Abschluß der Vereinheitlichung der französischen Gesetzgebung in Elsaß-Lothringen (und mithin die dortige Einführung der Laisierungsgesetze) angekündigt (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 231). Dies hatte zu heftigen Reaktionen und Kundgebungen gegen die Regierung, insbesondere im Elsaß, geführt. Am 5. Juli 1924 verlautete jedoch aus Paris, Herriot habe erklärt, beide Maßnahmen nicht sofort in Angriff zu nehmen (vgl. die Meldung in der Wiener REICHSPOST, Nr. 185 vom 6. Juli 1924, S. 1).

[45] Gemeint ist wohl der Senat (vgl. oben mit Anm. 8).

jetzt die Dinge fertig zu bringen, die wir vielleicht in acht Wochen nicht mehr machen können. Infolgedessen haben wir von uns aus alles getan, um dafür zu sorgen, daß die Gesetze fertig würden und die Organisationskomitees möglichst bald zum Entschluß kämen. Wir sind durch mit dem Bankgesetz, auch mit dem Eisenbahngesetz[46] – ich spreche darüber noch ein paar Worte –, wir sind nicht durch mit dem Gesetz über die Industrieobligationen, weil die Franzosen da einen Mann hineingesetzt haben, der sich absolut auf irgendwelche Verhandlungen nicht einläßt, der jetzt auch durch einen andern[47] ersetzt ist, ein Zeichen, daß sich Herriot in dieser Beziehung durchgesetzt hat. In Bezug auf die Eisenbahnen, die ja am härtesten umstritten sind, den einen Hinweis: In den Verhandlungen, die wir geführt haben, haben wir durchgesetzt, daß die Tarifhoheit des Reiches erhalten bleibt, soweit durch Maßnahmen der Reichsregierung nicht die Verzinsung der Obligationen gefährdet wird. Das heißt, wenn das Reich Tariferhöhungen verlangt, müssen sie durchgeführt werden; ebenso, wenn das Reich Ermäßigungen verlangt, müssen sie durchgeführt werden. Der Verwaltungsrat kann nur den Einspruch erheben: Das geht nicht, dadurch bekomme ich die Verzinsung nicht zustande. Er kann aber nur appellieren an ein Schiedsgericht, das gebildet wird von dem Präsidenten des Reichsgerichts und von deutschen Richtern. Das hat darüber zu entscheiden, ob der Verwaltungsrat recht hat oder das Reich. Der Verwaltungsrat wird zusammengesetzt aus vier Ausländern und 14 Deutschen, also, es besteht unsererseits eine gewaltige Mehrheit. Der Passus über die Befugnis des Verwaltungsrates, den Betrieb zu verkaufen, ist gestrichen worden (Bravo!). Es ist weiter festgestellt, daß, wenn die 600[48] Millionen nicht aufgebracht werden, wir ein halbes Jahr Zeit haben, die Summe, die die Eisenbahn nicht aufbringt, aus anderen deutschen Staatsmitteln zu decken. Die erste Verzinsung soll erst dann beginnen, wenn diese Summe aus andern deutschen Mitteln nicht beschafft werden kann. Daß es eine deutsche Regierung gäbe, die ein solches Defizit nicht herbeischaffen könnte, aus Anleihe oder anderen Mitteln, kann ich mir nicht denken. Ich glaube, daß in der Eisenbahnpolitik das Abflauen der deutschnationalen

[46] Gesetze über die Reichsbank und die Reichseisenbahn, die zur Erfüllung des Sachverständigen-Gutachtens als Absicherung der künftigen deutschen Reparationsverpflichtungen notwendig waren, wurden in Organisationskomitees aus Vertretern der Reparationskommission und der Reichsregierung diskutiert. Zur Zusammensetzung der Komitees vgl. SCHULTHESS 65 (1924), S. 409; zum Stand der Arbeiten: ZEIT, Nr. 155 vom 4. Juli 1924.

[47] Im Organisationskomitee für das Gesetz über die Industrieobligationen hatte Frankreich seinen Vertreter Descamps ersetzt durch Edgar Allix (1874–1938), französischer Finanzminister 1921–1922, Mitglied im 1. Sachverständigenausschuß 1924.

[48] So in der Vorlage. In der Folge ist wiederholt von „660 [Millionen]“ die Rede.

Opposition zeitlich ziemlich stark mit dem Tag übereinstimmt, an dem ich den Herren Deutschnationalen Bericht erstatten ließ über die Reichseisenbahn[49], aus dem sie doch wohl gesehen haben, daß sie sich wirklich darauf verlassen können, daß die Regierung genauso wacht über unsere Hoheitsrechte und sich bemüht, aus den Verhandlungen das Beste herauszuholen, als irgendeine Oppositionspartei es nur tun könnte. Auch in Bezug auf die Zahlung sind wesentliche Änderungen erzielt, wie überhaupt Herr Dr. Schacht[50] in allen diesen Dingen sehr gut und sehr geschickt gearbeitet hat. Ich sehe die Bedenken nicht nach diesen beiden Richtungen. Wenn wir normale Zeiten haben, werden wir auch die 660 Millionen aus der Eisenbahn herausholen.

Ich erinnere Sie daran, als Cuno sein Memorandum schrieb[51], da kam damals eine Denkschrift des Reichsverbandes der Industrie[52]. Wir haben damals versucht, auf den Reichsverband einzuwirken, daß er die Summe von einer Milliarde aus seiner Denkschrift herausließe. Er sprach davon, daß die Eisenbahn bei richtiger Bewirtschaftung 500 Millionen und später eine Milliarde Mark ergeben könnte. Wir haben als Parteiführer damals der Regierung Cuno gesagt, es ist ja unmöglich, daß diese Summe in einer Denkschrift von der deutschen Industrie erscheint[53]. Sie ist leider nicht zurückgenommen worden. Wenn jetzt die internationalen Sachverständigen auf 660 Millionen als Höchstmaß der Leistungsfähigkeit der gesamten Deutschen Reichsbahn sich geeinigt haben, wird man zugeben müssen, daß sie einen objektiven Maßstab angelegt haben. Und so wie die Dinge jetzt stehen, allerdings bei sehr hohen Tarifen, glaube ich Ihnen sagen zu können, daß nach dem jetzigen Stande der Dinge schon das Höchstmaß, das glaube ich im dritten oder vierten Jahre eintritt, von uns gegenwärtig bereits erreicht werden könnte. Ich glaube deshalb, daß in diesen Dingen, soweit es möglich war, auch unsere Souveränitätsrechte gewahrt sind und wir allerdings vor der Situation stärkerer internationaler Einflüsse in diesen deut-

[49] Auf welche „Berichterstattung“ gegenüber der DNVP Stresemann sich hier bezieht und durch wen sie erfolgte, ließ sich nicht ermitteln.

[50] Hjalmar Schacht (1877–1970), Reichswährungskommissar 12. November 1923 – 19. Oktober 1924; Reichsbankpräsident 22. Dezember 1923 – 1930 u. 1933–1939; zugleich Reichswirtschaftsminister 1934–1937; Reichsminister ohne Portefeuille 1937–1943.

[51] Offenbar bezieht sich Stresemann auf das Reparationsangebot der Regierung Cuno vom 2. Mai 1923 in Höhe von 30 Milliarden Goldmark, das von den Alliierten als nicht hinreichend abgelehnt wurde (die betreffende deutsche Note und die Antworten der Alliierten in Auszügen in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 121–132).

[52] Das betreffende Schreiben des RdI vom 25. Mai 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Cuno, S. 508–513.

[53] Eine entsprechende Sitzung mit Parteiführern konnte nicht ermittelt werden.

schen Einrichtungen stehen, andererseits aber auch der internationalen Hilfe in der Kreditfrage. Jene 800 Millionen, die für das erste Jahr als internationale Anleihe gegeben werden, sehe ich doch unter einem viel weitergehenden Gesichtspunkte als dem der Behebung der gegenwärtigen Kreditnot. Zunächst geben uns diese 800 Millionen im allerschlimmsten Falle das Recht, 1,6 Milliarden Papiergeld daraufhin neu auszugeben, im besten Falle 2,4 Milliarden, weil ja die Deckung von 32 1/3% in der neuen Bank uns diese Möglichkeit gewährt. Und was das bedeutet bei dem Durst nach Kredit, weiß jeder, der diese Dinge einigermaßen kennt.

Das ist nur das Aktuelle. Darüber hinausgehend sehe ich noch ein Zweites. Dieser Kredit, der Deutschland gegeben wird, der abgerufen wird für Sachleistungen innerhalb der nächsten zwölf Monate, ist nicht das Entscheidende. Entscheidend ist etwas anderes. Unsere Industrie hat teilweise kurzfristige, teilweise langfristige Kredite im Ausstand, zum Teil kämpft sie um diese Kredite noch. Wie verschuldet unser Bergbau ist, ich glaube, die wenigsten machen sich davon einen Begriff, wie wenig uns davon noch tatsächlich gehört. Wenn wir mit dem Gutachten durchkommen, wenn diese Anleihe gelingt, dann wird auch der Markt für die privaten Kredite erst offen sein. Ich weiß nicht, ob einer unserer hervorragendsten Führer in der Deutschen Bank, den wir zu unserer Freude unser Mitglied im Zentralvorstand nennen[54], damit recht hat, wenn er sagt: Wenn die Leute erst wissen, daß das Gutachten angenommen ist, daß Deutschland politisch befriedet ist, daß nicht mehr neue Sanktionen in Aussicht stehen, dann würde überhaupt eine große finanzielle Hilfe des Auslandes einsetzen, speziell für Deutschland. Ob das richtig ist, weiß ich nicht. Jedenfalls werden wir dann die Kredite bekommen, die jetzt bis zum Eintritt des Inkrafttretens des Gutachtens zurückgehalten werden.

Darüber hinaus noch ein anderer Gesichtspunkt. Was hat uns denn im Kriege am meisten geschadet? Daß wir keine Mächte hatten, die wirtschaftlich an unserem Sieg interessiert waren, durch die Milliarden, die sie hingegeben hatten. Jetzt geht es leider nicht mehr um den Sieg, sondern um unsere Existenz, und ich bin der Überzeugung, daß uns diese Leute – ich denke da sehr nüchtern in Bezug auf Idealismus und Menschheitsfühlen – in der Welt elend als Kreaturen krepieren ließen bis zum letzten Mann, wenn sie nicht ein Interesse daran hätten, daß dieses Deutschland nicht zugrunde ginge. Sie hatten einmal Interesse durch unsere Konsumkraft, das

[54] Emil Georg von Stauß (1877–1924), Mitglied im Vorstand der Deutschen Bank 1915–1932; Vorsitzender des Aufsichtsrates 1915–1942; Mitglied der DVP 1918–1933 und zeitweilig Mitglied in deren Reichsvorstand.

war schließlich das Letzte, was wir bei den Verhandlungen in die Waagschale werfen konnten. Sie werden weiter interessiert sein, wenn ihre Milliarden in Deutschland investiert sind. Davon wird es abhängen, ob man uns handelspolitisch anders behandelt, den deutschen Kaufmann drüben wieder zuläßt, und dann werden sie daran interessiert sein, daß wir wieder höher kommen. Das wird für die weitere Zukunft entscheidender sein als die gegenwärtige Bekämpfung der aktuellen Not, obwohl ich mir ganz klar darüber bin, daß, wenn wir dem deutschen Volk und der deutschen Wirtschaft keine Rettung bringen können, das Nein aussprechen würden und nichts anderes an die Stelle setzen könnten, es zu Erschütterungen kommen würde und daß die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen gar nicht abzusehen wären, weil eine allgemeine Hoffnungslosigkeit durch das ganze deutsche Volk geht. Dann würde alles, was von uns gesprochen wird von Rechtsentwicklung, zu übersetzen sein: Entwicklung nach den beiden äußersten Extremen.

Mit diesen beiden Extremen hätten wir uns dann auseinanderzusetzen, so ist die Situation, und in dieser Situation, die ja auch dem Auslande bekannt ist, ist es ja gerade nicht sehr leicht, die deutsche Sache zu führen und den andern klarzumachen, daß sie über die Dinge des Gutachtens hinaus uns auch entgegenkommen müssen.

Ich darf aber bemerken, daß in keinem Stadium der ganzen Verhandlungen, die ja doch nun seit Monaten geführt werden, von uns die politischen Fragen anders als in erster Linie stehend behandelt worden sind. Auch als Poincaré am Ruder war, hatten wir damals gar keinen Zweifel darüber gelassen, daß für uns zunächst die Räumung des Ruhrgebietes eine selbstverständliche Voraussetzung für die Zustimmung zum Sachverständigengutachten ist. Die steht nicht im Gutachten drin, dort ist nur die Rede von der wirtschaftlichen Regelung. Aber, meine Damen und Herren, sie liegt in der ganzen Entwicklung der Verhältnisse drin. Ich habe einigermaßen Wert gelegt auf eine bestimmte Formulierung, weil sie alles in sich schließt: Ruhrgebiet und andere Gebiete, nämlich die Formulierung, daß nach der eigenen Auffassung der Alliierten das Sachverständigengutachten die Lösung der Reparationsfrage sein sollte. Ist es nämlich die Lösung der Reparationsfrage, dann sind damit alle Kampfmethoden erledigt, die bisher angewandt wurden, um deutsche Leistungen zu erzwingen. Wenn die deutsche Reparationsfrage gelöst, die Leistungen festgesetzt sind, dann sind damit logisch natürlich alle diese Dinge erledigt, die die deutschen Leistungen erzwingen wollen.

Wir sind mit dieser Formulierung einverstanden, wie ich überhaupt das eine sagen

möchte, daß bisher der französische Ministerpräsident uns gegenüber vollkommen das Wort gehalten hat, das er uns gegeben hat. Ich habe Gelegenheit gehabt, ehe er Ministerpräsident wurde, mit ihm und MacDonald[55] in einen Gedankenaustausch einzutreten. Da ist mir ein Schriftstück überreicht worden[56], in dem in Bezug auf Wünsche, die ich ausgesprochen hatte, gesagt war: Der deutsche Außenminister kann überzeugt sein, daß wir ihm keine Schwierigkeiten machen werden in der Frage der Gefangenen und Ausgewiesenen[57]. Wir werden die Frage erörtern, ob sich ein Weg bietet, die Gefangenen- und Ausgewiesenenfrage vielleicht zum größten Teil schon vorher zu regeln. Ich habe diese vorherige Regelung als eine Notwendigkeit bezeichnet. Aber das Wort „vielleicht" war auch dick unterstrichen. Ich habe mich eigentlich nicht der Hoffnung hingegeben, daß es erreicht werden könnte.

Nun hat Herriot eine Ausnahme gemacht bei den Gefangenen in Bezug auf die, die sich gegen die Sicherheit der französischen Truppen vergangen haben[58]. Ich bemerke, daß mir auch ein Vorschlag vorliegt, diese Frage zu lösen[59], und daß ich glaube, diesen Vorschlag akzeptieren zu können, daß ich keinen Zweifel habe, daß diese Dinge in Ordnung gebracht werden. Daß aber der französische Ministerpräsident gar nicht erst das Sachverständigengutachten abwartete, sondern den Befehl

---

[55] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929–1935.

[56] Weder die Kontaktaufnahme mit Herriot vor dessen Amtsantritt am 15. Juni 1924 noch das betreffende Schriftstück konnten ermittelt werden.

[57] Stresemann bezieht sich hier auf die während der Zeit der Ruhrbesetzung durch französische und belgische Militärgerichte wegen aktiven oder passiven Widerstandes zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafen Verurteilten sowie auf diejenigen Menschen, die als Reaktion auf ihren passiven Widerstand aus dem Ruhrgebiet und dem besetzten Rheinland von den Besatzungsbehörden ausgewiesen worden waren. Herriot hatte seinen Botschafter Margerie bereits am 20. Juni 1924 in Berlin mitteilen lassen, daß er eine sehr schnelle umfangreiche Amnestie für die Verurteilten und die Rückkehrbewilligung für die Ausgewiesenen beabsichtige (vgl. die Aufzeichnung Stresemanns vom 20. Juni 1924 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 365–366). – Nach Zeitungsberichten waren am 27. Juni 1924 die Anordnungen getroffen worden, alle aus dem Ruhrgebiet und dem Düsseldorfer Brückenkopf Ausgewiesenen zurückkehren zu lassen, sowie alle Strafaufhebungen für die wegen passiven Widerstandes Verurteilten angeordnet worden (so die Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21479 [Morgenausgabe] vom 28. Juni 1924, S. 1); am 28. Juni 1924 sei bereits „17.460, das heißt unter Zurechnung der Familienmitglieder etwa hunderttausend" Ausgewiesenen die Rückkehr erlaubt worden (ebd., Nr. 21480 [Morgenausgabe] vom 29. Juni 1924, S. 7; ähnliche Angaben in der WIENER ZEITUNG, Nr. 148 vom 30. Juni 1924, S. 3).

[58] Laut einer Agenturmeldung in der WIENER ZEITUNG, Nr. 147 vom 28. Juni 1924, S. 3, wurde von französischer Seite bei den Begnadigungen unterschieden zwischen denjenigen, die passiven Widerstand geleistet hatten, und jenen, die wegen „gemeiner Vergehen" verurteilt waren; erstere sollten unmittelbar freigelassen, letztere erst nach Überprüfung des Einzelfalls gegebenenfalls amnestiert werden. Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf diese Unterscheidung.

[59] Der hier gemeinte Vorschlag lautete wohl, daß Deutschland im Gegenzug für eine Freilassung der verbliebenen Gefangenen in französischer Haft alle wegen Kollaboration mit den Besatzungsmächten Verurteilten amnestieren solle (vgl. die Aufzeichnung Stresemanns vom 20. Juni 1924 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 365–366 und dort insb. Anm. 3).

gab, daß seine Rede in die Tat umgesetzt würde, sollten wir mindestens als den Beweis eines persönlich guten Willens auch unsererseits einmal ruhig anerkennen (Sehr richtig!). Ich muß gestehen, daß mir das, als einige Zeitungen in Berlin dem Manne grob gekommen sind, eigentlich das Unpsychologischste zu sein scheint, was gegenwärtig in dieser Beziehung geleistet worden ist. Die Leute, denen das, nachdem die Leute freigegeben sind, anscheinend nicht in ihr Programm paßte, kamen nun damit, dem Ministerpräsidenten zu sagen: Nein, die Freigabe sei ein reiner Hohn, denn die Leute könnten ja nicht zurückkehren, da sie ein Nichts vorfänden, nicht unterkommen könnten usw. Meine Damen und Herren, das ist der zweite Akt; daß die Dinge sich nicht so vollziehen, wie manche sich denken, daß bei der Rückkehr in die Heimat jetzt wieder der Kampf um den Aufbau des zerstörten Lebens beginnt, ist selbstverständlich; hier beginnen die Pflichten des Deutschen Reiches, das für diese Leute einzutreten hat. Aber erst muß doch der erste Schritt geschehen, daß die Leute zurückkehren.

Das ist das Seltsame beim deutschen Volk: Wenn das, was es mit aller Inbrunst gefordert, ersehnt hat, da ist, dann, in dem Augenblick, wo es da ist, hat es auf einmal gar keine Bedeutung mehr. Man erzählt sich im Vogtlande eine Geschichte, daß der Junge zu seiner Mutter sagt: Mutter, wo ist denn der Runzen, den ich zum Abendbrot kriegen soll. Und als ihm die Mutter sagt: „Da ist er ja!“, sagt er: „Gott, dat Rinzken?!“ In dem Augenblick, wo er das Ersehnte hat, ist aus dem Großen etwas Kleines geworden. So ist es hier auch. Vorher hat man gesagt: Das kriegt ihr ja gar nicht fertig, daß die Ausgewiesenen zurückkommen. In dem Augenblick, wo sie kommen, wird die ganze Geschichte beinahe ins Lächerliche gezogen und als ein Hohn hingestellt (Sehr wahr!).

Das ist aus folgendem Grunde sehr gefährlich: Politik, auch Weltpolitik, hängt vielfach weit mehr von Persönlichkeiten ab als von Systemen. Eine Persönlichkeit wie Herriot, der von ganz bestimmten Idealen ausgeht, wird in dieser oder jener Art versuchen, diese Ideale durchzuführen. Ob er damit durchkommt, sage ich, ist sehr zweifelhaft. Dieser Mann ist eminent beeinflußbar, sehr stark sentimental. Auch ihn hat bei dieser ganzen Maßnahme, wie er selber mitgeteilt hat, der Gesichtspunkt geleitet: Er wollte einmal ein Echo aus Deutschland haben, in dem gesagt wurde, daß man diese Behandlung anerkennt[60]. Anstatt dieses freundlichen Echos hat er die

[60] Die entsprechende Mitteilung und die nachfolgend angeführte Äußerung Herriots konnten nicht ermittelt werden.

Grobheiten der Berliner Presse bekommen und hat infolgedessen ausgesprochen, daß er es sich in Zukunft stark überlegen würde, ob er noch irgendwie unseren Wünschen entgegenkommen solle und ob das der Dank sei.

Dabei wäre der Dank politisch gar nicht in dem Sinne zu deuten, daß er etwas Großes für das Deutsche Reich getan hätte. Aber dem Manne gegenüber – das unterstreiche ich – sollte man anders handeln. Nicht die französische Politik war damit gerechtfertigt, aber schließlich war das Vertrauen gerechtfertigt zu einem Manne, der diese Idee durchführen wollte und den wir nach dieser Richtung hin stärken müssen. Herriot kämpft gegen die allerstärksten Widerstände im Innern, gegen Millerand, gegen fast sein gesamtes Personal im Auswärtigen Amt, gegen Poincaré, der als früherer Ministerpräsident vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein Konferenzen abhält und nur auf den Augenblick wartet, wo er ihn stürzen kann. Infolgedessen kommt über Herriot eine Unsicherheit. Dinge, die er geglaubt hat, früher glatt zu nehmen, so wie man ein großes Hindernis nimmt, scheinen ihm jetzt doch gefährlich. Die ganzen Dinge, bei denen man mit ihm, wenn man es mit ihm allein zu tun hätte, sehr bald zu einer Verständigung käme, sind sehr in Frage gestellt, so wie er ja selber in Frage gestellt ist.

Das hindert uns nicht, darf uns nicht hindern, all die Dinge, die uns am Herzen liegen, in den Vordergrund zu stellen, einmal die Räumung des Ruhrgebietes. Wie wenig die Militärs im Ruhrgebiet daran gedacht haben, das können Sie daraus ersehen, daß noch in der letzten Zeit Poincarés, als er bereits seine Demission angekündigt hatte, in diesen Wochen zwölf Kasernenbauten von den Franzosen im Ruhrgebiet gefordert worden sind. Es ist ganz falsch, daß nur in Düsseldorf Kasernen gefordert worden wären, sondern überall im Ruhrgebiet ist das geschehen. Auch diese Anforderungen sind ein Zeichen dafür, daß man sich dort festsetzen wollte. Auf unser Bestreben – wir haben zunächst die Dinge liegen lassen müssen bis Poincaré gegangen war, sonst hätten wir natürlich eine verneinende Antwort bekommen – sind diese Kasernenbauten dann eingestellt worden.

Sie ersehen daraus, wie groß die Widerstände sind, und da gibt es für uns nur das eine, und das ist auch die Linie, die wir gehen wollen, mit der sich auch der Reichsrat einverstanden erklärt hat: Es ist für uns unmöglich, von dem Prinzip der Räumung abzugehen. Wir können entgegenkommen im Termin, wir können nicht entgegenkommen in der Sache. Wir müssen den Tag wissen, an dem der letzte französische und belgische Soldat den Boden verläßt, den er vertragsmäßig niemals hätte betre-

ten dürfen (Sehr gut!). Wir haben in London und Rom, in Brüssel und Paris – von Rom bekommt man seit längerer Zeit keine Antwort, die haben anscheinend sehr viel mit ihren inneren Angelegenheiten zu tun[61] – wissen lassen[62]: Wir müssen über vier Dinge Klarheit haben in London. Einmal: Wir würden keine Vorleistungen machen, wir seien bereit, die Gesetze annehmen zu lassen im Reichstag und in Kraft treten zu lassen, aber erst, wenn die belgischen und französischen Ordonnanzen[63] zurückgenommen werden, d.h. wenn die finanzielle und wirtschaftliche Einheit Deutschlands hergestellt wäre. Damit hat sich England vollkommen einverstanden erklärt und vorgeschlagen: Macht erst die deutschen Gesetze, vierzehn Tage später Zurücknahme der französischen und belgischen Ordonnanzen, und dann Ausführung des Gutachtens[64].

Wir haben weiter darauf hingewiesen: Wer entscheidet über die Auslegung des Gutachtens? (Denn es sind zum Teil störende Übersetzungsfehler aufgetreten.)

Wir haben ferner erklärt, diese ganzen Dinge seien für uns nur durchführbar, wenn der Vertrag von Versailles wieder hergestellt würde in dem, was er uns anrechnen will. Nach der Richtung stehen die Dinge so, wie sie schon vor Wochen gestanden haben: Die Räumung des Ruhrgebietes bekommen wir anscheinend durch, ich hätte beinahe gesagt, glatt durch. Ich will nicht so optimistisch sein, aber nach der Richtung hat überhaupt noch kein prinzipieller Widerspruch eingesetzt.

Dagegen wird unter dem Vorgeben, daß Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort nichts zu tun hätten mit dem Ruhrkampf[65], oder in irgendeiner Form der „Sequeritées“[66] für Frankreich, die Frankreich jetzt in die Debatte werfen müssen wird, versucht, hier von französischer Seite Widerstand zu leisten. England hat erklärt, daß es die Räumung von Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort für notwendig erachtet, hat sich in dieser

---

[61] Die Entführung und Ermordung des sozialistischen Politikers Giacomo Matteotti am 10. Juni 1924 hatten in Italien zu einer Staatskrise geführt.

[62] Eine einzelne Weisung, die das im Folgenden Zusammengefaßte enthält, konnte nicht ermittelt werden; der Tenor dessen, was Stresemann erwähnt, findet sich jedoch in verschiedenen Weisungen und Gesprächen mit Vertretern der betroffenen Staaten in den vorangegangen Wochen (vgl. etwa die Weisung Stresemanns an die Botschaft in London vom 30. Juni 1924: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 419–423).

[63] Infolge der Besetzung des Ruhrgebiets und des anschließend ausbrechenden passiven Widerstands im gesamten besetzten Gebiet hatte die Interalliierte Rheinlandkommission zahlreiche Ordonnanzen erlassen. Sie finden sich u.a. wiedergegeben in Das RHEINLANDABKOMMEN UND DIE ORDONNANZEN.

[64] Eine einzelne britische Antwort dieses Inhalts konnte nicht ermittelt werden.

[65] Bereits vor der Ruhrbesetzung hatten die Alliierten im Zuge der ultimativen Reparationsforderungen im Frühjahr 1921 in Erweiterung des durch den Versailler Vertrag vorgesehenen Besatzungsgebietes die „Sanktionsstädte“ Düsseldorf und Duisburg incl. des Hafens Ruhrort besetzt.

[66] So in der Vorlage; gemeint ist wahrscheinlich „Sécurités“

Beziehung überhaupt auf einen sehr korrekten Standpunkt gestellt[67]. Herriot möchte nach dieser Richtung dem rechten Flügel in seiner eigenen Partei und auch der Opposition eine Konzession machen, um sich zu halten. Hier wird der ganze Kampf einsetzen, und ich darf Ihnen vertraulich sagen, daß ich selber gebeten habe, daß man aus den betreffenden Stellen, vielleicht auch aus der näheren Umgebung, uns etwas mehr unterstützen möchte durch Protest-Resolutionen, durch Erklärungen. Ich habe eine Erklärung, die ich aus Düsseldorf bekommen habe, sofort an das W.T.B. gegeben[68], damit die ganze Welt sofort widerhallt von dem, was wir in dieser Richtung fordern müssen. Es ist einmal von der anderen Seite mit Recht gesagt worden, wenn nicht der Außenminister das deutsche Volk in Erregung brächte, dann würde sich keine Erregung des Volkes bemächtigen. Ich habe geglaubt, es bedürfe keiner Anstrengung, die Herren von der Rechten in Erregung zu bringen. Aber in Wirklichkeit herrscht in Deutschland große Kirchhofsruhe. Anstatt daß sich alles konzentriert auf diese Dinge, daß immer wieder diese unsere Forderungen in immer neuer Aufmachung der Öffentlichkeit unterbreiten[69] würden, sehen wir, daß alles andere die Öffentlichkeit mehr interessiert als die Dinge, die vielleicht vor 14 Tagen noch uns so lebhaft bewegt haben (Sehr richtig!). Ich habe kürzlich, ehe wir mit den Deutschnationalen sprachen, das Kabinett gefragt, wie es sich zu meiner Einstellung verhielte wegen der Räumung der nicht vertragsmäßig besetzten Gebiete. Ich habe eine vollkommene Einmütigkeit des Kabinetts darüber gefunden[70] und habe eine vollkommene Einmütigkeit im Reichsrat gefunden. Wir haben darin eine klare Linie. Ich würde Sie bitten, die auch von der Partei aus zu nehmen und von der Partei zu unterstützen. Wenn wir mit diesen Dingen durchkommen, auch wenn die Räumung nicht sofort erfolgt, auch wenn sich das vielleicht hinausschleppt, dann habe ich doch die Empfindung, daß wir ein ganzes Stück Weges zurückgelegt haben zu einer Wiederaufrichtung des Reiches. Denn sie kann nur erfolgen auf der Grundlage der Wiederherstellung der Souveränität des Reiches, der wirtschaftlichen und der politischen.

Es ist die Frage gestellt worden – sie wird jetzt immer sehr stürmisch gestellt –, ob

[67] Eine entsprechende britische Erklärung konnte nicht ermittelt werden.

[68] Welche Erklärung aus Düsseldorf und welche Agenturmeldung gemeint sind, konnte nicht ermittelt werden.

[69] So in der Vorlage. Gemeint ist wohl „unterbreitet“.

[70] Vgl. die Ministerbesprechung vom 30. Juni 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 757–762).

die Kölner Zone geräumt werde im Januar nächsten Jahres[71]. Ich habe mich stets dagegen gewehrt, irgendwie amtlich dazu Stellung zu nehmen, weil ich nämlich in diesem Falle der Meinung bin, daß es ganz falsch wäre, amtlich über etwas anzufragen, was ganz selbstverständlich und von den in Betracht kommenden Staaten noch niemals in Frage gestellt ist. Wer hat denn die Besatzungsfrist verneint? Das war ein früherer französischer Ministerpräsident[72]; er hat es nie getan für Frankreich als solches, und es ist niemals in einer offiziellen Kommission erklärt worden, die Besatzungsfrist laufe nicht, sondern nur in seinen Sonntagsreden[73] und in seinen Veröffentlichungen hat Poincaré das ausgesprochen. Kein englischer Minister hat sich auf einen anderen Standpunkt gestellt, als daß die Besatzung zu dem vertragsmäßigen Termine aufgehoben wird. Wenn heute eine derartige Anfrage gestellt würde, so hätte es ja den Anschein, als ob wir selbst daran zweifelten. Ich bin der Meinung, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, daß bei Eintritt neuer Verhältnisse auch die Räumung der Kölner Zone eintritt. Ich habe ja auch die Überzeugung, daß niemand in diesem Gremium daran denkt, England eine andere Stellung einzuräumen als einer anderen Macht, und daß ebenso gut die Gegenfrage gestellt werden könnte, aus welchem Grunde denn die deutsche Regierung annehme, daß die Engländer nicht herausgehen wollten[74]. Hier werden wir, wenn die ganzen Dinge an sich vernünftig weitergehen, deshalb auch mit dem Abbau des ersten Gebietes zu rechnen haben, das damals unter Fremdherrschaft gekommen ist.

Meine Damen und Herren, unter diesen Gesichtspunkten bin ich der Meinung, daß wir im Reichstag keine Schwierigkeiten haben werden, diese Gesetze durchzubringen. Man hat von französischer Seite von uns verlangt, wir sollten erst die Gesetze annehmen lassen durch den Reichstag und dann in London verhandeln[75]. Das haben wir abgelehnt, wir haben erklärt, wir wünschten erst zu wissen, wie die poli-

---

[71] Gemeint ist die nördliche („Kölner") Besatzungszone, die nach Art. 429 der Versailler Vertrags, sofern Deutschland „die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages […] getreulich erfüllt" (VERTRAG VON VERSAILLES S. 221), fünf Jahre nach dessen Inkrafttreten, also am 10. Januar 1925, geräumt werden sollte. – Die von Stresemann angesprochen Frage wurde in der Besprechung mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder am 3. Juli 1924 (vgl. diese Edition) vom mecklenburgischen Ministerpräsidenten gestellt.

[72] Gemeint ist Poincaré.

[73] Vermutlich bezieht sich Stresemann hier auf die zahlreichen Reden, die Poincaré im Spätsommer und Herbst 1923 anläßlich von Denkmaleinweihungen in Frankreich hielt.

[74] Köln war Sitz des Oberkommandos der britischen Besatzungszone; das Umland war ebenfalls von britischen Truppen besetzt.

[75] Vgl. etwa den telegraphischen Bericht Hoeschs über ein Gespräch mit Herriot vom 28. Juni 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 401–403) und als Antwort Stresemanns telegraphische Weisung an Hoesch vom 1. Juli 1924 (ebd., S. 427–428).

tischen Fragen geregelt würden, dann würden wir mit den Gesetzen vor den Reichstag gehen. Die Londoner Konferenz ist eingesetzt worden ohne Rücksicht auf die Annahme der Gesetze. Wir werden sie annehmen seitens der Regierung, wir werden sie dem Reichsrat und dem Reichstag übersenden, aber ich habe gar kein Interesse daran, daß der Reichstag sie vorher annimmt. Ich habe auch in einer Parteiführerkonferenz[76], als einer sagte, es sei eine Schwäche der Regierung, daß sie jetzt nicht wüßte, ob sie eine Mehrheit hätte, erwidert: Im Gegenteil, das sei eine Stärke der Regierung, denn im anderen Falle würde gesagt werden: Wenn die Regierung wüßte, daß sie die Mehrheit nicht habe, dann stünde sie auch ein für die Gesetze. Es ist sicher, daß ich diese Erklärung nicht abgebe, aber das, womit ich arbeite, was ja auch aus den Zeitungen hervorgeht – ich nenne nur den „Daily Telegraph“[77] –, ist ja gerade der Gesichtspunkt, daß ich den Herren sage: Ja, verehrte Herren, ich kriege den Reichstag nicht dazu, wenn Ihr nicht in dieser politischen Frage nachgebt (Sehr richtig!). Das ist das, was ich vorhin meinte. In dieser Frage könnte ich mir sogar ein Zusammenspiel zwischen der Regierung und einer nationalen Opposition denken. Gegenüber dem Ziel, das es hier zu erreichen gilt, müßten alle anderen Bedenken und Rücksichten zurücktreten.

Man hat auch im Reichsrat die Frage aufgeworfen, ob es nicht angängig sei, die Kriegsschuldlüge[78] bei der Gelegenheit auch zu erörtern. Ich habe den Herren, die das anregten, gesagt: Wenn ich eine schickliche Gelegenheit finde, in einer Erklärung der deutschen Reichsregierung – sei es bei der Annahme der [ein Wort fehlt][79] – dahinter muß ich noch ein Fragezeichen machen –, sei es bei Annahme der Gesetze, einer Erklärung derart, daß wir diesen Lasten zustimmten im Sinne einer moralischen Verpflichtung, im Sinne des Gutachtens, das von einer moralischen Verpflichtung spricht, weil wir keine zerstörten Gebiete hätten[80], nicht auch im Sinne der Erfüllung des Vertrages, den wir damals nur notifizierten, ohne unsere Schuld am

[76] Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf sein Treffen mit Parteiführern am 16. Juni 1924, von dem allerdings nur seine eigene Rede und keine Diskussion überliefert ist (vgl. diese Edition).

[77] Sofern Stresemann sich auf einen konkreten Artikel bezieht, konnte dieser nicht ermittelt werden.

[78] Gemeint ist die Haltung zum Kriegsschuldartikel 231 des Versailler Vertrags, der in der deutschen Terminologie häufig als „Schuldlüge“ oder „Kriegsschuldlüge“ bezeichnet wurde. – Ob sich Stresemann hier tatsächlich auf die Reichsratssitzung vom 3. Juli 1924 bezieht, konnte mangels Protokoll nicht ermittelt werden. Möglicherweise bezieht sich Stresemann jedoch auf die Besprechung mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder vom 3. Juli 1924 (vgl. diese Edition), in der er auf die Anfrage des württembergischen Staatsministeriums hin die nachfolgend geäußerten Formulierungen gebrauchte.

[79] So in der Vorlage.

[80] So in Teil I, Abs. I, des Sachverständigen-Gutachtens (zum Drucknachweis vgl. oben Anm. 5).

Kriege anzuerkennen, daß wir dann die Frage aufrollen und ein internationales Gericht fordern würden. Dann ist meiner Ansicht nach das getan, was man in diesem Zusammenhang der Dinge tun kann, es sei denn, daß die Frage von andrer Seite provoziert wird. Es würde mir ein großes Vergnügen sein, ich weiß aber nicht, ob man mir auf der anderen Seite den Gefallen tun wird. Aber mitten hinein in eine ganz andere Verhandlung diese Dinge von uns provozierend hineinzubringen, halte ich nicht für richtig angesichts der Dinge, die auf dem Spiel stehen. Wir müssen auch bei der Kriegsschuldfrage zweierlei unterscheiden, und das habe ich kürzlich doch auch einmal im Reichsrat ausgeführt, weil mir scheint, daß man sich namentlich in Bayern ganz falschen Anschauungen darüber hingibt.

Die moralische Infamierung des deutschen Volkes aus der Welt zu schaffen, das wird uns, glaube ich, hoffentlich gelingen, aber man bringt nicht in das Volk die neue Illusion, als ob mit der Entscheidung der Kriegsschuldfrage der Versailler Vertrag fällt. Heute gibt es viele Leute, die schreiben mir Briefe: Wie können Sie solche Lasten übernehmen, da wir am Kriege überhaupt nicht schuld sind! Das ist ja eine ganz illusionäre Einstellung. Es hat die Kriegsschuldfrage in der Welt vielfach gegeben. Ob Friedrich der Große[81] beim ersten Schlesischen Kriege wirklich alle ethischen Gründe auf seiner Seite hatte und nicht vielmehr von dem Gedanken ausging, die Situation zu benutzen, darüber sind die Geschichtsforscher verschiedener Meinung. Aber Schlesien würde er behalten haben, auch wenn vielleicht alle Professoren ihm gesagt hätten, es sei nicht richtig gewesen. Deshalb muß in der Kriegsschuldfrage, wenn es auch eine infame Art ist, wie man uns menschlich behandelt und die Verbrecher zweifellos auf der anderen Seite gewesen sind, die politische Einstellung eine andere sein. Denn an der Situation, daß uns als waffenlosem Gegner das waffenstarrende Europa gegenübersteht, hat sich nicht das geringste geändert. Wir sollten uns vor der Illusion hüten, als ob lediglich durch die Erörterung der Kriegsschuldfrage die Situation sich für uns ändern könnte. Deshalb kommt auch für mich nicht in Betracht, daß ich diesen Gedanken hineinbringe in die Londoner Verhandlungen, denn das würde uns nicht das mindeste nutzen. Ich kann aber bei Annahme der Gesetze die Dinge dokumentarisch niederlegen und kann auch, wenn ich provoziert werde, darauf antworten. Ich habe aber keinen Anlaß, in Anbetracht der ganzen Schwierigkeiten, die Herriot zu überwinden hat, von mir aus diese Dinge in einen Zu-

[81] Friedrich II., der Große (1712–1786), König in bzw. von Preußen 1740–1786. – Im Ergebnis des Ersten Schlesischen Kriegen (1740–1742), den Friedrich II. mit seinen Verbündeten gegen Habsburg und dessen Verbündete führte, erwarb Preußen den Großteil Schlesiens.

sammenhang zu bringen, in den sie nicht gehören. Ich schließe daran die Bitte, daß, wenn diese Situation eintritt, sie auch von dem Parteivorstand und von der Partei verteidigt wird. Ich darf mich im übrigen darauf beziehen, daß erfreulicherweise zum ersten Mal kürzlich gerade ein Bund, der sich die Erörterung der Kriegsschuldfrage als Aufgabe gestellt hat, der Bund zur Errettung der Ehre Deutschlands, durch seinen Führer[82] hat erklären lassen, daß diese Regierung doch mehr in der Kriegsschuldfrage getan hätte als irgendeine Regierung vorher. Ich habe nur Bedenken, durch die Aufwerfung dieser Frage eine Konferenz zu sprengen, an der uns außerordentlich gelegen sein muß. Einen praktischen Erfolg vermag ich mir, wie gesagt, davon nicht vorzustellen. Man wird uns mit allerlei Gründen zurückweisen, weil diese realpolitischen Engländer, die doch ihre ganze Weltpolitik und Weitereroberungen auf [ein Wort fehlt][83] aufgebaut haben, bei ihrer politischen Heuchelei und ihrer bekannten Taktik, bei ihrer Einstellung zu diesen ganzen Dingen das gar nicht zugestehen würden, wenn sie nicht ihre Stellung gegenüber den Millionen von Indern erschüttern wollten. Man würde sagen: Dieses erschlichene Urteil erkennen wir nicht an, und es würde Aufgabe des deutschen Volkes sein, in den nächsten Jahren weiter zu kämpfen. So stehen die Dinge. Man soll das, was moralisch und politisch notwendig ist, tun, aber keine Illusionen nähren, die wir nicht erfüllen können, solange die Politik Machtpolitik ist.

In der Sitzung des Reichsrates[84] hat ein Mitglied des Reichsrates in starker Opposition gestanden und erklärt: Er sei enttäuscht über die Haltung der Regierung und werde mit Nein stimmen. Er hat dann die Frage an die Regierung gerichtet, ob sie nicht bei ihrem ferneren Handeln in ihrem Herzen [mehrere Worte fehlen][85], daß sie das bedauerliche Ja ausspräche. Ich habe darauf erwidert, ich könnte mir einigermaßen vorstellen, was er damit meint, und ich wollte es einmal in die Worte fassen, daß eine Zeit käme, in der wir wieder ein Deutschland vor uns hätten, daß wir selb-

[82] Weder die bezeichnete Vereinigung noch deren Vorsitzender konnten ermittelt werden. – Möglicherweise bezieht sich Stresemann allerdings auch auf den „Arbeitsausschuß deutscher Verbände“ und dessen Vorsitzenden, Freiherrn von Lersner, die er bereits in den Reichstagsreden vom 6. März und 6. Juni 1924 (vgl. diese Edition) als Kronzeugen für das behauptete Engagement in der Kriegsschuldfrage angeführt hatte.

[83] So in der Vorlage.

[84] Ob sich Stresemann hier tatsächlich auf die Reichsratssitzung vom 3. Juli 1924 bezieht, konnte mangels Protokoll nicht ermittelt werden. Möglicherweise bezieht sich Stresemann jedoch auf die Besprechung mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder vom 3. Juli 1924 (vgl. diese Edition), in der er auf die entsprechende Anfrage des mecklenburgischen Ministerpräsidenten hin die nachfolgend geäußerten Formulierungen gebrauchte.

[85] So in der Vorlage.

ständig eingreifen könnten in die Geschicke der Völker und wir demgemäß auf die Dinge Einfluß hätten, auf die Dinge, auf die wir ein Anrecht haben. Ich glaube, daß er mit mir übereinstimmte, daß das angestrebt werden müsse, daß aber, wer das anstrebt, an diesem Ja gar nicht vorübergehen könne, weil wir ja erst die Grundlage schaffen müssen für ein einheitliches, wirtschaftlich wiedererstarktes Deutschland, so daß, wer den ersten Schritt tun wolle, erst den zweiten und ersten Schritt mit uns machen müsse. Der Weg, den wir gehen müssen, ist mühselig, und man glitscht auch einmal ab auf diesem Wege, man muß oft Hilfe suchen und oft Dornenzweige anfassen, an denen man sich die Finger blutig reißt. Wer das nicht will, wer seine guten politischen Finger nicht in Gefahr bringen will und sich davor fürchtet, einmal durch Verantwortlichkeit blutig geritzt zu werden, der soll alle politischen Geschäfte niederlegen, denn mit ihm kann man wirklich vaterländische Politik nicht machen (Starker Beifall). Was früher der Weg des Wiederaufstiegs gewesen ist, wird auch jetzt der Weg des Wiederaufstiegs sein, so schwer auch die Dinge sind, die uns zugemutet werden. Ich glaube, wirtschaftlich sind sie zunächst eine Erleichterung für zwei bis drei Jahre, sie geben uns die Möglichkeit, daß wir aus dem Budget zunächst keinen Pfennig zu zahlen haben; sie geben uns Zeit, wo wir uns erholen können.

Wenn die bange Frage durch das Volk geht: Soll denn kein Mensch eine Aufwertung erfahren von all den Dingen, die er früher dem Reiche hingegeben hat in Form von Kriegsanleihe[86], in Form von Verpflichtungen, von denen er Mehrwert erhoffte, so kann doch das Reich praktisch an diese Dinge überhaupt erst herangehen, wenn es seinerseits die Höhe seiner Verpflichtungen gegenüber dem Auslande kennt und dann überhaupt erst über ein Mehr verfügen kann, das ihm zur Verfügung steht.

So hängen auch diese Fragen auf das engste zusammen mit einer Regelung nach dieser Richtung. Man kann allerdings den Einwand erheben, warum habt Ihr bei den Verhandlungen eine Endsumme nicht verlangt? Nein, die habe ich nicht verlangt. Ich würde es für den allergrößten Fehler halten, sie gegenwärtig zu verlangen. Noch steht die Welt trotz unserer Kreditkrisis unter dem Eindruck der ungehemmten Entwicklung der deutschen Industrie und der deutschen Wirtschaft. Die Summe unserer Endverpflichtungen ist immer zurückgegangen in den letzten Jahren. Man hat erst

[86] Deutschland hatte einen Großteil der Kosten des Ersten Weltkriegs durch neun Kriegsanleihen aufgebracht. Die bereits während des Krieges einsetzende Inflation und schließlich die Hyperinflation des Jahres 1923 machten diese Anleihen wie auch Sparguthaben und Hypotheken praktisch wertlos, so daß die auch juristisch strittige Frage diskutiert wurde, ob diese Anleihen und übrigen Guthaben aufgewertet werden müßten.

geträumt von [Zahl fehlt][87] Milliarden, hat dann in London diese Summe für unmöglich erklärt[88]! Man diskutiert heute über Summen, die weit darunter stehen. Wenn erst die Möglichkeit der Transferierung, der Übertragung der Leistung an andere Mächte feststeht, dann wird man überhaupt zu ganz anderen Fragen der Regelung all dieser Verpflichtungen kommen. MacDonald hat etwa vor einem Jahre einmal gesagt[89]: Der Welt muß erst einmal bewiesen werden, daß man von Deutschland keine Reparationen fordern kann, wenn man sich nicht gleichzeitig der Herrschaft des deutschen Welthandels unterwirft. Entweder hat Deutschland eine ungeheure Entwicklung und kompensiert allen Welthandel, dann kann es Reparationen zahlen, oder Deutschland hat diese Entwicklung nicht, dann wird es aufhören, Reparationen zu zahlen. Die Dinge gehen doch darauf hinaus: Wir sollen zahlen aus dem Überschuß der deutschen Wirtschaft, wir sollen zahlen, wenn die deutsche Wirtschaft nicht darunter leidet, folglich werden die Summen nicht transferiert. Dann werden sie zu Anlagen im Innern verwendet, was aber für die Franzosen kein Trost ist. Die Welt wird noch einmal auch den Weg der nächsten zwei, drei, vier Jahre gehen. Sie wird sehen, daß dieser Weg auch nicht derjenige ist, der zum Ziele führt, und dann wird nach diesem ganzen Leidensweg irgend ein Endpunkt sein, wo man sich auf einer wirklich vernünftigen Basis wird verständigen können.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, wenn wir diesen ganzen Weg der ersten fünf Jahre einmal übersehen, täuschen wir uns doch über das eine nicht: Es ist doch in Deutschland in diesem halben Jahrzehnt vieles unendlich schneller besser geworden, als wir uns im Januar 1919 etwa vorgestellt haben (Sehr wahr!). Sie sehen, daß diese revolutionären Errungenschaften – wir hatten keine Revolution, aber die Folgen einer Revolution –, diese Errungenschaften doch schneller abgebaut worden sind, als wie irgendwie geschichtlich einmal revolutionäre Errungenschaften abgebaut worden sind. Durch das ganze Volk geht doch wieder ein ganz tiefer Zug nach Ordnung, nach Autorität. Nur nach außen, politisch, haben wir zunächst weder Macht

[87] So in der Vorlage. – Falls sich das Nachfolgende auf die Pariser Reparationskonferenz vom Januar 1921 bezieht, könnte die Zahl „269“ [Milliarden Goldmark] gemeint sein, die als Ergebnis dieser Konferenz von Deutschland gefordert werden sollten.

[88] Mit dem Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 forderten die alliierten Mächte die Reichsregierung auf, den von ihnen im April 1921 aufgestellten Reparationsplan in der Gesamthöhe von 132 Milliarden Goldmark zu akzeptieren. (Druck in englischer und französischer Originalsprache sowie deutscher Übersetzung im Weißbuch AKTENSTÜCKE ZUR REPARATIONSFRAGE S. 7–24 [Wiederabdruck des Weißbuchs in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 372, Anlage Nr. 4140 (mit der Seitenzählung des Weißbuchs)]). Nach dem Rücktritt der Regierung Fehrenbach wurde das Ultimatum von der neugebildeten Regierung Wirth am 11. Mai 1921 angenommen.

[89] Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf die Unterhausrede MacDonalds vom 2. August 1923, in der er ähnliche Formulierungen gebrauchte (HANSARD V 167, insb. Sp. 1780).

noch Einfluß. Eine Politik des Erfolges können Sie nur führen, wenn Sie das eine oder das andere oder das Erstere durch das Zweite haben. Ich halte alle Spielereien, geheimnisvoll wieder zur Macht zu kommen, für groben Unfug. Sie können nicht geheimnisvoll schwere Artillerie herstellen oder tausend Flugzeuge bauen, das schädigt uns außenpolitisch, ohne daß es uns etwas einbringt. Es kann nur die Politik Erfolg haben, die darauf hinausgeht, für andere Völker bündnisfähig zu werden; um in dem Moment der Bündnisfähigkeit von andrer Seite das zu erhalten, was Sie niemals durch vergrabene alte Flinten in wirkliche Macht werden umsetzen können.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, wenn so die ersten fünf Jahre ein Weg der inneren Konsolidierung waren, dann müssen die nächsten fünf Jahre der außenpolitischen Konsolidierung dienen, und dazu ist es notwendig, daß einmal ein Schlußpunkt gemacht wird unter die Periode, die außenpolitisch gekennzeichnet war durch die Schlagworte, daß Deutschland den betrügerischen Bankrott herbeigeführt hätte, daß Deutschland nicht zahlen wolle, sich drücke, und das arme Frankreich, um zu seinem Recht zu kommen, das Ruhrgebiet hätte besetzen müssen. Mit dieser Lüge hat das Gutachten gebrochen. Das Gutachten hat ausdrücklich gesagt: Ihr könnt nur nicht zahlen, Ihr dürft nicht zahlen, weil das Eure ganze Währung zerbrechen müßte. Nun kommt jetzt eine ganz andere Situation. Kommen jetzt die Vereinigten Staaten von Amerika in diese Dinge hinein und gehen wir von der Londoner Konferenz mit einem Erfolg nach Hause, der uns erwarten läßt, daß am 1. September [1924][90] das Gutachten in Kraft tritt, daß später unsere Gebiete frei werden, daß die internationale Anleihe in diesem Jahre kommt, daß die Welt interessiert wird für unsere wirtschaftliche Entwicklung, dann haben Sie auch ganz andere Perspektiven einer Außenpolitik, die uns einmal weiterbringen kann. Ich möchte gegenüber dem Mißerfolg, den unsere Partei bei den letzten Wahlen erlitten hat[91] und von dem ich bei der Eröffnung der Sitzung des Zentralvorstandes sprach, das eine sagen: Ich schätze ihn in seiner ganzen Schwere ein in der Gegenwart, ich schätze ihn gering ein für die Zukunft (Sehr richtig!). Ich bin der festen Überzeugung, daß der Weg, den wir bisher gegangen sind, nach innen und nach außen, trotz der vielfachen scharfen Kritik, viel schneller angetreten wird von Europa, als es gegenwärtig erscheint. Das, was sich in den drei letzten Wochen schon vollzogen hat in der Umstellung der einzelnen, zur Frage des Gutachtens, das zeigt doch schon, wie stark man erkennt, daß überhaupt

[90] So in der Vorlage.

[91] Die DVP hatte bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 mit 9,2% der Stimmen 4,7 Prozentpunkte gegenüber der Wahl von 1920 verloren.

der realistische Mensch das Problem nur vorwärts zu bringen vermag und daß nur diese nüchterne Realpolitik, die uns vielleicht nicht den Schwung gegeben hat gegenüber anderen Parteien, die noch leicht entzündliche Jugend in ihren Reihen haben, sich auf die Dauer durchsetzen wird, daß man später denen danken wird, die in dieser Zeit verantwortliche Arbeit geleistet haben (Stürmischer, langanhaltender Beifall).

[…][92]

Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren! Ich möchte auf einige Ausführungen, die in der Debatte gemacht worden sind, hier eingehen, und zwar zunächst, soweit sie die Außenpolitik betreffen. Eine Frage, die die Außenpolitik mitbetrifft, obwohl sie keine rein politische ist, ist die Diskontpolitik der Reichsbank. Gegenwärtig ist keine andere Möglichkeit gegeben: Entweder eine neue Inflation oder die Fortführung der Diskontpolitik der Reichsbank. Ich glaube, daß Sie mit mir darin übereinstimmen, wenn ich sage: Dem deutschen Volk ist sehr viel zugemutet worden, aber eine neue Inflation darf ihm nicht zugemutet werden (Sehr richtig!). Wir haben hier eine Situation vor uns, die ebenso gefährlich ist wie die Dinge, die das Reich belasten. Lassen Sie mich in Ergänzung dessen, was ich vorhin sagte, auch darüber sprechen. Denn ich glaube, die Zentralvorstandssitzungen sind auch dazu da, um Tatsachenmaterial zu schaffen, das einmal draußen mitverwertet werden kann. Es ist gar kein Zweifel, daß die rigorose Finanzpolitik der Regierung zunächst einen über alle Erwartung großen Erfolg gehabt hat, und da die Franzosen Spione haben, die in unseren sämtlichen Reichsministerien und übrigens, wie ich bemerken möchte, in sämtlichen wirtschaftlichen Unternehmungen Deutschlands, und zwar vielfach in der nächsten Umgebung derjenigen, die in den Kommissionen mitberaten, sitzen, ist bei den vorletzten Micum-Verträgen[93] den Unterhändlern entgegengehalten worden, daß das Reich durchaus in der Lage sei, die Micum-Verträge aus eigener Tasche zu bezahlen, da unsere monatlichen Überschüsse weit größer wären als die Lasten der Micum-

[92] Es folgen einige Redebeiträge anderer Mitglieder des Zentralvorstandes, die ganz überwiegend Stresemanns Ausführungen zur Außenpolitik gutheißen; angesprochen wird auch die Frage der Koalitionsbildung im Reich und in Preußen (vgl. NATIONALLIBERALISMUS I, S. 513–539).

[93] Im November 1923 war zwischen dem Bergbaulichen Verein und der „Mission interalliée de contrôle des usines et des mines“ (MICUM) ein Abkommen über die Wiederaufnahme der Kohlelieferungen durch die Industrie anstelle des Reiches (das spätere Entschädigungen bzw. Steuerverrechnungen gegenüber der Industrie versprach) zustande gekommen (vgl. SCHULTHESS, 64 [1923], S. 222), dem weitere Verträge anderer Industriebereiche des besetzten Gebietes folgten. Das Abkommen war mehrmals verlängert worden, zuletzt im Hinblick auf das Sachverständigen-Gutachten mit leichten Änderungen am 30. Juni 1924, jedoch am 3. Juli 1924 von der deutschen Industrie bereits wieder gekündigt worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 755, Anm. 8).

Verträge. Es ist richtig, daß wir Überschüsse gehabt haben; es ist richtig, daß wir die Goldanleihe aufgekauft haben, aber diese Situation ist jetzt auch zu Ende, aus zweierlei Gründen.

Einmal haben wir, nachdem das Finanzministerium auch uns gegenüber diese Tatsache entgegengehalten hat, die Beschlüsse gefaßt in der Frage der Beamtenbesoldung[94]. Ich möchte gegenüber der scharfen Kritik, die diese Beamtenbesoldungsvorlage gefunden hat, doch hier auch einmal meinen Standpunkt, den ich im Kabinett eingenommen habe, kennzeichnen. Man hat uns vorgeworfen, daß wir zuwenig Rücksicht genommen haben auf die unteren und mittleren Beamten. Es gibt noch einen anderen Weg, man könnte die Sache so halten, daß man hauptsächlich für die unteren ein Mehr gewährt hätte. Ich hielt es aber unbedingt für notwendig, von meiner Einstellung aus dafür zu sorgen, daß diese Differenzierung zwischen unteren und mittleren Beamten einmal aufhört, daß unbedingt auch hier die Qualitätsarbeit zur Geltung kommt, wie ich auch der Meinung bin, daß die Industrie sehr darunter gelitten hat, daß die Qualitätsarbeit so sehr in den Hintergrund gestellt worden ist (Sehr richtig!). Ich habe mich deswegen trotz aller Widerstände im Kabinett auf den Standpunkt gestellt: Nach all dem, was das führende höhere Beamtentum an Verlusten erlitten hat – ich glaube, es gehört am meisten zu denen, die ihr Vermögen verloren haben –, müssen wir jetzt auch, wenn die anderen 80% des Friedensgehaltes erhalten, ihnen es geben, damit wieder eine Jugend auferzogen wird, die den geistigen Mittelstand repräsentiert. Wir brauchen nicht nur die Söhne der Neureichen, wir brauchen wieder jene alten Schichten, die früher eine angesehene Stellung eingenommen haben im Deutschen Reich (Sehr wahr!). Ich habe in starken Auseinandersetzungen gegen Dr. Höfle[95] diesen Standpunkt vertreten, und ich bin der Meinung, ich habe dabei einen liberalen Standpunkt vertreten. Es ist viel zu sehr unter dem Einfluß der Revolution, unter dem Einfluß von demokratischen Ideen, mit denen wir nichts zu tun haben, der Gedanke in das deutsche Volk hineingetragen worden, alles auf ein einheitliches großes Schema zu bringen. Meine Damen und Herren, wenn Sie nur noch ein Volk haben, das eine Mitte hat, dann wird diese Mitte sehr karg sein

[94] In der Ministerbesprechung vom 27. Juni 1924 hatte das Kabinett einer Vorlage des Finanzministers zur Erhöhung der Grundgehälter in den unteren Beamten-Besoldungsgruppen zugestimmt (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 750–751). – Zu vorangegangenen Diskussion, auf die Stresemann im Folgenden Bezug nimmt, vgl. die Kabinettssitzung vom 21. Mai 1924 (ebd., I, S. 648–652).

[95] Anton Höfle (1882 – 20. April 1925), Reichspostminister 30. August 1923 –15. Januar 1925; zusätzlich mit der Leitung des Ministeriums für die besetzten Gebiete beauftragt 30. November 1923 – 15. Januar 1925; Mitglied des Reichstags 1920–1925 (für das Zentrum).

in diesem Niveau, wenn Sie nicht die Möglichkeit haben, die Schichten zu erfassen, die jetzt so große Verluste erlitten haben, und sie bei dem geistigen Wiederaufbau in Deutschland wieder heranzuziehen. Das war die Auffassung, von der wir ausgegangen sind.

Mit dem, was inzwischen beschlossen ist, haben diese Besoldungserhöhungen einen großen Teil der Überschüsse überhaupt aufgenommen. Ich habe es für notwendig gehalten, daß in diesem Maße die Gehälter erhöht würden, und zwar aus dem Grunde, weil ich früher stets den Standpunkt vertreten habe, auch gegenüber Wirth[96], der heutige Etat des Deutschen Reiches ist ein Notetat, ein Etat, der eines Kulturvolkes unwürdig ist. Einstweilen müssen wir diesen Etat als Grundlage nehmen für die deutschen Reichsbedürfnisse. Infolgedessen haben wir Wert darauf gelegt, daß zwei Dinge in das Gutachten hineingekommen sind. Einmal, daß wir ein Recht darauf haben, daß der Lebensstandard des Deutschen Volkes derselbe ist wie der anderer Völker. Es ist das eine Grundtatsache, von der viele Forderungen für die Zukunft abgeleitet werden (Sehr wahr!). Zweitens, daß in dem Gutachten die Notwendigkeit der Erhöhung der Beamtengehälter zum Ausdruck käme, Sie finden das in dem Gutachten zum Ausdruck gebracht[97]. Es ist anzunehmen, daß die deutsche Reichsregierung diese Gehälter gewährt und daß dadurch die zum großen Teil früher herausgewirtschafteten Überschüsse aufgezehrt werden. Es kommt hinzu, daß die katastrophale Wirtschaftslage, über die hier auch gesprochen worden ist, die nicht nur in der Industrie, sondern auch vor allem in der Landwirtschaft besteht, daß die naturgemäß in den Steuererträgnissen zum Ausdruck kommt, daß die Verhältnisse jetzt so sind, daß wir vom 1. Juli bis 1. Oktober voraussichtlich 140 Millionen Goldmark Erwerbslosenetat haben werden. Dazu kommt ferner, daß wir nicht nur, wie wir bekanntgegeben haben, von den Micum-Verträgen die Hälfte bezahlen werden, sondern die haben wir ganz auf das Reich übernommen. Wir konnten der Industrie nicht mehr zumuten, sich noch mehr zu belasten, denn sie ist weit bis in den Schornstein hinein international verschuldet, und wir haben das Experiment gemacht, vom Reich

[96] Joseph Wirth (1879–1956), Reichskanzler 1921–1922 (zusätzlich auch Reichsaußenminister 1922); Reichsfinanzminister 1920–1921; Reichsminister für die besetzten Gebiete 13. April 1929–1930; Reichsinnenminister 1930–1931; Mitglied des Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für das Zentrum).

[97] Im Sachverständigen-Gutachten (zum Druckort vgl. oben mit Anm. 5) findet sich ein entsprechender Passus in Teil III, Anl. 3, allerdings nur in bezug auf die „oberen und mittleren Gruppen“ der Eisenbahnbeamten-Gehälter.

aus die Mittel zu übernehmen für Herabsetzung der Kohlenpreise[98].

Ich glaube, man wird zugestehen müssen, daß wir volkswirtschaftliche Finanzpolitik getrieben haben. Vom rein finanziellen Standpunkt aus hätte der Reichsfinanzminister das ablehnen können, aber wir waren der Meinung, daß, wenn die Industrie billige Rohstoffe bekommt, das wichtiger ist als die finanziellen Opfer, die hier vom Reiche gebracht werden. Nun ist die Situation so, daß wir in den Finanzen kein Mittel mehr haben, von dem wir etwa sagen könnten, daß hier eine andere Diskontpolitik möglich ist. Bei der Reichsbank stellt sich die Lage so dar, wie ich sie vorhin dargestellt habe. Die Reichsbank stellt sich vollkommen ab auf das Sachverständigengutachten. Durch das Gutachten ist eine vollständig neue Situation gegeben; sobald diese Situation geklärt ist, kann sie eine andere Diskontpolitik treiben. Die Mittel, die dann verfügbar werden, sind sehr groß. Ich bin der Meinung, daß wir alles Interesse an der Beschleunigung haben. Wenn sie aber die Daten mit mir durchgehen, sind die Dinge so:

Am 16. [Juli 1924][99]: Beginn der Londoner Konferenz, wahrscheinlich bis zum 23. [Juli][100] – wird uns heute mitgeteilt[101] – Auseinandersetzung zwischen Frankreich und England. Die Herren sind so weit auseinander, daß sie glauben, sechs Tage zu brauchen, um untereinander einig zu werden über die Dinge, die jetzt strittig sind. Dann Eintreffen der deutschen Delegierten. Man rechnet mit den deutschen Delegierten und rechnet damit, daß die Verhandlungen vier bis fünf Tage dauern werden. Dann Zurückkehr nach Deutschland. Ich werde sofort, vorausgesetzt, daß die Dinge gut abgehen, die Gesetze dem Reichstag vorlegen. Ich hoffe, daß der Reichstag keine Schwierigkeiten bereiten wird. Von Kommissionsverhandlungen kann keine Rede sein. Jetzt hört das Maulspitzen auf, jetzt muß gepfiffen werden. Er kann nur Ja oder Nein sagen, denn es handelt sich um große politische Entscheidungen, nicht um Paragraphen. Immerhin wird man eine dreitägige Debatte im Plenum haben. Auch eine Besprechung mit den Parteiführern wird wohl stattfinden. Ich nehme also an, daß wir vielleicht am 1. August mit den Sachen fertig sein können. Über das Verhalten der Deutschnationalen nachher noch ein Wort.

---

[98] Zur Übernahme von Lasten der Industrie aus den Micum-Verträgen anläßlich der letzten Vertragsverlängerung am 30. Juni 1924 vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 752–755.

[99] So in der Vorlage.

[100] So in der Vorlage.

[101] Tatsächlich gab es auch über diese zeitlichen Abläufe noch Meinungsunterschiede zwischen Großbritannien und Frankreich (vgl. den telegraphischen Bericht Hoeschs vom 6. Juli 1924 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 466–467, Anm. 2; s. dazu auch STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 449–450).

Ich nehme nicht an, daß wir zur Ablehnung kommen. Käme eine Ablehnung, so müßte die Regierung aufgelöst werden, denn die fremden Regierungen haben von uns verlangt – und das ist selbstverständlich –, daß wir alle parlamentarischen Machtmittel anwenden, um das Gutachten durchzubringen. Ich habe aber die Empfindung, ich glaube, daß ich das sagen darf – als wenn in der Deutschnationalen Volkspartei doch allmählich eine Scheidung sich vollzieht, einmal zwischen denen, die politisch gemäßigt sind – dazu gehören die Führer, die die Massen nicht in der Hand haben – und den agrarisch eingestellten Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei. Die sehen ganz klar, daß die große Agrarpolitik gar keinen Sinn hat, wenn das Sachverständigengutachten nicht angenommen wird, denn dann bleiben die ganzen Verhältnisse im Westen, dann bleibt das Loch im Westen[102], dann hat auch diese ganze Politik keinen Sinn. Ich glaube deshalb annehmen zu können, daß die Stellung der Deutschnationalen folgende sein wird. Ich glaube nicht, daß sie mit Ja oder Nein stimmen werden, daß eine Anzahl sich auf den Standpunkt stellen wird: Die Verantwortung für das Gutachten hat die Regierung, die seinerzeit diese Antwort gegeben hat. Wir können die weltpolitischen Folgen, die sich aus dem Gutachten ergeben, jedenfalls nicht übersehen. Ich habe Grund dazu zu glauben, daß es die Deutschnationalen nicht auf einen Wahlkampf über das Sachverständigengutachten ankommen lassen werden. Ich glaube, daß dieser Wahlkampf für manche unerwünscht sein würde.

Kommen wir aber dann zum 1. August [1924][103], dann kommt folgendes: 1. August: Annahme der deutschen Reichsgesetze. Bis 15. August: Zurücknahme der französischen und belgischen Ordonnanzen, dann vielleicht acht Tage später Inkrafttreten des Gutachtens. Wenn es technisch möglich wäre, würde ich einfach sagen: 24 Stunden nach Zurückziehung der französischen und belgischen Ordonnanzen, Inkraftsetzung des Sachverständigengutachtens, schon aus der Überlegung heraus, daß wir die Micum-Verträge weiterlaufen lassen müssen bis zum August, solange, bis das Gutachten in Kraft getreten ist. Haben wir die Industrie bislang nicht fallen lassen, so können wir sie jetzt auch nicht im Stiche lassen. Die Diskontpolitik der Reichsbank kann von dem Moment an geändert werden, wo die Reichsbank weiß, daß das Sachverständigengutachten angenommen ist. Denn sie bekommt ja

[102] Mit „Loch im Westen“ ist gemeint, daß die alliierten Besatzungsmächte einerseits eine Zollgrenze am Rhein errichtet hatten und andererseits die Bestimmungen für den Ex- und Import an der deutschen Westgrenze kontrollierten und mithin sowohl Geldabflüsse als auch Importe nach Deutschland nicht wirksam der deutschen Kontrolle unterworfen waren.

[103] So in der Vorlage.

dann Millionen, die vorschußweise gegeben werden müssen. Bezüglich der Anleihe liegen die Dinge so, daß Staatssekretär Hughes mich fragen ließ[104]: Er habe die Absicht, die Anleihe zur Zeichnung auflegen zu lassen in Amerika; ob ich ihm die Sicherheit geben kann, daß das Sachverständigengutachten angenommen wird. Dann würde sofort die Zeichnung erfolgen. In der glücklichen Lage war ich damals nicht. Ich mußte ihn vielmehr darauf hinweisen, daß noch sehr große Schwierigkeiten vorhanden wären. Er hat dann logischerweise auch geantwortet, dann könne mit irgendeiner Agitation für die Anleihe noch nicht begonnen werden. Sie werden mit mir darin übereinstimmen, daß die Reichsbank zunächst nicht anders verfahren kann, aber auch so verfahren muß, um nicht bürokratische Schwierigkeiten zu machen.

Eine zweite Frage ist die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, deretwegen Frau Mende[105] eine Anfrage gerichtet hat. Bisher ist die Frage des Völkerbundes amtlich an uns überhaupt noch nicht herangetreten[106]. Ich darf hier vielleicht vertraulich etwas sagen. Die Dinge lagen in der Beziehung bislang bei uns so. Der schärfste Gegner des Eintritts in den Völkerbund ist einer unserer Gesandten[107], der der [Wort fehlt][108] Partei angehört. Ich glaube übrigens, es ist einer der Befähigsten, den wir überhaupt besitzen, es ist [Wort fehlt][109]. Er hat die ganze Politik des Völkerbundes sich abspielen sehen, und er hat in seinen Berichten an uns auf das allerdringendste davor gewarnt, dem damaligen Anstoß von links zu folgen und dem Völkerbund beizutreten. Ich habe im Kabinett, der Anregung folgend, den Antrag der Sozialdemokratischen Partei abgelehnt[110]. Vor zehn Tagen ist die englische Regierung an uns herangetreten, und der englische Minister hat offiziell die Frage an unsere Reichsregierung gestellt, wie sie sich zum Eintritt in den Völkerbund stellen

---

[104] Stresemann bezieht sich vermutlich auf sein Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Houghton vom 13. Mai 1924 (STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 407–408).

[105] Clara Mende (1869–1947), Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags 1919–1928 (für die DVP); Referentin für Hauswirtschaft im Reichswirtschaftsministerium 1928–1933; Vorsitzende des Reichsfrauenausschusses der DVP; Vorsitzende des Deutschen Frauenausschusses zur Bekämpfung der Schuldlüge. – Zu ihrer Äußerung in der Diskussion vgl. NATIONALLIBERALISMUS I, S. 534 (dort allerdings ohne einen Bezug auf den Völkerbundsbeitritt).

[106] Zur aktuellen internationalen Diskussion über einen deutschen Völkerbundsbeitritt und zur deutschen Haltung vgl. den Runderlaß des Staatssekretärs Maltzan vom 6. Juli 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 455–458).

[107] Gemeint ist offenbar Adolf Müller (1863–1943), deutscher Gesandter in Bern 1919–1933; Mitglied der SPD.

[108] So in der Vorlage.

[109] So in der Vorlage.

[110] Eine Befassung des Kabinetts mit dieser Frage konnte nicht ermittelt werden; vgl. jedoch die Reichstagsrede Stresemanns vom 28. Februar 1924 (s. diese Edition).

würde[111]. Ich habe nicht die Absicht, diese Frage vor der Londoner Konferenz zu beantworten (Sehr richtig!), weil ich der Meinung bin, es ist für unsere Stellung entscheidend, und es hängt viel davon ab, welche Stellung etwa dem Völkerbund über die Befugnisse hinaus, die er jetzt hat, eingeräumt werden sollen.

Wenn vorhin erwähnt worden ist, daß der Völkerbund hier etwa ein Protektorat über das Rheinland erhalten soll, und zwar für ewige Zeit, so darf ich darauf hinweisen, daß ich mich gegen derartige Gerüchte auch im Reichstage gewandt habe[112]. Hier liegen in der Tat sehr große Gefahren, weil nämlich beide Ministerpräsidenten in England und Frankreich auf diesem Gebiete für uns viel gefährlicher sind als alle konservativ gerichteten Persönlichkeiten. Wenn ich damals gesagt habe, daß eine Kontrolle des Völkerbundes, wenn sie internationalen Zweck haben soll, und eine internationale Gendarmerie unter Umständen für uns noch schwerer zu ertragen ist als die französische und belgische Besatzung, so halte ich das heute noch aufrecht.

Ich glaube, wir dürfen einen Gesichtspunkt bei dieser Frage nicht vergessen. Nach der Annahme des Sachverständigengutachtens zahlt jeder Staat seine Wirtschaftskosten selbst. Infolgedessen wird die Lust des französischen Finanzministers[113], die bisherige Besatzung beizubehalten, außerordentlich verringert sein, und ich glaube, der französische Bauer versteht in Geldsachen absolut keinen Spaß. Ich glaube, daß er in dieser Frage nicht weltpolitisch, sondern rein bäuerlich denken wird und absolut kein Verständnis dafür haben wird, daß statt 125 Millionen Goldmark, die Frankreich vom ersten Jahr an bekommt, vielleicht nur 25 Millionen eingehen, weil 100 Millionen auf die Besatzung übergehen. Darin liegt automatisch ein Schutz gegen diese Überschwemmung. Deshalb haben wir um so weniger Veranlassung, uns gerade in dieser Zeit mit einer Völkerbundsbesatzung einverstanden zu erklären. Was die Frage betrifft, ob Deutschland überhaupt dem Völkerbund beitreten soll, so liegt diese Fra-

[111] Eine offizielle englische Anfrage konnte nicht ermittelt werden; sie ist wohl auch nicht erfolgt (was zu Stresemanns vorherigen Ausführungen paßt, daß amtlich die Frage nicht an Deutschland herangetragen worden sei). Jedoch erörterte der britische Botschafter D'Abernon die Frage eines möglichen deutschen Völkerbundsbeitritts am 21. Juni 1924 mit Stresemann (vgl. seinen telegraphischen Bericht vom 21. Juni 1924: BRITISH DOCUMENTS ON FOREIGN AFFAIRS II F, 35, S. 254). – Allerdings könnte sich Stresemann angesichts der vielfach umlaufenden Diskussion über einen möglichen deutschen Völkerbundsbeitritts auch irren (oder versprechen) und sich auf eine allerdings offiziöse Aufforderung von Lord Parmoor, als Präsident des Geheimen Staatsrats Minister im Kabinett MacDonald, beziehen, der am 24. Juni 1924 „bei einem Frühstück, das Anhänger des Völkerbundgedankens zu seinen Ehren gaben", sagte, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten solle (vgl. den Bericht in der Wiener NEUE FREIE PRESSE [Abendausgabe], Nr. 21476 vom 25. Juni 1924, S. 2).

[112] In seiner Reichstagsrede vom 6. März 1924 (s. diese Edition).

[113] Étienne Clémentel (1864–1936), französischer Finanzminister 14. Juni 1924 – 10. April 1925.

ge nicht prinzipiell, sondern es kommt rein darauf an, ob wir dadurch einen finanziellen oder materiellen Erfolg erwarten. Wir werden dem Völkerbund nicht beitreten, wenn wir nicht einen ständigen Sitz im Völkerbund[114] haben. Wir haben jetzt gehört, daß man englischerseits eine ganz neue interessante Version hat, nämlich die, es wäre viel ehrenvoller, in den Völkerbund frei gewählt zu werden, als ihm aufgrund der Satzungen anzugehören[115]. Ich weiß nicht, ob die Herren vom Zentralvorstand auch der Meinung sind, daß es viel ehrenvoller sei, in den Parteivorstand frei gewählt zu werden, als ihm aufgrund der Satzungen anzugehören (Heiterkeit). Jedenfalls habe ich erklärt, daß ich auf diese Ehre kein Gewicht lege, vielmehr auf ein satzungsmäßiges Recht. Einmal muß es aufhören bzw. neu anfangen. Es muß neu anfangen, daß Deutschland als gleichberechtigte Großmacht dann wirklich eingeladen wird, entweder als gleichberechtigte Großmacht oder gar nicht. Würden wir uns bereit erklären, auch ohne diese Bedingung der Gleichberechtigung in den Völkerbund einzutreten, so würde das ja ein direktes Schuldbekenntnis sein, als hätten wir nicht das Recht, völlig gleichberechtigtes Mitglied zu werden.

Das Zweite, worüber die anderen Mächte auch unterrichtet sind, ist, daß wir gar nicht daran denken, irgendwelche Erklärungen bei unserem Eintritt abzugeben, die sich beziehen auf die bisher geschlossenen Verträge[116]. Diese Verträge enthalten auch das Schuldanerkenntnis Deutschlands aus dem Frieden von Versailles. Das irgendwie anzunehmen, ist ausgeschlossen. Man scheint sich in dieser Richtung auf der anderen Seite völlig beruhigt zu haben, wie man sich überhaupt mit der neuen Tonart der deutschen Regierung offiziell allmählich abfindet. Darin ist es so weit gekommen, daß man die Bitte an mich gerichtet hat, ich möchte doch vorläufig nicht über die Schuldfrage sprechen, weil es eine sehr große Erschwerung für die Auffassung anderer wäre[117]. Jedenfalls, glaube ich, ist das eine ganz gute Anerkennung, daß die bisherigen Reden darüber eine ganz gute Wirkung gehabt haben müssen.

Die dritte Forderung ist, daß wir verlangen, daß der Völkerbund darüber einig ist, daß er im Falle einer Einladung von uns auch Rußland zum Eintritt auffordert. Wir

---

[114] Gemeint ist offenbar hier und im Folgenden der „Völkerbundsrat“.

[115] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf einen Artikel im „Daily Telegraph“, den Legationssekretär Bernstorff in einem Privatdienstschreiben an Bülow am 26. Juni 1924 aus London paraphrasiert wiedergegeben hatte (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 398–399).

[116] Bülow hatte dies am 5. Juni 1924 bei einem Gespräch in Berlin Eric Drummond, dem Generalsekretär des Völkerbundes, mitgeteilt (vgl. seine Aufzeichnung: ebd., S. 302–305).

[117] Eine entsprechende Bitte (die Stresemann in seiner Rede in der Besprechung mit den Staats- und Ministerpräsidenten vom 3. Juli 1924 Herriot zuschreibt: vgl. diese Edition) konnte nicht ermittelt werden.

haben ein Interesse daran, daß, wenn der Völkerbund überhaupt wirkt, er monumental ist und Rußland ihm beitritt. Ob Rußland ja sagt, weiß ich nicht. Ich weiß, daß diese Frage hier vielfach anders aufgefaßt wird. Deshalb möchte ich darüber ein Wort sagen. Das Verhältnis zu Rußland wird bei uns vielfach aufgefaßt nach innerpolitischen Gesichtspunkten. Ich glaube, wir müssen hier zwei Sachen vollkommen voneinander trennen. Es wäre ganz falsch, unbismarckisch, möchte ich sagen, sich darum zu kümmern, wer die Macht in einem Staat hat, wenn ich diese Macht für meinen Staat haben kann. An einer Rückkehr der russischen Monarchie haben wir außenpolitisch nicht das geringste Interesse, denn das sind die Leute, die vielleicht zuerst ein Bündnis mit Frankreich schließen und vielleicht eine Gefahr für uns sein würden, während die Meinung anderer Völker, daß wir bestimmte Abmachungen mit Rußland hätten, die über das Wirtschaftliche hinausgehen, für uns wiederholt ein Aktivposten in unserer Außenpolitik gewesen sind, und das Vorgehen der Polizei am 3. Mai war saudumm gerade in dieser Beziehung[118]. Es mußte unbedingt mit dem Auswärtigen Amt darüber gesprochen werden, ob diese Situation in irgendeiner Weise entstehen durfte, wie sie entstanden ist. Als Folge kann ich nur die Artikel englischer Blätter anführen mit der Überschrift: Die Maske fällt; wir sehen, daß Deutschland in Wirklichkeit ganz isoliert ist; wenn es in Wirklichkeit derartige Abmachungen hätte, wäre ein derartiges Verhalten der preußischen Polizei unmöglich. Die Aufrechterhaltung dieser Anschauung war für uns hundertmal wichtiger als diese in der Form und Art ganz töricht und dumm durchgeführte Aktion, für die wir nun wieder die Fensterscheiben kleben müssen, die dadurch eingeschlagen sind.

Wir werden also in der Frage des Völkerbundes London kein „Nein“ antworten, sondern werden sehen, ob dem Völkerbund neue Aufgaben zugewiesen werden, die ein Interesse bei uns erwecken, ihm anzugehören, und wir werden die Forderungen stellen, die ich angedeutet habe.

Es ist weiter berührt worden die Frage der Militärkontrolle. Die Erfahrungen, die ich mit der Militärkontrolle gemacht habe, sind geradezu ein Leitfaden auch für die innere deutsche Politik. Wir haben an sich die anderen Nationen sehr lange hingehalten mit dieser ganzen Kontrolle. Es ist, glaube ich, ein Jahr [und][119] vier Monate,

[118] Am 3. Mai 1924 hatte die preußische Polizei eine Hausdurchsuchung in der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin durchgeführt, um nach einem verurteilten Kommunisten zu fahnden, und damit deutsch-sowjetische Spannungen herbeigeführt (vgl. u.a. SCHULTHESS 65 [1924], S. 32; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 400–404; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 620–621).

[119] So in der Vorlage.

daß wir durch Notenwechsel die Sache dilatorisch behandelt haben[120]. Das ist immerhin etwas, in dieser Zeit ist nichts von Belang geschehen als vielleicht einige Demonstrationen in Stuttgart[121] und anderen Orten. Wir haben, übrigens nur rein formell, zugestimmt, in der Erwartung, daß es die letzte Kontrolle dieser Art sein würde[122]. In dieser Anschauung haben uns England und Italien stark unterstützt und haben uns auch erklärt durch ihre Vertreter[123], daß sie uns in dieser Frage keine Schwierigkeiten mehr machen würden. Frankreich hat fortwährend gedrängt wegen Neuvornahme der Kontrolle. Es kam nur eins heraus, was Frankreich durchsetzte, eine Note wegen der Geheimorganisationen in Deutschland[124], die wir vorläufig noch nicht beantwortet haben, in der sie unsere Aufmerksamkeit lenken auf den Werwolf und andere Dinge und sagten, daß da Dinge vorgehen sollten, die auch unsere Sicherheit gefährdeten. Dann kam der „Deutsche Tag“[125] und die Art, wie der Deutsche Tag gehalten wurde. Ich möchte hier das eine sagen, was ich auch in Hannover[126] ausgeführt habe. Es gibt nichts, was törichter ist, als die Art dieser Demonstration.

---

[120] Stresemann bezieht sich vermutlich auf den Notenwechsel vom Februar und März 1923 (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 7, S. 257–258, 375–377).

[121] Zu der Wiederaufnahme der Militärkontrolle und den Zwischenfällen in Stuttgart im Januar 1924 vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 202–205, insb. Anm. 7).

[122] Von der nachfolgenden Chronologie der Rede Stresemanns aus ist unklar, auf welche deutsche Antwort er sich bezieht: entweder auf die Note vom 31. März 1924 (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 400–402) oder auf die Note vom 30. Juni 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 409–413; vgl. auch SCHULTHESS 65 [1924], S. 413–415. – Zur Entstehung dieser Note und zur Diskussion des Kabinetts auch zusammenfassend AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 386–387, Anm. 2; D'ABERNON III, S. 76–77).

[123] Edgar Vincent [ab 1926: Viscount] D'Abernon (1857–1941), britischer Botschafter in Berlin 1920–1926, und Conte Alessandro de Bosdari (1867–1929), italienischer Botschafter in Berlin 1867–1929. – Zur Erklärung D'Abernons vgl. die Aufzeichnung Schuberts vom 25. Juni 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S.386–388); eine Erklärung Bosdaris konnte nicht ermittelt werden.

[124] Eine solche Note konnte nicht ermittelt werden. Möglicherweise verwechselt Stresemann hier allerdings auch die Chronologie und bezieht sich (vage) auf die gemeinsame „persönliche Note“ MacDonalds und Herriots an Marx vom 22. Juni 1924 (vgl. unten mit Anm. 135), in der in einer Passage von der „zunehmenden Aktivität der nationalistischen und militärischen Organisationen“ die Rede ist, oder er verwechselt den Urheber und meint die in der französischen Presse in den vorangegangenen Wochen mehrfach erhobenen Vorwürfe über die paramilitärische Ausbildung in deutschen Vereinen.

[125] Am 11. Mai 1924 war das am 21. Dezember 1922 durch einen (möglicherweise von Sympathisanten der Kommunisten durchgeführten) Anschlag gesprengte Moltke-Denkmal in Halle anläßlich eines deutschvölkischen „Deutschen Tages“ und unter Beteiligung zahlreicher „Vaterländischer Verbände“ wieder eingeweiht worden. Bei einer Gegenkundgebung kam es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen der Schutzpolizei und kommunistischen Demonstranten. Vgl. etwa die Berichte in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21433 (Morgenausgabe) vom 12. Mai 1924, S. 2 u. 3–4; Nr. 21434 (Morgenausgabe) vom 13. Mai 1924, S. 4; in der Wiener REICHSPOST, Nr. 131 vom 12. Mai 1924, S. 1; Nr. 132 vom 13. Mai 1924, S. 2; in der WIENER ZEITUNG, Nr. 109 vom 12. Mai 1924, S. 5; in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 225 (Abendausgabe) vom 12. Mai 1924.

[126] Stresemann bezieht sich vermutlich auf seine Wahlrede in Hannover vom 28. April 1924 (s. diese Edition).

Ich kann mir Deutsche Tage denken, ich kann mir die Einweihung von Kriegerdenkmälern denken, gerade, wenn ein solches Denkmal von Kommunisten niedergeschlagen wird – daß es dann wieder aufgerichtet wird, ist eine Selbstverständlichkeit –, dann aber müßte eine solche Feier einmal wirklich das gesamte Volk umfassen, dann müßten selbstverständlich die Reichsregierung und die Landesregierungen dabei vertreten sein; es müßte kein Mensch gefragt werden, zu welcher Partei er gehört, sondern das Ganze müßte angelegt sein als eine Erinnerungsfeier für die für Deutschland Gestorbenen und als ein Hinweis auf Deutschlands Zukunft, und von Monarchie und dergleichen dürfte kein Wort gesprochen werden, sondern nur vom Deutschen Vaterland, und dafür müßten alle zusammenstehen, wenn es gilt, diese Freiheit wieder zu erkämpfen. Statt dessen wird die Feier begangen in der radikalen Aufmachung der Völkischen, einer Aufmachung, veranstaltet von denen, die nicht mehr Militär sind, sondern Politiker geworden sind. Ludendorff[127], der mir persönlich früher sehr nahestand, hat mir selbst einmal sein Bild mit einer schmeichelhaften Widmung übersandt, hat mir auch einmal geschrieben: Ich werde nicht wieder kandidieren, ohne Sie vorher zu fragen. Leider hat er das nicht getan. Ich habe ihm gegenüber den Standpunkt vertreten: Die großen Feldherren des Weltkrieges sind viel zu gut dazu, als daß sie sich mit der Politik befassen. Ich hätte Ludendorff auch für unsere Partei gewinnen können. Wir sind in dieser Beziehung innerlich viel mehr national als andere Leute, die diese Personen als Firmenschild benutzen. Es war nur gut, daß Hindenburg[128] nicht auch noch in die Politik hineingezogen worden ist. In diesem Namen versinnbildlicht sich doch für Millionen die Erinnerung an eine ganz große Zeit, die groß geblieben ist, wenn wir auch eine Niederlage erlitten haben. Ist denn das etwas Befremdendes, daß wir unterlegen sind? Ist es nicht etwas Gewaltiges, daß wir über 4 1/2 Jahre lang uns gegen die ganze Welt gehalten haben (Fortgesetzte Zustimmungs- und Beifallsrufe)? Deshalb sollten weder Ludendorff noch Tirpitz[129] noch andere in die Parteipolitik hineingezogen werden, sondern es sollten Volkskundgebungen stattfinden, die von rechts bis links das ganze Volk umfassen. Ludendorff hält nach wie vor Reden, die außenpolitisch überhaupt nicht zu ertragen sind. Sie werden nie den Tag der Revanche bekommen, wenn jeder jeden Tag darü-

[127] Erich Ludendorff (1865–1937), Erster Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung 1916–1918; Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1928 (für die Nationalsozialistische Freiheitspartei).

[128] Paul von Beneckendorf und von Hindenburg (1847–1934), Chef der Obersten Heeresleitung 1916–1919; Reichspräsident 26. April 1925 – 1934.

[129] Alfred von Tirpitz (1849–1930), Großadmiral; Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1928 (für die DNVP).

ber spricht (Lebhafte Zustimmung).

Nicht schreien, sondern diese Tapferkeit der Geduld, das wäre das, womit die Leute einmal unsere seelische Not ertragen lernen sollten, anstatt Macht vorzugeben, die wir gar nicht haben, und uns die Führung der Außenpolitik – ich weiß nur zu gut, wie es geschehen ist – besonders schwer zu machen. Die Vertreter der Vaterländischen Verbände haben – die Empfindung habe ich – zum Teil eine verständige Einsicht in die Dinge, aber es werden große Fehler gemacht. Ich habe gesagt, daß ich es durchaus billige, Waffen zu haben, die ich nicht zeige. Ich halte jeden für einen Lumpen, der deutsche Brüder deswegen zur Anzeige bringt. Aber keine Waffen zu haben und doch so zu tun, als ob man ein großes Heer hätte, das ist ungefähr das Irrsinnigste, was ich mir in der gegenwärtigen Situation denken kann (Lebhafte Zustimmung).

Das hat sich sofort bewiesen. 48 Stunden nach der Feier in Halle[130], bei der die Zahl der Teilnehmer vom Lokalanzeiger auf 100 000 heraufgeschraubt war – ich glaube, 40 000 waren es wohl –, für den Vorsitzenden des Stahlhelm[131] war kein Platz an der Ehrentafel gedeckt, er war ja nur ein einfacher Soldat, aber an der Spitze saß unter anderen der Herr von Heeringen[132], der schuld daran war, daß wir die zwei Armeekorps nicht bekommen haben, die unbedingt nötig waren, weil er die Kritik des Reichstages fürchtete, die stellen sich hin und werden als Retter des Vaterlandes gepriesen! – und ich sage, 48 Stunden später kam der Vertreter des englischen Botschafters[133], ich selbst war nicht anwesend –, und gab uns die Erklärung: Nach diesen Vorgängen, nach der Art Ihrer Demonstration ist die englische Regierung nicht mehr in der Lage, ihren Standpunkt in der Frage der Militärkontrolle aufrechtzuerhalten. Dann kam die Note wegen der Militärkontrolle[134], und das, was ich wiederholt in Versammlungen gesagt habe: Wir kommen nie mit der Militärkontrolle

---

[130] Vgl. oben mit Anm. 125.

[131] Franz Seldte (1882–1947), Gründer und 1. Bundesführer des „Stahlhelm“ („Bund der Frontsoldaten“) 1918–1933; Reichsarbeitsminister 1933–1945.

[132] Josias von Heeringen (1850–1926), preußischer Kriegsminister 1909–1913; Präsident des Kyffhäuserbundes 1918–1926.

[133] Sir Geoffrey George Knox (1884–1958), 2. Sekretär, ab 1923 1. Sekretär (und zeitweilig Geschäftsträger) an der britischen Botschaft in Berlin 1920–1932. – Über sein Gespräch im Auswärtigen Amt anläßlich des „Deutschen Tages“ und die nachfolgend erwähnte Erklärung konnte nichts ermittelt werden.

[134] Gemeint ist die Note der Botschafterkonferenz vom 28. Mai 1924, in der die Reichsregierung aufgefordert wurde, die Wiederaufnahme der alliierten Kontrolle zu ermöglichen; gleichzeitig wurde in Aussicht gestellt, daß es sich dann mit der Prüfung von fünf aufgezählten Punkten um eine abschließende Inspektion handeln würde (Zusammenfassung der Note in SCHULTHESS 65 [1924], S. 410–411).

zu Ende, wenn Sie solche dummen Demonstrationen machen, hat sich leider bewahrheitet. Wir haben leider jetzt in diesen neuen Demütigungen die Folgen zu tragen für die törichten Demonstrationen, die die Leute ohne Verantwortungsgefühl machen. Wenn deshalb jetzt einmal von der Regierung eingegriffen und diese Art der Feiern verhindert wird, so müssen wir durchaus einmal dazu stehen, ohne einen Unterschied zu machen zwischen Nationalen und anderen Demagogen (Sehr gut!).

Wir befinden uns jetzt vor dieser Entscheidung in einer Situation, die ganz eigenartig ist und die viele noch nicht recht erfassen, nämlich, in der Frage der Abrüstung sind wir gegenüber den Ministerpräsidenten MacDonald und Herriot in viel schwierigerer Lage als früher, denn die fassen die ganze Sache vom Gesichtspunkt des Pazifismus an. Es kam dann das Schreiben der beiden Ministerpräsidenten an den Reichskanzler[135], und ich muß gestehen, in der Form klang es anders, als wir es bisher gewohnt waren, aber es war auch das eine klar; jetzt stand die Frage der Militärkontrolle im Mittelpunkt des Sachverständigengutachtens, jetzt war unsere Antwort gleichzeitig eine Antwort über die ganze Art der Londoner Konferenz. Es hat schwerer Kämpfe bedurft, um einig zu werden, denn wir haben bei diesen Dingen die Militärs mit herangezogen, nicht nur den Herrn Reichswehrminister[136], sondern auch diejenigen, die die Dinge mit auszuführen haben, und es ist uns schließlich gelungen, ein Einverständnis herbeizuführen. Ich bin Herrn Dauch[137] sehr dankbar, daß er so gütig war, die Note richtig zu finden, die abgeschickt worden ist[138]. Die Note mußte

---

[135] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926). – Gemeint ist ein Schreiben MacDonalds und Herriots, daß sie bei ihrem Zusammentreffen am 21./22. als eine gemeinsame „persönliche Note“ an Reichskanzler Marx verfaßt hatten (englischer Text u.a. in einer telegraphischen Weisung MacDonalds an D'Abernon vom 22. Juni 1924 in DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,26, S. 1072–1074; Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 [1924], S. 412) und in der sie zu einer entgegenkommenden Antwort Deutschlands auf die Note vom 28. Mai 1924 aufforderten. D'Abernon berichtete am 24. Juni 1924 nach London, daß er zusammen mit dem französischen Geschäftsträger die Note am 24. Juni 1924 dem Reichskanzler vorgetragen und ihm eine Abschrift übergeben habe (DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,26, S. 1074–1075).

[136] Otto Geßler (1875–1955), Reichswehrminister 1920 – 19. Januar 1928; Mitglied des Reichstags 1920 – Dezember 1924 (für die DDP). – Zur Heranziehung der Militärs bei der Formulierung der Note vom 30. Juni 1924 vgl. zusammenfassend AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 386–387, Anm. 2; S. 409–409 u. Anm. 7.

[137] Walther Dauch (1874–1943), Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DVP). – Er hatte zuvor für eine Verschiebung nach rechts plädiert und den DVP-Erfolg von 1920 „auf unser Programm gegen den Marxismus“ zurückgeführt (ebd., S. 199).

[138] Gemeint ist die deutsche Antwortnote zur Note der beiden Regierungschefs (vgl. Anm. 135); Text in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 409–413 (als Anlage zu einem Erlaß Schuberts an Botschafter Hoesch, die Note am 30. Juni 1924 zu übergeben: ebd., S. 408–409); vgl. auch SCHULTHESS 65 (1924), S. 413–415. – Zur Entstehung der Note und zur Diskussion des Kabi-

sehr geschickt abgefaßt werden. Mit einem Nein kam man absolut nicht weiter. Es wurde dann gebeten, daß das Außenministerium selbst einmal eine Note schriebe. Es scheint nun, als ob diese Note, obwohl sie als ein Zeichen deutscher Frechheit und Unverschämtheit von Frankreich hingestellt worden ist, ihren Zweck erfüllt hat. Von den beteiligten Instanzen ist nur ein Satz geändert worden. Bei sechs Seiten Schreibmaschinenschrift ist das eigentlich keine Änderung. Ich habe es für notwendig gehalten, wenn wir den Dingen zustimmen, dann keinen Zweifel zu lassen über die innere Einstellung des deutschen Volkes diesen Dingen gegenüber, und da der Minister Herriot gerade erklärt hatte[139], die Turn- und Sportvereine seien eine Gefahr, habe ich es für wünschenswert gehalten, auch der ganzen Welt einmal das eine noch zu sagen, daß unsere allgemeine Wehrpflicht nicht nur militärisch, sondern auch volkserzieherisch gewirkt hat und daß es selbstverständliche Pflicht des deutschen Volkes ist, alles zu unterstützen, was dazu geeignet ist, anstelle der Wehrpflicht eine andere Erziehung zu setzen und das nicht als einen formellen Einwand, sondern als Ansicht der Regierung hinzustellen. Ferner habe ich keinen Zweifel drüber gelassen, daß die ganze Art der von Poincaré betriebenen Politik verantwortlich ist für die Entwicklung zu den Extremen in Deutschland, denn in Wirklichkeit können die Deutschen Poincaré ein Denkmal setzen, seine Sonntagsreden haben auch die andere Seite über seine wirklichen Ziele und Absichten genau aufgeklärt.

Die Form, wie die Kontrolle durchgeführt [wird][140], wird von den Kommissionen und uns besprochen werden. Ich habe den Wunsch geäußert, daß man uns nicht hineinkommen möge mit diesen Dingen in die Phase der Konferenz. Ich höre, daß man am 20. Juli damit beginnen will, daß man auch diesem Wunsch nachgekommen ist. Wir wollen zunächst, daß eine Revision stattfindet der sogenannten [Wort fehlt][141], der sogenannten fünf Punkte[142]. Bei den Fabriken können wir die Kontrolle

netts vgl. zusammenfassend AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 386–387, Anm. 2; D'ABERNON III, S. 76–77.

139 Auf welche (vermeintliche) Äußerung Herriots sich Stresemann hier bezieht, konnte nicht ermittelt werden. In der Regierungserklärung vom 17. Juni 1924 hatte der neue französische Ministerpräsident sich lediglich gegen jene in Deutschland gewandt, die „den Geist der Revanche und den der monarchistischen Reaktion […] nähren" (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 232).

140 So in der Vorlage.

141 So in der Vorlage.

142 Bei den seit dem September 1922 von den Alliierten angemahnten fünf noch zu erledigenden Punkten handelte es sich 1. um die Reorganisation der Polizei, vor allem die Beseitigung der Kasernierung; 2. um die Umstellung von Kriegsmaterialfabriken; 3. um die Auslieferung der Reste nicht zugelassenen Materials; 4. um die Auslieferung von Dokumenten betr. den Bestand an Kriegsmaterial und die Produktion der Fabriken; 5. um den Erlaß von gesetzlichen Bestimmungen zum Verbot von Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial und zur Rekrutierung der Reichswehr gemäß

ruhig zulassen, denn es ist so, was aber seltsamerweise in Deutschland bisher noch nie nach außen ausgesprochen worden ist, daß wir seit 1919 überhaupt noch keine Kanone hergestellt und weniger Munition haben, als wir das Recht haben, nach dem Friedensvertrag von Versailles zu besitzen[143]. Derartige Tatsachen laut herauszuschreien ist doch hundertmal wichtiger für Deutschland, als sich mit der Welt lediglich juristisch auseinanderzusetzen über Recht und Unrecht. Es hat keinen Zweck, auf vier Seiten einer Note auseinanderzusetzen, daß wir im Recht seien und auf der fünften Seite zu sagen: Wir tun es doch. Wenn es dahin kommen sollte – ehe es nicht geschieht, äußere ich mich darüber nicht –, daß auch eine Kontrolle der Kasernen stattfindet, dann beziehe ich mich auf das, was der Vertreter der Wehrmacht mir gegenüber zum Ausdruck brachte[144] und was ich vollkommen verstehe: Ich kann es nur ertragen, und meine Leute können das nur ertragen, wenn sie sehen, daß auch dieser Vorgang nur ein Glied in der Kette ist, durch das Sachverständigengutachten zur politischen Freiheit in Deutschland zu kommen.

Deshalb wollen wir versuchen, das in den weiteren Verhandlungen zu erreichen, und ich bin fest überzeugt, daß es gelingt. Deshalb erwarten wir, daß diese Kontrolle erst stattfindet nach der Londoner Konferenz, daß wir eben auch darauf hinweisen können: Ihr tut das um dieser Freiheit willen, und daß wir bei diesen ganzen Dingen nachher uns vollkommen geeint haben, zunächst im Innern, das zeugt doch auch dafür, daß der Mann, der an der Spitze unserer Wehrmacht steht[145], auch ein starkes politisches Verständnis hat (Sehr wahr!), und ich freue mich, daß wir diese Note haben abschicken können im gegenseitigen Einverständnis. Das wollte ich hinzufügen zu dem, was über die außenpolitischen Dinge hier gesagt worden ist.

Dann noch ein Wort zu den Ausführungen des Kollegen Dauch. Ich weiß sehr wohl, Kollege Dauch, welcher Kampf jetzt in der französischen Öffentlichkeit vor sich geht wegen dessen, was sie als [Wort fehlt][146] bezeichnet haben. Ich sehe in diesen Vorgängen auch nur eine Phase des Kampfes, der um das Sachverständigengutach-

---

den Bestimmungen des Versailler Vertrags (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 503–504, Anm. 7).

[143] Bewaffnung und Munition der Reichswehr sind in Art. 164–172 geregelt (VERTRAG VON VERSAILLES S. 84–86).

[144] Die Grundlage dieser Darlegung Stresemanns konnte nicht ermittelt werden; im Protokoll der Ministerbesprechung über die Militärkontrollfrage vom 25. Juni 1924, an der auch Seeckt beteiligt war (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 738–742), findet sich keine derartige Aussage.

[145] Hans von Seeckt (1866–1936), Chef der Heeresleitung 1920–1926; Mitglied des Reichstags 1930–1932 (für die DVP).

[146] So in der Vorlage.

ten geführt wird. Darüber hat sich Herriot mit dem Senat noch auseinanderzusetzen, und ich sehe dem 8. Juli[147] nicht ohne Bedenken entgegen. Die Erregung, die in Frankreich jetzt vor sich geht, ist dadurch entstanden, daß durch eine dumme Ungeschicklichkeit der Text der englischen Einladung vorher bekanntgeworden ist, so daß die französische Öffentlichkeit sofort weiß, worauf England hinaus will[148]. Denn Herriot hätte sehr gern gehabt, daß man ihn mit den Dingen in Ruhe gelassen hätte, bis er auch sein Parlament nach Hause geschickt hätte. Dadurch, daß diese Dinge durchgesickert sind, ist das ganze Parlament in den Mittelpunkt getreten. Ich wiederhole das eine, was ich vorhin gesagt habe, Kollege Dauch: Sie unterschätzen doch den ganzen Geist des Gutachtens – hier glaube ich wirklich nicht Illusionist zu sein –, wenn Sie annehmen, daß man auf der anderen Seite, bei den Amerikanern, bei den Engländern – von den Italienern will ich zunächst nicht reden – tatsächlich damit rechnete, daß wir diese Summen aufbringen könnten. Nach dem, was ich in persönlichen Unterredungen habe feststellen können, hat man volles Verständnis dafür und rechnet damit, daß diese Dinge 1926/27 wieder aufgerollt werden.

In dieser Situation, wie sie jetzt ist, gilt auch für den Außenminister das, was einer der Herren Vorredner[149] für die besetzten Gebiete gesagt hat: Man muß auch für seine Freunde etwas wagen, muß auch einmal erwarten, daß vielleicht die politische Situation etwas anders wird, als sie gegenwärtig ist. Was sich in der Ferne abzeichnet, ist eine sehr starke Tendenz auf die Isolierung Frankreichs auch von englischer Seite. Ich glaube, das wollen wir doch nicht irgendwie unterschätzen. Zwar England befindet sich gegenwärtig in einer ganz unmöglichen, in einer ganz einflußlosen Lage, England hat immer die Rachegefühle genossen und seine Vorbereitungen getroffen, um zu gegebener Zeit seine früheren Freunde zu verraten, wenn es sie nicht mehr brauchte, wie es ein gutes Beispiel für die Realpolitik auch Deutschlands wäre. Ich glaube, daß England sich durch Bündnisse, wie wir sie mit Österreich hatten[150], nicht derartig hätte in einen Weltkrieg hineintreiben lassen, wie es bei uns geschehen ist (Lebhafte Zustimmung). Deshalb erwarte ich, nachdem von England selbst das

[147] Vgl. oben mit Anm. 8.

[148] Zu den Differenzen zwischen Großbritannien und Frankreich über die Einladung zur Konferenz und deren Programm vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 449–450.

[149] Vermutlich meint Stresemann Friedrich Burger (1879–1939), bayerischer Landtagsabgeordneter 1920–1932 (für die DVP), der sich in der vorangegangenen Diskussion ähnlich geäußert hatte (NATIONALLIBERALISMUS I, S. 530–533), wie Stresemann im Folgenden zusammenfaßt.

[150] Der Zweibund vom 7. Oktober 1879 mit Österreich (der 1882 durch den Beitritt Italiens zum Dreibund erweitert wurde) war die Grundlage für die gemeinsame deutsch-österreichische Kriegführung im Ersten Weltkrieg; Text des Zweibundes: CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 155, S. 303–308.

Gutachten als ein Provisorium bezeichnet worden ist, daß vielleicht schon vorher, namentlich dann, wenn die Transferierung nicht erfolgt, die Notwendigkeit sich ergibt, neue Verhältnisse zu schaffen. Und ich darf sagen, daß von französischer Seite selbst uns Anregungen gekommen sind, die uns gesagt haben, wenn es möglich wäre, durch eine Anleihe nach Befriedigung des Sachverständigengutachtens, auch wenn sie weit geringer wäre, als die französischen Ansprüche waren, ihnen eine größere Summe Geldes überhaupt einmal in die Hand zu geben, daß wir dann über die ganze Frage der Regelung der Reparationen ganz anders mit ihnen sprechen könnten als jetzt[151], denn sie stehen ja in Frankreich vor einer so miserablen finanziellen Lage, nein, eigentlich vor dem Zusammenbruch, und niemand zahlt unwilliger als der französische Bürger und Bauer. Ich glaube, diese ganzen Dinge sind auch eine Episode, die einer neuen Entwicklung Platz machen wird, wenn diese Entwicklung nicht eintreten sollten, wird uns aber jedenfalls in einiger Zeit Artikel 232[152] die Möglichkeit geben, diese Dinge zu ändern. Kollege Moldenhauer[153] sagte, diese Bestimmungen hätten uns noch nie etwas genützt. Das ist doch ein Irrtum. Wir haben schon einmal davon Gebrauch machen können, die Abschätzung der Leistungsfähigkeit zu fordern, und das eine Gute hat es doch gehabt, daß man uns in Ruhe gelassen hat von anderer Seite. Frankreich hat große Sachleistungen von uns erpreßt durch die Micum-Verträge. Es waren nicht kleine Summen, sondern es hat uns ausgequetscht wie eine Zitrone, die deutschen Industriellen haben mehr als das Mögliche dazu beigetragen. Was alles auf Kosten der Reparationen auch von anderer Seite von uns herauszuholen versucht worden ist, können Sie daraus ersehen, daß z.B. von [Wort fehlt][154] – wer dieses Drecknest gesehen hat, wird sich einen Begriff von der Berechtigung dieser Forderung machen – ein elektrischer Leichenwagen angefordert worden ist.

Der jetzige Kampf von Herriot gegen die frühere französische Regierung fußt ja gerade darauf, daß er sagt: Ihr hattet das Recht, nach dem Abkommen[155] von

---

[151] Diese Anregungen von französischer Seite konnten nicht ermittelt werden.

[152] So in der Vorlage. Gemeint sein könnte Art. 234 des Versailler Vertrags, wonach die Reparationskommission „von Zeit zu Zeit“ die deutsche Leistungsfähigkeit zu prüfen und Deutschland Gehör zu bieten hat (VERTRAG VON VERSAILLES S. 107).

[153] Paul Moldenhauer (1876–1947), Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die DVP); Reichswirtschaftsminister 1929, Reichfinanzminister 1929–1930. – Zu seiner Äußerung in der Diskussion vgl. NATIONALLIBERALISMUS I, S. 523–526.

[154] So in der Vorlage.

[155] So in der Vorlage. Gemeint ist vermutlich das am 6. Oktober 1921 von Rathenau als Wiederaufbauminister und seinem französischen Kollegen Loucheur unterzeichnete „Wiesbadener Abkommen“ über Sachlieferungen an Frankreich, das – zusammen mit weiteren Verträgen über Sachlie-

Deutschland mehr zu fordern, und habt die Sachen ja gar nicht bezogen von Deutschland, aus Protektionismus gegenüber der französischen Industrie. Aus dem Grunde, daß man uns vollkommen in Ruhe gelassen hat, daß man auch die Reparationsabgabe ermäßigt hat, haben auch diese Dinge hier ihren Wert.

Noch ein paar Worte über die Innenpolitik. Ich habe vorhin ja nur einen einleitenden Bericht gegeben und von Innenpolitik kaum gesprochen. Herr Dr. Hugo[156] hat gesagt, wir sind hier in einer schwierigen Situation, weil wir gebunden und gehemmt sind durch die Koalitionspolitik. Ich gebe das in gewissem Sinne zu, aber das gilt für die anderen Koalitionsparteien doch ebenfalls, und die weitere Zurückdrängung der Demokratischen Partei ist doch auch vor sich gegangen unter diesen Hemmungen. Aber ich darf doch sagen, daß diese Hemmungen nur begrenzte sind. Denn beispielsweise, um eines herauszugreifen, die Anregung von Frau Mende wegen Überwiegens des Zentrumseinflusses in verschiedenen Regierungen, das war ein Teilausschnitt aus einem Ganzen. Dagegen anzukämpfen hindert uns meines Erachtens keine Koalition. Im Gegenteil, wenn wir in der Koalition sind, müssen wir mehr Rücksicht verlangen. Und, meine Damen und Herren, wenn Sie immer sprechen von Machtansprüchen der Sozialdemokratie und wenn Sie das vergleichen mit dem Zentrum, so hat das Zentrum einen viel größeren Machtanspruch als die Sozialdemokratie (Sehr richtig!). Aber nach einer Richtung ist nicht zutreffend, was Herr Dr. Hugo gesagt hat, nämlich daß wir, wenn wir aus der Regierung heraus sind, von unserer Partei aus keine Vertretung und keinen Einfluß mehr in der Regierung hätten. Sowohl der Staatssekretär [Name fehlt][157] als auch der Staatssekretär [Name fehlt][158] gehören der Deutschen Volkspartei an, wie überhaupt die höheren Beamten zum großen Teil unserer Partei angehören. Es kommt meiner Ansicht nach darauf an, gerade diese Posten zu besetzen. Das ist auch von uns in höherem Maße geschehen, als es nach seinen Ausführungen der Fall zu sein scheint.

Ich glaube, wenn wir jetzt die Antwort gegeben haben auf die Interpellation des Grafen Kanitz[159] wegen der Lage der Landwirtschaft, daß wir die Einführung von Ag-

---

ferungen – allerdings erst am 29. Juni 1922 in Kraft trat (Text des Abkommens und der ergänzenden Verträge in REICHSGESETZBLATT 1922 II, S. 625–661).

[156] Otto Hugo (1878–1942), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die DVP, ab April 1933 für die NSDAP). – Zu seiner Äußerung in der Diskussion vgl. NATIONALLIBERALISMUS I, S. 514–520.

[157] So in der Vorlage.

[158] So in der Vorlage.

[159] Gerhard Graf von Kanitz (1885–1949), Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft 22. Oktober 1923 – 20. Januar 1926; Mitglied des Reichstags 1921– Mai 1924 (bis 1923 für die DNVP, da-

rarzöllen seitens der Regierung prinzipiell zugesagt haben und gewillt sind, es zu tun, zeigt doch wohl das eine, daß wir uns von der Sozialdemokratischen Partei nicht abhängig fühlen, sonst hätten wir doch diese Erklärung nicht abgeben können. Überhaupt ist jetzt für die Zeit bis zum Inkrafttreten des Londoner Planes, der Londoner Konferenz, irgendeine Abhängigkeit von der Sozialdemokratie nicht gegeben, weil die ja so dumm gewesen sind, ihre Zustimmung zu dem Gutachten derart öffentlich festzulegen[160], daß sie gar keine Gegenleistung mehr verlangen können und ihre Zustimmung nicht mehr zurücknehmen können. Den Einfluß des Herrn Oeser[161] im Reichsverkehrsministerium schätze ich so groß nicht ein, und was Dr. Schacht betrifft, so kann ich Herrn Dr. Hugo über das demokratische Gewissen von Dr. Schacht einige Mitteilungen machen, die ihn nach dieser Richtung einigermaßen beruhigen werden. Aber auch die vielen Gegner, die Dr. Schacht hatte, werden doch zugeben, daß mit ihm eine frische, aktionsfähige Persönlichkeit an die Spitze der Reichsbank gekommen ist, und die Art und Weise, wie die Verhandlungen mit London über die Kreditbeschaffung, über die Golddiskontbank[162], geführt worden sind und die Verhandlungen mit anderen Ländern, die uns Golddiskontkredit geben, zeigen, daß doch ein ganz anderer Geist in die Reichsbank eingezogen ist. Und dann wollen wir doch, wenn wir solche Persönlichkeiten haben, das eine nicht vergessen, daß wir immer den Standpunkt vertreten haben, daß bei der Besetzung solcher Stellen nicht parteipolitische Gesichtspunkte entscheiden dürfen (Sehr richtig!). Ich habe nicht den Demokraten Dr. Schacht empfohlen, sondern ich habe ihn empfohlen, weil ich wußte, daß er glänzende Beziehungen zu England hatte und viel für uns tun konnte. Sie würden das bestätigt finden, wenn Sie einen Blick tun könnten in die mit London getroffenen finanziellen Abmachungen, die in einer für unsere Außenpolitik sehr wertvollen Form geschlossen worden sind.

In Bezug auf das Ende der ganzen Verhältnisse, was dann kommen soll im Rei-

---

nach parteilos). – Zur Interpellation vgl. das Schreiben des Reichsland-Bundes an die Reichsregierung vom 21. Juni 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I//II, II, S. 728–730) und die Ministerbesprechungen vom 26. und 27. Juni 1924 (ebd., S. 743–746, 749).

[160] Beispielsweise in der Reichstagsdebatte über die Regierungserklärung Marx', bei der am 6. Juni 1924 die SPD zustimmte, das Sachverständigen-Gutachten „als praktische Grundlage für eine schnelle Lösung der Reparationsfrage" anzuerkennen; vgl. dazu die Reichstagsrede Stresemanns vom 6. Juni 1924 (in dieser Edition).

[161] Rudolf Oeser (1858 – 3. Juni 1926), Reichsinnenminister 1922 – 12. August 1923; Reichsverkehrsminister 13. August 1923 – 11. Oktober 1924; Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn 1924–1926; Mitglied der DDP.

[162] Vgl. etwa die Erläuterungen von Reichsbankpräsident Schacht in der Kabinettssitzung vom 7. März 1924 über eine mündliche Abmachung mit der Bank of England zur Errichtung und Ausstattung einer Golddiskontbank (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 439).

che und in Preußen, haben mir unsere preußischen Freunde die Frage vorgelegt, ob eine Kündigung der Koalition[163] mir als Außenminister gegenwärtig genehm oder erwünscht wäre, und ich habe ihnen zum Ausdruck gebracht, daß mir das gegenwärtig unerwünscht wäre. Wenn ich danach gefragt werde, habe ich selbstverständlich meinen Standpunkt als Außenminister zum Ausdruck zu bringen. Sie haben einen sozialistischen Außenminister in England [MacDonald][164] und einen sozialistischen Außenminister in Frankreich [Herriot][165], der von dem Sozialisten Blum[166] abhängig ist. In dieser Situation, drei Wochen vor der Londoner Konferenz, eine Aktion zu unternehmen, die unter Umständen bei dem kolossalen Affront gegen das, was deutsche Reaktion genannt wird, dann, wenn sie von der Partei des Außenministers ausgeht, auch den Außenminister in diese Situation bringt, muß ich zum mindesten als eine Erschwerung der Lage bezeichnen. Habt Ihr es 2 1/2 Jahre getan, dann könnt Ihr es vielleicht auch noch weiter tun. Dazu sind die Dinge, die jetzt auf dem Spiele stehen, doch viel zu bedeutend, als daß man mit einer solchen Aktion jetzt gerade in diese Dinge hineinplatzen könnte.

Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkt, daß man auch später einmal diese Zeit der preußischen Koalitionspolitik gerechter beurteilen wird, weil sie uns zu ihrer Zeit, zum größten Teil, eine Sicherheit gegeben hat des Eingreifens gegen links, gegen die Kommunisten, eine Sicherheit, die wir dringend brauchen, und weil man bei der Kritik so oft das eine vergißt, daß ja auch jetzt nicht das Ausscheiden der Volkspartei etwa das Kommen des Bürgerblocks zur Folge haben wird, sondern daß wahrscheinlich die Linkskoalition bleibt und daß die Klagen über sozialistische Landräte nicht aufhören, sondern stärker werden. Etwas anderes ist die Wirkung nach außen, aber ich spreche hier das aus, was sachlich gewesen ist.

Zweitens die Frage im Reich. Mit den Gedanken, die Kollege Dr. Hugo in seiner Entschließung zum Ausdruck gebracht hat, kann ich mich ganz einverstanden erklären. Etwas anderes aber ist es, ob sie sich in dieser Situation nach außen verwirklichen lassen (Sehr richtig!). Ich bin der Meinung, daß wir eine ruhige, stetige Entwicklung nur haben können, wenn wir eine möglichst große Mehrheit hinter der Regierung haben. Dazu gehören wohl heute nicht nur die Deutschnationalen. Ich würde

[163] In Preußen regierte seit dem Herbst 1921 eine Große Koalition unter Einschluß der DVP.
[164] So in der Vorlage.
[165] So in der Vorlage.
[166] Léon Blum (1872–1950), französischer Ministerpräsident 1936–1937, 1938, 1946–1947.

mich freuen, wenn wir auch die Bayerische Wirtschaftspartei[167] mit hineinnehmen. Ich bin, wenn auch in alter Anwendung, ganz entschieden gegen den Ausdruck Bürgerblock, sondern finde den Ausdruck „Zusammenfassung aller staatserhaltenden Kräfte“ für viel besser, weil das uns unterscheidet von den Deutsch-Völkischen, die zwar zu den staatserhaltenden Kräften gehören, aber die Frage, wie man zu diesem Ziel kommt, kann man taktisch unter ganz anderen Gesichtspunkten betrachten. Die Deutschnationalen wollen in die Regierung, sie sind sozusagen brünstig nach der Teilnahme an der Regierung, möchten am liebsten noch vor London hinein. Das bitte ich ein für allemal abzulehnen. In dieser Situation können wir eine neue Regierung nicht gebrauchen. Wenn aber diese Dinge zu Ende sind, wenn entweder Ferien kommen oder Fortsetzung der parlamentarischen Verhandlungen – ich weiß nicht, wie das gedacht ist –, dann, Kollege Dr. Hugo, werden Sie die Deutschnationalen am ehesten zu verständigen und [zu][168] von uns zu stellenden Bedingungen hineinbekommen; es wird umso besser sein, je weniger oft wir ihnen Anerbietungen machen (Sehr richtig!).

Es ist vollkommen richtig, wenn gesagt wird, ohne die Deutschnationalen ist eine kraftvolle Regierung nicht zu bilden. Aber ohne Deutsche Volkspartei ist eine kraftvolle Regierung auch nicht zu bilden (Lebhaftes: Sehr richtig!). Und dieser Gesichtspunkt tritt allmählich ganz in den Hintergrund. Wir sind der gegebene Kern für eine derartige Regierungsbildung. Dabei halte ich es nicht für richtig, daß in einer solchen Zusammenfassung der bürgerlichen Kräfte die am weitesten rechts stehende Partei gleich im ersten Augenblick ihres Eintretens die Führung beansprucht. In einer solchen Koalition kann die Führung nicht bei den Extremen liegen, die Führung muß bei der Mitte liegen, sonst würden wir es erleben, daß wir in dieser Koalition mit den Sozialisten, insbesondere auch mit weiten Kreisen der Demokratie[169] und des Zentrums nicht rechnen könnten. Dabei darf ich vielleicht einmal aussprechen, obwohl ich in dieser ganzen Frage auch seelisch sehr stark gehemmt war, weil der ganze Kampf um meine Person ging[170] – sehen Sie aber von meiner Person einmal ganz ab –, ich sage: Es wäre der größte politische Fehler, wenn in dieser Situation die Deutschnati-

[167] So in der Vorlage. Gemeint ist wohl die Bayerische „Volkspartei“ (vgl. auch NATIONALLIBERALISMUS I, S. 553, Anm. 135).

[168] So in der Vorlage (allerdings auch ohne diesen Zusatz sinnvoll).

[169] Gemeint ist offenbar die Deutsche Demokratische Partei.

[170] Zur schwierigen Regierungsbildung nach der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924, bei der zeitweilig auch Stresemann als Außenminister von Teilen seiner Partei zur Disposition gestellt wurde als Preis für den Eintritt der DVNP in die Reichsregierung, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 408–413.

onalen im Außenministerium wären. Sie sind absolut nicht in der Lage, diese Außenpolitik so zu führen, wie sie heute geführt werden muß. Ob die Einstellung des Auslandes den Deutschnationalen gegenüber richtig oder unrichtig ist, lasse ich einmal ganz dahingestellt. Wir müssen damit rechnen, wie die Einstellung ist. Mit der Annahme des Sachverständigengutachtens ist die Sache noch nicht zu Ende, nun kommt erst die Durchführung. Nun kommt es darauf an, eine Festigung mit den uns nahestehenden Nationen England, vielleicht auch Italien, zu finden, die uns die Möglichkeit gibt, nicht allein dazustehen, sondern wenn sich die Möglichkeit bietet, wenn es sich um neue internationale Fragen handelt, auch einmal eine andere Konstellation auszunutzen. In diesem Augenblick dürfen die Deutschnationalen nicht den Kanzler- oder Außenministerposten erhalten, in diesem Falle müssen die Herren auch einmal vaterländisch denken und müssen sagen: Über der Partei steht das Vaterland. In dieser Beziehung läßt man sich oft von einer ganz falschen Einschätzung der Demokratie leiten. Wir haben uns in einer Weise zur Demokratie entwickelt, daß ich darüber maßlos erstaunt bin. In so und so vielen Resolutionen kommt zum Ausdruck: Das Ergebnis der Reichstagswahl müsse in der Regierung zum Ausdruck kommen. In erster Linie sollte doch das Staatswohl berücksichtigt werden. Ich habe mich auch dagegen gewehrt, als es hieß, Wallraf[171] muß Präsident werden, weil er deutschnational ist, sondern habe gesagt, er soll gewählt werden, weil er geeignet ist. Einfach aus der Stärke der Partei werden auch in wichtigen Fällen Konsequenzen hergeleitet, die ich als liberaler Mann entschieden ablehne. Ich kann mir sehr wohl einen deutschen Kanzler denken, der gar keiner Partei angehört (Sehr richtig!). In dieser Beziehung sollte man sich, glaube ich, mehr Zurückhaltung auferlegen.

Mit der Sozialdemokratie ist derzeit keine gesunde Reichspolitik zu führen. Ihr Parteitag war kein schönes Ergebnis[172], er zeigte ein ganz niedriges Niveau, ein starkes Aufeinanderplatzen der Gegensätze, außer Löbe[173] scheint sie neue führende Persönlichkeiten nicht zu haben. Es wird deshalb dahin kommen, daß die Deutschnationalen in die Regierung hineinkommen, und wenn wir dann auch in dieser neuen Regierung, wie ich annehme, den Wunsch haben, an führender Stelle mitzuwirken, weil

[171] Max Wallraf (1859–1951), Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1930 (für die DNVP); dessen Präsident Mai – Oktober 1924.

[172] Zum Parteitag der SPD vom 11. bis 14. Juni 1924 vgl. zusammenfassend SCHULTHESS 65 (1924), S. 46–47.

[173] Paul Löbe (1875–1967), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD); dessen Präsident 1920–1924, 1925–1932.

wir den Ausgleich bilden zwischen Zentrum und Demokratie[174] auf der einen und Deutschnationalen auf der anderen Seite, dann glaube ich, genügt es durchaus, wenn wir erklären, daß unsere Grundsätze seit Januar diesen Jahres[175] unverändert dieselben geblieben sind, daß wir aber irgendwelche Einladung an die deutschnationale Seite nicht erlassen und daß wir von dem Ausdruck eines Bedauerns absehen. Wir haben unsere Pflicht getan bei dieser Regierungsbildung. Diejenigen, die ihre Pflicht nicht getan haben, weil sie nicht schnell genug durch entscheidende Entschließungen uns entgegengekommen sind, die mögen nun auch selbst einmal den Weg suchen, bei dem sie sich an uns wenden, aber nicht wir uns an sie wenden (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen).

[…][176]

[174] Gemeint ist offenbar die Deutsche Demokratische Partei.

[175] Vermutlich bezieht Stresemann sich auf eine Entschließung der DVP-Reichstagsfraktion vom 12. Januar 1924 (Text in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 285–286), die in der über die Frage künftiger Koalitionen gespaltenen Partei eine Art Kompromiß bildete; sie bezeichnete die vorherige Große Koalition als „ein Weg“ zum Ziel der Volksgemeinschaft; dieser Weg sei derzeit jedoch durch die SPD blockiert, so daß nun die „Bildung einer tragfähigen bürgerlichen Koalition“ angestrebt werde.

[176] Nach längerer und teilweise kontroverser Debatte verabschiedete der Zentralvorstand zwei Resolutionen, die sowohl in der Haltung zum Sachverständigengutachten wie auch zur künftigen Regierungsbildung Stresemanns Position bestätigen. Zur Debatte und zum Text der Resolutionen vgl. NATIONALLIBERALISMUS I, S. 555–567.

Rede in der Mitgliederversammlung des Eisen- und Stahlwaren-Industriebundes in Elberfeld vom 10. Juli 1924[1]

Nach VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 326 (Morgenausgabe) vom 11. Juli 1924. – Druck mit kleineren Kürzungen auch in ZEIT, Nr. 162 vom 12. Juli 1924. – Teildrucke in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21492 (Abendausgabe) vom 11. Juli 1924, S. 2; REICHSPOST, Nr. 190 vom 11. Juli 1924, S. 4; WIENER ZEITUNG, Nr. 158 vom 11. Juli 1924, S. 4.

Hofft als Folge des Sachverständigen-Gutachtens und der Handelsvertragsverhandlungen auf die wirtschaftliche Gleichberechtigung sowie auf die wirtschaftliche und finanzielle Einheit Deutschlands und die Räumung der vertragswidrig besetzten Gebiete.

[2]Die Lage der deutschen Industrie ist gekennzeichnet durch die außergewöhnlich starken Kreditschwierigkeiten und die damit zusammenhängende Schwierigkeit namentlich der Ausfuhrindustrie. Auf der Steigerung der deutschen Ausfuhr beruht die Hoffnung auf Deutschlands wirtschaftliche Wiedergenesung. Diese Steigerung der deutschen Ausfuhrfähigkeit ist aber gleichzeitig die Grundlage der von Deutschland nach dem Sachverständigengutachten[3] zu leistenden Kriegsentschädigungen, deren Uebertragung an das Ausland aus dem Ueberschuß der deutschen Wirtschaft ohne Gefährdung der deutschen Währung erfolgen soll. Damit ist die Frage der Entwick-

---

[1] Die ZEIT, Nr. 162 vom 12. Juli 1924, führt in ihrem Bericht unter dem Datum 11. Juli einleitend aus: „Gestern nachmittag 3 Uhr wurde im großen Saale des Vereinshauses in Elberfeld die allgemeine Mitgliederversammlung des Eisen- und Stahlwaren-Industriebundes unter sehr zahlreicher Beteiligung eröffnet.“ – Bei der hiesigen Wiedergabe (vgl. Anm. 2) handelt es sich um eine gekürzte Fassung. – Zur vorgängigen Beratung des Kabinetts am 9. Juli 1924 über den Zusammenhang zwischen dem Sachverständigen-Gutachten und der Räumung besetzter Gebiete vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 866–869.

[2] Die Vorlage führt aus, daß Stresemann nach zwei Vorrednern, auf deren Ausführungen er kurz eingegangen sei, bemerkt habe, „daß das Reich bis zur Sicherung des Sachverständigen-Gutachtens der Industrie schwerlich Erleichterungen werde schaffen können. Zur Arbeitszeitfrage äußerte er, daß eine internationale Regelung sicherlich grundsätzlich begrüßenswert sei. Voraussetzung einer solchen Regelung sei aber gleiche Leistungspflicht und -fähigkeit der Völker. Daher könne gegenwärtige eine internationale Festlegung auf eine bestimmte Arbeitszeit nicht in Betracht kommen. Hierauf wandte sich Dr. Stresemann der Frage des Sachverständigengutachtens zu.“

[3] Gemeint ist das Gutachten des ersten der beiden Sachverständigen-Ausschüsse, die im Januar 1924 von der Reparationskommission eingesetzt worden waren und ihre Gutachten am 9. April 1924 der Reparationskommission übergeben hatten. – Gedruckt liegen die Gutachten u.a. vor in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN. Auch (dreisprachig) als Weißbuch: BERICHTE DER VON DER REPARATIONSKOMMISSION EINGESETZTEN BEIDEN SACHVERSTÄNDIGENKOMITEES (Wiederabdruck in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 382, Drucks. 5 [mit eigener Seitenzählung]). Paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 402–406.

lung der **deutschen Ausfuhr** auch zum **Kernproblem** einer Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens geworden, von dem seine reibungslose Erledigung abhängt.

Drei Voraussetzungen sind für diese Entwicklung deutscher Ausfuhrtätigkeit gegeben. Einmal die Wiederherstellung der ungehemmten Entwicklung unserer weltwirtschaftlichen Beziehungen, zweitens der Wegfall der wirtschaftlichen Hemmungen im Inneren und endlich die Lösung der Kreditfrage nicht nur im Sinne einer Aenderung der Politik der Reichsbank, sondern des Hereinströmens ausländischer Kredite. Im Zusammenhang mit dem Fortfall der Deutschland durch den Versailler Vertrag[4] auferlegten handelspolitischen Fesseln[5] und im Zusammenhang mit den Interessen der Alliierten an einer Steigerung der deutschen Exportleistungen für die Möglichkeit der Uebertragung deutscher Kriegsentschädigungszahlungen ist wohl zu hoffen, daß die **Aera der Handelsvertragsverhandlungen, vor der wir stehen, uns die wirtschaftliche Gleichberechtigung wieder verschaffen wird.**

Die Herstellung der deutschen **wirtschaftlichen und finanziellen Einheit** ist das zweite Problem, das im Einvernehmen mit Deutschland bei der Regelung des Sachverständigen-Gutachtens gelöst werden muß. Der Begriff der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit schließt die **Verwaltungshoheit** in sich und bedingt die **Wiederherstellung des Status quo vor dem Ruhreinbruch[6].** Es kann weiter kein Zweifel darüber bestehen, daß die deutsche Produktion nicht gehemmt werden kann durch die Fortdauer der militärischen Besetzung in den nicht vertragsmäßig besetzten Gebieten.

Die Staatsmänner Englands[7] und Frankreichs[8] sind in Paris zusammengekommen[9] und haben sich bemüht, eine Konstruktion zu finden, die das Sachverständi-

---

[4] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[5] Gemeint sind die in Teil X, Abschnitt I, des Versailler Vertrags festgeschriebenen Bestimmungen über die Handelsbeziehungen Deutschlands zu den Siegermächten (Art. 264–281: ebd., S. 137–142) und dabei insbesondere die Regelungen, wonach Deutschland den Siegermächten für fünf Jahre einseitig die Meistbegünstigung zugestehen mußte.

[6] Frankreich und Belgien waren am 11. Januar 1923 ins Ruhrgebiet einmarschiert.

[7] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929 – 1935.

[8] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister), 19.–21. Juli 1926 u. 1932.

[9] MacDonald hatte sich am 8. und 9. Juli 1924 in Paris aufgehalten, um mit Herriot englisch-französische Unstimmigkeiten über die bevorstehende Londoner Konferenz und insbesondere die künftige Rolle der Reparationskommission auszuräumen (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 235; das abschließend veröffentlichte Kommuniqué in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 324 [Morgenausgabe] vom 10. Juli 1924).

gen-Gutachten nicht als außerhalb des Vertrages von Versailles stehend erscheinen läßt. Ohne zu diesen Beschlüssen gegenwärtig Stellung zu nehmen, muß doch festgestellt werden, **daß die Einschränkung der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität durch das Sachverständigen-Gutachten über die Bedingungen hinausgeht, zu denen wir nach dem Versailler Vertrag verpflichtet sind.** Man kann uns deshalb diese Bedingungen **nicht aufzwingen.** Die Entscheidung unterliegt letzten Endes der Beschlußfassung des deutschen Reichstages.

Für diese Beschlußfassung wird entscheidend sein, ob der Vertrag von Versailles, bei dessen formeller Durchführung in bezug auf die Kompetenzen der Reparationskommission[10] von der Gegenseite so einschneidender Wert gelegt wird, auch darin wieder hergestellt wird, daß für Deutschland diejenige Grenze gilt, die es nach dem Vertrag von Versailles hat und Sicherheit dafür getroffen werden muß, daß alle darüber hinausgehenden Besetzungen im Zusammenhang mit der Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens aufhören.

Nur durch eine Anerkennung dieser Grundsätze werden wir bei den bevorstehenden Abmachungen diejenige Grundlage friedlicher Verständigung erreichen, die eine neue Aera wirtschaftlicher Verständigung anstelle des bisherigen Systems der Gewalt setzt.[11]

[10] Die Kompetenzen der Reparationskommission sind in Anl. 1–7 zu Art. 233 des Versailler Vertrags festgelegt (VERTRAG VON VERSAILLES S. 110–128).

[11] Die Vorlage führt anschließend aus: „Die Rede Stresemanns wurde mit starkem Beifall aufgenommen.“ Im Folgenden werden in dem Bericht weitere auf der Mitgliederversammlung gehaltene Reden paraphrasiert. Der Bericht schließt: „An das Referat von Direktor Krämer schloß sich eine Diskussion, in der allgemein Uebereinstimmung mit seinen Ausführungen und mit den Ausführungen Dr. Stresemanns zu Tage trat.“

Redebeiträge in einer Besprechung MacDonalds[1] mit den deutschen Delegierten Marx[2], Stresemann und Luther[3] in London vom 12. August 1924[4]

Nach AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1306–1313.

Erörterung der deutschen und französischen Position zur militärischen Räumung des Ruhrgebiets. Die französischen Handelsvertragswünsche.

[…][5]

Dr. Stresemann: Ich habe gestern mit dem französischen Ministerpräsidenten, Herrn Herriot[6], über beide Fragen gesprochen. Bezüglich der Eisenbahner[7] glaubte

---

[1] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929–1935.

[2] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926).

[3] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP).

[4] Die Londoner Konferenz zur Feststellung des „Dawes-Plans“ (des Sachverständigen-Gutachtens vom 9. April 1924) als künftiger Grundlage der deutschen Reparationszahlungen tagte seit dem 16. Juli 1924 zunächst als Zusammenkunft der Siegermächte; nach der Einladung vom 2. August wurde die deutsche Delegation am 5. August 1924 hinzugezogen. Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. Nr. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439; ein ausführliches „Tagebuch der Reichskanzlei“ für die Zeit ab der Hinzuziehung der deutschen Delegation in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1283–1306. – Durch die deutsche Forderung, die Diskussion über die Inkraftsetzung des Dawes-Plans mit politischen Fragen zu verknüpfen, war die Konferenz in eine Krise geraten. Zur Behebung der Krise hatte der britische Premierminister die deutschen Hauptdelegierten zu einem Gespräch in seinen Amtssitz in die Downing Street eingeladen.

[5] In Eröffnung der Sitzung fragt MacDonald, wie weit die Gespräche der deutschen Delegierten mit den französischen Vertretern in den beiden „politische[n] Fragen […] 1. Die Frage der Eisenbahner im besetzten Gebiete; 2. die Frage der Ruhrräumung“ gediehen seien (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1306–1307), worauf Stresemann antwortet.

[6] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister), 19.–21. Juli 1926 u. 1932. – Zum Gespräch mit Herriot vom Vortag vgl. das Telegramm Stresemanns an das Auswärtige Amt vom 12. August 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 62–65).

[7] Die französischen und belgischen Vertreter hatten vor Hinzuziehung der deutschen Delegation der Konferenz ihre Absicht unterbreitet, auch nach Inkraftsetzung des Dawes-Plans 3000–4000 französische und belgische Eisenbahner auf Hauptstrecken des linksrheinischen Besatzungsgebietes einzusetzen, um für den Fall eines Streiks deutscher Eisenbahner den Transport alliierter Truppen zu gewährleisten. In der Kabinettssitzung vom 21. Juli 1924 war dieser Absicht heftig widersprochen worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 900 mit Anm. 4 u. 5).

Herr Herriot, daß sich eine Einigung werde erzielen lassen; er betonte jedoch, daß er seine Zustimmung zu Konzessionen auf diesem Gebiete erst im letzten Augenblick bei Abschluß der Konferenz werde geben können.

[…][8]

Dr. Stresemann: Ich glaube ja; allerdings in gewissen Zeitabschnitten. Mr. Herriot teilte mir mit, daß er mit seinen Sachverständigen einen Plan erörtert habe, wonach die Eisenbahner im besetzten Gebiete durch Ingenieurtruppen ersetzt werden sollten, wozu die Besatzungsmächte nach dem Rheinlandabkommen[9] berechtigt seien. Es habe sich jedoch ergeben, daß hierzu nicht genügend Ingenieurtruppen zur Verfügung ständen. Jedenfalls bin ich der Auffassung, daß es Herrn Herriot möglich sein wird, alle Eisenbahner zu entfernen.

Hinsichtlich der Ruhrräumung hat Herr Herriot erklärt, daß er große Sorge hege, ob es ihm gelingen werde, die Zustimmung zur militärischen Räumung der Ruhr in Paris durchzusetzen. Die französische Kammer und das Ministerium hätten nicht damit gerechnet, daß diese Frage auf der Londoner Konferenz zur Entscheidung kommen werde. Er sei nach Paris gefahren[10], um die Zustimmung dazu einzuholen und habe dabei große Schwierigkeiten bei den militärischen Stellen angetroffen. Man sei sich schließlich jedoch im Kabinett einig geworden, daß es möglich sei, die Zusage zu geben, das Ruhrgebiet innerhalb eines Jahres zu räumen. Jede Erörterung der Frage in Kammer und Senat werde jedoch Schwierigkeiten ergeben. Er, Herr Herriot, arbeite einen Plan der etappenweisen Räumung aus, den er mir vorlegen werde; persönlich sei er der Auffassung, daß er in die Lage kommen könne und wolle, die Räumung schon früher vorzunehmen. Herr Herriot hat seine Stellungnahme damit motiviert, daß die deutschen Leistungen aus dem Dawes-Bericht[11] erst im zweiten

---

[8] MacDonald fragt nach, ob Herriot wohl der Abziehung aller Eisenbahner zustimmen werde (ebd., S. 1307).

[9] Text des Rheinlandabkommens vom 28. Juni 1919, das die Einzelheiten der Besatzung regelte, in französischem und englischem Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES S. 462–473.

[10] Herriot hielt sich am 9. und 10. August 1924 in Paris auf, um mit Staatspräsident Doumergue und seinem Kabinett Einvernehmen über den Rahmen der Verhandlungen mit Deutschland zu erzielen (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 237–238; auch die Telegramme Stresemanns vom 9. und 12. August 1924 an das Auswärtige Amt über seine Gespräche mit Herriot: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 36–39 u. 62–65).

[11] Für das Gutachten des Ersten Sachverständigen-Ausschusses vom 9. April 1924 war zwischenzeitlich (nach dem Namen des Ausschußvorsitzenden Charles Gates Dawes) vielfach der Begriff „Dawes-Bericht“, „Dawes-Gutachten“ oder „Dawes-Plan“ geläufig geworden. – Gedruckt liegt es u.a. vor in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN. Auch (dreisprachig) als Weißbuch: BERICHTE DER VON DER REPARATIONSKOMMISSION EINGESETZTEN BEIDEN SACHVERSTÄNDIGENKOMITEES (Wiederabdruck in

Jahre beginnen, da wir im ersten Jahre nur auf Grund der Anleihe leisten.

Ich habe erwidert, daß dies eine unmögliche logische Basis sei. Die Leistungen Deutschlands begännen sofort durch die Aufgabe der Souveränität bei der Eisenbahn, durch die Errichtung der Bank und durch den Verzicht auf Erhebung der Zölle[12] usw. Es sei daher nicht daran zu denken, daß die Deutsche Regierung die erforderlichen Gesetze im Reichstage durchbekomme, wenn die Räumung des Ruhrgebietes sich ein Jahr lang hinziehe; es müsse mithin unter allen Umständen eine Kürzung der Räumungsfrist stattfinden.

Herr Herriot hat daraufhin versprochen, die Sache noch einmal durchzudenken und alsdann mit mir gleichzeitig mit dem Räumungsplan zu erörtern.

[…][13]

Dr. Stresemann: Ja, ich muß den Zeitpunkt unserer Wiederzusammenkunft noch verabreden; es ist nur schwierig, eine geeignete Stelle zu finden, da um 4 Uhr die Alliierten, wie ich höre, zusammenkommen, um 6 Uhr dagegen eine Zusammenkunft unseres Delegierten Dr. Luther mit dem französischen Minister Clémentel[14] stattfindet zur Besprechung der Wirtschaftsfragen. Somit käme erst der spätere Abend in Frage; wenn Herr Herriot es jedoch wünscht, können wir uns auch früher treffen.

[…][15]

Dr. Stresemann: Hinsichtlich der Ruhrräumung ist es für uns unmöglich, ein Jahr

---

VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 382, Drucks. 5 [mit eigener Seitenzählung]). Paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 402–406.

[12] Gemeint ist die vom Sachverständigen-Gutachten geforderte Internationalisierung der Reichseisenbahn und der Reichsbank, die sie zum Pfand für die Erfüllung der künftigen deutschen Reparationsverpflichtungen machen sollte; mit den „Zöllen“ sind vermutlich „Steuern“ gemeint (in seinem Redebeitrag vom 13. August 1924 [vgl. diese Edition] spricht Stresemann zutreffend von „Steuern“), deren Erhebung in Deutschland ebenfalls einer gewissen Kontrolle unterworfen werden sollte.

[13] MacDonald sagt, er habe Herriot so verstanden, daß er noch auf eine Antwort von Stresemann warte (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1308).

[14] Étienne Clémentel (1864–1936), französischer Finanzminister 14. Juni 1924 – 10. April 1925. – Bei den nachfolgend angesprochenen Wirtschaftsfragen ging es in erster Linie um den französischen Wunsch, am 1. Oktober 1925 bilaterale Handelsvertragsverhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, die fünf Jahre nach Inkrafttreten des Versailler Vertrags (also am 10. Januar 1925) auslaufende einseitige Meistbegünstigung Frankreichs und die Privilegierung Elsaß-Lothringens im Handel mit Deutschland gegen französische Zugeständnisse, aber ohne volle Gegenseitigkeit fortzuschreiben, während der deutsche Standpunkt darauf zielte, daß jegliche künftigen Handelsbeziehungen auf dem Prinzip der vollen Parität aufgebaut sein müßten und dies auch bereits für ein Provisorium gelten müsse, falls bis zum 10. Januar 1925 kein Handelsvertrag abgeschlossen sein würde. – Dazu und zu weiteren französischen Wünschen und deutschen Positionen vgl. ebd., S. 1313–1317 u. insb. Anm. 2.

[15] Im Folgenden besprechen MacDonald, der sich zunächst in der Frage der Ruhrräumung als nicht unmittelbar betroffen bezeichnet, und Marx die Frage der Räumung der 1. („Kölner“) Zone, wobei MacDonald die deutschen Delegierten nachdrücklich auf den Zusammenhang mit der deutschen Behandlung der Abrüstungskontroll-Frage hinweist und dort auf entgegenkommendes Verhalten drängt (ebd., S. 1308–1311).

zu warten, und ich hoffe sehr, daß es Herrn Herriot gelingen wird, auf einen früheren Termin abzukommen [!]. Wie ich aus Ihren Äußerungen entnehme, sind Sie an dieser Räumungsfrage beteiligt; und da kommt mir der Gedanke, ob es Ihnen nicht möglich wäre, in der Angelegenheit auf Herrn Herriot einzuwirken. Bei der Behandlung des Dawes-Gutachtens in Deutschland steht die Frage der Ruhrräumung im Mittelpunkt der ganzen Diskussion. Manche Schwierigkeiten bei der Durchbringung der Gesetze könnten überwunden werden, wenn wir über diese Frage hinwegkommen könnten. Wenn Sie hier die Möglichkeit hätten einzugreifen, so könnten wir vielleicht in dieser Woche noch fertig werden.

Eine andere Frage, die mir Sorge macht, ist der von Herrn Clémentel vorgeschlagene Handelsvertrag. Es werden darin Zugeständnisse von größter prinzipieller Bedeutung von uns verlangt, deren Auswirkung in bezug auf unser Verhältnis zu anderen Ländern gar nicht zu übersehen ist. Ich hoffe, daß es sich hier lediglich um einen vorläufigen Entwurf handelt. Ich würde es aber für sehr wertvoll erachten, wenn wir über diese Fragen mit den englischen Delegierten uns unterhalten könnten. Die militärische Räumung des Ruhrgebietes steht mit dem Dawes-Gutachten in unmittelbarer Verbindung, die Frage eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Frankreich hat dagegen gar nichts damit zu tun. Wir müssen in dieser Angelegenheit sehr vorsichtig vorgehen, weil sonst die öffentliche Meinung in der Welt es nicht verstehen würde, wenn wir hier binnen weniger Tage Zugeständnisse von solch grundsätzlicher Tragweite einem einzelnen Lande machen würden.

[…][16]

Dr. Stresemann: Wohl von dem Abschluß der Vereinbarung.

[…][17]

Dr. Stresemann: Sie stellten bei unserer ersten Zusammenkunft[18] in Aussicht, uns mit den Bankiers zusammenzuführen. Dürfen wir noch vor Schluß der Konferenz

---

[16] MacDonald bittet, ihn vom Ergebnis der geplanten Unterredung Stresemanns mit Herriot zu unterrichten, bringt zum Ausdruck, daß er gerne eine Räumungsfrist für das Ruhrgebiet von weniger als einem Jahr sehen würde, und fragt, ab welchem Datum die Frist wohl laufen werde (ebd., S. 1311).

[17] MacDonald erwägt die Gründe für die Fortsetzung der französischen Besetzung des Ruhrgebiets als Garantie für die deutsche Erfüllung seiner künftigen Verpflichtungen und bringt erneut seine Hoffnung zum Ausdruck, daß die Räumungsfrist weniger als ein Jahr betragen werde; er zeigt sich beunruhigt über Stresemanns Mitteilungen der französischen Handelsvertragswünsche (ebd., S. 1312).

[18] Stresemann bezieht sich offenbar nicht auf die erste gemeinsame Konferenzsitzung vom 5. August 1924, in der die deutsche Delegation erstmals mit MacDonald zusammengetroffen war, sondern auf eine Einladung am gleichen Abend, in der das Thema angesprochen wurde (vgl. die geheime Aufzeichnung Schuberts vom 5. August 1924: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 6–9).

darauf rechnen?

[…][19]

[19] MacDonald verspricht, dies zu veranlassen. Er und Marx besprechen im Folgenden den möglichen weiteren zeitlichen Verlauf der Konferenz und deren Abschluß, wobei der Premierminister seine Sorge vor der Presse zum Ausdruck bringt (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1312–1313).

Redebeitrag in einer Besprechung zwischen deutschen, französischen und belgischen Delegierten in London vom 13. August 1924[1]

Nach AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1317–1323.

Ein Kompromiß in der Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebiets ist notwendig, um die deutschen Ausführungsgesetze zum Sachverständigen-Gutachten durch den Reichstag zu bringen.

[…][2]

Dr. Stresemann: Der Ministerpräsident[3] hat zunächst gesagt, daß man in Frankreich der Meinung sei, daß die Räumung der Ruhr und der anderen Gebiete erst im zweiten Jahre des Gutachtens[4] erfolgen könne, und hat die beiden ersten Jahre als Moratoriumsjahre bezeichnet. Ich glaube, daß das nicht ganz der Auffassung des Dawes-Gutachtens entspricht. Herr Herriot hat hierbei lediglich die direkten Geldleistungen im Sinne; dann kann man allenfalls von einem mittelbaren Moratorium spre-

[1] Die Londoner Konferenz zur Feststellung des „Dawes-Plans“ (des Sachverständigen-Gutachtens vom 9. April 1924) als künftiger Grundlage der deutschen Reparationszahlungen tagte seit dem 16. Juli 1924 zunächst als Zusammenkunft der Siegermächte; nach der Einladung vom 2. August wurde die deutsche Delegation am 5. August 1924 hinzugezogen.. Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. Nr. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439; ein ausführliches „Tagebuch der Reichskanzlei“ für die Zeit ab der Hinzuziehung der deutschen Delegation in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1283–1306. – Durch die deutsche Forderung, die Diskussion über die Inkraftsetzung des Dawes-Plans mit politischen Fragen zu verknüpfen, war die Konferenz in eine Krise geraten. Hauptstreitpunkt war die Frage der Frist für die französisch-belgische militärische Räumung des Ruhrgebiets. Zur Behebung der Krise wurden außerhalb der Konferenzsitzungen informelle Gespräche geführt (wie schon am Vortag zwischen den deutschen Hauptdelegierten und dem britischen Premierminister: vgl. diese Edition). Auch die hier wiedergegebene Besprechung fand im Amtssitz des Premierministers in der Downing Street statt („im Beratungszimmer des englischen Kabinetts“: vgl. die Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21526 [Morgenausgabe] vom 14. August 1924, S. 3).

[2] Herriot führt nach der Aufzählung der strittigen Punkte länger aus, daß er in Paris von seinem Kabinett nur zu einer Minimalfrist, nämlich das Ruhrgebiet nach einem Jahr militärisch zu räumen, ermächtigt worden sei.

[3] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister), 19.–21. Juli 1926 u. 1932.

[4] Gemeint ist das Gutachten des Ersten Sachverständigen-Ausschusses vom 9. April 1924 („Dawes-Bericht“ oder „Dawes-Plan“). – Gedruckt liegt es u.a. vor in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN. Auch (dreisprachig) als Weißbuch: BERICHTE DER VON DER REPARATIONSKOMMISSION EINGESETZTEN BEIDEN SACHVERSTÄNDIGENKOMITEES (Wiederabdruck in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 382, Drucks. 5 [mit eigener Seitenzählung]). Paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 402–406.

chen. Im übrigen beginnen die deutschen Verpflichtungen aber sofort nach Inkrafttreten des Planes. Die vorgesehene Anleihe ist doch nicht für deutsche Zwecke bestimmt, sondern kommt im ganzen Umfange den Alliierten zugute, und die Zinspflicht beginnt für Deutschland am ersten Tage. Es sind ferner noch viele andere Verpflichtungen, die sofort beginnen, und zwar solche, die die deutsche öffentliche Meinung im Innern mehr berühren als die Geldleistungen. Wir haben die größten Bedenken gegen den Plan überwinden müssen, insbesondere hinsichtlich der Aufgabe der deutschen Souveränität, die weit über den Versailler Vertrag[5] hinausgeht. Ich denke dabei an die künftige Konstruktion der Eisenbahn, der Reichsbank und die Kontrolle der Steuern[6] usw., und ich glaube, man wird sagen müssen, daß die deutschen Verpflichtungen vom ersten Tage des Inkrafttretens des Planes an beginnen. Daher können wir die These, daß die deutschen Leistungen erst im zweiten Jahre effektiv beginnen, nicht anerkennen und müssen sie jedenfalls als Grundlage für die Beurteilung der Ruhrräumung ablehnen.

[…][7]

Stresemann: Darauf ist zu sagen, daß unsere Besprechungen hier in London gerade den Modalitäten des Planes gelten.

Als die alliierten Mächte die Deutsche Regierung fragten, ob sie bereit sei, den Plan anzunehmen[8], hieß es in der Anfrage ausdrücklich, ob der Plan „als Grundlage für eine schnelle Lösung der Reparationsfrage“ angenommen werde. Mit eben diesen selben Worten haben wir den Plan angenommen[9]. Wenn also mit der Annahme des Planes die Reparationsfrage gelöst wird, dann müssen auch unserer Meinung nach die Kampfmethoden aufhören, die eine Lösung der Reparationsfrage bezweckten. Die Ruhr ist besetzt worden, um deutsche Leistungen zu erzwingen. Ist der Plan angenommen, dann ist doch für keine andere Lösung mehr Raum als für die im Plan vorgesehene. Die Ruhrbesetzung verfolgte den Gedanken des Spezialpfandes; der

---

[5] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[6] Gemeint sind die vom Sachverständigen-Gutachten geforderte Internationalisierung der Reichseisenbahn und der Reichsbank, die sie zum Pfand für die Erfüllung der künftigen deutschen Reparationsverpflichtungen machen sollte, sowie gewisse Einschränkungen bei Steuern, deren Erhebung in Deutschland ebenfalls der alliierten Kontrolle unterworfen war.

[7] Herriot wendet ein, daß er das Wort „Moratorium“ benutzt habe, weil es so im Dawes-Plan stehe.

[8] Die Gutachten der beiden Sachverständigen-Ausschüsse vom 9. April 1924 wurden der Reichsregierung am 11. April 1924 amtlich bekanntgemacht (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 386).

[9] Am 14. April 1924 wurde die deutsche Kriegslastenkommission in Paris mit der Übergabe einer entsprechenden Note an die Reparationskommission beauftragt, was am 16. April 1924 vollzogen wurde (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 568, Anm. 6).

Dawes-Plan beruht auf dem Gedanken des Generalpfandes. Die Auffassung der deutschen öffentlichen Meinung ist daher die: Ihr könnt nicht die Generalpfänder hergeben und gleichzeitig die Spezialpfänder den Alliierten in den Händen belassen.

Die Deutsche Regierung steht großen parlamentarischen Schwierigkeiten gegenüber. Sie ist der Auffassung, daß nach der Einigung in London die erforderlichen Gesetze sobald als möglich im deutschen Reichstag angenommen werden müssen. Der Reichstag wird sofort einberufen werden, damit keine Verzögerung in der Durchführung entsteht. Nun sind wir aber eine Minderheitsregierung[10], und die zur Durchführung eines Gesetzes erforderlichen Verfassungsänderungen bedürfen einer Zweidrittelmehrheit. Es handelt sich hierbei um zwei Fragen: 1. die Überführung der Reichsbahn auf die neue Gesellschaft, 2. die Neugestaltung des Dienstverhältnisses der Bahnangestellten. Im allgemeinen können wir mit der Zustimmung der Sozialdemokratie rechnen. Als aber jetzt bekannt wurde, daß hinsichtlich der Ruhr eine Fortdauer der Besetzung für ein Jahr in Frage käme, haben wir sofort eine Erklärung der Opposition erhalten[11], wonach sie unter solchen Umständen nicht zustimmen werden. Man hat auf die Reise des Ministerpräsidenten Herriot nach Paris[12] verwiesen und verlangt, daß der Reichskanzler Marx[13] sich in gleicher Weise nach Berlin begebe. Die Regierung hat sich auf die These der Opposition nicht eingelassen, welche die sofortige Räumung verlangt. Wir haben vielmehr die schwere Verantwortung auf uns genommen, uns mit einer gewissen Frist für die Räumung abzufinden. Auch hierüber können schwere Konflikte entstehen, wir sind aber entschlossen, die Verantwortung hierfür auf uns zu nehmen und im Notfall an das Volk zu appellieren. Nun bitten wir aber dringend, doch zu überlegen, ob nicht eine Basis gefunden werden

---

[10] Die Regierung Marx II stützte sich auf die Reichstagsfraktionen von Zentrum, DDP und DVP und verfügte mit diesen Fraktionen lediglich über knapp ein Drittel der Stimmen der Abgeordneten.

[11] Stresemann bezieht sich möglicherweise auf die Reichstagssitzung vom 25. Juli 1924, in der Abgeordnete der rechten Opposition die Debatte über den Haushalt mit außenpolitischen Angelegenheiten verknüpften; so forderte der nationalsozialistische Abgeordnete Reventlow die militärische Räumung des Ruhrgebiets vor der Inkraftsetzung des (allerdings von den Nationalsozialisten ohnehin grundsätzlich abgelehnten) Gutachtens (seine Rede in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 689–699).

[12] Herriot hielt sich am 9. und 10. August 1924 in Paris auf, um mit Staatspräsident Doumergue und seinem Kabinett Einvernehmen über den Rahmen der Verhandlungen mit Deutschland zu erzielen (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 237–238; auch die Telegramme Stresemanns vom 9. und 12. August 1924 an das Auswärtige Amt über seine Gespräche mit Herriot: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 36–39 u. 62–65).

[13] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926).

kann, die – nachdem einmal das Prinzip der Räumung anerkannt ist – eine frühere Räumung ermöglicht.

Ich möchte noch folgende Gesichtspunkte zur Erwägung stellen: ich habe in Berlin vor der Abreise hierher mit Herrn Logan[14] gesprochen und dabei ausgeführt, daß das, was mich veranlasse, trotz aller Schwierigkeiten die Verantwortung für die Vertretung des Gutachtens auf mich zu nehmen, die Empfindung sei, daß alles darauf ankomme, in welchem Geiste das Gutachten durchgeführt werde. Es handelt sich hier bei dem Gutachten weniger um die Abwicklung der finanziellen Verpflichtungen des Krieges als um die Schaffung einer neuen Basis für das Verhältnis der Völker zueinander. Aus diesem Grunde würde ein großer Kampf in Deutschland über diese Frage verhängnisvoll wirken. Das gleiche habe ich dem deutschen Reichspräsidenten[15] gesagt, als wir die Vollmachten[16] für die jetzige Konferenz erhielten. In diesem Sinne möchte ich an die Französische Regierung die dringende Bitte richten, doch nochmals zu erwägen, ob nicht sowohl hinsichtlich der absoluten Räumungsfrist als auch hinsichtlich der Frage der etappenweisen Räumung ein Kompromiß möglich ist; denn wir müssen dem deutschen Volke beweisen können, daß das Dawes-Gutachten nicht eine neue Etappe des Kampfes bedeutet, sondern eine Rückkehr zum Frieden auf der Grundlage des Versailler Vertrages. Für die Durchführung des Dawes-Planes sind von besonderer Bedeutung ein frühzeitiger Beginn der Räumung und eine Verständigung über die Wiederherstellung derjenigen Zustände in den besetzten Gebieten, die das Rheinlandabkommen[17] vorschreibt. Ich hoffe, daß wir über beide Fragen zu einer Lösung kommen. Ich bin dankbar für den Vorschlag hinsichtlich der Eisenbahner[18] und hoffe, daß eine gleiche Verständigung in den anderen

---

[14] James Logan (1879–1930), amerikanischer Bankier und Finanzsachverständiger; inoffizieller Vertreter der USA bei der Reparationskommission 1919–1923; Delegierter auf der Londoner Konferenz. – Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf sein Gespräch mit Logan am 4. Juni 1924 (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 415–418).

[15] Friedrich Ebert (1871–1925), Reichspräsident 11. Februar 1919 – 28. Februar 1925.

[16] Zur am 29. Juli 1924 unterzeichneten Vollmacht Eberts für die deutschen Delegierten auf der Londoner Konferenz vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 937–938, Anm. 9.

[17] Text des Rheinlandabkommens vom 28. Juni 1919, das die Einzelheiten der Besatzung regelte, in französischem und englischem Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES S. 462–473.

[18] Die französischen und belgischen Vertreter hatten vor Hinzuziehung der deutschen Delegation der Konferenz ihre Absicht unterbreitet, auch nach Inkraftsetzung des Dawes-Plans 3000–4000 französische und belgische Eisenbahner auf Hauptstrecken des linksrheinischen Besatzungsgebietes einzusetzen, um für den Fall eines Streiks deutscher Eisenbahner den Transport alliierter Truppen zu gewährleisten. Dem war von deutscher Seite heftig widersprochen worden. In einem Gespräch Stresemanns mit Herriot am 11. August 1924 hatte der französische Ministerpräsident zugesichert, „er würde im letzten Augenblick in dieser Sache nachgeben“ (vgl. das Telegramm Stresemanns an

Fragen möglich sein wird.

[…][19]

das Auswärtige Amt vom 12. August 1924: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 62–65; Zitat: S. 64).

[19] Im abschließenden Teil der Unterredung bittet Herriot um Verständnis für seine innenpolitisch schwierige Situation und schlägt als Formel für die militärische Räumung des Ruhrgebiets vor: „délai maximum un an. Ce délai laissera leur part aux circonstances"; der belgische Ministerpräsident Theunis gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß man über diese Formel zu einer Lösung kommen werde (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1322–1323).

Redebeitrag im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags vom 21. August 1924[1]

Nach ZEIT, Nr. 198 vom 23. August 1924. – Leicht abweichend auch in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 503–504; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 397 (Abendausgabe) vom 21. August 1924; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21534 (Morgenausgabe) vom 22. August 1924, S. 4; WIENER ZEITUNG, Nr. 193 vom 22. August 1924, S. 3.

Ein Scheitern der Gesetze zum Londoner Abkommen wird nach einer Reichstagsauflösung zu Verzögerungen führen; ob nach Neuwahlen günstigere Verhandlungen möglich sind, muß sehr bezweifelt werden.

Durch die Darlegungen des Herrn Reichskanzlers[2] ist wohl das eine klar geworden, daß auch im Falle einer von Deutschland gegebenen Unterschrift in London die Rechte des deutschen Reichstages nicht berührt worden wären. Ich möchte aber

[1] In der Vorlage handelt es sich um eine gekürzte Wiedergabe der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses und vermutlich auch um eine gekürzte Wiedergabe der Äußerungen Stresemanns. In der Vorlage sowie an den anderen nachgewiesenen Druckorten (STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 502–503; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 397 [Abendausgabe] vom 21. August 1924) finden sich in paraphrasierter Wiedergabe die Materien und die Äußerungen anderer Ausschußmitglieder, die vor der Äußerung Stresemanns besprochen wurden bzw. erfolgten. – Die mißverständliche Datierung in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 502, die als Datum den 20. August 1924 nahelegt, läßt sich durch die Berichterstattung in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 397 (Abendausgabe) vom 21. August 1924, eindeutig korrigieren. – Stresemann hatte in der Kabinettssitzung vom 18. August 1924 als Zweck der mehrtägigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses deklariert, daß vor der Debatte in Reichsrat und Reichstag über die eingebrachten Gesetzentwürfe der Ausschuß „vorher die Frage stellen [solle], deren Behandlung im Plenum nicht wünschenswert erscheine“ (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 973). Daraus ergab sich eine mehrtägige Beratung des Ausschusses vom 20. bis zum 24. August 1924 (vgl. zu den einzelnen Sitzungen etwa die zusammenfassende Berichterstattung in den Ausgaben der VOSSISCHE ZEITUNG, 21. bis 25. August 1924).

[2] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926). – Marx hatte laut Vorlage in einer früheren Phase der Sitzung „auf die Frage, was geschehe, wenn die deutsche Regierung bis dahin [bis zum 30. August] eine Zweidrittelmehrheit für die Annahme der Dawes-Gesetze im Reichstag nicht fände […,] erklärt, daß diese Frage sich in erster Linie nach einfachen juristischen Grundsätzen erledige. Der Vertrag von London sei an sich zustande gekommen durch die Paraphierung, die sämtliche Delegierten vollzogen hätten. Die endgültige Unterschrift sei bis zum 30. August aufgeschoben. Wenn Deutschland nun am 30. August nicht in der Lage sei, die Gesetze als angenommen präsentieren zu können, so müsse sich die Reichsregierung die Frage stellen, ob sie dann in London die Protokolle endgültig unterzeichnen könne. Sollte im Reichstag keine Zweidrittelmehrheit für die Annahme der Dawes-Gesetze zu finden sein, so sei es Absicht der Reichsregierung, alle verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden, um den Reichstag zur Bewilligung zu veranlassen.“

dem Herrn Abgeordneten Hergt[3] auf die Frage antworten, welche **Möglichkeiten** denn beständen, im **Falle eines Scheiterns** der Vorlage hier im Reichstag[4] trotzdem neue Vereinbarungen mit der Gegenseite zu treffen. Da darf ich zunächst darauf hinweisen, daß irgendetwas Positives nach dieser Richtung gar nicht geschehen kann, bevor die Neuwahlen zu Ende [sind], bevor also der Gegenseite gesagt werden kann, daß ein deutscher Reichstag da ist, der bereit ist, erneut auf den Boden dieser Londoner Beschlüsse[5] zu treten.

Während der ganzen Zeit, die die Reichsverfassung für Neuwahlen vorschreibt[6], ist also für die Regierung jede Möglichkeit genommen, nach dieser Richtung etwas zu tun, und ich möchte dann noch wirtschaftlich bemerken: Während dieser Zeit wird der Finanzminister[7] zusehen, daß die Micum-Verträge[8] verlängert werden. Während dieser Zeit hört alles auf zu laufen an Terminen, was sich auf Räumung bezieht, und auch alles andere, was vorgesehen ist, und wenn wir dann einen neuen Reichstag haben und wenn der neue Reichstag grundsätzlich „ja“ sagt, können wir erst an die

---

[3] Oskar Hergt (1869–1967), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DNVP; auch deren Parteivorsitzender 1918 – Oktober 1924 u. Fraktionsvorsitzender 1920 – Oktober 1924); Reichsjustizminister und Vizekanzler 31. Januar 1927 – 29. Juni 1928. – Seine Fraktion stellte in einer Entschließung vom 21. August 1924 die Ablehnung der Dawes-Gesetze in Aussicht (vgl. etwa die Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21534 [Morgenausgabe] vom 22. August 1924, S. 1).

[4] Die Reichsregierung hatte zunächst dem Reichsrat eine Reihe von Entwürfen zu Gesetzen vorgelegt, die zum einen die Ratifikation der in London erzielten Vereinbarung über die Inkraftsetzung des Dawes-Plans erlauben und zum anderen die dafür notwendigen innerdeutschen Voraussetzungen, etwa durch Änderung von Reichsbahn- und Reichsbankgesetz, schaffen sollten. In der dem Reichstag vorgelegten Fassung finden sie sich in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 383, Drucks. Nr. 446–454 (mit je eigener Seitenzählung); Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 61–64.

[5] Am 16. August 1924 war die Londoner Konferenz damit zu Ende gegangen, daß sich die teilnehmenden Staaten durch Paraphierung des Konferenzprotokolls darauf verständigten, das Sachverständigen-Gutachten („Dawes-Plan“) in Kraft zu setzen. In der zuletzt noch strittigen Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebiets hatte die deutsche Delegation der von französischer Seite als Minimum deklarierten Frist von einem Jahr zugestimmt, wobei im Gegenzug der französische Ministerpräsident Herriot den Fristbeginn mit dem 15. August 1924 zugestanden und persönliche Zusicherungen gegeben hatte, einzelne kleinere Gebiete sehr bald zu räumen. (Tatsächlich wurden bereits am 18. August 1924 die Bezirke Offenburg und Appenweier von den französischen Besatzungstruppen geräumt: vgl. ebd., S. 60.) – Die Zusammenfassung der Konferenz-Resultate (mit einzelnen Drucknachweisen) findet sich in „Kurzer Überblick über die Ergebnisse der Londoner Konferenz“ vom 19. August 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 982–989.

[6] Art. 25, Abs. 2, der Weimarer Reichsverfassung sah für die Neuwahl des Reichstags eine Frist von längstens sechzig Tagen nach dessen Auflösung vor (REICHS-GESETZBLATT 1919, S. 1388).

[7] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP).

[8] Im November 1923 war zwischen dem Bergbaulichen Verein und der „Mission interalliée de contrôle des usines et des mines“ (MICUM) ein Abkommen über die Wiederaufnahme der Kohlelieferungen durch die Industrie anstelle des Reiches (das spätere Entschädigungen bzw. Steuerverrechnungen gegenüber der Industrie versprach) zustande gekommen (vgl. SCHULTHESS, 64 [1923], S. 222), dem weitere Verträge anderer Industriebereiche des besetzten Gebietes folgten. Das Abkommen war mehrmals verlängert worden, zuletzt im Hinblick auf das Sachverständigen-Gutachten mit deutlichen Erleichterungen für die deutsche Seite, am 31. Juli 1924 (vgl. ebd., 65 [1924], S. 418–419).

anderen Mächte herantreten. Auch dann sind die anderen Mächte völlig frei in ihren Entschließungen darüber, ob sie noch einmal mit dem Deutschen Reich in neue Verhandlungen eintreten wollen. Und wenn der Herr Kollege Hergt darauf hinweist – er scheint ja in dem Punkte optimistisch zu sein – daß es in der Zwischenzeit durch ein starkes nationales Empfinden bei diesen Wahlen dahin kommen würde, daß die Gegenseite bereit sein würde, auf Antrag wieder mit ihm zu verhandeln, so bitte ich Sie, doch auch die Gegenkräfte nicht zu unterschätzen.

Wir haben in England eine Bewegung, die sehr stark zum Ausdruck gekommen ist in einer Eingabe, die 1700 britische Industrielle an das Unterhaus gerichtet haben[9], worin sie darauf hinweisen, daß es doch eigentlich den englischen Interessen völlig entgegen sei, wenn England seine Hilfe zu einer großen internationalen Anleihe gibt, die dazu bestimmt sei, der deutschen Industrie Kredite zu verschaffen und der deutschen Industrie, die heute mangels der Kredite nicht exportfähig wäre, diese Exportfähigkeit zu ermöglichen. Wohin diese Bestrebungen gehen? Ob sich dann am 15. Oktober – denn einen früheren Termin sehe ich nicht – England bereit finden wird, einfach das ganze, was bereits abgemacht ist, noch einmal als Grundlage zu nehmen, ist mir ebenso zweifelhaft wie die andere Frage, ob sich nicht in Frankreich Tendenzen hervordrängen werden, die die Ruhrräumung von handelspolitischen Konzessionen[10] oder anderen Dingen abhängig machen wollen.[11]

---

[9] Die betreffende Eingabe konnte nicht sicher ermittelt werden. Vermutlich bezieht sich Stresemann jedoch auf eine in einem Artikel der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21511 (Morgenausgabe) vom 30. Juli 1924, S. 4, erwähnte Initiative, wonach die „Föderation der britischen Fabrikanten […] dem englischen Parlament eine Petition gegen die bedingungslose Auflegung der deutschen Anleihe in England überreicht“ habe. Zu einer entsprechenden Anfrage im Oberhaus vgl. auch VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 361 (Abendausgabe) vom 31. Juli 1924.

[10] Im Zuge der Verhandlungen auf der Londoner Konferenz hatte Frankreich in Vorschlag gebracht, am 1. Oktober 1925 bilaterale Handelsvertragsverhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, die fünf Jahre nach Inkrafttreten des Versailler Vertrags (also am 10. Januar 1925) auslaufende einseitige Meistbegünstigung Frankreichs und die Privilegierung Elsaß-Lothringens im Handel mit Deutschland gegen weitreichende französische Zugeständnisse, aber ohne volle Gegenseitigkeit, fortzuschreiben.

[11] In STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 504, schließt die Wiedergabe mit dem in der Vorlage nicht enthaltenen Satz Stresemanns: „Jedenfalls können wir nach dem Experiment derartiger Wahlen vor schwereren Bedingungen stehen als heute, und alles, was das besetzte Gebiet von den Londoner Abmachungen erhofft, wird zum mindesten um Monate hinausgeschoben.“

Reichstagsrede vom 23. August 1924[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 779–788. – Leicht gekürzter (und in Passagen abweichender) Druck in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 505–523; ZEIT, Nr. 199 vom 24. August und Nr. 200 vom 26. August 1924. – Teildrucke in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 401 (Abendausgabe) vom 23. August 1924; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21536 (Morgenausgabe) vom 24. August 1924, S. 6; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 107–110; REICHSPOST, Nr. 234 vom 24. August 1924, S. 4; WIENER ZEITUNG, Nr. 195 vom 25. August 1924, S. 3.

Verteidigt die Verhandlungen auf der Londoner Konferenz im Hinblick auf die militärische Räumung der nicht gemäß dem Versailler Vertrag besetzten Gebiete bis zum 15. August 1925 und auf die französischen Handelsvertragswünsche. Die Räumung der Kölner Zone zum 10. Januar 1925. Großbritannien und die Ruhrräumung. Weitere deutsche Fortschritte durch das Londoner Abkommen. Etwas Besseres wäre auch nicht zu erreichen, wenn nach Neuwahlen eine neue Regierung erneut Verhandlungen aufnehmen würde.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Als der Herr Reichskanzler[2] vorhin davon sprach, daß es der deutschen Delegation gelungen sei, die Frage der militärischen Räumung in London[3] zur Sprache zu bringen, sind diese Darlegungen

---

[1] Stresemann hielt die Rede im Rahmen des ersten Tages der Reichstagsdebatte über die Regierungserklärung zur Londoner Konferenz; die Debatte hatte bereits am Vortag erfolgen sollen, war jedoch wegen Störungen von kommunistischen Abgeordneten nicht zustande gekommen (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 767–770).

[2] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926). – Die vorangegangene Regierungserklärung von Marx ebd., S. 771–775.

[3] Am 16. August 1924 war die Londoner Konferenz damit zu Ende gegangen, daß sich die teilnehmenden Staaten durch Paraphierung des Konferenzprotokolls darauf verständigten, das Sachverständigen-Gutachten („Dawes-Plan“) in Kraft zu setzen. In der zuletzt noch strittigen Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebiets hatte die deutsche Delegation der von französischer Seite als Minimum deklarierten Frist von einem Jahr zugestimmt, wobei im Gegenzug der französische Ministerpräsident Herriot den Fristbeginn mit dem 15. August 1924 zugestanden und persönliche Zusicherungen gegeben hatte, einzelne kleinere Gebiete sehr bald zu räumen. – Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. Nr. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439. – Die Zusammenfassung der Konferenz-Resultate (mit einzelnen Drucknachweisen) findet sich auch in „Kurzer Überblick über die Ergebnisse der Londoner Konferenz“ vom 19. August 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 982–989.

des Herrn Reichskanzlers von einigen Seiten mit Heiterkeit und Hohn aufgenommen worden. Gestatten Sie mir, demgegenüber noch darauf hinzuweisen, daß mich diese Heiterkeit gerade bei der Stelle, von der sie kam, verwundert hat.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.)

Denn es sind doch gerade jene Kreise der äußersten Rechten gewesen, die uns wiederholt erklärt haben, daß Frankreich gar nicht daran dächte, aus dem Ruhrgebiet jemals herauszugehen.

(Erneute lebhafte Zustimmung.)

Es ist uns gerade von jener Presse gesagt worden, man würde gar nicht gestatten, daß wir von diesen Dingen sprächen.

Aber abgesehen davon möchte ich Sie doch bitten, die internationale Situation, wie wir sie tatsächlich vorfanden, ins Auge zu fassen. Nachdem der Herr französische Ministerpräsident Herriot[4] von diesen Dingen in der französischen Kammer gesprochen hat, bin ich auch in der Lage, meinerseits, ohne Vertraulichkeiten zu verletzen, das wiederzugeben, was er mir in der ersten Unterredung über die Frage der militärischen Räumung sagte[5]. Er wies darauf hin – er hat das in der französischen Kammer nunmehr wiederholt –, daß in Chequers[6] eine schriftliche Vereinbarung zwischen ihm und dem englischen Prime-Minister[7] getroffen worden sei, daß die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebiets in London nicht erörtert werden sollte.

(Hört! Hört!)

Er hat mich darauf hingewiesen, daß in Paris bei der zweiten Zusammenkunft[8] an dieser Abmachung nichts geändert worden sei und daß er daraufhin in seiner Rede

---

[4] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister), 19.–21. Juli 1926 u. 1932. – Zur Regierungserklärung Herriots in der französischen Abgeordnetenkammer vom 21. August 1924 und zur nachfolgenden Debatte vgl. zusammenfassend SCHULTHESS 65 (1924), S. 238–242; ausführlichere Berichte in der Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21534 (Morgenausgabe) vom 22. August 1924, S. 3–4; ebd. (Abendausgabe), S. 2; Nr. 21535 (Morgenausgabe) vom 23. August 1924, S. 5–6; in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 398 (Morgenausgabe) vom 22. August 1924; Nr. 399 (Abendausgabe) vom 22. August 1924; Nr. 400 (Morgenausgabe) vom 23. August 1924: Nr. 401 (Abendausgabe) vom 23. August 1924.

[5] Gemeint ist wohl die Unterredung vom 8. August 1924 (vgl. das Telegramm Stresemanns an das Auswärtige Amt vom 9. August 1924: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 36–39).

[6] Herriot und MacDonald hatten sich am 21./22. Juni 1924 auf dem Landsitz des britischen Premierministers getroffen und darauf verständigt, daß eine internationale Konferenz zur Inkraftsetzung des Sachverständigen-Plans nach London einberufen werden sollte.

[7] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929 – 1935.

[8] MacDonald war am 8./9. Juli 1924 nach Paris gereist, um sich mit Herriot über Einzelheiten der bevorstehenden Londoner Konferenz zu verständigen und Unstimmigkeiten zwischen der britischen und der französischen Regierung auszuräumen.

in der französischen Kammer sowohl wie in seiner Rede im französischen Senat[9] die Erklärung abgegeben habe, es werde in London über die militärische Ruhrräumung nicht gesprochen werden.

(Erneute Rufe: Hört! Hört!)

Es ist ihm in der französischen Kammer vorgestern zugerufen worden: Und diese Versprechung, Herr Herriot, haben Sie nicht gehalten! Herr Herriot hat infolgedessen bei jener Fühlungnahme, die die deutsche Delegation durch mich mit ihm nahm, mir erklärt, daß es für ihn ganz unmöglich sei, mit der deutschen Delegation über diese Frage zu verhandeln, ehe er von seinem Ministerrat in Paris zunächst überhaupt die prinzipielle Zustimmung erhalten habe. Er hat andererseits jetzt in Paris darauf hingewiesen, daß in London die Frage der militärischen Ruhrräumung im Mittelpunkt der ganzen Londoner Konferenz gestanden hätte und Frankreich allein gestanden hätte, wenn es darauf beharrt hätte, diese Frage nicht zu erörtern. Ich glaube, aus der Situation, die dann bei den letzten Kämpfen um die Ruhrräumung kam, können Sie jedenfalls das eine ersehen, daß es nicht so selbstverständlich war, wie Sie es hinstellen,

(lebhafte Zustimmung in der Mitte)

daß die deutsche Delegation sagte: die Ruhr muß geräumt werden, sonst fahren wir ab. So einfach liegen die Dinge nicht.

(Erneute lebhafte Zustimmung in der Mitte. – Zurufe rechts: Das haben Sie doch selbst gesagt! – Anhaltende Unruhe.)

Herr v. Graefe[10], es ist unerhört, wenn Sie behaupten, daß ich etwas derartiges gesagt hätte. Ich habe im Auswärtigen Ausschuß[11] – ich rufe die Herren zu Zeugen an, die dem Auswärtigen Ausschuß angehören – ausdrücklich gesagt, daß es mir nicht möglich erscheine, die unverzügliche Ruhrräumung durchzusetzen, daß wir eine militärische Räumung der Ruhr in absehbarer Zeit fordern würden. Auf die Frage des

[9] Gemeint sind die Erklärungen Herriots in der Kammer vom 26. Juni 1924 und im Senat vom 11. Juli 1924 (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 233–234 u. 236).

[10] Albrecht von Graefe (1868–1933), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1928 (bis 1922 für die DNVP, 1922 – Mai 1924 für die Deutschvölkische Freiheitspartei als deren Mitbegründer und Vorsitzender, Mai 1924 – 1928 für die Nationalsozialistische Freiheitspartei bzw. die Völkische Arbeitsgemeinschaft).

[11] Vermutlich bezieht sich Stresemann hier auf eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, die vor seiner Teilnahme an der Londoner Konferenz, also vor dem 6. August 1924, stattfand, aus der jedoch kein Protokoll o.ä. veröffentlicht ist.

Grafen Reventlow[12]: Was verstehen Sie darunter? habe ich gesagt: Eine Zeit, die nach Monaten zählt und nicht nach Jahren.

(Zustimmung in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.)

Das ist die Erklärung, die ich abgegeben habe. Zu dieser Erklärung stehe ich auch heute.

(Zurufe und Lärm bei den Nationalsozialisten.)

Ich stelle also fest, daß wir zunächst, als wir nach London kamen, vor folgender Situation standen – und darauf haben wir ja auch früher bei den Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß hingewiesen –: Direkt auf das Sachverständigengutachten[13] konnten wir uns nicht beziehen, wenn wir die militärische Räumung forderten. Sie war meiner Meinung nach mittelbar insofern darin enthalten, als in einem Abschnitt gesagt war, die Produktion dürfe nicht gestört werden durch andere Kontrollen als durch die im Gutachten vorgesehenen.

(Zuruf der Nationalsozialisten: Warum soll sich das nur auf eine unsichtbare Besetzung beziehen?)

– Verzeihen Sie: wenn es heißt, die Produktion soll nicht gestört werden, so heißt das meiner Meinung nach: es kann eine militärische Besatzung zwar da sein, aber die Produktion soll dadurch nicht gestört werden. – Jedenfalls war darüber eine Einmütigkeit der Auffassungen, daß wir uns direkt auf das Gutachten als solches nicht beziehen konnten. Wir haben infolgedessen einen anderen Weg gewählt. Wir haben den Weg gewählt, daß wir in einem Brief, den die deutsche Delegation übergab[14], erklärten, daß außer den Fragen, die sich aus den Beschlüssen der drei Kommissionen[15] ergäben, zwei Fragen für die deutsche Delegation unlösbar verbunden seien mit der Debatte über die Zustimmung zum Gutachten: einmal der Fortfall aller fran-

---

[12] Ernst Graf zu Reventlow (1869–1943), Mitglied des Reichstags 1924–1943 (für die Nationalsozialistische Freiheitspartei 1924–1927, für die NSDAP 1927–1943).

[13] Gemeint ist das Gutachten des ersten der beiden Sachverständigen-Ausschüsse, die am 14. Januar 1924 von der Reparationskommission eingesetzt worden waren und dieser ihre Gutachten am 9. April 1924 übergaben. – Gedruckt liegen sie u.a. vor in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN. Auch (dreisprachig) als Weißbuch: BERICHTE DER VON DER REPARATIONSKOMMISSION EINGESETZTEN BEIDEN SACHVERSTÄNDIGENKOMITEES (Wiederabdruck in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 382, Drucks. 5 [mit eigener Seitenzählung]). Paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 402–406. – Der nachfolgend von Stresemann angeführte Abschnitt findet sich in Teil I, Abschnitt 3, des ersten Sachverständigen-Gutachtens.

[14] Veröffentlicht als Anlage zu den in Anm. 3 genannten Konferenzprotokollen (S. 153–157).

[15] Die Londoner Konferenz hatte in ihrer ersten Sitzung am 16. Juli 1924 drei Kommissionen gebildet, die ihre Ergebnisse in die Vollsitzungen der Konferenz einbrachten (Einzelheiten dazu in den in Anm. 3 genannten Konferenzprotokollen).

zösischen und belgischen Eisenbahner innerhalb der künftigen deutschen Reichsbahn[16]

(sehr gut! links!)

und zweitens die militärische Räumung der Ruhr.

Wir haben am ersten Tage unserer Anwesenheit mit dem englischen Ersten Minister über diese Frage[17] gesprochen[18], und er hat den Standpunkt eingenommen, daß wir uns hierüber mit der französischen, belgischen Regierung ins Benehmen setzen müßten. Aus diesem Ins-Benehmen-Setzen ergab sich dann die Situation, die ich Ihnen kennzeichnete, ergab sich die Antwort des französischen Ministerpräsidenten, daß er der prinzipiellen Zustimmung seines Ministerrats bedürfe, um über die Dinge mit uns zu verhandeln. Das war die eine, die prinzipielle Situation.

Dann die zweite Situation: welcher Auffassung der französischen öffentlichen Meinung fanden wir uns bezüglich der Räumung der Ruhr gegenüber? Ich weiß nicht, ob es in der französischen öffentlichen Meinung Stimmen gab, – –

(Abg. v. Graefe: Haben Sie auch die deutsche öffentliche Meinung beachtet? – Lachen.)

– Sie nehmen wohl nicht an, daß ich auf diesen dummen Zwischenruf Ihnen irgendetwas antworte.

(Lebhaftes Bravo.)

Daß eine deutsche Delegation deutsch denkt, nehme ich als selbstverständlich an; bei Ihnen ist das leider nicht der Fall.

(Erneutes Bravo.)

Ich glaube, solange es Verhandlungen gibt, wird wohl jede Verhandlung darin bestehen, daß derjenige, der einen Standpunkt vertritt, sich auch überlegt, welche Gedankengänge auf der anderen Seite vorhanden sind und welche Mittel er anwenden muß, um seinen Standpunkt zur Geltung zu bringen.

---

[16] Die französischen und belgischen Vertreter hatten vor Hinzuziehung der deutschen Delegation der Konferenz ihre Absicht unterbreitet, auch nach Inkraftsetzung des Dawes-Plans 3000–4000 französische und belgische Eisenbahner auf Hauptstrecken des linksrheinischen Besatzungsgebietes einzusetzen, um für den Fall eines Streiks deutscher Eisenbahner den Transport alliierter Truppen zu gewährleisten. In der Kabinettssitzung vom 21. Juli 1924 war dieser Absicht heftig widersprochen worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 900 mit Anm. 4 u. 5). Infolge des deutschen Widerspruchs gab Herriot die Absicht schließlich auf.

[17] So in der Vorlage. Gemeint ist wohl „Fragen“.

[18] Vgl. dazu die geheime Aufzeichnung Schuberts vom 5. August 1924 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 6–9.

(Sehr gut in der Mitte!)

Damals sahen wir zwei Gedankengänge in der französischen öffentlichen Meinung, die auf Herriot einstürmten. Der eine war der Gedanke der Kommerzialisierung der deutschen Leistungen im Zusammenhang mit der militärischen Räumung der Ruhr, war der in der Öffentlichkeit Frankreichs und Belgiens vielfach erörterte Gedanke, daß die Ruhr geräumt werden solle – wenn ich jetzt von Ruhrräumung spreche, meine ich immer die militärische – innerhalb von zwei Jahren unter der Bedingung, daß inzwischen bis zum Betrage von 1 1/2 Milliarden die Kommerzialisierung, d.h. die Beweglichmachung von Obligationen, Industrie-Obligationen, Eisenbahnobligationen, durchgeführt sein sollte.

Das war der eine, ich möchte sagen, der materielle Gedanke. Dann kam ein zweiter, den ich den politisch-psychologischen Gedanken nennen möchte. Das war der, der uns begegnete, daß man uns entgegentreten würde mit der Erklärung: gewiß, wir sind bereit, in absehbarer Zeit die Ruhr militärisch zu räumen; aber wir machen unsere Entscheidung abhängig von dem Ergebnis der gegenwärtig in Deutschland vorzunehmenden Militärkontrolle[19], machen sie abhängig von dem, was man in Deutschland die Entwaffnung Deutschlands nennt. Daß wir dem an sich hätten ruhig entgegensehen können, ist klar. Aber auf der anderen Seite bot sich hier auch eine Möglichkeit zu Schikanen, die gar keine Sicherheit für eine terminmäßige Festlegung der Ruhrräumung gegeben hätten.

Bei der materiellen Frage bestand für uns die Situation, daß es meiner Meinung nach unmöglich gewesen wäre, aus der deutschen Wirtschaft, deren Bild Ihnen der Herr Reichsfinanzminister Dr. Luther[20] wahrlich nicht zu schwarz gezeichnet hat, etwa 1 1/2 Milliarden herauszubringen oder neben den übrigen Leistungen des Auslandes internationale Anleihen dafür zu erhalten. Ich erwähne das deshalb, um zu sagen, daß der Herr Ministerpräsident Herriot, als er zurückkam[21] und nun die von ihm im Ministerrat durchgesetzte These einer militärischen Räumung der Ruhr in ei-

[19] Zum Stand der Frage der Militärkontrolle vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 996–997, Anm. 2.

[20] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP). – Luthers vorangegangene Reichstagsrede in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 775–779.

[21] Gemeint ist Herriots Rückkehr aus Paris, wo er sich am 9. und 10. August 1924 aufhielt, um mit Staatspräsident Doumergue und seinem Kabinett Einvernehmen über den Rahmen der Verhandlungen mit Deutschland zu erzielen (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 237–238).

nem Maximum von einem Jahr verfocht, jedenfalls zunächst über Bestrebungen Herr geworden war, die meiner Meinung nach die militärische Räumung illusorisch gemacht hätten. Trotzdem haben wir ihm unsererseits in den fortgeführten Verhandlungen erklärt, daß ein Versprechen militärischer Räumung zu einem Endtermin von einem Jahr Maximum ohne einen sichtbaren Anfang für uns unmöglich anzunehmen wäre.

Es wird uns nun vorgeworfen, daß wir von diesem Standpunkte, den wir uns auch von Berlin bestätigen ließen[22], abgewichen seien. Demgegenüber darf ich feststellen, was sich denn in diesen letzten Tagen, in denen weiter um die militärische Räumung gerungen wurde, geändert hat, auch gegenüber der Situation, der wir zunächst gegenüberstanden, als Herr Herriot aus Paris zurückkam.

Da berühre ich zunächst eine Frage, die uns auch künftighin beschäftigen wird. Die Frage der Verquickung handelspolitischer Konzessionen mit der Frage der militärischen Räumung ist zwar nicht als Zusammenhang zwischen beiden in Paris erörtert worden.

(Abg. Hergt[23]: Herriot hat das Gegenteil gesagt!)

– Gewiß, ich habe aber betont: nicht in diesem Zusammenhang, nämlich, als wenn das eine von dem anderen abhinge. Wir hatten aber seitens des Herrn französischen Finanzministers Clémentel[24] eine Darlegung der französischen Wünsche in bezug auf die künftige Beziehung der handelspolitischen Verhältnisse zu Deutschland, die außerordentlich weitgehend war und die uns in jener Zeit überreicht wurde, als diese Verhandlungen schwebten[25]. In der Öffentlichkeit ist, wie ich noch heute morgen gehört habe, auch in Kreisen des Reichsverbandes der Industrie die Meinung vertreten[26], daß irgendwelche geheimen Abmachungen zwischen der französischen Regierung und der deutschen Delegation über die künftige Gestaltung der handelspoli-

---

[22] Stresemann bezieht sich auf die Ministerratssitzung unter dem Vorsitz Eberts vom 14. August 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 952–955).

[23] Oskar Hergt (1869–1967), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DNVP; auch deren Parteivorsitzender 1918 – Oktober 1924 u. Fraktionsvorsitzender 1920 – Oktober 1924); Reichsjustizminister und Vizekanzler 31. Januar 1927 – 29. Juni 1928.

[24] Étienne Clémentel (1864–1936), französischer Finanzminister 14. Juni 1924 – 10. April 1925.

[25] Der von Frankreich überreichte Entwurf für einen deutsch-französischen Handelsvertrag, in dem die nachfolgend angesprochenen Einzelheiten enthalten sind, findet sich als Anlage zur Aufzeichnung des sprachwissenschaftlichen Hilfsarbeiters Schmidt über ein Gespräch zwischen Stresemann und Clémentel in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 48–49 (der Entwurf: S. 49).

[26] Die Stellungnahme des Reichsverbandes der deutschen Industrie und anderer Industrie- und Handelsverbände, die am 22. August 1924 in gemeineinsamer Sitzung mit großer Mehrheit die Annahme des Londoner Abkommens befürworteten, in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 400 (Morgenausgabe) vom 23. August 1924.

tischen Verhältnisse bestünden. Ich darf hier erklären, daß das absolut nicht der Fall ist. Wir treten völlig ungebunden in diese Verhandlungen ein. Was uns aber damals gegenübertrat, waren doch Gedanken – ich kritisiere sie hier nicht im einzelnen –, die nicht nur sehr tief in die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen eingegriffen hätten, sondern darüber hinaus in unsere Beziehungen zu anderen Ländern. Sie betrafen einmal die Fortdauer des bisherigen Zustandes, der ja Frankreich große Vorteile gibt, über den 10. Januar hinaus[27], falls bis dahin eine Verständigung über Handelspolitik nicht zustande gekommen wäre. Sie betrafen weiter die dreijährige Fortdauer der elsaß-lothringischen Kontingente, weiter eine Vereinbarung für die Saar, weiter eine Vereinbarung zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie. Sie haben nach all diesen Richtungen nicht nur unser Verhältnis zu Frankreich, sondern gerade in einem dieser Punkte unser Verhältnis zu andern Ländern, auch unser politisches Verhältnis, aufs stärkste tangiert.

(Hört! Hört! bei den Mittelparteien.)

Der Herr Abgeordnete Hergt hatte die Freundlichkeit, mir vorhin zuzurufen, Herr Herriot hätte jeden Zusammenhang zwischen diesen beiden Fragen in Abrede gestellt.

(Abgeordneter Hergt: Eine eingebildete Gefahr!)

Es ist so seltsam: auf der einen Seite ist für Sie (zu den Deutschnationalen) Herrn Herriot absolut nicht zu trauen, wenn er sagt, er gehe am 15. August[28] aus der Ruhr heraus, auf der anderen Seite ist Herr Herriot der harmloseste Mann, dem man ruhig trauen könne und dessen Wort die Bibel ist, wenn es sich um Handelspolitik dreht.

(Sehr gut! in der Mitte.)

Nein, meine Damen und Herren! Sie sprechen hier von einer eingebildeten Gefahr. Wer die Dinge miterlebt hat, hat sie nicht so angesehen. Denn es gibt schließlich auch nicht nur den französischen Ministerpräsidenten, sondern auch einen französischen Ministerrat, dem der französische Ministerpräsident verantwortlich ist. Und die Erklärung, Herr Abgeordneter Hergt, die im Namen der Delegation der Herr Reichsfinanzminister Dr. Luther abgab, nachdem Herr Herriot aus Paris zurückkam mit jenem Angebot der einjährigen Räumung, wenn Sie es so nennen wollen, daß wir alle

[27] Bis zum 10. Januar 1925, dem fünften Jahrestag des Inkrafttretens des Versailler Vertrags, mußte Deutschland gegenüber Frankreich in seinen Handelsbeziehungen einseitig die Meistbegünstigung und spezielle Handelsbedingungen für Elsaß-Lothringen gewähren.

[28] Gemeint ist die Einjahresfrist nach der Unterzeichnung des Londoner Abkommens, also der 15. August 1925.

Verhandlungen über Handelspolitik ablehnten, weil wir in dieser Lösung der militärischen Räumung nicht jenen Geist freundschaftlicher Verständigung erblicken könnten, der uns hätte veranlassen können, zu sagen, ob wir uns auch auf anderem Gebiete verständigen können[29], hat auf Herrn Clémentel einen sehr tiefen Eindruck gemacht. Es ist schließlich diese ganze Frage auch in den Zusammenhang des Kampfes um die militärische Räumung gestellt worden. Die Erklärung des Herrn Herriot, daß diese ganzen Dinge nicht zusammenhingen und er das ablehne, ist in jener zweiten Phase erfolgt, nachdem die Krise der Londoner Konferenz gekommen war und nachdem wir keinen Zweifel darüber ließen, daß wir fernere Konzessionen an Deutschland über das erste Angebot hinaus verlangten und handelspolitische Konzessionen Deutschlands auf der andern Seite ablehnten. So sind die Dinge tatsächlich gegangen. Ich habe mir auch gestattet, im Auswärtigen Ausschuß darauf hinzuweisen[30], da ich die ersten Verhandlungen mit Herrn Clémentel und Herrn Seydoux[31] geführt habe, daß nach meiner Auffassung nach der Richtung starke Bestrebungen in Frankreich vorhanden waren, handelspolitisch etwas nach Hause zu bringen. Unsere Situation in bezug auf die Frage der militärischen Räumung und der Handelspolitik war eben deshalb eine sehr schwere, weil wir auch vor der Entscheidung standen, ob wir eventuell durch ein Angebot auf diesem Gebiet den Endtermin der militärischen Räumung hätten verkürzen können. Wir sind nach harten Kämpfen, in denen es sich handelte um den Einfluß auf die politische öffentliche Meinung in Deutschland oder um Hingabe von wirtschaftlichen Vorteilen, der Meinung gewesen, daß es die Weiterdenkenden in Deutschland verstehen würden, daß es besser war, in bezug auf den Endtermin etwas nachzugeben, anstatt für künftige große wirtschaftliche Verhandlungen die deutschen Trümpfe vorher aus der Hand zu geben, und wir dann nicht nur Frankreich, sondern auch anderen Ländern gegenüber anders dastehen.

(Zuruf bei den Nationalsozialisten.)

Es ist ja die Frage gestellt worden, was denn an jenem Dienstag in London vorgegangen ist, als der Führer einer großen französischen Wirtschaftsgruppe in London

[29] Gemeint ist vermutlich die Äußerung Luthers in der Besprechung zwischen deutschen, französischen und belgischen Delegierten in London am 13. August 1924, in der sich die Erklärung zwar nicht in dieser Schärfe, sehr wohl aber dem Sinn nach findet (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I//II, II, S. 1323–1327, insb. S. 1325–1326).

[30] Vermutlich in dessen Sitzungen seit dem 20. August 1924, zu denen aber nur ein Teil von Stresemanns Redebeiträgen überliefert ist (vgl. zum 21. August 1924 diese Edition).

[31] Jacques Seydoux (1870–1929), Wirtschaftssachverständiger; stellvertretender Direktor für politische und wirtschaftliche Angelegenheiten im französischen Außenministerium 1924–1926.

war[32] und seinerseits – ich folge hier französischen Zeitungen – keinen Zweifel darüber ließ, daß seine Gruppe Herrn Herriot unter gewissen Bedingungen nicht mehr unterstützen würde. Nach allem, was die Presse darüber schrieb und was ich Grund habe für richtig zu halten, handelte es sich um drei große Fragen, die damals Herriot gegenüber ausgespielt wurden, nämlich die, daß man ihm sagte: es ist kein Arrangement wegen der interalliierten Schulden[33] getroffen worden, du bringst nichts heim an handelspolitischen Vorteilen; wenn du nun auf der dritten Seite noch weiter den Deutschen nachgibst in der Zeit der Räumung, dann wird der Eindruck der Kammer ein derartiger sein, daß du vielleicht nicht als Ministerpräsident bestehen kannst.

So standen wir vor der Situation, daß auf der einen Seite Herriot sagte, er könne über das, was der Ministerrat erklärt hat, nicht hinausgehen, auf der anderen Seite wir ebenso erklärten, wir könnten uns damit nicht begnügen.

Nun darf ich bemerken, daß in diesen letzten Tagen verschiedenes vor sich gegangen ist, was die Situation in ihrer Gesamtheit geändert hat. Darunter rechne ich folgende Momente. Einmal den Beginn der Räumungsfrist mit dem 15. August. Die Frage wird heute auch als selbstverständlich angesehen. Das war sie auf der Londoner Konferenz nicht. Alle anderen Termine lauten [!] vom Oktober, lauten [!] von dem Tage an, wo die wirtschaftliche Räumung erfolgt. Auf die Frage an Herriot: welches soll der erste Tag der Räumung sein? antwortete die französische Delegation zunächst nichts und erklärte: wir werden Ihnen am nächsten Tage antworten. Am nächsten Tage erklärte sie, sie sei bereit, um ein Entgegenkommen zu beweisen, diesen Termin nicht in Verbindung zu bringen mit anderen Terminen, sondern den Tag zu nehmen, an dem wir in London zeichneten[34]. Damit waren für die militärische Räumung immerhin sechs bis acht Wochen gewonnen.

(Zuruf von den Kommunisten: Fabelhaft!)

– Nein, das ist nicht fabelhaft, aber auch das wird von denjenigen verstanden werden, für die diese sechs bis acht Wochen etwas bedeuten.

---

[32] Gemeint ist Louis Loucheur (1872–1931), Mitbegründer der Compagnie Française des Pétroles (später: Total); französischer Handels- und Industrieminister 28. März – 1. Juni 1924; er weilte während der Konferenz in London und soll Druck auf Herriot ausgeübt haben, seine Fraktion in der Abgeordnetenkammer werde ihn nicht mehr unterstützen, wenn Herriot nachgebe (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 490; AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 73–75).

[33] Gemeint sind die Schulden Frankreichs gegenüber Großbritannien und den USA sowie diejenigen der beiden erstgenannten gegenüber Washington, die sich aus den Krediten zur Kriegführung im Weltkrieg ergeben hatten.

[34] Gemeint ist der 16. August 1924, der Tag der Paraphierung der Protokolle der Londoner Konferenz (vgl. oben mit Anm. 3).

(Stürmische Zustimmung bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Herren! Dazu kam ein Zweites.

(Abgeordneter v. Graefe (Mecklenburg): Das sind immer dieselben Methoden, mit denen das Volk fünf Jahre lang betrogen worden ist!)

– Ja, mit Ihrer Methode, Herr v. Graefe, wären wir überhaupt zu den Londoner Verhandlungen gar nicht gekommen. In der Beziehung wäre die Situation sehr viel einfacher.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien.)

Meine Herren! Zu diesem Ersten kam das Zweite. Wir hatten erklärt, wir können dem nicht zustimmen, daß wir lediglich ein Versprechen nach Hause nehmen. Wir müssen sehen, daß bestimmte Gebiete möglichst sofort geräumt werden. Darauf kam die Erklärung, die wir zunächst der deutschen Öffentlichkeit vorenthalten mußten, weil sie uns gegenüber, da noch nicht im Ministerrat approbiert, auch vertraulich gegeben wurde. Das war die Räumung der Stadt Dortmund. Aus dieser Räumung der Stadt Dortmund ergab sich bei den weiteren Verhandlungen die Räumung der Zone Dortmund, und es ergab sich ein Termin, der auch erst anders gestaltet werden sollte, den wir aber nicht als akzeptabel ansahen, und der schließlich ausmündete in die Zeit des Befehls zur Räumung: 24 Stunden nach Unterzeichnung des Londoner Protokolls. Ich glaube nicht, daß man auch hier mit dem Einwand kommen kann, man hätte auch demgegenüber mißtrauisch sein sollen und sich fragen sollen, ob das auch wirklich geschieht. Wäre das der Fall, dann kann man internationale Verträge überhaupt nicht unterzeichnen, dann muß man darauf verzichten.

Wir hatten also hier die Situation, daß in diesem Gebiete mit einer der beiden Hauptstädte des Ruhrgebietes die Räumung begonnen wurde. Auf diese Frage habe ich allerdings großen Nachdruck gelegt, weil ich mir gesagt habe, daß es auch psychologisch auf die Bevölkerung wirkt, wenn sie sieht: es wird angefangen zu räumen, es kommt der Anfang vom Ende dieser Bedrückung. Sie hat dann ein sichtbares Zeichen. Das wirkt auch auf die Militärs in den anderen Gebieten. Wenn sie sehen, daß sie nicht für die Dauer da sind, sondern nur für Zeit, so werden sie ein anderes Regime führen, als wenn sie glauben, sich dort für die Dauer festgesetzt zu haben.

Ein Zweites! Wir erklärten weiter der französischen Delegation, wie es denn mit all denjenigen Gebieten werden solle, die besetzt worden seien auf Grund der Zollmaß-

nahmen nach dem 11. Januar[35], auf Grund des Verlangens, Eisenbahnknotenpunkte zu besetzen, und anderes. Das ist eine ganz große Reihe von Gebieten in den verschiedensten Ländern. Das ist nicht nur Offenburg und Appenweier, das sind die Häfen von Karlsruhe und Mannheim[36]. Wenn Sie jetzt das alles als selbstverständlich hinstellen, so darf ich vielleicht daran erinnern, wie heftig der verstorbene Kollege Dr. Helfferich[37] einmal das Auswärtige Amt angegriffen hat wegen der Zustände in Mannheim. Er erklärte: Mannheim kann es nicht ertragen, daß in dieser Weise französische Gewalt über den Hafen herzufallen vermöge. Das ist weiter Wesel, das ist Emmerich, das ist Vohwinkel, das ist Königswinter, das sind viele andere Bezirke, auch Remscheid gehört dazu. Daß wir hier in Verfolg der Aufhebung dieser Maßnahmen die sofortige militärische Räumung – und schließlich ist das sofort, wenn es der Tag ist, an dem diese Maßnahmen aufhören – dieser Gebiete erreichten, habe ich in der Tat als ein starkes weiteres Plus angesehen, nicht in dem Sinne, als ob wir damit logisch und moralisch einen großen Gewinn vom Standpunkt der Rechtmäßigkeit aus gemacht hätten. Aber ich darf doch hier zwei Sätze sagen. Uns wird so heftig vorgeworfen vom Standpunkt der Rechtmäßigkeit, daß wir überhaupt zugestanden haben, daß die Ruhr nicht unverzüglich geräumt würde. Gewiß, wir haben unseren Protest gegen die Rechtswidrigkeit dieser Besetzung erneuert. Aber, meine Herren – und hier wende ich mich gerade an die Kollegen von rechts –, gerade derjenige, der auf dem Standpunkte steht, daß die Geschichte ihre Entwicklung nimmt nach den starken realen Tatsachen der Macht, kann nicht auf der einen Seite sich prinzipiell dazu bekennen und dann dem anderen gegenüber wieder die rein logische Rechtmäßigkeit als genügenden Grund anführen, um politische Erfolge zu erzielen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien und links.)

Die reale Situation war doch schließlich die, daß Frankreich ein spezielles Pfand in der Hand hat, ein Pfand, aus dem es Milliarden herausgepreßt hat und noch weitere Milliarden herauspressen könnte, wenn seine Politik dahin ging. Sie (zu den Deutschnationalen) glauben, daß eine einfache Bezugnahme auf das Recht Frank-

[35] Frankreich hatte nach der Besetzung des Ruhrgebiets am 11. Januar 1923 verschiedene Plätze und Häfen an der Grenze zwischen dem besetzten und dem bisher unbesetzten Gebiet unter seine Kontrolle gebracht, um die errichtete Zollgrenze gegenüber dem unbesetzten Deutschland zu sichern und wichtige Eisenbahnlinien kontrollieren zu können.

[36] Die Bezirke Offenburg und Appenweier wurden bereits am 18. August 1924 von den französischen Besatzungstruppen geräumt (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 60).

[37] Karl Helfferich (1872 – 23. April 1924), Mitglied des Reichstags 1920 – April 1924 (für die DNVP). – Zur nachfolgend von Stresemann angeführten Äußerung Helfferichs vgl. die Reichstagsrede Stresemanns vom 6. März 1924 (s. diese Edition).

reich veranlassen könnte, herauszugehen. Dann würden die Folgen noch viel größer sein. Dann könnten sie mit Schadenersatzansprüchen kommen usw. Alles das wäre möglich von diesem Standpunkt aus, aber nicht vom Standpunkt der realen Tatsachen, auf die Sie ja sonst Ihre ganze Geschichtsauffassung gründen.

(Sehr gut! bei den Regierungsparteien.)

Dann ein Zweites! Man könnte sagen: es war doch selbstverständlich, daß diese Orte geräumt wurden; wenn der Zoll fällt, mußte auch die ganze Besetzung wegen des Zolles fallen. Leider sind die Dinge nicht immer nach diesen Gesetzen der Logik gegangen. Wäre es so einfach, logische Dinge durchzusetzen, dann müßten Düsseldorf und Duisburg schon längst geräumt werden; denn sie sind als Sanktion für Deutschlands Nichtzahlung besetzt worden und hätten logisch nach dem Londoner Ultimatum sofort geräumt werden müssen[38]. Aber wir kämpfen darum bereits jahrelang. In London ist der erste Termin auch für diese Räumung erzielt worden. Deshalb sage ich: daß Herriot sich bereit erklärte, hier nicht mit sich irgendwie feilschen zu lassen, sondern erklärte, er gehe aus diesem ganzen Gebiet heraus, ist für die davon Betroffenen etwas, was sie dankbar anerkennen werden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien und bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte noch etwas Weiteres sagen. Ich weiß nicht, inwieweit Herr Herriot ein politischer Machtfaktor ist, auf den wir uns für lange Zeit einrichten können. Das weiß Herr Herriot selbst nicht. Das wissen alle nicht, die Inhaber parlamentarischer Macht sind. Aber für seinen Charakter zeugt das eine, daß er uns erklärt hat: ich will einen sinnfälligen Beweis dafür geben, daß ich so früh wie möglich räume, und daß er sein Wort durch die Räumung von Offenburg und Appenweier gehalten hat. Das einmal anzuerkennen, sehe ich gar keinen Anstand.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien und den Sozialdemokraten.)

[38] Gemeint ist das Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921, mit dem die alliierten Mächte die Reichsregierung aufforderten, den von ihnen im April 1921 aufgestellten Reparationsplan in der Gesamthöhe von 132 Milliarden Goldmark zu akzeptieren (Druck in englischer und französischer Originalsprache sowie deutscher Übersetzung im Weißbuch AKTENSTÜCKE ZUR REPARATIONSFRAGE S. 7–24 [Wiederabdruck des Weißbuchs in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 372, Anlage Nr. 4140 (mit der Seitenzählung des Weißbuchs)]). Nach der Ablehnung des Ultimatums besetzten sie in Erweiterung des durch den Versailler Vertrag vorgesehenen Besatzungsgebietes die „Sanktionsstädte“ Düsseldorf und Duisburg incl. des Hafens Ruhrort. Diese Besatzung behielten sie auch nach der deutschen Annahme des Ultimatums bei.

Denn ich glaube nicht, daß man international weiterkommt, wenn man in dem, der Gegner war, immer nur einen Schuft sieht, der mit seinen Worten den andern nur gröblich betrügen will.

(Sehr wahr! bei den Regierungsparteien und den Sozialdemokraten. – Zuruf von den Nationalsozialisten.)

Ich komme auf ein Drittes. Wie lange haben Sie (nach rechts) gesagt, daß der Poincarismus[39] niemals in Frankreich seine Herrschaft aufgeben würde!

(Rufe rechts: Sehr wahr! – Zuruf von den Kommunisten: Das hat er auch nicht!)

– Wenn Sie heute in Seelengemeinschaft mit den Kommunisten erklären, daß er das auch nicht getan hätte, so muß ich Ihnen jedenfalls das eine erwidern, daß das Londoner Programm und der Londoner Pakt kein Ausfluß poincaristischen Geistes sind,

(sehr richtig! bei den Regierungsparteien.)

zum mindesten nicht in bezug auf diese politischen Fragen.

(Zuruf von den Kommunisten: Sehr naiv!)

Die Frage der Sanktionsgebiete war eine dritte Frage, die von politischer Bedeutung war. Wir waren uns klar darüber, daß es sich bei einer militärischen Befreiung nicht nur um das Ruhrgebiet handeln darf, sondern um alle über den Vertrag von Versailles[40] hinaus besetzten Gebiete handeln muß. Nach dieser Richtung haben zunächst die französische und belgische Regierung die Erklärung abgegeben, daß der Endtermin der Ruhrräumung auch der Endtermin der Räumung der Sanktionsgebiete sein würde. Ehe ich auf die Haltung der britischen Regierung in dieser Frage zu sprechen komme, darf ich Sie auf die Ausführungen aufmerksam machen, die Herr Herriot gestern in Paris über die Räumung der Kölner Zone gemacht hat[41] und die mir von Bedeutung zu sein scheint. Nach dem Bericht, den wir über die gestrige Nachtsitzung der französischen Kammer heute morgen erhalten haben, hat Herr Herriot in bezug auf die Räumung der Kölner Zone, also der ganzen ersten Zone, folgendes gesagt:

---

[39] Gemeint ist die Politik von Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[40] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[41] Vgl. oben mit Anm. 4.

Hier befinden wir uns unbedingt auf dem Boden des Vertrages. Wir haben entschieden, über die Anwendung des Artikels 429[42] ein juristisches Gutachten einzuholen.

– Artikel 429 betrifft die Räumungsfristen. –

Hurst[43] und Fromageot[44] sind einstimmig zu folgender Auslegung gekommen[45], die unser Recht feststellt: Die alliierten Mächte werden richtig und in voller Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Friedensvertrages handeln, wenn sie einige Zeit vor dem 10. Januar 1925 prüfen, ob Deutschland getreulich die Bedingungen des Vertrages erfüllt hat, zwecks Feststellung, ob die in Nummer[46] des Artikels 429 genannten und augenblicklich von den alliierten Truppen besetzten Gebiete geräumt werden müssen oder nicht. So braucht die Räumung der Kölner Zone nicht in Aussicht genommen zu werden, bevor die Bedingungen, übrigens einschließlich der Abrüstung, erfüllt sind.

Der Artikel 429 besagt, daß die Fristen von 5, 10 und 15 Jahren laufen und daß die Besetzung aufzuhören hat, wenn Deutschland die vertraglichen Bedingungen erfüllt hat. Insofern stellt sich auch Herr Herriot hier vollkommen auf den Boden des Vertrages und erklärt in keiner Weise – er gibt vielmehr die bisherige These auf –, daß nach seiner Ansicht diese Fristen noch nicht zu laufen begonnen hätten. Er erklärt vielmehr, daß kurze Zeit vor dem 10. Januar – soviel ich weiß, wird es der 15. Dezember sein – die Alliierten, die diese Zone besetzt halten, zusammenkommen werden, um lediglich zu prüfen, ob Deutschland den Vertrag erfüllt hat. Das müssen sie nach dem Wortlaut des Vertrages, der das vorschreibt. Ich habe aber, gerade weil hier lediglich die Abrüstung erwähnt ist, daran keinen Zweifel – und ich glaube, das ganze Haus wird daran keinen Zweifel ausdrücken wollen –, daß, wenn es zu einer Verständigung über den Londoner Vertrag kommt, der in der Anfrage an die Deutsche Regierung[47] ausdrücklich als die Lösung der Reparationsfrage bezeichnet

[42] Gemeint ist Art. 429 des Versailler Vertrags (ebd., S. 221–222). Er regelt die sukzessive Räumung des Rheinlands (von Norden nach Süden) nach fünf, zehn und 15 Jahren, sofern „die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages von Deutschland getreulich erfüllt“ werden.

[43] Sir Cecil James Barrington Hurst (1870–1963), Leitender Rechtsberater des britischen Außenministeriums 1918–1929.

[44] Henri Fromageot (1864–1949), Rechtsberater des französischen Außenministeriums.

[45] Vgl. das Gutachten Hurst und Fromageots vom 8. August 1924 (DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,26, S. 855).

[46] Die Nummer fehlt im Protokoll. Gemeint ist offenbar Nummer 1.

[47] Gemeint ist die Bekanntgabe der beiden Sachverständigen-Gutachten an die Reichsregierung vom 11. April 1924 (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 386).

ist,

(hört! hört!)

Deutschlands Zustimmung zu dieser Lösung auch die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrage darstellt. Es bleibt dann übrig, die Ergebnisse der Militärkontrolle abzuwarten, zu deren nochmaliger Vornahme sich die deutsche Reichsregierung in ihrer Note[48] gerade deshalb entschlossen hat, weil sie schon damals sehr genau wußte, von welch entscheidender Bedeutung diese Frage der Militärkontrolle für das ganze Verhältnis Deutschlands zu anderen Mächten und auch für die Frage jener Fristen der ersten Zone ist. Ich möchte deshalb auch hier feststellen, daß in bezug auf diese soviel umstrittene Räumungsfrage von keiner der beteiligten Regierungen mehr der Gedanke ausgesprochen wird, daß die Fristen noch nicht zu laufen begonnen hätten, sondern daß heute lediglich zur Frage steht, ob Deutschland seine vertraglichen Abmachungen erfüllt.

Ich darf dann weiter auf die Frage eingehen, die vorhin in heftigen Zwischenrufen – Zwischenrufe sind ja auch von großer politischer Bedeutung –

(Heiterkeit)

hier zum Ausdruck gebracht wurde, als der Herr Reichskanzler sagte, die französische und die belgische Regierung hätten sich bereit erklärt, bis zum 15. August nächsten Jahres das Ruhrgebiet bedingungslos zu räumen. Sie riefen dem Herrn Reichskanzler „Unwahr!“ zu[49]. Meine Herren, formal mögen Sie zu diesem Zwischenruf eine Berechtigung insofern herleiten, als an einer Stelle gesagt worden ist: loyale Durchführung des Dawes-Planes. Aber gerade wenn Sie einmal das erste Jahr – lediglich das erste Jahr, und um das handelt es sich ja; das Jahr, das im Oktober beginnt und Oktober nächsten Jahres endet –, wenn Sie sich dieses Jahr vor Augen führen, wie soll denn in diesem ersten Jahre Deutschland etwas nicht erfüllen, wo seine Leistungen aus seinem Budget, aus seinen Eisenbahnen erst im zweiten Jahre beginnen!

(Zustimmung.)

---

[48] Gemeint ist die in Paris am 30. Juni 1924 übergebene Note, mit der Deutschland der Wiederaufnahme der Militärkontrolle zustimmte (Text in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 409–413 [als Anlage zu einem Erlaß Schuberts an Botschafter Hoesch, die Note am 30. Juni 1924 zu übergeben: ebd., S. 408–409]; vgl. auch SCHULTHESS 65 [1924], S. 413–415).

[49] Zu den Zwischenrufen bei der Regierungserklärung von Marx (vgl. oben Anm. 1): VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 771–775. Das „Unwahr“ kam nach Ausweis des Protokolls von seiten der Nationalsozialisten (ebd., S. 773).

Deshalb möchte ich betonen, daß der 15. August nächsten Jahres der letzte überhaupt in Betracht kommende Termin für die Ruhrräumung ist; darüber besteht nach den Erklärungen der beiderseitigen Regierungen nicht der geringste Zweifel.

(Zurufe rechts. – Zurufe von den Kommunisten: Abwarten!)

– Ja, meine Herren, Sie geben ja den Leuten in Frankreich, die daran herumdeuteln wollen, die allerbeste Grundlage, eine andere Politik zu führen!

(Stürmische Zustimmung in der Mitte und links. – Große Unruhe rechts. – Zurufe von den Kommunisten.)

Ich komme dann zu der Haltung der britischen Regierung, und ich darf zunächst einmal eine ganz törichte Meldung richtigstellen, die sich heute in der „Vossischen Zeitung“ aus London findet[50]. Danach hätte der Ministerpräsident MacDonald einen zweiten Brief an Herriot gerichtet, in dem er von neuem auf die frühzeitige Räumung des Ruhrgebiets hindringe.

„Dieser zweite Brief

– so heißt es –

wird nicht veröffentlicht werden, und zwar, wie Ihr Korrespondent erfährt, zum Teil aus dem Grunde, weil, wie man erklärt, die deutsche Regierung den englischen Botschafter in Berlin, Lord D’Abernon[51], dahin unterrichtet habe, daß der erste Brief MacDonalds und die Opposition des Schatzkanzlers Snowden[52] gegen Teile des Londoner Pakts eine unerwünschte Reaktion unter den deutschen Nationalisten hervorgerufen habe.“

Meine Herren, diese „unerwünschte Reaktion“ bestand schon ohne den Brief.

(Große Heiterkeit.)

Ich möchte zunächst das eine betonen: der britische Botschafter Lord D’Abernon ist gar nicht in Berlin, niemand hat mit ihm gesprochen, niemand weiß etwas von einem zweiten Brief. Ich bin aber der Meinung, daß wir allen Anlaß hätten, um die Veröffentlichung eines solchen Briefes zu ersuchen, wie wir auch tatsächlich darum gebeten haben, den bekannten Brief MacDonalds[53] veröffentlicht zu sehen, weil nach unserer

---

[50] VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 40 (Morgenausgabe) vom 23. August 1924.

[51] Edgar Vincent [ab 1926: Viscount] D’Abernon (1857–1941), britischer Botschafter in Berlin 1920–1926.

[52] Philip [ab 1931: Viscount] Snowden (1864–1937), britischer Schatzkanzler 23. Januar – 4. November 1924, 8. Juni 1929 – 1931.

[53] Gemeint ist das Schreiben MacDonalds an die Ministerpräsidenten Frankreichs und Belgiens vom 16. August 1924 (Druck in LONDONER KONFERENZ S. 257), in dem er für Großbritannien die beab-

Meinung dieser Brief eine starke Unterstützung des deutschen Standpunkts ist.

(Sehr richtig! bei den Mittelparteien.)

MacDonald hat zwei Briefe geschrieben, den einen an den Reichskanzler Marx[54] gerichtet, einen zweiten an den französischen Ministerpräsidenten gerichtet[55]. Der eine Brief bezieht sich auf die Sanktionsgebiete, der zweite auf die Ruhrräumung. In diesem an den Ministerpräsidenten Herriot gerichteten Brief, der uns, glaube ich, kurz vor Schluß der Konferenz übergeben wurde, betont der englische Ministerpräsident in vollem Einverständnis mit uns seine prinzipielle Verwahrung gegen die Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung. Zweitens erklärt er, daß es nach seiner Meinung besser gewesen wäre und dem Sachverständigengutachten entsprochen hätte, wenn die Ruhr sofort geräumt worden wäre. Am Schluß aber – und das scheint mir die Hauptsache zu sein – erklärt der britische Ministerpräsident, daß die Ergebnisse des Sachverständigengutachtens nicht beeinträchtigt werden dürfen durch eine weitere Fortdauer der militärischen Besetzung des Ruhrgebiets, und aus diesem Grunde erklärt er am Schluß noch einmal, daß er für eine unbedingte, möglichst baldige Räumung der Ruhr eintrete. Ich glaube, ich habe das richtig zitiert: da nach Ansicht der britischen Regierung die Aufrechterhaltung der Besetzung die Durchführung des Dawes-Plans beeinträchtigen und die Abmachungen gefährden könnte, die auf der Londoner Konferenz vereinbart worden sind, aus diesem Grunde ersucht er die beteiligten Regierungen, jeden nur möglichen Schritt zu tun, um die Räumung zu beschleunigen. Ich bin weit davon entfernt, das Schreiben nach der Richtung hin zu überschätzen, daß ich sage: damit ist die Frage geklärt; denn England hat gesprochen. Ich bin deshalb weit davon entfernt, weil ich mich sehr wohl der heftigen Angriffe entsinne, die auf mich gerichtet worden sind, als ich Reichskanzler war[56] und die Denkschrift der englischen Regierung vom 11. August vorigen Jahres[57] erschien, und viele Leute erwarteten, daß aus dieser Denkschrift sofort alle politischen praktischen

---

sichtige Räumung des Ruhrgebiets zur Kenntnis nimmt und darauf dringt, sie noch zu beschleunigen.

[54] Vom 19. August 1924 (ebd., S. 258).

[55] Gemeint ist offenbar das Schreiben an den französischen und den belgischen Ministerpräsidenten (vgl. Anm. 53).

[56] Stresemann leitete als Reichskanzler die Reichsregierung vom 13. August bis zum 23. November 1923; bis zum 30. November 1923 blieb er mit seinem Kabinett geschäftsführend im Amt.

[57] Text der britischen Note vom 11. August 1923, die an Frankreich und Belgien ging, in DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,21, S. 467–482; in ihrer ursprünglichen englischen Fassung und in deutscher Übersetzung auch in NOTENWECHSEL DER ALLIIERTEN S. 124–140 (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 379 [dort als Anl. Nr. 6204 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); eine Paraphrase in SCHULTHESS 64 (1923), S. 413–415.

Konsequenzen gezogen werden könnten. Nein, meine Herren, diese Dinge reifen nicht sofort! Aber was ich daraus entnehme, ist das eine: wenn hier gesagt wird, es dürften nicht die Ergebnisse der Londoner Konferenz beeinträchtigt und gefährdet werden durch eine weitere Besetzung des Ruhrgebiets, dann geht für mich daraus das eine hervor: dieser Kampf um die Befreiung des Ruhrgebiets ist nicht mit London beendigt, sondern beginnt nach London!

(Lebhafte Zustimmung und Zurufe von den Deutschnationalen: Das ist deutschnationale Auffassung!)

– Ich freue mich sehr, wenn ich mit Ihnen darin einer Meinung bin. – Es ist Pflicht der deutschen Regierung, alles zu tun, um auch ihrerseits Frankreich gegenüber den Gedanken zum Ausdruck zu bringen, daß gerade die Durchführung des Sachverständigengutachtens die Räumung so bald als möglich fordert, und damit verstößt sie auch gar nicht gegen den Geist der Verhandlungen der Londoner Konferenz; denn der französische Ministerpräsident Herriot hat das durchaus als sein Ziel und das Ziel seiner Regierung bezeichnet. Deshalb sehe ich auch in dem fixierten Endtermin nicht das, was die deutsche Presse daraus macht, „das Ruhrgebiet bleibt noch ein Jahr besetzt“. Das ist nicht wahr, denn wenn die Dortmunder Zone frei wird, kommt zunächst schon ein weiteres [!] aus der Besetzung heraus, und dafür zu kämpfen, daß im Zusammenhang mit den weiteren Abmachungen über das Sachverständigengutachten Zug um Zug weiter geräumt wird, das ist die Pflicht einer jeden Regierung, die an dieser Stelle steht, und es ist die Pflicht aller Parteien, sie dabei zu unterstützen.

(Lebhafter Beifall bei den Mittelparteien.)

Sie kann sich dabei – und das ist doch die große moralische Grundlage, die wir nicht verkennen wollen, – auf dieses Schreiben des britischen Premierministers beziehen.

Meine Herren, ich habe vorhin davon gesprochen, ich verkenne nicht die gewaltige Wucht der realen Tatsachen in unserer Politik, und ein Tor wäre, wer sie verkennen wollte. Aber daß es uns unendlich geschadet hat, daß wir Jahre hindurch die ganze öffentliche Meinung der Welt gegen uns hatten, daß alles Deutschlands Recht bestritt und niemand auf unserer Seite war, und daß es demgegenüber doch ein starkes Plus ist, wenn hier erklärt wird: „Die deutsche Delegation hat recht mit ihrer Rechtsverwahrung, mit ihrer Forderung“, wenn Herr Herriot gestehen muß: „Ich stand schließlich ganz allein, wenn ich nicht hinausgegangen wäre“, unterliegt doch keinem Zweifel. Aber dann hat man auch keinen Grund, darüber zu spotten, daß

man hier von Atmosphärenpolitik spreche, sondern dann ist das eine Wandlung, der wir alle uns freuen sollten im Interesse unseres Volkes und des ganzen Reiches.

(Stürmischer Beifall bei den Mittelparteien. Zuruf.)

– Herr Dr. Quaatz[58], Ihr Verdienst ist es jedenfalls nicht, denn eine Konferenz, an der Sie teilnehmen, wäre in 24 Stunden zu Ende!

(Lebhafte Zustimmung bei den Mittelparteien.)

Es ist dann ein zweiter Brief von dem englischen Herrn Premierminister an den Herrn Reichskanzler gerichtet worden[59], und dieses zweite Schreiben des Herrn MacDonald bezieht sich auf das Sanktionsgebiet. Wir hatten den englischen Herrn Premierminister gebeten, auch seinerseits sich der Erklärung der französischen und der belgischen Regierung[60] anzuschließen, daß das Sanktionsgebiet spätestens zu der Frist geräumt werden müsse, wo die Ruhrbesetzung aufhöre. Nachdem die französische und die belgische Regierung dem zugestimmt hatten, haben wir trotzdem, obwohl englische Truppen sich dort nicht befinden, Wert darauf gelegt, das Einverständnis auch der dritten Macht zu haben, die damals diese Sanktionen mit verhängt hat, und wir haben weiter auf Mahnungen, die mit vollem Recht aus deutschen Parteikreisen an uns kamen, auch darauf Wert gelegt, daß diese Abmachungen in das Londoner Protokoll hineinkamen. Herr MacDonald hat uns erklärt, er könne sich dem nicht in der Form anschließen, daß er den Abmachungen mit Frankreich und Belgien beitrete, da die englische Regierung auf einem andern Standpunkt stände, und er hat seine Meinung dahin zum Ausdruck gebracht, daß nach Ansicht der britischen Regierung die Gründe, die der britischen Regierung seinerzeit die Besetzung jener Sanktionsgebiete zu rechtfertigen schienen, längst fortgefallen seien; die britische Regierung trete deshalb für eine sofortige Räumung ein. Gewiß gilt für diesen Brief zunächst das, was ich vordem sagte. Aber beachten Sie einmal weiter: wenn jetzt die ganze Frage der Räumung der Kölner Zone am 10. Januar akut wird, wenn die Frage einer früheren Räumung des Ruhrgebiets durch Herrn Herriot weiter gefördert wird, wobei auch Düsseldorf und Duisburg in Betracht kommen, dann kommt doch dieser Erklärung der englischen Regierung eine ganz andere akute Bedeutung bei, als wenn sie sozusagen im luftleeren Raum abgegeben wäre, wo nichts für uns aus

[58] Reinhold Georg Quaatz (1876–1953), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DVP 1920 – Mai 1924, für die DNVP Mai 1924 – 1933).

[59] Vgl. oben mit Anm. 54.

[60] In einem Schreiben an Marx vom 16. August 1924 (Druck in LONDONER KONFERENZ S. 256).

diesen Verhandlungen hervorgeht. Bei jeder einzelnen Aktion können wir uns hierauf berufen, und wie schwer es ist, gegen derartige Dinge anzukämpfen, vermögen Sie aus der Verteidigungsrede des Herrn Herriot zur Genüge zu ersehen.

Wir haben dann weiter Wert darauf gelegt, daß der Notenwechsel zwischen der belgischen, der französischen und der deutschen Regierung in der Rede des Herrn britischen Premierministers erwähnt würde[61]. Wir hatten vorher in der Vollkonferenz dem zugestimmt, daß von der Konferenz diejenigen stenographisch aufgenommenen Debatten veröffentlicht werden sollen, die in den sogenannten Plenarsitzungen erfolgen. In dieser letzten Plenarsitzung, wo jedes Wort in das amtliche Protokoll der Londoner Konferenz hineingeschrieben wurde, hat Herr MacDonald erklärt, daß die Frage der Ruhrräumung nunmehr geregelt sei, und daß er den Notenwechsel darüber zwischen der belgischen und der französischen Regierung entgegengenommen habe. Er hat, wenn ich mich recht entsinne – das Stenogramm habe ich nicht – auch hinzugefügt, daß die englische Regierung dazu Stellung genommen hätte. Niemand hat dem widersprochen, und damit – meine Herren, es ist das wenig und entspricht nicht den Erwartungen, die wir gehabt haben –, aber damit ist doch einmal ein Endtermin, ein sichtbares Ende einer Zeit angezeigt, die, wenn es so geblieben wäre, wie es bisher war, zu Konsequenzen nicht bloß auf dem vielgerühmten wirtschaftlichen Gebiete, sondern für die politische Fortentwicklung der Dinge in Europa hätte führen können,

(sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte)

die jeder von uns bei dem Zustand, in dem sieh das Deutsche Reich heute befindet, nur mit größtem Schrecken für die Zukunft des deutschen Volkes hätte ansehen können.

(Lebhafte Zustimmung.)

Deshalb soll man es doch nicht so hinstellen und soll man sich doch davon freihalten, von den Leuten, die um diese Dinge gekämpft haben, auch wenn sie nicht bis zum letzten durchgekommen sind, in der Art zu sprechen, wie es die „Pommersche Tagespost“ tut[62]: „Los von den Landesverrätern“, oder in diesem Tone.

(Lebhafte Pfui-Rufe bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)

Und dann kommt das letzte. Meine Herren, es kam dann die Frage des Verbleibs

[61] Gemeint ist die Rede MacDonalds in der Abschlußsitzung der Londoner Konferenz am 16. August 1924 (der betr. Passus: ebd., S. 73).

[62] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

französisch-belgischer Eisenbahner bei der deutschen Reichsbahn[63]. Auch diese Dinge sind nicht so ganz einfach gegangen. Es kam erst die Frage, inwieweit sie durch Genietruppen ersetzt werden sollten. Es kam die Frage, ob sie nicht noch eine Zeitlang bleiben sollten, ob in bezug auf die Zahl, ob in bezug auf die Zeit irgendein Kompromiß gesucht werden sollte, und die Haltung der deutschen Delegation, die nach diesem ersten Angebot mit der Räumung innerhalb eines Jahres ohne weitere Konzessionen zum Ausdruck brachte, daß sie die Krisis lieber hinnehme als daraufhin sich einzulassen, hat sicher mit dazu beigetragen, daß dann restlos diese ganze Forderung zurückgenommen worden ist. Und wenn auch der Mensch das, was erreicht ist, immer als selbstverständlich ansieht, – so selbstverständlich war es nicht, als wir nach London fuhren,

(sehr wahr! in der Mitte)

daß wir ohne irgendeinen französisch-belgischen Eisenbahner für die Deutsche Reichsbahn zurückkommen würden.

(Zustimmung.)

Meine Herren, welchen Pessimismus habe ich früher angetroffen! Mir haben Herren aus dem Ruhrgebiet gesagt: denken Sie doch nicht, daß die Franzosen die Regiezechen[64] zurückgeben! Wie oft ist das Wort gefallen: wenn der Franzose die Regie hat, gibt er sie niemals wieder! Diese ganzen Dinge verschwinden in der öffentlichen Meinung gegenüber der militärischen Räumung, und doch sind das ebenfalls Lebensfragen der deutschen Nation!

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren! Das waren die Gründe, warum wir uns erneut an die Berliner Regierung gewandt haben[65], weil wir mit ihr in Übereinstimmung sein wollten, ihr die Situation dargelegt haben, nicht von ihr das Votum uns geben ließen, sondern unser Votum abgaben und, wie der Herr Reichskanzler gesagt hat, es einmütig dahin abgaben, daß angesichts dieser Gesamtsituation es von uns nach unserer Auffassung nicht verantwortet werden könnte, nun bei dieser Situation durch eine Sprengung der

[63] Vgl. oben mit Anm. 16.

[64] Gemeint sind die im Zuge der Ruhrbesetzung von Franzosen und Belgiern unter ihre Kontrolle gebrachten und unter ihrer Regie betriebenen Kohlezechen im Ruhrgebiet.

[65] Vgl. die Telegramme Marx' vom 14. August 1924, in denen er namens der deutschen Delegation auf der Londoner Konferenz das Votum abgibt, die Verhandlungen über die Räumungsfrage nicht scheitern zu lassen (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 955–959).

Konferenz doch naturgemäß auch die öffentliche Meinung in der Welt gegen uns aufzubringen, die ja doch von allen Gegnern Deutschlands – und deren gab es viele – dazu benutzt worden wäre, um uns in eine völlige Isolierung hineinzubringen, die mehr als eine geistige und politische Isolierung gewesen wäre.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich darf aber noch auf zwei Fragen kurz eingehen, die der Herr Finanzminister Dr. Luther noch nicht erörtert hat und die doch auch eine gegen früher gänzlich veränderte Situation vorzeigen. Das ist nämlich die Lage der Reparationskommission nach den in London gefaßten Beschlüssen. Meine Herren, alles, was bisher über uns gekommen ist, kam durch das Votum der Reparationskommission.

(Sehr richtig!)

Der ganze Ruhrkampf mit seinen furchtbaren Ergebnissen, – es war eine Mehrheit der Reparationskommission –, es war der Stichentscheid des französischen Vorsitzenden[66], der gegen uns entschied. Meine Herren, jetzt ist die Situation der Reparationskommission völlig verändert. Über alle Fragen, die mit dem Sachverständigengutachten zusammenhängen, also praktisch bei allen Reparationsfragen, kann die Reparationskommission künftig nur unter Zuziehung eines Amerikaners entscheiden. Meine Herren, es ist im Auswärtigen Ausschuß von kommunistischer Seite gesagt worden[67]: der ist noch schlimmer als die Franzosen. – Es mag sich hier um kapitalistische Zusammenhänge handeln; aber die Beteiligung Amerikas an einer internationalen Anleihe für Deutschland schafft, wie immer der einzelne prinzipiell dazu stehen mag, Zusammenhänge, die den Gläubiger auch interessieren an dem Wohlergehen seines Schuldners

(lebhafte Zustimmung in der Mitte – Zurufe)

und ein an Deutschland, an dem Deutschen Reiche durch diese Anleihe und ein an der deutschen Wirtschaft durch Privatkredite interessiertes Amerika wird in Zukunft die Entwicklung der deutschen Wirtschaft mit ganz anderen Augen betrachten, als wenn die Welt an uns uninteressiert wäre.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Deshalb ist die Zuziehung eines amerikanischen Mitglieds von großer Bedeutung.

[66] Jean-Louis Barthou (1862–1934), Präsident der Reparationskommission 1922–1926; verschiedene Ministerposten, u.a. französischer Kriegsminister 1921–1922; Justizminister 1922 und 23. Juli 1926 – 22. Oktober 1929.

[67] Vgl. oben mit Anm. 30.

Frankreich konnte bisher bei Stimmengleichheit, da es dort eine doppelte Stimme hatte, zusammen mit Belgien jede von ihm gewünschte Entscheidung durchsetzen. Das Stimmverhältnis ist jetzt beseitigt, und das dürfte praktisch genügen, um künftig die Benutzung der Reparationskommission als ein von vornherein gegen Deutschland eingestelltes politisches Instrument zu verhindern.

Dazu kommt aber ein Zweites. Bisher hatten wir – so war es doch in Wirklichkeit – einfach die Befehle der Reparationskommission entgegenzunehmen. Wir wurden angehört, aber wir hatten nicht das Recht, gegen eine Entscheidung der Reparationskommission zu appellieren. Jetzt werden alle Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Deutschland und der Reparationskommission über das zwischen uns geschlossene Abkommen, über das ganze Sachverständigengutachten oder über die auf Grund des Gutachtens erlassenen deutschen Gesetze ausbrechen werden, wenn es notwendig ist, durch ein Schiedsgericht entschieden, das völlig paritätisch zusammengesetzt ist[68]. Ich glaube, man braucht nicht darauf hinzuweisen, welch ein Fortschritt es ist, nur gehört werden zu können oder an ein paritätisches Schiedsgericht in all diesen Lebensfragen der deutschen Nation appellieren zu können.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Weiter ist auch die Sanktionsfrage in einer ganz anderen Weise als bisher geregelt. Man kann doch wohl ohne Übertreibung sagen, daß die Sanktionsfrage, die bisher wie ein Damoklesschwert über uns schwebte, jetzt ihrer Gefahr im wesentlichen entkleidet ist.

(Abgeordneter v. Graefe [Mecklenburg]: Na, na!)

– Gewiß, das ist die Anschauung aller derjenigen, die an diesen Dingen mitgewirkt haben. Wenn Deutschland künftig eine Nichterfüllung vorgeworfen wird, so kann das nicht mehr von der Reparationskommission durch Mehrheitsbeschluß, sondern nur durch einen einstimmigen Beschluß festgestellt werden, also auch unter Mitwirkung jenes Amerikaners. Kommt es zu einem Mehrheitsbeschluß, so kann jedes an der Abstimmung beteiligte Mitglied der Reparationskommission gegen diesen Beschluß Berufung bei einer Schiedskommission einlegen, die sich wieder aus unparteiischen und unabhängigen Personen zusammensetzen soll.

Weiter ist in London festgelegt worden, daß es sich bei Verfehlungen Deutschlands nur um Verfehlungen handeln darf, die erstens quantitativ bedeutsam sind.

[68] Das entsprechende Abkommen zwischen der Reichsregierung und der Reparationskommission vom 2. August 1924 veröffentlicht in LONDONER KONFERENZ S. 158–160.

Auch das ist nicht ohne Bedeutung; denn weswegen man ins Ruhrgebiet einrückte, war quantitativ unbedeutend[69]. Aber, was wichtiger ist, daß es sich nur um ein böswilliges Verschulden der deutschen Regierung handeln darf, das ihr nachgewiesen wird und über das sie ebenfalls Schiedsgerichte anrufen kann.

(Abgeordneter v. Graefe [Mecklenburg]: Was für ein Schiedsgericht?)

– Ein unparteiisches Schiedsgericht, Herr v. Graefe. Sie können nicht ein Schiedsgericht einsetzen, das nur aus uns besteht. Das nennt man nicht Schiedsgericht.

(Erneuter Zuruf des Abgeordneten v. Graefe [Mecklenburg].)

– Die Hälfte ernennen wir. Wir werden nicht gerade Franzosen als Mitglieder des Schiedsgerichts ernennen.

Auch hier liegen die Dinge doch so, daß die an Deutschlands Wirtschaft interessierten Mächte nicht irgendwelche Sanktionsmaßnahmen gegen Deutschland zulassen werden, die ja ihr eigenes Pfand entwerten und aufs neue vernichten würden.

Diese Einfügung des Amerikaners in die Reparationskommission, dieses Schiedsgericht, das über den gesamten Entscheidungen der Reparationskommission liegt und – nun darf ich ein Drittes hinzufügen – das Schiedsgericht, das wir über alle Fragen der wirtschaftlichen Räumung der besetzten Gebiete durchgesetzt haben, das ist doch schließlich ein ganz anderer Geist, der jetzt über dem Ganzen herrscht, als die Aera des Diktats, unter der wir bisher in diesen Fragen gestanden haben.

Darf ich dann auf wirtschaftlichem Gebiete nur auf zwei Dinge eingehen. Sie haben vorhin den Herrn Finanzminister ziemlich wild unterbrochen, als er die Frage erörterte, was denn werden soll, wenn wir ablehnen[70]. Es ist da auch wieder der ja heute mit Recht so beliebte Ausdruck „Landesverrat“ gefallen, mit dem einige Leute so umgehen, als wäre er ein Wort, das in jedem Satze stehen müßte. Nein, Herr v. Graefe, glauben Sie doch nicht, daß die Welt draußen über unsere wirtschaftlichen Verhältnisse so schlecht unterrichtet ist, daß es die Preisgabe von Geheimnissen wäre, zu sagen, daß Deutschland sich in einer Vertrauenskrise des Kredits befindet, daß Deutschlands Instrument der Wirtschaft zwar vollkommen intakt ist – das ist ja das, worauf die anderen ihre Forderungen wegen Deutschlands Leistungen immer

[69] Formal wurde der französisch-belgische Einmarsch ins Ruhrgebiet in einer französischen Note an die Reichsregierung vom 10. Januar 1923 mit dem deutschen Rückstand bei der Lieferung von Kohle und Holz begründet (URSACHEN UND FOLGEN V, S. 16–18).

[70] Die Zwischenrufe bei der vorangegangenen Rede Luthers finden sich in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 775–779. Der nachfolgend von Stresemann angeführte Zwischenruf „Landesverrat“ ist nicht im Protokoll zu finden.

basieren – –

(Abgeordneter v. Graefe: Wenn sie sich auf Sie berufen können, erleichtern Sie ihnen ihr Spiel!)

– Lassen Sie mich doch aussprechen! – Ich sage, dieses Instrument der deutschen Wirtschaft ist Gott sei Dank vorhanden und auch eine gesunde Landwirtschaft, aber zwei Dinge haben Sie dabei zu beachten. Nicht nur, was da wird, wenn wir neue Kredite nicht erhalten. Ich halte es für meine Pflicht, das hier einmal ganz offen zu sagen, damit der einzelne auch weiß, um was es sich handelt, um Sie darauf hinzuweisen, daß nach Ansicht der Wirtschaft gegenwärtig 1 1/2 Milliarden Goldmark kurzfristige Kredite laufen, und daß die Verlängerung dieser kurzfristigen Kredite auch abhängig ist davon, ob über diese Dinge eine Verständigung erfolgt. Glauben Sie denn, daß die Herren des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die gestern getagt haben und die zum großen Teil, glaube ich, sehr weit rechts stehen, gegen 3 Stimmen eine solche Entschließung angenommen haben[71], weil sie an sich in dem Abkommen irgendwie die Erfüllung ihrer Ideale sehen? Glauben Sie, daß dort nicht die Kritik so heftig gewesen ist wie bei Ihnen? Aber der Verstand ist auch da gewesen,

(lebhafte Zustimmung in der Mitte)

zum Schluß zu sagen: wir müssen trotzdem diese Dinge annehmen. Das ist schließlich doch eine Erklärung der deutschen Wirtschaft, an der man nicht vorbei kann, die doch schließlich einmal zum Ausdruck bringt, was sie selber empfindet gegenüber der Situation, in der wir stehen.

Dann ein Weiteres. Ich habe gerade aus dieser Sitzung der Wirtschaft eins gehört, was vielleicht von der Opposition erhofft wird, und ich bemerke, daß es mir völlig fern liegt, irgendwie der Opposition, die da sagt, daß sie diesen Dingen nicht zustimmen kann, etwa den Glauben abzusprechen, irgend etwas Besseres erreichen zu können. Man hat davon gesprochen, wenn nach mehrmonatigem Wahlkampf[72] eine mehr rechtsgerichtete Regierung vorhanden wäre,

(Lachen links und in der Mitte)

und wenn diese Regierung erneut in London verhandelte und weitere Forderungen stellt, so würde sie wahrscheinlich mit diesen weiteren Forderungen auch durch-

[71] Vgl. oben mit Anm. 26.

[72] Gemeint ist im Falle eines Nichtzustandekommens der von der Reichsregierung vorgelegten Gesetze und nachfolgender Reichstagsauflösung.

kommen. Ich möchte es wünschen, daß im Laufe der Entwicklung Weiteres erzielt wird. Aber das kann meiner Meinung nach nur erzielt werden im Rahmen des abgeschlossenen Vertrages, nicht aber auf der Basis, die hier versucht wird.

Lassen Sie mich auf Folgendes hinweisen. Die Monate des Wahlkampfes und die Zeit, die vergeht, ehe ein neuer Reichstag diesen Dingen zustimmen kann, sind doch unwiederbringlich verloren für das besetzte Gebiet, verloren für die Wirtschaft und, ich fürchte als Außenminister, verloren für die ganze außenpolitische Situation.

(Zustimmung links und in der Mitte.)

Es könnte dann leicht der Fall eintreten, daß man in bezug auf die Räumungsfrist selbst einen Fortschritt erzielte, der in Wirklichkeit gar nichts änderte an dem, was jetzt kommt; denn wenn Sie die Räumung in sieben Monaten erzielten, und drei Monate sind inzwischen vergangen, so stehen Sie genau auf dem Ausgangspunkt, auf dem wir stehen, wenn diese Frist am 15. August läuft.

Vor allem möchte ich Ihnen sagen: Sie verkennen den Geist dieser Londoner Konferenz, wenn Sie glauben, daß es so einfach wäre, ein Werk, an dem nun seit Jahren gearbeitet worden ist, von neuem zu beginnen. Denn die Konferenz mag nur Wochen gedauert haben, der Kampf um den Gedanken, daß Sachverständige zusammentreten, um ein Gutachten herbeizuführen, und der Kampf darum, daß dieses Gutachten zur Grundlage der Reparationslösung gemacht wird, geht seit Jahren zwischen den einzelnen Mächten. Er ist jetzt zu einem gewissen Abschluß gekommen. Als die Alliierten unter sich waren, drohte mehrfach eine Sprengung der Konferenz, und als wir hinzutraten, drohte ebenfalls eine Sprengung. Schließlich ist jetzt ein Abschluß erreicht. Glauben Sie nicht, daß Sie die Nationen so einfach wieder an den Tisch bringen, um irgendein Amendement anzunehmen, von dem Sie hoffen, daß es die Situation bessern wird.

Ich darf auf diese Gefahren hinweisen und dann auf ein letztes.

Im Zusammenhang mit dem Gutachten der Sachverständigen wird so oft davon gesprochen, daß seine Annahme die Versklavung Deutschlands, die Aufgabe unserer Souveränität bedeute. Unzweifelhaft ist es die Aufgabe unserer Souveränität in wichtigen Beziehungen. Aber diese Aufgabe dieser Souveränität war schon im Versailler Vertrag insofern enthalten, als damals schon das deutsche Reichseigentum an erster Stelle für die Leistungen Deutschlands haftbar gemacht wurde, und dazu gehört in erster Linie die deutsche Reichsbahn. In früheren Zeiten, als die deutschnati-

onale Fraktion freundlich und unterstützend an der Seite der Regierung Cuno[73] stand, als der verstorbene Kollege Dr. Helfferich sagte, er bewillige die Steuern, um die Außenpolitik der Regierung Cuno zu unterstützen[74], sind in dem Angebot, das die Regierung Cuno gemacht hat[75], zwar andere Fristen für ein Moratorium gemacht worden, namentlich in bezug auf die Eisenbahn, aber es sind in der Überzeugung, daß wir aus diesen Dingen nur herauskämen, wenn wir ein Generalpfand bestellten, auch damals die Haftung der Reichsbahn, die Haftung der Industrie, darüber hinaus die Haftung der Landwirtschaft, die Hergabe der Zölle und Steuern angeboten worden. Ich bin weit davon entfernt, dagegen die Vorwürfe zu erheben, die Sie (nach rechts) in angeblich ethischer Beziehung dagegen erheben, indem Sie von Versklavung sprechen. Hier wurde gelacht, als der Herr Reichskanzler sagte, es wäre erreicht, daß Ruhr und Rhein nicht mehr Reparationsprovinzen wären, und gesagt, ganz Deutschland sei nun eine Reparationsprovinz. Gewiß, aber wenn es das ist: Deutschland hat auch die Pflicht, als ganzes Deutschland an die Stelle des besetzten Gebietes zu treten.

(Lebhafte Zustimmung bei den Mittelparteien.)

Sie können nicht erwarten, daß die zwölf Millionen im besetzten Gebiet, die schon seelisch so unendlich viel auf sich genommen haben, für alle Zeit ihr Vermögen und ihr Einkommen gegen ihre Freiheit hingeben. Es ist die Pflicht des ganzen Deutschland, dafür einzutreten.

(Lebhafter Beifall bei den Mittelparteien.)

Ich glaube, die Verteilung der Lasten auf das ganze Gebiet, die Ersetzung des Spezialpfandes durch das Generalpfand, war die Erfüllung einer sittlichen Pflicht des gesamten deutschen Volkes gegenüber denjenigen, die bisher allein alles Schwere zu tragen hatten.

(Erneuter lebhafter Beifall bei den Mittelparteien.)

Von diesem Gesichtspunkt sind wir ausgegangen. Daß wir wirtschaftlich schwer zu leiden haben, weiß jeder von uns. Von Versailles bis nach London war ein weiter Weg der Demütigungen und der größten Schwierigkeiten. Ich bin überzeugt: London

---

[73] Wilhelm Cuno (1876–1933), Reichskanzler 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos. – Vor bzw. nach seiner Kanzlerschaft Generaldirektor bzw. Vorstandsvorsitzender der Hapag.

[74] Die entsprechende Äußerung Helfferichs konnte nicht ermittelt werden.

[75] Stresemann bezieht sich auf das deutsche Memorandum vom 7. Juni 1923 mit entsprechenden Reparationsangeboten (URSACHEN UND FOLGEN V, S. 145–146).

ist nicht der Schluß, London kann der Anfang sein, der Anfang einer Entwicklung, von der MacDonald gesagt hat, daß sie das Ende der nationalen Isolierung, den Anfang eines Zusammenwirkens der Völker auf gleichberechtigter Basis zeigt. Nehmen Sie diese Grundlage, damit Sie künftigen deutschen Regierungen die Möglichkeit gehen, Deutschland auf dieser Grundlage einer guten Zukunft entgegenzuführen.

(Lebhafter Beifall bei den Mittelparteien. – Zischen bei den Nationalsozialisten. – Erneuter stürmischer Beifall bei den Mittelparteien.)

Redebeitrag im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags vom 23. August 1924[1]

Nach VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 402 vom 24. August 1924. – Druck auch in ZEIT, Nr. 201 vom 27. August 1924.

Eine Amnestie gemäß dem Londoner Abkommen würde sich auf alle Betroffenen beziehen.

Es ist eine etwas starke Zumutung, wenn eine so starke Fraktion alle ihre Kraft einsetzt, um ein Abkommen[2] zu Fall zu bringen, aber gleichzeitig von der Regierung verlangt, daß sie für den Fall der Annahme nicht nur Konsequenzen aus der Annahme zieht, sondern sich auch dazu schon vorher verpflichtet. Wir werden der Frage der Amnestie[3] nähertreten, wenn das Londoner Abkommen angenommen ist. Das Amnestiegesetz würde dann natürlich eine völlig unparteiische Amnestie nach allen Seiten bringen und auch Persönlichkeiten treffen, die auf ganz anderem Boden als die Kommunisten stehen.[4]

---

[1] In ihrem ausführlicheren Bericht über die Ausschußsitzung gibt die Vorlage Beiträge anderer Ausschußmitglieder wieder, die sich u.a. zur Frage einer künftigen Amnestie im Besatzungsgebiet und zur Aufhebung der alliierten Ordonnanzen nach der Annahme des Londoner Abkommens äußerten; unmittelbar vor dem Redebeitrag Stresemanns sprach die KPD-Abgeordnete Fischer und „verlangte nochmals von der Regierung Antwort auf die Frage der allgemeinen Amnestie. Reichsaußenminister Dr. Stresemann erklärte zu den Fragen der Kommunisten:“

[2] Am 16. August 1924 war die Londoner Konferenz damit zu Ende gegangen, daß sich die teilnehmenden Staaten durch Paraphierung des Konferenzprotokolls darauf verständigten, das Sachverständigen-Gutachten („Dawes-Plan“) in Kraft zu setzen. – Die Zusammenfassung der Konferenz-Resultate (mit einzelnen Drucknachweisen) findet sich auch in „Kurzer Überblick über die Ergebnisse der Londoner Konferenz“ vom 19. August 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 982–989. – In der am gleichen Tag stattfindenden Reichstagssitzung wurde über die Annahme des Londoner Abkommens diskutiert (vgl. etwa in dieser Edition die Reichstagsrede Stresemanns vom 23. August 1924). Die KPD machte dort ihre klare Ablehnung deutlich.

[3] In Anl. III zum Londoner Schlußprotokoll war vorgesehen, daß von deutscher wie von alliierter Seite alle politischen Straftaten im besetzten Gebiet, die im Zusammenhang mit der Ruhrbesetzung begangen worden waren, amnestiert werden sollten.

[4] Die Vorschlage schließt den Bericht über die Ausschußsitzung: „Eine Frage des Abg. Zapf (D.Vp.) beantwortete der Minister dahin, daß auch Meinungsverschiedenheiten über die Ordonnanzen dem Schiedsgericht vorgelegt werden könnten.“

Reichstagsrede vom 28. August 1924[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 1014–1020. – Teildrucke (mit leichten Abweichungen) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 409 (Abendausgabe) vom 28. August 1924; ZEIT, Nr. 203 vom 29. August; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21541 (Morgenausgabe) vom 29. August 1924, S. 4; WIENER ZEITUNG, Nr. 199 vom 29. August 1924, S. 2.

Das Londoner Abkommen ist ein klarer Fortschritt gegenüber der Politik Poincarés. Die Zukunft wird zeigen, ob der Reparationsplan realistisch ist. Weist einzelne Kritikpunkte am Londoner Abkommen zurück. Auch nach dem Abbruch des Widerstands 1923 hat die Reichsregierung nie an die Trennung vom Rheinland gedacht.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Ich habe die Absicht, auf die Ausführungen der beiden Herren Vertreter[2] der großen außerhalb der Regierung stehenden Parteien kurz zu antworten. Gestatten Sie mir aber vorher eine allgemeine Betrachtung. Während wir hier in Deutschland die Fragen des Londoner Abkommens[3] behandelt haben, sind, wie Sie wissen, diese Verhandlungen auch in Frankreich in der Kammer und im Senat geführt worden[4]. Mir sind heute früh

---

[1] Stresemann hielt die Rede im Rahmen der 3. Lesung der für die Annahme der Abmachungen der Londoner Konferenz notwendigen deutschen Gesetzesänderungen und des Gesetzentwurfs, der die Reichsregierung zur Inkraftsetzung der in London erzielten Ergebnisse, also des Dawes-Plans, ermächtigen sollte. – Zur Vorberatung der Reichstagssitzung im Kabinett vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1004.

[2] Gemeint sind Reinhold Georg Quaatz (1876–1953), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DVP 1920 – Mai 1924, für die DNVP Mai 1924 – 1933); Wilhelm Sollmann (1881–1951), Reichsinnenminister 13. August – 3. November 1923; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD). – Ihre Reden: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 1001–1007 bzw. 1007–1014.

[3] Am 16. August 1924 war die Londoner Konferenz damit zu Ende gegangen, daß sich die teilnehmenden Staaten durch Paraphierung des Konferenzprotokolls darauf verständigten, das Sachverständigen-Gutachten („Dawes-Plan“) in Kraft zu setzen. In der zuletzt noch strittigen Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebiets hatte die deutsche Delegation der von französischer Seite als Minimum deklarierten Frist von einem Jahr zugestimmt, wobei im Gegenzug der französische Ministerpräsident Herriot den Fristbeginn mit dem 15. August 1924 zugestanden und persönliche Zusicherungen gegeben hatte, einzelne kleinere Gebiete sehr bald zu räumen. – Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. Nr. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439. – Die Zusammenfassung der Konferenz-Resultate (mit einzelnen Drucknachweisen) findet sich auch in „Kurzer Überblick über die Ergebnisse der Londoner Konferenz“ vom 19. August 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 982–989.

[4] Zur französischen Debatte in der Abgeordnetenkammer (21.–23. August) und Senat (26.–27. August 1924) vgl. zusammenfassend SCHULTHESS 65 (1924), S. 238–242 u. 242–243.

die Ausführungen zugegangen, die der frühere Herr Ministerpräsident Poincaré[5] im Senat gegen die Politik des Herrn Ministerpräsidenten Herriot[6] gemacht hat. Herr Poincaré wendet sich zunächst der Ruhrbesetzung zu und verficht die These, daß die Erklärung der französischen Regierung, wonach Militärs zum Schutze einer in das Ruhrgebiet zu entsendenden Ingenieurskommission gesandt worden seien[7], für die Gegenwart nicht mehr existiere.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Die französische Note vom 26. Januar 1923[8] habe bei irgendeiner deutschen Auflehnung Gegenmaßregeln in Aussicht gestellt. Durch den passiven Widerstand, der der Auflehnung gleichkomme, habe sich der Charakter der Ruhrbesetzung geändert; sie sei nicht mehr der früheren Art. Infolgedessen mißbilligt Herr Poincaré aufs allerschärfste das Londoner Räumungsversprechen als in vollem Gegensatz zu den Interessen Frankreichs stehend.

Herr Poincaré wendet sich dann gegen Herrn Herriot wegen der Räumung derjenigen Gebiete, die wir als Flaschenhälse[9] zu bezeichnen pflegen, und er wendet sich weiter gegen die Erklärung des Herrn Herriot in bezug auf die Räumung der Sanktionsgebiete[10]. Für die beiden Teile der deutschen Besetzung, auch für alle im Zusammenhang mit den Zollmaßnahmen[11] besetzten deutschen Gebiete gibt der frühere französische Ministerpräsident wörtlich folgende Erklärung ab:

---

[5] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929. – Zu seinen Ausführungen im Senat: ebd., S. 242.

[6] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister), 19.–21. Juli 1926 u. 1932.

[7] Vgl. dazu die Note der französischen Regierung vom 10. Januar 1923, in der sie die Entsendung einer Ingenieurskommission ankündigte, wobei die begleitenden Soldaten lediglich zu deren Schutz, nicht aber zum Zweck der Besetzung einrücken würden (Druck u.a. in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 16–18).

[8] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die in einem Bericht Tirards an Poincaré vom 26. Januar 1923 wiedergegebene Note der Interalliierten Rheinlandkommission an den Reichskommissar für die besetzten Gebiete (DOCUMENTS DIPLOMATIQUES FRANÇAIS 1923, II, S. 120).

[9] Gemeint sind (wegen deren Form auf der Landkarte) die beiden Streifen zwischen den rechtsrheinischen Brückenköpfen der Besatzungszonen, die Frankreich im Gefolge der Ruhrbesetzung ebenfalls besetzt hatte.

[10] Nach der Ablehnung des Londoner Ultimatums im Mai 1921 durch die Reichsregierung besetzten französische Truppen in Erweiterung des durch den Versailler Vertrag vorgesehenen Besatzungsgebietes die „Sanktionsstädte“ Düsseldorf und Duisburg incl. des Hafens Ruhrort. Diese Besatzung behielten sie auch nach der deutschen Annahme des Ultimatums bei.

[11] Frankreich hatte nach der Besetzung des Ruhrgebiets am 11. Januar 1923 verschiedene Plätze und Häfen an der Grenze zwischen dem besetzten und dem bisher unbesetzten Gebiet unter seine Kontrolle gebracht, um die errichtete Zollgrenze gegenüber dem unbesetzten Deutschland zu sichern und wichtige Eisenbahnlinien kontrollieren zu können.

Sie sind besetzt kraft Völkerrechts und wegen der bedrohten Sicherheit der Besatzungstruppen, und Frankreich ist durch nichts zu ihrer Preisgabe verpflichtet.

(Hört! Hört!)

Er wendet sich weiter den Räumungsfristen[12] zu und verficht seine alte Theorie, daß die Räumungsfristen überhaupt noch nicht zu laufen begonnen hätten,

(Rufe rechts: Unerhört!)

und zwar, weil Deutschland die Pflichten des Vertrags von Versailles[13] nicht erfüllt habe, namentlich nicht in bezug auf die Auslieferung der sogenannten Kriegsverbrecher[14].

(Bewegung.)

Was die Kölner Zone[15] anbetrifft, so erklärt Herr Poincaré in einer einigermaßen hämischen Weise, Frankreich brauche ja nur nachdrücklich zu erklären, daß es im Falle der Räumung der Kölner Zone durch England seinerseits dieses Gebiet sofort mit seinen Truppen besetzten werde,

(lebhafte Rufe: hört! hört!)

und man werde sicher sein, daß dann England in Köln bleiben werde.

Meine Herren, Sie haben durch das Ergebnis der Verhandlungen im französischen Senat erfahren, daß die Mehrheit des Senats, die früher einstimmig für die Politik des Herrn Poincaré sich wiederholt ausgesprochen hatte, ihm nicht gefolgt ist, daß die Mehrheit des Senats sich auf den Standpunkt des Ministerpräsidenten Herriot ge-

---

[12] Gemeint sind die Fristen nach Art. 429 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 221–222), in dem die sukzessive Räumung des Rheinlands (von Norden nach Süden) nach fünf, zehn und 15 Jahren geregelt ist, sofern „die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages von Deutschland getreulich erfüllt“ werden.

[13] Der Versailler Vertrag war am 28. Juni 1919 unterzeichnet worden; er trat allerdings erst am 10. Januar 1920 in Kraft. Text des Vertragswerks im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[14] Art. 227–230 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 104–105) bestimmten, daß Deutschland den Kaiser (der inzwischen in die Niederlande ins Exil gegangen war) und weitere der Kriegsverbrechen Verdächtigte zur Anklage vor alliierten Militärgerichten ausliefern müsse. Nach Inkrafttreten des Vertrags verlangten die Alliierten die Auslieferung, die jedoch von deutscher Seite verweigert wurde; stattdessen wurden Prozesse vor dem Reichsgericht in Leipzig in Aussicht gestellt, womit sich die Alliierten schließlich begnügten (vgl. zusammenfassend AKTEN DER REICHSKANZLEI, Müller I, S. 115–117 u. insb. Anm. 1).

[15] Der Begriff „Kölner Zone“ wird hier und im Folgenden unterschiedlich gebraucht; mal ist damit die nördliche Besatzungszone insgesamt gemeint, mal lediglich die Stadt Köln, deren unmittelbare Umgebung und der zugehörige rechtsrheinische Brückenkopf, die von britischen Soldaten besetzt waren.

stellt hat[16]. Ich habe in meiner ersten Rede[17] ausgeführt, daß niemand von uns eine Gewißheit dafür hat, wie lange Herr Herriot ein politischer Machtfaktor in Frankreich bleiben wird. Die letzten Wahlen in Frankreich[18] haben ziffernmäßig ein Ergebnis gehabt, das man etwa so darstellen kann, daß nur etwas über die Hälfte der abgegebenen Stimmen für die heute herrschenden Parteien abgegeben ist, die andere Hälfte für den Bloc national, der hinter Herrn Poincaré stand, hinter Herrn Poincaré steht, so wie er auch heute noch in der Presse, in der öffentlichen Meinung Frankreichs eine große Gemeinde hinter sich hat. Und ich möchte an diejenigen, die hier Nein sagen wollen und die damit das ganze Ergebnis der Londoner Abmachungen in Frage stellen, einmal die Frage richten: wenn man diese Äußerung von Poincaré liest und weiß, welcher Vernichtungswille dahinter steht, vielleicht würdigt man dann auch etwas mehr, was in London gegenüber diesem Vernichtungswillen erreicht worden ist.

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei, in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Sie gegenüber dieser Tendenz: „Ich habe Deutschland in den Klauen und lasse es nicht wieder los“ – das ist doch die ganze Tendenz der Ausführungen von Poincaré –,

(sehr richtig!)

wenn Sie demgegenüber hier sehen, daß die Erklärung gegeben ist für die Räumung der Sanktionsgebiete, daß die Erklärung gegeben ist nicht nur für die Räumung des Ruhrgebiets, sondern für den praktischen Anfang der Räumung, wenn Sie sehen, daß sofort gegenüber diesen Gebieten in Baden, bei Vohwinkel, bei Remscheid, bei Königswinter[19], von denen Herr Poincaré ganz ruhig, leidenschaftslos sagt: „Besetzt kraft Völkerrechts wegen bedrohter Sicherheit der Besatzungstruppen, nichts verpflichtet uns zu ihrer Preisgabe“, – daß demgegenüber erklärt ist: mit der wirtschaftlichen Räumung werden die Truppen aus all diesen Gebieten zurückgezogen, – wenn

[16] Vgl. oben mit Anm. 4.

[17] Gemeint ist Stresemanns Reichstagsrede vom 23. August 1924 (s. diese Edition).

[18] Die Kammerwahlen in Frankreich am 11. Mai 1924 hatten einen Sieg des „Blocks der Linken“ („Cartel des gauches“) erbracht (Einzelheiten zum Wahlergebnis in: SCHULTHESS 65 [1924], S. 322–323). Am 1. Juni 1924 war das Kabinett Poincaré, das sich auf den „Bloc national“ gestützt hatte, zurückgetreten (ebd., S. 225).

[19] Es handelt sich um Orte, die im Zuge der von Frankreich nach der Besetzung des Ruhrgebiets errichteten Zollgrenze zwischen dem besetzten und dem bisher unbesetzten Gebiet besetzt worden waren. Die Bezirke Offenburg und Appenweier wurden bereits am 18. August 1924 von den französischen Besatzungstruppen geräumt (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 60).

Sie darüber hinaus den Gedanken sehen, der sich doch als Grundgedanke – ob er im einzelnen richtig durchgeführt ist, lasse ich dahingestellt sein – durch dieses Gutachten[20] hindurchzieht, durch wirtschaftliche Abmachung eine Lösung der Reparationsfrage zu finden, die sie aus der Sphäre der politischen Macht und Unterdrückung heraushebt und in die Sphäre wirtschaftlicher Abmachung, – wenn Sie unter diesen Gesichtspunkten dieser Ausführungen Poincarés einmal das Londoner Ergebnis sich ansehen, dann wird es von manchem doch objektiver betrachtet werden, als mir das manchmal in der Diskussion dieses Hauses erschienen ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und in der Mitte.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Dr. Curtius[21] hat auch angeknüpft an Worte, die Theodor Storm[22] einmal gesprochen hat und die so wundervoll für das Gemüt klingen, daß man sie gern hört und gern sagt. Aber dieses Zitat: nicht fragen, was danach kommt, – das ist nicht für einen Staat geschrieben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und bei den Deutschen Demokraten.)

Ich möchte jedenfalls wünschen, daß verantwortliche Staatsmänner des Deutschen Reichs sich die Frage stets vorlegen, welches die Folgen ihrer Handlungen oder die Folgen ihrer Unterlassungen sein werden.

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei, in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Wenn ich sagte – und das werden mir, glaube ich, auch die Kritiker links und rechts zugestehen –, daß London nicht im Geiste des Poincarismus gestanden hat – soweit werden Sie mir, glaube ich, alle folgen können –, dann darf ich das andere für die Zukunft sagen: diese Senatsdebatte zeigt aber auch, daß wir Gefahr laufen, diesen Geist des Poincarismus wieder zu dem herrschenden Geist in Europa zu erheben,

(Zustimmung in der Mitte und bei den Sozialdemokraten)

---

[20] Gemeint sind die Gutachten der beiden Sachverständigen-Ausschüsse, die am 9. April 1924 der Reparationskommission übergeben worden waren und nachfolgend die Grundlage für den „Dawes-Plan“, die in London vereinbarte Regelung für die Reparationsfrage, abgaben.

[21] Julius Curtius (1877–1948), Reichswirtschaftsminister 20. Januar 1926 – 11. November 1929; Außenminister 1929–1931; Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DVP). – Stresemann bezieht sich im Folgenden auf Curtius’ Rede im Rahmen der Debatte über die Regierungserklärung und der 1. Lesung der Gesetzesvorlagen am 25. August 1924 (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 831–837; die nachfolgend angesprochene Passage: S. 837).

[22] Theodor Storm (1817–1888), deutscher Dichter. – Gemeint ist das von Curtius zitierte Gedicht „Der eine fragt“ (vgl. Theodor Storm: Gesammelte Schriften. Bd. 1/2. Braunschweig 1872, S. 148).

wenn durch Schuld von uns Verhandlungen scheitern, deren Scheitern ich in dem Augenblicke sehe, wo der Faden abgerissen ist, wobei ich aber die Wiederanknüpfung noch nicht sehe, wenn wir nicht in irgendeiner Form innerhalb des deutschen Parlamentes oder des deutschen Volkes zu einer Verständigung kommen.

(Sehr richtig! in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe deshalb geglaubt, doch auf diese Situation einmal aufmerksam machen zu sollen und von diesem Gesichtspunkte zu bitten, einmal zu prüfen, inwieweit der französische Ministerpräsident in der Lage war, über das hinauszugehen, was er seinerseits in London getan hat.

London ist ein großer weltwirtschaftlicher, wenn Sie wollen, ein weltpolitischer Zwangsvergleich oder ein Kompromiß zwischen den Völkern. Ein Kompromiß zwischen Parteien in diesem hohen Hause pflegt selten eine Partei völlig zu befriedigen. Ein Kompromiß zwischen Völkern, über denen noch der Schatten des gewaltigsten Krieges der Weltgeschichte liegt, steht unter dem Eindruck all der Aufwallungen dieser Völker. Ich schätze dabei die Aufwallung des deutschen Volkes in nationaler Beziehung nicht als das schlechteste für eine Regierung und bin weit davon entfernt, in Kritik und Opposition nationaler Art dann Schwierigkeiten zu sehen, wenn sie sich innerhalb der Grenzen der Verantwortlichkeit bei der letzten Entscheidung halten.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn nun auch dieses Kompromiß uns nicht befriedigt, wie es scharfe Kritik in Frankreich, in England auslöst, ist denn dadurch nicht eigentlich der Beweis geführt, daß jede Delegation an ihrer Statt versucht hat, das Beste herauszuholen. Natürlich bleibt an Wünschen und Beschwerden unendlich viel übrig. Aber das Ganze ist doch – und da möchte ich auf einen Hauptpunkt der Kritik kommen – nicht von Ewigkeitswert. Man spricht hier immer von der wirtschaftlichen Bibel. Herr Kollege Quaatz, Sie sollten die Kritik doch in großzügigerer Weise üben. Die Regierung hat doch nicht die Geschmacklosigkeit besessen, das Sachverständigengutachten als eine wirtschaftliche Bibel zu bezeichnen. Was geschehen ist, ist, das der vom Auswärtigen Amt herausgegebene Wortlaut[23] von einem Verleger, dem wir die Dinge übergeben haben, in geschmackloser und ungehöriger Weise mit den Worten, die Sie zitiert haben, annonziert worden ist, die übrigens in Gänsefüßchen in dem Inserat stehen.

[23] Quaatz hatte zuvor moniert (vgl. oben mit Anm. 2), daß „die Reichszentrale für Heimatdienst sich herausnimmt, das Dawes-Gutachten mit der fetten Überschrift anzupreisen: Die Bibel der Wirtschaft“. Welche Veröffentlichung und welche im Folgenden von Stresemann angesprochene Annoncierung gemeint sind, konnte nicht ermittelt werden.

(Zuruf von den Nationalsozialisten: Na also!)

– Glauben Sie mir, es hat in den letzten Tagen etwas Wichtigeres für die deutsche Reichsregierung gegeben, als sich darum zu kümmern, ob dieses geschmacklose Inserat erschienen ist.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe hier einmal von der Auffassung gesprochen[24], die die amerikanische öffentliche Meinung von dem Dawes-Gutachten hat. Nie von uns! Ich habe in dieser Rede gesagt: für Amerika ist das Dawes-Gutachten sozusagen die wirtschaftliche Bibel. Ich glaube, das ist auch vollkommen richtig, die öffentliche Meinung ist ein Faktor, mit der ein Außenminister zu rechnen hat.

(Sehr richtig!)

Ich bin mir vollkommen klar darüber, daß für das amerikanische Volk, bei dem die Zahl der Leser des Gutachtens wahrscheinlich noch geringer ist als in Deutschland,

(Heiterkeit und Zustimmung)

der eine Gesichtspunkt im Vordergrund steht: unser Staatssekretär Hughes[25] hat den Anstoß zu den Arbeiten der Sachverständigen gegeben, unser General Dawes[26] hat diese Dinge zu Ende geführt. Der Gedanke bei dem Ganzen ist die Befriedigung Europas, und der Gedanke im Zusammenhang der amerikanischen öffentlichen Meinung ist etwa der: wir haben den Krieg entschieden, aber wir haben auch den Frieden gemacht. Daraus ergeben sich große Volksströmungen und je oberflächlicher der einzelne denkt, wenn er die Zusammenhänge nicht kennt, um so lieber schließt er sich an ein Schlagwort an. Das kann aber Kraft haben in einem Zeitalter, in dem die öffentliche Meinung ein politischer Machtfaktor ist. Und deshalb und in diesem Zusammenhang habe ich einmal davon gesprochen: wir müssen uns klar darüber sein, daß für die amerikanische Öffentlichkeit dieses Gutachten eine Art wirtschaftliche Bibel darstellt, – nicht für uns, nicht von unserem Standpunkt aus. Nein, ich gehöre weder zu denen, die den Versailler Vertrag als die magna charta für Deutsch-

[24] Vgl. Stresemanns Reichstagsrede vom 6. Juni 1924 (in dieser Edition).

[25] Charles Evans Hughes (1862–1948), amerikanischer Außenminister 1921–1925. – Hughes hatte am 29. Dezember 1922 in einer Rede in New Haven den Vorschlag gemacht, die weitere Behandlung der Reparationsfrage einem internationalen Sachverständigenausschuß zu übertragen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Cuno, S. 109, Anm. 8).

[26] Charles Gates Dawes (1865–1951), US-amerikanischer Bankier und Politiker; Vorsitzender des 1. Sachverständigenausschusses 1924; Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1925–1929; Botschafter in London 1929–1932.

land ansehen, noch zu denen, die das Sachverständigengutachten als wirtschaftliche Bibel benutzen wollen.

Um was es sich aber handelt, ist die Frage, ob dieser Vertrag, wie ich sagte, auch gewissermaßen Ewigkeitswert besitzt, ob man ihn ansehen muß unter dem Gesichtspunkt: was wird aus uns bei Durchführung dieses Vertrages im Jahre 1935 oder später? Ich habe neulich einmal eine Schlagzeile in einer Zeitung gelesen[27], eine Überschrift: „Noch 35 Jahre Kohlentribute an Frankreich!“ Die Frage dieser Lieferungen ist durchaus gelöst worden im Einvernehmen mit der deutschen Wirtschaft, da wir gar kein Interesse daran haben, Überschüsse der deutschen Wirtschaft irgendwie bei uns zu bannen zu politischen Zwecken, da dieser Austausch durchaus im gegenseitigen Interesse lag.

Aber worauf ich kommen will, ist etwas anderes. Ich lese heute im „Berliner Lokal-Anzeiger“[28], der ja sicherlich, wie Sie wissen, nicht das offiziöse Regierungsorgan ist[29], sondern seine Inspiration von anderer Seite empfängt,

(Abg. Dr. Quaatz: Ist uns nicht bekannt!)

– Ich sage, ich lese in diesem „Lokal-Anzeiger“ Äußerungen, die mir von großer Bedeutung zu sein scheinen, nämlich Äußerungen des englischen Premierministers[30], der zusammen mit anderen Mitgliedern der englischen Regierung den Standpunkt vertreten soll, daß es im eigensten Interesse der Vertragsunterzeichner liege, den Vertrag da zu ändern, wo Änderungen unbedingt notwendig seien, die Erfahrungen abzuwarten, die man mit diesem Vertrag mache und auch Folgerungen daraus zu ziehen, wenn es sich ergäbe, daß Reparationszahlungen über das hinausgingen, was Deutschland zu leisten vermöge. Das heißt, daß die Höhe dieser Zahlungen ein Ding der Unmöglichkeit sei.

Meine Damen und Herren! Es ist ein Antrag von der Deutschnationalen Volkspartei eingegangen[31], den ich eben überflogen habe, der, soweit ich es in Erinnerung habe, fordert, innerhalb von zwei Jahren eine Nachprüfung der deutschen Leistungs-

---

[27] Der betreffende Zeitungsartikel und die Überschrift konnten nicht ermittelt werden.

[28] Stresemann bezieht sich auf einen Korrespondentenbericht aus London im BERLINER LOKAL-ANZEIGER, Nr. 408 (Morgenausgabe) vom 28. August 1924, in dem unter Berufung auf die englische Zeitung „Star“ die nachfolgend erläuterte Meinung MacDonalds beschrieben wird.

[29] Der Berliner Lokal-Anzeiger erschien im Scherl-Verlag, der über seinen Eigentümer Hugenberg der DNVP verbunden war.

[30] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929 – 1935.

[31] Vgl. den Antrag der DNVP vom 28. August 1924 (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 383, Anl. Nr. 525).

fähigkeit vorzunehmen. Ich würde die Annahme dieses Antrags für politisch unklug halten. Man kann nicht einen Eventualantrag in zeitlicher Begrenzung fassen und, ohne zu wissen, was die beiden nächsten Jahre bringen, erklären: wir wollen von diesem uns zustehenden Recht innerhalb dieser Zeit Gebrauch machen. Nein, meine Damen und Herren! Aber was notwendig ist und auch in einem anderen Antrag niedergelegt ist, worüber wir ausführlich gekämpft haben im Auswärtigen Ausschuß[32], ist, nicht rütteln zu lassen an den Grundlagen, die doch enthalten sind auch in diesem Vertrag und die uns die Möglichkeit geben, eine Nachprüfung unserer Leistungsfähigkeit in dem Augenblick zu verlangen, wo wir erkennen, daß diese Leistungen hinausgehen über das, was das deutsche Volk zu leisten vermag. Das ist einmal die Bestimmung des Versailler Vertrags[33], und das sind zweitens – darüber haben wir uns in London auch ganz besonders Auskunft geholt – diejenigen Bestimmungen des Vertrags, die da sagen, daß die Lebenshaltung des deutschen Volkes nicht sinken soll unter die Lebenshaltung anderer Völker. Darf ich Sie auf eines aufmerksam machen, gerade mit Bezug auf den Gedanken, daß das Dawes-Gutachten eine Bibel ist: wir haben bei Verhandlungen in London gesehen, daß in einer ganz entscheidenden großen Frage die größten Unstimmigkeiten auch unter, zwischen der Kommission[34] und den Verfassern des Dawes-Plans darüber bestanden, in welcher Weise gewisse Dinge sich praktisch verwirklichen sollten. Es handelte sich um langfristige Anlagen in Deutschland auf Grund des Transfers und ähnlicher Bestimmungen. Ich bin der festen Überzeugung, daß alle Völker ihre Erfahrungen erst machen werden mit der Durchführung dieses Sachverständigengutachtens, aus diesen Erfahrungen lernen werden, und wenn bis dahin – und das ist das Entscheidende – ein verständiger Geist zwischen den Völkern erhalten bleibt, die diesen Vertrag geschlossen haben, dann ist auch durchaus die Möglichkeit der Entwicklung dieses Vertrages gegeben, die Möglichkeit, das, was unmöglich, unerträglich, undurchführbar ist, durch andere vernünftigere und mäßigere Bestimmungen zu ersetzen.

---

[32] Gemeint ist wohl eine der Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses ab dem 20. August 1924, zu denen nur ein Redebeitrag Stresemann vom 21. August 1924 (vgl. diese Edition) ermittelt werden konnte.

[33] Art. 234 des Versailler Vertrags sah vor, daß ab 1921 die Reparationskommission „von Zeit zu Zeit“ die Leistungsfähigkeit Deutschlands prüfen und dabei dessen Vertretern Gehör gewähren werde (VERTRAG VON VERSAILLES S. 107); nach Teil VIII, Anlange II, § 9, des Vertrages hatte die Kommission „alle Gründe und Beweise anzuhören, die von Deutschland hinsichtlich aller seine Zahlungsfähigkeit betreffenden Fragen vorgebracht werden“ (ebd., S. 113).

[34] Es ist nicht sicher festzustellen, welche Kommission Stresemann hier meint; in Frage kommen die Reparationskommission oder eine der Kommissionen, die auf der Londoner Konferenz einzelne Arbeitsaufträge übernommen hatten.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Seit 1916 [!] haben wir vertraut!)

– Ja, ist denn nicht die ganze Zeit von 1918 bis zur Gegenwart ein fortwährendes Tasten nach Versuchen, diese Reparationsfrage durch die Poincarésche These der Gewalt, durch unendlich viele Vorschläge von Weltwirtschaftlern der verschiedensten Staaten zu lösen? Und schließlich ist doch nicht geblieben, was man uns auferlegt hat; es steht doch nicht das Londoner Ultimatum[35] vor uns. Man vergißt nichts so leicht wie überstandene Gefahren, man müßte aber auch die Güte haben, sich zu überlegen, wie es denn war, als wir das erstemal von London[36] kamen,

(sehr richtig! bei den Mittelparteien)

wie wir da dem Diktat gegenüberstanden, nachdem man sich nicht über die einzelnen Dinge verständigt hatte. Der Weg, der bis zu diesen Londoner Abmachungen gegangen worden ist und der wahrlich, wie ich ihn genannt habe, ein Weg der Demütigungen für Deutschland war, der sicherlich nicht etwas geschaffen hat, was irgend jemand von uns mit innerer Befriedigung betrachten könnte, muß doch als eine Etappe in einer weiteren Entwicklung angesehen werden, deren Ende wir nicht kennen, bei der aber London ein wichtiger Ruhepunkt ist und ein Anfangspunkt sein kann, ein Anfang einer neuen weltpolitischen Konsolidierung der Verhältnisse, wenn wir den Mut haben, diese Brücke auch wirklich zu beschreiten. Gerade diejenigen, die mit vollem Rechte diese ganzen Fragen nicht nur vom materiellen Standpunkt aus ansehen, die sich sagen, daß es dabei doch schließlich nicht um Ziffern einzelner Jahresleistungen geht, nicht um Kohle und Braunkohle und Benzol und Farbstoffe und anderes, müßten sich doch auch dessen bewußt sein und darin mit der Regierung übereinstimmen, daß – ich will mich einmal ganz in den Geist der Betreffenden hineinversetzen – Deutschland bei seiner politischen Machtlosigkeit, selbst wenn der einzelne theoretisch nicht mit diesen Prinzipien übereinstimmt, doch alle Veranlassung hat, an einer solchen weltpolitischen Neuorientierung mitzuwirken, die die Möglichkeit eines Nebeneinandergehens gibt, gegenüber der Politik des Herrn Poincaré,

---

[35] Offenbar spielt Stresemann mit einem Wortspiel hier auf das Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 an, mit dem die alliierten Mächte die Reichsregierung aufforderten, den von ihnen im April 1921 aufgestellten Reparationsplan in der Gesamthöhe von 132 Milliarden Goldmark zu akzeptieren. (Druck in englischer und französischer Originalsprache sowie deutscher Übersetzung im Weißbuch AKTENSTÜCKE ZUR REPARATIONSFRAGE S. 7–24 [Wiederabdruck des Weißbuchs in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 372, Anlage Nr. 4140 (mit der Seitenzählung des Weißbuchs)]). Nach dem Rücktritt der Regierung Fehrenbach wurde das Ultimatum von der neugebildeten Regierung Wirth am 11. Mai 1921 angenommen.

[36] Zur reparationspolitischen Lage Deutschlands nach dem Ende der Londoner Konferenz von 1921 vgl. etwa AKTEN DER REICHSKANZLEI, Wirth I/II, I, S. 2–5.

der wir Macht nicht entgegenzusetzen vermochten und die wir über uns haben ergehen lassen müssen. Ich möchte bitten, diese beiden Gesichtspunkte bei der Würdigung dieses Vertrages immer mit zu beachten.

Nun hat der Herr Kollege Quaatz in bezug auf die Stellung der Reichsregierung gegenüber dem Vertrage überhaupt nach zwei Richtungen hin Vorwürfe erhoben[37]. Er hat gesagt, die Regierung habe in dem Kampfe Moskau-London[38] Partei ergriffen, und zweitens, sie habe sich in eine gewisse Propaganda des Vertrags selbst hineintreiben lassen. Herr Kollege Quaatz, den ersten Vorwurf können Sie wohl nicht gut aufrechterhalten. Ich höre immer gerade in der Kritik von rechts einen großen Schrei: Führung! Ja, wenn Sie eine Regierung haben, die in einer solchen Lebensfrage des deutschen Volkes nicht Partei ergreift und nicht sagt, wo sie steht, so wäre das meiner Ansicht nach das schlimmste für die Gesamtsituation des deutschen Volkes, was es geben könnte. Schließlich kommt doch Regierung von regieren und Führung von führen. Man kann also der Regierung keine Vorwürfe machen, wenn sie Partei ergreift.

Was den zweiten Vorwurf betrifft, daß wir uns in eine gewisse Propaganda für das Gutachten hätten hineintreiben lassen, so wollen wir uns doch hier daran erinnern, wie die Dinge gegangen sind. Ohne Vorwürfe zu erheben, möchte ich doch sagen: wenn die Regierung der Meinung war, daß sich hier eine geeignete Grundlage – sagen wir nur – einer Etappe des politischen Fortschritts bot, so konnte sie nicht dulden, daß eine hemmungslose sachliche und unsachliche Opposition der gesamten deutschen Öffentlichkeit ein solches Zerrbild des Gutachtens gab, daß sich daraus die glatte Ablehnung des Abkommen hätte ergeben müssen.

(Sehr wahr! bei den Mittelparteien.)

Wenn die Regierung der Meinung war, daß in dem Gutachten ein Fortschritt lag, mußte sie diesen Fortschritt auch sichern und mußte sich selber in die Brandung hineinstürzen. Ich stimme Ihnen durchaus zu: dadurch ist ein Kämpfen mit ganz schiefer Schlachtlinie entstanden. Anstatt daß vom Standpunkt reiner Außenpolitik gerade in gemeinschaftlicher Arbeit das Unerträgliche, das, wogegen man ankämpf-

[37] Vgl. oben mit Anm. 2.

[38] Trotz der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen London und Moskau im Februar 1924 und eines bilateralen Handelsvertrages, der am 8. August 1924 unterzeichnet (aber nicht ratifiziert) worden war, waren die Beziehungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion konfliktreich geblieben. Quaatz hatte in seiner Rede die Politik der KPD mit derjenigen Moskaus, die der SPD mit derjenigen Londons identifiziert (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 1001). Möglicherweise assoziierte er dabei allerdings auch die Regierung der sozialdemokratisch orientierten Labour-Partei in London und der kommunistischen Bolschewiki in Moskau.

te, in den Vordergrund gestellt wurde, sahen wir einen ganz scharfen innerpolitischen Kampf. Aber, meine Herren, Sie wissen ganz genau, mit welch heftigen Worten und Auflagen schon in den ersten Tagen, ehe noch die ersten Menschen das Gutachten gelesen hatten, dieses Gutachten dem deutschen Volke dargestellt wurde.

(Zuruf bei den Deutschnationalen: Das war die Antwort, das war die Reaktion!)

– Nein, Herr Kollege, Herr Hergt[39], ich darf Ihnen doch einmal über die falsche Darstellung ein Wort sagen. Das ist auch eine der Legenden, die dieses Gutachten begleitet hat. Als das Gutachten im Wortlaut herüber kam, haben wir es in einem Auszug bekanntgegeben[40]. Wir hatten noch nicht die Annexe. Aber wenn die Regierung nicht sofort publizistisch der deutschen Öffentlichkeit sagt, was sie in Händen hat, und wenn dann die Depeschen von Havas und Reuter[41] kommen, würden dieselben Parteien sagen: schläft denn eigentlich die Regierung, daß sie uns über diese Dinge keine Aufklärung gibt? In dieser ersten Darstellung konnten die Annexe gerade mit ihren harten Bedingungen für die Eisenbahn nicht berücksichtigt werden, weil sie erst später kamen. Deshalb hat man nun den Vorwurf erhoben, die Regierung habe die Öffentlichkeit getäuscht, während die Regierung sofort, als die Annexe bekannt wurden, auch sie bekannt gab[42]. Hier war also der Fehler der Kritik doch auf der Seite, die mit der Subjektivität, mit der der Deutsche gewöhnlich allen Regierungen gegenübersteht – Sie werden das auch noch erleben, wenn Sie in der Regierung sind –,

(Heiterkeit links)

sofort glaubte, daß die Regierung etwas Schlechtes getan hätte, ihn täuschen wollte, anstatt sich zunächst zu fragen, ob die Regierung denn nicht ganz objektiv gehandelt hätte.

Herr Kollege Quaatz, wenn Sie nun weiter hinweisen auf die Hingabe der Souveränität und all diese schwierigen Dinge, so muß ich doch das eine sagen und kurz

---

[39] Oskar Hergt (1869–1967), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DNVP; deren Parteivorsitzender 1918 – Oktober 1924 u. Fraktionsvorsitzender 1920 – Oktober 1924); Reichsjustizminister und Vizekanzler 31. Januar 1927 – 29. Juni 1928.

[40] Bereits am 9. April 1924 berichtete z.B. die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 171 (Abendausgabe), sehr ausführlich und teilweise im Wortlaut über den Inhalt des Sachverständigen-Gutachtens; vermutlich wurde der betreffende Text für diesen wie für weitere Artikel in anderen Zeitungen von seiten der Regierung an die Presse gegeben.

[41] Havas und Reuter(s) waren die wichtigste französische bzw. britische Nachrichtenagentur.

[42] Diese Anlagen finden sich z.B. ausführlich referiert in einem Artikel in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 172 (Morgenausgabe) vom 10. April 1924; vermutlich wurde auch hier der betreffende Text von seiten der Regierung an die Presse gegeben (vgl. oben Anm. 40).

wiederholen, was ich neulich sagte[43]. Wer der Meinung war, daß man überhaupt nicht den Weg gehen durfte, jene Spezialpfänder des Ruhrgebiets zu lösen durch allgemeine Pfänder, die naturgemäß den Charakter der Verpfändung in sich trugen – das ist doch der Sinn des Wortes –, der durfte auch den Weg des Memorandums vom Juni vorigen Jahres[44] nicht gehen.

(Zustimmung in der Mitte, links und bei der Deutschen Volkspartei.)

Dieser Weg konnte harmloser aufgefaßt werden, weil er nur die Grundlinien angab. Gehen die Dinge ins Detail, so sehen sie sehr wenig schön aus. Glauben Sie mir, nicht nur Ihnen, Herr Kollege Quaatz, nicht nur Ihren Freunden geht es so; ich glaube, dem Finanzminister[45], den Männern, die da mitverhandelt haben[46] , ist viel schwerer noch ums Herz gewesen, als sie hier diese Bestimmungen über die Rechte des Kommissars bei Zöllen und Abgaben und bei der Eisenbahn[47] konzedieren mußten. Ich würde doch bitten, in der Kritik auch hier nicht zu weit zu gehen, Herr Kollege Quaatz, Eisenbahndinge kennen Sie doch viel zu gut[48], als daß Sie zu dem Satze wirklich stehen wollten, der Kommissar leite die deutsche Reichseisenbahn. Es wird hier immer in der Kritik der Fehler gemacht, daß gewisse Stadien, die erst eintreten, wenn wir nicht in der Lage sind, weder aus den Erträgnissen selbst zu zahlen noch aus anderen Mitteln irgend etwas herbeizuschaffen, wenn also die vollkommene deutsche Zahlungsunfähigkeit eingetreten ist, gewissermaßen als die Normalbestimmung hingestellt werden, während das Normale doch dahingeht, daß wir die Dinge in Händen haben und daß erst durch verschiedene Stadien hindurch, bei denen wir sehr viele Stacheldrähte eingeschoben haben, es zu jenem Stadium kommt,

---

[43] Stresemann bezieht sich vermutlich auf seine Reichstagsrede vom 23. August 1924 (s. diese Edition), in der er – wenn auch nicht in diesem Wortlaut – auf das nachfolgend genannte Memorandum und die Unterstützung der DNVP für die Regierung Cuno einging.

[44] Das deutsche Memorandum vom 7. Juni 1923 mit den entsprechenden Reparationsangeboten in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 145–146.

[45] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP).

[46] Mit Luther und Stresemann vertrat Reichskanzler Marx als weiterer Hauptdelegierter die deutsche Seite auf der Londoner Konferenz.

[47] In einem Abkommen zwischen der Reparationskommission und der Reichsregierung vom 9. August 1924, das in die paraphierten Protokolle der Londoner Konferenz übernommen wurde, mußte Deutschland der Ernennung von Kommissaren durch die Reparationskommission zustimmen, die die Aufsicht über Zölle und bestimmte Abgaben sowie die Eisenbahneinnahmen führen und sichern sollten, daß Deutschland die auferlegten Zahlungen leisten würde (das Abkommen: LONDONER KONFERENZ S. 161–166; zur Aufnahme in die Konferenzprotokolle: ebd., S. 72).

[48] Quaatz war in der Vorkriegszeit und während des Ersten Weltkriegs in verschiedenen und zuletzt führenden Funktionen bei der Preußischen Staatseisenbahn und der Preußischen Militäreisenbahn beschäftigt gewesen.

in dem der Kommissar eine wirkliche Macht erhält. Wir haben ganz andere Kritiken erfahren, nämlich die Kritik, daß sich vielleicht niemand finden würde, den Kommissarposten zu übernehmen, weil der Kommissar selbst gar nicht in der Lage sei, einen tatsächlichen Einfluß auszuüben. Solange aus der deutschen Reichseisenbahn dasjenige herausgewirtschaftet wird, was sich auf die Verzinsung bezieht, solange sind die tatsächlichen Rechte nicht beim Kommissar.

(Zuruf des Abgeordneten Quaatz.)

Herr Kollege Quaatz, ich brauche doch mit Ihnen nicht darüber zu rechten, daß es formale und tatsächliche Rechte gibt. Es kann ja jemand da sein und sehr wenig Einfluß haben. Denken Sie doch auch an das Verhältnis zwischen Generaldirektor und Aufsichtsrat, das vielfach von Persönlichkeiten und Dingen abhängt, wo formal der Aufsichtsrat das Aufsichtsrecht hat, während de facto der Vorstand die Geschäfte führt. Jedenfalls liegen die Dinge nicht so, daß hier der Kommissar die Deutsche Reichsbahn führt. Wollen Sie auf den Dingen bestehen, so glaube ich, daß Ihnen die Sachverständigen der Eisenbahn darüber gern zur Verfügung stehen werden.

Dann aber weiter die Kritiken, die auf ganz bestimmte Fragen hinweisen. Der Kollege Quaatz hat an mich die Frage gestellt, ob es richtig sei, daß am 10. Januar nochmals geprüft werden solle, ob Deutschland seine Verpflichtungen – aus dem Dawes-Gutachten – erfüllt habe. Ich kann nur noch einmal sagen, daß mir gar nichts davon bekannt ist, ebensowenig der Reichsregierung, und daß hier anscheinend zwei Gedankengänge durcheinandergehen. Am 15. Dezember tritt eine interalliierte Konferenz zusammen, um zu prüfen, ob die Aufhebung der Kölner Zone am 10. Januar zu erfolgen hat[49]. Das ist das, was ich kürzlich mitgeteilt habe[50], und was wohl in irgendeiner falschen Darstellung zu dem Gerücht geführt hat, am 10. Januar solle irgend jemand prüfen, ob Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe.

Der Herr Kollege Quaatz hat weiter erklärt unter Bezugnahme auf Herrn Henderson[51], den ich nicht die Ehre habe zu kennen, den wir auch in London nicht gesehen haben, daß Herr Henderson der Meinung gewesen sei, es seien von der deutschen

[49] Zur Frist 10. Januar 1925 vgl. oben mit Anm. 12 und 15:

[50] In seiner Reichstagsrede vom 23. August 1924 (s. diese Edition).

[51] Arthur Henderson (1863–1935), britischer Innenminister 23. Januar – 4. November 1924; Außenminister 8. Juni 1929 – 1931. – Quaatz hatte sich in seiner Rede (vgl. oben mit Anm. 2) auf einen Bericht des „Daily Herald“ bezogen, wonach Henderson behauptet haben solle, es seien als Gegenleistung „für die Räumung des Rheinlands […] grundsätzliche Abkommen über Handelsverträge getroffen“ worden.

Regierung Bindungen in bezug auf die Handelsverträge[52], wenigstens in bezug auf gewisse Prinzipien eingegangen. Meine Herren! In der englischen Presse kehren diese Äußerungen fortgesetzt wieder. Ich ersehe daraus, daß die englische Öffentlichkeit und die englische Wirtschaft – daraus hat sie auch gar keinen Hehl gemacht – eine sehr große Beunruhigung über ein etwaiges französisch-deutsches handelspolitisches Einvernehmen empfindet[53]. Das ist eine Empfindung, die dort besteht und England ja die Möglichkeit gibt, wenn es diesen cauchemar, diesen Alpdruck los sein will, durch eine Beschleunigung der Ruhrräumung Frankreich alle Möglichkeiten zu handelspolitischem Druck gegenüber Deutschland zu nehmen.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Jedenfalls ist aber die deutsche Delegation keine Bindungen eingegangen. Die Verhandlungen, die am 1. Oktober beginnen[54], beginnen von unserer Seite ohne jede Bindung. Ich glaube, daß nun nicht weiter zu klären zu brauchen. Es ist von uns zur Genüge in den Ausschüssen und auch im Plenum geschehen.

Wenn der Herr Ministerpräsident Herriot davon gesprochen hat, so kann er damit nur das gemeint haben, was wir zugegeben haben: die prinzipielle Bereitwilligkeit, mit Frankreich in Verhandlungen einzutreten, eine Bereitwilligkeit, die ich aber als selbstverständlich empfinde, da ja gar kein Grund dafür vorläge, hier nicht die Hand zu einem Vertrage zu bieten, wenn er von der anderen Seite gewünscht wird, wie wir das ja auch anderen Mächten gegenüber nicht versagt haben.

Meine Herren! Ich darf dann aber noch einmal auf einige Ausführungen zurückkommen, die die Räumung des Ruhrgebietes, aber auch die Entwicklung der Dinge bei uns betreffen, die zu der heutigen Situation geführt haben. Zunächst ein Wort an den Herrn Kollegen Sollmann[55]. Er hat namens seiner Parteifreunde Herrn Léon

---

[52] Gemeint sind Handelsverträge, die nach Ablaufen der Bestimmungen der Art. 264–280 des Versailler Vertrags zur einseitigen Meistbegünstigung der Siegermächte durch Deutschland am 10. Januar 1925 (VERTRAG VON VERSAILLES S. 137–143) geschlossen werden sollten.

[53] Vgl. dazu etwa den Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 403 (Abendausgabe) vom 25. August 1924.

[54] Am Rande der Londoner Konferenz war von französischer Seite der Wunsch an Deutschland herangetragen worden, am 1. Oktober 1925 bilaterale Handelsvertragsverhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, die am 10. Januar 1925 auslaufende einseitige Meistbegünstigung Frankreichs und Privilegierung Elsaß-Lothringens im Handel mit Deutschland gegen weitreichende Zugeständnisse, aber ohne volle Gegenseitigkeit fortzuschreiben, während der deutsche Standpunkt darauf zielte, daß jegliche künftigen Handelsbeziehungen auf dem Prinzip der vollen Parität aufgebaut sein müßten und dies auch bereits für ein Provisorium gelten müsse, falls bis zum 10. Januar 1925 kein Handelsvertrag abgeschlossen sein würde. – Dazu und zu weiteren französischen Wünschen und deutschen Positionen vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1313–1317 u. insb. Anm. 2.

[55] Vgl. oben mit Anm. 2.

Blum[56] Dank ausgesprochen für die Rede, die er in Paris gehalten hat und die nach allen Berichten, die ich gesehen habe, dort einen außerordentlichen Eindruck gemacht hat und eine starke Stütze für die Ausführungen Herriots gewesen ist. Nur in einer Beziehung habe ich die Empfindung gehabt, daß in dieser Rede der Parteipolitiker über den künftigen Staatsmann gesiegt hat. Das war der Passus dieser Rede, wo er sagte: „Wir französischen Sozialisten sind immer für die sofortige Räumung des Ruhrgebietes eingetreten; wenn aber Herriot sie jetzt durchgeführt hätte, wäre das ein Triumph der deutschen Nationalisten gewesen, und aus diesem Grunde konnte sie nicht zugestanden werden“. Meine Herren! Gerade der Sozialismus, der sich doch stark fühlt durch das Festhalten, Beharren und Sichstützen auf Grundsätze, durfte durch einen seiner Führer nicht derartige Ausführungen machen, die doch zeigen, daß hier innenpolitische Aspekte in einem anderen Lande maßgebend waren gegenüber der Nichtfesthaltung an Grundsätzen, zu denen man sich sonst bekannt hat.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich wäre dankbar, wenn die gerade bei den Situationen in England und Frankreich wertvollen internationalen Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie benutzt würden, um zum Ausdruck zu bringen, daß man, – wie ich annehme – in der deutschen Sozialdemokratie für einen derartigen Standpunkt gegenüber den Menschenrechten, um die hier gekämpft wird, kein Verständnis hat.

(Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.)

Ich möchte dann noch auf Ausführungen zurückkommen, die Herr Poincaré ebenfalls in dieser Senatsrede[57] gemacht hat und die sich auf die Frage des Abbruchs des passiven Widerstandes[58] beziehen. Diese Frage des Abbruchs des passiven Widerstandes wird nämlich auch in der französischen öffentlichen Meinung stark erörtert. Ich glaube sogar, daß die Haltung, die Herr Poincaré damals eingenommen hat, mit zu dem Ergebnis der Wahlen vom 4. Mai[59] beigetragen hat. Infolgedessen fühlt sich

---

[56] Léon Blum (1872–1950), französischer Ministerpräsident 1936–1937, 1938, 1946–1947. – Zu seiner Rede in der Pariser Abgeordnetenkammer vom 22. August 1924 vgl. SCHULTHESS 65 (1924), S. 240.

[57] Vgl. oben mit Anm. 5.

[58] Zur Aufgabe des passiven Widerstands, die mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

[59] Gemeint sind die Reichtagswahlen vom 4. Mai 1924. Zu deren Ergebnissen vgl. u.a. NATIONALLIBERALISMUS I, S. 493, Anm. 15.

Herr Poincaré auch veranlaßt, sich stets dagegen zu verwahren, daß er nicht die Hand zu einer Regelung der Verhältnisse im besetzten Gebiet geboten habe. Er habe, so sagt er in der Senatsrede, am 23. September 1923 der deutschen Regierung mitgeteilt, daß er zu Verhandlungen über die Wiederherstellung vernünftiger Verhältnisse im Ruhrgebiet bereit sei[60]. Der französische frühere Ministerpräsident irrt sich hier nach zwei Richtungen. Längst vor Aufgabe des passiven Widerstandes, gleich im Beginne meiner Kanzlerschaft[61] hat der Herr französische Ministerpräsident mir durch den französischen Botschafter[62] mitteilen lassen, daß er bereit sei, binnen 24 Stunden über die Lösung der Reparationsfrage und aller anderen Fragen zu verhandeln, wenn der passive Widerstand aufgehoben würde.

(Hört! Hört! links.)

Als der passive Widerstand aufgegeben wurde, war es der französische Ministerpräsident, der formal-juristisch, advokatorisch durchaus die These glaubte vertreten zu können, daß der passive Widerstand noch nicht aufgehört habe, indem er ihn plötzlich so auslegte, daß zur Aufgabe des passiven Widerstandes gehöre die völlige Wiederherstellung des Wirtschaftslebens, die völlige Wiederherstellung eines Vertrages zwischen der Regie[63] und der deutschen Reichsbahnverwaltung, wodurch er Monate hindurch alle die Verhältnisse im Ruhrgebiet und im Rheinland zu den Dingen hat anschwellen lassen, von denen vorhin auch der Herr Minister Brauns[64] gesprochen hat, zu der ungeheuren Arbeitslosigkeit, zu den großen Hungerkrawallen, zu allen diesen ganzen Bedrückungen, die beispiellos in der Geschichte sind.

---

[60] Eine Mitteilung Poincarés an die Reichsregierung vom 23. September 1923 konnte nicht ermittelt werden; möglicherweise bezog sich Poincaré auf seine Reden, die er anläßlich der Einweihungen von Kriegerdenkmälern am 23. September 1923 hielt (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 452 [Abendausgabe] vom 24. September 1923).

[61] Stresemanns war am 13. August 1923 von Reichspräsident Ebert zum Reichskanzler ernannt worden (Faksimile der Ernennungsurkunde in STRESEMANN, Vermächtnis I, nach S. 88).

[62] Pierre Jacquin de Margerie (1861–1942), französischer Botschafter in Berlin 1922–1931. – In einem telegraphischen Runderlaß des Staatssekretärs Maltzan vom 27. September 1923 heißt es nach der Erläuterung, daß Stresemann am gleichen Tag die Missionschefs der Siegermächte von der Aufgabe des passiven Widerstands informiert habe, in bezug auf Margerie: „Botschafter bestätigte früher von ihm gemachte Mitteilung, daß Poincaré bereit sei, sofort nach Aufgabe Widerstandes mit Verhandlungen zu beginnen“ (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 422). Die „früher gemachte Mitteilung“ konnte nicht ermittelt werden.

[63] Anfang März 1923 hatten die Besatzungsmächte durch Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission unter dem Namen „Régie des chemins de fer des territoires occupés“ (oft abgekürzt Régie oder Regiebahn) eine eigene Eisenbahnverwaltung in den besetzten Gebieten an die Stelle der deutschen Eisenbahnverwaltung gesetzt.

[64] Heinrich Brauns (1868–1939), Reichsarbeitsminister 1920 – 29. Juni 1928; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für das Zentrum). – Seine kurze Rede (unmittelbar vor Stresemann) in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 1014.

(Sehr richtig!)

Niemand wird aus der Geschichte des Ministeriums Poincaré hinwegwischen, daß Poincaré unter falschen Vorspiegelungen versucht hat, eine Leistung zu erreichen, aber dann die Weiterentwicklung der Dinge mit allen Mitteln sabotiert hat.

(Lebhafte Zustimmung.)

Vielleicht sieht man aber auch aus diesen Dingen bei den Gegnern der Aufgabe des passiven Widerstandes, den vielen, die damals auftraten, wie falsch man sich vielfach in Deutschland zu dieser Frage eingestellt hat. Denn die so schnelle Aufgabe des passiven Widerstandes war nicht ein Geschenk für Herrn Poincaré, sondern war das Ungelegenste, was ihm überhaupt in bezug auf seine Politik kommen konnte.

(Sehr richtig! links und in der Mitte.)

Damit hatte er nicht mehr die Möglichkeit, nun mit seinen alten Methoden auf die Dauer die Seele der Ruhrbevölkerung aufs Spiel zu setzen. Uns war die Möglichkeit gegeben, aus einer Situation herauszukommen, die in politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung unmöglich geworden war.

Vorhin hat der Herr Kollege Sollmann von den Verhandlungen im damaligen Kabinett gesprochen. Ich muß darauf mit einigen Worten zurückkommen, weil ich eine Darstellung, die der Herr Kollege Erkelenz[65] diesen Dingen gegeben hat, nicht unwidersprochen lassen kann. Der Herr Kollege Erkelenz meinte, schließlich sei die Not so hoch gestiegen, daß – im „Berliner Tageblatt“ faßt er es so[66] – unter deutschnationalem Einfluß das Kabinett Stresemann dahin gekommen sei, die Vertreter des besetzten Gebietes nach Berlin zu entbieten und ihnen zu sagen, daß man innerhalb von 14 Tagen das besetzte Gebiet vom Deutschen Reich abkoppeln wolle.

(Abgeordneter Sollmann: Das war nach dem Austritt der Sozialdemokraten[67]!)

– Jawohl! – Über diese Sitzung vom 13. November[68] habe ich vor mir ein Protokoll liegen. Ich möchte daraus zunächst das eine feststellen, daß ich als Reichskanzler

---

[65] Anton Erkelenz (1878–1945), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die DDP 1919–1930; deren Erster Vorstandsvorsitzender 1921–1929).

[66] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

[67] Die Reichstagsfraktion der SPD hatte ihr Verbleiben in der Großen Koalition in einem Forderungskatalog vom 31. Oktober 1923 u.a. davon abhängig gemacht, daß der militärische Ausnahmezustand aufgehoben werde, daß gegen den bayerischen Verfassungsbruch offen vorzugehen sei und daß die Reichsexekution gegen Sachsen nicht weiter durch die Reichswehr, sondern nur durch die Zivilgewalt betrieben werde (Text des Beschlusses in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 501). Da die übrigen Minister der Reichskabinetts die Forderungen der SPD ablehnten (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 944–947), erklärten die SPD-Minister Schmidt, Radbruch und Sollmann am 2. November 1923 ihren Austritt aus dem Kabinett (ebd., S. 954).

damals im Kabinettsrat erklärt habe – und das war das, was der Herr Kollege Erkelenz meinte –, daß Zahlungen für die Erwerbslosenfürsorge im besetzten Gebiet nur noch für eine kurze Übergangszeit geleistet werden könnten, daß im Zusammenhang damit – so lautet es hier wörtlich im Protokoll – eine allgemeine Kundgebung an die Hauptstädte der Welt gerichtet wird – das heißt durch unsere Botschafter in den einzelnen Ländern –, die auf die Zustände hinweist, welche die französische Politik geschaffen hat, und die zum Ausdruck bringt, daß Deutschland alle Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrage solange ruhen lassen würde, als nicht der Rechtszustand im besetzten Gebiet wiederhergestellt sei[69]. Aus diesen Erklärungen, bei denen es übrigens gar keine parteipolitischen Gegensätze gab – es ist so falsch, alle diese Dinge immer auf den Parteikarren laden zu wollen;

(Zustimmung)

der eine sucht dann aus solcher allgemeinen Not die Verantwortung nach links, der andere sucht sie nach rechts hinzubringen. Damals war Ministerpräsident Braun[70] auf diesem Standpunkt mit uns ganz einig. Es waren also nicht deutschnationale Einflüsse, und als wir vor dieser Situation damals standen, haben wir uns nicht gefragt, zu welcher Fraktion oder Partei wir gehörten.

(Sehr richtig!)

Aber sie sehen aus dieser Erklärung auch das eine: daß es sich hier nicht um eine innerpolitische Situation handelt. Von einem Fallenlassen des Rheinlandes war gar keine Rede. Ich habe diese Verhandlungen mit Poincaré deshalb hier erwähnt, weil sie mit dieser Situation in ursächlichem Zusammenhang standen. Die Kundgebung, die wir damals in den Hauptstädten der Welt veranlaßt haben[71], diese Erklärungen unserer Botschafter und Gesandten in allen Ländern der Welt, daß wir Frankreich und Poincaré verantwortlich machen für das Chaos, das im besetzten Gebiet ausbrechen muß, wenn wir die Unterstützungen nicht mehr zahlen können, wenn wir in diese Lage gebracht worden wären, bildeten doch auch den ganz starken morali-

[68] Die Protokolle der drei betreffenden Sitzungen vom 13. November 1923 ebd., S. 1042–1049, 1051–1055 u. 1057–1060.

[69] Vgl. die in der vorangegangenen Anm. genannten Protokolle. Offenbar ist eine solche Kundgebung nach dem 13. November 1923 jedoch nicht ergangen.

[70] Otto Braun (1872–1955), preußischer Ministerpräsident 1921–1932 (mit kurzer Unterbrechung Januar – April 1925), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD).

[71] Hier bezieht sich Stresemann vermutlich auf seinen Runderlaß vom 19. Oktober (!) 1923 (vgl. [gegenseitig ergänzend] AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 502, Anm. 14; AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 663, Anm. 5).

schen politischen und außerpolitischen Druck, der vielleicht mit dazu geführt hat, daß nachher die Verhandlungen schneller vorangingen und daß es mit Frankreich zu einer Verständigung gekommen ist.

(Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.)

Bei diesen Verhältnissen – das möchte ich doch betonen – hat es nie einen Beschluß des Kabinetts im Deutschen Reich gegeben, der davon gesprochen hat, daß das besetzte Gebiet vom übrigen Deutschland abgekoppelt werden sollte.

(Zustimmung.)

Was damals die Situation so außerordentlich erschwerte, lag auf jenem finanziellen, währungspolitischen Gebiete, daß wir eben die Rentenmark[72] geschaffen hatten, daß noch kein Mensch so recht an die Rentenmark glaubte; – denn die, die sich später zu ihr bekannten, haben sie verhöhnt, als sie ins Leben trat.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und links.)

Ferner sagten wir uns: wenn diese Rentenmark wieder nicht zu halten ist, wenn dieser Versuch wieder mißlingt, dann kommt das deutsche Volk wieder zur Verzweiflung. Wer weiß, wie der Finanzminister, Herr Dr. Luther, im Kabinett gerungen hat – ich kann jetzt wohl sagen: einmal ist er deswegen fast einem Weinkrampf erlegen –, als er erklärte: ich kann nicht weiter, ich kann die neue Währung nicht ruinieren, es muß etwas geschehen, was uns von den ungeheuren Summen befreit, die dort hineingegeben werden! Als wir den Verzweiflungsschritt taten, der aber auch außenpolitisch gedacht war, ich glaube, da sollten Sie von uns die eine Überzeugung haben, daß wir nie daran gedacht haben, uns vom Rheinlande zu trennen, sondern nur an eins dachten, Rheinland und Reich gemeinsam zu retten, wie es schließlich auf dem Wege der weiteren Entwicklung sich vollzogen hat.

(Bravo!)

Das ist das, was ich hier einmal betont haben möchte. Ich habe die Empfindung, als ob wir so oft in Deutschland darunter leiden, daß nur die gegenwärtige Situation, daß nur der kleine Sektor des gegenwärtigen Geschehens in den Blickpunkt der Kritik trifft.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien.)

[72] Nachdem mit der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 963–966) die Voraussetzung für eine neue wertbeständige Währung geschaffen worden war, wurde am 15. November 1923 mit der Ausgabe der neuen Rentenmark begonnen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1070–1072).

Natura non facit saltus[73] – die Natur geht nicht sprungweise vor, und die Weltgeschichte geht erst recht nicht sprungweise vor. Ich verstehe vollkommen, daß wir, die Mitlebenden, alle diese Dinge empfinden unter dem täglichen Druck, dem wir ausgesetzt sind. Ich glaube, die Nachwelt wird einmal die Entwicklung, die in der Zeit von 1918 bis 1924 vor sich gegangen ist, ganz anders ansehen;

(sehr richtig! in der Mitte)

einst wird man sich sagen, daß in der großen Entwicklung diese sechs Jahre doch nur eine kleine Spanne waren, und daß das, was in diesen sechs Jahren von Versailles bis London führte, doch eine Änderung der gesamten Charaktereinstellung der Welt in sich barg, die man auch in dieser Gegenwart nicht übersehen sollte. Gerade diejenigen, die einen starken Glauben an das deutsche Volk haben, die der Meinung sind, daß dieses Volk nicht untergehen darf und nicht untergehen wird, sollten doch auch nicht glauben, daß hier die Fesseln, die Paragraphen eines wirtschaftlichen Vertrags den Gang der Entwicklung aufhalten, wenn der Gang der Entwicklung der ist, daß Deutschland wieder zu wirklicher Gleichberechtigung in der ganzen Welt gelangt.

(Bravo! bei den Mittelparteien.)

Dann werden sich Mittel und Wege auch anderer Verständigung finden. Wollen Sie aber die Zukunft retten, dann treten Sie erst auf den Boden dieser Gegenwart!

(Stürmischer Beifall bei den Mittelparteien.)[74]

[73] Ein Lehrsatz der Naturwissenschaft, der wohl von Carl von Linné im Aufgreifen antiken Denkens in diese Formulierung gefaßt wurde.

[74] Nach weiteren Reden vertagte sich der Reichstag auf den folgenden Tag, an dem alle vorgelegten Gesetzesentwürfe angenommen wurden, darunter auch das Reichsbahngesetz, dessen Annahme einer Zweidrittel-Mehrheit bedufte und dem etwa die Hälfte der DNVP-Abgeordneten zustimmte (Protokoll der betr. Sitzung vom 29. August 1924 in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 1135–1149; die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen: S. 1151–1154).

Rede in einer Pressekonferenz in Berlin am 12. September 1924[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 563–569.

Erläutert die Entstehungsgeschichte der Erklärung zur Kriegsschuldfrage vom 29. August. Dahinter steckt keine Intrige Stresemanns. Begründet die Verzögerung der amtlichen Mitteilung an die beteiligten Mächte. Deutschland wird nur als gleichberechtigte Großmacht in den Völkerbund eintreten.

Ich wollte die Gelegenheit meiner Anwesenheit in Berlin[2] benutzen, um zu den Fragen Stellung zu nehmen, die gerade in den letzten Wochen seit der Annahme der Londoner Abmachungen[3] in der Presse erörtert worden sind, und zwar handelt es sich hier zunächst um die Frage der Erklärung, die der Herr Reichskanzler[4] über die Stellung Deutschlands zur **Kriegsschuldfrage** abgegeben hat[5], und über den Passus, der sich in dieser Erklärung befand, daß sie den beteiligten Mächten zur Kenntnis gebracht werden solle. Wenn ich einem Teil der Presse folge, dann handelt es sich bei dieser Erklärung um eine „Überlistung“ des Reichskanzlers durch den Au-

---

[1] Zur Vorgeschichte vgl. zusammenfassend die Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 10. September 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1026–1031; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 561–562. – Die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 437 (Abendausgabe) vom 13. September 1924, schreibt in einem Leitartikel über diese Pressekonferenz, die Rede sei in „einem kleinen Kreise von Pressevertretern“ gehalten worden. – WTB verbreitete einen Agenturbericht über den Inhalt dieser Pressekonferenz, in der jedoch nicht mitgeteilt wurde, daß Stresemann selbst die entsprechenden Informationen gegeben habe, sondern „von berufener Seite“ die Rede ist (vgl. etwa WIENER ZEITUNG, Nr. 211 vom 13. September 1924, S. 3).

[2] Stresemann war nach der Schließung der Reichstagsdebatte am 29. August 1924 nach Norderney zum Urlaub gereist, den er nun unterbrach (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 557).

[3] Mit der Unterschrift unter das Londoner Abkommen vom 30. August 1924 (Text u.a. in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 123–128) waren die Ergebnisse der Londoner Konferenz, also insbesondere die Durchführung des Dawes-Plans, in Kraft getreten, nachdem zuvor die dafür notwendigen deutschen Gesetze am 29. August 1924 im Reichstag angenommen worden waren, darunter auch das Reichsbahngesetz, dessen Annahme einer Zweidrittel-Mehrheit bedufte und dem etwa die Hälfte der DNVP-Abgeordneten zustimmte (Protokoll der betr. Sitzung vom 29. August 1924 in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 1135–1149; die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen: S. 1151–1154).

[4] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926).

[5] Text der von Marx gezeichneten Kundgebung der Reichsregierung zur Kriegsschuldfrage vom 29. August 1924, die über WTB verbreitet wurde, u.a. in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1006–1007; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 122. Sie bezieht sich auf den „Kriegsschuldartikel“, Art. 231 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 106).

ßenminister, der seinerseits geheime Verabredungen mit den Deutschnationalen getroffen hatte, um eine „Intrige“ gegen den Kanzler zu spinnen. Wenn irgendwelche Leute des „Petit Parisien“[6] Derartiges schreiben, so nehme ich ihnen das nicht übel; ich hätte aber erwartet, daß das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei[7], das Mittel und Wege hat, sich darüber zu informieren, wie die Dinge wirklich liegen, so etwas nicht kommentarlos mit der fetten Überschrift „Eine Intrige gegen den Reichskanzler“ wiedergibt. Wenn weiter die „Frankfurter Zeitung“[8] ganz ähnlich schreibt, daß einmal Klarheit geschaffen werden müsse, in wessen Auftrage eigentlich der Außenminister diese Verhandlungen geführt habe, so will ich darüber jetzt ganz ausführlich sprechen und weiterhin auch über die Entstehung der Aktion der Reichsregierung, die ihren Ausgangspunkt gar nicht in den Tagen hat, in denen diese Entscheidungen im Reichstag[9] gefallen sind.

Was zunächst die Kriegsschuldfrage betrifft – wenn ich sie vorannehmen darf –, so ist diese Frage offiziell zuerst im Reichsrat[10] erörtert worden, ehe noch eine Einladung nach **London**[11] vorlag. Von seiten der Vertreter der deutschen Länder sind an die deutsche Reichsregierung Anfragen gerichtet worden, wie sie sich angesichts der Londoner Verhandlungen zu der Aufrollung der Kriegsschuldfrage stelle. Damals hat die Reichsregierung, ohne daß von irgendeiner Seite, auch nicht von seiten der Länder, die sozialdemokratische Ministerpräsidenten haben, der geringste Einwand dagegen erhoben worden ist, ohne jeden Widerspruch im **Reichsrat** erklärt, daß die

---

[6] Der „Petit Parisien“ war eine Pariser Tageszeitung, die eher der Rechten zugeordnet wurde.

[7] Gemeint ist der „Vorwärts“, die Tageszeitung der SPD. – Die im Folgenden genannte Überschrift bzw. der betreffende Artikel konnten nicht ermittelt werden. – Jedoch hatte bereits unmittelbar vor der Abstimmung im Reichstag am 29. August 1924 (vgl. oben Anm. 3) der SPD-Abgeordnete Breitscheid der Regierung die Frage gestellt, ob es zutreffe, daß die DNVP als Preis für ihre (geteilte) Zustimmung den Regierungseintritt und den Rücktritt von Reichskanzler Marx gefordert habe und dies lediglich am Widerstand der Zentrumsfraktion gescheitert sei, die betreffenden Verhandlungen aber dennoch fortgeführt würden (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 1082); Marx wies in Beantwortung der Frage jegliche Beteiligung der Reichsregierung an Verhandlungen über eine Kabinettsumbildung zurück (ebd., S. 1083), erklärte allerdings auf die Nachfrage Breitscheids, daß „Verhandlungen zwischen Mitgliedern des Kabinetts und Parteien über die Ausarbeitung von Erklärungen […] stattgefunden“ hätten (ebd.).

[8] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

[9] Gemeint sind die Reichstagsdebatten vom 23. bis 29. August 1924, die mit der Zustimmung zum Dawes-Plan und den dazu notwendigen innerdeutschen Gesetzen endeten (vgl. oben mit Anm. 3). Zusammenfassung dieser Debatten in SCHULTHESS 65 (1924), S. 65–77.

[10] Welche Reichsratssitzung gemeint ist, konnte nicht ermittelt werden; vgl. jedoch die Besprechung mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder vom 3. Juli 1924 und den dortigen Redebeitrag Stresemanns (in dieser Edition).

[11] Die Londoner Konferenz zur Feststellung des „Dawes-Plans“ (des Sachverständigen-Gutachtens vom 9. April 1924) als künftiger Grundlage der deutschen Reparationszahlungen tagte seit dem 16. Juli 1924 zunächst als Zusammenkunft der Siegermächte; nach der Einladung vom 2. August wurde die deutsche Delegation am 5. August 1924 hinzugezogen.

Regierung die Gelegenheit der Londoner Verhandlungen benutzen würde, um in der Kriegsschuldfrage eine Erklärung abzugeben. Form und Art, in der das geschehen sollte, ist dem Kabinett und insonderheit dem Außenminister vorbehalten geblieben. Es hat die Frage bestanden, ob man etwa vor Eintritt in die Verhandlungen bei Annahme der Londoner Einladung davon sprechen solle, oder, was ich für richtiger hielt und was auch de facto geschehen ist, ob es nicht richtiger wäre, daß Deutschland in dem Augenblick, in dem es freiwillig eine weitgehende Einschränkung seiner Souveränität und schwere Lasten übernehme, erklären solle, es übernehme das wegen des verlorenen Krieges – aber nicht etwa, weil es sich moralisch schuldig an der Entstehung des Krieges fühle. Diese Auffassung ist, wie ich noch einmal betone, vom Reichsrat, von sämtlichen Ländern einstimmig gebilligt worden.

Als dann die Einladung nach London erfolgte, ist in London die Frage aufgeworfen worden, ob und bei welcher Gelegenheit die deutsche Regierung, vertreten durch ihre Londoner Delegation[12], eine Erklärung abgeben solle. Nur wer die Verhandlungen in London gekannt hat, mit diesem Hasten und Treiben, das den Beteiligten oft überhaupt nur Minuten zur Überlegung ließ, kann das verstehen, was geschehen ist, daß nämlich der letzte Tag mit seiner letzten Sitzung[13] keine Möglichkeit einer Rücksprache mit dem Vorsitzenden der Konferenz[14] ergab, um ihm mitzuteilen, daß der deutsche Reichskanzler die Absicht habe, in seiner Schlußrede diese Frage zu erörtern; denn das war seine Absicht. Mit Rücksicht darauf, daß eine solche Erklärung nicht ohne vorherige Ankündigung geschehen konnte, in einer Versammlung, die eben das Schlußprotokoll über die Verhandlungen unterfertigte, ist diese im Wortlaut festgestellte Erklärung des Reichskanzlers Marx unterblieben. Das ist der „Druck“ der Deutschnationalen auf die Reichsregierung, das ist in der Absicht geschehen, um die Stimmen der Deutschnationalen zu bekommen. Nicht ein Deutschnationaler ist bei

[12] Neben Marx und Stresemann gehörte als weiterer deutscher Hauptdelegierter auf der Londoner Konferenz Finanzminister Luther der deutschen Delegation an.

[13] Am 16. August 1924 war die Londoner Konferenz damit zu Ende gegangen, daß sich die teilnehmenden Staaten durch Paraphierung des Konferenzprotokolls darauf verständigten, das Sachverständigen-Gutachten („Dawes-Plan“) in Kraft zu setzen. – Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. Nr. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439; ein ausführliches „Tagebuch der Reichskanzlei“ für die Zeit ab der Hinzuziehung der deutschen Delegation in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1283–1306. Die Zusammenfassung der Konferenz-Resultate (mit einzelnen Drucknachweisen) findet sich in „Kurzer Überblick über die Ergebnisse der Londoner Konferenz“ vom 19. August 1924 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 982–989.

[14] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929 – 1935.

diesen Verhandlungen zugegen gewesen. Es war die einfach selbstverständliche Verpflichtung, einen einstimmig gefaßten Reichsratsbeschluß auszuführen. Da infolge der rein technischen Dinge, der Aufeinanderfolge von zwei Versammlungen – zuerst der Alliierten, dann der Alliierten mit Zuziehung Deutschlands – diese Erklärung nicht erfolgen konnte, da es unmöglich war, – eine Konferenz geht in die andere über – dem Vorsitzenden davon Kenntnis zu geben, ist beschlossen worden, diese Erklärung bei anderer Gelegenheit abzugeben[15].

Als dann hier die Verhandlungen stattfanden, hat sich das Reichskabinett mit der Frage befaßt[16], ob anläßlich der etwaigen Annahme der Londoner Abmachungen, die ja nicht feststand, eine solche Erklärung erfolgen solle. Ich sollte meinen, daß gerade diejenigen, die in diesen Abmachungen beinahe ein Glück für Deutschland gesehen haben, volles Verständnis dafür hätten, alles zu tun, um die Londoner Abmachungen unter Dach und Fach zu bringen, gleichgültig, welche parteipolitische Konstellation sich daraus ergäbe. Wenn nun durch Vermittlung einer unpolitischen Stelle in diesen letzten Tagen an mich die Mitteilung kam, daß Führer der Deutschnationalen Partei mich in der Frage des Londoner Paktes zu sprechen wünschten[17], so war es einfach ganz selbstverständlich, daß ich den Herren zur Verfügung stand. Bei diesen Verhandlungen, die sich rein auf das sachliche Programm der Regierung bezogen, haben die Herren an mich die Frage gerichtet, welche Stellung die Reichsregierung zu den Anträgen einnehme, die von deutschnationaler Seite gestellt worden seien[18].

Es gab zwei Phasen in diesen Verhandlungen, die insgesamt in drei Besprechungen stattgefunden haben. In der ersten Phase ist mir die Anregung unterbreitet worden, ob es nicht möglich sei, daß die Reichsregierung die Entscheidung über das ganze Gesetz **vertage,** noch einmal einen Schritt bei den Alliierten unternehme, auf die Schwierigkeiten hinweise, die sie im Reichstag habe, und versuche, ob sie nicht innerhalb einer Frist von vierzehn Tagen durch neue Verhandlungen in bezug auf die

---

[15] Vgl. das Tagebuch der Reichskanzlei über die Londoner Konferenz, dort der Eintrag vom 16. August 1924 (ebd., S. 1305).

[16] In seiner Sitzung vom 28. August 1924 (vgl. ebd., S. 1004).

[17] Durch wen die Vermittlung erging, konnte nicht ermittelt werden.

[18] Die Abfolge offenbar mehrerer Gespräche am Rande der Reichstagsdebatte konnte nicht genau ermittelt werden; zum Gespräch mit Hergt, dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden der DNVP, vom 28. August 1924 vgl. ebd., S. 1004; zu den Anträgen der DNVP ebd., Anm. 2. – Eine Entschließung der DVP-Reichstagsfraktion vom 28. August 1924 (Druck u.a. in NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 145 vom 1. September 1924) hatte für den Fall einer Zustimmung der DNVP zu den Dawes-Gesetzen die Absicht bekundet, „mit allen Mitteln auf einer ihrer Bedeutung entsprechenden Teilnahme der Deutschnationalen an der Regierung [zu] bestehen“.

Räumungsfristen noch etwas Neues herausholen könne. Diese Anregung habe ich zurückweisen müssen, weil mir ihre Durchführung als unmöglich erschien.

Eine zweite Anregung, die ich selbst gegeben habe, war die, innerhalb der Zeit, die noch in der regulären Verhandlung zur Verfügung stand, noch einmal auf den Ernst der Situation in Deutschland hinzuweisen, um zu sehen, ob nicht auf **dieser** Basis – da ja auch die andere Seite an der Annahme ebenfalls sehr interessiert war – etwas zu erreichen sei. Diesen Weg habe ich beschritten[19], er ist wegen der Kürze der Zeit nicht zum Erfolg gekommen. Ich habe das den Deutschnationalen mitgeteilt. Daraufhin sind die Herren an mich herangetreten mit der Frage, ob die Reichsregierung zu zwei Dingen bereit sei, einmal, wenn sie die deutschnationalen Anträge ablehne, die ja die Annahme der Londoner Abmachungen von ganz bestimmten Bedingungen abhängig machen wollten, ob sie dann nicht erklären könne, daß sie im Prinzip mit diesen Anträgen übereinstimme und alles tun werde, um nach Annahme des Gutachtens dafür zu sorgen, daß die Räumungsfristen[20] verkürzt würden u.a.m. Ich habe das zugesagt, aber die Formulierung vorbehalten. Wir haben dann gesprochen über Fragen des Zusammenhangs deutsch- französischer Wirtschaftsverhandlungen[21] mit Bestrebungen, die Räumungsfristen abzukürzen, und aus dem Ganzen ist dann die Erklärung des Reichskanzlers auf die Anträge der Parteien geworden, die in vollem Einvernehmen mit den Verhandlungsführern abgegeben worden ist.

Die zweite Frage, die die Herren an mich richteten, ging dahin, ob die Regierung in der Lage sei und die Absicht habe, zur Kriegsschuldfrage eine Erklärung abzugeben. Diese Frage traf sich, wie Sie aus meinen vorhergehenden Ausführungen entnehmen, mit der Absicht der Regierung, bei Annahme der Londoner Abmachungen hierzu eine Erklärung zum Ausdruck zu bringen. Ich habe den Herren erklärt, daß ich

---

[19] Vgl. die telegraphische Weisung Stresemanns an die Vertretungen in Paris, London und Brüssel vom 27. August 1924 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 137–138.

[20] Gemeint ist die am Rande der Londoner Konferenz von Herriot zugesicherte Räumung des Ruhrgebiets, der 1921 besetzten „Sanktionsstädte“ und der im Rahmen der Ruhrbesetzung vollzogenen Besetzung weiterer Orte an der Grenze zum unbesetzten Gebiet innerhalb eines Jahres, wobei die Jahresfrist mit dem Ende der Londoner Konferenz beginnen sollte.

[21] Am Rande der Londoner Konferenz war von französischer Seite der Wunsch an Deutschland herangetragen worden, am 1. Oktober 1925 bilaterale Handelsvertragsverhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, die am 10. Januar 1925 auslaufende einseitige Meistbegünstigung Frankreichs im Handel mit Deutschland gegen weitreichende Zugeständnisse, aber ohne volle Gegenseitigkeit fortzuschreiben, während der deutsche Standpunkt darauf zielte, daß jegliche künftigen Handelsbeziehungen auf dem Prinzip der vollen Parität aufgebaut sein müßten und dies auch bereits für ein Provisorium gelten müsse, falls nach Beginn der Verhandlungen am 1. Oktober 1924 bis zum 10. Januar 1925 kein Handelsvertrag abgeschlossen sein würde. – Dazu und zu weiteren französischen Wünschen und deutschen Positionen vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1313–1317 u. insb. Anm. 2.

ihnen eine Formulierung vorlegen würde für die Erklärung, die der Herr Reichskanzler abgebe, und daß ich mich freuen würde, wenn diese Formulierung dazu wirken würde, daß ein recht großer Teil der Herren für die Abmachungen stimmte.

Was nun die Form dieser Verhandlungen betrifft, so müßte sich doch jeder einzelne sagen, daß sie sich unmöglich so abgespielt haben können, daß sie von mir im geheimen Kämmerlein unter Nichtbenachrichtigung der anderen Mitglieder des Kabinetts geführt wurden. Nachdem die Herren Deutschnationalen an mich herangetreten waren, habe ich über die Verhandlungen im Kabinett berichtet[22], und der Herr Reichskanzler hat mich **namens des Kabinetts** gebeten, diese Verhandlungen weiterzuführen, was ja ganz selbstverständlich war; denn ein Kabinett, das für die Londoner Abmachungen eintritt, muß auch eine Politik treiben, um eine Mehrheit für seine Politik zu bekommen. Die Reden, die der Herr Reichskanzler gehalten hat[23], sind im Kabinett im Wortlaut festgelegt worden. Sie sind dann auch verlesen worden, oder vie[l]mehr die letzte Erklärung wurde nicht verlesen, sondern aus technischen Gründen, auf die ich nachher noch komme, in Form einer Erklärung an die Öffentlichkeit gegeben. Sie sind erfolgt auf einstimmigen Beschluß des gesamten Kabinetts, das sich ohne Ausnahme diesen Erklärungen angeschlossen hat. Das ist die „Intrige“ des Außenministers, der hinter dem Rücken des Reichskanzlers mit den Deutschnationalen als Parteiführer verhandelt hat.

Nachdem der letzte Tag bei Bekanntgabe des Resultats die maßlosen Ausbrüche auf der kommunistischen und der deutschvölkischen Seite gebracht hatte[24], stellte der Herr Reichskanzler im Kabinett die Frage zur Erörterung[25], ob nicht seine Erklärung der Wirkung beraubt würde, wenn er sie jetzt im Reichstag abgebe, weil er ja nicht wisse, ob er überhaupt durchkomme, ob er nicht niedergebrüllt würde. Aus diesem Grunde ist dann beschlossen worden, die Rede als Erklärung an die Presse zu geben und sie nicht als Rede zu halten. An dem Wortlaut hat sich dabei gar nichts geändert. In ihm ist insbesondere betont worden, daß die Verpflichtungen, die Deutschland eingegangen sei, von ihm anerkannt würden, d.h. es ist differenziert worden zwischen einer Bekämpfung der Kriegsschuldlüge als einer Diffamierung des

[22] Am 28. August 1924 (vgl. ebd., S. 1004).

[23] Vgl. ebd. mit Anm. 4.

[24] Zum Verlauf der Abstimmungen und der Bekanntgabe der Ergebnisse in der Reichstagssitzung vom 29. August 1924 vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 1084–1087; zu den Störungen auch VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 412 (Morgenausgabe) vom 30. August 1924.

[25] Eine entsprechende Beratung des Kabinetts konnte nicht ermittelt werden.

deutschen Volkes und dem Versailler Vertrag[26], den Deutschland seinerzeit durchzuführen sich bereit erklärte. Hier ist also in diesen ganzen Dingen vor sich gegangen die Ausführung eines vor London gefaßten, in London nicht zur Ausführung gebrachten Gedankens, der erfreulicherweise dazu geführt hat, daß sich jene Mehrheit gefunden hat, die die Londoner Abmachungen annahm. In dieser ganzen Frage hat es irgend eine Differenz innerhalb des Kabinetts und eine Diskrepanz zwischen Außenminister und Kanzler niemals gegeben und konnte es auch nach Lage der Dinge gar nicht geben.

Nun kam die Frage, in welcher Form diese Erklärung des Reichskanzlers den Mächten zur Kenntnis gegeben werden sollte. Meine persönliche Auffassung ging dahin, es sei das beste, die Notifizierung sofort erfolgen zu lassen, und zwar unter dem Gesichtspunkt, daß unter dem größeren Eindruck der Annahme der Londoner Abmachungen durch den Reichstag diese Frage damals als sekundär erschienen und zurückgetreten sei gegenüber der Tatsache, daß die Londoner Abmachungen vom Deutschen Reichstag angenommen worden sind. Leider hat es sich technisch nicht ermöglichen lassen, das zu tun, weil man der Meinung war, die auch vollkommen berechtigt ist, daß die Missionen, die die Notifizierung vorzunehmen hätten, einen ausführlichen Bericht über die Gründe der deutschen Reichsregierung haben müßten, damit sie bei den sich anschließenden Besprechungen mit anderen Staaten in der Lage seien, den Standpunkt der deutschen Reichsregierung zum Ausdruck zu bringen[27].

Darüber hinaus ist es dann gerade angesichts der Londoner Vorgänge für richtig erachtet worden, daß der Herr **Reichskanzler** auf diesen Schritt in einem Schreiben hinweise[28], das er an die ersten Minister Englands und Frankreichs[29] richten wollte oder gerichtet hat. Dieses Schreiben hat eine seltsame Wirkung gehabt. Derartige Schreiben ergehen häufiger, und die selbstverständliche Voraussetzung für sie ist, daß der Empfänger sie als das ansieht, was sie sind, nämlich als einen zunächst privaten Meinungsaustausch, der jedenfalls für die Öffentlichkeit nicht bestimmt ist.

---

[26] Vom 28. Juni 1919; Text des Vertragswerks im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[27] Zu den tatsächlichen Gründen für die anfängliche Verzögerung der amtlichen Bekanntgabe gegenüber den alliierten Regierungen (Staatssekretär Maltzan fragte Stresemann an, ob er angesichts der massiven Warnungen vor den Folgen die Notifikation tatsächlich veranlassen solle) vgl. die oben Anm. 1 erwähnte Aufzeichnung des Auswärtigen Amts.

[28] Vom 4. September 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1019–1022 u. Anm. 10).

[29] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister), 19.–21. Juli 1926 u. 1932.

Trotz der sehr starken Regsamkeit der europäischen Presse sind ja doch nicht alle solche Briefe bekanntgeworden. Aber in diesem Falle war es sehr seltsam, daß das offiziöse französische Telegrafenbüro, 24 Stunden nachdem **Herriot** den Brief überhaupt nur bekommen haben konnte, bereits von diesem Briefe Kenntnis gegeben hat[30]. Meiner Meinung nach ist dann diese Ankündigung des Schrittes der deutschen Reichsregierung benutzt worden, um eine sehr starke Bewegung gegen die Notifizierung in die Wege zu leiten, denn von diesem Tage an datieren die Bestürmungen der deutschen Reichsregierung, die Notifizierung nicht vorzunehmen. Bestürmungen, die von den verschiedensten Seiten ausgegangen sind und die den Herrn Reichskanzler veranlaßt haben, dem Reichskabinett vorzuschlagen, bei der Bedeutung dieser Frage in einer seiner nächsten Sitzungen zu dieser Frage prinzipiell Stellung zu nehmen[31]. Die Reichsregierung ist in dem Wortlaut ihres Schreibens eine Verpflichtung zur sofortigen Notifizierung nicht eingegangen. Sie hat erklärt, sie werde es den beteiligten Mächten zur Kenntnis bringen, sie ist aber nach meiner Auffassung die prinzipielle Verpflichtung eingegangen, diese Kenntnisnahme erfolgen zu lassen. Ich glaube, es ist eine Frage der Autorität der Reichsregierung, ob sie in der Lage ist, diese ihre Ankündigung auch in die Tat umzusetzen.

Man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob die Ankündigung richtig war, aber eine Ankündigung, der die Tat nicht folgt, ist meiner Meinung nach das Schlimmste, was eine Regierung überhaupt tun kann. Damit ist sie nach außen und nach innen kompromittiert und muß die Folgen aus dem ziehen, was sie getan hat, nach der einen oder nach der anderen Richtung.

Nun ist insbesondere gegen die Notifizierung angeführt worden, daß sie in eine ganz falsche Zeit gefallen sei, daß man es nicht verstehe, wie die deutsche Reichsregierung diese ganze Frage überhaupt habe aufgreifen können in einer Zeit, in der es sich um den eventuellen Beitritt Deutschlands zum **Völkerbund** handle. Ich bin der Meinung, daß die Frage der Kriegsschuld geklärt sein muß, ehe wir in den Völkerbund kommen, und ich habe bisher nicht gesehen, daß uns bei allen früheren Erörterungen diejenigen auch nur einen Deut geholfen haben, die uns zum Eintritt in den Völkerbund gedrängt haben. Wären wir damals diesen Leuten gefolgt, so hätte man uns wahrscheinlich demütigende Bedingungen gestellt, und wenn man heute in

[30] Bereits am 6. September 1924 verbreitete die französische Nachrichtenagentur Havas den Inhalt des Schreibens von Marx (vgl. die Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21550 [Morgenausgabe] vom 7. September 1924, S. 6; die Wiener REICHSPOST, Nr. 248 vom 7. September 1924, S. 3).

[31] Vgl. die oben Anm. 1 erwähnte Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes und dort insb. S. 1029.

Genf von dem leeren Stuhl Deutschlands spricht[32], wenn man davon spricht, daß man ohne Deutschland nichts ordnen könne, so verdanken wir das doch der Tatsache, daß wir **nicht** beigetreten sind, daß wir denen nicht gefolgt sind, die uns fortgesetzt gesagt haben: Geht nur hinein, und das andere findet sich dann! Nun, dieses: „das andere findet sich dann“ gilt nicht für eine Regierung, wie es etwa für eine Privatperson gelten könnte, die in irgendeine Organisation eintritt.

Man weist hin auf Reden, die auf der Völkerbundstagung[33] gehalten wurden. Ich kann mir nicht denken, daß sich die Entwicklung so vollzieht, daß man in Genf Reden hält und Deutschland nun darauf mit seinem Eintrittsgesuch antwortet. Wenn die Staaten ein großes Interesse daran haben, Deutschland in diesem Augenblick in den Völkerbund hineinzubringen und ihm den Eintritt zu erleichtern – denn sie kennen ganz genau unsere Voraussetzungen –, dann hätten sie Mittel und Wege, durch ihre Botschafter und Gesandten Deutschland dies wissen zu lassen. Nach dieser Richtung ist einmal lange vor London eine Anfrage an Deutschland gekommen, wie es sich zum Eintritt in den Völkerbund stelle[34]. In diesen bewegten Tagen, in denen man nach einer Übersicht über die deutsche Presse annehmen sollte, in Genf erwarte man mit größter Spannung jede Stunde das Eintrittsgesuch Deutschlands, ist eine einzige diplomatische Äußerung hier gefallen, und diese Äußerung lautete[35]: Es gibt günstigere Momente für Deutschland, in den Völkerbund einzutreten, als gegenwärtig!

Dies ist die tatsächliche Situation, die gegenwärtig besteht. Herr **Löbe[36]** hat in ei-

---

[32] Den Ausdruck vom „leeren Stuhl“ hatte MacDonald in seiner Rede vor der Völkerbundsversammlung am 4. September 1924 verwendet, um die Notwendigkeit der deutschen Mitgliedschaft im Völkerbund zu verdeutlichen (Text in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 421 [Abendausgabe] vom 4. September 1924; in Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21548 [Morgenausgabe] vom 5. September 1924, S. 3–4 [beide mit der Übersetzung: „mit jenem leeren und drohenden Sitz inmitten unserer Versammlung“]; Paraphrase in SCHULTHESS 65 [1924], S. 455–456, und Auszug in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 474–473 [beide mit der Übersetzung: „mit dem drohenden leeren Stuhl in unserer Mitte“).

[33] Vom 1. September bis 2. Oktober 1924 tagte in Genf die 5. Völkerbundsversammlung. Über die Reden und Ereignisse der Tage bis zum 12. September 1924: SCHULTHESS 65 [1924], S. 453–461. Vgl. auch den Bericht des Gesandten in Bern, Müller, an das Auswärtige Amt vom 10. September 1924 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 174–183.

[34] Zur internationalen Diskussion über einen deutschen Völkerbundsbeitritt und zur deutschen Haltung im Frühsommer 1924 vgl. den Runderlaß des Staatssekretärs Maltzan vom 6. Juli 1924 (ebd., A 10, S. 455–458).

[35] Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf den in Anm. 33 genannten Bericht des Gesandten Müller, der vor übereilten Beitrittsbemühungen warnte.

[36] Paul Löbe (1875–1967), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD); dessen Präsident 1920–1924, 1925–1932. – Das Schreiben Löbes an Stresemann vom 5. September 1924, ursprünglich als offener Brief in der „Frankfurter Zeitung“ wiedergegeben, ist auch abgedruckt in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 426 vom 7. September 1924. – Eine in der ZEIT, Nr. 213 vom oder 10. September 1924, veröffentlichte Antwort dürfte von Stresemann selbst oder von

nem sehr freundlichen Schreiben an mich auch auf Unterhaltungen hingewiesen, die ich nach meiner Rückkehr aus London mit den Parteiführern gehabt habe[37]. Er hat gesagt, ich sei mit dem Eindruck zurückgekommen, daß man gegenwärtig an unseren Eintritt gar nicht denke. Allerdings: wir sind vierzehn Tage in England gewesen. In diesen vierzehn Tagen hätte sich ja wohl einmal eine Gelegenheit ergeben, mit der deutschen Delegation auch über diese Frage zu sprechen. Herr **Macdonald** hat uns mitgeteilt, er müsse nach Genf, dort sei eine bedeutsame Tagung, ihm bleibe nur noch eine kurze Zeit der Erholung[38]. Er hat aber kein Wort dazu gesagt: Und wie stehen Sie zu der Frage, die dort erörtert wird? Wir waren in London bei Lord **Parmoor**[39] zum Frühstück, und zwar allein, drei Stunden. Lord Parmoor ist der Vertreter Englands im Völkerbund. Nichts hätte näher gelegen, als mit den drei Delegierten Deutschlands in diesen drei Stunden der Unterhaltung einmal über den Völkerbund zu sprechen. Lord Parmoor ist nicht mit einem Wort auf die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zu sprechen gekommen. Herr Löbe sagt, es sei ja dahingestellt, ob wir nicht die Gelegenheit hätten ergreifen sollen, bei diesem Zusammensein davon zu sprechen. Nein, ich bin der Meinung, daß es vollkommen falsch gewesen wäre, wenn von uns aus gegenüber den Delegierten des Völkerbundes der Wunsch nach einem Eintreten Deutschlands zum Ausdruck gebracht worden wäre. Wenn England, wie es nachher durch die Rede Macdonalds[40] doch zum Ausdruck kam, seinerseits den Wunsch hatte, daß Deutschland in den Völkerbund eintrat, dann mußte sein Delegierter auch jene Gelegenheit ergreifen, mit uns darüber zu sprechen, und eine solche Gelegenheit ergibt sich sonst im diplomatischen Ver-

---

ihm autorisiert gewesen sein. – Ein weiterer offener Brief Löbes in der „Volkswacht“, vermutlich in Reaktion auf den Beitrag in der „Zeit“ und mit der Forderung nach einem deutschen Beitrittsantrag für den Völkerbund, ist auch abgedruckt in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 433 (Abendausgabe) vom 11. September 1924.

[37] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf eine Besprechung mit den Parteiführern am 18. August 1924, zu der jedoch keine Aufzeichnung zu ermitteln ist (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 974 mit Anm. 7).

[38] Möglicherweise bezieht Stresemann sich auf ein Gespräch der deutschen Delegierten mit MacDonald am Vorabend des deutschen Eintritts in die Konferenz; im Verlauf dieses Gesprächs machte MacDonald darauf aufmerksam, daß er bald in Urlaub gehen müsse (vgl. die geheime Aufzeichnung Schuberts vom 5. August 1924: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 6–9; die bevorstehende Reise nach Genf ist dort allerdings nicht erwähnt).

[39] Charles Alfred Cripps, Baron Parmoor (1852–1941), britischer Lordpräsident des Kronrats 23. Januar – 4. November 1924 u. 8. Juni 1929 – 1931; Delegierter zum Völkerbundsrat und zur Völkerbundsversammlung 1924. – Die drei deutschen Hauptdelegierten zur Londoner Konferenz und der deutsche Botschafter Sthamer waren am 10. August 1924 „aufs Land zum Besuch von Lord Parmoor“ gefahren (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1293). Zum Inhalt des betreffenden Gesprächs vgl. das Telegramm Stresemanns an das Auswärtige Amt vom 11. September 1924 (ebd., Anm. 28).

[40] Vgl. oben mit Anm. 32.

kehr kaum jemals in Jahrzehnten, daß Leute stundenlang ganz allein beisammen sind, um über die gesamte Politik zu sprechen, ohne daß diese Frage auch nur mit einem einzigen Wort erörtert wird.

Die Satzungen des Völkerbunds[41] sind seinerzeit von den Siegern geschaffen worden, die Deutschland nicht gefragt haben, um sich den maßgebenden Einfluß für alle Zeiten zu sichern. Sie sollten nach dem Frieden von Versailles feststellen, daß die Alliierten ihrerseits die **Macht** im Völkerbund hatten, und können für uns nicht maßgebend sein; denn alles war von dem Geist der **Ausschließung Deutschlands** getragen, wie es ja überhaupt der Gedanke des Versailler Vertrags war, Deutschland von den Dingen der Welt auszuschließen. Wenn sich inzwischen die Situation geändert hat und wenn man von dem leeren Stuhl Deutschlands spricht und Deutschland vermißt, so kann doch an den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nur gedacht werden, **wenn man uns als Großmacht behandeln will.** Das ist meine Auffassung, die ich als deutscher Außenminister des Kabinetts zu vertreten habe.

Weiter sagt man, es sei eine Ehre, als Mitglied im Völkerbundsrat **gewählt** zu sein. Die Wahl, die hier erfolgen würde, ist nur temporär. Erst die **ständige** Mitgliedschaft im Völkerbundsrat[42] ist die Kennzeichnung der Großmachtstellung der dort vertretenen Staaten, und ich bin der festen Überzeugung, daß wir niemals unsere Stellung als gleichberechtigte Großmacht in der Welt wiedererringen können, wenn wir nicht darauf bestehen, uns als gleichberechtigte Großmacht zu fühlen. Das ist die Voraussetzung, daß wir auch von den anderen als gleichberechtigte Großmacht anerkannt werden.

Sind die Voraussetzungen gegeben, so wird auch die Bereitwilligkeit Deutschlands gegeben sein.

---

[41] Die Satzung des Völkerbunds war Teil der Pariser Vorortverträge, also auch des Versailler Vertrags in dessen Artikeln 1–26 (Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 2–20).

[42] Die Satzung sah in Art. 4 vor, daß die alliierten und assoziierten Hauptmächte ständige, vier weitere Bundesmitglieder befristet gewählte Mitglieder des Völkerbundsrates sein sollten; mit Mehrheit der Völkerbundsversammlung konnten jedoch weitere Staaten zu ständigen Ratsmitgliedern gewählt werden (ebd., S. 10).

Redebeitrag im Ministerrat vom 23. September 1924[1]

Nach AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1057–1062.

Resümiert Vor- und Nachteile eines deutschen Völkerbundsbeitritts. Regt ein Memorandum zur Sondierung bei den Mitgliedsstaaten des Völkerbunds an, in dem die Bedingungen für den Beitritt genannt werden.

[…][2]

Stresemann verweist bezüglich der Formalität für die Aufnahme[3] auf die diesbezügliche Denkschrift[4]. Tatsächlich arbeiten wir bereits jetzt in verschiedenen Kommissionen des Völkerbunds mit; wir plädieren als Anwälte in Sachen der Minderheiten in Polen und anderen Fragen, ohne an der Entscheidung beteiligt zu sein. Das freundliche Auffordern der übrigen Mächte zu unserem Beitritt ist neueren Datums. Noch vor einem Jahr gab uns England den Rat, uns zurückzuhalten[5]; noch vor kurzem sprach Herriot[6] in gleichem Sinne. Die Dinge haben sich geändert durch die Londoner Verständigung[7]. Ich habe gestern übrigens einen Brief von Lord Parmoor[8]

---

[1] Zum Ministerrat beim Reichspräsidenten, der von 11 bis 14 Uhr dauerte, liegen zwei Überlieferungen vor: ein von Beamten der Reichskanzlei paraphrasierend und in indirekter Rede verfaßtes Protokoll (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1050–1057), die zweite, nach der hier der Beitrag Stresemanns wiedergegeben wird, als weitgehend in direkter Rede gehaltene Niederschrift des Staatssekretärs Meissner. Auch auf dem Hintergrund des Vergleichs beider Überlieferungen darf davon ausgegangen werden, daß der Redebeitrag Stresemanns in der Niederschrift Meissners im wesentlichen im Wortlaut und vollständig wiedergegeben wird.

[2] Reichspräsident Ebert eröffnet die Sitzung und schlägt vor, die Frage des deutschen Völkerbundsbeitritts zu diskutieren; Reichskanzler Marx verweist auf Gespräche, die er geführt habe, und kommt zu dem Schluß, „daß wir uns grundsätzlich für eine Aufnahme in den Völkerbund aussprechen, aber die Art und Weise unseres Vorgehens uns reiflich und ruhig überlegen müssen (ebd., S. 1057–1058).

[3] Gemeint ist die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Die Frage war in den vorangegangenen Tagen in der internationalen wie innerdeutschen Diskussion in den Vordergrund getreten.

[4] Gemeint ist eine Aufzeichnung des Auswärtigen Amts über die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund vom 17. September 1924 (ebd., S. 1044), die zur Vorbereitung des Ministerrats von der Reichskanzlei an alle Ministerien weitergeleitet worden war.

[5] Vgl. etwa die Aufzeichnung des Legationssekretärs von Bülow vom 1. August 1923 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 235–236).

[6] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister), 19.–21. Juli 1926 u. 1932. – Zur ablehnenden Haltung Herriots gegenüber einem deutschen Völkerbundsbeitritt vgl. das Schreiben Maltzans an Stresemann vom 4. September 1924 (ebd., A 11, S. 148–149).

[7] Mit der Unterschrift unter das Londoner Abkommen vom 30. August 1924 (Text u.a. in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 123–128) waren die Ergebnisse der Londoner Konferenz, also insbesondere die Umsetzung des Dawes-Plans, in Kraft getreten, nachdem zuvor die dafür notwendigen deutschen

bekommen, in dem er bedauert, daß die Dinge in dieser Form in die Öffentlichkeit gekommen seien; er zweifele nicht daran, daß meine Darstellung richtig wäre, und hoffe, daß mit seiner freimütigen Erklärung die Angelegenheit erledigt sei. MacDonald[9] hat in seiner Rede in Genf zum ersten Male ausgesprochen, Deutschland muß in den Völkerbund. Das war für uns, ebenso wohl auch für die Franzosen, überraschend. Ich habe offiziell bei der englischen Regierung angefragt[10], wie wir diese Rede auffassen sollen, und insbesondere, ob uns im Falle unseres Beitritts ein Sitz im Völkerbundsrate gesichert sei, sowie, ob eine Erklärung von uns entgegengenommen würde, daß unsere Verpflichtung auf die Völkerbundssatzungen nicht als neue Anerkennung des Versailler Vertrages[11] und der Schuldig-Erklärung anzusehen sei. Hierauf ist mir durch Lord D'Abernon[12] folgende Antwort geworden:

Die englische Regierung wolle in einer Frage von so großer Tragweite davon ab-

---

Gesetze am 29. August 1924 im Reichstag angenommen worden waren, darunter auch das Reichsbahngesetz, dessen Annahme einer Zweidrittel-Mehrheit bedufte und dem etwa die Hälfte der DNVP-Abgeordneten zustimmte (Protokoll der betr. Sitzung vom 29. August 1924 in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 1135–1149; die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen: S. 1151–1154).

8 Charles Alfred Cripps, Baron Parmoor (1852–1941), britischer Lordpräsident des Kronrats 23. Januar – 4. November 1924 u. 8. Juni 1929 – 1931; Delegierter zum Völkerbundsrat und zur Völkerbundsversammlung 1924. – Die drei deutschen Hauptdelegierten zur Londoner Konferenz und der deutsche Botschafter Sthamer waren am 10. August 1924 „aufs Land zum Besuch von Lord Parmoor“ gefahren (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1293). Zum Inhalt des betreffenden Gesprächs vgl. das Telegramm Stresemanns an das Auswärtige Amt vom 11. September 1924 (ebd., Anm. 28). Stresemann hatte in seiner Rede in einer Pressekonferenz am 12. September 1924 (vgl. diese Edition) dargelegt, daß anläßlich dieses Frühstücks Parmoor nicht die Frage des deutschen Völkerbundsbeitritts aufgeworfen habe; in der sozialdemokratischen Presse waren jedoch Äußerungen Parmoors zitiert worden, wonach bei diesem Frühstück sehr wohl das Thema besprochen worden sei. Parmoor hatte schließlich Stresemann in einem Schreiben vom 18. September 1924 versichert, daß die Darstellung des Außenministers zutreffend sei (zum ganzen Vorgang vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 573–576).

9 Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929 – 1935. – MacDonald hatte in seiner Rede vor der Völkerbundsversammlung am 4. September 1924 auf die dringende Notwendigkeit der deutschen Mitgliedschaft im Völkerbund gedrungen (Text u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 421 [Abendausgabe] vom 4. September 1924; in Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21548 [Morgenausgabe] vom 5. September 1924, S. 3–4; Paraphrase in SCHULTHESS 65 [1924], S. 455–456 und Auszug in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 474–473).

10 In einem Gespräch mit D’Abernon am 13. September 1924 (vgl. die Aufzeichnung Bülows vom 16. September 1924: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 194–195; das Telegramm D’Abernons an MacDonald vom 13. September 1924: BRITISH DOCUMENTS ON FOREIGN AFFAIRS II F, 35 S. 301–302).

11 Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES; der Vertrag enthält in Art. 1–26 die Satzung des Völkerbundes (ebd., S. 2–20).

12 Edgar Vincent [ab 1926: Viscount] D’Abernon (1857–1941), britischer Botschafter in Berlin 1920–1926. – D’Abernons Antwort erfolgte anhand einer Weisung MacDonalds in einem Gespräch mit Stresemann am 22. September 1924 (dazu der telegraphische Bericht D’Abernons an MacDonald vom gleichen Tag: BRITISH DOCUMENTS ON FOREIGN AFFAIRS II F, 35 S. 313; die Weisung MacDonalds vom 19. September 1924: ebd., S. 311–312; vgl. auch STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 579).

sehen, uns einen Rat zu erteilen, die Rede MacDonalds gebe den Standpunkt der englischen Regierung wieder, England wünsche den Eintritt Deutschlands und würde sich stark dafür einsetzen, könne aber keine Garantien übernehmen hinsichtlich der Mehrheiten, die zur Aufnahme Deutschlands und für einen Ratssitz notwendig seien[13]. MacDonald stehe allerdings auf dem Standpunkt, daß er seine Politik mit Erfolg nur fortsetzen könne, wenn Deutschland Mitglied des Völkerbunds werde; nach den Berichten Lord Parmoors[14] sei die Stimmung in Genf für die Aufnahme und den ständigen Ratssitz sehr günstig, wenn Deutschland einen bedingungslosen Antrag stelle; ein Antrag unter Bedingungen würde zurückgewiesen; in seiner Erklärung könne sich Deutschland auf die Verpflichtungen nach Artikel 1 der Satzungen[15] beschränken. Lord D'Abernon empfahl, daß wir durch unseren Beobachter in Genf[16] oder eine andere Persönlichkeit eine präzisere Stellungnahme der verschiedenen Nationen zu unseren Fragen und Bedingungen einholen sollen.

MacDonald hat also nur auf eine Frage geantwortet, die der Aufnahme und des Ratssitzes, aber nicht auf die andere, ob man uns eine Erklärung abnehmen würde, daß wir durch unsere Verpflichtung keine neue Anerkennung des Versailler Vertrages und seiner Kriegsschuld[17] abgeben wollen.

Was die anderen Mächte anlangt, so muß man annehmen, daß die Franzosen und mit ihnen auch Benesch[18] die reibungslose Durchführung der Militärkontrolle[19] als Voraussetzung für unsere Aufnahme aufstellen möchten, daß die Neutralen aber

---

[13] Die Satzung sah in Art. 4 vor, daß die alliierten und assoziierten Hauptmächte ständige, vier weitere Bundesmitglieder befristet gewählte Mitglieder des Völkerbundsrates sein sollten; mit Mehrheit der Völkerbundsversammlung konnten jedoch weitere Staaten zu ständigen Ratsmitgliedern gewählt werden (VERTRAG VON VERSAILLES S. 10).

[14] Einige wenige Berichte der britischen Delegation in Genf an das Außenministerium sind veröffentlicht in DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,26.

[15] Der einschlägige Satz aus Art. 1 lautet: „Alle Staaten […] können Bundesmitglieder werden, wenn ihre Zulassung von zwei Dritteln der Bundesversammlung ausgesprochen wird, vorausgesetzt, daß sie für ihre aufrichtige Absicht, ihre internationalen Verpflichtungen zu beobachten, wirksame Gewähr leisten und die hinsichtlich ihrer Streitkräfte und Rüstungen zu Lande, zur See und in der Luft von dem Bunde festgesetzte Ordnung annehmen.“ (VERTRAG VON VERSAILLES S. 9.)

[16] Harry Graf Keßler (1868–1937), Schriftsteller und Diplomat; zum Zustandekommen seiner Beobachterrolle in Genf vgl. das Schreiben Stresemanns an den Gesandten Müller vom 29. September 1924 (STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 570–572; vgl. auch AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 145, Anm. 2).

[17] Gemeint ist Art. 231 des Versailler Vertrags, der „Deutschland und seine Verbündeten“ als „Urheber“ des Weltkriegs identifiziert (VERTRAG VON VERSAILLES S. 106).

[18] Edvard Beneš (1884–1946), tschechoslowakischer Außenminister 1918–1935.

[19] Zur Haltung Frankreichs zur deutschen Militärkontrolle und zu Plänen, diese und künftig die Kontrolle entmilitarisierter Zonen dem Völkerbund zu übertragen, vgl. den telegraphischen Bericht Keßlers vom 3. September 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 147–148) sowie den „Nachtrag“ zu einer undatierten Aufzeichnung (ebd., S. 212–213).

übereinstimmend für den baldigen Eintritt Deutschlands sind, ebenso wie die Engländer.

Die Vorteile unseres Beitritts sind ganz zweifellos: Die Mitwirkung bei den uns interessierenden Fragen der Minderheiten[20], des Saarstaats[21] usw. sowie bei den großen politischen Fragen. Die Nachteile sind: der innerpolitische Vorwurf einer neuen Anerkennung des Versailler Vertrags mit der Schuldfrage und eine gewisse Rückwirkung unserer Stellung gegenüber Rußland[22]; diese Stellungnahme gegenüber Rußland würde hier beeinträchtigt, insbesondere, wenn wir uns den Bestimmungen über die Bundesexekutive[23] bei Konflikten, Duldung des Durchmarsches unterwerfen würden, die hauptsächlich Rußland gegenüber akut werden können. Deshalb bin ich auch der Meinung, daß wir prinzipiell die Geneigtheit zum Eintritt erklären und gleichzeitig den Rat MacDonalds befolgen, eine Sondierung bei den 10 Staaten, die im Völkerbundsrat sitzen, vorzunehmen; diese Sondierung könnte erfolgen auf der Basis eines Memorandums, das folgende Punkte behandelt: Ständiger Ratssitz, eine Erklärung in bezug auf den Versailler Vertrag, die gleichzeitig die verschobene Notifizierung[24] ersetzen würde, Vertretung im Völkerbundssekretariat, gleiche Behandlung wie die Schweiz in der Frage der Bundesexekutive und der Duldung des Durchmarsches[25], Forderung der kolonisatorischen Betätigung[26], und schließlich kä-

[20] Der Völkerbund war beauftragt, die Einhaltung der Minderheitenschutzverträge zu überwachen, die von einigen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas – zeitgleich mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags – im Rahmen der Pariser Friedensverhandlungen 1919 mit den Siegermächten des Weltkriegs abgeschlossen worden waren, darunter – für Deutschland am wichtigsten – der Vertrag Polens mit den Siegermächten vom 28. Juni 1919 (Text u.a. in COLLIARD S. 391–195).

[21] So in der Vorlage; gemeint ist vermutlich „Saarstatuts“. – Das Saargebiet wurde durch den Versailler Vertrag auf 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt; das Eigentum an den dortigen Kohlengruben ging an Frankreich über. Einzelheiten der Regierung und Verwaltung des Saargebiets („Saarstatut“) waren ebenfalls im Vertrag geregelt.

[22] Zur sowjetischen Haltung gegenüber einem möglichen deutschen Völkerbundsbeitritts vgl. das Telegramm des Moskauer Geschäftsträgers Radowitz an das Auswärtige vom 23. September 1924 mit der Weiterleitung einer Stellungnahme der sowjetischen Regierung (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 216–217).

[23] Gemeint ist Art. 16 der Völkerbundssatzung, der im Falle eines Angriffs auf ein Völkerbundsmitglied die übrigen Mitglieder zur Unterstützung verpflichtete, insb. auch zum Abbruch aller Handels- und Finanzbeziehungen und dazu, Streitkräften eines dritten Staates, die dem Angegriffenen zu Hilfe kommen wollten, den Durchmarsch zu erlauben (VERTRAG VON VERSAILLES S. 14–15).

[24] Gemeint ist die Notifizierung der von Marx gezeichneten Kundgebung der Reichsregierung zur Kriegsschuldfrage vom 29. August 1924, die über WTB verbreitet wurde (Text u.a. in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1006–1007; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 122); zur Frage der Notifizierung gegenüber den Siegermächten vgl. die Rede Stresemanns vor der Presse vom 12. September 1924 (in dieser Edition) sowie die Ministerbesprechung vom 15. September 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1038–1042).

[25] Am 13. Februar 1920 hatte der Völkerbundsrat für den Fall des Beitritts der Schweiz zum Völkerbund die Anerkennung von deren ewiger Neutralität (und damit den Dispens von den Verpflichtungen aus Art. 16 der Völkerbundssatzung) erklärt (vgl. SCHULTHESS 61,2 [1920], S. 394) und so den im gleichen Jahr erfolgenden Beitritt ermöglicht.

me noch in Frage erneute Forderung der Räumung der vertragswidrig besetzten Gebiete[27]. Der Völkerbund kämpft um seine Existenz als Organ zur Regelung weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Fragen; die Genueser und die Londoner Konferenz[28] waren keine Völkerbundskonferenzen. Treten wir nun in den Völkerbund ein, so bekommt er ein Relief, das er bisher noch nicht hatte. In diesem Zusammenhang käme auch in Frage, daß wir in dem zu überreichenden Memorandum den Wunsch äußern, daß auch die übrigen noch fernstehenden Staaten bald in den Völkerbund eintreten möchten.

Der Gesandte Adolf Müller[29] in Bern, den ich um seine Stellungnahme bat, hat mir im Sinne dieser meiner Darlegungen geantwortet; auch er spricht sich gegen ein sofortiges Aufnahmegesuch aus; das Aufnahmegesuch dürfte nicht der erste Schritt, sondern müsse der Schlußpunkt eingehender Verhandlungen sein.

[…][30]

Stresemann: Graf Kessler hat alle Qualitäten zu diesem Posten, er war nicht als allgemeiner Beobachter nach Genf gesandt, sondern nur als Verbindungsmann zu MacDonald, zu dem er nach seiner pazifistischen Einstellung paßt.

[…][31]

Dr. Stresemann: Die Formulierung unseres Memorandums, das von unserem Gesandten nicht nur vorzutragen, sondern zu übergeben wäre, könnte bis morgen auf der Grundlage des heute Besprochenen vorbereitet und morgen durch einen neuen Ministerrat genehmigt werden.

[…][32]

---

[26] Der Versailler Vertrag hatte in Art. 118 u. 119 die Abtretung aller Kolonien durch Deutschland verfügt (VERTRAG VON VERSAILLES S. 75).

[27] Gemeint sind diejenigen deutschen Gebiete, die in den Jahren nach dem Versailler Vertrag als „Sanktionsstädte“ bzw. zur Absicherung des französisch-belgischen Ruhreinmarsches und der in diesem Zusammenhang errichteten Zollgrenze besetzt worden und inzwischen (nach den Abmachungen am Rande der Londoner Konferenz) noch nicht geräumt waren.

[28] Neben der Londoner Konferenz (vgl. oben mit Anm. 7) meint Stresemann die Konferenz von Genua, die im April und Mai 1922 tagte und die Wiederaufrichtung des Finanz- und Wirtschaftssystems zum Thema hatte.

[29] Adolf Müller (1863–1943), deutscher Gesandter in Bern 1919–1933. – Zur Anfrage Stresemanns bei Müller und zu dessen Antwort vom 23. September 1924 vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 579.

[30] Nachfolgend äußern sich andere Kabinettsmitglieder zustimmend zu Stresemanns Standpunkt. Graf Kanitz fragt, wie es zur Entsendung von Keßler nach Genf (vgl. oben mit Anm. 16) gekommen sei (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1059–1060).

[31] Reichspräsident Ebert äußert seine grundsätzlich positive Haltung gegenüber dem Völkerbund und resümiert die Bedingungen, die Deutschland für seinen Beitritt stellen müsse; Reichskanzler Marx stimmt ihm zu (ebd., S. 1060–1061).

Dr. Stresemann: Diese Frage kann wohl zurückgestellt werden, bis das Memorandum und die Formulierung zu unserer Erklärung zu Artikel 1 vorliegt. Diese Erklärung würde ja wohl die Notifizierung ersetzen, namentlich, da sie nicht nur den im Völkerbundsrate vertretenen Mächten, sondern auch der Gesamtheit des Völkerbundes zur Kenntnis käme.

Der Presse würde zweckmäßig auf Anfrage gesagt werden, daß der heutige Ministerrat sich mit der Frage der Notifizierung nicht befaßt habe[33].

[…][34]

[32] Jarres fragt, ob die Angelegenheit der Notifizierung (vgl. oben mit Anm. 24) damit erledigt sei (ebd., S. 1062).

[33] Das als amtliche Agenturmeldung veröffentlichte Kommuniqué vom 23. September 1924 über den Ministerrat ist u.a. veröffentlicht in SCHULTHESS 65 (1924), S. 83; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 476.

[34] Die Anwesenden erklären sich einverstanden; Ebert regt an zu prüfen, ob man beim Vorsitzenden der Völkerbundsversammlung in Vorschlag bringen solle, die derzeit tagende Versammlung nicht zu schließen, sondern auf Dezember zu vertagen (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1062).

Rede vor Vertretern der deutschen Handelskammern im Ausland in Berlin vom 23. September 1924[1]

Nach ZEIT, Nr. 226 vom 25. September 1924. – Teildruck auch in STRESEMANN, Vermächtnis S. 614–615[2]; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 454 (Morgenausgabe) vom 24. September 1924.

Deutschland kann infolge des Londoner Abkommens das durch den Versailler Vertrag an den Auslandsdeutschen begangene Unrecht vielleicht langsam wiedergutmachen.

Die Reichsregierung begrüßt es mit außerordentlicher Freude, daß der Gedanke des Industrie- und Handelstages, diese Zusammenkunft herbeizuführen, seine Verwirklichung gefunden hat. In diesem Kreise ist es nicht nötig, auf die Bedeutung der Auslandshandelskammern hinzuweisen. Bedeutsam sind die wirtschaftlichen Momente ihrer Tätigkeit, bedeutsamer noch die nationale Bedeutung, die sie in der Gegenwart beanspruchen können.

Der Krieg und das, was ihm folgte, hat viele Tausende von Deutschen im Auslande, insbesondere die deutschen Kaufleute, dadurch um Hab und Gut gebracht, daß entgegen dam, was bis dahin als Rechtens galt, ihr **Privateigentum** ihnen genommen wurde[3]. Es ist infolge des Zusammenbruchs unserer Währung leider bisher

---

[1] Die Vorlage erläutert in einem längeren Bericht unter dem Titel „Auslandsdeutsche und Heimat“, daß der Deutsche Industrie- und Handelstag „sich der dankenswerten Aufgabe unterzogen [habe], die Vertreter der deutschen Handelskammern im Ausland zu gemeinsamer Beratung deutscher Handelsinteressen im Ausland nach Berlin einzuladen und so die Fäden zwischen der Heimat und den deutschen Pionieren im Ausland fester zu knüpfen. Dieser Einladung ist erfreulicherweise in reichem Maße Folge geleistet worden. Die Tagung wurde eingeleitet mit einem Begrüßungsabend im Hotel Esplanade, der ein glänzendes gesellschaftliches Bild bot.“ Im Folgenden paraphrasiert der Bericht die Begrüßung durch den Präsidenten des DIHT und die Ansprache von Reichspräsident Ebert. „Nach dem Reichspräsidenten sprach Reichsaußenminister Dr. Stresemann.“ – Weitere Einzelheiten zum Ablauf des Abends, zu den Gästen und den dort gehaltenen Reden auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 454 (Morgenausgabe) vom 24. September 1924. – Für eine Aufzählung der 25 deutschen Handelskammern im Ausland (und damit der theoretisch vertretenen Agenturen) vgl. ZEIT, Nr. 221 vom 19. September 1924.

[2] Die dortige Datierung (23. November [1924]) ist offensichtlich falsch und beruht vermutlich nur auf einem Druckfehler; die richtige Datierung geht sowohl aus der Vorlage hervor sowie aus den „Tagesnotizen“ Stresemanns vom 23. September 1924 (STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 579) und einem Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 454 (Morgenausgabe) vom 24. September 1924.

[3] Der Versailler Vertrag ermächtigte die Siegerstaaten vielfältig, deutsches Eigentum „in Feindesland“ oder in von Deutschland abzutretenden Gebieten zu liquidieren; zumindest für einen Teil der Entschädigungen war das Deutsche Reich zuständig (vgl. etwa Art. 297: VERTRAG VON VERSAILLES S. 155–159).

nicht gelungen, für die dadurch erlittenen Verluste einen auch nur einigermaßen **angemessenen Ausgleich** zu schaffen. Die Aussicht auf einen, wenn auch langsamen Wiederaufbau unserer Wirtschaft und unserer Auslandsbeziehungen darf uns die Sorge für die, die fast alles verloren haben, nicht vergessen lassen. **Bemühungen,** das, was noch übrig ist, ihnen zu erhalten und die **Entschädigung** für das Verlorene **zu erhöhen,** sind **im Gange.** Ihr Erfolg hängt leider nicht von uns, sondern von unseren Gegnern ab. Die auch im Auslande, selbst dem früher uns feindlichen, wachsende Erkenntnis, daß hier schweres Unrecht geschehen ist, läßt aber die **Hoffnung** nicht als unbegründet erscheinen, daß im Verfolg der Londoner Abmachungen[4] auch diese Frage in einer für uns erträglicheren Weise sich wird **regeln** lassen. Seien Sie jedenfalls versichert, daß daran von allen deutschen Stellen mit größtem Nachdruck gearbeitet wird.

Langsam geht der **Wiederaufbau der Wirtschaft** vor sich, und es beginnt eine neue **Aera deutscher Handelspolitik,** nachdem die wirtschaftlichen Fesseln des Vertrags von Versailles[5] in dieser Beziehung sich zu lösen beginnen. Wenn die Reichsregierung den **Londoner Abmachungen** zustimmte, so tat sie es vor allem, um feste Verhältnisse für die deutsche wirtschaftliche und industrielle Situation zu schaffen. Nichts hat uns mehr geschadet, nichts hat die Initiative des Kaufmanns mehr zurückgedrängt, als die Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse, die über uns lag. Größer als je gefürchtet sind die Lasten, die uns auferlegt sind. Noch lange wird über dem deutschen Volke der Spruch der römischen Legionen liegen, daß wir ohne Urlaub geboren[6] sind. Nur der Glaube an Deutschlands Zukunft läßt uns diese Lasten tragen und uns hoffen, daß wir die **Arbeitskraft** finden, die zum Wiederaufbau notwendig ist. **Dazu ist die nationale und ideelle Hilfe des Auslandsdeutschtums notwendig.**

Unsere politische Macht ist gering. Die Pfeiler und Säulen, auf denen die Macht des alten Deutschlands ruhte, sind geborsten. Um so höher muß der Gedanke der **Kulturgemeinschaft aller Deutschen** stehen. Wir brauchen nicht gesenkten Haup-

---

[4] Mit der Unterschrift unter das Londoner Abkommen vom 30. August 1924 (Text u.a. in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 123–128) waren die Ergebnisse der Londoner Konferenz, also insbesondere die Festlegung des Dawes-Plans als Grundlage der deutschen Reparationszahlungen, in Kraft getreten.

[5] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[6] Offenbar bezieht sich Stresemann hier auf die bei Seneca gebrauchte Wendung „sine missione nascimur“. – Zur Frage, ob es sich dabei um eine zu freie Übersetzung handele, vgl. das Schreiben Stresemanns an den ehemaligen Staatssekretär Albert, o.D., in: STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 615–616.

tes als moralisch niedriger Stehende durch die Welt zu gehen. Das Wort des Großen Kurfürsten[7]: Sei stolz, daß du ein Deutscher bist, gilt gerade jetzt für das Auslanddeutschtum, das uns auch jene Worte zu unserem Nationallied gegeben hat, in denen es von der Liebe zum deutschen Vaterlande heißt: Und im Unglück nun erst recht[8]!

Lassen Sie sich nicht hineinziehen in die Kämpfe deutscher Innenpolitik. Dem Auslande gegenüber darf es nur ein Deutschland geben. Was bei uns im Innern an so manchen unerfreulichen und unerquicklichen Dingen vor sich geht, kann nur verstehen, wer erlebt hat, was diesem Volke zugemutet worden ist! Helfen Sie uns, den Weg zu finden zur Konsolidierung deutscher Verhältnisse. Auf ihr wollen wir aufbauen für die Zukunft, und im Vertrauen auf diese Zukunft wollen wir die Gegenwart ertragen.[9]

---

[7] Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der „Große Kurfürst“ (1620–1688). – Das nachfolgend angeführte Zitat konnte nicht eindeutig nachgewiesen werden, wurde jedoch (öfter in der Variante: „Gedenke, daß Du ein Deutscher bist“) seit dem Kaiserreich häufig auf Kurfürst Friedrich Wilhelm und die Schlacht von Fehrbellin 1675 zurückgeführt.

[8] 1921 hatte Albert Matthai, der aus Preußisch Stargard stammte, einer 1920 an Polen abgetretenen Stadt, dem „Lied der Deutschen“ von Hoffmann von Fallersleben eine vierte Strophe hinzugefügt, deren beide letzten Zeilen lauteten: „Deutschland, Deutschland über alles, und im Unglück nun erst recht“.

[9] Die Vorlage schließt den Bericht: „Der mit stürmischer Begeisterung aufgenommenen Rede des Ministers folgte der Gesang von ‚Deutschland, Deutschland über alles‘“ und mit der Wiedergabe der Dankesworte eines „Ueberseedeutschen […] aus Batavia“.

Rede auf dem Parteitag des Berliner Wahlkreisverbandes der DVP vom 27. September 1924[1]

Nach ZEIT, Nr. 230 vom 30. September 1924. – Teildruck (mit überleitenden Paraphrasen) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 462 vom 28. September 1924.

Resümiert die Entstehung des Dawes-Plans, dessen politische Vorzüge und die folgerichtige Politik der DVP. Die Zeichner der künftigen internationalen Anleihe sind ein wirksamer Schutz für Deutschland. Die Räumung der besetzten Gebiete. Die Zukunft der Reichsbahn, der Reichsbank und der Handelsbeziehungen. Die deutsche Luftschiffahrt. Die Haltung der Reichsregierung zur Frage des deutschen Völkerbundsbeitritts. Die mögliche Regierungserweiterung. Die DVP baut damit die Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart.

Die außenpolitischen Fragen, die in der letzten Zeit im Vordergrund standen, wurden beherrscht durch den **Kampf um das Sachverständigen-Gutachten[2].** Im Kreise der Alliierten begann der Kampf mit der Rede, die der amerikanische Staatssekretär **Hughes[3]** im Jahre 1922 in Newhaven gehalten hat. Er wies darauf hin, daß das Reparationsproblem von den politischen Erörterungen losgelöst und mit den großen Fragen der Weltwirtschaft in Beziehung gebracht werden müsse. Der damalige deutsche Reichskanzler **Dr. Cuno[4]** hat diese Anregung sofort aufgegriffen. Von Paris,

---

[1] Die Vorlage führt einleitend aus, daß Stresemann die Rede „in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei im Blüthnersaal in Berlin“ gehalten habe. Aus einer Vorankündigung In ZEIT, Nr. 223 vom 21. September 1924, geht der Anlaß der Rede hervor.

[2] Gemeint ist das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1923 („Dawes-Plan“); auf der Londoner Konferenz hatten sich am 16. August 1924 die teilnehmenden Staaten durch Paraphierung des Konferenzprotokolls darauf verständigt, dieses Sachverständigen-Gutachten zur künftigen Grundlange der Reparationszahlungen zu machen. Nach Verabschiedung der dafür notwendigen deutschen Gesetze war das Konferenzergebnis durch die Unterschrift von Vertretern der an der Konferenz beteiligten Staaten am 30. August 1924 in London rechtskräftig geworden.

[3] Charles Evans Hughes (1862–1948), amerikanischer Außenminister 1921–1925. – Hughes hatte am 29. Dezember 1922 in einer Rede in New Haven den Vorschlag gemacht, die weitere Behandlung der Reparationsfrage einem internationalen Sachverständigenausschuß zu übertragen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Cuno, S. 109, Anm. 8).

[4] Wilhelm Cuno (1876–1933), Reichskanzler 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos. Vor und nach seiner Kanzlerschaft Generaldirektor bzw. Vorstandsvorsitzender der Hapag. – Mit der „Zustimmung“ bezieht sich Stresemann auf die Rede Cunos in Hamburg vom 31. Dezember 1922 (ebd., S. 103–110).

dem Paris des Herrn Poincaré[5], aber kam die Antwort, Frankreich denke nicht daran, sich die Früchte seine Sieges durch internationale Bankiers verkümmern zu lassen. Es kam dann während der Konferenzen von London und Paris[6] zu tiefen Verstimmungen zwischen den Alliierten, es kam der Ruhrkampf[7] und es kam zu dem Vorschlag einer Sachverständigen-Konferenz, der von den Vereinigten Staaten erneut aufgenommen wurde. Poincaré konnte sich der erneuten Anregung nicht mehr widersetzen, und so konnten die Sachverständigen zusammentreten[8] und ihre Vorschläge ausarbeiten.

Wir haben diesen Vorschlägen grundsätzlich zugestimmt[9], selbstverständlich zustimmen müssen, da es töricht gewesen wäre, wenn wir in dem Zustande unserer politischen Ohnmacht eine Lösung verschmäht hätten, die das **ganze System unserer Leistungen** aus dem Gedanken staatspolitischen Gegensätze herausnimmt und mit dem weltwirtschaftlichen Gedanken in Beziehung bringt. Wir haben damit die Politik fortgesetzt, die der Reichskanzler **Dr. Cuno** in seiner bekannten Silvesterrede in Hamburg[10] proklamiert. Die Regierung hat **die Verantwortung übernommen,** zu den Vorschlägen der Sachverständigen Ja zu sagen und zu erklären, daß sie darin die Grundlage für eine schnelle Lösung der Reparationsfrage sehe. Was die Regierung tut und läßt, wird ja immer von der Kritik stark angefochten. Dabei geht die Kritik aber nicht immer einen logischen Weg. (Sehr richtig!) Man hat die Entscheidung der

---

[5] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929. – Tatsächlich war der Vorschlag Hughes' bereits im Vorfeld von dessen Rede, nach einer Sondierung gegenüber Jean Jusserand, dem französischen Botschafter in Washington, von Poincaré am 23. Dezember 1922 zurückgewiesen worden (vgl. DOCUMENTS DIPLOMATIQUES FRANÇAIS 1922, II, S. 616–618).

[6] Stresemann bezieht sich hier auf die Londoner Besprechung der Ministerpräsidenten der Siegermächte vom 9. bis 11. Dezember 1922 (also vor der Rede Hughes'; vgl. SCHULTHESS 63 [1922], S. 199) und die Reparationskonferenz in Paris vom 2. bis 4. Januar 1923 (vgl. ebd., 64 [1923], S. 399–402).

[7] Am 11. Januar 1923 besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet mit der Begründung, dem Schutz der entsandten Ingenieure zu dienen, die nun selbst die Beschaffung der ausstehenden Reparationsleistungen an Holz und Kohle vor Ort in die Wege leiten sollten (vgl. die betr. Note der französischen Regierung vom 10. Januar 1923 in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 16–18); nach dem Einmarsch wurde der Belagerungszustand verkündet (ebd., S. 18–20), was zusammen mit dem passiven Widerstand von deutscher Seite zum nachfolgenden „Ruhrkampf" führte.

[8] Die beiden Sachverständigen-Ausschüsse, die in der Folgezeit die Gutachten ausarbeiteten, waren am 14. Januar 1924 von der Reparationskommission eingesetzt worden

[9] Das Kabinett hatte bereits bei seinen ersten beiden Befassungen mit den Sachverständigen-Gutachten am 9. und 11. April 1924 beschlossen, die Gutachten nicht zurückzuweisen, sondern zur Grundlage weiterer Verhandlungen zu machen (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 546–548 u. 552–554). Am 14. April 1924 wurde die deutsche Kriegslastenkommission in Paris mit der Übergabe einer entsprechenden Note an die Reparationskommission beauftragt, was am 16. April 1924 vollzogen wurde (vgl. ebd., 568, Anm. 6).

[10] Vgl. oben mit Anm. 4.

Regierung angegriffen, weil sie erfolgte, ohne daß das Kabinett die ganze Frage dem Reichstag vorlegte. Das Volk **ruft nach Führung,** wenn aber dann die Regierung wirklich führt, dann ruft man nach den parlamentarischen Instanzen, die die Führung einschränken sollen. Die Regierung darf sich dadurch nicht irremachen lassen. Sie muß den **Mut haben,** das, was sie tut, auch zu **verantworten.** (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn es den Instanzen, die sie zu kontrollieren haben, nicht gefällt, so müssen daraus die Konsequenzen gezogen werden.

Mit der Entscheidung der Regierung war das Signal gegeben für jene Auseinandersetzungen, die den **Wahlkampf**[11] in der Hauptsache beherrscht haben. Von dort war ein weiter Weg bis zu den Verhandlungen in London[12]. Es liegt mir hier wenig daran, eine parteipolitische Rede zu halten und ich will mich nicht lange bei rückblickenden Betrachtungen aufhalten. Aber wenn ich an die Tage denke, in denen wir damals zu kämpfen hatten, so scheint mir doch die Entwicklung zu beweisen, wir **richtig** es war, damals schon für die Auffassung einzutreten, die sich schließlich durchgesetzt hat. Wenn die Deutschnationale Reichstagsfraktion die Hälfte ihrer Mitglieder bestimmte, im entscheidenden Augenblick mit Ja zu stimmen[13], so ziehe ich daraus die **eine** Folgerung, daß wir in der **Deutschen Volkspartei** für uns in Anspruch nehmen können, **die richtige Haltung zur richtigen Zeit** eingenommen zu haben. (Lebhafte Zustimmung.) Und ich glaube, wenn es in der Gegenwart zu einem Wahlkampf kommen sollte, daß uns dann die öffentliche Meinung doch ganz anders gegenüberstehen würde als bei den Wahlen vom 4. Mai[14]. (Lebhafter Beifall.)

Wir gingen nach London und traten für die Aenderungen ein, die wir in dem Sachverständigengutachten für notwendig hielten. Die Lage war während der vierzehn Tage unserer Anwesenheit in London zeitweise sehr ernst. Wir hatten es besonders

---

[11] Gemeint ist der Wahlkampf vor den Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924.

[12] Vgl. oben mit Anm. 2. Die Londoner Konferenz zur Feststellung des „Dawes-Plans“ (des Sachverständigen-Gutachtens vom 9. April 1924) als künftiger Grundlage der deutschen Reparationszahlungen tagte seit dem 16. Juli 1924 zunächst als Zusammenkunft der Siegermächte; nach der Einladung vom 2. August wurde die deutsche Delegation am 5. August 1924 hinzugezogen. Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. Nr. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439; ein ausführliches „Tagebuch der Reichskanzlei“ für die Zeit ab der Hinzuziehung der deutschen Delegation in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1283–1306.

[13] Bei der entscheidenden Schlußabstimmung im Reichstag wurden am 29. August 1924 die vorgelegten Gesetzesentwürfe, darunter auch das Reichsbahngesetz, dessen Annahme einer Zweidrittel-Mehrheit bedufte und dem etwa die Hälfte der DNVP-Abgeordneten zustimmte, angenommen (Protokoll der betr. Sitzung vom 29. August 1924 in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 1135–1149; die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen: S. 1151–1154).

[14] Bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 hatte die DVP mit 9,2% der Stimmen gegenüber der Wahl von 1920 gut ein Drittel ihrer Stimmenanteile eingebüßt.

schwer, weil wir unseren Kampf allein gegen alle anderen führen mußten. Unter diesen Umständen ist nicht alles erreicht worden, was wir zu erreichen hofften. Aber man soll doch bei dieser Kritik, die wir selbst angeregt haben, nicht vergessen, was **mit dem Inkrafttreten des Sachverständigengutachtens** erzielt worden ist. Ich möchte dabei eins an die Spitze stellen: Was am meisten auf uns gelastet hat in der Finanzpolitik des Deutschen Reiches und in der ganzen deutschen Wirtschaft, das war die **vollkommene Unsicherheit,** in der wir uns seit dem Jahre 1918 befunden haben. Man kann es ertragen, wenn auf das Grundstück eine, wenn auch schwere, hypothekarische Belastung eingetragen wird. Unerträglich aber ist es, wenn man **nicht weiß, was** man überhaupt auf sich zu nehmen hat. Das lähmt jede Energie und jede Initiative der Wirtschaft. Wir haben jetzt **für die nächsten Jahre sichere Verhältnisse** in bezug auf die Leistungen Deutschlands, und wir können unsere Wirtschaft heranziehen. Wir haben auf der anderen Seite die Sicherheit, daß die ganzen **Besatzungskosten** und die Kosten für die **militärischen** und die andern **Kontrollkommissionen** uns nicht mehr berühren, sondern zu Lasten derjenigen gehen, die diese Kommissionen unterhalten. Ich glaube, es gibt keinen besseren Weg, automatisch die Besatzungskosten zu verringern, als wenn die Besatzungsmächte selbst die Kosten zu tragen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Hier ist die politische Bedeutung größer, als die finanzielle, und so ist es in vielen anderen Fragen, die an sich finanziell begründet sind.

Dazu kommt ein zweiter Gesichtspunkt. Die in London geführten **Vorverhandlungen für die Anleihe** sind so weit gediehen, daß **Finanzminister Dr. Luther**[15] sich voraussichtlich am nächsten **Mittwoch** nach **London** begeben wird, um die Verhandlungen zu einem gewissen Abschluß zu bringen. Die Uebernahme dieser Anleihe ist gewiß eine Belastung für Deutschland, sowohl nach dem Ausgabekurs wie nach der Höhe der Zinsen, die wir zu zahlen haben. Aber wir wollen dabei eins nicht vergessen, was auch von amerikanischen Bankiers betont worden ist. Was uns während des Krieges vielleicht **am meisten gefehlt** hat, das war die **Interessenverflechtung der Weltbanken** mit dem Deutschen Reiche. Eine große Anleihe, die während des Krieges aufgenommen worden wäre, hätte eine große Armee für Deutschland geschaffen, die ein Interesse daran hatte, daß der Krieg günstig für uns

[15] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP). – Zu den schwierigen Verhandlungen für eine Anleihe in London, die bisher von Reichsbankpräsident Schacht geführt wurden, vgl. LUTHER S. 303.

ausging (lebhafte Zustimmung). Wir kämpfen nicht mehr im Kriege, aber wir haben immer noch eine starke Propaganda gegen uns. Wenn jetzt Zehntausende veranlaßt werden, eine Anleihe für Deutschland zu zeichnen, dann wird der Einfluß zu unseren Gunsten ein ganz anderer sein. Denn alle diese Anleihezeichner haben ein lebhaftes Interesse daran, daß man Deutschland in Ruhe läßt. Sie werden einer Propaganda, die Deutschland schädlich sein soll, ganz anders gegenüberstehen, als es bisher in der Welt der Fall war. Und diejenigen, die die Verpflichtung haben, für die Verzinsung der Anleihe zu sorgen, werden darüber wachen, daß Experimente, wie wir sie im **Ruhrkampf** erlebt haben, die deutsche Wirtschaft **nicht wieder** von neuem stören. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir haben in London weiter die Aufgabe in Angriff genommen, **die Räumung des Ruhrgebietes** zu sichern. Ich darf darauf hinweisen, daß die **Erklärungen**, die **der englische Ministerpräsident**[16] während der Londoner Verhandlungen über diesen Punkt abgegeben hat, von ganz besonderer außenpolitischer Bedeutung sind. Man kann gewiß sagen, es fehle ihnen die sofortige praktische Auswirkung. Aber wenn Macdonald erklärte, daß die Ruhrbesetzung rechtswidrig sei und deshalb die Räumung zu erfolgen habe, daß nicht der geringste Grund vorliege, das sogenannte Sanktionsgebiet[17] Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort noch weiter besetzt zu halten und wenn er die Erklärung Frankreichs und Belgiens, daß die Räumung innerhalb Jahresfrist erfolgen solle, zur Kenntnis der Konferenz brachte und damit den Akten einverleibte, so ist das alles doch **mehr als eine moralische Deklaration.** (Lebhafte Zustimmung.) Erinnern wir uns doch daran, wie sehr wir während des Krieges darunter zu leiden hatten, daß alle gegen Deutschland eingenommen waren. Wenn jetzt eine mit Frankreich verbündete Macht erklärt, daß die Besetzung der Ruhr rechtswidrig sei, dann ist das doch für die deutsche Regierung bei ihrem Kampfe für die Beschleunigung der Räumung eine wertvolle Unterstützung.

Wir haben Einschränkungen unserer Souveränität nun auch auf volkswirtschaftli-

---

[16] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929 – 1935. – In der Schlußsitzung der Londoner Konferenz am 16. August 1924 hatte MacDonald seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien eine Verständigung über die militärische Räumung des Ruhrgebiets innerhalb von zwölf Monaten erzielt worden sei (vgl. LONDONER KONFERENZ S. 73).

[17] Nach der Ablehnung des Londoner Ultimatums im Mai 1921 durch die Reichsregierung besetzten französische Truppen in Erweiterung des durch den Versailler Vertrag vorgesehenen Besatzungsgebietes die „Sanktionsstädte“ Düsseldorf und Duisburg incl. des Hafens Ruhrort. Diese Besatzung behielten sie auch nach der Annahme des Ultimatums durch die Reichsregierung bei. – Am Rande der Londoner Konferenz hatte Herriot zugesichert, auch diese Gebiete räumen zu lassen. – Vgl. dazu den Briefwechsel zwischen Herriot, Hymans, MacDonald und Marx vom 16. August 1924 (ebd., S. 255–257).

chem Gebiete auf uns nehmen müssen. Aber auch hier soll man nicht übertreiben. Wir haben jetzt Mitteilungen erhalten über die Zusammensetzung des **Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft[18].**

Wie verschieden ist dieser Verwaltungsrat von dem Zerrbild, das man während des Wahlkampfes den Wählern vorgehalten hat. Der Verwaltungsrat besteht aus vierzehn Deutschen und vier Vertretern der Gläubigerstaaten. Da der Verwaltungsrat mit Mehrheit entscheidet, so ist damit auch das eine gegeben, daß die **Verwaltung der Reichsbahn** in **deutscher** Hand bleibt und in **deutschem Sinne geleitet** wird, wie bisher. (Lebhafter Beifall.) Was wir zugegeben haben, ist das eine, daß die Ueberschüsse der Eisenbahn als Pfand für die Zinszahlung zu gelten haben. Gewiß ist auch ein Eisenbahnkommissar[19] eingesetzt. Aber große Befugnisse seiner Stellung beginnen erst wirksam zu werden, wenn etwaige Ausfälle der Eisenbahneinnahmen nicht aus anderer Quelle gedeckt werden, und es müßte eine erbärmliche Regierung sein, die das nicht unter allen Umständen verhindert. So wird es auch bei der Reichsbank sein. Auch hier ist die deutsche Führung in der Verwaltung gesichert[20]. Aus den Mitteilungen, die wir aus London über das Fortschreiten der Anleiheverhandlungen erhalten haben[21], geht hervor, daß es gelingen wird, auch außer der Anleihe selbst **der deutschen Wirtschaft ausländische Kredite in höherem Maße** als bisher zuzuführen. Diese Kredite werden in ihrer praktischen Wirkung vielleicht noch bedeutsamer sein, als die Anleihe selbst. Von der Gegenseite wird uns immer vorgehalten, ihr habt das große Instrument der deutschen Wirtschaft, und dieses Instrument ist unzerstört. Was uns aber bisher fehlte, das war der Motor, die Antriebskraft dieses Instrumentes. Wenn es nun gelingt, durch eine internationale Verständigung und durch eine **finanzielle Verständigung** die Antriebskraft zu schaffen, dann werden erst die vollen Auswirkungen der Londoner Abmachungen sichtbar werden. Gleichzeitig wird man sich aber auch darüber klar sein: Wären die **Londoner Konfe-**

---

[18] Gemeint ist die Zusammensetzung des Verwaltungsrats der Reichsbahn, die in Erfüllung des Dawes-Plans als Pfand für die deutschen Reparationsverpflichtungen in eine Aktiengesellschaft unter internationaler Beteiligung umgewandelt worden war. – Zur personellen Zusammensetzung vgl. SCHULTHESS 65 (1924), S. 84–85; zur ersten Sitzung vom 27. September 1924 vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 462 vom 28. September 1924.

[19] Zum Reichsbahnkommissar war der französische Ingenieur und Eisenbahnsachverständige Gaston Leverve (1873–1945) ernannt worden.

[20] Die Reichsbank wurde im Vollzug des Dawes-Plans zu einer von der Reichsregierung unabhängigen Einrichtung umgebildet, deren Generalrat zur Hälfte mit Nichtdeutschen besetzt war; der Reichsbankpräsident sollte jedoch aus der Reihe der deutschen Mitglieder des Generalrats kommen. Zum Stand der Personalfragen vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1037–1038 mit Anm. 10.

[21] Vgl. oben mit Anm. 15.

renzen mißlungen, dann wären auch alle Bestrebungen, die deutsche Industrie wieder in Gang zu bringen, gescheitert und dann hätten wir einen Winter vor uns, wie wir ihn schlimmer bisher noch nicht erlebt haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Ein anderer Gesichtspunkt steht damit in Zusammenhang. Im Anfang des nächsten Jahres hört die Periode auf, in der wir gezwungen waren, **einseitige Meistbegünstigungen** zu gewähren[22]. Die Handelsvertragsverhandlungen sind infolgedessen in Gang gekommen[23]. Wir werden dabei Rücksicht darauf zu nehmen haben, daß wir die Leistungen aus dem Sachverständigengutachten nur dann übernehmen können, wenn wir einigermaßen unsere **alte Stellung auf dem Weltmarkt** durch die **Ausfuhr von Gütern** wiedererlangen. Wir dürfen uns deshalb nicht auf den Weg drängen lassen, den die Anhänger des Hochschutzzolles gehen wollen. Wir brauchen den **alten Wettbewerb der freien Kräfte.** Nur diesem Wettbewerb hatten wir die Stellung zu verdanken, die wir früher auf dem Weltmarkt eingenommen haben. (Lebhafter Beifall.) Auf der Basis eines maßvollen Zollsystems werden wir bestrebt sein müssen, Handelsverträge abzuschließen. (Lebhafter Beifall.)

Wenn die Wirtschaftsfesseln gefallen sind, die der Versailler Vertrag uns auferlegte, so hört die Periode der Einseitigkeit auf. Hoffentlich finden dann auch jene Bestrebungen ihr Ende, von denen man sagen kann, daß sie sich nicht nur gegen das freie Rühren unserer Kräfte, sondern auch **gegen Recht und Billigkeit** richten. Wir stehen in Verhandlungen darüber, ob wir dem Auslande gestatten sollen, Deutschland mit Flugzeugtypen zu überfliegen, deren **Bau uns verboten** worden ist[24]. Ich glaube, daß wir auch hier auf Gleichberechtigung sehen müssen und daß wir bei dem Fluge über Deutschland nur die Verwendung solcher Flugzeuge gestatten können, die **wir selbst bauen** dürfen[25]. Das entspricht allein dem Grundsatz des „Fair play“. Was wir auf diesem Gebiete der Welt zu geben haben, das hat **die Großtat des Zeppelinfluges[26]** über Deutschland gezeigt (stürmischer Beifall). Nachdem die

---

[22] Der Versailler Vertrag schrieb in Art. 264–280 vor, daß Deutschland den Siegermächten fünf Jahre lang, also bis zum 10. Januar 1925, einseitig Meistbegünstigung im Handel gewähren müsse (VERTRAG VON VERSAILLES S. 137–143).

[23] Zu den Verhandlungen mit Großbritannien und Frankreich vgl. die Kabinettssitzung vom 25. September 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1068–1070).

[24] Vgl. dazu zuletzt den Erlaß von Staatssekretär Maltzan an die Botschaften in London und Rom vom 30. August 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 138–139).

[25] Zur Frage der Überflugrechte von Flugzeugen der Siegermächte, die seit Juli 1924 insbesondere mit Großbritannien erneut kontrovers diskutiert wurde, vgl. den Artikel in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 336 (Morgenausgabe) vom 17. Juli 1924, sowie den Bericht Sthamers an das Auswärtige Amt vom 7. August 1924 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S.27–29.

[26] Die amerikanische Regierung hatte als Kriegsentschädigung und auf Reparationskonto die deutsche Lieferung eines Großluftschiffes gefordert, das als LZ 126 seit 1922 in Friedrichshafen am Bo-

Londoner Abmachungen eine Entspannung gebracht haben, hört man auf der Gegenseite die Mahnung: Wollt ihr denn nun nicht aufhören, euch gegen den **Geist des Versailler Vertrages** zu wenden? Die so sprechen, wissen wohl zu wenig, was dieser Geist uns auferlegt. Wenn wir das größte Luftschiff der Welt bauen, nicht für uns, sondern für andere, auf Reparationskonto, so ist das doch schon eine starke seelische Belastung, von der ich nicht weiß, ob viele andere Völker sie ertragen würden. Wenn man aber dann noch verlangt, daß die Werft zerstört werden soll, in der das Schiff gebaut wurde, so geht das **über das hinaus, was man einem Volke seelisch zumuten kann** (stürmischer Beifall). Wenn der Völkerbund sich bewähren will, so hat er hier die beste Gelegenheit, sich dafür einzusetzen, daß es einem Volke **nicht verwehrt** wird, weiter dem **Fortschritt der Menschheit** zu dienen. Dann wäre der Großkreuzer der Luft nicht nur ein Brecher des Rekords, sondern auch ein **Brecher des Völkerbundhasses** (lebhafte Zustimmung).

Ich komme damit auf die Stellung, die Deutschland zu dem **Völkerbund** einnimmt. Vielleicht ist es nur wenigen bekannt, daß Deutschland schon einmal einen Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund gestellt hat, und zwar bei den Verhandlungen des Versailler Vertrages[27]. Die Alliierten haben damals den Antrag abgelehnt. (Hört, Hört!) Es wäre doch auch interessant, die Tatsache bei den gegenwärtigen Betrachtungen zu erwähnen. Wenn Deutschland seither den Antrag nicht erneuert hat, so lag das in der ganzen Situation. Wir hatten bisher keinen Grund zu der Annahme, daß wir ein willkommener Gast im Völkerbund sein würden. Hat doch auch Herriot[28] zuvor dem französischen Parlament erklärt, die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund werde erst spruchreif sein, wenn die **Reparationsfrage erledigt** sei. In diesem Sinne ist denn auch ganz logisch während der 14 Tage unseres Aufenthaltes in London die Frage nicht erörtert worden. Die Streitfrage, ob während des Besu-

---

densee gebaut wurde; am 27. August 1924 fand die erste Testfahrt des Zeppelins über Deutschland statt (VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 408 [Morgenausgabe] vom 28. August 1924), der weitere Testfahrten folgten (vgl. etwa den ausführlichen Bericht über den abschließenden großen Rundflug über Deutschland: ebd., Nr. 459 [Abendausgabe] vom 26. September 1924; sowie die Impressionen eines mitreisenden Journalisten: ebd., Nr. 460 [Morgenausgabe] vom 27. September 1924).

[27] In den deutschen Gegenvorschlägen vom 29. Mai 1919 zu den alliierten Friedensbedingungen hatte Deutschland seine Abrüstung angeboten unter der Voraussetzung, daß es gleichberechtigtes Völkerbundsmitglied werde; dies hatten die Siegermächte am 16. Juni 1919 zurückgewiesen (vgl. URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 467–469).

[28] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925, 19.–21. Juli 1926 u. 1932; zugleich Außenminister 1924–1925. – Nachfolgend bezieht sich Stresemann vermutlich auf Herriots Regierungserklärung vor der Abgeordnetenkammer vom 17. Juni 1924 (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 230–233; die betr. Passage: S. 232).

ches der deutschen Delegation bei Lord Parmoor[29] die Völkerbundfrage berührt wurde, hat inzwischen eine Erledigung gefunden, die durchaus den **Erklärungen der deutschen Delegation** entspricht. Auch Lord Parmoor selbst hat das in ritterlicher Weise zugegeben. Die deutsche Delegation hat zu dieser Frage nur Stellung genommen, weil man in Deutschland ihre Aussage als unglaubwürdig hinstellte. Als sich die Erklärung der deutschen Delegation noch im Gegensatz zu anderen Aussagen befand, hielten es gewisse Kreise in Deutschland für selbstverständlich, daß die deutsche Regierung die Unwahrheit sagte und die anderen Recht hatten. (Lebhafte Entrüstung.) Ein solches Verhalten ist parlamentarisch nicht zu kennzeichnen. (Stürmische Zustimmung.)

Sachlich betrachtet war der Zwischenfall nicht wesentlich. Von großer politischer Bedeutung war dagegen **die Rede Macdonalds in Genf[30].** Das war ein neues Moment. Der englische Ministerpräsident machte, für uns unerwartet, Ausführungen, die unmittelbar an uns die Einladung richteten, in den Völkerbund einzutreten. Das war ein **Nachhall von London.** Es war ein anderer Ton als der, in dem man sonst von Deutschland sprach. Ich bin schon während der Zeit, als ich Reichskanzler war[31], dazu gedrängt worden, die Initiative zum Beitritt Deutschlands in den Völkerbund zu ergreifen. Ich habe mich aber stets auf den Standpunkt gestellt, daß man den **richtigen psychologischen Moment** abwarten müsse. Diese Auffassung hat sich als

---

[29] Charles Alfred Cripps, Baron Parmoor (1852–1941), britischer Lordpräsident des Kronrats 23. Januar – 4. November 1924 u. 8. Juni 1929 – 1931; Delegierter zum Völkerbundsrat und zur Völkerbundsversammlung 1924. – Die drei deutschen Hauptdelegierten zur Londoner Konferenz (neben Stresemann Reichskanzler Marx und Reichsfinanzminister Luther) und der deutsche Botschafter Sthamer waren am 10. August 1924 „aufs Land zum Besuch von Lord Parmoor“ gefahren (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1293). Zum Inhalt des betreffenden Gesprächs vgl. das Telegramm Stresemanns an das Auswärtige Amt vom 11. September 1924 (ebd., Anm. 28). Stresemann hatte in seiner Rede in einer Pressekonferenz am 12. September 1924 (vgl. diese Edition) dargelegt, daß anläßlich dieses Frühstücks Parmoor nicht die Frage des deutschen Völkerbundsbeitritts aufgeworfen habe; in der sozialdemokratischen Presse waren jedoch Äußerungen Parmoors zitiert worden, wonach bei diesem Frühstück sehr wohl das Thema besprochen worden sei. Parmoor hatte schließlich Stresemann in einem Schreiben vom 18. September 1924 versichert, daß die Darstellung des Außenministers zutreffend sei (zum ganzen Vorgang vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 573–576).

[30] MacDonald hatte in seiner Rede vor der Völkerbundsversammlung am 4. September 1924 auf die dringende Notwendigkeit der deutschen Mitgliedschaft im Völkerbund gedrungen und dabei den Ausdruck vom „leeren Stuhl“ (in anderen Übersetzungen: „mit jenem leeren drohenden Sitz in unserer Mitte“) verwendet (Text u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 421 [Abendausgabe] vom 4. September 1924; in Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21548 [Morgenausgabe] vom 5. September 1924, S. 3–4; Paraphrase in SCHULTHESS 65 [1924], S. 455–456 und Auszug in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 474–473.

[31] Stresemann leitete als Reichskanzler die Reichsregierung vom 13. August bis zum 23. November 1923; bis zum 30. November 1923 blieb er mit seinem Kabinett geschäftsführend im Amt. – Zu den verschiedenen Aufforderungen zum Völkerbundsbeitritt vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 76, Anm. 6.

richtig erwiesen. Das Wort Macdonalds von **dem leeren Stuhl** wäre nicht gesprochen worden, wenn wir uns in den Völkerbund gedrängt hätten. (Lebhafte Zustimmung.)

Der englische Ministerpräsident hat noch zwei ganz andere wichtige Punkte berührt. Er hat davon gesprochen, daß der Fehler, den der Völkerbund **bei der Entscheidung in Oberschlesien**[32] gemacht habe, viel zu der Kritik beigetragen habe, die an ihm geübt werde. Er hat dazu später eine Erklärung abgegeben. Aber man wird sich doch daran erinnern dürfen, daß nach der Entscheidung über Oberschlesien eine Erklärung **hervorragender englischer Politiker** erschien, die gegen diese Entscheidung Einspruch erhob[33]. Unter den Unterzeichnern befanden sich **Macdonald** und **Lord Parmoor.** Es hatte also doch einen tieferen Grund, wenn Macdonald in Genf diesen Punkt berührt hat. Weiterhin sprach er von der Schwierigkeit, die Ursachen eines Krieges festzustellen. Er meinte, man könnte vielleicht erst **nach fünfzig Jahren** ein richtiges Urteil darüber abgeben. Wir mir scheinen will, hat Macdonald dabei an gewisse Artikel des Versailler Vertrages gedacht[34].

Die Rede, die Herriot am nächsten Tage gehalten hat[35], war auf einen etwas anderen Ton gestimmt. Gewiß hat auch der französische Ministerpräsident den **Gedanken des Hasses** gegen Deutschland weit **von sich gewiesen,** aber er hat doch auf der Anwendung des Artikel 1, 8 und 9 des Völkerbundsstatutes[36] bestanden und erklärt, daß es für Deutschland **keine Ausnahmen und keine Vorzugsbehandlung** geben dürfe. Das kann nur so verstanden werden, daß Deutschland, wenn es in den Völkerbund eintreten will, den Weg beschreiten soll, der auch für andere Nationen vorgeschrieben ist. Und gegenüber dieser Lage, wie sie sich aus der Tagung des Völkerbundes in Genf ergibt, und gegenüber dem heißen Drängen deutscher Kreise auf den Eintritt in den Völkerbund, will ich über die grundsätzliche Haltung der Reichsregierung einiges sagen.

---

[32] Der Oberste Rat der Siegermächte hatte 1921 nach vorangegangener Volksabstimmung und nach einem Schiedsspruch des Völkerbundsrates verfügt, daß Oberschlesien geteilt werde, womit der östliche Teil an Polen ging (vgl. URSACHEN UND FOLGEN IV, S. 65–66; AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 5, S. 318–322).

[33] Die betreffende Erklärung konnte nicht ermittelt werden.

[34] Stresemann bezieht sich hier auf Art. 231 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 106), der Deutschland und seinen Verbündeten die alleinige Schuld am Kriegsausbruch zusprach.

[35] Zur Rede Herriots vor der Völkerbundsversammlung vom 5. September 1924 vgl. SCHULTHESS 65 (1924), S. 456–457.

[36] Die Satzung des Völkerbundes, die als Art. 1–26 in die Pariser Vorortverträge integriert ist (Text u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES S. 9–19), regelt in Art. 1 u.a. die Aufnahme neuer Mitglieder und in Art. 8 u. 9 die Verpflichtung zur Abrüstung.

Die russische Zeitung „Isvestija[37]“ vertritt in der Beurteilung des Völkerbundes das eine Extrem. Sie spricht von dem Imperialismus dieses Bundes und erklärt, daß sich Rußland niemals zum Trabanten eines solchen Bundes hergeben könne. Der „Temps“[38] vertritt das andere Extrem. Er erklärt, daß Deutschland den Völkerbund aufsuche, weil es dort das internationale Milieu vorfinde, um gegen den Versailler Vertrag zu arbeiten. Wir werden uns weder die russische noch die französische Zeitung zum Vorbild nehmen, sondern lediglich zu prüfen haben, ob sachliche Gründe für unseren Eintritt in den Völkerbund oder für unser Fernbleiben sprechen. Wenn irgend eine Frage **keine Parteifrage** ist, dann ist es diese. (Lebhafte Zustimmung.) Welche sachlichen Gesichtspunkte sind für uns bestimmend? Für Deutschland ist die **Frage der Minderheiten[39]** eine der wichtigsten Fragen. Bisher war es bei den Verhandlungen des Völkerbundes über die Minderheiten immer so, daß wir wohl das Recht hatten, zu plädieren. Wenn aber das Richterkollegium beriet und seinen Spruch fällte, dann waren wir ausgeschlossen. Ebenso erging es uns bei den Fragen des **Saargebietes[40].** Und hier handelt es sich um Fragen, die ganz wesentlich für die Entscheidung sind, die einmal über die Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland bestimmen soll. Das alles sind Fragen, die uns aufs tiefste berühren. Dort Volksgenossen, die vom Deutschen Reiche ausgeschlossen sind, hier solche, die von uns getrennt leben müssen. Auch die Rüstungskontrolle ist von großer Bedeutung. Denn die deutsche Abrüstung war ja nicht lediglich als die Entwaffnung Deutschlands gedacht, sondern als der erste Schritt zu einer allgemeinen Abrüstung[41].

So finden wir uns überall im Bannkreis von Problemen, die uns auf das dringends-

---

[37] Der betr. Artikel konnte nicht ermittelt werden; zu den deutsch-sowjetischen Meinungsunterschieden über einen möglichen deutschen Völkerbundsbeitritt vgl. jedoch die Stellungnahme der sowjetischen Regierung, die Geschäftsträger Radowitz am 23. September 1924 telegraphisch übermittelt hatte (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 217) sowie die Aufzeichnung Stresemanns vom 26. September 1924 über ein Gespräch mit dem sowjetischen Geschäftsträger Brodowski (ebd., S. 219–220).

[38] Stresemann bezieht sich auf den Leitartikel in LE TEMPS, Nr. 23055 vom 24. September 1924, S. 1.

[39] Der Völkerbund war beauftragt, die Einhaltung der Minderheitenschutzverträge zu überwachen, die von einigen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas – zeitgleich mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags – im Rahmen der Pariser Friedensverhandlungen 1919 mit den Siegermächten des Weltkriegs abgeschlossen worden waren, darunter – für Deutschland am wichtigsten – der Vertrag Polens mit den Siegermächten vom 28. Juni 1919 (Text u.a. in COLLIARD S. 391–195).

[40] Das Saargebiet wurde durch den Versailler Vertrag auf 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt; das Eigentum an den dortigen Kohlengruben ging an Frankreich über. Einzelheiten der Regierung und Verwaltung des Saargebiets („Saarstatut“) waren ebenfalls im Vertrag geregelt.

[41] Teil V des Versailler Vertrags, in dessen einzelnen Artikeln die deutsche Abrüstung geregelt ist, begründete diese Abrüstungsverpflichten damit, daß sie die „Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen“ ermöglichen solle (VERTRAG VON VERSAILLES S. 82).

te angehen. Und so entsteht die Frage, ob es für uns nicht besser wäre, an den Verhandlungen und an den Entscheidungen über diese **Dinge selbst teilzunehmen** und wenigstens den Versuch zu machen, ob wir nicht eine Mehrheit für unsere Auffassung gewinnen können. Aus diesem Grunde haben wir uns auf den Standpunkt gestellt, daß es grundsätzlich richtig ist, sich **für den Völkerbund** zu entscheiden. Dabei hat sich das Reichskabinett **in voller Einmütigkeit** entschieden[42]. Wir sind uns im Kabinett vollkommen einig, daß es grundsätzlich richtig ist, dem Völkerbunde beizutreten, daß aber Deutschland nicht durch eine Nebentür, sondern nur als Hauptmacht in den Völkerbund eintreten kann. (Stürmischer Beifall.) Wir haben die Völkerbundssatzungen[43] nicht geschaffen und sind nicht verantwortlich dafür, daß den vier Großmächten gestattet worden ist, einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat einzunehmen[44]. So lange es aber solche ständigen Sitze gibt, so lange müssen wir auch für Deutschland in Anspruch nehmen, daß man ihm einen solchen Sitz gewährt.

Es dürfen uns nicht Bedingungen zugemutet werden, die entweder undurchführbar sind wegen der Entwaffnung des deutschen Volkes, oder die uns außenpolitische Erklärungen zumuten, die gegen unsere Ehre gehen. Um kein Mißverständnis über diese Auffassungen aufkommen zu lassen, daß lediglich der eingetretenen Entspannung entgegentreten könnte, haben wir diese Auffassung in einem Memorandum niedergelegt[45], das den am Völkerbundsrat beteiligten Regierungen übergeben werden wird, von deren Antwort unsere endgültige Stellungnahme abhängen wird, von der ich aber hoffe, daß sie zur Bejahung der Mitarbeit im Völkerbund führen wird. Dabei möchte ich noch bemerken, daß die im „Vorwärts“[46] erwähnten sieben Bedingungen Deutschlands nur in der Phantasie der Verbreiter solcher Nachrichten bestehen.

---

[42] Vgl. dazu die Protokolle des Ministerrats vom 23. September 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1050–1062; der Redebeitrag Stresemanns auch in dieser Edition).

[43] Vgl. oben mit Anm. 36.

[44] Die Satzung (vgl. oben mit Anm. 36) sah in Art. 4 für die Zusammensetzung des Völkerbundsrates vor, daß dort neben den „Hauptmächten“ (Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan) als ständigen Mitgliedern (ursprünglich) vier weitere, durch die Bundesversammlung für eine beschränkte Zeit gewählte Staaten repräsentiert wären; der Bundesversammlung stand es jedoch zu, weitere ständige Mitglieder zu bestimmen.

[45] Das betr. Memorandum war am 25. September 1924 in einer Ministerbesprechung genehmigt worden; am gleichen Tag gab Stresemann den Auftrag, den Text den Botschaftern bei den Mitgliedern des Völkerbundrates zu übersenden mit der Weisung, es am 29. September 1924 zu überreichen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1065 u. Anm. 2–3). – Text des Memorandums in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 476–478 (dort fälschlich auf den 24. September 1924 datiert); SCHULTHESS 65 (1924), S. 85–87.

[46] Der betr. Artikel konnte nicht ermittelt werden.

Und nun zur **inneren Politik.**

Die Regierung ruht auf einer schmalen Basis. Sie ist eine ausgesprochene Minderheitsregierung[47]. Das hat sich bisher weniger bemerkbar gemacht, weil die großen außenpolitischen Entscheidungen die Fragen der inneren Politik zurückgedrängt haben. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß diese Situation zu Ende ist, wenn der Reichstag wieder zusammentritt[48]. Von den vier Möglichkeiten – Erweiterung nach links, weiteres Bestehen der Regierung mit wechselnden Mehrheiten, Erweiterung nach rechts und Auflösung – sind die beiden ersten so gut wie ausgeschlossen. Die Stellung der Deutschen Volkspartei zu diesen Fragen hat in der Erklärung des Vorstandes der Reichstagsfraktion[49] ihren Ausdruck gefunden. Ich betrachte die Erklärung als sehr glücklich. Sie bringt das eine zum Ausdruck, daß wir festhalten müssen an dem, was in den Satzungen der Deutschen Volkspartei[50] festgelegt ist: An der Zusammenfassung aller Kräfte des Volkes. Das ist das Ideal, nach dem wir streben. Es ist bedauerlich, wenn man die Erweiterung der Regierung, die angestrebt wird, als den „Bürgerblock“ bezeichnet hat. Diese Bezeichnung ist nicht richtig nach der sozialen Seite hin. Wir wünschen auf sozialem Gebiete durchaus nicht, zwischen dem Bürger und dem Arbeiter Gegensätze festzulegen. Je eher es möglich ist, diese Gegensätze vollständig zu überwinden, um so eher werden wir **ein nationales Deutschland** haben. (Stürmische Zustimmung.) Es war einer der größten Fehler des kaiserlichen Deutschland, daß es so wenig praktische Fortschritte nach dieser Richtung gemacht hat.

Auch ein zweites muß ich ablehnen. Wir dürfen uns nicht etwa darauf festlegen, daß es ausgeschlossen sein soll, mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen. Das wäre töricht. Wir wissen nicht, was die Zukunft bringt und ob nicht Zeiten kommen

---

[47] Das Kabinett Marx II konnte sich mit seinen Ministern aus Zentrum, DVP und DDP zuverlässig lediglich auf deren drei Fraktionen und damit auf ein knappes Drittel der Reichstagsabgeordneten stützen.

[48] Der Reichstag war am 30. August auf den 15. Oktober 1924 vertagt worden, wobei dessen Präsidenten überlassen worden war, ihn früher oder später einzuberufen, wenn die Umstände es erfordern würden (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 1150).

[49] Der Vorstand der Reichstagsfraktion hatte Reichskanzler Marx am 24. September 1924 eine Entschließung übergeben, in der er als seine leitenden Ideen „die innere Konsolidierung auf gemeinsamer außenpolitischer Grundlage“ und „die Herbeiführung der Volksgemeinschaft“ formulierte und zu deren Umsetzung auf die Einbeziehung der DNVP in die Regierung drängte (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 593; der Text der Entschließung u.a.: VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 458 [Morgenausgabe] vom 26. September 1924; ZEIT, Nr. 227 vom 26. September 1924).

[50] Stresemann bezieht sich auf die Satzungen der DVP vom 13. April 1919 und vom 1. Dezember 1921 (synoptische Übersicht in NATIONALLIBERALISMUS I, S. 1262–1272) sowie auf das Grundsatzprogramm der DVP, das am 19. Oktober 1919 in Leipzig beschlossen wurde (Text u.a. ebd., S. 1273–1284).

werden, in denen wir alle Parteien brauchen. Es kommt nicht auf die dogmatische Einstellung an, sondern darauf, ob die Parteien **dem Vaterlande praktisch nutzen** können. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb müssen wir es ablehnen, die Sozialdemokratie in eine hemmungslose Opposition zu stoßen. Es wäre aber derselbe verhängnisvolle Fehler, wenn wir die Deutschnationalen zu einer hemmungslosen Opposition treiben wollten.

Man muß sich bei der Zusammensetzung der Regierung nach der gegebenen Lage und nach den Möglichkeiten der Konstellation richten. Wenn man das Schaukelpolitik nennt, dann möge man einmal nachlesen, nach welchen Grundsätzen Bismarck[51] regiert hat. Mit dem Grundsatz der Unwandelbarkeit in der Politik steht man nicht an seinem Grabe, sondern an dem Eugen Richters[52]. Die Deutsche Volkspartei war stets bereit, mit denjenigen Parteien zusammenzuarbeiten, die sich zur Mitarbeit bereit erklärten und keine Partei hat für diesen Grundsatz so große Opfer gebracht wie wir.

Sie arbeitet noch heute in **Preußen** und in **Sachsen**[53] mit der Sozialdemokratie zusammen und wird sich nicht auf den Weg drängen lassen, dieses Zusammenarbeiten prinzipiell abzulehnen.

Die Bewältigung der großen Probleme, die vor Jahresfrist vor Deutschland standen, erforderte diese Zusammenarbeit, die eine **schwere Belastung für die beiden Flügelparteien** ergab, eine Belastung, bei der die **Sozialdemokratie die Probe nicht bestanden** hat, indem sie aus der Koalition ausschied wegen der Wirkung von Maßnahmen auf ihre Wählerschaft, bei denen sie selbst entscheidend mitgewirkt hatte[54]. Die Folgen dieser Politik haben sich naturgemäß ausgewirkt und im Zusammenhang mit dem Ergebnis der letzten Wahlen auch zu **neuer Einstellung der Parteien** geführt. Daher darf bei der gegenwärtigen Situation doch nicht verkannt werden, daß die **Forderungen der Deutschnationalen Partei** nicht dieselben sind wie

---

[51] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[52] Eugen Richter (1838–1906), Mitglied im Reichstag des Norddeutschen Bundes bzw. des Deutschen Reiches 1867–1906 (für die Fortschrittspartei bzw. die Freisinnige Volkspartei).

[53] In Preußen regierte seit dem Herbst 1921 eine Große Koalition unter Einschluß der DVP, in Sachsen seit Januar 1924 eine Koalition aus SPD, DDP und DVP.

[54] Die Reichstagsfraktion der SPD hatte ihr Verbleiben in der Großen Koalition in einem Forderungskatalog vom 31. Oktober 1923 u.a. davon abhängig gemacht, daß der militärische Ausnahmezustand aufgehoben werde, daß gegen den bayerischen Verfassungsbruch offen vorzugehen sei und daß die Reichsexekution gegen Sachsen nicht weiter durch die Reichswehr, sondern nur durch die Zivilgewalt betrieben werde (Text des Beschlusses in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 501). Da die übrigen Minister der Reichskabinetts die Forderungen der SPD ablehnten (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 944–947), erklärten die SPD-Minister Schmidt, Radbruch und Sollmann am 2. November 1923 ihren Austritt aus dem Kabinett (ebd., S. 954).

diejenigen, die sie im ersten Triumphgefühl über den errungenen Wahlsieg[55] erhoben hat. Damals verlangte sie die unbedingte Führung, die Einstellung der Politik auf ihre Anschauungen, die bezüglich des Sachverständigen-Gutachten damals im völligen Gegensatz zu der Regierungsauffassung standen. Jetzt ist durch die Abstimmung über das Sachverständigen-Gutachten[56] doch zwischen einer großen Anzahl von Mitgliedern der deutschnationalen Reichstagsfraktion und den Regierungsparteien eine **Uebereinstimmung** erfolgt über die Notwendigkeit der Annahme des Gutachtens. Die Tatsache, daß das Sachverständigen-Gutachten angenommen worden ist, ist die **Grundlage der heutigen Außenpolitik.** Seine loyale Durchführung ist ein Erfordernis des Ansehens des Reiches gegenüber den eingegangenen Verpflichtungen. Stellt sich die Deutschnationale Volkspartei auf den Boden der außenpolitisch gegebenen Tatsache, so wäre es aber falsch, ihre Mitwirkung von den Regierungsgeschäften auszuschließen.

Ich halte diese Mitwirkung für wünschenswert **zur Konsolidierung der innerpolitischen Verhältnisse.**

Gerade wer den heutigen Staat und die Staatsform, die unbeschadet der prinzipiellen Einstellung des einzelnen die Grundlage für eine gedeihliche Entwicklung des Reiches ist, stärken will, der muß wünschen, daß nicht große Parteien **außerhalb der Verantwortung** für den Staat stehen. Da, wo die Deutschnationale Partei in einzelnen Ländern am Staat mitwirkt, wie es z.B. in **Bayern** und **Württemberg** der Fall ist[57], hat die Regierungspolitik gerade in den großen außenpolitischen Entscheidungen nicht Befehdung, sondern Unterstützung erfahren. Für die Innen- und Außenpolitik ist deshalb die Mitwirkung und Mitverantwortung der Deutschnationalen ersprießlicher als das Hinabstoßen der Deutschnationalen in eine dann wohl eintretende hemmungslose Opposition, die gerade im Ausland zu der Auffassung geführt hat, als wenn die außerhalb des Staates stehenden Kräfte stärker waren als der Staat selbst. Von diesen Gesichtspunkten hat sich die Deutsche Volkspartei bei ihrer Entschließung leiten lassen.

Die Kundgebungen der letzten Zeit zeigen, daß die oft verkannte und bei den letz-

---

[55] Bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 hatte die DNVP mit 19,5% der Stimmen ihren Stimmenanteil gegenüber 1920 um mehr als ein Drittel gesteigert.

[56] Vgl. oben mit Anm. 13.

[57] In Bayern (seit 1920, dort als Landespartei unter dem Namen „Bayerische Mittelpartei“) und in Württemberg (seit Juni 1924, dort als Landespartei unter dem Namen „Württembergische Bürgerpartei“) war die DNVP in der Landesregierung vertreten bzw. stellte (in Württemberg) sogar den Staatspräsidenten.

ten Wahlen vom Volk mißdeutete **Politik der Deutschen Volkspartei** in immer weiteren Kreisen Verständnis findet. Es ist die Idee der **realen Machtpolitik** nach außen und der **Mitwirkung weitester Kreise** des Volkes am Staat nach innen. Es ist falsch, wenn der Ministerpräsident **Herriot** glaubt, uns innerpolitische Ratschläge geben zu müssen, und von uns verlangt, daß wir uns lossagen vom alten Deutschland[58]. Es kommt nicht darauf an, daß zwei Parteien in Deutschland sich gegenüberstehen, von denen die eine lediglich die Blicke zurückwendet und sich dem heutigen Staat verschließt und die andere zur Verachtung des einst Gewesenen auffordert. Wir wollen nicht den bewußten Gegensatz zwischen dem alten und dem neuen Deutschland. Unsere Aufgabe besteht darin, die **Brücke zu schlagen** von der **Vergangenheit** zur Gegenwart, um bei dem **Zusammenwirken aller wertvollen Kräfte** im Reich und in den einzelnen Ländern den Weg zum Wiederaufbau zu ebnen. (Stürmischer, immer wieder neu einsetzender Beifall.)[59]

[58] Stresemann bezieht sich möglicherweise auf die Regierungserklärung Herriots vom 17. Juni 1924 (vgl. oben mit Anm. 27) oder auf seine Rede vor der Völkerbundsversammlung vom 5. September 1924 (vgl. oben mit Anm. 35); in beiden Reden finden sich Passagen, die nicht dem Wortlaut, aber dem Sinn nach dem von Stresemann Wiedergegebenen entsprechen.

[59] Die Vorlage schließt den Beitrag über die Rede: „Justizrat Dr. Hallensleben, der die Versammlung mit Worten der Begrüßung und des Dankes an Dr. Stresemann eröffnet hatte, sprach ein kurzes Schlußwort.“

Rede auf der Kulturtagung der DVP in Berlin vom 11. Oktober 1924[1]

Nach ZEIT, Nr. 241 vom 12. Oktober 1924. – Leicht gekürzt auch in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 543–547.

Nicht die Wirtschaft, sondern die Politik ist das Schicksal eines Volkes. Dabei ist Politik das Streben nach Idealen, nicht reine Interessenvertretung. Die Verflachung deutscher Kultur im historischen Rückblick. Die Jugend braucht Sport und Bildung. Sie darf in ihrem nationalen Drängen nicht verführt werden.

Unser Vorsitzender[2] hat eben darauf hingewiesen, welche Bedeutung dieser Kulturtagung beiwohnt. Ich darf daran erinnern, daß wir einmal auf einer Tagung des Zentralvorstandes in Berlin[3] über diese Dinge gesprochen haben, und daß ich da in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Partei[4] den größten Wert darauf gelegt habe, daß einmal Klarheit geschaffen wird über die **kulturellen Ideale** unserer Partei.

Herr Heilmann[5] wies darauf hin, wie sehr man geneigt ist, in unserer Partei in erster Linie die Partei der Wirtschaft zu sehen. Ich glaube aber, wir können dieses Thema noch vertiefen. Es handelt sich dabei **gar nicht** um die **Frage einer Partei.** Wir begegnen weiten Anschauungen in unserem Vaterlande, die überhaupt die Meinung ausdrückt [!], daß die Wirtschaft die alleinige Aufgabe habe, den Wiederaufbau und den Wiederaufstieg unseres Vaterlandes in die Wege zu leiten. Ich darf Sie daran erinnern, daß ein Mann, der sicherlich hoch bedeutend war als Persönlichkeit, daß der verstorbene Herr Dr. Walter Rathenau[6] einmal den Ausspruch getan hat: „Die

---

[1] Der ausführliche Bericht in der Vorlage über die Tagung (die nach einem Zeitungsbericht wohl im „Festsaale des [preußischen] Landtages“ stattfand: VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 485 [Abendausgabe] vom 11. September 1924) paraphrasiert einleitend die der Rede Stresemanns vorangehenden Vorträge. Nachdem Stresemann auf der Tagung erschienen ist, heißt Tagungsleiter Hollmann ihn „herzlich willkommen und erteilt ihm sofort das Wort. Reichsaußenminister Dr. Stresemann führt aus:“

[2] Den Vorsitz bei der Tagung führte offenbar Ludwig Hollmann (geb. 1873), Mitglied des Preußischen Landtags 1921–1932 (für die DVP) und Vorsitzender des Schulausschusses der DVP.

[3] Stresemann bezieht sich vermutlich auf die Sitzung des Zentralvorstandes in Berlin am 18. April 1920 (vgl. NATIONALLIBERALISMUS I, S. 290–302).

[4] Stresemann war seit der Gründung im Spätjahr 1918 bis zu seinem Tod im Oktober 1929 Vorsitzender der DVP.

[5] So in der Vorlage; gemeint ist wohl „Hollmann“ (vgl. oben mit Anm. 2).

[6] Walther Rathenau (1867–1922), Reichsminister für Wiederaufbau 1921; Reichsaußenminister 1922. – Unter dem Titel „Die Wirtschaft ist Schicksal“ wurde eine Rede Rathenaus veröffentlicht, die er am 28. September 1921 vor dem Reichsverband der deutschen Industrie gehalten hatte. Vgl. auch

Wirtschaft ist unser Schicksal.“ Ich habe damals, als dieses Wort erschien, mich mit aller Energie **gegen diese Formulierung** gewandt. Ich halte sie falsch auf außenpolitischem Gebiete und ich halte sie auch falsch auf innenpolitischem Gebiete. Die Wirtschaft ist noch niemals das Schicksal eines Volkes gewesen. **Das Schicksal eines Volkes** war immer bestimmt durch die **Politik** im weitesten Sinne des Wortes. Es war bestimmt durch die Einstellung des Volkes zu den großen Ideen und Idealen, und von diesem seelischen Aufbau eines Volkes hängt es ab, ob es den Weg zum Wiederaufstieg findet oder nicht. Daß es dabei dafür sorgen muß, die Grundlagen materieller Entwicklung sicherzustellen, ist selbstverständlich. Man darf wohl das eine sagen: Die Wirtschaft allein ist nicht unser Schicksal. Aber kaum jemals waren die großen weltpolitischen Fragen so durchsetzt mit Fragen der Weltwirtschaft wie gegenwärtig. Vielleicht hängt damit das Ueberwiegen des Materiellen zusammen, das wir in unserer Gegenwart sehen.

Der einzelne Mensch muß sich fragen, wie denn die Staatsmänner die Dinge zu lenken gedachten, um nach dem Frieden von Versailles[7] und all dem, was der **Weltkrieg** mit sich gebracht hat, die aus den Fugen geratene Welt wieder in Ordnung zu bringen. Sie lesen von Weltwirtschaftskonferenzen, Sie lesen von den Problemen einer Währungsfrage, die eine Wirtschaftsfrage ist, und die alle Völker vor vollkommen neue Situationen gestellt hat, Sie lesen von der Reparationsfrage als derjenigen, von der die Lösung all dieser Dinge abhängt.

Und dazu kommt ein anderes. Wir sind in hohem Maße ein **Volk der organisierten Massen** geworden. Das mag sein Gutes haben, aber darin liegen auch unendlich viele Gefahren.

Was den **Niedergang unseres Parlamentarismus** betrifft, so ist dieser unzweifelhaft nicht erst seit dem neuen Deutschland, sondern seit Jahrzehnten eingetreten, und wer das weiß, der wird erkennen, daß dieser Niedergang einsetzte seit der Zeit, in der nicht mehr im Parlament um der Menschheit und des Landes große Gegenstände gestritten wurde, sondern in der **die Politik aufhörte, Weltanschauung zu sein** (Zustimmung), und wenn man wohl sagen kann, daß Rudolf v. Bennigsen[8] gescheitert ist in den letzten Jahren in der Führung der Nationalliberalen Partei, so ist

---

VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 457 (Abendausgabe) vom 28. September 1921, mit einer Wiedergabe des Vortrags, die in dieser Sentenz gipfelt.

[7] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[8] Rudolf von Bennigsen (1824–1902), Mitglied im Reichstag des Norddeutschen Bundes bzw. des Deutschen Reichstags 1867–1883 u. 1887–1898 (für die Nationalliberale Partei).

er gescheitert daran, daß er ein Mensch war, dem die Politik Weltanschauung bedeutete, daß er sich nicht hineinversetzen konnte in eine Zeit, in der die Politik ausartete zu diesen materiellen Kämpfen. (Sehr richtig!) Viele Leute, und das ist gerade der Niedergang, werden nicht danach fragen, welche **Ideale** eine Partei hat, sondern was auf dem Fragebogen einer Interessenvertretung geantwortet wird (Zustimmung). Das ist eben das Bedenkliche, diese Naivität, die da sagt: Wenn Du nicht für die Forderungen meiner Berufsorganisation eintrittst, kann ich nicht mehr zu Deiner Partei gehören. Ich glaube, es ist unbedingt notwendig, gegenüber dieser ganzen Einstellung zu betonen, daß schließlich **Politik das Streben nach Idealen** ist, dazu gehört auch, gegenüber dem Ueberwiegen des Materiellen den Mut zur **Unpopularität** und zu einer **Politik auf weite Sicht** zu haben (lebhafte Zustimmung), ohne die eine Partei überhaupt nicht bestehen kann.

Wenn ich an die Ereignisse erinnere, die etwa seit **August** vorigen Jahres vor sich gingen und die bei den Wahlen zu einer schweren Niederlage unserer Partei geführt haben[9], so war die Politik, die wir trieben, eine **Politik auf weite Sicht,** und ich bin der Ueberzeugung, daß wir besser daran taten, einen Teil unseres Einflusses quantitativer Art aufzugeben, um diese Politik auf weite Sicht zu treiben, anstatt **kurzsichtige Politik des Tageserfolges** zu treiben, die andere Parteien trieben, die ihnen zwar zuerst quantitative Erfolge brachte, dann aber zum Zusammenbruch führte[10]. (Lebh. Beifall.) Ich habe oft in der Partei darum kämpfen müssen, **gegen den Strom** zu schwimmen, auch gegen den Strom der öffentlichen Meinung der Partei; ich halte fest an dem, was ich in Stuttgart gesagt habe[11]: Solange jemand **Führer einer Partei ist, so lange hat er zu führen** und nicht den anderen nachzulaufen. (Lebhafter Beifall.) Es kommt nicht darauf an, ob die Zahl der Wähler die gleiche bleibt, es kommt darauf an, daß der **richtige Kurs zum Wohl des Deutschen Vaterlandes** innegehalten wird. (Lebhafter Beifall.) Das gilt auch für die Fragen der Abwägung des Materiellen gegenüber dem Kulturellen, insbesondere auch gegenüber Fragen der Bildung. Denn es ist gar kein Zweifel, daß schließlich auch Fragen, die an sich materiell erscheinen, letzten Endes doch zurückgehen auf die **geistige Gesamteinstellung,**

---

[9] Bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 hatte die DVP mit 9,2% der Stimmen gegenüber der Wahl von 1920 gut ein Drittel ihrer Stimmenanteile eingebüßt.

[10] Stresemann bezieht sich wohl auf die DNVP, die bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 mit 19,5% der Stimmen ihren Stimmenanteil gegenüber 1920 um mehr als ein Drittel gesteigert hatte, dann jedoch in der Schlußabstimmung über die Gesetze zur Durchführung des Dawes-Plans am 29. August 1924 im Reichstag sich gespalten zeigte.

[11] Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf seine Wahlrede in Stuttgart vom 2. Mai 1924, von der jedoch nur Teile in wörtlicher Rede überliefert sind (vgl. diese Edition).

die man gegenüber bestimmten Problemen hat.

Ich bedaure, daß die **Fragen der Sozialpolitik** angesehen werden als Fragen, die auf der einen Seite den Arbeitgeber und auf der andern Seite den Arbeitnehmer angehen. Nein, die Frage, welche Arbeitsleistung verlangt werden kann, welche Anforderungen an den Einzelnen gestellt werden können, dürfen oder müssen, ist **nicht eine Frage der Interessenten,** sondern des **Staatswohls** und der **sittlichen Einstellung** des Einzelnen zu dem Problem. (Lebhafte Zustimmung.) Das war gerade das **Große des alten Deutschlands,** daß es sich als Mittler angesehen hat und die Empfindung hatte, das Staatsinteresse in erster Linie bedenken zu müssen. Das muß unsere Aufgabe auch für das neue Deutschland sein.

Lassen Sie mich jetzt zu dem speziellen Arbeitsgebiet kommen, das Sie behandeln. Ich sagte: Wir sehen ein **starkes Zurücktreten des Kulturellen** in unserer ganzen öffentlichen Meinung, mindestens möchte ich einmal sagen, in den ersten Jahren nach dem Niederbruch. Was diesen Niederbruch so unerträglich macht in der deutschen Geschichte, ist **nicht die Niederlage** auf dem Schlachtfeld. Hier ist, glaube ich, der **moralische Sieg** nicht immer auf der Seite derer, die schließlich einem Krieg das Ende geben dadurch, daß sie den Gegner mit Uebermacht zermalmen. Das, worüber wir nicht hinwegkommen, ist der **sittliche Niederbruch** des Volkes nach der Niederlage gewesen. (Zustimmung.) Man kann eine Niederlage zum Sieg machen, wenn man den Stolz aufbringt, sie so zu tragen, wie man sie tragen muß. Statt dessen sahen wir einen moralischen Niederbruch in jener Zeit, in **der das Volk hätte trauern müssen,** der uns vielleicht weit mehr geschadet hat als die Niederlage. Dann kam alles das, was die letzten Jahre mit sich gebracht haben und was aus der Entwicklung verständlich war, Vorkommnisse, die man nur dann entschuldigen kann vom sittlichen Standpunkt, wenn man sie als **Fiebererscheinungen** nach schwerer Krankheit ansieht. Diese Entwicklung der letzten Jahre hat doch in dem Maße die Grundlagen des sittlichen Empfindens des Einzelnen belastet, daß man sich nicht darüber wundern kann, daß Vieles ins Schwanken gekommen ist. Ich meine damit die Dinge, mit denen Sie sich bereits beschäftigt haben, den **Zusammenbruch** derjenigen Existenzen, die **dem Staat das Beste** gegeben hatten und was viel schlimmer war für das Ertragenwerden – man kann gemeinsame Not ertragen, wenn alle sie tragen – das Emporkommen derjenigen, für die man die Worte Gentry und Aristokratie wirklich nicht gebrauchen kann (lebhafte Zustimmung), deren Emporkommen wesentlich darauf begründet war, daß sie **ein weiteres Gewissen** hat-

ten als diejenigen, die, als der Kampf des Vaterlandes ausgefochten wurde, erst an das Reich und dann an sich gedacht haben. Die **rächende Nemesis** hat übrigens manches von diesen Extremen jetzt wieder applaniert. Angesichts jener Extreme mußte natürlich vielfach die **sittliche Anschauung erliegen,** aber ich habe die Empfindung, daß, nachdem die ersten Jahre dieser Verwilderung vorübergegangen sind, wir jetzt zu einer ganz anderen Stellung im Volke kommen.

Ich möchte ein Beispiel aus der Geschichte anführen. Ist es nicht eine Erscheinung, die wir oft in Deutschland erlebt haben, daß **die tiefsten Quellen des Idealismus** eigentlich erst dann zu fließen beginnen, wenn wir im **Unglück** sind? Wir haben oft nach den Siegen Zeiten der Verflachung gehabt, die einen erschrecken können; und dann haben wir in tiefster Not gesehen, wie der lauterste Brunnen deutscher Volksgesinnung in einer Weise rauschte wie sonst niemals vorher. Wir haben Zeiten der **Verflachung** gehabt nach dem glücklichen Ausgang der Freiheitskriege[12]. Alles, was sich an Idealismus regte, wurde von den Bürokraten zurückgedrängt, wie z.B. die Burschenschaftsbewegung. Wir sind, weiß Gott, das **Volk der verpaßten Gelegenheiten.** Wir wären über die Kinderkrankheiten des Parlamentarismus längst hinweggewesen, und zwar schon Jahrhundertelang, wenn man nicht das Volk zurückgehalten hätte von wirklicher Teilnahme an den Staatsgeschäften, wofür Stein[13] und die Besten des Volkes eintraten. Andererseits sahen wir dieselbe Verflachung nach den Siegen von 1870/71. Wir leiden noch heute unter den Erscheinungen der damaligen Zeit. Die Verschandelung unseres Städtebildes, die rücksichtslose Niederlegung des Alten, diese Zeit der Traditionslosigkeit, der Mietskasernen, des ungehemmten Auslebens des Kapitalismus, ist das **Schlimmste** gewesen mit für die deutsche Entwicklung[14]. Andererseits ist auch damals gerade die Verflachung der Literatur eingetreten, es begann die Zeit der Mittelmäßigkeit.

Ich glaube, daß wir eine **große Aufgabe** haben nach zwei Richtungen. Eine Sorge ist die, daß man vielleicht die großen Probleme der Zeit nur als **materielle** Ansicht[15], und das andere gering achtet. Das Zweite aber ist das Thema, das Minister Dr.

---

[12] Gemeint sind die „Befreiungskriege“ oder „Freiheitskriege“, in denen Napoleon 1813–1815 von der gegnerischen Koalition besiegt wurde.

[13] Karl Freiherr vom und zum Stein (1757–1831), preußischer Politiker und Reformer; Finanz- und Wirtschaftsminister 1804–1807; Staatsminister 1807–1808.

[14] Stresemann bezieht sich hier auf die in den Jahren nach dem Sieg über Frankreich einsetzende „Gründerzeit“, die in Deutschland durch den wachsenden Bedarf an Wohnraum auch zu intensiverer Blockbebauung und zu Mietskasernen führte.

[15] So in der Vorlage; gemeint ist wohl „ansieht“.

Boelitz[16] eben erörterte: **die Jugenderziehung der Gegenwart.**

Ich glaube mich zwar mit ihm ganz in Uebereinstimmung, wenn er gesprochen hat von verständigem Wandern und verständigem Sport. Ich habe ja noch zu der Generation gehört, die an vier Nachmittagen in der Woche Unterricht hatte. Aber ich warne davor, soweit zu gehen, daß **das Geistige leidet** (lebh. Beifall). Ich wünsche Sport und Bildung, ich wünsche den Menschen, der wandert, der rudert, der aber, wenn er abends zurückkommt, in stiller Studierstube sich **mit den großen Geistern der Gegenwart** und der **Vergangenheit** in Verbindung setzt.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einiges sagen. Mich dünkt, daß wir auch darunter leiden, daß wir glauben, gewisse Begriffe hätten ihre Bedeutung für die Gegenwart verloren. Dazu gehört insbesondere der **Begriff des Liberalismus.** Ich bin der Meinung, daß der liberale Gedanke auch in der Gegenwart eine sehr große Aufgabe gerade auch auf kultur-religiösem Gebiet hat. Der Liberalismus als kirchliche Bewegung hat weder rechts noch links zu stehen, er hat aber für Duldung und freie Forschung einzutreten. (Sehr richtig!) Der Weg muß dem einzelnen frei sein. Wer das Volk hinter sich reißt auf dem Wege der Forschung, der hat das Recht auf den Erfolg. Und wenn wir nicht das Volk bleiben, das strebend sich bemüht, dann werden wir auch nicht das Volk des sittlichen Fortschritts bleiben. Ich würde es auf das tiefste bedauern, wenn gerade die **evangelische** Kirche, die doch aufgebaut ist auf dem Gedanken der Gewissensfreiheit, diejenigen einzelnen ausschließen wollte, die dagegen protestieren, ihrerseits sich einem Dogma zu unterwerfen. Nie ist eine **große geistige** Bewegung in der Welt zum Siege geführt worden, wenn sie nicht die Freiheit des Forschens zum Kernpunkt ihrer Ideen gemacht hat.

Ein Wort zum Schluß! Wir haben ein wertvolles Material in unserer Jugend und unserer Jugendbewegung. Da haben wir eine ganz besondere Aufgabe vor uns: Einmal möchte ich, daß die Jugend in die Welt dieser Ideale, dieser Kämpfe eingeführt wird. Bei uns ist ja leider so viel von dem Materiellen abhängig. Und die materiellen Mittel unserer Partei sind, glaube ich, die geringsten, die es überhaupt im Parteikampfe gibt. (Zustimmung.) Wir müßten längst eine **Jugendbibliothek** haben, mit der wir um die Geister der Jugend ringen könnten, wir müßten sie einführen in diese Ideen. Und dann haben wir in der Jugend eine ganz starke, **innerlich-nationale**

[16] Otto Boelitz (1876–1951), preußischer Wissenschaftsminister 1921 – Januar 1925; Mitglied der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung bzw. des Preußischen Landtags 1919–1932 (für die DVP). – Sein Beitrag auf der Kulturtagung unmittelbar vor der Rede Stresemanns paraphrasiert in ZEIT, Nr. 241 vom 12. Oktober 1924.

Einstellung und wir können uns freuen, daß sie so einheitlich national ist. Wenn die Jugend einmal überströmte, so nehme ich ihr das nicht übel. Wer nie in seiner Jugend überschäumend gewesen ist, in Gedanken und vielleicht auch in der Tat, aus dem ist im Leben noch nie etwas Ordentliches geworden. (Sehr richtig!) Aber die Führer der Jugend haben die Pflicht und Schuldigkeit, nicht das Zeichen zu geben zu einer **Illusionspolitik auf nationalem Gebiet,** die dem Vaterland schadet. Es ist außerordentlich schwer, volksparteiliche Außenpolitik zu vertreten vor ungereiften Naturen. Denn die nationale Realpolitik, die wir treiben, setzt eine **gewisse Reife der Empfindung voraus.**

Umso notwendiger ist es, daß wir in einer Zeit der Machtlosigkeit, in der wir allmählich erst wieder auf dem Boden der Kompromisse versuchen müssen, uns in eine gewisse Machtstellung als Großstaat wieder hineinzuringen, daß wir da nicht gestört werden durch Bewegungen, die – um ein Wort zu zitieren, das einmal Friedrich der Große[17] von Joseph II.[18] gebraucht hat – „in der Treibhaushitze Ihres Gemüts immer erst den **zweiten Schritt** tun, ehe der **erste** getan ist“. (Lebh. Zust.) Hier einmal auch das Ganze auf die Bahn des nüchternen, aber doch weitsichtigen Idealismus zu führen, ist einer [!] der wichtigsten Aufgaben, die wir haben.

Was uns Not tut, ist **nüchterne Arbeit** auf dem Gebiet der Politik und der Wirtschaft, ist die Vertiefung des Ideellen, jener Idealismus, der so stark sein muß, daß er auf äußeres Schaugepränge verzichtet zugunsten einer besseren Zukunft, auch wenn es ihm schwer wird. Ich verstehe die Freude des Volkes an Paraden, den Jubel, der losbricht, wenn irgend jemand die Zeichen des alten Deutschlands sieht. Wir brauchen aber den Idealismus, der weiß, daß die Zeit da ist, wo lediglich **Politik mit kühlem Verstand** getrieben werden muß. Und wenn wir damit den Grund geschaffen haben für ein besseres Deutschland, so wird der Dank, der dieser Politik des Idealismus bezeugt wird, vielleicht weniger lärmend sein, aber er wird mehr übereinstimmen mit den Tatsachen des wirklich Geleisteten. (Stürm. Beifall.)[19]

---

[17] Friedrich II., der Große (1712–1786), König in bzw. von Preußen 1740–1786. – Ein genauer Nachweis des folgenden Zitats konnte nicht ermittelt werden.

[18] Joseph II. (1741–1790), Kaiser des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation 1765–1790.

[19] In der Vorlage endet der Bericht über die Rede Stresemanns: „Der Vorsitzende Hollmann dankt dem Minister, weil er der Versammlung eine Stunde der Erhebung bereitet hat. (Ern. stürm. Beifall.)“

Rede auf dem Parteitag der hessisch-nassauischen DVP in Frankfurt vom 19. Oktober 1924[1]

Nach ZEIT, Nr. 248 vom 21. Oktober 1924. – Teildrucke in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 595–597; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21591 (Abendausgabe) vom 20. Oktober 1924, S 2; REICHSPOST, Nr. 290 vom 20. Oktober 1924, S. 2.

Deutschlands wird sein Wirtschaftspotential entfalten können, wenn Ruhrgebiet und nördliche Rheinlandzone geräumt sind. Die internationale Anleihe. Der Zeppelin-Ozeanflug. Deutsche Bedingungen für den Völkerbundsbeitritt. Die DVP und die Regierungsumbildung. SPD, DNVP und DDP.

Erfreulicherweise, so führte der Reichsminister aus[2], haben wir gegenwärtig eine weitgehende Einigkeit über die **Richtlinien der Außenpolitik.** Mit Ausnahme der extremen Parteien links und rechts besteht Uebereinstimmung darüber, daß die Politik des Reichs sich nur auf den in **London** getroffenen **Vereinbarungen**[3] aufbauen kann. Die Bedrückung bleibt schwer, und man wird vor allen Dingen betonen müssen, daß die baldige Ruhrräumung und die vertragsmäßige Räumung der nördlichen rheinischen Zone[4] Deutschland erst in die Lage setzt, von seinen wirtschaftlichen Kräften voll Gebrauch zu machen, um die auf ihm ruhenden Lasten zu tragen. Die

---

[1] Der Artikel in der Vorlage (mit der Überschrift: „Warum Erweiterung nach rechts?“) führt einleitend aus, daß Stresemann die Rede anläßlich „des Parteitages der Deutschen Volkspartei von Hessen-Nassau […] im Saalbau“ in Frankfurt hielt. – Es liegt nahe, daß es sich um eine gekürzte Wiedergabe handelt.

[2] So als Einschub in der Vorlage.

[3] Gemeint sind die Beschlüsse der Londoner Konferenz zur Durchführung des Dawes-Plans, die am 29. August 1924 durch die Annahme entsprechender deutscher Gesetze im Reichstag und durch die Unterschrift am 30. August 1924 in London in Kraft getreten waren. In der Regierung war Einigkeit erzielt worden, daß bei jeder Verhandlung über eine Regierungsumbildung (vgl. unten mit Anm. 16) die loyale Ausführung der entsprechenden Gesetze eine der Richtlinien der Außenpolitik darstelle (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1093–1094).

[4] Die militärische Räumung des Ruhrgebiets war am Rande der Londoner Konferenz von französischer und belgischer Seite zugesagt worden; zum Stand der deutsch-französischen Verhandlungen über den konkreten Räumungszeitplan vgl. den telegraphischen Bericht von Botschafter Hoesch vom 16. Oktober 1924 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 280–281 (mit den Anm.). – Für die „nördliche rheinische Zone“ (die „Kölner“ Besatzungszone des Rheinlands) sah Art. 429 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 221–222) mit seiner Bestimmung über die sukzessive Räumung des Rheinlands die Räumung fünf Jahre nach Inkrafttreten des Vertrags, also am 10. Januar 1925, vor, sofern „die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages von Deutschland getreulich erfüllt“ werden.

Ueberzeichnung der **Anleihe**[5] ist ein gutes Zeichen dafür, daß das Vertrauen in die politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wiedergeweckt ist, das hoffentlich dazu führen wird, daß die Menschen, die durch Zeichnungen ihr Interesse für Deutschland bekundet haben, den Bestrebungen auf wirtschaftliche Niederhaltung Deutschlands entgegentreten werden. Der **Zeppelinflug** über den Ozean[6] hat bewiesen, was Deutschland, wenn ihm Freiheit geschaffen wird, an ideellen und technischen Werten der Welt zu geben vermag. Wir hoffen, daß die seelischen Empfindungen, die in so erfreulicher Weise bei der Würdigung dieser großen Tat zum Ausdruck gekommen sind, sich auch praktisch auswirken werden und es Deutschland ermöglicht wird, auf diesem Gebiete weiter zu arbeiten.

Weitgehende Einigkeit besteht im deutschen Volke auch in der Haltung gegenüber dem **Völkerbunde.** Wir würdigen durchaus die **Rede Macdonalds**[7]**,** in der er Deutschland auffordert, dem Völkerbunde beizutreten, und die begeisterte Zustimmung, die er damit bei der Mehrheit des Völkerbundes fand. Aber man wird uns nicht verdenken können, wenn wir sorgsam prüfen und feststellen, ob wir in der Lage sind, die uns auferlegten Verpflichtungen in vollem Maße zu erfüllen. Wir können es als einen Erfolg buchen, daß **der von uns erstrebte ständige Ratssitz von allen in diesem Rate jetzt vertretenen Nationen Deutschland zuerkannt** wird[8]. Wir werden hierüber hinaus aber auch darüber diskutieren müssen, daß man Deutschland

---

[5] Am 10. Oktober 1924 war in London die Abmachung zwischen Deutschland und internationalen Banken über eine Anleihe von 800 Millionen Goldmark unterzeichnet worden. Die Anleihe wurde u.a. am 14. Oktober in New York und am 15. Oktober 1924 in London aufgelegt, vielfach überzeichnet und die Zeichnung in New York nach 12 Minuten, in London nach vier Stunden geschlossen (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 490 [Morgenausgabe] vom 15. Oktober 1924; SCHULTHESS 65 [1924], S. 195; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 595).

[6] Die amerikanische Regierung hatte als Kriegsentschädigung und auf Reparationskonto die deutsche Lieferung eines Großluftschiffes gefordert, das als LZ 126 seit 1922 in Friedrichshafen am Bodensee gebaut wurde; nach Testfahrten über Deutschland wurde der Zeppelin vom 12. bis 15. Oktober 1924 in die USA überführt (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 90). In der deutschsprachigen Presse war diese Überführung tagelang das alles andere überragende Thema (vgl. etwa für die betreffenden Tage die zahlreichen Artikel in VOSSISCHE ZEITUNG; NEUE FREIE PRESSE; REICHSPOST).

[7] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929 – 1935. – MacDonald hatte in seiner Rede vor der Völkerbundsversammlung am 4. September 1924 auf die dringende Notwendigkeit der deutschen Mitgliedschaft im Völkerbund gedrungen und dabei den Ausdruck vom „leeren Stuhl“ (in anderen Übersetzungen: „mit jenem leeren drohenden Sitz in unserer Mitte“) verwendet (Text u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 421 [Abendausgabe] vom 4. September 1924; in Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21548 [Morgenausgabe] vom 5. September 1924, S. 3–4; Paraphrase in SCHULTHESS 65 [1924], S. 455–456 und Auszug in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 474–473).

[8] Die Satzung des Völkerbunds (Text u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES S. 9–19) sah in Art. 4 für die Zusammensetzung des Völkerbundsrates vor, daß dort neben den „Hauptmächten“ (Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan) als ständigen Mitgliedern (ursprünglich) vier weitere, durch die Bundesversammlung für eine beschränkte Zeit gewählte Staaten repräsentiert wären; der Bundesversammlung stand es jedoch zu, weitere ständige Mitglieder zu bestimmen.

nicht zumuten kann, Konsequenzen aus der Exekutive des Völkerbundes in der Form der Mitwirkung an Kriegen oder der Mitwirkung an der Blockade zu ziehen[9], solange der Zustand andauert, daß Deutschland der einzige entwaffnete Staat ist, der von in Waffen starrenden Nachbarn umgeben ist. Deutschland braucht Jahre friedlicher Entwicklung, um sich von den Folgen des Krieges zu erholen und um in die Lage versetzt zu werden, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Wenn man der Schweiz eine Ausnahme von diesen Bestimmungen des Völkerbundes gewährt hat[10], wird man sie auch Deutschland gewähren müssen.

In der **Innenpolitik** begegnen wir leider einer starken Zerrissenheit in der Frage der **Regierungsumbildung[11].** Wenn von der Deutschen Volkspartei gesagt wird, daß sie eine Schwenkung vollzogen hätte „von der großen Koalition zum Bürgerblock“, so ist das eine vollkommen unzutreffende Darstellung. Die Deutsche Volkspartei hat ihr Ideal der Volksgemeinschaft nicht aufgegeben und wird es **ablehnen,** sich auf einen Weg drängen zu lassen, der die **Sozialdemokratie prinzipiell** von der **Mitarbeit am Staate ausschließt.** Wir werden diesen Fehler des alten Deutschland nicht wiederholen. Die Deutsche Volkspartei lehnt einen sozialen und politischen Bürgerblockgedanken ab und wünscht nicht, daß Wahlen unter dem Schlachtruf „hie rechts, hie links“ ausgefochten werden. Bleiben muß **das Zusammenarbeiten der Mitte,** an die sich gegenwärtig die Kräfte von rechts angliedern müssen. Wenn die **große Koalition gesprengt** worden ist, so sollte die **Sozialdemokratie** daran denken, daß sie selbst zweimal aus dem Kabinett der großen Koalition ausgeschieden ist[12] und jenes Mißtrauensvotum gegen das verbleibende Kabinett der Mitte einge-

[9] Stresemann bezieht sich auf Art. 16 der Völkerbundssatzung, der im Falle eines Angriffs auf ein Völkerbundsmitglied die übrigen Mitglieder zur Unterstützung verpflichtete, insb. auch zum Abbruch aller Handels- und Finanzbeziehungen und dazu, Streitkräften eines dritten Staates, die dem Angegriffenen zu Hilfe kommen wollten, den Durchmarsch zu erlauben (ebd., S. 14–15).

[10] Am 13. Februar 1920 hatte der Völkerbundsrat für den Fall des Beitritts der Schweiz zum Völkerbund die Anerkennung von deren ewiger Neutralität (und damit den Dispens von den Verpflichtungen aus Art. 16 der Völkerbundssatzung) erklärt (vgl. SCHULTHESS 61,2 [1920], S. 394) und so den im gleichen Jahr erfolgenden Beitritt ermöglicht.

[11] Seit dem 1. Oktober 1924 wurde auf Anstoß der DVP-Reichstagsfraktion hin über die Erweiterung der Regierung durch die DNVP verhandelt; vgl. zusammenfassend SCHULTHESS 65 (1924), S. 91–99; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 593–595.

[12] Neben dem tatsächlichen Ausscheiden der SPD-Minister aus Stresemanns Kabinett der Großen Koalition vom 3. November 1923, das die Große Koalition beendete, bezieht sich Stresemann hier vermutlich auf die von der SPD erzwungene Demissionierung seines ersten Kabinetts am 3. Oktober 1923, die jedoch durch seine Neubetrauung als Reichskanzler und die Fortführung der Großen Koalition noch nicht zum tatsächlichen Ende des Koalition führte.

bracht hat[13], das **naturgemäß zu einer Entwicklung nach rechts führen mußte** und gerade diejenigen Kräfte der Deutschen Volkspartei vor den Kopf stieß, die sich unter schweren Opfern für die große Koalition nicht nur im Reiche, sondern auch in den Ländern eingesetzt hatten[14]. Nachdem die Reichstagswahlen im Mai[15] leider eine Schwächung der Regierungsparteien gebracht hatten, konnte man gerade vom demokratischen Gesichtspunkte aus an der Stärkung der Deutschnationalen nicht vorbeigehen. War man damals bereit, mit ihnen wegen des Eintritts in die Regierung zu verhandeln, als sie noch gegen die Außenpolitik waren, so kann man das heute nicht ablehnen, nachdem sie sich zu den **Richtlinien der Außenpolitik bekannt[16]** und ihre Forderung auf Rücktritt des Kanzlers[17] und des Außenministers zurückgezogen haben.

Entscheidend für die gegenwärtige Lösung ist die Frage der **Konsolidierung des Staates.** Man befürchtet eine Störung der Außenpolitik durch Hereinnahme der Deutschnationalen. Man bedenkt aber nicht, welche Störung die Außenpolitik durch eine hemmungslose Opposition der Deutschnationalen erfahren würde. Die **Verhältnisse in England** sind deshalb so konsolidiert, weil jede Oppositionspartei zeitweise an der Regierung sitzt und ihr deshalb die hemmungslose Opposition sich verbietet. Wenn heute die Deutschnationalen in die Regierung des Reichs eintreten, so würde dies von maßgebendem Einfluß auf die Haltung großer nationaler Organisationen sein, in denen heute Kämpfe ausgefochten werden um den Gedanken: mit dem Staat oder gegen den Staat, auf dem Boden der Verfassung oder für den Bürgerkrieg! Wer das **Wohl des Staates** will, kann deshalb eine prinzipielle Zurückweisung

---

[13] Die SPD hatte am 22. November 1923 ein Mißtrauensvotum gegen die verbliebene Minderheitsregierung Stresemann eingebracht, dem dieser durch einen Antrag, ihm das Vertrauen auszusprechen, zuvorkam; vgl. dazu Stresemanns Reden in dieser Edition vom 22. und 23. November 1923.

[14] Sowohl in Preußen (seit Herbst 1921) als auch in Sachsen (seit Januar 1924) regierten Große Koalitionen unter Einschluß der DVP.

[15] Die Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 hatte bei DVP und DDP zu Verlusten von ca. je einem Drittel der Prozentpunkte, beim Zentrum zu einem minimalen Rückgang gegenüber der vorangegangenen Wahl von 1920 geführt; die DNVP hatte ihren Stimmenanteil dagegen um ca. ein Drittel steigern können.

[16] In einer Besprechung von Marx und Stresemann mit führenden DNVP-Mitgliedern hatten diese die Richtlinien (vgl. oben mit Anm. 3) als geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen anerkannt (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1105–1107).

[17] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926). – Bei den Diskussionen über die Regierungsbildung nach der Wahl vom 4. Mai 1924 war die DNVP zeitweise mit den Forderungen aufgetreten, Tirpitz anstelle von Marx mit dem Reichskanzleramt zu betrauen und Stresemann als Außenminister abzulösen.

der Deutschnationalen nicht unterstützen.

Rede in der Sitzung des Zentralvorstandes der DVP in Dortmund vom 13. November 1924[1]

Nach VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 541 (Abendausgabe) vom 13. November 1924. – Druck (mit wenigen abweichenden Passagen) auch in ZEIT, Nr. 269 vom 14. November 1924; NATIONALLIBERALISMUS I, S. 569–579. – Teildrucke in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21615 (Morgenausgabe) vom 14. November 1924, S. 4; REICHSPOST, Nr. 314 vom 14. November 1924, S. 3; WIENER ZEITUNG, Nr. 262 vom 14. November 1924, S. 2.

Die Londoner Konferenz und die nachfolgend Räumung von besetzten Gebieten waren der erste Schritt einer Außenpolitik, die zu einem freien und gesunden Deutschland führen soll. Die Saarfrage; die internationale Anleihe. Die Handelsvertragsverhandlungen werden mit dem Ziel gegenseitiger Meistbegünstigung geführt. Die besondere Bedeutung des Verhältnisses zu den USA. Beziehungen zu Österreich, Polen und der Sowjetunion. Hoffnung auf Ende der Militärkontrolle. Die Frage des deutschen Völkerbundsbeitritts. Die Zusammenarbeit zwischen den Völkern bedarf des Vertrauens.

Im normalen Verlauf der Dinge würde ich gegenwärtig als deutscher Außenminister die Grundlagen unserer außenpolitischen Lage vor dem Reichstag und seinen

[1] Die Vorlage, die auf den ersten beiden Seiten unter der Überschrift „Stresemanns Rede. Für Verständigung mit Frankreich. Der Erfolg der Politik der Mitte. Vertrauen zu den Vertragsgegnern. Gegen Hochschutzzölle. Für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ mit der Rede aufmacht, schickt dem Wortlaut (offenbar einem Auszug: vgl. unten Anm. 60) einen kurzen redaktionellen Artikel voraus: „Die Ueberraschung von Dortmund. Die Rede, die Dr. Stresemann […] heute […] gehalten hat, war ein politisches Ereignis. Die Delegierten, die in Dortmund erschienen sind, werden erstaunt gewesen sein, als sie diese nüchterne, sachliche und beredte Verteidigung seiner Politik vernahmen, die im Wahlkampf nicht nur von den Deutschnationalen und den Deutschvölkischen angegriffen, sondern auch von der Deutschen Volkspartei selbst vielfach preisgegeben worden ist. Die Erklärungen des Außenministers decken sich in weitem Umfang mit dem, was – oft im Kampf gegen die Presse der Deutschen Volkspartei – von den demokratischen Rednern vertreten wird. Dr. Stresemann kehrt damit zu der Linie zurück, die in letzter Zeit verwischt zu sein schien. Wird er seine Partei abermals herumzureißen verstehen?“ – In der ZEIT, Nr. 269 vom 14. November 1924, führt ein Artikel, der dem Abdruck der Rede Stresemanns vorangestellt ist, unter der Überschrift „Der Auftakt: Große Rede Stresemanns. Unser Verhältnis zu den anderen Mächten“ aus, daß „als Auftakt zu dem eigentlichen Parteitag, der am Freitag [dem 14. November] beginnt, der Zentralausschuß der Deutschen Volkspartei zusammen[getreten ist]. Etwa 800 Delegierte aus ganz Deutschland haben sich eingefunden. Der Saal des ‚Linderhofs‘, in dem die Verhandlungen stattfinden, war mit den schwarz-weißroten Fahnen geschmückt. Das Podium zeigte inmitten von Tannengrün eine große Bismarckbüste. Ein Transparent grüßte ‚Willkommen im erlösten Dortmund!‘“ Stresemann habe anschließend die Totenehrung vorgenommen. Nach Grußworten Dritter habe er „das Wort zur außenpolitischen Lage [ergriffen]. Die Ausführungen des Ministers fanden lebhaften Beifall.“ – In der Vorlage enthaltene und offenbar redaktionell eingefügte Zwischenüberschriften werden hier nicht wiedergegeben.

Ausschüssen zu vertreten haben. Die Auflösung des Reichstags[2] hat eine solche Aussprache verhindert. Ich lege aber bei der gegenwärtigen Gestaltung der außenpolitischen Lage, bei der Bedeutung wichtiger politischer Entscheidungen im Leben anderer Völker, vor allem aber bei der grundsätzlichen Bedeutung der Frage der **Neuregelung unserer Handelsvertrags-Beziehungen[3],** Wert darauf, meine Anschauungen zu der außenpolitischen Lage auch der Oeffentlichkeit gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Ich bitte deshalb vor dem hier versammelten Gremium diese Stellungnahme darlegen zu dürfen.

Die künftige Geschichtsschreibung wird, wie ich mit Sicherheit glaube sagen zu können, bei ihrer Schilderung der Auswirkungen des Weltkrieges das Jahr 1924 als das Jahr bezeichnen, das nach fünfjährigem fruchtlosen [!] Hader den **Umschwung zum Besseren** gebracht hat. Wir haben in diesem Jahre zum erstenmal Anzeichen dafür gesehen, daß die **Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der Völker** und eines friedlichen Ausgleichs ihrer Interessen Herr zu werden beginnt über die Gegensätze des Krieges und seine furchtbaren Folgen. Die Stadt Dortmund kann wie kaum eine andere deutsche Stadt diese Entwicklung aus unmittelbarster Erfahrung bezeugen.

Vergegenwärtigen Sie sich unsere Lage, wie sie heute vor einem Jahre war und wie sie heute ist. Nach dem Abbruch des opferreichen Ruhrkampfes[4] standen im November 1923 die alliierten Länder, insbesondere das damalige Frankreich, unseren Bemühungen um gütliche Beilegung des gefährlichen Konflikts noch verständnislos und ablehnend gegenüber. Wohl niemand von uns hätte damals die Hoffnung zu äußern gewagt, daß im November 1924 Dortmund von fremden Truppen befreit[5], die baldige Räumung des Ruhrgebietes gesichert[6], die Einheit zwischen dem besetzten

---

[2] Reichspräsident Ebert hatte am 20. Oktober 1924 den Reichstag per Verordnung aufgelöst (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 91).

[3] Der Versailler Vertrag schrieb in Art. 264–280 vor, daß Deutschland den Siegermächten fünf Jahre lang, also bis zum 10. Januar 1925, u.a. einseitig Meistbegünstigung im Handel gewähren müsse (VERTRAG VON VERSAILLES S. 137–143). Wegen des bevorstehenden Ablaufs dieser Frist waren inzwischen verschiedene Handelsvertragsverhandlungen aufgenommen worden.

[4] Zum Abbruch des passiven Widerstands, der mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

[5] Am 22. Oktober 1924 war die Räumung Dortmunds und der Zone Dortmund–Hörde–Lünen von fremden Truppen abgeschlossen worden (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 99–100).

[6] Die militärische Räumung des Ruhrgebiets innerhalb eines Jahres war am Rande der Londoner Konferenz von französischer und belgischer Seite zugesagt worden.

und dem unbesetzten Deutschland wiederhergestellt[7] und die deutsche Wirtschaft wieder in geregelte Bahnen geleitet sein würde.

Ich sollte meinen, daß ein solcher Vergleich des Vorjahres und der Gegenwart jedem Vorurteillosen genügen muß, um die Frage zu beantworten, die für die Beurteilung der deutschen Außenpolitik des letzten Jahres entscheidend ist, die Frage nämlich, ob die Haltung der Reichsregierung auf der Londoner Konferenz[8] richtig war oder nicht.

Gewiß, die Konferenz hat nicht alle unsere Erwartungen erfüllt, das kann niemandem klarer bewußt sein als mir selbst. Um die Konferenz aber richtig zu bewerten, darf sie nicht etwa als Endlösung der uns gestellten Probleme, sondern nur als **der erste Schritt** auf einem Wege betrachtet werden, den in unbeirrter Folgerichtigkeit weiterzugehen von [!] uns die Notwendigkeit gebietet.

Das Ziel der deutschen Außenpolitik kann nur sein, in loyaler und sachlicher Zusammenarbeit mit dem Ausland überall für die wirtschaftlichen und nationalen Bedürfnisse unseres Volkes Verständnis zu schaffen, Problem für Problem zu bereinigen und so für Deutschland die Stellung wiederzuerringen, die ihm zukommt. Die Welt wird und muß einsehen, daß ein freies und gesundes Deutschland im Herzen Europas eine unerläßliche Voraussetzung für Fortschritt und Gedeihen aller Völker ist.

Wir haben keine andere Möglichkeit, als Schritt für Schritt unseren mühevollen Weg zu gehen. Blendende Erfolge und sofortige Endergebnisse darf niemand erwarten, der über ausreichenden Wirklichkeitssinn verfügt. Das ist der Gesichtspunkt, unter dem Sie auch die einzelnen konkreten Auswirkungen der Londoner Konferenz beurteilen müssen, wie sie sich hier an Ruhr und Rhein darstellen. Die abfällige Kritik, die vielfach nicht nur an dem Londoner Pakt selbst, sondern auch an seiner Durchführung geübt worden ist, wird den Tatsachen nicht gerecht. Ich muß hier in voller Objektivität feststellen, daß der Geist der Verständigung und Versöhnung, der

---

[7] Neben der Räumung besetzter Gebiete am östlichen Rand des Besatzungsgebiets war am 21. Oktober 1924 auch die von den Besatzungsmächten östlich des Besatzungsgebietes eingerichtete Zollgrenze endgültig aufgehoben worden (vgl. ebd.).

[8] Die Londoner Konferenz zur Feststellung des „Dawes-Plans“ (des Sachverständigen-Gutachtens vom 9. April 1924) als künftiger Grundlage der deutschen Reparationszahlungen tagte seit dem 16. Juli 1924 zunächst als Zusammenkunft der Siegermächte; nach der Einladung vom 2. August wurde die deutsche Delegation am 5. August 1924 hinzugezogen. Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. Nr. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439; ein ausführliches „Tagebuch der Reichskanzlei“ für die Zeit ab der Hinzuziehung der deutschen Delegation in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1283–1306.

die Londoner Konferenz und insbesondere unsere schwierigen Verhandlungen mit den französischen und belgischen Staatsmännern beherrschte, sich weiter als fruchtbringend erwiesen hat, und daß unser Vertrauen in die Vertragstreue unserer Gegenkontrahenten nicht getäuscht worden ist.

Als erstes Ergebnis möchte ich anführen nicht nur die Räumung des Abschnitts Dortmund–Hörde–Lünen, sondern auch die Räumung von Offenburg und Appenweier[9], die bereits zwei Tage nach unserer Abreise aus London, d.h. also mehrere Monate früher, als zugesagt, durchgeführt worden ist. Weiter die Räumung der Häfen von Karlsruhe, Mannheim, Emmerich und Wesel[10]. Ein Aufatmen ging durch das ganze Wirtschaftsleben nicht nur des besetzten Gebietes, sondern auch des unbesetzten Deutschlands, als endlich die **unnatürliche Binnenzollinie[11]** am 21. September fiel, die bis dahin das einheitliche deutsche Wirtschaftsgebiet willkürlich unter Zerschneidung lebenswichtiger Wirtschaftsarterien trennte. Die Verwaltung des Ein- und Ausfuhrwesens im besetzten Gebiet, die uns nicht erst seit Januar 1923, sondern bereits seit dem Scheitern der ersten Londoner Konferenz im Jahre 1921[12] genommen war, ist wieder in unserer Hand. Auch die Rückgabe der Forsten, Domänen, sowie der beschlagnahmten Kohlengruben und Kokereien hat sich reibungslos vollzogen. Der Deutsche, der bisher, wenn er sich vom unbesetzten Gebiet ins besetzte Gebiet begeben wollte, einem ganz unnatürlichen Paßzwang unterworfen war, kann nunmehr wieder in ganz Deutschland nur mit einem polizeilichen Ausweis versehen herumreisen. Ich bin es dem Landeshauptmann der Rheinprovinz, Herrn Dr. **Horion[13],** der die deutsche Abordnung zur Durchführung der Londoner

---

[9] Schon vor der Räumung der Zone Dortmund–Hörde–Lünen (vgl. oben mit Anm. 5) waren unmittelbar nach der Londoner Konferenz, nämlich bis zum 18. August 1924, bereits die Bezirke Offenburg und Appenweier von den französischen Besatzungstruppen geräumt worden (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 60).

[10] Karlsruhe und Mannheim samt ihren Rheinhäfen waren ebenso am 20. Oktober 1924 von Besatzungstruppen geräumt worden wie Wesel (vgl. ebd., S. 99).

[11] Vgl. oben mit Anm. 7.

[12] Gemeint ist die Londoner Konferenz vom Mai 1921, als nach Ablehnung des „Londoner Ultimatums“ vom 5. Mai 1921, mit dem die alliierten Mächte die Reichsregierung aufforderten, den von ihnen im April 1921 aufgestellten Reparationsplan in der Gesamthöhe von 132 Milliarden Goldmark zu akzeptieren, die Siegermächte in Erweiterung des durch den Versailler Vertrag vorgesehenen Besatzungsgebietes die „Sanktionsstädte“ Düsseldorf und Duisburg incl. des Hafens Ruhrort besetzten und die Einfuhr und Ausfuhr zu kontrollieren begannen.

[13] Johannes Horion (1876–1933), Landeshauptmann der Rheinprovinz 1922–1933. – Er hatte die Leitung der deutschen Delegation inne, die seit dem 2. September 1924 in technischen Konferenzen in Koblenz und Düsseldorf mit den Besatzungsmächten die vielfältigen Einzelheiten zur Wiederherstellung der fiskalischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands mit den besetzten Gebieten gemäß dem Londoner Abkommen aushandelte (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1009–1011 mit Anm. 11).

Abmachungen geführt hat, schuldig, daß ich ihm auch von hier aus **Dank und Anerkennung** für die geschickte und ganz den Absichten der Reichsregierung entsprechende Art ausspreche, wie er die Verhandlungen auf deutscher Seite geleitet hat. Ich nehme aber auch keinen Anstand, zu erklären, daß auch auf der Gegenseite das Bestreben obgewaltet hat, sich mit dem Geiste der Londoner Konferenz zu erfüllen. Im altbesetzten Gebiet bleibt noch eine Fülle von Arbeit, die sich insbesondere auf die Milderung des Ordonnanzsystems[14] bezieht. Aber auch hierüber schweben zurzeit Verhandlungen, von denen ich hoffe, daß sie im Interesse der Bevölkerung, aber auch im Interesse der Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen zu einem guten Ende gelangen. Auch die Amnestie[15] gehört zu jenen Materien, die einer endgültigen Erledigung noch harren. Eine große Anzahl von Freilassungen ist bereits erfolgt, und zwar gerade von solchen Persönlichkeiten, die nach französischer Auffassung sich in besonders schwerem Maße gegen die Sicherheit der Besatzungstruppen vergangen haben. Dagegen scheint die Freilassung anderer Personen, z.B. derjenigen, die sich nach französischer Auffassung durch die Zugehörigkeit zu nationalen Verbänden vergangen hatten, noch auf Schwierigkeiten zu stoßen. Wir haben der französischen Regierung Vorschläge gemacht, um die auf diesem Gebiete noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten in möglichst schneller und reibungsloser Weise einer Lösung zuzuführen[16]. Die Antwort der französischen Regierung steht noch aus; ich hoffe aber, daß unseren Vorschlägen Rechnung getragen werden wird.

Das Fazit meiner Ausführungen über das bisher für die besetzten Gebiete Erreichte kann ich dahin zusammenfassen, daß sich das Vertrauen, das uns in London zur Unterschrift und zur Uebernahme so schwerer Verpflichtungen bestimmte, bis heute **gerechtfertigt** hat. Wir schöpfen aus der bisherigen prompten Erfüllung der von der Gegenseite übernommenen Verpflichtungen das Vertrauen, daß auch die in näherer oder fernerer Zukunft fällig werdenden Zusagen in derselben Weise erfüllt werden.

---

[14] Infolge der Besetzung des Ruhrgebiets und des anschließend ausbrechenden passiven Widerstands im gesamten besetzten Gebiet hatte die Interalliierte Rheinlandkommission zahlreiche Ordonnanzen erlassen. Sie finden sich u.a. wiedergegeben in DAS RHEINLANDABKOMMEN UND DIE ORDONNANZEN. – Zu den Verhandlungen von Botschafter Hoesch in Paris über deren Aufhebung vgl. dessen telegraphischen Bericht vom 31. Oktober 1924 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 326–328.

[15] Zu den Vereinbarungen im Schlußprotokoll der Londoner Konferenz vom 16. August 1924 gehörte die beidseitige Verpflichtung zur Amnestie für aus Anlaß der Ruhrbesetzung begangene politische Straftaten; zu den Einzelheiten vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1279, Anm. 20.

[16] Entsprechende veröffentlichte Aktenstücke konnten nicht ermittelt werden.

Hierzu gehört die Räumung der außerhalb des Vertrages von Versailles[17] besetzten Gebiete, also des Restes des Ruhrreviers und der Brückenköpfe von Düsseldorf und Duisburg[18]. Hierzu gehört ferner aber die vertragsmäßige Räumung der ersten Zone des altbesetzten Gebiets[19]. Die rechtzeitige Räumung dieser Zone wird die beste Probe aufs Exempel sein. Die vertragsmäßige Räumung der ersten Zone des altbesetzten Gebietes ist der vorläufige Abschluß einer Politik, die zu den Londoner Vereinbarungen geführt hat, zu der das deutsche Volk seine Zustimmung gab, der zuliebe es die großen Belastungen des Dawes-Gutachtens auf sich nahm, weil es der Ueberzeugung war, daß damit auch die Bahn für die loyale Durchführung des Versailler Vertrages seitens unserer Vertragsgegner für alle Zeiten gewährleistet sein muß.

In dieser Erwartung möchte ich mich auch nicht durch bedauerliche Zwischenfälle beirren lassen, wie ihn die kürzliche Verhaftung des Generals von Nathusius[20] darstellt. Ich hoffe, daß das französische Vorgehen gegen diesen alten deutschen Soldaten, der völlig ahnungslos und reinen Gewissens von der Erlaubnis der französischen Behörden zur Einreise nach Elsaß-Lothringen Gebrauch machte, um einer Pietätspflicht zu genügen, nicht als ein Wiedererwachen von Stimmungen und Tendenzen der Kriegszeit angesehen zu werden braucht, sondern nur als ein Mißgriff nachgeordneter Organe, den die französische Regierung alsbald rektifizieren wird.

Im Zusammenhang mit den besetzten Gebieten muß ich noch eines anderen deutschen Landstrichs gedenken, der ebenfalls fremder Gewalt unterworfen ist, wenn auch einem anderen Regime als dem der Besetzung. Ich meine unser deutsches **Land an der Saar[21].** Sie wissen alle, daß man im Jahre 1919 in Paris behauptet hat, an der Saar lebe eine gemischte Bevölkerung, und daß man deswegen eine Volksabstimmung, freilich erst nach fünfzehn Jahren, für nötig hielt. Nun, diese Be-

---

[17] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[18] Zur Besetzung von Düsseldorf und Duisburg vgl. oben mit Anm. 12.

[19] Nach Art. 429 des Versailler Vertrags (ebd., S. 221–222) sollte die sukzessive Räumung des besetzten Rheinlands (von Norden nach Süden) nach fünf, zehn und 15 Jahren erfolgen, sofern „die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages von Deutschland getreulich erfüllt“ sein würden; somit stand die Räumung der ersten (nördlichen) Zone zum 10. Januar 1925 an.

[20] Wilhelm von Nathusius (1856–1937), deutscher Generalmajor a.D. – Nathusius war am 1. November 1924 anläßlich eines Friedhofsbesuchs in Lothringen in Forbach verhaftet worden. Nachdem er bereits 1921 in Abwesenheit von einem französischen Kriegsgericht wegen Diebstahls verurteilt worden war, drohte im nun erneut ein Gerichtsverfahren (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 424, Anm. 1).

[21] Das Saargebiet wurde durch den Versailler Vertrag auf 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt; das Eigentum an den dortigen Kohlengruben ging an Frankreich über. Einzelheiten der Regierung und Verwaltung des Saargebiets („Saarstatut“) waren ebenfalls im Vertrag geregelt.

hauptung kann, wie ich glaube, heute als endgültig abgetan betrachtet werden. Die Bevölkerung selbst hat – dies können wir ihr nicht genug danken – der Welt offenkundig gemacht, daß an der Saar wirklich nur Deutsche wohnen. Freilich dienten jene Behauptungen wie 1919 hauptsächlich dazu, die Abtretung der Kohlengruben zu ermöglichen. Das war eine wirtschaftliche Frage, die zweckentsprechend nur wirtschaftlich gelöst werden konnte.

Aber entgegen den deutschen Vorschlägen[22] suchte man sie politisch zu lösen. Das war der große Fehler von 1919. Heute wäre, so scheint mir, die Welt für **vernünftige wirtschaftliche Lösungen** wohl zugänglicher. Einstweilen aber wirkt der Fehler von 1919 fort, sehr zum Nachteil sämtlicher Beteiligten. Wirtschaftlich hat Frankreich durch den Besitz der Saargruben keineswegs das erlangt, was es 1919 erhoffte. Es wäre besser gefahren, wenn es den deutschen Anregungen Gehör geschenkt hätte. Und vom Politischen gilt dies erst recht. Das Bild ist heute doch ganz klar: In fünf Jahren haben alle Versuche, die Bevölkerung an der Saar zu beeinflussen und ihrem Deutschtum zu entfremden, nicht den geringsten Erfolg gehabt. Wer auf diese fünf Jahre zurückblickt, wird wohl nicht annehmen, daß man in weiteren zehn Jahren den Gefühlen der Bevölkerung eine andere Richtung geben könnte. Aber jene Behauptungen von 1919 sind nun einmal da. Es wird nichts übrig bleiben, als die Probe aufs Exempel zu machen, und die **Bevölkerung abstimmen zu lassen.** Nur so können wir klare Verhältnisse bezüglich des Saarlandes schaffen, wie sie im Interesse friedlicher Beziehungen zwischen Nachbarvölkern unerläßlich sind.

Ebenso wie hinsichtlich der besetzten Gebiete, ist auch sonst die **Abwicklung des Londoner Paktes bisher normal verlaufen.** Namentlich hat die 800-Millionen-Anleihe in allen Ländern, in denen sie aufgelegt worden ist, einen überaus starken Erfolg gehabt[23]. Der Erlös aus der Anleihe beginnt bereits in die Kassen der Reichsbank zu fließen und man kann darauf vertrauen, daß seine befruchtende Wirkung auf die deutsche Wirtschaft sich bald geltend macht. Auch von den Gegnern des Londo-

[22] In der Mantelnote Brockdorff-Rantzaus zu den deutschen Gegenvorschlägen vom 29. Mai 1919 in Reaktion auf den alliierten Friedensvertragsentwurf erklärte sich Deutschland „bereit, die wirtschaftliche Versorgung Frankreichs mit Kohlen, besonders aus dem Saargebiet, bis zur Wiederherstellung der französischen Bergwerke zu sichern“ (Druck der Mantelnote u.a. in URSACHEN UND FOLGEN III, S. 356–360; Zitat: S. 358).

[23] Am 10. Oktober 1924 war in London die Abmachung zwischen Deutschland und internationalen Banken über eine Anleihe von 800 Millionen Goldmark unterzeichnet worden. Die Anleihe wurde u.a. am 14. Oktober in New York und am 15. Oktober 1924 in London aufgelegt, vielfach überzeichnet und die Zeichnung in New York nach 12 Minuten, in London nach vier Stunden geschlossen (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 490 [Morgenausgabe] vom 15. Oktober 1924; SCHULTHESS 65 [1924], S. 195; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 595).

ner Paktes kann nicht bestritten werden, daß die deutsche Wirtschaft diesmal wirklich eine Ruhezeit bekommen hat, eine Pause, um die deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen. Unsere Aufgabe ist es, diese Zeit in vollem Umfang für den Aufbau der deutschen Wirtschaft im Innern und für den Ausbau der deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland nach allen Kräften auszunutzen.

Der Ausbau der deutschen wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland ist in vollem Gange. Mit den **Vereinigten Staaten von Amerika und mit Spanien sind Handelsverträge bereits abgeschlossen[24],** die noch der Genehmigung durch die Parlamente harren. Mit England, Frankreich, Belgien, der Schweiz und der Türkei schweben zurzeit Handelsvertragsverhandlungen[25], und mit Italien, Japan und Polen steht der Beginn von Verhandlungen unmittelbar bevor. Sie erkennen schon aus der großen Zahl dieser Länder die Bedeutung, die diesen Verhandlungen zukommt, und ihre Bedeutung wird dadurch noch vermehrt, daß wir ja in vielfacher Beziehung vor ganz neuen Verhältnissen stehen und neue Probleme gelöst werden müssen. Es haben sich bei uns die Verhältnisse gegen früher geändert, insbesondere durch die Verringerung unserer industriellen Rohstoffbasis und der landwirtschaftlichen Erzeugung. Wir finden aber auch bei den anderen Ländern, mit denen wir verhandeln, vielfach andere Voraussetzungen vor. Es ist nicht möglich, einfach an die Verhältnisse und Beziehungen anzuknüpfen, wie sie im Jahre 1914 abgebrochen worden sind. Es müssen neue Wege gesucht und gefunden werden. Es wird nicht mit allen Staaten möglich sein, jetzt schon auf lange Sicht Handelsverträge abzuschließen. Wir werden zum Teil **mit Provisorien, mit kurzfristigen** Abkommen arbeiten müssen, um die Wirkung der Abmachungen auf die veränderten Verhältnisse zu erproben. Den leitenden Grundsatz aus unserer Handelspolitik der Vorkriegszeit, nämlich den der gegenseitigen **Meistbegünstigung,** können und müssen wir aber auch fernerhin zur Grundlage unserer Handelsbeziehungen mit dem Auslande machen. Wir stehen in diesem Punkte vor einer entscheidenden Wendung und Besserung unserer Lage. Am 10. Januar 1925 läuft die uns im Vertrag von Versailles auferlegte einseitige

[24] Text des in Washington unterzeichneten deutsch-amerikanischen Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrags vom 8. Dezember 1923 in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 402, Drucks. Nr. 1111 (mit eigener Seitenzählung). – Text des deutsch-spanischen Handelsabkommens vom 25. Juli 1924, das seit dem 1. August auch als Modus vivendi in Kraft gesetzt war, ebd., Bd. 383, Drucks. Nr. 467 (mit eigener Seitenzählung).

[25] Zum Stand der deutsch-britischen Handelsvertragsverhandlungen: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 377–379; der deutsch-französischen Verhandlungen: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1172–1173; der deutsch-schweizerischen Verhandlungen: ebd., S. 1166; mit Belgien wurden seit dem 15. September 1924 Wirtschaftsverhandlungen geführt (SCHULTHESS 65 [1924], S. 83); zu Verhandlungen mit der Türkei konnte nichts ermittelt werden.

Meistbegünstigung ab[26], und wir stehen von diesem Zeitpunkt ab wieder als gleichberechtigte Vertragsgegner dem Auslande gegenüber. Das Ausland hat in Erkenntnis dieser veränderten Lage den Wunsch, mit uns neue Verträge abzuschließen. Wir haben den gleichen Wunsch und führen die Verhandlungen in dem aufrichtigen Bestreben, mit allen Ländern zu einer wirtschaftlichen Verständigung zu kommen.

Wenn wir dabei das **System der Meistbegünstigung** zum Mittelpunkt unserer Verhandlungen machen, so geschieht das nicht nur, weil dieses System am besten geeignet ist, die wirtschaftlichen Beziehungen mit den einzelnen Vertragsländern auf einer gerechten und dauernden Basis zu regeln, sondern noch vielmehr, weil dieses System allein eine wirtschaftliche Verständigung und Annäherung aller Länder in Europa gewährleistet.[27]

Der gerade in den letzten Wochen im Ausland nicht ohne bestimmte Tendenz verbreiteten Befürchtung, daß Deutschland das Ausland in kurzem mit deutschen Waren überschwemmen und sich selbst gegen das Ausland mit **Prohibitivzöllen** abschließen wird, muß ich entschieden entgegentreten. Deutschland steht bezüglich seiner Ausfuhr weit hinter allen anderen Ausfuhrländern der Welt zurück. Ein kürzlich veröffentlichter Vergleich des Außenhandels aller Länder[28] hat ergeben, daß der Welthandel im allgemeinen bereits wieder auf 80 v.H. des Welthandels vor dem Kriege gestiegen ist, daß der deutsche Außenhandel aber nur 40 v.H. der Vorkriegszeit beträgt. Diese Zahlen beweisen deutlicher als alle tendenziösen Behauptungen, wie übertrieben und unberechtigt die Furcht vor der deutschen Konkurrenz ist. Deutschland muß noch einen weiten Vorsprung der übrigen Länder einholen, um auf seinen früheren Stand zu kommen. Für die Erreichung dieses Zieles muß Deutschland allerdings auch seine ganzen Kräfte einsetzen, wenn es die auf ihm liegenden

[26] Vgl. oben mit Anm. 3.

[27] In der ZEIT, Nr. 269 vom 14. November 1924, folgt hier eine Passage, die in der Vorlage fehlt: „Jedes andere System von Zollvereinbarungen führt zur Abschließung der Länder unter sich, eine Tendenz, die heute sich noch viel schädlicher auswirken muß als früher, wo in Europa große organisch entstandene und ausgeglichene Wirtschaftsgebiete vorhanden waren. Der 10. Januar stellt Deutschland, aber auch das übrige Europa, vor eine wichtige historische Aufgabe. Die Wirtschaftsverhandlungen, die jetzt eingeleitet sind und die sich mit Provisorien und Unterbrechungen wahrscheinlich über eine lange Zeit hinziehen werden, bis sie alle zu festen, dauernden Handelsverträgen nach früherem Muster geführt haben, werden darüber entscheiden, ob in Europa in den nächsten Jahrzehnten wirtschaftliche Verständigung und Zusammenarbeit oder ein wirtschaftlicher Kampf aller gegen alle herrschen wird. Wirtschaftskampf drängt aber immer zu gewaltsamen Lösungen. Es ist daher eine große Verantwortung, die auf den Staatsmännern und den Parlamenten ruht, die darüber zu entscheiden haben, ob Europa einem wirtschaftlichen Zusammenarbeiten oder einem Wirtschaftskampf entgegengeht. Ich kann wohl sagen, daß alles, was es in Deutschland an verantwortlichen Körperschaften gibt, sich dieser Verantwortung bewußt ist und eine wirtschaftliche Verständigung mit dem Auslande anstrebt.“

[28] Ein Nachweis der Veröffentlichung konnte nicht ermittelt werden.

Reparationslasten erfüllen will. Die Freiheit und Gleichberechtigung Deutschlands in wirtschaftlicher Beziehung ist in dem Sachverständigengutachten, das die Grundlage für das Londoner Abkommen bildet[29], an verschiedenen Stellen ganz klar als Voraussetzung für die Erfüllung der Deutschland auferlegten Verpflichtungen anerkannt worden.

Wir müssen uns andererseits aber darüber klar sein, daß, wenn wir nach dem Ausland ausführen wollen und müssen, wir dem Ausland auch unseren **eigenen Markt öffnen** müssen. Wir können von dem Ausland nicht verlangen, daß es unsere Waren aufnimmt, wenn wir uns gegen die Waren des Auslandes absperren. So leicht es ist, diese Erkenntnis theoretisch festzustellen, so schwer ist es, sie in die Praxis umzusetzen. Wir haben in dieser Beziehung in der letzten Zeit bei der Beratung von Zollpositionen seltsame Auffassungen feststellen können. Dieselben Sachverständigen, die in begeisterten Tönen das System eines sehr gemäßigten Zolles oder sogar des Freihandels gerühmt haben, haben dann sehr starke Schutzzölle verlangt, wenn die Beratung auf die Gegenstände gekommen ist, die ihre eigene Produktion berühren. Ich berühre hier eine sehr ernste Frage, der wir in der nächsten Zeit die stärkste Aufmerksamkeit schenken müssen. Ich habe schon vorhin darauf hingewiesen, daß wohl alle maßgebenden Kreise in Deutschland überzeugt sind, daß unser **Zollsystem sich auf einer gemäßigten Basis** halten muß. Aber es ist unendlich schwer, die beteiligten Kreise dazu zu bringen, diese allgemeine volkswirtschaftliche Erkenntnis in die Tat umzusetzen, und ich muß an alle beteiligten Kreise den Appell richten, daß sie übertriebene Forderungen zum Schutze ihrer speziellen Interessen zurückstellen. Die Regierung und das Parlament haben die schwierige und immer undankbare Aufgabe, hier für einen Ausgleich zu sorgen.

Wenn ich die Wirtschaftsverhandlungen mit **Frankreich** besonders erwähne, so geschieht dies nicht, weil ich die Verhandlungen mit den übrigen Ländern, rein wirtschaftlich gesehen, für weniger wichtig halte. Die Verhandlungen z.B. mit England, haben einen Erfolg versprechenden Beginn genommen[30]. Ebenso mit Rußland, das als großer Konsument der Zukunft für Deutschland eine besondere Bedeutung hat, wenngleich sich hier aus der Verschiedenheit der Wirtschaftsverfassung besondere Schwierigkeiten ergeben mögen.

---

[29] Mit der Unterschrift unter das Londoner Abkommen vom 30. August 1924 (Text u.a. in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 123–128) waren die Ergebnisse der Londoner Konferenz (vgl. oben mit Anm. 8), also insbesondere die Durchführung des Dawes-Plans als Grundlage für die deutschen Reparationszahlungen, in Kraft getreten.

[30] Vgl. unten mit Anm. 49.

Die besondere Wichtigkeit, die den Verhandlungen mit Frankreich zukommt, ist darin begründet, daß es sich hier darum handelt, die politische Entspannung, die durch das Londoner Abkommen eingeleitet worden ist, nicht nur nicht zu gefährden, sondern im Gegenteil zu erhalten und zu kräftigen. Eine wirtschaftliche Verständigung mit Frankreich wird eine der wichtigsten Werkzeuge für eine Befriedung Europas in den nächsten Jahrzehnten sein. Wir wenden daher diesen Verhandlungen unsere ganz besondere Aufmerksamkeit zu. Wir waren uns von vornherein darüber klar, daß es nicht leicht sein wird, einen Ausgleich der deutsch-französischen Wirtschaftsinteressen zu finden[31]. Wir haben Frankreich durch das Angebot der Meistbegünstigung den deutschen Markt geöffnet. Wir werden die uns von Frankreich mitgeteilten Wünsche mit der ganzen Sorgfalt prüfen, die die Besonderheit der deutsch-französischen Lage erfordert, und ich kann nur der Hoffnung und dem Wunsche Ausdruck geben, daß auf französischer Seite die Probleme mit dem gleichen Geiste des Entgegenkommens behandelt werden, wie dies von deutscher Seite geschieht.

In England ist der Minderheitsregierung der Arbeiterpartei eine konservative Regierung mit starker Majorität gefolgt[32]. Dem aus dem Amt geschiedenen **Premierminister Macdonald**[33] ist die Anerkennung dafür sicher, daß er sich stets mit aller Kraft für den Wiederaufbau und die Befriedung Europas eingesetzt hat. Das Zustandekommen des Londoner Paktes ist neben Herriot[34] zum großen Teil ihm zu danken. Ich hoffe aber bestimmt, daß wir, wenn wir auf diesem Pakte jetzt weiter bauen, auch die Unterstützung der neuen Regierung in England finden. Deshalb begrüße ich es, daß der Herr Premierminister **Baldwin**[35] sich gleich in der ersten Rede nach seinem Amtsantritt unzweideutig auf den Boden des Londoner Abkommens gestellt hat.

In den **Vereinigten Staaten** ist der bisherige Präsident[36] mit sehr großer Mehrheit

---

[31] So (im zweiten Halbsatz) korrigiert aus der ZEIT, Nr. 269 vom 14. November 1924, statt einer offenbar verdruckten und sinnlosen Passage in der Vorlage.

[32] Am 29. Oktober 1924 hatte die Konservative Partei die Unterhauswahlen mit großem Vorsprung gewonnen; daraufhin war die Labour-Regierung unter MacDonald am 4. November 1924 von einer konservativen Regierung unter Baldwin abgelöst worden.

[33] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929 – 1935.

[34] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister), 19.–21. Juli 1926 u. 1932.

[35] Stanley Baldwin (1867–1947), britischer Premierminister 22. Mai 1923 – 22. Januar 1924, 4. November 1924 – 5. Juni 1929, 1935–1937; Schatzkanzler 1922–1923. – Stresemann bezieht sich im Folgenden offenbar auf die Programmrede Baldwins in der Guildhall am 10. November 1924 (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 197–198).

[36] Calvin Coolidge (1872–1933), Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1923–1929, hatte bei seiner Wiederwahl am 4. November 1924 ca. 54% der Wählerstimmen und damit über 70% der Wahlmänner auf sich vereinigen können.

wiedergewählt worden. Wir können die Entscheidung des amerikanischen Volkes auch vom deutschen Standpunkt aus begrüßen, weil sie die Billigung der von der bisherigen Regierung befolgten Politik freundschaftlichen Zusammenarbeitens mit uns in sich schließt und eine Gewähr für die Fortsetzung und die Pflege der zwischen beiden Nationen angebahnten guten Beziehungen bietet. Diese Beziehungen werden gekennzeichnet durch das lebhafte Interesse, das man jetzt jenseits des Ozeans an dem Wiederaufbau Deutschlands nimmt in der Erkenntnis, daß dieser Wiederaufbau nicht nur eine deutsche Angelegenheit, sondern eine Angelegenheit von allgemeinem Interesse ist. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat seinerzeit ihre Zustimmung dazu gegeben, daß amerikanische Bürger sich an der Ausarbeitung des neuen Reparationsplanes für Deutschland beteiligten[37], dieses Planes, der jetzt in aller Welt den Namen eines Amerikaners[38] trägt. Das Interesse Amerikas, und zwar auch des amtlichen Amerikas, ist dann aber auch auf der Londoner Konferenz stark in die Erscheinung getreten, wo sich der amerikanische Einfluß als ausgleichend und fördernd erwiesen hat. Als es sich dann um die Schaffung der materiellen Grundlage für die Durchführung des Dawesplanes handelte, ist es der amerikanische Anteil an der deutschen Reparationsanleihe gewesen, der zuerst aufgelegt und ganz erheblich überzeichnet worden ist[39]. Ganz besonders freut es uns aber, feststellen zu können, daß nicht nur eine Verkettung materieller Interessen zwischen den beiden Völkern stattgefunden, sondern daß darüber hinaus auch die freundschaftliche Annäherung Fortschritte gemacht hat. Der Flug des Zeppelins nach den Vereinigten Staaten[40], diese Glanzleistung deutscher Technik und deutschen Wagemutes, hat in den Vereinigten Staaten die freundlichste Anerkennung gefunden und in beiden Ländern die Ueberzeugung vertieft, daß sie berufen sind, in friedlicher Zusammenarbeit zur Lösung der Kulturaufgaben der Menschheit beizutragen.

Besonders gedenken möchte ich unseres Verhältnisses zu **Oesterreich.** Dieses

---

[37] Charles Gates Dawes und Reginald McKenna hatten den 1. bzw. 2. Sachverständigen-Ausschuß geleitet (vgl. oben mit Anm. 8).

[38] Charles Gates Dawes (1865–1951), US-amerikanischer Bankier und Politiker; Vorsitzender des 1. Sachverständigenausschusses 1924; Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1925–1929; Botschafter in London 1929–1932. – Mit seinem Namen („Dawes-Plan“) wurde das Sachverständigen-Gutachten bzw. die Einigung auf der Londoner Konferenz bezeichnet.

[39] Vgl. oben mit Anm. 23.

[40] Die amerikanische Regierung hatte als Kriegsentschädigung und auf Reparationskonto die deutsche Lieferung eines Großluftschiffes gefordert, das als LZ 126 seit 1922 in Friedrichshafen am Bodensee gebaut wurde; nach Testfahrten über Deutschland wurde der Zeppelin vom 12. bis 15. Oktober 1924 in die USA überführt (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 90). In der deutschsprachigen Presse war diese Überführung tagelang das alles andere überragende Thema (vgl. etwa für die betreffenden Tage die zahlreichen Artikel in VOSSISCHE ZEITUNG; NEUE FREIE PRESSE; REICHSPOST).

Verhältnis ist nach wie vor gekennzeichnet durch die freundnachbarlichen Beziehungen, die wir mit dem deutschen Brudervolk in Oesterreich unterhalten. Mit Genugtuung konstatieren wir, daß die Sanierung Oesterreichs[41] unter der zielsicheren Leitung des Herrn Bundeskanzlers Dr. Seipel[42] ihren stetigen Fortgang nimmt trotz der dabei unvermeidlichen Krisenerscheinungen, zu denen auch der jüngste Eisenbahnerstreik zu rechnen ist[43]. Wir hoffen, daß unsere beiderseitigen engen Beziehungen durch das im Juli in Prag unterzeichnete Wirtschaftsabkommen[44] eine noch weitere Vertiefung erfahren werden, zumal wir uns in diesem Abkommen den weiteren Ausbau unserer Wirtschaftsverbindungen vorbehalten und zugesagt haben.

Was unsere östlichen Nachbarn anlangt, so ist mit **Polen** nach jahrelangen schwierigen Verhandlungen in Wien am 30. August d.J. ein deutsch-polnisches Abkommen in Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen unterzeichnet worden[45]. Das Abkommen ist geeignet, eine Reihe von Konfliktsmomenten aus der Welt zu schaffen, die die deutsch-polnischen Beziehungen bisher besonders belastet und zu vielfachen Reibungen geführt haben. Gegenwärtig wird zwischen der Deutschen und der Polnischen Regierung die Möglichkeit des Abschlusses eines deutsch-polnischen Handelsvertrages erörtert[46]. Von unserer Seite würden dem Abschluß eines auf die beiderseitige Meistbegünstigung abgestellten provisorischen Vertrages mit Gültigkeit auf einige Monate, höchstens bis zum 1. Juli nächsten Jahres, Bedenken nicht entgegenstehen.

Sowjetrußland gegenüber entspricht die seit dem Rapallovertrag[47] inaugurierte Politik auch heute noch unseren vitalen politischen und wirtschaftlichen Interessen. Die der Ausgestaltung des Rapallovertrages dienenden, im letzten Jahre bekanntlich

---

[41] Österreich war im Oktober 1922 durch eine Völkerbundanleihe vor dem drohenden Staatsbankrott gerettet worden. Ausführliche Dokumentation dazu in: AUSSENPOLITISCHE DOKUMENTE DER REPUBLIK ÖSTERREICH IV. – Am 16. Juni 1924 war vom Völkerbund beschlossen worden, das Sanierungsprogramm fortzusetzen (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 452).

[42] Ignaz Seipel (1876–1932), österreichischer Bundeskanzler 31. Mai 1922 – 20. November 1924, 20. Oktober 1926 – 4. Mai 1929.

[43] Am 12. November 1924 war ein Streik der österreichischen Eisenbahner beigelegt worden (vgl. ebd., S. 129; Einzelheiten über die Einigung auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 541 [Abendausgabe] vom 13. November 1924), der am 7. November 1924 begonnen und Seipel zur Demission veranlaßt hatte (vgl. ebd., Nr. 532 [Morgenausgabe] vom 8. November 1924); sein Kabinett war vorerst allerdings weiter mit der Führung der Geschäfte betraut worden.

[44] Zum Zusatzvertrag zum deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen von 1920, der am 12. Juli 1924 in Prag unterzeichnet wurde, vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 857, Anm. 4.

[45] Vgl. dazu SCHULTHESS 65 (1924), S. 79–80.

[46] Dazu konnte nichts ermittelt werden.

[47] Text des deutsch-sowjetischen Vertrags von Rapallo vom 16. April 1922 u.a. in REICHSGESETZBLATT 1922,II, S. 677–678.

in Berlin geführten eingehenden Verhandlungen[48] haben bereits zu einer Klärung wichtiger Vertragsmaterien geführt. Wesentlich größere Schwierigkeiten bieten der Natur der Sache nach die in diesen Tagen in Moskau eingeleiteten eigentlichen Wirtschaftsverhandlungen[49]. Die Interessen beider großen Länder erfordern hierbei die praktische Betätigung der Erkenntnis, aus der der Rapallovertrag damals in schwerer Zeit geboren wurde. Die Arbeit wird nicht leicht sein, da es sich in erster Linie um den realpolitischen Ausgleich zweier auf völlig verschiedener Wirtschaftsauffassung beruhender staatspolitischer Systeme handelt. Alle in Moskau zu behandelnden Fragen werden mehr oder weniger von jener Unterschiedlichkeit der rechtlichen und wirtschaftlichen Einstellung beherrscht sein. Ich hege gleichwohl das Vertrauen, daß es mit beiderseitigem Verständnis für die berechtigten Bedürfnisse des andern Teiles gelingen wird, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden und in Zusammenhang damit auch die in jüngerer Zeit namentlich in Transkaukasien entstandenen Differenzen zu lösen[50]. Auch habe ich Grund erwarten zu dürfen, daß es der Sowjetregierung gelingen wird, Einwirkungen innerpolitischer Natur, gegen die wir uns gewandt haben[51], in Zukunft zu verhindern. Die entgegenstehenden Schwierigkeiten sind nicht unüberwindbar. Auch weitere europäische Märkte werden ihren Weg zum russischen Volke finden. Die französische Regierung hat erst vor kurzem durch die Anerkennung der Sowjetunion[52] gezeigt, wie sehr sich auch dort die Erkenntnis Bahn bricht, daß ein so großer Wirtschaftskörper auf die Dauer nicht ausgeschaltet werden kann. Wir können die sich mehrenden Zeichen solcher Erkenntnis nur begrüßen. Wie vor dem Kriege, so auch jetzt kreuzen sich die deutschen und französischen Interessen in Rußland nicht. Vielleicht ergeben sich sogar aus einer friedlichen Nebeneinanderarbeit im Osten Möglichkeiten, die zur Entspannung unserer Sorgen im Westen beitragen kön-

[48] Zu den Berliner Verhandlungen im September 1923 vgl. etwa die Aufzeichnung Brockdorff-Rantzaus vom 10. September 1923 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 354–357.

[49] Zum Programm dieser Verhandlungen zur Ausgestaltung des Rapallovertrags vgl. die Aufzeichnung des Leiters der deutschen Verhandlungsdelegation, Koerner, vom 17. Oktober 1924 (ebd., A 11, S. 284–289); die Verhandlungen wurden erst am 14. November 1924 in Moskau eröffnet (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 312).

[50] Am 29. Oktober 1924 hatte Stresemann dem sowjetischen Botschafter Krestinski eine Note überreicht, in der sich die Reichsregierung gegen die Liquidation deutscher Firmen im Manganerzbau im Kaukasus gewendet hatte (vgl. die Aufzeichnung Stresemanns vom 29. Oktober 1924: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 317–320).

[51] Vgl. etwa die Aufzeichnungen Stresemanns über Gespräche mit dem sowjetischen Geschäftsträger Bratman-Brodowski am 1. Oktober bzw. dem sowjetischen Botschafter Krestinski am 29. Oktober 1924 (STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 587–589, 589–591).

[52] Ende Oktober 1924 hatte Frankreich die Sowjetunion de jure anerkannt; am 4. November 1924 wurden beidseitig Botschafter ernannt (SCHULTHESS 65 [1924], S. 247).

nen.

Ein schwierigeres Kapitel als die bisher von mir berührten Fragen bildet die **Frage der Militärkontrolle**[53]**,** auf die ich noch mit einigen Worten eingehen möchte. Es ist Ihnen bekannt, daß die Reichsregierung mit allen Mitteln versucht hat, diese Kontrolle ihrem Ende zuzuführen. Dafür bot sich nur ein Weg: Die Zulassung der Generalinspektion unsere Rüstungsstandes. So schwere Opfer es kostete, die Regierung hat sich im Hinblick auf das Ziel, das es zu erreichen galt, dazu entschlossen. Die Generalinspektion ist nun seit über zwei Monaten in vollem Gange. Es sind bei militärischen und zivilen Stellen sowie bei industriellen Unternehmungen annähernd 1000 Besuche vorgenommen worden. Dank der mustergültigen Haltung der Bevölkerung, die sich der staatspolitischen Notwendigkeit bewußt war, sind diese Besuche in allen Teilen des Reiches glatt und reibungslos verlaufen. Nur in einem Einzelfall, in **Ingolstadt,** ist es unlängst zu bedauerlichen Ausschreitungen der Zivilbevölkerung gekommen[54]. Wenn dieser Vorfall inzwischen auch beigelegt ist, so muß doch die Regierung von der Einsicht der verständigen Kreise unseres Volkes erwarten, daß sie ihren Gefühlen im Interesse des großen Ganzen, das auf dem Spiel steht, einen Zügel anlegen und das ihrige dazu beitragen, den sich jetzt vollziehenden Schlußakt der Militärkontrolle nicht zu stören.

Daß der Befund der Generalinspektion den alliierten Ländern den **Beweis der Entwaffnung Deutschlands** erbringen muß, darüber kann schon jetzt kein Zweifel mehr bestehen. Deutschland erwartet daher mit Fug und Recht, daß mit dem Abschluß der Generalinspektion auch die Militärkontrolle in ihrer bisherigen Form als beendet zu betrachten ist. Einige Restfragen, die noch offen geblieben sind, werden sich bei gegenseitigem guten Willen im Wege der Verhandlungen ohne Verzögerung erledigen lassen. Wir sind also zu der Erwartung und Forderung berechtigt, daß in Kürze die Kontrolle aus der Hand der interalliierten Kommissionen in die Hand des Völkerbundes übergeht und von ihm den einschlägigen Bestimmungen des Versailler

---

[53] Zum Stand der interalliierten Militärkontrolle, die als Generalinspektion des deutschen Rüstungsstandes am 8. September 1924 wieder aufgenommen worden war (ebd., S. 441), vgl. die Besprechung vom 24. Oktober 1924 im Auswärtigen Amt (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1138–1139) und das Schreiben des Legationsrats Nord an Staatssekretär Bracht vom 8. November 1924, dem die Monita der Kontrollkommission angefügt sind (ebd., S. 1168–1169). – Zur Bedeutung, die Stresemann der Generalinspektion im Hinblick auf einen möglichen negativen Ausgang und die daraus resultierende Gefahr der Nichträumung der Kölner Zone beimaß, vgl. sein Schreiben an Luther vom 12. November 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 398, Anm. 7).

[54] Am 5. November 1924 waren Offiziere der Kontrollkommission bei einer Inspektion in Ingolstadt aus einer Menschenmenge heraus bedrängt und beleidigt worden (vgl. DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,26, S. 1113 mit Anm. 4; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 528 [Morgenausgabe] und 529 [Abendausgabe] vom 6. November 1924).

Vertrags entsprechend[55] gehandhabt wird.

Ich komme damit zu dem **Völkerbund,** der einen so wichtigen Faktor des internationalen Lebens darstellt, daß ich bei dieser Darstellung unserer außenpolitischen Lage nicht an ihm vorübergehen kann. Es ist Ihnen bekannt, daß die Reichsregierung sich für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund entschieden hat[56], und daß sie entschlossen ist, ihre Schritte in dieser Richtung fortzusetzen. Das Memorandum, das sie zu diesem Zwecke im September den im Völkerbund vertretenen Mächten überreichen ließ[57], hat allerdings anscheinend doch nicht überall das Interesse gefunden, das wir erhofft hatten. Nur einige Mächte haben uns bisher geantwortet[58]. Auch von diesen Antworten kann ich zu meinem Bedauern nicht sagen, daß sie allen unseren Erwartungen gerecht würden. Ich vermisse darin ein genügendes Verständnis für die ganz besondere Lage, in der sich Deutschland befindet. Ein gänzlich entwaffnetes Volk kann inmitten eines **stark gerüsteten Europas** auch als Mitglied des Völkerbundes unmöglich auf das letzte Schutzmittel verzichten, das ihm durch das **Recht auf Neutralität** gewährt wird[59]. Ich hoffe aber, daß wir im Wege der gegenseitigen Aussprache schließlich doch zu einer Einigung auch über diesen schwierigen Punkt gelangen werden.

Wie es hiermit aber auch werden mag, wichtiger als die Form, die der Genfer Völkerbund für die Gestaltung des internationalen Lebens gefunden hat, ist der Geist, der dieses Leben beseelen muß. Verträge, Abmachungen und internationale Organisationen sind nur das Gerüst für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern. Wachstum und Kraft wird dem internationalen Leben nur gegeben durch das **Vertrauen,** das die gegenseitigen Beziehungen erfüllt und durch den aufrichti-

---

[55] Art. 213 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 100), der die Vertragspassage über die deutsche Rüstungskontrolle abschloß, sah vor, daß sich Deutschland jeder Untersuchung unterziehen lassen müsse, die der Völkerbundsrat für notwendig erachte.

[56] Im Ministerrat vom 23. September 1924 (zum Redebeitrag Stresemanns vgl. diese Edition).

[57] Das betr. Memorandum war am 25. September 1924 in einer Ministerbesprechung genehmigt worden; am gleichen Tag gab Stresemann den Auftrag, den Text den Botschaftern bei den Mitgliedern des Völkerbundsrates zu übersenden mit der Weisung, es am 29. September 1924 zu überreichen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1065 u. Anm. 2–3). – Text des Memorandums in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 476–478 (dort fälschlich auf den 24. September 1924 datiert); SCHULTHESS 65 (1924), S. 85–87.

[58] Die bis zu diesem Zeitpunkt eingegangenen Antworten lassen sich aus der Liste in einer Aufzeichnung Bülows vom 21. November 1924 erschließen (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 425 mit Anm. 5–12).

[59] Stresemann spielt hier auf Art. 16 der Völkerbundssatzung an, der im Falle eines Angriffs auf ein Völkerbundsmitglied die übrigen Mitglieder zur Unterstützung verpflichtete, insb. auch zum Abbruch aller Handels- und Finanzbeziehungen und dazu, Streitkräften eines dritten Staates, die dem Angegriffenen zu Hilfe kommen wollten, den Durchmarsch zu erlauben (VERTRAG VON VERSAILLES S. 14–15).

gen Verständigungswillen der Regierungen. Alle Völker haben Anspruch auf **Freiheit** und **gleiches Recht.** Nichts anderes als diesen Anspruch auf gleiches Recht und Freiheit verlangt Deutschland für sich![60]

Die Haltung der **Demokratischen Partei**[61] wird vielfach begründet mit dem Hinweis auf die Traditionen ihrer großen Führer, die einer solchen Entwicklung entgegenständen. Insbesondere bezieht man sich da auf die Erinnerungen an die **Persönlichkeit Friedrich Naumanns**[62]**,** vergißt dabei aber anscheinend, daß Friedrich Naumann **selbst im Jahre 1907 die Politik des Bülowblocks unterstützt**[63] hat, die ja ebenfalls eine Zusammenfassung der bürgerlichen Kräfte und zwar namentlich der rechtsstehenden bürgerlichen Kräfte gewesen ist.

Die Auflösung des Reichstags[64] ist unerfreulich, weil sie das aufkeimende Vertrauen des Auslandes zu einer stetigen Entwicklung in Deutschland untergräbt. Ein **Verbleiben der heutigen Regierung** ist aber **unmöglich,** da sie nur über 138 von 474 Mandaten verfügt und bei der Ausschaltung der Deutschnationalen sofort von einer parlamentarischen Krise in die andere hineingestoßen werden würde.

Trotz allem Wirrwarr bei den bisherigen Verhandlungen mit den Fraktionen soll man die **Hoffnung auf eine positive Lösung** nicht aufgeben. Ist sie nicht zu erreichen, so müssen bei den **Wahlen** sich diejenigen Kräfte zusammentun, die auf dem Boden einer **nationalen Realpolitik** diejenigen zur verantwortungsvollen Mitarbeit bereiten Kräfte zusammenfassen wollen, die zu einer Regierungsbildung auf der Grundlage der Fortführung der Richtlinien der heutigen Politik sich bereit finden.[65]

---

[60] Die in Anm. 1 erwähnte Berichterstattung der ZEIT über die Rede fährt fort: „Darauf sprach der Parteivorsitzende, Reichsminister Dr. Stresemann, in längerer, oft von Beifallsstürmen unterbrochener Rede über die innenpolitische Lage und die Stellung der Partei im Wahlkampf. Er gab die Losung aus, daß die Deutsche Volkspartei unabhängig nach allen Seiten und selbständig in jeder Beziehung in den Wahlkampf eintrete. Die Versammlung nahm diese Erklärung mit langanhaltendem Beifallssturm auf.“ – In der Folge wird ein Wahlaufruf genehmigt, der dem Parteitag zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

[61] Am 15. Oktober 1924 hatte die Reichstagsfraktion der DDP einen Beschluß gefaßt, der die Beibehaltung der derzeitigen Minderheitsregierung forderte und die Erweiterung nach rechts ablehnte (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 96).

[62] Friedrich Naumann (1860–1919), Mitglied des Reichstags 1907–1912 und 1913–1918 (für die Freisinnige Vereinigung bzw. die Fortschrittliche Volkspartei); Mitglied der Nationalversammlung 1919 (für die DDP; zugleich deren erster Vorsitzender).

[63] Für die Reichstagswahl 1907 („Hottentottenwahlen“) hatten Konservative, Nationalliberale und Fortschrittliche Volkspartei ein Wahlbündnis geschlossen, das es ihnen durch die Absprache über Stichwahlen und den entsprechenden Wahlerfolg ermöglichte, in der Folgezeit Reichskanzler Bernhard von Bülow eine Mehrheit im Reichstag zu verschaffen.

[64] Tatsächlich erfolgten der Antrag der Reichsregierung zur Auflösung des Reichstags und die entsprechende Auflösungsorder durch Reichspräsident Ebert erst am folgenden Tag.

[65] In der Fortführung druckt die Vorlage ein Telegramm der hessischen Landespartei der DVP vom 19. September 1924 ab, in dem der „Hessische Landesparteitag […] dem hervorragenden und er-

folgreichen Leiter einer entschlossenen nationalen und realpolitischen Außenpolitik, zugleich dem verehrten Parteiführer unter der Bekundung unverbrüchlichen Vertrauens deutsche Grüße“ entbietet.

Rede anläßlich einer Kundgebung der DVP für die besetzten Gebiete in Dortmund vom 13. November 1924[1]

Nach ZEIT, Nr. 270 vom 15. November 1924. – Teildruck auch in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 598.

Dem Ausland gegenüber darf es nur ein deutsches Volk geben, keine Parteipolitik. Dankt den Menschen des Ruhrgebiets, daß sie der Welt ihr Deutschtum gezeigt haben.

Wir haben, so führte er aus[2], nicht mehr die materielle Macht, wir müssen sie ersetzen durch die **ideellen Kräfte in unserem Volke.** Es gibt aber noch manche, die nicht das Groß groß zu sehen und das Kleine klein zu sehen verstehen. Unsere Partei ist ganz klein, der Gedanke des Vaterlandes ganz **groß.** Wir müssen uns auch einig sein innerhalb der Konfessionen im deutschen Vaterlande. Ebenso töricht wäre es, wenn man das deutsche Volk in Gruppen einteilen wollte. Wir kennen keine Gruppen innerhalb des deutschen Volkes. Wir kennen nur ein Ideal, das Ideal der **Tüchtigkeit.** Wir lieben das alte Deutschland. Wir wollen das, was gut war im alten Deutschland, mit hinübernehmen in unsere Zeit. In diesem Sinne stehen wir auch auf dem Boden einer **Verständigung der Parteien** untereinander. In diesem Sinne zu verstehen ist auch die **Kompromiß-** und **Koalitionspolitik.** Sie bedeutet die Zusammenfassung der Kräfte, die allein uns retten kann. Dem Ausland gegenüber sollten wir überhaupt keine Parteien kennen, sondern nur ein deutsches Volk.

Der Minister behandelte dann Fragen des **Rechts,** die besonders aktuell seien in

---

[1] Die Vorlage, offenbar eine gekürzte und in Teilen paraphrasierende Fassung der Rede, führt in ihrem Bericht über die Veranstaltung einleitend aus: „Unter ungeheuerer Beteiligung fand am Donnerstag [13. November] abend in Dortmund eine von der Deutschen Volkspartei veranstaltete Kundgebung für die besetzten Gebiete statt. Der größte Saal Dortmunds ‚Der Fredensbaum' war schon lange vor Beginn der Versammlung vollkommen überfüllt. Viele Tausende drängten sich in dem mit schwarz-weiß-roten Farben geschmückten Raum. Auf breiter Estrade in Lorbeerbüschen die Büsten Bismarcks, Bassermanns und Benningsens. Hinter dem Rednerpult wies ein schlichtes Kreuz auf schwarzem Grunde auf die schweren Zeiten hin, die Dortmund eben durchlebt hat. Oben prangten in Flammenschrift die Worte: ‚Willkommen im erlösten Dortmund'. An der anderen Seite grüßte der Spruch ‚Einigkeit, Recht und Freiheit'. Tausende fanden keinen Einlaß mehr. Der gemeinsame Gesang des Westfalenliedes und künstlerische Darbietungen des Dortmunder Männergesang-Vereins gingen der Rede des preußischen Kultusministers Boelitz voraus, der von den Versammelten mit stürmischem Beifall begrüßt wurde." Der Wiedergabe der längeren Rede Boelitz' folgt: „Im Anschluß […] nahm, mit stürmischem Beifall begrüßt, Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort."

[2] So als Einschub in der Vorlage.

Dortmund[3]. Die Besetzung des Ruhrgebiets sei **rechtswidrig** gewesen, auch die jetzt weiter anhaltende Besetzung sei rechtswidrig, dagegen müsse mit aller Kraft Protest eingelegt werden. Wir müssen den Mut haben, fuhr er fort[4], dem Volk zu sagen, wie die Dinge wirklich sind. Wer das nicht tut, täuscht das Volk. Wir halten unser Recht, wie es im Versailler Vertrag[5], der uns so schwere Lasten auferlegt, niedergelegt ist, aufrecht und lassen daran nicht rütteln. In dieser Beziehung gibt es für uns kein Kompromiß. Der Ruhrkampf war aber **nicht vergeblich.** Wenn es gelang, in London zu erreichen, daß die Ruhrbesetzung aufhörte[6], und Rhein und Ruhr **deutsch** geblieben sind, so danken wir das nicht irgendwelchen Noten der Reichsregierung, sondern dem Kampf, den hier deutsche Männer und Frauen für ihr Deutschtum geführt haben. Dieser Kampf hat aber auch außerdem das Märchen zerstört, daß sich das westliche Deutschland nach Frankreich sehne. Dafür an dieser Stelle Ihnen feierlichen Dank auszusprechen, ist mir Herzensbedürfnis, nicht als Führer der Partei, sondern als deutscher Mann aus dem unbesetzten Gebiet. Die Wiedergeburt des Volkes muß von innen geschehen. Es gibt ja nicht Reiche und Arme nach Parteien getrennt. Es gibt vielmehr nur ehrlich arbeitende und nichtarbeitende Menschen. Wenn **Ehrlichkeit und Solidität** wieder wachsen, wie es jetzt der Fall ist, dann wächst auch die Kraft des deutschen Volkes von innen heraus. Wir werden wieder glauben können an ein neues Deutschland der Zukunft. Lassen Sie uns in tiefster Not unser Vaterland begrüßen mit dem Rufe: **„Deutschland hoch!“**

---

[3] Dieser Satz so – als paraphrasierende Überleitung – in der Vorlage, ebenso der anschließende Konjunktiv.

[4] So in der Vorlage als paraphrasierende Überleitung.

[5] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[6] Im Rahmen der Londoner Konferenz zur Feststellung des „Dawes-Plans“, die seit dem 16. Juli 1924 zunächst als Zusammenkunft der Siegermächte und vom 2. bis zum 16. August 1924 mit deutscher Beteiligung tagte (Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ [vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 (dort als Anl. Nr. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs)]; paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 [1924], S. 419–439; ein ausführliches „Tagebuch der Reichskanzlei“ für die Zeit ab der Hinzuziehung der deutschen Delegation in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1283–1306) wurde von französischer und belgischer Seite die militärische Räumung des Ruhrgebiets innerhalb eines Jahres zugesagt.

Rede auf dem Parteitag der DVP in Dortmund vom 14. November 1924[1]

Nach NATIONALE REALPOLITIK S. 3–46. – Teildrucke in NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, undatierte Sonderausgabe zum Parteitag [ca. 14. November 1924]; ZEIT, Nr. 270 vom 15. November und Nr. 271 vom 16. November 1924 (in gegenseitiger Ergänzung); STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 598–600; STRESEMANN, hrsg. v. Ostwald, S. 6–8, 64–65; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 544 (Morgenausgabe) vom 15. November 1924; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21616 (Morgenausgabe) vom 15. November 1924, S. 6.

Außenpolitik darf keine Parteifrage sein, sondern muß angesichts der deutschen Wehrlosigkeit in zähem Ringen ein wechselseitiges Entgegenkommen anstreben. Erläutert „nationale Realpolitik“ anhand seiner Politik vor und nach der Londoner Konferenz und der Frage des Völkerbundsbeitritts. Deutschland ist geschützter, weil die Welt jetzt wirtschaftlich an seinem Schicksal interessiert ist. Verteidigt die Bereitschaft der DVP für eine Koalition mit der DNVP und Verhandlungen mit letzterer zur Annahme der Dawes-Gesetze. Wehrt sich persönlich mit Rückblick auf die vorangegangenen sechs Jahre gegen den Vorwurf des Opportunismus. Die Aufwertungs- und die Beamtenfrage können erst jetzt langsam angegangen werden. Gedenkt der Person Bassermanns und der alten Nationalliberalen Partei.

Meine verehrten Freunde! In dem Wahlaufruf[2], den der Zentralvorstand gestern genehmigt hat[3], steht der Satz, daß unser Schicksal durch die Außenpolitik bestimmt werde. Ich habe in der Sitzung des Zentralvorstandes versucht, ein Bild der gegenwärtigen außenpolitischen Lage zu geben[4]. Aber gerade angesichts eines in Dortmund stattfindenden Parteitages drängt sich auch ein Rückblick auf die Entwicklung auf.

---

[1] Die ZEIT, Nr. 270 vom 15. November 1924, führt in ihrer Berichterstattung aus, daß der Parteitag „im Fredenbaum“ in Dortmund zusammengetreten sei und nach verschiedenen Reden und Grußworten anderer DVP-Vorstandsmitglieder Stresemann, „von einem Sturm des Beifalls empfangen“, das Wort ergriffen habe. – Offenbar diente die Vorlage der DVP als Wahlkampfbroschüre.

[2] Nach der Auflösung des Reichstags am 20. Oktober 1924 durch Reichspräsident Ebert (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 91) hatte sich das Kabinett am 21. Oktober auf den 7. Dezember 1924 als Termin für die Neuwahlen verständigt (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1132); die entsprechende Verordnung durch den Reichspräsidenten erging am gleichen Tag (REICHSGESETZBLATT 1924,I, S. 715).

[3] Der Wortlaut ist u.a. wiedergegeben in ZEIT, Nr. 271 vom 16. November 1924.

[4] Vgl. Stresemanns Rede vor dem Zentralausschuß vom 13. November 1924 (in dieser Edition).

Seit August vorigen Jahres stehe ich an verantwortlicher Stelle für diese deutsche Außenpolitik[5]. Sie war verbunden mit der Ruhrfrage. Sie begann im Ruhrkampf, und sie führte nach London[6]. Welche Grundsätze haben uns bei dieser Außenpolitik geleitet und was folgt aus den Erfahrungen, die wir selbst gewonnen haben, für unsere künftige Einstellung? Man hat nach Namen für eine bestimmte Außenpolitik gesucht. Herr Dr. Schacht[7] hat neulich von der Außenpolitik, die wir geführt haben, gesprochen als von der demokratischen Außenpolitik. (Heiterkeit.) Man kann den Sinn einer außenpolitischen Stellung nicht in parteipolitische Fesseln schlagen. (Sehr richtig!) Allerdings steht diese Auffassung, die ich vertreten habe, nicht ohne Angriffe da. Ich habe in einer Abwehr dieser Kennzeichnung der Außenpolitik erklärt, daß ich es ablehnte, überhaupt in bezug auf Außenpolitik von demokratischer oder konservativer Außenpolitik zu sprechen. Daraufhin hat mir Herr Erkelenz[8] bescheinigt, es fehle mir an politischem Fingerspitzengefühl. (Heiterkeit.) Bei dieser Kritik spielt ein Gedankengang mit, dem wir oft nicht nur bei Betrachtung der Außenpolitik, sondern auch bei Betrachtung der Innenpolitik begegnet sind: man glaubt, moralische Eroberungen damit zu machen, daß man von deutscher Politik als von demokratischer Politik spricht, weil man glaubt, daß die westlichen Demokratien darin eine Anerkennung ihrer eigenen Grundsätze sehen. Das ist derselbe Gedankengang, der auch innere Regierungsbildungen von diesem Geist und dieser Rücksichtnahme abhängig macht.

---

[5] Stresemann hatte am 13. August 1923 (anfangs zusammen mit dem Reichskanzleramt) den Außenministerposten übernommen.

[6] Gemeint ist die Londoner Konferenz zur Feststellung des „Dawes-Plans“ (des Sachverständigen-Gutachtens vom 9. April 1924) als künftiger Grundlage der deutschen Reparationszahlungen; sie tagte seit dem 16. Juli 1924 zunächst als Zusammenkunft der Siegermächte; nach der Einladung vom 2. August wurde die deutsche Delegation am 5. August 1924 hinzugezogen. Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. Nr. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439; ein ausführliches „Tagebuch der Reichskanzlei“ für die Zeit ab der Hinzuziehung der deutschen Delegation in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1283–1306.

[7] Hjalmar Schacht (1877–1970), Reichswährungskommissar 12. November 1923 – 19. Oktober 1924; Reichsbankpräsident 22. Dezember 1923 – 1930 u. 1933–1939; zugleich Reichswirtschaftsminister 1934–1937; Reichsminister ohne Portefeuille 1937–1943. – Schacht hatte am 3. November 1924 in Dessau eine Wahlrede für die DDP gehalten, bei der er auch die Außenpolitik als „demokratische Politik“ charakterisierte (vgl. den ausführlichen Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 525 [Abendausgabe] vom 4. November 1924); vermutlich bezieht sich Stresemann mit seiner nachfolgenden Bemerkung darauf.

[8] Anton Erkelenz (1878–1945), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die DDP 1919–1930; deren Erster Vorstandsvorsitzender 1921–1929). – Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf eine Pressefehde, die in Reaktion auf einen Leitartikel Erkelenz’ in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 512 (Morgenausgabe) vom 28. Oktober 1924, mit Angriffen auf Stresemann zwischen der „Vossischen Zeitung“ und der „Zeit“ ausgetragen wurde. Der Wortlaut der hier und im Folgenden wiedergegebenen Äußerungen Erkelenz’ findet sich dort allerdings nicht.

Lassen Sie uns demgegenüber fragen, ob die Erfahrungen der Vergangenheit für diese Auffassung sprechen. Wir müssen diese Frage um so mehr stellen, als es gar keinem Zweifel unterliegt, daß mächtige Kräfte am Werk sind, die den Sinn dieser Reichstagswahlen darin sehen, einen deutschen Linksblock zu schaffen, und die gerade von diesem Linksblock außenpolitische Vorteile erhoffen. Wir haben aus der Vergangenheit Erfahrungen darüber, ob der Begriff Demokratie oder selbst die Adoptierung von Grundsätzen in anderen Staaten Wirkungen auf eine Deutschland gegenüber angewandte Außenpolitik gehabt hat. Wir haben einst in Zeiten der Umwälzung beinahe formal und schematisch, namentlich im Anfang dieser Entwicklung, die Grundsätze der westlichen Demokratie für Deutschland übernommen. Ob es richtig war oder nicht, will ich innenpolitisch jetzt nicht untersuchen. Aber den Frieden von Versailles[9] hat es nicht verhindert. Wir haben seinerzeit im weiteren Verlauf der Entwicklung eine Regierung des Linksblocks gehabt[10], wir haben jene Regierung gehabt, die unter dem Reichskanzler Dr. Wirth[11] gestanden hat, und kein Zweifel besteht bei mir darüber, daß Herr Dr. Wirth der ehrlichen Ueberzeugung war, daß die von ihm inaugurierte Politik, namentlich die Politik nach außen, Deutschland Vorteil bringen würde. Und dann kam die Entscheidung über Oberschlesien[12], dann fiel Kattowitz an Polen, dann kam das himmelschreiende Unrecht, das uns dort zugefügt worden ist, und ich stelle wiederum an Sie die Frage: Hat denn die damalige außenpolitische Linksregierung nur das Geringste an positiven Vorteilen für Deutschland auf außenpolitischem Gebiet gebracht? (Sehr gut!)

Es ist gut, an diese Erfahrungen heute zu erinnern, wo man uns wieder sagt: wenn wir uns nach links wendeten, würde die Atmosphäre geschaffen werden, aus der heraus dann die außenpolitischen Erfolge wachsen würden, wobei ich mir zu bemerken gestatte, daß schließlich auch der Begriff „Ausland“ überhaupt kein einheitlicher Begriff ist, daß die Stellung und Bedeutung sozialistisch-radikaler Parteien in Frank-

---

[9] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[10] Offenbar meint Stresemann hier die „Weimarer Koalition“ aus SPD, DDP und Zentrum von 1919, vielleicht auch nur die Regierung Wirth 1921–1922, die ebenfalls von diesen Parteien getragen war.

[11] Joseph Wirth (1879–1956), Reichskanzler 1921–1922 (zusätzlich auch Reichsaußenminister 1922); Reichsfinanzminister 1920–1921; Reichsminister für die besetzten Gebiete 13. April 1929–1930; Reichsinnenminister 1930–1931; Mitglied des Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für das Zentrum).

[12] Der Oberste Rat der Siegermächte hatte 1921 nach vorangegangener Volksabstimmung und nach einem Schiedsspruch des Völkerbundsrates verfügt, daß Oberschlesien geteilt werde, womit der östliche Teil an Polen ging (vgl. URSACHEN UND FOLGEN IV, S. 65–66; AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 5, S. 318–322).

reich anders gewertet wird, als dies beispielsweise gegenwärtig in England und den Vereinigten Staaten in [!] Amerika der Fall sein dürfte. Herr Koch[13] hat darauf hingewiesen, daß ich selbst einmal davon gesprochen hätte, Persönlichkeiten, die an der Spitze der Regierung ständen, müßten einen Fonds von Vertrauen im Ausland haben. Gewiß, ich halte beispielsweise Herrn Hitler[14] nicht gerade empfehlenswert als deutschen Außenminister. (Große Heiterkeit.) Aber insgesamt bleibt doch, abgesehen von dieser Frage der Persönlichkeiten, das eine bestehen, daß die Außenpolitik nicht in das Prokrustesbett politischer Parteien oder parteipolitischer Anschauungen hineingezogen werden darf. Wir sprechen auch nicht von nationalliberaler oder volksparteilicher Außenpolitik. Was wir brauchen, das ist eine außenpolitische Einstellung, die sich der Begrenztheiten unserer Machtmittel bewußt ist, die Verständigung und Frieden sucht, weil wir beides brauchen, die aber den Frieden nicht nur durch Schaffung einer Atmosphäre herbeizuführen versucht, sondern die in bewußtem zähen Ringen den Begriff der Verständigung als gegenseitiges Entgegenkommen auffaßt.

Wir haben diese Politik nationale Realpolitik genannt. Wir nehmen sie nicht für unsere Partei in Anspruch. Wir glauben, daß sie die gegebene Politik der vernünftigen Menschen in Deutschland sein muß. Ist dieser Begriff nur ein neues Schlagwort? Ich verneine das. Der Begriff der nationalen Realpolitik schließt in sich bewußt einen Gegensatz. Realpolitik ist der bewußte Gegensatz zur Illusionspolitik, und ich fasse es als eine Hauptaufgabe der Gegenwart auf, das deutsche Volk aus den Nebeln der Illusionspolitik herauszureißen, und zwar der Illusionspolitik von rechts und der Illusionspolitik von links. (Bravo!)

Wenn ich mich nach rechts wende, so brauche ich mich vielleicht bei den Deutsch-Völkischen nicht sehr lange aufzuhalten. (Sehr richtig!) Ich glaube, auch die Wählerschaft wird sich bei dieser Partei nicht mehr lange aufhalten. (Heiterkeit.) Was an Außenpolitik im deutschvölkischen Lager getrieben wird, das ist Kraftmeiertum, aber keine politische Idee. (Sehr richtig!) Aber was wir bedauern und wogegen wir

[13] Vermutlich bezieht sich Stresemann hier auf Erich Koch(-Weser) (1875–1944), Reichsinnenminister 1919–1921; Reichsjustizminister 28. Juni 1928 – 13. April 1929; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1930 (für die DDP; deren Vorsitzender 1924–1930). – Die nachfolgend Koch zugeschriebene Äußerung konnte nicht ermittelt werden.

[14] Adolf Hitler (1889–1945), Vorsitzender der NSDAP 1921–1945 (mit Unterbrechung der Verbotszeit 1924/25); Reichskanzler (ab 1934 Staatsoberhaupt mit dem Titel „Führer und Reichskanzler“) 1933–1945.

haben ankämpfen müssen – ich erinnere Sie an die letzten Wahlen[15] –, das ist der Umstand, daß man auch im deutschnationalen Lager nur schwer dazu kommt, die Wirklichkeit so zu sehen wie sie ist. Es ist schön zu träumen, aber man darf sich nicht eine Macht vorträumen und vortäuschen, die man nicht mehr besitzt. Kein überzähliges Maschinengewehr, das irgendwo verborgen ist, darf uns darüber hinwegtäuschen, daß wir – Gott sei es geklagt – ein entwaffnetes Volk sind. Diese Entwaffnung stelle ich nicht hin als eine sittliche Tat des deutschen Volkes, um damit draußen eine günstige Stimmung für uns zu machen, sondern lediglich als eine Tatsache, auf der ich das Recht Deutschlands basiere, nach Erfüllung dieses Vertrages auch die Erfüllung der Vertragspflichten von der Gegenseite zu fordern[16]. (Lebhafte Zustimmung.)

Aber die Tatsache der Entwaffnung besteht, und mit dieser Tatsache müssen die verantwortlichen Staatsmänner rechnen. Mit dieser Tatsache unserer tatsächlichen Machtlosigkeit muß auch endlich das Volk anfangen zu rechnen, damit es im gegebenen Moment hinter seine Staatsmänner treten kann und ihnen nicht durch Illusionen des Volkes die Außenpolitik unmöglich macht, die sie führen können und die sie führen müssen. (Zustimmung.)

Unsere Politik nach außen trennt sich aber auch von der Illusionspolitik der Linken. Die Linke – und Sie wissen, welche Kreise ich damit meine, auch hier geht der Schnitt nicht einfach an der Grenze der Partei – glaubt durch Erfüllung zur Verständigung und durch politisches Wohlverhalten zur Gleichberechtigung im Völkerleben zu kommen. Es war diese Idee – ich nehme da einen Gedankengang wieder auf, den ich vorhin verfolgt habe – der auch zu der Illusion führte, mit der so viele Deutsche dem „Frieden der Gerechtigkeit“ entgegengesehen haben. Der Friede hat damals die Voraussetzungen des Telegrammwechsels zwischen Lansing[17] und der damaligen deutschen Regierung nicht erfüllt. Man hat damals all das „Wohlverhalten“, all die Waffenablieferung nicht anders gewertet als es in dem zum Ausdruck gekommen ist, was wir den Frieden von Versailles genannt haben. Und von all dem, was man seit

---

[15] Gemeint sind die Reichtagswahlen vom 4. Mai 1924. Zu deren Ergebnissen vgl. u.a. NATIONALLIBERALISMUS I, S. 493, Anm. 15.

[16] Der Versailler Vertrag begründete die Abrüstungsvorschriften für Deutschland mit dem einleitenden Satz: „Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkungen aller Nationen zu ermöglichen […]“ (VERTRAG VON VERSAILLES S. 82).

[17] Robert Lansing (1864–1928), Außenminister der USA 1915–1920. – Die verschiedenen Telegramme bzw. Noten zwischen Lansing und der Reichsregierung vom Oktober und November 1918, mit dem von deutscher Seite ein mäßiger Waffenstillstand und später ein „Wilson-Frieden“ angestrebt wurde, u.a. in QUELLEN ZUM FRIEDENSSCHLUSS VON VERSAILLES.

dem [!] Jahr um Jahr immer wieder erwartet hat, von der Befriedigung der Welt dadurch, daß sie überzeugt werden würde von deutschem Wohlverhalten und gutem Willen, ist im allgemeinen nichts eingetroffen. Die letzten Kämpfe und die letzten Entscheidungen haben sich auf einem anderen Boden als auf dem dieser Illusionen bewegt.

Herr Dr. Wirth hat kürzlich gesagt[18], die Deutsche Volkspartei solle doch etwas vorsichtiger sein in der Adoptierung der Gedankengänge anderer Parteien, und er hat die heutige Außenpolitik als die vollkommene Fortführung der Grundsätze angesehen, die früher auf diesem Gebiet ihn und andere geleitet haben. Diese Behauptung ist vollkommen abwegig. Und ebenso abwegig ist die Behauptung, daß die Deutsche Volkspartei in ihrer außenpolitischen Einstellung selbst etwa sich vollkommen geändert habe in bezug auf die Anerkennung dessen, was man Reparationspflicht nennt und was ich Kriegsentschädigungspflicht nennen möchte. Ich habe vor Ihnen oft den Gedanken vertreten: wir verwahren uns gegen die moralische Kriegsschuld Deutschlands, wir anerkennen aber die Konsequenzen des verlorenen Krieges. Wer die Folgen des verlorenen Krieges anerkennt, wäre aber ein Tor, wenn er glaubte, daß man irgendwie den Gedanken der deutschen Kriegsschulden hinwegdisputieren oder in irgendeiner Weise aus der Welt schaffen könnte.

Herr Dr. Wirth bezieht sich zur Kennzeichnung der Einstellung der Deutschen Volkspartei auf Aeußerungen, die der verstorbene Hugo Stinnes[19] ihm gegenüber in Spaa gemacht haben soll. Ich möchte dazu sagen: ich glaube, es wäre besser gewesen, dem lebenden Hugo Stinnes diese Worte entgegenzuhalten. (Sehr richtig!) Dann wären wir im Auswärtigen Ausschuß in der Lage gewesen zu prüfen, was an diesen Dingen ist. Seitdem sind Jahre vergangen. Ob die Worte gesprochen worden sind, weiß ich nicht. Sind sie gesprochen worden, so wären sie nicht im Einklang gewesen mit der Stellung, die wir selbst eingenommen haben. (Sehr richtig!)

---

[18] Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf eine Rede Wirths vom 28. Oktober 1924 auf dem Reichsparteitag des Zentrums, in der er einem Zeitungsbericht zufolge davon sprach, „daß man das nächste Mal den Deutschnationalen gegenüber nach dieser Erfahrung doppelt vorsichtig sein müsse“ (VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 513 [Abendausgabe] vom 28. Oktober 1924).

[19] Hugo Stinnes (1870 – 10. April 1924), Großindustrieller; Mitglied des Reichstages 1920–1924 (für die DVP). – Im Folgenden bezieht sich Stresemann offenbar auf die Konferenz von Spa vom Juli 1920 (zu deren Verhandlungen vgl. URSACHEN UND FOLGEN III, S. 284–294). – Wirth hatte laut einem Bericht der Wiener REICHSPOST, Nr. 311 vom 11. November 1924, S. 3, in einer Wahlveranstaltung des Zentrums am Vortag Stinnes zitiert, der in Spa zu Reichskanzler Fehrenbach gesagt habe: „Herr Reichskanzler, lehnen Sie die Kohlenforderung ab und lassen Sie den unvermeidlichen Bolschewismus über Deutschland kommen, damit vor aller Welt die Schuld der Entente an Deutschlands Zerstörung offenkundig werde!“

Ich sagte, wir waren uns klar darüber, daß wir die Folgen des verlorenen Krieges zu tragen hatten. Ich darf an eines erinnern: Als die Reparationskommission im Herbst, vor Beginn des Ruhrkampfes nach Berlin kam, da bin ich selbst in einer Besprechung der Parteiführer für ein deutsches Reparationsprogramm eingetreten[20]. Ich bin der Meinung gewesen, daß wir selbst die Pflicht hätten, Vorschläge zu machen für das Maß unserer Leistungsfähigkeit, um dies nicht lediglich in das Belieben der Auffassung anderer zu stellen. Die Grundlage des Unterschiedes jener Links-Außenpolitik und der heutigen außenpolitischen Führung liegt in der verschiedenen Grundanschauung und der verschiedenen Methode. Lassen Sie mich das Ihnen an Stelle von langatmigen allgemeinen Ausführungen an zwei großen Beispielen dartun, die ja erst kurze Zeit hinter uns liegen und zum Teil in der Entscheidung vor uns liegen, so daß man sie nicht als Historie, sondern als Gegenwartspolitik werten muß.

Ich denke an den Kampf, der, wie ich vorhin sagte, nach London geführt hat. Nach zwei Richtungen hin mußte ich mich in diesem Kampf als Außenminister wehren. Die einen waren schnell fertig mit dem Wort von dem zweiten Versailles und waren sehr schwer erst zu einer anderen Anschauung zu bringen. Das Nein, das vielen als Ausdruck der Kraft erscheint, sobald es irgend einmal in der Außenpolitik gesprochen ist, ist vielfach nichts anderes als die oberflächliche Einschätzung gegenüber den Dingen, die man glaubt, immer mit demselben Schlagwort abtun zu können. (Sehr gut!) Das waren die einen, die uns den Kopf heiß und den Erfolg schwer gemacht haben. Aber die anderen, die es uns nicht minder schwer gemacht haben, das waren die Leute, die fortwährend Angst hatten, daß wir zuviel fordern könnten, die uns gedrängt haben, bedingungslos anzunehmen, die uns fortwährend gesagt haben: nehmt nur erst einmal an, das andere wird sich finden, dann kommt die Atmosphäre, aus der heraus die Erfolge erwachsen.

Gegen diesen Gedanken haben wir uns gewehrt in Hannover[21], wenn wir damals gesagt haben: durch Arbeit und Opfer zur Freiheit! Damit war ganz klar ausgedrückt: ohne die Erringung der Freiheit bringen wir solche Opfer, wie sie uns hier zugemutet werden, nicht. Damit war dieser Gesichtspunkt klar herausgearbeitet, und daß der durchaus nicht als selbstverständlich angesehen wurde, das haben wir doch deutlich

[20] Auf welche Sitzung vom Herbst 1922 Stresemann sich hier bezieht, konnte nicht eindeutig ermittelt werden; möglicherweise meint er die Sitzung vom 7. November 1922, in der er laut Protokoll monierte, daß der Reparationskommission lediglich Denkschriften vorgelegt worden seien (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Wirth II, S. 1154–1157).

[21] Gemeint ist der DVP-Parteitag vom 29. und 30. März 1924 (zur dortigen Rede Stresemanns vom 30. März 1924 vgl. diese Edition).

noch vor London erfahren. Ich erinnere an unsere Frankfurter Beschlüsse. In unserer Zentralvorstandssitzung in Frankfurt a.M.[22] haben wir festgelegt, was wir für Ruhr und Rhein erwarteten, wenn wir dem Sachverständigen-Gutachten zustimmen sollten. Damals habe ich in der Kritik gelesen, es sei eine unerhörte Demagogie, daß der Außenminister sich zu diesen Beschlüssen bekannt hätte, denn er wisse ja ganz genau, daß dieses Programm seiner Partei niemals durchzuführen wäre. Das ist einmal keine Unterstützung der Außenpolitik, und zweitens ist es vollkommen falsch gewesen. Denn mit Ausnahme weniger Punkte, die nicht von entscheidender Bedeutung sind, ist beinahe restlos alles erreicht worden, was die Deutsche Volkspartei in Frankfurt als Voraussetzung für ihre Zustimmung gefordert hat. (Beifall.)

Ich erinnere aber an eine zweite Phase des damaligen Kampfes. Der Tag der Abreise nach London rückte immer näher heran. In einem Gremium von Wirtschaftlern in Elberfeld sprach ich damals über die Lage[23] und hielt es für notwendig, stark zu betonen, daß für Deutschland die Zustimmung zum Sachverständigen-Gutachten nur möglich wäre, wenn wir die Freiheit des Ruhrgebiets, des Sanktionsgebiets[24] gesichert hätten. Statt daß die ganze Oeffentlichkeit hinter den Außenminister getreten wäre, wenn er für diese Dinge eintritt, bin ich den heftigsten Angriffen ausgesetzt worden. Man hat mir von links gesagt, ich störte die klare Linie der Regierung, diese hätte den Dawes-Plan bedingungslos angenommen, und es ginge nicht an, daß der Außenminister derartige Bedingungen stellte. Dieses Drängen, das immer alles erwartet von dem Gedanken: erst annehmen und dann auf die Atmosphäre hoffen, das ist das, was uns nichts eingebracht hat. Gewiß wollen wir uns verständigen, aber verständigen heißt auch, daß man auf die Lebensinteressen Deutschlands Rücksicht nimmt, das ist die Methode, die uns in London zum Erfolge geführt hat. (Lebhafter Beifall.)

Ich darf hier, wie ich das kurz im Reichstage getan habe[25], auch darauf hinweisen, daß doch schließlich diese ganzen Verhandlungen in London gar nicht von vornherein unter dem Gesichtspunkte der harmlosen Diskussion gestanden haben. Schon der erste Tag hätte zur Krisis führen können, weil wir in Konsequenz des Standpunk-

[22] Vom 6. Juli 1924 (zur dortigen Rede Stresemanns vgl. diese Edition).

[23] Vgl. die Rede Stresemanns in der Mitgliederversammlung des Eisen- und Stahlwaren-Industriebundes in Elberfeld vom 10. Juli 1924 (in dieser Edition).

[24] Nach der Ablehnung des Londoner Ultimatums im Mai 1921 durch die Reichsregierung besetzten französische Truppen in Erweiterung des durch den Versailler Vertrag vorgesehenen Besatzungsgebietes die „Sanktionsstädte“ Düsseldorf und Duisburg incl. des Hafens Ruhrort. Diese Besatzung behielten sie auch nach der Annahme des Ultimatums durch die Reichsregierung bei.

[25] Stresemann bezieht sich auf seine Reichstagsrede vom 23. August 1924 (vgl. diese Edition).

tes, den das Kabinett vertrat, in dem Begleitschreiben[26] ausdrücklich sagten: wir sind nach London gekommen, um über das Sachverständigen-Gutachten zu verhandeln, wir erklären euch aber gleichzeitig, daß wir verhandeln wollen über die Ruhrräumung, wir erklären euch gleichzeitig, daß wir nicht dulden können, daß irgendein französischer oder belgischer Eisenbahnbediensteter in den Diensten der deutschen Reichsbahn bleibt[27]. Diese beiden Dinge standen nicht im Sachverständigen-Gutachten. Wir hatten kein formales Recht, überhaupt die Diskussion über die Ruhrbefreiung zu führen. Aber ich meine, das formale Recht bedeutet nichts, wenn das Lebensrecht eines Volkes in Frage steht. (Beifall.) Und entgegen den Befürchtungen, die gehegt wurden, indem man sagte: ihr gefährdet ja die ganze wirtschaftliche Verständigung, wenn ihr das in die Debatte werft, haben wir trotz der Situation, die wir vorfanden, doch diese Dinge nach verschiedenen Richtungen zum guten Ende geführt.

Glauben Sie mir, es war nicht sehr einfach, die Erklärung des Herrn Herriot[28] entgegenzunehmen, daß er in Chequers mit MacDonald[29] abgemacht habe, daß die Frage der Ruhrräumung in London nicht verhandelt werden würde, daß er keine Ermächtigung seines Kabinetts habe, mit uns über die Ruhrräumung zu sprechen? Die Frage stand auf Spitz und Knauf, ob das ganze Sachverständigen-Gutachten daran scheitern solle, daß man sich weigerte, mit uns diese Frage zu diskutieren. Und daß wir damals nicht Angst hatten um das Scheitern, sondern dabei blieben: wir verhandeln nicht, wenn nicht über die Ruhr gesprochen wird, dem verdanken wir den Erfolg der Sicherung der Ruhrräumung[30] und nicht denjenigen, die uns von außen immer gedrängt haben, nur ja bedingungslos alles anzunehmen. (Stürmischer Beifall.)

---

[26] Das Schreiben ist veröffentlicht als Anlage zu den in Anm. 6 genannten Konferenzprotokollen (S. 153–157).

[27] Die französischen und belgischen Vertreter hatten vor Hinzuziehung der deutschen Delegation zur Londoner Konferenz ihre Absicht unterbreitet, auch nach Inkraftsetzung des Dawes-Plans 3000–4000 französische und belgische Eisenbahner auf Hauptstrecken des linksrheinischen Besatzungsgebietes einzusetzen, um für den Fall eines Streiks deutscher Eisenbahner den Transport alliierter Truppen zu gewährleisten. In der Kabinettssitzung vom 21. Juli 1924 war dieser Absicht heftig widersprochen worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 900 mit Anm. 4 u. 5).

[28] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister), 19.–21. Juli 1926 u. 1932.

[29] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929 – 1935. – Bei dem Treffen MacDonalds mit Herriot in Chequers am 21./22. Juni 1924 hatten sich die beiden Regierungschefs darauf verständigt, daß für den 16. Juli eine internationale Konferenz zur Inkraftsetzung des Sachverständigen-Plans nach London einberufen werden sollte, zu der auch Deutschland eingeladen würde.

[30] Im Rahmen der Londoner Konferenz hatte Herriot die militärische Räumung der Ruhr innerhalb eines Jahres (mit Fristbeginn vom 15. August 1924 an) zugestanden.

Dann ein Zweites. Wir stehen vor wichtigen Entscheidungen in bezug auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Und wieder ist die Situation eigentlich immer dieselbe: eine Linksauffassung, eine Rechtsauffassung, eine Regierungsauffassung. Rechts ist man wieder schnell fertig mit dem Wort und sagt: wie könnt ihr überhaupt daran denken, in den Völkerbund einzutreten. Ich weiß, daß sehr gewichtige Gründe gegen den Völkerbund vorgebracht werden können. Ich würde die Argumente, die hier, namentlich vom moralischen Gesichtspunkt aus vorgebracht werden, dann für richtig halten, wenn es sich um ein bedingungsloses Eintreten in den Völkerbund handelte. Wir können aber als Deutsches Reich und deutsches Volk auch nicht vorbei an den Stimmen jener deutschen Minderheiten in fremden Ländern, die uns dringend ersuchen, bei der Bedeutung des Einflusses des Völkerbundes gerade in diesen Minderheitsfragen ihnen zur Seite zu stehen, nicht nur wie heute, wo wir ja auch im Völkerbund mitwirken, sozusagen als Rechtsanwalt, sondern auch als Richter im Richterkollegium[31]. Die Frage der deutschen Minderheiten ist eine deutsche Frage. Wenn das Reich auch gefallen ist, die große Kulturgemeinschaft der Deutschen ist geblieben. Man kann wohl die Grenzen ändern, aber man kann die Herzen nicht ändern, die auch jenseits der Grenzen für Deutschland schlagen. (Stürmischer Beifall.) Und wenn uns weiter unsere Freunde und Brüder von der Saar[32] erklären, daß sie dringend unseres Beistandes bedürften in all den Fragen, die auch hier im Völkerbund verhandelt werden, dann haben wir die Frage rein nüchtern und realpolitisch abzuwägen: nützt oder schadet der Eintritt in den Völkerbund den deutschen Interessen?

Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt[33], nachdem man uns durch die Rede, die MacDonald in Genf gehalten hat[34], eingeladen hat, dem Völkerbund beizutreten,

---

[31] Der Völkerbund war beauftragt, die Einhaltung der Minderheitenschutzverträge zu überwachen, die von einigen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas – zeitgleich mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags – im Rahmen der Pariser Friedensverhandlungen 1919 mit den Siegermächten des Weltkriegs abgeschlossen worden waren, darunter – für Deutschland am wichtigsten – der Vertrag Polens mit den Siegermächten vom 28. Juni 1919 (Text u.a. in COLLIARD S. 391–195).

[32] Das Saargebiet wurde durch den Versailler Vertrag auf 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt; das Eigentum an den dortigen Kohlengruben ging an Frankreich über. Einzelheiten der Regierung und Verwaltung des Saargebiets („Saarstatut“) waren ebenfalls im Vertrag geregelt.

[33] Die Entscheidung war im Ministerrat vom 23. September 1924 getroffen worden (zum Redebeitrag Stresemanns vgl. diese Edition); das Memorandum, in dem die nachfolgenden Bedingungen aufgeführt sind, war am 25. September 1924 in einer Ministerbesprechung genehmigt worden; am gleichen Tag gab Stresemann den Auftrag, den Text den Botschaftern bei den Mitgliedern des Völkerbundsrates zu übersenden mit der Weisung, es am 29. September 1924 zu überreichen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1065 u. Anm. 2–3). – Text des Memorandums in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 476–478 (dort fälschlich auf den 24. September 1924 datiert); SCHULTHESS 65 (1924), S. 85–87.

dies dann zu tun, wenn wir einmal Sicherheit dafür hätten, daß wir eintreten als gleichberechtigte Großmacht neben denen, die sich Siegerstaaten nennen, daß wir weiterhin keine Verpflichtungen übernehmen, die nicht vereinbar sind mit der Lage der militärischen Machtlosigkeit, in der Deutschland sich befindet, daß wir weiter keinerlei Erklärungen abgeben, die uns moralisch belasten, sondern alle Erklärungen und Verwahrungen aufrechterhalten, die jemals deutsche Regierungen gegen diese moralische Belastung abgegeben haben[35]. (Beifall.) Wir haben weiter erklärt, daß wir aufrechterhalten und ausdrücklich stipulieren das Recht Deutschlands auf koloniale Betätigung in der Welt. (Lebhafter Beifall.) Wir können nicht gesenkten Hauptes als die moralisch Unterlegenen in eine Völkergemeinschaft eintreten. Wir können mit den Waffen unterliegen, aber wir haben das Recht, moralisch den Kopf ebenso hoch zu tragen wie irgendein anderes Volk in der Welt. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Deshalb auch hier in diesem Falle die Verschiedenheit der Auffassung dieser Politik des Reichskabinetts von derjenigen, die uns von anderer Seite angesonnen wurde. In dem Augenblick, als der englische Erste Minister die von uns sehr anerkannte freundliche Rede über den leeren Stuhl, auf dem Deutschland sitzen müsse, gehalten hatte, als er davon gesprochen hatte, daß der Völkerbund seine Ziele gar nicht erreichen könne, wenn Deutschland ihm nicht angehöre, war gewiß eine neue Situation gegeben. Es ist etwas anderes, ob man nach der Zurückweisung unseres Aufnahmegesuches aus dem Jahre 1918[36] sich eindrängt oder ob man ja sagt, wenn man eine Einladung erhält. Aber was nicht notwendig war, das war, daß von diesem Tage ab ein Drängen in der Linkspresse auf sofortigen Eintritt in den Völkerbund be-

---

[34] MacDonald hatte in seiner Rede vor der Völkerbundsversammlung am 4. September 1924 auf die dringende Notwendigkeit der deutschen Mitgliedschaft im Völkerbund gedrungen und dabei den Ausdruck vom „leeren Stuhl“ (in anderen Übersetzungen: „mit jenem leeren drohenden Sitz in unserer Mitte“) verwendet (Text u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 421 [Abendausgabe] vom 4. September 1924; in Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21548 [Morgenausgabe] vom 5. September 1924, S. 3–4; Paraphrase in SCHULTHESS 65 [1924], S. 455–456 und Auszug in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 474–473).

[35] Die Bedingungen, die Stresemann aufzählt, beziehen sich auf die Zusicherung eines ständigen deutschen Sitzes im Völkerbundsrat, auf den Dispens von Art. 16 der Völkerbundssatzung, der im Kriegsfall von allen Mitgliedern des Völkerbunds wirtschaftliche und ggf. militärische Unterstützung des Angegriffenen fordert, und darauf, daß Deutschland bei seiner Aufnahme keine Erklärung zur Kriegsschuldfrage abgeben müsse (vgl. das in Anm. 33 erwähnte Memorandum).

[36] In den deutschen Gegenvorschlägen vom 29. Mai 1919 [!] zu den alliierten Friedensbedingungen hatte Deutschland seine Abrüstung angeboten unter der Voraussetzung, daß es gleichberechtigtes Völkerbundsmitglied werde; dies hatten die Siegermächte am 16. Juni 1919 zurückgewiesen (vgl. URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 467–469).

gann, daß man fragte: wo ist denn der Außenminister, wo ist denn das Kabinett? Als brauchten die anderen nur zu pfeifen und wir hätten anzutreten. (Stürmischer Beifall.)

Wir hatten demgegenüber objektiv zu prüfen, wo unser Interesse lag, und ich glaube, daß der Weg, den wir eingeschlagen haben, der richtige Weg gewesen ist. Ich habe gestern davon sprechen können[37], daß in London der ganze Geist der Verhandlungen schließlich getragen war von der Idee gegenseitiger weiterer Verständigung und persönlich freundschaftlicher Annäherung. Wir können mit großer Genugtuung auch die Worte akzeptieren, die der Ministerpräsident Baldwin[38] in London bezüglich der Stellung Deutschlands zum Völkerbund gesprochen hat, jene Sätze, in denen er nicht, wie es in der ersten Uebersetzung hieß, davon sprach, er hoffe, daß Deutschland bald eintreten würde, sondern in denen er davon sprach, er hoffe, daß es Deutschland bald möglich gemacht werden würde einzutreten in einer seiner Würde entsprechenden Form. (Hört! hört!) Daraus glaube ich das eine zu entnehmen, daß man draußen in der Welt wie vielleicht überhaupt im Menschenleben den Kampf eines Landes für seine Lebensinteressen ihm nicht übel vermerkt, sondern als selbstverständliche Aeußerung des Lebensrechtes einer Nation ansieht. (Bravo!)

Ich glaube, daß die Atmosphäre der Welt Deutschland gegenüber viel eher eine bessere werden wird, daß man viel eher auch an unsere Aufrichtigkeit glauben wird, wenn wir nicht nur im Schaugepränge demokratischer Reden, sondern wenn wir in diesem Kampfe um die vitalen Interessen Deutschlands uns mit der Welt da draußen auseinandersetzen. Sie weiß, in wie schwerer Lage wir sind. Wir alle wissen, was der Dawes-Plan für uns bedeutet, daß wir ihn nur ausführen können, wenn wir wenigstens Atmungsfreiheit haben. Das wird man draußen verstehen, und für diesen Gedanken zu kämpfen, für diese nationale Realpolitik einzutreten, die sich nicht in Illusionen der Macht wiegt, die aber auch unbedingt das Gefühl nationaler Würde und nationaler Lebensinteressen nicht vermissen läßt, das war das, was uns meiner Meinung nach zum Erfolge geführt hat, und das ist die einzige Politik, die uns meiner Meinung nach auch weiterbringen wird. (Lebhafte Zustimmung.)

---

[37] Stresemann meint hier seine Rede vor dem Zentralausschuß der DVP vom 13. November 1924 (vgl. diese Edition).

[38] Stanley Baldwin (1867–1947), britischer Premierminister 22. Mai 1923 – 22. Januar 1924, 4. November 1924 – 5. Juni 1929, 1935–1937; Schatzkanzler 1922–1923. – Stresemann bezieht sich im Folgenden auf die Programmrede Baldwins in der Guildhall am 10. November 1924 (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 197–198). – Zu den unterschiedlichen Wiedergaben der von Stresemann im Folgenden angesprochenen Formulierung vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 536 (Morgenausgabe), und Nr. 537 (Abendausgabe) vom 11. November 1924.

Dabei bin ich mir ganz klar und bitte Sie, in diesem Sinne auch das Wort „Erfolg“ zu werten: ich spreche von Erfolg nur in dem Sinne, daß wir ein Schrittchen Weges weitergekommen sind. Wir haben schwere, kaum für die Dauer tragbar erscheinende Lasten auf uns genommen. Wir werden in vielen Fragen in der Wirtschaft und in der Sozialpolitik merken, wie begrenzt unsere Möglichkeiten sind, nachdem die Pflichten des Dawes-Planes auf uns liegen. Deshalb halte ich es auch für ganz falsch, das Gutachten selbst etwa zu loben und als die große Lösung hinzustellen, die erreicht sei. Das Gutachten trägt und muß tragen alle Schwächen eines weltwirtschaftlichen Kompromisses und eines weltwirtschaftlichen Akkordes. Es trägt auch noch in sich die Auswirkungen der falschen Auslandsauffassungen über die unermeßliche Entwicklungsfähigkeit Deutschlands. Es trägt nicht dem Rechnung, daß das, was wir an deutscher Produktionsfähigkeit sehen, nicht mehr auf eigenem deutschen finanziellen Können beruht, sondern daß ein großer Teil des Erträgnisses abgeht zur Deckung der Zinsen für internationale Kredite. Mir scheint, daß es viel richtiger ist, einmal diese ganzen Gegensätze unserer tatsächlichen Lage und dieser Verpflichtungen in den Vordergrund zu stellen, als sich in dem Bewußtsein zu wiegen, daß etwas Großes, für Deutschland eminent Günstiges erreicht sei.

Nein, was erreicht ist und was ich als einen Schritt vorwärts ansehe, was ich psychologisch so hoch werte, das ist das, daß es sich diesmal nicht nur um diesen weltwirtschaftlichen Akkord gehandelt hat, sondern daß mit ihm verbunden gewesen ist die Erringung eines Stückchens deutscher Freiheit (lebhafter Beifall), der Beginn der Befreiung des besetzten Gebietes, jenes ersten Schrittes, der die anderen Schritte automatisch nach sich ziehen muß. (Beifall.) Was ich begrüße an dieser Zusammenarbeit, ist, daß das Interesse der Welt für Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung geweckt worden ist. Nicht die Anleihe[39] an sich ist etwas Großes für uns, denn sie ist ja bestimmt für Sachleistungen an die anderen Mächte, die nur vorübergehend für gewisse absehbare Zeit uns die Kredite erleichtern; nein, das für die Zukunft Wirkende ist jene Armee von Zehntausenden, die in der Welt draußen deutsche Anleihe besitzen und infolgedessen sich ganz anders zu der Propaganda gegen Deutschland stellen werden, als es bisher der Fall gewesen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wir muß-

[39] Am 10. Oktober 1924 war in London die Abmachung zwischen Deutschland und internationalen Banken über eine Anleihe von 800 Millionen Goldmark unterzeichnet worden. Die Anleihe wurde u.a. am 14. Oktober in New York und am 15. Oktober 1924 in London aufgelegt, vielfach überzeichnet und die Zeichnung z.B. in New York nach 12 Minuten, in London nach vier Stunden geschlossen (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 490 [Morgenausgabe] vom 15. Oktober 1924; SCHULTHESS 65 [1924], S. 195; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 595).

ten in der Not, in der wir waren, danach greifen, daß wir diese weltwirtschaftliche Abhängigkeit bekamen, weil diese wirtschaftliche Abhängigkeit ein Fortschritt politischer Art ist, der uns die Möglichkeit gibt, vielleicht bei künftigen Vergewaltigungen an dieses Weltinteresse an Deutschland appellieren zu können.

Damit möchte ich diese Ausführungen über die außenpolitische Lage beenden und mich der inneren Politik zuwenden. Hageldicht kommen jetzt die Vorwürfe auf die Deutsche Volkspartei. Wir sind „reaktionär“ geworden, wir sind „schwankende Gestalten“, wir sind „Konjunkturpolitiker“, wir sind „Opportunisten“. Und wenn es nicht gegen die Partei geht, geht es vor allen Dingen gegen den Parteiführer[40]. Dieselbe Presse, die ihn einst ungebeten überschwenglich lobte, fällt heute in maßloser Weise über ihn her.

Lassen Sie mich sowohl nach der sachlichen wie nach der persönlichen Seite auf diese Vorwürfe eingehen. In dieser Kritik wird zweierlei verwechselt: Grundsatz und Taktik. Die grundsätzliche Einstellung der Partei hat sich nicht geändert, aber jede Taktik einer Partei muß mit parlamentarischen Möglichkeiten rechnen. Im übrigen dürfen auch Parteisatzungen nicht zum Dogma werden. Ich habe so und so oft – und ich möchte das auch hier tun – erinnert an das schlagendste Beispiel für eine ganz grundlegende Aenderung eines Staatsmannes, an die Einstellung Bismarcks[41] zu den Wirtschaftsfragen Deutschlands. Bismarck war Freihändler in der Zeit, in der deutsches Getreide ausgeführt wurde, weil wir einen Ueberschuß an Nahrungsmittelproduktion hatten, und er wurde bewußt zum Schutzzöllner, als er sah, daß die Wirtschaft in bezug auf die Eisenproduktion unter der englischen Konkurrenz litt und daß die Landwirtschaft leiden würde unter dem Wettbewerb ausländischer Erzeugung. Der Grundsatzpolitiker würde gesagt haben: in meinem Parteibuch steht Freihandel, infolgedessen lehne ich jeden Schutzzoll ab; die Welt kann sich ändern und kann zusammenstürzen, aber mein Parteibuch besteht. Wenn man einem Mann wie Bismarck gesagt hätte, das widerspräche ja seinem früheren Grundsatze, ich glaube, er hätte darauf nur die eine Antwort gehabt, die er sehr oft hatte: dor lach’ ick öwer! (Sehr richtig!) Er hätte es für töricht und lächerlich angesehen, wenn die Weltverhältnisse sich ändern, die bessere Einsicht dem unter anderen Verhältnissen aufgestellten Grundsatz zum Opfer zu bringen.

---

[40] Stresemann meint sich hier selbst; er war seit der Gründung im Spätjahr 1918 bis zu seinem Tod im Oktober 1929 Vorsitzender der DVP.

[41] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

Aber wenn ich diese historischen Reminiszenzen hier erwähne, möchte ich sie nicht etwa als Beispiel für uns selbst gegen unsere Haltung in der letzten Zeit gelten lassen. Auch in der Erklärung der Reichstagsfraktion vom 12. Januar 1923[42], die ja zuerst den Gedanken der Erweiterung der Regierung nach rechts aussprach, stand der Gedanke der Volksgemeinschaft im Mittelpunkt, und gerade aus dieser unserer Einstellung ergibt sich ja die Haltung der Deutschen Volkspartei. Volksgemeinschaft bedeutet doch Zusammenfassung aller Parteien zur praktischen Arbeit am Staate, und eine Partei, die sich auf diesen Standpunkt stellt und die in Konsequenz dieses Standpunktes die Hand der Sozialdemokratie nicht zurückgestoßen hat, als die Sozialdemokratie bereit war, sich dem Reiche zur Verfügung zu stellen, die konnte ebenso konsequenterweise auch nicht die Hand der Deutschnationalen zurückstoßen, als die Deutschnationalen sich auf den Boden derselben Politik stellten. (Sehr richtig!)

Es wird immer so dargestellt, als wenn wir uns nach rechts, nach der deutschnationalen Seite hin entwickelt hätten. Ich lese heute in einer großen Berliner Zeitung, die meine gestrige außenpolitische Rede wiedergibt, man sähe mit Genugtuung daraus, daß ich mich zur Mitte zurückgefunden hätte[43]. Ja, was ist denn eigentlich vorgegangen? Haben denn etwa die Deutschnationalen uns herübergezogen zum Nein gegenüber dem Dawes-Plan, oder haben wir die Deutschnationalen zu uns herübergezogen, zu unserer Politik des Ja? (Lebhafte Zustimmung.) In der ganzen Außenpolitik, die vom August vorigen Jahres an geführt worden ist, ist nicht einmal ein Schwanken in bezug auf unsere Einstellung eingetreten. Wie kann der, der da weiß, in welchen Kämpfen wir im Mai gestanden haben, als die Deutschnationalen uns in der unerhörtesten Weise beschimpften, weil wir für unsere Politik eintraten, wie kann der von uns erwarten, daß wir jetzt plötzlich unsere ganze außenpolitische Einstellung ändern wollten? Nein, das Neuartige, was den ganzen Dingen das Gepräge gab, war doch jene Wendung in der Deutschnationalen Partei, die am 29. August in der Abstimmung[44] zum Ausdruck kam, die zum Ausdruck kam, in jenem Kampfe um

---

[42] So in der Vorlage. Gemeint ist wohl die Entschließung der DVP-Reichstagsfraktion vom 12. Januar 1924 (Text in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 285–286), die in der über die Frage künftiger Koalitionen gespaltenen Partei eine Art Kompromiß bildete; sie bezeichnete die vorherige Große Koalition als „ein Weg“ zum Ziel der Volksgemeinschaft; dieser Weg sei derzeit jedoch durch die SPD blockiert, so daß nun die „Bildung einer tragfähigen bürgerlichen Koalition“ angestrebt werde.

[43] Die „große Berliner Zeitung“ konnte nicht eindeutig ermittelt werden; möglicherweise jedoch bezieht sich Stresemann auf die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 541 (Abendausgabe) vom 13. November 1924, in der dem Tenor nach die Rede Stresemanns in der Sitzung des Zentralvorstandes der DVP in Dortmund am 13. November 1924 (vgl. diese Edition) derart kommentiert wurde.

[44] Stresemann bezieht sich auf die Reichstags-Abstimmung vom 29. August 1924 über die Ausführungsgesetze zum Dawes-Plan, darunter auch das Reichsbahngesetz, dessen Annahme einer

die Seelen der Partei, der ja bis zu dieser Stunde geht und bis zu dieser Stunde nicht ausgefochten ist.

Unsere Haltung gegenüber einer Heranziehung der Deutschnationalen war von rein staatspolitischen Erwägungen eingegeben. Ich habe nur diese staatspolitischen Erwägungen im Kabinett sprechen lassen. Ich bin der Meinung, daß es unrichtig ist, daß große Parteien gegen ihren Willen in die prinzipielle Opposition hineingestoßen oder gezwungen werden, in der prinzipiellen Opposition zu verharren. (Sehr richtig!) Wenn die Republik grundsätzlich die Mitarbeit der Deutschnationalen zurückweist, dann begeht sie denselben Fehler, den das alte Deutschland begangen hat, als es die Sozialdemokraten nicht zur staatlichen Verantwortung herangezogen hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Man sagt, „ihr wollt also die Republik an ihre Feinde ausliefern". Dasselbe hat man früher auch gesagt. Wir haben in den Erklärungen unserer Partei nach dem Rathenau-Mord[45] in einer Sitzung des Reichsausschusses schon damals zum Ausdruck gebracht, daß wir uns den Wiederaufbau Deutschlands, all jene Neukonsolidierung der Verhältnisse, die wir notwendig haben, nur auf der Grundlage der heutigen republikanischen Staatsform denken könnten[46]. Nicht Schwächung, sondern Stärkung der Staatsidee und Staatsautorität ist es, wenn alle Parteien im Laufe der Entwicklung zur Teilnahme am Staat herangezogen werden. Warum sind die Verhältnisse in England parlamentarisch viel gesunder [!] als bei uns? Weil es dort keine prinzipielle[n] Oppositionsparteien gibt, weil jede Partei, die im Laufe der Entwicklung einmal Regierungspartei ist, bei ihrer Opposition genau weiß, daß sie unter Umständen in kurzer Zeit verpflichtet ist, ihre oppositionellen Ansichten auch von der Tribüne des Ministerpräsidenten aus zu vertreten und weil deshalb die verantwortungslose Opposition dort seltener ist, als es bisher bei uns in Deutschland der Fall gewesen ist. (Sehr richtig!)

Man sagt, die deutsche Republik sei bedroht. Ich glaube, sie ist psychologisch am meisten bedroht durch diejenigen, die sie immerfort im Munde führen und zur Parteisache machen. (Sehr richtig!) Es handelt sich gar nicht um den Kampf um die Staats-

---

Zweidrittel-Mehrheit bedufte und dem etwa die Hälfte der DNVP-Abgeordneten zustimmte (Protokoll der betr. Sitzung vom 29. August 1924 in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 1135–1149; die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen: S. 1151–1154).

[45] Walther Rathenau (1867–1922), Reichsminister für Wiederaufbau 1921; Reichsaußenminister 1922. – Er war am 24. Juni 1922 einem rechtsradikalen Anschlag zum Opfer gefallen.

[46] Die Entschließung des Reichsausschusses der DVP vom 9. Juli 1922 ist u.a. gedruckt in NATIONALLIBERALISMUS I, S. 445.

form, sondern um die Festigung der Staatsautorität. Ich möchte dabei auf einen Gesichtspunkt hinweisen: das Leben des Volkes drückt sich nicht nur aus in seinen organisierten Parteien, das Leben des Volkes ist vielleicht weit stärker da, wo Organisationen vorhanden sind, die nicht parteimäßig gebunden sind. In diesen Organisationen, auch in den weit rechtsstehenden, von denen ich in Hannover sprach[47], geht jetzt derselbe Kampf derjenigen, die nichts anderes kennen als prinzipielle Opposition gegen diesen Staat, und derjenigen, die bewußt sagen: hin zu diesem Staat, um unseren Einfluß in diesem Staat geltend zu machen. (Sehr richtig!) Ich würde es für tief bedauerlich halten, wenn man in diesem Kampf, in dem die gemäßigten staatspolitischen Elemente Schritt für Schritt vorwärts gekommen sind in der letzten Zeit, die Extremen stärkte, indem man solche Prinzipien aufstellte wie die grundsätzliche Ablehnung der Mitwirkung Deutschnationaler.

Wir sind wirklich nicht, wie man es so oft hinstellt, sozusagen in die Deutschnationalen verliebt, haben auch gar keine Veranlassung dazu. (Zustimmung.) Wir sind wirklich nicht das Käthchen von Heilbronn[48], die dem Ritter vom Strahl auch dann dient, wenn er sie mit Fußtritten regaliert. (Heiterkeit.) Nein, wenn wir Empfindlichkeiten geltend machen wollten – und ich glaube, keine Partei in Deutschland hätte dazu so viel Veranlassung wie wir – müßten wir die ersten sein, die ein Zusammengehen mit dieser Partei ablehnten. (Sehr richtig!) Aber mit Sentimentalität kann man weder Außenpolitik noch innere Politik machen. Auch hier handelt es sich rein um realpolitische Stellungnahme, handelt es sich um staatspolitische Gedanken.

Lassen Sie mich von dem Allgemeinen mit einigen Worten zum Speziellen kommen. Es ist ganz seltsam, mit welcher Einmütigkeit alles auf uns einhaut, als gäbe es außer uns nirgendwo im heiligen, lieben deutschen Vaterlande eine Fraktion oder einen Reichsminister, der schon einmal den Gedanken der Heranziehung der Deutschnationalen erwogen hätte. Dabei war im Mai 1924 das Kabinett mit den Deutschnationalen so gut wie gesichert[49]. Es war ja bereits auch unter Opferung des Außenministers, also unter einer viel stärkeren Rechtseinstellung die Entscheidung darüber gefallen, wem die drei Minister, die keiner Fraktion angehörten, angerechnet werden sollten. Und damals, als man diese Verhandlungen führte, als das Zentrum

[47] Gemeint ist die Rede auf dem DVP-Parteitag in Hannover am 30. März 1924 (vgl. diese Edition).

[48] „Das Käthchen v. Heilbronn oder die Feuerprobe“ ist ein Ritterschauspiel von Heinrich von Kleist, das 1810 uraufgeführt wurde und in dem neben der Titelheldin Graf vom Strahl eine Hauptrolle spielt.

[49] Zu den langwierigen Verhandlungen über eine Regierungsbildung nach der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 vgl. zusammenfassend SCHULTHESS 65 (1924), S. 37–40.

sie führte, als der Kanzler[50] sie führte, da hatte man keine Erklärung der Deutschnationalen, daß sie das Dawes-Gutachten annehmen würden, hatte man nicht eine Bescheidung mitzuwirken, sondern hatte den Anspruch der Deutschnationalen auf die Führung. Wenn das damals richtig war, weshalb war dann das so reaktionär, was wir taten, nachdem die Wandlung in den Deutschnationalen vor sich gegangen war? Wenn es damals nicht zu dieser Regierung gekommen ist, lag es nicht an den anderen Parteien, sondern an jenen unbegrenzt ausgeschöpften Möglichkeiten ungeschickter Führung, die die Deutschnationalen damals an den Tag gelegt haben! (Heiterkeit und Zustimmung.)

Aber wie standen denn die Dinge am 29. August? Es ist angeblich einer der großen Sündenfälle der Deutschen Volkspartei, daß sie am 29. August und vorher mit den Deutschnationalen verhandelt hätte. Hier entsteht in der Denkweise der Angreifer ein logischer Bruch, der eigentlich überhaupt nicht zu verstehen ist. Auf der einen Seite übertreibt man die Bedeutung des Dawes-Gutachtens, daß man beinahe glauben sollte, es sei so ungefähr die Aufhebung des Versailler Vertrags, und auf der anderen Seite beschimpft man die Fraktion, die allein diesen Erfolg möglich gemacht hat. Es ist doch gar kein Zweifel, daß ohne diese Verhandlungen die Zweidrittel-Mehrheit für das Abkommen gar nicht dagewesen wäre[51].

Nun sagt man: ja, ihr hättet eben mit uns damals die Auflösung[52] betreiben sollen. Ich weiß sehr wohl, daß parteipolitisch diese Auflösung – lassen Sie mich den vulgären Ausdruck mal gebrauchen – für uns das glänzendste Geschäft gewesen wäre, das wir jemals hätten machen können, und ich wäre gern der Feldherr gewesen bei dem Cannae[53], das den Demagogen der vorigen Reichstagswahlen bereitet worden wäre. Aber schließlich hat jemand, der verantwortliche deutsche Außenpolitik führt, in

---

[50] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926).

[51] Am Rande der Reichstagsdebatte vom 28. August 1924 waren zwischen Mitgliedern der Regierungsfraktionen, darunter auch Stresemann, verschiedene Gespräche und Verhandlungen mit der DNVP geführt worden; die Abfolge der einzelnen Gespräche konnte nicht genau ermittelt werden. – Zum Gespräch Stresemanns mit Hergt, dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden der DNVP, vom 28. August 1924 vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1004. – Eine Entschließung der DVP-Reichstagsfraktion vom 28. August 1924 (Druck u.a. in NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 145 vom 1. September 1924) hatte für den Fall einer Zustimmung der DNVP zu den Dawes-Gesetzen die Absicht bekundet, „mit allen Mitteln auf einer ihrer Bedeutung entsprechenden Teilnahme der Deutschnationalen an der Regierung [zu] bestehen“.

[52] Gemeint ist die Auflösung des Reichstags mit anschließenden Neuwahlen.

[53] In der Schlacht von Cannae (216 v. Chr.) besiegte Hannibal die römischen Legionen vernichtend; „ein Cannae bereiten“ steht daher als Synonym für eine vernichtende Niederlage des Gegners.

solchen Momenten nicht als Parteiführer zu handeln, sondern als verantwortlicher Außenminister. (Beifall.) Eine Partei hat nicht zu handeln nach der Idee des Mandatsgewinns, sondern nach der Idee, womit sie Deutschland am meisten nutzt. (Bravo!)

Wenn wir damals die Dinge hätten dahin treiben lassen, daß das Dawes-Gutachten abgelehnt worden wäre, hätten wir einmal nicht gewußt, ob unsere Unterschrift in London anerkannt worden wäre[54], denn sie entbehrte der parlamentarischen Gegenzeichnung, und dann hätten wir in einer Zeit der größten Kreditrestriktionen, wo kaum noch ein großindustrielles Werk in der Lage war, seine täglichen Ausgaben decken zu können, diesen Zustand verstärkt, um Wochen hinausgeschoben, eine maßlose Arbeitslosigkeit des Inlandes, eine Zurückhaltung des ganzen internationalen Kapitals und vielleicht die größten Wirren und finanzielle Zerrüttung und soziale Verhetzung im ganzen Lande gehabt.

Ich glaube, das wäre weder politisch, noch wirtschaftlich zu tragen gewesen, und wir säßen heute nicht hier im erlösten Dortmund[55], wenn wir damals diese Wahlpolitik gemacht hätten, die andere uns angesonnen haben. (Lebhafter Beifall.) Deshalb glaube ich, daß die Verhandlungen, die Curtius[56] und Zapf[57] damals geführt haben, in der Zeit, als Dr. Scholz[58] nicht in der Lage war, daran teilzunehmen, durchaus eingegeben waren von unserer alten Idee, die Staatsidee vor die Parteipolitik zu stellen, und daß auch nicht eine grundsätzliche Nuancierung nur unserer eigenen Stellungnahme dabei stattgefunden hat. Wir – ich muß es wiederholen – gingen doch nicht zum Nein über, sondern wir holten die anderen zum Ja herüber, holten sie auf den Boden einer Politik, die sie außerordentlich bekämpft haben. Die Erklärungen, die der Kanzler abgab[59], sind vom ganzen Kabinett damals genehmigt worden, genau

---

[54] Die Ergebnisse der Londoner Konferenz wurden am 30. August 1924 rechtsgültig durch die Unterschriften der Vertragspartner; für Deutschland unterzeichnete Botschafter Sthamer.

[55] Stresemann bezieht sich mit dem „erlösten Dortmund“ darauf, daß am 22. Oktober 1924 die Räumung Dortmunds von fremden Truppen abgeschlossen worden war (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 99–100).

[56] Julius Curtius (1877–1948), Reichswirtschaftsminister 20. Januar 1926 – 11. November 1929; Reichsaußenminister 1929–1931; Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DVP).

[57] Albert Zapf (1879–1940), Mitglied des Reichstags 1920–1930 u. 1932–1933 (für die DVP).

[58] Ernst Scholz (1874–1932), Reichswirtschaftsminister 1920–1921; Mitglied des Reichstags 1921–1931 (für die DVP; deren Fraktionsvorsitzender August 1923 – 1930; ihr Vorsitzender 1929–1930).

[59] Unmittelbar vor der entscheidenden Abstimmung im Reichstag am 29. August 1924 (vgl. oben mit Anm. 44) hatte der SPD-Abgeordnete Breitscheid der Regierung die Frage gestellt, ob es zutreffe, daß die DNVP als Preis für ihre (geteilte) Zustimmung den Regierungseintritt und den Rücktritt von Reichskanzler Marx gefordert habe und dies lediglich am Widerstand der Zentrumsfraktion gescheitert sei, die betreffenden Verhandlungen aber dennoch fortgeführt würden (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 381, S. 1082); Marx wies in Beantwortung der Frage jegliche Beteiligung der

wie übrigens das ganze Kabinett über diese Verhandlungen selbstverständlich informiert war und sie gekannt hat. Wir haben weiter, als damals der Gedanke auftrat, die Partei, die das Dawes-Gesetz mit zustande gebracht hatte, auch an der Ausführung der Gesetze zu beteiligen, in der Regierung auch gerade an die Außenpolitik gedacht, weil die Mitwirkung der Partei bei der Ausführung diejenigen Friktionen vielleicht vermeiden würde, die sich sonst sehr leicht ergäben, wenn der Kampf gegen diese Gesetze im Lande weitergeführt würde. Deshalb glaube ich, daß unsere Stellung damals durchaus richtig war.

Die Vorwürfe gegen uns werden ja nun besonders von der Demokratischen Partei erhoben. Sie kämpft gegen uns und lobt sich selbst. Herr Dernburg[60] hat in Charlottenburg einen wunderschönen Vergleich gebraucht: 300 Spartaner unter Leonidas[61] hätten einst bei den Thermopylen die Perser besiegt. 30 Demokraten im Reichstag hätten den Kuhhandel um die Regierungserweiterung zum Scheitern gebracht. (Große Heiterkeit.) Ich glaube, daß diese Tat des demokratischen Leonidas doch wohl den Vergleich mit der Geschichte nicht aushält, der hier geführt worden ist, obwohl der Vergleich bescheiden ist, denn es waren gar nicht 30, es waren sogar noch weniger Demokraten, die das verhinderten. Die Herren von der Demokratischen Partei haben die Güte, immer zu vergessen, daß ihre eigenen Vertrauensmänner im Kabinett, die demokratischen Reichsminister Hamm[62] und Dr. Geßler[63] genau so für die Erweiterung des Kabinetts nach rechts eingetreten sind wie die volksparteilichen Mi-

Reichsregierung an Verhandlungen über eine Kabinettsumbildung zurück (ebd., S. 1083), erklärte allerdings auf die Nachfrage Breitscheids, daß „Verhandlungen zwischen Mitgliedern des Kabinetts und Parteien über die Ausarbeitung von Erklärungen […] stattgefunden“ hätten (ebd.).

[60] Bernhard Dernburg (1865–1937), Reichsfinanzminister und Vizekanzler 1919; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1930 (für die DDP). – Laut einem (satirischen) Artikel in NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 185 vom 10. November 1924 (der sich auf einen Bericht des „Berliner Tageblatts“ vom 6. November beruft), soll Dernburg den im Folgenden angeführten Vergleich in einer Versammlung der DDP-Ortsgruppe Charlottenburg am 5. November 1924 benutzt haben.

[61] Leonidas, König von Sparta 490–480 v. Chr., blockierte im Perserkrieg 480 v. Chr. die strategisch wichtigen Thermopylen gegen den Vormarsch der persischen Truppen und sicherte auch noch mit wenigen hundert Spartiaten den Abzug des Hauptteils der eigenen Soldaten, ehe er mit seinen Kampfgefährten fiel.

[62] Eduard Hamm (1879–1944), Reichswirtschaftsminister 30. November 1923 – 15. Januar 1925; Mitglied des Reichstags 1920 – Mai 1924 (für die DDP); 1. Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages 1925–1933.

[63] Otto Geßler (1875–1955), Reichswehrminister 1920 – 19. Januar 1928; Mitglied des Reichstags 1920 – Dezember 1924 (für die DDP). – Eindeutige Aussagen von Hamm und Geßler zur Frage der Hereinnahme der DNVP in die Regierung konnten nicht ermittelt werden; allenfalls aus einer Äußerung Hamms in der Ministerbesprechung vom 15. Oktober 1924 ist seine bedingte Zustimmung zu entnehmen (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1112–1114).

nister Dr. Jarres[64] und Dr. Stresemann. (Hört. hört!) Sie nennen unsere Haltung charakterlos, aber wagen nicht einzugestehen, daß ihre eigenen Minister ganz dieselbe Haltung vom ersten bis zum letzten Augenblick eingenommen haben.

Wo ist denn auch in diesen ganzen Dingen die reaktionäre Auffassung? War nicht einst – es ist jetzt wohl 17 Jahre her, aber es war eine große Entscheidung, die weithin nachwirkte – unter dem Fürsten Bülow[65] ein Wahlkampf geführt, der zu einem Zusammenwirken der Parteien führte, den man den Bülow-Block nannte[66]? Saßen damals nicht neben Herrn v. Heydebrand[67] die Führer der Fortschrittlichen Volkspartei, war jener Block nicht weiter rechts als der, der heute zustandegekommen wäre? Aus ihm war ja das Zentrum noch ausgeschlossen, also ein ganz „reaktionärer" Block: Konservative, Freikonservative, Nationalliberale und Fortschrittler. Und all die fortschrittlichen Führer, deren Bilder im Fraktionszimmer der Demokraten hängen, haben diesen Bülow-Block mitgemacht!

Wenn man aber speziell darauf hinweist, daß wir und daß ich besonders diese Politik nicht hätte mitmachen dürfen, da ich der Führer der Großen Koalition gewesen sei, so darf ich Sie auf den Parteitag hinweisen, den wir in Hannover gehabt haben[68], aus dem das eine, glaube ich, mit aller Deutlichkeit hervorgeht, daß ich gar nicht daran denke, mich dieser Politik der Großen Koalition zu schämen, daß ich sie mit vollem Bewußtsein vertreten habe, daß ich auch gar nicht daran denke, auf die Weggenossen, die namentlich im Kabinett selbst diese Politik von sozialdemokratischer Seite in schwerer Zeit unterstützt haben, irgendwie einen Stein zu werfen; daß doch aber ich nicht diese Große Koalition gestürzt habe, sondern die Männer, die erst aus ihr ausschieden und dann das Mißtrauensvotum gegen mich einbrachten, und das waren nicht die Männer von rechts, das waren dieselben Sozialdemokraten, die mit mir das Kabinett der Großen Koalition damals gebildet haben[69]. (Sehr richtig!)

---

[64] Karl Jarres (1874–1951), Reichsinnenminister 11. November 1923 – 15. Januar 1925 (ab 30. November 1923 auch Vizekanzler); Mitglied der DVP.

[65] Bernhard Fürst von Bülow (1849–1929), Reichskanzler 1900–1909.

[66] Für die Reichstagswahl 1907 („Hottentottenwahlen") hatten Konservative, Nationalliberale und Fortschrittliche Volkspartei ein Wahlbündnis geschlossen, das es ihnen durch die Absprache über Stichwahlen und den entsprechenden Wahlerfolg ermöglichte, in der Folgezeit Reichskanzler Bernhard von Bülow eine Mehrheit im Reichstag zu verschaffen.

[67] Ernst von Heydebrand und der Lasa (1851–1924), Mitglied des Reichstags 1903–1918 (für die Deutschkonservativen; deren Vorsitzender 1911–1918).

[68] Gemeint ist der 5. Parteitag der DVP in Hannover vom 29. und 30. März 1924 (zur Rede Stresemanns am 30. März vgl. diese Edition).

[69] Stresemann hatte seit dem 13. August 1923 als Reichskanzler eine Große Koalition geführt, bis am 2. November 1923 die SPD-Minister ausschieden und am 23. November 1923 das verbliebene Minderheitskabinett zurücktrat infolge eines Mißtrauensantrags u.a. der SPD, dessen Abstimmung

Allerdings werden wir ja heute auch selbst für den Sturz der Großen Koalition verantwortlich gemacht; denn Herr Erkelenz hat entdeckt[70], ich hätte sie gestürzt durch die bekannte „Ueberrumpelung“ von Sachsen und Thüringen, durch das Einrücken der Reichswehr in Sachsen und Thüringen[71], deren Länder damals regiert waren von Regierungen, in denen kommunistische Minister saßen, die in Sachsen Aufrufe erließen zur gewaltsamen Befreiung des Deutschen Reiches, der Ebert-Republik[72], wie sie es nannten. Diese Herstellung der Ordnung gegenüber dem Kommunismus in Sachsen und Thüringen ist jetzt in demokratischem Munde die „bekannte Ueberrumpelung“ von Sachsen und Thüringen! Ich kann Ihnen versichern, daß die demokratischen Parteifreunde des Herrn Erkelenz im vorigen Jahre ganz anders über diese Ueberrumpelung gedacht haben, als es heute von Herrn Erkelenz dargestellt wird. (Sehr richtig!)

Aber unsere Politik wird nun hingestellt als die von der Deutschen Volkspartei propagierte Politik des Bürgerblocks, des Bürgerblocks der Besitzenden gegen die Nichtbesitzenden. Wer vorhin die Vorträge von Herrn Dr. Wunderlich[73] und Frau Dr. Matz[74] gehört hat, der kann wohl stark daran zweifeln, ob der Begriff Bürgertum heute nicht viel mehr mit dem Begriff der Nichtbesitzenden verbunden ist, als es in der allgemeinen Auffassung angenommen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Aber wer von

---

die Regierungsfraktionen durch einen Antrag auf ein Vertrauensvotum zuvorkamen, in dem der Regierung jedoch das Vertrauen nicht ausgesprochen wurde.

[70] Vgl. oben mit Anm. 8.

[71] Gegen Sachsen war am 29. Oktober 1923 als Vorbeugung gegen einen kommunistischen Umsturzversuch durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten nach Art. 48 der Reichsverfassung die Reichsexekution derart verhängt worden, daß Stresemann ermächtigt wurde, die von der SPD und der KPD gebildete Landesregierung abzusetzen und das Land durch „andere Personen“ verwalten zu lassen (REICHSGESETZBLATT 1923,I S. 995). Stresemann ernannte daraufhin Heinze zum Zivilkommissar, und zeitgleich besetzten Reichswehrtruppen die Ministerien und den Landtag in Dresden. Ministerpräsident Zeigner beugte sich am 30. Oktober 1923 diesem Druck und trat mit seiner Regierung zurück; am folgenden Tag wählte der Landtag eine neue Regierung (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 207, 208). – Auch in Thüringen war am 16. Oktober 1923 eine Regierung aus SPD und KPD gebildet worden; am 6. November marschierte die Reichswehr in Thüringen ein und zwang am 12. November 1923 die kommunistischen Minister zur Abdankung (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 994–1006 mit den dortigen Anm.; SCHULTHESS 64 [1923], S. 216). – Im Januar 1924 waren die beiden Konflikte beigelegt worden: In Sachsen kam Anfang Januar eine Große Koalition zustande (ebd., 65 [1924], S. 4); zwischen Thüringen und der Reichsregierung kam es am 14./15. Januar 1924 zu einer Vereinbarung (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 239–241).

[72] So benannt nach Friedrich Ebert (1871–1925), Reichspräsident 11. Februar 1919 – 28. Februar 1925.

[73] Johannes Wunderlich (* 1876), Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1930 (für die DVP). – Er hatte (wie nach ihm Elsa Matz) laut der Berichterstattung in der ZEIT, Nr. 270 vom 15. November 1924, vor der Rede Stresemanns zur Aufwertungsfrage gesprochen und sich dabei als „Vorkämpfer der Rentnerrechte“ geäußert.

[74] Elsa Matz (1881–1959), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DVP).

uns ist denn überhaupt so töricht, daß er die deutsche Entwicklung auf den Nenner bringen möchte: rechts gegen links, Bürger gegen andere Deutsche oder auch Nichtsozialisten gegen Sozialisten. Ich lehne solche Einstellung für meine Person jedenfalls prinzipiell ab. Was in den letzten Wochen vor sich ging, war die Heranziehung der Deutschnationalen an die heute regierenden Mittelparteien auf einer Basis der Richtlinien der heutigen Regierung[75]!

Gegen eine Politik, die sich lediglich aufbaut auf dem Gedanken rechts gegen links, habe ich mich stets gewandt, in allen Phasen der Entwicklung der Deutschen Volkspartei. Das wissen alle diejenigen, die dabei mit mir oder dabei gegen mich gekämpft haben. Ich habe noch bei den letzten Verhandlungen mit aller Energie betont, daß ich lieber aus dem politischen Leben ausscheide, als mich zum Bannerträger einer solchen Politik zu machen. (Bravo!) Ich mache sie nicht, weil ich der Meinung bin, daß sie unser Volk zerreißen würde, weil ich der Meinung bin, daß unsere ganze Politik darauf gerichtet sein muß, das Volk zusammenzuführen, weil ich der Meinung bin, daß wir einmal vor außenpolitischen Entscheidungen stehen können, wo wir das ganze Volk brauchen, und weil ich nicht zwei Deutschland haben will, von denen das eine außen steht und das andere innen. Deshalb bekämpfe ich die prinzipielle Idee des Rechtsblocks wie die Idee des Linksblocks, weil beide Ideen nur zur Zerreißung des deutschen Volkes dienen können. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Nun fragt man: Ja, wenn diese alte Idee der Volksgemeinschaft in euch lebt, warum wollt ihr da die Sozialdemokratie nicht mit heranziehen? Herr Koch will ja meine Reden herausgeben, die ich seinerzeit über die Volksgemeinschaft gehalten habe. Ich habe nichts dagegen, wenn er alles das, was ich über eine Zusammenfassung der deutschen Volkskräfte gesagt habe, seinerseits an die Oeffentlichkeit gibt. Wir haben von dem nichts zurückzunehmen. Damit steht durchaus nicht im Widerspruch, wenn wir der Meinung sind, daß die großen Aufgaben auf dem Gebiete der Wirtschaft und der Finanzen, daß die großen sozialen Fragen gegenwärtig mit der Sozialdemokratie nicht gelöst werden können. Die Sozialdemokratie begeht auch hier einen logischen Bruch ihrer Anschauung. Sie lobt das Dawesgesetz und verschließt sich gegenüber den Konsequenzen, die daraus hervorgehen. Wir können nicht diese unerhörten Lasten auf uns nehmen, wenn auf der anderen Seite exzessive Politik im

[75] Vom 1. Oktober 1924 an war auf Anstoß der DVP-Reichstagsfraktion hin über die Erweiterung der Regierung durch die DNVP verhandelt worden; vgl. zusammenfassend SCHULTHESS 65 (1924), S. 91–99; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 593–595.

Innern getrieben wird. „Das erste stand uns frei, beim zweiten sind wir Knechte!“[76] Und wer gerade die Idee der Erfüllung als die moralische Grundlage für Erfolge – ich habe vorhin diese Idee gekennzeichnet – in den Vordergrund seiner Erwägungen stellt, der muß um so vorsichtiger sein, durch innerpolitische Experimente diese Erfüllung seinerseits zu gefährden. (Sehr richtig!)

Ich glaube im übrigen, daß es auch weite Kreise innerhalb der Sozialdemokratie gibt, die angesichts der Gesetzgebung, vor der wir stehen, vielleicht selbst nicht innerlich sehr geneigt sind, diejenige Verantwortung mit zu übernehmen, die die richtige Durchsetzung künftiger Finanzpolitik von uns erfordert. Denn mit parteipolitischen Scheuklappen ist diese Finanzpolitik nicht zu machen. Auch hier werden nicht Parteiprogramme den Ausschlag geben, hier wird die Rücksicht auf die ganze Produktions- und Wirtschaftspolitik Deutschlands, aus der ja doch schließlich eine vernünftige Lohn- und Sozialpolitik erst folgt, stärker in den Vordergrund gestellt werden müssen, als es den Dogmen der Sozialdemokratie entspricht.

Was nun weiter unsere Stellung für die Zukunft angeht, unsere Stellung zu der Deutschnationalen Partei, um die wir ja gefragt werden sollen in allen Wahlversammlungen, so muß ich Ihnen sagen, daß die Antwort darauf erst gegeben werden kann, wenn wir wissen, welche Politik die neue Deutschnationale Fraktion zu machen bereit ist. (Sehr richtig!) Denn soweit ich heute sehe, besteht keine einheitliche Deutschnationale Partei. Unser verehrter Freund Dr. Schneider[77] wurde auf der Fahrt von Dresden nach Berlin mit einer Abgeordneten bekannt, die sich ihm auch politisch zu erkennen gab, indem sie sagte: Sie müssen wissen, ich bin deutschnational, worauf Dr. Schneider sagte: Verzeihen Sie, das besagt noch gar nichts. (Heiterkeit.) Er hatte damit vollkommen recht. Denn schließlich haben wir unzweifelhaft heute extreme Elemente in der Deutschnationalen Partei, mit denen keine aufbauende Politik zu treiben ist. Wir haben aber andererseits Elemente in der Deutschnationalen Partei, in denen ein starker Drang nach staatsverantwortlicher Betätigung vorhanden ist, die herauskommen wollen aus jeder prinzipiellen Opposition. Sie haben diese Elemente, die ihrer ganzen Natur nach eigentlich zu den früheren Freikonservativen gehören, sie haben die Vertreter der Wirtschaft, der Landwirtschaft, die längst gelernt haben, daß man nicht mit prinzipieller Opposition dem Staat, der Wirtschaft oder sich

[76] Ein leicht abgewandeltes Zitat („Das erste steht uns frei, beim zweiten sind wir Knechte“) aus Johann Wolfgang Goethes „Faust. Eine Tragödie“ (Text des „Faust“ in: Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 3. 11. Aufl. München 1981, S. 10–145; das Zitat: S. 49).

[77] Rudolph Schneider (1876–1933), Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1933 (für die DVP).

selbst dient. Welche Richtung dabei siegt, das wissen wir nicht. Aber daß es unser Wunsch ist, daß der Weg der Deutschnationalen von der Opposition zur verantwortlichen Mitarbeit geht, und daß wir das unterstützen werden, wenn sie bewußt diesen Wegen gehen werden auf den Richtlinien[78], die wir mit ihnen vereinbart haben, das ist, glaube ich, die einmütige Auffassung, die in unserer Partei vorhanden ist. (Zustimmung.) Wir können nur wünschen, daß sie diesen Weg finden werden und sich frei machen von der Abhängigkeit von Stimmungen, die im Volke gar nicht so stark vorhanden sind, als es in einzelnen ihrer Führer zum Ausdruck kam.

Wenn ich überhaupt die Stimmung im Volke recht verstehe, so ist sie dem Extrem allgemein abgeneigt, so geht ein ganz starkes Sehnen nach ruhiger, vernunftgemäßer Entwicklung durch unser ganzes Volk und durch alle Parteien. Wir haben seinerzeit auch den Kampf führen müssen gegen starke Strömungen auch in der eigenen Partei, gegen die Menschen, die nur dem Gemüt das Wort geben, wo der kühle Verstand sprechen muß. Glauben Sie mir, es war für die Entwicklung unserer Partei und, was wichtiger ist, es war für Deutschland viel besser, daß wir zwar ein Drittel unserer Mandate verloren[79], aber unsere richtig erkannte Stellung durchführten, als daß wir diesen Popularitätsströmungen nachgegeben hätten. Die Deutschnationale Partei wird dem Vaterlande einen Dienst leisten, wenn sie lernt, sich mit derselben Energie gegen Popularitätshascherei zu stemmen, wie wir es in unserer Politik getan haben. (Beifall.)

Gestatten Sie mir schließlich, daß ich ein Wort auch zu den Vorwürfen sage, die speziell gegen mich erhoben werden. Sie werden ja gegen mich erhoben, um die Partei zu treffen, und deshalb treffen sie ja auch die Partei, wenn sie geglaubt werden. Hier ist besonders immer der Gedanke maßgebend, daß meine ganze Politik eingegeben sei von der Idee des Opportunismus. Man versucht, fortwährend die Wandlungsfähigkeit und damit, wenn Sie wollen – wie die Worte ja oft ganz offen lauten –, die Charakterlosigkeit meiner Politik zu stipulieren. Mit allen Mitteln wird es versucht, auch mit ganz törichten. Wenn ein Berliner Blatt eine Rede veröffentlicht, die zwar nicht dem Wortlaut entspricht, aber sinngemäß vollkommen richtig ist, worin ich im November 1918 nach dem Zusammenbruch vor den nationalliberalen Vertrau-

[78] Gemeint sind vermutlich die „Richtlinien der Reichsregierung für Verhandlungen mit den Parteien über die Regierungsumbildung“ (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1093–1094), denen die DNVP nach Auskunft von Reichskanzler Marx im Zuge der Verhandlungen über eine Regierungserweiterung zwischenzeitlich zugestimmt hatte (vgl. ebd., S. 1125).

[79] Gemeint sind die Reichtagswahlen vom 4. Mai 1924 (vgl. oben mit Anm. 15), bei denen die DVP ca. ein Drittel ihrer Prozentpunkte, aber nur ein gutes Viertel ihrer Mandate verloren hatte.

ensmännern mich auf das schärfste dagegen ausgesprochen habe, daß die Oberste Heeresleitung am 2. Oktober uns zu einem vorschnellen Waffenstillstand geradezu gedrängt habe[80], daß ich ihr den Vorwurf gemacht habe, daß sie dadurch die Siegesstimmung, die auch im Parlament vorhanden war, aufs tiefste erschüttert habe, so habe ich von dem, was ich damals sagte, auch nicht ein Titelchen zurückzunehmen[81]. (Sehr gut!) Denn niemand von uns kann an der Tatsache vorbeigehen, daß damals die Außenpolitik der Obersten Heeresleitung wirklich verhängnisvoll für uns gewesen ist. Das hat aber gar nichts damit zu tun, wie wir zur alten Armee und zu den alten Feldherren stehen, auch wenn wir einzelne als Politiker unsererseits ablehnen, von denen wir bedauern, daß gewissenlose Gesellen sie in die Parteipolitik hineingezogen haben[82]. (Lebhafter Beifall.)

Im übrigen lassen Sie mich auch hier einmal einige Tatsachen aus der Geschichte der letzten Jahre [an]sprechen. Sie ist ja so kurz, aber doch so stark an Eindrücken, an großen Ereignissen. Als der Umsturz kam, bei dem ja alles plötzlich umlernte und zur Demokratie ging und sich viele Oberbürgermeister nicht erinnerten, daß sie jemals eine Kaisergeburtstagsrede gehalten hätten, da sind wir – es war wohl ein Zufall an sich – zusammen gewesen – ich glaube, es muß eine Woche oder 14 Tage nach dem Umsturz gewesen sein – in einer Berliner Versammlung im Rheingold, in einer Versammlung der nationalliberalen Frauen[83]. Es war, glaube ich, der Abend, an dem ich unsere verehrte Frau Mende[84] zum ersten Male kennengelernt habe. Wenn man einmal die Geschichte der Reichshauptstadt in der Umsturzzeit schreibt, sollte man an dieser Versammlung nicht vorbeigehen. Denn da war nichts von Anerkennung des 9. November. Da habe ich mit aller Entschiedenheit mich gegen die Gesinnungslosigkeit gewandt, die alles verbrannte, was uns bis dahin heilig gewesen war. Da haben wir das Hoch ausgebracht auf das alte Deutschland und das Deutschlandlied gesungen in der Stadt der Volksbeauftragten und der Revolution. (Beifall.) Unser

---

[80] Die Rede vom 13. Oktober 1918 wurde am 10. November 1924 im „Montag Morgen“ veröffentlicht und nachgedruckt in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 535 (Abendausgabe) vom 10. November 1924.

[81] In der ZEIT, Nr. 266 vom 11. November 1924, findet sich noch ein in der Formulierung allerdings etwas unscharfes Dementi von seiten der DVP, daß das betreffende Protokoll von 1918 richtig sei.

[82] In erster Linie bezieht sich Stresemann hier wohl auf die Reichstagsmitgliedschaft Ludendorffs (für die Nationalsozialistische Freiheitspartei Mai 1924 – 1928) und die jenige Tirpitz' (für die DNVP Mai 1924 – 1928), darüber hinaus wohl auch auf die Teilnahme Ludendorffs am Hitlerputsch vom 8./.9. November 1923.

[83] Zu der betreffenden Versammlung konnte nichts ermittelt werden.

[84] Clara Mende (1869–1947), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1928 (für die DVP); Referentin für Hauswirtschaft im Reichswirtschaftsministerium 1928–1933; Vorsitzende des Reichsfrauenausschusses der DVP; Vorsitzende des Deutschen Frauenausschusses zur Bekämpfung der Schuldlüge.

Parteibüro war damals nicht leer von Führern, sondern wir haben uns in die Bresche gestellt und sind für unsere alte Grundauffassung eingetreten. Ich glaube nicht, daß das ein Sinnbild des Opportunismus war, um den maßgebenden Gewalten zu gefallen.

Ich darf an andere Dinge erinnern. Ich bin ganz offen und spreche von manchem, was nicht ohne Verbitterung in der Parteigeschichte an mir vorübergegangen ist. Als wir in Stuttgart im Jahre 1921 zusammen waren[85], war vielleicht die Zeit für die Verwirklichung der Großen Koalition noch nicht reif. Ich habe nicht gewartet, bis sie reif geworden war, sondern habe mich in die Bresche gestellt, bin dafür eingetreten und habe dem Parteitag gesagt: Wenn ihr mich als Führer haben wollt, müßt ihr euch von mir führen lassen. Ich habe für dieses Eintreten die bittersten Stunden in der Fraktionssitzung am 15. Dezember 1921[86] erlebt. Die bittersten Kämpfe sind gefolgt. Schließlich ist die Idee durchgekommen, und die Idee und ihre Durchführung hat in Zeiten, in denen es darauf ankam, alle Kräfte zusammenzufassen, auch dem Deutschen Reich Nutzen gebracht. (Sehr richtig.)

Und wenn ich an die letzte Zeit denke, an die Zeit als Kanzler und Minister, als ich durch die Verhältnisse gezwungen war, den passiven Widerstand aufzugeben[87], habe ich mich wirklich nicht tragen lassen können von der öffentlichen Meinung des Landes. Es ist mir damals nahegelegt worden: Lassen Sie ein Votum des besetzten Gebietes erfolgen, bitten Sie die Delegierten, und sei es auch nur pro forma, daß sie die Bitte um Aufgabe des passiven Widerstandes an Sie herantragen. Ich habe das abgelehnt. Ich habe erklärt: Sie können den Menschen im besetzten Gebiet, die seelisch soviel gelitten haben, nicht noch die Verantwortung dafür auferlegen, daß wir nicht mehr weiterkämpfen können. Ich habe den Delegierten im großen Saale des Reichskanzlerhauses gesagt[88]: Ich fordere nicht Ihr Urteil, die Verantwortung für das,

---

[85] Stresemann bezieht sich auf den 4. Parteitag der DVP am 1. und 2. Dezember 1921 in Stuttgart. Zu seinem dortigen Eintreten für die Große Koalition in der Rede vom 1. Dezember 1921 vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 567 (Morgenausgabe) vom 2. Dezember 1921.

[86] Zu dieser Fraktionssitzung konnte nichts Weiteres ermittelt werden.

[87] Zum Abbruch des passiven Widerstands, der mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

[88] Tatsächlich hatte Stresemann in der Sitzung mit Vertretern des besetzten Gebietes vom 24. September 1923, auf die er sich hier wohl bezieht, laut Protokoll (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 334–338) um Zustimmung zur Einstellung des passiven Widerstands gebeten, allerdings abschließend auf eine entsprechende Aufforderung hin auch erklärt, „daß es sich keineswegs […] um eine Verschiebung der Verantwortung handele“.

was geschehen ist, übernimmt die Reichsregierung und übernimmt der Reichskanzler. (Bravo!)

Ich denke weiter an die Entwicklung in dem Kampfe um die Dawesgesetze. Als die Vorschläge der Sachverständigen nach Berlin kamen, als das Kabinett zu entscheiden hatte, da haben der Außenminister und der Finanzminister[89] den Antrag im Kabinett gestellt[90], das Gutachten anzunehmen als Grundlage für eine schnelle Lösung der Reparationsfrage. Wir haben es getan zunächst ohne den Reichsrat und den Reichstag, ohne die Wirtschaft. Ein großer Teil der öffentlichen Meinung war damals gegen diese Haltung. Man hat erklärt, wir müßten vor den Staatsgerichtshof. Worte wie Landes- und Hochverräter gingen im Lande um. Wir haben dann den Kampf geführt bei den letzten Reichstagswahlen und im Reichstag. Ich war dabei nicht getragen von der Welle der öffentlichen Meinung, sondern bin gegen den Strom geschwommen. Aber ich bin ans Ufer gekommen. So lagen die Dinge, so steht es mit der Opportunitätspolitik, die ich angeblich getrieben habe. (Stürmischer Beifall.)

Und wenn Aufgaben ähnlicher Art, wenn Entscheidungen von ähnlicher Schwere etwa wieder an mich herantreten, werde ich die Entscheidung treffen nach meinem Gewissen und unbekümmert um Lob und Tadel. Ich glaube, daß ich damit bisher nicht den schlechtesten Weg gegangen bin. (Zustimmung.)

Verzeihen Sie bitte, meine Damen und Herren, wenn ich diese Dinge, die mich persönlich angehen, auch hier vorgebracht habe. Aber ich bin derartig gewohnt, nun allmählich zum politischen Sebastian zu werden, auf den sämtliche politischen Pfeile abgeschossen werden[91], daß ich einmal das moralische Recht für mich in Anspruch nehmen darf, mich dagegen zu wehren. (Beifall.)

Ich möchte hier in Westfalen bei diesem Wehren anknüpfen an einen guten Spruch, den ich einmal in einem westfälischen Hause gelesen habe, den ich mir auch zum Wahlspruch nehmen möchte:

Ich bin kein sanftes Hänschen,
Kein süßes Lämmerschwänzchen,
Ich bin ein Heidenchrist,

---

[89] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP).

[90] Vgl. die Kabinettssitzung vom 11. April 1924 (ebd., Marx I/II, I, S. 552–554).

[91] Eine Anspielung auf Sebastian, den christlichen Märtyrer der römischen Kaiserzeit, der nach der Legende unter Kaiser Diokletian zum Tode verurteilt und von Bogenschützen mit Pfeilen beschossen wurde, dies jedoch überlebte und später im Circus erschlagen wurde. In der Ikonographie wird er, häufig an einen Baum gebunden, mit Pfeilen im Körper dargestellt.

Und haut mich wer auf die linke Wang,
Dem hau ich zwei auf die rechte.
So werd' ich's halten mein Leben lang
Im ehrlichen Gefechte. …

(Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Nun lassen Sie mich, meine verehrten Freunde, diese Gedankengänge abschließen. Ich möchte nicht zu Ihnen sprechen über Dinge, die sich erst in der Entwicklung befinden und die so bedeutsam sind, daß man sie nicht mit einigen allgemeinen Sätzen abtun kann. Ich meine damit die Frage der Aufwertung[92], die vorhin Herr Dr. Wunderlich und Frau Dr. Matz erörtert haben. Aber ich darf einmal eines sagen, was vielleicht doch bei Menschen, die objektiv die Dinge würdigen, zu einer gewissen Beruhigung beitragen kann. Es sind heftige Klagen wegen der Verzögerung einer politischen Lösung der Aufwertungsfrage erhoben worden, und ich verstehe diese Klagen durchaus. Ich darf daran erinnern, daß ich in jener Fraktionssitzung, in der der verewigte Kollege Düringer[93] zuerst grundsätzlich für diesen Gedanken der Aufwertung focht, an seine Seite getreten bin und mir dadurch, glaube ich, die starke Verachtung hochmögender Juristen zugezogen habe. Aber wenn heute gesagt wird: die Regierung hat noch nichts getan, dann denken Sie doch an eines, was kürzlich mit vollem Recht im Kabinett festgestellt worden ist[94]: die Aufgaben, die vor uns stehen, sind von einer solchen Tragweite, daß sie nicht auf einmal gelöst werden können. Man darf nicht den zweiten Schritt tun, ehe der erste getan ist. Wenn wir nicht die Inflation zu Ende gebracht hätten, gäbe es überhaupt keine Aufwertungsfrage, weil niemand wüßte, wo denn der feste Stanpunkt wäre, von dem aus man aufwerten sollte. Auch die Frage der Rentenmark[95] wird vielfach so unendlich oberflächlich aufgefaßt. Man

---

[92] Mit der Frage der Aufwertung ist die auch juristisch heftig umstrittene Frage gemeint, inwiefern Schulden und Verbindlichkeiten (also auch die Kriegsanleihen und Sparkonten), die durch die Hyperinflation des Jahres 1923 praktisch wertlos geworden und problemlos zu begleichen waren, angepaßt werden sollten. Eine gewisse mäßige Anpassung einzelner Vermögenswerte war bereits im Februar 1924 durch die 3. Steuernotverordnung erfolgt (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 9–10).

[93] Adalbert Düringer (1855 – 2. September 1924), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1924 (für die DNVP 1919–1922, für die DVP 1922–1924). – Die betreffende Fraktionssitzung konnte nicht ermittelt werden. Düringer hatte jedoch am 29. März 1924 vor dem 5. Parteitag der DVP einen Vortrag über den „Schutz des Sparers" gehalten (Zusammenfassung in NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Sonderausgabe [vom 30. März 1924], S. 4).

[94] Zuletzt war in den Kabinettssitzungen vom 3. und 6. November 1924 die Aufwertungsfrage behandelt worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1158–1159 mit den dortigen Anm.).

[95] Nachdem mit der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 963–966) die Voraussetzung für eine neue wertbeständige Währung geschaffen worden war, wurde am 15. November 1923 mit der Ausgabe der neuen Rentenmark begonnen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1070–1072). Nach den Lon-

stellt es so hin, als habe es nur an dem Gedanken der Rentenmark gefehlt, und nachdem jemand den Gedanken gehabt hätte, sei alles in Ordnung gewesen. Das ist ja törichtes Zeug. Mit der Schaffung der Rentenmark war gar nichts getan. Es kam darauf an, daß die Rentenmark sich hielt. Denn wenn wir eine zweite Inflation gehabt hätten, finde ich keinen Ausdruck für das, was dann an Verzweiflung im Volke vor sich gegangen wäre. Infolgedessen war es die Aufgabe des Finanzministers, nachdem die Grundlage für die Rentenmarkgesetzgebung geschaffen war, nunmehr alles zu tun, um dafür zu sorgen, daß sie nicht irgendwie erschüttert würde, gerade in jener ersten Zeit. Wieviele Menschen haben nicht darauf gelauert, daß das Rentenmarkexperiment mißlingen sollte! (Sehr richtig!) Was hat Deutschland dadurch in der Welt gewonnen, daß es wieder eine feste Währung hat! Aber das, was man in der Kritik die brutale Finanzpolitik des Herrn Dr. Luther genannt hat, das ist eingegeben gewesen von dem Gedanken, den Staat unter allen Umständen über diese Klippen und Stromschnellen hinwegzubringen. Und wenn damals nicht in dieser Weise eingegriffen worden wäre, so wären wir vielleicht nicht über diese Dinge hinweggekommen. Jedenfalls hat Dr. Luther, der so angegriffene, sich persönlich nur von dem Gedanken des Staatswohls führen lassen.

Zwei Etappen mußten abgewartet werden, ehe an eine positive Lösung der Aufwertungsfrage gegangen werden konnte: Die erste war die Stabilisierung der Rentenmark, ihr Festhalten. Das ist heute erreicht. Die zweite Etappe war die internationale Anleihe[96]. Wenn wir aufgewertet hätten vor der internationalen Anleihe, dann hätte das unzweifelhaft diese internationale Anleihe grundsätzlich gefährden können. Ich habe mich selbst vor Monaten in Karlsruhe so ausgedrückt[97]: Wenn die Reparationsfragen geregelt sind, dann muß das, was uns über die Regelung unserer internationalen Verbindlichkeiten an Ueberschüssen bleibt, in erster Linie benutzt werden für die Verbindlichkeiten des Reiches seinen inneren Gläubigern gegenüber. Aber erst mußte diese Etappe vorausgehen, dann konnten erst die positiven Beschlüsse kommen. Bitte, überlegen Sie sich das auch einmal von diesem Gesichtspunkt und anerkennen Sie, bitte, staatspolitische Erwägungen da, wo viele Leute nur den schlechten Willen sehen zu können glauben. (Sehr richtig!)

---

doner Abmachungen vom 30. August 1924 wurde sie sukzessive wieder durch die goldbasierte (neue) Reichsmark abgelöst.

[96] Vgl. oben mit Anm. 39.

[97] Vgl. Stresemanns Rede in Karlsruhe vom 15. Juni 1924 (in dieser Edition).

Ein weiteres betrifft Beamtentum und Beamtengehälter[98]. Der Staat kann nicht dankbar genug sein, daß damals in dieser kritischen Zeit der moralische Wechsel, den er auf die Treue seiner Beamten gezogen hat, von ihnen eingelöst worden ist. Nachdem aber durch Not und Entbehrungen hindurch diese harten Maßnahmen ertragen worden sind, sind auch die Dinge anders geworden. Sie werden in nächster Zeit weiter gebessert werden müssen und verbessert werden im Zusammenhang mit unserer eigenen finanziellen Fundierung, die wir mit allen Mitteln erstreben und die es uns zu unserem großen Leidwesen nicht möglich macht, in bezug auf Steuerermäßigung allen Wünschen entgegenzukommen, die an uns gerichtet werden. Sie wissen, wie unmöglich es von vielen gehalten worden ist, daß wir überhaupt unser Budget einmal in Ordnung bringen könnten. Sie können ermessen, wie schwer die Aufgabe ist, über die Bilanzierung des Budgets hinaus noch Mittel für andere Zwecke bereitzustellen.

Lassen Sie mich damit den Gedankengang meiner Rede abschließen und nur noch einige Schlußworte an Sie richten. Ich habe gestern im Zentralvorstand[99] verstorbener Führer gedacht, habe die Persönlichkeiten vor unserem Geiste erstehen lassen, die versinnbildlicht sind in dem Namen eines Dr. Bürklin[100], eines Dr. Osann[101], eines Haarmann[102] und anderer. Aber ich möchte noch eines Mannes gedenken, der zwar längst in der Erde ruht, der aber, wenn er uns erhalten geblieben wäre, heute als Siebzigjähriger hier unter uns weilen würde, das ist unser alter, unvergeßlicher Bassermann[103]. (Beifall.) Es war vor 10 Jahren, da haben sie in Heidelberg seinen 60. Geburtstag begangen, wenige Tage vor Ausbruch des Weltkrieges, und es war ihm eine wunderbare Genugtuung, daß die Menschen aus ganz Heidel-

---

[98] Die Personal-Abbau-Verordnung vom 27. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 999–1010) sah u.a. den Abbau von bis zu 25 Prozent aller Reichsbeamten und die Kündigung aller Angestellten vor und verpflichtete die Länder zu analogen Regelungen. Parallel wurden durch verschiedene Verordnungen die Beamtengehälter gesenkt bzw. wurden im Lauf des Jahres 1923 nicht adäquat der Inflation angepaßt. – In einer WTB-Meldung nach der Kabinettssitzung vom 6. November 1924 hatte die Reichsregierung erklärt, sie strebe eine Beendigung des Personalabbaus und „eine maßvolle allgemeine Aufbesserung der Beamtengehälter“ an (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1159, Anm. 9).

[99] Die Sitzung des Zentralvorstandes der DVP am Vortag hatte „Stresemann mit Gedenkworten für die verstorbenen Vorstandsmitglieder eröffnet“ (NATIONALLIBERALISMUS I, S. 569).

[100] Albert Bürklin (1844 – 23. Juli 1924), Mitglied des Reichstags 1884–1898 (für die Nationalliberale Partei).

[101] Arthur Osann (1862 – 23. Oktober 1924), Mitglied des Reichstags 1907–1912 (für die Nationalliberale Partei) und des Landtags des Volksstaates Hessen 1919–1924 (für die DVP).

[102] Wilhelm Haarmann (1845 – 16. August 1924), Mitglied im Vorstand bzw. Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei 1887–1917.

[103] Ernst Bassermann (1854–1917), Mitglied des Reichstags 1893–1917 (mit kurzer Unterbrechung 1903; für die Nationalliberale Partei; deren Vorsitzender des Zentralvorstandes 1905–1917).

berg hinströmten nach dem Schloßhotel und ihm zujubelten, von dem sie wußten, daß er in ihren Mauern weilte, als dem Mann, dessen nationales Empfinden in wohl niemals irregeführt hat. Er war der Bannerträger nationaler und liberaler Gedanken, umkämpft von rechts und von links, manchmal auch umkämpft von unseren Freunden in Westfalen, die im Trutz ihm gegenüberstanden. Und trotzdem glaube ich, hat er uns doch den richtigen Weg gewiesen. Ich habe an ihm das übersprühende Nationalgefühl in allen Fragen des Gemütes ebenso geschätzt wie sein Kämpfen für nationale Erfordernisse auch dann, wenn andere aus Feigheit nicht wagten, sich in dieselbe Reihe zu stellen. Er hat gekämpft für die zwei Armeekorps, die der Kriegsminister[104] nicht gewagt hat, von dem Reichstag zu verlangen[105]. Ich werde nie vergessen, wie er einmal um die Mitternachtsstunde vor seiner Wohnung im Kaiserhof in Berlin mit mir wohl eine Stunde lang auf und ab ging und mir sagte: Wenn ich nicht mehr bin, sorgen Sie für die deutsche Rüstung, unsere Artillerie ist nicht mehr gleichwertig der Artillerie fremder Länder, wir schlafen ein auf dem alten Ruhm, wir müssen in ganz anderer Weise gerüstet sein für den nächsten Entscheidungskampf, denn es geht um die Zukunft der Deutschen. Damals hat man ihn allein stehen lassen.

Aber national war er auch in jenen Zeiten, in denen er kämpfte gegen das persönliche Regiment Kaiser Wilhelms II.[106], was ihm soviel Anfeindungen gebracht hat. National sein heißt nicht byzantinisch für richtig erachten, was oben gemacht wird, sondern das heißt, gerade als nationaler Mann auch die Hand in die Wunde legen. Beide Interpellationen gegen das persönliche Regime haben damals seinen Namen getragen[107].

Und er war liberal in seinen ganzen Empfindungen. „Süddeutscher Demokrat“ nannten sie ihn manchmal. Ach, wenn das, was in ihm von süddeutscher Demokratie lebte, Gemeingut des deutschen Volkes wäre, hätten wir eine gute Grundlage natio-

---

[104] Josias von Heeringen (1850–1926), preußischer Kriegsminister 1909–1913; Präsident des Kyffhäuserbundes 1918–1926.

[105] Stresemann bezieht sich offenbar auf die Militärvorlage von 1913, bei der Heeringen die Forderungen des Generalstabs nach beträchtlicher Erhöhung der Präsenzstärke bremste; vgl. dazu die Reichstagsrede Bassermanns vom 8. April 1913 (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 289, S. 4539–4547).

[106] Wilhelm II. (1859–1941), Deutscher Kaiser und König von Preußen 1888–1918.

[107] Gemeint sind vermutlich die von Bassermann 1906 eingebrachte Interpellation zur internationalen Lage (dazu seine Rede vom 14. November 1906: ebd., 1905/1906, Bd. 5, S. 3619–3622) und die von ihm und anderen eingebrachte Interpellation vom November 1908 im Zusammenhang mit der „Daily-Telegraph-Affäre“ (die betr. Debatte vom 10. und 11. November 1908 ebd., Bd. 233, S. 5373–5405, 5407–5437).

naler Gesinnung in unserem Vaterlande. Und er ist ein sozialer Mann gewesen. Er, der aus der Wirtschaft stammte, hat ein starkes Empfinden dafür gehabt, daß man nicht vorbeigehen kann an dem Lebensinteresse der arbeitenden Schichten. Als ich ihn einmal fragte, was wohl mit der schönste Moment in seinem politischen Leben gewesen wäre, da sagte er, es wäre der Abend seiner Aufstellung in Saarbrücken gewesen[108], wo neben der Partei auch die Vertreter der Arbeiter und Gewerkschaften ihn ihres Vertrauens versichert hätten, obwohl er nicht zu denen gehörte, die etwa zu weit gingen und Unmögliches versprachen.

Die Partei der Reichsgründung sind wir gewesen, die Partei der Reichserhaltung wollen wir sein. In beiden stehen die Namen Bennigsen[109] und Bassermann vor unseren Augen. Wenn ich daran denke, daß die Partei in diesem Jahre den 70. Geburtstag Bassermanns begangen hätte, dann möchte ich diesen Parteitag nicht vorübergehen lassen, um ihm, dem Führer und dem Freunde, auch diese Worte hier zu widmen. Mir sind immer, wenn ich an ihn denke, die Worte von Lenau[110] ins Gedächtnis gekommen:

Herr, ´s ist ewig schade,
Keiner blies das Horn so hell,
Wie mein Kamerade.

Wir wollen seiner gedenken wie derer, die vor uns in der alten Partei gewesen sind. Denn schließlich sind und bleiben wir die alte Nationalliberale Partei, wenn auch im neuen Namen und im neuen Gewande. Ich glaube auch, das, was man nennen kann den Erbschaftsprozeß um die Erbschaft der Nationalliberalen Partei, dürfte wohl in allen Instanzen heute für die Deutsche Volkspartei entschieden sein, sofern überhaupt noch die Demokratische Partei prinzipielle Ansprüche nach dieser Richtung geltend machen sollte. (Heitere Zustimmung.) Aber eins will ich auch noch betonen: So wie ich nie einen Zweifel zugelassen habe an der unbedingten nationalen Einstellung unserer Partei, so möchte ich auch keinen Zweifel darüber lassen, daß wir eine Partei sind von liberalem Grundcharakter, daß wir liberal sind und blei-

[108] Zwar konnte das konkrete Ereignis nicht ermittelt werden, aber an anderer Stelle (STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 534) erläutert Stresemann, daß es sich um die Aufstellung als Reichstagskandidat im Wahlkreis Saarbrücken gehandelt habe, den Bassermann ab 1912 im Reichstag vertrat.

[109] Rudolf von Bennigsen (1824–1902), Mitglied im Reichstag des Norddeutschen Bundes bzw. des Deutschen Reichstags 1867–1883 u. 1887–1898 (für die Nationalliberale Partei).

[110] Nikolaus Lenau (eigentlich Nikolaus Edler Niembsch von Strehlenau; 1802–1850), österreichischer Schriftsteller. – Das nachfolgende Zitat entstammt dem 1833 veröffentlichten Gedicht „Der Postillion“ (Druck u.a. in Nikolaus Lenau: Werke und Briefe. Bd. 1. Gedichte bis 1834. Hrsg. v. Helmut Brand [u.a.]. Wien 1995, S. 277–279).

ben wollen. (Lebhafter Beifall.) Wir müssen bewußt eine liberale Partei sein, die auch die alten liberalen Grundsätze der Gewissensfreiheit und der Toleranz nicht aufgeben kann, ohne ihre eigenen Grundsätze aufzugeben. Ich habe mit großer Freude die Kulturtagung unserer Partei[111] begrüßt, weil alle die großen sittlichen Ideen, die in unserer Partei schlummern, die zusammen mit den nationalen überhaupt die Ideale unserer Partei kennzeichnen, dort in wunderbarer Weise zum Ausdruck gekommen sind und gezeigt haben, wie starke seelische Kräfte im Volk und in der Partei leben, diejenigen Seelenkräfte, auf denen allein der Wiederaufbau Deutschlands sich einmal vollziehen kann.

So glaube ich, daß die Partei, die geschlossen und einheitlich wie wohl kaum jemals in den Wahlkampf geht, mit gutem Gewissen der Entscheidung des deutschen Volkes entgegensehen kann. Lassen Sie uns hoffen, daß wir verstärkt aus diesem Wahlkampf hineinziehen ins Parlament, lassen Sie uns hineinziehen mit dem guten Wahlspruch: Hie gut nationalliberal, hie gut deutsch allewege!

(Stürmische, langanhaltende Beifallskundgebungen.)

[111] Vgl. die Rede Stresemanns auf der Kulturtagung der DVP in Berlin vom 11. Oktober 1924 (in dieser Edition).

Rede auf einer Wahlkundgebung der DVP in Essen vom 16. November 1924[1]

Nach ZEIT, Nr. 272 vom 18. November 1924.

Rückblick auf die Stabilisierung der Währung. Die Aufwertungsfrage. Deutschlands Macht beruht nicht auf militärischer Stärke, sondern auf seiner Wirtschaft.

Auf die Schaffung der Rentenmark eingehend, erklärt er[2], daß Herr Dr. Helfferich[3] damals als Führer der Oppositionspartei der Regierung seine Gedanken zur Verfügung gestellt hat. Dieser [!] war die **Fundierung der Rentenmarkidee.** Die **Form,** in der das Geld geschaffen wurde, stammt aber nicht von ihm. Sein Geld war auf den Gedanken der **Roggenmark** aufgebaut. Dr. **Schacht[4]** wollte sofort die **Goldmark** und Dr. **Luther[5]** vertrat den Gedanken der **Rentenmark.** Es sind die verschiedensten Strömungen zusammengeflossen, ehe am 15. November v.J. die Rentenmark[6] geschaffen werden konnte.

Mit außerordentlicher Wärme trat der Redner den Angriffen gegen den Reichsfinanzminister Dr. Luther entgegen[7]. Er sagte: Ich bin der Meinung, daß das Reich ihm Dank dafür schuldigt, daß er in schwerster Zeit den Etat in Ordnung gebracht hat.

---

[1] Die Vorlage gibt einen summarischen Bericht über Wahlversammlungen Stresemanns am 15. und 16. November 1924 in Osnabrück, Essen und Köln. Während die anderen beiden Reden lediglich zusammengefaßt wiedergegeben werden, wird die Essener Rede – sicher in gekürzter Fassung – teilweise in wörtlicher Rede gedruckt. Zur Einleitung der Berichterstattung heißt es: „In Essen war der Versammlungssaal […] vollkommen überfüllt. […] Dr. Stresemann [verwies] einleitend darauf, daß heute die Regie aufgehört habe.“ – Die Datierung für die Rede in Essen ergibt sich aus STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 600.

[2] So in der Vorlage als Überleitung aus Paraphrase in direkte Rede.

[3] Karl Helfferich (1872 – 23. April 1924), Mitglied des Reichstags 1920 – April 1924 (für die DNVP).

[4] Hjalmar Schacht (1877–1970), Reichswährungskommissar 12. November 1923 – 19. Oktober 1924; Reichsbankpräsident 22. Dezember 1923 – 1930 u. 1933–1939; zugleich Reichswirtschaftsminister 1934–1937; Reichsminister ohne Portefeuille 1937–1943.

[5] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP).

[6] Nachdem mit der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 963–966) die Voraussetzung für eine neue wertbeständige Währung geschaffen worden war, wurde am 15. November 1923 mit der Ausgabe der neuen Rentenmark begonnen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1070–1072). Nach den Londoner Abmachungen vom 30. August 1924 wurde sie sukzessive wieder durch die goldbasierte (neue) Reichsmark abgelöst. – Im Spätwinter 1924 war ein Streit darüber entbrannt, wer zuerst die Idee einer Währungsreform in der dann vollzogenen Form gehabt habe; dabei stritten sich vor allem Helfferich, Schacht und Luther um die geistige Vaterschaft.

[7] So in der Vorlage als paraphrasierende Überleitung.

Damals ist alles unter dem Gesichtspunkt betrachtet worden, ob es möglich sei, die neue Währung zu erhalten. Heute dürfen wir sagen, daß zunächst einmal das Experiment gelungen sei. Nachdem wir einmal den Etat ins Gleichgewicht gebracht und sogar eine Anzahl Verpflichtungen abgedeckt und nun die internationale Anleihe[8] erhalten haben, die wenigstens für ein Jahr die Reparationsleistungen deckt, können wir daran denken, die **Aufwertungsfrage[9]** zu lösen. Das Reichskabinett hat beschlossen[10], sie dem Reichstag zu unterbreiten.

Hierbei sind nach unserer Auffassung drei Gesichtspunkte zu beachten: 1. Eine in bescheidenen Grenzen gehaltene **Verzinsung der Anleihen** des Reiches. 2. Bezüglich der Hypotheken eine angemessene **Erhöhung** des Aufwertungsprozentsatzes. 3. Die **Feststellung der Fristen,** innerhalb derer Ansprüche auf Aufwertung geltend gemacht werden können. […][11] Es kann sich nur darum handeln, die **Ungerechtigkeiten** zu mildern, die sich daraus ergeben haben, daß die Menschen, die dem Staat in der Zeit der Not ihr Letztes gegeben haben, am schlechtesten behandelt werden. […][12]

Ich befinde mich in grundsätzlicher Uebereinstimmung mit Herrn Professor **Hoetzsch[13],** der seinerzeit betonte, die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Lösung der europäischen Frage ist ein **großes weltpolitisches Ereignis.** Ich habe

---

[8] Am 10. Oktober 1924 war in London die Abmachung zwischen Deutschland und internationalen Banken über eine Anleihe von 800 Millionen Goldmark unterzeichnet worden. Die Anleihe wurde u.a. am 14. Oktober in New York und am 15. Oktober 1924 in London aufgelegt, vielfach überzeichnet und die Zeichnung z.B. in New York nach 12 Minuten, in London nach vier Stunden geschlossen (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 490 [Morgenausgabe] vom 15. Oktober 1924; SCHULTHESS 65 [1924], S. 195; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 595).

[9] Mit der Frage der Aufwertung ist die auch juristisch heftig umstrittene Frage gemeint, inwiefern Schulden und Verbindlichkeiten (also u.a. auch Kriegsanleihen und Sparkonten), die durch die Hyperinflation des Jahres 1923 praktisch wertlos geworden und problemlos zu begleichen waren, angepaßt werden sollten. Eine gewisse mäßige Anpassung einzelner Vermögenswerte war bereits im Februar 1924 durch die 3. Steuernotverordnung erfolgt (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 9–10).

[10] Zuletzt war die Aufwertungsfrage in den Kabinettssitzungen vom 3. und 6. November 1924 behandelt worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1158–1159 mit den dortigen Anm.).

[11] Paraphrasierend wird übergeleitet: „Der Redner warnt dann davor, Leuten nachzulaufen, die Versprechen geben. Das Reich könne nicht daran denken, im gegenwärtigen Augenblick die 90 Milliarden Anleihen voll aufzuwerten, ohne daß jeder einzelne unter den Steuern, die der Zinsendienst erfordere, zusammenbreche."

[12] Paraphrasierend wird übergeleitet: „Die Leistungsfähigkeit müsse maßgebend sein. Dr. Stresemann ging dann auf das Gebiet der Außenpolitik über und betonte, daß unsere Außenpolitik begrenzt sei in ihren Möglichkeiten."

[13] Otto Hoetzsch (1876–1946), Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die DNVP 1920–1929, für die Konservative Volkspartei 1929–1930). – Stresemann bezieht sich hier und im Folgenden vermutlich auf einen nicht näher datierbaren Artikel Hoetzschs in den „Basler Nachrichten" vom Mai 1924, der im Wortlaut nicht zu ermitteln war. – Vgl. auch die paraphrasierende Wiedergabe eines Artikels von Hoetzsch in der „Kreuzzeitung" (Neue Preußische Zeitung) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 242 (Morgenausgabe) vom 22. Mai 1924, in der er laut dieser Paraphrase für die grundsätzliche Annahme des Dawes-Plans warb.

es nicht verstanden, daß eine Partei, die das einsieht, sich in einer derartigen **Opposition** verfangen konnte. Die Kritiker von Hoetzsch sagen, denkt daran, daß die großen Entscheidungen von der Macht diktiert werden. Ich stehe durchaus nicht auf dem Standpunkt der **Pazifisten,** die da glauben, mit **Menschheitsidealen** durchzukommen.

Als Reichsaußenminister muß ich den Satz daneben setzen: Ich besitze **nicht** die Macht. Das deutsche Volk hat **kein Heer** und **keine Flotte.** Wenn ich also die militärische Macht nicht habe, so muß ich mich fragen, welche Macht habe ich dann noch. Eine materielle und eine ideelle. Die ideelle schätze ich nicht so hoch wie die **materielle** ein. Unter ideeller Macht verstehe ich die **nationale Einheit** des Volkes in außenpolitischen Fragen. In der Außenpolitik dürfte es überhaupt **keine Parteien** geben. Die ideelle Macht kann jedoch nur **negative** Gefahren abwenden. Wir haben jedoch noch eine weitere Macht und das ist die weltwirtschaftliche, die **Macht der deutschen Wirtschaft,** des deutschen Volkes als Konsumvolk. Deutschland tritt als Kreditnehmer denjenigen Ländern näher, die im Geldüberflusse ersticken. Manchmal ist auch derjenige mächtig, der Gold leiht. Neue Sanktionen gegen Deutschland, neue Einmärsche in deutsches Gebiet würden einen stärkeren Widerstand hervorrufen, als das im Hinblick auf das letzte Mal der Fall war[14].

[…][15] Es gibt leider kein Volk, das solche Minderheiten in der Völkerwelt aufzuweisen hat wie das deutsche. […][16] Die Politik und namentlich die Außenpolitik kann sich **nicht binden an Grundsätze und Dogmen.** Ich wünsche dem deutschen Volk **nicht** einen Außenminister, der lediglich in seinen **Parteigrundsätzen** aufgeht.

[…][17]

---

[14] Stresemann bezieht sich auf den passiven Widerstand nach dem Einmarsch französisch-belgischer Truppen ins Ruhrgebiet am 11. Januar 1923.

[15] Paraphrasierend wird übergeleitet: „Der Redner wandte sich dann gegen die Illusionspolitik von rechts, die die Fäuste auf den Tisch schlage und zum Schluß doch nachgeben müsse. Eine solche Politik sei lächerlich. Ebenso wandte er sich gegen die Illusionspolitik von links. Zur Frage der Erweiterung der Regierung nach rechts verwies Dr. Stresemann auf seine Dortmunder Ausführungen [vom 14. November 1924: vgl. diese Edition]. Wenn gesagt werde, was sagt Frankreich dazu, so sei dem entgegenzuhalten, daß Frankreich nicht das Ausland sei, daß die Frage der deutschen Regierungserweiterung in England und Amerika ganz anders beurteilt werde als in Frankreich. Zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund sagte der Redner:“

[16] Paraphrasierend wird übergeleitet: „Gegenüber den Angriffen gegen seine Politik erklärte Herr Dr. Stresemann:“

[17] Paraphrasierend schließt die Vorlage ihren Bericht: „Nach einer kurzen Betrachtung der Beziehungen zu Rußland, deren Pflege er als eine Notwendigkeit bezeichnete, unabhängig davon, welche Regierung die Macht in Rußland habe, spricht Dr. Stresemann über die Handelsvertragspolitik im Zusammenhang mit der Notwendigkeit der Steigerung des deutschen Exportes. Insbesondere weist er nochmals darauf hin, daß Frankreich das größte Interesse daran habe, seine Handelsbeziehungen zu Deutschland zu regeln.“

Rede anläßlich „75 Jahre Wolffbüro“ in Berlin vom 25. November 1924[1]

Nach ZEIT, Nr. 279 vom 27. November 1924. – Teildruck in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 562 (Abendausgabe) vom 26. November 1924.

Lobt das Verantwortungsgefühl der WTB-Führung. Hebt die Bedeutung für die deutsche Außenpolitik hervor und dankt für die Verbindung zum Auswärtigen Amt. Die sich wandelnde Stellung Deutschlands in der Welt und der Weltwirtschaft; dieser Weg muß mit den gegebenen begrenzten Mitteln weiter verfolgt werden.

Meine Herren, Herr Direktor Dr. Mantler[2] hat die Freundlichkeit gehabt, der Gäste zu gedenken, die heute die Ehre haben, Ihrer Einladung folgen zu dürfen. Wenn ich mir die Legitimation nehme, im Namen der Gäste zu danken für diese Einladung, so darf ich das Recht wohl herleiten aus den **freundschaftlichen Beziehungen,** die zwischen dem W. T. B. und dem **Auswärtigen Amt** immer bestanden haben, die wie der Herr Vorsitzende Ihres Aufsichtsrates[3] betont hat, aus einer Zeit stammen, über der der große Name **Bismarck[4]** steht. Sie haben, Herr v. Schwabach, von einer Geschichte gesprochen von drei Vierteljahrhunderten, auf die das Wolffsche Telegraphen-Bureau zurückblickt. Ich glaube, es wird schwer sein, die Geschichte des deutschen Nachrichtenwesens in einer solchen Zeit niederzuschreiben. Aus den Akten wird sich dabei wahrscheinlich sehr wenig ergeben. Es wird möglich sein, die Entwicklung der **Technik** zu kennzeichnen, die von den ersten Anfängen zu der heutigen Ausdehnung des Nachrichtenwesens geführt hat, wo sie vor neuen, von uns vielleicht gar nicht geahnten Entwicklungen steht. Aber, was wir nicht erfahren wer-

---

[1] Die Vorlage führt unter der Überschrift „75 Jahre Wolffbüro“ einleitend aus, daß zum „75. Geburtstag […] von Wolffs Telegraphischem Büro“ Aufsichtsrat und Vorstand „zu einem Festmahl im Hotel Esplanade“ geladen hatten. Der Auflistung der wichtigsten Gäste (darunter einiger Reichsminister und höherer Beamter der Reichsregierung) folgt eine kurze Wiedergabe der Begrüßungsworte des Aufsichtsratsvorsitzenden und des Vorstandsdirektors, der „einen geschichtlichen Überblick auf den Werdegang des WTB-Bureaus“ gab; er „schloß seine Ansprache mit einem Hoch auf die Gäste. Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der alsdann das Wort ergriff, erklärte:“

[2] Heinrich Mantler (1871–1937), einer der Direktoren von Wolffs Telegraphischem Bureau 1912–1929.

[3] Paul von Schwabach (1867–1938), Berliner Bankier; Aufsichtsratsvorsitzender von Wolffs Telegraphischem Bureau 1899–1933.

[4] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890. – Unter Bismarcks Federführung war 1869 ein Geheimvertrag zwischen der preußischen Staatsregierung und WTB geschlossen worden, der gegen eine jährliche Geldzahlung die Nachrichtenagentur zu einem offiziösen Organ der Regierung machte.

den, ist jene Verbindung von **Politik und Nachricht** und jene **Wirkung** der Nachricht auf die Politik, die nur nachzuempfinden, aber nicht zu beschreiben ist. Und was wir nicht erfahren werden, und wovon wir wenig hören, wird die Tätigkeit sein der Menschen, die in das Nachrichtenwesen ihre ganze Arbeit gestellt haben. Wer nicht zu den engeren Kreisen derjenigen gehört, die da wissen, was Ihr Unternehmen bedeutet, der kennt vielleicht nicht zur Genüge die Persönlichkeiten, um die es sich handelt.

In der deutschen Presse ist eine **Entwicklung** vor sich gegangen, und ich begrüße diese Entwicklung, die den Weg gegangen ist von der Anonymität zur **Persönlichkeit.** Heut kennt der Leser aus der Tageszeitung den Herausgeber, den Mitarbeiter, den Redakteur. Heute wird vielfach der einzelnen Zeitung **das Gepräge gegeben durch die Persönlichkeit,** die sie leitet. In Ihrem Nachrichtenwesen muß der Gedanke der Anonymität obwalten. Um so mehr ist wohl das, was an Sie herantritt, eine **entsagungsvolle Pflichterfüllung.** Wenn ich kennzeichnen möchte, was das Sinnbild ist eines Unternehmens in der Eigenart, in der es hier besteht, unabhängig und doch in selbst empfundenen moralischen Abhängigkeiten zur Regierung und zum Lande, dann ist das, was die Arbeit derjenigen kennzeichnet, die einem solchen Unternehmen vorstehen, einmal der **Verzicht auf persönliches Hervortreten,** und auf der anderen Seite das höchste **Feingefühl der Verantwortung,** das diejenigen leiten muß, die hier darüber zu entscheiden haben, welche Wirkung ausgeht von einer Nachricht, die abgemessen werden muß nach allen den unwägbaren psychologischen Wirkungen, die von ihr ausgehen können. Wenn Sie zurückblicken können auf eine Entwicklung, wie sie hier in den Reden geschildert ist, die wir gehört haben, so ist das ein Beweis, daß diese Eigenschaften bei den leitenden Männern des Wolffschen Telegraphen-Büros vorhanden sind. Sie haben in Ihrem Unternehmen seit Jahrzehnten eine **Entwicklung nach oben** genommen, die sich nicht lediglich auf Ihre Stellung in Deutschland bezieht, sondern auch auf die **Achtung und das Ansehen, die das Wolffsche Büro in der Welt** gehabt hat und haben muß, die Achtung und das Ansehen einer deutschen Telegraphenagentur, die gleichzeitig von großer Bedeutung für die **deutsche auswärtige Politik** war. Wie sollen wir anderen Mächten Aufschluß geben über das, was der Antrieb unseres politischen Vorgehens ist, wie sollen wir **Verständnis für unsere Politik** erwecken, wenn wir nicht die Möglichkeit haben, in den Ländern, mit denen wir diplomatische Beziehungen haben, auch die **öffentliche Meinung der Völker** über unsere Ideen aufzuklären.

So hat Ihr Vorsitzender des Aufsichtsrats recht, wenn er davon sprach, daß die Entwicklung Ihres Unternehmens parallel mit der Entwicklung der deutschen politischen Verhältnisse überhaupt gegangen ist. Auch in der Geschichte des Wolffschen Telegraphen-Büros wird der große Einschnitt vorhanden sein, der heute im Leben jedes Deutschen vorhanden ist: die Zeit vor dem Kriege und die Zeit nach dem Kriege, die Notwendigkeit, sich anzupassen an all die Verhältnisse, in die wir heute hineingezwungen sind, auch der Verzicht auf manches, was vor dem Kriege da war, der **Verzicht auf die Anwendung mancher Machtmittel,** die Sie heute nicht mehr in demselben Maße besitzen. Und wie wir alle Opfer durch den Weltkrieg gebracht haben, so glaube ich nicht fehl zu gehen, wenn ich annehme, daß auch Sie während des Krieges ganz erhebliche Opfer gebracht haben, die das Reich nicht nach dem Kriege hat ersetzen können, daß aber ebenso wie das Deutsche Reich auch Sie wieder den **Weg des Wiederaufstiegs** langsam finden werden. Herr v. Schwabach hat hervorgehoben, daß es im Wolffschen Bureau keine Meinungskämpfe gegeben habe, ob Sie der Allgemeinheit diese Opfer zu bringen haben; das sei der Inbegriff der Auffassung des Aufsichtsrats und aller leitenden Beamten gewesen. Sie haben sich darauf beziehen können, daß Sie ein Vierteljahrhundert im W. T. B. tätig gewesen sind und mit der Tradition des Bureaus verbunden sind. Ich kann zwar nicht von einer 25jährigen Tätigkeit als Außenminister sprechen[5] (Heiterkeit), ich glaube auch kaum, daß die politischen Verhältnisse und die Verfassung des Reichs[6] es zulassen werden, daß jemals eine solche Tradition sich entwickelt. Wir haben wechselnde Minister, aber **wir haben auch im Auswärtigen Amt eine Tradition,** die **nicht wechselt,** sondern aufrecht erhält, was an Kenntnissen und Erfahrungen gesammelt ist. Wenn Herr v. Schwabach erklärte, daß die Verbindung mit dem Auswärtigen Amt immer berücksichtigt worden ist, so kann ich für alles das Ihnen danken, was Sie in jener Selbstbindung gegenüber den öffentlichen Interessen nach außen und innen betätigt haben. Ich knüpfe daran die Hoffnung, daß, wenn Sie davon gesprochen haben, daß in Ihrem Geschäftsbericht[7] alles steht, nur nichts vom Geldverdienen, vielleicht doch die beginnende Prosperität der deutschen Zeitungen auch einmal zu-

[5] Stresemann hatte das Amt des Außenministers am 13. August 1923 (anfangs in Verbindung mit dem Reichskanzleramt) übernommen.

[6] Die Weimarer Reichsverfassung („Verfassung des Deutschen Reiches“) vom 11. August 1919 ist u.a. veröffentlicht in REICHS-GESETZBLATT 1919, S. 1383–1418.

[7] Der Geschäftsbericht konnte nicht ermittelt werden.

rückwirkt auf die großen Nachrichtenbureaus. Die Zeit der Inflation[8] ist vorüber, die Zeit der hohen Preise der Zeitungen ist aber noch nicht vorübergegangen. (Heiterkeit.)

Ich darf zurückblickend auf die Geschichte der Entwicklung Ihres Unternehmens sagen, daß der Name des Wolffschen Telegraphen-Büros ein **konstanter wertvoller Faktor des deutschen politischen Lebens geworden ist,** den wir heute weniger entbehren können als jemals. Wir stehen vor einer neuen politischen Entwicklung, in der wir wohl den Anfang einer neuen weltpolitischen Entwicklung unseres Reiches sehen können. Wir hoffen aber, daß nach den Londoner Abmachungen[9] der **erste Schritt zu unserem Wiedereintritt in die Weltpolitik,** zwar unter den heutigen Machtverhältnissen, aber doch als **normal gleichberechtigter Faktor der Weltpolitik,** getan worden ist. Ich darf weiter betonen, daß wir nach Fortfall der einseitigen Meistbegünstigung mit Anfang des nächsten Jahres[10] auch **in die Weltwirtschaft als gleichberechtigter Faktor** wieder eintreten werden, nachdem das System der einseitigen Meistbegünstigung sein Ende gefunden haben wird. Wir hoffen dabei in der Welt Verständnis dafür zu finden, daß die großen fast unerhörten finanziellen Leistungen, die uns das Dawes-Gutachten auferlegt, von uns nur übernommen werden können, wenn uns auch gleichzeitig die **freie weltwirtschaftliche Entfaltung** unseres Lebens gegeben ist. Aber es bleibt die Tragik der deutschen Außenpolitik und damit voraussichtlich für lange Zeit auch die Trag der deutschen Außenminister, daß stets zwischen der von ihnen verfolgten Politik und der Auffassung des deutschen Volkes eine Diskrepanz bestehen wird. Das deutsche Volk wird stets erfüllt sein von dem stolzen Bewußtsein, das die **große Vergangenheit** ihm gibt, und wird selten Verständnis haben für die Außenpolitik, die die **Begrenztheit der Machtmittel** und unsere gesamte Stellung jedem Minister aufzwingt. Vorsichtig und tastend werden wir den Weg einer neuen Entwicklung gehen müssen, indem wir allerdings nicht mehr nur als Objekte der Politik anderer, sondern unter **Bejahung unseres eigenen Lebenswillens** Außenpolitik treiben werden. Mehr als je werden wir dabei eines

---

[8] Stresemann bezieht sich auf die Hyperinflation des Jahres 1923; eine tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Reichsmark in den Monaten August – November in 1923 AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1000–1005.

[9] Mit der Unterschrift unter das Londoner Abkommen vom 30. August 1924 (Text u.a. in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 123–128) waren die Ergebnisse der Londoner Konferenz, also insbesondere die Festlegung des Dawes-Plans als Grundlage der deutschen Reparationszahlungen, in Kraft getreten.

[10] Der Versailler Vertrag schrieb in Art. 264–280 vor, daß Deutschland den Siegermächten fünf Jahre lang, also bis zum 10. Januar 1925, u.a. einseitig Meistbegünstigung im Handel gewähren müsse (VERTRAG VON VERSAILLES S. 137–143). Wegen des bevorstehenden Ablaufs dieser Frist waren inzwischen verschiedene Handelsvertragsverhandlungen aufgenommen worden.

Nachrichtenbüros bedürfen, das uns hilft, das journalistisch zu vertreten, was wir diplomatisch erstreben. Es ist mir eine besondere Freude bei dieser Gelegenheit auszusprechen, daß wir in dieser Beziehung **von vollem Vertrauen** gegenüber den Leitern des Wolffschen Büros erfüllt sind. Sie blicken an diesem Tage zurück auf eine lange und erfolgreiche Vergangenheit. Möge die neue Zeit der Start sein für eine Aufwärtsentwicklung in der Zukunft, von der ich hoffe, daß auf sie die Worte Ihres Herrn Vorsitzenden zutreffen, daß Ihre Geschicke auch die Geschicke des deutschen Volkes und Reiches sein mögen, daß Ihr Aufschwung begleitet sein oder im Zusammenhang stehen möge mit dem Aufschwung und der Entwicklung unseres Volkes und Reiches.[11]

[11] Der Bericht in der Vorlage schließt mit einer kurzen Zusammenfassung der Worte des Berliner Oberbürgermeisters.

Rede auf einer Wahlkundgebung der DVP in Berlin vom 29. November 1924[1]

Nach ZEIT, Nr. 285 vom 1. Dezember 1924. – Teildruck auch in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 600–601.

Die deutsche Außenpolitik sollte Realpolitik, aber keine Parteipolitik sein. Schaut auf die innenpolitischen Erfolge des vorangegangenen Jahres zurück. Die DVP als Brücke zwischen altem und neuem Deutschland.

Die Klänge des Fridericus-Rex-Marsches[2] erinnern an vergangene Zeiten. Es ist allerdings nicht zu verstehen, wenn in einem demokratischen Blatte im Namen von Fridericus Rex[3] zur Wahl der demokratischen Partei aufgerufen wird. Es ist die Tragik unserer Außenpolitik, daß die preußische und die deutsche [!] Armee, auf die sich einst Friedrich der Große stützen konnte, nicht mehr hinter uns stehen. Wir dürften[4] uns in unserer Außenpolitik **nicht in Illusionen** wiegen über die Bedingungen, unter denen wir eine Besserung unserer Verhältnisse herbeiführen können. Auch **Bis-**

[1] Die Vorlage schickt unter der Überschrift „Nationale Kundgebung der D.V.P." in ihrem Bericht über die „Wahlkundgebung der Deutschen Volkspartei […] im großen Schauspielhaus" der Wiedergabe der Rede Stresemanns voraus: „Schon gegen 2 Uhr waren der große Saal, Tribüne und Logen bis weit oben hin dicht gefüllt. Tatsächlich waren bereits 3 Stunden nach Veröffentlichung der Ankündigung sämtliche Karten schon vergeben und vor dem Schauspielhause sammelten sich immer mehr Menschenmassen, die keinen Einlaß mehr erhalten konnten. Musikvorträge leiteten zu dem Film der Volkspartei ‚Liste 5 ist Trumpf' über. Man sah im Lichtbild die bekannten Spitzenkandidaten der Deutschen Volkspartei, und ihr Erscheinen auf der Leinewand [!] wurde von den Anwesenden mit brasendem Beifall begrüßt." Anschließend begrüßte der Berliner DVP-Vorsitzende die Erschienen und rief zur Wahlteilnahme auf. „Die Gesangsvorträge der vereinigten Männerchöre ließen die ‚Sturmbeschwörung' und das ‚Deutsche Lied' machtvoll erklingen. Dann hob sich unter Orgelchoral der Vorhang von der Bühne, im weiten Rund lag eine deutsche Landschaft, über der die Morgensonne aufgeht. Und dann der Einzug der Fahnen! Unter den Klängen des Fridericus-Rex-Marsches stellten sich die Fahnenträger im Halbrund auf, und immer und immer wieder brauste der Beifall durch den Saal, besonders als der Führer der Deutschen Volkspartei, Reichsminister Dr. Stresemann in einer Loge erblickt wurde. Dr. Stresemann nahm darauf das Wort zu seiner große Rede über Nationale Realpolitik." – In den „Tagesnotizen" in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 600, findet sich der Vermerk: „Kundgebung der DVP im Großen Schauspielhaus. Später in Parallelversammlung". Auf welche der offenbar zwei Kundgebungen sich der hier abgedruckte Text bezieht, der wohl eine gekürzte Fassung darstellt, ist nicht erkennbar, vermutlich der Sache nach aber auch nicht bedeutsam. – Für eine scharf kritische Darstellung der Veranstaltung vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 569 vom 30. November 1924 (danach soll die Rede Stresemanns zwei Stunden gedauert haben).

[2] Der Fridericus-Rex-Grenadiermarsch ist ein in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts von Friedrich Radeck komponierter Marsch.

[3] Friedrich II., der Große (1712–1786), König in bzw. von Preußen 1740–1786. – Welche Zeitung Stresemann meint, konnte nicht ermittelt werden.

[4] So (wie auch im nächsten Satz) im Konjunktiv, also wohl in der Vorlage in indirekte Rede übertragen.

marck[5] **sei** der **kühnste,** aber auch der **kühlste Realpolitiker** gewesen, den es jemals gegeben habe. Glaubt irgend jemand auf der äußersten Rechten, so betonte der Minister[6], daß Bismarck in der Gegenwart, wo wir keine Heere und keine Bündnisse haben, etwa auf der Seite der Schreier stehen würde, oder nicht vielmehr auf der Seite der Realpolitiker. (Lebhafte Zustimmung.) **Machtpolitik wird schließlich immer entscheiden.** Aber wenn keine Macht vorhanden ist, kann man auch kämpfen mit der **Idee.** In London[7] ist erreicht worden, daß die Stellung Deutschlands in der Welt als politische Macht und seine Stellung in der Weltwirtschaft als Wirtschaftskörper herausgenommen wurde aus der Atmosphäre der politischen Macht und hineingestellt wurde in die Atmosphäre der **weltwirtschaftlichen Verständigung.** Unverantwortlich wäre es gewesen, wenn wir nicht den Weg des Sachverständigengutachtens gegangen wären, um Deutschland wieder aufzurichten. Hätten wir den Weg nicht beschritten, so bestand die Gefahr einer schleichenden Verzweiflung. Wenn es nun besser geworden ist, wenn die Fesseln gelöst sind und wenigstens die vertragliche Freiheit wieder hergestellt ist, dann ist das Verhalten der Parteien, die immer das Wort „national“ im Munde führen, ganz unverständlich.

Die Außenpolitik als „demokratische Außenpolitik“[8] aufzuziehen, ist verkehrt; man kann nicht **Demokratie als Staatsbegriff verwechseln mit der Demokratischen Partei,** die sehr wenig staatsmännisch ist. (Heiterkeit.) In der Außenpolitik sollte es überhaupt keine Partei geben. Wir sagen ja auch nicht, daß wir eine Außenpolitik der Deutschen Volkspartei treiben, sondern eine solche, **hinter die jeder Deutsche treten sollte.** (Lebhafter Beifall.) Wir geben nicht wie die Illusionisten den Bruderkuß den anderen Völkern, sondern suchen mit kühler Abwägung weiter zu kommen. Ich wehre mich gegen einen Chauvinismus, der über Deutschlands Grenzen nicht hinaussehen will, aber erst sind wir **Deutsche** und dann gehören wir der Menschheit. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

---

[5] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[6] So als Einschub in der Vorlage.

[7] Gemeint sind die Beschlüsse der Londoner Konferenz zur Durchführung des Dawes-Plans (des Sachverständigen-Gutachtens vom 9. April 1924) als künftiger Grundlage der deutschen Reparationszahlungen, die am 16. August mit der Paraphierung der Konferenzprotokolle beendet wurde; nach der Annahme entsprechender deutscher Gesetze im Reichstag am 29. August 1924 und durch die Unterschrift am 30. August 1924 in London traten die Beschlüsse in Kraft.

[8] Reichsbankpräsident Schacht hatte am 3. November 1924 in Dessau eine Wahlrede für die DDP gehalten, bei der er auch die Außenpolitik als „demokratische Politik“ charakterisierte (vgl. den ausführlichen Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 525 [Abendausgabe] vom 4. November 1924); wie schon in seiner Rede auf dem DVP-Parteitag vom 14. November 1924 (vgl. diese Edition) bezieht sich Stresemann mit seiner nachfolgenden Bemerkung vermutlich darauf.

In der **inneren Politik** sind wir wirklich **vorwärts gekommen.** Seit einem Jahre haben wir die Arbeitslosigkeit[9], den Kommunismus in Mitteldeutschland[10], den Separatismus am Rhein[11], die gewaltsamen Umstürze in München[12] und anderswo, die Entwertung der Mark[13] überwunden. Wir brauchten eine neue Goldmarkwährung.

[9] Zum sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit im Spätsommer und Herbst 1923 und zum deutlichen Rückgang seit dem Januar 1924 vgl. die Zahlenangaben in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1000, Anm. 12; für die Arbeitssuchenden des Jahres 1924 vgl. die monatlichen Zahlen in STATISTISCHES JAHRBUCH 44 (1924/25), S. 289.

[10] Gegen Sachsen war am 29. Oktober 1923 als Vorbeugung gegen einen kommunistischen Umsturzversuch durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten nach Art. 48 der Reichsverfassung die Reichsexekution derart verhängt worden, daß Stresemann ermächtigt wurde, die von der SPD und der KPD gebildete Landesregierung abzusetzen und das Land durch „andere Personen“ verwalten zu lassen (REICHSGESETZBLATT 1923,I S. 995). Stresemann ernannte daraufhin Heinze zum Zivilkommissar, und zeitgleich besetzten Reichswehrtruppen die Ministerien und den Landtag in Dresden. Ministerpräsident Zeigner beugte sich am 30. Oktober 1923 diesem Druck und trat mit seiner Regierung zurück; am folgenden Tag wählte der Landtag eine neue Regierung (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 207, 208). – Auch in Thüringen war am 16. Oktober 1923 eine Regierung aus SPD und KPD gebildet worden; am 6. November marschierte die Reichswehr in Thüringen ein und zwang am 12. November 1923 die kommunistischen Minister zur Abdankung (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 994–1006 mit den dortigen Anm. sowie SCHULTHESS 64 [1923], S. 216). – Im Januar 1924 waren die beiden Konflikte beigelegt worden: In Sachsen kam Anfang Januar eine Große Koalition zustande (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 4); zwischen Thüringen und der Reichsregierung kam es am 14./15. Januar 1924 zu einer Vereinbarung (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 239–241).

[11] Im gesamten linksrheinischen Gebiet waren seit dem Herbst 1923 separatistische Bewegungen vorübergehend erfolgreich mit dem Versuch, öffentliche Gebäude zu besetzen, die Verwaltung der betreffenden Gebiete an sich zu reißen und die jeweilige Region für unabhängig zu erklären. Während im übrigen besetzten Gebiet die darüber ausbrechenden Auseinandersetzungen zum Jahresende 1923 weitgehend beendet waren und die separatistischen Bestrebungen sich nur noch vereinzelt auf lokaler Ebene hielten, kam es in der Pfalz bis in den Februar 1924 noch zu blutigen Kämpfen zwischen Vertretern der am 5. November 1923 als unabhängig proklamierten „Autonomen Republik der Pfalz“ und Personen aus dem übrigen Teil der Bevölkerung, wobei letztere massiv von Reichs- und bayerischen Stellen sowie von rechten Verbänden unterstützt wurden. Die Reichsregierung monierte gegenüber Frankreich von Anfang an die Verwicklung französischer Stellen und insbesondere die Verstrickung des Generals Metz in die pfälzische Separatistenbewegung (vgl. dazu das Weißbuch NOTENWECHSEL ZWISCHEN DER DEUTSCHEN UND DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG).

[12] Am Abend des 8. November 1923 hatte Hitler im Münchener Bürgerbräukeller während einer Rede des Generalstaatskommissars Kahr mit bewaffneten Anhängern die Versammlung besetzt, die Reichsregierung für abgesetzt erklärt und zum Marsch nach Berlin und zur Errichtung einer Diktatur unter seiner Führung und derjenigen Ludendorffs als Reichswehrminister unter Einbindung Kahrs und Lossows aufgerufen (vgl. neben vielen anderen Quellen die Wiedergabe des amtlichen Berichts in SCHULTHESS 64 [1923], S. 212–213; sowie DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE IV, S. 366–367). Nach der Distanzierung Kahrs und der bayerischen Regierung vom Putsch scheiterte am folgenden Vormittag ein von Hitler und Ludendorff angeführter Marsch bewaffneter Teilnehmer zur Feldherrnhalle im Feuer der Polizei.

[13] Zur Hyperinflation des Jahres 1923 vgl. die tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Reichsmark in den Monaten August – November in 1923 AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1000–1005. – Ihre Überwindung durch eine auf der Hypothekarisierung von Landwirtschaft und Industrie basierende neue Währung erfolgte durch die Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 963–966), der am 15. November 1923 die Ausgabe der neuen Rentenmark folgte (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1070–1072). Nach den Londoner Abmachungen vom 30. August 1924 wurde sie sukzessive wieder durch die goldbasierte (neue) Reichsmark abgelöst.

(Zwischenruf: Schacht[14]!) Es brauchte ja nicht gerade Schacht zu sein, wir haben ja genug Bankdirektoren. (Heiterkeit und Beifall.) Engherzige Geister müssen auch diese vaterländische Frage zu einer **Parteifrage** machen. Durch die Verlängerung der Arbeitszeit[15], den Beamtenabbau[16], die Steuerpolitik haben wir die neue Währung gehalten. Wir gewannen das Vertrauen wieder, weil wir unsere Währung in Ordnung halten, anstatt unser Defizit durch Notendruck zu decken. In der Aufwertungsfrage[17] können wir utopische Hoffnungen nicht befriedigen, aber im Rahmen dessen, was der Staat nach Herstellung des finanziellen Gleichgewichts an Ueberflüssen oder durch neue Steuerquellen erzielt, müssen wir aufwerten. Vorläufig ist wenigstens der Besitztitel wiedergegeben worden, die Möglichkeit, wieder am Gedeihen des Reiches teilzunehmen.

Das „Reichsbanner“[18], erklärte der Außenminister weiter[19], wirft die Reichsfarben in den Streit der Parteien. Gewiß habe ich als Student die Burschenfarben schwarz-rot-gold mit Stolz getragen[20], aber unsere **Burschenschafterfarben bedeuten et-**

---

[14] Hjalmar Schacht (1877–1970), Reichswährungskommissar 12. November 1923 – 19. Oktober 1924; Reichsbankpräsident 22. Dezember 1923 – 1930 u. 1933–1939; zugleich Reichswirtschaftsminister 1934–1937; Reichsminister ohne Portefeuille 1937–1943. – Der Zwischenruf und Stresemanns Reaktion beziehen sich wohl darauf, daß im Spätwinter 1923/1924 ein Streit darüber entbrannt war, wer zuerst die Idee einer Währungsreform in der dann vollzogenen Form gehabt habe; dabei stritten sich vor allem Helfferich, Schacht und Luther um die geistige Vaterschaft.

[15] Am 21. Dezember 1923 waren durch eine Verordnung der Reichsregierung zahlreiche Abweichungen von der im November 1918 zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften vereinbarten Achtstunden-Arbeitstag-Regelung ermöglicht worden (vgl. REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 1249–1251). – Zur Frage der Wiedereinführung des Achtstunden-Arbeitstages vgl. das Schreiben der August-Thyssen-Hütte an den Reichskanzler vom 20. November 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1185–1188 mit den dortigen Anm.).

[16] Die Personal-Abbau-Verordnung vom 27. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 999–1010) sah u.a. den Abbau von bis zu 25 Prozent aller Reichsbeamten und die Kündigung aller Angestellten vor und verpflichtete die Länder zu analogen Regelungen. Parallel wurden durch verschiedene Verordnungen die Beamtengehälter gesenkt bzw. wurden im Lauf des Jahres 1923 nicht adäquat der Inflation angepaßt. – In einer WTB-Meldung nach der Kabinettssitzung vom 6. November 1924 hatte die Reichsregierung erklärt, sie strebe eine Beendigung des Personalabbaus und „eine maßvolle allgemeine Aufbesserung der Beamtengehälter“ an (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1159, Anm. 9).

[17] Mit der Frage der Aufwertung ist die auch juristisch heftig umstrittene Frage gemeint, inwiefern Schulden und Verbindlichkeiten (also auch die Kriegsanleihen und Sparkonten), die durch die Hyperinflation des Jahres 1923 praktisch wertlos geworden und problemlos zu begleichen waren, angepaßt werden sollten. Eine gewisse mäßige Anpassung einzelner Vermögenswerte war bereits im Februar 1924 durch die 3. Steuernotverordnung erfolgt (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 9–10). – Zum Stand der Diskussion vgl. zuletzt die Aufzeichnung über eine Ressortbesprechung vom 28. November 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1197–1198).

[18] Gemeint ist das im Februar 1924 gegründete „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner“, eine von ehemaligen Frontsoldaten gegründete Veteranen-Vereinigung, die sich dem Schutz der Republik verschrieben hatte.

[19] So als Einschub in der Vorlage.

[20] Stresemann trat in seiner Studentenzeit 1897 als Burschenschafter der „Neogermania Berlin“ und 1898 der „Suevia Leipzig“ bei.

was ganz anderes als das Schwarz-Rot-Gold des Reichsbanners. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Gewiß waren dies auch die Farben der Lützower Jäger[21]; wenn nur auch der Geist der Lützower Jäger im „Reichsbanner“ wäre; **Lützow[22] und Körner[23] hätten sich wohl nicht einen Professor aus Paris verschrieben, um sich Vorträge halten zu lassen[24].** (Stürmischer Beifall.) Die alten schwarz-rot-goldenen Demokraten haben Gelder gesammelt für eine deutsche Flotte, aber das „Reichsbanner“ greift jetzt an, was damals der Sinn dieser Farben war. Die Liebe zum alten Deutschland lassen wir uns von niemand verbieten. (Stürmischer Beifall.) Ich verachte nicht das neue Deutschland; aber wir **brauchen die Brücke vom alten zum neuen Deutschland.** Wir grüßen das alte und arbeiten am neuen, das ist unsere Aufgabe als Deutsche Volkspartei.

Ich habe die Deutschnationalen seinerzeit zum Eintritt in die Regierung aufgefordert, nicht deshalb, weil ich in ihnen eine Bruderpartei sehe, mit der allein wir Politik zu machen in der Lage waren, sondern um ihnen Gelegenheit zu geben, dem Volke den Himmel zu zeigen, den sie immer wieder versprechen. Uebrigens sind auch die demokratischen Minister **Hamm[25]** und **Geßler[26]** für die Heranziehung der Deutschnationalen zur Regierung eingetreten. Dr. Stresemann wies noch auf den Triumpf deutscher Technik und deutschen Geister hin, der die Zeppelinfahrt[27] ermöglicht habe und der sich jetzt wieder in der **Flettner-Erfindung[28]** auswirkt[29]. **Wir haben ein**

---

[21] Die „Lützower Jäger“ oder das „Lützowsche Freikorps“ war ein Freikorps in den Befreiungskriegen 1813/14. Die Uniformfarben Schwarz, Rot und Gold wurden später von Burschenschaften als Farben ihrer Bewegung übernommen.

[22] Adolf Freiherr von Lützow (1782–1834), preußischer Generalmajor; Kommandant des nach ihm benannten Freikorps.

[23] Theodor Körner (1791–1813), deutscher Dichter; als Adjutant Lützows bei Kämpfen des Freikorps tödlich verwundet.

[24] Es konnte nicht ermittelt werden, wen Stresemann hier meint.

[25] Eduard Hamm (1879–1944), Reichswirtschaftsminister 30. November 1923 – 15. Januar 1925; Mitglied des Reichstags 1920 – Mai 1924 (für die DDP); 1. Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages 1925–1933.

[26] Otto Geßler (1875–1955), Reichswehrminister 1920 – 19. Januar 1928; Mitglied des Reichstags 1920 – Dezember 1924 (für die DDP). – Eindeutige Aussagen von Hamm und Geßler zur Frage der Hereinnahme der DNVP in die Regierung konnten nicht ermittelt werden; allenfalls aus einer Äußerung Hamms in der Ministerbesprechung vom 15. Oktober 1924 ist seine bedingte Zustimmung zu entnehmen (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1112–1114).

[27] Die amerikanische Regierung hatte als Kriegsentschädigung und auf Reparationskonto die deutsche Lieferung eines Großluftschiffes gefordert, das als LZ 126 seit 1922 in Friedrichshafen am Bodensee gebaut wurde; nach Testfahrten über Deutschland wurde der Zeppelin vom 12. bis 15. Oktober 1924 in die USA überführt (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 90). In der deutschsprachigen Presse war diese Überführung tagelang das alles andere überragende Thema (vgl. etwa für die betreffenden Tage die zahlreichen Artikel in VOSSISCHE ZEITUNG; NEUE FREIE PRESSE; REICHSPOST).

[28] Anton Flettner (1885–1961) hatte im Oktober 1924 erstmals den „Flettner-Rotor“ als Schiffsantrieb getestet. Vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 553 (Morgenausgabe) vom 21. November 1924.

Recht auf ein machtvolles Deutschland der Zukunft nach seinen Leistungen in der Geschichte und wir haben auch die Hoffnung, daß dieses machtvolle Deutschland in der Zukunft wieder erstehen wird.[30]

[29] Dieser Satz – wohl als Paraphrase – so in der Vorlage.

[30] Die Vorlage schließt ihren Bericht: „Nicht endenwollender Beifall folgte den Ausführungen Dr. Stresemanns. Dann brauste das Deutschlandlied durch die Wölbung und die schwarz-weiß-roten Fahnen senkten sich. Es war eine Erinnerung an das Deutschland einstiger Größe, zugleich aber auch eine nationale Kundgebung von ergreifender Großartigkeit.“

Rede auf einer Wahlkundgebung der DVP in Berlin vom 6. Dezember 1924[1]

Nach ZEIT, Nr. 289 vom 7. Dezember 1924.

Schwarz-rot-gold darf nicht zur Farbe einer Organisation gemacht werden. Die nationalliberale Partei war die Partei der Reichsgründung und -einheit. Deutschland muß sich jetzt den Platz an der Sonne durch ehrliche Arbeit wieder erkämpfen. Die Bedeutung der künftigen Handelsverträge für diesen Weg. Die DVP als Brücke zwischen altem und neuem Deutschland; deren Koalitionspläne. Die Aufwertungsfrage.

Mein Schlußwort in diesem Wahlkampfe[2] soll ich sprechen. Gestatten Sie mir zu-

[1] Der Bericht in der Vorlage unter der Überschrift „Die nationale Politik der Deutschen Volkspartei. Ein Schlußwort Dr. Stresemanns zu den Wahlen“ schildert vor der Wiedergabe der Stresemann-Rede: „Es war von vornherein zu erwarten, daß die gestrige Kundgebung der Deutschen Volkspartei im Großen Schauspielhaus der Kundgebung am vorigen Sonnabend [vgl. die Rede Stresemanns vom 29. November 1924 in dieser Edition] in keiner Weise nachstehen würde. Wenn Dr. Stresemann spricht, so drängen sich die Massen. Es ist absolut nicht notwendig, daß die Parteizugehörigkeit dabei eine Rolle spielt. Der erfolgreiche Politiker, der packende Redner, hat Anziehungskraft auch für alle anderen, die der Deutschen Volkspartei an sich nicht nahestehen. Es war sogar […] extremen Parteien möglich gewesen, etwa 100 Karten auf unlautere Weise in ihren Besitz zu bringen. So konnte man von vornherein auf Auftritte rechnen, die in irgendeiner Weise störend wirken konnte. Es war nicht der Fall! Einzelne Zwischenrufe warf Dr. Stresemann ohne weiteres so zurück, daß weitere Einwände der Gegner überflüssig wurden. Eine Störung der nationalen Kundgebung der Deutschen Volkspartei war ganz ausgeschlossen. Denn wenn unter 5000 Freunden und Anhängern der Deutschen Volkspartei sich etwa 100 Schreier befinden, so ist von vornherein jede Gegendemonstration aussichtslos. […] Der Drang nach Eintrittskarten war so groß, daß die stark anmarschierte Schutzpolizei mit Gewalt die Massen abwehren mußte, die unbedingt Eintritt ins Schauspielhaus verlangten. […] Um 1/2 3 Uhr setzte das Konzert der Kapelle des ehemaligen Garderegiments zu Fuß ein. Die Märsche, die vorgetragen wurden, trugen selbstverständlich völlig nationalen Charakter. So wurde von vornherein die stark nationale Linie der ganzen Kundgebung festgelegt. Das Preußen-Lied, das Lied von Deutschen Rhein, das Flaggenlied und nicht zuletzt der Friedericus[!]-Rex wurden mit stürmischem Beifall begrüßt. […] Der Auftakt der Kundgebung war glänzend! Nicht nur die nationalen Märsche der Kapelle, sondern auch der Film ‚Liste 5‘ regte das Interesse in starker Weise an. […] So war der Gegensatz eigentlich schlagend. Auf einer Seite die Links-Regierung der früheren Jahre! Damit verbunden: Niedergang der Wirtschaft, stillgelegte Fabriken, Arbeitslosigkeit und durch die Entwertung des Geldes herbeigeführte Not. Und seit der Regierung Stresemann langsamer aber sicherer Aufstieg des Wirtschaftslebens, Belebung des täglichen Marktes und eine gewisse Sicherheit in den Existenzfragen. Die Folge davon war, daß das Lichtbild Dr. Stresemanns mit lebhaftem Beifall begrüßt und Reichsminister Dr. Stresemann bei seinem persönlichen Erscheinen mit brausendem Händeklatschen empfangen wurde. Und gewiß verdient!“ Nach der Paraphrase von Begrüßungsworten des Versammlungsvorsitzenden und der Wiedergabe einer Rede Raumers fährt die Vorlage fort: „Das Niederländische Dankgebet wirkt hinreißend auf die Massen. Vor allem auf die, die jemals in der Lage waren, unter der Fahne zu stehen und das Dankgebet so recht vom [!] Herzen zu singen, wenn das Trommelfeuer der Feinde sie verschont hatte. Und dann der Einzug der Fahnen! Das Deutsche Tonkünstler-Orchester spielte den Fanfaren-Marsch, und unter seinen Klängen zog die alte schwarz-weiß-rote Fahne und die Preußen-Fahne mit dem Adler in den Saal. Und auf der Bühne hob sich der Vorhang, und über deutscher Landschaft glühte das Morgenrot. Dann sprach der mit größtem Beifall schon bei seinem Erscheinen begrüßte Reichsminister Dr. Stresemann.“

nächst, Ihnen Grüße von unseren Freunden in Stettin zu überbringen. Ich habe dort heute vormittag vor über 4000 Menschen gesprochen[3], nachdem vorgestern Herr von Kardorff[4] dort vor mindestens ebenso viel Menschen gesprochen hat. Freudigen Mutes geht man dort in den Wahlkampf. Und wenn wir es auch ablehnen, vorzeitige Siegesfeiern zu veranstalten, wie andere Organisationen es tun, so kann ich Ihnen doch sagen: **Es steht gut um die Deutsche Volkspartei.** (Lebhafte Zustimmung.) Wir führen den Wahlkampf mit dem **Bewußtsein des guten Gewissens,** ehrliche Arbeit für das deutsche Vaterland geleistet zu haben. (Stürmische Zustimmung.) Und ich glaube, dieses gute Gewissen ist mehr wert, als die materiellen Mittel, mit denen andere Parteien versuchen, die Oeffentlichkeit zu verwirren. (Lebhaftes Sehr richtig.)

Ich hatte eigentlich geglaubt, daß ich auf die Flut von Beschimpfungen eingehen müßte, die in der letzten Zeit auf uns niedergeprasselt sind. Aber ich habe doch die Empfindung, daß bei unseren Gegnern die geistige Munition ausgegangen ist. (Lebhaftes: Sehr richtig!) Am Freitag habe ich gelesen, daß die Demokraten einen neuen großen Erfolg erzielt haben. In London ist der deutsch-englische Handelsvertrag abgeschlossen worden[5] und das „Berliner Tageblatt“ hat nun entdeckt, daß das ein großer Erfolg demokratischer Außenpolitik sei[6]. (Lebhafte Heiterkeit.) Da ich seit 15 Monaten die Außenpolitik verantwortlich führe[7], so möchte ich eigentlich wissen, worin diese demokratische Außenpolitik besteht. Ich habe es lange nicht gewußt, aber ich sehe jetzt, was man sich darunter vorzustellen hat. **Demokratische Außenpolitik ist alles, was gelingt, und was nicht gelingt, das bezeichnet man als reaktionär.** (Heitere Zustimmung.) Das ist eine bequeme Art, politische Erfolge für sich in Anspruch zu nehmen.

Man nannte einst die national-liberale Partei, als deren Erben wir uns betrachten, **die Partei der Reichsgründung.** Sie hat den Gedanken der Reichseinheit zu einer Zeit vertreten, als die herrschenden Gewalten sich noch nicht reif dafür zeigten.

---

[2] Die Reichstagswahl fand am folgenden Tag, dem 7. Dezember 1924, statt.

[3] Eine gedruckte Wiedergabe der Rede konnte nicht ermittelt werden; in Stresemanns „Tagesnotizen“ findet sich der Eintrag: „V[or]m[ittags] Versammlung Stettin / Sonderzug von Stettin nach Berlin. / N[ach]m[ittags] V[er]s[amm]l[un]g im Großen Schauspielhaus“ (STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 602).

[4] Siegfried von Kardorff (1873–1945), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DVP); dessen Vizepräsident 1928–1932. – Der Text seiner Rede konnte nicht ermittelt werden.

[5] Die Verhandlungen mit Großbritannien hatten am 2. Dezember 1924 zum Abschluß eines Handelsvertrags geführt (vgl. den Runderlaß Maltzans vom 1. Dezember 1924: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 490; vgl. auch ebd., S. 485, Anm. 5; Text des Vertrags u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 577 [Morgenausgabe] vom 5. Dezember 1924).

[6] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

[7] Mit der Übernahme des Reichskanzleramtes am 13. August 1924 hatte Stresemann auch zugleich das Außenministerium übernommen.

Ueber der Jugend, die damals diese Entwickelung trug, wehten **die Farben schwarz-rot-gold.** Es wäre töricht zu leugnen, daß sie eine große geschichtliche Bedeutung haben. Aber was in ihnen lebte und webte, das waren andere Ideen, als diejenigen, die der Oberpräsident Hörsing[8] als Vorsitzender des Reichsbanners vertritt. (Stürmische Zustimmung.) Von diesen Gedanken des Schwarz-Rot-Gold möchte ich einmal sprechen. Für jenes als Schwarz-Rot-Gold lebte die Jugend, die aus den Freiheitskriegen zurückgekehrt war, erregt und innerlich empört darüber, daß der Kampf gegen Napoleon[9] nicht zu einer Zusammenschweißung Deutschlands geführt hatte. Es waren die Farben, die sie vom Freikorps Lützow[10] übernommen hatte, das ausgezogen war, um für die Befreiung deutscher Erde zu kämpfen. Diese Farben waren jahre- und jahrzehntelange das Panier der **nationalen und liberalen Gedanken.** Das Schwarz-Rot-Gold, das über der Paulskirche in Frankfurt[11] schwebte, hatte dieselbe Bedeutung.

Ich habe als junger Abgeordneter einmal auf einer Tagung des Flottenvereins in Köln über die damals werdende deutsche Flotte gesprochen[12] und ich zitierte dabei Dichterworte, die einmal an das deutsche Volk gerichtet worden sind. Die „Frankfurter Zeitung“ nannte das Zitat „Alldeutsche Phrasen“[13], und sie mußte sich darüber belehren lassen, daß der Verfasser jener Worte Georg Herwegh[14], der Dichter der 48er Jahre, gewesen ist. Er war jener „Alldeutsche“. Die Männer, die in diesen Farben Schwarz-Rot-Gold ihr Panier sahen, das waren die Männer, die zugleich eintraten für eine deutsche Flotte, die im Frankfurter Parlament die Fürsten aufforderten, zur Befreiung von Schleswig-Holstein auszuziehen[15]. Das waren unsere Gesinnungsgenossen! Sie haben nichts gemein mit der pazifistischen Denkungsart derer,

---

[8] Otto Hörsing (1874–1937), Mitbegründer und Bundesvorsitzender des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ 1924–1931; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1922 (für die SPD).

[9] Napoleon I. (1769–1821), Kaiser der Franzosen 1804–1814/15.

[10] Die „Lützower Jäger“ oder das „Lützowsche Freikorps“ war ein Freikorps in den Befreiungskriegen 1813/14. Die Uniformfarben Schwarz, Rot und Gold wurden später von Burschenschaften als Farben ihrer Bewegung übernommen. Rekrutiert und geführt wurde das Freikorps von Adolf Freiherr von Lützow (1782–1834), preußischer Generalmajor.

[11] Gemeint ist die Deutsche Nationalversammlung, die 1848/49 in der Frankfurter Paulskirche tagte.

[12] Die Rede Stresemanns vom 12. Mai 1907 im Deutschen Flottenverein, dem 1898 gegründeten Massenverein zur Propagierung des Flottenbaus, in STRESEMANN, Reden und Schriften I, S. 61–71 [2. Aufl. S. 49–54]; das nachfolgend angesprochene Zitat: S. 71.

[13] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

[14] Georg Herwegh (1817–1875), deutscher Dichter und Revolutionär von 1848.

[15] Preußen im Auftrag des Deutschen Bundes 1848 und Truppen verschiedener deutscher Fürsten 1849 im Auftrag der Frankfurter provisorischen Zentralgewalt führten Krieg gegen Dänemark um Schleswig-Holstein. Bereits im Sommer 1848 hatte die Frankfurter Nationalversammlung infolge des Waffenstillstands von Malmö die Aufstellung einer Reichsflotte beschlossen.

die heute **aus den Reichsfarben die Farben einer Organisation machen.** Den **Namen** haben sie gemeinsam, aber was den **Geist** angeht, so haben beide nichts miteinander zu tun. (Lebhafte, stürmische Zustimmung.)

Aus jener Zeit heraus wuchs die große geschichtliche Entwicklung, in der ein großer Staatsmann[16] dem deutschen Volke den Weg gewiesen hat. Und die Geburtsstunde der nationalliberalen Partei kam in jenen Tagen des Jahres 1867, in denen man sich entscheiden mußte, ob man dem **Dogma der Partei** folgen wollte, oder dem **Staatsmanne.** Die Flügel der deutschen Einheit rauschten damals in den Seelen der Menschen. Aber nicht alle erfaßten die Bedeutung der geschichtlichen Stunde. Da standen die einen links und blieben bei dem Dogma der Partei und ihren Satzungen. Den anderen bedeuteten die Satzungen nichts. Sie sahen nur den Mann, der das deutsche Volk zur Größe führte. So erstand aus der Spaltung des Liberalismus die Nationalliberale Partei, die Bismarck folgte, weil sie seine Größe erkannte. Damit ist sie die Partei der Reichsgründung und Reichseinheit geworden. Bis dann eines kam in dieser Entwicklung, was sich auch in der Gegenwart geltend macht, bis die großen politischen Grundlinien zurücktraten gegenüber den einseitigen Interessenkämpfen. Bennigsen[17] ist in dem Kampf um den deutschen Liberalismus unterlegen, weil er sich nicht in eine Zeit hineinfinden konnte, in der die Frage der Zölle und der wirtschaftlichen Interessen im Vordergrund standen und die Politik zurückdrängten. Mehr als je haben wir heute unter diesem Gegensatz zu leiden. Welch ein politisch-kindliches Volk die Deutschen trotz aller schlimmen Erfahrungen geblieben sind, das beweisen die 16 verschiedenen Wahlvorschläge[18], die vor uns liegen. (Lebhafte Zustimmung.) Es geht nicht an, aus der großen Frage der deutschen Zukunft irgend eine Spezialfrage herauszunehmen, und es ist töricht, aus solchen Fragen den Anlaß besonderer Parteibildung zu machen. (Lebhaftes Sehr richtig!).

Wir haben gesehen, wie das Reich groß geworden ist, und wir sahen auch seine werdende Schwäche. In jenen Zeiten, in denen ich noch an der Seite von Bassermann[19] kämpfte, hat man uns oft den Vorwurf gemacht, wir seien Gegner des persönlichen Regiments. Und doch frage ich mich rückblickend das eine: War die wirkli-

---

[16] Gemeint ist Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[17] Rudolf von Bennigsen (1824–1902), Mitglied im Reichstag des Norddeutschen Bundes bzw. des Deutschen Reichstags 1867–1883 u. 1887–1898 (für die Nationalliberale Partei).

[18] In VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 564 (Abendausgabe) vom 27. November 1924, werden sogar 20 Wahlvorschläge aufgelistet, die in Berlin für die Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 zugelassen waren.

[19] Ernst Bassermann (1854–1917), Mitglied des Reichstags 1893–1917 (mit kurzer Unterbrechung 1903; für die Nationalliberale Partei; deren Vorsitzender des Zentralvorstandes 1905–1917).

che Treue zur Monarchie bei denen, die den Monarchen nur untertänigst huldigten, oder bei denen, die, weil sie Monarchisten waren, den Monarchen beizeiten warnten. (Stürmische Zustimmung.) Was uns so unendlich geschadet hat, das war **der große Gegensatz zwischen dem Deutschland Wilhelms I.[20] und dem Deutschland Wilhelms II.[21]** Dort das ruhige in sich geschlossene Deutschland, die größte Sorgsamkeit in der Pflege politischer Verbindungen und Verknüpfungen, hier das unruhige Flackern eines Willens, der gewiß von den besten Absichten beseelt war, der aber vielleicht gerade dadurch schadete, daß man den Krieg unter allen Umständen vermeiden wollte. Hätte Deutschland in den letzten Jahrzehnten **eine zielbewußte Machtpolitik** betrieben, dann hätte es sich so stark machen können, daß niemand es anzutasten wagte. (Stürmischer Beifall.)

Das war der Fehler, der nach **außen** gemacht wurde. Ein anderer Fehler nach **innen:** Was für Philister waren doch die Deutschen zu jener Zeit! Man war ein Weltreich geworden und man hatte Kolonien und war stolz darauf. Wenn es aber galt, in den Kolonien Eisenbahnen zu bauen, dann dünkte es den Deutschen eine wichtige Frage, ob durch die Kosten das Glas Bier nicht um einen halben Pfennig teurer wurde. (Lebhafte Zustimmung.) Man sah das Anwachsen der feindlichen Spannung rings um uns herum und doch haben wir damals eine Regierung und einen Kriegsminister[22] gehabt, die es aus Rücksicht auf jene Philisterstimmung nicht wagten, die zwei Armeekorps zu fordern, die der Generalstab für notwendig erklärte[23]. **Was das deutsche Volk damals durch Kleinherzigkeit und Philisterei gefehlt hat, das hat es mit Blut und Tränen und mit dem Verluste seiner Weltmachtstellung bezahlen müssen.** (Stürmische Zustimmung.)

Von diesem Geiste werden wir uns freihalten müssen! (Lebhafter Beifall.) Wohl sind es andere Aufgaben, die die Gegenwart vor uns hinstellt. Ein deutscher Diplomat[24] hat mir bei seiner Rückkehr aus dem Auslande im Jahre 1920 einmal gesagt, man mache sich keine Vorstellung davon, wie schwer auf dem Deutschen im Auslande laste, daß keine **Macht** mehr hinter ihm stehe. Auch **in Deutschland hat man**

---

[20] Wilhelm I. (1797–1888), König von Preußen 1861–1888 u. Deutscher Kaiser 1871–1888.

[21] Wilhelm II. (1859–1941), Deutscher Kaiser und König von Preußen 1888–1918.

[22] Josias von Heeringen (1850–1926), preußischer Kriegsminister 1909–1913; Präsident des Kyffhäuserbundes 1918–1926.

[23] Stresemann bezieht sich offenbar auf die Militärvorlage von 1913, bei der Heeringen die Forderungen des Generalstabs nach beträchtlicher Erhöhung der Präsenzstärke bremste; vgl. dazu die Reichstagsrede Bassermanns vom 8. April 1913 (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 289, S. 4539–4547).

[24] Es konnte nicht ermittelt werden, wen Stresemann hier meint.

den Schlagworten der Gegner einmal geglaubt und angenommen, der Weltkrieg sei ein Kampf um Ideen. Der Schlußpunkt war dann der Friede von Versailles[25]. Man sollte meinen, daß, wer einmal aus diesen Träumen aufgewacht ist, solche Träume nicht wieder träumen werde. Trotzdem verläßt man sich auch heute wieder auf politische Organisationen, die sich angeblich von der Liebe zur Menschheit leiten lassen. Was heißt Liebe zur Menschheit? Zunächst gehöre ich meinem **Volke** und ihm ganz allein und mit seinen Kulturgütern, an denen ich mitarbeite, dient mein Volk der Menschheit. (Stürmische Zustimmung.) Für uns gibt es für Jahrzehnte und Jahrzehnte nur **einen** Gedanken, der heißt: **Zum ersten Male Deutschland, zum zweiten Male Deutschland und zum dritten Male Deutschland.** (Stürmischer, jubelnder Beifall.) Man hat das Wort Reparationen übersetzt durch „Wiedergutmachung". **Reparationen sind die Kriegsschulden, die wir als Konsequenz des verlorenen Krieges zu zahlen haben.** Aber nach dem, was wir erduldet haben, sind andere Völker uns eher moralische Wiedergutmachung schuldig, als wir ihnen. (Stürmischer Beifall.) Nur ein Beispiel! In den Satzungen des Völkerbundes[26] heißt es, daß die vorgeschrittenen Nationen die Vormundschaft über die zurückgebliebenen Völker übernehmen sollen. Ins Deutsche übersetzt heißt das: Die vorgeschrittenen Völker haben das Recht, **Kolonien zu besitzen** und zu entwickeln. Wer wagt heute noch zu behaupten, daß wir nicht dasselbe moralische Recht haben, Kolonien zu besitzen, wie die anderen! (Stürmischer Beifall.)

Wir müssen uns den Platz an der Sonne wieder erkämpfen. Das wird nicht anders gehen, als durch ehrliche, harte Arbeit. Am 10. Januar fallen die Bestimmungen, die uns bisher zwangen, den anderen Völkern einseitig die Meistbegünstigung zuzugestehen[27]. Es ist gewissermaßen **ein neuer Start für unsere Wirtschaft.** Manche Organisationen von Arbeitnehmern sind der Ansicht, es mache sich bei den Unternehmern eine Bewegung geltend, die Arbeiterschaft zurückzudrängen und den Herrenstandpunkt wieder hervorzukehren. Ob der Arbeiter oder Angestellte eine Stellung einnehmen wird, die seinen Ansprüchen auf soziale und wirtschaftliche Lebenshal-

[25] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[26] Die Satzung des Völkerbundes war als Art. 1–26 in die Pariser Vorortverträge integriert; Text u.a. ebd., S. 9–19; der nachfolgend angesprochene Passus zu den Kolonien findet sich in Art. 22 (ebd., S. 16).

[27] Der Versailler Vertrag schrieb in Art. 264–280 vor, daß Deutschland den Siegermächten fünf Jahre lang, also bis zum 10. Januar 1925, u.a. einseitig Meistbegünstigung im Handel gewähren müsse (ebd., S. 137–143). Wegen des bevorstehenden Ablaufs dieser Frist waren inzwischen verschiedene Handelsvertragsverhandlungen aufgenommen worden.

tung genügt, das wird ganz davon abhängen, wie die Wirtschaft selbst steht. Geht es der Wirtschaft schlecht, so wird auch die beste Organisation für die Arbeiter und Angestellten nicht tun können. Gelingt es uns aber, durch eine vernünftige **Handelsvertragspolitik** Deutschland auf dem ausländischen Markte wieder festen Fuß fassen zu lassen, dann wird sich der soziale Lebensstandard des Arbeiters und des Angestellten ganz von selbst heben. (Lebhaftes Sehr richtig!) So ist diese soziale Frage eine Frage unserer außenpolitischen Stellung und eine Frage des sozialen Ausgleichs im Innern.

In diese Zeit sind wir hineingestellt: die Deutsche Volkspartei als die Erbin einer Partei, die in den Zeiten des Glanzes mit an führender Stelle stand. Ich habe kürzlich in einem französischen Blatte[28] gelesen, es gebe drei verschiedene Arten von Deutschland: eins der Rechten, eins der Linken und eins der Deutschen Volkspartei. Was liegt in dieser Unterscheidung? **Was wir wollen und was wir als unsere parteigeschichtliche Aufgabe ansehen, das ist die Zusammenfassung aller Kräfte zu gemeinsamer Arbeit für das deutsche Volk. Wir werden das alte Deutschland stets lieben, und wir werden uns von niemandem unserer Liebe zu seinen Farben verbittern lassen. Aber wir werden uns auch der Mitarbeit in dem Deutschland der Gegenwart nicht verschließen. Das nannte ich einmal die Brücke schlagen vom neuen Deutschland zum alten Deutschen Reich. Wir wollen uns nicht vom heutigen Staate fernhalten. Nein, dieser Staat brauchte alle Kräfte, die vorhanden sind. Nur wenn alle mitarbeiten, können wir durch gemeinsame Kraft wieder in die Höhe kommen.** (Lebhafte Zustimmung.)

Wir werden in diesem Wahlkampfe immer wieder gefragt, ob wir einverstanden sind, daß **die Deutschnationalen mitarbeiten.**

Gewiß, wenn sie sich mit uns auf derselben Linie zusammenfinden. Wir können uns nur freuen, wenn einer Partei, die fünf Jahre in der Opposition gestanden hat, einmal Gelegenheit gegeben wird, an verantwortlicher Stelle auf einmal zu zeigen, was sie von ihren Forderungen durchführen und was sie an **praktischer Arbeit** leisten kann. (Lebhafte Zustimmung.) Die Frage der Parteikonstellation ist eine Frage der Taktik. Sie wird ganz falsch angesehen, wenn man sie nach grundsätzlichen Gesichtspunkten beurteilt, wenn man sagt, ich gehe nur mit meinem nächsten Nachbarn zusammen. Die Not, so sagt das Sprichwort, schafft seltsame Schlafgenossen[29].

[28] Die betreffende Zeitung und der erwähnte Artikel konnten nicht ermittelt werden.

[29] Offenbar in Anlehnung an Shakespeares „The Tempest“ von 1611, wo es im 2. Akt, 2. Szene, heißt: „Misery acquaints a man with strange bed-fellows“.

Man kann sich in den Zeiten der Not nicht diejenigen aussuchen, mit denen man zusammengehen will. Eine ganze Weltanschauung trennte uns von der Sozialdemokratie, und doch haben wir mit ihr gemeinsam Hand angelegt[30] und es ist von allen als richtig anerkannt worden, daß wir es getan haben.

Wenn nun andere an die verantwortliche Arbeit im Staate heranwollen, so hat man kein Recht, ihnen Hindernisse in den Weg zu legen. **Der Staat wird sich umsomehr festigen, je mehr Parteien den Versuch machen, Arbeit für ihn und seine Zukunft zu leisten.** Das wird wohl auch das beste Mittel sein, die verantwortungsbewußten Elemente von den Desperados zu trennen, mit denen ein Zusammenarbeiten nicht möglich ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir haben uns selbst nach langem Kampfe entschlossen, an diesem Staate mitzuarbeiten, obgleich uns manches an ihm nicht gefällt. Aber wenn wir mit manchen Verfassungsbestimmungen nicht einverstanden sind, dann gibt uns auf der anderen Seite die Verfassung[31] selbst die Möglichkeit, ihre Bestimmungen auf gesetzlichem Wege zu ändern. Es gibt solche Bestimmungen, die zu ändern wir immer bestrebt sein werden, so jenen **Artikel 18[32],** der geradezu ein Privileg gibt, das alte Preußen zu zerschlagen und eine neue Kleinstaaterei zu schaffen. Wir behalten uns vor, Aenderungen auf gesetzlichem Wege zu beantragen, wenn die Bestimmungen unseren Anschauungen nicht entsprechen.

Wenn wir versucht haben, diesem Staate eine Stütze zu sein, und wenn wir heute zurückblicken, so können wir sagen, daß wir **einen guten Schritt vorwärts** gekommen sind, nach außen und nach innen. Ich überschätze das nicht und ich weiß, wie schwer der Schritt gewesen ist und wie viele Wünsche übrig geblieben sind. Aber ich sehe doch auch, daß wir anfangen, uns durchzusetzen, vor allem als wirtschaftlich gleichberechtigt. Man empfindet es doch draußen, daß man nicht an uns vorbeigehen kann. Und ich sehe die Möglichkeit, durch **weltwirtschaftliche Verflechtungen,** das zum Teil zu ersetzen, was uns an Macht verloren gegangen ist. Und auf der anderen Seite sehe ich, daß wir wieder **zu ehrlichem Gelde** gekommen sind und zu

[30] Stresemann führte als Reichskanzler vom 13. August bis zum 2. November 1923 ein Kabinett der Großen Koalition unter Einschluß der Sozialdemokraten.

[31] Die Weimarer Reichsverfassung („Verfassung des Deutschen Reiches“) vom 11. August 1919 ist u.a. veröffentlicht in REICHS-GESETZBLATT 1919, S. 1383–1418.

[32] Art. 18 der Weimarer Reichsverfassung (ebd., S. 1387) regelt die mögliche Neugliederung der Länder des Deutschen Reiches.

ehrlichem Lohn für ehrliche Arbeit. **Daß wir eine feste Währung schufen[33], war nicht entscheidend. Das Entscheidende war, daß es uns gelungen ist, die Währung auch zu halten. (Lebhafte Zustimmung.)** Und diesem Zwecke dienten alle die harten Maßnahmen, die erlassen werden mußten. Ich habe mich dagegen gewandt, daß man aus der Währungsfrage eine Frage der Parteipolitik macht[34]. Nicht ein einzelner und eine einzelne Partei waren es, die die Tat getan hat, sondern das Zusammenwirken aller war das Entscheidende. Was soll denn das Rühmen der einen Partei auf Kosten der anderen? Wenn wir in der Außenpolitik vorwärts gekommen sind, so nennen wir es doch auch nicht Außenpolitik der Deutschen Volkspartei. Es gibt nur **eine** Außenpolitik, die das Interesse des Deutschen Volkes wahrt, und nur eine solche Politik hat **jeder** Minister zu treiben, gleichviel welcher Partei er angehört. (Lebhafte Zustimmung.)

Nachdem wir eine ehrliche und feste Währung wiedererlangt und unser Budget ins Gleichgewicht gebracht haben, müssen wir nun auch in der **Aufwertungsfrage[35]** nachholen, was bisher zurückgestellt werden mußte. Die Regierung konnte nicht an die Aufwertung herangehen, solange wir noch keine feste Währung hatten. Was die Aufwertung selbst anlangt, so möchte ich vor allem das Eine sagen: Glauben sie denen nicht, die ihnen das Unmögliche versprechen. Denn **Unmögliches kann niemand möglich machen.** Möglich aber ist, daß wir aus den Ueberschüssen unseres Budgets Summen bereitstellen, um auch die Verpflichtungen des Reiches seinen Gläubigern gegenüber als eine Verpflichtung abzugelten, daß wir das, was als Höchstsatz für die Aufwertung der Hypotheken festgesetzt worden ist, als Mittelsatz nehmen und daß wir denen, die sich im Hinblick auf die früheren Erklärungen der Regierung mit Papiermark abfinden ließen, ein Recht geben, ihre Ansprüche wieder

---

[33] Zur Überwindung der Hyperinflation wurde eine auf der Hypothekarisierung von Landwirtschaft und Industrie basierende neue Währung durch die Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 eingeführt (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 963–966), der am 15. November 1923 die Ausgabe der neuen Rentenmark folgte (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1070–1072). Nach den Londoner Abmachungen vom 30. August 1924 wurde sie sukzessive wieder durch die goldbasierte (neue) Reichsmark abgelöst.

[34] Stresemann bezieht sich darauf, daß im Spätwinter 1923/1924 ein Streit darüber entbrannt war, wer zuerst die Idee einer Währungsreform in der dann vollzogenen Form gehabt habe; dabei stritten sich vor allem Helfferich, Schacht und Luther um die geistige Vaterschaft.

[35] Mit der Frage der Aufwertung ist die auch juristisch heftig umstrittene Frage gemeint, inwiefern Schulden und Verbindlichkeiten (also auch die Kriegsanleihen und Sparkonten), die durch die Hyperinflation des Jahres 1923 praktisch wertlos geworden und problemlos zu begleichen waren, angepaßt werden sollten. Eine gewisse mäßige Anpassung einzelner Vermögenswerte, insbesondere der Hypotheken, war bereits im Februar 1924 durch die 3. Steuernotverordnung erfolgt (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 9–10). – Zum Stand der Frage vgl. den diesbezüglichen Tagesordnungspunkt in der Kabinettssitzung vom 3. Dezember 1924 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1204–1205 u. insb. Anm. 11).

aufzunehmen. Es wird nur wenig wieder gutgemacht werden können. Aber ist auch das, was dem Prozentsatze nach dabei erzielt wird, noch so wenig, das Moralische ist sicher nicht gering einzuschätzen. (Lebhafte Zustimmung!)

[…][36]

Wir können zurückblicken auf unseren Weg und feststellen, daß wir vorwärts gekommen sind. Nicht sprungweise. Man kann Abgründe nicht überspringen. Man muß behutsam vorwärts gehen, wenn der Weg zu eng ist und wenn rechts und links Abgründe gähnen. Aber schließlich ist das ganze Leben nichts weiter als **ein schrittweises Vorwärtskommen.** Wir werden den Grund legen für ein Deutschland, in dem es sich wieder lohnen wird, zu leben, in dem wieder etwas von dem Glanze des Reiches auf uns zurückstrahlt. Ein Symbol das Zeppelinluftschiff, das nach Amerika geflogen ist[37]! Es sollte nichts anderes sein, als eine Reparationsleistung, und wurde zu einem solchen Erlebnis für alle Deutsche in der Heimat und draußen. Eine Reparation sollte es sein und wurde zu einem Mittel der moralischen Wiedergutmachung an dem deutschen Volkes.

Was uns der Wahltag morgen bringen wird, wissen wir nicht. Wir haben den Wahlkampf nicht **gescheut,** wenn wir ihn auch nicht **gesucht** haben. Mit ungeheurer Gehässigkeit ist er geführt worden. Wenn doch endlich einmal das deutsche Volk lernen wollte, seine Kräfte zusammenzufassen, anstatt sie in inneren Kämpfen zu zerreißen. (Stürmische Zustimmung!) Wir stehen am Vorabend der Wahlkampfentscheidung. Lassen Sie uns nicht auseinander gehen mit dem Gedanken an die **Partei,** sondern mit dem Gedanken an unser **deutsches Vaterland.** Ich fordere Sie auf, mit mir einzustimmen in den Ruf: **Das deutsche Vaterland es lebe hoch und abermals hoch!**[38]

---

[36] In Paraphrase folgt in der Vorlage: „Auf den Zwischenruf ‚Luther!' nimmt der Redner den Reichsminister gegen ungerechtfertigte Angriffe in Schutz und stellt unter dem Beifall der Versammlung fest, daß Dr. Luther sich bei allen seinen Maßnahmen nur von dem einen Gedanken habe leiten lassen: Wie erhalte ich dem deutschen Volke die Währung? Er sei der erste gewesen, der erklärt habe, daß nunmehr die Möglichkeit gegeben sei, in der Aufwertungsfrage vorzugehen."

[37] Die amerikanische Regierung hatte als Kriegsentschädigung und auf Reparationskonto die deutsche Lieferung eines Großluftschiffes gefordert, das als LZ 126 seit 1922 in Friedrichshafen am Bodensee gebaut wurde; nach Testfahrten über Deutschland wurde der Zeppelin vom 12. bis 15. Oktober 1924 in die USA überführt (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 90). In der deutschsprachigen Presse war diese Überführung tagelang das alles andere überragende Thema (vgl. etwa für die betreffenden Tage die zahlreichen Artikel in VOSSISCHE ZEITUNG; NEUE FREIE PRESSE; REICHSPOST).

[38] Die Vorlage schließt ihren Bericht: „Die Versammlung erhob sich von ihren Plätzen, fiel stürmisch in den Hochruf ein und stimmte das Deutschlandlied an, das mächtig durch den Raum brauste."

Rede vor der ausländischen Presse vom 30. Dezember 1924[1]

Nach AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 665–677. – Teildrucke (mit Abweichungen) in STRESEMANN, Vermächtnis S. 619–622; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 53 (Morgenausgabe) vom 31. Dezember 1924, S. 1; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21659 (Morgenausgabe) vom 31. Dezember 1924, S. 3–4; REICHSPOST, Nr. 358 vom 31. Dezember 1924, S. 1; WIENER ZEITUNG, Nr. 298 vom 31. Dezember 1924, S. 5–6.

Die Alliierten verstoßen gegen den Versailler Vertrag, wenn sie die nördliche Rheinlandzone nicht zum 10. Januar 1925 räumen. Die durch die Londoner Konferenz eingeleitete Entspannung würde mit der Nichträumung in Deutschland in Enttäuschung umschlagen; dies würde auch die innere Konsolidierung gefährden. Deutschland ist gründlich entwaffnet, was auch die Militärkontrolle ergeben hat; einzelne Kleinigkeiten können das nicht entwerten. Die kasernierte Schutzpolizei kann nicht völlig abgeschafft werden, ohne Deutschland dem Kommunismus preiszugeben.

Meine Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit der Diskussion über die Räumung der nördlichen Zone[2] benutzen, um über die Auffassung der deutschen Reichsregierung zu Ihnen zu sprechen.

Dabei darf ich vielleicht auf eins hinweisen. Ich habe kürzlich in einem Schweizer Blatt[3] die etwas seltsame Auffassung gelesen, es sei doch eigentümlich, daß gerade die englische Regierung Schwierigkeiten mache, aus dem Kölner Bezirk hinauszu-

---

[1] Im BERLINER TAGEBLATT, Nr. 53 (Morgenausgabe) vom 31. Dezember 1924, wird die Berichterstattung über die Rede eingeleitet mit dem Hinweis, Stresemann habe „die Vertreter der gesamten ausländischen Presse gestern mittag“ empfangen und „ihnen längere Erklärungen […] über den Standpunkt der Reichsregierung zur Frage der Räumung der Kölner Zone“ abgegeben. – Im Kabinett war die Frage ausführlich am 20. Dezember 1924 sowie am Vortag beraten worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1234–1237 u. 1255–1257).

[2] Gemeint ist die nördliche der drei Rheinland-Besatzungszonen mit dem Hauptort Köln. – Nachdem bereits seit einigen Wochen Nachrichten kursierten, die Alliierten würden diese Besatzungszone nicht fristgerecht zum 10. Januar 1925 räumen, legten Erklärungen Curzons im britischen Oberhaus am 18. Dezember 1924 (Text in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 602 [Abendausgabe] vom 19. Dezember 1924) und Informationen aus Paris nahe, daß nach dem Willen der alliierten Botschafterkonferenz die Räumung dieser Zone mit der Begründung der nicht vollständig durchgeführten Abrüstung Deutschlands jedenfalls nicht zum 10. Januar 1925 stattfinden werde (vgl. etwa den telegraphischen Bericht Hoeschs an das Auswärtige Amt vom 24. Dezember 1924: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 632–634; zur betreffenden Berliner Anfrage vom 17. Dezember 1924: ebd., S. 617–618, Anm. 2); in Presseberichten war zuletzt gar gemeldet worden, die Botschafterkonferenz habe bereits den Text der Note festgelegt, mit der Deutschland dies mitgeteilt werden solle (vgl. z.B. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 616 [Morgenausgabe] vom 30. Dezember 1924).

[3] Die betreffende Zeitung und der betreffende Artikel konnten nicht ermittelt werden.

gehen. Dabei scheint sich eine Auffassung auszudrücken, die ich allerdings in keiner anderen Zeitung gefunden habe, die sich aber doch vielleicht durch den Begriff „Kölner Zone“ in manchen Köpfen gebildet hat, als wenn es sich dabei um eine speziell englische Interessensphäre handle. Ich brauche vor Ihnen nicht darzulegen, daß das irrtümlich ist. Diese Sphäre, diese nördliche Zone, wie ich sie nennen möchte, hat 3 210 000 Einwohner, sie ist besetzt von englischen, französischen und belgischen Truppen. Wenn auch die englische Besetzung in Köln, der größten Stadt dieses Gebietes liegt, so handelt es sich weder um eine englische Frage noch um eine englische Interessensphäre, und die Bedeutung dieser Frage geht für uns weit hinaus über die irgendeiner lokalen Bedeutung.

Ich möchte zunächst einmal über die Rechtslage in bezug auf die Räumungsfrage etwas sagen. Die Rechtslage ist gegeben in dem Artikel 429 des Vertrages von Versailles[4]. Dieser Artikel lautet wörtlich:

> Werden die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages von Deutschland getreulich erfüllt, so wird die Besetzung nach und nach wie folgt eingeschränkt:
>
> 1. nach Ablauf von fünf Jahren Räumung der ersten Zone;
> 2. nach Ablauf von zehn Jahren Räumung der zweiten Zone;
> 3. nach Ablauf von fünfzehn Jahren Räumung der dritten Zone.
>
> Erachten zu diesem Zeitpunkt die alliierten und assoziierten Regierungen die Sicherheit gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands nicht als hinreichend, so darf die Zurückziehung der Besatzungstruppen in dem zur Erlangung der genannten Sicherheit für nötig gehaltenen Maße aufgeschoben werden.

Dieser letzte Satz schließt sich an den Punkt 3 an, der davon spricht, daß nach Ablauf von 15 Jahren die dritte Zone geräumt wird. Französische Zeitungen haben anscheinend diesen Absatz auch mit der ersten Zone in Verbindung gebracht, denn sie haben wiederholt die Frage aufgeworfen, ob Frankreich gegen einen nicht provozierten Angriff Deutschlands gesichert sei. Für die sachliche Behandlung der Frage ist es wohl irrelevant, ob man diesen Absatz auf alle Zonen bezieht oder, wie wir der Meinung sind, nur auf den Schluß der ganzen Besetzung in der dritten Zone, denn sachlich wird, glaube ich, kein Militär, der irgendeinen Namen oder einen Ruf zu verlieren hat, sich zu der Anschauung bekennen, daß Frankreich gegenwärtig nicht ge-

[4] VERTRAG VON VERSAILLES S. 221–222; Stresemann gibt den Wortlaut im Folgenden gekürzt wieder.

gen irgendeinen nichtprovozierten Angriff Deutschlands gerüstet sei.

Die Situation bezüglich der Zonenfrage ist zuletzt in London erörtert worden und ist in einem Gutachten zum Ausdruck gekommen, das die Alliierten selbst sich haben erstatten lassen, das bekannte Gutachten Hurst-Fromageot[5], das wir im Wortlaute bis heute nicht kennen, das aber der Ministerpräsident Herriot[6] in der französischen Kammer zitiert hat. Die Sätze, die sich in dem Gutachten auf die Zonenfrage beziehen, lauten nach dem Zitat des Herrn Herriot folgendermaßen:

> Die alliierten Mächte werden klug und in voller Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrages von Versailles handeln, wenn sie einige Zeit vor dem 10. Januar 1925 prüfen, ob Deutschland die Bedingungen des Vertrages getreulich beobachtet hat, um festzustellen, ob die in Ziffer 1 des Artikel 429 genannten und gegenwärtig von den alliierten Truppen besetzten Gebiete geräumt werden müssen oder nicht.

Gegenüber der gegenwärtigen These, daß die alliierten Regierungen nicht in der Lage wären, vor Mitte Januar oder zu irgendeiner Zeit, in der auch das Gutachten der Interalliierten Kontrollkommission ihnen vorliegt, die Dinge zu prüfen, ist es interessant, daß die beiden Rechtsgelehrten der Alliierten in vollkommener Übereinstimmung mit uns der Meinung gewesen sind, daß es Pflicht der Alliierten ist, vor dem 10. Januar die Frage zu prüfen, weil über diesen Termin des 10. Januars selbst Beschluß zu fassen ist.

Was nun die Frage des Wortlautes des Artikels 429 betrifft, so ist der Wortlaut, wie ich ihn Ihnen in die Erinnerung zurückgerufen habe, daß es sich darum handelt, ob die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages von Deutschland getreulich erfüllt sind. Dieser Wortlaut ist nicht sehr präzise, er ist sehr large gefaßt. Trotzdem kann darüber wohl kein Zweifel sein, daß bei Abfassung dieses Artikels des Vertrages von Versailles niemand daran gedacht hat oder gedacht haben kann, ob irgendwelche Einzelheiten der Ausführung von einzelnen Vertragsbedingungen von Deutschland nach Ansicht der Alliierten nicht bis zum letzten erfüllt worden sind, sondern es ist die Rede von den Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages, und deshalb kann es sich

---

[5] Sir Cecil James Barrington Hurst (1870–1963), Leitender Rechtsberater des britischen Außenministeriums 1918–1929. – Henri Fromageot (1864–1949), Rechtsberater des französischen Außenministeriums. – Das Gutachten, auf das sich Stresemann bezieht, hatten Hurst und Fromageot am 8. August 1924 erstellt (DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,26, S. 855).

[6] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister), 19.–21. Juli 1926 u. 1932. – Das nachfolgend erwähnte Zitat Herriots in der Abgeordnetenkammer konnte nicht ermittelt werden.

auch nach unserer Auffassung bei der Frage der Entwaffnung nur um die Grundfrage handeln, ob Deutschland entwaffnet ist, aber nicht um die Spezialfragen einzelner Ausführungen, nicht um die Frage, ob mit dieser oder jener speziellen Einzelheit der Entwaffnung Deutschland noch im Rückstande ist. Wollte man es anders auslegen, so könnte man zu der Auslegung kommen, es sei festgestellt worden, daß Deutschland ein Gewehr mehr hat, als zugestanden ist, und deshalb bleibe man in der Kölner Zone. Ich glaube nicht, daß das die Ansicht eines Juristen sein kann, der sich den Artikel 429 in seinem Wortlaut ansieht, sondern nur, daß zur Diskussion allein die eine Frage steht, ob Deutschlands Entwaffnung durchgeführt ist, nachdem diese Frage von den Alliierten als die zu prüfende speziell hingestellt worden ist.

Ich darf nach diesen Bemerkungen über die Rechtsfrage mir gestatten, auf die politische Bedeutung der Räumungsfrage für Deutschland einzugehen. Ich habe zu den Delegierten in London gehört[7], und Sie kennen, soweit Sie zu jener Zeit in Deutschland waren, die Kämpfe, die stattgefunden haben. Damals standen zwei große Gesichtspunkte sich gegenüber. Die einen, die für das Sachverständigengutachten eintraten und die damals erklärten, daß man es als Grundlage für eine schnelle Lösung der Reparationsfrage annehmen müsse. Sie haben dabei in dem Sachverständigengutachten nicht nur den Ausdruck eines gewissen weltwirtschaftlichen Akkords gesehen, sie haben darin nicht nur irgendeine Verständigung zwischen den Finanzleuten der Welt über die Lösung der Reparationsfrage gesehen. Es ist vollkommen unrichtig, wenn namentlich die französische Presse jetzt plötzlich die Frage aufwirft: Was hat denn die ganze Räumung des Rheinlandes überhaupt mit dem Londoner Gutachten zu tun? Wenn London lediglich ein wirtschaftlich finanzieller Akkord gewesen wäre, hätte auch die Ruhrräumung nichts mit dem Londoner Gutachten zu tun gehabt. In Wirklichkeit hat die deutsche Delegation am ersten Tage ihres Eintreffens, ehe noch eine mündliche Verhandlung überhaupt stattgefunden hatte, schon damals in jenem covering letter[8] erklärt, den sie dem englischen Premierminister[9] übergeben hat, daß sie unbedingt die Frage der Ruhrräumung in London auch zu diskutieren

[7] Stresemann bezieht sich auf die Londoner Konferenz mit ihrem Beschluß zur Durchführung des Dawes-Plans (des Sachverständigen-Gutachtens vom 9. April 1924) als künftiger Grundlage der deutschen Reparationszahlungen, die vom 16. Juli bis zum 16. August 1924 tagte und zu der die deutschen Delegierten, darunter auch Stresemann, am 5. August hinzugezogen wurden.

[8] Gemeint ist ein Schreiben vom 6. August 1924 an MacDonald, das diesem als Vorsitzendem der Konferenz von der deutschen Delegation übergeben wurde (Druck in LONDONER KONFERENZ S. 153–157 [vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 (dort als Anl. Nr. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs)]).

[9] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929–1935.

wünsche. Diese Frage ist dann der Anlaß gewesen zu der Reise, die Herriot nach Paris unternahm[10], um sich der Zustimmung seines Ministerrats zu versichern und um dann zu der Räumung die Erklärung abzugeben; diese Frage war der Anlaß der Krise der Londoner Konferenz, sie war am letzten Tage der Anlaß zum Austausch von Urkunden zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland einerseits und England und Deutschland andererseits[11]. So, wie hier die verschiedenen Parteien, die für das Dawesgutachten in Deutschland gekämpft haben, nicht lediglich für eine Lösung der Reparationsfrage gekämpft haben, sondern diesen ganzen Kampf unter den größeren Gesichtspunkt gestellt haben, mit dieser Lösung der Reparationsfrage solle eine Periode weltpolitischer Verständigung eingeleitet werden, mit dieser Zustimmung zu dem Dawesgutachten solle auch die Grundlage für die vertragsmäßige Freiheit Deutschlands geschaffen werden …[12] so, wie das auf der einen Seite Gegenstand des Kampfes der Anhänger des Dawesgutachtens war, so hat man auf der anderen Seite von seiten der Deutschnationalen, der Deutschvölkischen und der Kommunisten demgegenüber angeführt: Ihr seid die alten Illusionisten, die von einer Illusion in die andere taumeln, ihr werdet hier das Dawesgutachten annehmen, und ihr werdet sehen, daß das Ruhrgebiet nicht geräumt wird. Das war der Kampf, der im wesentlichen geführt wurde, der Kampf um Vertrauen gegen Mißtrauen. Noch in den letzten Reichtagswahlkämpfen[13] bin ich in mehr als einer Volksversammlung, wenn ich davon sprach, daß in den ersten Monaten des neuen Jahres das Rheinland und später die Ruhr frei sein würde von Besatzung, immer auf die zweifelnden Zurufe der deutschnationalen Opposition gestoßen. Ich habe mich stets gegen die Art gewehrt, zu glauben, daß hier der Vertrag uns gegenüber nicht gehalten werde. Jedenfalls steht für mich das eine fest, daß das Nichtzustandekommen einer Verständigung über die Räumungsfrage und daß etwa das Aussprechen des Gedankens: Wir bleiben in der nördlichen Zone, ohne irgendwie mit Deutschland in Verhandlungen über irgendwelche Fragen eines Kompromisses oder einer etwaigen gemeinsamen Räumung von Ruhr und Rhein einzutreten, daß das der vollkommene Bankrott derjenigen Politik ist, die in Deutschland geführt worden ist in bezug auf die Annahme des

[10] Herriot hielt sich am 9. und 10. August 1924 in Paris auf, um mit Staatspräsident Doumergue und seinem Kabinett Einvernehmen über den Rahmen der Verhandlungen mit Deutschland zu erzielen (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 237–238).

[11] Der Briefwechsel über die militärische Räumung des Ruhrgebietes findet sich im Anhang von LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. Nr. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]).

[12] So in der Vorlage.

[13] Gemeint ist der Wahlkampf vor der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924.

Dawesgutachtens, und daß es derartig auch vom deutschen Volke gewertet werden wird. Wer eine Politik der Verständigung will, wer der Meinung war, die ich oft ausgesprochen habe, daß die Londoner Konferenz ein neuer Start der weltpolitischen Beziehungen sei, der Anfangspunkt einer Befriedigung Europas – eine Auffassung, die ja auch noch zum Ausdruck kam in den Handelsvertragsverhandlungen, die wir mit den verschiedensten Ländern geführt haben und die erfreulicherweise mit England binnen kurzem zu einem guten Ergebnis gekommen sind[14] –, der kann nur aufs tiefste bedauern, daß die ganz starke und tiefe Beruhigung, die in Deutschland eingesetzt hatte und deren Zeuge Sie gewesen sind, wenn Sie etwa vergleichen, in welcher Stimmung das deutsche Volk Weihnachten und Silvester 1924 begehen konnte nach der wirtschaftlich, nach der politisch entspannten Seite, und wie die Situation war, die im Jahre 1923 bestand …[15] ich sage, wer die ganze Entspannung der Lage mitgemacht hat, die allmählich durch das Jahr 1924 gekennzeichnet wurde, der kann nur auf das tiefste bedauern, daß jetzt eine ganz unerwartete starke Enttäuschung hier erneut sich geltend macht und daß dadurch eine außerordentlich ernste politische Lage in Deutschland geschaffen wird.

Meine Herren! Sie könnten mir vielleicht darauf entgegnen, daß eine Entspannung der politischen Lage in Deutschland ja gar nicht bestände angesichts der Schwierigkeiten der Regierungsbildung[16] und der Kämpfe der Parteien. Demgegenüber möchte ich das eine sagen, was ich kürzlich auch in einem Aufsatz ausgeführt hatte[17]: wer die Entwicklung des deutschen Volkes ansieht, wer die ganzen Dinge geschichtlich durchdenkt, muß sich davor hüten, das Parteileben in Deutschland zu überschätzen. Die deutschen Parteien sind nicht das deutsche Volk, die Parteien sind der Ausdruck politischen Willens, politischer Konstellationen; die tiefen Seelenkräfte des Volkes

[14] Der Versailler Vertrag schrieb in Art. 264–280 vor, daß Deutschland den Siegermächten fünf Jahre lang, also bis zum 10. Januar 1925, u.a. einseitig Meistbegünstigung im Handel gewähren müsse (VERTRAG VON VERSAILLES S. 137–143). Wegen des bevorstehenden Ablaufs dieser Frist waren inzwischen mit zahlreichen Staaten Handelsvertragsverhandlungen aufgenommen worden. – Mit Großbritannien hatten die Verhandlungen am 2. Dezember 1924 zum Abschluß eines Handelsvertrags geführt (vgl. den Runderlaß Maltzans vom 1. Dezember 1924: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 490; vgl. auch ebd., S. 485, Anm. 5; Text des Vertrags u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 577 [Morgenausgabe] vom 5. Dezember 1924).

[15] So in der Vorlage.

[16] Zu den Schwierigkeiten der Regierungsbildung nach der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924, in deren Folge das Kabinett Marx nach seinem Rücktritt vom 15. Dezember 1924 nur noch geschäftsführend im Amt blieb und bei der u.a. Stresemann ein Mandat des Reichspräsidenten zur Kabinettsbildung am 17. Dezember ablehnte, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 602–603.

[17] Stresemann bezieht sich auf einen Artikel im „Hamburger Fremdenblatt“, den die ZEIT, Nr. 309 vom 28. Dezember 1924, im Wortlaut wiedergibt.

kommen ganz anders zum Ausdruck als in Parteikämpfen der Deutschen. Wo eine Reichstagsauflösung ist, werden immer Gegensätze sein, wird jede Partei um Mandate ringen. Das ändert nichts daran, daß dieses Jahr 1924 seit dem Jahre 1918 das erste Jahr der Nachkriegszeit gewesen ist, in der [!] wir ein ruhiges und in gewissen Beziehungen zufriedenes deutsches Volk gehabt haben. Gerade auch der Zusammenbruch der Extremen – und von einem Zusammenbruch kann man mindestens bei den Extremen rechts sprechen[18] – die Niederlage der Kommunisten[19], der soziale Frieden in Deutschland, das Wegfallen großer Arbeitskämpfe, das Wegfallen aller putschistischen Ansichten und Absichten, dieses Empfinden, daß der Staat konsolidiert ist gegenüber der Zeit vor einem Jahr, ein Fortschritt unendlicher Art – das alles beruhte darauf, daß man die Empfindung hatte, London hat den Anbeginn der politischen Entspannung gebracht, es geht langsam vorwärts, wenn auch unter großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Aber wir kommen vorwärts und sehen wieder eine Zukunft vor uns. Wenn jetzt das eintritt, was anscheinend der Fall ist, nämlich eine grenzenlose Enttäuschung des deutschen Volkes über die Nichträumung der Kölner Zone, dann haben alle diejenigen unrecht und sind vor dem ganzen deutschen Volke blamiert, die für das Dawesgesetz und London gekämpft haben. Ich ziehe daraus keine Konsequenzen gegenüber dem Dawesgutachten; dann bleibt es eben die wirtschaftlich-finanzielle Abmachung. Aber seien wir uns darüber klar: Die großen Entwicklungen unter den Völkern vollziehen sich nicht durch internationale Abmachungen. Man kann sich finanziell verständigen über die Zahlung der Kriegsentschädigung; aber die Entwicklung eines Volkes vollzieht sich nach Seelenstimmungen. Das deutsche Volk war gewillt, sich mit seiner Seele für eine Verständigungspolitik einzusetzen. Wenn ich in früheren Jahren gewagt hätte, eine Note wegen Eintritts Deutschlands an den Völkerbund zu richten[20], dann wäre ich von meiner eigenen Partei desavouiert worden. Nach den Abmachungen von London war es möglich, diese Dinge in Ordnung zu bringen, ohne daß die deutsche öffentliche Meinung aufgepeitscht worden wäre. Wenn man nicht das Gefühl gehabt hätte, es wird besser, dann wären die 1800 Kontrollbesuche nicht so ruhig verlaufen, wie das mit Ausnah-

[18] Bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 hatten die Nationalsozialisten mehr als die Hälfte ihres Stimmenanteils und ihrer Mandate gegenüber der Wahl vom 4. Mai 1924 eingebüßt.

[19] Die KPD hatte bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 knapp 30 Prozent ihres Stimmenanteils und ihrer Mandate gegenüber der Wahl vom 4. Mai 1924 eingebüßt.

[20] Der Text der Note der Reichsregierung vom 12. Dezember 1924 an den Generalsekretär des Völkerbunds ist abgedruckt u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 607 (Morgenausgabe) vom 23. Dezember 1924.

me des einen Falls in Ingolstadt[21] der Fall gewesen ist. Sie werden jenen großen Umschwung der öffentlichen Meinung in Deutschland nicht merken in diesen Tagen, die nach der ganzen Tradition des deutschen Volkes Tage des Ausruhens, des Friedens und des Sichbesinnens des einzelnen Menschen sind, in diesen Tagen zwischen Weihnachten und Neujahr. Sie werden die große Umstellung sehen, wenn es bei dem großen Unrecht bleiben sollte, das, was vielleicht von Ihnen unbemerkt vor sich gegangen ist, das allmähliche Einfügen der vielen von Ihnen nationalistisch genannten Organisationen in den Staat und an den Staat, die Kämpfe in diesen Vereinigungen, daß man die Opposition aufgeben sollte, daß man mitarbeiten sollte an dem Staat, all das wird in das Gegenteil verkehrt, die vernünftigen Leute verlieren den Boden unter den Füßen, die Extremen haben Oberwasser und werden ihre Situation ausnutzen.

Ich möchte nach der Kennzeichnung der Lage, in deren Beurteilung ich mit dem Kabinett vollkommen eines Sinnes bin[22] und auch mit weitesten Kreisen des deutschen Volkes eines Sinnes zu sein glaube, zu der Begründung kommen, die man als Basis für die Entscheidung der Botschafterkonferenz und der Alliierten anführt.

Es sollen starke Verstöße gegenüber den Entwaffnungsbestimmungen[23] vorgekommen sein. Wir haben von diesen Dingen wiederholt gehört. Der Herr Reichswehrminister[24] hat demgegenüber eine Erklärung erlassen. Nur eine der Fragen, die er erörtert hat, hat er selbst noch offen gelassen, in bezug auf alle anderen Fragen kann ich nur erklären, daß ich als Außenminister vom Reichswehrministerium die gleichen Erklärungen erhalten habe, die Herr Dr. Geßler in seinem Interview zum Ausdruck gebracht hat. Aber lassen Sie mich einmal, der ich gewohnt bin, die Dinge weniger bürokratisch als politisch psychologisch aufzufassen, doch einmal die Frage stellen: Wenn jetzt, nachdem über drei Monate eine militärische Generalinspektion in Deutschland stattgefunden hat, bei der 1800 Kontrollbesuche vorgenommen worden

---

[21] Am 5. November 1924 waren Offiziere der Interalliierten Kontrollkommission bei einer Inspektion in Ingolstadt aus einer Menschenmenge heraus bedrängt und beleidigt worden (vgl. DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,26, S. 1113 mit Anm. 4; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 528 [Morgenausgabe] und 529 [Abendausgabe] vom 6. November 1924). – Allgemein zum Stand der Militärkontrolle vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1241–1242, Anm. 11.

[22] Zur Beratung des Kabinetts vgl. oben Anm. 1.

[23] Der Versailler Vertrag bestimmte in seinen Art. 159–213 die Details der Abrüstung Deutschlands (VERTRAG VON VERSAILLES S. 82–100).

[24] Otto Geßler (1875–1955), Reichswehrminister 1920 – 19. Januar 1928; Mitglied des Reichstags 1920 – Dezember 1924 (für die DDP). – Mit den nachfolgend angesprochenen Erklärungen und dem Interview bezieht sich Stresemann vermutlich auf einen Artikel im „Berliner Tageblatt“ (wiedergegeben u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 614 vom 28. Dezember 1924). – Zur Haltung Geßlers gegenüber der Militärkontrolle vgl. auch die oben Anm. 1 angeführten Kabinettsberatungen.

sind, in Wirklichkeit ganz starke Verstöße festgestellt worden wären, die die Entwaffnung Deutschlands gewissermaßen zur Farce machten –, glauben Sie, daß wir von diesen Dingen dann erst in den letzten Tagen der Generalinspektion etwas gehört hätten. Es gibt so viele hochangesehene Organe des Auslandes, der **Temps,** das **Écho de Paris,** die längst einen Lärm ohnegleichen geschlagen hätten, der über die ganze Welt gegangen wäre, wenn man in Wirklichkeit festgestellt hätte, daß heimliche Heere oder heimliche Heereslager beständen. Was ist uns vor allem vorgeworfen worden? Man hat gesagt, und das ist mir anläßlich eines bestimmten Falles auch zu Ohren gekommen[25], die Verbindungsoffiziere hätten nicht nur versagt, sondern im gewissen Sinne Obstruktion getrieben. Meine Herren, wenn das wirklich eine planmäßige Obstruktion gewesen wäre, so hätte ich längst eine generelle Note der Interalliierten Kontrollkommission erhalten, in der sie Beschwerde darüber geführt und Abhilfe verlangt hätte. In Wirklichkeit ist eine Note[26] in einem speziellen [Fall][27] in dieser Richtung eingetroffen. Daß im übrigen an die Nerven und an das seelische Ertragen deutscher Offiziere, die sich dazu hergeben müssen, als Verbindungsoffiziere zu fungieren, Anforderungen gestellt werden, denen diese Leute schwer gewachsen sind, dafür sollten Sie Verständnis haben. Bedenken Sie doch nur, wenn in einem anderen Lande die Offiziere zusehen müßten, wie die Vertreter einer fremden Macht Eintritt verlangen in das, was man als Staatseigentum anzusehen gewohnt ist, wenn sie verlangen, daß mit der Axt eine Tür aufgemacht wird, wenn die Herren sich zur Besichtigung eines Lagers anmelden und dann ein ganz anderes Lager besichtigen, dort um 5 Uhr morgens hinkommen und sich darüber beschweren, daß der Kommandant nicht wach sei …[28] meine Herren, dann bewundere ich immer mehr die Offiziere, die das für das Vaterland ertragen, als daß ich ihnen einen Vorwurf machen könnte. Es ist etwas unendlich schwer zu Ertragendes, in dieser Weise gezwungen zu sein, einem Einzelnen Einsicht zu geben in Dinge, von denen jeder Staat bisher gesagt hat, my home is my castle. Ich wünsche Ihnen nicht, daß Sie in ihrem Lande einmal das erleben mögen, was das deutsche Volk und die deutschen Offiziere in diesen Tagen haben erleben müssen. Wenn man das psychologisch versteht, wenn man sich den aus traditionellen Gründen gesteigerten Ehrbegriff des

[25] Der betreffende Fall konnte nicht ermittelt werden.

[26] Die betreffende Note konnte nicht ermittelt werden. Möglicherweise handelt es sich auch um einen Druckfehler und muß „keine Note“ heißen.

[27] So in der Vorlage.

[28] So in der Vorlage.

deutschen Offiziers vor Augen stellt und wenn dann von Beschwerden nichts übrig bleibt, als daß es heißt, die Offiziere hätten keinen guten Willen gehabt, sie hätten die Kasernen, die besichtigt werden sollten, benachrichtigt, und wenn weiter nichts übrig bleibt, als daß 20 000 Rohlinge aufgefunden worden sind, die auf Bestellungen beruhen, die das Reichswehrministerium für 1925 gemacht hat …[29] ja nehmen Sie selbst an, daß diese Dinge richtig wären, was bedeuten denn diese 20 000 Gewehre, ja, was würden 100 000 Gewehre gegenüber der Tatsache bedeuten, daß Deutschland vollkommen entwaffnet und ohnmächtig ist. Ich weiß aus London, daß Herren, die zu den Alliierten gehörten, ganz andere Vorstellungen über das Übermaß von Waffen hatten, die uns gehörten. Ich habe aus dem Munde von hervorragenden Persönlichkeiten der Alliierten die Torheit gehört, daß sie glaubten, schwere Geschütze zu finden, daß sie glaubten, daß wir 52 cm-Mörser heimlich aufbewahrt hätten, und ähnliche Märchen …[30] Märchen schon deshalb, weil man in der heutigen Zeit dieses Zusammenballens von Menschen in großen Fabriken, dieses Kampfes einzelner Gruppen gegen den Staat, dieser parteigehässigen Einstellung des Einzelnen ja vollkommen unmöglich ist [!], so etwas geheim zu halten.

Um was handelt es sich denn nach dem Artikel 429? Es handelt sich um die getreuliche Erfüllung der Bedingungen des Vertrags von Versailles. Der Vertrag verlangte die deutsche Entwaffnung. Die Ziffern, die wir wiederholt angegeben haben, die davon sprechen, wieviele Geschütze zerstört, wieviele Maschinengewehre, was einfach alles kaputtgeschlagen worden ist an Dingen, die nicht nur militärischen Charakter hatten, sind Ziffern, die niemand in der Welt irgendwie bezweifelt. Wir haben weder Gasmasken noch Luftwaffen, noch schwere Artillerie. Wir können nicht einmal einen Defensivkrieg führen. Jeder Staatsmann, der die Reichswehr wollte marschieren lassen, müßte sich in seiner Seele sagen, daß er die Menschen in den Tod schickt, weil sie nicht gegen die giftigen Gase geschützt sind. Deutschland hat nicht ein Heer wie die Tschechoslowakei oder Polen. Wir haben die 100 000 Mann Reichswehr nicht einmal vollzählig gehabt, weil sich nicht genügend Deutsche fanden, die sich auf 12 Jahre verpflichteten[31]. Das ist gegen den Sinn des deutschen Volkes. Ein deutscher Arbeiter verpflichtet sich auch nicht auf 12 Jahre für eine Fab-

[29] So in der Vorlage.

[30] So in der Vorlage.

[31] Art. 172–173 des Versailler Vertrags verfügten, daß die Wehrpflicht in Deutschland aufgehoben werde und die Unteroffiziere und Mannschaften sich zu einem zwölfjährigen Dienst verpflichten müßten (VERTRAG VON VERSAILLES S. 86).

rik, er verpflichtet sich nicht für einen so großen Teil seines Lebens. Es sind Jahre gewesen, wo wir die 100 000 Mann nicht gehabt haben. Wir haben weder Flieger noch Artillerie, noch Tanks. Unsere ganzen Festungen im Westen sind geschleift worden, den Festungen im Osten sind alle schweren Geschütze weggenommen worden, so daß wir nicht einmal gegen einen Einmarsch von dort geschützt sind. Eine starke Rüstungsindustrie, wie sie sonst jeder Staat in der Welt sich schafft, besitzen wir nicht. Angesichts dieser Tatsachen, die ja auch schon dazu geführt haben, daß man französischerseits sagte, als wir erklärten, wir könnten nicht in den Völkerbund eintreten, wenn wir gezwungen wären, uns an Exekutionen zu beteiligen, Frankreich würde Deutschland zu Hilfe kommen, wenn es in solche Konflikte hineinkäme und nicht genügend Truppen hätte …[32] während man das damals also anerkannte, kommt [man][33] jetzt mit einem Male mit der gegengesetzten Auffassung und versucht den Eindruck zu erwecken, als wenn hier heimliche Heere und heimliche Rüstungen beständen. Wenn dann ein französischer Abgeordneter, falls die Berichte zutreffen, gesagt hat[34], daß Deutschland seine militärische Macht wieder organisierte und in militärischer Hinsicht besser vorbereitet sei als 1914, dann scheint mir das dafür zu sprechen, daß auch im französischen Parlament nicht irgendein Examen für die Befähigung zur Bekleidung eines Abgeordnetenmandates gefordert wird, sonst wären derartige Ausführungen wahrscheinlich unmöglich.

Nun kommt man mit anderen Gesichtspunkten als dem einer angeblichen tatsächlichen Rüstung. Man spricht davon, daß die ganze geistige Verfassung des deutschen Volkes nicht diejenige einer moralischen Abrüstung sei. Das ist, glaube ich, nach der ganzen Politik, die Deutschland gegenüber in der Nachkriegszeit geübt worden ist, einigermaßen verständlich. Trotzdem behaupte ich im Zusammenhange mit meinen Eingangsworten, daß im Jahre 1924 nach London eine ganz starke Befriedung, auch seelische Befriedung, durch das deutsche Volk gegangen ist, und man hätte in den Kreisen der alliierten und assoziierten Mächte, wenn man diesen Prozeß hätte beschleunigen wollen, gar kein besseres Mittel finden können als die Räumung der Zone zur vertragsmäßigen Zeit. Denn dann wären alle diejenigen zum Schweigen gebracht worden, die ihrerseits die Politik des Mißtrauens vertreten haben. Man hätte sich gesagt, wir sehen, es wird langsam besser, und der ganze Ju-

[32] So in der Vorlage.

[33] So in der Vorlage.

[34] Der Abgeordnete und seine vermeintliche oder tatsächliche Aussage konnten nicht ermittelt werden.

bel, der durch die befreite Zone gegangen wäre, wäre gleichzeitig auch ein Freisein von all denjenigen Strömungen gewesen, die wir als unvernünftig bekämpft haben, die nichts glauben wollten und die heute leider wieder Oberwasser haben. Es erinnert mich das an eine Unterredung, die ich mit einem unserer führenden Industriellen[35] an dem Tage der Abstimmung über die Dawesgesetze gehabt habe. Der Mann, dessen Namen in der Welt sehr genau bekannt ist, kam zu mir und sagte, er sei nach Berlin gekommen, um die Deutschnationalen zu veranlassen, für die Dawesgesetze zu stimmen. Er sagte: Ich halte das für richtig, dafür zu stimmen, aber daß die Franzosen aus Dortmund hinausgehen, das glauben Sie selbst auch nicht. Ich habe immer dagegen gekämpft, ich habe immer gesagt, ihr müßt Vertrauen haben, daß die Verträge gehalten werden. Dieser Kampf zwischen Vertrauen und Mißtrauen war der Kampf in Deutschland, und daß wir im Endziel unterliegen, ist das Tragische der inneren Entwicklung in Deutschland.

Ich darf noch einmal zurückkommen auf die Frage der moralischen Abrüstung nach der Richtung, ob gegenüber der Kontrolle und der Kontrollkommission eine starke Obstruktion geübt worden ist. Der Zusammenhang zwischen der Außenpolitik und der Einstellung zu dieser Militärkontrolle geht sehr gut hervor aus Bemerkungen, die der Kriegsminister Nollet[36] gemacht hat. Er sagt nämlich, daß bis zur Ruhrbesetzung die Kontrolle gut funktioniert habe, daß sie dann aber ins Stocken geraten sei. Hier sehen Sie direkt den Zusammenhang. Solange die Außenpolitik nicht zu Zusammenstößen führte, hat nach der Meinung des heutigen Kriegsministers Nollet, der ja vorher Chef der Kontrolle war, die Kontrolle gut funktioniert. Sie ist dann ins Stocken geraten. Ich glaube, man kann daraus ersehen, daß sie längst erledigt wäre, wenn die Ruhrbesetzung unterblieben wäre. Ich bin weiter der Überzeugung, daß, wenn eine Verständigung über die Räumung erfolgt, die Kontrolle gut erledigt werden wird, während ich fürchte, daß die größten Schwierigkeiten dann entstehen, wenn wir auch hier aufs neue zu dem Schema „Befehl und Unterwerfung“ kommen, wenn man aufs neue versucht, diese Dinge rein ins Belieben der Alliierten zu stellen.

---

[35] Gemeint ist Albert Vögler (1877–1945), Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG in Bochum 1915–1926; Vorsitzender des Vereins deutscher Eisenhüttenleute 1917–1936; Mitgründer des Montankonzerns Vereinigte Stahlwerke 1926; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919 – Mai 1924 (für die DVP) u. 1933–1945 (als Gast der NSDAP-Fraktion). – Zu seiner Äußerung am 29. August 1924 vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 524.

[36] Charles Nollet (1865–1941), als französischer General Vorsitzender der Interalliierten Militärkontrollkommission 1921–1924; Kriegsminister 15. Juni 1924 – 10. April 1925. – Die nachfolgend angeführten Äußerungen Nollets entstammen der Kammerdebatte vom 29. Dezember 1924 (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 616 [Morgenausgabe] vom 30. Dezember 1924).

Meine Herren, für das Kabinett war es gar nicht einfach, im Frühjahr dieses Jahres unser Einverständnis mit einer nochmaligen Generalinspektion überhaupt zu erklären[37]. Wir hatten schon eine Inspektion gehabt, die sich wohl im Januar abgespielt hat. Damals schon hatte man die Erwartung, das sei nun die letzte Kontrolle in Deutschland. Dann kam der Wunsch nach einer nochmaligen Generalinspektion, von der wir wünschten, daß sie bis zum 1. Oktober abgeschlossen sei. Ich erinnere daran, daß die Ministerpräsidenten Herriot und MacDonald unmittelbar einen Appell an den Herrn Reichskanzler[38] gerichtet haben mit der Bitte, die Reichsregierung möge die internationale Lage nicht gerade in dem Augenblick belasten, wo die Aussicht auf eine schnelle Erledigung des Dawesgutachtens die Hoffnung aufkommen lasse, daß die Grundlage eines allgemeinen und wirklichen Friedens zwischen den beteiligten Völkern gefunden werden könne. Ferner haben die beiden Staatsminister in ihrem Briefe ihren festen Willen zum Ausdruck gebracht, Deutschland durch die Militärkontrolle keine Verlegenheiten zu bereiten, und die Kontrolle keinen Augenblick länger als unbedingt notwendig fortzusetzen. Auf Grund dieses Schreibens hat das Kabinett im Einverständnis mit den militärischen Behörden seine Einwilligung zur Generalinspektion gegeben[39]; ich war der Meinung, daß diese schwere psychologische Belastung in zwei bis drei Monaten spätestens ausgestanden sein müßte. Das Kabinett ging von dem Gedanken aus, der ja auch hier zum Ausdruck kommt, daß zwischen der Annahme der Dawesgesetze und einer Bereinigung dieser letzten Frage, die noch zwischen den Alliierten und Deutschland läge, ein Zusammenhang bestände und daß man jetzt durch die Kontrolle die Dinge in Ordnung bringen sollte. Jetzt stehen wir anscheinend – wenigstens wird [es][40] in unserem Kreise so aufgefaßt – vor dem Wiederbeginn einer Sanktionspolitik gegenüber Deutschland.

---

[37] Stresemann bezieht sich vermutlich auf die deutsche Note vom 30. Juni 1924 (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 413–415).

[38] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926). – Herriot und MacDonald waren am 21./22. Juni 1924 zu einer Konferenz in Chequers zusammengetroffen und hatten als ein Ergebnis eine gemeinsame „persönliche Note“ an Reichskanzler Marx verfaßt (englischer Text u.a. in einer telegraphischen Weisung MacDonalds an D'Abernon vom 22. Juni 1924 in DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,26, S. 1072–1074; Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 [1924], S. 412), in der sie zu einer entgegenkommenden Antwort Deutschlands auf die Note vom 28. Mai 1924 aufforderten.

[39] Zur Entscheidung in der Ministerbesprechung vom 25. Juni 1924 vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 738–742.

[40] So in der Vorlage.

Ein Redner im französischen Parlament hat erklärt, daß man im nördlichen Gebiete bleiben müsse, um zu verhindern, daß Deutschland mit erhobenem Haupte wieder in die Gemeinschaft der Völker eintrete[41]. Das klingt anders als die Rede, die Herr MacDonald in der Völkerbundsversammlung gehalten hat[42], auch anders als die Erklärungen der Nationen auf das Memorandum der deutschen Reichsregierung, in denen sie sämtlich den Eintritt Deutschlands in die Völkergemeinschaft zum Zwecke sachlicher und fruchtbarer Zusammenarbeit für wünschenswert erklärten[43]. Wieweit aber im einzelnen schon die Erhitzung der Gemüter geht, das zeigt der **Temps,** den ich allerdings nicht mit der französischen Regierung identifiziere, der in diesen Tagen unverhüllt sein Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht hat, daß Deutschland 1919 nicht völlig vernichtet und in seine Bestandteile aufgelöst worden wäre[44]. Meine Herren, das sind Bestrebungen, die hier zum Ausdruck kommen, die das bisher allein von der französischen Militärpartei verfochtene Ziel der dauernden Festsetzung am Rhein weiter verfolgen wollen. Wenn sich irgendwie derartige Bestrebungen nach der Richtung durchsetzten, daß man auf unabsehbare Zeit in der nördlichen Zone bleiben würde, so bin ich der Überzeugung, daß damit die ganze Politik der Befriedung Europas aufs schwerste beeinträchtigt werden würde. Ich kann deshalb nicht ernst genug den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß diese Politik nicht zur Verwirklichung gelangt. Wenn den Alliierten nur daran liegt, Entwaffnungsbestimmungen sachgemäß durchzuführen, und nicht an irgendwelchen politischen Zielen, so können sie diese sachlichen Wünsche viel leichter durch Verhandlungen mit der deutschen Regierung erreichen als mit Gewaltmitteln und Sanktionen. Wenn man glaubt, das Verhalten deutscher Stellen beanstanden zu müssen, so wäre der natürliche Weg, der Reichsregierung diese Beanstandungen mitzuteilen und mit ihr gemeinsam

---

[41] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die Kammerrede des ehemaligen Ministers für die befreiten Gebiete, Marin, vom 29. Dezember 1924 (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 616 [Morgenausgabe] vom 30. Dezember 1924).

[42] MacDonald hatte in seiner Rede vor der Völkerbundsversammlung am 4. September 1924 die dringende Notwendigkeit der deutschen Mitgliedschaft im Völkerbund betont und dabei den Ausdruck vom „leeren Stuhl“ (in anderen Übersetzungen: „mit jenem leeren drohenden Sitz in unserer Mitte“) verwendet (Text u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 421 [Abendausgabe] vom 4. September 1924; in Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21548 [Morgenausgabe] vom 5. September 1924, S. 3–4; Paraphrase in SCHULTHESS 65 [1924], S. 455–456; Auszug in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 474–473).

[43] Gemeint sind die Antworten auf das deutsche Memorandum, das am 29. September 1924 den im Völkerbundsrat vertretenen Regierungen übergeben worden war; zu den Antworten vgl. die Aufzeichnung Bülows vom 21. November 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 425–428).

[44] Stresemann bezieht sich vermutlich auf einen Leitartikel in LE TEMPS, Nr. 23150 vom 28. Dezember 1924, der allerdings unter der Überschrift „La duplicité de l’Allemagne“ nur das Bedauern zum Ausdruck bringt, daß man Deutschland 1918 „unverändert“ belassen habe.

zu erörtern, nicht aber der Weg, daraufhin einseitige und endgültige Beschlüsse von so außerordentlicher Tragweite zu schaffen. Wenn tatsächlich direkt Verstöße gegen zweifellose Entwaffnungsbestimmungen festgestellt werden, wird die Reichsregierung nicht zögern, über derartige Verstöße Aufklärungen zu geben und für Beseitigung zu sorgen.

Bisher ist uns aber über derartige Verstöße nur ein sehr geringes Material zugegangen[45]. Es handelt sich dabei um Dinge, die in ziemlich kurzer Zeit beseitigt werden können, bei denen aber einfach sachliche Differenzen bestehen, z.B. die Frage, ob eine bestehende Pulverfabrik in der Lage wäre, mehr Pulver herzustellen, als Deutschland nach dem Versailler Vertrage gestattet ist, und ob sie verkleinert werden soll. Es handelt sich darum, daß beanstandet worden ist, daß bei der Firma Krupp Drehbänke sind, die größer sind, als gestattet ist, und die um 5 cm gekürzt werden sollen. Es handelt sich darum, ob ein nach dem Kriege errichtetes Stahlwerk niedergerissen werden soll, weil es auch zu militärischen Zwecken benutzt werden könnte. An sich wird das Werk nur für Friedensarbeiten verwandt, an sich liegen amerikanische Aufträge vor, die nur mit den Drehbänken, wie sie jetzt vorhanden sind, fertiggestellt werden können. Das Dawesgutachten betont die Notwendigkeit der Erhöhung unseres Exportes, sonst könne der Transferagent[46] seine Aufgabe nicht erfüllen, und gleichzeitig beschneidet man uns die Möglichkeit, internationale Aufträge auszuführen, weil die vorhandenen industriellen Anlagen auch zu militärischen Zwecken benutzt werden können – eine Anschauung, für die ein Wirtschaftler überhaupt kein Verständnis haben kann, die aber, wenn man daran festhält, vollkommen im Gegensatz zu allen Grundsätzen des Dawesplans steht, die aber schließlich Fragen sind, die, so bedauerlich es vom wirtschaftlichen Standpunkt aus sein mag, sich doch regeln lassen werden und die man wirklich nicht auf die Formel bringen kann, daß damit festgestellt wäre, daß Deutschland nicht entwaffnet sei. Jedenfalls geht es nicht, daß auch diese Fragen hier einfach im Wege der Anordnung erledigt werden, anstatt über die Meinungsverschiedenheiten – ich glaube nicht einmal, daß die Anschauungen der Alliierten über diese speziellen industriellen Fragen einheitlich sind – mit der deutschen Regierung ins Einvernehmen zu treten. Wenn die Entschließung der Alliierten dahin ginge, daß die den Weg beschreiten, mit uns über

[45] Vgl. etwa die Aufzeichnungen Nords vom 5. und 24. Dezember 1924über Gespräche mit Mitgliedern der Interalliierten Militärkontrollkommission (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 508–510 u. 629–631).

[46] Seymour Parker Gilbert (1892–1938), Generalagent für die Reparationszahlungen (mit Sitz in Berlin) Oktober 1924 – 1930.

die Frage zu verhandeln, so kann damit auch die Grundlage geschaffen werden, in kürzester Zeit eine Lösung der Räumungsfrage zu finden. So bedauerlich es auch ist, daß die Verknüpfung der Räumungsfrage mit der Entwaffnungsfrage überhaupt zu dieser Krisis geführt hat, so würde doch durch eine solche Verständigung vermieden werden können, daß die Krisis in einen offenen Konfliktzustand ausartet, der auch die sachliche internationale Zusammenarbeit auf anderen Gebieten gefährden könnte.

Ich möchte zum Schluß noch hinweisen auf Ausführungen, die mir aus dem Lager der Alliierten bekannt geworden sind und in denen nun eine ganz andere Beweisführung für die Nichtentwaffnung Deutschlands versucht wird. Sie wird versucht, indem man sagt, daß die Reichswehr in gewissem Sinne einen Staat im Staate bildet, eine zu selbständige Organisation sei, zu wenig von der Regierung kontrolliert werde und bei der der fast diktatorische Wille eines einzigen Mannes, des Generals von Seeckt[47], uneingeschränkt herrsche. Meine Herren, die ganze Konstruktion der Reichswehr – das möchte ich namentlich angesichts der Behauptung sagen, daß hier auch ein neuer Generalstab entstanden sei – steht ja im Vertrage von Versailles[48]. Was uns da gelassen ist an höheren Offizieren, Stabsoffizieren und anderen, ist ja bis ins einzelne vorgeschrieben. Infolgedessen ist auch der Gedanke, daß hier gewissermaßen neben der Reichswehr oder von ihr neuorganisiert ein Generalstab bestünde, ein ganz absurder Gedanke. Der Etat der Reichswehr untersteht ja dem Reichstag, und im Reichstag sind ja eine ganze Reihe von Abgeordneten und Parteien, die eifersüchtig darüber wachen, daß nicht zu viel für die Reichswehr ausgegeben wird. Aber nun auch noch die Frage vorzulegen, ob die Regierung genügend von der Reichswehr unterrichtet wäre, ob Herr von Seeckt nicht zu diktatorisch vorginge …[49] was soll denn der Diktator mit diesem Heere von 100 000 Mann eigentlich anfangen, das ihm gelassen ist? Und vor allen Dingen, wenn man jetzt sagt, daß hier eine Gefahr sei in einer Truppe, die dem Volke entfremdet sei, die einen Staat im Staate bildet, ja, dann kann man den Leuten, die das behaupten, doch nur sagen: tu

[47] Hans von Seeckt (1866–1936), Chef der Heeresleitung 1920–1926; Mitglied des Reichstags 1930–1932 (für die DVP).

[48] Der Vertrag von Versailles regelte neben detaillierten Bestimmungen für die künftige Reichswehr insbesondere auch in Art. 160, daß der deutsche große Generalstab aufgelöst werde und nicht neu gebildet werden dürfe (VERTRAG VON VERSAILLES S. 83).

[49] So in der Vorlage.

l'as voulu, Georges Dandin[50]! Wer hat uns denn das Söldnerheer aufgezwungen? Haben wir denn den Wunsch nach einer zwölfjährigen Dienstzeit gehabt? Haben wir den Wunsch nach dem englischen Söldnersystem gehabt? Sie haben uns kaputtgeschlagen, was Scharnhorst[51] geschaffen hat. Wir hatten den großen Gedanken der Demokratie, daß jeder Sohn des Vaterlands verpflichtet war, in seinem Heere zu dienen, daß dieses Heer sich fortwährend erneuert, daß die Leute zurückkehren in ihre Dörfer, ihre Städte. Volk und Heer war eine Einheit. Das alles ist uns kaputtgeschlagen worden durch den Frieden von Versailles. Wenn wir jetzt ein Heer haben, dessen Soldaten Soldaten von Beruf sind, was wir vor dem Kriege, abgesehen von dem Offizierskorps, nicht gekannt haben, wenn wir nicht mehr die Beziehungen zwischen dem Heer und dem Volke haben wie früher, dann machen sie den Frieden von Versailles verantwortlich und nicht die deutsche Reichsregierung. Man kann doch nicht erst ein Söldnerheer schaffen und dann sagen, es ist eine Gefahr, weil es eine Art Militarismus ergibt, der nicht mehr mit dem Volke in Verbindung steht.

Ich darf da weiter noch eins sagen. In der Presse ist die Frage der Veröffentlichung der Protokolle der Interalliierten Militärkontrollkommission erörtert worden. Wir sind durchaus damit einverstanden, daß diese Protokolle im Wortlaut veröffentlicht werden. Nichts aber perhorreszieren wir mehr als einen Auszug. Wir wünschen, daß das ganze Material veröffentlicht wird, damit wir in der Lage sind, unser Material zu veröffentlichen. Ganz allgemeine Andeutungen von Obstruktion der Verbindungsoffiziere, ganz allgemeine Andeutungen über geheime Waffenlager dienen der Wahrheit absolut nicht. Hic Rhodus, hic salta. Wenn die Berichte über diese 1800 Kontrollbesuche veröffentlicht werden, wenn man veröffentlicht, was man nach den fünf Jahren der Entwaffnung noch gefunden zu haben glaubt, dann wird es wahrscheinlich jämmerlich klein sein. Wenn es irgendwie von Bedeutung wäre, dann wäre es schon längst von der feindlichen Presse genügend dargelegt worden. Ich darf mich deshalb dahin zusammenfassen: Wir wünschen Klarheit und Wahrheit über das, was bei der Entwaffnung herausgekommen ist, wir wünschen es deswillen, weil wir der Überzeugung sind, daß die Differenzen, die hier noch bestehen, zu gering sind, als daß sie den Grund abgeben könnten für eine starke Gefährdung der seit London verfolgten

[50] „Georges Dandin" („Der gehörnte Ehemann") ist eine Komödie Molières von 1668, in der der bäuerliche Titelheld als Preis für seine Heirat mit einer Adligen die Untreue seiner Frau hinnehmen muß. – Das betreffende Zitat galt als geflügeltes Wort für ein selbstverschuldetes Mißgeschick (vgl. Georg Büchmann: Geflügelte Worte. Der Citatenschatz des deutschen Volkes. […] 19. Aufl. Berlin 1898, S. 275).

[51] Gerhard von Scharnhorst (1755–1813), preußischer General und Heeresreformer.

Politik, weil wir fürchten, daß der Wille zur Verständigung, der auch in Deutschland seine Früchte getragen hat, auf eine zu starke Belastungsprobe gestellt wird, wenn diese Dinge, die man hier Verfehlungen nennt, den Grund abgeben sollten, deutsches Land länger besetzt zu halten, als es vertragsmäßig besetzt sein kann und besetzt sein darf. Der Versailler Friedensvertrag ist einer der schwersten, die die Weltgeschichte überhaupt kennt. Das geht nicht an und ist nicht zu ertragen, wenn der Vertrag, sobald er uns ein Recht gibt, nicht ausgeführt wird, während alles, was Pflicht ist, bis zum letzten ausgeführt worden ist.

Dann ein letztes Wort. Man spricht davon, daß die berühmten fünf Punkte[52] noch nicht erörtert worden wären. Diese fünf Punkte sind gerade [die][53], die in erster Linie gar nicht die Reichsregierung angehen, über die sie mit den Ländern sich verständigen muß. Unter diesen fünf Punkten ist eine Frage, das ist die Frage der deutschen Schutzpolizei. Da sieht man auch bereits wieder Gespenster irgendeiner neuen Armee, die da auftaucht und bei der wahrscheinlich der Mann, der den Verkehr auf dem Potsdamer Platz regelt, Oberbefehlshaber auf Grund seiner strategischen Kenntnisse, die er sich dabei erwirbt, werden soll (Heiterkeit). Diese Polizei ist zu einem gewissen Prozentsatz kaserniert, unzweifelhaft, diese Polizei hat Automobile, in denen sie auf schnellstem Wege herangeholt wird, wenn irgendwelche Schwierigkeiten entstehen, diese Polizei ist bewaffnet, soweit es die Entente erlaubt hat, ich glaube, jeder dritte Mann darf einen Karabiner haben. Diese Polizei ist selbstverständlich auch so ausgebildet, wie jede Polizei ausgebildet wird, im Kampf gegen Verbrecher. Daß sie auch körperliche Übungen macht, ist selbstverständlich, denn Leute, die nicht körperlich ausgebildet sind, kann man für diese Dinge nicht gebrauchen. Wenn man sich aber auf den Standpunkt stellen wollte, wie es früher geschehen ist – ich hoffe, daß man es nicht wiederholt –, die völlige Entkasernierung zu fordern, so erkläre ich, daß wir diese Selbstentäußerung des Staates nicht mitmachen, wir nicht, auch nicht Herr Severing[54] oder sonst jemand. Wir setzen den Kommunis-

---

[52] Bei den seit dem September 1922 von den Alliierten angemahnten fünf noch zu erledigenden Punkten handelte es sich 1. um die Reorganisation der Polizei, vor allem die Beseitigung der Kasernierung; 2. um die Umstellung von Kriegsmaterialfabriken; 3. um die Auslieferung der Reste nicht zugelassenen Materials; 4. um die Auslieferung von Dokumenten betr. den Bestand an Kriegsmaterial und die Produktion der Fabriken; 5. um den Erlaß von gesetzlichen Bestimmungen zum Verbot von Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial und zur Rekrutierung der Reichswehr gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrags (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, I, S. 503–504, Anm. 7).

[53] So in der Vorlage.

[54] Carl Severing (1875–1952), preußischer Innenminister 1920 – 7. Oktober 1926 (mit Unterbrechung 1921) u. 1930–1932; Reichsinnenminister 28. Juni 1928 – 1930; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD).

mus nicht auf Befehl von außen her in die Herrschaft über Deutschland ein, nachdem was wir in diesem Revolutionszeitalter erlebt haben, wo wir haben kämpfen müssen gegen die Kommunisten und die Rechtsradikalen. Es geht nicht an, daß, wenn sich tausend Kommunisten zusammenrotten, wir erst einen Boten schicken müssen zu dem Schutzmann Piefke, Linienstraße 131, III. Tr[ep]p[e][55] links. Es liegt ja im Wesen dieser Weltbewegung, daß sie um die Macht kämpft, und wir würden uns selbst aufgeben, wenn wir in eine völlige Entkasernierung der Schutzpolizei einwilligen würden. Wo wird der Kommunismus denn versuchen, zur Herrschaft zu gelangen, doch nicht in einem Lande mit starker Agrarbevölkerung, sondern in einem Lande mit industriellen Massen. Wenn wir über das Jahr 1924 hinweggekommen sind, so nur deshalb, weil wir wieder wirtschaftlich vernünftige Zustände gehabt haben. Kommen wir wieder zu anderen Zeiten, so haben wir die Kämpfe wieder. Ich hielt diese Dinge für überwunden, aber sie drängen sich einem jetzt wieder auf. Ich denke da an die Zeit vom 8. und 9. November [1923][56], wo ich in der Reichskanzlei saß. Was sollte ich da machen, wenn ich nicht 1000 Schupoleute holen kann, um den Staat zu verteidigen und gegen die Leute vorzugehen, die den Staat unterminieren. Ich habe selbst von alliierter Seite diese Forderung recht unparlamentarisch als blödsinnig bezeichnen hören, ich glaube, sie würden dem Kommunismus keinen größeren Gefallen tun, als wenn sie das, was er fürchtet, die innere Ordnung im Staate, unterminierten, alles von dem Gesichtspunkt einer Phantasmagorie, die dem Menschen vor Augen steht; wie der Mensch, der durch die Wüste reitet, glaubt, eine Stadt auftauchen zu sehen, so gehen manche durch die Wüste des entwaffneten Deutschlands und sehen hier eine große Armee, die wir nicht haben.

Über das Sachliche muß Klarheit herrschen: Veröffentlichung und Prüfung des Beweismaterials von beiden Seiten; wenn es Verfehlungen gibt, ihre Abstellung durch die deutsche Reichsregierung. Aber wovor ich warnen möchte, ist eine Politik, die darauf hinausgehen würde, diejenigen zu desavouieren, die sich ehrlich einge-

[55] So in der Vorlage.

[56] So in der Vorlage. – Stresemann bezieht sich auf den Hitler-Putsch, bei dem am Abend des 8. November 1923 Hitler im Münchener Bürgerbräukeller während einer Rede des Generalstaatskommissars Kahr mit bewaffneten Anhängern die Versammlung besetzt, die Reichsregierung für abgesetzt erklärt und zum Marsch nach Berlin und zur Errichtung einer Diktatur unter seiner Führung und derjenigen Ludendorffs als Reichswehrminister unter Einbindung Kahrs und Lossows aufgerufen hatte (vgl. neben vielen anderen Quellen die Wiedergabe des amtlichen Berichts in SCHULTHESS 64 [1923], S. 212–213; sowie DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE IV, S. 366–367). Nach der Distanzierung Kahrs und der bayerischen Regierung vom Putsch scheiterte am folgenden Vormittag ein von Hitler und Ludendorff angeführter Marsch bewaffneter Teilnehmer zur Feldherrnhalle im Feuer der Polizei.

setzt haben und ehrlich geglaubt haben an eine Politik der Verständigung, unter der ganz allein nicht nur die deutsche Entwicklung, sondern die europäische Entwicklung gedeihen kann.